

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 27. November 1963 zur Vereinheitlichung gewisser Begriffe des materiellen Rechts der Erfindungspatente, dem Vertrag vom 19. Juni 1970 über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens und dem Übereinkommen vom 5. Oktober 1973 über die Erteilung europäischer Patente (Gesetz über internationale Patentübereinkommen)

A. Zielsetzung

Der Gesetzentwurf und die damit zur Zustimmung vorgelegten drei Übereinkommen dienen insgesamt der Beseitigung oder Minderung von Schwierigkeiten, denen sich Erfinder, Wirtschaft und nationale Patentbehörden auf Grund des bisher territorial auf den einzelnen Staat beschränkten und unterschiedlich geregelten Patentschutzes ausgesetzt sehen.

B. Lösung

Der Entwurf schlägt die Zustimmung zu den Übereinkommen, den Erlaß entsprechender Ausführungsbestimmungen sowie die Anpassung des nationalen Patentrechts an die Erfordernisse der Übereinkommen und an die internationale Entwicklung auf diesem Gebiet vor.

- Durch das im Rahmen des Europarats ausgearbeitete Straßburger Patentübereinkommen wird eine weitreichende Vereinheitlichung des nationalen materiellen Patentrechts der Mitgliedstaaten herbeigeführt.
- Mit dem weltweiten Patentzusammenarbeitsvertrag wird dem Patentanmelder die Möglichkeit gegeben, durch eine einzige internationale Anmeldung in allen von ihm benannten Mitgliedstaaten ein Patenterteilungsverfahren einzuleiten.

- Nach dem Europäischen Patentübereinkommen, dem die herausragende Bedeutung zukommt, soll auf Grund einer europäischen Patentanmeldung ein einheitliches Erteilungsverfahren vor einem Europäischen Patentamt durchgeführt werden, das mit der Erteilung eines europäischen Patents endet. Dieses Patent wird in den Vertragsstaaten, für die es erteilt wurde, die Wirkung eines nationalen Patents haben. Die in dem Übereinkommen vorgesehene Europäische Patentorganisation und das Europäische Patentamt werden ihren Sitz in München haben.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Durch die Übereinkommen entstehen dem Bund folgende Kosten:

An den nach dem Patentrechtszusammenarbeitsvertrag gebildeten Internationalen Verband für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens werden zunächst Zuschüsse zur Deckung eines Haushaltsdefizits zu entrichten sein. Der von der Bundesrepublik Deutschland zu entrichtende Zuschuß von etwa 100 000 DM jährlich bei Inkrafttreten des Vertrags wird sich in der Folgezeit auf Grund eigener Einnahmen des Verbandes stetig verringern. Daneben wird die Bundesrepublik Deutschland eine einmalige Zahlung für den Betriebsmittelfonds des Verbandes in Höhe von voraussichtlich nicht mehr als 100 000 DM leisten müssen.

An die nach dem Europäischen Patentübereinkommen gegründete Europäische Patentorganisation wird die Bundesrepublik Deutschland bis zur Erzielung eines ausgeglichenen Haushalts voraussichtlich während der ersten zwölf Jahre Finanzbeiträge von insgesamt rund 77 Mio DM in jährlichen Teilbeträgen zu entrichten haben. Diese Beiträge sollen aus den später zu erwartenden Einnahmeüberschüssen der Organisation nebst Zinsen zurückerstattet werden. Darüber hinaus wird die Bundesrepublik Deutschland die durch die Errichtung und den Betrieb der Dienststelle Berlin des Europäischen Patentamts anfallenden Mehrkosten zu tragen haben.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

I/4 (I/3) — 421 06 — Pa 12/75

Bonn, den 2. Juni 1975

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 27. November 1963 zur Vereinheitlichung gewisser Begriffe des materiellen Rechts der Erfindungspatente, dem Vertrag vom 19. Juni 1970 über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens und dem Übereinkommen vom 5. Oktober 1973 über die Erteilung europäischer Patente (Gesetz über internationale Patentübereinkommen) mit Begründung (Anlage) und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut der internationalen Patentübereinkommen in deutscher, englischer und französischer Sprache sowie die Denkschriften zu den Übereinkommen sind gleichfalls beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister der Justiz.

Der Bundesrat hat in seiner 420. Sitzung am 30. Mai 1975 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus der Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der Gegenäußerung (Anlage 3) dargelegt.

Schmidt

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 27. November 1963
zur Vereinheitlichung gewisser Begriffe des materiellen Rechts der Erfindungspatente,
dem Vertrag vom 19. Juni 1970
über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens
und dem Übereinkommen vom 5. Oktober 1973
über die Erteilung europäischer Patente
(Gesetz über internationale Patentübereinkommen)**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Zustimmung zu den Übereinkommen

Den folgenden Übereinkommen wird zugestimmt:

1. dem in Straßburg am 27. November 1963 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen zur Vereinheitlichung gewisser Begriffe des materiellen Rechts der Erfindungspatente (Straßburger Patentübereinkommen);
2. dem in Washington am 19. Juni 1970 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (Patentzusammenarbeitsvertrag);
3. dem in München am 5. Oktober 1973 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente (Europäisches Patentübereinkommen).

Die Übereinkommen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel II

Europäisches Patentrecht

§ 1

**Entschädigungsanspruch
aus europäischen Patentanmeldungen**

(1) Der Anmelder einer veröffentlichten europäischen Patentanmeldung, mit der für die Bundesrepublik Deutschland Schutz begehrt wird, kann von demjenigen, der den Gegenstand der Anmeldung benutzt hat, obwohl er wußte oder wissen mußte, daß die von ihm benutzte Erfindung Gegenstand der europäischen Patentanmeldung war, eine den Umständen nach angemessene Entschädigung verlangen. § 48 Satz 1 des Patentgesetzes ist entsprechend anzuwenden. Weitergehende Ansprüche nach Artikel 67 Abs. 1 des Europäischen Patentübereinkommens sind ausgeschlossen.

(2) Ist die europäische Patentanmeldung nicht in deutscher Sprache veröffentlicht worden, so steht

dem Anmelder eine Entschädigung nach Absatz 1 Satz 1 erst von dem Tag an zu, an dem eine von ihm eingereichte deutsche Übersetzung der Patentansprüche vom Deutschen Patentamt veröffentlicht worden ist oder der Anmelder eine solche Übersetzung dem Benutzer der Erfindung übermittelt hat.

(3) Die vorstehenden Absätze gelten entsprechend im Falle einer nach Artikel 21 des Patentzusammenarbeitsvertrags veröffentlichten internationalen Patentanmeldung, für die das Europäische Patentamt als Bestimmungsamt tätig geworden ist. Artikel 158 Abs. 3 des Europäischen Patentübereinkommens bleibt unberührt.

§ 2

**Veröffentlichung von Übersetzungen
der Patentansprüche
europäischer Patentanmeldungen**

(1) Das Deutsche Patentamt veröffentlicht auf Antrag des Anmelders die nach § 1 Abs. 2 eingereichte Übersetzung. Für die Veröffentlichung ist innerhalb eines Monats nach dem Eingang des Antrags eine Gebühr nach dem Tarif zu entrichten. Wird die Gebühr nicht rechtzeitig gezahlt, so gilt die Übersetzung als nicht eingereicht.

(2) Der Bundesminister der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates Bestimmungen über die sonstigen Erfordernisse für die Veröffentlichung zu erlassen. Er kann diese Ermächtigung durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates auf den Präsidenten des Deutschen Patentamts übertragen.

§ 3

**Einreichung von Übersetzungen
im gerichtlichen Verfahren**

Sind vor einem Gericht im Geltungsbereich dieses Gesetzes ein europäisches Patent oder eine europäische Patentanmeldung, die nicht in ihrer Gesamtheit in deutscher Sprache veröffentlicht worden sind, Gegenstand des Verfahrens, so ist abweichend von § 184 des Gerichtsverfassungsgesetzes von demjenigen, der Rechte im Zusammenhang mit diesem Patent oder dieser Patentanmeldung geltend macht, eine Übersetzung der Patentschrift oder der Patentanmeldung nur vorzulegen, wenn das Gericht es verlangt.

§ 4

**Geheimhaltungsbedürftige
europäische Patentanmeldungen**

(1) Europäische Patentanmeldungen, die ein Staatsgeheimnis (§ 93 des Strafgesetzbuches) enthalten können, sind beim Deutschen Patentamt einzureichen. In einer Anlage zur Anmeldung ist darauf hinzuweisen, daß die angemeldete Erfindung nach Auffassung des Anmelders ein Staatsgeheimnis enthalten kann.

(2) Genügt die Anmeldung den Anforderungen des Absatzes 1 Satz 2 nicht, so wird die Entgegennahme durch Beschluß abgelehnt. Auf das Verfahren sind die Vorschriften des Patentgesetzes entsprechend anzuwenden. Die Entgegennahme der Anmeldung kann nicht mit der Begründung abgelehnt werden, daß die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 nicht vorliegen.

(3) Das Deutsche Patentamt prüft die nach Absatz 1 eingereichten Anmeldungen unverzüglich darauf, ob mit ihnen Patentschutz für eine Erfindung nachgesucht wird, die ein Staatsgeheimnis (§ 93 des Strafgesetzbuches) ist. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Patentgesetzes entsprechend; § 30 d des Patentgesetzes ist anzuwenden.

(4) Ergibt die Prüfung nach Absatz 3, daß die Erfindung ein Staatsgeheimnis ist, so ordnet das Deutsche Patentamt von Amts wegen an, daß die Anmeldung nicht weitergeleitet wird und jede Bekanntmachung unterbleibt. Mit der Rechtskraft der Anordnung gilt die europäische Patentanmeldung auch als eine von Anfang an beim Deutschen Patentamt eingereichte nationale Patentanmeldung, für die eine Anordnung nach § 30 a Abs. 1 des Patentgesetzes ergangen ist. Die Nachfrist für die Zahlung der Anmeldegebühr nach § 26 Abs. 2 Satz 2 des Patentgesetzes beträgt zwei Monate. § 9 Abs. 2 ist entsprechend anzuwenden.

(5) Enthält die Anmeldung kein Staatsgeheimnis, so leitet das Deutsche Patentamt die Patentanmeldung an das Europäische Patentamt weiter und unterrichtet den Anmelder hiervon.

§ 5

**Anspruch
gegen den nichtberechtigten Patentanmelder**

(1) Der nach Artikel 60 Abs. 1 des Europäischen Patentübereinkommens Berechtigte, dessen Erfindung von einem Nichtberechtigten angemeldet ist, kann vom Patentsucher verlangen, daß ihm der Anspruch auf Erteilung des europäischen Patents abgetreten wird. Hat die Patentanmeldung bereits zum europäischen Patent geführt, so kann er vom Patentinhaber die Übertragung des Patents verlangen.

(2) Der Anspruch nach Absatz 1 Satz 2 kann innerhalb einer Ausschußfrist von zwei Jahren nach dem Tag gerichtlich geltend gemacht werden, an dem im Europäischen Patentblatt auf die Erteilung des europäischen Patents hingewiesen worden ist, später nur dann, wenn der Patentinhaber bei der Er-

teilung oder dem Erwerb des Patents Kenntnis davon hatte, daß er kein Recht auf das europäische Patent hatte.

§ 6

Nichtigkeit

(1) Das mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland erteilte europäische Patent wird auf Antrag für nichtig erklärt, wenn sich ergibt, daß

1. der Gegenstand des europäischen Patents nach den Artikeln 52 bis 57 des Europäischen Patentübereinkommens nicht patentfähig ist,
2. das europäische Patent die Erfindung nicht so deutlich und vollständig offenbart, daß ein Fachmann sie ausführen kann,
3. der Gegenstand des europäischen Patents über den Inhalt der europäischen Patentanmeldung in ihrer bei der für die Einreichung der Anmeldung zuständigen Behörde ursprünglich eingereichten Fassung oder, wenn das Patent auf einer europäischen Teilanmeldung oder einer nach Artikel 61 des Europäischen Patentübereinkommens eingereichten neuen europäischen Patentanmeldung beruht, über den Inhalt der früheren Anmeldung in ihrer bei der für die Einreichung der Anmeldung zuständigen Behörde ursprünglich eingereichten Fassung hinausgeht,
4. der Schutzbereich des europäischen Patents erweitert worden ist,
5. der Inhaber des europäischen Patents nicht nach Artikel 60 Abs. 1 des Europäischen Patentübereinkommens berechtigt ist.

(2) Betreffen die Nichtigkeitsgründe nur einen Teil des europäischen Patents, so wird die Nichtigkeit durch entsprechende Beschränkung des Patents erklärt. Die Beschränkung kann in Form einer Änderung der Patentansprüche, der Beschreibung oder der Zeichnungen vorgenommen werden.

(3) Im Falle des Absatzes 1 Nr. 5 ist nur der nach Artikel 60 Abs. 1 des Europäischen Patentübereinkommens Berechtigte befugt, den Antrag zu stellen.

§ 7

Jahresgebühren

Für das mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland erteilte europäische Patent sind Jahresgebühren nach § 11 des Patentgesetzes zu entrichten. Sie werden jedoch erst für die Jahre geschuldet, die dem Jahr folgen, in dem der Hinweis auf die Erteilung des europäischen Patents im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht worden ist.

§ 8

Verbot des Doppelschutzes

(1) Soweit der Gegenstand eines im Verfahren nach dem Patentgesetz erteilten Patents eine Erfindung ist, für die demselben Erfinder oder seinem Rechtsnachfolger mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland ein europäisches Patent mit derselben Priorität erteilt worden ist, hat das Patent in

dem Umfang, in dem es dieselbe Erfindung wie das europäische Patent schützt, von dem Zeitpunkt an keine Wirkung mehr, zu dem

1. die Frist zur Einlegung des Einspruchs gegen das europäische Patent abgelaufen ist, ohne daß Einspruch eingelegt worden ist,
2. das Einspruchsverfahren unter Aufrechterhaltung des europäischen Patents rechtskräftig abgeschlossen ist oder
3. das Patent erteilt wird, wenn dieser Zeitpunkt nach dem in den Nummern 1 oder 2 genannten Zeitpunkt liegt.

(2) Das Erlöschen und die Erklärung der Nichtigkeit des europäischen Patents lassen die nach Absatz 1 eingetretene Rechtsfolge unberührt.

(3) Das Patentgericht stellt auf Antrag, den auch der Patentinhaber stellen kann, die nach Absatz 1 eingetretene Rechtsfolge fest. Die Vorschriften des Patentgesetzes über das Nichtigkeitsverfahren sind entsprechend anzuwenden.

§ 9

Umwandlung

(1) Hat der Anmelder einer europäischen Patentanmeldung, mit der für die Bundesrepublik Deutschland Schutz begehrt wird, einen Umwandlungsantrag nach Artikel 135 Abs. 1 Buchstabe a des Europäischen Patentübereinkommens gestellt und hierbei angegeben, daß er für die Bundesrepublik Deutschland die Einleitung des Verfahrens zur Erteilung eines nationalen Patents wünscht, so gilt die europäische Patentanmeldung als eine mit der Stellung des Umwandlungsantrags beim Deutschen Patentamt eingereichte nationale Patentanmeldung; Artikel 66 des Europäischen Patentübereinkommens bleibt unberührt. Die Nachfrist für die Zahlung der Anmeldegebühr nach § 26 Abs. 2 Satz 2 des Patentgesetzes beträgt zwei Monate. War in den Fällen des Artikels 77 Abs. 5 des Europäischen Patentübereinkommens die europäische Patentanmeldung beim Deutschen Patentamt eingereicht, so gilt die Anmeldegebühr mit der Zahlung der Umwandlungsgebühr als entrichtet.

(2) Der Anmelder hat innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Zustellung der Aufforderung des Deutschen Patentamts eine deutsche Übersetzung der europäischen Patentanmeldung in der ursprünglichen Fassung dieser Anmeldung und gegebenenfalls in der im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt geänderten Fassung, die der Anmelder dem Verfahren vor dem Deutschen Patentamt zugrunde zu legen wünscht, einzureichen. Wird die Übersetzung nicht rechtzeitig eingereicht, so wird die Patentanmeldung zurückgewiesen.

(3) Liegt für die Anmeldung ein europäischer Recherchenbericht vor, so ermäßigt sich die nach § 28 b Abs. 3 des Patentgesetzes zu zahlende Gebühr für die Prüfung der Anmeldung in gleicher Weise, wie wenn beim Deutschen Patentamt ein Antrag nach § 28 a Abs. 1 des Patentgesetzes gestellt worden wäre. Eine Ermäßigung nach Satz 1

tritt nicht ein, wenn der europäische Recherchenbericht für Teile der Anmeldung nicht erstellt worden ist.

§ 10

Zuständigkeit von Gerichten

(1) Ist nach dem Protokoll über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung von Entscheidungen über den Anspruch auf Erteilung eines europäischen Patents die Zuständigkeit der Gerichte im Geltungsbereich dieses Gesetzes begründet, so richtet sich die örtliche Zuständigkeit nach den allgemeinen Vorschriften. Ist danach ein Gerichtsstand nicht gegeben, so ist das Gericht zuständig, in dessen Bezirk das Europäische Patentamt seinen Sitz hat.

(2) § 51 des Patentgesetzes gilt entsprechend.

§ 11

Zentrale Behörde für Rechtshilfeersuchen

Der Bundesminister der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates eine Bundesbehörde als zentrale Behörde für die Entgegennahme und Weiterleitung der vom Europäischen Patentamt ausgehenden Rechtshilfeersuchen zu bestimmen.

§ 12

Entzug des Geschäftssitzes eines zugelassenen Vertreters

Zuständige Behörde für den Entzug der Berechtigung, einen Geschäftssitz nach Artikel 134 Abs. 5 Satz 1 und Absatz 7 des Europäischen Patentübereinkommens zu begründen, ist die Landesjustizverwaltung des Landes, in dem der Geschäftssitz begründet worden ist. Die Landesregierungen werden ermächtigt, die Zuständigkeit der Landesjustizverwaltung durch Rechtsverordnung auf den Präsidenten des Oberlandesgerichts, den Präsidenten des Landgerichts oder den Präsidenten des Amtsgerichts des Bezirks zu übertragen, in dem der Geschäftssitz begründet worden ist. Die Landesregierungen können diese Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltung übertragen.

§ 13

Ersuchen um Erstattung technischer Gutachten

Ersuchen der Gerichte um Erstattung technischer Gutachten nach Artikel 25 des Europäischen Patentübereinkommens werden in unmittelbarem Verkehr an das Europäische Patentamt übersandt.

§ 14

Unzulässige Anmeldung beim Europäischen Patentamt

Wer eine Erfindung, die ein Staatsgeheimnis (§ 93 des Strafgesetzbuches) ist, unmittelbar beim Europäischen Patentamt zum Patent anmeldet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Artikel III
Verfahren
nach dem Patentrechtsabkommen

§ 1

Das Deutsche Patentamt als Anmeldeamt

(1) Das Deutsche Patentamt ist Anmeldeamt im Sinne des Artikels 10 des Patentrechtsabkommens. Es nimmt internationale Patentanmeldungen von Personen entgegen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder im Geltungsbereich dieses Gesetzes ihren Sitz oder Wohnsitz haben. Es nimmt auch internationale Anmeldungen von Personen entgegen, die die Staatsangehörigkeit eines anderen Staates besitzen oder in einem anderen Staat ihren Sitz oder Wohnsitz haben, wenn die Bundesrepublik Deutschland die Entgegennahme solcher Anmeldungen mit einem anderen Staat vereinbart hat und dies durch den Präsidenten des Deutschen Patentamts bekanntgemacht worden ist oder wenn das Deutsche Patentamt mit Zustimmung seines Präsidenten durch die Versammlung des Verbands für die Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens als Anmeldeamt bestimmt worden ist.

(2) Internationale Anmeldungen sind beim Deutschen Patentamt in deutscher Sprache einzureichen.

(3) Für die internationale Anmeldung ist mit der Anmeldung außer den nach dem Patentrechtsabkommen durch das Anmeldeamt einzuziehenden Gebühren eine Übermittlungsgebühr nach dem Tarif zu zahlen. Die Gebühren können noch innerhalb eines Monats nach dem Eingang der Anmeldung beim Deutschen Patentamt entrichtet werden.

(4) Auf das Verfahren vor dem Deutschen Patentamt als Anmeldeamt sind ergänzend zu den Bestimmungen des Patentrechtsabkommens die Vorschriften des Patentgesetzes für das Verfahren vor dem Deutschen Patentamt anzuwenden.

§ 2

Geheimhaltungsbedürftige internationale Anmeldungen

(1) Das Deutsche Patentamt prüft alle bei ihm als Anmeldeamt eingereichten internationalen Anmeldungen darauf, ob mit ihnen Patentschutz für eine Erfindung nachgesucht wird, die ein Staatsgeheimnis (§ 93 des Strafgesetzbuches) ist. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Patentgesetzes entsprechend; § 30 d des Patentgesetzes ist anzuwenden.

(2) Ergibt die Prüfung nach Absatz 1, daß die Erfindung ein Staatsgeheimnis ist, so ordnet das Deutsche Patentamt von Amts wegen an, daß die Anmeldung nicht weitergeleitet wird und jede Bekanntmachung unterbleibt. Mit der Rechtskraft der Anordnung gilt die internationale Anmeldung als eine von Anfang an beim Deutschen Patentamt eingereichte nationale Patentanmeldung, für die eine Anordnung nach § 30 a Abs. 1 des Patentgesetzes ergangen ist. Die für die internationale Anmeldung gezahlte Übermittlungsgebühr wird auf die nach

§ 26 Abs. 2 Satz 1 des Patentgesetzes zu entrichtende Anmeldegebühr verrechnet; ein Überschuß wird zurückgezahlt.

§ 3

Internationale Recherchenbehörde

Der Präsident des Deutschen Patentamts gibt bekannt, welche Behörde für die Bearbeitung der beim Deutschen Patentamt eingereichten internationalen Anmeldungen als Internationale Recherchenbehörde bestimmt ist.

§ 4

Das Deutsche Patentamt als Bestimmungsamt

(1) Das Deutsche Patentamt ist Bestimmungsamt, wenn in einer internationalen Anmeldung die Bundesrepublik Deutschland als Bestimmungsstaat benannt worden ist. Dies gilt nicht, wenn der Anmelder in der internationalen Anmeldung die Erteilung eines europäischen Patents beantragt hat.

(2) Ist das Deutsche Patentamt Bestimmungsamt, so hat der Anmelder innerhalb der in Artikel 22 Abs. 1 des Patentrechtsabkommens vorgesehenen Frist die Anmeldegebühr nach § 26 Abs. 2 Satz 1 des Patentgesetzes zu entrichten sowie, sofern die internationale Anmeldung nicht in deutscher Sprache eingereicht worden ist, eine Übersetzung der Anmeldung in deutscher Sprache einzureichen. Ist das Deutsche Patentamt auch Anmeldeamt, so gilt die Anmeldegebühr mit der Zahlung der Übermittlungsgebühr als entrichtet.

§ 5

Weiterbehandlung als nationale Anmeldung

(1) Übersendet das Internationale Büro dem Deutschen Patentamt als Bestimmungsamt eine internationale Anmeldung, der das zuständige Anmeldeamt die Zuerkennung eines internationalen Anmeldedatums abgelehnt hat oder die dieses Amt für zurückgenommen erklärt hat, so prüft das Deutsche Patentamt, ob die Beanstandungen des Anmeldeamts zutreffend sind, sobald der Anmelder die Anmeldegebühr nach § 26 Abs. 2 Satz 1 des Patentgesetzes gezahlt und, sofern die internationale Anmeldung nicht in deutscher Sprache eingereicht worden ist, eine Übersetzung der internationalen Anmeldung in deutscher Sprache eingereicht hat. Das Deutsche Patentamt entscheidet durch Beschluß, ob die Beanstandungen des Anmeldeamts gerechtfertigt sind. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Patentgesetzes entsprechend.

(2) Absatz 1 ist entsprechend auf die Fälle anzuwenden, in denen das Anmeldeamt die Bestimmung der Bundesrepublik Deutschland für zurückgenommen erklärt oder in denen das Internationale Büro die Anmeldung als zurückgenommen behandelt hat.

§ 6

Das Deutsche Patentamt als ausgewähltes Amt

(1) Hat der Anmelder zu einer internationalen Anmeldung, für die das Deutsche Patentamt Bestim-

mungsamt ist, beantragt, daß eine internationale vorläufige Prüfung der Anmeldung nach Kapitel II des Patentrechtsabkommens durchgeföhrt wird, und hat er die Bundesrepublik Deutschland als Vertragsstaat angegeben, in dem er die Ergebnisse der internationalen vorläufigen Prüfung verwenden will („ausgewählter Staat“), so ist das Deutsche Patentamt ausgewähltes Amt.

(2) Ist die Auswahl der Bundesrepublik Deutschland vor Ablauf des 19. Monats seit dem Prioritätsdatum erfolgt, so ist § 4 Abs. 2 mit der Maßgabe anzuwenden, daß an die Stelle der dort genannten Frist die in Artikel 39 Abs. 1 des Patentrechtsabkommens vorgesehene Frist tritt.

§ 7

Internationaler Recherchenbericht

Liegt für die internationale Anmeldung ein internationaler Recherchenbericht vor, so ermäßigt sich die nach § 28 b Abs. 3 des Patentgesetzes zu zahlende Gebühr für die Prüfung der Anmeldung in gleicher Weise, wie wenn beim Deutschen Patentamt ein Antrag nach § 28 a Abs. 1 des Patentgesetzes gestellt worden wäre. Eine Ermäßigung nach Satz 1 tritt nicht ein, wenn der internationale Recherchenbericht für Teile der Anmeldung nicht erstellt worden ist.

§ 8

Veröffentlichung der internationalen Anmeldung

(1) Die Veröffentlichung einer internationalen Anmeldung nach Artikel 21 des Patentrechtsabkommens, für die das Deutsche Patentamt Bestimmungsamt ist, hat die gleiche Wirkung wie die Veröffentlichung eines Hinweises nach § 24 Abs. 4 Satz 1 des Patentgesetzes für eine beim Deutschen Patentamt eingereichte Patentanmeldung (§ 24 Abs. 5 des Patentgesetzes). Ein Hinweis auf die Veröffentlichung wird im Patentblatt bekanntgemacht.

(2) Ist die internationale Anmeldung vom Internationalen Büro nicht in deutscher Sprache veröffentlicht worden, so veröffentlicht das Deutsche Patentamt die ihm zugeleitete Übersetzung der internationalen Anmeldung von Amts wegen. In diesem Falle treten die Wirkungen nach Absatz 1 erst vom Zeitpunkt der Veröffentlichung der deutschen Übersetzung an ein.

(3) Die nach Artikel 21 des Patentrechtsabkommens veröffentlichte internationale Anmeldung gilt erst dann als Stand der Technik nach § 2 Abs. 2 des Patentgesetzes, wenn die in § 4 Abs. 2 genannten Voraussetzungen erfüllt sind.

Artikel IV

Änderung des Patentgesetzes

Das Patentgesetz in der Fassung vom 2. Januar 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 1), zuletzt geändert durch das Einföhrungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 469), wird wie folgt geändert:

1. § 1 erhält folgende Fassung:

„§ 1

(1) Patente werden für Erfindungen erteilt, die neu sind, auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhen und gewerblich anwendbar sind.

(2) Als Erfindungen im Sinne des Absatzes 1 werden insbesondere nicht angesehen:

1. Entdeckungen sowie wissenschaftliche Theorien und mathematische Methoden;
2. ästhetische Formschöpfungen;
3. Pläne, Regeln und Verfahren für gedankliche Tätigkeiten, für Spiele oder für geschäftliche Tätigkeiten sowie Programme für Datenverarbeitungsanlagen;
4. die Wiedergabe von Informationen.

(3) Absatz 2 steht der Patentfähigkeit nur insoweit entgegen, als für die genannten Gegenstände oder Tätigkeiten als solche Schutz begehrt wird.“

2. Nach § 1 wird folgende Vorschrift als § 1 a eingefügt:

„§ 1 a

Patente werden nicht erteilt für

1. Erfindungen, deren Veröffentlichung oder Verwertung gegen die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten verstoßen würde; ein solcher Verstoß kann nicht allein aus der Tatsache hergeleitet werden, daß die Verwertung der Erfindung durch Gesetz oder Verwaltungsvorschrift verboten ist. Satz 1 schließt die Erteilung eines Patents für eine unter § 30 a Abs. 1 fallende Erfindung nicht aus;
2. Pflanzensorten oder Tierarten sowie für im wesentlichen biologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen oder Tieren. Diese Vorschrift ist nicht anzuwenden auf mikrobiologische Verfahren und auf die mit Hilfe dieser Verfahren gewonnenen Erzeugnisse sowie auf Erfindungen von Pflanzensorten, die ihrer Art nach nicht im Artenverzeichnis zum Sortenschutzgesetz in der Fassung vom (Bundesgesetzbl. I S.) aufgeführt sind, und von Verfahren zur Züchtung einer solchen Pflanzensorte.“

3. § 2 erhält folgende Fassung:

„§ 2

(1) Eine Erfindung gilt als neu, wenn sie nicht zum Stand der Technik gehört. Der Stand der Technik umfaßt alle Kenntnisse, die vor dem für den Zeitrang der Anmeldung maßgeblichen Tag durch schriftliche oder mündliche Beschreibung, durch Benutzung oder in sonstiger Weise der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind.

(2) Als Stand der Technik gilt auch der Inhalt folgender Patentanmeldungen mit älterem Zeitrang, die erst an oder nach dem für den Zeit-

rang der jüngeren Anmeldung maßgeblichen Tag der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind:

1. der nationalen Anmeldungen in der beim Deutschen Patentamt ursprünglich eingereichten Fassung;
2. der europäischen Anmeldungen in der bei der zuständigen Behörde ursprünglich eingereichten Fassung, wenn mit der Anmeldung für die Bundesrepublik Deutschland Schutz begehrt wird;
3. der internationalen Anmeldungen nach dem Patentreuezusammenarbeitsvertrag in der beim Anmeldeamt ursprünglich eingereichten Fassung, wenn für die Anmeldung das Deutsche Patentamt Bestimmungsamt ist.

Beruhet der ältere Zeitrang auf der Inanspruchnahme der Priorität einer Voranmeldung, so ist Satz 1 nur insoweit anzuwenden, als die danach maßgebliche Fassung nicht über die Fassung der Voranmeldung hinausgeht.

(3) Gehören Stoffe oder Stoffgemische zum Stand der Technik, so wird ihre Patentfähigkeit durch die Absätze 1 und 2 nicht ausgeschlossen, sofern sie zur Anwendung in einem der in § 2 b Abs. 2 genannten Verfahren bestimmt sind und ihre Anwendung zu einem dieser Verfahren nicht zum Stand der Technik gehört.

(4) Für die Anwendung der Absätze 1 und 2 bleibt eine Offenbarung der Erfindung außer Betracht, wenn sie nicht früher als sechs Monate vor Einreichung der Anmeldung erfolgt ist und unmittelbar oder mittelbar zurückgeht

1. auf einen offensichtlichen Mißbrauch zum Nachteil des Anmelders oder seines Rechtsvorgängers oder
2. auf die Tatsache, daß der Anmelder oder sein Rechtsvorgänger die Erfindung auf amtlichen oder amtlich anerkannten Ausstellungen im Sinne des am 22. November 1928 in Paris unterzeichneten Abkommens über internationale Ausstellungen zur Schau gestellt hat.

Satz 1 Nr. 2 ist nur anzuwenden, wenn der Anmelder bei Einreichung der Anmeldung angibt, daß die Erfindung tatsächlich zur Schau gestellt worden ist und er innerhalb von vier Monaten nach der Einreichung hierüber eine Bescheinigung einreicht."

4. Nach § 2 werden folgende Vorschriften als §§ 2 a und 2 b eingefügt:

„§ 2 a

Eine Erfindung gilt als auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhend, wenn sie sich für den Fachmann nicht in naheliegender Weise aus dem Stand der Technik ergibt. Gehören zum Stand der Technik auch Unterlagen im Sinne des § 2 Abs. 2, so werden diese bei der Beurteilung der erfinderischen Tätigkeit nicht in Betracht gezogen.

§ 2 b

(1) Eine Erfindung gilt als gewerblich anwendbar, wenn ihr Gegenstand auf irgendeinem gewerblichen Gebiet einschließlich der Landwirtschaft hergestellt oder benutzt werden kann.

(2) Verfahren zur chirurgischen oder therapeutischen Behandlung des menschlichen oder tierischen Körpers und Diagnostizierverfahren, die am menschlichen oder tierischen Körper vorgenommen werden, gelten nicht als gewerblich anwendbare Erfindungen im Sinne des Absatzes 1. Dies gilt nicht für Erzeugnisse, insbesondere Stoffe oder Stoffgemische, zur Anwendung in einem der vorstehend genannten Verfahren."

5. a) § 4 Abs. 2 wird gestrichen.

b) In § 4 Abs. 3 Satz 1 werden die Worte „Auch hat der Patentsucher“ durch die Worte „Der Patentsucher hat“ ersetzt.

6. Nach § 6 wird folgende Vorschrift als § 6 a eingefügt:

„§ 6 a

Der Schutzbereich des Patents und der Patentanmeldung wird durch den Inhalt der Patentansprüche bestimmt. Die Beschreibung und die Zeichnungen sind jedoch zur Auslegung der Patentansprüche heranzuziehen."

7. In § 7 Abs. 3 Satz 1 werden die Worte „oder nach dem Gesetz betreffend den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf Ausstellungen vom 18. März 1904 (Reichsgesetzbl. S. 141) ein zeitweiliger Schutz“ und „oder der Beginn der Schaustellung der Erfindung“ gestrichen.

8. In § 10 Abs. 1 Satz 1 wird das Wort „achtzehn“ durch das Wort „zwanzig“ ersetzt.

9. § 13 erhält folgende Fassung:

„§ 13

(1) Das Patent wird auf Antrag (§ 37) für nichtig erklärt, wenn sich ergibt, daß

1. der Gegenstand nach den §§ 1 bis 2 b nicht patentfähig ist,
2. das Patent die Erfindung nicht so deutlich und vollständig offenbart, daß ein Fachmann sie ausführen kann,
3. der wesentliche Inhalt der Anmeldung den Beschreibungen, Zeichnungen, Modellen, Gerätschaften oder Einrichtungen eines anderen oder einem von diesem angewendeten Verfahren ohne seine Einwilligung entnommen war,
4. der Gegenstand des Patents über den Inhalt der Patentanmeldung in ihrer bei der für die Einreichung der Anmeldung zuständigen Be-

hörde ursprünglich eingereichten Fassung oder, wenn das Patent auf einer Teilanmeldung oder einer nach § 4 Abs. 3 Satz 2 eingereichten neuen Anmeldung beruht, über den Inhalt der früheren Anmeldung in ihrer bei der für die Einreichung der Anmeldung zuständigen Behörde ursprünglich eingereichten Fassung hinausgeht.

(2) Betreffen die Nichtigkeitsgründe nur einen Teil des Patents, so wird die Nichtigkeit durch entsprechende Beschränkung des Patents erklärt. Die Beschränkung kann in Form einer Änderung der Patentansprüche, der Beschreibung oder der Zeichnungen vorgenommen werden.“

10. § 26 Abs. 1 Satz 4 wird wie folgt neu gefaßt:

„In einer Anlage ist die Erfindung so deutlich und vollständig zu offenbaren, daß ein Fachmann sie ausführen kann.“

11. In § 28 Abs. 2 Nr. 3 wird die Verweisung „§ 1 Abs. 2“ durch die Verweisung „§ 1 a“ ersetzt.

12. In § 28 b Abs. 1, § 28 c Abs. 2, § 29 Satz 1, § 30 e Abs. 1 und § 30 f Abs. 1 Satz 1 wird jeweils die Verweisung „§§ 1, 2 und 4 Abs. 2“ durch die Verweisung „§§ 1 bis 2 b“ ersetzt.

13. § 32 Abs. 1 Satz 3 wird wie folgt neu gefaßt:

„Er kann nur auf die Behauptung gestützt werden, daß

1. der Gegenstand nach den §§ 1 bis 2 b nicht patentfähig sei,
2. die bekanntgemachte Patentanmeldung die Erfindung nicht so deutlich und vollständig offenbare, daß ein Fachmann sie ausführen könne,
3. dem Patentsucher ein Anspruch auf Erteilung des Patents nach § 4 Abs. 3 nicht zustehe,
4. der Gegenstand der bekanntgemachten Patentanmeldung über den Inhalt ihrer bei der für die Einreichung der Anmeldung zuständigen Behörde ursprünglich eingereichten Fassung oder, wenn die bekanntgemachte Patentanmeldung auf eine Teilanmeldung oder auf eine nach § 4 Abs. 3 Satz 2 eingereichte neue Anmeldung zurückgeht, über den Inhalt der früheren Anmeldung in ihrer bei der für die Einreichung der Anmeldung zuständigen Behörde ursprünglich eingereichten Fassung hinausgehe.“

Artikel V

Änderung des Gesetzes
betreffend den Schutz von Erfindungen,
Mustern und Warenzeichen auf Ausstellungen

Das Gesetz betreffend den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf Ausstellungen vom 18. März 1904 (Reichsgesetzbl. S. 141) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift werden das Wort „Erfindungen“ und das nachfolgende Komma gestrichen.
2. In Satz 1 werden das Wort „Erfindungen“ und das nachfolgende Komma gestrichen.
3. In Nr. 2 werden die Worte „der Erfindung“ und das nachfolgende Komma sowie das Wort „Patent-“ und das nachfolgende Komma gestrichen.

Artikel VI

Einschränkung von Vorschriften
der Patentanwaltsordnung
und der Bundesrechtsanwaltsordnung

Auf die Begründung eines Geschäftssitzes nach Artikel 134 Absätze 5 und 7 des Europäischen Patentübereinkommens außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes sind § 28 der Patentanwaltsordnung und § 28 der Bundesrechtsanwaltsordnung nicht anzuwenden.

Artikel VII

Änderung des Gesetzes
über die Gebühren des Patentamts
und des Patentgerichts

Das Gesetz über die Gebühren des Patentamts und des Patentgerichts in der Fassung vom 2. Januar 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 1, 39) wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 1 § 1 Buchstabe A Nr. 3 werden folgende Buchstaben r und s angefügt:
 - „r) für das 19. Patentjahr (§ 11 Abs. 1) ... 1875
 - s) für das 20. Patentjahr (§ 11 Abs. 1) ... 2050“
2. In Artikel 1 § 1 Buchstabe A werden folgende Nummern 10 und 11 angefügt:
 - „10. für die Veröffentlichung von Übersetzungen (Artikel II § 2 Abs. 1 des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen) ... 60
 - 11. für die Behandlung der internationalen Anmeldung beim Deutschen Patentamt als Anmeldeamt (Artikel III § 1 Abs. 3 des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen) ... 100“

Artikel VIII

Bekanntmachung von Änderungen

Im Bundesgesetzblatt sind bekanntzumachen:

1. Änderungen des Europäischen Patentübereinkommens, die der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation nach Artikel 33 Abs. 1 und Abs. 2 Buchstabe d des Europäischen Patentübereinkommens beschließt;

2. Änderungen des Patentszusammenarbeitsvertrags und der Ausführungsordnung zu diesem Vertrag, die die Versammlung des Verbands für die Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens nach Artikel 47 Abs. 2, Artikel 58 Abs. 2 und Artikel 61 Abs. 2 des Vertrags beschließt. Das gleiche gilt für Änderungen im schriftlichen Verfahren nach Artikel 47 Abs. 2 des Vertrags.

Artikel IX

Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 1

(1) Artikel IV ist nur auf die nach seinem Inkrafttreten beim Deutschen Patentamt eingereichten Patentanmeldungen und die darauf erteilten Patente anzuwenden.

(2) Eine innerhalb von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten von Artikel IV Nr. 3 eingereichte Patentanmeldung kann nicht deshalb zurückgewiesen und ein darauf erteiltes Patent nicht deshalb für nichtig erklärt werden, weil die Erfindung innerhalb von sechs Monaten vor der Anmeldung beschrieben oder benutzt worden ist, wenn die Beschreibung oder Benutzung auf der Erfindung des Anmelders oder seines Rechtsvorgängers beruht. Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn die Beschreibung oder Benutzung der Erfindung durch den Anmelder oder seinen Rechtsnachfolger selbst erfolgt ist und erst nach dem Inkrafttreten von Artikel IV Nr. 3 vorgenommen worden ist.

(3) Die vor dem Inkrafttreten von Artikel IV Nr. 7 und Artikel V entstandenen Wirkungen des zeitweiligen Schutzes bleiben von dem Inkrafttreten der genannten Bestimmungen unberührt.

§ 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1).

§ 3

(1) Artikel I sowie die §§ 2 und 3 dieses Artikels treten am Tag nach der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft.

(2) Der Tag, an dem

1. das Straßburger Patentübereinkommen nach seinem Artikel 9,
2. der Patentszusammenarbeitsvertrag nach seinem Artikel 63,
3. das Europäische Patentübereinkommen nach seinem Artikel 169

für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

(3) Artikel II, Artikel VI sowie Artikel VII, soweit er die Einfügung von Nummer 10 in Artikel 1 § 1 Buchstabe A des Gesetzes über die Gebühren des Patentamts und des Patentgerichts betrifft, und Artikel VIII Nr. 1 treten an dem Tag in Kraft, an dem nach der Bestimmung des Verwaltungsrats der Europäischen Patentorganisation europäische Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt eingereicht werden können (Artikel 162 Abs. 1 des Europäischen Patentübereinkommens); der Tag des Inkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

(4) Artikel III sowie Artikel VII, soweit er die Einfügung von Nummer 11 in Artikel 1 § 1 Buchstabe A des Gesetzes über die Gebühren des Patentamts und des Patentgerichts betrifft, und Artikel VIII Nr. 2 treten an dem Tag in Kraft, an dem der Patentszusammenarbeitsvertrag für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.

(5) Artikel IV, Artikel V sowie Artikel VII, soweit er die Einfügung der Buchstaben r und s in Artikel 1 § 1 Buchstabe A Nr. 3 des Gesetzes über die Gebühren des Patentamts und des Patentgerichts betrifft, und § 1 dieses Artikels treten am ersten Tag des auf die Bekanntmachung des Inkrafttretens des Europäischen Patentübereinkommens im Bundesgesetzblatt folgenden vierten Kalendermonats in Kraft.

Begründung

A. Allgemeines

I. Inhalt des Entwurfs

Mit dem Gesetzentwurf werden drei internationale Übereinkommen auf dem Gebiet des Patentrechts zur Zustimmung vorgelegt, die das Ergebnis langjähriger Bemühungen um eine von der europäischen Industrie und Wirtschaft als besonders dringlich empfundene internationale Rechtsvereinheitlichung sind.

Der Patentschutz für Erfindungen ist bisher von den einzelnen Staaten durchgehend eigenständig und unter nahezu ausschließlicher Berücksichtigung nationaler Interessen geregelt worden. Die Orientierung am nationalstaatlichen Souveränitätsprinzip hat dazu geführt, daß die Patentgesetze der einzelnen Staaten und die Anwendung des Patentrechts durch die Gerichte und Behörden in diesen Staaten sich erheblich voneinander unterscheiden. Dabei beruhen die Verschiedenheiten weniger auf besonderen Bedürfnissen in den einzelnen Staaten als vielmehr überwiegend auf dem Mangel an internationaler Koordinierung.

Dieses System eines territorial auf den einzelnen Staat begrenzten und unterschiedlich geregelten Patentschutzes ist nicht geeignet, der zunehmenden internationalen Verflechtung der Märkte bei wachsender internationaler Arbeitsteilung und freiem Güteraustausch Rechnung zu tragen. Es gewährt den in Produktion und Handel tätigen Unternehmen nicht den dringend erforderlichen Schutz unter einheitlichen Voraussetzungen, gestattet ihnen auf bestimmten Sachgebieten, wie auf dem Gebiet des Arzneimittelschutzes, nicht einmal die Erlangung von Patenten in allen Staaten, behindert selbst im Gebiet der Europäischen Gemeinschaften den zwischenstaatlichen Handel durch die den Abbau der Zollschränken überdauernden Schutzrechtsgrenzen und schafft ungleiche Wettbewerbsbedingungen. Dieses System führt schließlich zu einer zeit- und kostenaufwendigen Mehrbelastung sowohl der Anmelder als auch der Patentämter. Die Exportintensität und -abhängigkeit unserer Wirtschaft zwingt diese, Patentschutz in möglichst vielen Staaten mit unterschiedlichen Erteilungsverfahren zu erlangen. Das bedingt nach dem heutigen System, daß dieselben Erfindungen in einer Vielzahl von Staaten durch hochqualifizierte Fachkräfte geprüft werden müssen. Angesichts der schnellen Entwicklung der Technik und des ständig wachsenden Informations- und Dokumentationsmaterials führt dies zu einer Überlastung der Patentbehörden, einer Verzögerung der Patenterteilungsverfahren und damit schließlich zu einem Nachlassen des Anreizes für Innovationen.

Die mit dem Entwurf vorgelegten Übereinkommen verfolgen das Ziel, diese Nachteile des geltenden Patentsystems weitgehend zu beseitigen.

Das Straßburger Patentübereinkommen dient der Harmonisierung der materiellen Grundvoraussetzungen für die Erlangung eines Patents in möglichst allen europäischen Staaten. Diese weitreichende

Vereinheitlichung des materiellen nationalen Rechts wird ergänzt durch ein einheitliches internationales Anmeldeverfahren, das mit dem weltweiten Patentzusammenarbeitsvertrag eingeführt werden und dem Anmelder die Möglichkeit geben soll, durch die Einreichung nur einer internationalen Anmeldung in einem Vertragsstaat ein Patent in allen von ihm bestimmten Mitgliedstaaten zu erhalten. Das Europäische Patentübereinkommen kommt schließlich der im europäischen Raum tätigen Wirtschaft in besonderer Weise entgegen: Auf Grund einer europäischen Patentanmeldung soll ein **einheitliches Erteilungsverfahren** vor dem Europäischen Patentamt in München durchgeführt werden, das mit der Erteilung eines europäischen Patents endet. Dieses Patent fällt zwar in ein Bündel von Patenten auseinander, die in den Vertragsstaaten die Wirkung nationaler Patente haben. Für die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften soll dieses europäische Patent jedoch zu einem einheitlichen Gemeinschaftspatent zusammengefaßt werden, das also auch nach seiner Erteilung grundsätzlich einem einheitlichen Recht unterliegt. Das Übereinkommen über das Gemeinschaftspatent, das in seinem Entwurf diese Regelung vorsieht, soll noch im Jahre 1975 unterzeichnet werden und könnte, falls es — wie für das Europäische Patentübereinkommen von den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften abgesprochen — ebenfalls noch vor dem 31. Dezember 1976 ratifiziert wird, gemeinsam mit den vorliegenden drei Übereinkommen in Kraft treten.

Das Europäische Patentübereinkommen wird fortschreitend zu einer Schrumpfung der nationalen Patentämter führen. Aus dem Ausland kommende Anmeldungen für Erfindungen, für die erfahrungsgemäß gleichzeitig in mehreren Staaten Schutz begehrt wird, dürften künftig regelmäßig nur noch beim Europäischen Patentamt angemeldet werden. Außerdem ist zu erwarten, daß in Zukunft auch deutsche Anmelder, die für mehrere europäische Staaten Schutz begehren, zunehmend von einer nationalen Anmeldung zugunsten einer europäischen Anmeldung absehen werden.

Wann diese Entwicklung zu einer spürbaren Entlastung für das Deutsche Patentamt führen wird, läßt sich nicht vorhersagen. Zumindest für die Anfangsjahre, in denen die Anmelder zunächst Erfahrungen mit der Arbeit des Europäischen Patentamts gewinnen müssen, ist damit zu rechnen, daß vielfach neben der europäischen Anmeldung zugleich nationale Anmeldungen eingereicht werden. Der Entlastungseffekt für das Deutsche Patentamt wird sich daher erst auf längere Sicht voll auswirken.

Der Inhalt der internationalen Übereinkommen ergibt sich aus den Denkschriften. Der Text der Denkschriften geht auf für die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften von Regierungssachverständigen verschiedener Länder erstellte einheitliche Entwürfe zurück. Dieses abgesprochene Verfahren hat zum Ziel, bereits in diesem Stadium ein möglichst einheitliches Verständnis der Übereinkommen sicherzustellen.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist in Artikel gegliedert, die sich mit der Zustimmung zu den internationalen Übereinkommen und mit Folge Regelungen befassen. Dabei beschränkt sich der Entwurf bewußt auf Vorschriften, die zur Durchführung der internationalen Übereinkommen oder zur Anpassung des Patentgesetzes an diese Übereinkommen erforderlich sind oder aber mit Rücksicht auf die in den internationalen Übereinkommen getroffenen Regelungen geboten erscheinen, um sicherzustellen, daß nationale Patentanmeldungen und die darauf erteilten Patente jedenfalls nicht in grundsätzlichen Punkten abweichenden rechtlichen Bedingungen unterworfen sind. Eine denkbare weitergehende Überarbeitung des Patentgesetzes ist schon deshalb nicht in Erwägung gezogen worden, weil sie eine zeitaufwendige Untersuchung und Abklärung mit den betroffenen Kreisen voraussetzen würde, die den Abschluß des Zustimmungsverfahrens in nicht zu rechtfertigender Weise verzögern müßten. Dabei kommt dem Abschluß des Zustimmungsverfahrens in der Bundesrepublik Deutschland noch in der laufenden Legislaturperiode eine besondere Bedeutung insofern zu, als die Bundesrepublik Deutschland Sitzstaat der Europäischen Patentorganisation mit dem Europäischen Patentamt in München sein soll, diese Organisation ihre Arbeiten also nicht aufnehmen kann, bevor das Europäische Patentübereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten ist. Zudem erscheint es geboten, vor der Entscheidung über weitergehende Änderungen des nationalen Patentrechts die ersten Erfahrungen zu sammeln und auszuwerten, die aus der Anwendung der internationalen Patentrechtsübereinkommen gewonnen werden, um — insbesondere auch im Interesse der betroffenen Anmelder — wiederholte Änderungen des Patentgesetzes zu vermeiden.

II. Kosten

- a) Übereinkommen vom 27. November 1963 zur Vereinheitlichung gewisser Begriffe des materiellen Rechts der Erfindungspatente:

Durch das Übereinkommen, das lediglich eine Vereinheitlichung materiellrechtlicher Vorschriften vorsieht, entstehen keine Kosten.

- b) Vertrag vom 19. Juni 1970 über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens:

Die Einnahmen — insbesondere aus Gebühren und Beiträgen für Dienstleistungen — des Internationalen Verbands für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens, der von den Mitgliedstaaten gebildet wird, sollen längerfristig ausreichen, um alle Ausgaben zu decken. Die Mitgliedstaaten sind jedoch verpflichtet, im Falle eines dennoch auftretenden Defizits Zuschüsse zu leisten; die Festsetzung der Höhe solcher Zuschüsse soll unter Berücksichtigung der in dem fraglichen Jahr in dem betreffenden Verbandsstaat eingereichten internationalen Anmeldungen erfolgen (Artikel 57 des Patentrechtsabkommens). Von der Bundesrepublik Deutschland werden zur Finanzierung der Vorbereitungsarbeiten für das Inkrafttreten dieses

Vertrags an die Weltorganisation für geistiges Eigentum bereits Sonderzahlungen geleistet; der jährliche Betrag liegt z. Z. bei etwa 100 000 DM. Er wird sich nach Inkrafttreten des Vertrags auf Grund eigener Einnahmen des Verbandes stetig verringern.

Der Verband wird einen Betriebsmittelfonds errichten, der durch eine einmalige Zahlung der Vertragsstaaten finanziert werden wird. Die Höhe der Zahlungen wird von der Versammlung unter Berücksichtigung der in den einzelnen Staaten zu erwartenden Zahl internationaler Anmeldungen festgesetzt. Der von der Bundesrepublik Deutschland hierfür zu entrichtende Betrag wird voraussichtlich die Höhe der bisherigen jährlichen Zahlungen für die Vorbereitungsarbeiten nicht übersteigen.

- c) Übereinkommen vom 5. Oktober 1973 über die Erteilung Europäischer Patente:

Die Höhe der Gebühren des Europäischen Patentamts wird so bemessen werden, daß längerfristig die Einnahmen des Europäischen Patentamts ausreichen, um den Finanzbedarf der Organisation zu decken.

Nach den Berechnungen der Arbeitsgruppe IV der Luxemburger Regierungskonferenz über die Einführung eines europäischen Patenterteilungsverfahrens aus dem Jahre 1972 ist voraussichtlich während der ersten 12 Jahre der Tätigkeit des Europäischen Patentamts mit Fehlbeträgen zu rechnen. Zur Deckung des Haushalts der Organisation in diesem Zeitraum sollen von den Mitgliedstaaten besondere Finanzbeiträge in Höhe von insgesamt etwa 350 Mio DM geleistet werden. Davon hat die Bundesrepublik Deutschland etwa 22 %, d. h. rund 77 Mio DM in jährlichen Teilbeträgen zu erbringen. Diese Beiträge sollen verzinst und aus den Überschüssen des Europäischen Patentamts, mit denen nach einer Anlaufzeit gerechnet wird, zurückbezahlt werden. Als Zinssatz sind bisher mindestens 4 % pro Jahr vorgesehen.

Voraussichtlich im 27. Jahr nach Zahlung des ersten Finanzbeitrags sollen diese Beiträge einschließlich der Zinsen vollständig erstattet sein.

Da das Europäische Patentamt frühestens im Jahre 1977 seine Tätigkeit aufnehmen wird, sind im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 1974 bis 1978 für den Zeitraum 1977/78 in der Finanzplanung für das Bundesministerium der Justiz in Kap. 0702, Titel 68 60 3, Beträge in Höhe von 8,16 Mio DM veranschlagt.

Nach Abschnitt I Nr. 3 Buchstabe d des Zentralisierungsprotokolls wird die Bundesrepublik Deutschland die **zusätzlichen** Kosten übernehmen, die der Europäischen Patentorganisation aus der Errichtung und dem Betrieb der Dienststelle Berlin des Europäischen Patentamts entstehen. Die Höhe dieser Kosten soll ermittelt werden durch eine Gegenüberstellung der Gesamtkosten, die bei der Dienststelle Berlin anfallen, und der Kosten, die bei Erledigung der

Arbeiten der Dienststelle in der Generaldirektion in Den Haag entstanden wären. Eine Abschätzung des Mittelbedarfs ist zur Zeit noch nicht möglich.

B. Einzelbegründung

Artikel I

Zustimmung zu den Übereinkommen

Auf die Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen. Das gleiche gilt für die dem Patentrechtszusammenarbeitsvertrag gemäß seinem Artikel 58 Abs. 1 beigefügte Ausführungsordnung sowie die gemäß Artikel 164 Abs. 1 des Europäischen Patentübereinkommens Bestandteile dieses Übereinkommens bildenden Dokumente, nämlich die Ausführungsordnung, das Anerkennungsprotokoll, das Protokoll über Vorrechte und Immunitäten, das Zentralisierungsprotokoll sowie das Protokoll über die Auslegung des Artikels 69 des Europäischen Patentübereinkommens.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich. Artikel 4, 5 und 16 des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Patentorganisation sehen Steuerbefreiungen zugunsten der Organisation und ihres Personals sowie Steuererstattungen an die Organisation vor. Diese Regelung betrifft Steuern, insbesondere die Einkommen-, Vermögen- und Umsatzsteuer, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden (Gemeindeverbänden) ganz oder zum Teil zufließt.

Artikel II

Europäische Patentrecht

Zu § 1 — Entschädigungsanspruch aus europäischen Patentanmeldungen

Absatz 1

Gemäß Artikel 67 Abs. 1 des Europäischen Patentübereinkommens soll die europäische Patentanmeldung ab ihrer Veröffentlichung durch das Europäische Patentamt (Artikel 93 des Europäischen Patentübereinkommens) einstweilen den Schutz eines erteilten europäischen Patents gewähren. Den Vertragsstaaten bleibt jedoch vorbehalten, diesen Schutz soweit einzuschränken, daß der europäische Anmelder hinsichtlich seiner Rechte aus der europäischen Patentanmeldung nicht besser gestellt wird als der Anmelder einer nach zwingender Vorschrift veröffentlichten ungeprüften nationalen Patentanmeldung (Artikel 67 Abs. 2 des Europäischen Patentübereinkommens).

Gemäß § 24 Abs. 5 Satz 1 Halbsatz 1 des Patentgesetzes beschränkt sich der Anspruch des Anmelders einer veröffentlichten ungeprüften deutschen Patentanmeldung darauf, vom schuldhaft handelnden Benutzer des Gegenstandes der Anmeldung eine den Umständen nach angemessene Entschädigung verlangen zu können. Es erscheint nicht gerechtfertigt, dem Anmelder einer ungeprüften euro-

päischen Patentanmeldung weitergehende Rechte zu gewähren. Absatz 1 Satz 1 macht daher von der in Artikel 67 Abs. 2 des Europäischen Patentübereinkommens dem nationalen Gesetzgeber vorbehaltenen Möglichkeit Gebrauch und sieht eine § 24 Abs. 5 Satz 1 Halbsatz 1 des Patentgesetzes entsprechende Regelung vor. § 24 Abs. 5 Satz 2 des Patentgesetzes schließt allerdings einen Entschädigungsanspruch aus, wenn der Gegenstand der Anmeldung offensichtlich nicht patentfähig ist. Eine entsprechende Regelung kann für den Entschädigungsanspruch auf Grund einer europäischen Patentanmeldung nicht getroffen werden, da dies eine unzulässige Einschränkung des durch Artikel 67 Abs. 2 Satz 3 des Europäischen Patentübereinkommens vorgeschriebenen Mindestschutzes bedeuten würde.

Die in Artikel 67 Abs. 1 und 2 des Europäischen Patentübereinkommens vorgesehenen Wirkungen der europäischen Patentanmeldung entfallen gemäß Absatz 4 der genannten Vorschrift mit rückwirkender Kraft, wenn die Anmeldung zurückgenommen worden ist, als zurückgenommen gilt oder rechtskräftig zurückgewiesen wird; eines Ausspruchs dieser Folge entsprechend § 35 Abs. 2 Satz 2 des Patentgesetzes bedarf es daher in § 1 nicht mehr. Dagegen ist im Europäischen Patentübereinkommen die Frage der Verjährung des Entschädigungsanspruchs nicht geregelt. Absatz 1 Satz 2 erklärt insoweit § 48 Satz 1 des Patentgesetzes für entsprechend anwendbar.

Absatz 1 Satz 3 soll lediglich klarstellen, daß ein über Satz 1 hinausgehender einstweiliger Schutz, wie er an sich nach Artikel 67 Abs. 1 des Europäischen Patentübereinkommens möglich wäre, nicht gewährt wird (vgl. auch § 24 Abs. 5 Satz 1 Halbsatz 2 des Patentgesetzes).

Absatz 2

Schutzrechte und Schutzrechtsanmeldungen können nur dann respektiert werden, wenn die Betroffenen sie kennen oder zumutbarerweise kennen können. Nach Artikel 14 Abs. 6 des Europäischen Patentübereinkommens wird die europäische Patentanmeldung in der Verfahrenssprache des Europäischen Patentamts veröffentlicht. Neben Deutsch kann Verfahrenssprache Englisch oder Französisch sein (vgl. Artikel 14 Abs. 1 und Abs. 3 des Europäischen Patentübereinkommens); in einer Vielzahl von Fällen werden daher europäische Patentanmeldungen nicht in deutscher Sprache veröffentlicht werden. Die für die Erfassung solcher fremdsprachigen Veröffentlichungen notwendigen Kenntnisse können bei einem Großteil der Bevölkerung — und selbst bei einem erheblichen Teil der regelmäßig betroffenen Kreise — nicht vorausgesetzt werden. Es erscheint deshalb grundsätzlich unangebracht, den Entschädigungsanspruch nach Absatz 1 an die fremdsprachige Veröffentlichung anzuknüpfen. Das gilt um so mehr, als nicht ausgeschlossen werden kann, daß dem Benutzer aus seiner mangelnden Sprachkenntnis oder aus der mangelnden Vorsorge, sich notfalls über den Inhalt fremdsprachiger Veröffentlichungen unterrichten zu lassen, ein Schuldvorwurf im Sinne von Absatz 1 gemacht werden würde. Absatz 2

macht daher von dem in Artikel 67 Abs. 3 des Europäischen Patentübereinkommens enthaltenen Vorbehalt Gebrauch und sieht vor, daß bei einer fremdsprachig veröffentlichten europäischen Patentanmeldung der Entschädigungsanspruch gemäß Absatz 1 erst von dem Tage an entsteht, an dem die Ansprüche der europäischen Patentanmeldung in deutscher Übersetzung entweder als allgemein bekannt gelten, das heißt vom Deutschen Patentamt veröffentlicht worden sind, oder aber demjenigen übermittelt wurden, der die Erfindung benutzt. Wie durch das Wort „eingereichte“ klargestellt wird, ist die Beibringung der Übersetzung auch für den Fall der Veröffentlichung durch das Deutsche Patentamt Sache des Patentsuchers.

Absatz 3

Gemäß Artikel 150 Abs. 3 des Europäischen Patentübereinkommens gelten internationale Patentanmeldungen nach dem Patentreibungsvertrag, für die das Europäische Patentamt als Bestimmungsort tätig wird, als europäische Anmeldungen. Die Veröffentlichung der internationalen Anmeldung nach Artikel 21 des Patentreibungsvertrags tritt gemäß Artikel 158 Abs. 1 des Europäischen Patentübereinkommens grundsätzlich an die Stelle der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung. Auf solche veröffentlichte internationale Anmeldungen sind daher die Absätze 1 und 2 anzuwenden. Dies stellt Absatz 3 Satz 1 ausdrücklich klar. Um Mißverständnissen vorzubeugen, ist dabei die zwingend geltende Sonderregelung des Artikels 158 Abs. 3 des Europäischen Patentübereinkommens in Satz 2 noch einmal eigens hervorgehoben. Ist die internationale Anmeldung in einer anderen Sprache als Deutsch, Englisch oder Französisch veröffentlicht worden, so tritt gemäß Artikel 158 Abs. 3 des Europäischen Patentübereinkommens der einstweilige Schutz abweichend vom Regelfall erst dann ein, wenn das Europäische Patentamt die Anmeldung in einer seiner Amtssprachen veröffentlicht hat. Auch die zeitfrühere Veröffentlichung einer deutschen Übersetzung der Patentansprüche durch das Deutsche Patentamt oder die vorherige Übermittlung einer solchen Übersetzung an den Benutzer würde in diesem Fall erst mit der Veröffentlichung der internationalen Anmeldung durch das Europäische Patentamt Wirkungen nach Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 entfalten.

Zu § 2 — Veröffentlichung von Übersetzungen der Patentansprüche europäischer Patentanmeldungen

Absatz 1

Absatz 1 Satz 1 macht die Veröffentlichung der nach § 1 Abs. 2 eingereichten Übersetzung durch das Deutsche Patentamt von einem besonderen Antrag abhängig. Die Veröffentlichung ist gebührenpflichtig; für die Entrichtung der Gebühr steht dem Antragsteller eine angemessene Frist von einem Monat zur Verfügung (Satz 2). Wird die Frist zur Zahlung der Veröffentlichungsgebühr versäumt, gilt die Übersetzung gemäß Satz 3 als nicht eingereicht. Durch die Fiktion der Nichteinreichung wird im Interesse der Verwaltungsvereinfachung bewirkt,

daß das Deutsche Patentamt den Vorgang lediglich hinsichtlich der Frist und bis zu deren Ablauf überwachen muß. Nach erfolglosem Ablauf der Frist kann die Sache als endgültig erledigt behandelt werden. Das Deutsche Patentamt ist also insbesondere nicht zur weiteren Aufbewahrung der eingereichten Unterlagen verpflichtet. Die Lösung erscheint unbedenklich, weil für den Antragsteller durch diese Handhabung endgültige Rechtsnachteile nicht eintreten; ihm bleibt es unbenommen, die Übersetzung erneut einzureichen und deren Veröffentlichung zu beantragen.

Absatz 2

Absatz 2 enthält eine Rechtsverordnungsermächtigung zur Regelung der Veröffentlichungserfordernisse. Die § 26 Abs. 3 des Patentgesetzes nachgebildete Vorschrift wird es ermöglichen, die im Interesse einer einfachen, kostensparenden und schnellen Veröffentlichung gebotenen Bestimmungen für eine einheitliche äußere Gestaltung der einzureichenden Unterlagen zu erlassen.

Zu § 3 — Einreichung von Übersetzungen im gerichtlichen Verfahren

§ 3 regelt die Einreichung von Übersetzungen in gerichtlichen Verfahren, in denen eine europäische Patentanmeldung oder ein europäisches Patent Gegenstand der Klage ist. In Betracht kommen im wesentlichen Verletzungsverfahren, Nichtigkeitsverfahren sowie Verfahren, in denen die Übertragung der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents verlangt wird. In diesen Verfahren würde die strikte Anwendung von § 184 des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Deutsch zur ausschließlichen Gerichtssprache bestimmt, den Besonderheiten zuwiderlaufen, die sich aus dem europäischen Patenterteilungsverfahren ergeben. Anders als im nationalen Bereich, in dem die verbindliche Fassung der Patentschrift oder der Patentanmeldung stets in der Amtssprache des betreffenden Landes vorliegt, werden die europäische Patentanmeldung und die europäische Patentschrift in ihrer Gesamtheit nur in einer der Verfahrenssprachen Deutsch, Englisch oder Französisch veröffentlicht. Dabei wird in der Mehrzahl der Fälle Deutsch nicht Verfahrenssprache sein. Gleichwohl stellt aber der Wortlaut einer Anmeldung oder eines Patents in der Verfahrenssprache Englisch oder Französisch auch in der Bundesrepublik Deutschland die verbindliche Fassung dar (Artikel 70 Abs. 1 des Europäischen Patentübereinkommens). Das Gericht wird daher in Fällen, in denen eine solche Patentanmeldung oder ein solches Patent Gegenstand des Verfahrens sind, ohnedies regelmäßig auf die Fassung in der Verfahrenssprache zurückgreifen müssen. Bei dieser Sachlage erscheint es verfehlt, die Einreichung einer deutschen Übersetzung der Patentanmeldung oder Patentschrift zwingend vorzusehen; dies würde zu einer nicht gerechtfertigten Kostenbelastung der Parteien führen, die letztlich auch die Attraktivität des europäischen Patents erheblich beeinträchtigen könnte. Andererseits muß sichergestellt sein, daß die Parteien durch die zu treffende Sprachenregelung nicht in ihren Rechten beeinträchtigt werden.

Beiden Gesichtspunkten wird mit der vorgeschlagenen Bestimmung Rechnung getragen. Nach § 3 kann die Patentschrift oder die Patentanmeldung zwar abweichend von § 184 des Gerichtsverfassungsgesetzes in englischer oder französischer Sprache eingereicht werden; das Gericht darf aber jederzeit die Vorlage einer Übersetzung in deutscher Sprache verlangen. Es kann erwartet werden, daß das Gericht angesichts der mit der Übersetzung verbundenen hohen Kosten von dieser Möglichkeit nur Gebrauch machen wird, soweit dies unter Berücksichtigung der Sprachkenntnisse der Beteiligten zur ordnungsgemäßen Durchführung des Verfahrens, insbesondere zur Wahrung der Rechte der Parteien, erforderlich ist.

Zu § 4 — Geheimhaltungsbedürftige europäische Patentanmeldungen

Absätze 1 und 2

Nach Artikel 75 Abs. 1 des Europäischen Patentübereinkommens können europäische Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt in München, seiner Zweigstelle in Den Haag oder, sofern es das nationale Recht gestattet, bei den Patentämtern der Vertragsstaaten oder anderen nationalen Behörden eingereicht werden. Absatz 2 dieses Artikels behält dem Recht der Vertragsstaaten unter anderem vor, die unmittelbare Einreichung beim Europäischen Patentamt in München oder in Den Haag auszuschließen und zu bestimmen, daß europäische Patentanmeldungen zuerst bei einer nationalen Behörde eingereicht werden müssen. Bei der Ausarbeitung dieser Vorschrift ist insbesondere an die Fälle gedacht worden, in denen es aus Gründen der Staatssicherheit für erforderlich angesehen wird, Erfindungen zunächst durch eine nationale Behörde auf ihre Geheimhaltungsbedürftigkeit überprüfen zu lassen.

Es erscheint nicht angezeigt, für die Einreichung europäischer Patentanmeldungen generell den Weg über das Deutsche Patentamt zu eröffnen. Dadurch würde die mit der Einrichtung des Europäischen Patentamts für die nationale Behörde zu erwartende Entlastung in erheblichem Umfang durch entsprechende Belastung im europäischen Patenterteilungsverfahren ausgeglichen. Eine solche Lösung ist für die Bundesrepublik Deutschland um so weniger erforderlich, als das Europäische Patentamt seinen Sitz in München hat, für die Anmelder aus der Bundesrepublik Deutschland der Zugang zu der Eingangsbehörde also nicht — jedenfalls nicht wesentlich — erschwert wird. Andererseits sollte die Einreichung europäischer Patentanmeldungen beim Deutschen Patentamt nicht völlig ausgeschlossen werden. Im Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland kann für Erfindungen, die ein Staatsgeheimnis im Sinne von § 93 des Strafgesetzbuches enthalten, die unmittelbare Einreichung der Anmeldung beim Europäischen Patentamt in München oder bei dessen Zweigstelle in Den Haag nicht in Betracht gezogen werden (vgl. § 30 c des Patentgesetzes sowie den vorgeschlagenen § 14 des vorliegenden Artikels). Ob die anzumeldende Erfindung ein Staatsgeheimnis enthält, wird vom Anmelder selbst jedoch in einer Vielzahl von Fällen nicht mit

Sicherheit beurteilt werden können. Um das Risiko einer Bestrafung zu vermeiden, müßte daher der Anmelder für den Kreis aller potentiell geheimhaltungsbedürftigen Erfindungen auf eine europäische Patentanmeldung jedenfalls zunächst verzichten. Ihm bliebe nur die Möglichkeit, seine Erfindung beim Deutschen Patentamt als deutsche Anmeldung einzureichen. Erst wenn dort binnen der Fristen des § 30 d des Patentgesetzes im Einzelfall keine Anordnung nach § 30 a Abs. 1 des Patentgesetzes über das Unterbleiben jeder Bekanntmachung ergangen wäre, könnte er eine europäische Patentanmeldung einreichen. Dieser umständliche Weg wird durch die in Absatz 1 enthaltene Lösung vermieden. Satz 1 dieser Vorschrift eröffnet für die Einreichung europäischer Patentanmeldungen, die ein Staatsgeheimnis enthalten können, den Weg zum Deutschen Patentamt. Das Gebot, diesen Weg zu beschreiten, richtet sich seiner Natur nach nur an den dem deutschen Staatsschutzstrafrecht unterworfenen Personenkreis.

Um eine einfache und zuverlässige Abgrenzung der nach Satz 1 zulässigerweise beim Deutschen Patentamt eingereichten europäischen Patentanmeldungen von solchen Anmeldungen zu ermöglichen, die lediglich auf Grund eines Irrtums des Anmelders über die Zuständigkeit oder aus anderen Gründen dort eingereicht wurden, schreibt Satz 2 als förmliches Erfordernis vor, daß in einer Anlage zur Anmeldung auf die Möglichkeit hingewiesen wird, daß die angemeldete Erfindung ein Staatsgeheimnis enthält. Die Nichtbeachtung dieser förmlichen Anforderung soll aus praktischen Gründen ohne sachliche Prüfung zur Ablehnung der Entgegennahme der Anmeldung führen (Absatz 2 Satz 1). Dem Anmelder bleibt es in einem solchen Fall unbenommen, die Anmeldung zusammen mit der bisher fehlenden Anlage erneut beim Deutschen Patentamt einzureichen, wodurch sich allerdings der Prioritätszeitpunkt seiner Anmeldung verschieben kann.

Die Beurteilung, ob eine Erfindung ein Staatsgeheimnis enthalten kann, wird vielfach von der subjektiven Einstellung des Betrachters abhängen. Die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Beurteilung sollte daher nicht Gegenstand eines möglichen Streits über die Zuständigkeit des Deutschen Patentamts für die Entgegennahme von europäischen Patentanmeldungen sein. Das gilt um so mehr, als eine eher großzügige Beurteilung durch den Anmelder im wohlverstandenen Sicherheitsinteresse der Bundesrepublik Deutschland liegt. Absatz 2 Satz 3 schließt daher die Überprüfung der subjektiven Beurteilung des Anmelders und die Zurückweisung der Anmeldung wegen Fehlens der Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 aus. Daß damit der nach Absatz 1 eröffnete Weg für die Einreichung der europäischen Patentanmeldung mißbraucht werden könnte, ist nach der Interessenlage des Anmelders, dem an einer möglichst baldigen Zuleitung an das Europäische Patentamt gelegen ist, nicht zu befürchten.

Absatz 3

Die unter Beachtung der in Absatz 1 Satz 2 vorgeschriebenen Förmlichkeiten eingereichte europä-

ische Patentanmeldung ist vom Deutschen Patentamt unverzüglich darauf zu überprüfen, ob sie tatsächlich eine geheimhaltungsbedürftige Erfindung enthält (Absatz 3 Satz 1). Für das hierbei zu beachtende Verfahren stehen im Patentgesetz geeignete Regeln bereits zur Verfügung, die gemäß Absatz 3 Satz 2 für entsprechend anwendbar erklärt werden. In Betracht kommen insbesondere die §§ 30 a, 30 b und 30 g des Patentgesetzes sowie die allgemeinen Verfahrensvorschriften einschließlich der Vorschriften über das Verfahren vor dem Patentgericht. Von den materiellen Vorschriften soll § 30 d des Patentgesetzes anwendbar sein (Satz 2 Halbsatz 2). Danach werden der Anmelder und andere Personen dann, wenn innerhalb bestimmter Fristen keine Geheimhaltungsanordnung ergeht, davon ausgehen dürfen, daß eine Geheimhaltung der Erfindung nicht erforderlich ist.

Absatz 4

Steht nach dem Ergebnis der Prüfung fest, daß die Erfindung ein Staatsgeheimnis ist, so darf die europäische Patentanmeldung weder an das Europäische Patentamt weitergeleitet noch in irgendeiner Weise bekanntgemacht werden (Absatz 4 Satz 1). Wird ein solcher Beschluß gefaßt, so kann die Anmeldung in aller Regel nicht mehr zur Erteilung eines europäischen Patents führen; es kann nämlich nicht erwartet werden, daß die Gründe, die für die Geheimhaltung maßgebend waren, so schnell entfallen, daß die europäische Patentanmeldung noch vor dem nach Artikel 77 Abs. 5 des Europäischen Patentübereinkommens maßgebenden Ablauf von 14 Monaten dem Europäischen Patentamt zugehen könnte. Wenn daher das Deutsche Patentamt die Geheimhaltungsbedürftigkeit der Anmeldung erklärt, so stünde der Anmelder vor der Wahl, entweder eine nationale Patentanmeldung einzureichen und damit eine für die Priorität der Anmeldung wichtige Verschiebung des Anmeldedatums in Kauf zu nehmen oder aber den Ablauf des 14. Monats nach der Einreichung oder dem beanspruchten Prioritätszeitpunkt abzuwarten, um dann die Umwandlung seiner gemäß Artikel 77 Abs. 5 des Europäischen Patentübereinkommens als zurückgenommen geltenden europäischen Patentanmeldung in eine nationale Anmeldung nach Artikel 135 Abs. 1 Buchstabe a des Europäischen Patentübereinkommens zu beantragen. Keine dieser Lösungen würde dem Schutzbedürfnis des Anmelders hinreichend Rechnung tragen. In Absatz 4 Satz 2 wird daher bestimmt, daß die europäische Patentanmeldung mit der Rechtskraft der Geheimhaltungsanordnung zugleich als eine von Anfang an beim Deutschen Patentamt eingereichte Patentanmeldung angesehen wird, für die eine Anordnung nach § 30 a Abs. 1 des Patentgesetzes ergangen ist. Der Anmelder wird damit so gestellt, als ob er von vornherein eine nationale Patentanmeldung eingereicht hätte. Dies ändert im übrigen nichts daran, daß die europäische Patentanmeldung fortbesteht. Der Anmelder hat also mit Ablauf des 14. Monats nach dem für den Zeitrang der Anmeldung maßgebenden Tag (vgl. Artikel 77 Abs. 5 des Europäischen Patentübereinkommens) die Möglichkeit, die Umwandlung seiner europäischen Patentanmeldung nach den Artikeln 135 ff. des Europäischen Patentübereinkom-

mens zu beantragen. Soweit der Bundesminister der Verteidigung dem Anmelder die gemäß § 30 c des Patentgesetzes zur Auslandsanmeldung erforderliche schriftliche Genehmigung erteilt (§ 30 c Abs. 1, § 30 g des Patentgesetzes in Verbindung mit der Verordnung zur Ausführung des § 30 g des Patentgesetzes und des § 3 a des Gebrauchsmustergesetzes vom 24. Mai 1961, Bundesgesetzbl. I S. 595), wird das Deutsche Patentamt sodann den in der Anmeldung und im Umwandlungsantrag benannten Vertragsstaaten den Umwandlungsantrag nebst einer Kopie der europäischen Patentanmeldung übermitteln (vgl. Artikel 136 Abs. 2 des Europäischen Patentübereinkommens). In diesen Staaten wird daraufhin ebenfalls das Verfahren zur Erteilung eines nationalen Patents eingeleitet werden (Artikel 135 Abs. 1 des Europäischen Patentübereinkommens).

Mit der Rechtskraft der Anordnung nach Satz 1, daß die Weiterleitung unterbleibt, wird für den Anmelder die nationale Anmeldegebühr nach § 26 Abs. 2 Satz 1 des Patentgesetzes fällig. Zu diesem Zeitpunkt wird der Anmelder in aller Regel die gemäß Artikel 78 Abs. 2 des Europäischen Patentübereinkommens innerhalb eines Monats nach Einreichung der Anmeldung zu zahlende europäische Anmeldegebühr bereits entrichtet haben. Diese Gebühr wird zwar zurückgezahlt; dabei ist davon auszugehen, daß das Europäische Patentamt in solchen Fällen die Rückzahlung sofort nach Unterrichtung durch das Deutsche Patentamt vornehmen, also nicht erst den Ablauf des in Artikel 77 Abs. 5 des Europäischen Patentübereinkommens genannten Zeitraums abwarten wird. Gleichwohl kann die Rücküberweisung einige Zeit in Anspruch nehmen. Um dem Rechnung zu tragen und den Anmelder vor einer unbilligen finanziellen Belastung zu bewahren, sieht Absatz 4 Satz 3 vor, die nach § 26 Abs. 2 Satz 2 des Patentgesetzes für die Zahlung der nationalen Anmeldegebühr eingeräumte Nachfrist um einen Monat zu verlängern.

Da es sich um eine ursprünglich europäische Patentanmeldung handelt, kann die Anmeldung gegebenenfalls in englischer oder französischer Sprache eingereicht worden sein. In diesem Fall erscheint es angezeigt, für die Weiterbehandlung als nationale Anmeldung eine deutschsprachige Unterlage zu erhalten. Absatz 4 Satz 4 erklärt daher die in § 9 Abs. 2 für Umwandlungsfälle getroffene Regelung über die Einreichung einer Übersetzung der Anmeldung für entsprechend anwendbar.

Absatz 5

Der Anmelder, der eine europäische Patentanmeldung beim Deutschen Patentamt eingereicht hat, muß wissen, was mit seiner Anmeldung geschehen ist. In den Fällen des Absatzes 4 Satz 1 erhält er Kenntnis bereits durch Zustellung der Anordnung über die Geheimhaltung. Absatz 5 regelt das Verfahren, wenn die Prüfung ergibt, daß kein Staatsgeheimnis vorliegt. Von diesem Ergebnis wird der Anmelder dadurch unterrichtet werden, daß ihm vom Deutschen Patentamt die Weiterleitung der Anmeldung an das Europäische Patentamt mitgeteilt wird.

Zu § 5 — Anspruch gegen den nichtberechtigten Patentanmelder

Allgemeines

In Artikel 60 des Europäischen Patentübereinkommens wird zwar im einzelnen festgelegt, wem das Recht auf das europäische Patent zusteht. Ungeregelt und damit der Bestimmung durch das nationale Recht der Vertragsstaaten überlassen bleibt dagegen, in welcher Weise der hiernach Berechtigte sein Recht gegenüber dem unberechtigten Anmelder oder Patentinhaber durchsetzen soll. § 5 des Patentgesetzes kann auf die Fälle einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents keine Anwendung finden. Der in § 5 des Patentgesetzes geregelte materielle Anspruch bezieht sich, wie sich aus der Stellung der Vorschrift im Gesetz und nicht zuletzt aus der Anknüpfung in ihrem Satz 3 an die Bekanntmachung über die Erteilung des Patents gemäß § 35 Abs. 1 des Patentgesetzes ergibt, lediglich auf Patentanmeldungen beim Deutschen Patentamt und die vom Deutschen Patentamt erteilten Patente. § 5 des Patentgesetzes ist schließlich nicht schon über die im Europäischen Patentübereinkommen vorgenommene Gleichstellung der europäischen mit einer nationalen Anmeldung und des europäischen Patents mit einem nationalen Patent anwendbar. Diese Gleichstellung in Artikel 66 und Artikel 2 Abs. 2 des Europäischen Patentübereinkommens bezieht sich ausschließlich auf die Wirkungen der Anmeldung und des Patents, zu denen der in § 5 des Patentgesetzes begründete Anspruch nicht gehört. Es bedarf daher einer besonderen Regelung des Anspruchs in diesem Gesetz. Hierfür kommt eine Verweisung auf § 5 des Patentgesetzes oder aber die Anlehnung an die in Artikel 27 des Entwurfs eines Übereinkommens über das europäische Patent für den Gemeinsamen Markt (Gemeinschaftspatentübereinkommen) vorgesehene Lösung in Betracht. Der vorliegende Entwurf entscheidet sich in § 5 für den letzteren Weg. Das Gemeinschaftspatentübereinkommen, das die im Europäischen Patentübereinkommen insoweit gelassene Lücke durch Gemeinschaftsrecht schließen will, ist im wesentlichen bereits abschließend erarbeitet. Die endgültige Verabschiedung des Übereinkommensentwurfs steht bevor; ein baldiger Abschluß der Arbeiten und danach die möglichst frühzeitige Ratifikation des Übereinkommens wird von der Bundesregierung angestrebt. Kann danach davon ausgegangen werden, daß auch das Gemeinschaftspatentübereinkommen in absehbarer Zeit in Kraft treten wird, so stellt sich die hier zu treffende nationale Regelung der Durchsetzung des Anspruchs auf das europäische Patent von vornherein als bloße Übergangslösung dar. Bei dieser Sachlage erscheint es angemessen und zweckmäßig, auf die international bereits abgestimmte Regelung des Artikels 27 des Gemeinschaftspatentübereinkommens zurückzugreifen und so bereits einen ersten freiwilligen Schritt auf die angestrebte Vereinheitlichung des materiellen Patentrechts zu tun. Dies verhindert auch, daß der gleiche Sachverhalt binnen kurzem

einer anderweitigen Regelung unterworfen werden müßte.

Absatz 1

Absatz 1 enthält gegenüber § 5 des Patentgesetzes die Einschränkung, daß der Übertragungsanspruch ausschließlich dem Erfinder oder seinem Rechtsnachfolger, nicht aber dem durch widerrechtliche Entnahme Verletzten zustehen soll. Der dem weitergehenden deutschen Recht zugrundeliegende Gedanke, dem Erfinder durch Schutz auch des bloßen Erfindungsbesitzes, der regelmäßig leichter als die sachliche Berechtigung nachgewiesen werden kann, einen möglichst einfachen Weg zur Verwirklichung seines Rechts auf das Patent zur Verfügung zu stellen, hat sich bei den internationalen Verhandlungen zum Gemeinschaftspatentübereinkommen nicht durchsetzen lassen. Die in Absatz 1 vorgenommene Beschränkung des quasi-dinglichen Übertragungsanspruchs auf den wahren Berechtigten läßt im übrigen die dem Erfindungsbesitzer gegebenenfalls nach allgemeinen Vorschriften zustehenden Ansprüche, etwa aus dem Gesichtspunkt der unerlaubten Handlung, unberührt.

Absatz 2

Absatz 2 weicht von § 5 Satz 3 des Patentgesetzes in mehrfacher Hinsicht ab. So ist die Frist für die Klage auf Übertragung des erteilten Patents gegenüber der Regelung im Patentgesetz um ein Jahr verlängert. Diese Verlängerung trägt dem Umstand Rechnung, daß bei europäischen Patenten die Bekanntmachung der Patenterteilung durch einen Hinweis im Europäischen Patentblatt erfolgt (Artikel 97 Abs. 4 des Europäischen Patentübereinkommens). Bei einer solchen internationalen Veröffentlichung ist aber erfahrungsgemäß die Aussicht des Berechtigten, Kenntnis von der Erteilung des in Wahrheit ihm zustehenden Schutzrechts an einen nichtberechtigten Dritten zu erhalten, gegenüber dem Fall einer Bekanntmachung im nationalen Patentblatt erheblich vermindert. Im Interesse der Rechtsklarheit wird weiter die Klagefrist ausdrücklich als Ausschußfrist bezeichnet. Damit soll einem möglichen Streit darüber, ob die sachliche Berechtigung einem Nichtberechtigten auch nach Ablauf der Klagefrist etwa im Wege des Einwandes der unzulässigen Rechtsausübung entgegengehalten werden kann, die Grundlage entzogen werden. Im Gegensatz zu § 5 Satz 3 des Patentgesetzes, der Bösgläubigkeit des Patentinhabers bei dem Erwerb des Patents genügen läßt, wird schließlich gemäß Absatz 2 der Anspruch nach dem Ablauf der Ausschußfrist nur noch gegenüber einem Patentinhaber gewährt, der seine fehlende Berechtigung im Zeitpunkt der Erteilung oder des Erwerbs des Patents positiv kannte. Diese Beschränkung auf einen einfachen und klaren subjektiven Tatbestand erschien bei einer international einheitlichen Regelung, wie sie hier angestrebt wird, in Anbetracht der auch zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften noch fortbestehenden weitgehenden Unterschiede der Rechtssysteme und ihrer Begriffe aus Gründen der Rechtssicherheit geboten.

Zu § 6 — Nichtigkeit

Absatz 1

Artikel 138 des Europäischen Patentübereinkommens enthält in Verbindung mit Artikel 139 Abs. 2 des Europäischen Patentübereinkommens eine abschließende Aufzählung der Gründe, aus denen europäische Patente in den Vertragsstaaten für nichtig erklärt werden können. Aus den zu § 5 genannten Gründen wird in § 6 Abs. 1 die in Artikel 57 des Entwurfs eines Gemeinschaftspatentübereinkommens vorgesehene Regelung der Nichtigkeitsklärung von Patenten übernommen. Damit wird inhaltlich der in Artikel 138 des Europäischen Patentübereinkommens enthaltene Katalog der zulässigen Nichtigkeitsgründe voll ausgeschöpft. Neben die hiernach maßgeblichen Nichtigkeitsgründe tritt als selbständiger Nichtigkeitsgrund der in Artikel 139 Abs. 2 des Europäischen Patentübereinkommens geregelte Fall des älteren nationalen Rechts. Nach dem Patentgesetz bildet das ältere Recht ein Patentierungshindernis und damit im Falle der gleichwohl erfolgten Patenterteilung einen Nichtigkeitsgrund (vgl. § 2 Abs. 2 in Verbindung mit § 13 Abs. 1 Nr. 1 des Patentgesetzes in der Fassung von Artikel IV dieses Gesetzes). Die gleiche Wirkung hat aber nach Artikel 139 Abs. 2 des Europäischen Patentübereinkommens das ältere nationale Recht gegenüber einem erteilten europäischen Patent.

Absatz 2

Absatz 2 der Vorschrift übernimmt für den Fall der Teilnichtigkeit die in Artikel 57 Abs. 2 des Gemeinschaftspatentübereinkommens vorgesehene Regelung.

Absatz 3

Entsprechend der in Artikel 56 Abs. 1 Halbsatz 2 des Entwurfs eines Gemeinschaftspatentübereinkommens vorgesehenen Regelung, die inhaltlich im wesentlichen mit der in § 37 Abs. 2 des Patentgesetzes enthaltenen Beschränkung des Antragsrechts im Nichtigkeitsverfahren übereinstimmt, soll im Fall des § 6 Abs. 1 Nr. 5 nur der nach Artikel 60 Abs. 1 des Europäischen Patentübereinkommens Berechtigte befugt sein, den Antrag zu stellen.

Zu § 7 — Jahresgebühren

Da das europäische Patent nach Artikel 2 des Europäischen Patentübereinkommens grundsätzlich einem nationalen Patent gleichgestellt ist, sind auch für das europäische Patent die in § 11 des Patentgesetzes genannten Jahresgebühren zu entrichten (Satz 1). Die in Satz 2 vorgesehene Einschränkung ergibt sich aus Artikel 141 Abs. 1 des Europäischen Patentübereinkommens. Danach können nach nationalem Recht Jahresgebühren für das europäische Patent erst ab dem Jahr gefordert werden, das dem Jahr folgt, in dem der Hinweis auf die Erteilung des europäischen Patents bekanntgemacht worden ist. Diese Einschränkung findet ihren Grund in der Verpflichtung des Anmelders, für die davorliegenden Jahre Jahresgebühren an das Europäische Patentamt gemäß Artikel 86 des Europäischen Patentübereinkommens zu zahlen.

Zu § 8 — Verbot des Doppelschutzes

Absätze 1 und 2

§ 8 macht von der in Artikel 139 Abs. 3 des Europäischen Patentübereinkommens für den nationalen Gesetzgeber vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch und schließt den Doppelschutz derselben Erfindung durch ein dem Erfinder mit gleicher Priorität vom Europäischen wie vom Deutschen Patentamt (oder im Beschwerdeverfahren vom Bundespatentgericht) erteiltes Patent aus. An dem Bestand solcher gleichartiger und gleichwertiger Ausschließlichkeitsrechte kann der Patentinhaber kein berechtigtes Interesse haben. Das gilt für den Fall des Zusammen treffens eines europäischen mit einem im Verfahren nach dem Patentgesetz erteilten Patent um so mehr, als nach der in Artikel IV des Entwurfs vorgeschlagenen Änderung des Patentgesetzes die Patentierbarkeitsvoraussetzungen wie auch die Nichtigkeitsgründe des nationalen Rechts die gleichen sein werden, wie sie für europäische Patente gelten. Im übrigen würde der Bestand solcher identischer Rechte, deren Schicksal voneinander unabhängig ist, die Rechtslage unnötig verwirren und komplizieren. So wäre etwa der Patentinhaber nach Nichtigkeitsklärung des europäischen Patents formal noch in der Lage, Verletzungsansprüche aus dem im nationalen Verfahren erteilten Patent geltend zu machen. Um solche unerwünschten Folgen auszuschließen, übernimmt § 8 Abs. 1 die auch in Artikel 77 Abs. 1 und 2 des Entwurfs eines Gemeinschaftspatentübereinkommens vorgesehene Regelung, wonach das von der nationalen Behörde erteilte Patent mit der Erteilung des europäischen Patents in dem Umfang seine Wirkung verliert, in dem Identität des Schutzzumfangs gegeben ist. Die Bevorzugung des europäischen Patents trägt dem Umstand Rechnung, daß diesem Schutzrecht im Zweifel die größere wirtschaftliche Bedeutung zukommt; sie erscheint im übrigen im Hinblick auf das angestrebte Gemeinschaftspatent, bei dem Entstehung und Untergang grundsätzlich einheitlich erfolgen sollen, angezeigt.

Der mit der Regelung in Absatz 1 verfolgte Zweck würde verfehlt, wenn es dem Patentinhaber möglich wäre, notfalls — nämlich bei späterem Wegfall des europäischen Patents — wieder auf das national erteilte Patent zurückzugreifen. Eine solche Regelung würde die gerade mit dem Doppelschutz verbundenen unerwünschten Folgen beibehalten. Absatz 2 stellt daher ausdrücklich klar, daß ein nach Absatz 1 eingetretener Verlust der Wirkungen des national erteilten Patents endgültig ist. Damit ist der Patentinhaber gezwungen, den Bestand seines Schutzrechts ausschließlich mit den ihm auf Grund des europäischen Patents zustehenden Mitteln und Möglichkeiten zu sichern und zu verteidigen.

Absatz 3

Die in Absatz 1 vorgesehene Rechtsfolge tritt ein, ohne daß es dafür eines besonderen gerichtlichen Ausspruchs bedarf. Es wird sich also etwa derjenige, der aus einem vom Deutschen Patentamt erteilten Patent wegen Patentverletzung in Anspruch genommen wird, im Verletzungsverfahren ohne

weiteres auf die Wirkungslosigkeit des national erteilten Patents berufen können. Gleichwohl erscheint es angebracht, zur generellen Feststellung der eingetretenen Rechtsfolge ein besonderes Verfahren zur Verfügung zu stellen. Für ein solches Verfahren besteht insbesondere in den Fällen ein Interesse, in denen etwa das europäische Patent nachträglich erloschen oder für nichtig erklärt worden ist. Absatz 3 sieht daher die Möglichkeit vor, bei dem Bundespatentgericht die Feststellung der nach Absatz 1 eingetretenen Rechtsfolge zu beantragen. Im Rahmen dieses Feststellungsverfahrens wird gegebenenfalls auch über den Überschuß des im Verfahren nach dem Patentgesetz erteilten Patents gegenüber dem europäischen Patent zu befinden sein. Da an dieser Entscheidung im Einzelfall auch der Patentinhaber ein berechtigtes Interesse haben kann, wie etwa bei nur teilweiser Identität der Schutzrechte, zieht ihn die Vorschrift in den Kreis der Antragsberechtigten ein.

Für das Verfahren stehen angemessene Regelungen in den Vorschriften des Patentgesetzes für das Nichtigkeitsverfahren, das eine weitgehend ähnliche Problematik aufweist, bereits zur Verfügung. Absatz 3 Satz 2 erklärt diese Verfahrensvorschriften für anwendbar.

Zu § 9 — Umwandlung

Allgemeines

Nach Artikel 135 Abs. 1 Buchstabe a des Europäischen Patentübereinkommens kann der Anmelder die Umwandlung einer europäischen Patentanmeldung in eine nationale Anmeldung für die in der europäischen Patentanmeldung benannten Vertragsstaaten beantragen, wenn die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen gilt, weil sie entweder bis zum Ablauf des vierzehnten Monats nach dem für den Zeitrang der Anmeldung maßgebenden Tag dem Europäischen Patentamt nicht zugegangen ist (Artikel 77 Abs. 5 des Europäischen Patentübereinkommens) oder das Europäische Patentamt dem Anmelder mitgeteilt hat, daß die europäische Patentanmeldung infolge einer vom Verwaltungsrat nach Artikel 162 Abs. 2 des Europäischen Patentübereinkommens beschlossenen Beschränkung des Verfahrens nicht weiter behandelt wird (Artikel 162 Abs. 4 des Europäischen Patentübereinkommens).

§ 9 regelt die sich in solchen Umwandlungsfällen ergebenden besonderen Rechtsfragen bei der Überleitung in das nationale Patenterteilungsverfahren. Die Vorschrift macht dagegen keinen Gebrauch von der in Artikel 135 Abs. 1 Buchstabe b des Europäischen Patentübereinkommens dem nationalen Gesetzgeber vorbehaltenen Möglichkeit, die Umwandlung auch für die Fälle vorzusehen, in denen die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen wurde oder als zurückgewiesen oder zurückgenommen gilt. Eine solche erweiterte Umwandlungszulassung müßte dazu führen, daß nationale Patenterteilungsverfahren zum Aufgabebereich für fehlgeschlagene europäische Patentanmeldungen zu machen. Dazu besteht aber kein Anlaß. Wählt der Anmelder das europäische Er-

teilungsverfahren, so wird er die dafür vorgesehenen Regelungen zu beachten und die Entscheidung des Europäischen Patentamts zu respektieren haben; er kann berechtigterweise nicht erwarten, daß ihm zur Behebung eigener Versäumnisse in dem europäischen Verfahren oder zur Korrektur einer vom Europäischen Patentamt getroffenen Entscheidung mit der fehlgeschlagenen Anmeldung noch der Weg zum Erteilungsverfahren vor dem Deutschen Patentamt eröffnet wird.

Absatz 1

Artikel 135 Abs. 1 Buchstabe a des Europäischen Patentübereinkommens verpflichtet zwar die Vertragsstaaten, in den Fällen des Artikels 77 Abs. 5 und des Artikels 162 Abs. 4 des Übereinkommens auf Antrag des Anmelders das Verfahren zur Erteilung eines nationalen Patents einzuleiten. Es bleibt jedoch der Bestimmung durch die Vertragsstaaten überlassen, ab welchem Zeitpunkt die umgewandelte europäische Patentanmeldung als eine nationale Patentanmeldung gelten soll. Dieser Zeitpunkt ist zweckmäßigerweise so festzulegen, daß er vom Anmelder eingeschätzt und in seine Überlegungen mit einbezogen werden kann. So muß der Anmelder etwa wissen, wann er die für jede nationale Patentanmeldung nach § 26 Abs. 2 des Patentgesetzes zu entrichtende Anmeldegebühr zu zahlen hat. Da der Anmelder den ungefähren Zeitpunkt des Eingangs seines Umwandlungsantrags beim Europäischen Patentamt (Artikel 136 Abs. 1 Satz 1 des Europäischen Patentübereinkommens) oder beim Deutschen Patentamt (Artikel 136 Abs. 2 Satz 1 des Europäischen Patentübereinkommens) und der Zahlung der Umwandlungsgebühr (Artikel 136 Abs. 1 Satz 2 des Europäischen Patentübereinkommens) kennt, soll die europäische Patentanmeldung nach § 9 Abs. 1 Satz 1 als nationale Anmeldung gelten, sobald der Umwandlungsantrag gestellt ist. Um Mißverständnisse auszuschließen, wird in Satz 1 Halbsatz 2 klargestellt, daß die zwingende Vorschrift des Artikels 66 des Europäischen Patentübereinkommens, wonach die europäische Anmeldung grundsätzlich die Wirkung einer nationalen Hinterlegung mit der für die europäische Anmeldung maßgebenden Priorität besitzt, unberührt bleibt.

Nach Artikel 137 Abs. 2 Buchstabe a des Europäischen Patentübereinkommens muß dem Anmelder die Möglichkeit eingeräumt werden, die Anmeldegebühr innerhalb einer Frist von mindestens 2 Monaten zu zahlen. Dies wird in § 9 Abs. 1 Satz 2 dadurch sichergestellt, daß die in § 26 Abs. 2 Satz 2 des Patentgesetzes vorgesehene einmonatige Nachfrist zur Entrichtung der Anmeldegebühr in den Fällen der Umwandlung um einen Monat verlängert wird. Diese Frist, deren Lauf zudem erst mit der Zustellung der Nachricht über die Rechtsfolge der nicht fristgerechten Zahlung beginnt, erscheint ausreichend, um dem Anmelder die Zahlung der Anmeldegebühr zuverlässig zu ermöglichen.

§ 9 Abs. 1 Satz 3 trägt der Besonderheit der Fälle des Artikels 77 Abs. 5 des Europäischen Patentübereinkommens — das werden für die Bundesrepublik Deutschland nur geheimhaltungsbedürftige europäische Patentanmeldungen im Sinne von § 4 sein

— Rechnung. Schlägt die europäische Anmeldung infolge der Rücknahmefiktion von Artikel 77 Abs. 5 des Europäischen Patentübereinkommens fehl, weil vom Deutschen Patentamt die bei ihm eingereichte europäische Anmeldung nicht innerhalb von 14 Monaten dem Europäischen Patentamt zugeleitet wurde, so erscheint es aus Billigkeitsgründen geboten, den Anmelder, der zur Einleitung des nationalen Erteilungsverfahrens bereits eine Umwandlungsgebühr entrichten muß, von der Anmeldegebühr freizustellen.

Absatz 2

Gemäß Artikel 137 Abs. 2 Buchstabe b des Europäischen Patentübereinkommens können die Patentämter der Vertragsstaaten verlangen, daß der Anmelder, dessen Anmeldung nicht in der Amtssprache des jeweiligen Staats vorliegt, eine Übersetzung einzureichen hat. § 9 Abs. 2 macht von dieser Möglichkeit Gebrauch und schreibt für die Umwandlungsfälle generell die Einreichung einer deutschen Übersetzung der Anmeldung in der maßgebenden Fassung vor. Da es sich nunmehr um eine nationale Anmeldung handelt, erscheint es — entsprechend der für ursprünglich nationale Anmeldungen geltenden Regelung des § 45 des Patentgesetzes — angebracht, dem weiteren Verfahren eine deutschsprachige Anmeldungsunterlage zugrunde zu legen. Die für die Einreichung der Übersetzung vorgesehene Frist von 3 Monaten, die über die nach Artikel 137 Abs. 2 des Europäischen Patentübereinkommens vorgeschriebene Mindestfrist hinausgeht, ist für den Anmelder erforderlich, aber auch ausreichend, um die Übersetzung fertigen zu lassen und beim Deutschen Patentamt einzureichen. Die nicht fristgerechte Einreichung soll zur Zurückweisung der Anmeldung führen (Abs. 2 Satz 2).

Absatz 3

Erfolgt die Umwandlung, weil die europäische Anmeldung auf Grund einer vom Verwaltungsrat beschlossenen Beschränkung des Verfahrens als zurückgenommen gilt (Artikel 162 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 4 des Europäischen Patentübereinkommens), kann für diese Anmeldung bereits der von der Recherchenabteilung des Europäischen Patentamts grundsätzlich bei allen Anmeldungen zu erstellende Recherchenbericht (Artikel 92 Abs. 1 des europäischen Patentübereinkommens) vorliegen. Ist dies der Fall, kann davon ausgegangen werden, daß das Deutsche Patentamt im Rahmen des Prüfungsverfahrens durch diesen Bericht in gleicher Weise entlastet wird wie durch einen nationalen Recherchenbericht gemäß § 28 a Abs. 1 des Patentgesetzes. Es erscheint dann aber gerechtfertigt, den Anmelder für die zu zahlende Prüfungsgebühr so zu stellen, als ob ein Antrag auf Ermittlung der in Betracht zu ziehenden Druckschriften nach § 28 a Abs. 1 des Patentgesetzes gestellt worden wäre (Absatz 3 Satz 1).

Gemäß Regel 46 der Ausführungsverordnung zum Europäischen Patentübereinkommen wird der europäische Recherchenbericht lediglich für einen Teil der Anmeldung erstellt, wenn die Anmeldung nicht den Anforderungen an die Einheitlichkeit der Erfin-

dung entspricht und der Anmelder die von der Recherchenabteilung angeforderten zusätzlichen Gebühren für eine Recherche der übrigen Teile der Anmeldung nicht entrichtet. Das Deutsche Patentamt wird hier im Rahmen des Prüfungsverfahrens jedenfalls für den nicht recherchierten Teil der Erfindung den Stand der Technik selbst ermitteln müssen. Da somit anders als im Falle des Satzes 1 für das Deutsche Patentamt keine, jedenfalls aber keine volle Entlastung eintritt, soll der Anmelder hier die volle Prüfungsgebühr, das heißt die für den Prüfungsantrag ohne vorherigen Recherchantrag zu entrichtende Gebühr, zahlen müssen (Satz 2).

Zu § 10 — Zuständigkeit von Gerichten

Die internationale Zuständigkeit für Klagen, mit denen der Anspruch auf Erteilung eines europäischen Patents geltend gemacht wird, ist in dem Protokoll über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung von Entscheidungen über den Anspruch auf Erteilung eines europäischen Patents (Anerkennungsprotokoll) geregelt. Soweit danach deutsche Gerichte zuständig sind, richtet sich die örtliche Zuständigkeit grundsätzlich nach den allgemeinen Vorschriften der §§ 12 ff. ZPO. Dies wird in § 10 Abs. 1 Satz 1 klargestellt. Nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung wird sich allerdings ein Gerichtsstand regelmäßig dann nicht bestimmen lassen, wenn der Beklagte oder gar beide Parteien keinen Wohnsitz oder Sitz im Inland haben. Auch für diese Fälle kann jedoch nach dem Anerkennungsprotokoll die internationale Zuständigkeit der deutschen Gerichte begründet sein. So sollen nach Artikel 3 des Anerkennungsprotokolls dann, wenn der Anmelder in keinem der Vertragsstaaten einen Sitz hat, die Gerichte des Vertragsstaates zuständig sein, in dem die Person Sitz oder Wohnsitz hat, die den Anspruch auf Erteilung des europäischen Patents geltend macht. Hat auch diese Person in keinem der Vertragsstaaten einen Wohnsitz oder Sitz, sind nach Artikel 6 des Anerkennungsprotokolls regelmäßig die Gerichte der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich zuständig. Die letztgenannte Vorschrift beruht auf der Erwägung, daß in den Fällen, in denen sich für die Bestimmung der internationalen Zuständigkeit ein gesicherter anderweitiger Anknüpfungspunkt nicht ergibt, der Streit vor den Gerichten des Staates ausgetragen werden soll, in dem das Europäische Patentamt als die Erteilungsbehörde seinen Sitz hat. Diesen Gedanken überträgt Absatz 1 Satz 2 auf die innerstaatliche Regelung der örtlichen Zuständigkeit. Danach wird hilfsweise das Gericht zuständig sein, in dessen Bezirk das Europäische Patentamt in München seinen Sitz hat.

Wird im Rahmen des nationalen Rechts der Anspruch auf Erteilung eines Patents klageweise geltend gemacht, so handelt es sich um eine Patentstreitsache im Sinne des § 51 Abs. 1 des Patentgesetzes. Es erscheint geboten, mit den sich aus dem europäischen Patentrecht ergebenden Streitigkeiten gleicher Art die gleichen Gerichte zu befassen, die im Rahmen des nationalen Rechts sachlich zuständig sind. In Absatz 2 ist daher § 51 des Patentgesetzes für entsprechend anwendbar erklärt.

Zu § 11 — Zentrale Behörde für Rechtshilfeersuchen
Nach Regel 99 Abs. 1 der Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen hat jeder Vertragsstaat eine zentrale Behörde zu bestimmen, die für die Entgegennahme und Weiterleitung der vom Europäischen Patentamt ausgehenden Rechtshilfeersuchen zuständig ist. Es erscheint zweckmäßig, diese Aufgaben der gleichen Behörde zu übertragen, die nach Artikel 2 des Haager Übereinkommens über die Zustellung im Ausland von gerichtlichen und außergerichtlichen Schriftstücken in Zivil- und Handelssachen vom 15. November 1965 und nach Artikel 2 des Haager Übereinkommens über die Beweisaufnahme im Ausland für Zivil- und Handelssachen vom 18. März 1970 als zentrale Behörde für die Entgegennahme und Weiterleitung von Rechtshilfeersuchen zu bestimmen ist. Die Überlegungen, welche Bundesbehörde mit diesen Aufgaben betraut werden soll, sind zur Zeit noch nicht abgeschlossen. § 11 ermächtigt daher den Bundesminister der Justiz, eine Bundesbehörde als zentrale Behörde im Sinne von Regel 99 Abs. 1 der Ausführungsordnung zu einem späteren Zeitpunkt durch Rechtsverordnung zu bestimmen.

Zu § 12 — Entzug des Geschäftssitzes eines zugelassenen Vertreters

Nach Artikel 134 Abs. 5 des Europäischen Patentübereinkommens ist jede in der Liste der zugelassenen Vertreter beim Europäischen Patentamt eingetragene Person berechtigt, zur Ausübung ihrer Tätigkeit vor dem Europäischen Patentamt einen Geschäftssitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu begründen. Das gleiche gilt nach Artikel 134 Abs. 7 des Europäischen Patentübereinkommens für bestimmte auf dem Gebiet des Patentwesens tätige Rechtsanwälte. Die Berechtigung kann jedoch von der zuständigen deutschen Behörde nach Artikel 134 Abs. 5 Satz 2 und Abs. 7 Satz 2 des Übereinkommens entzogen werden, wenn dies auf Grund der zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassenen Rechtsvorschriften im Einzelfall geboten erscheint. Für diese Entscheidung zuständige Behörde sollen gemäß § 12 grundsätzlich die Landesjustizverwaltungen sein, die bereits in ähnlichen Fällen, so für die Zurücknahme der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft (§ 16 Bundesrechtsanwaltsordnung) und die Amtsenthebung von Notaren (§ 50 Abs. 3 Satz 1 Bundesnotarordnung), zuständig sind. Um eine den Gegebenheiten der einzelnen Länder entsprechende Geschäftszuteilung zu ermöglichen, bleibt es den Landesregierungen überlassen, diese Befugnis auf bestimmte, den Landesjustizverwaltungen nachgeordnete Behörden zu übertragen.

Gegen die Entscheidung nach Artikel 134 Abs. 5 Satz 2 ist im übrigen gemäß § 40 Abs. 1 VwGO der Verwaltungsrechtsweg gegeben.

Zu § 13 — Ersuchen um Erstattung technischer Gutachten

Nach Artikel 25 des Europäischen Patentübereinkommens ist das Europäische Patentamt auf Ersuchen eines mit einer Verletzungs- oder Nichtigkeitsklage befaßten nationalen Gerichts verpflichtet,

ein technisches Gutachten über das europäische Patent zu erstatten. Im Interesse der Beschleunigung des Verfahrens soll das Gericht gemäß § 13 das Ersuchen unmittelbar dem Europäischen Patentamt übersenden.

Zu § 14 — Unzulässige Anmeldung beim Europäischen Patentamt

§ 30 Abs. 2 des Patentgesetzes stellt unter Strafe, eine Erfindung, die ein Staatsgeheimnis ist, außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes zum Patent anzumelden, es sei denn, daß die zuständige oberste Bundesbehörde die Anmeldung schriftlich genehmigt hat. Ob diese Vorschrift auf die unmittelbare Einreichung einer europäischen Patentanmeldung beim Europäischen Patentamt anwendbar wäre, ist jedenfalls für den Fall fraglich, daß die Anmeldung in München, also im räumlichen Geltungsbereich des Patentgesetzes, eingereicht wird. Das macht es notwendig, die Strafbarkeit der Anmeldung einer geheimhaltungsbedürftigen Erfindung beim Europäischen Patentamt in § 14 besonders zu regeln. Der Strafraum ist aus § 30 c Abs. 2 des Patentgesetzes übernommen.

Artikel III

Verfahren nach dem Patentrechtsabkommen

Zu § 1 — Das Deutsche Patentamt als Anmeldeamt

Absatz 1

Nach Artikel 10 des Patentrechtsabkommens ist die internationale Anmeldung bei dem vorgeschriebenen Anmeldeamt einzureichen. Absatz 1 Satz 1 bestimmt das Deutsche Patentamt als Anmeldeamt. Satz 2 der Vorschrift stellt klar, daß das Deutsche Patentamt zuständiges Anmeldeamt im Sinne der Regel 19.1 der Ausführungsordnung zum Patentrechtsabkommen für deutsche Staatsangehörige sowie für sonstige Anmelder ist, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes ihren Sitz oder Wohnsitz haben.

Nach Regel 19.1 Buchstabe b der Ausführungsordnung zum Patentrechtsabkommen können Vertragsstaaten vereinbaren, daß das nationale Amt eines Staates für Anmelder, die ihren Sitz oder Wohnsitz in dem anderen Staat haben oder dessen Staatsangehörigkeit besitzen, Anmeldeamt sein soll. Absatz 1 Satz 3 erste Alternative trägt dem Rechnung und behält dem Deutschen Patentamt die Möglichkeit vor, unter den genannten Voraussetzungen für den erweiterten Personenkreis als Anmeldeamt tätig zu werden. Die Regelung kann dann praktisch werden, wenn etwa ein anderer Staat sich infolge der Schrumpfung seines nationalen Patentamts veranlaßt sähe, jegliche Prüfungstätigkeit im Patenterteilungsverfahren einzustellen oder sein Patentamt ganz zu schließen.

Nach Artikel 9 Abs. 2 des Patentrechtsabkommens in Verbindung mit Regel 19.1 Buchstabe c der Ausführungsordnung zu diesem Vertrag kann im übrigen die Versammlung der Vertragsstaaten beschließen, daß auch Staatsangehörige solcher

Staaten, die nicht Mitglied des Patentrechtsabkommens, wohl aber der Pariser Übereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums sind, sowie Personen mit Sitz oder Wohnsitz in diesen Staaten internationale Anmeldungen bei einem bestimmten nationalen Amt einreichen können. Absatz 1 Satz 3 zweite Alternative soll für das Deutsche Patentamt die Möglichkeit offenhalten, auch in diesen Fällen als Anmeldeamt tätig zu werden.

Absatz 2

Nach Regel 12.1 der Ausführungsordnung zum Patentrechtsabkommen kann das Anmeldeamt unter den zwischen dem Internationalen Büro und der zuständigen internationalen Recherchenbehörde festgelegten Sprachen die Sprache bestimmen, in der die internationale Anmeldung einzureichen ist. Gemäß Abschnitt I Nr. 2 des Protokolls über die Zentralisierung des europäischen Patentsystems und seine Einführung (Zentralisierungsprotokoll) hat die Bundesrepublik Deutschland zugunsten des Europäischen Patentamts auf die Tätigkeit als internationale Recherchenbehörde nach dem Patentrechtsabkommen verzichtet. Es ist davon auszugehen, daß in der zwischen dem Internationalen Büro und dem Europäischen Patentamt zu treffenden Vereinbarung festgelegt wird, daß internationale Anmeldungen, für die das Europäische Patentamt internationale Recherchenbehörde ist, in den drei Amtssprachen des Europäischen Patentamts (Deutsch, Englisch und Französisch) eingereicht werden können. Da dem Deutschen Patentamt die nach dem Patentrechtsabkommen vorgesehene Formalprüfung sowie die Prüfung nach § 2 Abs. 1 am leichtesten möglich ist, wenn die Anmeldung in deutscher Sprache vorliegt, wird in Absatz 2 für die beim Deutschen Patentamt einzureichenden internationalen Anmeldungen Deutsch als Sprache der Anmeldung vorgeschrieben.

Absatz 3

Nach Regel 14.1 Buchstabe a der Ausführungsordnung zum Patentrechtsabkommen kann das Anmeldeamt von dem Anmelder für seine Tätigkeit im Zusammenhang mit der internationalen Anmeldung die Zahlung einer Übermittlungsgebühr verlangen. In Absatz 3 Satz 1 wird von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Nach Regel 14.1 Buchstabe d der Ausführungsordnung zum Patentrechtsabkommen steht es dem Anmeldeamt frei, Höhe und Fälligkeit der Übermittlungsgebühr festzusetzen. In Anlehnung an die in Regel 15.4 Buchstabe a der Ausführungsordnung getroffene Bestimmung über die Fälligkeit der für jede internationale Anmeldung zu zahlenden Grundgebühr soll die Übermittlungsgebühr mit dem Eingang der Anmeldung fällig werden. Absatz 3 Satz 2 sieht aber in Übereinstimmung mit der für die Zahlung der Grundgebühr in Regel 15.4 Buchstabe a Ziffer i der Ausführungsordnung getroffenen Regelung vor, daß die Übermittlungsgebühr unbeschadet der sofortigen Fälligkeit noch innerhalb

eines Monats nach dem Eingang der Anmeldung beim Deutschen Patentamt entrichtet werden kann. Damit werden unbillige Härten, wie sie sich anderenfalls im Hinblick auf die in Artikel 14 Abs. 3 Buchstabe a des Patentrechtsabkommens in Verbindung mit Regel 27.1 Buchstabe a seiner Ausführungsordnung vorgesehene Fiktion der Anmeldegebühr im Falle nicht rechtzeitiger Gebührenerichtung ergeben könnten, vermieden.

Absatz 4

Der Patentrechtsabkommen enthält keine abschließende Regelung des Verfahrens vor den Anmeldeämtern. Eine international einheitliche Regelung ließ sich insoweit mit Rücksicht auf die vielfachen nationalen Besonderheiten im Recht der Vertragsstaaten — etwa auf dem Gebiet des Zustellwesens — nicht erzielen. Absatz 4 erklärt daher die deutschen Vorschriften für das Verfahren vor dem Deutschen Patentamt für anwendbar, soweit der Patentrechtsabkommen keine Regelung enthält.

Zu § 2 — Geheimhaltungsbedürftige internationale Anmeldungen

Artikel 27 Abs. 8 des Patentrechtsabkommens behält den Vertragsstaaten die notwendigen Maßnahmen zum Schutz ihrer nationalen Sicherheit vor. Von dieser Möglichkeit macht § 2 für geheimhaltungsbedürftige Erfindungen Gebrauch.

Absatz 1 und Absatz 2 Sätze 1 und 2 entsprechen im wesentlichen der in Artikel II § 4 Abs. 3 und Abs. 4 Sätze 1 und 2 dieses Gesetzes für europäische Patentanmeldungen getroffenen Regelung.

Mit der Anordnung, daß die internationale Anmeldung nicht weitergeleitet wird, steht fest, daß das Deutsche Patentamt nicht mehr als Anmeldeamt nach dem Patentrechtsabkommen tätig wird. Die als Entgelt für die internationale Tätigkeit des Deutschen Patentamts erhobene Übermittlungsgebühr ist daher unter Abzug der vom Anmelder nach § 26 Abs. 2 Satz 1 des Patentgesetzes zu entrichtenden Anmeldegebühr zurückzuzahlen (§ 2 Abs. 2 Satz 3).

Zu § 3 — Internationale Recherchenbehörde

Nach Abschnitt I Nr. 2 des Zentralisierungsprotokolls zum Europäischen Patentübereinkommen hat die Bundesrepublik Deutschland zwar zugunsten des Europäischen Patentamts auf die Tätigkeit des Deutschen Patentamts als internationale Recherchenbehörde nach dem Patentrechtsabkommen verzichtet. Internationale Recherchenbehörden bedürfen jedoch nach Artikel 16 Abs. 3 Buchstabe a des Patentrechtsabkommens der Einsetzung durch die Versammlung des Verbands, die erst nach dem Inkrafttreten des Vertrags zusammentreten wird. Die Bestimmung der für die beim Deutschen Patentamt eingereichten internationalen Anmeldungen zuständigen Recherchenbehörde muß daher einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben. Dem trägt § 3 Rechnung.

Zu § 4 — Das Deutsche Patentamt als Bestimmungsamt

Absatz 1

Absatz 1 Satz 1 stellt klar, daß das Deutsche Patentamt Bestimmungsamt im Sinne von Artikel 2 Ziffer xiii des Patentrechtsabkommens ist, wenn in dem Antrag der internationalen Anmeldung die Bundesrepublik Deutschland als Vertragsstaat bestimmt worden ist, in dem Schutz für die Erfindung begehrt wird (Artikel 4 Abs. 1 Ziffer ii Halbsatz 1 des Patentrechtsabkommens).

Absatz 1 Satz 2 trägt Artikel 4 Abs. 1 Ziffer ii Halbsatz 2 des Patentrechtsabkommens Rechnung, wonach der Anmelder in den Fällen, in denen mit Wirkung für einen Bestimmungsstaat ein regionales Patent, wie das europäische Patent, erteilt werden kann, der Anmelder die Erteilung eines regionalen Patents beantragen kann. Stellt der Anmelder einen solchen Antrag mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland, so soll lediglich das Europäische Patentamt, nicht aber das Deutsche Patentamt Bestimmungsamt sein.

Absatz 2

Artikel 22 Abs. 1 des Patentrechtsabkommens behält den Vertragsstaaten vor, vom Anmelder innerhalb der in der Vorschrift genannten Frist die Zahlung der nationalen Anmeldegebühr sowie — bei ursprünglich fremdsprachigen Anmeldungen — die Einreichung einer Übersetzung der Anmeldung zu verlangen. Absatz 2 Satz 1 macht von diesem Vorbehalt für das nationale Recht Gebrauch. Da mit der Anmeldung die Erteilung eines nationalen deutschen Patents beantragt wird, besteht kein Anlaß, sie etwa gegenüber anderen nationalen Anmeldungen zu begünstigen.

Ist das Deutsche Patentamt auch Anmeldeamt, so erhält es unter anderem für die Prüfung der internationalen Anmeldung nach dem Patentrechtsabkommen eine Übermittlungsgebühr gemäß § 1 Absatz 3. Da die Prüfung sich im wesentlichen auf die gleichen Formalien erstreckt wie die Prüfung nach § 28 des Patentgesetzes, erscheint es gerechtfertigt, dem Anmelder die Zahlung der in § 26 Abs. 2 Satz 1 des Patentgesetzes vorgesehenen Anmeldegebühr in diesen Fällen zu erlassen (Absatz 2 Satz 2).

Zu § 5 — Weiterbehandlung als nationale Anmeldung

Absatz 1

Nach Artikel 25 Abs. 1 des Patentrechtsabkommens übersendet das Internationale Büro auf Antrag des Anmelders unverzüglich Kopien der gesamten internationalen Anmeldung an das Bestimmungsamt, wenn das zuständige Anmeldeamt die Zuerkennung eines internationalen Anmeldedatums nach Artikel 11 Abs. 1 des Patentrechtsabkommens abgelehnt hat oder nach Artikel 14 Abs. 1 Buchstabe b, Abs. 3 Buchstabe a und Abs. 4 des Patentrechtsabkommens erklärt hat, daß die internationale Anmeldung als zurückgenommen gilt. In diesen Fällen hat jedes Bestimmungsamt nach Artikel 25 Abs. 2 Buchstabe a des

Patentrechtsabkommens darüber zu entscheiden, ob die Beanstandungen des Anmeldeamts gerechtfertigt sind. Den Vertragsstaaten bleibt es nach dieser Vorschrift überlassen vorzuschreiben, daß innerhalb der in Regel 51.3 der Ausführungsordnung zum Patentrechtsabkommen vorgesehenen Frist die nationale Gebühr für die Anmeldung zu zahlen und eine Übersetzung der internationalen Anmeldung einzureichen ist. Unter Ausnutzung dieses Vorbehalts macht § 5 Abs. 1 Satz 1 das weitere Tätigwerden des Deutschen Patentamts von der vorherigen Zahlung der Anmeldegebühr und — im Falle einer fremdsprachigen Anmeldung — von der Einreichung einer Übersetzung abhängig.

Absatz 1 Sätze 2 und 3 regeln das Verfahren und die Art der vom Patentamt zu treffenden Entscheidung. Die je nach der Entscheidung über die Berechtigung der Beanstandungen des Anmeldeamts eintretenden Folgen ergeben sich unmittelbar aus Artikel 25 des Patentrechtsabkommens. Bestand die Beanstandung zu Recht, so erledigt sich mit dem Beschluß des Deutschen Patentamts das Verfahren; anderenfalls ist die Anmeldung vom Deutschen Patentamt als nationale Anmeldung weiterzubehandeln (Artikel 25 Abs. 2 Buchstabe a Halbsatz 2 des Patentrechtsabkommens).

Absatz 2

Artikel 25 Abs. 1 des Patentrechtsabkommens stellt die Fälle, in denen das Anmeldeamt die Bestimmung eines Vertragsstaats für zurückgenommen erklärt hat (Artikel 14 Abs. 3 Buchstabe b des Vertrags) oder das Internationale Büro nach Artikel 12 Abs. 3 des Vertrags die internationale Anmeldung als zurückgenommen behandelt hat, den in Absatz 1 genannten Fällen gleich. Absatz 2 sieht daher vor, daß auf diese Fälle Absatz 1 entsprechend anzuwenden ist.

Zu § 6 — Das Deutsche Patentamt als ausgewähltes Amt

Es ist nicht beabsichtigt, für die Bundesrepublik Deutschland einen Vorbehalt nach Artikel 64 Abs. 1 Buchstabe a des Patentrechtsabkommens zu erklären. Die Vorschriften des Kapitels II des genannten Vertrags über die internationale vorläufige Prüfung sind daher für die Bundesrepublik Deutschland anzuwenden.

§ 6 Abs. 1 bestimmt dementsprechend das Deutsche Patentamt als ausgewähltes Amt im Sinne von Artikel 2 Ziffer xiv des Patentrechtsabkommens, wenn der Anmelder einer internationalen Anmeldung in seinem Antrag auf internationale vorläufige Prüfung die Bundesrepublik Deutschland als Vertragsstaat angegeben hat, in dem er den internationalen vorläufigen Prüfungsbericht verwenden will.

Absatz 2 trägt der in Artikel 39 Abs. 1 Buchstabe a des Patentrechtsabkommens vorgesehenen besonderen Fristregelung für die Zahlung der Anmeldegebühr und die Zuleitung einer Übersetzung der Anmeldung an das ausgewählte Amt Rechnung.

Als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde kommt das Deutsche Patentamt

nicht in Betracht, weil die Bundesrepublik Deutschland auf diese Tätigkeit nach Abschnitt II des Zentralisierungsprotokoll zum Europäischen Patentübereinkommen zugunsten des Europäischen Patentamts verzichtet hat.

Zu § 7 — Internationaler Recherchenbericht

Nach Artikel 15 Abs. 1 des Patentrechtsabkommens wird grundsätzlich für jede internationale Anmeldung eine internationale Recherche durchgeführt. Bei den Verhandlungen über den Patentrechtsabkommen bestand Einigkeit darüber, daß nur solche Behörden als internationale Recherchenbehörde tätig werden sollen, bei denen die Gewähr gegeben ist, daß die von ihnen erstellten internationalen Recherchenberichte den Anforderungen an eine ordnungsgemäß durchgeführte Recherche entsprechen. Dies sollen Artikel 16 Abs. 3 Buchstaben c bis e des Patentrechtsabkommens und Regel 36.1 der Ausführungsordnung sicherstellen. Es kann daher davon ausgegangen werden, daß der für eine internationale Anmeldung erstellte Recherchenbericht dem Deutschen Patentamt die eigene Recherchenarbeit erspart. Wie in den Fällen des Artikels II § 9 Abs. 3 Satz 1 dieses Gesetzes erscheint es daher gerechtfertigt, den internationalen Anmelder für die zu zahlende Prüfungsgebühr so zu stellen, als ob ein Antrag auf Ermittlung der in Betracht zu ziehenden Druckschriften nach § 28 a Abs. 1 des Patentgesetzes gestellt worden wäre (Absatz 1).

Aus den zu Artikel II § 9 Abs. 3 Satz 2 dieses Gesetzes angeführten Gründen soll die Kostenvergünstigung nach Satz 1 dann nicht eintreten, wenn der internationale Recherchenbericht nur für einen Teil der Anmeldung erstellt worden ist (Satz 2).

Zu § 8 — Veröffentlichung der internationalen Anmeldung

Absatz 1

Absatz 1 Satz 1, der Artikel 29 Abs. 1 des Patentrechtsabkommens entspricht, soll lediglich klarstellen, welche Wirkungen einer nach Artikel 21 des Patentrechtsabkommens vom Internationalen Büro veröffentlichten Anmeldung zukommen. Im Interesse einer besseren Information der Öffentlichkeit sieht Satz 2 vor, daß im Patentblatt auf die vom Internationalen Büro vorgenommene Veröffentlichung der internationalen Anmeldung hinzuweisen ist.

Absatz 2

Absatz 2 macht in Übereinstimmung mit der für das europäische Patentrecht in Artikel 158 Abs. 3 des Europäischen Patentübereinkommens getroffenen Regelung von der Möglichkeit des Artikels 29 Abs. 2 Ziffer i des Patentrechtsabkommens Gebrauch, wonach ein Vertragsstaat vorsehen kann, daß die nicht in seiner Amtssprache veröffentlichte internationale Anmeldung den Schutz nach Artikel 29 Abs. 1 des Patentrechtsabkommens erst von dem Zeitpunkt an genießt, an dem eine Übersetzung nach den Bestimmungen seines nationalen Rechts veröffentlicht worden ist. Die Auf-

nahme dieser Regelung erscheint aus den zu Artikel II § 1 Abs. 2 des Entwurfs dargelegten Gründen angezeigt.

Absatz 3

Nach der in Artikel IV Nr. 3 des Entwurfs vorgeschlagenen neuen Fassung des § 2 Abs. 2 des Patentgesetzes werden ältere, noch nicht veröffentlichte Rechte fiktiv in den Stand der Technik einbezogen. Diese Lösung, die die Interessen des älteren Patentanmelders denen des jüngeren Anmelders vorzieht, beruht vor allem auf der Erwägung, daß der ältere Patentanmelder darauf vertrauen können soll, daß das, was er in seiner Anmeldung zum Zwecke der Veröffentlichung offenbart hat, einem anderen nicht mehr geschützt wird, und zwar selbst dann nicht, wenn er selbst nicht alles Beschriebene in die Patentansprüche übernommen und damit unter Schutz gestellt hat. Dieses Interesse verdient in den Fällen des Anmelders einer älteren internationalen Anmeldung jedoch nur dann Schutz, wenn der Anmelder selbst die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, daß seine Anmeldung im Verfahren vor dem Deutschen Patentamt behandelt werden kann. Zahlt daher der internationale Anmelder die nach § 4 Abs. 2 zu entrichtende Anmeldegebühr nicht rechtzeitig oder reicht er die vorgeschriebene Übersetzung der internationalen Anmeldung in deutscher Sprache nicht rechtzeitig ein, so besteht kein rechtfertigender Grund, dem Anmelder einer jüngeren nationalen oder internationalen Anmeldung die ältere internationale Anmeldung als fiktiven Stand der Technik entgegenzuhalten. Absatz 3 macht daher die Berücksichtigung der älteren Anmeldung als Stand der Technik von der Erfüllung der in § 4 Abs. 2 genannten Voraussetzungen abhängig. Die Vorschrift entspricht im übrigen der für das europäische Patentrecht in Artikel 158 Abs. 1 Satz 2 des Europäischen Patentübereinkommens getroffenen Regelung.

Artikel IV

Änderung des Patentgesetzes

Artikel IV enthält die Änderungen des Patentgesetzes, die mit Rücksicht auf das Straßburger Patentübereinkommen zwingend geboten sind oder die im Hinblick auf das Europäische Patentübereinkommen notwendig erscheinen, um sicherzustellen, daß nationale Patentanmeldungen und die daraufhin erteilten Patente jedenfalls nicht in grundsätzlichen Punkten — so im Bezug auf die Nichtigkeitsgründe oder die Laufzeit der Patente — anderen Bedingungen unterworfen werden als Patentanmeldungen nach dem Europäischen Patentübereinkommen und die darauf mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland erteilten Patente.

Zu Nummer 1 — Neufassung von § 1 des Patentgesetzes (patentfähige Erfindungen)

Die Neufassung von § 1 bedingt im wesentlichen keine Änderung des bisherigen Rechtszustandes; der Kreis der patentfähigen Erfindungen bleibt praktisch unverändert.

Absatz 1

Absatz 1 ist inhaltsgleich mit Artikel 52 Abs. 1 des Europäischen Patentübereinkommens, der seinerseits auf Artikel 1 Satz 1 des Straßburger Patentübereinkommens zurückgeht. Entsprechend der bei den Vertragsverhandlungen zu den genannten Übereinkommen zum Ausdruck gebrachten Auffassung der Vertragsstaaten sollen damit die Patentierbarkeitsvoraussetzungen abschließend geregelt werden.

Die Vorschrift enthält insoweit keine Änderung gegenüber dem geltenden Recht, als sie neben Neuheit und gewerblicher Anwendbarkeit — letztere entspricht der im geltenden § 1 Abs. 1 des Patentgesetzes verlangten gewerblichen Verwertbarkeit — voraussetzt, daß die Erfindung auf einer „erfinderischen Tätigkeit“ beruht. Dieses besondere Erfordernis entspricht der nach ständiger höchstgerichtlicher Entscheidungspraxis zum bisherigen § 1 Abs. 1 des Patentgesetzes aus dem Begriff der Erfindung hergeleiteten Patentierbarkeitsvoraussetzung der „Erfindungshöhe“. Im Gegensatz hierzu ist das nach geltendem Recht von Rechtsprechung und Lehre geforderte Merkmal des technischen Fortschritts der Erfindung künftig nicht mehr gesonderte Voraussetzung der Patentfähigkeit. Das hat zur Folge, daß in Zukunft die Erteilung eines Patents nicht allein deshalb versagt werden kann, weil die Erfindung keinen technischen Fortschritt aufweist. Im Ergebnis wird dies allerdings kaum nennenswerte Auswirkungen haben, weil Erfindungen, die die Voraussetzungen der Neufassung des § 1 Abs. 1 erfüllen, in aller Regel ohnehin fortschrittlich sein werden, wie auch bisher eine Patentanmeldung allein wegen mangelnden Fortschritts der Erfindung nur selten zurückgewiesen worden ist. Außerdem bedeutet dies nicht, daß der technische Fortschritt künftig ohne Belang wäre. Es wird vielmehr weiterhin möglich sein, bei der Prüfung der Frage, ob die Patentierbarkeitsvoraussetzung einer „erfinderischen Tätigkeit“ vorliegt, auch zu berücksichtigen, daß die Erfindung einen technischen Fortschritt darstellt.

Absätze 2 und 3

Die Absätze 2 und 3 sind aus Artikel 52 Absätze 2 und 3 des Europäischen Patentübereinkommens übernommen. Der Begriff der Erfindung ist im Straßburger Patentübereinkommen nicht definiert worden, weil es wegen seiner unterschiedlichen Interpretation in den einzelnen Staaten unmöglich erschien, eine Einigung darüber zu erzielen, was dem Gegenstand nach eine Erfindung ist. Den Vertragsstaaten steht es daher insoweit auch weiterhin frei, selbst darüber zu bestimmen, was als Erfindung angesehen werden soll. Absatz 2 macht von dieser Möglichkeit in beschränktem Umfang durch Aufstellung eines — nicht abschließenden — Negativkatalogs Gebrauch und schließt damit Zweifel darüber aus, ob die genannten Gegenstände oder Tätigkeiten **als solche** (vgl. Absatz 3) als Erfindung angesehen werden können. Obgleich der Katalog lediglich Gegenstände und Tätigkeiten vom Patentschutz ausschließt, die bereits nach geltendem deutschen Recht allgemein nicht als Erfindungen angesehen werden oder doch jedenfalls von der höchst-

richterlichen Rechtsprechung bisher nicht als Erfindung anerkannt sind (Computer-Programme), erscheint die Übernahme der Vorschrift im Interesse der Rechtseinheit und der Rechtssicherheit geboten. Nur auf diese Weise kann nämlich sichergestellt werden, daß der Kreis der patentfähigen Erfindungen derselbe ist, gleichgültig, ob für eine Erfindung die Erteilung eines nationalen Patents beim Deutschen Patentamt oder die Erteilung eines europäischen Patents beim Europäischen Patentamt mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland beantragt wird.

Zu Nummer 2 — Neuer § 1 a des Patentgesetzes (Ausschluß von der Patentierung)

§ 1 a, der Artikel 53 des Europäischen Patentübereinkommens entspricht und durch Artikel 2 des Straßburger Patentübereinkommens gedeckt ist, behandelt die Ausnahme von dem in § 1 Abs. 1 des Patentgesetzes neuer Fassung enthaltenen Grundsatz der Patentfähigkeit bestimmter Erfindungen. In seiner Zielrichtung entspricht er dem bisherigen § 1 Abs. 2 des Patentgesetzes.

§ 1 a Nr. 1

§ 1 a Nr. 1 Satz 1 sieht eine Erweiterung der vom Patentschutz ausgeschlossenen Erfindungen insoweit vor, als nicht nur ein Verwertungs-, sondern auch ein Veröffentlichungsverbot die Erteilung eines Patents hindern soll. Im Ergebnis wird jedoch der Kreis der vom Patentschutz ausgeschlossenen Erfindungen kleiner sein. Nach dem bisherigen § 1 Abs. 2 des Patentgesetzes reicht es zur Versagung des Patentschutzes aus, wenn die Verwertung der Erfindung gegen Gesetze oder die guten Sitten verstoßen würde; dagegen wird es künftig darauf ankommen, ob die Verwertung einen Verstoß gegen die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten darstellen würde. Der Begriff der öffentlichen Ordnung ist dabei in dem Sinne auszulegen, der Artikel 2 des Straßburger Patentübereinkommens zugrundegelegt worden ist. Danach sind unter der öffentlichen Ordnung nur die tragenden Grundsätze der Rechtsordnung zu verstehen. Dies kommt erkennbar auch in § 1 a Nr. 1 Satz 1 Halbsatz 2 zum Ausdruck, der hervorhebt, daß ein Verstoß gegen die öffentliche Ordnung nicht schon allein deshalb vorliegt, weil die Verwertung der Erfindung gegen Gesetze oder Verwaltungsvorschriften verstößt. Diese vom geltenden Recht abweichende Regelung beruht auf dem Gedanken, daß es in den in Betracht kommenden Fällen vom Interesse der Allgemeinheit her gesehen nicht geboten ist, die Patentierung immer schon dann auszuschließen, wenn die Verwertung der Erfindung untersagt ist, da das Patent kein Verwertungsrecht, sondern lediglich das Recht gibt, Dritte von der Erfindung auszuschließen. Im Falle eines solchen gesetzlichen Verwertungsverbots kann zwar der Erfinder sein Patent zunächst nicht nutzen; er kann jedoch sein Ausschließlichkeitsrecht voll realisieren, falls das Verwertungsverbot später aufgehoben werden sollte.

§ 1 a Nr. 1 Satz 2 stellt klar, daß Satz 1 die Patentierbarkeit von Erfindungen, die ein Staatsgeheimnis (§ 93 des Strafgesetzbuches) enthalten, nicht in Frage stellt.

§ 1 a Nr. 2

§ 1 a Nr. 2 führt gegenüber der bestehenden Rechtspraxis zu keiner Änderung des Kreises der Erfindungen, für die bisher Patente erteilt worden sind. Satz 1 ist wörtlich aus Artikel 53 Buchstabe b des Europäischen Patentübereinkommens übernommen, der seinerseits mit Artikel 2 Buchstabe b des Straßburger Patentübereinkommens übereinstimmt. Die Vorschrift beruht auf der Erwägung, daß das Patentrecht wenig geeignet erscheint, den sich bei Pflanzensorten und Tierarten sowie bei den genannten Züchtungsverfahren für eine etwaige Schutzrechtsregelung aus der Sache ergebenden Besonderheiten Rechnung zu tragen. Zwar sind nach der Rechtsprechung Tierarten und Züchtungsverfahren für Tierarten an sich grundsätzlich dem Patentschutz zugänglich. Im Ergebnis sind jedoch gleichwohl Patente für Tierarten oder Tierzüchtungsverfahren bisher nicht erteilt worden, weil es in diesen Fällen an dem von der Rechtsprechung geforderten Merkmal der Wiederholbarkeit mangelt.

Allerdings erscheint es nicht angezeigt, den Patentschutz für Pflanzensorten und Verfahren zur Züchtung von Pflanzensorten schlechthin, also auch für die Fälle auszuschließen, für die § 1 Abs. 2 Nr. 2 des Patentgesetzes in der bisherigen Fassung die Möglichkeit des Patentschutzes wenigstens grundsätzlich offenhält. § 1 a Nr. 2 Satz 2 trägt dem Rechnung. Die damit vorgenommene Abweichung von Artikel 53 Buchstabe b des Europäischen Patentübereinkommens wird nur soweit und solange gelten, als diese Gegenstände und Verfahren noch nicht durch den Sonderschutz nach dem Sortenschutzgesetz erfaßt sind.

Zu Nummer 3 — Neufassung von § 2 des Patentgesetzes (Neuheit)

Die Neufassung von § 2 enthält eine abschließende Regelung des fortan im Patentrecht geltenden Neuheitsbegriffes, der zu einer Reduzierung der Zahl der patentfähigen Erfindungen führen wird. Er unterscheiden sich im wesentlichen in folgenden drei Punkten vom bisherigen Recht:

- a) Der Kreis der zu berücksichtigenden Tatsachen wird erheblich erweitert (Absatz 1 der Neufassung).
- b) Die der Patentierung einer jüngeren Patentanmeldung entgegenstehenden älteren Rechte werden inhaltlich in größerem Umfang und zu einem früheren Zeitpunkt berücksichtigt (Absatz 2 der Neufassung).
- c) Die Neuheitsschonfrist des § 2 Satz 2 des Patentgesetzes in der bisherigen Fassung wird so sehr eingeschränkt, daß sie nur noch geringe Bedeutung hat (Absatz 4 der Neufassung); außerdem entfällt der nach dem Gesetz betreffend den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf Ausstellungen vom 18. März 1904 (Reichsgesetzbl. S. 141) bestehende zeitweilige Schutz von Erfindungen, für die die Erteilung eines Patents beantragt wird.

Im einzelnen ist folgendes zu bemerken:

Absatz 1

Satz 1 stimmt wörtlich mit Artikel 54 Abs. 1 des Europäischen Patentübereinkommens und Artikel 4 Abs. 1 des Straßburger Patentübereinkommens überein.

Aus Zweckmäßigkeitsgründen wird der im Schrifttum seit langem gebräuchliche Begriff des Standes der Technik als Sammelbegriff für alle Tatsachen, die der Neuheit einer Lehre zum technischen Handeln entgegenstehen, in das Gesetz eingeführt. Satz 2 gibt eine Legaldefinition des Begriffs „Stand der Technik“ dahin, daß er alle technischen Lehren umfaßt, die irgendwann vor dem für den Zeitrang der Patentanmeldung maßgeblichen Tag irgendwo in der Welt in irgendeiner Weise der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind. Dieser sogenannte absolut formelle Neuheitsbegriff führt zu einer erheblichen Änderung des nach der bisherigen Fassung von § 2 Satz 1 des Patentgesetzes geltenden Neuheitsbegriffs, der gegenständlich auf die Beschreibung in öffentlicher Druckschrift und die offenkundige Vorbenutzung, räumlich auf inländische Vorbenutzungshandlungen und zeitlich auf Druckschriften aus den letzten 100 Jahren beschränkt war. Die Anerkennung des formellen Neuheitsbegriffs beruht auf dem Gedanken, daß eine Lehre zum technischen Handeln, die schon irgendwie, irgendwann und irgendwo offenbart wurde und damit angesichts der modernen Kommunikationsmittel der Fachwelt zugänglich ist oder zumindest zugänglich werden kann, die Technik nicht mehr bereichert. Wer eine solche Lehre noch zum Patent anmeldet, verdient daher nicht die Belohnung durch Gewährung eines Ausschließungsrechts mit den sich daraus ergebenden Gewinnchancen. Die Begrenzung der neuheits-schädlichen Tatsachen, wie sie bisher in § 2 Satz 1 des Patentgesetzes vorgenommen ist, erscheint demgegenüber willkürlich und steht der zumindest für Europa gewünschten einheitlichen Patentrechts-gewährung im Wege.

Absatz 2

§ 2 Abs. 2, der Artikel 54 Abs. 3 in Verbindung mit Artikel 89 des Europäischen Patentübereinkommens entspricht und durch Artikel 4 Abs. 3 des Straßburger Patentübereinkommens gedeckt ist, regelt, inwieweit der Patentierung einer Erfindung prioritäts-ältere zum Patent angemeldete Erfindungen, die am Prioritätstag der jüngeren Anmeldung oder später der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, entgegenstehen. Auch nach dem bisher in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht werden prioritätsältere Rechte insoweit berücksichtigt, als ein Patent nicht erteilt werden darf, wenn die Erfindung bereits Gegenstand eines auf eine frühere Anmeldung erteilten Patents ist (§ 4 Abs. 2 des Patentgesetzes in der geltenden Fassung). Diese Regelung widerspricht allerdings dem Zweck der aufgeschobenen Prüfung, dem Anmelder ausreichende zeitliche Gelegenheit zur Überlegung und Entscheidung zu geben, ob sich die Weiterverfolgung seiner Anmeldung wirtschaftlich lohnt, und auf diese Weise die Prüfungsarbeit auf die Zahl wirklich bedeutsamer

Erfindungen zu konzentrieren. Da nämlich die Frage, ob ein prioritätsjüngeres Recht für die gleiche Erfindung überhaupt erteilt werden darf, erst nach der Entscheidung über die Erteilung oder Versagung des prioritätsälteren Rechts beantwortet werden kann, ist der Anmelder der jüngeren Anmeldung unter Umständen gezwungen, selbst den Prüfungsantrag für die ältere Anmeldung zu stellen, obgleich er an der Erteilung eines Patents für diese Erfindung kein Interesse hat. Die nunmehr erfolgende Einbeziehung des älteren Rechts in den Stand der Technik ermöglicht dagegen ihre Berücksichtigung schon bei der Prüfung der jüngeren Anmeldung, ohne daß die ältere Anmeldung selbst erst geprüft werden müßte. Diese Lösung erscheint auch ausgewogener als das bisherige Verbot der Doppelpatentierung, weil sie nicht nur das Interesse der Allgemeinheit besser berücksichtigt, Patente grundsätzlich nur für solche Erfindungen zu erteilen, durch deren Offenbarung der technische Wissensstand bereichert wird, sondern auch der Interessenlage des älteren Anmelders gerecht wird, der erwarten kann, daß durch ihn offenbarte Gegenstände oder Verfahren nicht mehr für einen Dritten geschützt werden (vgl. Begründung zu Artikel III § 8 Abs. 3).

Nach Absatz 2 Satz 1 sollen nur die inländischen älteren Anmeldungen in den Stand der Technik einbezogen werden, weil eine Kollision zwischen einem ausländischen älteren Recht und einem jüngeren inländischen Recht im Inland nicht eintreten kann. Inländischen Anmeldungen stehen allerdings Anmeldungen nach dem Europäischen Patentübereinkommen und dem Patentrechtsabkommen gleich soweit mit diesen Anmeldungen Schutz für die Bundesrepublik Deutschland begehrt wird. Diese Gleichstellung ist durch Artikel 7 des Straßburger Patentübereinkommens zugelassen.

Nummer 1 stellt klar, daß der Inhalt der Anmeldung maßgebend ist, wie sie ursprünglich beim Deutschen Patentamt eingereicht wurde. Das bedeutet, daß bei Anmeldungen, für die eine Priorität nach § 27 des Patentgesetzes in Anspruch genommen wird, nicht der Inhalt der ausländischen prioritätsbegründenden Anmeldung, sondern lediglich der Inhalt der unter Inanspruchnahme der Priorität beim Deutschen Patentamt eingereichten Anmeldung maßgebend ist.

Nummer 2 betrifft den Fall einer älteren europäischen Anmeldung. Nach Artikel 139 Abs. 1 des Europäischen Patentübereinkommens sind die in der Anmeldung benannten Staaten verpflichtet, die europäische Patentanmeldung und das europäische Patent als älteres Recht in der gleichen Weise zu behandeln, als wenn es sich um ein nationales Recht handeln würde. Maßgebend für die Bestimmung des der jüngeren Anmeldung insoweit entgegenzuhaltenden Standes der Technik ist der Inhalt der Anmeldung in der Fassung, in der die europäische Anmeldung bei der für die Einreichung der europäischen Anmeldung zuständigen Behörde ursprünglich eingereicht worden ist.

Nummer 3 berücksichtigt, daß die internationale Anmeldung, der ein internationales Anmeldedatum zuerkannt worden ist, nach Artikel 11 Abs. 3 des

Patentrechtsabkommens in jedem Bestimmungsstaat die Wirkung einer vorschriftsmäßigen nationalen Anmeldung mit dem internationalen Anmeldedatum hat. Für den im Rahmen der Berücksichtigung als älteres Recht maßgebenden Inhalt der Anmeldung kommt es daher darauf an, was der Anmelder in der beim Anmeldeamt ursprünglich eingereichten Patentanmeldung offenbart hat. Eine Einschränkung des Anwendungsbereichs von Nummer 3 ergibt sich im übrigen aus Artikel III § 8 Abs. 3.

Absatz 2 Satz 2 stellt klar, daß in den Fällen, in denen der ältere Zeitrang auf der Inanspruchnahme einer Voranmeldung beruht, die ursprünglich eingereichte Fassung der Nachanmeldung nur insoweit maßgebend sein kann, als sie nicht über den Inhalt der Fassung der Voranmeldung hinausgeht.

Absatz 3

§ 2 Abs. 3 entspricht Artikel 54 Abs. 5 des Europäischen Patentübereinkommens. Durch diese Bestimmung wird der bereits im Schrifttum und von der Praxis des Deutschen Patentamts anerkannte Grundsatz, wonach auch eine neue Anwendung eines bekannten Stoffes oder Stoffgemisches als Arzneimittel patentierbar sein kann, gesetzlich verankert. Diese Regelung schließt im übrigen nicht aus, daß auch in anderen als den in § 2 Abs. 3 genannten Fällen die neue Anwendung eines bekannten Stoffes oder Stoffgemisches dem Patentschutz zugänglich ist.

Absatz 4

§ 2 Abs. 4 Satz 1, der Artikel 55 des Europäischen Patentübereinkommens und Artikel 4 Abs. 4 des Straßburger Patentübereinkommens entspricht, regelt die wenigen Tatbestände, in denen noch eine Neuheitsschonfrist von 6 Monaten aus Billigkeitsgründen (Nummer 1) oder deshalb gewährt wird, um den Mindestanforderungen des Artikels 11 der Pariser Verbandsübereinkunft zu genügen (Nummer 2).

Beruht die vorzeitige Offenbarung einer Erfindung darauf, daß die Kenntnis der Erfindung von einem Dritten gegen den erkennbaren Willen des späteren Anmelders oder seines Rechtsvorgängers erlangt oder weitergegeben worden ist, so entspricht es der Billigkeit, dem Anmelder wenigstens für eine kurze Zeit Immunität gegenüber dieser vorzeitigen Offenbarung zu gewähren (Nummer 1).

Nummer 2 beschränkt entsprechend der zwingenden Vorschrift von Artikel 4 Abs. 2 des Straßburger Patentübereinkommens den Ausstellungsschutz praktisch auf Ausstellungen im Rang von Weltausstellungen.

Absatz 4 Satz 2 der Neufassung entspricht Artikel 55 Abs. 2 des Europäischen Patentübereinkommens. Wie im europäischen Patentrecht soll die Frist für die Einreichung der Bescheinigung vier Monate betragen (vgl. auch Regel 23 der Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen).

Zu Nummer 4 — Einfügung von § 2a und 2b des Patentgesetzes

Zu der Einfügung von § 2a des Patentgesetzes (erfinderische Tätigkeit):

Die Vorschrift entspricht Artikel 56 des Europäischen Patentübereinkommens und steht mit Artikel 5 des Straßburger Patentübereinkommens in Einklang. Satz 1 bestimmt, welchen technologischen Abstand die gefundene Lehre zum technischen Handeln von dem vorbekannten Stand der Technik haben muß, um als patentfähige Erfindung angesehen werden zu können. Die hierfür aufgestellten Kriterien entsprechen denen, die für das deutsche Recht von Rechtsprechung und Schrifttum zum Begriff der Erfindungshöhe entwickelt worden sind. Satz 1 bringt daher gegenüber dem bestehenden Recht keine Änderung.

Satz 2 schließt in Übereinstimmung mit Artikel 56 Satz 2 des Europäischen Patentübereinkommens aus Billigkeitsgründen die gemäß § 2 Abs. 2 des Patentgesetzes in der Fassung von Nummer 3 fiktiv in den Stand der Technik einbezogenen älteren Rechte für die Beurteilung der Frage der erfinderischen Tätigkeit aus.

Zu der Einfügung von § 2b des Patentgesetzes (gewerbliche Anwendbarkeit):

Absatz 1 stimmt wörtlich mit Artikel 57 des Europäischen Patentübereinkommens und mit Artikel 3 des Straßburger Patentübereinkommens überein. Ihrem Inhalt nach entspricht die Vorschrift dem in der bisherigen Fassung von § 1 Abs. 1 des Patentgesetzes enthaltenen Merkmal der „gewerblichen Verwertbarkeit“, wie es insbesondere nach der neueren Rechtsprechung ausgelegt wird.

Absatz 2 ist wörtlich aus Artikel 52 Abs. 4 des Europäischen Patentübereinkommens übernommen. Da in dieser Bestimmung nicht die Erfindungseigenschaft, sondern die gewerbliche Anwendbarkeit in Frage steht, ist die Regelung — anders als im Europäischen Patentübereinkommen — aus rechtssystematischen Gründen an die in § 2b Abs. 1 getroffene Bestimmung angefügt worden. Inhaltlich stimmt die Vorschrift mit den von Rechtsprechung und Lehre bereits auf der Grundlage des geltenden Rechts entwickelten Grundsätzen über die mangelnde Patentfähigkeit von Heilverfahren überein.

Zu Nummer 5 — Änderung von § 4 (Doppelpatentierung)

Das Verbot der Doppelpatentierung (§ 4 Abs. 2 des Patentgesetzes in der geltenden Fassung) erübrigt sich, nachdem ältere Rechte nunmehr gemäß § 2 Abs. 1 des Patentgesetzes in der Fassung von Nummer 3 in den Neuheitsbegriff einbezogen worden sind. Nummer 5 sieht daher die Streichung dieser Vorschrift vor.

Die Neufassung der Eingangsworte von § 4 Abs. 3 des Patentgesetzes trägt der Streichung von Absatz 2 dieser Vorschrift Rechnung.

Zu Nummer 6 — Einfügung von § 6a des Patentgesetzes (Schutzbereich)

Neben der Änderung des bisherigen Neuheitsbegriffs kommt der Neuregelung zum Schutzbereich des Patents die größte Bedeutung für das künftige Patentrecht zu. Der neue § 6a, der Artikel 69 Abs. 1 des Europäischen Patentübereinkommens und der zwingenden Vorschrift des Artikels 8 Abs. 3 des Straßburger Patentübereinkommens entspricht, mißt nunmehr den Patentansprüchen die entscheidende Rolle für die Bestimmung des Schutzbereichs zu. Entsprechend dem mit der Einfügung von § 6a angestrebten Ziel, eine möglichst einheitliche Bestimmung des Schutzbereichs von Patenten in Europa zu erreichen, wird sich die Auslegung der Vorschrift an der Auslegungsregel zu orientieren haben, die in dem Protokoll zu dem Europäischen Patentübereinkommen über die Auslegung des Artikels 69 enthalten ist. Danach ist § 6a nicht in der Weise auszulegen, daß unter dem Schutzbereich des Patents der Schutzbereich zu verstehen ist, der sich aus dem genauen Wortlaut der Patentansprüche ergibt, und daß die Beschreibung sowie die Zeichnungen nur zur Behebung etwaiger Unklarheiten in den Patentansprüchen anzuwenden sind. Ebensowenig ist die Vorschrift dahin auszulegen, daß die Patentansprüche lediglich als Richtlinie dienen und der Schutzbereich sich auch auf das erstreckt, was sich dem Fachmann nach Prüfung der Beschreibung und der Zeichnungen als Schutzbegehren des Patentinhabers darstellt. Die Auslegung soll nach dem Protokoll vielmehr zwischen diesen extremen Auffassungen liegen und einen angemessenen Schutz für den Patentinhaber mit ausreichender Rechtssicherheit für Dritte verbinden.

Einer Änderung des § 26 Abs. 1 Satz 5 des Patentgesetzes bedarf es insoweit nicht. Diese Vorschrift ist hinreichend weit gefaßt, um mögliche Änderungen, die sich aus der Einfügung von § 6a bei der Abfassung der Patentansprüche gegenüber der bestehenden Praxis ergeben könnten, zu berücksichtigen.

Zu Nummer 7 — Änderung von § 7 (Ausstellungsschutz)

Da es für Erfindungen, für die die Erteilung eines Patents beantragt wird, künftig einen Ausstellungsschutz nach dem Gesetz betreffend den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf Ausstellungen vom 18. März 1904 (Reichsgesetzbl. S. 141) nicht mehr geben wird (vgl. zu Artikel V), sind die in § 7 Abs. 3 des Patentgesetzes in der geltenden Fassung enthaltenen Bezugnahmen auf diesen Schutz zu streichen.

Zu Nummer 8 — Änderung von § 10 (Laufzeit)

Nach Artikel 63 des Europäischen Patentübereinkommens beträgt die Laufzeit des europäischen Patents zwanzig Jahre, während die vom Deutschen Patentamt erteilten nationalen Patente bisher eine Laufzeit von achtzehn Jahren haben. Um eine Ungleichbehandlung und eine damit verbundene Abwertung des vom Deutschen Patentamt erteilten Patents gegenüber dem europäischen Patent zu vermeiden, das in den einzelnen Vertragsstaaten die

Wirkung eines nationalen Patents hat, erscheint es geboten, die Laufzeit des nationalen Patents an die des europäischen Patents anzugleichen.

Zu Nummer 9 — Neufassung von § 13 (Nichtigkeitsklärung des Patents)

Absatz 1

In der Neufassung von § 13 Abs. 1 werden aus Gründen der gebotenen Gleichbehandlung die für das deutsche Patent geltenden Nichtigkeitsgründe an die Nichtigkeitsgründe angepaßt, die für das europäische Patent maßgebend sind (vgl. Artikel II § 6 dieses Entwurfs).

Neu für das deutsche Recht sind der Nichtigkeitsgrund der nicht hinreichend deutlichen und vollständigen Offenbarung (Nummer 2) und der Nichtigkeitsgrund der unzulässigen Erweiterung des Gegenstands des Patents (Nummer 4). Die Erweiterung des Gegenstands der Anmeldung ist allerdings schon nach geltendem deutschen Recht unzulässig. Aus einer solchen Erweiterung können gemäß § 26 Abs. 5 Satz 2 des Patentgesetzes Rechte nicht hergeleitet werden, und zwar auch dann nicht, wenn das Patent mit der Erweiterung erteilt worden ist. An dieser Rechtslage soll durch die Neufassung von § 13 des Patentgesetzes nichts geändert werden. Die Einführung eines entsprechenden Nichtigkeitsgrundes und damit die Einräumung der Möglichkeit, den durch die Patenterteilung gesetzten Rechtsschein ein für alle Mal zu beseitigen, erscheint jedoch abgesehen von dem angestrebten Einklang mit der Regelung für europäische Patente — aus Gründen der Rechtsklarheit und Rechtssicherheit angebracht. Die gegenüber Artikel II § 6 Abs. 1 Nr. 5 abweichende Formulierung in Absatz 1 Nr. 3 ist erforderlich, weil das Recht der widerrechtlichen Entnahme (vgl. § 4 Abs. 3 und § 5 des Patentgesetzes) nicht dem europäischen Recht angepaßt werden soll. Die Beibehaltung der geltenden Regelung des Rechts der widerrechtlichen Entnahme rechtfertigt sich aus der Erwägung, daß sie im Ergebnis eine für den Berechtigten günstigere Lösung bietet und eine Anpassung weder durch das Europäische Patentübereinkommen noch durch das Straßburger Patentübereinkommen geboten ist.

Nicht übernommen ist der für europäische Patente vorgesehene Nichtigkeitsgrund der Erweiterung des Schutzbereichs (vgl. Artikel II § 6 Abs. 1 Nr. 4 dieses Gesetzes). Diese Vorschrift beruht auf der Erwägung, daß eine unzulässige Erweiterung auch noch im Einspruchsverfahren erfolgen kann, das gemäß Artikel 99 des Europäischen Patentübereinkommens **nach** Erteilung des Patents stattfindet. Da im deutschen Recht Einsprüche vor der Patenterteilung behandelt werden, werden dabei gegebenenfalls vorgenommene Erweiterungen bereits durch den Nichtigkeitsgrund des Absatzes 1 Nr. 4 erfaßt.

Absatz 2

Absatz 2 stimmt mit Artikel II § 6 Abs. 2 dieses Entwurfs überein. Die Regelung entspricht im übrigen inhaltlich dem bisherigen § 13 Abs. 2 des Patentgesetzes in der dieser Vorschrift durch die Rechtsprechung gegebenen Auslegung.

Zu Nummer 10 — Änderung von § 26 (Offenbarung)

Mit Rücksicht auf den nach der Neufassung des § 13 Abs. 1 Nummer 2 des Patentgesetzes vorgesehenen Nichtigkeitsgrund der mangelnden Offenbarung der Erfindung, der in Anpassung an das europäische Patentrecht eingeführt wird, ist auch der Wortlaut des § 26 Abs. 1 Satz 4 entsprechend zu ändern; an die Offenbarung im Rahmen der Anmeldung müssen sinnvollerweise genau die Anforderungen gestellt werden, deren Fehlen gegebenenfalls nach § 13 Abs. 1 Nr. 2 zur Nichtigkeit des Patents führt. Die Neufassung des § 26 Abs. 1 Satz 4 entspricht Artikel 83 des Europäischen Patentübereinkommens und stimmt inhaltlich im wesentlichen mit der bisherigen Fassung von § 26 Abs. 1 Satz 4 des Patentgesetzes überein. Dabei sind die Anforderungen an die Offenbarung der Erfindung nunmehr eher großzügiger. Das Erfordernis einer deutlichen und vollständigen Offenbarung erscheint für sich allein zwar strenger als die in der letztgenannten Vorschrift aufgestellten Erfordernisse. Dies wird jedoch durch die Streichung des Wortes „danach“ mehr als ausgeglichen. Nach der Neufassung wird es ausreichen, daß die Erfindung so deutlich und vollständig beschrieben wird, daß ein Durchschnittsfachmann sie unter Berücksichtigung sowohl seines eigenen präsenten wie des ihm zugänglichen Fachwissens ausführen kann.

Zu Nummern 11 und 12 — Änderung verschiedener Vorschriften des Patentgesetzes

Diese Bestimmungen tragen den durch die Nummern 1 bis 5 Buchstabe a vorgenommenen Änderungen des Patentgesetzes Rechnung, indem Verweisungen in verschiedenen Vorschriften des Patentgesetzes den Änderungen angepaßt werden.

Zu Nummer 13 — Änderung von § 32 (Einspruchsgründe)

Schon nach geltendem Recht entsprechen die Gründe, auf die ein Einspruch gegen die Erteilung eines Patents gestützt werden kann, denen, die im Nichtigkeitsverfahren für die Erklärung der Nichtigkeit maßgebend sind (§ 32 Abs. 1 Satz 3 und § 13 Abs. 1 der bisherigen Fassung des Patentgesetzes). Nach der Neufassung der Nichtigkeitsgründe (Nummer 9) erscheint es daher geboten, auch die Einspruchsgründe entsprechend zu ändern.

Artikel V

Änderung des Gesetzes betreffend den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf Ausstellungen

Nach dem Gesetz betreffend den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf Ausstellungen vom 18. März 1904 (Reichsgesetzbl. S. 141) genießen unter anderem Erfindungen, die auf bestimmten Ausstellungen zur Schau gestellt worden sind, einen zeitweiligen Schutz. Dieser Schutz hat die Wirkung, daß weder die Ausstellung selbst

noch andere innerhalb von sechs Monaten erfolgende Offenbarungen dem Aussteller oder seinem Rechtsnachfolger als neuheitsschädlich entgegengehalten werden können, wenn die Erfindung innerhalb dieser Frist zum Patent angemeldet wird. Diese Regelung ist mit Artikel 4 des Straßburger Patentübereinkommens, dem die in Artikel IV Nr. 3 dieses Gesetzes vorgesehene Neufassung von § 2 des Patentgesetzes entspricht, nicht vereinbar. Artikel 4 des Straßburger Patentübereinkommens legt den Neuheitsbegriff abschließend fest; dabei sind nur die in der vorgesehenen Neufassung des § 2 Abs. 4 des Patentgesetzes genannten Offenbarungen nicht als neuheitsschädlich anzusehen. Durch die in Artikel V vorgeschlagene Streichung der Bezugnahme auf Erfindungen und Patente in dem Ausstellungsschutzgesetz vom 18. März 1904 wird dieser Rechtslage Rechnung getragen.

Artikel VI

Einschränkung von Vorschriften der Patentanwaltsordnung und der Bundesrechtsanwaltsordnung

Nach Artikel 134 Abs. 5 des Europäischen Patentübereinkommens ist jede in die Liste der zugelassenen Vertreter eingetragene Person berechtigt, zur Ausübung ihrer Tätigkeit als zugelassener Vertreter einen Geschäftssitz in jedem Vertragsstaat zu begründen, in dem Verfahren nach dem Europäischen Patentübereinkommen durchgeführt werden. Das gleiche gilt für die in Artikel 134 Abs. 7 des Europäischen Patentübereinkommens genannten Rechtsanwälte, auf die Absatz 5 dieser Vorschrift anwendbar ist. Artikel 134 Abs. 5 des Übereinkommens gewährt damit den genannten Personen zwar einen Anspruch auf Begründung eines Geschäftssitzes gegenüber dem betreffenden Vertragsstaat, läßt jedoch die Frage offen, ob und unter welchen Voraussetzungen der zugelassene Vertreter nach seinem Heimatrecht einen Geschäftssitz außerhalb seines Heimatstaats begründen darf. Nach § 28 der Patentanwaltsordnung und § 28 der Bundesrechtsanwaltsordnung ist es Patentanwälten und Rechtsanwälten grundsätzlich untersagt, neben der zwingend vorgeschriebenen Kanzlei eine Zweigstelle einzurichten; eine solche Zweigstelle wäre auch ein im Ausland begründeter Geschäftssitz. Die Anwendung dieser Vorschriften könnte deutsche Patentanwälte und Rechtsanwälte im Rahmen des europäischen Patenterteilungsverfahrens gegenüber ihren ausländischen Kollegen benachteiligen. Um dies zu vermeiden, sieht Artikel VI vor, daß § 28 der Patentanwaltsordnung und § 28 der Bundesrechtsanwaltsordnung der Begründung eines Geschäftssitzes nach Artikel 134 Absätze 5 und 7 des Europäischen Patentübereinkommens im Ausland nicht entgegenstehen.

Artikel VII

Änderung des Gesetzes über die Gebühren des Patentamts und des Patentgerichts

Die Änderungen des Gesetzes über die Gebühren des Patentamts und des Patentgerichts tragen den

durch Artikel II § 2 Abs. 1 und Artikel III § 1 Abs. 3 dieses Gesetzes neu eingeführten Gebührentatbeständen sowie der durch Artikel IV Nr. 8 dieses Gesetzes vorgenommenen Verlängerung der Patentdauer Rechnung. Dabei werden die Patentjahresgebühren entsprechend dem ab dem 13. Patentjahr jährlich um 175 DM erhöhten Betrag auch für das 19. und 20. Patentjahr festgesetzt. Die Gebühren für die Veröffentlichung von Übersetzungen nach Artikel II § 2 Abs. 1 und für die Behandlung der internationalen Anmeldung beim Deutschen Patentamt als Anmeldeamt nach Artikel III § 1 Abs. 3 dieses Gesetzes sind unter Berücksichtigung des erforderlichen tatsächlichen Verwaltungs- und Kostenaufwandes und der Höhe der für ähnliche Gebührentatbestände des Patentgesetzes erhobenen Gebühren festgesetzt worden.

Artikel VIII

Bekanntmachung von Änderungen

Nach Artikel 33 des Europäischen Patentübereinkommens ist der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation befugt, bestimmte Vorschriften des Übereinkommens zu ändern und neue Vorschriften zu erlassen. Das gleiche gilt für die Versammlung des Verbandes für die Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens, die in den in Artikel VIII Nr. 2 genannten Fällen Änderungen beschließen kann. Soweit diese Änderungen oder neue Vorschriften Außenwirkungen haben, müssen sie der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden, um die Beachtung durch die Betroffenen sicherzustellen.

Artikel IX

Übergangs und Schlußbestimmungen

In Artikel IX sind die Übergangs- und Schlußbestimmungen zusammengefaßt. Im einzelnen ist hierzu auf folgendes hinzuweisen:

Zu § 1 — Übergangsweise Geltung des bisherigen Rechts

Nach Absatz 1 soll die Neufassung des Patentgesetzes nur für die nach dem Inkrafttreten des neuen Rechts eingereichten Anmeldungen und die darauf erteilten Patente gelten. Da die vorgesehenen Änderungen im wesentlichen das materielle Recht und nicht lediglich die Behandlung der Patentanmeldung vor dem Deutschen Patentamt betreffen, würde ohne diese Vorschrift in Rechtspositionen eingegriffen werden, die der Anmelder mit der Einreichung seiner Anmeldung bereits erworben hat. Zu einem solchen Eingriff besteht aber weder Anlaß noch ein rechtfertigender Grund.

Darüber hinaus erscheint es geboten, die Anwendung des neuen Rechts in beschränktem Umfang für die Fälle auszuschließen, in denen der Anmelder seine Anmeldung zwar nach dem Inkrafttreten des neuen Rechts eingereicht, die Erfindung jedoch selbst im Vertrauen auf das geltende Recht, nämlich die Neuheitsschonfrist des § 2 Satz 2 des Patentge-

setzes in der geltenden Fassung und den zeitweiligen Schutz nach dem Gesetz betreffend den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf Ausstellungen vom 18. März 1904, bereits offenbart hat. Es wäre unter dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes nicht zu rechtfertigen, dem Erfinder die mit der Offenbarung seiner Erfindung nach bisherigem Recht verliehene Rechtsstellung zu nehmen. Durch die Fassung von Absatz 2 wird sichergestellt, daß die Vorbenutzung nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Neuheit unberücksichtigt bleibt, sondern — wie nach geltendem Recht — auch bei der Beurteilung der erfinderischen Tätigkeit nicht berücksichtigt werden darf.

Zu § 2 — Geltung im Land Berlin

Das Gesetz sowie die nach Artikel II § 2 Abs. 2 und §§ 11, 12 dieses Gesetzes zu erlassenden Rechtsverordnungen sollen auch im Land Berlin gelten; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu § 3 — Inkrafttreten

§ 3, der die Zeitpunkte regelt, zu denen die verschiedenen Artikel des Entwurfs in Kraft treten sollen, entspricht Artikel 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Absatz 1 betrifft das Inkrafttreten des Gesetzes hinsichtlich der Zustimmung zu den internationalen Übereinkommen und des Teils von Artikel IX, der die Schlußbestimmungen enthält.

Absatz 2 regelt die Bekanntgabe des Inkrafttretens der internationalen Übereinkommen, die wie üblich im Bundesgesetzblatt erfolgen soll.

Nach Artikel 9 Abs. 2 des Straßburger Patentübereinkommens tritt dieses Übereinkommen drei Monate nach dem Tag der Hinterlegung der achten Ratifikations- oder Annahmearkunde in Kraft.

Der Patentreueinigungsvertrag tritt nach seinem Artikel 63 Abs. 1 drei Monate nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem acht Staaten ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben, wenn wenigstens in vier dieser Staaten entweder die Zahl der im jeweiligen Staat eingereichten Anmeldungen 40 000 überschritten hat oder die Staatsangehörigen des jeweiligen Staates oder die Personen mit Sitz oder Wohnsitz in diesem Staat mindestens 1 000 Anmeldungen in einem einzigen ausländischen Staat eingereicht haben oder das nationale Amt des jeweiligen Staates mindestens 10 000 Anmeldungen von Staatsangehörigen ausländischer Staaten oder Personen mit Sitz oder Wohnsitz in diesen Staaten erhalten hat, wobei sich die Zahl der Anmeldungen nach den jüngsten vom Internationalen Büro veröffentlichten Jahresstatistiken richtet.

Das Europäische Patentübereinkommen tritt nach seinem Artikel 169 Abs. 1 drei Monate nach Hinterlegung der letzten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde von sechs Staaten in Kraft, in deren Hoheits-

gebiet im Jahre 1970 insgesamt mindestens 180 000 Patentanmeldungen für die Gesamtheit dieser Staaten eingereicht wurden.

Absatz 3

Nach Artikel 162 Abs. 1 des Europäischen Patentübereinkommens können europäische Patentanmeldungen erst von dem vom Verwaltungsrat zu bestimmenden Tag an eingereicht werden. In Übereinstimmung damit sieht Absatz 3 vor, daß auch die zur Ausführung des Europäischen Patentübereinkommens erlassenen Bestimmungen an diesem Tag in Kraft treten sollen. Um eine entsprechende Unterrichtung der interessierten Öffentlichkeit sicherzustellen, ist vorgesehen, daß der Tag des Inkrafttretens der Vorschriften gesondert im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben ist.

Absatz 4

Internationale Anmeldungen sind für die Bundesrepublik Deutschland erst dann von Bedeutung, wenn der Patentreueinigungsvertrag in Kraft getreten ist. Infolge dessen sollen auch die zur Durchführung des Patentreueinigungsvertrags erlassenen Vorschriften dieses Gesetzes erst dann in Kraft treten, wenn der Patentreueinigungsvertrag selbst für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.

Absatz 5

Im Interesse einer europäischen Rechtsvereinheitlichung soll das Patentgesetz gemäß Artikel IV über das durch die Vorschriften des Straßburger Patentübereinkommens geforderte Maß hinaus geändert und den Regelungen des Europäischen Patentübereinkommens angepaßt werden. Es ist daher nur folgerichtig, die Änderungen des Patentgesetzes und die damit verbundenen Regelungen erst dann in Kraft treten zu lassen, wenn auch das Europäische Patentübereinkommen in Kraft getreten ist, da nur auf diese Weise das mit der Änderung verfolgte Ziel erreicht werden kann.

Um den Anmeldern Gelegenheit zu geben, ihre Anmeldungen unter Berücksichtigung des neuen Rechts zu formulieren und einzureichen, sollen die entsprechenden Änderungen des Patentgesetzes und die übrigen in § 3 Abs. 5 genannten Bestimmungen erst am ersten Tag des vierten Kalendermonats in Kraft treten, der auf die Bekanntgabe des Inkrafttretens des Europäischen Patentübereinkommens im Bundesgesetzblatt folgt.

Unter Berücksichtigung des zwingenden Charakters von Vorschriften des Straßburger Patentübereinkommens wird die Ratifikationsurkunde zu diesem Übereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland frühestens am ersten Tag des auf die Bekanntgabe des Inkrafttretens des Europäischen Patentübereinkommens im Bundesgesetzblatt folgenden Kalendermonats beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt werden (vgl. auch Artikel 9 des Straßburger Patentübereinkommens).

Übereinkommen
zur Vereinheitlichung gewisser Begriffe
des materiellen Rechts der Erfindungspatente

Convention
on the Unification of certain Points
of Substantive Law on Patents for Invention

Convention
sur l'unification de certains éléments
du droit des brevets d'invention

(Übersetzung)

The member States of the Council of Europe, signatory hereto,

Les États membres du Conseil de l'Europe, signataires de la présente Convention,

Die Mitgliedstaaten des Europarats, die dieses Übereinkommen unterzeichnet haben —

Considering that the aim of the Council of Europe is to achieve a greater unity between its Members for the purpose, among others, of facilitating their economic and social progress by agreements and common action in economic, social, cultural, scientific, legal and administrative matters;

Considérant que le but du Conseil de l'Europe est de réaliser une union plus étroite entre ses Membres, afin notamment de favoriser leur progrès économique et social par la conclusion d'accords et par l'adoption d'une action commune dans les domaines économique, social, culturel, scientifique, juridique et administratif;

in der Erwägung, daß der Europarat die Verwirklichung einer engeren Verbindung zwischen seinen Mitgliedern bezweckt, um insbesondere ihren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt durch den Abschluß von Vereinbarungen und durch gemeinsames Vorgehen auf den Gebieten der Wirtschaft, des Sozialwesens, der Kultur, der Wissenschaft, des Rechts und der Verwaltung zu fördern;

Considering that the unification of certain points of substantive law of patents for invention is likely to assist industry and inventors, to promote technical progress and contribute to the creation of an international patent;

Considérant que l'unification de certains éléments du droit des brevets d'invention serait de nature à aider l'industrie et les inventeurs, encouragerait le progrès technique et faciliterait la création d'un brevet international;

in der Erwägung, daß die Vereinheitlichung gewisser Begriffe des materiellen Rechts der Erfindungspatente für die Industrie und die Erfinder von Vorteil sein, den technischen Fortschritt fördern und die Schaffung eines internationalen Patents erleichtern würde;

Having regard to Article 15 of the Convention for the Protection of Industrial Property signed at Paris on 20th March 1883, revised at Brussels on 14th December 1900, at Washington on 2nd June 1911, at The Hague on 6th November 1925, at London on 2nd June 1934 and at Lisbon on 31st October 1958,

Vu l'article 15 de la Convention pour la Protection de la Propriété Industrielle, signée à Paris le 20 mars 1883, révisée à Bruxelles le 14 décembre 1900, à Washington le 2 juin 1911, à La Haye le 6 novembre 1925, à Londres le 2 juin 1934 et à Lisbonne le 31 octobre 1958,

im Hinblick auf Artikel 15 der am 20. März 1883 in Paris unterzeichneten Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums, revidiert in Brüssel am 14. Dezember 1900, in Washington am 2. Juni 1911, im Haag am 6. November 1925, in London am 2. Juni 1934 und in Lissabon am 31. Oktober 1958

Have agreed as follows:

Sont convenus de ce qui suit:

sind wie folgt übereingekommen:

Article 1

In the Contracting States, patents shall be granted for any inventions which are susceptible of industrial application, which are new and which involve an inventive step. An invention which does not comply with these conditions shall not be the subject of a valid patent. A patent declared invalid because the invention does not comply with these conditions shall be considered invalid ab initio.

Article 1^{er}

Dans les États Contractants, des brevets seront accordés pour toute invention qui est susceptible d'application industrielle, est nouvelle et implique une activité inventive. Une invention qui ne répond pas à ces conditions ne peut faire l'objet d'un brevet valable. Un brevet annulé au motif que l'invention ne répond pas à ces conditions est réputé nul dès l'origine.

Artikel 1

Für Erfindungen, die gewerblich anwendbar sind, neu sind und auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhen, werden in den Vertragstaaten Patente erteilt. Eine Erfindung, die diesen Voraussetzungen nicht entspricht, kann nicht Gegenstand eines rechtsgültigen Patents sein. Ein Patent, das für nichtig erklärt worden ist, weil die Erfindung diesen Voraussetzungen nicht entspricht, gilt als vom Anfang an nichtig.

Article 2

The Contracting States shall not be bound to provide for the grant of patents in respect of

- (a) inventions the publication or exploitation of which would be contrary to "ordre public" or morality, provided that the exploitation shall not be deemed to be so contrary merely because it is prohibited by a law or regulation;
- (b) plant or animal varieties or essentially biological processes for the production of plants or animals; this provision does not apply to micro-biological processes and the products thereof.

Article 3

An invention shall be considered as susceptible of industrial application if it can be made or used in any kind of industry including agriculture.

Article 4

1. An invention shall be considered to be new if it does not form part of the state of the art.

2. Subject to the provisions of paragraph 4 of this Article, the state of the art shall be held to comprise everything made available to the public by means of a written or oral description, by use, or in any other way, before the date of the patent application or of a foreign application, the priority of which is validly claimed.

3. Any Contracting State may consider the contents of applications for patents made, or of patents granted, in that State, which have been officially published on or after the date referred to in paragraph 2 of this Article, as comprised in the state of the art, to the extent to which such contents have an earlier priority date.

4. A patent shall not be refused or held invalid by virtue only of the fact that the invention was made public, within six months preceding the filing of the application, if the disclosure was due to, or in consequence of:

- (a) an evident abuse in relation to the applicant or his legal predecessor, or
- (b) the fact that the applicant or his legal predecessor has displayed

Article 2

Les États Contractants ne sont pas tenus de prévoir l'octroi de brevets pour:

- (a) les inventions dont la publication ou la mise en œuvre serait contraire à l'ordre public ou aux bonnes mœurs, la mise en œuvre d'une invention ne pouvant être considérée comme telle du seul fait qu'elle est interdite par une disposition légale ou réglementaire;
- (b) les variétés végétales ou les races animales ainsi que les procédés essentiellement biologiques d'obtention de végétaux ou d'animaux, cette disposition ne s'appliquant pas aux procédés microbiologiques et aux produits obtenus par ces procédés.

Article 3

Une invention est considérée comme susceptible d'application industrielle si son objet peut être produit ou utilisé dans tout genre d'industrie, y compris l'agriculture.

Article 4

1. Une invention est considérée comme nouvelle si elle n'est pas comprise dans l'état de la technique.

2. Sous réserve des dispositions du paragraphe 4 du présent article, l'état de la technique est constitué par tout ce qui a été rendu accessible au public, par une description écrite ou orale, un usage ou tout autre moyen, avant le jour du dépôt de la demande de brevet ou d'une demande étrangère dont la priorité est valablement revendiquée.

3. Tout État Contractant peut considérer comme compris dans l'état de la technique le contenu des demandes de brevets déposées ou des brevets délivrés dans ledit État et ayant fait l'objet d'une publication officielle à la date ou après la date mentionnée au paragraphe 2 du présent article, dans la mesure où ce contenu bénéficie d'une date de priorité antérieure.

4. Un brevet ne peut être refusé ou invalidé au seul motif que l'invention a été rendue publique dans les six mois précédant le dépôt de la demande, si la divulgation résulte directement ou indirectement:

- (a) d'un abus évident à l'égard du demandeur ou de son prédécesseur en droit;
- (b) du fait que le demandeur ou son prédécesseur en droit a exposé

Artikel 2

Die Vertragsstaaten sind nicht verpflichtet, die Erteilung von Patenten vorzusehen

- a) für Erfindungen, deren Veröffentlichung oder Verwertung gegen die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten verstoßen würde; ein solcher Verstoß kann nicht allein aus der Tatsache hergeleitet werden, daß die Verwertung der Erfindung durch Gesetz oder Verwaltungsvorschrift verboten ist;
- b) für Pflanzensorten oder Tierarten sowie für im wesentlichen biologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen oder Tieren; diese Bestimmung ist auf mikrobiologische Verfahren und auf die mit Hilfe dieser Verfahren gewonnenen Erzeugnisse nicht anzuwenden.

Artikel 3

Eine Erfindung gilt als gewerblich anwendbar, wenn ihr Gegenstand auf irgendeinem gewerblichen Gebiet einschließlich der Landwirtschaft hergestellt oder benutzt werden kann.

Artikel 4

(1) Eine Erfindung gilt als neu, wenn sie nicht zum Stand der Technik gehört.

(2) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes 4 dieses Artikels bildet den Stand der Technik alles, was vor dem Tag der Einreichung der Patentanmeldung oder einer ausländischen Anmeldung, deren Priorität gültig beansprucht wird, durch schriftliche oder mündliche Beschreibung, durch Benutzung oder in sonstiger Weise der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist.

(3) Jeder Vertragsstaat kann vorsehen, daß der Inhalt der in diesem Staat eingereichten Patentanmeldungen oder erteilten Patente, die an oder nach dem in Absatz 2 dieses Artikels erwähnten Tag Gegenstand einer amtlichen Veröffentlichung waren, als zum Stand der Technik gehörend gilt, soweit dieser Inhalt ein früheres Prioritätsdatum hat.

(4) Ein Patent kann nicht lediglich aus dem Grund verweigert oder für nichtig erklärt werden, daß die Erfindung innerhalb von sechs Monaten vor Einreichung der Anmeldung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist, wenn die Offenbarung unmittelbar oder mittelbar zurückgeht

- a) auf einen offensichtlichen Mißbrauch zum Nachteil des Anmelders oder seines Rechtsvorgängers, oder
- b) auf die Tatsache, daß der Anmelder oder sein Rechtsvorgänger die

the invention at official, or officially recognised, international exhibitions falling within the terms of the Convention on international exhibitions signed at Paris on 22nd November 1928 and amended on 10th May 1948.

Article 5

An invention shall be considered as involving an inventive step if it is not obvious having regard to the state of the art. However, for the purposes of considering whether or not an invention involves an inventive step, the law of any Contracting State may, either generally or in relation to particular classes of patents or patent applications, for example patents of addition, provide that the state of the art shall not include all or any of patents or patent applications mentioned in paragraph 3 of Article 4.

Article 6

Any Contracting State which does not apply the provisions of paragraph 3 of Article 4 shall nevertheless provide that no invention shall be validly protected in so far as it includes matter which is or has been validly protected by a patent in that State which, though not comprised in the state of the art, has, in respect of that matter, an earlier priority date.

Article 7

Any group of Contracting States who provide for a common patent application may be regarded as a single State for the purposes of paragraph 3 of Article 4, or of Article 6.

Article 8

1. The patent application shall contain a description of the invention with the necessary drawings referred to therein and one or more claims defining the protection applied for.

2. The description must disclose the invention in a manner sufficiently clear and complete for it to be carried out by a person skilled in the art.

3. The extent of the protection conferred by the patent shall be determined by the terms of the claims. Nevertheless, the description and drawings shall be used to interpret the claims.

Article 9

1. This Convention shall be open for signature by the member States of

l'invention dans des expositions officielles ou officiellement reconnues, au sens de la Convention concernant les expositions internationales, signée à Paris le 22 novembre 1928 et modifiée le 10 mai 1948.

Article 5

Une invention est considérée comme impliquant une activité inventive si elle ne découle pas d'une manière évidente de l'état de la technique. Toutefois, pour déterminer si une invention implique ou non une activité inventive, la législation de tout État Contractant peut, soit d'une manière générale, soit pour des catégories particulières de brevets ou demandes de brevets, tels que les brevets d'addition, prévoir que tout ou partie des brevets visés au paragraphe 3 de l'article 4 sont exclus de l'état de la technique.

Article 6

Tout État Contractant qui ne fait pas usage de la faculté visée au paragraphe 3 de l'article 4 est néanmoins tenu de prévoir qu'une invention ne peut être valablement brevetée dans la mesure où elle fait l'objet, dans ledit État, d'un brevet qui, sans être compris dans l'état de la technique, bénéficie, pour les éléments communs, d'une date de priorité antérieure.

Article 7

Tout groupe d'États Contractants ayant institué un système comportant un dépôt commun des demandes de brevet peut être considéré comme un seul État aux fins de l'application de l'article 4, paragraphe 3, et de l'article 6.

Article 8

1. La demande de brevet doit comprendre une description de l'invention avec, le cas échéant, les dessins auxquels elle se réfère, ainsi qu'une ou plusieurs revendications définissant la protection demandée.

2. La description doit exposer l'invention de façon suffisamment claire et complète pour qu'un homme du métier puisse l'exécuter.

3. L'étendue de la protection conférée par le brevet est déterminée par la teneur des revendications. Toutefois, la description et les dessins servent à interpréter les revendications.

Article 9

1. La présente Convention est ouverte à la signature des États mem-

Erfindung auf amtlichen oder amtlich anerkannten Ausstellungen im Sinne des am 22. November 1928 in Paris unterzeichneten und am 10. Mai 1948 revidierten Übereinkommens über internationale Ausstellungen zur Schau gestellt hat.

Artikel 5

Eine Erfindung gilt als auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhend, wenn sie sich nicht in naheliegender Weise aus dem Stand der Technik ergibt. Jedoch kann für die Beurteilung der Frage, ob eine Erfindung auf einer erfinderischen Tätigkeit beruht oder nicht, das Recht jedes Vertragsstaats entweder allgemein oder für besondere Arten von Patenten oder Patentanmeldungen, wie etwa Zusatzpatente, vorsehen, daß alle oder ein Teil der in Artikel 4 Absatz 3 erwähnten Patente oder Patentanmeldungen nicht zum Stand der Technik gehören.

Artikel 6

Jeder Vertragsstaat, der von der in Artikel 4 Absatz 3 erwähnten Möglichkeit keinen Gebrauch macht, ist gleichwohl verpflichtet, vorzusehen, daß eine Erfindung insoweit nicht Gegenstand eines rechtsgültigen Patents sein kann, als sie in diesem Staat bereits den Gegenstand eines Patents bildet, das, ohne zum Stand der Technik zu gehören, für die gemeinsamen Merkmale ein früheres Prioritätsdatum hat.

Artikel 7

Jede Gruppe von Vertragsstaaten, die Einrichtungen für die gemeinsame Einreichung von Patentanmeldungen geschaffen hat, kann für die Anwendung des Artikels 4 Absatz 3 und des Artikels 6 als ein einziger Staat angesehen werden.

Artikel 8

(1) Die Patentanmeldung muß eine Beschreibung der Erfindung, gegebenenfalls mit den Zeichnungen, auf die sie Bezug nimmt, sowie einen oder mehrere Patentansprüche, die definieren, wofür Schutz begehrt wird, enthalten.

(2) In der Beschreibung ist die Erfindung so deutlich und vollständig darzulegen, daß ein Fachmann sie danach ausführen kann.

(3) Der sachliche Schutzbereich des Patents wird durch den Inhalt der Patentansprüche bestimmt. Die Beschreibung und die Zeichnungen sind jedoch zur Auslegung der Patentansprüche heranzuziehen.

Artikel 9

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats

the Council of Europe. It shall be subject to ratification or acceptance. Instruments of ratification or acceptance shall be deposited with the Secretary-General of the Council of Europe.

2. This Convention shall enter into force three months after the date of deposit of the eighth instrument of ratification or acceptance.

3. In respect of a signatory State ratifying or accepting subsequently, the Convention shall come into force three months after the date of deposit of its instrument of ratification or acceptance.

Article 10

1. After the entry into force of this Convention, the Committee of Ministers of the Council of Europe may invite any Member of the International Union for the Protection of Industrial Property which is not a Member of the Council of Europe to accede thereto.

2. Such accession shall be effected by depositing with the Secretary-General of the Council of Europe an instrument of accession which shall take effect three months after the date of its deposit.

Article 11

1. Any Contracting Party may at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance or accession, specify the territory or territories to which this Convention shall apply.

2. Any Contracting Party may, when depositing its instrument of ratification, acceptance or accession or at any later date, by notification addressed to the Secretary-General of the Council of Europe, extend this Convention to any other territory or territories specified in the declaration and for whose international relations it is responsible or on whose behalf it is authorised to give undertakings.

3. Any declaration made in pursuance of the preceding paragraph may, in respect of any territory mentioned in such declaration, be withdrawn according to the procedure laid down in Article 13 of this Convention.

Article 12

1. Notwithstanding anything in this Convention, each Contracting Party may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratifica-

bres du Conseil de l'Europe. Elle sera ratifiée ou acceptée. Les instruments de ratification ou d'acceptation seront déposés près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. La Convention entrera en vigueur trois mois après la date du dépôt du huitième instrument de ratification ou d'acceptation.

3. Elle entrera en vigueur à l'égard de tout État signataire qui la ratifiera ou l'acceptera ultérieurement, trois mois après la date du dépôt de son instrument de ratification ou d'acceptation.

Article 10

1. Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe pourra inviter tout Membre de l'Union internationale pour la Protection de la Propriété Industrielle qui n'est pas Membre du Conseil de l'Europe à adhérer à la Convention.

2. L'adhésion s'effectuera par le dépôt, près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, d'un instrument d'adhésion qui prendra effet trois mois après la date de son dépôt.

Article 11

1. Toute Partie Contractante peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion, désigner le ou les territoires auxquels s'appliquera la présente Convention.

2. Toute Partie Contractante peut, au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion ou à tout autre moment par la suite, étendre l'application de la présente Convention, par notification adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, à tout autre territoire désigné dans la déclaration et dont elle assure les relations internationales ou pour lequel elle est habilitée à stipuler.

3. Toute déclaration faite en vertu du paragraphe précédent pourra être retirée, en ce qui concerne tout territoire désigné dans cette déclaration, aux conditions prévues par l'article 13 de la présente Convention.

Article 12

1. Nonobstant les dispositions de la présente Convention, chacune des Parties Contractantes peut, au moment de la signature ou au moment

zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Ratifizierung oder Annahme. Die Ratifikations- oder Annahmeerkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

(2) Das Übereinkommen tritt drei Monate nach dem Tag der Hinterlegung der achten Ratifikations- oder Annahmeerkunde in Kraft.

(3) Für jeden Unterzeichnerstaat, der das Übereinkommen später ratifiziert oder annimmt, tritt es drei Monate nach dem Tag der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Annahmeerkunde in Kraft.

Artikel 10

(1) Nach dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann das Ministerkomitee des Europarats jedes Mitglied des Internationalen Verbands zum Schutz des gewerblichen Eigentums, das nicht Mitglied des Europarats ist, einladen, dem Übereinkommen beizutreten.

(2) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats, die drei Monate nach dem Tag ihrer Hinterlegung wirksam wird.

Artikel 11

(1) Jede Vertragspartei kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde das oder die Hoheitsgebiete bezeichnen, auf die dieses Übereinkommen anzuwenden ist.

(2) Jede Vertragspartei kann bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde oder jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation die Anwendung dieses Übereinkommens auf jedes andere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet ausdehnen, dessen internationale Beziehungen sie wahrnimmt oder für das sie berechtigt ist, Verträge zu schließen.

(3) Jede nach Absatz 2 abgegebene Erklärung kann für jedes in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet gemäß dem in Artikel 13 dieses Übereinkommens festgelegten Verfahren zurückgezogen werden.

Artikel 12

(1) Ungeachtet der Bestimmungen dieses Übereinkommens kann jede Vertragspartei bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung ihrer

tion, acceptance or accession, temporarily reserve, for the limited period stated below, the right:

- (a) not to provide for the grant of patents in respect of food and pharmaceutical products, as such, and agricultural or horticultural processes other than those to which paragraph (b) of Article 2 applies;
- (b) to grant valid patents for inventions disclosed within the six months preceding the filing of the application, either, apart from the case referred to in paragraph 4 (b) of Article 4, by the inventor himself, or, apart from the case referred to in paragraph 4 (a) of Article 4, by a third party as a result of information derived from the inventor.

2. The limited period referred to in paragraph 1 of this Article shall be ten years in the case of sub-paragraph (a) and five years in the case of sub-paragraph (b). It shall start from the entry into force of this Convention for the Contracting Party considered.

3. Any Contracting Party which makes a reservation under this Article shall withdraw the said reservation as soon as circumstances permit. Such withdrawal shall be made by notification addressed to the Secretary-General of the Council of Europe and shall take effect one month from the date of receipt of such notification.

Article 13

1. This Convention shall remain in force indefinitely.

2. Any Contracting Party may, in so far as it is concerned, denounce this Convention by means of a notification addressed to the Secretary-General of the Council of Europe.

3. Such denunciation shall take effect six months after the date of receipt by the Secretary-General of such notification.

Article 14

The Secretary-General of the Council of Europe shall notify the member States of the Council, any State which has acceded to this Convention and the Director of the International Bureau for the Protection of Industrial Property of:

- (a) any signature;
- (b) any deposit of an instrument of ratification, acceptance or accession;

du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion, se réserver, pour la période transitoire définie ci-après, la faculté:

- (a) de ne pas prévoir l'octroi de brevets pour les produits alimentaires et pharmaceutiques en tant que tels, ainsi que pour les procédés agricoles ou horticoles autres que ceux auxquels s'applique l'article 2, lettre (b);
- (b) d'octroyer valablement des brevets pour des inventions divulguées dans les six mois précédant le dépôt de la demande, soit en dehors du cas prévu sous l'article 4, paragraphe 4 (b), par l'inventeur lui-même, soit en dehors du cas prévu à l'article 4, paragraphe 4 (a), par un tiers ayant reçu des informations provenant de l'inventeur.

2. La période transitoire visée au paragraphe 1 est de dix ans dans le cas prévu à l'alinéa (a) et de cinq dans le cas prévu à l'alinéa (b). Elle se compte à partir de l'entrée en vigueur de la présente Convention à l'égard de la Partie Contractante considérée.

3. Toute Partie Contractante qui fait une réserve en vertu du présent article la retirera aussitôt que les circonstances le permettront. Le retrait de la réserve sera fait par notification adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe: cette notification prendra effet un mois après la date de sa réception.

Article 13

1. La présente Convention demeurera en vigueur sans limitation de durée.

2. Toute Partie Contractante pourra, en ce qui la concerne, dénoncer la présente Convention en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

3. La dénonciation prendra effet six mois après la date de la réception de la notification par le Secrétaire Général.

Article 14

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifiera aux États membres du Conseil, à tout État ayant adhéré à la présente Convention, ainsi qu'au Directeur du Bureau international pour la Protection de la Propriété industrielle:

- (a) toute signature;
- (b) le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion;

Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde sich für die nachstehend bezeichnete Übergangszeit das Recht vorbehalten,

- a) die Erteilung von Patenten nicht vorzusehen für Nahrungs- und Arzneimittel als solche sowie für landwirtschaftliche oder gartenbauliche Verfahren, auf die nicht bereits Artikel 2, Buchstabe b) anwendbar ist;
- b) rechtsgültig Patente für Erfindungen zu erteilen, die innerhalb von sechs Monaten vor Einreichung der Anmeldung offenbart worden sind, und zwar entweder, von dem in Artikel 4 Absatz 4b) bereits geregelten Fall abgesehen, vom Erfinder selbst oder, von dem in Artikel 4 Absatz 4a) bereits geregelten Fall abgesehen, von einem Dritten, der auf den Erfinder zurückgehende Kenntnisse erlangt hat.

(2) Die in Absatz 1 erwähnte Übergangszeit beträgt im Fall des Buchstabens a) zehn Jahre und im Fall des Buchstabens b) fünf Jahre. Sie beginnt mit dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens für die betreffende Vertragspartei.

(3) Jede Vertragspartei, die auf Grund dieses Artikels einen Vorbehalt macht, nimmt ihn zurück, sobald es die Umstände gestatten. Die Rücknahme des Vorbehalts erfolgt durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation und wird einen Monat nach dem Tag des Eingangs der Notifikation wirksam.

Artikel 13

(1) Dieses Übereinkommen bleibt zeitlich unbegrenzt in Kraft.

(2) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen für sich selbst durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation kündigen.

(3) Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Tag des Eingangs der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

Artikel 14

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Rats, jedem Staat, der diesem Übereinkommen beigetreten ist, sowie dem Direktor des Internationalen Büros zum Schutz des gewerblichen Eigentums

- a) jede Unterzeichnung;
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde;

(c) any date of entry into force of this Convention;	(c) toute date d'entrée en vigueur de la présente Convention;	c) jeden Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens;
(d) any declaration and notification received in pursuance of the provisions of paragraphs 2 and 3 of Article 11;	(d) toute déclaration et notification reçues en application des dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 11;	d) jede nach Artikel 11 Absätze 2 und 3 eingegangene Erklärung und Notifikation;
(e) any reservation made in pursuance of the provisions of paragraph 1 of Article 12;	(e) toute réserve formulée en application des dispositions du paragraphe 1 de l'article 12;	e) jeden nach Artikel 12 Absatz 1 gemachten Vorbehalt;
(f) the withdrawal of any reservation carried out in pursuance of the provisions of paragraph 3 of Article 12;	(f) le retrait de toute réserve effectué en application des dispositions du paragraphe 3 de l'article 12;	f) jede nach Artikel 12 Absatz 3 bewirkte Rücknahme eines Vorbehalts;
(g) any notification received in pursuance of the provisions of paragraph 2 of Article 13 and the date on which denunciation takes effect.	(g) toute notification reçue en application des dispositions du paragraphe 2 de l'article 13 et la date à laquelle la dénonciation prendra effet.	g) jede nach Artikel 13 Absatz 2 eingegangene Notifikation und den Tag, an dem die Kündigung wirksam wird.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Convention.

EN FOI DE QUOI, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

DONE at Strasbourg, this 27th day of November 1963 in English and in French, both texts being equally authoritative, in a single copy which shall remain deposited in the archives of the Council of Europe. The Secretary-General shall transmit certified copies to each of the signatory and acceding States and to the Director of the International Bureau for the Protection of Industrial Property.

FAIT à Strasbourg, le 27 novembre 1963, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chacun des États signataires et adhérents ainsi qu'au Directeur du Bureau international pour la Protection de la Propriété Industrielle.

GESCHEHEN zu Straßburg am 27. November 1963 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt jedem Unterzeichnerstaat und jedem beitretenden Staat sowie dem Direktor des Internationalen Büros zum Schutz des gewerblichen Eigentums eine beglaubigte Abschrift.

Vertrag
über die internationale Zusammenarbeit
auf dem Gebiet des Patentwesens

Patent Cooperation Treaty

Traité
de coopération en matière de brevets

TABLE OF CONTENTS *	TABLE DES MATIERES *	INHALTSVERZEICHNIS *
Preamble	Préambule	Präambel
Introductory Provisions	Dispositions introductives	Einleitende Bestimmungen
Article 1	Article 1	Artikel 1
Establishment of a Union	Etablissement d'une union	Bildung eines Verbands
Article 2	Article 2	Artikel 2
Definitions	Définitions	Begriffsbestimmungen
Chapter I	Chapitre I	Kapitel I
International Application and International Search	Demande internationale et recherche internationale	Internationale Anmeldung und internationale Recherche
Article 3	Article 3	Artikel 3
The International Application	Demande internationale	Die internationale Anmeldung
Article 4	Article 4	Artikel 4
The Request	Requête	Der Antrag
Article 5	Article 5	Artikel 5
The Description	Description	Die Beschreibung
Article 6	Article 6	Artikel 6
The Claims	Revendications	Die Ansprüche
Article 7	Article 7	Artikel 7
The Drawings	Dessins	Die Zeichnungen
Article 8	Article 8	Artikel 8
Claiming Priority	Revendication de priorité	Die Inanspruchnahme von Prioritäten
Article 9	Article 9	Artikel 9
The Applicant	Déposant	Der Anmelder
Article 10	Article 10	Artikel 10
The Receiving Office	Office récepteur	Das Anmeldeamt

*) This Table of Contents is added for the convenience of the reader. It does not appear in the signed text of the Treaty.

*) Cette table des matières est ajoutée afin de faciliter la consultation du texte. L'original ne comporte pas de table des matières.

*) Der unterzeichnete Vertragstext enthält kein Inhaltsverzeichnis.

Article 11	Article 11	Artikel 11
Filing Date and Effects of the International Application	Date du dépôt et effets de la demande internationale	Das Anmeldedatum und die Wirkungen der internationalen Anmeldung
Article 12	Article 12	Artikel 12
Transmittal of the International Application to the International Bureau and the International Searching Authority	Transmission de la demande internationale au Bureau international et à l'administration chargée de la recherche internationale	Übermittlung der internationalen Anmeldung an das Internationale Büro und die Internationale Recherchenbehörde
Article 13	Article 13	Artikel 13
Availability of Copy of the International Application to Designated Offices	Possibilité pour les offices désignés de recevoir copie de la demande internationale	Übermittlung eines Exemplars der internationalen Anmeldung an die Bestimmungsämter
Article 14	Article 14	Artikel 14
Certain Defects in the International Application	Irrégularités dans la demande internationale	Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
Article 15	Article 15	Artikel 15
The International Search	Recherche internationale	Die internationale Recherche
Article 16	Article 16	Artikel 16
The International Searching Authority	Administration chargée de la recherche internationale	Die Internationale Recherchenbehörde
Article 17	Article 17	Artikel 17
Procedure Before the International Searching Authority	Procédure au sein de l'administration chargée de la recherche internationale	Verfahren vor der Internationalen Recherchenbehörde
Article 18	Article 18	Artikel 18
The International Search Report	Rapport de recherche internationale	Der internationale Recherchenbericht
Article 19	Article 19	Artikel 19
Amendment of the Claims Before the International Bureau	Modification des revendications auprès du Bureau international	Änderung der Ansprüche im Verfahren vor dem Internationalen Büro
Article 20	Article 20	Artikel 20
Communication to Designated Offices	Communication aux offices désignés	Übermittlung an die Bestimmungsämter
Article 21	Article 21	Artikel 21
International Publication	Publication internationale	Internationale Veröffentlichung
Article 22	Article 22	Artikel 22
Copy, Translation, and Fee, to Designated Offices	Copies, traductions et taxes pour les offices désignés	Übermittlung eines Exemplars und einer Übersetzung der Anmeldung sowie Gebührenzahlung an die Bestimmungsämter
Article 23	Article 23	Artikel 23
Delaying of National Procedure	Suspension de la procédure nationale	Aussetzung des nationalen Verfahrens
Article 24	Article 24	Artikel 24
Possible Loss of Effect in Designated States	Perte possible des effets dans des États désignés	Möglicher Verlust der Wirkung in den Bestimmungsstaaten
Article 25	Article 25	Artikel 25
Review By Designated Offices	Revision par des offices désignés	Nachprüfung durch die Bestimmungsämter
Article 26	Article 26	Artikel 26
Opportunity to Correct Before Designated Offices	Occasion de corriger auprès des offices désignés	Möglichkeit der Berichtigung vor den Bestimmungsämtern
Article 27	Article 27	Artikel 27
National Requirements	Exigences nationales	Nationale Erfordernisse

Article 28	Article 28	Artikel 28
Amendment of the Claims, the Description, and the Drawings, Before Designated Offices	Modification des revendications, de la description et des dessins auprès des offices désignés	Änderung der Ansprüche, der Beschreibung und der Zeichnungen im Verfahren vor den Bestimmungsämtern
Article 29	Article 29	Artikel 29
Effects of the International Publication	Effets de la publication internationale	Die Wirkungen der internationalen Veröffentlichung
Article 30	Article 30	Artikel 30
Confidential Nature of the International Application	Caractère confidentiel de la demande internationale	Vertraulicher Charakter einer internationalen Anmeldung
Chapter II International Preliminary Examination	Chapitre II Examen préliminaire international	Kapitel II Die internationale vorläufige Prüfung
Article 31	Article 31	Artikel 31
Demand for International Preliminary Examination	Demande d'examen préliminaire international	Antrag auf internationale vorläufige Prüfung
Article 32	Article 32	Artikel 32
The International Preliminary Examining Authority	Administration chargée de l'examen préliminaire international	Die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde
Article 33	Article 33	Artikel 33
The International Preliminary Examination	Examen préliminaire international	Die internationale vorläufige Prüfung
Article 34	Article 34	Artikel 34
Procedure Before the International Preliminary Examining Authority	Procédure au sein de l'administration chargée de l'examen préliminaire international	Das Verfahren vor der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde
Article 35	Article 35	Artikel 35
The International Preliminary Examination Report	Rapport d'examen préliminaire international	Der internationale vorläufige Prüfungsbericht
Article 36	Article 36	Artikel 36
Transmittal, Translation, and Communication, of the International Preliminary Examination Report	Transmission, traduction et communication du rapport d'examen préliminaire international	Die Übermittlung, Übersetzung und Übersendung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts
Article 37	Article 37	Artikel 37
Withdrawal of Demand or Election	Retrait de la demande d'examen préliminaire international ou d'élections	Zurücknahme eines Antrags auf internationale vorläufige Prüfung oder einer Auswählerklärung
Article 38	Article 38	Artikel 38
Confidential Nature of the International Preliminary Examination	Caractère confidentiel de l'examen préliminaire international	Vertraulicher Charakter der internationalen vorläufigen Prüfung
Article 39	Article 39	Artikel 39
Copy, Translation, and Fee, to Elected Offices	Copies, traductions et taxes pour les offices élus	Übermittlung eines Exemplars und einer Übersetzung der Anmeldung sowie Gebührenzahlung an das ausgewählte Amt
Article 40	Article 40	Artikel 40
Delaying of National Examination and Other Processing	Suspension de l'examen national et des autres procédures	Aussetzung der nationalen Prüfung und des sonstigen Verfahrens

Article 41	Article 41	Artikel 41
Amendment of the Claims, the Description, and the Drawings, Before Elected Offices	Modifications des revendications, de la description et des dessins auprès des offices élus	Änderung der Ansprüche, der Beschreibung und der Zeichnungen vor dem ausgewählten Amt
Article 42	Article 42	Artikel 42
Results of National Examination in Elected Offices	Résultat de l'examen national des offices élus	Ergebnisse nationaler Prüfungen durch ausgewählte Ämter
Chapter III	Chapitre III	Kapitel III
Common Provisions	Dispositions communes	Gemeinsame Bestimmungen
Article 43	Article 43	Artikel 43
Seeking Certain Kinds of Protection	Recherche de certains titres de protection	Nachsuchen um bestimmte Schutzrechte
Article 44	Article 44	Artikel 44
Seeking Two Kinds of Protection	Recherche de deux titres de protection	Nachsuchen um zwei Schutzrechtsarten
Article 45	Article 45	Artikel 45
Regional Patent Treaties	Traité de brevet régional	Regionale Patentverträge
Article 46	Article 46	Artikel 46
Incorrect Translation of the International Application	Traduction incorrecte de la demande internationale	Unrichtige Übersetzung einer internationalen Anmeldung
Article 47	Article 47	Artikel 47
Time Limits	Délais	Fristen
Article 48	Article 48	Artikel 48
Delay in Meeting Certain Time Limits	Retards dans l'observation de certains délais	Fristenüberschreitungen in einzelnen Fällen
Article 49	Article 49	Artikel 49
Right to Practice Before International Authorities	Droit d'exercer auprès d'administrations internationales	Das Recht zum Auftreten vor den internationalen Behörden
Chapter IV	Chapitre IV	Kapitel IV
Technical Services	Services techniques	Technische Dienste
Article 50	Article 50	Artikel 50
Patent Information Services	Services d'information sur les brevets	Patentinformationsdienste
Article 51	Article 51	Artikel 51
Technical Assistance	Assistance technique	Technische Hilfe
Article 52	Article 52	Artikel 52
Relations with Other Provisions of the Treaty	Rapports avec les autres dispositions du traité	Beziehungen zu anderen Vertragsbestimmungen
Chapter V	Chapitre V	Kapitel V
Administrative Provisions	Dispositions administratives	Verwaltungsbestimmungen
Article 53	Article 53	Artikel 53
Assembly	Assemblée	Die Versammlung
Article 54	Article 54	Artikel 54
Executive Committee	Comité exécutif	Der Exekutivausschuß

Article 55	Article 55	Artikel 55
International Bureau	Bureau international	Das Internationale Büro
Article 56	Article 56	Artikel 56
Committee for Technical Cooperation	Comité de coopération technique	Der Ausschuß für technische Zusammenarbeit
Article 57	Article 57	Artikel 57
Finances	Finances	Finanzen
Article 58	Article 58	Artikel 58
Regulations	Règlement d'exécution	Die Ausführungsordnung
Chapter VI	Chapitre VI	Kapitel VI
Disputes	Différends	Streitigkeiten
Article 59	Article 59	Artikel 59
Disputes	Différends	Beilegung von Streitigkeiten
Chapter VII	Chapitre VII	Kapitel VII
Revision and Amendment	Revision et modifications	Revision und Änderungen
Article 60	Article 60	Artikel 60
Revision of the Treaty	Revision du traité	Revision des Vertrags
Article 61	Article 61	Artikel 61
Amendment of Certain Provisions of the Treaty	Modification de certaines dispositions du traité	Änderung einzelner Bestimmungen des Vertrags
Chapter VIII	Chapitre VIII	Kapitel VIII
Final Provisions	Clauses finales	Schlußbestimmungen
Article 62	Article 62	Artikel 62
Becoming Party to the Treaty	Modalités selon lesquelles les États peuvent devenir parties au traité	Möglichkeiten, Vertragspartei zu werden
Article 63	Article 63	Artikel 63
Entry into Force of the Treaty	Entrée en vigueur du traité	Inkrafttreten des Vertrags
Article 64	Article 64	Artikel 64
Reservations	Réserves	Vorbehalte
Article 65	Article 65	Artikel 65
Gradual Application	Application progressive	Schrittweise Anwendung
Article 66	Article 66	Artikel 66
Denunciation	Dénonciation	Kündigung
Article 67	Article 67	Artikel 67
Signature and Languages	Signature et langues	Unterzeichnung und Sprachen
Article 68	Article 68	Artikel 68
Depositary Functions	Fonctions du dépositaire	Hinterlegung
Article 69	Article 69	Artikel 69
Notifications	Notifications	Notifikationen

The Contracting States,

Desiring to make a contribution to the progress of science and technology,

Desiring to perfect the legal protection of inventions,

Desiring to simplify and render more economical the obtaining of protection for inventions where protection is sought in several countries,

Desiring to facilitate and accelerate access by the public to the technical information contained in documents describing new inventions,

Desiring to foster and accelerate the economic development of developing countries through the adoption of measures designed to increase the efficiency of their legal systems, whether national or regional, instituted for the protection of inventions by providing easily accessible information on the availability of technological solutions applicable to their special needs and by facilitating access to the ever expanding volume of modern technology,

Convinced that cooperation among nations will greatly facilitate the attainment of these aims,

Have concluded the present Treaty.

Les États contractants,

Désireux de contribuer au développement de la science et de la technologie,

Désireux de perfectionner la protection légale des inventions,

Désireux de simplifier et de rendre plus économique l'obtention de la protection des inventions lorsqu'elle est désirée dans plusieurs pays,

Désireux de faciliter et de hâter l'accès de tous aux informations techniques contenues dans les documents qui décrivent les inventions nouvelles,

Désireux de stimuler et d'accélérer le progrès économique des pays en voie de développement en adoptant des mesures de nature à accroître l'efficacité de leurs systèmes légaux de protection des inventions, qu'ils soient nationaux ou régionaux, en leur permettant d'avoir facilement accès aux informations relatives à l'obtention de solutions techniques adaptées à leurs besoins spécifiques et en leur facilitant l'accès au volume toujours croissant de la technologie moderne,

Convaincus que la coopération internationale facilitera grandement la réalisation de ces buts,

Ont conclu le présent traité:

Die Vertragsstaaten,

In dem Wunsch, einen Beitrag für den Fortschritt von Wissenschaft und Technik zu leisten,

In dem Wunsch, den Schutz von Erfindungen zu vervollkommen,

In dem Wunsch, den Schutz von Erfindungen, wenn um Schutz in mehreren Ländern nachgesucht wird, zu erleichtern und wirtschaftlicher zu gestalten,

In dem Wunsch, der Öffentlichkeit den Zugang zu technischen Informationen, die in Dokumenten enthalten sind, in denen neue Erfindungen beschrieben werden, zu erleichtern und zu beschleunigen,

In dem Wunsch, den wirtschaftlichen Fortschritt der Entwicklungsländer zu fördern und zu beschleunigen, durch die Annahme von Maßnahmen, die bestimmt sind, die Wirksamkeit der auf nationaler oder regionaler Ebene für den Schutz von Erfindungen entwickelten Rechtssysteme dadurch zu erhöhen, daß leicht erreichbare Informationen über die Verfügbarkeit technischer Lösungen, die auf ihre besonderen Bedürfnisse zugeschnitten sind, zur Verfügung gestellt werden und daß der Zugang zu der in ständigem Wachstum begriffenen modernen Technik erleichtert wird,

In der Überzeugung, daß die internationale Zusammenarbeit die Verwirklichung dieser Ziele in hohem Maße fördern wird,

Haben diesen Vertrag geschlossen.

Introductory Provisions

Article 1

Establishment of a Union

(1) The States party to this Treaty (hereinafter called "the Contracting States") constitute a Union for cooperation in the filing, searching, and examination, of applications for the protection of inventions, and for rendering special technical services. The Union shall be known as the International Patent Cooperation Union.

(2) No provision of this Treaty shall be interpreted as diminishing the rights under the Paris Convention for the Protection of Industrial Property of any national or resident of any country party to that Convention.

Dispositions introductives

Article premier

Etablissement d'une union

1) Les États parties au présent traité (ci-après dénommés «États contractants») sont constitués à l'état d'union pour la coopération dans le domaine du dépôt, de la recherche et de l'examen des demandes de protection des inventions, ainsi que pour la prestation de services techniques spéciaux. Cette union est dénommée Union internationale de coopération en matière de brevets.

2) Aucune disposition du présent traité ne peut être interprétée comme restreignant les droits prévus par la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle en faveur des nationaux des pays parties à cette convention ou des personnes domiciliées dans ces pays.

Einleitende Bestimmungen

Artikel 1

Bildung eines Verbands

(1) Die Mitgliedstaaten dieses Vertrags (nachstehend als „Vertragsstaaten“ bezeichnet) bilden einen Verband für die Zusammenarbeit bei der Einreichung, der Recherche und der Prüfung von Anmeldungen für den Schutz von Erfindungen und für die Leistung besonderer technischer Dienste. Der Verband trägt die Bezeichnung Internationaler Verband für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens.

(2) Keine Bestimmung dieses Vertrags ist so auszulegen, daß sie die Rechte aus der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums der Personen beeinträchtigt, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedslands dieser Übereinkunft besitzen oder in einem solchen Land ihren Sitz oder Wohnsitz haben.

Article 2

Definitions

For the purposes of this Treaty and the Regulations and unless expressly stated otherwise:

- (i) "application" means an application for the protection of an invention; references to an "application" shall be construed as references to applications for patents for inventions, inventors' certificates, utility certificates, utility models, patents or certificates of addition, inventors' certificates of addition, and utility certificates of addition;
- (ii) references to a "patent" shall be construed as references to patents for inventions, inventors' certificates, utility certificates, utility models, patents or certificates of addition, inventors' certificates of addition, and utility certificates of addition;
- (iii) "national patent" means a patent granted by a national authority;
- (iv) "regional patent" means a patent granted by a national or an intergovernmental authority having the power to grant patents effective in more than one State;
- (v) "regional application" means an application for a regional patent;
- (vi) references to a "national application" shall be construed as references to applications for national patents and regional patents, other than applications filed under this Treaty;
- (vii) "international application" means an application filed under this Treaty;
- (viii) references to an "application" shall be construed as references to international applications and national applications;
- (ix) references to a "patent" shall be construed as references to national patents and regional patents;
- (x) references to "national law" shall be construed as references to the national law of a

Article 2

Définitions

Au sens du présent traité et du règlement d'exécution, et sauf lorsqu'un sens différent est expressément indiqué:

- i) on entend par «demande» une demande de protection d'une invention; toute référence à une «demande» s'entend comme une référence aux demandes de brevets d'invention, de certificats d'auteur d'invention, de certificats d'utilité, de modèles d'utilité, de brevets ou certificats d'addition, de certificats d'auteur d'invention additionnels et de certificats d'utilité additionnels;
- ii) toute référence à un «brevet» s'entend comme une référence aux brevets d'invention, aux certificats d'auteur d'invention, aux certificats d'utilité, aux modèles d'utilité, aux brevets ou certificats d'addition, aux certificats d'auteur d'invention additionnels et aux certificats d'utilité additionnels;
- iii) on entend par «brevet national» un brevet délivré par une administration nationale;
- iv) on entend par «brevet régional» un brevet délivré par une administration nationale ou intergouvernementale habilitée à délivrer des brevets ayant effet dans plus d'un État;
- v) on entend par «demande régionale» une demande de brevet régional;
- vi) toute référence à une «demande nationale» s'entend comme une référence aux demandes de brevets nationaux et de brevets régionaux, autres que les demandes déposées conformément au présent traité;
- vii) on entend par «demande internationale» une demande déposée conformément au présent traité;
- viii) toute référence à une «demande» s'entend comme une référence aux demandes internationales et nationales;
- ix) toute référence à un «brevet» s'entend comme une référence aux brevets nationaux et régionaux;
- x) toute référence à la «législation nationale» s'entend comme une référence à la législation na-

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Vertrags und der Ausführungsordnung und sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt wird:

- i) bedeutet „Anmeldung“ eine Anmeldung für den Schutz einer Erfindung; Bezugnahmen auf eine „Anmeldung“ sind zu verstehen als Bezugnahme auf Anmeldungen für Erfindungspatente, für Erfinderscheine, für Gebrauchszertifikate, für Gebrauchsmuster, für Zusatzpatente oder -zertifikate, für Zusatzerfinderscheine und Zusatzgebrauchszertifikate;
- ii) sind Bezugnahmen auf ein „Patent“ zu verstehen als Bezugnahmen auf Erfindungspatente, auf Erfinderscheine, auf Gebrauchszertifikate, auf Gebrauchsmuster, auf Zusatzpatente oder -zertifikate und auf Zusatzgebrauchszertifikate;
- iii) bedeutet „nationales Patent“ ein von einem nationalen Amt erteiltes Patent;
- iv) bedeutet „regionales Patent“ ein von einem nationalen Amt oder von einer zwischenstaatlichen Behörde erteiltes Patent, wenn das Amt oder die Behörde die Befugnis hat, Patente zu erteilen, die in mehr als in einem Staat Wirkung entfalten;
- v) bedeutet „regionale Anmeldung“ eine Anmeldung für die Erteilung eines regionalen Patents;
- vi) sind Bezugnahmen auf eine „nationale Anmeldung“ zu verstehen als Bezugnahmen auf Anmeldungen für die Erteilung nationaler oder regionaler Patente, sofern die Anmeldungen nicht nach diesem Vertrag eingereicht werden;
- vii) bedeutet „internationale Anmeldung“ eine nach diesem Vertrag eingereichte Anmeldung;
- viii) sind Bezugnahmen auf eine „Anmeldung“ zu verstehen als Bezugnahmen auf internationale Anmeldungen und nationale Anmeldungen;
- ix) sind Bezugnahmen auf ein „Patent“ zu verstehen als Bezugnahmen auf nationale und regionale Patente;
- x) sind Bezugnahmen auf das „nationale Recht“ zu verstehen als Bezugnahmen auf das nationale

Contracting State or, where a regional application or a regional patent is involved, to the treaty providing for the filing of regional applications or the granting of regional patents;	tionale d'un État contractant ou, lorsqu'il s'agit d'une demande régionale ou d'un brevet régional, au traité qui prévoit le dépôt de demandes régionales ou la délivrance de brevets régionaux;	Recht eines Vertragsstaats oder, wenn es sich um eine regionale Anmeldung oder ein regionales Patent handelt, als Bezugnahmen auf den Vertrag, der die Einreichung regionaler Anmeldungen oder die Erteilung regionaler Patente vorsieht;
(xi) "priority date," for the purposes of computing time limits, means:	xi) on entend par «date de priorité», aux fins du calcul des délais:	xi) bedeutet „Prioritätsdatum“ für die Berechnung der in diesem Vertrag und der Ausführungsordnung vorgesehenen Fristen:
(a) where the international application contains a priority claim under Article 8, the filing date of the application whose priority is so claimed;	a) lorsque la demande internationale comporte une revendication de priorité selon l'article 8, la date du dépôt de la demande dont la priorité est ainsi revendiquée;	a) wenn für die internationale Anmeldung eine Priorität nach Artikel 8 beansprucht wird, das Anmeldedatum der Anmeldung, deren Priorität in Anspruch genommen wird;
(b) where the international application contains several priority claims under Article 8, the filing date of the earliest application whose priority is so claimed;	b) lorsque la demande internationale comporte plusieurs revendications de priorité selon l'article 8, la date du dépôt de la demande la plus ancienne dont la priorité est ainsi revendiquée;	b) wenn für die internationale Anmeldung mehrere Prioritäten nach Artikel 8 in Anspruch genommen werden, das Anmeldedatum der ältesten Anmeldung, deren Priorität in Anspruch genommen wird;
(c) where the international application does not contain any priority claim under Article 8, the international filing date of such application;	c) lorsque la demande internationale ne comporte aucune revendication de priorité selon l'article 8, la date du dépôt international de cette demande;	c) wenn für die internationale Anmeldung keine Priorität nach Artikel 8 in Anspruch genommen wird, das internationale Anmeldedatum dieser Anmeldung;
(xii) "national Office" means the government authority of a Contracting State entrusted with the granting of patents; references to a "national Office" shall be construed as referring also to any intergovernmental authority which several States have entrusted with the task of granting regional patents, provided that at least one of those States is a Contracting State, and provided that the said States have authorized that authority to assume the obligations and exercise the powers which this Treaty and the Regulations provide for in respect of national Offices;	xii) on entend par «office national» l'administration gouvernementale d'un État contractant chargée de délivrer des brevets; toute référence à un «office national» s'entend également comme une référence à toute administration intergouvernementale chargée par plusieurs États de délivrer des brevets régionaux, à condition que l'un de ces États au moins soit un État contractant et que ces États aient autorisé ladite administration à assumer les obligations et à exercer les pouvoirs que le présent traité et le règlement d'exécution attribuent aux offices nationaux;	xii) bedeutet „nationales Amt“ die mit der Erteilung von Patenten beauftragte Regierungsbehörde eines Vertragsstaats; Bezugnahmen auf ein „nationales Amt“ sollen auch eine zwischenstaatliche Behörde einschließen, die mehrere Staaten mit der Erteilung regionaler Patente beauftragt haben, sofern mindestens einer dieser Staaten ein Vertragsstaat ist und sofern die genannten Staaten die Behörde ermächtigt haben, die Pflichten zu übernehmen und die Rechte auszuüben, die dieser Vertrag und die Ausführungsordnung für nationale Ämter vorsehen;
(xiii) "designated Office" means the national Office of or acting for the State designated by the applicant under Chapter I of this Treaty;	xiii) on entend par «office désigné» l'office national de l'État désigné par le déposant conformément au chapitre I du présent traité, ainsi que tout office agissant pour cet État;	xiii) bedeutet „Bestimmungsamt“ das nationale Amt des Staates, den der Anmelder nach Kapitel I dieses Vertrags bestimmt hat, oder das für diesen Staat handelnde nationale Amt;
(xiv) "elected Office" means the national Office of or acting for the State elected by the applicant under Chapter II of this Treaty;	xiv) on entend par «office élu» l'office national de l'État élu par le déposant conformément au chapitre II du présent traité, ainsi que tout office agissant pour cet État;	xiv) bedeutet „ausgewähltes Amt“ das nationale Amt des Staates, den der Anmelder nach Kapitel II dieses Vertrags ausgewählt hat, oder das für diesen Staat handelnde nationale Amt;
(xv) "receiving Office" means the national Office or the intergovernmental organization with which the international application has been filed;	xv) on entend par «office récepteur» l'office national ou l'organisation intergouvernementale où la demande internationale a été déposée;	xv) bedeutet „Anmeldeamt“ das nationale Amt oder die zwischenstaatliche Organisation, bei der die internationale Anmeldung eingereicht worden ist;

(xvi) "Union" means the International Patent Cooperation Union; (xvii) "Assembly" means the Assembly of the Union; (xviii) "Organization" means the World Intellectual Property Organization; (xix) "International Bureau" means the International Bureau of the Organization and, as long as it subsists, the United International Bureau for the Protection of Intellectual Property (BIRPI); (xx) "Director General" means the Director General of the Organization and, as long as BIRPI subsists, the Director of BIRPI.	xvi) on entend par «Union» l'Union internationale de coopération en matière de brevets; xvii) on entend par «Assemblée» l'Assemblée de l'Union; xviii) on entend par «Organisation» l'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle; xix) on entend par «Bureau international» le Bureau international de l'Organisation et, tant qu'ils existeront, les Bureaux internationaux réunis pour la protection de la propriété intellectuelle (BIRPI); xx) on entend par «Directeur général» le Directeur général de l'Organisation et, tant que les BIRPI existeront, le Directeur des BIRPI.	xvi) bedeutet „Verband“ den Verband für die Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens; xvii) bedeutet „Versammlung“ die Versammlung des Verbands; xviii) bedeutet „Organisation“ die Weltorganisation für geistiges Eigentum; xix) bedeutet „Internationales Büro“ das Internationale Büro der Organisation und — für die Dauer ihres Bestehens — die Vereinigten Internationalen Büros für den Schutz des geistigen Eigentums (BIRPI); xx) bedeutet „Generaldirektor“ den Generaldirektor der Organisation und — für die Dauer des Bestehens der BIRPI — den Direktor der BIRPI.

Chapter I
International Application
and International Search

Article 3
The International Application

(1) Applications for the protection of inventions in any of the Contracting States may be filed as international applications under this Treaty.

(2) An international application shall contain, as specified in this Treaty and the Regulations, a request, a description, one or more claims, one or more drawings (where required), and an abstract.

(3) The abstract merely serves the purpose of technical information and cannot be taken into account for any other purpose, particularly not for the purpose of interpreting the scope of the protection sought.

(4) The international application shall:

- (i) be in a prescribed language;
- (ii) comply with the prescribed physical requirements;
- (iii) comply with the prescribed requirement of unity of invention;
- (iv) be subject to the payment of the prescribed fees.

Article 4
The Request

- (1) The request shall contain:
- (i) a petition to the effect that the international application be processed according to this Treaty;

Chapitre I
Demande internationale
et recherche internationale

Article 3
Demande internationale

(1) Les demandes de protection des inventions dans tout État contractant peuvent être déposées en tant que demandes internationales au sens du présent traité.

(2) Une demande internationale doit comporter, conformément au présent traité et au règlement d'exécution, une requête, une description, une ou plusieurs revendications, un ou plusieurs dessins (lorsqu'ils sont requis) et un abrégé.

(3) L'abrégé sert exclusivement à des fins d'information technique; il ne peut être pris en considération pour aucune autre fin, notamment pour apprécier l'étendue de la protection demandée.

(4) La demande internationale:

- i) doit être rédigée dans une des langues prescrites;
- ii) doit remplir les conditions matérielles prescrites;
- iii) doit satisfaire à l'exigence prescrite d'unité de l'invention;
- iv) est soumise au paiement des taxes prescrites.

Article 4
Requête

- (1) La requête doit comporter:
- i) une pétition selon laquelle la demande internationale doit être traitée conformément au présent traité;

Kapitel I
Internationale Anmeldung
und internationale Recherche

Artikel 3
Die internationale Anmeldung

(1) Anmeldungen zum Schutz von Erfindungen in jedem der Vertragsstaaten können als internationale Anmeldungen im Sinne dieses Vertrags eingereicht werden.

(2) Eine internationale Anmeldung hat in der in diesem Vertrag und der Ausführungsordnung festgelegten Form einen Antrag, eine Beschreibung, einen oder mehrere Ansprüche, eine oder mehrere Zeichnungen (soweit erforderlich) und eine Zusammenfassung zu enthalten.

(3) Die Zusammenfassung dient ausschließlich der technischen Information und kann nicht für andere Zwecke, insbesondere nicht für die Bestimmung des Umfangs des begehrten Schutzes herangezogen werden.

(4) Die internationale Anmeldung:

- i) muß in einer vorgeschriebenen Sprache abgefaßt sein;
- ii) hat den vorgeschriebenen Formanforderungen zu entsprechen;
- iii) hat den vorgeschriebenen Anforderungen über die Einheitlichkeit der Erfindung zu entsprechen;
- iv) verpflichtet zur Zahlung der vorgeschriebenen Gebühren.

Artikel 4
Der Antrag

- (1) Der Antrag hat zu enthalten:
- i) ein Gesuch auf Behandlung der internationalen Anmeldung nach diesem Vertrag;

- (ii) the designation of the Contracting State or States in which protection for the invention is desired on the basis of the international application ("designated States"); if for any designated State a regional patent is available and the applicant wishes to obtain a regional patent rather than a national patent, the request shall so indicate; if, under a treaty concerning a regional patent, the applicant cannot limit his application to certain of the States party to that treaty, designation of one of those States and the indication of the wish to obtain the regional patent shall be treated as designation of all the States party to that treaty; if, under the national law of the designated State, the designation of that State has the effect of an application for a regional patent, the designation of the said State shall be treated as an indication of the wish to obtain the regional patent;
- (iii) the name of and other prescribed data concerning the applicant and the agent (if any);
- (iv) the title of the invention;
- (v) the name of and other prescribed data concerning the inventor where the national law of at least one of the designated States requires that these indications be furnished at the time of filing a national application. Otherwise, the said indications may be furnished either in the request or in separate notices addressed to each designated Office whose national law requires the furnishing of the said indications but allows that they be furnished at a time later than that of the filing of a national application.
- (2) Every designation shall be subject to the payment of the prescribed fee within the prescribed time limit.
- (3) Unless the applicant asks for any of the other kinds of protection referred to in Article 43, designation shall mean that the desired protection consists of the grant of a patent by or for the designated State. For the purposes of this paragraph, Article 2 (ii) shall not apply.
- (4) Failure to indicate in the request the name and other prescribed data concerning the inventor shall have no consequence in any designated State
- ii) la désignation du ou des États contractants où la protection de l'invention est demandée sur la base de la demande internationale («États désignés»); si le déposant peut et désire, pour tout État désigné, obtenir un brevet régional au lieu d'un brevet national, la requête doit l'indiquer; si le déposant ne peut, en vertu d'un traité relatif à un brevet régional, limiter sa demande à certains des États parties audit traité, la désignation de l'un de ces États et l'indication du désir d'obtenir un brevet régional doivent être assimilées à une désignation de tous ces États; si, selon la législation nationale de l'État désigné, la désignation de cet État a les effets d'une demande régionale, cette désignation doit être assimilée à l'indication du désir d'obtenir un brevet régional;
- iii) le nom et les autres renseignements prescrits relatifs au déposant et au mandataire (le cas échéant);
- iv) le titre de l'invention;
- v) le nom de l'inventeur et les autres renseignements prescrits le concernant, dans le cas où la législation d'au moins l'un des États désignés exige que ces indications soient fournies dès le dépôt d'une demande nationale; dans les autres cas, lesdites indications peuvent figurer soit dans la requête, soit dans des notices distinctes adressées à chaque office désigné dont la législation nationale exige ces indications mais permet qu'elles ne soient données qu'après le dépôt de la demande nationale.
- 2) Toute désignation est soumise au paiement, dans le délai prescrit, des taxes prescrites.
- 3) Si le déposant ne demande pas d'autres titres de protection visés à l'article 43, la désignation signifie que la protection demandée consiste en la délivrance d'un brevet par ou pour l'État désigné. Aux fins du présent alinéa, l'article 2. ii) ne s'applique pas.
- 4) L'absence, dans la requête, du nom de l'inventeur et des autres renseignements concernant l'inventeur n'entraîne aucune conséquence dans
- ii) die Bestimmung des Vertragsstaats oder der Vertragsstaaten, in denen Schutz für die Erfindung auf der Grundlage der internationalen Anmeldung begehrt wird (Bestimmungsstaaten); kann mit Wirkung für einen Bestimmungsstaat ein regionales Patent erteilt werden und wünscht der Anmelder ein regionales Patent an Stelle eines nationalen Patents, so ist im Antrag hierauf hinzuweisen; kann der Anmelder nach dem das regionale Patent betreffenden Vertrag seine Anmeldung nicht auf einzelne der Vertragsstaaten des genannten Vertrags beschränken, so wird die Bestimmung eines dieser Staaten in Verbindung mit dem Hinweis auf den Wunsch, ein regionales Patent zu erhalten, als Bestimmung aller Vertragsstaaten des genannten Vertrags behandelt; hat nach dem nationalen Recht eines Bestimmungsstaates die Bestimmung dieses Staates die Wirkung einer Anmeldung für ein regionales Patent, so wird die Bestimmung dieses Staates als Hinweis auf den Wunsch, ein regionales Patent zu erhalten, behandelt;
- iii) den Namen des Anmelders und (soweit vorhanden) des Anwalts sowie andere diese Personen betreffende vorgeschriebene Angaben;
- iv) die Bezeichnung der Erfindung;
- v) den Namen des Erfinders und andere den Erfinder betreffende vorgeschriebene Angaben, wenn das nationale Recht mindestens eines Bestimmungsstaates verlangt, daß diese Angaben im Zeitpunkt der nationalen Anmeldung eingereicht werden. In anderen Fällen können die genannten Angaben entweder in dem Antrag oder in besonderen Mitteilungen gemacht werden, die an jedes Bestimmungsamt zu richten sind, dessen nationales Recht die genannten Angaben verlangt, jedoch gestattet, daß sie zu einem späteren Zeitpunkt als dem Zeitpunkt der nationalen Anmeldung eingereicht werden.
- (2) Für jede Bestimmung ist die vorgeschriebene Gebühr innerhalb der vorgeschriebenen Zeit zu zahlen.
- (3) Die Bestimmung bedeutet, daß das Schutzbegehren auf die Erteilung eines Patents in dem oder für den Bestimmungsstaat gerichtet ist, sofern der Anmelder nicht eine andere Schutzart nach Artikel 43 begehrt. Für die Anwendung dieses Absatzes gilt Artikel 2 Ziffer ii nicht.
- (4) Fehlt in dem Antrag der Name des Erfinders oder andere den Erfinder betreffende Angaben, so hat dies keine Folgen für Bestimmungsstaaten,

whose national law requires the furnishing of the said indications but allows that they be furnished at a time later than that of the filing of a national application. Failure to furnish the said indications in a separate notice shall have no consequence in any designated State whose national law does not require the furnishing of the said indications.

Article 5 **The Description**

The description shall disclose the invention in a manner sufficiently clear and complete for the invention to be carried out by a person skilled in the art.

Article 6 **The Claims**

The claim or claims shall define the matter for which protection is sought. Claims shall be clear and concise. They shall be fully supported by the description.

Article 7 **The Drawings**

(1) Subject to the provisions of paragraph (2) (ii), drawings shall be required when they are necessary for the understanding of the invention.

(2) Where, without being necessary for the understanding of the invention, the nature of the invention admits of illustration by drawings:

- (i) the applicant may include such drawings in the international application when filed,
- (ii) any designated Office may require that the applicant file such drawings within the prescribed time limit.

Article 8 **Claiming Priority**

(1) The international application may contain a declaration, as prescribed in the Regulations, claiming the priority of one or more earlier applications filed in or for any country party to the Paris Convention for the Protection of Industrial Property.

(2) a) Subject to the provisions of subparagraph (b), the conditions for, and the effect of, any priority claim declared under paragraph (1) shall be

les États désignés dont la législation nationale exige ces indications mais permet qu'elles ne soient données qu'après le dépôt de la demande nationale. L'absence de ces indications dans une notice distincte n'entraîne aucune conséquence dans les États désignés où ces indications ne sont pas exigées par la législation nationale.

Article 5 **Description**

La description doit exposer l'invention d'une manière suffisamment claire et complète pour qu'un homme du métier puisse l'exécuter.

Article 6 **Revendications**

La ou les revendications doivent définir l'objet de la protection demandée. Les revendications doivent être claires et concises. Elles doivent se fonder entièrement sur la description.

Article 7 **Dessins**

1) Sous réserve de l'alinéa 2) ii), des dessins doivent être fournis lorsqu'ils sont nécessaires à l'intelligence de l'invention.

2) Si l'invention est d'une nature telle qu'elle peut être illustrée par des dessins, même s'ils ne sont pas nécessaires à son intelligence:

- i) le déposant peut inclure de tels dessins dans la demande internationale lors de son dépôt;
- ii) tout office désigné peut exiger que le déposant lui fournisse de tels dessins dans le délai prescrit.

Article 8 **Revendication de priorité**

1) La demande internationale peut comporter une déclaration, conforme aux prescriptions du règlement d'exécution, revendiquant la priorité d'une ou de plusieurs demandes antérieures déposées dans ou pour tout pays partie à la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle.

2) a) Sous réserve du sous-alinéa b), les conditions et les effets de toute revendication de priorité présentée conformément à l'alinéa 1) sont ceux

deren nationales Recht diese Angaben zwar verlangt, jedoch gestattet, daß sie zu einem späteren Zeitpunkt als dem Zeitpunkt der nationalen Anmeldung eingereicht werden. Werden die genannten Angaben nicht in einer besonderen Mitteilung gemacht, so hat dies keine Folgen in einem Bestimmungsstaat, dessen nationales Recht diese Angaben nicht verlangt.

Artikel 5 **Die Beschreibung**

In der Beschreibung ist die Erfindung so deutlich und vollständig zu offenbaren, daß ein Fachmann sie danach ausführen kann.

Artikel 6 **Die Ansprüche**

Der Anspruch oder die Ansprüche haben den Gegenstand anzugeben, für den Schutz begehrt wird. Die Ansprüche sind klar und knapp zu fassen. Sie müssen in vollem Umfang durch die Beschreibung gestützt werden.

Artikel 7 **Die Zeichnungen**

(1) Zeichnungen sind vorbehaltlich des Absatzes 2 Ziffer ii) erforderlich, wenn sie für das Verständnis der Erfindung notwendig sind.

(2) Sind Zeichnungen für das Verständnis der Erfindung nicht notwendig, ist die Erfindung aber ihrer Art nach der Erläuterung durch Zeichnung zugänglich,

- i) so kann der Anmelder solche Zeichnungen bei Einreichung der internationalen Anmeldung beifügen,
- ii) so kann jedes Bestimmungsamt verlangen, daß der Anmelder solche Zeichnungen innerhalb der vorgeschriebenen Frist nachreicht.

Artikel 8 **Die Inanspruchnahme von Prioritäten**

(1) Die internationale Anmeldung kann eine Erklärung der in der Ausführungsordnung näher bestimmten Art enthalten, mit der die Priorität einer oder mehrerer in einem oder für einen Mitgliedstaat der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums eingereichter früherer Anmeldungen beansprucht wird.

(2) a) Vorbehaltlich des Buchstaben b) richten sich Voraussetzungen und Wirkung einer nach Absatz 1 abgegebenen Prioritätserklärung nach

as provided in Article 4 of the Stockholm Act of the Paris Convention for the Protection of Industrial Property.

(b) The international application for which the priority of one or more earlier applications filed in or for a Contracting State is claimed may contain the designation of that State. Where, in the international application, the priority of one or more national applications filed in or for a designated State is claimed, or where the priority of an international application having designated only one State is claimed, the conditions for, and the effect of, the priority claim in that State shall be governed by the national law of that State.

Article 9

The Applicant

(1) Any resident or national of a Contracting State may file an international application.

(2) The Assembly may decide to allow the residents and the nationals of any country party to the Paris Convention for the Protection of Industrial Property which is not party to this Treaty to file international applications.

(3) The concepts of residence and nationality, and the application of those concepts in cases where there are several applicants or where the applicants are not the same for all the designated States, are defined in the Regulations.

Article 10

The Receiving Office

The international application shall be filed with the prescribed receiving Office, which will check and process it as provided in this Treaty and the Regulations.

Article 11

Filing Date and Effects of the International Application

(1) The receiving Office shall accord as the international filing date the date of receipt of the international application, provided that that Office has found that, at the time of receipt:

que prévoit l'article 4 de l'Acte de Stockholm de la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle.

b) La demande internationale qui revendique la priorité d'une ou plusieurs demandes antérieures déposées dans ou pour un État contractant peut désigner cet État. Si la demande internationale revendique la priorité d'une ou de plusieurs demandes nationales déposées dans ou pour un État désigné ou la priorité d'une demande internationale qui avait désigné un seul État, les conditions et les effets produits par la revendication de priorité dans cet État sont ceux que prévoit la législation nationale de ce dernier.

Article 9

Déposant

1) Toute personne domiciliée dans un État contractant et tout national d'un tel État peuvent déposer une demande internationale.

2) L'Assemblée peut décider de permettre aux personnes domiciliées dans tout pays partie à la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle qui n'est pas partie au présent traité, ainsi qu'aux nationaux de ce pays, de déposer des demandes internationales.

3) Les notions de domicile et de nationalité, ainsi que l'application de ces notions lorsqu'il y a plusieurs déposants ou lorsque les déposants ne sont pas les mêmes pour tous les États désignés, sont définies dans le règlement d'exécution.

Article 10

Office récepteur

La demande internationale doit être déposée auprès de l'office récepteur prescrit, qui la contrôle et la traite conformément au présent traité et au règlement d'exécution.

Article 11

Date du dépôt et effets de la demande internationale

1) L'office récepteur accorde, en tant que date du dépôt international, la date de réception de la demande internationale pour autant qu'il constate, lors de cette réception, que:

Artikel 4 der Stockholmer Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums.

b) In der internationalen Anmeldung, für die die Priorität einer oder mehrerer in einem oder für einen Vertragsstaat eingereichter früherer Anmeldungen beansprucht wird, kann dieser Staat als Bestimmungsstaat benannt werden. Wird für die internationale Anmeldung die Priorität einer oder mehrerer früherer in einem oder für einen Bestimmungsstaat eingereichter nationaler Anmeldungen beansprucht oder wird die Priorität einer internationalen Anmeldung beansprucht, in der nur ein Staat als Bestimmungsstaat benannt ist, so richten sich Voraussetzungen und Wirkung des Prioritätsanspruchs in diesem Staat nach dessen nationalem Recht.

Artikel 9

Der Anmelder

(1) Jeder Staatsangehörige eines Vertragsstaats sowie jeder, der in einem Vertragsstaat seinen Sitz oder Wohnsitz hat, kann eine internationale Anmeldung einreichen.

(2) Die Versammlung der Vertragsstaaten kann bestimmen, daß Staatsangehörige von nicht zu den Vertragsstaaten gehörigen Mitgliedstaaten der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums sowie Personen mit Sitz oder Wohnsitz in solchen Staaten ebenfalls internationale Anmeldungen einreichen können.

(3) Die Begriffe „Sitz“, „Wohnsitz“ und „Staatsangehörigkeit“ sowie die Anwendung der Begriffe in Fällen, in denen mehrere Anmelder vorhanden sind oder die Anmelder für alle Bestimmungsstaaten nicht die gleichen sind, sind in der Ausführungsordnung festgelegt.

Artikel 10

Das Anmeldeamt

Die internationale Anmeldung ist bei dem vorgeschriebenen Anmeldeamt einzureichen, das sie entsprechend diesem Vertrag und der Ausführungsordnung überprüft und bearbeitet.

Artikel 11

Das Anmeldedatum und die Wirkungen der internationalen Anmeldung

(1) Das Anmeldeamt erkennt als internationales Anmeldedatum das Datum des Eingangs der internationalen Anmeldung zu, vorausgesetzt, daß das Amt festgestellt hat, daß im Zeitpunkt des Eingangs:

- (i) the applicant does not obviously lack, for reasons of residence or nationality, the right to file an international application with the receiving Office,
- (ii) the international application is in the prescribed language,
- (iii) the international application contains at least the following elements:
 - (a) an indication that it is intended as an international application,
 - (b) the designation of at least one Contracting State,
 - (c) the name of the applicant, as prescribed,
 - (d) a part which on the face of it appears to be a description,
 - (e) a part which on the face of it appears to be a claim or claims.

(2) (a) If the receiving Office finds that the international application did not, at the time of receipt, fulfill the requirements listed in paragraph (1), it shall, as provided in the Regulations, invite the applicant to file the required correction.

(b) If the applicant complies with the invitation, as provided in the Regulations, the receiving Office shall accord as the international filing date the date of receipt of the required correction.

(3) Subject to Article 64 (4), any international application fulfilling the requirements listed in items (i) to (iii) of paragraph (1) and accorded an international filing date shall have the effect of a regular national application in each designated State as of the international filing date, which date shall be considered to be the actual filing date in each designated State.

(4) Any international application fulfilling the requirements listed in items (i) to (iii) of paragraph (1) shall be equivalent to a regular national filing within the meaning of the Paris Convention for the Protection of Industrial Property.

Article 12 Transmittal of the International Application to the International Bureau and the International Searching Authority

(1) One copy of the international application shall be kept by the re-

- i) le déposant n'est pas dépourvu manifestement, pour des raisons de domicile ou de nationalité, du droit de déposer une demande internationale auprès de l'office récepteur;
- ii) la demande internationale est rédigée dans la langue prescrite;
- iii) la demande internationale comporte au moins les éléments suivants:
 - a) une indication selon laquelle elle a été déposée à titre de demande internationale;
 - b) la désignation d'un État contractant au moins;
 - c) le nom du déposant, indiqué de la manière prescrite;
 - d) une partie qui, à première vue, semble constituer une description;
 - e) une partie qui, à première vue, semble constituer une ou des revendications.

2) a) Si l'office récepteur constate que la demande internationale ne remplit pas, lors de sa réception, les conditions énumérées à l'alinéa 1), il invite le déposant, conformément au règlement d'exécution, à faire la correction nécessaire.

b) Si le déposant donne suite à cette invitation, conformément au règlement d'exécution, l'office récepteur accorde, en tant que date du dépôt international, la date de réception de la correction exigée.

3) Sous réserve de l'article 64.4), toute demande internationale remplissant les conditions énumérées aux points i) à iii) de l'alinéa 1) et à laquelle une date de dépôt international a été accordée a, dès la date du dépôt international, les effets d'un dépôt national régulier dans chaque État désigné: cette date est considérée comme date de dépôt effectif dans chaque État désigné.

4) Toute demande internationale remplissant les conditions énumérées aux points i) à iii) de l'alinéa 1) est considérée comme ayant la valeur d'un dépôt national régulier au sens de la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle.

Article 12 Transmission de la demande internationale au Bureau international et à l'administration chargée de la recherche internationale

1) Un exemplaire de la demande internationale est conservé par l'of-

- i) der Anmelder aus Gründen des Sitzes, des Wohnsitzes oder der Staatsangehörigkeit nicht offensichtlich unberechtigt ist, eine internationale Anmeldung bei diesem Anmeldeamt einzureichen,
- ii) die internationale Anmeldung in der vorgeschriebenen Sprache abgefaßt ist,
- iii) die internationale Anmeldung wenigstens folgende Bestandteile enthält:
 - a) einen Hinweis darauf, daß die Anmeldung als internationale Anmeldung behandelt werden soll,
 - b) die Bestimmung mindestens eines Vertragsstaats,
 - c) den Namen des Anmelders, wie vorgeschrieben,
 - d) einen Teil, der dem Anschein nach als Beschreibung angesehen werden kann,
 - e) einen Teil, der dem Anschein nach als Anspruch oder als Ansprüche angesehen werden kann.

(2) a) Stellt das Anmeldeamt fest, daß die internationale Anmeldung im Zeitpunkt des Eingangs die Erfordernisse des Absatzes 1 nicht erfüllt hat, so hat es entsprechend der Ausführungsordnung den Anmelder aufzufordern, die erforderliche Richtigstellung nachzureichen.

b) Kommt der Anmelder der Aufforderung entsprechend der Ausführungsordnung nach, so erkennt das Anmeldeamt der Anmeldung das Datum des Eingangs der erforderlichen Richtigstellung zu.

(3) Jede internationale Anmeldung, die die Erfordernisse der Ziffern i bis iii des Absatzes 1 erfüllt und der ein internationales Anmeldedatum zuerkannt worden ist, hat vorbehaltlich des Artikels 64 Absatz 4 in jedem Bestimmungsstaat die Wirkung einer vorschriftsmäßigen nationalen Anmeldung mit dem internationalen Anmeldedatum; das internationale Anmeldedatum gilt als das tatsächliche Anmeldedatum in jedem Bestimmungsstaat.

(4) Jede internationale Anmeldung, die die Erfordernisse der Ziffern i bis iii des Absatzes 1 erfüllt, steht einer vorschriftsmäßigen nationalen Anmeldung im Sinne der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums gleich.

Artikel 12 Übermittlung der internationalen Anmeldung an das Internationale Büro und die Internationale Recherchenbehörde

(1) Ein Exemplar der internationalen Anmeldung verbleibt beim An-

ceiving Office ("home copy"), one copy ("record copy") shall be transmitted to the International Bureau, and another copy ("search copy") shall be transmitted to the competent International Searching Authority referred to in Article 16, as provided in the Regulations.

(2) The record copy shall be considered the true copy of the international application.

(3) The international application shall be considered withdrawn if the record copy has not been received by the International Bureau within the prescribed time limit.

Article 13

Availability of Copy of the International Application to Designated Offices

(1) Any designated Office may ask the International Bureau to transmit to it a copy of the international application prior to the communication provided for in Article 20, and the International Bureau shall transmit such copy to the designated Office as soon as possible after the expiration of one year from the priority date.

(2) (a) The applicant may, at any time transmit a copy of his international application to any designated Office.

(b) The applicant may, at any time, ask the International Bureau to transmit a copy of his international application to any designated Office, and the International Bureau shall transmit such copy to the designated Office as soon as possible.

(c) Any national Office may notify the International Bureau that it does not wish to receive copies as provided for in subparagraph (b), in which case that subparagraph shall not be applicable in respect of that Office.

Article 14

Certain Defects in the International Application

(1) (a) The receiving Office shall check whether the international application contains any of the following defects, that is to say:

- (i) it is not signed as provided in the Regulations;
- (ii) it does not contain the prescribed indications concerning the applicant;
- (iii) it does not contain a title;
- (iv) it does not contain an abstract;

office récepteur («copie pour l'office récepteur»), un exemplaire («exemplaire original») est transmis au Bureau international et un autre exemplaire («copie de recherche») est transmis à l'administration compétente chargée de la recherche internationale visée à l'article 16, conformément au règlement d'exécution.

2) L'exemplaire original est considéré comme l'exemplaire authentique de la demande internationale.

3) La demande internationale est considérée comme retirée si le Bureau international ne reçoit pas l'exemplaire original dans le délai prescrit.

Article 13

Possibilité pour les offices désignés de recevoir copie de la demande internationale

1) Tout office désigné peut demander au Bureau international une copie de la demande internationale avant la communication prévue à l'article 20; le Bureau international lui remet cette copie dès que possible après l'expiration d'un délai d'une année à compter de la date de priorité.

2) a) Le déposant peut, en tout temps, remettre à tout office désigné une copie de sa demande internationale.

b) Le déposant peut, en tout temps, demander au Bureau international de remettre à tout office désigné une copie de sa demande internationale; le Bureau international remet dès que possible cette copie audit office.

c) Tout office national peut notifier au Bureau international qu'il ne désire pas recevoir les copies visées au sous-alinéa b); dans ce cas, ledit sous-alinéa ne s'applique pas pour cet office.

Article 14

Irrégularités dans la demande internationale

1) a) L'office récepteur vérifie si la demande internationale:

- i) est signée conformément au règlement d'exécution;
- ii) comporte les indications prescrites au sujet du déposant;
- iii) comporte un titre;
- iv) comporte un abrégé;

meldeamt („Anmeldeamtsexemplar“), ein Exemplar („Aktenexemplar“) wird dem Internationalen Büro übermittelt, ein weiteres Exemplar („Recherchenexemplar“) wird der zuständigen Internationalen Recherchenbehörde (Artikel 16) nach den Vorschriften der Ausführungsordnung übermittelt.

(2) Das Aktenexemplar gilt als das maßgebende Exemplar der internationalen Anmeldung.

(3) Die internationale Anmeldung gilt als zurückgenommen, falls das Aktenexemplar dem Internationalen Büro nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist zugeht.

Artikel 13

Übermittlung eines Exemplars der internationalen Anmeldung an die Bestimmungsämter

(1) Jedes Bestimmungsamt kann das Internationale Büro auffordern, ihm vor der in Artikel 20 vorgesehenen Übermittlung ein Exemplar der internationalen Anmeldung zuzuleiten; das Internationale Büro übermittelt es dem Bestimmungsamt so bald wie möglich nach Ablauf eines Jahres ab Prioritätsdatum.

(2) a) Der Anmelder kann jederzeit jedem Bestimmungsamt ein Exemplar seiner internationalen Anmeldung übermitteln.

b) Der Anmelder kann jederzeit das Internationale Büro auffordern, ein Exemplar seiner internationalen Anmeldung einem Bestimmungsamt zuzuleiten; das Internationale Büro übermittelt ein solches Exemplar so bald wie möglich dem Bestimmungsamt.

c) Jedes nationale Amt kann dem Internationalen Büro notifizieren, daß es nicht wünscht, gemäß Buchstabe b) Exemplare der internationalen Anmeldung zu erhalten; in diesem Fall findet Buchstabe b) auf dieses Amt keine Anwendung.

Artikel 14

Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung

(1) a) Das Anmeldeamt prüft, ob die internationale Anmeldung einen der nachstehend aufgeführten Mängel aufweist, nämlich ob sie

- i) nicht entsprechend der Ausführungsordnung unterzeichnet ist;
- ii) nicht die vorgeschriebenen Angaben über den Anmelder enthält;
- iii) keine Bezeichnung der Erfindung enthält;
- iv) keine Zusammenfassung enthält;

(v) it does not comply to the extent provided in the Regulations with the prescribed physical requirements.

(b) If the receiving Office finds any of the said defects, it shall invite the applicant to correct the international application within the prescribed time limit, failing which that application shall be considered withdrawn and the receiving Office shall so declare.

(2) If the international application refers to drawings which, in fact, are not included in that application, the receiving Office shall notify the applicant accordingly and he may furnish them within the prescribed time limit and, if he does, the international filing date shall be the date on which the drawings are received by the receiving Office. Otherwise, any reference to the said drawings shall be considered non-existent.

(3) (a) If the receiving Office finds that, within the prescribed time limits, the fees prescribed under Article 3 (4) (iv) have not been paid, or no fee prescribed under Article 4 (2) has been paid in respect of any of the designated States, the international application shall be considered withdrawn and the receiving Office shall so declare.

(b) If the receiving Office finds that the fee prescribed under Article 4 (2) has been paid in respect of one or more (but less than all) designated States within the prescribed time limit, the designation of those States in respect of which it has not been paid within the prescribed time limit shall be considered withdrawn and the receiving Office shall so declare.

(4) If, after having accorded an international filing date to the international application, the receiving Office finds, within the prescribed time limit, that any of the requirements listed in items (i) to (iii) of Article 11 (1) was not complied with at that date, the said application shall be considered withdrawn and the receiving Office shall so declare.

Article 15

The International Search

(1) Each international application shall be the subject of international search.

(2) The objective of the international search is to discover relevant prior art.

v) remplit, dans la mesure prévue par le règlement d'exécution, les conditions matérielles prescrites.

b) Si l'office récepteur constate que l'une de ces prescriptions n'est pas observée, il invite le déposant à corriger la demande internationale dans le délai prescrit; à défaut, cette demande est considérée comme retirée et l'office récepteur le déclare.

2) Si la demande internationale se réfère à des dessins bien que ceux-ci ne soient pas inclus dans la demande, l'office récepteur le notifie au déposant, qui peut remettre ces dessins dans le délai prescrit; la date du dépôt international est alors la date de réception desdits dessins par l'office récepteur. Sinon, toute référence à de tels dessins est considérée comme inexistante.

3) a) Si l'office récepteur constate que les taxes prescrites par l'article 3.4 iv) n'ont pas été payées dans le délai prescrit ou que la taxe prescrite par l'article 4.2) n'a été payée pour aucun des États désignés, la demande internationale est considérée comme retirée et l'office récepteur le déclare.

b) Si l'office récepteur constate que la taxe prescrite par l'article 4.2) a été payée dans le délai prescrit pour un ou plusieurs États désignés (mais non pour tous ces États), la désignation de ceux desdits États pour lesquels la taxe n'a pas été payée dans le délai prescrit est considérée comme retirée et l'office récepteur le déclare.

4) Si, après qu'il a accordé à la demande internationale une date de dépôt international, l'office récepteur constate, dans le délai prescrit, que l'une quelconque des conditions énumérées aux points i) à iii) de l'article 11.1) n'était pas remplie à cette date, cette demande est considérée comme retirée et l'office récepteur le déclare.

Article 15

Recherche internationale

1) Chaque demande internationale fait l'objet d'une recherche internationale.

2) La recherche internationale a pour objet de découvrir l'état de la technique pertinent.

v) den Formerfordernissen in dem von der Ausführungsordnung vorgesehenen Umfang nicht entspricht.

b) Stellt das Anmeldeamt einen dieser Mängel fest, so fordert es den Anmelder auf, die internationale Anmeldung innerhalb der vorgesehenen Frist zu berichtigen; kommt der Anmelder dieser Aufforderung nicht nach, so gilt diese Anmeldung als zurückgenommen und wird vom Anmeldeamt für zurückgenommen erklärt.

(2) Ist in der internationalen Anmeldung auf Zeichnungen Bezug genommen, die tatsächlich nicht beigelegt sind, so benachrichtigt das Anmeldeamt den Anmelder hiervon; er kann sie innerhalb der vorgeschriebenen Frist nachreichen, und in diesem Falle gilt als internationales Anmeldedatum der Tag, an dem die Zeichnungen beim Anmeldeamt eingehen. Andernfalls gilt jede Bezugnahme auf diese Zeichnungen als nicht erfolgt.

(3) a) Stellt das Anmeldeamt fest, daß die gemäß Artikel 3 Absatz 4 Ziffer iv vorgeschriebenen Gebühren nicht oder die gemäß Artikel 4 Absatz 2 vorgeschriebenen Gebühren für keinen Bestimmungsstaat innerhalb der vorgeschriebenen Fristen eingezahlt worden sind, so gilt die internationale Anmeldung als zurückgenommen und wird vom Anmeldeamt für zurückgenommen erklärt.

b) Stellt das Anmeldeamt fest, daß die gemäß Artikel 4 Absatz 2 vorgeschriebene Gebühr für einzelne (jedoch nicht alle) Bestimmungsstaaten innerhalb der vorgeschriebenen Frist eingezahlt worden ist, so gilt die Bestimmung der Staaten, für welche die Gebühr innerhalb der vorgeschriebenen Frist nicht gezahlt worden ist, als zurückgenommen und wird vom Anmeldeamt für zurückgenommen erklärt.

(4) Stellt das Anmeldeamt, nachdem es der internationalen Anmeldung ein internationales Anmeldedatum zuerkannt hat, innerhalb der vorgeschriebenen Frist fest, daß ein unter Ziffern i bis iii des Artikels 11 Absatz 1 aufgeführtes Erfordernis zum Anmeldzeitpunkt nicht erfüllt war, so gilt die Anmeldung als zurückgenommen und wird vom Anmeldeamt für zurückgenommen erklärt.

Artikel 15

Die internationale Recherche

(1) Für jede internationale Anmeldung wird eine internationale Recherche durchgeführt.

(2) Die internationale Recherche dient der Ermittlung des einschlägigen Standes der Technik.

(3) International search shall be made on the basis of the claims, with due regard to the description and the drawings (if any).

(4) The International Searching Authority referred to in Article 16 shall endeavor to discover as much of the relevant prior art as its facilities permit, and shall, in any case, consult the documentation specified in the Regulations.

(5) (a) If the national law of the Contracting State so permits, the applicant who files a national application with the national Office of or acting for such State may, subject to the conditions provided for in such law, request that a search similar to an international search ("international-type search") be carried out on such application.

(b) If the national law of the Contracting State so permits, the national Office of or acting for such State may subject any national application filed with it to an international-type search.

(c) The international-type search shall be carried out by the International Searching Authority referred to in Article 16 which would be competent for an international search if the national application were an international application and were filed with the Office referred to in subparagraphs (a) and (b). If the national application is in a language which the International Searching Authority considers it is not equipped to handle, the international-type search shall be carried out on a translation prepared by the applicant in a language prescribed for international applications and which the International Searching Authority has undertaken to accept for international applications. The national application and the translation, when required, shall be presented in the form prescribed for international applications.

Article 16

The International Searching Authority

(1) International search shall be carried out by an International Searching Authority, which may be either a national Office or an intergovernmental organization, such as the International Patent Institute,

3) La recherche internationale s'effectue sur la base des revendications, compte tenu de la description et des dessins (le cas échéant).

4) L'administration chargée de la recherche internationale visée à l'article 16 s'efforce de découvrir l'état de la technique pertinent dans toute la mesure où ses moyens le lui permettent et doit, en tout cas, consulter la documentation spécifiée par le règlement d'exécution.

5 a) Le titulaire d'une demande nationale déposée auprès de l'office national d'un État contractant ou de l'office agissant pour un tel État peut, si la législation nationale de cet État le permet, et aux conditions prévues par cette législation, demander qu'une recherche semblable à une recherche internationale («recherche de type international») soit effectuée sur cette demande.

b) L'office national d'un État contractant ou l'office agissant pour un tel État peut, si la législation nationale de cet État le permet, soumettre à une recherche de type international toute demande nationale déposée auprès de lui.

c) La recherche de type international est effectuée par l'administration chargée de la recherche internationale, visée à l'article 16, qui serait compétente pour procéder à la recherche internationale si la demande nationale était une demande internationale déposée auprès de l'office visé aux sous-alinéas a) et b). Si la demande nationale est rédigée dans une langue dans laquelle l'administration chargée de la recherche internationale estime n'être pas à même de traiter la demande, la recherche de type international est effectuée sur la base d'une traduction préparée par le déposant dans une des langues prescrites pour les demandes internationales que ladite administration s'est engagée à accepter pour les demandes internationales. La demande nationale et la traduction, lorsqu'elle est exigée, doivent être présentées dans la forme prescrite pour les demandes internationales.

Article 16

Administration chargée de la recherche internationale

1) La recherche internationale est effectuée par une administration chargée de la recherche internationale; celle-ci peut être soit un office national, soit une organisation intergouvernementale, telle que l'Institut inter-

(3) Die internationale Recherche wird auf der Grundlage der Ansprüche unter angemessener Berücksichtigung der Beschreibung und der Zeichnungen (falls vorhanden) durchgeführt.

(4) Die in Artikel 16 genannte Internationale Recherchenbehörde bemüht sich, den Stand der Technik so weit zu ermitteln, wie es ihre Möglichkeiten erlauben, und berücksichtigt auf jeden Fall den in der Ausführungsordnung festgelegten Prüfstoff.

(5) a) Der Anmelder, der eine nationale Anmeldung bei dem nationalen Amt eines Vertragsstaats oder bei einem für einen Vertragsstaat handelnden Amt einreicht, kann, wenn das nationale Recht dieses Staates es gestattet und unter den nach diesem Recht vorgesehenen Bedingungen, verlangen, daß für diese Anmeldung eine der internationalen Recherche ähnliche Recherche („Recherche internationaler Art“) durchgeführt wird.

b) Das nationale Amt eines Vertragsstaats oder das für einen Vertragsstaat handelnde Amt kann, wenn das Recht dieses Staates es gestattet, jede bei ihm eingereichte nationale Anmeldung einer Recherche internationaler Art unterwerfen.

c) Die Recherche internationaler Art wird von der in Artikel 16 genannten Internationalen Recherchenbehörde durchgeführt, die für eine internationale Recherche zuständig wäre, wenn es sich um eine bei dem in den Buchstaben a und b genannten Amt eingereichte internationale Anmeldung handeln würde. Ist die nationale Anmeldung in einer Sprache eingereicht worden, in der sie die Internationale Recherchenbehörde nicht glaubt bearbeiten zu können, so wird die Recherche internationaler Art auf der Grundlage einer Übersetzung durchgeführt, die der Anmelder in einer Sprache eingereicht hat, die für internationale Anmeldungen vorgeschrieben ist und in der die Internationale Recherchenbehörde entsprechend der von ihr übernommenen Verpflichtung internationale Anmeldungen entgegenzunehmen hat. Die nationale Anmeldung und die Übersetzung sind, falls verlangt, in der für internationale Anmeldungen vorgeschriebenen Form vorzulegen.

Artikel 16

Die Internationale Recherchenbehörde

(1) Die internationale Recherche wird von der Internationalen Recherchenbehörde durchgeführt, die entweder ein nationales Amt sein kann oder eine zwischenstaatliche Organisation, wie das Internationale Patent-

whose tasks include the establishing of documentary search reports on prior art with respect to inventions which are the subject of applications.

(2) If, pending the establishment of a single International Searching Authority, there are several International Searching Authorities, each receiving Office shall, in accordance with the provisions of the applicable agreement referred to in paragraph (3) (b), specify the International Searching Authority or Authorities competent for the searching of international applications filed with such Office.

(3) (a) International Searching Authorities shall be appointed by the Assembly. Any national Office and any intergovernmental organization satisfying the requirements referred to in subparagraph (c) may be appointed as International Searching Authority.

(b) Appointment shall be conditional on the consent of the national Office or intergovernmental organization to be appointed and the conclusion of an agreement, subject to approval by the Assembly, between such Office or organization and the International Bureau. The agreement shall specify the rights and obligations of the parties, in particular, the formal undertaking by the said Office or organization to apply and observe all the common rules of international search.

(c) The Regulations prescribe the minimum requirements, particularly as to manpower and documentation, which any Office or organization must satisfy before it can be appointed and must continue to satisfy while it remains appointed.

(d) Appointment shall be for a fixed period of time and may be extended for further periods.

(e) Before the Assembly makes a decision on the appointment of any national Office or intergovernmental organization, or on the extension of its appointment, or before it allows any such appointment to lapse, the Assembly shall hear the interested Office or organization and seek the advice of the Committee for Technical Cooperation referred to in Article 56 once that Committee has been established.

national des brevets, dont les attributions comportent l'établissement de rapports de recherche documentaire sur l'état de la technique relatif à des inventions objet de demandes de brevets.

2) Si, en attendant l'institution d'une seule administration chargée de la recherche internationale, il existe plusieurs administrations chargées de la recherche internationale, chaque office récepteur spécifie, conformément aux dispositions de l'accord applicable mentionné à l'alinéa 3) b), celle ou celles de ces administrations qui seront compétentes pour procéder à la recherche pour les demandes internationales déposées auprès de cet office.

3) a) Les administrations chargées de la recherche internationale sont nommées par l'Assemblée. Tout office national et toute organisation intergouvernementale qui satisfont aux exigences visées au sous-alinéa c) peuvent être nommés en qualité d'administration chargée de la recherche internationale.

b) La nomination dépend du consentement de l'office national ou de l'organisation intergouvernementale en cause et de la conclusion d'un accord, qui doit être approuvé par l'Assemblée, entre cet office ou cette organisation et le Bureau international. Cet accord spécifie les droits et obligations des parties et contient en particulier l'engagement formel dudit office ou de ladite organisation d'appliquer et d'observer toutes les règles communes de la recherche internationale.

c) Le règlement d'exécution prescrit les exigences minimales, particulièrement en ce qui concerne le personnel et la documentation, auxquelles chaque office ou organisation doit satisfaire avant qu'il puisse être nommé et auxquelles il doit continuer de satisfaire tant qu'il demeure nommé.

d) La nomination est faite pour une période déterminée, qui est susceptible de prolongation.

e) Avant de prendre une décision quant à la nomination d'un office national ou d'une organisation intergouvernementale ou quant à la prolongation d'une telle nomination, de même qu'avant de laisser une telle nomination prendre fin, l'Assemblée entend l'office ou l'organisation en cause et prend l'avis du Comité de coopération technique visé à l'article 56, une fois ce Comité établi.

institut, deren Aufgabe die Erstellung von dokumentarischen Recherchenberichten über den Stand der Technik für Erfindungen einschließt, die Gegenstand von Patentanmeldungen sind.

(2) Solange bis zur Errichtung einer einzigen Internationalen Recherchenbehörde mehrere Internationale Recherchenbehörden bestehen, bestimmt jedes Anmeldeamt — in Übereinstimmung mit der anwendbaren, in Absatz 3 Buchstabe b) genannten Vereinbarung — für die bei ihm eingereichten internationalen Anmeldungen die zuständige Internationale Recherchenbehörde oder die zuständigen Internationalen Recherchenbehörden.

(3) a) Internationale Recherchenbehörden werden durch die Versammlung eingesetzt. Jedes nationale Amt und jede zwischenstaatliche Organisation, die die in Buchstabe c) genannten Voraussetzungen erfüllen, können als Internationale Recherchenbehörde eingesetzt werden.

b) Die Einsetzung als Internationale Recherchenbehörde bedarf der Zustimmung der einzusetzenden nationalen Behörde oder zwischenstaatlichen Organisation und setzt den Abschluß einer von der Versammlung gebilligten Vereinbarung zwischen dieser Behörde oder Organisation und dem Internationalen Büro voraus. In der Vereinbarung sind die Rechte und Pflichten der Vertragspartner im einzelnen festzulegen, insbesondere die ausdrückliche Verpflichtung dieser Behörde oder Organisation, daß sie die gemeinsamen Regeln für die Durchführung von internationalen Recherchen anwenden und beachten wird.

c) In der Ausführungsordnung werden die Mindestanforderungen vorgeschrieben, die jede Behörde oder Organisation insbesondere hinsichtlich ihrer personellen Besetzung und ihres Prüfstoßes erfüllen muß, damit sie als Internationale Recherchenbehörde eingesetzt und weiterhin tätig bleiben kann.

d) Die Einsetzung erfolgt für eine bestimmte Zeit und kann verlängert werden.

e) Vor einem Beschluß über die Einsetzung einer nationalen Behörde oder zwischenstaatlichen Organisation als Internationale Recherchenbehörde oder über die Verlängerung oder Aufhebung der Einsetzung hört die Versammlung die in Betracht kommende Behörde oder Organisation an und holt die Stellungnahme des in Artikel 56 genannten Ausschusses für technische Zusammenarbeit ein, sobald dieser Ausschuss eingesetzt ist.

Article 17

Procedure Before the International Searching Authority

(1) Procedure before the International Searching Authority shall be governed by the provisions of this Treaty, the Regulations, and the agreement which the International Bureau shall conclude, subject to this Treaty and the Regulations, with the said Authority.

(2) (a) If the International Searching Authority considers

(i) that the international application relates to a subject matter which the International Searching Authority is not required, under the Regulations, to search, and in the particular case decides not to search, or

(ii) that the description, the claims, or the drawings, fail to comply with the prescribed requirements to such an extent that a meaningful search could not be carried out,

the said Authority shall so declare and shall notify the applicant and the International Bureau that no international search report will be established.

(b) If any of the situations referred to in subparagraph (a) is found to exist in connection with certain claims only, the international search report shall so indicate in respect of such claims, whereas, for the other claims, the said report shall be established as provided in Article 18.

(3) (a) If the International Searching Authority considers that the international application does not comply with the requirement of unity of invention as set forth in the Regulations, it shall invite the applicant to pay additional fees. The International Searching Authority shall establish the international search report on those parts of the international application which relate to the invention first mentioned in the claims ("main invention") and, provided the required additional fees have been paid within the prescribed time limit, on those parts of the international application which relate to inventions in respect of which the said fees were paid.

(b) The national law of any designated State may provide that, where the national Office of that State

Article 17

Procédure au sein de l'administration chargée de la recherche internationale

1) La procédure au sein de l'administration chargée de la recherche internationale est déterminée par le présent traité, le règlement d'exécution et l'accord que le Bureau international conclut, conformément au présent traité et au règlement d'exécution, avec cette administration.

2) a) Si l'administration chargée de la recherche internationale estime:

i) que la demande internationale concerne un objet à l'égard duquel elle n'est pas tenue, selon le règlement d'exécution, de procéder à la recherche, et décide en l'espèce de ne pas procéder à la recherche, ou

ii) que la description, les revendications ou les dessins ne remplissent pas les conditions prescrites, dans une mesure telle qu'une recherche significative ne peut pas être effectuée,

elle le déclare et notifie au déposant et au Bureau international qu'un rapport de recherche internationale ne sera pas établi.

b) Si l'une des situations mentionnées au sous-alinéa a) n'existe qu'en relation avec certaines revendications, le rapport de recherche internationale l'indique pour ces revendications et il est établi, pour les autres revendications, conformément à l'article 18.

3) a) Si l'administration chargée de la recherche internationale estime que la demande internationale ne satisfait pas à l'exigence d'unité de l'invention telle qu'elle est définie dans le règlement d'exécution, elle invite le déposant à payer des taxes additionnelles. L'administration chargée de la recherche internationale établit le rapport de recherche internationale sur les parties de la demande internationale qui ont trait à l'invention mentionnée en premier lieu dans les revendications («invention principale») et, si les taxes additionnelles requises ont été payées dans le délai prescrit, sur les parties de la demande internationale qui ont trait aux inventions pour lesquelles lesdites taxes ont été payées.

b) La législation nationale de tout État désigné peut prévoir que, lorsque l'office national de cet État

Artikel 17

Verfahren vor der Internationalen Recherchenbehörde

(1) Das Verfahren vor der Internationalen Recherchenbehörde richtet sich nach den Bestimmungen dieses Vertrags und der Ausführungsordnung sowie nach der Vereinbarung, die das Internationale Büro mit dieser Behörde in Übereinstimmung mit diesem Vertrag und der Ausführungsordnung abschließt.

(2) a) Falls nach Auffassung der Internationalen Recherchenbehörde

i) die internationale Anmeldung einen Gegenstand betrifft, in bezug auf den die Internationale Recherchenbehörde nach der Ausführungsordnung nicht verpflichtet ist, eine Recherche durchzuführen, und im vorliegenden Fall eine Recherche auch nicht durchführen will, oder

ii) die Beschreibung, die Ansprüche oder die Zeichnungen den vorgeschriebenen Anforderungen so wenig entsprechen, daß eine sinnvolle Recherche nicht durchgeführt werden kann,

so stellt die Internationale Recherchenbehörde diesen Tatbestand in einer Erklärung fest und teilt dem Anmelder und dem Internationalen Büro mit, daß kein internationaler Recherchenbericht erstellt wird.

b) Wird einer der in Buchstabe a) aufgeführten Fälle nur in bezug auf bestimmte Ansprüche festgestellt, so ist in den internationalen Recherchenbericht im Hinblick auf diese Ansprüche lediglich ein entsprechender Hinweis aufzunehmen, während für die anderen Ansprüche ein Recherchenbericht nach Artikel 18 erstellt wird.

(3) a) Entspricht nach Auffassung der Internationalen Recherchenbehörde die internationale Anmeldung nicht den in der Ausführungsordnung festgelegten Anforderungen an die Einheitlichkeit der Erfindung, so fordert die Recherchenbehörde den Anmelder auf, zusätzliche Gebühren zu zahlen. Die Internationale Recherchenbehörde erstellt den internationalen Recherchenbericht für die Teile der internationalen Anmeldung, die sich auf die zuerst in den Ansprüchen erwähnte Erfindung beziehen („Haupterfindung“), und, wenn die angeforderten zusätzlichen Gebühren fristgerecht entrichtet worden sind, für die Teile der internationalen Anmeldung, die sich auf die Erfindung beziehen, für die die genannten Gebühren entrichtet worden sind.

b) Das nationale Recht eines Bestimmungsstaats kann vorschreiben, daß in den Fällen, in denen das na-

finds the invitation, referred to in subparagraph (a), of the International Searching Authority justified and where the applicant has not paid all additional fees, those parts of the international application which consequently have not been searched shall, as far as effects in that State are concerned, be considered withdrawn unless a special fee is paid by the applicant to the national Office of that State.

Article 18

The International Search Report

(1) The international search report shall be established within the prescribed time limit and in the prescribed form.

(2) The international search report shall, as soon as it has been established, be transmitted by the International Searching Authority to the applicant and the International Bureau.

(3) The international search report or the declaration referred to in Article 17 (2) (a) shall be translated as provided in the Regulations. The translations shall be prepared by or under the responsibility of the International Bureau.

Article 19

Amendment of the Claims Before the International Bureau

(1) The applicant shall, after having received the international search report, be entitled to one opportunity to amend the claims of the international application by filing amendments with the International Bureau within the prescribed time limit. He may, at the same time, file a brief statement, as provided in the Regulations, explaining the amendments and indicating any impact that such amendments might have on the description and the drawings.

(2) The amendments shall not go beyond the disclosure in the international application as filed.

(3) If the national law of any designated State permits amendments to go beyond the said disclosure, failure to comply with paragraph (2) shall have no consequence in that State.

Article 20

Communication to Designated Offices

(1) (a) The international application, together with the international search report [including any indica-

estime justifiée l'invitation, mentionnée au sous-alinéa a), de l'administration chargée de la recherche internationale et lorsque le déposant n'a pas payé toutes les taxes additionnelles, les parties de la demande internationale qui n'ont par conséquent pas fait l'objet d'une recherche sont considérées comme retirées pour ce qui concerne les effets dans cet État, à moins qu'une taxe particulière ne soit payée par le déposant à l'office national dudit État.

Article 18

Rapport de recherche internationale

1) Le rapport de recherche internationale est établi dans le délai prescrit et dans la forme prescrite.

2) Le rapport de recherche internationale est, dès qu'il a été établi, transmis par l'administration chargée de la recherche internationale au déposant et au Bureau international.

3) Le rapport de recherche internationale ou la déclaration visée à l'article 17.2) a) est traduit conformément au règlement d'exécution. Les traductions sont préparées par le Bureau international ou sous sa responsabilité.

Article 19

Modification des revendications auprès du Bureau international

1) Le déposant, après réception du rapport de recherche internationale, a le droit de modifier une fois les revendications de la demande internationale en déposant des modifications, dans le délai prescrit, auprès du Bureau international. Il peut y joindre une brève déclaration, conformément au règlement d'exécution, expliquant les modifications et précisant les effets que ces dernières peuvent avoir sur la description et sur les dessins.

2) Les modifications ne doivent pas aller au-delà de l'exposé de l'invention figurant dans la demande internationale telle qu'elle a été déposée.

3) L'inobservation des dispositions de l'alinéa 2) n'a pas de conséquence dans les États désignés dont la législation nationale permet que les modifications aillent au-delà de l'exposé de l'invention.

Article 20

Communication aux offices désignés

1) a) La demande internationale, avec le rapport de recherche internationale [y compris toute indication

tionale Amt dieses Staates die in Buchstabe a genannte Aufforderung der Internationalen Recherchenbehörde als gerechtfertigt ansieht und der Anmelder nicht alle zusätzlichen Gebühren entrichtet hat, die Teile der internationalen Anmeldung, für die eine Recherche nicht durchgeführt worden ist, hinsichtlich der Rechtswirkungen in jenem Staat als zurückgenommen gelten, sofern der Anmelder nicht eine besondere Gebühr an dieses Amt zahlt.

Artikel 18

Der internationale Recherchenbericht

(1) Der internationale Recherchenbericht wird innerhalb der vorgeschriebenen Frist und in der vorgeschriebenen Form erstellt.

(2) Der internationale Recherchenbericht wird, sobald er erstellt ist, von der Internationalen Recherchenbehörde dem Anmelder und dem Internationalen Büro übermittelt.

(3) Der internationale Recherchenbericht oder die in Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a genannte Erklärung werden wie in der Ausführungsordnung bestimmt übersetzt. Die Übersetzungen werden von dem Internationalen Büro oder unter seiner Verantwortung angefertigt.

Artikel 19

Änderung der Ansprüche im Verfahren vor dem Internationalen Büro

(1) Nach Eingang des internationalen Recherchenberichts ist der Anmelder befugt, einmal die Ansprüche der internationalen Anmeldung durch Einreichung von Änderungsanträgen beim Internationalen Büro innerhalb der vorgeschriebenen Frist zu ändern. Er kann gleichzeitig eine kurze, in der Ausführungsordnung näher bestimmte Erklärung einreichen, mit der er die Änderungen erklären und ihre Auswirkungen auf die Beschreibung und die Zeichnungen darlegen kann.

(2) Die Änderungsanträge dürfen nicht über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung im Anmeldezeitpunkt hinausgehen.

(3) In einem Bestimmungsstaat, nach dessen nationalem Recht Änderungen über den Offenbarungsgehalt der Anmeldung hinausgehen dürfen, hat die Nichtbeachtung des Absatzes 2 keine Folgen.

Artikel 20

Übermittlung an die Bestimmungsämter

(1) a) Die internationale Anmeldung wird zusammen mit dem internationalen Recherchenbericht (ein-

tion referred to in Article 17 (2) (b)] or the declaration referred to in Article 17 (2) (a), shall be communicated to each designated Office, as provided in the Regulations, unless the designated Office waives such requirement in its entirety or in part.

(b) The communication shall include the translation (as prescribed) of the said report or declaration.

(2) If the claims have been amended by virtue of Article 19 (1), the communication shall either contain the full text of the claims both as filed and as amended or shall contain the full text of the claims as filed and specify the amendments, and shall include the statement, if any, referred to in Article 19 (1).

(3) At the request of the designated Office or the applicant, the International Searching Authority shall send to the said Office or the applicant, respectively, copies of the documents cited in the international search report, as provided in the Regulations.

Article 21

International Publication

(1) The International Bureau shall publish international applications.

(2) (a) Subject to the exceptions provided for in subparagraph (b) and in Article 64 (3), the international publication of the international application shall be effected promptly after the expiration of 18 months from the priority date of that application.

(b) The applicant may ask the International Bureau to publish his international application any time before the expiration of the time limit referred to in subparagraph (a). The International Bureau shall proceed accordingly, as provided in the Regulations.

(3) The international search report or the declaration referred to in Article 17 (2) (a) shall be published as prescribed in the Regulations.

(4) The language and form of the international publication and other details are governed by the Regulations.

(5) There shall be no international publication if the international application is withdrawn or is considered withdrawn before the technical pre-

visée à l'article 17.2) b)] ou la déclaration mentionnée à l'article 17.2) a), est communiquée, conformément au règlement d'exécution, à tout office désigné qui n'a pas renoncé, totalement ou partiellement, à cette communication.

b) La communication comprend la traduction (telle qu'elle est prescrite) dudit rapport ou de ladite déclaration.

2) Si les revendications ont été modifiées selon l'article 19.1), la communication doit soit comporter le texte intégral des revendications telles qu'elles ont été déposées et telles qu'elles ont été modifiées, soit comporter le texte intégral des revendications telles qu'elles ont été déposées et préciser les modifications apportées; elle doit en outre, le cas échéant, comporter la déclaration visée à l'article 19.1).

3) Sur requête de l'office désigné ou du déposant, l'administration chargée de la recherche internationale leur adresse, conformément au règlement d'exécution, copie des documents cités dans le rapport de recherche internationale.

Article 21

Publication internationale

1) Le Bureau international procède à la publication de demandes internationales.

2) a) Sous réserve des exceptions prévues au sous-alinéa b) et à l'article 64.3), la publication internationale de la demande internationale a lieu à bref délai après l'expiration d'un délai de dix-huit mois à compter de la date de priorité de cette demande.

b) Le déposant peut demander au Bureau international de publier sa demande internationale en tout temps avant l'expiration du délai mentionné au sous-alinéa a). Le Bureau international procède en conséquence, conformément au règlement d'exécution.

3) Le rapport de recherche internationale ou la déclaration visée à l'article 17.2) a) est publié conformément au règlement d'exécution.

4) La langue et la forme de la publication internationale, ainsi que d'autres détails, sont fixés par le règlement d'exécution.

5) Il n'est procédé à aucune publication internationale si la demande internationale est retirée ou considérée comme retirée avant l'achèvement

schließlich eines möglichen Hinweises gemäß Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe b) oder der Erklärung gemäß Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a) jedem Bestimmungsamt nach Maßgabe der Ausführungsordnung übermittelt, sofern das Bestimmungsamt hierauf nicht ganz oder zum Teil verzichtet.

b) Außerdem wird die vorgeschriebene Übersetzung des genannten Berichts und der genannten Feststellung übermittelt.

(2) Sind die Ansprüche gemäß Artikel 19 Absatz 1 geändert worden, werden entweder der vollständige Wortlaut der Ansprüche in der ursprünglichen und der geänderten Fassung oder der vollständige Wortlaut der Ansprüche in der ursprünglichen Fassung und eine genaue Angabe der Änderungen sowie gegebenenfalls die in Artikel 19 Absatz 1 genannte Erklärung übersandt.

(3) Auf Verlangen des Bestimmungsamts oder des Anmelders übersendet die Internationale Recherchenbehörde diesem Amt oder dem Anmelder, wie in der Ausführungsordnung vorgesehen, Vervielfältigungen der Unterlagen, die im internationalen Recherchenbericht genannt sind.

Artikel 21

Internationale Veröffentlichung

(1) Das Internationale Büro veröffentlicht die internationale Anmeldung.

(2) a) Jede internationale Anmeldung wird vorbehaltlich der in Buchstabe b) und in Artikel 64 Absatz 3 bestimmten Ausnahmen unverzüglich nach Ablauf von 18 Monaten seit dem Prioritätsdatum der Anmeldung veröffentlicht.

b) Der Anmelder kann beim Internationalen Büro beantragen, seine internationale Anmeldung jederzeit vor Ablauf der nach Buchstabe a) maßgeblichen Frist zu veröffentlichen. Das Internationale Büro entspricht diesem Antrag gemäß der Ausführungsordnung.

(3) Der internationale Recherchenbericht oder die in Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a) genannte Erklärung werden, wie in der Ausführungsordnung vorgesehen, veröffentlicht.

(4) Die Sprache und Form der internationalen Veröffentlichung sowie andere Einzelheiten sind in der Ausführungsordnung festgelegt.

(5) Eine internationale Veröffentlichung findet nicht statt, wenn die internationale Anmeldung vor dem Abschluß der technischen Vorberei-

parations for publication have been completed.

(6) If the international application contains expressions or drawings which, in the opinion of the International Bureau, are contrary to morality or public order, or if, in its opinion, the international application contains disparaging statements as defined in the Regulations, it may omit such expressions, drawings, and statements from its publications, indicating the place and number of words or drawings omitted, and furnishing, upon request, individual copies of the passages omitted.

Article 22

Copy, Translation, and Fee, to Designated Offices

(1) The applicant shall furnish a copy of the international application (unless the communication provided for in Article 20 has already taken place) and a translation thereof (as prescribed), and pay the national fee (if any), to each designated Office not later than at the expiration of 20 months from the priority date. Where the national law of the designated State requires the indication of the name of and other prescribed data concerning the inventor but allows that these indications be furnished at a time later than that of the filing of a national application, the applicant shall, unless they were contained in the request, furnish the said indications to the national Office of or acting for that State not later than at the expiration of 20 months from the priority date.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph (1), where the International Searching Authority makes a declaration, under Article 17 (2) (a), that no international search report will be established, the time limit for performing the acts referred to in paragraph (1) of this Article shall be two months from the date of the notification sent to the applicant of the said declaration.

(3) Any national law may, for performing the acts referred to in paragraphs (1) or (2), fix time limits which expire later than the time limit provided for in those paragraphs.

de la préparation technique de la publication.

(6) Si le Bureau international estime que la demande internationale contient des expressions ou des dessins contraires aux bonnes mœurs ou à l'ordre public, ou des déclarations dénigrantes au sens du règlement d'exécution, il peut les omettre de ses publications, en indiquant la place et le nombre des mots ou des dessins omis. Il fournit, sur demande, des copies spéciales des passages ainsi omis.

Article 22

Copies, traductions et taxes pour les offices désignés

(1) Le déposant remet à chaque office désigné une copie de la demande internationale (sauf si la communication visée à l'article 20 a déjà eu lieu) et une traduction (telle qu'elle est prescrite) de cette demande et lui paie (le cas échéant) la taxe nationale au plus tard à l'expiration d'un délai de vingt mois à compter de la date de priorité. Dans le cas où le nom de l'inventeur et les autres renseignements, prescrits par la législation de l'État désigné, relatifs à l'inventeur ne sont pas exigés dès le dépôt d'une demande nationale, le déposant doit, s'ils ne figurent pas déjà dans la requête, les communiquer à l'office national de cet État ou à l'office agissant pour ce dernier au plus tard à l'expiration d'un délai de vingt mois à compter de la date de priorité.

(2) Nonobstant les dispositions de l'alinéa 1), lorsque l'administration chargée de la recherche internationale déclare, conformément à l'article 17.2) a), qu'un rapport de recherche internationale ne sera pas établi, le délai pour l'accomplissement des actes mentionnés à l'alinéa 1) du présent article est de deux mois à compter de la date de la notification de ladite déclaration au déposant.

(3) La législation de tout État contractant peut, pour l'accomplissement des actes visés aux alinéas 1) et 2), fixer des délais expirant après ceux qui figurent auxdits alinéas.

tungen für die Veröffentlichung zurückgenommen worden ist oder als zurückgenommen gilt.

(6) Enthält die internationale Anmeldung Ausdrücke oder Zeichnungen, die nach Auffassung des Internationalen Büros gegen die guten Sitten oder die öffentliche Ordnung verstoßen, oder enthält die internationale Anmeldung nach seiner Meinung herabsetzende Behauptungen der durch die Ausführungsordnung gekennzeichneten Art, so kann das Internationale Büro solche Ausdrücke, Zeichnungen und Behauptungen von seinen Veröffentlichungen ausschließen; es gibt dabei die Stelle der Auslassung und die Zahl der ausgelassenen Wörter und Zeichnungen an und stellt auf Antrag einzelne Abschriften der ausgelassenen Stellen zur Verfügung.

Artikel 22

Übermittlung eines Exemplars und einer Übersetzung der Anmeldung sowie Gebührenzahlung an die Bestimmungsorte

(1) Der Anmelder muß jedem Bestimmungsort spätestens mit dem Ablauf von 20 Monaten seit dem Prioritätsdatum ein Exemplar der internationalen Anmeldung (soweit es nicht bereits gemäß Artikel 20 übermittelt worden ist) und eine Übersetzung der Anmeldung (wie vorgeschrieben) zu-leiten sowie die nationale Gebühr (falls eine solche erhoben wird) zahlen. Verlangt das nationale Recht des Bestimmungsstaats die Mitteilung des Namens des Erfinders und andere den Erfinder betreffende, vorgeschriebene Angaben, gestattet es jedoch, daß diese Angaben zu einem späteren Zeitpunkt als dem Zeitpunkt der Einreichung einer nationalen Anmeldung gemacht werden, so hat der Anmelder diese Angaben, wenn sie nicht bereits in dem Antrag enthalten sind, dem nationalen Amt des Staates oder dem für den Staat handelnden Amt spätestens bis zum Ablauf von 20 Monaten ab Prioritätsdatum zu übermitteln.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 beträgt die Frist für die Vornahme der in Absatz 1 dieses Artikels genannten Handlungen für den Fall, daß die Internationale Recherchenbehörde gemäß Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a erklärt, daß kein internationaler Recherchenbericht erstellt wird, zwei Monate nach der Mitteilung jener Erklärung an den Anmelder.

(3) Das nationale Recht kann für die Vornahme der in den Absätzen 1 oder 2 genannten Handlungen Fristen setzen, die später als die in diesen Absätzen bestimmten Fristen ablaufen.

Article 23

Delaying of National Procedure

(1) No designated Office shall process or examine the international application prior to the expiration of the applicable time limit under Article 22.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph (1), any designated Office may, on the express request of the applicant, process or examine the international application at any time.

Article 23

Suspension de la procédure nationale

1) Aucun office désigné ne traite ni n'examine la demande internationale avant l'expiration du délai applicable selon l'article 22.

2) Nonobstant les dispositions de l'alinéa 1), toute office désigné peut, sur requête expresse du déposant, traiter ou examiner en tout temps la demande internationale.

Artikel 23

Aussetzung des nationalen Verfahrens

(1) Ein Bestimmungsamt darf die internationale Anmeldung vor dem Ablauf der nach Artikel 22 maßgeblichen Frist nicht prüfen oder bearbeiten.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 kann jedes Bestimmungsamt auf ausdrücklichen Antrag des Anmelders die Bearbeitung oder Prüfung der internationalen Anmeldung jederzeit aufnehmen.

Article 24

Possible Loss of Effect in Designated States

(1) Subject, in case (ii) below, to the provisions of Article 25, the effect of the international application provided for in Article 11 (3) shall cease in any designated State with the same consequences as the withdrawal of any national application in that State:

- (i) if the applicant withdraws his international application or the designation of that State;
- (ii) if the international application is considered withdrawn by virtue of Articles 12 (3), 14 (1) (b), 14 (3) (a), or 14 (4), or if the designation of that State is considered withdrawn by virtue of Article 14 (3) (b);
- (iii) if the applicant fails to perform the acts referred to in Article 22 within the applicable time limit.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph (1), any designated Office may maintain the effect provided for in Article 11 (3) even where such effect is not required to be maintained by virtue of Article 25 (2).

Article 24

Perte possible des effets dans des États désignés

1) Sous réserve de l'article 25 dans le cas visé au point ii) ci-après, les effets de la demande internationale prévus à l'article 11.3) cessent dans tout État désigné et cette cessation a les mêmes conséquences que le retrait d'une demande nationale dans cet État:

- i) si le déposant retire sa demande internationale ou la désignation de cet État;
- ii) si la demande internationale est considérée comme retirée en raison des articles 12.3), 14.1) b), 14.3) a) ou 14.4), ou si la désignation de cet État est considérée comme retirée selon l'article 14.3) b);
- iii) si le déposant n'accomplit pas, dans le délai applicable, les actes mentionnés à l'article 22.

2) Nonobstant les dispositions de l'alinéa 1), tout office désigné peut maintenir les effets prévus à l'article 11.3) même lorsqu'il n'est pas exigé que de tels effets soient maintenus en raison de l'article 25. 2).

Artikel 24

Möglicher Verlust der Wirkung in den Bestimmungsstaaten

(1) Vorbehaltlich des Artikels 25 in den Fällen der Ziffer ii) endet die in Artikel 11 Absatz 3 vorgesehene Wirkung der internationalen Anmeldung in einem Bestimmungsstaat mit den gleichen Folgen wie die Zurücknahme einer nationalen Anmeldung,

- i) wenn der Anmelder seine internationale Anmeldung oder die Bestimmung dieses Staates zurücknimmt;
- ii) wenn die internationale Anmeldung auf Grund von Artikel 12 Absatz 3, Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe b, Artikel 14 Absatz 3 Buchstabe a oder Artikel 14 Absatz 4 oder die Bestimmungen dieses Staates auf Grund des Artikels 14 Absatz 3 Buchstabe b als zurückgenommen gilt;
- iii) wenn der Anmelder die in Artikel 22 genannten Handlungen nicht innerhalb der maßgeblichen Frist vornimmt.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 kann jedes Bestimmungsamt die in Artikel 11 Absatz 3 bestimmte Wirkung aufrechterhalten, auch wenn diese Wirkung auf Grund des Artikels 25 Absatz 2 nicht aufrechterhalten werden muß.

Article 25

Review By Designated Offices

(1) (a) Where the receiving Office has refused to accord an international filing date or has declared that the international application is considered withdrawn, or where the International Bureau has made a finding under Article 12 (3), the International Bureau shall promptly send, at the request of the applicant, copies of any document in the file to any of the designated Offices named by the applicant.

Article 25

Revision par des offices désignés

1) a) Lorsque l'office récepteur refuse d'accorder une date de dépôt internationale ou déclare que la demande internationale est considérée comme retirée, ou lorsque le Bureau international fait une constatation selon l'article 12.3), ce Bureau adresse à bref délai, sur requête du déposant, à tout office désigné indiqué par celui-ci, copie de tout document contenu dans le dossier.

Artikel 25

Nachprüfung durch die Bestimmungsämter

(1) a) Hat das Anmeldeamt die Zuerkennung eines internationalen Anmeldedatums abgelehnt oder hat es erklärt, daß die internationale Anmeldung als zurückgenommen gilt, oder hat das Internationale Büro eine Feststellung nach Artikel 12 Absatz 3 getroffen, so übersendet das Internationale Büro auf Antrag des Anmelders unverzüglich Kopien jedes bei den Akten befindlichen Schriftstücks an jedes vom Anmelder benannte Bestimmungsamt.

(b) Where the receiving Office has declared that the designation of any given State is considered withdrawn, the International Bureau shall promptly send, at the request of the applicant, copies of any document in the file to the national Office of such State.

(c) The request under subparagraphs (a) or (b) shall be presented within the prescribed time limit.

(2) (a) Subject to the provisions of subparagraph (b), each designated Office shall, provided that the national fee (if any) has been paid and the appropriate translation (as prescribed) has been furnished within the prescribed time limit, decide whether the refusal, declaration, or finding, referred to in paragraph (1) was justified under the provisions of this Treaty and the Regulations, and, if it finds that the refusal or declaration was the result of an error or omission on the part of the receiving Office or that the finding was the result of an error or omission on the part of the International Bureau, it shall, as far as effects in the State of the designated Office are concerned, treat the international application as if such error or omission had not occurred.

(b) Where the record copy has reached the International Bureau after the expiration of the time limit prescribed under Article 12 (3) on account of any error or omission on the part of the applicant, the provisions of subparagraph (a) shall apply only under the circumstances referred to in Article 48 (2).

Article 26

Opportunity to Correct Before Designated Offices

No designated Office shall reject an international application on the grounds of non-compliance with the requirements of this Treaty and the Regulations without first giving the applicant the opportunity to correct the said application to the extent and according to the procedure provided by the national law for the same or comparable situations in respect of national applications.

Article 27

National Requirements

(1) No national law shall require compliance with requirements relating to the form or contents of the international application different from or additional to those which are provided

b) Lorsque l'office récepteur déclare que la désignation d'un État est considérée comme retirée, le Bureau international, sur requête du requérant, adresse à bref délai à l'office national de cet État copie de tout document contenu dans le dossier.

c) Les requêtes fondées sur les sous-alinéas a) ou b) doivent être présentées dans le délai prescrit.

2) a) Sous réserve des dispositions du sous-alinéa b), tout office désigné, si la taxe nationale (le cas échéant) a été payée et si la traduction appropriée (telle qu'elle est prescrite) a été remise dans le délai prescrit, décide si le refus, la déclaration ou la constatation mentionnés à l'alinéa 1) étaient justifiés au sens du présent traité et du règlement d'exécution; s'il constate que le refus ou la déclaration est le résultat d'une erreur ou d'une omission de l'office récepteur, ou que la constatation est le résultat d'une erreur ou d'une omission du Bureau international, il traite la demande internationale, pour ce qui concerne ses effets dans l'État de l'office désigné, comme si une telle erreur ou omission ne s'était pas produite.

b) Lorsque l'exemplaire original parvient au Bureau international après l'expiration du délai prescrit à l'article 12.3) en raison d'une erreur ou d'une omission du déposant, le sous-alinéa a) ne s'applique que dans les circonstances mentionnées à l'article 48.2).

Article 26

Occasion de corriger auprès des offices désignés

Aucun office désigné ne peut rejeter une demande internationale pour le motif que cette dernière ne remplit pas les conditions du présent traité et du règlement d'exécution sans donner d'abord au déposant l'occasion de corriger ladite demande dans la mesure et selon la procédure prévues par la législation nationale pour des situations identiques ou comparables se présentant à propos de demandes nationales.

Article 27

Exigences nationales

1) Aucune législation nationale ne peut exiger que la demande internationale satisfasse, quant à sa forme ou son contenu, à des exigences différentes de celles qui sont prévues

b) Hat das Anmeldeamt erklärt, daß die Bestimmung eines Staates als zurückgenommen gilt, so übersendet das Internationale Büro auf Antrag des Anmelders unverzüglich Kopien jedes bei den Akten befindlichen Schriftstücks an das nationale Amt dieses Staates.

c) Der Antrag nach Buchstabe a oder b ist innerhalb der vorgeschriebenen Frist zu stellen.

(2) a) Vorbehaltlich des Buchstaben b trifft jedes Bestimmungsamt, vorausgesetzt, daß innerhalb der vorgeschriebenen Frist die nationale Gebühr (falls sie erhoben wird) bezahlt und eine geeignete Übersetzung (wie vorgeschrieben) übermittelt worden ist, eine Entscheidung darüber, ob die Ablehnung, die Erklärung oder die Feststellung, auf die sich Absatz 1 bezieht, nach diesem Vertrag und der Ausführungsordnung zu Recht getroffen worden sind; stellt es fest, daß die Ablehnung oder die Erklärung auf eine versehentliche Maßnahme oder Unterlassung des Anmeldeamts, beziehungsweise die Feststellung auf eine versehentliche Maßnahme oder Unterlassung des Internationalen Büros zurückzuführen sind, so behandelt es die internationale Anmeldung, was die Wirkungen in dem Staat dieses Bestimmungsamts betrifft, so, als wäre das Versehen nicht vorgekommen.

b) Hat das Internationale Büro das Aktenexemplar wegen einer versehentlichen Maßnahme oder Unterlassung des Anmelders erst nach Ablauf der in Artikel 12 Absatz 3 genannten Frist erhalten, so greifen die Vorschriften des Buchstaben a nur unter den in Artikel 48 Absatz 2 genannten Bedingungen ein.

Artikel 26

Möglichkeit der Berichtigung vor den Bestimmungsämtern

Ein Bestimmungsamt darf eine internationale Anmeldung wegen Nichtbeachtung von Vorschriften dieses Vertrags oder der Ausführungsordnung nicht zurückweisen, ohne dem Anmelder zuvor Gelegenheit zu geben, die Anmeldung in dem nach dem nationalen Recht für vergleichbare Fälle bei nationalen Anmeldungen vorgesehenen Umfang und Verfahren zu berichtigen.

Artikel 27

Nationale Erfordernisse

(1) Das nationale Recht darf hinsichtlich Form und Inhalt der internationalen Anmeldung nicht die Erfüllung anderer Erfordernisse verlangen, als sie im Vertrag und der Ausführungsordnung vorgesehen sind.

ed for in this Treaty and the Regulations.

(2) The provisions of paragraph (1) neither affect the application of the provisions of Article 7 (2) nor preclude any national law from requiring, once the processing of the international application has started in the designated Office, the furnishing:

(i) when the applicant is a legal entity, of the name of an officer entitled to represent such legal entity,

(ii) of documents not part of the international application but which constitute proof of allegations or statements made in that application, including the confirmation of the international application by the signature of the applicant when that application, as filed, was signed by his representative or agent.

(3) Where the applicant, for the purposes of any designated State, is not qualified according to the national law of that State to file a national application because he is not the inventor, the international application may be rejected by the designated Office.

(4) Where the national law provides, in respect of the form or contents of national applications, for requirements which, from the viewpoint of applicants, are more favorable than the requirements provided for by this Treaty and the Regulations in respect of international applications, the national Office, the courts and any other competent organs of or acting for the designated State may apply the former requirements, instead of the latter requirements, to international applications, except where the applicant insists that the requirements provided for by this Treaty and the Regulations be applied to his international application.

(5) Nothing in this Treaty and the Regulations is intended to be construed as prescribing anything that would limit the freedom of each Contracting State to prescribe such substantive conditions of patentability as it desires. In particular, any provision in this Treaty and the Regulations concerning the definition of prior art is exclusively for the purposes of the international procedure and, consequently, any Contracting State is free to apply, when determining the patentability of an invention claimed in an international application, the criteria of its national law in respect

dans le présent traité et dans le règlement d'exécution ou à des exigences supplémentaires.

2) Les dispositions de l'alinéa 1) ne sauraient affecter l'application de l'article 7.2) ni empêcher aucune législation nationale d'exiger, une fois que le traitement de la demande internationale a commencé au sein de l'office désigné:

i) lorsque le déposant est une personne morale, l'indication du nom d'un dirigeant de cette dernière autorisé à la représenter;

ii) la remise de documents qui n'appartiennent pas à la demande internationale mais qui constituent la preuve d'allégations ou de déclarations figurant dans cette demande, y compris la confirmation de la demande internationale par signature du déposant lorsque cette demande, telle qu'elle avait été déposée, était signée de son représentant ou de son mandataire.

3) Lorsque le déposant, aux fins de tout État désigné, n'a pas qualité selon la législation nationale de cet État pour procéder au dépôt d'une demande nationale pour la raison qu'il n'est pas l'inventeur, la demande internationale peut être rejetée par l'office désigné.

4) Lorsque la législation nationale prévoit, pour ce qui concerne la forme ou le contenu des demandes nationales, des exigences qui, du point de vue des déposants, sont plus favorables que celles que prévoient le présent traité et le règlement d'exécution pour les demandes internationales, l'office national, les tribunaux et tous autres organes compétents de l'État désigné ou agissant pour ce dernier peuvent appliquer les premières exigences, en lieu et place des dernières, aux demandes internationales, sauf si le déposant requiert que les exigences prévues par le présent traité et par le règlement d'exécution soient appliquées à sa demande internationale.

5) Rien dans le présent traité ni dans le règlement d'exécution ne peut être compris comme pouvant limiter la liberté d'aucun État contractant de prescrire toutes conditions matérielles de brevetabilité qu'il désire. En particulier, toute disposition du présent traité et du règlement d'exécution concernant la définition de l'état de la technique doit s'entendre exclusivement aux fins de la procédure internationale; par conséquent, tout État contractant est libre d'appliquer, lorsqu'il détermine la brevetabilité d'une invention faisant l'objet d'une demande internationale, les critères de sa

rungsordnung vorgesehen sind, oder zusätzliche Anforderungen stellen.

(2) Absatz 1 steht weder der Anwendung des Artikels 7 Absatz 2 entgegen noch hindert er einen Staat daran, in seinem nationalen Recht nach dem Beginn der Bearbeitung der internationalen Anmeldung in dem Bestimmungsamt zu verlangen:

i) wenn der Anmelder eine juristische Person ist, die Angabe des Namens eines Verantwortlichen, der berechtigt ist, diese juristische Person zu vertreten,

ii) die Vorlage von Unterlagen, die nicht Bestandteile der internationalen Anmeldung sind, zum Beweis der Richtigkeit von Behauptungen und Erklärungen, einschließlich der Bestätigung der internationalen Anmeldung durch die Unterschrift des Anmelders, wenn die Anmeldung bei ihrer Einreichung von einem Vertreter oder Anwalt unterzeichnet worden war.

(3) Wenn der Anmelder für die Zwecke eines Bestimmungsstaats in bezug auf das nationale Recht dieses Staates mangels Erfindereigenschaft nicht berechtigt ist, eine nationale Anmeldung einzureichen, so kann die internationale Anmeldung vom Bestimmungsamt zurückgewiesen werden.

(4) Enthält das nationale Recht eines Bestimmungsstaats in bezug auf Form und Inhalt nationaler Anmeldungen Vorschriften, die aus der Sicht des Anmelders milder sind, als die in diesem Vertrag und in der Ausführungsordnung enthaltenen Vorschriften in bezug auf internationale Anmeldungen, so können das nationale Amt, die Gerichte und andere zuständige Stellen dieses Staates sowie die für diesen Staat handelnden Stellen auf internationale Anmeldungen die zuerst genannten Vorschriften statt der zuletzt genannten anwenden, sofern der Anmelder nicht darauf besteht, daß die Vorschriften dieses Vertrags und der Ausführungsordnung auf seine internationale Anmeldung angewendet werden.

(5) Der Vertrag und die Ausführungsordnung können nicht dahin verstanden werden, daß sie die Freiheit eines Vertragsstaats zur freien Bestimmung der materiellen Voraussetzungen der Patentfähigkeit einschränken. Insbesondere dient jede den Begriff des Standes der Technik betreffende Vorschrift dieses Vertrags und der Ausführungsordnung ausschließlich den Zwecken des internationalen Verfahrens, und es steht demzufolge jedem Vertragsstaat bei der Prüfung der Patentfähigkeit einer den Gegenstand einer internationalen Anmeldung bildenden Erfindung frei,

of prior art and other conditions of patentability not constituting requirements as to the form and contents of applications.

(6) The national law may require that the applicant furnish evidence in respect of any substantive condition of patentability prescribed by such law.

(7) Any receiving Office or, once the processing of the international application has started in the designated Office, that Office may apply the national law as far as it relates to any requirement that the applicant be represented by an agent having the right to represent applicants before the said Office and/or that the applicant have an address in the designated State for the purpose of receiving notifications.

(8) Nothing in this Treaty and the Regulations is intended to be construed as limiting the freedom of any Contracting State to apply measures deemed necessary for the preservation of its national security or to limit, for the protection of the general economic interests of that State, the right of its own residents or nationals to file international applications.

Article 28

Amendment of the Claims, the Description, and the Drawings, Before Designated Offices

(1) The applicant shall be given the opportunity to amend the claims, the description, and the drawings, before each designated Office within the prescribed time limit. No designated Office shall grant a patent, or refuse the grant of a patent, before such time limit has expired except with the express consent of the applicant.

(2) The amendments shall not go beyond the disclosure in the international application as filed unless the national law of the designated State permits them to go beyond the said disclosure.

(3) The amendments shall be in accordance with the national law of the designated State in all respects not provided for in this Treaty and the Regulations.

législation nationale relatifs à l'état de la technique et d'autres conditions de brevetabilité qui ne constituent pas des exigences relatives à la forme et au contenu des demandes.

6) La législation nationale peut exiger du déposant qu'il fournisse des preuves quant à toute condition de droit matériel de brevetabilité qu'elle prescrit.

7) Tout office récepteur, de même que tout office désigné qui a commencé à traiter la demande internationale, peut appliquer toute disposition de sa législation nationale relative à la représentation obligatoire du déposant par un mandataire habilité auprès de cet office et à l'indication obligatoire d'une adresse de service dans l'État désigné aux fins de la réception de notifications.

8) Rien dans le présent traité ni dans le règlement d'exécution ne peut être compris comme pouvant limiter la liberté d'aucun État contractant d'appliquer les mesures qu'il considère nécessaires en matière de défense nationale ou de limiter, pour protéger ses intérêts économiques, le droit de ses nationaux ou des personnes qui sont domiciliées sur son territoire de déposer des demandes internationales.

Article 28

Modification des revendications, de la description et des dessins auprès des offices désignés

1) Le déposant doit avoir l'occasion de modifier les revendications, la description et les dessins, dans le délai prescrit, auprès de chaque office désigné. Aucun office désigné ne peut délivrer de brevet ni refuser d'en délivrer avant l'expiration de ce délai, sauf accord exprès du déposant.

2) Les modifications ne doivent pas aller au-delà de l'exposé de l'invention qui figure dans la demande internationale telle qu'elle a été déposée, sauf si la législation nationale de l'État désigné le permet expressément.

3) Les modifications doivent être conformes à la législation nationale de l'État désigné pour tout ce qui n'est pas fixé par le présente traité ou par le règlement d'exécution.

die Begriffe des Standes der Technik und anderer Bedingungen der Patentfähigkeit, sofern sie nicht Form und Inhalt von Anmeldungen betreffen, so anzuwenden, wie sie nach seinem Recht verstanden werden.

(6) Nach dem nationalen Recht kann verlangt werden, daß der Anmelder für jede nach dem nationalen Recht dieses Staates vorgeschriebene materielle Voraussetzung der Patentfähigkeit Beweis erbringt.

(7) Jedes Anmeldeamt und — nach Beginn der Bearbeitung der internationalen Anmeldung in einem Bestimmungsstaat — jedes Bestimmungsamt können das nationale Recht anwenden, soweit dieses verlangt, daß der Anmelder durch einen zur Vertretung vor diesem Amt befugten Anwalt vertreten ist und gegebenenfalls für den Empfang von Mitteilungen eine Anschrift in dem Bestimmungsstaat angibt.

(8) Der Vertrag und die Ausführungsordnung können nicht dahin verstanden werden, daß sie die Freiheit eines Vertragsstaats beeinträchtigen, die notwendigen Maßnahmen zum Schutz seiner nationalen Sicherheit zu ergreifen oder im Interesse des Schutzes seiner allgemeinen wirtschaftlichen Interessen das Recht seiner eigenen Staatsangehörigen oder Personen mit Sitz oder Wohnsitz in diesem Staat zur Einreichung internationaler Anmeldungen einzuschränken.

Artikel 28

Änderung der Ansprüche, der Beschreibung und der Zeichnungen im Verfahren vor den Bestimmungsämtern

(1) Dem Anmelder muß die Möglichkeit gegeben werden, die Ansprüche, die Beschreibung und die Zeichnungen im Verfahren vor dem Bestimmungsamt innerhalb der vorgeschriebenen Frist zu ändern. Kein Bestimmungsamt darf ohne Zustimmung des Anmelders ein Patent erteilen oder die Erteilung eines Patents ablehnen, bevor diese Frist abgelaufen ist.

(2) Die Änderungen dürfen nicht über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung im Anmeldezeitpunkt hinausgehen, sofern es das nationale Recht des Bestimmungsstaats nicht zuläßt, daß sie darüber hinausgehen.

(3) Soweit der Vertrag und die Ausführungsordnung keine ausdrückliche Regelung treffen, müssen die Änderungen in jeder Hinsicht dem nationalen Recht des Bestimmungsstaats entsprechen.

(4) Where the designated Office requires a translation of the international application, the amendments shall be in the language of the translation.

Article 29

Effects of the International Publication

(1) As far as the protection of any rights of the applicant in a designated State is concerned, the effects, in that State, of the international publication of an international application shall, subject to the provisions of paragraphs (2) to (4), be the same as those which the national law of the designated State provides for the compulsory national publication of unexamined national applications as such.

(2) If the language in which the international publication has been effected is different from the language in which publications under the national law are effected in the designated State, the said national law may provide that the effects provided for in paragraph (1) shall be applicable only from such time as:

- (i) a translation into the latter language has been published as provided by the national law, or
- (ii) a translation into the latter language has been made available to the public, by laying open for public inspection as provided by the national law, or
- (iii) a translation into the latter language has been transmitted by the applicant to the actual or prospective unauthorized user of the invention claimed in the international application, or
- (iv) both the acts described in (i) and (iii), or both the acts described in (ii) and (iii), have taken place.

(3) The national law of any designated State may provide that, where the international publication has been effected, on the request of the applicant, before the expiration of 18 months from the priority date, the effects provided for in paragraph (1) shall be applicable only from the expiration of 18 months from the priority date.

(4) The national law of any designated State may provide that the effects provided for in paragraph (1) shall be applicable only from the date on which a copy of the international application as published under Article 21 has been received in the na-

4) Lorsque l'office désigné exige une traduction de la demande internationale, les modifications doivent être établies dans la langue de la traduction.

Article 29

Effets de la publication internationale

1) Pour ce qui concerne la protection de tout droit du déposant dans un État désigné, la publication internationale d'une demande internationale a, dans cet État, sous réserve des dispositions des alinéas 2) à 4), les mêmes effets que ceux qui sont attachés par la législation nationale de cet État à la publication nationale obligatoire de demandes nationales non examinées comme telles.

2) Si la langue de la publication internationale diffère de celle des publications requises par la législation nationale de l'État désigné, ladite législation nationale peut prévoir que les effets prévus à l'alinéa 1) ne se produisent qu'à partir de la date où:

- i) une traduction dans cette dernière langue est publiée conformément à la législation nationale; ou
- ii) une traduction dans cette dernière langue est mise à la disposition du public pour inspection, conformément à la législation nationale; ou
- iii) une traduction dans cette dernière langue est transmise par le déposant à l'utilisateur non autorisé, effectif ou éventuel, de l'invention faisant l'objet de la demande internationale; ou
- iv) les deux actes visés aux points i) et iii), ou les deux actes visés aux points ii) et iii), ont été accomplis.

3) La législation nationale de tout État désigné peut prévoir que, lorsque la publication internationale a été effectuée, sur requête du déposant, avant l'expiration d'un délai de dix-huit mois à compter de la date de priorité, les effets prévus à l'alinéa 1) ne se produisent qu'à partir de l'expiration d'un délai de dix-huit mois à compter de la date de priorité.

4) La législation nationale de tout État désigné peut prévoir que les effets prévus à l'alinéa 1) ne se produisent qu'à partir de la date de réception, par son office national ou par l'office agissant pour cet État, d'un exemplaire de la publication, effec-

(4) Verlangt das Bestimmungsamt eine Übersetzung der internationalen Anmeldung, so müssen die Änderungen in der Sprache der Übersetzung eingereicht werden.

Artikel 29

Die Wirkungen der internationalen Veröffentlichung

(1) Die Wirkungen der internationalen Veröffentlichung einer internationalen Anmeldung sind, was den Schutz der Rechte des Anmelders in einem Bestimmungsstaat betrifft, vorbehaltlich der Absätze 2 bis 4 die gleichen, wie sie nach dem nationalen Recht dieses Bestimmungsstaats der gesetzlich vorgeschriebenen inländischen Veröffentlichung einer ungeprüften nationalen Anmeldung zukommen.

(2) Unterscheidet sich die Sprache, in der die internationale Veröffentlichung erfolgt ist, von der Sprache, in welcher nationale Anmeldungen in einem Bestimmungsstaat veröffentlicht werden, so kann das nationale Recht dieses Staates bestimmen, daß die in Absatz 1 vorgesehene Wirkung erst von dem Zeitpunkt an eintritt, an dem:

- i) eine Übersetzung in die letztgenannte Sprache nach den Bestimmungen des nationalen Rechts veröffentlicht worden ist oder
- ii) eine Übersetzung in die letztgenannte Sprache der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen des nationalen Rechts durch Offenlegung zur Einsichtnahme zugänglich gemacht worden ist oder
- iii) eine Übersetzung in die letztgenannte Sprache vom Anmelder einem tatsächlichen oder mutmaßlichen unberechtigten Benutzer der Erfindung, die Gegenstand der internationalen Anmeldung ist, übermittelt worden ist oder
- iv) die beiden unter Ziffer i und iii oder die beiden unter Ziffern ii und iii angegebenen Maßnahmen getroffen worden sind.

(3) Das nationale Recht jedes Bestimmungsstaats kann vorschreiben, daß dann, wenn die internationale Veröffentlichung auf Antrag des Anmelders vor dem Ablauf von 18 Monaten seit dem Prioritätsdatum durchgeführt worden ist, die in Absatz 1 genannten Wirkungen erst mit dem Ablauf von 18 Monaten seit dem Prioritätsdatum eintreten.

(4) Im nationalen Recht eines Bestimmungsstaats kann vorgesehen werden, daß die Wirkung nach Absatz 1 erst von dem Zeitpunkt an eintritt, zu dem das nationale Amt oder das für diesen Staat handelnde Amt ein Exemplar der nach Artikel 21 ver-

tional Office of or acting for such State. The said Office shall publish the date of receipt in its gazette as soon as possible.

Article 30

Confidential Nature of the International Application

(1) (a) Subject to the provisions of subparagraph (b), the International Bureau and the International Searching Authorities shall not allow access by any person or authority to the international application before the international publication of that application, unless requested or authorized by the applicant.

(b) The provisions of subparagraph (a) shall not apply to any transmittal to the competent International Searching Authority, to transmittals provided for under Article 13, and to communications provided for under Article 20.

(2) (a) No national Office shall allow access to the international application by third parties, unless requested or authorized by the applicant, before the earliest of the following dates:

- (i) date of the international publication of the international application;
- (ii) date of the receipt of the communication of the international application under Article 20,
- (iii) date of the receipt of a copy of the international application under Article 22.

(b) The provisions of subparagraph (a) shall not prevent any national Office from informing third parties that it has been designated, or from publishing that fact. Such information or publication may, however, contain only the following data: identification of the receiving Office, name of the applicant, international filing date, international application number, and title of the invention.

(c) The provisions of subparagraph (a) shall not prevent any designated Office from allowing access to the international application for the purposes of the judicial authorities.

(3) The provisions of paragraph (2) (a) shall apply to any receiving Office except as far as transmittals provided for under Article 12 (1) are concerned.

(4) For the purposes of this Article, the term "access" covers any means by which third parties may acquire cognizance, including individual communication and general publication, provided, however, that no national Office shall generally publish an international application or its translation before the international publica-

tuée conformément à l'article 21, de la demande internationale. Cet office publie, dès que possible, la date de réception dans sa gazette.

Article 30

Caractère confidentiel de la demande internationale

1) a) Sous réserve du sous-alinéa b), le Bureau international et les administrations chargées de la recherche internationale ne doivent permettre à aucune personne ou administration d'avoir accès à la demande internationale avant sa publication internationale, sauf requête ou autorisation du déposant.

b) Le sous-alinéa a) ne s'applique pas aux transmissions à l'administration compétente chargée de la recherche internationale, aux transmissions prévues à l'article 13 ni aux communications prévues à l'article 20.

2) a) Aucun office national ne peut permettre à des tiers d'avoir accès à la demande internationale, sauf requête ou autorisation du déposant, avant celle des dates suivantes qui interviennent la première:

- i) date de la publication internationale de la demande internationale;
- ii) date de réception de la communication de la demande internationale selon l'article 20;
- iii) date de réception d'une copie de la demande internationale selon l'article 22.

b) Le sous-alinéa a) ne saurait empêcher un office national d'informer des tiers qu'il a été désigné, ni de publier ce fait. Une telle information ou publication ne peut toutefois contenir que les indications suivantes: identification de l'office récepteur, nom du déposant, date du dépôt international, numéro de la demande internationale et titre de l'invention.

c) Le sous-alinéa a) ne saurait empêcher un office désigné de permettre aux autorités judiciaires d'avoir accès à la demande internationale.

3) L'alinéa 2) a) s'applique à tout office récepteur, sauf pour les transmissions prévues à l'article 12. 1).

4) Au sens du présent article, l'expression «avoir accès» comprend tout moyen par lequel des tiers peuvent prendre connaissance, et comprend donc la communication individuelle et la publication générale; toutefois, aucun office national ne peut publier une demande internationale ou sa traduction avant la publication inter-

öffentlichen internationalen Anmeldung erhalten hat. Das genannte Amt veröffentlicht das Empfangsdatum in seinem Blatt so früh wie möglich.

Artikel 30

Vertraulicher Charakter einer internationalen Anmeldung

(1) a) Außer mit Zustimmung oder auf Antrag des Anmelders dürfen, vorbehaltlich des Buchstaben b), das Internationale Büro und die Internationalen Recherchenbehörden keiner Person oder Behörde Einsicht in eine internationale Anmeldung gewähren, bevor die internationale Veröffentlichung der Anmeldung erfolgt ist.

b) Buchstabe a ist auf Übermittlungen an die zuständige Internationale Recherchenbehörde sowie auf Übermittlungen nach Artikel 13 und nach Artikel 20 nicht anzuwenden.

(2) a) Kein nationales Amt gewährt Dritten ohne Antrag oder Genehmigung des Anmelders Einsicht in die internationale Anmeldung vor dem frühesten der nachstehend angegebenen Zeitpunkte:

- i) dem Zeitpunkt der internationalen Veröffentlichung der internationalen Anmeldung,
- ii) dem Zeitpunkt des Eingangs der Übermittlung der internationalen Anmeldung nach Artikel 20,
- iii) dem Zeitpunkt des Eingangs eines Exemplars der internationalen Anmeldung nach Artikel 22.

b) Buchstabe a hindert kein nationales Amt, Dritte davon zu unterrichten, daß es bestimmt worden ist, oder diese Tatsache zu veröffentlichen. Diese Mitteilungen und Veröffentlichungen dürfen jedoch nur folgende Angaben enthalten: Nennung des Anmeldeamts, Name des Anmelders, internationales Anmeldedatum, internationales Aktenzeichen und Bezeichnung der Erfindung.

c) Buchstabe a hindert kein Bestimmungsamt, Gerichtsbehörden Einsicht in die internationale Anmeldung zu gestatten.

(3) Absatz 2 Buchstabe a gilt für jedes Anmeldeamt, sofern es sich nicht um Übermittlungen nach Artikel 12 Absatz 1 handelt.

(4) Im Sinne dieses Artikels umfaßt der Begriff „Einsichtnahme“ alle Möglichkeiten für Dritte, Kenntnis zu erlangen, einschließlich persönlicher Mitteilungen und allgemeiner Veröffentlichungen; jedoch darf kein nationales Amt eine internationale Anmeldung oder eine Übersetzung dieser Anmeldung allgemein veröffentlichen,

tion or, if international publication has not taken place by the expiration of 20 months from the priority date, before the expiration of 20 months from the said priority date.

Chapter II International Preliminary Examination

Article 31 Demand for International Preliminary Examination

(1) On the demand of the applicant, his international application shall be the subject of an international preliminary examination as provided in the following provisions and the Regulations.

(2) (a) Any applicant who is a resident or national, as defined in the Regulations, of a Contracting State bound by Chapter II, and whose international application has been filed with the receiving Office of or acting for such State, may make a demand for international preliminary examination.

(b) The Assembly may decide to allow persons entitled to file international applications to make a demand for international preliminary examination even if they are residents or nationals of a State not party to this Treaty or not bound by Chapter II.

(3) The demand for international preliminary examination shall be made separately from the international application. The demand shall contain the prescribed particulars and shall be in the prescribed language and form.

(4) (a) The demand shall indicate the Contracting State or States in which the applicant intends to use the results of the international preliminary examination ("elected States"). Additional Contracting States may be elected later. Election may relate only to Contracting States already designated under Article 4.

(b) Applicants referred to in paragraph (2) (a) may elect any Contracting State bound by Chapter II. Applicants referred to in paragraph (2) (b) may elect only such Contract-

nationale ou avant l'expiration d'un délai de vingt mois à compter de la date de priorité si la publication internationale n'a pas eu lieu à l'expiration de ce délai.

Chapitre II Examen préliminaire international

Article 31 Demande d'examen préliminaire international

1) Sur demande du déposant, la demande internationale fait l'objet d'un examen préliminaire international conformément aux dispositions ci-après et au règlement d'exécution.

2) a) Tout déposant qui, au sens du règlement d'exécution, est domicilié dans un État contractant lié par le chapitre II ou est le national d'un tel État et dont la demande internationale a été déposée auprès de l'office récepteur de cet État ou agissant pour le compte de cet État, peut présenter une demande d'examen préliminaire international.

b) L'Assemblée peut décider de permettre aux personnes autorisées à déposer des demandes internationales de présenter des demandes d'examen préliminaire international même si elles sont domiciliées dans un État non contractant ou non lié par le chapitre II ou ont la nationalité d'un tel État.

3) La demande d'examen préliminaire international doit être établie indépendamment de la demande internationale. Elle doit contenir les indications prescrites et être établie dans la langue et dans la forme prescrites.

4) a) La demande d'examen préliminaire international doit indiquer celui ou ceux des États contractants où le déposant a l'intention d'utiliser les résultats de l'examen préliminaire international («États élus»). Des États contractants additionnels peuvent être élus ultérieurement. Les élections ne peuvent porter que sur des États contractants déjà désignés conformément à l'article 4.

b) Les déposants visés à l'alinéa 2) a) peuvent élire tout État contractant lié par le chapitre II. Les déposants visés à l'alinéa 2) b) ne peuvent élire que les États contractants

bevor die internationale Veröffentlichung erfolgt ist oder, wenn die internationale Veröffentlichung bei Ablauf von 20 Monaten ab Prioritätsdatum noch nicht stattgefunden hat, vor Ablauf von 20 Monaten nach diesem Prioritätsdatum.

Kapitel II Die internationale vorläufige Prüfung

Artikel 31 Antrag auf internationale vorläufige Prüfung

(1) Auf Antrag des Anmelders erfolgt eine internationale vorläufige Prüfung der Anmeldung nach Maßgabe der folgenden Vorschriften und der Ausführungsordnung.

(2) a) Jeder Anmelder, der im Sinne der Ausführungsordnung seinen Sitz oder Wohnsitz in einem Vertragsstaat hat oder Staatsangehöriger eines Vertragsstaats ist, für den Kapitel II verbindlich ist, und dessen internationale Anmeldung bei dem Anmeldeamt dieses Staates oder dem für diesen Staat handelnden Anmeldeamt eingereicht worden ist, kann einen Antrag auf internationale vorläufige Prüfung stellen.

b) Die Versammlung kann durch Beschluß zur Einreichung internationaler Anmeldungen befugten Personen gestatten, einen Antrag auf internationale vorläufige Prüfung zu stellen, auch wenn sie in einem Staat ihren Sitz oder Wohnsitz haben oder Angehörige eines Staates sind, der nicht Mitglied dieses Vertrags ist oder für den Kapitel II nicht verbindlich ist.

(3) Der Antrag auf internationale vorläufige Prüfung ist gesondert von der internationalen Anmeldung zu stellen. Der Antrag hat die vorgeschriebenen Angaben zu enthalten und muß in der vorgeschriebenen Sprache und Form abgefaßt sein.

(4) a) In dem Antrag sind die Vertragsstaaten anzugeben, in denen der Anmelder die Ergebnisse der internationalen vorläufigen Prüfung verwenden will („ausgewählte Staaten“). Weitere Vertragsstaaten können nachträglich ausgewählt werden. Die Auswahl kann sich nur auf solche Vertragsstaaten beziehen, die nach Artikel 4 bereits Bestimmungsstaaten sind.

b) Die in Absatz 2 Buchstabe a) genannten Anmelder können jeden Vertragsstaat, für den Kapitel II verbindlich ist, auswählen. Die in Absatz 2 Buchstabe b) genannten An-

ing States bound by Chapter II as have declared that they are prepared to be elected by such applicants.

(5) The demand shall be subject to the payment of the prescribed fees within the prescribed time limit.

(6) (a) The demand shall be submitted to the competent International Preliminary Examining Authority referred to in Article 32.

(b) Any later election shall be submitted to the International Bureau.

(7) Each elected Office shall be notified of its election.

Article 32

The International Preliminary Examining Authority

(1) International preliminary examination shall be carried out by the International Preliminary Examining Authority.

(2) In the case of demands referred to in Article 31 (2) (a), the receiving Office, and, in the case of demands referred to in Article 31 (2) (b), the Assembly, shall, in accordance with the applicable agreement between the interested International Preliminary Examining Authority or Authorities and the International Bureau, specify the International Preliminary Examining Authority or Authorities competent for the preliminary examination.

(3) The provisions of Article 16 (3) shall apply, mutatis mutandis, in respect of International Preliminary Examining Authorities.

Article 33

The International Preliminary Examination

(1) The objective of the international preliminary examination is to formulate a preliminary and non-binding opinion on the questions whether the claimed invention appears to be novel, to involve an inventive step (to be non-obvious), and to be industrially applicable.

(2) For the purposes of the international preliminary examination, a claimed invention shall be considered

liés par le chapitre II qui se sont déclarés disposés à être élus par de tels déposants.

5) La demande d'examen préliminaire international donne lieu au paiement des taxes prescrites dans le délai prescrit.

6) a) La demande d'examen préliminaire international doit être présentée à l'administration compétente chargée de l'examen préliminaire international mentionnée à l'article 32.

b) Toute élection ultérieure doit être soumise au Bureau international.

7) Chaque office élu reçoit notification de son élection.

Article 32

Administration chargée de l'examen préliminaire international

1) L'examen préliminaire international est effectué par l'administration chargée de l'examen préliminaire international.

2) Pour les demandes d'examen préliminaire international visées à l'article 31. 2) a) et à l'article 31. 2) b), l'office récepteur ou l'Assemblée, respectivement, précise, conformément aux dispositions de l'accord applicable conclu entre l'administration ou les administrations intéressées chargées de l'examen préliminaire international et le Bureau international, celle ou celles de ces administrations qui seront compétentes pour procéder à l'examen préliminaire.

3) Les dispositions de l'article 16. 3) s'appliquent, mutatis mutandis, aux administrations chargées de l'examen préliminaire international.

Article 33

Examen préliminaire international

1) L'examen préliminaire international a pour objet de formuler une opinion préliminaire et sans engagement sur les questions de savoir si l'invention dont la protection est demandée semble être nouvelle, impliquer une activité inventive (n'être pas évidente) et être susceptible d'application industrielle.

2) Aux fins de l'examen préliminaire international, l'invention dont la protection est demandée est considérée

melder können nur solche Vertragsstaaten, für die Kapitel II verbindlich ist, auswählen, die eine Erklärung abgegeben haben, daß sie bereit sind, von diesen Anmeldern ausgewählt zu werden.

(5) Für den Antrag sind die vorgeschriebenen Gebühren innerhalb der vorgeschriebenen Frist zu zahlen.

(6) a) Der Antrag ist bei der in Artikel 32 genannten zuständigen mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde einzureichen.

b) Jede nachträgliche Auswahlerklärung ist beim Internationalen Büro einzureichen.

(7) Jedes ausgewählte Amt ist über seine Benennung als ausgewähltes Amt zu benachrichtigen.

Artikel 32

Die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde

(1) Die internationale vorläufige Prüfung wird durch die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde durchgeführt.

(2) Für die in Artikel 31 Absatz 2 Buchstabe a genannten Anträge bestimmt das Anmeldeamt, für die in Artikel 31 Absatz 2 Buchstabe b genannten Anträge bestimmt die Versammlung die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde oder beauftragten Behörden, die für die vorläufige Prüfung zuständig sind, in Übereinstimmung mit der anwendbaren Vereinbarung zwischen der interessierten mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde oder den interessierten mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörden und dem Internationalen Büro.

(3) Artikel 16 Absatz 3 ist sinngemäß auf die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörden anzuwenden.

Artikel 33

Die internationale vorläufige Prüfung

(1) Gegenstand der internationalen vorläufigen Prüfung ist die Erstellung eines vorläufigen und nicht bindenden Gutachtens darüber, ob die beanspruchte Erfindung als neu, auf erfinderischer Tätigkeit beruhend (nicht offensichtlich) und gewerblich anwendbar anzusehen ist.

(2) Für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung gilt eine beanspruchte Erfindung als neu, wenn

novel if it is not anticipated by the prior art as defined in the Regulations.

(3) For the purposes of the international preliminary examination a claimed invention shall be considered to involve an inventive step if, having regard to the prior art as defined in the Regulations, it is not, at the prescribed relevant date, obvious to a person skilled in the art.

(4) For the purposes of the international preliminary examination, a claimed invention shall be considered industrially applicable if, according to its nature, it can be made or used (in the technological sense) in any kind of industry. "Industry" shall be understood in its broadest sense, as in the Paris Convention for the Protection of Industrial Property.

(5) The criteria described above merely serve the purposes of international preliminary examination. Any Contracting State may apply additional or different criteria for the purposes of deciding whether, in that State, the claimed invention is patentable or not.

(6) The international preliminary examination shall take into consideration all the documents cited in the international search report. It may take into consideration any additional documents considered to be relevant in the particular case.

Article 34

Procedure Before the International Preliminary Examining Authority

(1) Procedure before the International Preliminary Examining Authority shall be governed by the provisions of this Treaty, the Regulations, and the agreement which the International Bureau shall conclude, subject to this Treaty and the Regulations, with the said Authority.

(2) (a) The applicant shall have a right to communicate orally and in writing with the International Preliminary Examining Authority.

(b) The applicant shall have a right to amend the claims, the description, and the drawings, in the prescribed manner and within the prescribed time limit, before the international preliminary examination report is established. The amendment shall not go beyond the disclosure

comme nouvelle s'il n'est pas trouvé d'antériorité dans l'état de la technique tel qu'il est défini dans le règlement d'exécution.

3) Aux fins de l'examen préliminaire international, l'invention dont la protection est demandée est considérée comme impliquant une activité inventive si, compte tenu de l'état de la technique tel qu'il est défini dans le règlement d'exécution, elle n'est pas, à la date pertinente prescrite, évidente pour un homme du métier.

4) Aux fins de l'examen préliminaire international, l'invention dont la protection est demandée est considérée comme susceptible d'application industrielle si, conformément à sa nature, elle peut être produite ou utilisée (au sens technologique) dans tout genre d'industrie. Le terme «industrie» doit être compris dans son sens le plus large, comme dans la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle.

5) Les critères qui précèdent ne servent qu'aux fins de l'examen préliminaire international. Tout État contractant peut appliquer des critères additionnels ou différents afin de décider si, dans cet État, l'invention est brevetable ou non.

6) L'examen préliminaire international doit prendre en considération tous les documents cités dans le rapport de recherche internationale. Il peut prendre en considération tous documents additionnels considérés comme pertinents dans le cas d'espèce.

Article 34

Procédure au sein de l'administration chargée de l'examen préliminaire international

(1) La procédure au sein de l'administration chargée de l'examen préliminaire international est déterminée par le présent traité, le règlement d'exécution et l'accord que le Bureau international conclut, conformément au présent traité et au règlement d'exécution, avec cette administration.

2) a) Le déposant a le droit de communiquer, verbalement et par écrit, avec l'administration chargée de l'examen préliminaire international.

b) Le déposant a le droit de modifier les revendications, la description et les dessins, de la manière prescrite et dans le délai prescrit, avant l'établissement du rapport d'examen préliminaire international. Les modifications ne doivent pas aller au-delà de l'exposé de l'invention fi-

sie nicht durch den Stand der Technik, wie er in der Ausführungsordnung umschrieben ist, vorweggenommen ist.

(3) Für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung gilt eine beanspruchte Erfindung als auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhend, wenn sie für einen Fachmann nach dem Stand der Technik, wie er in der Ausführungsordnung umschrieben ist, nicht zu dem vorgeschriebenen maßgeblichen Zeitpunkt als naheliegend anzusehen ist.

(4) Für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung gilt eine beanspruchte Erfindung als gewerblich anwendbar, wenn ihr Gegenstand dem Wesen der Erfindung nach auf irgendeinem gewerblichen Gebiet hergestellt oder (im technischen Sinne) benutzt werden kann. Der Ausdruck „gewerbliches Gebiet“ ist entsprechend der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums im weitesten Sinne zu verstehen.

(5) Die zuvor aufgeführten Begriffe haben nur für die internationale vorläufige Prüfung Bedeutung. Jeder Vertragsstaat kann für die Entscheidung über die Patentfähigkeit der beanspruchten Erfindung in diesem Staat zusätzliche oder abweichende Merkmale aufstellen.

(6) Bei der internationalen vorläufigen Prüfung sind alle Unterlagen zu berücksichtigen, die im internationalen Recherchenbericht aufgeführt sind. Es kann auch jede weitere Unterlage in Betracht gezogen werden, die in dem betreffenden Fall als einschlägig anzusehen ist.

Artikel 34

Das Verfahren vor der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde

(1) Das Verfahren vor der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde regelt sich nach den Bestimmungen dieses Vertrags, der Ausführungsordnung und nach der Vereinbarung, die das Internationale Büro im Rahmen des Vertrags und der Ausführungsordnung mit dieser Behörde schließt.

(2) a) Der Anmelder hat das Recht, mündlich und schriftlich mit der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde zu verkehren.

b) Der Anmelder hat das Recht, die Ansprüche, die Beschreibung und die Zeichnungen in der vorgeschriebenen Weise und innerhalb der vorgeschriebenen Frist vor der Erstellung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts zu ändern. Die Änderung darf nicht über den Offenba-

in the international application as filed.

(c) The applicant shall receive at least one written opinion from the International Preliminary Examining Authority unless such Authority considers that all of the following conditions are fulfilled:

- (i) the invention satisfies the criteria set forth in Article 33 (1),
- (ii) the international application complies with the requirements of this Treaty and the Regulations in so far as checked by that Authority,
- (iii) no observations are intended to be made under Article 35 (2), last sentence.

(d) The applicant may respond to the written opinion.

(3) (a) If the International Preliminary Examining Authority considers that the international application does not comply with the requirement of unity of invention as set forth in the Regulations, it may invite the applicant, at his option, to restrict the claims so as to comply with the requirement or to pay additional fees.

(b) The national law of any elected State may provide that, where the applicant chooses to restrict the claims under subparagraph (a), those parts of the international application which, as a consequence of the restriction, are not to be the subject of international preliminary examination shall, as far as effects in that State are concerned, be considered withdrawn unless a special fee is paid by the applicant to the national Office of that State.

(c) If the applicant does not comply with the invitation referred to in subparagraph (a) within the prescribed time limit, the International Preliminary Examining Authority shall establish an international preliminary examination report on those parts of the international application which relate to what appears to be the main invention and shall indicate the relevant facts in the said report. The national law of any elected State may provide that, where its national Office finds the invitation of the International Preliminary Examining Authority justified, those parts of the international application which do not relate to the main invention shall, as far as effects in that State are concerned, be considered withdrawn un-

gurant dans la demande internationale telle qu'elle a été déposée.

c) Le déposant reçoit de l'administration chargée de l'examen préliminaire international au moins un avis écrit, sauf si ladite administration estime que toutes les conditions suivantes sont remplies:

- i) l'invention répond aux critères figurant à l'article 33. 1);
- ii) la demande internationale remplit les conditions du présent traité et du règlement d'exécution dans la mesure où elles sont contrôlées par ladite administration;
- iii) il n'est pas envisagé de présenter des observations au sens de l'article 35. 2), dernière phrase.

d) Le déposant peut répondre à l'avis écrit.

3) a) Si l'administration chargée de l'examen préliminaire international estime que la demande internationale ne satisfait pas à l'exigence d'unité de l'invention telle qu'elle est définie dans le règlement d'exécution, elle peut inviter le déposant, au choix de ce dernier, soit à limiter les revendications de manière à satisfaire à cette exigence, soit à payer des taxes additionnelles.

b) La législation nationale de tout État élu peut prévoir que, lorsque le déposant choisit de limiter les revendications au sens du sous-alinéa a), les parties de la demande internationale qui, en conséquence de la limitation, ne font pas l'objet d'un examen préliminaire international sont, pour ce qui concerne les effets dans cet État, considérées comme retirées, à moins qu'une taxe particulière ne soit payée par le déposant à l'office national dudit État.

c) Si le déposant ne donne pas suite à l'invitation mentionnée au sous-alinéa a) dans le délai prescrit, l'administration chargée de l'examen préliminaire international établit un rapport d'examen préliminaire international sur les parties de la demande internationale qui ont trait à ce qui semble constituer l'invention principale et donne sur ce point des indications dans le rapport. La législation nationale de tout État élu peut prévoir que, lorsque l'office national de cet État estime justifiée l'invitation de l'administration chargée de l'examen préliminaire international, les parties de la demande internationale qui n'ont pas trait à l'invention principale sont, pour ce qui concerne les effets dans cet État, considérées com-

rungsgehalt der internationalen Anmeldung im Anmeldezeitpunkt hinausgehen.

c) Der Anmelder erhält von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde wenigstens einen schriftlichen Bescheid, es sei denn, daß nach Ansicht dieser Behörde alle folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- i) die Erfindung entspricht den in Artikel 33 Absatz 1 genannten Anforderungen,
- ii) die internationale Anmeldung genügt den Erfordernissen dieses Vertrags und der Ausführungsordnung, soweit sie von der genannten Behörde geprüft worden sind,
- iii) es erfolgen keine Bemerkungen nach Artikel 35 Absatz 2 letzter Satz.

d) Der Anmelder kann zu dem schriftlichen Bescheid Stellung nehmen.

(3) a) Genügt nach der Auffassung der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde die internationale Anmeldung den in der Ausführungsordnung festgesetzten Anforderungen an die Einheitlichkeit der Erfindung nicht, so kann diese Behörde den Anmelder auffordern, nach seiner Wahl entweder die Ansprüche einzuschränken, um sie auf diese Weise mit den Anforderungen in Übereinstimmung zu bringen, oder zusätzliche Gebühren zu bezahlen.

b) Das nationale Recht jedes ausgewählten Staates kann bestimmen, daß dann, wenn der Anmelder sich entschließt, die Ansprüche gemäß Buchstabe a einzuschränken, jene Teile der internationalen Anmeldung, für die wegen der Einschränkung eine internationale vorläufige Prüfung nicht durchgeführt wird, hinsichtlich der Rechtswirkungen in diesem Staat als zurückgenommen gelten, falls der Anmelder nicht eine besondere Gebühr an das nationale Amt dieses Staates zahlt.

c) Kommt der Anmelder der in Buchstabe a genannten Aufforderung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist nach, so erstellt die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde einen internationalen vorläufigen Prüfungsbericht über jene Teile der internationalen Anmeldung, die sich auf das beziehen, was als Haupterfindung anzusehen ist, und nimmt einen entsprechenden Hinweis in den Bericht auf. Das nationale Recht jedes ausgewählten Staates kann vorsehen, daß dann, wenn sein nationales Amt die Aufforderung der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde für gerechtfertigt hält, solche Teile der internationalen Anmeldung, die sich nicht auf die Haupterfindung bezie-

less a special fee is paid by the applicant to that Office.

(4) (a) If the International Preliminary Examining Authority considers

(i) that the international application relates to a subject matter on which the International Preliminary Examining Authority is not required, under the Regulations, to carry out an international preliminary examination, and in the particular case decides not to carry out such examination, or

(ii) that the description, the claims, or the drawings, are so unclear, or the claims are so inadequately supported by the description, that no meaningful opinion can be formed on the novelty, inventive step (non-obviousness), or industrial applicability, of the claimed invention,

the said Authority shall not go into the questions referred to in Article 33 (1) and shall inform the applicant of this opinion and the reasons therefor.

(b) If any of the situations referred to in subparagraph (a) is found to exist in, or in connection with, certain claims only, the provisions of that subparagraph shall apply only to the said claims.

Article 35

The International Preliminary Examination Report

(1) The international preliminary examination report shall be established within the prescribed time limit and in the prescribed form.

(2) The international preliminary examination report shall not contain any statement on the question whether the claimed invention is or seems to be patentable or unpatentable according to any national law. It shall state, subject to the provisions of paragraph (3), in relation to each claim, whether the claim appears to satisfy the criteria of novelty, inventive step (non-obviousness), and industrial applicability, as defined for the purposes of the international preliminary examination in Article 33 (1) to (4). The statement shall be accompanied by the citation of the documents believed to support the stated conclusion with such explanations as the circumstances of the case may require. The statement shall also be accompanied

me retirées, à moins qu'une taxe particulière ne soit payée par le déposant à cet office.

4) a) Si l'administration chargée de l'examen préliminaire international estime:

i) que la demande internationale concerne un objet à l'égard duquel elle n'est pas tenue, selon le règlement d'exécution, d'effectuer un examen préliminaire international et décide en l'espèce de ne pas effectuer un tel examen, ou

ii) que la description, les revendications ou les dessins ne sont pas clairs, ou que les revendications ne se fondent pas de façon adéquate sur la description, de sorte qu'une opinion valable ne peut être formée au sujet de la nouveauté, de l'activité inventive (non-évidence) ou de l'application industrielle de l'invention dont la protection est demandée,

elle n'aborde pas les questions mentionnées à l'article 33.1) et fait connaître au déposant cette opinion et ses motifs.

b) Si l'une des situations mentionnées au sous-alinéa a) n'existe qu'à l'égard de certaines revendications ou en relation avec certaines revendications, les dispositions dudit sous-alinéa a) ne s'appliquent qu'à l'égard de ces revendications.

Article 35

Rapport d'examen préliminaire international

1) Le rapport d'examen préliminaire international est établi dans le délai prescrit et dans la forme prescrite.

2) Le rapport d'examen préliminaire international ne contient aucune déclaration quant à la question de savoir si l'invention dont la protection est demandée est ou semble être brevetable ou non au regard d'une législation nationale quelconque. Il déclare, sous réserve de l'alinéa 3), en relation avec chaque revendication, si cette revendication semble répondre aux critères de nouveauté, d'activité inventive (non-évidence) et d'application industrielle, tels que ces critères sont définis, aux fins de l'examen préliminaire international, à l'article 33.1) à 4). Cette déclaration doit être accompagnée de la citation des documents qui semblent étayer la conclusion déclarée, et de toutes explications qui peuvent s'imposer en l'es-

sen, hinsichtlich der Rechtswirkungen in diesem Staat als zurückgenommen gelten, falls der Anmelder keine besondere Gebühr an dieses Amt zahlt.

(4) a) Falls nach Auffassung der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde

i) die internationale Anmeldung einen Gegenstand betrifft, in bezug auf den die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde nach der Ausführungsordnung nicht verpflichtet ist, eine internationale vorläufige Prüfung durchzuführen und im vorliegenden Fall auch nicht durchführen will, oder

ii) die Beschreibung, die Ansprüche oder die Zeichnungen so unklar sind oder die Ansprüche so unzureichend durch die Beschreibung gestützt sind, daß kein sinnvolles Gutachten über die Neuheit, über das Beruhen auf einer erfinderischen Tätigkeit (Nichtoffensichtlichkeit) oder über die gewerbliche Anwendbarkeit der beanspruchten Erfindung möglich ist,

so prüft die Behörde nicht, ob die in Artikel 33 Absatz 1 aufgeführten Merkmale vorliegen und weist den Anmelder lediglich auf ihre Auffassung unter Anführung von Gründen hin.

b) Ist einer der in Buchstabe a) aufgeführten Umstände nur bei oder im Zusammenhang mit einzelnen Ansprüchen festzustellen, so ist dieser Absatz nur auf die in Betracht kommenden Ansprüche anzuwenden.

Artikel 35

Der internationale vorläufige Prüfungsbericht

(1) Der internationale vorläufige Prüfungsbericht wird innerhalb der vorgeschriebenen Frist und in der vorgeschriebenen Form erstellt.

(2) Der internationale vorläufige Prüfungsbericht darf keine Feststellungen über die Frage enthalten, ob die beanspruchte Erfindung nach irgendeinem nationalen Recht patentfähig oder nicht patentfähig ist oder zu sein scheint. Er bringt lediglich, vorbehaltlich des Absatzes 3, in bezug auf jeden Anspruch zum Ausdruck, ob dieser Anspruch die Merkmale der Neuheit, des Beruhens auf einer erfinderischen Tätigkeit (Nichtoffensichtlichkeit) und der gewerblichen Anwendbarkeit zu erfüllen scheint, wie sie für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung in Artikel 33 Absätze 1 bis 4 festgelegt sind. Diese Feststellung wird durch die Anführung der Unterlagen, auf welche sich die Beurteilung stützt, so-

by such other observations as the Regulations provide for.

(3) (a) If, at the time of establishing the international preliminary examination report, the International Preliminary Examining Authority considers that any of the situations referred to in Article 34 (4) (a) exists, that report shall state this opinion and the reasons therefor. It shall not contain any statement as provided in paragraph (2).

(b) If a situation under Article 34 (4) (b) is found to exist, the international preliminary examination report shall, in relation to the claims in question, contain the statement as provided in subparagraph (a), whereas, in relation to the other claims, it shall contain the statement as provided in paragraph (2).

Article 36

Transmittal, Translation, and Communication, of the International Preliminary Examination Report

(1) The international preliminary examination report, together with the prescribed annexes, shall be transmitted to the applicant and to the International Bureau.

(2) (a) The international preliminary examination report and its annexes shall be translated into the prescribed languages.

(b) Any translation of the said report shall be prepared by or under the responsibility of the International Bureau, whereas any translation of the said annexes shall be prepared by the applicant.

(3) (a) The international preliminary examination report, together with its translation (as prescribed) and its annexes (in the original language), shall be communicated by the International Bureau to each elected Office.

(b) The prescribed translation of the annexes shall be transmitted within the prescribed time limit by the applicant to the elected Offices.

(4) The provisions of Article 20 (3) shall apply, mutatis mutandis, to copies of any document which is cited in the international preliminary examination report and which was not cited in the international search report.

pece. A cette déclaration doivent également être jointes les autres observations prévues par le règlement d'exécution.

3) a) Si l'administration chargée de l'examen préliminaire international estime, lors de l'établissement du rapport d'examen préliminaire international, que l'une quelconque des situations mentionnées à l'article 34.4) a) existe, le rapport en fait état et indique les motifs. Il ne doit contenir aucune déclaration au sens de l'alinéa 2).

b) Si l'une des situations mentionnées à l'article 34.4) b) existe, le rapport d'examen préliminaire international contient, pour les revendications en question, l'indication prévue au sous-alinéa a) et, pour les autres revendications, la déclaration indiquée à l'alinéa 2).

Article 36

Transmission, traduction et communication du rapport d'examen préliminaire international

(1) Le rapport d'examen préliminaire international est, avec les annexes prescrites, transmis au déposant et au Bureau international.

2) a) Le rapport d'examen préliminaire international et ses annexes sont traduits dans les langues prescrites.

b) Toute traduction dudit rapport est préparée par le Bureau international ou sous sa responsabilité; toute traduction de ses annexes est préparée par le déposant.

3) a) Le rapport d'examen préliminaire international, avec sa traduction (telle qu'elle est prescrite) et ses annexes (dans la langue d'origine), est communiqué par le Bureau international à chaque office élu.

b) La traduction prescrite des annexes est transmise, dans le délai prescrit, par le déposant aux offices élus.

4) L'article 20.3) s'applique, mutatis mutandis, aux copies de tout document qui est cité dans le rapport d'examen préliminaire international et qui n'a pas été cité dans le rapport de recherche internationale.

wie durch Erklärungen ergänzt, die nach den Umständen erforderlich sind. Die Feststellung ist ferner durch andere in der Ausführungsordnung vorgesehene Bemerkungen zu ergänzen.

(3) a) Lassen sich zur Zeit der Erstellung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts nach Auffassung der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde irgendwelche der unter Artikel 34 Absatz 4 Buchstabe a aufgeführten Umstände feststellen, so wird auf diese Auffassung in dem Bericht unter Angabe von Gründen hingewiesen. Der Bericht enthält in diesem Falle keine Feststellungen der in Absatz 2 angeführten Art.

b) Läßt sich ein in Artikel 34 Absatz 4 Buchstabe b aufgeführter Umstand feststellen, so wird in dem internationalen vorläufigen Prüfungsbericht im Hinblick auf die in Betracht kommenden Ansprüche der in Buchstabe a vorgesehene Hinweis aufgenommen, während im Hinblick auf die anderen Ansprüche eine Feststellung nach Absatz 2 getroffen wird.

Artikel 36

Die Übermittlung, Übersetzung und Übersendung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts

(1) Der internationale vorläufige Prüfungsbericht wird mit den vorgeschriebenen Anlagen dem Anmelder und dem Internationalen Büro übermittelt.

(2) a) Der internationale vorläufige Prüfungsbericht und seine Anlagen werden in die vorgeschriebenen Sprachen übersetzt.

b) Jede Übersetzung des Berichts selbst erfolgt durch das Internationale Büro oder unter seiner Verantwortung, während eine Übersetzung der Anlagen durch den Anmelder vorzunehmen ist.

(3) a) Der internationale vorläufige Prüfungsbericht wird mit seiner Übersetzung (wie vorgeschrieben) und seinen Anlagen (in der Ursprungssprache) durch das Internationale Büro jedem ausgewählten Amt übersandt.

b) Die vorgeschriebene Übersetzung der Anlagen wird innerhalb der vorgeschriebenen Frist vom Anmelder den ausgewählten Ämtern übermittelt.

(4) Auf Vervielfältigungen der im internationalen vorläufigen Prüfungsbericht genannten Unterlagen, die nicht bereits im internationalen Recherchenbericht genannt sind, findet Artikel 20 Absatz 3 entsprechende Anwendung.

Article 37

Withdrawal of Demand or Election

(1) The applicant may withdraw any or all elections.

(2) If the election of all elected States is withdrawn, the demand shall be considered withdrawn.

(3) (a) Any withdrawal shall be notified to the International Bureau.

(b) The elected Offices concerned and the International Preliminary Examining Authority concerned shall be notified accordingly by the International Bureau.

(4) (a) Subject to the provisions of subparagraph (b), withdrawal of the demand or of the election of a Contracting State shall, unless the national law of that State provides otherwise, be considered to be withdrawal of the international application as far as that State is concerned.

(b) Withdrawal of the demand or of the election shall not be considered to be withdrawal of the international application if such withdrawal is effected prior to the expiration of the applicable time limit under Article 22; however, any Contracting State may provide in its national law that the aforesaid shall apply only if its national Office has received, within the said time limit, a copy of the international application, together with a translation (as prescribed), and the national fee.

Article 38

Confidential Nature of the International Preliminary Examination

(1) Neither the International Bureau nor the International Preliminary Examining Authority shall, unless requested or authorized by the applicant, allow access within the meaning, and with the proviso, of Article 30 (4) to the file of the international preliminary examination by any person or authority at any time, except by the elected Offices once the international preliminary examination report has been established.

(2) Subject to the provisions of paragraph (1) and Articles 36 (1) and (3) and 37 (3) (b), neither the International Bureau nor the International Preliminary Examining Authority shall, unless requested or au-

Article 37

Retrait de la demande d'examen préliminaire international ou d'élections

1) Le déposant peut retirer tout ou partie des élections.

2) Si l'élection de tous les États élus est retirée, la demande d'examen préliminaire international est considérée comme retirée.

3) a) Tout retrait doit être notifié au Bureau international.

b) Le Bureau international le notifie aux offices élus intéressés et à l'administration intéressée chargée de l'examen préliminaire international.

4) a) Sous réserve du sous-alinéa b), le retrait de la demande d'examen préliminaire international ou de l'élection d'un État contractant est, si la législation nationale de cet État n'en dispose pas autrement, considéré comme un retrait de la demande internationale pour ce qui concerne cet État.

b) Le retrait de la demande d'examen préliminaire international ou de l'élection n'est pas considéré comme un retrait de la demande internationale s'il est effectué avant l'expiration du délai applicable selon l'article 22; toutefois, tout État contractant peut prévoir dans sa législation nationale, qu'il n'en ira ainsi que si son office national reçoit, dans ce délai, copie de la demande internationale, une traduction (telle qu'elle est prescrite) de ladite demande et la taxe nationale.

Article 38

Caractère confidentiel de l'examen préliminaire international

1) Sauf requête ou autorisation du déposant, le Bureau international et l'administration chargée de l'examen préliminaire international ne peuvent permettre à aucun moment, à aucune personne ou administration — à l'exception des offices élus, après l'établissement du rapport d'examen préliminaire international — d'avoir accès, au sens et aux conditions de l'article 30.4), au dossier de l'examen préliminaire international.

2) Sous réserve de l'alinéa 1) et des articles 36.1) et 3) et 37.3) b), le Bureau international et l'administration chargée de l'examen préliminaire international ne peuvent donner, sauf requête ou autorisation du déposant,

Artikel 37

Zurücknahme eines Antrags auf internationale vorläufige Prüfung oder einer Auswählerklärung

(1) Der Anmelder kann die Benennung einzelner oder aller Staaten als ausgewählte Staaten zurücknehmen.

(2) Wird die Benennung aller ausgewählten Staaten zurückgenommen, so gilt der Antrag auf vorläufige Prüfung als zurückgenommen.

(3) a) Die Zurücknahmeerklärung ist an das Internationale Büro zu richten.

b) Das Internationale Büro unterrichtet jedes betroffene ausgewählte Amt und die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde von der Zurücknahme.

(4) a) Vorbehaltlich des Buchstaben b) gilt die Zurücknahme eines Antrags auf vorläufige Prüfung oder der Benennung eines Vertragsstaats als ausgewählter Staat, falls das nationale Recht dieses Staates nichts anderes bestimmt, mit Wirkung für diesen Staat als Zurücknahme der internationalen Anmeldung.

b) Erfolgt die Zurücknahme des Antrags auf vorläufige Prüfung oder die Zurücknahme der Benennung eines Staates als ausgewählter Staat vor Ablauf der jeweils anwendbaren Frist nach Artikel 22, so ist sie nicht als Zurücknahme der internationalen Anmeldung anzusehen; jedoch kann das Recht jedes Vertragsstaats vorsehen, daß diese Vergünstigung nur dann gilt, wenn sein nationales Amt innerhalb der vorgenannten Frist eine Ausfertigung der internationalen Anmeldung mit einer Übersetzung (wie vorgeschrieben) erhalten hat und die nationalen Gebühren gezahlt worden sind.

Artikel 38

Vertraulicher Charakter der internationalen vorläufigen Prüfung

(1) Weder das Internationale Büro noch die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde dürfen außer auf Antrag des Anmelders oder mit seiner Einwilligung Personen oder Behörden zu irgendeiner Zeit Einsicht im Sinne und unter dem Vorbehalt des Artikels 30 Absatz 4 in die Akten der vorläufigen internationalen Prüfung gewähren; das gilt nicht für die ausgewählten Ämter, sobald der vorläufige internationale Prüfungsbericht erstellt worden ist.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 1, des Artikels 36 Absätze 1 und 3 und des Artikels 37 Absatz 3 Buchstabe b) dürfen weder das Internationale Büro noch die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Be-

thorized by the applicant, give information on the issuance or non-issuance of an international preliminary examination report and on the withdrawal or nonwithdrawal of the demand or of any election.

Article 39

Copy, Translation, and Fee, to Elected Offices

(1) (a) If the election of any Contracting State has been effected prior to the expiration of the 19th month from the priority date, the provisions of Article 22 shall not apply to such State and the applicant shall furnish a copy of the international application (unless the communication under Article 20 has already taken place) and a translation thereof (as prescribed), and pay the national fee (if any), to each elected Office not later than at the expiration of 25 months from the priority date.

(b) Any national law may, for performing the acts referred to in subparagraph (a), fix time limits which expire later than the time limit provided for in that subparagraph.

(2) The effect provided for in Article 11 (3) shall cease in the elected State with the same consequences as the withdrawal of any national application in that State if the applicant fails to perform the acts referred to in paragraph (1) (a) within the time limit applicable under paragraph (1) (a) or (b).

(3) Any elected Office may maintain the effect provided for in Article 11 (3) even where the applicant does not comply with the requirements provided for in paragraph (1) (a) or (b).

Article 40

Delaying of National Examination and Other Processing

(1) If the election of any Contracting State has been effected prior to the expiration of the 19th month from the priority date, the provisions of Article 23 shall not apply to such State and the national Office of or acting for that State shall not proceed, subject to the provisions of paragraph (2), to the examination and other processing of the international application prior to the expiration of the applicable time limit under Article 39.

aucune information relative à la délivrance ou au refus de délivrance d'un rapport d'examen préliminaire international, ou encore au retrait ou au maintien de la demande d'examen préliminaire international ou d'une election quelconque.

Article 39

Copies, traductions et taxes pour les offices élus

1) a) Si l'élection d'un État contractant a été effectuée avant l'expiration du dix-neuvième mois à compter de la date de priorité, l'article 22 ne s'applique pas à cet État; le déposant remet à chaque office élu une copie de la demande internationale (sauf si la communication visée à l'article 20 a déjà eu lieu) et une traduction (telle qu'elle est prescrite) de cette demande et lui paie (le cas échéant) la taxe nationale au plus tard à l'expiration d'un délai de vingt-cinq mois à compter de la date de priorité.

b) Toute législation nationale peut, pour l'accomplissement des actes mentionnés au sous-alinéa a), fixer des délais expirant après celui qui figure audit sous-alinéa.

2) Les effets prévus à l'article 11.3) cessent dans l'État élu avec les mêmes conséquences que celles qui découlent du retrait d'une demande nationale dans cet État si le déposant n'exécute pas les actes mentionnés à l'alinéa 1) a) dans le délai applicable selon l'alinéa 1) a) ou b).

3) Tout office élu peut maintenir les effets prévus à l'article 11.3) même lorsque le déposant ne remplit pas les conditions prévues à l'alinéa 1) a) ou b).

Article 40

Suspension de l'examen national et des autres procédures

1) Si l'élection d'un État contractant est effectuée avant l'expiration du dix-neuvième mois à compter de la date de priorité, l'article 23 ne s'applique pas à cet État et son office national, ou tout office agissant pour cet État, n'effectue pas l'examen et n'engage aucune autre procédure relative à la demande internationale, sous réserve de l'alinéa 2), avant l'expiration du délai applicable selon l'article 39.

hörde ohne Antrag oder Einwilligung des Anmelders Auskünfte darüber erteilen, ob ein vorläufiger internationaler Prüfungsbericht erstellt oder nicht erstellt und ob ein Antrag auf internationale vorläufige Prüfung oder die Benennung eines Staates als ausgewählter Staat zurückgenommen oder nicht zurückgenommen ist.

Artikel 39

Übermittlung eines Exemplars und einer Übersetzung der Anmeldung sowie Gebührenzahlung an das ausgewählte Amt

(1) a) Ist ein Vertragsstaat vor dem Ablauf des 19. Monats seit dem Prioritätsdatum ausgewählt worden, so ist Artikel 22 auf einen solchen Staat nicht anzuwenden, und der Anmelder hat jedem ausgewählten Amt vor dem Ablauf von 25 Monaten seit dem Prioritätsdatum ein Exemplar der internationalen Anmeldung (sofern diese nicht bereits nach Artikel 20 übermittelt worden ist) und eine Übersetzung hiervon (wie vorgeschrieben) zuzuleiten und die nationale Gebühr (falls sie erhoben wird) zu bezahlen.

b) Das nationale Recht kann für die Vornahme der unter Buchstabe a genannten Handlungen Fristen setzen, die später als die in jenem Absatz bestimmten Fristen ablaufen.

(2) Die in Artikel 11 Absatz 3 genannte Wirkung endet in dem ausgewählten Staat mit den gleichen Folgen wie die Rücknahme einer nationalen Anmeldung in diesem Staat, falls der Anmelder die in Absatz 1 Buchstabe a vorgesehenen Handlungen nicht innerhalb der gemäß Absatz 1 Buchstaben a oder b maßgeblichen Frist vornimmt.

(3) Jedes ausgewählte Amt kann die in Artikel 11 Absatz 3 genannte Wirkung auch für den Fall aufrechterhalten, daß der Anmelder die Erfordernisse des Absatzes 1 Buchstaben a oder b nicht erfüllt.

Artikel 40

Aussetzung der nationalen Prüfung und des sonstigen Verfahrens

(1) Ist ein Vertragsstaat vor dem Ablauf des 19. Monats seit dem Prioritätsdatum als ausgewählter Staat benannt worden, so ist Artikel 23 auf einen solchen Staat nicht anwendbar; das nationale Amt dieses Staates oder das für diesen Staat handelnde Amt darf die internationale Anmeldung vorbehaltlich des Absatzes 2 nicht vor dem Ablauf der nach Artikel 39 maßgeblichen Frist prüfen oder bearbeiten.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph (1), any elected Office may, on the express request of the applicant, proceed to the examination and other processing of the international application at any time.

Article 41

Amendment of the Claims, the Description, and the Drawings, Before Elected Offices

(1) The applicant shall be given the opportunity to amend the claims, the description, and the drawings, before each elected Office within the prescribed time limit. No elected Office shall grant a patent, or refuse the grant of a patent, before such time limit has expired, except with the express consent of the applicant.

(2) The amendments shall not go beyond the disclosure in the international application as filed, unless the national law of the elected State permits them to go beyond the said disclosure.

(3) The amendments shall be in accordance with the national law of the elected State in all respects not provided for in this Treaty and the Regulations.

(4) Where an elected Office requires a translation of the international application, the amendments shall be in the language of the translation.

Article 42

Results of National Examination in Elected Offices

No elected Office receiving the international preliminary examination report may require that the applicant furnish copies, or information on the contents, of any papers connected with the examination relating to the same international application in any other elected Office.

Chapter III Common Provisions

Article 43

Seeking Certain Kinds of Protection

In respect of any designated or elected State whose law provides for the grant of inventors' certificates, utility certificates, utility models, patents or certificates of addition, inventors' certificates of addition, or utility certificates of addition, the applicant may indicate, as prescribed

2) Nonobstant les dispositions de l'alinéa 1), tout office élu peut, sur requête expresse du déposant, en tout temps procéder à l'examen et engager toute autre procédure relative à la demande internationale.

Article 41

Modification des revendications, de la description et des dessins auprès des offices élus

1) Le déposant doit avoir l'occasion de modifier les revendications, la description et les dessins, dans le délai prescrit, auprès de chaque office élu. Aucun office élu ne peut délivrer de brevet ni refuser d'en délivrer avant l'expiration de ce délai, sauf accord exprès du déposant.

2) Les modifications ne doivent pas aller au-delà de l'exposé de l'invention qui figure dans la demande internationale telle qu'elle a été déposée, sauf si la législation nationale de l'État élu le permet expressément.

3) Les modifications doivent être conformes à la législation nationale de l'État élu pour tout ce qui n'est pas fixé par le présent traité ou par le règlement d'exécution.

4) Lorsque l'office élu exige une traduction de la demande internationale, les modifications doivent être établies dans la langue de la traduction.

Article 42

Résultat de l'examen national des offices élus

Les offices élus recevant le rapport d'examen préliminaire international ne peuvent exiger du déposant qu'il leur remette des copies de documents liés à l'examen relatif à la même demande internationale dans tout autre office élu, ou qu'il leur remette des informations relatives au contenu de tels documents.

Chapitre III Dispositions communes

Article 43

Recherche de certains titres de protection

Le déposant peut indiquer, conformément au règlement d'exécution, que sa demande internationale tend à la délivrance d'un certificat d'auteur d'invention, d'un certificat d'utilité ou d'un modèle d'utilité et non à celle d'un brevet, ou à la délivrance d'un brevet ou certificat d'addition, d'un

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 kann auf ausdrücklichen Antrag des Anmelders jedes ausgewählte Amt die Prüfung und Bearbeitung der internationalen Anmeldung jederzeit aufnehmen.

Artikel 41

Änderung der Ansprüche, der Beschreibung und der Zeichnungen vor dem ausgewählten Amt

(1) Dem Anmelder muß die Möglichkeit gegeben werden, die Ansprüche, die Beschreibung und die Zeichnungen im Verfahren vor jedem ausgewählten Amt innerhalb der vorgeschriebenen Frist zu ändern. Kein ausgewähltes Amt darf vor Ablauf dieser Frist außer mit ausdrücklicher Zustimmung des Anmelders ein Patent erteilen oder die Erteilung eines Patents ablehnen.

(2) Die Änderungen dürfen nicht über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung im Anmeldezeitpunkt hinausgehen, sofern das nationale Recht des ausgewählten Staates nicht zuläßt, daß sie über den genannten Offenbarungsgehalt hinausgehen.

(3) Soweit in diesem Vertrag und der Ausführungsordnung keine ausdrückliche Bestimmung getroffen ist, müssen die Änderungen dem nationalen Recht des ausgewählten Staates entsprechen.

(4) Verlangt der ausgewählte Staat eine Übersetzung der internationalen Anmeldung, so müssen die Änderungen in der Sprache der Übersetzung eingereicht werden.

Artikel 42

Ergebnisse nationaler Prüfungen durch ausgewählte Ämter

Ein ausgewähltes Amt, das den vorläufigen internationalen Prüfungsbericht erhält, kann nicht verlangen, daß der Anmelder Kopien oder Auskünfte über den Inhalt von Unterlagen zur Verfügung stellt, die sich auf die Prüfung der gleichen internationalen Anmeldung durch ein anderes ausgewähltes Amt beziehen.

Kapitel III Gemeinsame Bestimmungen

Artikel 43

Nachsuchen um bestimmte Schutzrechte

Wird ein Staat bestimmt oder ausgewählt, dessen Recht die Erteilung von Erfinderscheinen, Gebrauchszertifikaten, Gebrauchsmustern, Zusatzpatenten, Zusatzzertifikaten, Zusatzerfinderscheinen oder Zusatzgebrauchszertifikaten vorsieht, so kann der Anmelder, wie in der Ausführungs-

in the Regulations, that his international application is for the grant, as far as that State is concerned, of an inventor's certificate, a utility certificate, or a utility model, rather than a patent, or that it is for the grant of a patent or certificate of addition, an inventor's certificate of addition, or a utility certificate of addition, and the ensuing effect shall be governed by the applicant's choice. For the purposes of this Article and any Rule thereunder, Article 2 (ii) shall not apply.

Article 44

Seeking Two Kinds of Protection

In respect of any designated or elected State whose law permits an application, while being for the grant of a patent or one of the other kinds of protection referred to in Article 43, to be also for the grant of another of the said kinds of protection, the applicant may indicate, as prescribed in the Regulations, the two kinds of protection he is seeking, and the ensuing effect shall be governed by the applicant's indications. For the purposes of this Article, Article 2 (ii) shall not apply.

Article 45

Regional Patent Treaties

(1) Any treaty providing for the grant of regional patents ("regional patent treaty"), and giving to all persons who, according to Article 9, are entitled to file international applications the right to file applications for such patents, may provide that international applications designating or electing a State party to both the regional patent treaty and the present Treaty may be filed as applications for such patents.

(2) The national law of the said designated or elected State may provide that any designation or election of such State in the international application shall have the effect of an indication of the wish to obtain a regional patent under the regional patent treaty.

Article 46

Incorrect Translation of the International Application

If, because of an incorrect translation of the international application, the scope of any patent granted on

certificat d'auteur d'invention additionnel ou d'un certificat d'utilité additionnel, dans tout État désigné ou élu dont la législation prévoit la délivrance de certificats d'auteur d'invention, de certificats d'utilité, de modèles d'utilité, de brevets ou certificats d'addition, de certificats d'auteur d'invention additionnels ou de certificats d'utilité additionnels; les effets découlant de cette indication sont déterminés par le choix effectué par le déposant. Aux fins du présent article et de toute règle y relative, l'article 2. ii) ne s'applique pas.

Article 44

Recherche de deux titres de protection

Pour tout État désigné ou élu dont la législation permet qu'une demande tendant à la délivrance d'un brevet ou de l'un des autres titres de protection mentionnés à l'article 43 puisse également viser un autre de ces titres de protection, le déposant peut indiquer, conformément au règlement d'exécution, les deux titres de protection dont il demande la délivrance; les effets qui en découlent sont déterminés par les indications du déposant. Aux fins du présent article, l'article 2. ii) ne s'applique pas.

Article 45

Traité de brevet régional

1) Tout traité prévoyant la délivrance d'un brevet régional («traité de brevet régional») et donnant à toute personne, autorisée par l'article 9 à déposer des demandes internationales, le droit de déposer des demandes tendant à la délivrance de tels brevets peut stipuler que les demandes internationales contenant la désignation ou l'élection d'un État partie à la fois au traité de brevet régional et au présent traité peuvent être déposées en vue de la délivrance de brevets régionaux.

2) La législation nationale d'un tel État désigné ou élu peut prévoir que toute désignation ou élection dudit État dans la demande internationale sera considérée comme l'indication que le déposant désire obtenir un brevet régional conformément au traité de brevet régional.

Article 46

Traduction incorrecte de la demande internationale

Si, en raison d'une traduction incorrecte de la demande internationale, l'étendue d'un brevet délivré à la sui-

rungsordnung vorgesehen, angeben, daß mit seiner internationalen Anmeldung in diesem Staat an Stelle der Erteilung eines Patents die Erteilung eines Erfinderscheins, eines Gebrauchszertifikats oder eines Gebrauchsmusters beantragt wird oder daß die Anmeldung auf die Erteilung eines Zusatzpatents, Zusatzzertifikats, Zusatzersfinderscheins oder Zusatzgebrauchszertifikats gerichtet ist; die Wirkung richtet sich nach der Wahl des Anmelders. Für die Zwecke dieses Artikels und jede dazugehörige Regel ist Artikel 2 Ziffer ii nicht anzuwenden.

Artikel 44

Nachsuchen um zwei Schutzrechtsarten

Wird ein Staat bestimmt oder ausgewählt, nach dessen Recht neben einem Antrag auf Erteilung eines Patents oder eines der sonstigen in Artikel 43 genannten Schutzrechte zusätzlich die Erteilung eines anderen Schutzrechts der genannten Art beantragt werden kann, so kann der Anmelder die beiden Schutzrechte, um die er nachsucht, gemäß der Ausführungsordnung angeben; die Wirkung richtet sich nach den Angaben des Anmelders. Für die Zwecke dieses Artikels ist Artikel 2 Ziffer ii nicht anzuwenden.

Artikel 45

Regionale Patentverträge

(1) In einem Vertrag, in dem die Erteilung regionaler Patente vorgesehen ist („regionaler Patentvertrag“) und nach dem alle gemäß Artikel 9 zur Einreichung internationaler Patentanmeldungen befugten Personen das Recht haben, die Erteilung eines solchen regionalen Patents zu beantragen, kann bestimmt werden, daß internationale Anmeldungen, durch die ein Mitgliedstaat sowohl des regionalen Patentvertrags als auch dieses Vertrags als Bestimmungsstaat oder ausgewählter Staat benannt wird, als Anmeldungen für die Erteilung regionaler Patente eingereicht werden können.

(2) In dem nationalen Recht des genannten Bestimmungsstaats oder ausgewählten Staates kann vorgesehen werden, daß jede Bestimmung oder Auswahl eines solchen Staates in der internationalen Anmeldung als Hinweis auf den Wunsch anzusehen ist, ein regionales Patent nach dem regionalen Patentvertrag zu erhalten.

Artikel 46

Unrichtige Übersetzung einer internationalen Anmeldung

Geht als Folge einer unrichtigen Übersetzung einer internationalen Anmeldung der Umfang eines auf die

that application exceeds the scope of the international application in its original language, the competent authorities of the Contracting State concerned may accordingly and retroactively limit the scope of the patent, and declare it null and void to the extent that its scope has exceeded the scope of the international application in its original language.

Article 47

Time Limits

(1) The details for computing time limits referred to in this Treaty are governed by the Regulations.

(2) (a) All time limits fixed in Chapters I and II of this Treaty may, outside any revision under Article 60, be modified by a decision of the Contracting States.

(b) Such decisions shall be made in the Assembly or through voting by correspondence and must be unanimous.

(c) The details of the procedure are governed by the Regulations.

Article 48

Delay in Meeting Certain Time Limits

(1) Where any time limit fixed in this Treaty or the Regulations is not met because of interruption in the mail service or unavoidable loss or delay in the mail, the time limit shall be deemed to be met in the cases and subject to the proof and other conditions prescribed in the Regulations.

(2) (a) Any Contracting State shall, as far as that State is concerned, excuse, for reasons admitted under its national law, any delay in meeting any time limit.

(b) Any Contracting State may, as far as that State is concerned, excuse, for reasons other than those referred to in subparagraph (a), any delay in meeting any time limit.

Article 49

Right to Practice Before International Authorities

Any attorney, patent agent, or other person, having the right to practice before the national Office with which the international applica-

te de cette demande dépasse l'étendue de la demande internationale dans sa langue d'origine, les autorités compétentes de l'État contractant considéré peuvent limiter en conséquence et d'une manière rétroactive l'étendue du brevet et déclarer qu'il est nul et non avenu dans la mesure où son étendue dépasse celle de la demande internationale dans sa langue d'origine.

Article 47

Délais

1) Le calcul des délais prévus dans le présent traité est fixé par le règlement d'exécution.

2) a) Tous les délais fixés dans les chapitres I et II du présent traité peuvent, en dehors de toute révision selon l'article 60, être modifiés par décision des États contractants.

b) La décision est prise par l'Assemblée ou par vote par correspondance et doit être unanime.

c) Les détails de la procédure sont fixés par le règlement d'exécution.

Article 48

Retards dans l'observation de certains délais

1) Lorsqu'un délai, fixé dans le présent traité ou dans le règlement d'exécution, n'est pas observé pour cause d'interruption des services postaux, de perte ou de retard inévitables du courrier, ce délai est considéré comme observé dans les cas précisés au règlement d'exécution et sous réserve que soient remplies les conditions de preuve et autres conditions prescrites dans ledit règlement.

2) a) Tout État contractant doit, pour ce qui le concerne, excuser pour des motifs admis par sa législation nationale tout retard dans l'observation d'un délai.

b) Tout État contractant peut, pour ce qui le concerne, excuser pour des motifs autres que ceux qui figurent au sous-alinéa a) tout retard dans l'observation d'un délai.

Article 49

Droit d'exercer auprès d'administrations internationales

Tout avocat, agent de brevets ou autre personne, ayant le droit d'exercer auprès de l'office national auprès duquel la demande internationale a

Anmeldung erteilter Patents über den Umfang der internationalen Anmeldung in der Ursprungssprache hinaus, so können die zuständigen Behörden des betreffenden Vertragsstaats den Umfang des Patents mit rückwirkender Kraft entsprechend einschränken und es insoweit für nichtig erklären, wie sein Umfang den Umfang der internationalen Anmeldung in der Ursprungssprache übersteigt.

Artikel 47

Fristen

(1) Die Einzelheiten für die Berechnung der in diesem Vertrag festgesetzten Fristen ergeben sich aus der Ausführungsordnung.

(2) a) Alle in den Kapiteln I und II dieses Vertrags festgesetzten Fristen können unabhängig von einer Revision nach Artikel 60 durch einen Beschluß der Vertragsstaaten geändert werden.

b) Der Beschluß wird in der Versammlung oder im schriftlichen Verfahren gefaßt und bedarf der Einstimmigkeit.

c) Die Einzelheiten dieses Verfahrens ergeben sich aus der Ausführungsordnung.

Artikel 48

Fristenüberschreitungen in einzelnen Fällen

(1) Wird eine in diesem Vertrag oder der Ausführungsordnung festgesetzte Frist infolge einer Unterbrechung des Postdiensts oder infolge eines unvermeidbaren Verlusts oder einer Verzögerung bei der Postzustellung überschritten, so soll diese Frist in den in der Ausführungsordnung vorgesehenen Fällen als gewahrt gelten, sofern die dort vorgeschriebenen Nachweise erbracht und die dort erwähnten sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind.

(2) a) Jeder Vertragsstaat sieht, soweit er betroffen ist, eine Fristüberschreitung als entschuldigt an, wenn Gründe vorliegen, die nach seinem nationalen Recht zugelassen sind.

b) Jeder Vertragsstaat kann, soweit er betroffen ist, eine Fristüberschreitung auch aus anderen Gründen als den in Buchstabe a) genannten als entschuldigt ansehen.

Artikel 49

Das Recht zum Auftreten vor den internationalen Behörden

Rechtsanwälte, Patentanwälte oder andere Personen, welche befugt sind, vor dem nationalen Amt aufzutreten, bei dem die internationale Anmel-

tion was filed, shall be entitled to practice before the International Bureau and the competent International Searching Authority and competent International Preliminary Examining Authority in respect of that application.

Chapter IV Technical Services

Article 50

Patent Information Services

(1) The International Bureau may furnish services by providing technical and any other pertinent information available to it on the basis of published documents, primarily patents and published applications (referred to in this Article as "the information services").

(2) The International Bureau may provide these information services either directly or through one or more International Searching Authorities or other national or international specialized institutions, with which the International Bureau may reach agreement.

(3) The information services shall be operated in a way particularly facilitating the acquisition by Contracting States which are developing countries of technical knowledge and technology, including available published know-how.

(4) The information services shall be available to Governments of Contracting States and their nationals and residents. The Assembly may decide to make these services available also to others.

(5) (a) Any service to Governments of Contracting States shall be furnished at cost, provided that, when the Government is that of a Contracting State which is a developing country, the service shall be furnished below cost if the difference can be covered from profit made on services furnished to other than Governments of Contracting States or from the sources referred to in Article 51 (4).

(b) The cost referred to in subparagraph (a) is to be understood as

été déposée, a le droit d'exercer, en ce qui concerne cette demande, auprès du Bureau international, de l'administration compétente chargée de la recherche internationale et de l'administration compétente chargée de l'examen préliminaire international.

Chapitre IV Services techniques

Article 50

Services d'information sur les brevets

1) Le Bureau international peut fournir des services (dénommés dans le présent article «services d'information»), en donnant des informations techniques ainsi que d'autres informations pertinentes dont il dispose, sur la base de documents publiés, principalement de brevets et de demandes publiées.

2) Le Bureau international peut fournir ces services d'information soit directement, soit par l'intermédiaire d'une ou de plusieurs administrations chargées de la recherche internationale ou d'autres institutions spécialisées, nationales ou internationales, avec lesquelles il aura pu conclure des accords.

3) Les services d'information fonctionnent de manière à faciliter tout particulièrement l'acquisition, par les États contractants qui sont des pays en voie de développement, des connaissances techniques et de la technologie, y compris le «know-how» publié disponible.

4) Les services d'information peuvent être obtenus par les gouvernements des États contractants, par leurs nationaux et par les personnes qui sont domiciliées sur leur territoire. L'Assemblée peut décider d'étendre ces services à d'autres intéressés.

5) a) Tout service fourni aux gouvernements des États contractants doit l'être à son prix de revient; toutefois, pour les gouvernements des États contractants qui sont des pays en voie de développement, le service est fourni au-dessous de ce prix si la différence peut être couverte par les bénéfices réalisés sur la prestation de services à des destinataires autres que les gouvernements d'États contractants ou par les moyens mentionnés à l'article 51. 4).

b) Le prix de revient visé au sous-alinéa a) doit être entendu com-

dung eingereicht worden ist, haben auch das Recht, vor dem Internationalen Büro, der zuständigen internationalen Recherchenbehörde und der zuständigen mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde in bezug auf diese Anmeldung aufzutreten.

Kapitel IV Technische Dienste

Artikel 50

Patentinformationsdienste

(1) Das Internationale Büro kann Dienste einrichten, durch die technische und andere geeignete Informationen, die ihm auf der Grundlage veröffentlichter Unterlagen, insbesondere von Patenten und veröffentlichten Patentanmeldungen zugänglich sind, zur Verfügung gestellt werden (in diesem Artikel als „Informationsdienste“ bezeichnet).

(2) Das Internationale Büro stellt diese Informationsdienste entweder unmittelbar oder durch eine oder mehrere Internationale Recherchenbehörden oder durch besondere nationale oder internationale Einrichtungen, mit denen es eine Vereinbarung treffen kann, zur Verfügung.

(3) Die Informationsdienste werden in einer Weise betrieben, daß sie es besonders den Vertragsstaaten, die Entwicklungsländer sind, ermöglichen, technische Kenntnisse und technologisches Wissen unter Einschluß von allgemein zugänglichem know-how zu erlangen.

(4) Die Informationsdienste stehen den Regierungen der Vertragsstaaten sowie Personen zur Verfügung, die die Staatsangehörigkeit von Vertragsstaaten besitzen oder in einem Vertragsstaat ihren Sitz oder Wohnsitz haben. Die Versammlung kann beschließen, daß diese Dienste auch anderen zur Verfügung gestellt werden.

(5) a) Jede Dienstleistung an Regierungen der Vertragsstaaten wird gegen Erstattung der Selbstkosten erbracht; handelt es sich um die Regierung eines Vertragsstaats, der ein Entwicklungsland ist, so wird die Dienstleistung unter Selbstkostenpreis erbracht, wenn der Unterschiedsbetrag aus Gewinnen gedeckt werden kann, die aus Dienstleistungen an Empfänger, die nicht Regierungen der Vertragsstaaten sind, erzielt werden, oder wenn zur Deckung Mittel der in Artikel 51 Absatz 4 genannten Art zur Verfügung stehen.

b) Als Selbstkosten im Sinne des Buchstaben a) sind Beträge zu ver-

cost over and above costs normally incident to the performance of the services of a national Office or the obligations of an International Searching Authority.

(6) The details concerning the implementation of the provisions of this Article shall be governed by decisions of the Assembly and, within the limits to be fixed by the Assembly, such working groups as the Assembly may set up for that purpose.

(7) The Assembly shall, when it considers it necessary, recommend methods of providing financing supplementary to those referred to in paragraph (5).

Article 51

Technical Assistance

(1) The Assembly shall establish a Committee for Technical Assistance (referred to in this Article as "the Committee").

(2) (a) The members of the Committee shall be elected among the Contracting States, with due regard to the representation of developing countries.

(b) The Director General shall, on his own initiative or at the request of the Committee, invite representatives of intergovernmental organizations concerned with technical assistance to developing countries to participate in the work of the Committee.

(3) (a) The task of the Committee shall be to organize and supervise technical assistance for Contracting States which are developing countries in developing their patent systems individually or on a regional basis.

(b) The technical assistance shall comprise, among other things, the training of specialists, the loaning of experts, and the supply of equipment both for demonstration and for operational purposes.

(4) The International Bureau shall seek to enter into agreements, on the one hand, with international financing organizations and intergovernmental organizations, particularly the United Nations, the agencies of the United Nations, and the Specialized Agencies connected with the United Nations concerned with technical assistance, and, on the other hand, with the Governments of the States receiving the technical assistance, for the financing of projects pursuant to this Article.

me consistant dans les frais qui s'ajoutent à ceux que l'office national ou l'administration chargée de la recherche internationale doivent engager de toute façon pour s'acquitter de leurs tâches.

(6) Les détails relatifs à l'application du présent article sont réglementés par décisions de l'Assemblée et, dans les limites fixées par cette dernière, par les groupes de travail qu'elle pourra instituer à cette fin.

(7) Si elle l'estime nécessaire, l'Assemblée recommande d'autres modes de financement pour compléter ceux qui sont prévus à l'alinéa 5).

Article 51

Assistance technique

1) L'Assemblée établit un Comité d'assistance technique (dénommé dans le présent article «le Comité»).

2) a) Les membres du Comité sont élus parmi les États contractants de façon à assurer une représentation appropriée des pays en voie de développement.

b) Le Directeur général invite, de sa propre initiative ou sur la requête du Comité, des représentants des organisations intergouvernementales s'occupant d'assistance technique aux pays en voie de développement à prendre part aux travaux du Comité.

3) a) Le Comité a pour tâche l'organisation et la supervision de l'assistance technique accordée aux États contractants qui sont des pays en voie de développement, afin de développer leurs systèmes de brevets, soit au niveau national, soit au niveau régional.

b) L'assistance technique comprend notamment la formation de spécialistes, la mise à disposition d'experts et la fourniture d'équipements à des fins de démonstration et de fonctionnement.

4) En vue du financement de projets entrant dans le cadre du présent article, le Bureau international s'efforce de conclure des accords, d'une part avec des organisations internationales de financement et des organisations intergouvernementales, en particulier avec l'Organisation des Nations Unies, les agences des Nations Unies ainsi qu'avec les institutions spécialisées des Nations Unies ayant compétence en matière d'assistance technique, de même que, d'autre part, avec les gouvernements des États bénéficiaires de l'assistance technique.

stehen, die über das hinausgehen, was ein nationales Amt oder eine Internationale Recherchenbehörde auf jeden Fall normalerweise für die Erfüllung seiner Aufgaben aufwenden muß.

(6) Die Einzelheiten der Anwendung dieses Artikels werden durch Beschlüsse der Versammlung oder -- im Rahmen der von der Versammlung gezogenen Grenzen -- durch Beschlüsse von Arbeitsgruppen geregelt, die die Versammlung zu diesem Zweck einsetzen kann.

(7) Die Versammlung empfiehlt, wenn sie dies für erforderlich erachtet, zusätzliche Finanzierungsmaßnahmen in Ergänzung zu den in Absatz 5 vorgesehenen Finanzierungsmöglichkeiten.

Artikel 51

Technische Hilfe

(1) Die Versammlung bildet einen Ausschuß für technische Hilfe (in diesem Artikel als „der Ausschuß“ bezeichnet).

(2) a) Die Mitglieder des Ausschusses sind aus dem Kreis der Vertragsstaaten auszuwählen; eine angemessene Vertretung der Entwicklungsländer ist sicherzustellen.

b) Der Generaldirektor lädt auf eigene Initiative oder auf Antrag des Ausschusses zur Teilnahme an den Arbeiten des Ausschusses Vertreter zwischenstaatlicher Organisationen ein, die sich mit technischer Hilfe für Entwicklungsländer befassen.

(3) a) Der Ausschuß hat die Aufgabe, die technische Hilfe für die Entwicklungsländer unter den Vertragsstaaten bei der Entwicklung ihrer Patentsysteme auf nationaler oder regionaler Ebene in die Wege zu leiten und zu überwachen.

b) Die technische Hilfe umfaßt unter anderem die Ausbildung von Fachleuten, die Entsendung von Sachverständigen und die Lieferung von Lehr- und Arbeitsmitteln.

(4) Im Hinblick auf die Finanzierung der Vorhaben, die sich aus diesem Artikel ergeben, wird sich das Internationale Büro bemühen, einerseits mit internationalen Finanzierungsorganisationen und zwischenstaatlichen Organisationen, insbesondere den Vereinten Nationen, ihren Unterorganen und Sonderorganisationen, soweit sie mit technischer Hilfe befaßt sind, und andererseits mit den Regierungen der Empfängerstaaten der technischen Hilfe Vereinbarungen abzuschließen.

(5) The details concerning the implementation of the provisions of this Article shall be governed by decisions of the Assembly and, within the limits to be fixed by the Assembly, such working groups as the Assembly may set up for that purpose.

Article 52

Relations with Other Provisions of the Treaty

Nothing in this Chapter shall affect the financial provisions contained in any other Chapter of this Treaty. Such provisions are not applicable to the present Chapter or to its implementation.

5) Les détails relatifs à l'application du présent article sont réglementés par décisions de l'Assemblée et, dans les limites fixées par cette dernière, par les groupes de travail qu'elle pourra instituer à cette fin.

Article 52

Rapports avec les autres dispositions du traité

Aucune disposition du présent chapitre n'affecte les dispositions financières figurant dans les autres chapitres du présent traité. Ces dispositions ne sont pas applicables au présent chapitre ni à sa mise en œuvre.

(5) Die Einzelheiten der Anwendung dieses Artikels werden durch Beschlüsse der Versammlung oder — im Rahmen der von der Versammlung gezogenen Grenzen — durch Beschlüsse von Arbeitsgruppen geregelt, die die Versammlung zu diesem Zweck einsetzen kann.

Artikel 52

Beziehungen zu anderen Vertragsbestimmungen

Dieses Kapitel läßt die in anderen Kapiteln dieses Vertrags enthaltenen finanziellen Bestimmungen unberührt. Diese Bestimmungen sind auf das vorstehende Kapitel und seine Durchführung nicht anwendbar.

Chapter V

Administrative Provisions

Article 53

Assembly

(1) (a) The Assembly shall, subject to Article 57 (8), consist of the Contracting States.

(b) The Government of each Contracting State shall be represented by one delegate, who may be assisted by alternate delegates, advisors, and experts.

(2) (a) The Assembly shall:

- (i) deal with all matters concerning the maintenance and development of the Union and the implementation of this Treaty;
- (ii) perform such tasks as are specifically assigned to it under other provisions of this Treaty;
- (iii) give directions to the International Bureau concerning the preparation for revision conferences;
- (iv) review and approve the reports and activities of the Director General concerning the Union, and give him all necessary instructions concerning matters within the competence of the Union;
- (v) review and approve the reports and activities of the Executive Committee established under paragraph (9), and give instructions to such Committee;
- (vi) determine the program and adopt the triennial budget of the Union, and approve its final accounts;
- (vii) adopt the financial regulations of the Union;
- (viii) establish such committees and working groups as it deems appropriate to achieve the objectives of the Union;

Chapitre V

Dispositions administratives

Article 53

Assemblée

1) a) L'Assemblée est composée des États contractants, sous réserve de l'article 57. 8).

b) Le gouvernement de chaque État contractant est représenté par un délégué, qui peut être assisté de suppléants, de conseillers et d'experts.

2) a) L'Assemblée:

- i) traite de toutes les questions concernant le maintien et le développement de l'Union et l'application du présent traité;
- ii) s'acquitte des tâches qui lui sont expressément assignées dans d'autres dispositions du présent traité;
- iii) donne au Bureau international des directives concernant la préparation des conférences de révision;
- iv) examine et approuve les rapports et les activités du Directeur général relatifs à l'Union et lui donne toutes directives utiles concernant les questions de la compétence de l'Union;
- v) examine et approuve les rapports et les activités du Comité exécutif établi conformément à l'alinéa 9) et lui donne des directives;
- vi) arrête le programme, adopte le budget triennal de l'Union et approuve ses comptes de clôture;
- vii) adopte le règlement financier de l'Union;
- viii) crée les comités et groupes de travail qu'elle juge utiles à la réalisation des objectifs de l'Union;

Kapitel V

Verwaltungsbestimmungen

Artikel 53

Die Versammlung

(1) a) Die Versammlung setzt sich vorbehaltlich des Artikels 57 Absatz 8 aus den Vertragsstaaten zusammen.

b) Die Regierung jedes Vertragsstaats wird durch einen Delegierten vertreten, der von Stellvertretern, Beratern und Sachverständigen unterstützt werden kann.

(2) a) Die Versammlung

- i) behandelt alle Fragen betreffend die Erhaltung und die Entwicklung des Verbands sowie die Anwendung dieses Vertrags;
- ii) erfüllt die Aufgaben, die ihr durch andere Bestimmungen dieses Vertrags zugewiesen sind;
- iii) erteilt dem Internationalen Büro Weisungen für die Vorbereitung von Revisionskonferenzen;
- iv) prüft und billigt die Berichte und die Tätigkeit des Generaldirektors betreffend den Verband und erteilt ihm alle zweckdienlichen Weisungen in Fragen, die in die Zuständigkeit des Verbands fallen;
- v) prüft und billigt die Berichte und Tätigkeiten des nach Absatz 9 eingesetzten Exekutivausschusses und erteilt dem Ausschuß Weisungen;
- vi) legt das Programm fest, beschließt den Dreijahres-Haushaltsplan des Verbands und billigt seine Rechnungsabschlüsse;
- vii) beschließt die Finanzvorschriften des Verbands;
- viii) bildet die Ausschüsse und Arbeitsgruppen, die sie zur Verwirklichung der Ziele des Verbands für zweckdienlich hält;

(ix) determine which States other than Contracting States and, subject to the provisions of paragraph (8), which intergovernmental and international non-governmental organizations shall be admitted to its meetings as observers;

(x) take any other appropriate action designed to further the objectives of the Union and perform such other functions as are appropriate under this Treaty.

(b) With respect to matters which are of interest also to other Unions administered by the Organization, the Assembly shall make its decisions after having heard the advice of the Coordination Committee of the Organization.

(3) A delegate may represent, and vote in the name of, one State only.

(4) Each Contracting State shall have one vote.

(5) (a) One-half of the Contracting States shall constitute a quorum.

(b) In the absence of the quorum, the Assembly may make decisions but, with the exception of decisions concerning its own procedure, all such decisions shall take effect only if the quorum and the required majority are attained through voting by correspondence as provided in the Regulations.

(6) (a) Subject to the provisions of Articles 47 (2) (b), 58 (2) (b), 58 (3) and 61 (2) (b), the decisions of the Assembly shall require two-thirds of the votes cast.

(b) Abstentions shall not be considered as votes.

(7) In connection with matters of exclusive interest to States bound by Chapter II, any reference to Contracting States in paragraphs (4), (5) and (6), shall be considered as applying only to States bound by Chapter II.

(8) Any intergovernmental organization appointed as International Searching or Preliminary Examining Authority shall be admitted as observer to the Assembly.

(9) When the number of Contracting States exceeds forty, the Assembly shall establish an Executive Committee. Any reference to the Executive

ix) décide quels sont les États non contractants et, sous réserve de l'alinéa 8), quelles sont les organisations intergouvernementales et internationales non gouvernementales qui peuvent être admis à ses réunions en qualité d'observateurs;

x) entreprend toute autre action appropriée en vue d'atteindre les objectifs de l'Union et s'acquitte de toutes autres fonctions utiles dans le cadre du présent traité.

b) Sur les questions qui intéressent également d'autres unions administrées par l'Organisation, l'Assemblée statue après avoir pris connaissance de l'avis du Comité de coordination de l'Organisation.

3) Un délégué ne peut représenter qu'un seul État et ne peut voter qu'au nom de celui-ci.

4) Chaque État contractant dispose d'une voix.

5) a) La moitié des États contractants constitue le quorum.

b) Si ce quorum n'est pas atteint, l'Assemblée peut prendre des décisions; toutefois, ces décisions, à l'exception de celles qui concernent sa procédure, ne deviennent exécutoires que si le quorum et la majorité requis sont atteints par le moyen du vote par correspondance prévu par le règlement d'exécution.

6) a) Sous réserve des articles 47.2 b), 58.2) b), 58.3) et 61.2) b), les décisions de l'Assemblée sont prises à la majorité des deux tiers des votes exprimés.

b) L'abstention n'est pas considérée comme un vote.

7) S'il s'agit de questions intéressant exclusivement les États liés par le chapitre II, toute référence aux États contractants figurant aux alinéas 4), 5) et 6) est considérée comme s'appliquant seulement aux États liés par le chapitre II.

8) Toute organisation intergouvernementale nommée en tant qu'administration chargée de la recherche internationale ou en tant qu'administration chargée de l'examen préliminaire international est admise en qualité d'observateur aux réunions de l'Assemblée.

9) Lorsque le nombre des États contractants dépassera quarante, l'Assemblée établira un Comité exécutif. Toute référence faite au Comité exécutif

ix) bestimmt, welche Staaten, die nicht Vertragsstaaten sind, und, vorbehaltlich des Absatzes 8, welche zwischenstaatlichen und internationalen nichtstaatlichen Organisationen zu ihren Sitzungen als Beobachter zugelassen werden;

x) nimmt jede geeignete Handlung vor, die der Förderung der Ziele des Verbands dient, und nimmt alle anderen Aufgaben wahr, die im Rahmen dieses Vertrags zweckdienlich sind.

b) Über Fragen, die auch für andere von der Organisation verwaltete Verbände von Interesse sind, entscheidet die Versammlung nach Anhörung des Koordinierungsausschusses der Organisation.

(3) Ein Delegierter kann nur einen Staat vertreten und nur im Namen eines Staates stimmen.

(4) Jeder Vertragsstaat verfügt über eine Stimme.

(5) a) Die Hälfte der Vertragsstaaten bildet das Quorum (die für die Beschlußfähigkeit erforderliche Mindestzahl).

b) Kommt das Quorum nicht zustande, so kann die Versammlung Beschlüsse fassen, die jedoch — abgesehen von Beschlüssen, die das eigene Verfahren betreffen — nur wirksam werden, wenn das Quorum und die erforderliche Mehrheit im schriftlichen Verfahren, wie es in der Ausführungsordnung vorgesehen ist, herbeigeführt wird.

(6) a) Vorbehaltlich Artikel 47 Absatz 2 Buchstabe b, Artikel 58 Absatz 2 Buchstabe b, Artikel 58 Absatz 3 und Artikel 61 Absatz 2 Buchstabe b faßt die Versammlung ihre Beschlüsse mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

b) Stimmenthaltung gilt nicht als Stimmabgabe.

(7) Für Sachgebiete, die ausschließlich für die nach Kapitel II verpflichteten Staaten von Interesse sind, gilt jede Bezugnahme auf Vertragsstaaten in den Absätzen 4, 5 und 6 lediglich als Bezugnahme auf nach Kapitel II verpflichtete Staaten.

(8) Jede zwischenstaatliche Organisation, die als Internationale Recherchenbehörde oder als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde anerkannt ist, wird als Beobachter zur Versammlung zugelassen.

(9) Übersteigt die Zahl der Vertragsstaaten vierzig, so bildet die Versammlung einen Exekutivausschuß. Jede Bezugnahme in diesem Vertrag

Committee in this Treaty and the Regulations shall be construed as references to such Committee once it has been established.

(10) Until the Executive Committee has been established, the Assembly shall approve, within the limits of the program and triennial budget, the annual programs and budgets prepared by the Director General.

(11) (a) Until the Executive Committee has been established, the Assembly shall meet once in every calendar year in ordinary session upon convocation by the Director General and, in the absence of exceptional circumstances, during the same period and at the same place as the Coordination Committee of the Organization.

(b) Once the Executive Committee has been established, the Assembly shall meet once only in every third calendar year in ordinary session upon convocation by the Director General and, in the absence of exceptional circumstances, during the same period and at the same place as the General Assembly of the Organization.

(c) The Assembly shall meet in extraordinary session upon convocation by the Director General, at the request of the Executive Committee, or at the request of one-fourth of the Contracting States.

(12) The Assembly shall adopt its own rules of procedure.

Article 54

Executive Committee

(1) When the Assembly has established an Executive Committee, that Committee shall be subject to the provisions set forth hereinafter.

(2) (a) The Executive Committee shall, subject to Article 57 (8), consist of States elected by the Assembly from among States members of the Assembly.

(b) The Government of each State member of the Executive Committee shall be represented by one delegate, who may be assisted by alternate delegates, advisors, and experts.

(3) The number of States members of the Executive Committee shall correspond to one-fourth of the number of States members of the Assembly. In establishing the number of seats to be filled, remainders after division by four shall be disregarded.

(4) In electing the members of the Executive Committee, the Assembly

dans le présent traité ou dans le règlement d'exécution vise l'époque où ce comité aura été établi.

10) Jusqu'à l'établissement du Comité exécutif, l'Assemblée se prononce, dans les limites du programme et du budget triennal, sur les programmes et budgets annuels préparés par le Directeur général.

11) a) Jusqu'à l'établissement du Comité exécutif, l'Assemblée se réunit une fois tous les ans en session ordinaire, sur convocation du Directeur général et, sauf cas exceptionnels, pendant la même période et au même lieu que le Comité de coordination de l'Organisation.

b) Après l'établissement du Comité exécutif, l'Assemblée se réunira une fois tous les trois ans en session ordinaire, sur convocation du Directeur général et, sauf cas exceptionnels, pendant la même période et au même lieu que l'Assemblée générale de l'Organisation.

c) L'Assemblée se réunit en session extraordinaire sur convocation adressée par le Directeur général, à la demande du Comité exécutif ou à la demande d'un quart des États contractants.

12) L'Assemblée adopte son règlement intérieur.

Article 54

Comité exécutif

1) Lorsque l'Assemblée aura établi un Comité exécutif, il sera soumis aux dispositions suivantes.

2) a) Sous réserve de l'article 57.8), le Comité exécutif est composé des États élus par l'Assemblée parmi les États membres de celle-ci.

b) Le gouvernement de chaque État membre du Comité exécutif est représenté par un délégué, qui peut être assisté de suppléants, de conseillers et d'experts.

3) Le nombre des États membres du Comité exécutif correspond au quart du nombre des États membres de l'Assemblée. Dans le calcul des sièges à pourvoir, le reste subsistant après la division par quatre n'est pas pris en considération.

4) Lors de l'élection des membres du Comité exécutif, l'Assemblée tient

und der Ausführungsordnung auf den Exekutivausschuß ist als Bezugnahme auf den Exekutivausschuß nach seiner Bildung zu verstehen.

(10) Bis zur Bildung des Exekutiv-ausschusses stellt die Versammlung im Rahmen des Programms und des Dreijahres-Haushaltsplans die vom Generaldirektor vorbereiteten Jahresprogramme und Jahreshaushaltspläne auf.

(11) a) Bis zur Bildung des Exekutiv-ausschusses tritt die Versammlung einmal in jedem Kalenderjahr nach Einberufung durch den Generaldirektor zu einer ordentlichen Tagung zusammen, und zwar, abgesehen von außergewöhnlichen Fällen, zu derselben Zeit und an demselben Ort wie der Koordinierungsausschuß der Organisation.

b) Nach Bildung des Exekutiv-ausschusses tritt die Versammlung nach Einberufung durch den Generaldirektor alle drei Jahre einmal zu einer ordentlichen Tagung zusammen, und zwar, abgesehen von außergewöhnlichen Fällen, zu derselben Zeit und an demselben Ort wie die Generalversammlung der Organisation.

c) Die Versammlung tritt nach Einberufung durch den Generaldirektor zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, wenn der Exekutivausschuß (nach seiner Bildung) oder ein Viertel der Vertragsstaaten es verlangt.

(12) Die Versammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 54

Der Exekutivausschuß

(1) Der Exekutivausschuß unterliegt nach seiner Bildung durch die Versammlung den nachfolgenden Bestimmungen.

(2) a) Vorbehaltlich des Artikels 57 Absatz 8 setzt sich der Exekutivausschuß aus den von der Versammlung aus dem Kreis ihrer Mitgliedstaaten gewählten Staaten zusammen.

b) Die Regierung jedes Mitgliedstaats des Exekutivausschusses wird durch einen Delegierten vertreten, der von Stellvertretern, Beratern und Sachverständigen unterstützt werden kann.

(3) Die Zahl der Mitgliedstaaten des Exekutivausschusses entspricht einem Viertel der Zahl der Mitgliedstaaten der Versammlung. Bei der Berechnung der zu vergebenden Sitze wird der nach Teilung durch vier verbleibende Rest nicht berücksichtigt.

(4) Bei der Wahl der Mitglieder des Exekutivausschusses trägt die Ver-

shall have due regard to an equitable geographical distribution.

(5) (a) Each member of the Executive Committee shall serve from the close of the session of the Assembly which elected it to the close of the next ordinary session of the Assembly.

(b) Members of the Executive Committee may be reelected but only up to a maximum of two-thirds of such members.

(c) The Assembly shall establish the details of the rules governing the election and possible re-election of the members of the Executive Committee.

(6) (a) The Executive Committee shall:

- (i) prepare the draft agenda of the Assembly;
- (ii) submit proposals to the Assembly in respect of the draft program and triennial budget of the Union prepared by the Director General;
- (iii) approve, within the limits of the program and triennial budget, the specific yearly budgets and programs prepared by the Director General;
- (iv) submit, with appropriate comments, to the Assembly the periodical reports of the Director General and the yearly audit reports on the accounts;
- (v) take all necessary measures to ensure the execution of the program of the Union by the Director General, in accordance with the decisions of the Assembly and having regard to circumstances arising between two ordinary sessions of the Assembly;
- (vi) perform such other functions as are allocated to it under this Treaty.

(b) With respect to matters which are of interest also to other Unions administered by the Organization, the Executive Committee shall make its decisions after having heard the advice of the Coordination Committee of the Organization.

(7) (a) The Executive Committee shall meet once a year in ordinary session upon convocation by the Director General, preferably during the same period and at the same place as the Coordination Committee of the Organization.

(b) The Executive Committee shall meet in extraordinary session upon convocation by the Director General, either on his own initiative

compte d'une répartition géographique équitable.

5) a) Les membres du Comité exécutif restent en fonctions à partir de la clôture de la session de l'Assemblée au cours de laquelle ils ont été élus jusqu'au terme de la session ordinaire suivante de l'Assemblée.

b) Les membres du Comité exécutif sont rééligibles dans la limite maximale des deux tiers d'entre eux.

c) L'Assemblée réglemente les modalités de l'élection et de la réélection éventuelle des membres du Comité exécutif.

6) a) Le Comité exécutif:

- i) prépare le projet d'ordre du jour de l'Assemblée;
- ii) soumet à l'Assemblée des propositions relatives aux projets de programme et de budget triennal de l'Union préparés par le Directeur général;
- iii) se prononce, dans les limites du programme et du budget triennal, sur les programmes et budgets annuels préparés par le Directeur général;
- iv) soumet à l'Assemblée, avec les commentaires appropriés, les rapports périodiques du Directeur général et les rapports annuels de vérification des comptes;
- v) prend toutes mesures utiles en vue de l'exécution du programme de l'Union par le Directeur général, conformément aux décisions de l'Assemblée et en tenant compte des circonstances survenant entre deux sessions ordinaires de ladite Assemblée;
- vi) s'acquitte de toutes autres tâches qui lui sont attribuées dans le cadre du présent traité.

b) Sur les questions qui intéressent également d'autres unions administrées par l'Organisation, le Comité exécutif statue après avoir pris connaissance de l'avis du Comité de coordination de l'Organisation.

7) a) Le Comité exécutif se réunit une fois par an en session ordinaire, sur convocation du Directeur général, autant que possible pendant la même période et au même lieu que le Comité de coordination de l'Organisation.

b) Le Comité exécutif se réunit en session extraordinaire sur convocation adressée par le Directeur général soit à l'initiative de celui-ci, soit

sammlung einer angemessenen geographischen Verteilung Rechnung.

(5) a) Die Mitglieder des Exekutiv-ausschusses üben ihr Amt vom Schluß der Tagung der Versammlung, in deren Verlauf sie gewählt worden sind, bis zum Ende der darauffolgenden ordentlichen Tagung der Versammlung aus.

b) Höchstens zwei Drittel der Mitglieder des Exekutiv-ausschusses können wiedergewählt werden.

c) Die Versammlung regelt die Einzelheiten der Wahl und der etwaigen Wiederwahl der Mitglieder des Exekutiv-ausschusses.

(6) a) Der Exekutiv-ausschuß

- i) bereitet den Entwurf der Tagesordnung der Versammlung vor;
- ii) unterbreitet der Versammlung Vorschläge zu den vom Generaldirektor vorbereiteten Entwürfen des Programms und des Dreijahres-Haushaltsplans des Verbands;
- iii) stellt im Rahmen des Programms und des Dreijahres-Haushaltsplans die vom Generaldirektor vorbereiteten Jahresprogramme und Jahreshaushaltspläne auf;
- iv) unterbreitet der Versammlung mit entsprechenden Bemerkungen die periodischen Berichte des Generaldirektors und die jährlichen Berichte der Rechnungsprüfung;
- v) trifft alle zweckdienlichen Maßnahmen zur Durchführung des Programms des Verbands durch den Generaldirektor in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Versammlung und unter Berücksichtigung der zwischen zwei ordentlichen Tagungen der Versammlung eintretenden Umstände;
- vi) nimmt alle anderen Aufgaben wahr, die ihm im Rahmen dieses Vertrags übertragen werden.

b) Über Fragen, die auch für andere von der Organisation verwalteten Verbände von Interesse sind, entscheidet der Exekutiv-ausschuß nach Anhörung des Koordinierungsausschusses der Organisation.

(7) a) Der Exekutiv-ausschuß tritt nach Einberufung durch den Generaldirektor jedes Jahr einmal zu einer ordentlichen Tagung zusammen, und zwar möglichst zu derselben Zeit und an demselben Ort wie der Koordinierungsausschuß der Organisation.

b) Der Exekutiv-ausschuß tritt nach Einberufung durch den Generaldirektor zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, entweder auf In-

or at the request of its Chairman or one-fourth of its members.

(8) (a) Each State member of the Executive Committee shall have one vote.

(b) One-half of the members of the Executive Committee shall constitute a quorum.

(c) Decisions shall be made by a simple majority of the votes cast.

(d) Abstentions shall not be considered as votes.

(e) A delegate may represent, and vote in the name of, one State only.

(9) Contracting States not members of the Executive Committee shall be admitted to its meetings as observers, as well as any intergovernmental organization appointed as International Searching or Preliminary Examining Authority.

(10) The Executive Committee shall adopt its own rules of procedure.

Article 55

International Bureau

(1) Administrative tasks concerning the Union shall be performed by the International Bureau.

(2) The International Bureau shall provide the secretariat of the various organs of the Union.

(3) The Director General shall be the chief executive of the Union and shall represent the Union.

(4) The International Bureau shall publish a Gazette and other publications provided for by the Regulations or required by the Assembly.

(5) The Regulations shall specify the services that national Offices shall perform in order to assist the International Bureau and the International Searching and Preliminary Examining Authorities in carrying out their tasks under this Treaty.

(6) The Director General and any staff member designated by him shall participate, without the right to vote, in all meetings of the Assembly, the Executive Committee and any other committee or working group established under this Treaty or the Regulations. The Director General, or a staff member designated by him, shall be ex officio secretary of these bodies.

à la demande de son président ou d'un quart de ses membres.

8) a) Chaque État membre du Comité exécutif dispose d'une voix.

b) La moitié des États membres du Comité exécutif constitue le quorum.

c) Les décisions sont prises à la majorité simple de votes exprimés.

d) L'abstention n'est pas considérée comme un vote.

e) Un délégué ne peut représenter qu'un seul État et ne peut voter qu'au nom de celui-ci.

9) Les États contractants qui ne sont pas membres du Comité exécutif sont admis à ses réunions en qualité d'observateurs, de même que toute organisation intergouvernementale nommée en tant qu'administration chargée de la recherche internationale ou en tant qu'administration chargée de l'examen préliminaire international.

10) Le Comité exécutif adopte son règlement intérieur.

Article 55

Bureau international

1) Les tâches administratives incombant à l'Union sont assurées par le Bureau international.

2) Le Bureau international assure le secrétariat des divers organes de l'Union.

3) Le Directeur général est le plus haut fonctionnaire de l'Union et la représente.

4) Le Bureau international publie une gazette et les autres publications indiquées par le règlement d'exécution ou l'Assemblée.

5) Le règlement d'exécution précise les services que les offices nationaux doivent rendre en vue d'assister le Bureau international, les administrations chargées de la recherche internationale et les administrations chargées de l'examen préliminaire international à accomplir les tâches prévues par le présent traité.

6) Le Directeur général et tout membre du personnel désigné par lui prennent part, sans droit de vote, à toutes les réunions de l'Assemblée, du Comité exécutif et de tout autre comité ou groupe de travail établi en application du présent traité ou du règlement d'exécution. Le Directeur général, ou un membre du personnel désigné par lui, est d'office secrétaire de ces organes.

initiative des Generaldirektors oder wenn der Vorsitzende oder ein Viertel der Mitglieder des Exekutivausschusses es verlangt.

(8) a) Jeder Mitgliedstaat des Exekutivausschusses verfügt über eine Stimme.

b) Die Hälfte der Mitglieder des Exekutivausschusses bildet das Quorum.

c) Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt.

d) Stimmenthaltung gilt nicht als Stimmabgabe.

e) Ein Delegierter kann nur einen Staat vertreten und nur in dessen Namen abstimmen.

(9) Die Vertragsstaaten, die nicht Mitglied des Exekutivausschusses sind, sowie zwischenstaatliche Organisationen, die als Internationale Recherchenbehörden und als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörden eingesetzt sind, werden zu den Sitzungen des Exekutivausschusses als Beobachter zugelassen.

(10) Der Exekutivausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 55

Das Internationale Büro

(1) Die Verwaltungsaufgaben des Verbands werden vom Internationalen Büro wahrgenommen.

(2) Das Internationale Büro besorgt das Sekretariat der verschiedenen Organe des Verbands.

(3) Der Generaldirektor ist der höchste Beamte des Verbands und vertritt den Verband.

(4) Das Internationale Büro gibt ein Blatt sowie die anderen Veröffentlichungen heraus, die in der Ausführungsordnung vorgesehen sind oder von der Versammlung angeordnet werden.

(5) Die Ausführungsordnung bestimmt, welche Leistungen die nationalen Ämter erbringen, um das Internationale Büro, die Internationalen Recherchenbehörden und die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Vertrag zu unterstützen.

(6) Der Generaldirektor und die von ihm bestimmten Mitglieder des Personals nehmen ohne Stimmrecht an allen Sitzungen der Versammlung sowie aller Ausschüsse und Arbeitsgruppen teil, die nach diesem Vertrag und der Ausführungsordnung gebildet werden. Der Generaldirektor oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Personals ist von Amts wegen Sekretär dieser Organe.

(7) (a) The International Bureau shall, in accordance with the directions of the Assembly and in cooperation with the Executive Committee, make the preparations for the revision conferences.

(b) The International Bureau may consult with intergovernmental and international non-governmental organizations concerning preparations for revision conferences.

(c) The Director General and persons designated by him shall take part, without the right to vote, in the discussions at revision conferences.

(8) The International Bureau shall carry out any other tasks assigned to it.

Article 56

Committee for Technical Cooperation

(1) The Assembly shall establish a Committee for Technical Cooperation (referred to in this Article as "the Committee").

(2) (a) The Assembly shall determine the composition of the Committee and appoint its members, with due regard to an equitable representation of developing countries.

(b) The International Searching and Preliminary Examining Authorities shall be ex officio members of the Committee. In the case where such an Authority is the national Office of a Contracting State, that State shall not be additionally represented on the Committee.

(c) If the number of Contracting States so allows, the total number of members of the Committee shall be more than double the number of ex officio members.

(d) The Director General shall, on his own initiative or at the request of the Committee, invite representatives of interested organizations to participate in discussions of interest to them.

(3) The aim of the Committee shall be to contribute, by advice and recommendations:

(i) to the constant improvement of the services provided for under this Treaty,

(ii) to the securing, so long as there are several International Searching Authorities and several International Preliminary Examining Authorities, of the maximum degree of uniformity in their documentation and working methods and the maximum degree of uniformly high quality in their reports, and

7) a) Le Bureau international prépare les conférences de révision selon les directives de l'Assemblée et en coopération avec le Comité exécutif.

b) Le Bureau international peut consulter des organisations intergouvernementales et internationales non gouvernementales sur la préparation des conférences de révision.

c) Le Directeur général et les personnes désignées par lui prennent part, sans droit de vote, aux délibérations dans les conférences de révision.

8) Le Bureau international exécute toutes autres tâches qui lui sont attribuées.

Article 56

Comité de coopération technique

1) L'Assemblée établit un Comité de coopération technique (dénommé dans le présent article «le Comité»).

2) a) L'Assemblée détermine la composition du Comité et en nomme les membres, compte tenu d'une représentation équitable des pays en voie de développement.

b) Les administrations chargées de la recherche internationale ou de l'examen préliminaire international sont ex officio membres du Comité. Lorsqu'une telle administration est l'office national d'un État contractant, celui-ci ne peut avoir d'autre représentation au Comité.

c) Si le nombre des États contractants le permet, le nombre total des membres du Comité est supérieur au double du nombre des membres ex officio.

d) Le Directeur général, de sa propre initiative ou à la requête du Comité, invite des représentants des organisations intéressées à prendre part aux discussions qui les intéressent.

3) Le Comité a pour but de contribuer, par le moyen d'avis et de recommandations:

i) à améliorer constamment les services prévus par le présent traité;

ii) à obtenir, tant qu'il y a plusieurs administrations chargées de la recherche internationale et plusieurs administrations chargées de l'examen préliminaire international, que leur documentation et leurs méthodes de travail soient aussi uniformes que possible et que leurs rapports soient uniformément de la plus haute qualité possible;

(7) a) Das Internationale Büro bereitet in Übereinstimmung mit den Anweisungen der Versammlung und in Zusammenarbeit mit dem Exekutiv-ausschuß die Revisionskonferenzen vor.

b) Das Internationale Büro kann bei der Vorbereitung der Revisionskonferenzen zwischenstaatliche sowie internationale nichtstaatliche Organisationen konsultieren.

c) Der Generaldirektor und die von ihm bestimmten Personen nehmen ohne Stimmrecht an den Beratungen der Revisionskonferenzen teil.

(8) Das Internationale Büro nimmt alle anderen Aufgaben wahr, die ihm übertragen werden.

Artikel 56

Der Ausschuß

für technische Zusammenarbeit

(1) Die Versammlung bildet einen Ausschuß für technische Zusammenarbeit (in diesem Artikel als „Ausschuß“ bezeichnet).

(2) a) Die Versammlung bestimmt die Zusammensetzung des Ausschusses und ernennt seine Mitglieder; hierbei ist einer angemessenen Vertretung der Entwicklungsländer Rechnung zu tragen.

b) Die Internationalen Recherchenbehörden und die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörden sind von Amts wegen Mitglieder des Ausschusses. Ist eine solche Behörde das nationale Amt eines Vertragsstaats, so darf dieser Staat in dem Ausschuß nicht zusätzlich vertreten sein.

c) Sofern die Zahl der Vertragsstaaten dies gestattet, soll die Gesamtzahl der Ausschußmitglieder mehr als doppelt so groß sein wie die Zahl der Mitglieder von Amts wegen.

d) Der Generaldirektor lädt auf eigene Initiative oder auf Antrag des Ausschusses Vertreter von interessierten Organisationen ein, an den Erörterungen, die sie interessieren, teilzunehmen.

(3) Der Ausschuß hat die Aufgabe, durch Rat und Empfehlungen dazu beizutragen,

i) daß die in diesem Vertrag vorgesehenen Dienste ständig verbessert werden,

ii) daß bei Vorhandensein mehrerer Internationaler Recherchenbehörden und mehrerer mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörden der höchstmögliche Grad an Einheitlichkeit im Prüfstoff und in den Arbeitsmethoden und ein einheitlich hoher Stand der Berichte gewährleistet werden und

(iii) on the initiative of the Assembly or the Executive Committee, to the solution of the technical problems specifically involved in the establishment of a single International Searching Authority.

(4) Any Contracting State and any interested international organization may approach the Committee in writing on questions which fall within the competence of the Committee.

(5) The Committee may address its advice and recommendations to the Director General or, through him, to the Assembly, the Executive Committee, all or some of the International Searching and Preliminary Examining Authorities, and all or some of the receiving Offices.

(6) (a) In any case, the Director General shall transmit to the Executive Committee the texts of all the advice and recommendations of the Committee. He may comment on such texts.

(b) The Executive Committee may express its views on any advice, recommendation, or other activity of the Committee, and may invite the Committee to study and report on questions falling within its competence. The Executive Committee may submit to the Assembly, with appropriate comments, the advice, recommendations and report of the Committee.

(7) Until the Executive Committee has been established, references in paragraph (6) to the Executive Committee shall be construed as references to the Assembly.

(8) The details of the procedure of the Committee shall be governed by the decisions of the Assembly.

Article 57 **Finances**

(1) (a) The Union shall have a budget.

(b) The budget of the Union shall include the income and expenses proper to the Union and its contribution to the budget of expenses common to the Unions administered by the Organization.

(c) Expenses not attributable exclusively to the Union but also to one or more other Unions administered by the Organization shall be considered as expenses common to the Unions. The share of the Union in such common expenses shall be in proportion to the interest the Union has in them.

iii) sur l'invitation de l'Assemblée ou du Comité exécutif, à résoudre les problèmes techniques spécialement posés par l'institution d'une seule administration chargée de la recherche internationale.

4) Tout État contractant et toute organisation internationale intéressée peuvent saisir le Comité, par écrit, de questions de sa compétence.

5) Le Comité peut adresser ses avis et ses recommandations au Directeur général ou, par l'intermédiaire de ce dernier, à l'Assemblée, au Comité exécutif, à toutes les administrations chargées de la recherche internationale ou de l'examen préliminaire international ou à certaines d'entre elles et à tous les offices récepteurs ou à certains d'entre eux.

6) a) Le Directeur général remet dans tous les cas au Comité exécutif le texte de tous les avis et recommandations du Comité. Il peut y joindre ses commentaires.

b) Le Comité exécutif peut exprimer ses opinions quant à tout avis ou recommandation ou à toute autre activité du Comité et peut inviter ce dernier à étudier des questions relevant de sa compétence et à faire rapport à leur sujet. Le Comité exécutif peut soumettre à l'Assemblée, avec des commentaires appropriés, les avis, recommandations et rapports du Comité.

7) Jusqu'à l'établissement du Comité exécutif, les références à ce dernier qui figurent à l'alinéa 6) sont considérées comme se rapportant à l'Assemblée.

8) L'Assemblée arrête les détails relatifs à la procédure du Comité.

Article 57 **Finances**

1) a) L'Union a un budget.

b) Le budget de l'Union comprend les recettes et les dépenses propres à l'Union ainsi que sa contribution au budget des dépenses communes aux unions administrées par l'Organisation.

c) Sont considérées comme dépenses communes aux unions les dépenses qui ne sont pas attribuées exclusivement à l'Union, mais également à une ou plusieurs autres unions administrées par l'Organisation. La part de l'Union dans ces dépenses communes est proportionnelle à l'intérêt que ces dépenses présentent pour elle.

iii) — auf Initiative der Versammlung oder des Exekutivausschusses — daß die technischen Probleme gelöst werden, die sich in besonderem Maße bei der Einsetzung einer einzigen Internationalen Recherchenbehörde stellen.

(4) Jeder Vertragsstaat und jede interessierte internationale Organisation kann sich schriftlich an den Ausschuß mit Fragen wenden, die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses fallen.

(5) Der Ausschuß kann seinen Rat und seine Empfehlungen an den Generaldirektor oder durch diesen an die Versammlung, den Exekutivausschuß, alle oder einzelne Internationale Recherchenbehörden oder mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörden und an alle oder einzelne Anmeldeämter richten.

(6) a) Der Generaldirektor übermittelt dem Exekutivausschuß in allen Fällen den Wortlaut aller Ratschläge oder Empfehlungen des Ausschusses. Er kann hierzu Stellung nehmen.

b) Der Exekutivausschuß kann sich zu dem Rat, der Empfehlung oder zu jeder anderen Maßnahme des Ausschusses äußern und kann den Ausschuß bitten, in dessen Aufgabenbereich fallende Fragen zu prüfen und über sie zu berichten. Der Exekutivausschuß kann der Versammlung den Rat, die Empfehlungen und den Bericht des Ausschusses mit sachdienlichen Bemerkungen übermitteln.

(7) Bis zur Bildung des Exekutivausschusses gelten die in Absatz 6 enthaltenen Bezugnahmen auf den Exekutivausschuß als Bezugnahme auf die Versammlung.

(8) Die Einzelheiten des Verfahrens des Ausschusses werden durch Beschlüsse der Versammlung bestimmt.

Artikel 57 **Finanzen**

(1) a) Der Verband hat einen Haushaltsplan.

b) Der Haushaltsplan des Verbands umfaßt die eigenen Einnahmen und Ausgaben des Verbands und dessen Beitrag zum Haushaltsplan der gemeinsamen Ausgaben der Verbände, die von der Organisation verwaltet werden.

c) Als gemeinsame Ausgaben der Verbände gelten die Ausgaben, die nicht ausschließlich dem Verband, sondern auch einem oder mehreren anderen von der Organisation verwalteten Verbänden zuzurechnen sind. Der Anteil des Verbands an diesen gemeinsamen Ausgaben entspricht dem Interesse, das der Verband an ihnen hat.

(2) The budget of the Union shall be established with due regard to the requirements of coordination with the budgets of the other Unions administered by the Organization.

(3) Subject to the provisions of paragraph (5), the budget of the Union shall be financed from the following sources:

- i) fees and charges due for services rendered by the International Bureau in relation to the Union;
- ii) sale of, or royalties on, the publications of the International Bureau concerning the Union;
- iii) gifts, bequests, and subventions;
- iv) rents, interests, and other miscellaneous income.

(4) The amounts of fees and charges due to the International Bureau and the prices of its publications shall be so fixed that they should, under normal circumstances, be sufficient to cover all the expenses of the International Bureau connected with the administration of this Treaty.

(5) (a) Should any financial year close with a deficit, the Contracting States shall, subject to the provisions of subparagraphs (b) and (c), pay contributions to cover such deficit.

(b) The amount of the contribution of each Contracting State shall be decided by the Assembly with due regard to the number of international applications which has emanated from each of them in the relevant year.

(c) If other means of provisionally covering any deficit or any part thereof are secured, the Assembly may decide that such deficit be carried forward and that the Contracting States should not be asked to pay contributions.

(d) If the financial situation of the Union so permits, the Assembly may decide that any contributions paid under subparagraph (a) be reimbursed to the Contracting States which have paid them.

(e) A Contracting State which has not paid, within two years of the due date as established by the Assembly, its contribution under subparagraph (b) may not exercise its right to vote in any of the organs of the Union. However, any organ of the Union may allow such a State to continue to exercise its right to vote in that organ so long as it is satisfied that the delay in payment is due to

2) Le budget de l'Union est arrêté compte tenu des exigences de coordination avec les budgets des autres unions administrées par l'Organisation.

3) Sous réserve de l'alinéa 5), le budget de l'Union est financé par les ressources suivantes:

- i) les taxes et sommes dues pour les services rendus par le Bureau international au titre de l'Union;
- ii) le produit de la vente des publications du Bureau international concernant l'Union et les droits afférents à ces publications;
- iii) les dons, legs et subventions;
- iv) les loyers, intérêts et autres revenus divers.

4) Le montant des taxes et sommes dues au Bureau international ainsi que le prix de vente de ses publications sont fixés de manière à couvrir normalement toutes les dépenses occasionnées au Bureau international par l'administration du présent traité.

5) a) Si un exercice budgétaire se clôt avec un déficit, les États membres, sous réserve des sous-alinéas b) et c), versent des contributions afin de couvrir ce déficit.

b) L'Assemblée arrête la contribution de chaque État contractant, en tenant dûment compte du nombre des demandes internationales qui sont parvenues de chacun d'eux au cours de l'année considérée.

c) Si le déficit peut être couvert provisoirement en tout ou en partie par d'autres moyens, l'Assemblée peut, dans cette mesure, décider de le reporter et de ne pas demander de contributions aux États contractants.

d) Si la situation financière de l'Union le permet, l'Assemblée peut décider que toutes contributions versées conformément au sous-alinéa a) seront remboursées aux États contractants qui les ont versées.

e) Si un État contractant n'a pas versé sa contribution selon le sous-alinéa b) dans un délai de deux années à compter de la date à laquelle elle était exigible selon la décision de l'Assemblée, il ne peut exercer son droit de vote dans aucun des organes de l'Union. Cependant, tout organe de l'Union peut autoriser un tel État à conserver l'exercice de son droit de vote au sein dudit organe aussi long-

(2) Der Haushaltsplan des Verbands wird unter Berücksichtigung der Notwendigkeit seiner Abstimmung mit den Haushaltsplänen der anderen von der Organisation verwalteten Verbände aufgestellt.

(3) Vorbehaltlich des Absatzes 5 umfaßt der Haushaltsplan des Verbands folgende Einnahmen:

- i) Gebühren und Beiträge für Dienstleistungen des Internationalen Büros im Rahmen des Verbands;
- ii) Verkaufserlöse und andere Einkünfte aus Veröffentlichungen des Internationalen Büros, die den Verband betreffen;
- iii) Schenkungen, Vermächtnisse und Zuwendungen;
- iv) Mieten, Zinsen und andere verschiedene Einkünfte.

(4) Die Höhe der Gebühren und Beträge für Dienstleistungen des Internationalen Büros und die Preise für seine Veröffentlichungen werden so festgesetzt, daß sie unter normalen Umständen ausreichen, um alle Ausgaben des Internationalen Büros im Zusammenhang mit der Verwaltung des Vertrags zu decken.

(5) a) Schließt ein Rechnungsjahr mit einem Defizit ab, so haben die Mitgliedstaaten, vorbehaltlich der Buchstaben b und c, Zuschüsse zur Deckung dieses Defizits zu leisten.

b) Die Höhe dieser Zuschüsse jedes Vertragsstaats wird von der Versammlung unter gebührender Berücksichtigung der Anzahl der internationalen Anmeldungen, die in dem betreffenden Jahr in jedem dieser Staaten eingereicht werden, festgesetzt.

c) Falls andere Möglichkeiten bestehen, ein Defizit oder einen Teil desselben vorläufig abzudecken, so kann die Versammlung beschließen, das Defizit vorläufig vorzutragen und die Vertragsstaaten nicht aufzufordern, Zuschüsse zu leisten.

d) Falls die finanzielle Lage des Verbands es gestattet, kann die Versammlung beschließen, daß nach Buchstabe a geleistete Zuschüsse den Vertragsstaaten, die sie geleistet haben, zurückgezahlt werden.

e) Ein Vertragsstaat, welcher innerhalb von zwei Jahren nach dem Fälligkeitsdatum, das durch die Versammlung festgelegt wurde, keine Zahlungen nach Buchstabe b vorgenommen hat, kann sein Stimmrecht in irgendeinem Organ des Verbands nicht ausüben. Jedoch kann jedes Organ des Verbands einem solchen Staat die Ausübung des Stimmrechts in diesem Organ weiterhin gestatten, falls

exceptional and unavoidable circumstances.

(6) If the budget is not adopted before the beginning of a new financial period, it shall be at the same level as the budget of the previous year, as provided in the financial regulations.

(7) (a) The Union shall have a working capital fund which shall be constituted by a single payment made by each Contracting State. If the fund becomes insufficient, the Assembly shall arrange to increase it. If part of the fund is no longer needed, it shall be reimbursed.

(b) The amount of the initial payment of each Contracting State to the said fund or of its participation in the increase thereof shall be decided by the Assembly on the basis of principles similar to those provided for under paragraph (5) (b).

(c) The terms of payment shall be fixed by the Assembly on the proposal of the Director General and after it has heard the advice of the Coordination Committee of the Organization.

(d) Any reimbursement shall be proportionate to the amounts paid by each Contracting State, taking into account the dates at which they were paid.

(8) (a) In the headquarters agreement concluded with the State on the territory of which the Organization has its headquarters, it shall be provided that, whenever the working capital fund is insufficient, such State shall grant advances. The amount of these advances and the conditions on which they are granted shall be the subject of separate agreements, in each case, between such State and the Organization. As long as it remains under the obligation to grant advances, such State shall have an ex officio seat in the Assembly and on the Executive Committee.

(b) The State referred to in subparagraph (a) and the Organization shall each have the right to denounce the obligation to grant advances, by written notification. Denunciation shall take effect three years after the end of the year in which it has been notified.

(9) The auditing of the accounts shall be effected by one or more of the Contracting States or by external auditors, as provided in the financial regulations. They shall be designated, with their agreement, by the Assembly.

temps que ce dernier estime que le retard résulte de circonstances exceptionnelles et inévitables.

(6) Dans le cas où le budget n'est pas adopté avant le début d'un nouvel exercice, le budget de l'année précédente est reconduit selon les modalités prévues par le règlement financier.

(7) a) L'Union possède un fonds de roulement constitué par un versement unique effectué par chaque État contractant. Si le fonds devient insuffisant, l'Assemblée prend les mesures nécessaires à son augmentation. Si une partie de ce fonds n'est plus nécessaire, elle est remboursée aux États contractants.

b) Le montant du versement initial de chaque État contractant au fonds précité ou de sa participation à l'augmentation de celui-ci est fixé par l'Assemblée sur la base de principes semblables à ceux qui sont prévus à l'alinéa 5) b).

c) Les modalités de versement sont arrêtées par l'Assemblée sur proposition du Directeur général et après avis du Comité de coordination de l'Organisation.

d) Tout remboursement est proportionnel aux montants versés par chaque État contractant, compte tenu des dates de ces versements.

(8) a) L'accord de siège conclu avec l'État sur le territoire duquel l'Organisation a son siège prévoit que, si le fonds de roulement est insuffisant, cet État accorde des avances. Le montant de ces avances et les conditions dans lesquelles elles sont accordées font l'objet, dans chaque cas, d'accords séparés entre l'État en cause et l'Organisation. Aussi longtemps qu'il est tenu d'accorder des avances, cet État dispose ex officio d'un siège à l'Assemblée et au Comité exécutif.

b) L'État visé au sous-alinéa a) et l'Organisation ont chacun le droit de dénoncer l'engagement d'accorder des avances moyennant notification par écrit. La dénonciation prend effet trois ans après la fin de l'année au cours de laquelle elle a été notifiée.

(9) La vérification des comptes est assurée, selon les modalités prévues par le règlement financier, par un ou plusieurs États contractants ou par des contrôleurs extérieurs. Ils sont, avec leur consentement, désignés par l'Assemblée.

und solange es überzeugt ist, daß der Zahlungsverzug auf unvermeidbare außergewöhnliche Umstände zurückzuführen ist.

(6) Wird der Haushaltsplan nicht vor Beginn eines neuen Rechnungsjahrs beschlossen, so wird der Haushaltsplan des Vorjahrs nach Maßgabe der Finanzvorschriften übernommen.

(7) a) Der Verband hat einen Betriebsmittelfonds, der durch eine einmalige Zahlung jedes Vertragsstaats gebildet wird. Reicht der Fonds nicht mehr aus, so trifft die Versammlung Vorkehrungen, ihn zu erhöhen. Nicht mehr benötigte Teile des Fonds werden zurückerstattet.

b) Die Höhe der erstmaligen Zahlung jedes Vertragsstaats zu diesem Fonds oder sein Anteil an dessen Erhöhung wird von der Versammlung unter Zugrundelegung ähnlicher Gesichtspunkte wie die in Absatz 5 Buchstabe b genannten bestimmt.

c) Die Zahlungsbedingungen werden von der Versammlung auf Vorschlag des Generaldirektors und nach Anhörung des Koordinierungsausschusses der Organisation festgesetzt.

d) Rückerstattungen haben proportional im Verhältnis zu den Beträgen zu stehen, die durch jeden Vertragsstaat eingezahlt worden sind, wobei der Zahlungszeitpunkt zu berücksichtigen ist.

(8) a) In dem Abkommen über den Sitz, das mit dem Staat geschlossen wird, in dessen Hoheitsgebiet die Organisation ihren Sitz hat, ist vorzusehen, daß dieser Staat Vorschüsse gewährt, wenn der Betriebsmittelfonds nicht ausreicht. Die Höhe dieser Vorschüsse und die Bedingungen, unter denen sie gewährt werden, sind in jedem Fall Gegenstand besonderer Vereinbarungen zwischen diesem Staat und der Organisation. Solange dieser Staat verpflichtet ist, Vorschüsse zu gewähren, hat er von Amts wegen einen Sitz in der Versammlung und im Exekutivausschuß.

b) Der in Buchstabe a bezeichnete Staat und die Organisation sind berechtigt, die Verpflichtung zur Gewährung von Vorschüssen durch schriftliche Notifikation zu kündigen. Die Kündigung wird drei Jahre nach Ablauf des Jahres wirksam, in dem sie notifiziert worden ist.

(9) Die Rechnungsprüfung wird nach Maßgabe der Finanzvorschriften von einem oder mehreren Vertragsstaaten oder von außenstehenden Rechnungsprüfern vorgenommen. Diese werden mit ihrer Zustimmung von der Versammlung bestimmt.

Article 58

Regulations

(1) The Regulations annexed to this Treaty provide Rules:

- (i) concerning matters in respect of which this Treaty expressly refers to the Regulations or expressly provides that they are or shall be prescribed,
- (ii) concerning any administrative requirements, matters, or procedures,
- (iii) concerning any details useful in the implementation of the provisions of this Treaty.

(2) (a) The Assembly may amend the Regulations.

(b) Subject to the provisions of paragraph (3), amendments shall require three-fourths of the votes cast.

(3) (a) The Regulations specify the Rules which may be amended

- (i) only by unanimous consent, or
- (ii) only if none of the Contracting States whose national Office acts as an International Searching or Preliminary Examining Authority dissents, and, where such Authority is an intergovernmental organization, if the Contracting State member of that organization authorized for that purpose by the other member States within the competent body of such organization does not dissent.

(b) Exclusion, for the future, of any such Rules from the applicable requirement shall require the fulfillment of the conditions referred to in subparagraph (a) (i) or (a) (ii), respectively.

(c) Inclusion, for the future, of any Rule in one or the other of the requirements referred to in subparagraph (a) shall require unanimous consent.

(4) The Regulations provide for the establishment, under the control of the Assembly, of Administrative Instructions by the Director General.

(5) In the case of conflict between the provisions of the Treaty and those of the Regulations, the provisions of the Treaty shall prevail.

Article 58

Règlement d'exécution

1) Le règlement d'exécution annexé au présent traité contient des règles relatives:

- i) aux questions au sujet desquelles le présent traité renvoie expressément au règlement d'exécution ou prévoit expressément qu'elles sont ou seront l'objet de prescriptions;
- ii) à toutes conditions, questions ou procédures d'ordre administratif;
- iii) à tous détails utiles en vue de l'exécution des dispositions du présent traité.

2) a) L'Assemblée peut modifier le règlement d'exécution.

b) Sous réserve de l'alinéa 3), les modifications exigent la majorité des trois quarts de votes exprimés.

3) a) Le règlement d'exécution précise les règles qui ne peuvent être modifiées que:

- i) par décision unanime, ou
- ii) à la condition qu'un désaccord ne soit manifesté ni par un des États contractants dont l'office national fonctionne en tant qu'administration chargée de la recherche internationale ou de l'examen préliminaire international, ni, lorsqu'une telle administration est une organisation intergouvernementale, par l'État contractant membre de cette organisation mandaté à cet effet par les autres États membres réunis au sein de l'organisme compétent de cette organisation.

b) Pour que l'une quelconque de ces règles puisse, à l'avenir, être soustraite aux exigences indiquées, il faut que les conditions mentionnées au sous-alinéa a) i) ou a) ii), selon le cas soient remplies.

c) Pour qu'une règle quelconque puisse être, à l'avenir, incluse dans l'une ou l'autre des catégories mentionnées au sous-alinéa a), un consentement unanime est nécessaire.

4) Le règlement d'exécution prévoit que le Directeur général établit des instructions administratives sous le contrôle de l'Assemblée.

5) En cas de divergence entre le texte du traité et celui du règlement d'exécution, le premier fait foi.

Artikel 58

Die Ausführungsordnung

(1) Die diesem Vertrag beigelegte Ausführungsordnung enthält Regeln über:

- i) Fragen, hinsichtlich derer der Vertrag ausdrücklich auf die Ausführungsordnung verweist oder ausdrücklich vorsieht, daß sie vorgeschrieben sind oder vorgeschrieben werden.
- ii) verwaltungstechnische Erfordernisse, Angelegenheiten oder Verfahren,
- iii) Einzelregelungen, die für die Durchführung des Vertrags zweckmäßig sind.

(2) a) Die Versammlung kann die Ausführungsordnung ändern.

b) Vorbehaltlich des Absatzes 3 erfordern Änderungen eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen.

(3) a) Die Ausführungsordnung bestimmt Regeln,

- i) die nur durch einstimmigen Beschluß geändert werden können oder
- ii) die nur geändert werden können, wenn kein Vertragsstaat dagegen stimmt, dessen nationales Amt als Internationale Recherchenbehörde oder als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde tätig ist, und — falls die Aufgaben einer solchen Behörde durch eine zwischenstaatliche Organisation wahrgenommen werden — wenn der dieser Organisation angehörende Vertragsstaat, der zu diesem Zweck von den anderen Mitgliedsstaaten in dem zuständigen Organ der Organisation ermächtigt worden ist, nicht dagegen stimmt.

b) Der künftige Ausschluß einer solchen Regel von dem betreffenden Erfordernis bedarf der Einhaltung der hierfür in Buchstabe a) Ziffer i) oder Buchstabe a) Ziffer ii) jeweils vorgesehenen Bedingungen.

c) Die künftige Unterwerfung einer Regel unter das eine oder andere in Buchstabe a) genannte Erfordernis bedarf einstimmiger Zustimmung.

(4) Die Ausführungsordnung sieht den Erlass von Verwaltungsvorschriften durch den Generaldirektor unter Aufsicht der Versammlung vor.

(5) Im Falle mangelnder Übereinstimmung zwischen den Bestimmungen des Vertrags und den Bestimmungen der Ausführungsordnung haben die Bestimmungen des Vertrags den Vorrang.

Chapter VI

Disputes

Article 59

Disputes

Subject to Article 64 (5), any dispute between two or more Contracting States concerning the interpretation or application of this Treaty or the Regulations, not settled by negotiation, may, by any one of the States concerned, be brought before the International Court of Justice by application in conformity with the Statute of the Court, unless the States concerned agree on some other method of settlement. The Contracting State bringing the dispute before the Court shall inform the International Bureau; the International Bureau shall bring the matter to the attention of the other Contracting States.

Chapitre VI

Différends

Article 59

Différends

Sous réserve de l'article 64.5), tout différend entre deux ou plusieurs États contractants concernant l'interprétation ou l'application du présent traité et du règlement d'exécution qui ne sera pas réglé par voie de négociation peut être porté par l'un quelconque des États en cause devant la Cour internationale de Justice par voie de requête conforme au Statut de la Cour, à moins que les États en cause ne conviennent d'un autre mode de règlement. Le Bureau international sera informé par l'État contractant requérant du différend soumis à la Cour et en donnera connaissance aux autres États contractants.

Kapitel VI

Streitigkeiten

Artikel 59

Beilegung von Streitigkeiten

Vorbehaltlich des Artikels 64 Absatz 5 kann jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehreren Vertragsstaaten über die Auslegung oder die Anwendung des Vertrags oder der Ausführungsordnung, die nicht auf dem Verhandlungsweg beigelegt wird, von jedem beteiligten Staat durch eine Klage, die gemäß dem Statut des Internationalen Gerichtshofs zu erheben ist, vor den Internationalen Gerichtshof gebracht werden, sofern die beteiligten Staaten nicht eine andere Regelung vereinbaren. Der Vertragsstaat, der die Streitigkeit vor den Internationalen Gerichtshof bringt, hat dies dem Internationalen Büro mitzuteilen; dieses setzt die anderen Vertragsstaaten davon in Kenntnis.

Chapter VII

Revision and Amendment

Article 60

Revision of the Treaty

(1) This Treaty may be revised from time to time by a special conference of the Contracting States.

(2) The convocation of any revision conference shall be decided by the Assembly.

(3) Any intergovernmental organization appointed as International Searching or Preliminary Examining Authority shall be admitted as observer to any revision conference.

(4) Articles 53 (5), (9) and (11), 54, 55 (4) to (8), 56 and 57, may be amended either by a revision conference or according to the provisions of Article 61.

Chapitre VII

Revision et modifications

Article 60

Revision du traité

1) Le présent traité peut être soumis à des révisions périodiques, par le moyen de conférences spéciales des États contractants.

2) La convocation d'une conférence de revision est décidée par l'Assemblée.

3) Toute organisation intergouvernementale nommée en tant qu'administration chargée de la recherche internationale ou en tant qu'administration chargée de l'examen préliminaire international est admise en qualité d'observateur à toute conférence de revision.

4) Les articles 53.5), 9) et 11), 54, 55.4) à 8), 56 et 57 peuvent être modifiés soit par une conférence de revision, soit d'après les dispositions de l'article 61.

Kapitel VII

Revision und Änderungen

Artikel 60

Revision des Vertrags

(1) Dieser Vertrag kann von Zeit zu Zeit von einer besonderen Konferenz der Vertragsstaaten Revisionen unterzogen werden.

(2) Die Einberufung einer Revisionskonferenz wird von der Versammlung beschlossen.

(3) Jede zwischenstaatliche Organisation, die als Internationale Recherchenbehörde oder als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde bestimmt worden ist, wird als Beobachter zu jeder Revisionskonferenz zugelassen.

(4) Artikel 53 Absätze 5, 9 und 11, Artikel 54, Artikel 55 Absätze 4 bis 8, Artikel 56 und Artikel 57 können entweder durch eine Revisionskonferenz oder nach Artikel 61 geändert werden.

Article 61

Amendment of Certain Provisions of the Treaty

(1) (a) Proposals for the amendment of Articles 53 (5), (9) and (11), 54, 55 (4) to (8), 56 and 57, may be initiated by any State member of the Assembly, by the Executive Committee, or by the Director General.

(b) Such proposals shall be communicated by the Director General to the Contracting States at least six

Article 61

Modification de certaines dispositions du traité

1) a) Des propositions de modification des articles 53.5), 9 et 11), 54, 55.4) à 8), 56 et 57 peuvent être présentées par tout État membre de l'Assemblée, par le Comité exécutif ou par le Directeur général.

b) Ces propositions sont communiquées par le Directeur général aux États contractants six mois au moins

Artikel 61

Änderung einzelner Bestimmungen des Vertrags

(1) a) Vorschläge für die Änderung der Artikel 53 Absätze 5, 9 und 11, Artikel 54, Artikel 55 Absätze 4 bis 8, Artikel 56 und Artikel 57 können von jedem Mitgliedstaat der Versammlung, vom Exekutivausschuß oder vom Generaldirektor unterbreitet werden.

b) Diese Vorschläge werden vom Generaldirektor mindestens sechs Monate, bevor sie in der Ver-

months in advance of their consideration by the Assembly.

(2) (a) Amendments to the Articles referred to in paragraph (1) shall be adopted by the Assembly.

(b) Adoption shall require three-fourths of the votes cast.

(3) (a) Any amendment to the Articles referred to in paragraph (1) shall enter into force one month after written notifications of acceptance, effected in accordance with their respective constitutional processes, have been received by the Director General from three-fourths of the States members of the Assembly at the time it adopted the amendment.

(b) Any amendment to the said Articles thus accepted shall bind all the States which are members of the Assembly at the time the amendment enters into force, provided that any amendment increasing the financial obligations of the Contracting States shall bind only those States which have notified their acceptance of such amendment.

(c) Any amendment accepted in accordance with the provisions of subparagraph (a) shall bind all States which become members of the Assembly after the date on which the amendment entered into force in accordance with the provisions of subparagraph (a).

avant d'être soumises à l'examen de l'Assemblée.

2) a) Toute modification des articles visés à l'alinéa 1) est adoptée par l'Assemblée.

b) L'adoption requiert les trois quarts des votes exprimés.

3) a) Toute modification des articles visés à l'alinéa 1) entre en vigueur un mois après la réception par le Directeur général des notifications écrites d'acceptation, effectuée en conformité avec leurs règles constitutionnelles respectives, de la part des trois quarts des États qui étaient membres de l'Assemblée au moment où la modification a été adoptée.

b) Toute modification de ces articles ainsi acceptée lie tous les États qui sont membres de l'Assemblée au moment où la modification entre en vigueur, étant entendu que toute modification qui augmente les obligations financières des États contractants ne lie que ceux d'entre eux qui ont notifié leur acceptation de ladite modification.

c) Toute modification acceptée conformément au sous-alinéa a) lie tous les États qui deviennent membres de l'Assemblée après la date à laquelle la modification est entrée en vigueur conformément au sous-alinéa a).

sammlung beraten werden, den Vertragsstaaten mitgeteilt.

(2) a) Änderungen der in Absatz 1 genannten Artikel werden durch die Versammlung beschlossen.

b) Der Beschluß erfordert drei Viertel der abgegebenen Stimmen.

(3) a) Jede Änderung der in Absatz 1 genannten Artikel tritt einen Monat nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die schriftliche Notifikation der verfassungsmäßig zustande gekommenen Annahme des Änderungsvorschlags von drei Vierteln der Mitgliedstaaten der Versammlung im Zeitpunkt der Beschlußfassung beim Generaldirektor eingegangen sind.

b) Jede auf diese Weise angenommene Änderung bindet alle Staaten, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung Mitglieder der Versammlung sind; jedoch bindet eine Änderung, die die finanziellen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten erweitert, nur die Staaten, die die Annahme dieser Änderung notifiziert haben.

c) Jede in Übereinstimmung mit Buchstabe a angenommene Änderung bindet alle Staaten, die nach dem Zeitpunkt, in dem die Änderung in Übereinstimmung mit Buchstabe a in Kraft getreten ist, Mitglieder der Versammlung werden.

Chapter VIII Final Provisions

Article 62 Becoming Party to the Treaty

(1) Any State member of the International Union for the Protection of Industrial Property may become party to this Treaty by:

i) signature followed by the deposit of an instrument of ratification, or

ii) deposit of an instrument of accession.

(2) Instruments of ratification or accession shall be deposited with the Director General.

(3) The provisions of Article 24 of the Stockholm Act of the Paris Convention for the Protection of Industrial Property shall apply to this Treaty.

(4) Paragraph (3) shall in no way be understood as implying the recognition or tacit acceptance by a Contracting State of the factual situation concerning a territory to which this Treaty is made applicable by another

Chapitre VIII Clauses finales

Article 62 Modalités selon lesquelles les États peuvent devenir parties au traité

1) Tout État membre de l'Union internationale pour la protection de la propriété industrielle peut devenir partie au présent traité par:

i) sa signature suivie du dépôt d'un instrument de ratification, ou

ii) le dépôt d'un instrument d'adhésion.

2) Les instruments de ratification ou d'adhésion sont déposés auprès du Directeur général.

3) Les dispositions de l'article 24 de l'Acte de Stockholm de la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle s'appliquent au présent traité.

4) L'alinéa 3) ne saurait en aucun cas être interprété comme impliquant la reconnaissance ou l'acceptation tacite par l'un quelconque des États contractants de la situation de fait de tout territoire auquel le présent traité

Kapitel VIII Schlußbestimmungen

Artikel 62 Möglichkeiten, Vertragspartei zu werden

(1) Jeder Mitgliedstaat der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums kann Vertragspartei dieses Vertrags werden durch

i) Unterzeichnung und nachfolgende Hinterlegung der Ratifikationsurkunde oder

ii) Hinterlegung einer Beitrittsurkunde.

(2) Die Ratifikations- oder Beitrittsurkunden werden beim Generaldirektor hinterlegt.

(3) Artikel 24 der Stockholmer Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums ist auf diesen Vertrag anzuwenden.

(4) Absatz 3 darf nicht dahin verstanden werden, daß er die Anerkennung oder stillschweigende Hinnahme der tatsächlichen Lage eines Gebiets, auf das dieser Vertrag durch einen Vertragsstaat auf Grund des genann-

Contracting State by virtue of the said paragraph.

Article 63

Entry into Force of the Treaty

(1) (a) Subject to the provisions of paragraph (3), this Treaty shall enter into force three months after eight States have deposited their instruments of ratification or accession, provided that at least four of those States each fulfill any of the following conditions:

- (i) the number of applications filed in the State has exceeded 40,000 according to the most recent annual statistics published by the International Bureau,
- (ii) the nationals or residents of the State have filed at least 1,000 applications in one foreign country according to the most recent annual statistics published by the International Bureau,
- (iii) the national Office of the State has received at least 10,000 applications from nationals or residents of foreign countries according to the most recent annual statistics published by the International Bureau.

(b) For the purposes of this paragraph, the term "applications" does not include applications for utility models.

(2) Subject to the provisions of paragraph (3), any State which does not become party to this Treaty upon entry into force under paragraph (1) shall become bound by this Treaty three months after the date on which such State has deposited its instruments of ratification or accession.

(3) The provisions of Chapter II and the corresponding provisions of the Regulations annexed to this Treaty shall become applicable, however, only on the date on which three States each of which fulfill at least one of the three requirements specified in paragraph (1) have become party to this Treaty without declaring, as provided in Article 64 (1), that they do not intend to be bound by the provisions of Chapter II. That date shall not, however, be prior to that of the initial entry into force under paragraph (1).

Article 64

Reservations

(1) (a) Any State may declare that it shall not be bound by the provisions of Chapter II.

est rendu applicable par un autre État contractant en vertu dudit alinéa.

Article 63

Entrée en vigueur du traité

1) a) Sous réserve des dispositions de l'alinéa 3), le présent traité entre en vigueur trois mois après que huit États ont déposé leurs instruments de ratification ou d'adhésion, à condition que quatre au moins de ces États remplissent l'une des conditions suivantes:

- i) le nombre des demandes déposées dans l'État en cause est supérieur à quarante mille selon les statistiques annuelles les plus récentes publiées par le Bureau international;
- ii) les nationaux de l'État en cause ou les personnes qui y sont domiciliées ont, selon les statistiques annuelles les plus récentes publiées par le Bureau international, déposé dans un pays étranger au moins mille demandes;
- iii) l'office national de l'État en cause a reçu de nationaux de pays étrangers ou de personnes domiciliées dans de tels pays, selon les statistiques annuelles les plus récentes publiées par le Bureau international, au moins dix mille demandes.

b) Aux fins du présent alinéa, l'expression «demandes» n'englobe pas les demandes de modèles d'utilité.

2) Sous réserve de l'alinéa 3), tout État qui ne devient pas partie au présent traité au moment de l'entrée en vigueur selon l'alinéa 1) est lié par le présent traité trois mois après la date à laquelle il a déposé son instrument de ratification ou d'adhésion.

3) Les dispositions du chapitre II et les règles correspondantes du règlement d'exécution annexé au présent traité ne sont toutefois applicables qu'à la date à laquelle trois États remplissant l'une au moins des conditions énumérées à l'alinéa 1) sont devenus parties au présent traité sans déclarer, selon l'article 64.1), qu'ils n'entendent pas être liés par les dispositions du chapitre II. Cette date ne peut toutefois être antérieure à celle de l'entrée en vigueur initiale selon l'alinéa 1).

Article 64

Réserves

1) a) Tout État peut déclarer qu'il n'est pas lié par les dispositions du chapitre II.

ten Absatzes anwendbar gemacht wird, durch einen anderen Vertragsstaat in sich schließt.

Artikel 63

Inkrafttreten des Vertrags

(1) a) Vorbehaltlich des Absatzes 3 tritt dieser Vertrag drei Monate nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem acht Staaten ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunden hinterlegt haben, sofern wenigstens vier dieser Staaten gesondert eine der nachfolgenden Bedingungen erfüllen:

- i) die Zahl der in diesem Staat eingereichten Anmeldungen hat nach den jüngsten vom Internationalen Büro veröffentlichten Jahresstatistiken 40 000 überschritten;
- ii) die Staatsangehörigen dieses Staates oder die Personen mit Sitz oder Wohnsitz in diesem Staat haben nach den jüngsten vom Internationalen Büro veröffentlichten Jahresstatistiken mindestens 1 000 Anmeldungen in einem einzigen ausländischen Staat eingereicht;
- iii) das nationale Amt des Staates hat nach den jüngsten vom Internationalen Büro veröffentlichten Jahresstatistiken mindestens 10 000 Anmeldungen von Staatsangehörigen ausländischer Staaten oder Personen mit Sitz oder Wohnsitz in diesen Staaten erhalten.

b) Für die Anwendung dieses Absatzes umfaßt der Begriff „Anmeldungen“ nicht Gebrauchsmusteranmeldungen.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 3 tritt der Vertrag für jeden Staat, der nicht bei Inkrafttreten des Vertrags nach Absatz 1 Mitglied wird, drei Monate nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(3) Kapitel II und die sich darauf beziehenden Bestimmungen der diesem Vertrag beigefügten Ausführungsordnung werden erst mit dem Tage anwendbar, zu dem drei Staaten, die jeder für sich wenigstens eine der in Absatz 1 genannten Bedingungen erfüllen, Mitglieder des Vertrags werden, ohne nach Artikel 64 Absatz 1 erklärt zu haben, daß Kapitel II für sie nicht verbindlich sein soll. Dieser Zeitpunkt darf jedoch nicht früher liegen als der Zeitpunkt des ersten Inkrafttretens des Vertrags nach Absatz 1.

Artikel 64

Vorbehalte

(1) a) Jeder Staat kann erklären, daß Kapitel II für ihn nicht verbindlich sein soll.

(b) States making a declaration under subparagraph (a) shall not be bound by the provisions of Chapter II and the corresponding provisions of the Regulations.

(2) (a) Any State not having made a declaration under paragraph (1) (a) may declare that:

- (i) it shall not be bound by the provisions of Article 39(1) with respect to the furnishing of a copy of the international application and a translation thereof (as prescribed),
- (ii) the obligation to delay national processing, as provided for under Article 40, shall not prevent publication, by or through its national Office, of the international application or a translation thereof, it being understood, however, that it is not exempted from the limitations provided for in Articles 30 and 38.

(b) States making such a declaration shall be bound accordingly.

(3) (a) Any State may declare that, as far as it is concerned, international publication of international applications is not required.

(b) Where, at the expiration of 18 months from the priority date, the international application contains the designation only of such States as have made declarations under subparagraph (a), the international application shall not be published by virtue of Article 21 (2).

(c) Where the provisions of subparagraph (b) apply, the international application shall nevertheless be published by the International Bureau:

- (i) at the request of the applicant, as provided in the Regulations,
- (ii) when a national application or a patent based on the international application is published by or on behalf of the national Office of any designated State having made a declaration under subparagraph (a), promptly after such publication but not before the expiration of 18 months from the priority date.

(4) (a) Any State whose national law provides for prior art effect of its patents as from a date before publication, but does not equate for prior art purposes the priority date claimed

b) Les États faisant une déclaration selon le sous-alinéa a) ne sont pas liés par les dispositions du chapitre II et par les dispositions correspondantes du règlement d'exécution.

2) a) Tout État qui n'a pas fait une déclaration selon l'alinéa 1 a) peut déclarer que:

- i) il n'est pas lié par les dispositions de l'article 39.1) concernant la remise d'une copie de la demande internationale et d'une traduction (telle qu'elle est exigée) de cette dernière;
- ii) l'obligation de suspendre le traitement national, figurant à l'article 40, n'empêche pas la publication, par son office national ou par l'intermédiaire de ce dernier, de la demande internationale ou d'une traduction de cette dernière, étant toutefois entendu que cet État n'est pas dispensé des obligations prévues aux articles 30 et 38.

b) Les États procédant à une telle déclaration ne sont liés qu'en conséquence.

3) a) Tout État peut déclarer que, pour ce qui le concerne, la publication internationale de demandes internationales n'est pas exigée.

b) Lorsque, à l'expiration d'un délai de dix-huit mois à compter de la date de priorité, la demande internationale ne comporte que la désignation d'États ayant fait des déclarations selon le sous-alinéa a), la demande internationale n'est pas publiée conformément à l'article 21.2).

c) En cas d'application des dispositions du sous-alinéa b), la demande internationale est cependant publiée par le Bureau international:

- i) sur requête du déposant: conformément au règlement d'exécution;
- ii) lorsqu'une demande nationale ou un brevet basés sur la demande internationale sont publiés par l'office national de tout État désigné qui a fait une déclaration selon le sous-alinéa a) ou pour le compte d'un tel office: à bref délai après cette publication mais au plus tôt dix-huit mois après la date de priorité.

4) a) Tout État dont la législation nationale reconnaît à ses brevets un effet sur l'état de la technique à compter d'une date antérieure à celle de la publication mais n'assimile pas, aux

b) Staaten, die eine Erklärung nach Buchstabe a abgeben, werden durch die Bestimmungen des genannten Kapitels und durch die entsprechenden Bestimmungen der Ausführungsordnung nicht gebunden.

(2) a) Jeder Staat, der keine Erklärung nach Absatz 1 Buchstabe a abgegeben hat, kann erklären,

- i) daß die Bestimmungen des Artikels 39 Absatz 1 hinsichtlich der Zuleitung eines Exemplars der internationalen Anmeldung und einer Übersetzung hiervon (wie vorgeschrieben) für ihn nicht verbindlich sind,
- ii) daß die in Artikel 40 vorgesehene Verpflichtung zur Aussetzung des nationalen Verfahrens einer Veröffentlichung der internationalen Anmeldung oder einer Übersetzung hiervon durch sein nationales Amt oder durch Vermittlung dieses Amtes nicht entgegensteht, wodurch das Amt aber nicht von den in Artikeln 30 und 38 vorgesehenen Verpflichtungen freigestellt wird.

b) Staaten, die eine solche Erklärung abgegeben haben, sind entsprechend gebunden.

(3) a) Jeder Staat kann erklären, daß, soweit er betroffen ist, eine internationale Veröffentlichung einer internationalen Anmeldung nicht erforderlich ist.

b) Enthält die internationale Anmeldung beim Ablauf von 18 Monaten seit dem Prioritätsdatum nur Bestimmungen solcher Staaten, die Erklärungen nach Buchstabe a abgegeben haben, so unterbleibt die Veröffentlichung der Anmeldung nach Artikel 21 Absatz 2.

c) Im Fall des Buchstaben b wird die internationale Anmeldung gleichwohl vom Internationalen Büro veröffentlicht:

- i) auf Antrag des Anmelders gemäß den Bestimmungen der Ausführungsordnung,
- ii) wenn eine nationale Anmeldung oder ein Patent, die auf der internationalen Anmeldung beruhen, durch das nationale Amt eines Bestimmungsstaats, der eine Erklärung nach Buchstabe a abgegeben hat, oder auf Veranlassung eines solchen Amtes veröffentlicht wird, unverzüglich nach einer derartigen Veröffentlichung, jedoch nicht vor dem Ablauf von 18 Monaten seit dem Prioritätsdatum.

(4) a) Jeder Staat, dessen nationales Recht Patenten zu einem früheren Zeitpunkt als dem Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung Bedeutung für den Stand der Technik beimißt, jedoch für

under the Paris Convention for the Protection of Industrial Property to the actual filing date in that State, may declare that the filing outside that State of an international application designating that State is not equated to an actual filing in that State for prior art purposes.

(b) Any State making a declaration under subparagraph (a) shall to that extent not be bound by the provisions of Article 11 (3).

(c) Any State making a declaration under subparagraph (a) shall, at the same time, state in writing the date from which, and the conditions under which, the prior art effect of any international application designating that State becomes effective in that State. This statement may be modified at any time by notification addressed to the Director General.

(5) Each State may declare that it does not consider itself bound by Article 59. With regard to any dispute between any Contracting State having made such a declaration and any other Contracting State, the provisions of Article 59 shall not apply.

(6) (a) Any declaration made under this Article shall be made in writing. It may be made at the time of signing this Treaty, at the time of depositing the instrument of ratification or accession, or, except in the case referred to in paragraph (5), at any later time by notification addressed to the Director General. In the case of the said notification, the declaration shall take effect six months after the day on which the Director General has received the notification, and shall not affect international applications filed prior to the expiration of the said six-month period.

(b) Any declaration made under this Article may be withdrawn at any time by notification addressed to the Director General. Such withdrawal shall take effect three months after the day on which the Director General has received the notification and, in the case of the withdrawal of a declaration made under paragraph (3), shall not affect international applications filed prior to the expiration of the said three-month period.

(7) No reservations to this Treaty other than the reservations under paragraphs (1) to (5) are permitted.

fins de l'état de la technique, la date de priorité revendiquée selon la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle à la date du dépôt effectif dans cet État peut déclarer que le dépôt hors de son territoire d'une demande internationale le désignant n'est pas assimilé à un dépôt effectif sur son territoire aux fins de l'état de la technique.

b) Tout État faisant la déclaration mentionnée au sous-alinéa a) ne sera pas, dans cette mesure, lié par l'article 11. 3).

c) Tout État faisant la déclaration mentionnée au sous-alinéa a) doit, en même temps, déclarer par écrit la date à partir de laquelle et les conditions auxquelles l'effet sur l'état de la technique de toute demande internationale le désignant se produit sur son territoire. Cette déclaration peut être modifiée en tout temps par notification adressée au Directeur général.

5) Tout État peut déclarer qu'il ne se considère pas lié par l'article 59. En ce qui concerne tout différend entre un État contractant qui a fait une telle déclaration et tout autre État contractant, les dispositions de l'article 59 ne sont pas applicables.

6) a) Toute déclaration faite selon le présent article doit l'être par écrit. Elle peut l'être lors de la signature du présent traité, lors du dépôt de l'instrument de ratification ou d'adhésion, ou, sauf dans le cas visé à l'alinéa 5), ultérieurement en tout temps par notification adressée au Directeur général. Dans le cas de ladite notification, la déclaration produit effet six mois après la date de réception de la notification par le Directeur général et n'affecte pas les demandes internationales déposées avant l'expiration de cette période de six mois.

b) Toute déclaration faite selon le présent article peut être retirée en tout temps par notification adressée au Directeur général. Un tel retrait devient effectif trois mois après la date de réception de la notification par le Directeur général et, lorsqu'il s'agit du retrait d'une déclaration selon l'alinéa 3), n'affecte pas les demandes internationales déposées avant l'expiration de cette période de trois mois.

7) Aucune réserve autre que celles qui sont autorisées aux alinéas 1 à 5) n'est admise au présent traité.

Zwecke der Bestimmung des Standes der Technik das Prioritätsdatum nach der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums nicht dem tatsächlichen Anmeldedatum in diesem Staat gleichstellt, kann erklären, daß die Einreichung einer internationalen Anmeldung außerhalb dieses Staates, in der der Staat als Bestimmungsstaat benannt wird, für Zwecke der Bestimmung des Standes der Technik nicht einer tatsächlichen Anmeldung in diesem Staat gleichgestellt wird.

b) Jeder Staat, der eine Erklärung nach Buchstabe a) abgibt, wird insoweit nicht durch Artikel 11 Absatz 3 gebunden.

c) Jeder Staat, der eine Erklärung nach Buchstabe a) abgibt, hat gleichzeitig schriftlich mitzuteilen, von welchem Zeitpunkt an und unter welchen Bedingungen internationale Anmeldungen, in denen dieser Staat als Bestimmungsstaat genannt ist, in diesem Staat als zum Stand der Technik gehörend gelten. Diese Erklärung kann jederzeit durch Notifikation an den Generaldirektor geändert werden.

(5) Jeder Staat kann erklären, daß er sich durch Artikel 59 nicht als gebunden betrachtet. Auf Streitigkeiten zwischen einem Vertragsstaat, der eine solche Erklärung abgegeben hat, und jedem anderen Vertragsstaat ist Artikel 59 nicht anzuwenden.

(6) a) Jede Erklärung nach diesem Artikel muß schriftlich abgegeben werden. Sie kann zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrags oder der Hinterlegung der Ratifikations- und Beitrittsurkunde oder außer in dem in Absatz 5 bezeichneten Fall zu einem späteren Zeitpunkt durch Notifikation an den Generaldirektor abgegeben werden. Im Fall einer solchen Notifikation wird die Erklärung sechs Monate nach dem Tag wirksam, an dem der Generaldirektor die Notifikation erhalten hat, und hat für internationale Anmeldungen, die vor dem Ablauf dieser Sechs-Monats-Frist eingereicht worden sind, keine Wirkung.

b) Jede Erklärung nach diesem Artikel kann jederzeit durch Notifikation an den Generaldirektor zurückgenommen werden. Diese Rücknahme wird drei Monate nach dem Tag wirksam, an dem der Generaldirektor die Notifikation erhalten hat, und hat im Fall der Rücknahme einer gemäß Absatz 3 abgegebenen Erklärung für internationale Anmeldungen, die vor dem Ablauf dieser Drei-Monats-Frist eingereicht worden sind, keine Wirkung.

(7) Andere Vorbehalte zu diesem Vertrag als die in den Absätzen 1 bis 5 genannten Vorbehalte sind nicht zulässig.

Article 65

Gradual Application

(1) If the agreement with any International Searching or Preliminary Examining Authority provides, transitionally, for limits on the number or kind of international applications that such Authority undertakes to process, the Assembly shall adopt the measures necessary for the gradual application of this Treaty and the Regulations in respect of given categories of international applications. This provision shall also apply to requests for an international-type search under Article 15 (5).

(2) The Assembly shall fix the dates from which, subject to the provision of paragraph (1), international applications may be filed and demands for international preliminary examination may be submitted. Such dates shall not be later than six months after this Treaty has entered into force according to the provisions of Article 63 (1), or after Chapter II has become applicable under Article 63 (3), respectively.

Article 66

Denunciation

(1) Any Contracting State may denounce this Treaty by notification addressed to the Director General.

(2) Denunciation shall take effect six months after receipt of the said notification by the Director General. It shall not affect the effects of the international application in the denouncing State if the international application was filed, and, where the denouncing State has been elected, the election was made, prior to the expiration of the said six-month period.

Article 67

Signature and Languages

(1) (a) This Treaty shall be signed in a single original in the English and French languages, both texts being equally authentic.

(b) Official texts shall be established by the Director General, after consultation with the interested Governments, in the German, Japanese, Portuguese, Russian and Spanish languages, and such other languages as the Assembly may designate.

Article 65

Application progressive

1) Si l'accord conclu avec une administration chargée de la recherche internationale ou de l'examen préliminaire international prévoit, à titre transitoire, une limitation du nombre ou du type des demandes internationales que cette administration s'engage à traiter, l'Assemblée prend les mesures nécessaires à l'application progressive du présent traité et du règlement d'exécution à des catégories déterminées de demandes internationales. Cette disposition est aussi applicable aux demandes de recherche de type international selon l'article 15.5).

2) L'Assemblée fixe les dates à partir desquelles, sous réserve de l'alinéa 1), les demandes internationales peuvent être déposées et les demandes d'examen préliminaire international peuvent être présentées. Ces dates ne peuvent être postérieures au sixième mois suivant, selon le cas, l'entrée en vigueur du présent traité conformément aux dispositions de l'article 63.1) ou l'application du chapitre II conformément à l'article 63.3).

Article 66

Dénunciation

1) Tout État contractant peut dénoncer le présent traité par notification adressée au Directeur général.

2) La dénonciation prend effet six mois après la date de réception de la notification par le Directeur général. Cette dénonciation n'altère pas les effets de la demande internationale dans l'État qui procède à la dénonciation si c'est avant l'expiration de cette période de six mois que la demande a été déposée et que, si l'État en cause a été élu, l'élection a été effectuée.

Article 67

Signature et langues

1) a) Le présent traité est signé en un seul exemplaire original en langues française et anglaise, les deux textes faisant également foi.

b) Des textes officiels sont établis par le Directeur général, après consultation des gouvernements intéressés, dans les langues allemande, espagnole, japonaise, portugaise et russe, et dans les autres langues que l'Assemblée peut indiquer.

Artikel 65

Schrittweise Anwendung

(1) Wird in der Vereinbarung mit einer Internationalen Recherchenbehörde oder einer mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde vorübergehend vorgesehen, daß die Zahl oder die Art der internationalen Anmeldungen, die diese Behörde zu bearbeiten unternimmt, beschränkt wird, so beschließt die Versammlung die notwendigen Maßnahmen für die schrittweise Anwendung des Vertrags und der Ausführungsordnung in bezug auf bestimmte Gruppen von internationalen Anmeldungen. Diese Bestimmung ist auch auf Anträge auf eine Recherche internationaler Art nach Artikel 15 Absatz 5 anzuwenden.

(2) Die Versammlung setzt die Zeitpunkte fest, von denen an vorbehaltlich des Absatzes 1 internationale Anmeldungen eingereicht und Anträge auf eine internationale vorläufige Prüfung gestellt werden können. Diese Zeitpunkte dürfen nicht später liegen als — je nach Lage des Falls — entweder sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Vertrags gemäß Artikel 63 Absatz 1 oder sechs Monate, nachdem Kapitel II gemäß Artikel 63 Absatz 3 verbindlich geworden ist.

Artikel 66

Kündigung

(1) Jeder Mitgliedstaat kann diesen Vertrag durch eine an den Generaldirektor gerichtete Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Zeitpunkt wirksam, zu dem die Notifikation beim Generaldirektor eingegangen ist. Sie läßt die Wirkungen der internationalen Anmeldung in dem kündigenden Staat unberührt, falls die internationale Anmeldung vor dem Ablauf der erwähnten Sechs-Monats-Frist eingereicht und, wenn der kündigende Staat ausgewählt worden ist, die Auswahlerklärung vor dem Ablauf dieser Frist abgegeben worden ist.

Artikel 67

Unterzeichnung und Sprachen

(1) a) Dieser Vertrag wird in einer Urschrift in englischer und französischer Sprache unterzeichnet, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

b) Amtliche Texte werden vom Generaldirektor nach Beratung mit den beteiligten Regierungen in deutscher, japanischer, portugiesischer, russischer und spanischer Sprache sowie in anderen Sprachen hergestellt, die die Versammlung bestimmen kann.

(2) This Treaty shall remain open for signature at Washington until December 31, 1970.

2) Le présent traité reste ouvert à la signature, à Washington, jusqu'au 31 décembre 1970.

(2) Dieser Vertrag liegt bis zum 31. Dezember 1970 in Washington zur Unterzeichnung auf.

Article 68 **Depositary Functions**

(1) The original of this Treaty, when no longer open for signature, shall be deposited with the Director General.

(2) The Director General shall transmit two copies, certified by him, of this Treaty and the Regulations annexed hereto to the Governments of all States party to the Paris Convention for the Protection of Industrial Property and, on request, to the Government of any other State.

(3) The Director General shall register this Treaty with the Secretariat of the United Nations.

(4) The Director General shall transmit two copies, certified by him, of any amendment to this Treaty and the Regulations to the Governments of all Contracting States and, on request, to the Government of any other State.

Article 69 **Notifications**

The Director General shall notify the Governments of all States party to the Paris Convention for the Protection of Industrial Property of:

- (i) signatures under Article 62,
- (ii) deposits of instruments of ratification or accession under Article 62,
- (iii) the date of entry into force of this Treaty and the date from which Chapter II is applicable in accordance with Article 63 (3),
- (iv) any declarations made under Article 64 (1) to (5),
- (v) withdrawals of any declarations made under Article 64 (6) (b),
- (vi) denunciations received under Article 66, and
- (vii) any declarations made under Article 31 (4).

Article 68 **Fonctions du dépositaire**

1) L'exemplaire original du présent traité, lorsqu'il n'est plus ouvert à la signature, est déposé auprès du Directeur général.

2) Le Directeur général certifie et transmet deux copies du présent traité et du règlement d'exécution qui y est annexé aux gouvernements de tous les Etats parties à la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle et, sur demande, au gouvernement de tout autre Etat.

3) Le Directeur général fait enregistrer le présent traité auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies.

4) Le Directeur général certifie et transmet deux copies de toute modification du présent traité et du règlement d'exécution aux gouvernements de tous les Etats contractants et, sur demande, au gouvernement de tout autre Etat.

Article 69 **Notifications**

Le Directeur général notifie aux gouvernements de tous les Etats parties à la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle:

- i) les signatures apposées selon l'article 62;
- ii) le dépôt d'instruments de ratification ou d'adhésion selon l'article 62;
- iii) la date d'entrée en vigueur du présent traité et la date à partir de laquelle le chapitre II est applicable selon l'article 63. 3);
- iv) les déclarations faites en vertu de l'article 64. 1) à 5);
- v) les retraits de toutes déclarations effectués en vertu de l'article 64. 6) b);
- vi) les déclarations reçues en application de l'article 66;
- vii) les déclarations faites en vertu de l'article 31. 4).

Artikel 68 **Hinterlegung**

(1) Die Urschrift dieses Vertrags wird, nachdem sie nicht mehr zur Unterzeichnung aufliegt, beim Generaldirektor hinterlegt.

(2) Der Generaldirektor übermittelt je zwei von ihm beglaubigte Abschriften dieses Vertrags und der diesem Vertrag beigefügten Ausführungsordnung den Regierungen aller Mitgliedstaaten der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums und der Regierung jedes anderen Staates, die es verlangt.

(3) Der Generaldirektor läßt diesen Vertrag beim Sekretariat der Vereinten Nationen registrieren.

(4) Der Generaldirektor übermittelt zwei von ihm beglaubigte Ausfertigungen jeder Änderung dieses Vertrags oder der Ausführungsordnung an die Regierungen aller Vertragsstaaten und, auf Antrag, an die Regierung jedes anderen Staates.

Artikel 69 **Notifikationen**

Der Generaldirektor notifiziert den Regierungen aller Mitgliedstaaten der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums:

- i) die Unterzeichnung nach Artikel 62,
- ii) die Hinterlegungen von Ratifikations- oder Beitrittsurkunden nach Artikel 62,
- iii) den Tag des Inkrafttretens des Vertrags und den Tag, von dem an Kapitel II nach Artikel 63 Absatz 3 anwendbar wird,
- iv) Erklärungen nach Artikel 64 Absätze 1 bis 5,
- v) Zurücknahmen von Erklärungen nach Artikel 64 Absatz 6 Buchstabe b,
- vi) Kündigungen, die nach Artikel 66 zugehen, und
- vii) Erklärungen nach Artikel 31 Absatz 4.

Ausführungsordnung
zum Vertrag über die internationale Zusammenarbeit
auf dem Gebiet des Patentwesens

Regulations
under the Patent Cooperation Treaty

Règlement d'exécution
du Traité de coopération en matière de brevets

TABLE OF CONTENTS *

TABLE DES MATIERES *

INHALTSVERZEICHNIS *

Part A	Partie A	Teil A
Introductory Rules	Règles introductives	Einleitende Regeln
Rule 1	Règle 1	Regel 1
Abbreviated Expressions	Expressions abrégées	Abkürzungen
Rule 2	Règle 2	Regel 2
Interpretation of Certain Words	Interprétation de certains mots	Auslegung bestimmter Bezeichnungen
Part B	Partie B	Teil B
Rules Concerning Chapter I of the Treaty	Règles relatives au chapitre I du traité	Regeln zu Kapitel I des Vertrags
Rule 3	Règle 3	Regel 3
The Request (Form)	Requête (forme)	Der Antrag (Formblatt)
Rule 4	Règle 4	Regel 4
The Request (Contents)	Requête (contenu)	Der Antrag (Inhalt)
Rule 5	Règle 5	Regel 5
The Description	Description	Die Beschreibung
Rule 6	Règle 6	Regel 6
The Claims	Revendications	Die Ansprüche
Rule 7	Règle 7	Regel 7
The Drawings	Dessins	Die Zeichnungen
Rule 8	Règle 8	Regel 8
The Abstract	Abrégé	Die Zusammenfassung
Rule 9	Règle 9	Regel 9
Expressions, Etc., Not To Be Used	Expressions, etc., à ne pas utiliser	Nicht zu verwendende Ausdrücke usw.

*) This Table of Contents is added for the convenience of the reader. It does not appear in the original.

*) Cette table des matières est ajoutée afin de faciliter la consultation du texte. L'original ne comporte pas de table des matières.

*) Der unterzeichnete Text enthält kein Inhaltsverzeichnis.

Rule 10	Règle 10	Regel 10
Terminology and Signs	Terminologie et signes	Terminologie und Zeichen
Rule 11	Règle 11	Regel 11
Physical Requirements of the International Application	Conditions matérielles de la demande internationale	Bestimmungen über die äußere Form der internationalen Anmeldung
Rule 12	Règle 12	Regel 12
Language of the International Application	Langue de la demande internationale	Sprache der internationalen Anmeldung
Rule 13	Règle 13	Regel 13
Unity of Invention	Unité de l'invention	Einheitlichkeit der Erfindung
Rule 14	Règle 14	Regel 14
The Transmittal Fee	Taxe de transmission	Die Übermittlungsgebühr
Rule 15	Règle 15	Regel 15
The International Fee	Taxe internationale	Die internationale Gebühr
Rule 16	Règle 16	Regel 16
The Search Fee	Taxe de recherche	Die Recherchegebühr
Rule 17	Règle 17	Regel 17
The Priority Document	Document de priorité	Prioritätsunterlagen
Rule 18	Règle 18	Regel 18
The Applicant	Déposant	Der Anmelder
Rule 19	Règle 19	Regel 19
The Competent Receiving Office	Office récepteur compétent	Zuständigkeit des Anmeldeamts
Rule 20	Règle 20	Regel 20
Receipt of the International Application	Réception de la demande internationale	Eingang der internationalen Anmeldung
Rule 21	Règle 21	Regel 21
Preparation of Copies	Préparation de copies	Herstellung von Exemplaren
Rule 22	Règle 22	Regel 22
Transmittal of the Record Copy	Transmission de l'exemplaire original	Übermittlung des Aktenexemplars
Rule 23	Règle 23	Regel 23
Transmittal of the Search Copy	Transmission de la copie de recherche	Übermittlung des Recherchenexemplars
Rule 24	Règle 24	Regel 24
Receipt of the Record Copy by the International Bureau	Réception de l'exemplaire original par le Bureau international	Eingang des Aktenexemplars beim Internationalen Büro
Rule 25	Règle 25	Regel 25
Receipt of the Search Copy by the International Searching Authority	Réception de la copie de recherche par l'administration chargée de la recherche internationale	Eingang des Recherchenexemplars bei der Internationalen Recherchenbehörde
Rule 26	Règle 26	Regel 26
Checking and Correcting Certain Elements of the International Application	Contrôle et correction de certains éléments de la demande internationale	Prüfung und Berichtigung bestimmter Bestandteile der internationalen Anmeldung
Rule 27	Règle 27	Regel 27
Lack of Payment of Fees	Défaut de paiement de taxes	Unterlassene Gebührenzahlung
Rule 28	Règle 28	Regel 28
Defects Noted by the International Bureau or the International Searching Authority	Irrégularités relevées par le Bureau international ou par l'administration chargée de la recherche internationale	Mängel, die durch das Internationale Büro oder die Internationale Recherchenbehörde festgestellt werden

Rule 29 International Applications or Designations Considered Withdrawn under Article 14 (1), (3) or (4)	Règle 29 Demandes internationales ou désignations considérées comme retirées au sens de l'article 14. 1), 3) ou 4)	Regel 29 Internationale Anmeldungen oder Bestimmungen, die nach Artikel 14 Absätze 1, 3 oder 4 als zurückgenommen gelten
Rule 30 Time Limit under Article 14 (4)	Règle 30 Délai selon l'article 14. 4)	Regel 30 Frist gemäß Artikel 14 Absatz 4
Rule 31 Copies Required under Article 13	Règle 31 Copies visées à l'article 13	Regel 31 Nach Artikel 13 erforderliche Exemplare
Rule 32 Withdrawal of the International Application or of Designations	Règle 32 Retrait de la demande internationale ou de désignations	Regel 32 Zurücknahme der internationalen Anmeldung oder der Benennung von Bestimmungsstaaten
Rule 33 Relevant Prior Art of the International Search	Règle 33 État de la technique pertinent aux fins de la recherche internationale	Regel 33 Einschlägiger Stand der Technik für die internationale Recherche
Rule 34 Minimum Documentation	Règle 34 Documentation minimale	Regel 34 Mindestprüfstoff
Rule 35 The Competent International Searching Authority	Règle 35 Administration compétente chargée de la recherche internationale	Regel 35 Zuständige Internationale Recherchenbehörde
Rule 36 Minimum Requirements for International Searching Authorities	Règle 36 Exigences minimales pour les administrations chargées de la recherche internationale	Regel 36 Mindestanforderungen an die Internationale Recherchenbehörde
Rule 37 Missing or Defective Title	Règle 37 Titre manquant ou défectueux	Regel 37 Fehlende oder mangelhafte Bezeichnung
Rule 38 Missing Abstract	Règle 38 Abrégé manquant ou défectueux	Regel 38 Fehlende oder mangelhafte Zusammenfassung
Rule 39 Subject Matter under Article 17 (2) (a) (i)	Règle 39 Objet selon l'article 17. 2) a) i)	Regel 39 Anmeldungsgegenstand nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer i
Rule 40 Lack of Unity of Invention (International Search)	Règle 40 Absence d'unité de l'invention (recherche internationale)	Regel 40 Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung (Internationale Recherche)
Rule 41 The International-Type Search	Règle 41 Recherche de type international	Regel 41 Recherche internationalen Art
Rule 42 Time Limit for International Search	Règle 42 Délai pour la recherche internationale	Regel 42 Frist für die internationale Recherche
Rule 43 The International Search Report	Règle 43 Rapport de recherche internationale	Regel 43 Der internationale Recherchenbericht
Rule 44 Transmittal of the International Search Report, Etc.	Règle 44 Transmission du rapport de recherche internationale, etc.	Regel 44 Übermittlung des internationalen Recherchenberichts und ähnliches
Rule 45 Translation of the International Search Report	Règle 45 Traduction du rapport de recherche internationale	Regel 45 Übersetzung des internationalen Recherchenberichts

Rule 46	Règle 46	Regel 46
Amendment of Claims Before the International Bureau	Modification des revendications auprès du Bureau international	Änderung von Ansprüchen vor dem Internationalen Büro
Rule 47	Règle 47	Regel 47
Communication to Designated Offices	Communication aux offices désignés	Übermittlung an die Bestimmungsämter
Rule 48	Règle 48	Regel 48
International Publication	Publication internationale	Internationale Veröffentlichung
Rule 49	Règle 49	Regel 49
Languages of Translations and Amounts of Fees under Article 22 (1) and (2)	Langues des traductions et montants des taxes selon l'article 22. 1) et 2)	Sprachen von Übersetzungen und Höhe der Gebühren gemäß Artikel 22 Absätze 1 und 2
Rule 50	Règle 50	Regel 50
Faculty under Article 22 (3)	Faculté selon l'article 22. 3)	Befugnis nach Artikel 22 Absatz 3
Rule 51	Règle 51	Regel 51
Review by Designated Offices	Revision par des offices désignés	Nachprüfung durch die Bestimmungsämter
Rule 52	Règle 52	Regel 52
Amendment of the Claims, the Description, and the Drawings, Before Designated Offices	Modification des revendications, de la description et des dessins auprès des offices désignés	Änderung der Ansprüche der Beschreibung und der Zeichnungen vor den Bestimmungsämtern
Part C	Partie C	Teil C
Rules Concerning Chapter II of the Treaty	Règles relatives au chapitre II du traité	Regeln zu Kapitel II des Vertrags
Rule 53	Règle 53	Regel 53
The Demand	Demande d'examen préliminaire international	Der Antrag
Rule 54	Règle 54	Regel 54
The Applicant Entitled to Make a Demand	Déposant autorisé à présenter une demande d'examen préliminaire international	Zur Antragstellung berechtigter Anmelder
Rule 55	Règle 55	Regel 55
Languages (International Preliminary Examination)	Langues (examen préliminaire international)	Sprachen (internationale vorläufige Prüfung)
Rule 56	Règle 56	Regel 56
Later Elections	Elections ultérieures	Nachträgliche Auswählerklärung
Rule 57	Règle 57	Regel 57
The Handling Fee	Taxe de traitement	Bearbeitungsgebühr
Rule 58	Règle 58	Regel 58
The Preliminary Examination Fee	Taxe d'examen préliminaire	Gebühr für die vorläufige Prüfung
Rule 59	Règle 59	Regel 59
The Competent International Preliminary Examining Authority	Administration compétente chargée de l'examen préliminaire international	Zuständige mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde
Rule 60	Règle 60	Regel 60
Certain Defects in the Demand or Elections	Irrégularités dans la demande d'examen préliminaire international ou dans les élections	Bestimmte Mängel des Antrags oder der Auswählerklärung
Rule 61	Règle 61	Regel 61
Notification of the Demand and Elections	Notification de la demande d'examen préliminaire international et des élections	Mitteilung über den Antrag und die Auswählerklärung

Rule 62 Copy for the International Preliminary Examining Authority	Règle 62 Copie pour l'administration chargée de l'examen préliminaire international	Regel 62 Abschrift für die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde
Rule 63 Minimum Requirements for International Preliminary Examining Authorities	Règle 63 Exigences minimales pour les administrations chargées de l'examen préliminaire international	Regel 63 Mindestanforderungen für die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörden
Rule 64 Prior Art for International Preliminary Examination	Règle 64 État de la technique aux fins de l'examen préliminaire international	Regel 64 Stand der Technik für die internationale vorläufige Prüfung
Rule 65 Inventive Step or Non-Obviousness	Règle 65 Activité inventive ou non-évidence	Regel 65 Beruhen auf erfinderischer Tätigkeit oder Nichtoffensichtlichkeit
Rule 66 Procedure Before the International Preliminary Examining Authority	Règle 66 Procédure au sein de l'administration chargée de l'examen préliminaire international	Regel 66 Verfahren vor der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde
Rule 67 Subject Matter under Article 34 (4) (a) (i)	Règle 67 Objet selon l'article 34. 4) a) i)	Regel 67 Anmeldungsgegenstand nach Artikel 34 Absatz 4 Buchstabe a Ziffer i
Rule 68 Lack of Unity of Invention (International Preliminary Examination)	Règle 68 Absence d'unité de l'intention (examen préliminaire international)	Regel 68 Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung (internationale vorläufige Prüfung)
Rule 69 Time Limit for International Preliminary Examination	Règle 69 Délai pour l'examen préliminaire international	Regel 69 Frist für die internationale vorläufige Prüfung
Rule 70 The International Preliminary Examination Report	Règle 70 Rapport d'examen préliminaire international	Regel 70 Der internationale vorläufige Prüfungsbericht
Rule 71 Transmittal of the International Preliminary Examination Report	Règle 71 Transmission du rapport d'examen préliminaire international	Regel 71 Übersendung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts
Rule 72 Translation of the International Preliminary Examination Report	Règle 72 Traduction du rapport d'examen préliminaire international	Regel 72 Übersetzung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts
Rule 73 Communication of the International Preliminary Examination Report	Règle 73 Communication du rapport d'examen préliminaire international	Regel 73 Übermittlung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts
Rule 74 Translations of Annexes of the International Preliminary Examination Report and Transmittal Thereof	Règle 74 Traduction et transmission des annexes au rapport d'examen préliminaire international	Regel 74 Übersetzung der Anlagen des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts und ihre Übermittlung
Rule 75 Withdrawal of the Demand, or of Elections	Règle 75 Retrait de la demande d'examen préliminaire international ou d'élections	Regel 75 Zurücknahme des Antrags oder der Auswahlerklärungen
Rule 76 Languages of Translations and Amounts of Fees under Article 39 (1); Translation of Priority Document	Règle 76 Langues des traductions et montants des taxes selon l'article 39. 1); traduction du document de priorité	Regel 76 Sprache der Übersetzungen und Beträge der Gebühren nach Artikel 39 Absatz 1; Übersetzung von Prioritätsunterlagen

Rule 77	Règle 77	Regel 77
Faculty under Article 39 (1) (b)	Faculté selon l'article 39. 1) b)	Befugnis nach Artikel 39 Absatz 1 Buchstabe b
Rule 78	Règle 78	Regel 78
Amendment of the Claims, the Description, and the Drawings, Before Elected Offices	Modification des revendications, de la description et des dessins auprès des offices élus	Änderung der Ansprüche, der Beschreibung und der Zeichnungen vor den ausgewählten Ämtern
Part D	Partie D	Teil D
Rules Concerning Chapter III of the Treaty	Règles relatives au chapitre III du traité	Regeln zu Kapitel III des Vertrags
Rule 79	Règle 79	Regel 79
Calendar	Calendrier	Zeitrechnung
Rule 80	Règle 80	Regel 80
Computation of Time Limits	Calcul des délais	Berechnung der Fristen
Rule 81	Règles 81	Regel 81
Modification of Time Limits Fixed in the Treaty	Modification des délais fixés par le traité	Änderung von im Vertrag festgesetzten Fristen
Rule 82	Règle 82	Regel 82
Irregularities in the Mail Service	Irrégularités dans le service postal	Störungen im Postdienst
Rule 83	Règle 83	Regel 83
Right to Practice Before International Authorities	Droit d'exercer auprès d'administrations internationales	Das Recht zum Auftreten vor internationalen Behörden
Part E	Partie E	Teil E
Rules Concerning Chapter V of the Treaty	Règles relatives au chapitre V du traité	Regeln zu Kapitel V des Vertrags
Rule 84	Règle 84	Regel 84
Expenses of Delegations	Dépenses des délégations	Kosten der Delegationen
Rule 85	Règle 85	Regel 85
Absence of Quorum in the Assembly	Quorum non atteint à l'Assemblée	Fehlen des Quorums in der Versammlung
Rule 86	Règle 86	Regel 86
The Gazette	Gazette	Blatt
Rule 87	Règle 87	Regel 87
Copies of Publications	Exemplaires de publications	Exemplare von Veröffentlichungen
Rule 88	Règle 88	Regel 88
Amendment of the Regulations	Modification du règlement d'exécution	Änderung der Ausführungsordnung
Rule 89	Règle 89	Regel 89
Administrative Instructions	Instructions administratives	Verwaltungsrichtlinien
Part F	Partie F	Teil F
Rules Concerning Several Chapters of the Treaty	Règles relatives à plusieurs chapitres du traité	Regeln zu mehreren Kapiteln des Vertrags
Rule 90	Règles 90	Regel 90
Representation	Représentation	Vertretung
Rule 91	Règle 91	Regel 91
Obvious Errors of Transcription	Erreurs évidentes des transcription	Offensichtliche Schreibfehler

Rule 92	Règle 92	Regel 92
Correspondence	Correspondance	Schriftverkehr
Rule 93	Règle 93	Regel 93
Keeping of Records and Files	Dossiers et registres	Aufbewahrung von Vorgängen und Akten
Rule 94	Règle 94	Regel 94
Furnishing of Copies by the International Bureau and the International Preliminary Examining Authority	Délivrance de copies par le Bureau international et par l'administration chargée de l'examen préliminaire international	Erteilung von Abschriften durch das Internationale Büro und die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde
Rule 95	Règle 95	Regel 95
Availability of Translations	Obtention de copies de traductions	Vorlage von Übersetzungen

Part A	Partie A	Teil A
Introductory Rules	Règles introductives	Einleitende Regeln
Rule 1	Règle 1	Regel 1
Abbreviated Expressions	Expressions abrégées	Abkürzungen
1.1 Meaning of Abbreviated Expressions	1.1 Sens des expressions abrégées	1.1 Bedeutung der Abkürzungen
(a) In these Regulations, the word "Treaty" means the Patent Cooperation Treaty.	a) Au sens du présent règlement d'exécution, il faut entendre par «traité» le Traité de coopération en matière de brevets.	a) In dieser Ausführungsordnung wird die Bezeichnung „Vertrag“ für den Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens verwendet.
(b) In these Regulations, the words "Chapter" and "Article" refer to the specified Chapter or Article of the Treaty.	b) Au sens du présent règlement d'exécution, les mots «chapitre» et «article» se réfèrent au chapitre ou à l'article indiqué du traité.	b) In dieser Ausführungsordnung verweisen die Bezeichnungen „Kapitel“ und „Artikel“ auf die jeweils angegebenen Kapitel und Artikel des Vertrags.
Rule 2	Règle 2	Regel 2
Interpretation of Certain Words	Interprétation de certains mots	Auslegung bestimmter Bezeichnungen
2.1 "Applicant"	2.1 «Déposant»	2.1 „Anmelder“
Whenever the word "applicant" is used, it shall be construed as meaning also the agent or other representative of the applicant, except where the contrary clearly follows from the wording or the nature of the provision, or the context in which the word is used, such as, in particular, where the provision refers to the residence or nationality of the applicant.	Le terme «déposant» doit être compris comme signifiant également le mandataire ou un autre représentant du déposant, sauf si le contraire découle clairement du libellé ou de la nature de la disposition, ou du contexte dans lequel ce mot est utilisé, comme c'est le cas, en particulier, lorsque la disposition se réfère au domicile ou à la nationalité du déposant.	Die Bezeichnung „Anmelder“ ist so auszulegen, daß sie auch einen Anwalt oder anderen Vertreter des Anmelders umfaßt, sofern sich das Gegenteil nicht eindeutig aus der Fassung oder der Art der Bestimmung oder aus dem Zusammenhang ergibt, in dem diese Bezeichnung verwendet wird, wie beispielsweise in den Fällen, in denen sich die Bestimmung auf den Sitz, den Wohnsitz oder die Staatsangehörigkeit des Anmelders bezieht.
2.2 "Agent"	2.2 «Mandataire»	2.2 „Anwalt“
Whenever the word "agent" is used, it shall be construed as meaning any person who has the right to practice before international authorities as defined in Article 49 and, unless the contrary clearly follows from the wording or the nature of the provision, or the context in which the word is used, also the common representative referred to in Rule 4.8.	Le terme «mandataire» doit être compris comme signifiant toute personne autorisée à exercer, auprès des administrations internationales, de la manière définie à l'article 49; sauf si le contraire découle clairement du libellé ou de la nature de la disposition, ou du contexte dans lequel ce mot est utilisé, il doit être compris comme signifiant également le représentant commun mentionné à la règle 4.8.	Die Bezeichnung „Anwalt“ ist so auszulegen, daß sie jede Person umfaßt, die berechtigt ist, vor internationalen Behörden gemäß Artikel 49 aufzutreten, sowie, sofern sich das Gegenteil nicht eindeutig aus der Fassung oder der Art der Bestimmung oder aus dem Zusammenhang ergibt, in dem die Bezeichnung verwendet wird, auch den gemeinsamen Vertreter im Sinne der Regel 4.8.

2.3 "Signature"

Whenever the word "signature" is used, it shall be understood that, if the national law applied by the receiving Office or the competent International Searching or Preliminary Examining Authority requires the use of a seal instead of a signature, the word, for the purposes of that Office or Authority, shall mean seal.

Part B

Rules Concerning Chapter I of the Treaty

Rule 3

The Request (Form)

3.1 Printed Form

The request shall be made on a printed form.

3.2 Availability of Forms

Copies of the printed form shall be furnished free of charge to the applicants by the receiving Office, or, if the receiving Office so desires, by the International Bureau.

3.3 Check List

(a) The printed form shall contain a list which, when filled in, will show:

- (i) the total number of sheets constituting the international application and the number of the sheets of each element of the international application (request, description, claims, drawings, abstract);
- (ii) whether or not the international application as filed is accompanied by a power of attorney (i. e., a document appointing an agent or a common representative), a priority document, a receipt for the fees paid or a check for the payment of the fees, an international or an international-type search report, a document in evidence of the fact that the applicant is the successor in title of the inventor, and any other document (to be specified in the check list);
- (iii) the number of that figure of the drawings which the applicant suggests should accompany the abstract when the abstract is published on the front page of the pamphlet and in the Gazette; in exceptional cases, the applicant may suggest more than one figure.

(b) The list shall be filled in by the applicant, failing which the receiving

2.3 «Signature»

Si la législation nationale appliquée par l'office récepteur ou par l'administration compétente chargée de la recherche internationale ou de l'examen préliminaire international requiert l'utilisation d'un sceau au lieu d'une signature, le terme «signature» signifie «sceau» pour cet office ou cette administration.

Partie B

Règles relatives au chapitre I du traité

Règle 3

Requête (forme)

3.1 Formulaire imprimé

La requête doit être établie sur un formulaire imprimé.

3.2 Possibilité d'obtenir des formulaires

Des exemplaires du formulaire imprimé sont délivrés gratuitement aux déposants par l'office récepteur ou, si ce dernier le désire, par le Bureau international.

3.3 Bordereau

a) Le formulaire imprimé contient un bordereau qui, une fois rempli, indiquera:

- i) le nombre total des feuilles de la demande internationale et le nombre des feuilles de chaque élément de cette demande (requête, description, revendications, dessins, abrégé);
- ii) si à la demande internationale telle que déposée sont ou non joints un pouvoir (c'est-à-dire un document désignant un mandataire ou un représentant commun), un document de priorité, un reçu pour les taxes payées ou un chèque destiné au paiement des taxes, un rapport de recherche internationale ou un rapport de recherche de type international, un document ayant pour objet de prouver que le déposant est l'ayant cause de l'inventeur, ainsi que tout autre document (à préciser dans le bordereau);
- iii) le numéro de la figure des dessins que le déposant propose de faire publier avec l'abrégé lors de la publication de ce dernier sur la page de couverture de la brochure et dans la gazette; dans des cas exceptionnels, le déposant peut proposer plus d'une figure.

b) Le bordereau doit être rempli par le déposant, faute de quoi l'office

2.3 „Unterschrift“

Die Bezeichnung „Unterschrift“ ist dahin zu verstehen, daß sie, falls das nationale Recht, das vom Anmeldeamt oder von der zuständigen internationalen Recherchenbehörde oder mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde angewendet wird, die Verwendung eines Siegels an Stelle einer Unterschrift vorschreibt, für Zwecke dieses Amtes oder dieser Behörde Siegel bedeutet.

Teil B

Regeln zu Kapitel I des Vertrags

Regel 3

Der Antrag (Formblatt)

3.1 Gedrucktes Formblatt

Für den Antrag ist ein gedrucktes Formblatt zu verwenden.

3.2 Ausgabe von Formblättern

Vorgedruckte Formblätter werden den Anmeldern vom Anmeldeamt oder, wenn das Anmeldeamt dies wünscht, vom Internationalen Büro gebührenfrei zur Verfügung gestellt.

3.3 Kontrolliste

a) Das vorgedruckte Formblatt enthält eine Liste, die ausgefüllt über folgendes Auskunft gibt:

- i) die Gesamtblattzahl der internationalen Anmeldung und die Blattzahl jedes Bestandteils der internationalen Anmeldung (Antrag, Beschreibung, Ansprüche, Zeichnungen, Zusammenfassung),
- ii) ob der internationalen Anmeldung im Anmeldezeitpunkt beigelegt sind: eine Vollmacht (d. h. ein Schriftstück, in dem ein Anwalt oder ein gemeinsamer Vertreter ernannt wird), Prioritätsunterlagen, eine Gebührenquittung oder ein Scheck für die Gebührenzahlung, ein internationaler Recherchenbericht oder ein Bericht über eine Recherche internationaler Art, eine Urkunde darüber, daß der Anmelder Rechtsnachfolger des Erfinders ist und andere Unterlagen (die in der Kontrolliste im einzelnen aufzuführen sind),
- iii) die Nummer der Abbildung der Zeichnungen, die nach Vorschlag des Anmelders mit der Zusammenfassung bei ihrer Veröffentlichung auf der ersten Seite der Schrift und des Blattes abgedruckt werden soll; in Ausnahmefällen kann der Anmelder mehr als eine Abbildung vorschlagen.

b) Die Liste wird vom Anmelder ausgefüllt; unterläßt er dies, füllt sie

Office shall fill it in and make the necessary annotations, except that the number referred to in paragraph (a) (iii) shall not be filled in by the receiving Office.

3.4 Particulars

Subject to Rule 3.3, particulars of the printed form shall be prescribed by the Administrative Instructions.

récepteur le remplira lui-même et y portera les mentions nécessaires; toutefois, l'office récepteur n'inscrira pas le numéro mentionné à l'alinéa a) iii).

3.4 Détails

Sous réserve de la règle 3.3, des détails relatifs au formulaire imprimé sont prescrits dans les instructions administratives.

das Anmeldeamt unter Hinzufügung der notwendigen Bemerkungen aus; jedoch soll die in Absatz a Ziffer iii genannte Nummer nicht vom Anmeldeamt eingesetzt werden.

3.4 Gestaltung der Formblätter im einzelnen

Die Gestaltung der vorgedruckten Formblätter wird vorbehaltlich der Regel 3.3 durch die Verwaltungsrichtlinien vorgeschrieben.

Rule 4

The Request (Contents)

4.1 Mandatory and Optional Contents; Signature

- (a) The request shall contain:
- (i) a petition,
 - (ii) the title of the invention,
 - (iii) indications concerning the applicant and the agent, if there is an agent,
 - (iv) the designation of States,
 - (v) indications concerning the inventor where the national law of at least one of the designated States requires that the name of the inventor be furnished at the time of filing a national application.

(b) The request shall, where applicable, contain:

- (i) a priority claim,
- (ii) a reference to any earlier international search or to any earlier international-type search,
- (iii) choices of certain kinds of protection,
- (iv) an indication that the applicant wishes to obtain a regional patent and the names of the designated States for which he wishes to obtain such a patent,
- (v) reference to a parent application or parent patent.

(c) The request may contain indications concerning the inventor where the national law of none of the designated States requires that the name of the inventor be furnished at the time of filing a national application.

(d) The request shall be signed.

4.2 The Petition

The petition shall be to the following effect and shall preferably be worded as follows: "The undersigned requests that the present international application be processed according to the Patent Cooperation Treaty."

Règle 4

Requête (contenu)

4.1 Contenu obligatoire et contenu facultatif; signature

- a) La requête doit comporter:
- i) une pétition;
 - ii) le titre de l'invention;
 - iii) des indications concernant le déposant et, le cas échéant, le mandataire;
 - iv) la désignation d'États;
 - v) des indications relatives à l'inventeur, lorsque la législation nationale d'un État désigné au moins exige la communication du nom de l'inventeur lors du dépôt d'une demande nationale.

b) La requête doit comporter, le cas échéant:

- i) une revendication de priorité;
- ii) une référence à une recherche internationale antérieure ou à une recherche antérieure de type international;
- iii) le choix de certains titres de protection;
- iv) l'indication que le déposant désire obtenir un brevet régional et le nom des États désignés pour lesquels il désire obtenir un tel brevet;
- v) une référence à une demande principale ou à un brevet principal.

c) La requête peut comporter des indications relatives à l'inventeur lorsque la législation nationale d'aucun État désigné n'exige la communication du nom de l'inventeur lors du dépôt d'une demande nationale.

d) La requête doit être signée.

4.2 Pétition

La pétition doit tendre à l'effet qui suit et être rédigée de préférence comme suit: «Le soussigné requiert que la présente demande internationale soit traitée conformément au Traité de coopération en matière de brevets».

Regel 4

Der Antrag (Inhalt)

4.1 Vorgeschriebener und wahlweiser Inhalt; Unterschrift

- a) Der Antrag hat zu enthalten:
- i) ein Antragsersuchen,
 - ii) die Bezeichnung der Erfindung,
 - iii) Angaben über den Anmelder und gegebenenfalls den Anwalt,
 - iv) die Bestimmung von Staaten,
 - v) Angaben über den Erfinder, wenn das nationale Recht wenigstens eines Bestimmungsstaats die Erfindernennung zum Anmeldezeitpunkt verlangt.

b) Der Antrag hat, soweit anwendbar, zu enthalten:

- i) einen Prioritätsanspruch,
- ii) einen Hinweis auf eine frühere internationale Recherche oder Recherche internationaler Art,
- iii) eine Erklärung hinsichtlich der gewählten Schutzart,
- iv) einen Hinweis, daß der Anmelder ein regionales Patent zu erhalten wünscht, und die Namen der Bestimmungsstaaten, für die er ein solches Patent wünscht,
- v) eine Bezugnahme auf die Stamm-anmeldung oder das Stamm-patent.

c) Der Antrag kann Angaben über den Erfinder enthalten, wenn das nationale Recht keines Bestimmungsstaats die Erfindernennung im Anmeldezeitpunkt verlangt.

d) Der Antrag muß unterzeichnet sein.

4.2 Das Antragsersuchen

Das Antragsersuchen soll sinngemäß folgendes zum Ausdruck bringen und ist vorzugsweise wie folgt zu fassen: „Der Unterzeichnete beantragt, daß die vorliegende internationale Anmeldung nach dem Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens behandelt wird.“

4.3 Title of the Invention

The title of the invention shall be short (preferably from two to seven words when in English or translated into English) and precise.

4.4 Names and Addresses

(a) Names of natural persons shall be indicated by the person's family name and given name(s), the family name being indicated before the given name(s).

(b) Names of legal entities shall be indicated by their full, official designations.

(c) Addresses shall be indicated in such a way as to satisfy the customary requirements for prompt postal delivery at the indicated address and, in any case, shall consist of all the relevant administrative units up to, and including, the house number, if any. Where the national law of the designated State does not require the indication of the house number, failure to indicate such number shall have no effect in that State. It is recommended to indicate any telegraphic and teletype address and telephone number.

(d) For each applicant, inventor, or agent, only one address may be indicated.

4.5 The Applicant

(a) The request shall indicate the name, address, nationality and residence of the applicant or, if there are several applicants, of each of them.

(b) The applicant's nationality shall be indicated by the name of the State of which he is a national.

(c) The applicant's residence shall be indicated by the name of the State of which he is a resident.

4.6 The Inventor

(a) Where Rule 4.1 (a) (v) applies, the request shall indicate the name and address of the inventor or, if there are several inventors, of each of them.

(b) If the applicant is the inventor, the request, in lieu of the indication under paragraph (a), shall contain a statement to that effect or shall repeat the applicant's name in the space reserved for indicating the inventor.

(c) The request may, for different designated States, indicate different persons as inventors where, in this respect, the requirements of the national laws of the designated States are not the same. In such a case, the

4.3 Titre de l'invention

Le titre de l'invention doit être bref (de préférence de deux à sept mots lorsqu'il est établi ou traduit en anglais) et précis.

4.4 Noms et adresses

a) Les personnes physiques doivent être nommées par leurs patronymes et prénoms, les patronymes précédant les prénoms.

b) Les personnes morales doivent être nommées par leurs désignations officielles complètes.

c) Les adresses doivent être indiquées selon les exigences usuelles en vue d'une distribution postale rapide à l'adresse indiquée et, en tout cas, doivent comprendre toutes les unités administratives pertinentes jusques et y compris le numéro de la maison, s'il y en a un. Lorsque la législation nationale de l'État désigné n'exige pas l'indication du numéro de la maison, le fait de ne pas indiquer ce numéro n'a pas d'effet dans cet État. Il est recommandé de mentionner l'adresse télégraphique et de télétype et le numéro de téléphone éventuels.

d) Une seule adresse peut être indiquée pour chaque déposant, inventeur ou mandataire.

4.5 Déposant

a) La requête doit indiquer le nom, l'adresse, la nationalité et le domicile du déposant ou, s'il y a plusieurs déposants, de chacun d'eux.

b) La nationalité du déposant doit être indiquée par le nom de l'État dont il est le national.

c) Le domicile du déposant doit être indiqué par le nom de l'État où il a son domicile.

4.6 Inventeur

a) La requête doit, en cas d'application de la règle 4.1 a), v), indiquer le nom et l'adresse de l'inventeur ou, s'il y a plusieurs inventeurs, de chacun d'eux.

b) Si le déposant est l'inventeur, la requête doit, au lieu de l'indication mentionnée à l'alinéa a), contenir une déclaration à cet effet ou répéter le nom du déposant dans l'espace réservé à l'indication de l'inventeur.

c) Lorsque les exigences, en la matière, des législations nationales des États désignés diffèrent, la requête peut, pour des États désignés différents, indiquer différentes personnes en tant qu'inventeurs. Dans un tel

4.3 Bezeichnung der Erfindung

Die Bezeichnung der Erfindung ist kurz (vorzugsweise zwei bis sieben Wörter, wenn in englischer Sprache abgefaßt oder in die englische Sprache übersetzt) und genau zu fassen.

4.4 Namen und Anschriften

a) Bei natürlichen Personen sind der Familienname und der Vorname oder die Vornamen anzugeben; der Familienname ist vor dem oder den Vornamen anzugeben.

b) Bei juristischen Personen ist die volle amtliche Bezeichnung anzugeben.

c) Anschriften sind in der Weise anzugeben, daß die üblichen Anforderungen für eine zuverlässige Postzustellung auf Grund der angegebenen Anschrift erfüllt sind, und müssen jedenfalls alle maßgeblichen Verwaltungseinheiten, bis zur Hausnummer (falls vorhanden) einschließlich, enthalten. Fordert das nationale Recht des Bestimmungsstaats die Angabe der Hausnummer nicht, so hat die Nichtangabe der Nummer in diesem Staat keine Folgen. Es wird empfohlen, eine Telegramm- und Telexanschrift und die Telefonnummer ebenfalls anzugeben.

d) Für jeden Anmelder, Erfinder oder Anwalt darf nur eine Anschrift angegeben werden.

4.5 Der Anmelder

a) Der Antrag hat Namen, Anschrift, Staatsangehörigkeit sowie Sitz oder Wohnsitz des Anmelders oder, wenn mehrere Anmelder beteiligt sind, jedes Anmelders zu enthalten.

b) Die Staatsangehörigkeit des Anmelders ist durch Angabe des Namens des Staates, dem der Anmelder angehört, anzugeben.

c) Der Sitz oder Wohnsitz des Anmelders ist durch Angabe des Staates, in dem der Anmelder seinen Sitz oder Wohnsitz hat, anzugeben.

4.6 Der Erfinder

a) Findet Regel 4.1 Absatz a Ziffer v Anwendung, so ist im Antrag Name und Anschrift des oder, wenn mehrere Erfinder vorhanden sind, der Erfinder anzugeben.

b) Ist der Anmelder zugleich der Erfinder, so hat der Antrag an Stelle der Angabe nach Absatz a eine entsprechende Erklärung zu enthalten oder den Namen des Anmelders an der für die Angabe des Erfinders vorgesehenen Stelle zu wiederholen.

c) Der Antrag kann verschiedene Personen für verschiedene Bestimmungsstaaten als Erfinder nennen, wenn in dieser Hinsicht die Voraussetzungen des nationalen Rechts der Bestimmungsstaaten nicht überein-

request shall contain a separate statement for each designated State or group of States in which a particular person, or the same person, is to be considered the inventor, or in which particular persons, or the same persons, are to be considered the inventors.

4.7 The Agent

If agents are designated, the request shall so indicate, and shall state their names and addresses.

4.8 Representation of Several Applicants Not Having a Common Agent

(a) If there is more than one applicant and the request does not refer to an agent representing all the applicants ("a common agent"), the request shall designate one of the applicants who is entitled to file an international application according to Article 9 as their common representative.

(b) If there is more than one applicant and the request does not refer to an agent representing all the applicants and it does not comply with the requirement of designating one of the applicants as provided in paragraph (a), the applicant first named in the request who is entitled to file an international application according to Article 9 shall be considered the common representative.

4.9 Designation of States

Contracting States shall be designated in the request by their names.

4.10 Priority Claim

(a) The declaration referred to in Article 8 (1) shall be made in the request; it shall consist of a statement to the effect that the priority of an earlier application is claimed and shall indicate:

- (i) when the earlier application is not a regional or an international application, the country in which it was filed; when the earlier application is a regional or an international application, the country or countries for which it was filed,
- (ii) the date on which it was filed,
- (iii) the number under which it was filed, and
- (iv) when the earlier application is a regional or an international application, the national Office or intergovernmental organization with which it was filed.

cas, la requête doit contenir une déclaration distincte pour chaque État désigné ou pour chaque groupe d'États désignés où une ou plusieurs personnes données, ou la ou les mêmes personnes, doivent être considérées comme l'inventeur ou les inventeurs.

4.7 Mandataire

S'il y a constitution de mandataires, la requête doit le déclarer et indiquer leurs noms et adresses.

4.8 Représentation de plusieurs déposants n'ayant pas de mandataire commun

a) S'il y a plusieurs déposants et si la requête n'indique pas de mandataire représentant tous les déposants («mandataire commun»), elle doit désigner comme représentant commun l'un des déposants autorisés à déposer une demande internationale conformément à l'article 9.

b) S'il y a plusieurs déposants et si la requête n'indique pas de mandataire commun ni de représentant commun conformément à l'alinéa a), le déposant nommé en premier lieu dans la requête qui est autorisé à déposer une demande internationale conformément à l'article 9 est considéré comme représentant commun.

4.9 Désignation d'États

Les États contractants doivent être désignés, dans la requête, par leurs noms.

4.10 Revendication de priorité

a) La déclaration visée à l'article 8. 1) doit figurer dans la requête; elle consiste en une déclaration de revendication de la priorité d'une demande antérieure et elle doit indiquer:

- i) lorsque la demande antérieure n'est pas une demande régionale ou internationale, le nom du pays où elle a été déposée; lorsque la demande antérieure est une demande régionale ou internationale, le nom du ou des pays pour lesquels elle a été déposée;
- ii) la date du dépôt;
- iii) le numéro du dépôt;
- iv) lorsque la demande antérieure est une demande régionale ou internationale, l'office national ou l'organisation intergouvernementale où elle a été déposée.

stimmen. In diesem Fall hat der Antrag eine besondere Erklärung für jeden Bestimmungsstaat oder jede Staatengruppe zu enthalten, in denen eine bestimmte Person oder die gleiche Person als Erfinder angesehen wird oder in denen bestimmte Personen oder die gleichen Personen als Erfinder angesehen werden.

4.7 Der Anwalt

Sind Anwälte bestellt, so sind diese im Antrag durch Angabe ihres Namens und ihrer Anschrift zu bezeichnen.

4.8 Die Vertretung mehrerer Anmeldender, die keinen gemeinsamen Anwalt haben

a) Sind mehrere Anmelder vorhanden und ist in dem Antrag kein Anwalt angegeben, der alle Anmelder vertritt („gemeinsamer Anwalt“), so ist im Antrag ein Anmelder, der nach Artikel 9 zur Einreichung einer internationalen Anmeldung berechtigt ist, als gemeinsamer Vertreter zu bezeichnen.

b) Sind mehrere Anmelder vorhanden und ist in dem Antrag kein Anwalt angegeben, der alle Anmelder vertritt, und erfüllt der Antrag das Erfordernis der Bezeichnung eines Anmelders nach Absatz a nicht, so gilt der Anmelder, der im Antrag als erster genannt ist und nach Artikel 9 zur Einreichung einer internationalen Anmeldung berechtigt ist, als gemeinsamer Vertreter.

4.9 Die Bestimmung von Staaten

Vertragsstaaten sind im Antrag durch ihre Namen zu bestimmen.

4.10 Der Prioritätsanspruch

a) Die in Artikel 8 Absatz 1 bezeichnete Erklärung muß im Antrag abgegeben werden; sie besteht aus einer Erklärung des Inhalts, daß die Priorität einer früheren Anmeldung in Anspruch genommen wird und muß enthalten:

- i) wenn die frühere Anmeldung keine regionale oder internationale Anmeldung ist, das Land, in dem sie eingereicht worden ist; wenn die frühere Anmeldung eine regionale oder internationale Anmeldung ist, das Land oder die Länder, für das oder die sie eingereicht worden ist,
- ii) das Datum, unter dem sie eingereicht worden ist,
- iii) das Aktenzeichen, unter dem sie eingereicht worden ist, und
- iv) wenn die frühere Anmeldung eine regionale oder internationale Anmeldung ist, das nationale Amt oder die zwischenstaatliche Organisation, bei dem oder der sie eingereicht worden ist.

(b) If the request does not indicate both

(i) when the earlier application is not a regional or an international application, the country in which it was filed; when the earlier application is a regional or an international application, at least one country for which it was filed, and

(ii) the date on which it was filed,

the priority claim shall, for the purposes of the procedure under the Treaty, be considered not to have been made.

(c) If the application number of the earlier application is not indicated in the request but is furnished by the applicant to the International Bureau prior to the expiration of the 16th month from the priority date, it shall be considered by all designated States to have been furnished in time. If it is furnished after the expiration of that time limit, the International Bureau shall inform the applicant and the designated Offices of the date on which the said number was furnished to it. The International Bureau shall indicate that date in the international publication of the international application, or, if, at the time of the international publication, the said number has not been furnished to it, shall indicate that fact in the international publication.

(d) If the filing date of the earlier application as indicated in the request precedes the international filing date by more than one year, the receiving Office, or, if the receiving Office has failed to do so, the International Bureau, shall invite the applicant to ask either for the cancellation of the declaration made under Article 8 (1) or, if the date of the earlier application was indicated erroneously, for the correction of the date so indicated. If the applicant fails to act accordingly within 1 month from the date of the invitation, the declaration made under Article 8 (1) shall be cancelled ex officio. The receiving Office effecting the correction or cancellation shall notify the applicant accordingly and, if copies of the international application have already been sent to the International Bureau and the International Searching Authority, that Bureau and that Authority. If the correction or cancellation is effected by the International Bureau, the latter shall notify the applicant and the International Searching Authority accordingly.

(e) Where the priorities of several earlier applications are claimed, the provisions of paragraphs (a) to (d) shall apply to each of them.

b) Si la requête n'indique pas à la fois:

i) le nom du pays où la demande antérieure a été déposée, lorsque cette dernière n'est pas une demande régionale ou internationale, ou le nom d'au moins un pays pour lequel elle a été déposée lorsqu'elle est une demande régionale ou internationale, et

ii) la date du dépôt,

la revendication de priorité est, aux fins de la procédure selon le traité, considérée comme n'ayant pas été présentée.

c) Si le numéro de la demande antérieure n'est pas indiqué dans la requête mais est communiqué par le déposant au Bureau international avant l'expiration du seizième mois à compter de la date de priorité, ce numéro est considéré par tous les États désignés comme ayant été communiqué à temps. S'il est communiqué après l'expiration de ce délai, le Bureau international informe le déposant et les offices désignés de la date à laquelle il a été communiqué. Le Bureau international indique cette date dans la publication internationale de la demande internationale ou, si ce numéro ne lui a pas été communiqué à la date de cette publication, indique ce fait dans la publication internationale.

d) Si la date du dépôt de la demande antérieure, telle qu'elle est indiquée dans la requête, est antérieure de plus d'une année à la date du dépôt international, l'office récepteur ou, à défaut, le Bureau international invite le déposant soit à annuler la déclaration présentée selon l'article 8. 1), soit, si la date de la demande antérieure a été indiquée d'une façon erronée, à corriger la date ainsi indiquée. Si le déposant n'agit pas en conséquence dans un délai d'un mois à compter de cette invitation, la déclaration visée à l'article 8. 1) est annulée d'office. L'office récepteur effectuant la correction ou l'annulation la notifie au déposant; si des exemplaires ou des copies de la demande internationale ont déjà été adressés au Bureau international et à l'administration chargée de la recherche internationale, cette notification est également faite audit Bureau et à ladite administration. Si la correction ou l'annulation est effectuée par le Bureau international, ce dernier notifie ce fait au déposant et à l'administration chargée de la recherche internationale.

e) Lorsque les priorités de plusieurs demandes antérieures sont revendiquées, les alinéas a) à d) s'appliquent à chacune d'elles.

b) Enthält der Antrag nicht beide folgenden Angaben,

i) das Land, in dem sie eingereicht worden ist, wenn die frühere Anmeldung keine regionale oder internationale Anmeldung ist, wenigstens ein Land, für das sie eingereicht worden ist, wenn die frühere Anmeldung eine regionale oder internationale Anmeldung ist,

ii) das Datum, an dem sie eingereicht worden ist,

so gilt der Prioritätsanspruch für das Verfahren nach dem Vertrag als nicht erhoben.

c) Wird das Aktenzeichen der früheren Anmeldung in dem Antrag nicht genannt, jedoch vom Anmelder vor dem Ablauf des 16. Monats nach dem Prioritätsdatum beim Internationalen Büro nachgereicht, so gilt es in allen Bestimmungsstaaten als rechtzeitig eingereicht. Wird es nach dem Ablauf dieser Frist nachgereicht, so setzt das Internationale Büro den Anmelder und die Bestimmungsämter von dem Datum der Nachreichung in Kenntnis. Das Internationale Büro gibt dieses Datum in der internationalen Veröffentlichung der internationalen Anmeldung an oder nimmt, falls das Aktenzeichen bis zum Zeitpunkt der internationalen Veröffentlichung nicht nachgereicht worden ist, einen entsprechenden Hinweis in die internationale Veröffentlichung auf.

d) Liegt das im Antrag angegebene Datum der früheren Anmeldung mehr als ein Jahr vor dem internationalen Anmeldedatum, so fordert das Anmeldeamt oder, wenn das Anmeldeamt dies unterlassen hat, das Internationale Büro den Anmelder auf, entweder die Streichung der Erklärung nach Artikel 8 Absatz 1 zu beantragen oder im Falle eines Irrtums bei der Angabe des Datums der früheren Anmeldung das angegebene Datum zu berichtigen. Entspricht der Anmelder dieser Aufforderung nicht innerhalb eines Monats, so wird die Erklärung nach Artikel 8 Absatz 1 von Amts wegen gelöscht. Das Anmeldeamt unterrichtet den Anmelder und, falls Kopien bereits dem Internationalen Büro oder der Internationalen Recherchenbehörde übersandt worden sind, auch das Büro und die Behörde von der von ihm vorgenommenen Berichtigung oder Löschung. Wird die Berichtigung oder die Löschung vom Internationalen Büro vorgenommen, so benachrichtigt dieses den Anmelder und die Internationale Recherchenbehörde.

e) Werden die Prioritäten mehrerer früherer Anmeldungen in Anspruch genommen, so sind Absätze a bis d auf jeden Prioritätsanspruch anzuwenden.

4.11 Reference to Earlier International or International-Type Search

If an international or international-type search has been requested on an application under Article 15 (5), the request may state that fact and identify the application (or its translation, as the case may be) by country, date and number, and the request for the said search by date and, if available, number.

4.12 Choice of Certain Kinds of Protection

(a) If the applicant wishes his international application to be treated, in any designated State, as an application not for a patent but for the grant of any of the other kinds of protection specified in Article 43, he shall so indicate in the request. For the purposes of this paragraph, Article 2 (ii) shall not apply.

(b) In the case provided for in Article 44, the applicant shall indicate the two kinds of protection sought, or, if one of two kinds of protection is primarily sought, he shall indicate which kind is sought primarily and which kind is sought subsidiarily.

4.13 Identification of Parent Application or Parent Grant

If the applicant wishes his international application to be treated, in any designated State, as an application for a patent or certificate of addition, inventor's certificate of addition, or utility certificate of addition, he shall identify the parent application or the parent patent, parent inventor's certificate, or parent utility certificate to which the patent or certificate of addition, inventor's certificate of addition, or utility certificate of addition, if granted, relates. For the purposes of this paragraph, Article 2 (ii) shall not apply.

4.14 Continuation or Continuation in Part

If the applicant wishes his international application to be treated, in any designated State, as an application for a continuation or a continuation-in-part of an earlier application, he shall so indicate in the request and shall identify the parent application involved.

4.15 Signature

The request shall be signed by the applicant.

4.11 Référence à une recherche internationale antérieure ou à une recherche antérieure de type international

Si une recherche internationale ou une recherche de type international a été demandée sur la base d'une demande, conformément à l'article 15. 5), la requête peut indiquer ce fait et identifier la demande (ou sa traduction, selon le cas) en indiquant son pays, sa date et son numéro, et identifier la demande de recherche en indiquant sa date et, s'il est disponible, son numéro.

4.12 Choix de certains titres de protection

a) Si le déposant désire voir sa demande internationale traitée, dans tout État désigné, non comme une demande de brevet mais comme une demande tendant à la délivrance de l'un des titres de protection mentionnés à l'article 43, il doit le déclarer dans la requête. Aux fins du présent alinéa, l'article 2. ii) ne s'applique pas.

b) Dans le cas prévu à l'article 44, le déposant doit indiquer les deux titres de protection demandés et doit spécifier, s'il y a lieu, le titre de protection demandé à titre principal et celui demandé à titre subsidiaire.

4.13 Identification de la demande principale ou du brevet principal

Si le déposant désire voir sa demande internationale traitée, dans tout État désigné, comme une demande de brevet ou certificat d'addition, de certificat d'auteur d'invention additionnel ou de certificat d'utilité additionnel, il doit identifier la demande principale, le brevet principal, le certificat d'auteur d'invention principal ou le certificat d'utilité principal auquel se référera, s'il est accordé, le brevet ou certificat d'addition, le certificat d'auteur d'invention additionnel ou le certificat d'utilité additionnel. Aux fins du présent alinéa, l'article 2. ii) ne s'applique pas.

4.14 «Continuation» ou «Continuation in part»

Si le déposant désire voir sa demande internationale traitée, dans tout État désigné, comme une demande de «continuation» ou de «continuation in part» d'une demande antérieure, il doit le déclarer dans la requête et identifier la demande principale en cause.

4.15 Signature

La requête doit être signée par le déposant.

4.11 Bezugnahme auf eine frühere internationale Recherche oder Recherche internationaler Art

Ist eine internationale Recherche oder Recherche internationaler Art in bezug auf eine nationale Anmeldung gemäß Artikel 15 Absatz 5 angefordert worden, so kann im Antrag auf diese Tatsache hingewiesen werden und die Anmeldung (oder gegebenenfalls eine Übersetzung) mit dem Namen des Staates, dem Datum und Aktenzeichen und die Anforderung der genannten Recherche mit Datum und, falls vorhanden, Aktenzeichen näher bezeichnet werden.

4.12 Die Wahl der Art des Schutzes

a) Wünscht der Anmelder, daß seine internationale Anmeldung in einem Bestimmungsstaat nicht als Patentanmeldung, sondern als Antrag auf Erteilung eines anderen der in Artikel 43 genannten Schutzrechte behandelt werden soll, so hat er dies im Antrag anzugeben. Auf diesen Absatz ist Artikel 2 Ziffer ii nicht anzuwenden.

b) Im Falle des Artikels 44 hat der Anmelder die beiden Schutzrechte, um die er nachsucht, anzugeben; wenn um eines der beiden Schutzrechte in erster Linie nachgesucht wird, hat der Anmelder anzugeben, um welches Schutzrecht in erster Linie und um welches hilfsweise nachgesucht wird.

4.13 Angabe der Stammanmeldung oder des Stammrechts

Wünscht der Anmelder, daß seine internationale Anmeldung in einem Bestimmungsstaat als Anmeldung für ein Zusatzpatent oder -zertifikat, einen Zusatzerfinderschein oder ein Zusatzgebrauchszertifikat behandelt wird, so hat er die Stammanmeldung, das Stamm patent, den Stammerfinderschein oder das Stammgebrauchszertifikat, worauf sich das Zusatzpatent oder -zertifikat, der Zusatzerfinderschein oder das Zusatzgebrauchszertifikat nach Erteilung beziehen, genau zu kennzeichnen. Auf diesen Absatz ist Artikel 2 Ziffer ii nicht anzuwenden.

4.14 Fortsetzung oder Teilfortsetzung

Wünscht der Anmelder, daß seine internationale Anmeldung in einem Bestimmungsstaat als eine Fortsetzung oder Teilfortsetzung einer früheren Anmeldung behandelt wird, so hat er dies im Antrag anzugeben und die Stammanmeldung genau zu kennzeichnen.

4.15 Unterschrift

Der Antrag ist durch den Anmelder zu unterzeichnen.

4.16 Transliteration or Translation of Certain Words

(a) Where any name or address is written in characters other than those of the Latin alphabet, the same shall also be indicated in characters of the Latin alphabet either as a mere transliteration or through translation into English. The applicant shall decide which words will be merely transliterated and which words will be so translated.

(b) The name of any country written in characters other than those of the Latin alphabet shall also be indicated in English.

4.17 No Additional Matter

(a) The request shall contain no matter other than that specified in Rules 4.1 to 4.16.

(b) If the request contains matter other than that specified in Rules 4.1 to 4.16, the receiving Office shall ex officio delete the additional matter.

Rule 5

The Description

5.1 Manner of the Description

(a) The description shall first state the title of the invention as appearing in the request and shall:

- (i) specify the technical field to which the invention relates;
- (ii) indicate the background art which, as far as known to the applicant, can be regarded as useful for the understanding, searching and examination of the invention, and, preferably, cite the documents reflecting such art;
- (iii) disclose the invention, as claimed, in such terms that the technical problem (even if not expressly stated as such) and its solution can be understood, and state the advantageous effects, if any, of the invention with reference to the background art;
- (iv) briefly describe the figures in the drawings, if any;
- (v) set forth at least the best mode contemplated by the applicant for carrying out the invention claimed; this shall be done in

4.16 Translittération et traduction de certains mots

a) Lorsqu'un nom ou une adresse ne sont pas écrits en caractères latins, ils doivent également être reproduits en caractères latins, soit par translittération, soit par traduction anglaise. Il appartient au déposant de décider quels mots seront simplement translittérés et quels mots seront traduits.

b) Lorsque le nom d'un pays n'est pas écrit en caractères latins, il doit être également indiqué en anglais.

4.17 Exclusion d'indications additionnelles

a) La requête ne doit contenir aucune indication autre que celles qui sont mentionnées aux règles 4.1 à 4.16.

b) Si la requête contient des indications autres que celles qui sont mentionnées aux règles 4.1 à 4.16, l'office récepteur biffe d'office les indications additionnelles.

Règle 5

Description

5.1 Manière de rédiger la description

a) La description doit commencer par indiquer le titre de l'invention tel qu'il figure dans la requête et doit:

- i) préciser le domaine technique auquel se rapporte l'invention;
- ii) indiquer la technique antérieure qui, dans la mesure où le déposant la connaît, peut être considérée comme utile pour l'intelligence, la recherche et l'examen de l'invention, et doit, de préférence, citer les documents reflétant ladite technique;
- iii) exposer l'invention dont la protection est demandée en des termes permettant la compréhension du problème technique (même s'il n'est pas expressément désigné comme tel) et de sa solution, et exposer les effets avantageux, s'il y en a, de l'invention en se référant à la technique antérieure;
- iv) décrire brièvement les figures contenues dans les dessins, s'il y en a;
- v) indiquer au moins la meilleure manière envisagée par le déposant de réaliser l'invention dont la protection est demandée; cette

4.16 Transkription oder Übersetzung bestimmter Wörter

a) Werden Namen oder Anschriften in anderen Buchstaben als denen des lateinischen Alphabets geschrieben, so sind sie auch in Buchstaben des lateinischen Alphabets anzugeben, und zwar als bloße Transkription oder durch Übersetzung in die englische Sprache. Der Anmelder hat zu bestimmen, welche Wörter lediglich transkribiert und welche Wörter übersetzt werden.

b) Der Name eines Landes, der in anderen Buchstaben als denen des lateinischen Alphabets angegeben ist, ist auch in englischer Sprache anzugeben.

4.17 Keine weiteren Angaben

a) Der Antrag darf keine weiteren als die in den Regeln 4.1 bis 4.16 aufgeführten Angaben enthalten.

b) Enthält der Antrag andere als die in Regel 4.1 bis 4.16 aufgeführten Angaben, so hat das Anmeldeamt von Amts wegen die zusätzlichen Angaben zu löschen.

Regel 5

Die Beschreibung

5.1 Art der Beschreibung

a) In der Beschreibung ist zunächst die im Antrag erscheinende Bezeichnung der Erfindung zu nennen; ferner

- i) ist das technische Gebiet, auf das sich die Erfindung bezieht, anzugeben;
- ii) ist der zugrundeliegende Stand der Technik anzugeben, soweit er nach der Kenntnis des Anmelders für das Verständnis der Erfindung, für die Recherche und die Prüfung als nützlich angesehen werden kann; vorzugsweise sind auch Fundstellen anzugeben, aus denen sich dieser Stand der Technik ergibt;
- iii) ist die Erfindung, wie sie in den Ansprüchen gekennzeichnet ist, so darzustellen, daß danach die technische Aufgabe (auch wenn nicht ausdrücklich als solche genannt) und deren Lösung verstanden werden können; außerdem sind gegebenenfalls die vorteilhaften Wirkungen der Erfindung unter Bezugnahme auf den zugrundeliegenden Stand der Technik anzugeben;
- iv) sind die Abbildungen der Zeichnungen, falls solche vorhanden sind, kurz zu beschreiben;
- v) ist wenigstens der nach Ansicht des Anmelders beste Weg zur Ausführung der beanspruchten Erfindung anzugeben; dies soll, wo

terms of examples, where appropriate, and with reference to the drawings, if any; where the national law of the designated State does not require the description of the best mode but is satisfied with the description of any mode (whether it is the best contemplated or not), failure to describe the best mode contemplated shall have no effect in that State;

(vi) indicate explicitly, when it is not obvious from the description or nature of the invention, the way in which the invention is capable of exploitation in industry and the way in which it can be made and used, or, if it can only be used, the way in which it can be used; the term "industry" is to be understood in its broadest sense as in the Paris Convention for the Protection of Industrial Property.

(b) The manner and order specified in paragraph (a) shall be followed except when, because of the nature of the invention, a different manner or a different order would result in a better understanding and a more economic presentation.

(c) Subject to the provisions of paragraph (b), each of the parts referred to in paragraph (a) shall preferably be preceded by an appropriate heading as suggested in the Administrative Instructions.

Rule 6 **The Claims**

6.1 Number and Numbering of Claims

(a) The number of the claims shall be reasonable in consideration of the nature of the invention claimed.

(b) If there are several claims, they shall be numbered consecutively in arabic numerals.

(c) The method of numbering in the case of the amendment of claims shall be governed by the Administrative Instructions.

6.2 References to Other Parts of the International Application

(a) Claims shall not, except where absolutely necessary, rely, in respect of the technical features of the invention, on references to the description or drawings. In particular, they shall not rely on such references as: "as described in part ... of the descrip-

tion indication doit se faire en utilisant des exemples, lorsque cela est adéquat, et des références aux dessins, s'il y en a; lorsque la législation nationale de l'État désigné n'exige pas de description de la meilleure manière de réaliser l'invention, mais se contente de la description d'une manière quelconque de la réaliser (que cette manière soit ou non la meilleure que le déposant ait pu envisager), le fait de ne pas décrire la meilleure manière envisagée n'a pas d'effet dans cet État;

vi) indiquer, d'une façon explicite, dans le cas où cela ne résulte pas à l'évidence de la description ou de la nature de l'invention, la manière dont l'objet de l'invention est susceptible d'exploitation dans l'industrie et la manière dont il peut être produit et utilisé, ou, s'il peut être seulement utilisé, la manière dont il peut être utilisé; le terme «industrie» doit être entendu dans son sens le plus large, comme dans la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle.

b) Il y a lieu de suivre la manière et l'ordre indiqués à l'alinéa a) sauf lorsqu'en raison de la nature de l'invention, une manière différente ou un ordre différent entraînerait une meilleure intelligence et une présentation plus économique.

c) Sous réserve de l'alinéa b), chaque élément énuméré à l'alinéa a) doit de préférence être précédé d'un titre approprié, conformément aux recommandations figurant dans les instructions administratives.

Règle 6 **Revendications**

6.1 Nombre et numérotation des revendications

a) Le nombre des revendications doit être raisonnable, compte tenu de la nature de l'invention dont la protection est demandée.

b) S'il y a plusieurs revendications, elles doivent être numérotées de façon continue, en chiffres arabes.

c) Le système de numérotation, en cas de modification des revendications, est fixé dans les instructions administratives.

6.2. Références à d'autres parties de la demande internationale

a) Les revendications ne doivent pas, sauf lorsque cela est absolument nécessaire, se fonder, pour ce qui concerne les caractéristiques techniques de l'invention, sur des références à la description ou aux dessins. En particulier, elles ne doivent pas se

es angebracht ist, durch Beispiele und gegebenenfalls unter Bezugnahme auf Zeichnungen geschehen; fordert das nationale Recht eines Bestimmungsstaats nicht die Beschreibung des besten Weges, sondern läßt es die Beschreibung irgendeines Weges zur Ausführung (gleichgültig, ob er als der beste angesehen wird) genügen, so hat die Nichtangabe des besten Weges zur Ausführung in diesem Staat keine Folgen;

iv) ist im einzelnen anzugeben, falls dies nicht nach der Beschreibung oder der Natur der Erfindung offensichtlich ist, in welcher Weise der Gegenstand der Erfindung gewerblich verwertet, hergestellt und verwendet werden kann oder, wenn er nur verwendet werden kann, auf welche Weise er verwendet werden kann; der Begriff „gewerblich“ ist im weitesten Sinne wie in der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums zu verstehen.

b) Die im Absatz a festgelegte Form und Reihenfolge sind einzuhalten, außer wenn wegen der Art der Erfindung eine abweichende Form oder Reihenfolge zu einem besseren Verständnis oder zu einer knapperen Darstellung führen würde.

c) Vorbehaltlich des Absatzes b soll möglichst jedem der in Absatz a genannten Teile eine geeignete Überschrift vorangestellt werden, wie sie in den Verwaltungsrichtlinien vorgeschlagen wird.

Regel 6 **Die Ansprüche**

6.1 Zahl und Numerierung der Ansprüche

a) Die Anzahl der Ansprüche hat sich bei Berücksichtigung der Art der beanspruchten Erfindung in vertretbaren Grenzen zu halten.

b) Mehrere Ansprüche sind fortlaufend mit arabischen Zahlen zu nummerieren.

c) Die Art und Weise der Nummerierung im Falle der Änderung von Ansprüchen wird durch die Verwaltungsrichtlinien geregelt.

6.2 Bezugnahme auf andere Teile der Anmeldung

a) Ansprüche dürfen sich, wenn dies nicht unbedingt erforderlich ist, im Hinblick auf die technischen Merkmale der Erfindung nicht auf Bezugnahmen auf die Beschreibung oder die Zeichnungen stützen. Sie dürfen sich insbesondere nicht auf Hinweise stüt-

tion", or "as illustrated in figure . . . of the drawings".

(b) Where the international application contains drawings, the technical features mentioned in the claims shall preferably be followed by the reference signs relating to such features. When used, the reference signs shall preferably be placed between parentheses. If inclusion of reference signs does not particularly facilitate quicker understanding of a claim, it should not be made. Reference signs may be removed by a designated Office for the purposes of publication by such Office.

6.3 Manner of Claiming

(a) The definition of the matter for which protection is sought shall be in terms of the technical features of the invention.

(b) Whenever appropriate, claims shall contain:

- (i) a statement indicating those technical features of the invention which are necessary for the definition of the claimed subject matter but which, in combination, are part of the prior art,
- (ii) a characterizing portion—preceded by the words "characterized in that", "characterized by", "wherein the improvement comprises", or any other words to the same effect—stating concisely the technical features which, in combination with the features stated under (i), it is desired to protect.

(c) Where the national law of the designated State does not require the manner of claiming provided for in paragraph (b), failure to use that manner of claiming shall have no effect in that State provided the manner of claiming actually used satisfies the national law of that State.

6.4 Dependent Claims

(a) Any claim which includes all the features of one or more other claims (claim in dependent form, hereinafter referred to as "dependent claim") shall do so by a reference, if possible at the beginning, to the other claim or claims and shall then state the additional features claimed. Any dependent claim which refers to more than one other claim ("multiple dependent claims") shall refer to such claims in the alternative only. Multiple dependent claims shall not serve

fonder sur des références telles que «comme décrit dans la partie . . . de la description» ou «comme illustré dans la figure . . . des dessins».

b) Lorsque la demande internationale contient des dessins, les caractéristiques techniques mentionnées dans les revendications doivent de préférence être suivies de signes de référence relatifs à ces caractéristiques. Lorsqu'ils sont utilisés, les signes de référence doivent, de préférence, être placés entre parenthèses. Si l'inclusion de signes de référence ne facilite pas particulièrement une compréhension plus rapide d'une revendication, elle ne doit pas être faite. Des signes de référence peuvent être retirés par un office désigné, aux fins de publication par cet office.

6.3 Manière de rédiger les revendications

a) La définition de l'objet pour lequel la protection est demandée doit être faite en termes de caractéristiques techniques de l'invention.

b) Chaque fois que cela est approprié, les revendications doivent contenir:

- i) un préambule indiquant les caractéristiques techniques de l'invention qui sont nécessaires à la définition de l'objet revendiqué mais qui, en étant combinées, font partie de l'état de la technique;
- ii) une partie caractérisante — précédée des mots «caractérisé en», «caractérisé par», «où l'amélioration comprend», ou tous autres mots tendant au même effet — exposant d'une manière concise les caractéristiques techniques que, conjointement avec les caractéristiques techniques mentionnées au point i), l'on désire protéger.

c) Lorsque la législation nationale de l'État désigné n'exige pas que les revendications soient rédigées de la manière prévue à l'alinéa b), le fait de ne pas rédiger les revendications de cette manière n'a pas d'effet dans cet État si les revendications ont été rédigées d'une manière conforme à la législation nationale de cet État.

6.4 Revendications dépendantes

a) Toute revendication qui comprend toutes les caractéristiques d'une ou de plusieurs autres revendications (revendications de forme dépendante, ci-après appelées «revendications dépendantes») doit le faire par une référence, si possible au commencement, à cette ou à ces autres revendications, et doit préciser les caractéristiques additionnelles revendiquées. Toute revendication dépendante qui se réfère à plus d'une autre revendication («revendication dépendante

zen wie: „wie beschrieben in Teil . . . der Beschreibung" oder „wie in Abbildung . . . der Zeichnung dargestellt".

b) Sind der internationalen Anmeldung Zeichnungen beigelegt, so sollen zu den in den Ansprüchen genannten technischen Merkmalen vorzugsweise Bezugszeichen, die auf diese Merkmale hinweisen, angefügt werden. Die Bezugszeichen sollen vorzugsweise in Klammern gesetzt werden. Ermöglichen die Bezugszeichen kein schnelleres Verständnis des Anspruchs, so sollen sie nicht aufgenommen werden. Bezugszeichen können durch ein Bestimmungsamt für die Zwecke der Veröffentlichung durch dieses Amt entfernt werden.

6.3 Formulierung der Ansprüche

a) Der Gegenstand des Schutzbezugs ist durch Angabe der technischen Merkmale der Erfindung festzulegen.

b) Wo es zweckdienlich ist, haben die Ansprüche zu enthalten:

- i) die Angabe der technischen Merkmale, die für die Festlegung des beanspruchten Gegenstands der Erfindung notwendig sind, jedoch — im Verbindung miteinander — zum Stand der Technik gehören,
- ii) einen kennzeichnenden Teil — eingeleitet durch die Worte „dadurch gekennzeichnet“, „gekennzeichnet durch“, „wobei die Verbesserung darin besteht“ oder durch eine andere Formulierung mit der gleichen Bedeutung —, der in gedrängter Form die technischen Merkmale bezeichnet, für die in Verbindung mit den unter Ziffer i angegebenen Merkmalen Schutz begehrt wird.

c) Fordert das nationale Recht des Bestimmungsstaats die in Absatz b vorgeschriebene Art der Formulierung der Ansprüche nicht, so hat der Nichtgebrauch dieser Formulierung in diesem Staat keine Folgen, sofern die Art der Formulierung der Ansprüche dem nationalen Recht dieses Staats genügt.

6.4 Abhängige Ansprüche

a) Jeder Anspruch, welcher alle Merkmale eines anderen oder mehrerer anderer Ansprüche enthält (Anspruch in abhängiger Form, nachfolgend bezeichnet als „abhängiger Anspruch“), hat vorzugsweise in der Einleitung eine Bezugnahme auf den anderen Anspruch oder die anderen Ansprüche zu enthalten und nachfolgend die zusätzlichen Merkmale anzugeben, die beansprucht werden. Jeder abhängige Anspruch, der auf mehr als einen anderen Anspruch

as a basis for any other multiple dependent claim.

(b) Any dependent claim shall be construed as including all the limitations contained in the claim to which it refers or, if the dependent claim is a multiple dependent claim, all the limitations contained in the particular claim in relation to which it is considered.

(c) All dependent claims referring back to a single previous claim, and all dependent claims referring back to several previous claims, shall be grouped together to the extent and in the most practical way possible.

6.5 Utility Models

Any designated State in which the grant of a utility model is sought on the basis of an international application may, instead of Rules 6.1 to 6.4, apply in respect of the matters regulated in those Rules the provisions of its national law concerning utility models once the processing of the international application has started in that State, provided that the applicant shall be allowed at least 2 months from the expiration of the time limit applicable under Article 22 to adapt his application to the requirements of the said provisions of the national law.

Rule 7

The Drawings

7.1 Flow Sheets and Diagrams

Flow sheets and diagrams are considered drawings.

7.2 Time Limit

The time limit referred to in Article 7 (2) (ii) shall be reasonable under the circumstances of the case and shall, in no case, be shorter than 2 months from the date of the written invitation requiring the filing of drawings or additional drawings under the said provision

Rule 8

The Abstract

8.1 Contents and Form of the Abstract

(a) The abstract shall consist of the following:

multiple») ne doit se référer à ces autres revendications que dans le cadre d'une alternative. Les revendications dépendantes multiples ne doivent servir de base à aucune autre revendication dépendante multiple.

b) Toute revendication dépendante doit être conçue de manière à inclure toutes les limitations contenues dans la revendication à laquelle elle se réfère ou, si elle est une revendication dépendante multiple, à inclure toutes les limitations figurant dans celle des revendications avec laquelle elle est prise en considération.

c) Toutes les revendications dépendantes se référant à une revendication antérieure unique et toutes les revendications dépendantes se référant à plusieurs revendications antérieures doivent être groupées autant que possible et de la manière la plus pratique possible.

6.5 Modèles d'utilité

Au lieu et place des règles 6.1 à 6.4, tout État désigné dans lequel un modèle d'utilité est demandé sur la base d'une demande internationale peut appliquer, après que le traitement de la demande internationale a commencé dans cet État, les dispositions en la matière de sa législation nationale; dans ce cas, le déposant dispose, pour adapter sa demande internationale aux exigences desdites dispositions de la législation nationale, d'un délai de deux mois au moins à compter de l'expiration du délai applicable selon l'article 22.

Règle 7

Dessins

7.1 Schémas d'étapes de processus et diagrammes

Les schémas d'étapes de processus et les diagrammes sont considérés comme des dessins.

7.2 Délai

Le délai mentionné à l'article 7.2) ii) doit être raisonnable, compte tenu du cas d'espèce, et ne doit en tout cas pas être inférieur à deux mois à compter de la date de l'invitation écrite à procéder au dépôt de dessins ou de dessins additionnels conformément à ladite disposition.

Règle 8

Abrégé

8.1 Contenu et forme de l'abrégé

a) L'abrégé doit comprendre:

verweist („mehrfach abhängiger Anspruch“), darf nur in Form einer Alternative auf andere Ansprüche verweisen. Mehrfach abhängige Ansprüche dürfen nicht als Grundlage für weitere mehrfach abhängige Ansprüche dienen.

b) Jeder abhängige Anspruch ist dahin auszulegen, daß er alle Beschränkungen des Anspruchs enthält, auf den er sich bezieht, oder im Falle mehrfacher Abhängigkeit alle Beschränkungen des Anspruchs, mit dem er im Einzelfall in Verbindung gebracht wird.

c) Alle abhängigen Ansprüche, die sich auf einen oder mehrere vorangehende Ansprüche rückbeziehen, sind soweit möglich und auf die zweckmäßigste Weise zu gruppieren.

6.5 Gebrauchsmuster

Jeder Bestimmungsstaat, in dem auf der Grundlage einer internationalen Anmeldung um die Erteilung eines Gebrauchsmusters nachgesucht wird, kann hinsichtlich der in den Regeln 6.1 bis 6.4 geregelten Gegenstände an Stelle dieser Regeln sein nationales Gebrauchsmusterrecht anwenden, sobald mit der Bearbeitung der internationalen Anmeldung in diesem Staat begonnen worden ist; dem Anmelder ist jedoch auf jeden Fall eine Frist von zwei Monaten nach Ablauf der nach Artikel 22 maßgeblichen Frist zu gewähren, damit er seine Anmeldung den genannten Bestimmungen des nationalen Rechts anpassen kann.

Regel 7

Die Zeichnungen

7.1 Flußdiagramme und Diagramme

Flußdiagramme und Diagramme gelten als Zeichnungen.

7.2 Frist

Die in Artikel 7 Absatz 2 Ziffer ii) genannte Frist muß unter Berücksichtigung der Umstände des Falles angemessen sein und darf in keinem Falle kürzer bemessen werden als zwei Monate seit dem Zeitpunkt, in dem die Nachreichung von Zeichnungen oder von zusätzlichen Zeichnungen nach der genannten Vorschrift schriftlich verlangt worden ist.

Regel 8

Die Zusammenfassung

8.1 Inhalt und Form der Zusammenfassung

a) Die Zusammenfassung hat zu bestehen:

(i) a summary of the disclosure as contained in the description, the claims, and any drawings; the summary shall indicate the technical field to which the invention pertains and shall be drafted in a way which allows the clear understanding of the technical problem, the gist of the solution of that problem through the invention, and the principal use or uses of the invention;

(ii) where applicable, the chemical formula which, among all the formulae contained in the international application, best characterizes the invention.

(b) The abstract shall be as concise as the disclosure permits (preferably 50 to 150 words if it is in English or when translated into English).

(c) The abstract shall not contain statements on the alleged merits or value of the claimed invention or on its speculative application.

(d) Each main technical feature mentioned in the abstract and illustrated by a drawing in the international application shall be followed by a reference sign, placed between parentheses.

8.2 Failure to Suggest a Figure to be Published with the Abstract

If the applicant fails to make the indication referred to in Rule 3.3 (a) (iii), or if the International Searching Authority finds that a figure or figures other than that figure or those figures suggested by the applicant would among all the figures of all the drawings, better characterize the invention, it shall indicate the figure or figures which it so considers. Publications by the International Bureau shall then use the figure or figures so indicated by the International Searching Authority. Otherwise, the figure or figures suggested by the applicant shall be used in the said publications.

8.3 Guiding Principles in Drafting

The abstract shall be so drafted that it can efficiently serve as a scanning tool for purposes of searching in the particular art, especially by assisting the scientist, engineer or researcher in formulating an opinion on whether there is a need for consulting the international application itself.

i) un résumé de ce qui est exposé dans la description, les revendications et tous dessins; le résumé doit indiquer le domaine technique auquel appartient l'invention et doit être rédigé de manière à permettre une claire compréhension du problème technique, de l'essence de la solution de ce problème par le moyen de l'invention et de l'usage principal ou des usages principaux de l'invention;

ii) le cas échéant, la formule chimique qui, parmi toutes les formules figurant dans la demande internationale, caractérise le mieux l'invention.

b) L'abrégé doit être aussi concis que l'exposé le permet (de préférence de cinquante à cent cinquante mots lorsqu'il est établi ou traduit en anglais).

c) L'abrégé ne doit pas contenir de déclarations relatives aux mérites ou à la valeur allégués de l'invention dont la protection est demandée ni à ses applications supputées.

d) Chacune des principales caractéristiques techniques mentionnées dans l'abrégé et illustrées par un dessin figurant dans la demande internationale doit être suivie d'un signe de référence figurant entre parenthèses.

8.2 Absence d'indication de la figure à publier avec l'abrégé

Si le déposant ne fournit pas l'indication mentionnée à la règle 3.3 a) iii) ou si l'administration chargée de la recherche internationale considère qu'une ou des figures autres que celles qui sont proposées par le déposant pourraient, parmi toutes les figures de tous les dessins, caractériser mieux l'invention, elle indique la ou les figures en question. Les publications effectuées par le Bureau international utiliseront la ou les figures ainsi indiquées par l'administration chargée de la recherche internationale. Sinon, la ou les figures proposées par le déposant seront utilisées pour ces publications.

8.3 Principes de rédaction

L'abrégé doit être rédigé de manière à pouvoir servir efficacement d'instrument de sélection aux fins de la recherche dans le domaine technique particulier, spécialement en aidant le scientifique, l'ingénieur ou le chercheur quant à la question de savoir s'il y a lieu de consulter la demande internationale elle-même.

i) aus einer Kurzfassung der in der Beschreibung, den Ansprüchen und Zeichnungen enthaltenen Offenbarung; die Kurzfassung soll das technische Gebiet der Erfindung angeben und so gefaßt sein, daß sie ein klares Verständnis des technischen Problems, des entscheidenden Punktes der Lösung durch die Erfindung und der hauptsächlichlichen Verwendungsmöglichkeiten ermöglicht;

ii) gegebenenfalls aus der chemischen Formel, die unter allen in der internationalen Anmeldung enthaltenen Formeln die Erfindung am besten kennzeichnet.

b) Die Zusammenfassung hat so kurz zu sein, wie es die Offenbarung erlaubt (vorzugsweise 50 bis 150 Wörter, wenn in englischer Sprache abgefaßt oder in die englische Sprache übersetzt).

c) Die Zusammenfassung darf keine Behauptungen über angebliche Vorzüge oder den Wert der beanspruchten Erfindung oder über deren theoretische Anwendungsmöglichkeiten enthalten.

d) Jedem in der Zusammenfassung erwähnten und in einer der Anmeldung beigefügten Zeichnung veranschaulichten technischen Merkmal hat in Klammern ein Bezugszeichen zu folgen.

8.2 Fehlen eines Vorschlags für die mit der Zusammenfassung zu veröffentlichende Abbildung

Macht der Anmelder die in Regel 3.3 Absatz a) Ziffer iii erwähnte Angabe nicht oder kommt die Internationale Recherchenbehörde zu dem Ergebnis, daß eine oder mehrere andere Abbildungen als die vom Anmelder vorgeschlagene von allen Abbildungen aller Zeichnungen die Erfindung besser kennzeichnen, so soll sie diese Abbildung oder Abbildungen angeben. In den Veröffentlichungen des Internationalen Büros werden dann die von der Recherchenbehörde angegebene Abbildung (oder angegebenen Abbildungen) verwendet. Sonst wird die vom Anmelder vorgeschlagene Abbildung (oder Abbildungen) in den genannten Veröffentlichungen verwendet.

8.3 Richtlinien für die Fassung

Die Zusammenfassung ist so zu formulieren, daß sie auf dem jeweiligen Fachgebiet als brauchbare Handhabe zur Nachsuche dienen kann, insbesondere dem Wissenschaftler, dem Ingenieur oder dem Forscher dabei hilft, sich eine Meinung darüber zu bilden, ob es notwendig ist, die internationale Anmeldung selbst einzusehen.

Rule 9

Expressions, Etc., Not To Be Used

9.1 Definition

The international application shall not contain:

- (i) expressions or drawings contrary to morality;
- (ii) expressions or drawings contrary to public order;
- (iii) statements disparaging the products or processes of any particular person other than the applicant, or the merits or validity of applications or patents of any such person (mere comparisons with the prior art shall not be considered disparaging per se);
- (iv) any statement or other matter obviously irrelevant or unnecessary under the circumstances.

9.2 Noting of Lack of Compliance

The receiving Office and the International Searching Authority may note lack of compliance with the prescriptions of Rule 9.1 and may suggest to the applicant that he voluntarily correct his international application accordingly. If the lack of compliance was noted by the receiving Office, that Office shall inform the competent International Searching Authority and the International Bureau; if the lack of compliance was noted by the International Searching Authority, that Authority shall inform the receiving Office and the International Bureau.

9.3 Reference to Article 21 (6)

"Disparaging statements", referred to in Article 21 (6), shall have the meaning as defined in Rule 9.1 (iii).

Règle 9

Expressions, etc., à ne pas utiliser

9.1 Définition

La demande internationale ne doit pas contenir:

- i) d'expressions ou de dessins contraires aux bonnes mœurs;
- ii) d'expressions ou de dessins contraires à l'ordre public;
- iii) de déclarations dénigrantes quant à des produits ou procédés d'un tiers ou quant aux mérites ou à la validité de demandes ou de brevets d'un tiers (de simples comparaisons avec l'état de la technique ne sont pas considérées comme dénigrantes en soi);
- iv) de déclarations ou d'autres éléments manifestement non pertinents ou superflus en l'espèce.

9.2 Observation quant aux irrégularités

L'office récepteur et l'administration chargée de la recherche internationale peuvent faire observer que la demande internationale ne répond pas aux prescriptions de la règle 9.1 et proposer au déposant de la corriger volontairement en conséquence. Si l'observation a été faite par l'office récepteur, ce dernier en informe l'administration compétente chargée de la recherche internationale et le Bureau international. Si l'observation a été faite par l'administration chargée de la recherche internationale, cette dernière en informe l'office récepteur et le Bureau international.

9.3 Référence à l'article 21.6)

Les «déclarations dénigrantes» mentionnées à l'article 21, 6) ont le sens précisé à la règle 9.1 iii).

Regel 9

Nicht zu verwendende Ausdrücke usw.

9.1 Begriffsbestimmung

Die internationale Anmeldung darf nicht enthalten:

- i) Ausdrücke oder Zeichnungen, die gegen die Moral verstoßen;
- ii) Ausdrücke oder Zeichnungen, die gegen die öffentliche Ordnung verstoßen;
- iii) herabsetzende Äußerungen über Erzeugnisse oder Verfahren Dritter oder den Wert oder die Gültigkeit von Anmeldungen oder Patenten Dritter (bloße Vergleiche mit dem Stand der Technik gelten als solche nicht als herabsetzend);
- iv) jede den Umständen nach offensichtlich belanglose Äußerung oder sonstige Angabe.

9.2 Feststellung der Zuwiderhandlung

Das Anmeldeamt und die Internationale Recherchenbehörde können eine Zuwiderhandlung gegen die Regel 9.1 feststellen und können dem Anmelder vorschlagen, seine internationale Anmeldung freiwillig entsprechend zu ändern. War die Zuwiderhandlung vom Anmeldeamt festgestellt worden, so unterrichtet dieses die zuständige Internationale Recherchenbehörde und das Internationale Büro; war sie von der Internationalen Recherchenbehörde festgestellt worden, so unterrichtet diese das Anmeldeamt und das Internationale Büro.

9.3 Bezugnahme auf Artikel 21 Absatz 6

Der Ausdruck „herabsetzende Äußerungen“ in Artikel 21 Absatz 6 hat die in Regel 9.1 Ziffer iii festgelegte Bedeutung.

Rule 10

Terminology and Signs

10.1 Terminology and Signs

(a) Units of weights and measures shall be expressed in terms of the metric system, or also expressed in such terms if first expressed in terms of a different system.

(b) Temperatures shall be expressed in degrees centigrade, or also expressed in degrees centigrade if first expressed in a different manner.

(c) Density shall be expressed in metric units.

(d) For indications of heat, energy, light, sound, and magnetism, as well as for mathematical formulae and electrical units, the rules of international practice shall be observed; for

Règle 10

Terminologie et signes

10.1 Terminologie et signes

a) Les unités de poids et de mesures doivent être exprimées selon le système métrique ou exprimées également selon ce système si elles sont d'abord exprimées selon un autre système.

b) Les températures doivent être exprimées en degrés centigrades ou exprimées également en degrés centigrades si elles sont d'abord exprimées selon un autre système.

c) La densité doit être exprimée en unités métriques.

d) Pour les indications de chaleur, d'énergie, le lumière, de son et de magnétisme, ainsi que pour les formules mathématiques et les unités électriques, les prescriptions de la prati-

Regel 10

Terminologie und Zeichen

10.1 Terminologie und Zeichen

a) Gewichts- und Maßeinheiten sind nach dem metrischen System anzugeben oder jedenfalls auch in diesem System, falls den Angaben ein anderes System zugrunde liegt.

b) Temperaturen sind in Grad Celsius anzugeben oder auch nach diesem System, falls den Angaben ein anderes System zugrunde liegt.

c) Die Dichte ist in metrischen Einheiten anzugeben.

d) Für Angaben über Wärme, Energie, Licht, Schall und Magnetismus sowie für mathematische Formeln und elektrische Einheiten sind die in der internationalen Praxis anerkannten

chemical formulae, the symbols, atomic weights, and molecular formulae, in general use, shall be employed.

(e) In general, only such technical terms, signs and symbols should be used as are generally accepted in the art.

(f) When the international application or its translation is in English or Japanese, the beginning of any decimal fraction shall be marked by a period, whereas, when the international application or its translation is in a language other than English or Japanese, it shall be marked by a comma.

10.2 Consistency

The terminology and the signs shall be consistent throughout the international application.

Rule 11

Physical Requirements of the International Application

11.1 Number of Copies

(a) Subject to the provisions of paragraph (b), the international application and each of the documents referred to in the check list [Rule 3.3 (a) (ii)] shall be filed in one copy.

(b) Any receiving Office may require that the international application and any of the documents referred to in the check list [Rule 3.3 (a) (ii)], except the receipt for the fees paid or the check for the payment of the fees, be filed in two or three copies. In that case, the receiving Office shall be responsible for verifying the identity of the second and the third copies with the record copy.

11.2 Fitness for Reproduction

(a) All elements of the international application (i. e., the request, the description, the claims, the drawings, and the abstract) shall be so presented as to admit of direct reproduction by photography, electrostatic processes, photo offset, and microfilming, in any number of copies.

(b) All sheets shall be free from creases and cracks; they shall not be folded.

(c) Only one side of each sheet shall be used.

(d) Subject to Rule 11.13 (j), each sheet shall be used in an upright position (i. e., the short sides at the top and bottom).

que internationale doivent être observées; pour les formules chimiques, il faut utiliser les symboles, poids atomiques et formules moléculaires généralement en usage.

(e) En règle générale, il convient de n'utiliser que des termes, signes et symboles techniques généralement acceptés dans la branche.

(f) Lorsque la demande internationale est établie ou traduite en anglais ou en japonais, les décimales doivent être indiquées par un point; lorsque la demande internationale est établie ou traduite dans une langue autre que l'anglais ou le japonais, les décimales doivent être indiquées par une virgule.

10.2 Constance

La terminologie et les signes de la demande internationale doivent être constants.

Règle 11

Conditions matérielles de la demande internationale

11.1 Nombre d'exemplaires

a) Sous réserve de l'alinéa b), la demande internationale et chacun des documents mentionnés dans le bordereau [règle 3.3 a) ii)] doivent être déposés en un seul exemplaire.

b) Tout office récepteur peut exiger que la demande internationale et chacun des documents mentionnés dans le bordereau [règle 3.3 a) ii)], à l'exclusion du reçu pour les taxes payées ou du chèque destiné au paiement des taxes, soient déposés en deux ou trois exemplaires. Dans ce cas, l'office récepteur a la responsabilité de vérifier que chaque copie est identique à l'exemplaire original.

11.2 Possibilité de reproduction

a) Tous les éléments de la demande internationale (à savoir: la requête, la description, les revendications, les dessins et l'abrégé) doivent être présentés de manière à pouvoir être reproduits directement par le moyen de la photographie, de procédés électrostatiques, de l'offset et du microfilm, en un nombre indéterminé d'exemplaires.

b) Aucune feuille ne doit être froissée ni déchirée; aucune feuille ne doit être pliée.

c) Un côté seulement de chaque feuille doit être utilisé.

d) Sous réserve de la règle 11.13 j), chaque feuille doit être utilisée dans le sens vertical (c'est-à-dire que ses petits côtés doivent être en haut et en bas).

Regeln zu beachten; für chemische Formeln sind die allgemein üblichen Symbole, Atomgewichte und Molekularformeln zu verwenden.

e) Allgemein sind nur solche technischen Bezeichnungen, Zeichen und Symbole zu verwenden, wie sie allgemein auf dem Fachgebiet anerkannt sind.

f) Ist die internationale Anmeldung oder ihre Übersetzung in englischer oder japanischer Sprache abgefaßt, so ist der Beginn von Dezimalstellen durch einen Punkt, ist die internationale Anmeldung oder ihre Übersetzung in einer anderen Sprache gehalten, durch ein Komma zu kennzeichnen.

10.2 Einheitlichkeit

Terminologie und Zeichen sind in der gesamten internationalen Anmeldung einheitlich zu verwenden.

Regel 11

Bestimmungen über die äußere Form der internationalen Anmeldung

11.1 Anzahl von Exemplaren

a) Vorbehaltlich des Absatzes b) sind die internationale Anmeldung und jede der in der Liste (Regel 3.3 Absatz a Ziffer ii) genannten Unterlagen in einem Exemplar einzureichen.

b) Jedes Anmeldeamt kann verlangen, daß die internationale Anmeldung und jede der in der Kontrollliste (Regel 3.3 Absatz a Ziffer ii) genannten Unterlagen mit Ausnahme der Gebührenquittung und des Schecks für die Gebührenzahlung in zwei oder drei Exemplaren eingereicht wird. In diesem Fall ist das Anmeldeamt für die Feststellung der Übereinstimmung des zweiten und dritten Exemplars mit dem Aktenexemplar verantwortlich.

11.2 Vervielfältigungsfähigkeit

a) Alle Teile der internationalen Anmeldung (d. h. der Antrag, die Beschreibung, die Ansprüche, die Zeichnungen und die Zusammenfassung) sind in einer Form einzureichen, die eine unmittelbare Vervielfältigung durch Fotografie, elektrostatisches Verfahren, Foto-Offsetdruck und Mikroverfilmung in einer unbeschränkten Anzahl von Exemplaren gestattet.

b) Die Blätter müssen glatt, knitterfrei und ungefaltet sein.

c) Die Blätter sind einseitig zu beschriften.

d) Vorbehaltlich der Regel 11.13 Absatz j ist jedes Blatt im Hochformat zu verwenden (d. h. die kurzen Seiten oben und unten).

11.3 Material to be Used

All elements of the international application shall be on paper which shall be flexible, strong, white, smooth, non-shiny, and durable.

11.4 Separate Sheets, Etc.

(a) Each element (request, description, claims, drawings, abstract) of the international application shall commence on a new sheet.

(b) All sheets of the international application shall be so connected that they can be easily turned when consulted, and easily separated and joined again if they have been separated for reproduction purposes.

11.5 Size of Sheets

The size of the sheets shall be A4 (29,7 cm × 21 cm). However, any receiving Office may accept international applications on sheets of other sizes provided that the record copy, as transmitted to the International Bureau, and, if the competent International Searching Authority so desires, the search copy, shall be of A4 size.

11.6 Margins

(a) The minimum margins of the sheets containing the request, the description, the claims, and the abstract, shall be as follows:

— top of first sheet, except that of the request: 8 cm

— top of other sheets: 2 cm

— left side: 2,5 cm

— right side: 2 cm

— bottom: 2 cm

(b) The recommended maximum, for the margins provided for in paragraph (a), is as follows:

— top of first sheet, except that of the request: 9 cm

— top of other sheets: 4 cm

— left side: 4 cm

— right side: 3 cm

— bottom: 3 cm

(c) On sheets containing drawings, the surface usable shall not exceed 26,2 cm × 17,0 cm. The sheets shall not contain frames around the usable or used surface. The minimum margins shall be as follows:

— top: 2,5 cm

— left side: 2,5 cm

11.3 Matière à utiliser

Tous les éléments de la demande internationale doivent figurer sur du papier flexible, fort, blanc, lisse, non brillant et durable.

11.4 Feuilles séparées, etc.

a) Chaque élément (requête, description, revendications, dessins, abrégé) de la demande internationale doit commencer sur une nouvelle feuille.

b) Toutes les feuilles de la demande internationale doivent être réunies de manière à pouvoir être facilement tournées lors de leur consultation et de manière à pouvoir facilement être séparées et réunies de nouveau lorsqu'il y a lieu de les séparer à des fins de reproduction.

11.5 Format des feuilles

Les feuilles doivent être de format A4 (29,7 cm. × 21 cm.). Cependant, tout office récepteur peut accepter des demandes internationales présentées sur des feuilles d'un autre format, à condition que l'exemplaire original, tel qu'il est transmis au Bureau international, ainsi que, si l'administration compétente chargée de la recherche internationale le désire, la copie de recherche, soient de format A4.

11.6 Marges

a) Les marges minimales des feuilles contenant la requête, la description, les revendications et l'abrégé doivent être les suivantes:

— marge du haut de la première feuille, sauf celle de la requête: 8 cm.

— marge du haut des autres feuilles: 2 cm.

— marge de gauche: 2,5 cm.

— marge de droite: 2 cm.

— marge du bas: 2 cm.

b) Le maximum recommandé, pour les marges visées à l'alinéa a), est le suivant:

— marge du haut de la première feuille, sauf celle de la requête: 9 cm.

— marge du haut des autres feuilles: 4 cm.

— marge de gauche: 4 cm.

— marge de droite: 3 cm.

— marge du bas: 3 cm.

c) Sur les feuilles contenant des dessins, la surface utilisable ne doit pas excéder 26,2 cm. × 17,0 cm. Ces feuilles ne doivent pas contenir de cadre entourant la surface utilisable ou utilisée. Les marges minimales doivent être les suivantes:

— marge du haut: 2,5 cm.

— marge de gauche: 2,5 cm.

11.3 Zu verwendendes Material

Alle Bestandteile der internationalen Anmeldung sind auf biegsamem, festem, weißem, glattem, mattem und widerstandsfähigem Papier einzureichen.

11.4 Einzelne Blätter

a) Jeder Teil der internationalen Anmeldung (Antrag, Beschreibung, Ansprüche, Zeichnungen, Zusammenfassung) hat auf einem neuen Blatt zu beginnen.

b) Alle Blätter der internationalen Anmeldung haben so miteinander verbunden zu sein, daß sie beim Einsehen leicht gewendet werden können und leicht zu entfernen und wieder einzuordnen sind, wenn sie zu Zwecken der Reproduktion entnommen werden sollen.

11.5 Blattformat

Als Blattgröße ist das Format A 4 (29,7 cm mal 21 cm) zu verwenden. Jedoch können die Anmeldeämter internationale Anmeldungen auf Blättern von anderem Format zulassen, vorausgesetzt, daß das Aktenexemplar, wie es dem Internationalen Büro übermittelt wird, und, falls es die zuständige Internationale Recherchenbehörde so wünscht, auch das Recherchenexemplar das Format A 4 aufweisen.

11.6 Ränder

a) Als Mindestränder sind auf den Blättern des Antrags, der Beschreibung, der Ansprüche und der Zusammenfassung folgende Flächen unbeschriftet zu lassen:

— Oberrand des ersten Blattes mit Ausnahme des Antragsblatts: 8 cm

— Oberrand der anderen Blätter: 2 cm

— Linker Seitenrand: 2,5 cm

— Rechter Seitenrand: 2 cm

— Unterer Rand: 2 cm

b) Die empfohlenen Höchstmaße für die Ränder gemäß Absatz a) sind folgende:

— Oberrand des ersten Blattes mit Ausnahme des Antragsblatts: 9 cm

— Oberrand der anderen Blätter: 4 cm

— Linker Seitenrand: 4 cm

— Rechter Seitenrand: 3 cm

— Unterer Rand: 3 cm

c) Auf Blättern, welche Zeichnungen enthalten, darf die benutzte Fläche 26,2 cm mal 17 cm nicht überschreiten. Die Blätter dürfen keine Umrahmungen um die benutzbare oder benutzte Fläche aufweisen. Die Mindestränder sind folgende:

— Oberrand: 2,5 cm

— Linker Seitenrand: 2,5 cm

— right side: 1.5 cm

— bottom: 1.0 cm

(d) The margins referred to in paragraphs (a) to (c) apply to A4-size sheets, so that, even if the receiving Office accepts other sizes, the A4-size record copy and, when so required, the A4-size search copy shall leave the aforesaid margins.

(e) The margins of the international application, when submitted, must be completely blank.

11.7 Numbering of Sheets

(a) All the sheets contained in the international application shall be numbered in consecutive arabic numerals.

(b) The numbers shall be placed at the top of the sheet, in the middle, but not in the margin.

11.8 Numbering of Lines

(a) It is strongly recommended to number every fifth line of each sheet of the description, and of each sheet of claims.

(b) The numbers should appear on the left side, to the right of the margin.

11.9 Writing of Text Matter

(a) The request, the description, the claims and the abstract shall be typed or printed.

(b) Only graphic symbols and characters, chemical or mathematical formulae, and certain characters in the Japanese language may, when necessary, be written by hand or drawn.

(c) The typing shall be 1½-spaced.

(d) All text matter shall be in characters, chemical or mathematical formulae, not less than 0.21 cm high, and shall be in a dark, indelible color, satisfying the requirements specified in Rule 11.2.

(e) As far as the spacing of the typing and the size of the characters are concerned, paragraphs (c) and (d) shall not apply to texts in the Japanese language.

11.10 Drawings, Formulae, and Tables, in Text Matter

(a) The request, the description, the claims and the abstract shall not contain drawings.

(b) The description, the claims and the abstract may contain chemical or mathematical formulae.

(c) The description and the abstract may contain tables; any claim may

— marge de droite: 1,5 cm.

— marge du bas: 1,0 cm.

d) Les marges visées aux alinéas a) à c) sont prévues pour des feuilles de format A4; il en résulte que, même si l'office récepteur accepte d'autres formats, l'exemplaire original de format A4 et, lorsqu'elle est exigée, la copie de recherche de format A4 doivent avoir les marges ci-dessus.

e) Les marges de la demande internationale, lors de son dépôt, doivent être totalement vierges.

11.7 Numérotation des feuilles

a) Toutes les feuilles contenues dans la demande internationale doivent être numérotées consécutivement, en chiffres arabes.

b) Les numéros doivent être inscrits au haut des feuilles au milieu, mais non dans la marge du haut.

11.8 Numérotation des lignes

a) Il est vivement recommandé de numérotter chaque feuille de la description et chaque feuille de revendications de cinq en cinq lignes.

b) Les numéros devraient apparaître sur le côté gauche, à droite de la marge.

11.9 Modes d'écriture des textes

a) La requête, la description, les revendications et l'abrégé doivent être dactylographiés ou imprimés.

b) Seuls, les symboles et caractères graphiques, les formules chimiques ou mathématiques et certains caractères en graphie japonaise peuvent, lorsque cela est nécessaire, être manuscrits ou dessinés.

c) Pour les documents dactylographiés, l'interligne doit être de 1½.

d) Tous les textes doivent être établis en caractères dont les majuscules ont au moins 0,21 cm. de haut et doivent être reproduits en une couleur noire et indélébile et être conformes aux conditions figurant à la règle 11.2.

e) Pour ce qui concerne l'interligne à utiliser en dactylographie et la taille des caractères, les alinéas c) et d) ne s'appliquent pas aux textes établis en langue japonaise.

11.10 Dessins, formules et tableaux dans les textes

a) La requête, la description, les revendications et l'abrégé ne doivent pas contenir de dessins.

b) La description, les revendications et l'abrégé peuvent contenir des formules chimiques ou mathématiques.

c) La description et l'abrégé peuvent contenir des tableaux; les reven-

— Rechter Seitenrand: 1,5 cm

— Unterer Rand: 1 cm

d) Die in den Absätzen a bis c genannten Ränder beziehen sich auf Blätter vom A 4-Format, so daß, selbst wenn das Anmeldeamt andere Formate zuläßt, auch dem das A 4-Format aufweisenden Aktenexemplar und, falls gefordert, dem das A 4-Format aufweisenden Recherchenexemplar noch die vorgeschriebenen Ränder verbleiben müssen.

e) Die Ränder haben bei der Einreichung der internationalen Anmeldung vollständig unbenutzt zu sein.

11.7 Numerierung der Blätter

a) Alle Blätter der internationalen Anmeldung sind fortlaufend nach arabischen Zahlen zu numerieren.

b) Die Blattzahlen sind oben, in der Mitte, aber nicht auf dem Oberrand der Blätter anzubringen.

11.8 Numerierung von Zeilen

a) Es wird dringend empfohlen, jede fünfte Zeile auf jedem Blatt der Beschreibung und auf jedem Blatt der Patentansprüche zu numerieren.

b) Die Zahlen sind an der linken Seite, rechts vom Rand anzubringen.

11.9 Schreibweise des Textes

a) Der Antrag, die Beschreibung, die Ansprüche und die Zusammenfassung müssen mit Maschine geschrieben oder gedruckt sein.

b) Nur graphische Symbole und Schriftzeichen, chemische oder mathematische Formeln und besondere Zeichen der japanischen Sprache können, falls notwendig, handgeschrieben oder gezeichnet sein.

c) Der Zeilenabstand hat 1½zeilig zu sein.

d) Alle Texte müssen in Buchstaben, deren Großbuchstaben eine Mindestgröße von 2,1 mm Höhe aufweisen, und mit dunkler unauslöschlicher Farbe entsprechend Regel 11.2 geschrieben sein.

e) Die Absätze c und d sind, soweit sie den Zeilenabstand und die Größe der Buchstaben betreffen, auf Schriftstücke in japanischer Sprache nicht anzuwenden.

11.10 Zeichnungen, Formeln und Tabellen innerhalb des Textes

a) Der Antrag, die Beschreibung, die Ansprüche und die Zusammenfassung dürfen keine Zeichnungen enthalten.

b) Die Beschreibung, die Ansprüche und die Zusammenfassung können chemische oder mathematische Formeln enthalten.

c) Die Beschreibung und die Zusammenfassung können Tabellen ent-

contain tables only if the subject matter of the claim makes the use of tables desirable.

11.11 Words in Drawings

(a) The drawings shall not contain text matter, except a single word or words, when absolutely indispensable, such as "water", "steam", "open", "closed", "section on AB", and, in the case of electric circuits and block schematic or flow sheet diagrams, a few short catch words indispensable for understanding.

(b) Any words used shall be so placed that, if translated, they may be pasted over without interfering with any lines of the drawings.

11.12 Alterations, Etc.

Each sheet shall be reasonably free from erasures and shall be free from alterations, overwritings, and interlineations. Non-compliance with this Rule may be authorized, in exceptional cases, if the authenticity of the content is not in question and the requirements for good reproduction are not in jeopardy.

11.13 Special Requirements for Drawings

(a) Drawings shall be executed in durable, black or blue, sufficiently dense and dark, uniformly thick and well-defined, lines and strokes without colorings.

(b) Cross-sections shall be indicated by oblique hatching which should not impede the clear reading of the reference signs and leading lines.

(c) The scale of the drawings and the distinctness of their graphical execution shall be such that a photographic reproduction with a linear reduction in size to two-thirds would enable all details to be distinguished without difficulty.

(d) When, in exceptional cases, the scale is given on a drawing, it shall be represented graphically.

(e) All numbers, letters and reference lines, appearing on the drawings, shall be simple and clear. Brackets, circles or inverted commas shall not be used in association with numbers and letters.

(f) All lines in the drawings shall, ordinarily, be drawn with the aid of drafting instruments.

dications ne peuvent contenir de tableaux que si leur objet en rend l'utilisation souhaitable.

11.11 Textes dans les dessins

a) Les dessins ne doivent pas contenir de textes, à l'exception d'un mot ou de mots isolés — lorsque cela est absolument nécessaire — tels que «eau», «vapeur», «ouvert», «fermé», «coupe suivant AB» et, pour les schémas de circuits électriques, les diagrammes d'installations schématiques et les diagrammes schématisant les étapes d'un processus, de quelques mots-clés indispensables à leur intelligence.

b) Chaque mot utilisé doit être placé de manière que, s'il est traduit, sa traduction puisse être collée sur lui sans cacher une seule ligne des dessins.

11.12 Corrections, etc.

Aucune feuille ne doit être gommée plus qu'il n'est raisonnable ni contenir de corrections, de surcharges ni d'interlinéations. Des dérogations à cette règle peuvent être autorisées, dans des cas exceptionnels, si l'authenticité du contenu n'est pas en cause et si elles ne nuisent pas aux conditions nécessaires à une bonne reproduction.

11.13 Conditions spéciales pour les dessins

a) Les dessins doivent être exécutés en lignes et traits durables, noirs ou bleus, suffisamment denses et foncés, uniformément épais et bien délimités, sans couleurs ni lavis.

b) Les coupes doivent être indiquées par des hachures obliques qui ne doivent pas empêcher de lire facilement les signes de référence et les lignes directrices.

c) L'échelle des dessins et la clarté de leur exécution graphique doivent être telles qu'une reproduction photographique effectuée avec réduction linéaire aux deux tiers permette d'en distinguer sans peine tous les détails.

d) Lorsque, dans des cas exceptionnels, l'échelle figure sur un dessin, elle doit être représentée graphiquement.

e) Tous les chiffres, lettres et lignes de références figurant dans les dessins doivent être simples et clairs. On ne doit utiliser, en association avec des chiffres ou des lettres, ni parenthèses, ni cercles, ni guillemets.

f) Toutes les lignes des dessins doivent normalement être tracées à l'aide d'instruments de dessin technique.

halten; ein Anspruch darf Tabellen nur enthalten, wenn der Gegenstand des Anspruchs die Verwendung von Tabellen wünschenswert erscheinen läßt.

11.11 Erläuterungen in Zeichnungen

a) Erläuterungen dürfen in die Zeichnungen nicht aufgenommen werden; ausgenommen sind kurze unentbehrliche Angaben — z. B. „Wasser“, „Dampf“, „offen“, „geschlossen“, „Schnitt nach A-B“ — sowie in elektrischen Schaltplänen und Blockschaltbildern oder Flußdiagrammen kurze Stichworte, die für das Verständnis unentbehrlich sind.

b) Verwendete Erläuterungen sind so anzubringen, daß sie, wenn sie übersetzt werden, ohne die Linien der Zeichnungen zu beeinflussen, überklebt werden können.

11.12 Änderungen und ähnliches

Jedes Blatt muß weitgehend frei von Radierstellen und frei von Änderungen, Überschreibungen und Zwischenbeschriftungen sein. Nichtbefolgung dieser Regel kann in Ausnahmen erlaubt werden, wenn der verbindliche Text dadurch nicht in Frage gestellt wird und die Voraussetzungen für eine gute Reproduktion nicht gefährdet sind.

11.13 Besondere Bestimmungen für Zeichnungen

a) Zeichnungen sind in widerstandsfähigen schwarzen oder blauen, ausreichend festen und dunklen, in sich gleichmäßig starken und klaren Linien oder Strichen ohne Farben auszuführen.

b) Querschnitte sind durch Schraffierungen kenntlich zu machen, die die Erkennbarkeit der Bezugszeichen und Führungslinien nicht beeinträchtigen dürfen.

c) Der Maßstab der Zeichnungen und die Klarheit der zeichnerischen Ausführung müssen gewährleisten, daß eine fotografische Wiedergabe auch bei Verkleinerungen auf $\frac{2}{3}$ alle Einzelheiten noch ohne Schwierigkeiten erkennen läßt.

d) Wenn in Ausnahmefällen der Maßstab in einer Zeichnung angegeben wird, so ist er zeichnerisch darzustellen.

e) Alle Zahlen, Buchstaben und Bezugslinien, welche in der Zeichnung vorhanden sind, müssen einfach und eindeutig sein. Klammern, Kreise oder Anführungszeichen dürfen bei Zahlen und Buchstaben nicht verwendet werden.

f) Alle Linien in den Zeichnungen sollen im allgemeinen mit Zeichengeräten gezogen werden.

(g) Each element of each figure shall be in proper proportion to each of the other elements in the figure, except where the use of a different proportion is indispensable for the clarity of the figure.

(h) The height of the numbers and letters shall not be less than 0.32 cm. For the lettering of drawings, the Latin and, where customary, the Greek alphabets shall be used.

(i) The same sheet of drawings may contain several figures. Where figures on two or more sheets form in effect a single complete figure, the figures on the several sheets shall be so arranged that the complete figure can be assembled without concealing any part of any of the figures appearing on the various sheets.

(j) The different figures shall be arranged on a sheet or sheets without wasting space, preferably in an upright position, clearly separated from one another.

(k) The different figures shall be numbered in arabic numerals consecutively and independently of the numbering of the sheets.

(l) Reference signs not mentioned in the description shall not appear in the drawings, and vice versa.

(m) The same features, when denoted by reference signs, shall, throughout the international application, be denoted by the same signs.

(n) If the drawings contain a large number of reference signs, it is strongly recommended to attach a separate sheet listing all reference signs and the features denoted by them.

11.14 Later Documents

Rules 10, and 11.1 to 11.13, also apply to any document—for example, corrected pages, amended claims—submitted after the filing of the international application.

11.15 Translations

No designated Office shall require that the translation of an international application filed with it comply with requirements other than those prescribed for the international application as filed.

Rule 12

Language of the International Application

12.1 The International Application

Any international application shall be filed in the language, or one of the languages, specified in the agreement concluded between the International

g) Chaque élément de chaque figure doit être en proportion de chacun des autres éléments de la figure, sauf lorsque l'utilisation d'une proportion différente est indispensable pour la clarté de la figure.

h) La hauteur des chiffres et lettres ne doit pas être inférieure à 0,32 cm. L'alphabet latin doit être utilisé pour les dessins; lorsque cela est usuel, l'alphabet grec peut être également utilisé.

i) Une même feuille de dessins peut contenir plusieurs figures. Lorsque des figures apparaissant sur deux feuilles ou plus constituent une seule figure complète, elles doivent être présentées de telle sorte que l'on puisse assembler la figure complète sans cacher aucune partie d'aucune desdites figures.

j) Les différentes figures doivent être disposées sur une ou plusieurs feuilles, de préférence verticalement, chacune étant clairement séparée des autres mais sans place perdue.

k) Indépendamment de la numérotation des feuilles, les différentes figures doivent être numérotées consécutivement, en chiffres arabes.

l) Des signes de référence non mentionnés dans la description ne doivent pas apparaître dans les dessins, et vice versa.

m) Les signes de référence des mêmes éléments doivent être identiques dans toute la demande internationale.

n) Si les dessins contiennent un grand nombre de signes de référence, il est vivement recommandé de joindre à la demande internationale une feuille distincte qui énumère tous les signes de référence et tous les éléments qui les portent.

11.14 Documents ultérieurs

Les règles 10 et 11.1 à 11.13 s'appliquent également à tous documents — par exemple: pages corrigées, revendications modifiées — présentés après le dépôt de la demande internationale.

11.15 Traductions

Aucun office désigné ne peut exiger que la traduction d'une demande internationale déposée auprès de lui remplisse des conditions autres que celles qui sont prescrites pour la demande internationale telle que déposée.

Règle 12

Langue de la demande internationale

12.1 Demande internationale

Toute demande internationale doit être déposée dans la langue ou dans l'une des langues mentionnées dans l'accord conclu entre le Bureau inter-

g) Jeder Teil der Abbildung hat im richtigen Verhältnis zu jedem anderen Teil der Abbildung zu stehen, sofern nicht die Verwendung eines anderen Verhältnisses für die Übersichtlichkeit der Abbildung unerlässlich ist.

h) Die Größe der Ziffern und Buchstaben darf 3,2 mm nicht unterschreiten. Für die Beschriftung der Zeichnungen ist lateinische Schrift zu verwenden und, wo üblich, die griechische Schrift.

i) Ein Zeichnungsblatt kann mehrere Abbildungen enthalten. Bilden Abbildungen auf zwei oder mehr Blättern eine einzige vollständige Abbildung, so sind die Abbildungen auf den mehreren Blättern so anzubringen, daß die vollständige Abbildung zusammengesetzt werden kann, ohne daß ein Teil einer Abbildung auf den einzelnen Blättern verdeckt wird.

j) Die einzelnen Abbildungen sind auf einem Blatt oder mehreren Blättern ohne Platzverschwendung anzuordnen, vorzugsweise in Hochformat und eindeutig voneinander getrennt.

k) Die einzelnen Abbildungen sind durch arabische Zahlen fortlaufend und unabhängig von den Zeichnungsblättern zu numerieren.

l) Nicht in der Beschreibung genannte Bezugszeichen dürfen in den Zeichnungen nicht erscheinen und umgekehrt.

m) Gleiche mit Bezugszeichen gekennzeichnete Teile müssen in der gesamten internationalen Anmeldung die gleichen Zeichen erhalten.

n) Enthalten die Zeichnungen eine große Zahl von Bezugszeichen, so wird dringend empfohlen, ein gesondertes Blatt mit einer Zusammenstellung aller Bezugszeichen und der durch sie gekennzeichneten Teile beizufügen.

11.14 Nachgereichte Unterlagen

Die Regeln 10 und 11.1 bis 11.13 sind auf alle zu der internationalen Anmeldung nachgereichten Unterlagen — z.B. korrigierte Seiten, geänderte Ansprüche — anzuwenden.

11.15 Übersetzungen

Kein Bestimmungsamt darf verlangen, daß die mit einer internationalen Anmeldung eingereichte Übersetzung anderen als den für die internationale Anmeldung im Zeitpunkt der Anmeldung geltenden Regeln entsprechen muß.

Regel 12

Sprache der internationalen Anmeldung

12.1 Internationale Anmeldung

Jede internationale Anmeldung ist in der Sprache oder einer der Sprachen einzureichen, die in der Vereinbarung zwischen dem Internationalen

Bureau and the International Searching Authority competent for the international searching of that application, provided that, if the agreement specifies several languages, the receiving Office may prescribe among the specified languages that language in which or those languages in one of which the international application must be filed.

12.2 Changes in the International Application

Any changes in the international application, such as amendments and corrections, shall be in the same language as the said application (cf. Rule 66.5).

Rule 13

Unity of Invention

13.1 Requirement

The international application shall relate to one invention only or to a group of inventions so linked as to form a single general inventive concept ("requirement of unity of invention").

13.2 Claims of Different Categories

Rule 13.1 shall be construed as permitting, in particular, either of the following two possibilities:

- (i) in addition to an independent claim for a given product, the inclusion in the same international application of one independent claim for one process specially adapted for the manufacture of the said product, and the inclusion in the same international application of one independent claim for one use of the said product, or
- (ii) in addition to an independent claim for a given process, the inclusion in the same international application of one independent claim for one apparatus or means specifically designed for carrying out the said process.

13.3 Claims of One and the Same Category

Subject to Rule 13.1, it shall be permitted to include in the same international application two or more independent claims of the same category (i. e., product, process, apparatus, or use) which cannot readily be covered by a single generic claim.

13.4 Dependent Claims

Subject to Rule 13.1, it shall be permitted to include in the same interna-

national et l'administration chargée de la recherche internationale qui est compétente à l'égard de cette demande, étant entendu que si cet accord mentionne plusieurs langues, l'office récepteur peut prescrire celle des langues ainsi mentionnées dans laquelle ou celles de ces langues dans l'une desquelles la demande internationale doit être déposée.

12.2 Changements apportés à la demande internationale

Tous les changements apportés à la demande internationale, tels que modifications et corrections, doivent être établis dans la langue de cette demande (cf. règle 66.5).

Règle 13

Unité de l'invention

13.1 Exigence

La demande internationale ne peut porter que sur une invention ou sur une pluralité d'inventions liées entre elles de telle sorte qu'elles ne forment qu'un seul concept inventif général («exigence d'unité de l'invention»).

13.2 Revendications de catégories différentes

La règle 13.1 doit être comprise comme permettant en particulier l'une ou l'autre des deux possibilités suivantes:

- i) outre une revendication indépendante pour un produit donné, l'inclusion dans la même demande internationale d'une revendication indépendante pour un procédé spécialement conçu pour la fabrication dudit produit et l'inclusion dans la même demande internationale d'une revendication indépendante pour une utilisation dudit produit; ou
- ii) outre une revendication indépendante pour un procédé donné, l'inclusion dans la même demande internationale d'une revendication indépendante pour un appareil ou moyen spécialement conçu pour la mise en œuvre dudit procédé.

13.3 Revendications d'une seule et même catégorie

Sous réserve de la règle 13.1, il est permis d'inclure dans la même demande internationale deux revendications indépendantes de la même catégorie ou plus (à savoir: produit, procédé, appareil ou utilisation) qui ne peuvent pas facilement être couvertes par une seule revendication générique.

13.4 Revendications dépendantes

Sous réserve de la règle 13.1, il est permis d'inclure dans la même deman-

Büro und derjenigen Internationalen Recherchenbehörde festgelegt ist, die zuständig ist, die Recherche zu dieser Anmeldung zu erstellen; legt die Vereinbarung mehrere Sprachen fest, so kann das Anmeldeamt unter den festgelegten Sprachen die Sprache bestimmen, in der die internationale Anmeldung einzureichen ist, oder für die Anmeldung mehrere dieser Sprachen zur Auswahl stellen.

12.2 Änderungen in der internationalen Anmeldung

Änderungen in der internationalen Anmeldung wie Ergänzungen oder Berichtigungen sind in der gleichen Sprache, in der die betreffende Anmeldung abgefaßt ist, einzureichen (vgl. Regel 66.5).

Regel 13

Einheitlichkeit der Erfindung

13.1 Erfordernis

Die internationale Anmeldung darf sich nur auf eine Erfindung oder eine Gruppe von Erfindungen beziehen, die so zusammenhängen, daß sie eine einzige allgemeine erfinderische Idee verwirklichen („Erfordernis der Einheitlichkeit der Erfindung“).

13.2 Ansprüche verschiedener Kategorien

Regel 13.1 ist so auszulegen, daß sie insbesondere jede der beiden folgenden Möglichkeiten zuläßt:

- i) mit einem selbständigen Anspruch für ein bestimmtes Erzeugnis im Rahmen derselben internationalen Anmeldung einen selbständigen Anspruch für ein besonders angepaßtes Verfahren zur Herstellung dieses Erzeugnisses und einen selbständigen Anspruch für eine Verwendung des Erzeugnisses zu verbinden, oder
- ii) mit einem selbständigen Anspruch für ein bestimmtes Verfahren innerhalb derselben Anmeldung einen selbständigen Anspruch für eine Vorrichtung oder ein Mittel, die zur Ausführung des Verfahrens besonders entwickelt wurden, zu verbinden.

13.3 Ansprüche der gleichen Kategorie

Vorbehaltlich der Regel 13.1 ist es zulässig, in derselben internationalen Anmeldung zwei oder mehr selbständige Ansprüche der gleichen Kategorie (d. h. Erzeugnis, Verfahren, Vorrichtung oder Verwendung) aufzunehmen, die nicht ohne weiteres in einem einzigen gattungsbildenden Anspruch wiedergegeben werden können.

13.4 Unselbständige Ansprüche

Vorbehaltlich der Regel 13.1 ist es zulässig, in einer internationalen An-

tional application a reasonable number of dependent claims, claiming specific forms of the invention claimed in an independent claim, even where the features of any dependent claim could be considered as constituting in themselves an invention.

13.5 Utility Models

Any designated State in which the grant of a utility model is sought on the basis of an international application may, instead of Rules 13.1 to 13.4, apply in respect of the matters regulated in those Rules the provisions of its national law concerning utility models once the processing of the international application has started in that State, provided that the applicant shall be allowed at least 2 months from the expiration of the time limit applicable under Article 22 to adapt his application to the requirements of the said provisions of the national law.

Rule 14

The Transmittal Fee

14.1 The Transmittal Fee

(a) Any receiving Office may require that the applicant pay a fee to it, for its own benefit, for receiving the international application, transmitting copies to the International Bureau and the competent International Searching Authority, and performing all the other tasks which it must perform in connection with the international application in its capacity of receiving Office ("transmittal fee").

(b) The amount and the due date of the transmittal fee, if any, shall be fixed by the receiving Office.

Rule 15

The International Fee

15.1 Basic Fee and Designation Fee

Each international application shall be subject to the payment of a fee for the benefit of the International Bureau ("international fee") consisting of

- (i) a "basic fee", and
- (ii) as many "designation fees" as there are States designated in the international application, provided that, where a regional patent is sought for certain designated States, only one designation fee shall be due for those States.

de internationale un nombre raisonnable de revendications dépendantes, concernant des formes spécifiques de l'invention objet d'une revendication indépendante, même lorsque les caractéristiques d'une ou de plusieurs revendications dépendantes peuvent être considérées comme constituant en elles-mêmes une invention.

13.5 Modèles d'utilité

Au lieu et place des règles 13.1 à 13.4, tout État désigné dans lequel un modèle d'utilité est demandé sur la base d'une demande internationale peut appliquer, après que le traitement de la demande internationale a commencé dans cet État, les dispositions en la matière de sa législation nationale; dans ce cas, le déposant dispose, pour adapter sa demande internationale aux exigences desdites dispositions de la législation nationale, d'un délai de deux mois au moins à compter de l'expiration du délai applicable selon l'article 22.

Règle 14

Taxe de transmission

14.1 Taxe de transmission

a) Tout office récepteur peut exiger du déposant le paiement, à son profit, d'une taxe pour la réception de la demande internationale, la transmission de copies au Bureau international et à l'administration compétente chargée de la recherche internationale, et l'accomplissement de toutes les autres tâches dont est chargé cet office en relation avec la demande internationale en sa qualité d'office récepteur («taxe de transmission»).

b) Le montant de la taxe de transmission, s'il y en a une, et la date à laquelle elle est due sont fixés par l'office récepteur.

Règle 15

Taxe internationale

15.1 Taxe de base et taxes de désignation

Toute demande internationale est soumise au paiement d'une taxe au profit du Bureau international («taxe internationale») comprenant:

- i) une «taxe de base» et
- ii) autant de «taxes de désignation» que la demande internationale comporte d'États désignés; toutefois, lorsqu'un brevet régional est demandé pour certains États désignés, une seule taxe de désignation est due pour l'ensemble de ces États.

meldung eine angemessene Zahl un-selbständiger Ansprüche, mit denen bestimmte Ausführungsformen der in einem selbständigen Anspruch geltend gemachten Erfindung beansprucht werden, aufzunehmen, auch dann, wenn die Merkmale des abhängigen Anspruchs für sich genommen als selbständige Erfindung angesehen werden könnten.

13.5 Gebrauchsmuster

Jeder Bestimmungsstaat, in dem auf der Grundlage einer internationalen Anmeldung um die Erteilung eines Gebrauchsmusters nachgesucht wird, kann hinsichtlich der in den Regeln 13.1 bis 13.4 geregelten Gegenstände an Stelle dieser Regeln sein nationales Gebrauchsmusterrecht anwenden, sobald mit der Bearbeitung der internationalen Anmeldung in diesem Staat begonnen worden ist; dem Anmelder ist jedoch auf jeden Fall eine Frist von zwei Monaten nach Ablauf der nach Artikel 22 maßgeblichen Frist zu gewähren, damit er seine Anmeldung den Bestimmungen des genannten nationalen Rechts anpassen kann.

Regel 14

Die Übermittlungsgebühr

14.1 Übermittlungsgebühr

a) Das Anmeldeamt kann verlangen, daß der Anmelder ihm eine diesem Amt verbleibende Gebühr für die Entgegennahme der internationalen Anmeldung, die Zuleitung von Exemplaren der Anmeldung an das Internationale Büro und an die zuständige Internationale Recherchenbehörde und für die Durchführung aller weiteren Aufgaben, die das Anmeldeamt im Zusammenhang mit der internationalen Anmeldung durchzuführen hat, entrichtet (Übermittlungsgebühr).

b) Höhe und Fälligkeitsdatum der Übermittlungsgebühr, sofern eine solche erhoben wird, werden durch das Anmeldeamt festgesetzt.

Regel 15

Die internationale Gebühr

15.1 Grundgebühr und Bestimmungsgebühren

Für jede internationale Anmeldung ist eine Gebühr zugunsten des Internationalen Büros zu zahlen („internationale Gebühr“), bestehend aus

- i) einer „Grundgebühr“ und
- ii) so vielen „Bestimmungsgebühren“, als Staaten in der internationalen Anmeldung bestimmt werden; wird für einzelne Bestimmungsstaaten um ein regionales Patent nachgesucht, so ist für diese Staaten nur eine Bestimmungsgebühr zu zahlen.

15.2 Amounts

(a) The amount of the basic fee shall be:

- (i) if the international application contains not more than 30 sheets: US \$45.00 or 194 Swiss francs,
- (ii) if the international application contains more than 30 sheets: US \$45.00 or 194 Swiss francs plus US \$1.00 or 4.30 Swiss francs per sheet in excess of 30 sheets.

(b) The amount of the designation fee shall be:

- (i) for each designated State or each group of designated States for which the same regional patent is sought which does not require the furnishing of a copy under Article 13: US \$12.00 or 52 Swiss francs,
- (ii) for each designated State or each group of designated States for which the same regional patent is sought which requires the furnishing of a copy under Article 13: US \$14.00 or 60 Swiss francs.

15.3 Mode of Payment

(a) The international fee shall be collected by the receiving Office.

(b) The international fee shall be payable in the currency prescribed by the receiving Office, it being understood that, when transferred by the receiving Office to the International Bureau, it shall be freely convertible into Swiss currency.

15.4 Time of Payment

(a) The basic fee shall be due on the date of receipt of the international application. However, any receiving Office may, at its discretion, notify the applicant of any lack of receipt or insufficiency of any amount received, and permit applicants to pay the basic fee later, without loss of the international filing date, provided that:

- (i) permission shall not be given to pay later than 1 month after the date of receipt of the international application;
 - (ii) permission may not be subject to any extra charge.
- (b) The designation fee may be paid on the date of receipt of the international application or on any later date but, at the latest, it must be paid before the expiration of one year from the priority date.

15.2 Montants

a) Le montant de la taxe de base est de:

- i) si la demande internationale ne comporte pas plus de trente feuilles: 45 dollars des États-Unis ou 194 francs suisses;
- ii) si la demande internationale comporte plus de trente feuilles: 45 dollars des États-Unis ou 194 francs suisses plus un dollar des États-Unis ou 4,30 francs suisses par feuille à compter de la trente et unième.

b) Le montant de la taxe de désignation est de:

- i) pour chaque État désigné ou chaque groupe d'États désignés pour lesquels le même brevet régional est demandé, qui ne demande pas la transmission d'une copie selon l'article 13: 12 dollars des États-Unis ou 52 francs suisses;
- ii) pour chaque État désigné ou chaque groupe d'États désignés pour lesquels le même brevet régional est demandé, qui demande la transmission d'une copie selon l'article 13: 14 dollars des États-Unis ou 60 francs suisses.

15.3 Mode de paiement

a) La taxe internationale est perçue par l'office récepteur.

b) La taxe internationale doit être payée dans la monnaie prescrite par l'office récepteur, étant entendu que, lors de son transfert par cet office au Bureau international, elle doit être librement convertible en monnaie suisse.

15.4 Date du paiement

a) La taxe de base est due à la date de réception de la demande internationale. Toutefois, tout office récepteur peut, à sa discrétion, notifier au déposant qu'il n'a pas reçu cette taxe ou que le montant reçu est insuffisant, et l'autoriser à la payer plus tard, sans perte de la date du dépôt international, à condition que:

- i) l'autorisation ne soit pas donnée d'effectuer un paiement après l'expiration d'un mois à compter de la date de réception de la demande internationale;
 - ii) l'autorisation ne soit pas assujettie à une surtaxe.
- b) La taxe de désignation peut être payée à la date de réception de la demande internationale ou à toute autre date ultérieure, mais elle doit être payée au plus tard avant l'expiration d'une année à compter de la date de priorité.

15.2 Beträge

a) Die Grundgebühr beträgt:

- i) falls die Anmeldung nicht mehr als 30 Blatt enthält: 45 US-Dollar oder 194 Schweizer Franken,
- ii) falls die Anmeldung mehr als 30 Blatt enthält: 45 US-Dollar oder 194 Schweizer Franken sowie 1 US-Dollar oder 4,30 Schweizer Franken für jedes 30 Blätter übersteigende Blatt.

b) Die Bestimmungsgebühr beträgt:

- i) für jeden Bestimmungsstaat oder jede Gruppe von Bestimmungsstaaten, für die um das gleiche regionale Patent nachgesucht wird, sofern diese eine Ausfertigung nach Artikel 13 nicht verlangen: 12 US-Dollar oder 52 Schweizer Franken,
- ii) für jeden Bestimmungsstaat oder jede Gruppe von Bestimmungsstaaten, für die um das gleiche regionale Patent nachgesucht wird, sofern diese eine Ausfertigung nach Artikel 13 verlangen: 14 US-Dollar oder 60 Schweizer Franken.

15.3 Zahlungsart

a) Die internationale Gebühr wird durch das Anmeldeamt erhoben.

b) Die internationale Gebühr ist in der vom Anmeldeamt vorgeschriebenen Währung zu zahlen; der Betrag muß bei Überweisung durch das Anmeldeamt an das Internationale Büro frei in Schweizer Währung umwechselbar sein.

15.4 Fälligkeit

a) Die Grundgebühr wird mit dem Eingang der internationalen Anmeldung fällig. Das Anmeldeamt kann jedoch nach seinem Ermessen den Anmelder davon unterrichten, daß keine Zahlung oder eine Zahlung in nicht genügender Höhe eingegangen ist, und dem Anmelder gestatten, die Grundgebühr, ohne das internationale Anmeldedatum zu verlieren, später zu zahlen, vorausgesetzt, daß:

- i) kein späterer Zahlungstermin als ein Monat nach Eingang der internationalen Anmeldung eingeräumt wird;
 - ii) die Vergünstigung nicht von einer zusätzlichen Gebühr abhängig gemacht wird.
- b) Die Bestimmungsgebühr kann bei Eingang der internationalen Anmeldung oder später gezahlt werden; sie muß vor Ablauf eines Jahres seit dem Prioritätsdatum gezahlt werden.

15.5 Partial Payment

(a) If the applicant specifies the States to which he wishes any amount paid to be applied as designation fee, the amount shall be applied accordingly to the number of States which are covered by the amount in the order specified by the applicant.

(b) If the applicant does not specify any such wish and if the amount or amounts received by the receiving Office are higher than the basic fee and one designation fee but lower than what is due according to the number of the designated States, any amount in excess of the basic fee and one designation fee shall be treated as designation fees for the States following the State first named in the request and in the order in which the States are designated in the request up to and including that designated State for which the total amount of the designation fee is covered by the amount or amounts received.

(c) The designation fee for the first mentioned State belonging to a group of States for which the same regional patent is sought and which is specified under paragraph (a) or which is reached under paragraph (b) shall, for the purposes of the said paragraphs, be considered as covering also the other States of the said group.

15.6 Refund

(a) The international fee shall be refunded to the applicant if the determination under Article 11 (1) is negative.

(b) In no other case shall the international fee be refunded.

Rule 16

The Search Fee

16.1 Right to Ask for a Fee

(a) Each International Searching Authority may require that the applicant pay a fee ("search fee") for its own benefit for carrying out the international search and for performing all other tasks entrusted to International Searching Authorities by the Treaty and these Regulations.

(b) The search fee shall be collected by the receiving Office. It shall be payable in the currency prescribed by that Office, it being understood that, if that currency is not the same as the currency of the State in which the International Searching Authority is located, the search fee, when

15.5 Paiement partiel

a) Si le déposant précise ceux des États pour lesquels il désire que toute somme versée par lui soit considérée comme taxe de désignation, cette somme est ventilée en conséquence, dans l'ordre indiqué par le déposant, entre ceux des États dont la taxe de désignation est couverte par le montant versé.

b) Si le déposant ne fournit pas une telle précision et si la somme reçue par l'office récepteur est supérieure à la taxe de base et à une taxe de désignation, mais inférieure au montant qui serait dû suivant le nombre des États désignés, le montant excédant le total de la taxe de base et d'une taxe de désignation est considéré comme taxe de désignation pour les États suivant l'État nommé en premier lieu dans la requête et dans l'ordre de désignation de ces États dans la requête, jusques et y compris celui des États désignés pour lequel le montant intégral de la taxe de désignation est encore couvert par la somme versée.

c) Tous les États d'un groupe d'États désignés pour lesquels le même brevet régional est demandé sont considérés comme couverts par la taxe de désignation afférente à celui de ces États qui est mentionné en premier lieu, si cet État est précisé au sens de l'alinéa a) ou si le montant de la taxe est couvert pour cet État au sens de l'alinéa b).

15.6 Remboursement

a) La taxe internationale est remboursée au déposant si la constatation mentionnée à l'article 11. 1) est négative.

b) La taxe internationale n'est remboursée en aucun autre cas.

Règle 16

Taxe de recherche

16.1 Droit de demander une taxe

a) Toute administration chargée de la recherche internationale peut exiger du déposant le paiement, à son profit, d'une taxe pour l'exécution de la recherche internationale et pour l'accomplissement de toutes les autres tâches confiées aux administrations chargées de la recherche internationale par le traité et par le présent règlement d'exécution («taxe de recherche»).

b) La taxe de recherche est perçue par l'office récepteur. Elle doit être payée dans la monnaie prescrite par cet office; toutefois, si cette monnaie n'est pas celle de l'État où l'administration chargée de la recherche internationale a son siège, la taxe de recherche doit, lors de son transfert par

15.5 Teilweise Zahlung

a) Nennt der Anmelder die Staaten, auf die sich nach seinem Wunsch ein gezahlter Betrag als Bestimmungsgebühr beziehen soll, so wird der Betrag auf die genannten Staaten in der vom Anmelder gegebenen Reihenfolge verrechnet.

b) Äußert der Anmelder keinen solchen Wunsch und ist der beim Anmeldeamt eingegangene Betrag insgesamt höher als die Grundgebühr zuzüglich einer Bestimmungsgebühr, jedoch niedriger als der nach der Zahl der Bestimmungsstaaten geschuldete Betrag, so gilt jeder die Grundgebühr und eine Bestimmungsgebühr übersteigende Betrag als Bestimmungsgebühr für die dem im Antrag zuerst genannten Staat folgenden Staaten in der Reihenfolge, in der diese im Antrag bestimmt sind, bis zu dem Staat einschließlich, für den die gesamte Bestimmungsgebühr durch den insgesamt gezahlten Betrag gedeckt ist.

c) Alle Staaten einer Staatengruppe, für die um ein regionales Patent nachgesucht wird, gelten als durch die Bestimmungsgebühr für den ersterwähnten Staat dieser Gruppe gedeckt, der nach Absatz a ausdrücklich benannt ist oder durch Absatz b erfaßt wird.

15.6 Rückerstattung

a) Die internationale Gebühr wird dem Anmelder zurückerstattet, wenn die nach Artikel 11 Absatz 1 vorgesehene Feststellung negativ ist.

b) Die internationale Gebühr darf in keinem anderen Fall zurückgezahlt werden.

Regel 16

Die Recherchegebühr

16.1 Befugnis, eine Gebühr zu verlangen

a) Jede Internationale Recherchenbehörde kann verlangen, daß der Anmelder eine der Behörde verbleibende Gebühr für die Durchführung der internationalen Recherche und aller anderen den Internationalen Recherchenbehörden durch den Vertrag und diese Ausführungsordnung übertragenen Aufgaben entrichtet („Recherchegebühr“).

b) Die Gebühr wird vom Anmeldeamt eingezogen. Sie ist in der von diesem Amt bestimmten Währung zahlbar; ist die Währung nicht die gleiche wie die Währung des Sitzstaats der Internationalen Recherchenbehörde, so muß die Recherchegebühr, wenn sie vom Anmeldeamt

transferred by the receiving Office to that Authority, shall be freely convertible into the currency of the said State. As to the time of payment of the search fee, Rule 15.4 (a) shall apply.

16.2 Refund

The search fee shall be refunded to the applicant if the determination under Article 11 (1) is negative.

16.3 Partial Refund

Where the international application claims the priority of an earlier international application which has been the subject of an international search by the same International Searching Authority, that Authority shall refund the search fee paid in connection with the later international application to the extent and under the conditions provided for in the agreement under Article 16 (3) (b), if the international search report on the later international application could wholly or partly be based on the results of the international search effected on the earlier international application.

Rule 17

The Priority Document

17.1 Obligation to Submit Copy of Earlier National Application

(a) Where the priority of an earlier national application is claimed under Article 8 in the international application, a copy of the said national application, certified by the authority with which it was filed ("the priority document"), shall, unless already filed with the receiving Office, together with the international application, be submitted by the applicant to the International Bureau not later than 16 months after the priority date or, in the case referred to in Article 23 (2), not later than at the time the processing or examination is requested.

(b) If the applicant fails to comply with the requirement under paragraph (a), any designated State may disregard the priority claim.

(c) The International Bureau shall record the date on which it received the priority document and shall notify the applicant and the designated Offices accordingly.

17.2 Availability of Copies

(a) The International Bureau shall, at the specific request of the des-

l'office récepteur à cette administration, être librement convertible en la monnaie de cet État. La règle 15.4 a) s'applique pour le délai de paiement de la taxe de recherche.

16.2 Remboursement

La taxe de recherche est remboursée au déposant si la constatation mentionnée à l'article 11. 1) est négative.

16.3 Remboursement partiel

Lorsque la demande internationale revendique la priorité d'une demande internationale antérieure pour laquelle une recherche internationale a été effectuée par la même administration chargée de la recherche internationale, et lorsque le rapport de recherche internationale relatif à la demande internationale postérieure peut se baser, en tout ou en partie, sur les résultats de la recherche internationale antérieure, ladite administration rembourse la taxe de recherche qui a été payée en relation avec la demande internationale postérieure, dans la mesure et aux conditions établies dans l'accord mentionné à l'article 16. 3) b).

Règle 17

Document de priorité

17.1 Obligation de présenter une copie d'une demande nationale antérieure

a) Si la demande internationale revendique selon l'article 8 la priorité d'une demande nationale antérieure, une copie de cette demande nationale, certifiée conforme par l'administration auprès de laquelle elle a été déposée («document de priorité»), doit, si elle n'a pas déjà été déposée auprès de l'office récepteur avec la demande internationale, être présentée par le déposant au Bureau international au plus tard à l'expiration d'un délai de seize mois à compter de la date de priorité ou, dans le cas mentionné à l'article 23. 2), au plus tard à la date où il est demandé qu'il soit procédé au traitement ou à l'examen de la demande.

b) Si le déposant ne se conforme pas à la prescription de l'alinéa a), tout État désigné peut ne pas tenir compte de la revendication de priorité.

c) Le Bureau international inscrit la date de réception du document de priorité et la notifie au déposant et aux offices désignés.

17.2 Obtention de copies

a) Le Bureau international, sur demande expresse de l'office désigné,

an die Internationale Recherchenbehörde überwiesen wird, in die Währung des Sitzstaats der Recherchenbehörde frei umwechselbar sein. Hinsichtlich der Fälligkeit der Recherchegebühr ist Regel 15.4 Absatz a) anzuwenden.

16.2 Rückerstattung

Die Recherchegebühr wird dem Anmelder zurückerstattet, wenn die in Artikel 11 Absatz 1 vorgesehene Feststellung negativ ist.

16.3 Teilweise Rückerstattung

Wird für die internationale Anmeldung die Priorität einer früheren internationalen Anmeldung in Anspruch genommen, die von der gleichen Internationalen Recherchenbehörde recherchiert worden ist, so hat die Behörde die für die jüngere internationale Anmeldung geleistete Recherchegebühr in dem Umfang und nach den Bedingungen, die in der Vereinbarung nach Artikel 16 Absatz 3 Buchstabe b) festgesetzt sind, zu erstatten, sofern der internationale Recherchenbericht zu der jüngeren internationalen Anmeldung ganz oder teilweise auf die Ergebnisse der internationalen Recherche gestützt werden konnte, die für die ältere internationale Anmeldung durchgeführt worden ist.

Regel 17

Prioritätsunterlagen

17.1 Verpflichtung zur Einreichung von Prioritätsunterlagen

a) Wird für die internationale Anmeldung gemäß Artikel 8 die Priorität einer früheren nationalen Anmeldung beansprucht, so hat der Anmelder eine vom Hinterlegungsamt beglaubigte Abschrift dieser nationalen Anmeldung („Prioritätsbeleg“), falls nicht schon bei dem Anmeldeamt zusammen mit der internationalen Anmeldung eingereicht, dem Internationalen Büro nicht später als 16 Monate nach dem Prioritätsdatum oder im Fall des Artikels 23 Absatz 2 zu dem Zeitpunkt, in dem die Behandlung und Prüfung beantragt wird, einzureichen.

b) Kommt der Anmelder der Verpflichtung nach Absatz a) nicht nach, so kann jeder Bestimmungsstaat den Prioritätsanspruch unberücksichtigt lassen.

c) Das Internationale Büro hat das Eingangsdatum der Prioritätsbelege einzutragen und den Anmelder und die Bestimmungsämter hiervon zu benachrichtigen.

17.2 Erlangung von Kopien

a) Das Internationale Büro leitet auf besondere Anforderung eines Bestim-

ignated Office, promptly but not before the expiration of the time limit fixed in Rule 17.1 (a), furnish a copy of the priority document to that Office. No such Office shall ask the applicant himself to furnish it with a copy, except where it requires the furnishing of a copy of the priority document together with a certified translation thereof. The applicant shall not be required to furnish a certified translation to the designated Office before the expiration of the applicable time limit under Article 22.

(b) The International Bureau shall not make copies of the priority document available to the public prior to the international publication of the international application.

(c) Paragraphs (a) and (b) shall apply also to any earlier international application whose priority is claimed in the subsequent international application.

Rule 18

The Applicant

18.1 Residence

(a) Subject to the provisions of paragraph (b), the question whether an applicant is a resident of the Contracting State of which he claims to be a resident shall depend on the national law of that State and shall be decided by the receiving Office.

(b) In any case, possession of a real and effective industrial or commercial establishment in a Contracting State shall be considered residence in that State.

18.2 Nationality

(a) Subject to the provisions of paragraph (b), the question whether an applicant is a national of the Contracting State of which he claims to be a national shall depend on the national law of that State and shall be decided by the receiving Office.

(b) In any case, a legal entity constituted according to the national law of a Contracting State shall be considered a national of that State.

18.3 Several Applicants: Same for All Designated States

If all the applicants are applicants for the purposes of all designated States, the right to file an international application shall exist if at least one of them is entitled to file an international application according to Article 9.

adresse, dès que possible après l'expiration du délai fixé dans la règle 17.1 a), une copie du document de priorité à cet office. Aucun office désigné de doit demander de copie au déposant, sauf lorsqu'il demande la remise d'une copie du document de priorité avec une traduction certifiée conforme de ce document. Le déposant n'a pas l'obligation de remettre une traduction certifiée conforme à l'office désigné avant l'expiration du délai applicable selon l'article 22.

b) Le Bureau international ne met pas à la disposition du public des copies du document de priorité avant la publication internationale de la demande internationale.

c) Les alinéas a) et b) s'appliquent également à toute demande internationale antérieure dont la priorité est revendiquée dans la demande internationale postérieure.

Règle 18

Déposant

18.1 Domicile

a) Sous réserve de l'alinéa b), la détermination du domicile du déposant dépend de la législation nationale de l'État contractant où il prétend être domicilié et est tranchée par l'office récepteur.

b) De toute façon, la possession d'un établissement industriel ou commercial effectif et sérieux dans un État contractant est considérée comme constituant domicile dans cet État.

18.2 Nationalité

a) Sous réserve de l'alinéa b), la détermination de la nationalité du déposant dépend de la législation nationale de l'État contractant dont il prétend être le national et est tranchée par l'office récepteur.

b) De toute façon, une personne morale constituée conformément à la législation d'un État contractant est considérée comme ayant la nationalité de cet État.

18.3 Plusieurs déposants: les mêmes pour tous les États désignés

S'il y a plusieurs déposants et s'ils sont tous déposants pour tous les États désignés, le droit de déposer une demande internationale existe si l'un au moins d'entre eux est habilité à déposer une demande internationale conformément à l'article 9.

mungsamts unverzüglich, jedoch nicht vor Ablauf der in Regel 17.1 Absatz a) genannten Frist diesem Bestimmungsbüro eine Kopie des Prioritätsbelegs zu. Keines dieser Ämter darf den Anmelder um die Einreichung einer Kopie ersuchen, sofern es nicht die Einreichung einer Kopie des Prioritätsbelegs zusammen mit einer beglaubigten Übersetzung derselben fordert. Von dem Anmelder kann die Vorlage einer beglaubigten Übersetzung an das Anmeldeamt nicht vor Ablauf der nach Artikel 22 anwendbaren Frist verlangt werden.

b) Das Internationale Büro darf Kopien des Prioritätsbelegs nicht vor der internationalen Veröffentlichung der internationalen Anmeldung der Öffentlichkeit zugänglich machen.

c) Die Absätze a und b sind auf jede frühere internationale Anmeldung anzuwenden, deren Priorität in der späteren internationalen Anmeldung beansprucht wird.

Regel 18

Der Anmelder

18.1 Sitz, Wohnsitz

a) Vorbehaltlich des Absatzes b) unterliegt die Frage, ob ein Anmelder seinen Sitz oder Wohnsitz in dem Vertragsstaat hat, in dem er seinen Sitz oder Wohnsitz zu haben behauptet, dem nationalen Recht dieses Staates und wird durch das Anmeldeamt entschieden.

b) In jedem Fall steht der Besitz einer tatsächlichen und nicht nur zum Schein bestehenden gewerblichen oder Handelsniederlassung in einem Vertragsstaat einem Sitz oder Wohnsitz in diesem Staat gleich.

18.2 Staatsangehörigkeit

a) Vorbehaltlich des Absatzes b) unterliegt die Frage, ob ein Anmelder Angehöriger eines Vertragsstaats ist, dessen Staatsangehöriger er zu sein behauptet, dem nationalen Recht dieses Staates und wird durch das Anmeldeamt entschieden.

b) In jedem Fall gilt eine juristische Person, die nach dem Recht eines Vertragsstaats begründet worden ist, als im Besitz der Staatsangehörigkeit dieses Staates.

18.3 Mehrere Anmelder: dieselben Anmelder für alle Bestimmungsstaaten

Sind alle Anmelder auch Anmelder für alle Bestimmungsstaaten, so ist die Berechtigung zur Einreichung einer internationalen Anmeldung gegeben, wenn wenigstens einer von ihnen zur Einreichung einer internationalen Anmeldung nach Artikel 9 berechtigt ist.

18.4 Several Applicants: Different for Different Designated States

(a) The international application may indicate different applicants for the purposes of different designated States, provided that, in respect of each designated State, at least one of the applicants indicated for the purposes of that State is entitled to file an international application according to Article 9.

(b) If the condition referred to in paragraph (a) is not fulfilled in respect of any designated State, the designation of that State shall be considered not to have been made.

(c) The International Bureau shall, from time to time, publish information on the various national laws in respect of the question who is qualified (inventor, successor in title of the inventor, owner of the invention, or other) to file a national application and shall accompany such information by a warning that the effect of the international application in any designated State may depend on whether the person designated in the international application as applicant for the purposes of that State is a person who, under the national law of that State, is qualified to file a national application.

18.5 Change in the Person or Name of the Applicant

Any change in the person or name of the applicant shall, on the request of the applicant or the receiving Office, be recorded by the International Bureau, which shall notify the interested International Searching Authority and the designated Offices accordingly.

Rule 19

The Competent Receiving Office

19.1 Where to File

(a) Subject to the provisions of paragraph (b), the international application shall be filed, at the option of the applicant, with the national Office of or acting for the Contracting State of which the applicant is a resident or with the national Office of or acting for the Contracting State of which the applicant is a national.

(b) Any Contracting State may agree with another Contracting State or any intergovernmental organization that the national Office of the latter State or the intergovernmental organization shall, for all or some purposes, act instead of the national Office of the former State as receiving Office for applicants who are residents or nationals of that former

18.4 Plusieurs déposants: différents pour différents États désignés

a) La demande internationale peut indiquer différents déposants pour différents États désignés si, pour chaque État désigné, l'un au moins des déposants indiqués pour cet État est habilité à déposer une demande internationale conformément à l'article 9.

b) Si la condition figurant à l'alinéa a) n'est pas remplie à l'égard d'un État désigné, la désignation de cet État est considérée comme n'ayant pas été faite.

c) Le Bureau international publie de temps à autre des informations relatives aux diverses législations nationales, précisant qui, aux termes de ces législations, a qualité (inventeur, ayant cause de l'inventeur, titulaire de l'invention, etc.) pour déposer une demande nationale; il joint à ces informations l'avertissement que les effets de la demande internationale dans un État désigné peuvent dépendre de la question de savoir si la personne indiquée dans la demande internationale en tant que déposant aux fins de cet État est habilitée, selon la législation nationale de cet État, à déposer une demande nationale.

18.5 Changement quant à la personne ou au nom du déposant

Tout changement quant à la personne ou au nom du déposant est, sur requête du déposant ou de l'office récepteur, enregistré par le Bureau international, qui le notifie à l'administration intéressée chargée de la recherche internationale et aux offices désignés.

Règle 19

Office récepteur compétent

19.1 Où déposer

a) Sous réserve de l'alinéa b), la demande internationale est déposée, au choix du déposant, soit auprès de l'office national de l'État contractant où il est domicilié ou de l'office agissant pour ce dernier, soit auprès de l'office national de l'État contractant dont il est le national ou de l'office agissant pour cet État.

b) Tout État contractant peut convenir avec un autre État contractant ou avec toute organisation intergouvernementale que l'office national de ce dernier État ou cette organisation intergouvernementale peut, à toutes les fins ou à certaines d'entre elles, agir, à la place de l'office national du premier État, en tant qu'office récepteur pour les déposants qui sont domi-

18.4 Mehrere Anmelder: verschiedene Anmelder für verschiedene Bestimmungsstaaten

a) In der Anmeldung können unterschiedliche Anmelder für verschiedene Bestimmungsstaaten genannt werden, falls für jeden Bestimmungsstaat wenigstens einer der für diesen Bestimmungsstaat angeführten Anmelder zur Einreichung einer internationalen Anmeldung gemäß Artikel 9 berechtigt ist.

b) Ist die Voraussetzung des Absatzes a) in bezug auf einen Bestimmungsstaat nicht erfüllt, so ist die Bestimmung dieses Staates als ungültig anzusehen.

c) Das Internationale Büro veröffentlicht von Zeit zu Zeit Informationen über die verschiedenen nationalen Bestimmungen in bezug auf die Berechtigung zur Einreichung einer nationalen Anmeldung (Erfinder, Rechtsnachfolger des Erfinders, Inhaber der Erfindung oder dergleichen) und verbindet diese Information mit dem Hinweis, daß die Wirkung einer internationalen Anmeldung in einem Bestimmungsstaat davon abhängen kann, daß die in der internationalen Anmeldung für diesen Staat als Anmelder genannte Person nach dem nationalen Recht dieses Staates zur Einreichung einer nationalen Anmeldung berechtigt ist.

18.5 Änderung in der Person oder im Namen des Anmelders

Das Internationale Büro hat auf Antrag des Anmelders oder des Anmeldeamts jede Veränderung in der Person oder im Namen des Anmelders zu vermerken und der interessierten Internationalen Recherchenbehörde und den Bestimmungsbüros mitzuteilen.

Regel 19

Zuständigkeit des Anmeldeamts

19.1 Zuständiges Anmeldeamt

a) Vorbehaltlich des Absatzes b) ist die internationale Anmeldung nach der Wahl des Anmelders beim nationalen Amt des Vertragsstaats, in dem er seinen Sitz oder Wohnsitz hat, oder dem für diesen Staat handelnden Amt oder beim nationalen Amt des Vertragsstaats, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, oder dem für diesen Staat handelnden Amt einzureichen.

b) Ein Vertragsstaat kann mit einem anderen Vertragsstaat oder einer zwischenstaatlichen Organisation übereinkommen, daß das nationale Amt des letzteren Staates oder die zwischenstaatliche Organisation als Anmeldeamt für Anmelder, die ihren Sitz oder Wohnsitz in dem ersteren Staat haben oder dessen Staatsangehörigkeit besitzen, ganz oder

State. Notwithstanding such agreement, the national Office of the former State shall be considered the competent receiving Office for the purposes of Article 15 (5).

(c) In connection with any decision made under Article 9 (2), the Assembly shall appoint the national Office or the intergovernmental organization which will act as receiving Office for applications of residents or nationals of States specified by the Assembly. Such appointment shall require the previous consent of the said national Office or intergovernmental organization.

19.2 Several Applicants

(a) If there are several applicants and they have no common agent, their common representative within the meaning of Rule 4.8 shall, for the purposes of the application of Rule 19.1, be considered the applicant.

(b) If there are several applicants and they have a common agent, the applicant first named in the request who is entitled to file an international application according to Article 9 shall, for the purposes of the application of Rule 19.1, be considered the applicant.

19.3 Publication of Fact of Delegation of Duties of Receiving Office

(a) Any agreement referred to in Rule 19.1 (b) shall be promptly notified to the International Bureau by the Contracting State which delegates the duties of the receiving Office to the national Office of or acting for another Contracting State or an intergovernmental organization.

(b) The International Bureau shall, promptly upon receipt, publish the notification in the Gazette.

Rule 20

Receipt of the International Application

20.1 Date and Number

(a) Upon receipt of papers purporting to be an international application, the receiving Office shall indelibly mark the date of actual receipt in the space provided for that purpose in the request form of each copy received and one of the numbers assigned by the International Bureau to that Office on each sheet of each copy received.

ciliés dans ce premier État ou en sont les nationaux. Nonobstant cet accord, l'office national du premier État est considéré comme étant l'office récepteur compétent pour l'application de l'article 15. 5).

(c) En relation avec toute décision selon l'article 9. 2), l'Assemblée désigne l'office national ou l'organisation intergouvernementale qui agira en tant qu'office récepteur pour les demandes déposées par des personnes domiciliées dans les États déterminés par l'Assemblée ou par des nationaux de ces États. Cette désignation exige l'accord préalable de cet office national ou de cette organisation intergouvernementale.

19.2 Plusieurs déposants

a) S'il y a plusieurs déposants qui n'ont pas de mandataire commun, leur représentant commun au sens de la règle 4.8 est, aux fins de l'application de la règle 19.1, considéré comme le déposant.

b) S'il y a plusieurs déposants qui ont un mandataire commun, le déposant nommé en premier lieu dans la requête qui est habilité à déposer une demande internationale conformément à l'article 9 est, aux fins de l'application de la règle 19.1, considéré comme le déposant.

19.3 Publication du fait de la délégation des tâches de l'office récepteur

a) Tout accord visé à la règle 19.1 b) est notifié à bref délai au Bureau international par l'État contractant qui délègue les tâches d'office récepteur à l'office national d'un autre État contractant ou à l'office agissant pour ce dernier, ou encore à une organisation intergouvernementale.

b) Le Bureau international publie à bref délai la notification dans la gazette.

Règle 20

Réception de la demande internationale

20.1 Date et numéro

a) A la réception des documents constituant prétendument une demande internationale, l'office récepteur appose, d'une manière indélébile, dans l'espace prévu à cet effet dans le formulaire de requête de chaque exemplaire reçu et de chaque copie reçue, la date de réception effective et, sur chaque feuille de chaque exemplaire reçu et de chaque copie reçue, l'un des numéros assignés par le Bureau international à cet office.

teilweise an die Stelle des nationalen Amtes des ersteren Staates tritt. Unbeschadet eines solchen Übereinkommens gilt das nationale Amt des ersteren Staates als zuständiges Anmeldeamt für die Zwecke des Artikels 15 Absatz 5.

(c) In Verbindung mit einem Beschluß gemäß Artikel 9 Absatz 2 benennt die Versammlung das nationale Amt oder die zwischenstaatliche Organisation, welches oder welche für die Staatsangehörigen von Staaten, die die Versammlung bestimmt, oder für die Personen mit Sitz oder Wohnsitz in solchen Staaten als Anmeldeamt tätig wird. Die Benennung setzt die vorherige Zustimmung des betreffenden nationalen Amtes oder der betreffenden zwischenstaatlichen Organisation voraus.

19.2 Mehrere Anmelder

a) Haben mehrere Anmelder keinen gemeinsamen Anwalt, so ist für die Anwendung der Regel 19.1 ihr gemeinsamer Vertreter im Sinne der Regel 4.8 als Anmelder anzusehen.

b) Haben mehrere Anmelder einen gemeinsamen Anwalt, so ist der in dem Antrag zuerst genannte Anmelder, der nach Artikel 9 berechtigt ist, eine internationale Anmeldung einzureichen, für die Anwendung der Regel 19.1 als Anmelder anzusehen.

19.3 Veröffentlichung der Übertragung von Aufgaben des Anmeldeamts

a) Jedes Übereinkommen gemäß Regel 19.1 Absatz b) ist dem Internationalen Büro unverzüglich durch den Vertragsstaat mitzuteilen, der die Aufgaben des Anmeldeamts dem nationalen Amt eines anderen Vertragsstaats oder dem für diesen Staat handelnden Amt oder einer zwischenstaatlichen Organisation überträgt.

b) Das Internationale Büro veröffentlicht die Mitteilung unverzüglich nach Eingang im Blatt.

Regel 20

Eingang der internationalen Anmeldung

20.1 Datum und Aktenzeichen

a) Bei Eingang der Unterlagen, die eine internationale Anmeldung darstellen sollen, bringt das Anmeldeamt das Datum des tatsächlichen Eingangs an dem hierfür vorgesehenen Platz im Antragsformular jedes erhaltenen Exemplars unlöschar an und stempelt eines der durch das Internationale Büro diesem Amt zugewiesenen Aktenzeichen auf jedes Blatt jedes erhaltenen Exemplars.

(b) The place on each sheet where the date or number shall be marked, and other details, shall be specified in the Administrative Instructions.

20.2 Receipt on Different Days

(a) In cases where all the sheets pertaining to the same purported international application are not received on the same day by the receiving Office, that Office shall correct the date marked on the request (still leaving legible, however, the earlier date or dates already marked) so that it indicates the day on which the papers completing the international application were received, provided that

- (i) where no invitation under Article 11 (2) (a) to correct was sent to the applicant, the said papers are received within 30 days from the date on which sheets were first received;
- (ii) where an invitation under Article 11 (2) (a) to correct was sent to the applicant, the said papers are received within the applicable time limit under Rule 20.6;
- (iii) in the case of Article 14 (2), the missing drawings are received within 30 days from the date on which the incomplete papers were filed;
- (iv) the absence or later receipt of any sheet containing the abstract or part thereof shall not, in itself, require any correction of the date marked on the request.

(b) Any sheet received on a date later than the date on which sheets were first received shall be marked by the receiving Office with the date on which it was received.

20.3 Corrected International Application

In the case referred to in Article 11 (2) (b), the receiving Office shall correct the date marked on the request (still leaving legible, however, the earlier date or dates already marked) so that it indicates the day on which the last required correction was received.

20.4 Determination under Article 11 (1)

(a) Promptly after receipt of the papers purporting to be an international application, the receiving Office shall determine whether the papers comply with the requirements of Article 11 (1).

(b) For the purposes of Article 11 (1) (iii) (c), it shall be sufficient to

b) La place où, sur chaque feuille, la date ou le numéro doivent être apposés, ainsi que d'autres détails, sont spécifiés dans les instructions administratives.

20.2 Réception à des jours différents

a) Dans les cas où toutes les feuilles appartenant à une même prétendue demande internationale ne sont pas reçues le même jour par l'office récepteur, ce dernier corrige la date apposée sur la requête (en laissant toutefois lisibles la ou les dates antérieures déjà apposées) en indiquant la date de réception des documents complétant la demande internationale, à condition que:

- i) lorsqu'aucune invitation à corriger selon l'article 11. 2) a) n'a été envoyée au déposant, lesdits documents soient reçus dans les trente jours à compter de la date à laquelle des feuilles ont été reçues pour la première fois;
- ii) lorsqu'une invitation à corriger selon l'article 11. 2) a) été envoyée au déposant, lesdits documents soient reçus dans le délai applicable selon la règle 20.6;
- iii) dans le cas de l'article 14. 2), les dessins manquants soient reçus dans les trente jours à compter de la date à laquelle les documents incomplets ont été déposés;
- iv) le fait qu'une feuille contenant l'abrégé ou une partie de l'abrégé manque, ou qu'elle est reçue en retard, n'exige pas la correction de la date indiquée sur la requête.

b) L'office récepteur appose, sur toute feuille reçue à une date postérieure à celle où des feuilles ont été reçues pour la première fois, la date de la réception de ladite feuille.

20.3 Demande internationale corrigée

Dans le cas visé à l'article 11. 2) b), l'office récepteur corrige la date apposée sur la requête (en laissant toutefois lisibles la ou les dates antérieures déjà apposées) en indiquant la date de réception de la dernière correction exigée.

20.4 Constatation au sens de l'article 11. 1)

a) A bref délai après réception des documents constituant prétendument une demande internationale, l'office récepteur constate si ces documents remplissent les conditions de l'article 11. 1).

b) Aux fins de l'article 11. 1) iii) c), il suffit d'indiquer le nom du déposant

b) Die Stelle auf jedem Blatt, an der das Datum oder das Aktenzeichen angebracht werden sollen, sowie die sonstigen Einzelheiten werden in den Verwaltungsrichtlinien festgelegt.

20.2 Eingang an verschiedenen Tagen

a) Gehen nicht alle Blätter, die zu derselben vorgeblichen internationalen Anmeldung gehören, am gleichen Tag beim Anmeldeamt ein, so hat dieses Amt das auf dem Antrag vermerkte Datum zu ändern (wobei das frühere Datum oder die früheren Daten lesbar zu lassen sind), so daß es den Tag angibt, an welchem die Blätter, die die Unterlagen vervollständigt haben, eingegangen sind, vorausgesetzt, daß

- i) die vervollständigenden Blätter, wenn der Anmelder nicht nach Artikel 11 Absatz 2 Buchstabe a zur Berichtigung aufgefordert worden ist, innerhalb von 30 Tagen nach dem ersten Eingang der Blätter eingegangen sind;
- ii) die vervollständigenden Blätter, wenn der Anmelder nach Artikel 11 Absatz 2 Buchstabe a zur Berichtigung aufgefordert worden ist, innerhalb der nach Regel 20.6 maßgeblichen Frist eingegangen sind;
- iii) im Fall des Artikels 14 Absatz 2 die fehlenden Zeichnungen innerhalb von 30 Tagen nach Einreichung der unvollständigen Blätter eingegangen sind;
- iv) das Fehlen oder der spätere Eingang eines Blattes, das die Zusammenfassung oder einen Teil derselben enthält, für sich allein eine Berichtigung des auf dem Antrag vermerkten Datums nicht erforderlich macht.

b) Jedes Blatt, das zu einem späteren Datum als dem Datum eingeht, zu dem zuerst Blätter eingegangen sind, wird vom Anmeldeamt mit dem Datum des Eingangs versehen.

20.3 Berichtigte internationale Anmeldung

Im Falle des Artikels 11 Absatz 2 Buchstabe b berichtigt das Anmeldeamt das auf dem Antrag vermerkte Datum in der Weise, daß es den Tag des Eingangs der letzten erforderlichen Berichtigung angibt (wobei das frühere Datum oder die früheren Daten lesbar zu lassen sind).

20.4 Feststellung nach Artikel 11 Absatz 1

a) Unmittelbar nach Eingang der Unterlagen, die eine internationale Anmeldung darstellen sollen, stellt das Anmeldeamt fest, ob die Unterlagen den Erfordernissen des Artikels 11 Absatz 1 entsprechen.

b) Für Artikel 11 Absatz 1 Ziffer iii Buchstabe c genügt es, den Namen

indicate the name of the applicant in a way which allows his identity to be established even if the name is misspelled, the given names are not fully indicated, or, in the case of legal entities, the indication of the name is abbreviated or incomplete.

20.5 Positive Determination

(a) If the determination under Article 11 (1) is positive, the receiving Office shall stamp in the space provided for that purpose in the request form the name of the receiving Office and the words "PCT International Application", or "Demande internationale PCT". If the official language of the receiving Office is neither English nor French, the words "International Application" or "Demande internationale" may be accompanied by a translation of these words in the official language of the receiving Office.

(b) The copy whose request sheet has been so stamped shall be the record copy of the international application.

(c) The receiving Office shall promptly notify the applicant of the international application number and the international filing date.

20.6 Invitation to Correct

(a) The invitation to correct under Article 11 (2) shall specify the requirement provided for under Article 11 (1) which, in the opinion of the receiving Office, has not been fulfilled.

(b) The receiving Office shall promptly mail the invitation to the applicant and shall fix a time limit, reasonable under the circumstances of the case, for filing the correction. The time limit shall not be less than 10 days, and shall not exceed 1 month, from the date of the invitation. If such time limit expires after the expiration of 1 year from the filing date of any application whose priority is claimed, the receiving Office may call this circumstance to the attention of the applicant.

20.7 Negative Determination

If the receiving Office does not, within the prescribed time limit, receive a reply to its invitation to correct, or if the correction offered by the applicant still does not fulfill the requirements provided for under Article 11 (1), it shall:

- (i) promptly notify the applicant that his application is not and will not be treated as an international application and shall indicate the reasons therefor,
- (ii) notify the International Bureau that the number it has marked on the papers will not be used as

de manière à permettre d'en établir l'identité, même si ce nom est mal orthographié, si les prénoms ne sont pas complets ou, dans le cas d'une personne morale, si l'indication du nom est abrégée ou incomplète.

20.5 Constatation positive

a) Si la constatation au sens de l'article 11. 1) est positive, l'office récepteur appose, dans l'espace prévu à cet effet dans le formulaire de requête, son timbre et les mots «Demande internationale PCT» ou «PCT International Application». Si la langue officielle de l'office récepteur n'est ni le français ni l'anglais, les mots «Demande internationale» ou «International Application» peuvent être accompagnés de leur traduction dans la langue officielle de cet office.

b) L'exemplaire sur la requête duquel ce timbre a été apposé constitue l'exemplaire original de la demande internationale.

c) L'office récepteur notifie à bref délai au déposant le numéro de la demande internationale et la date du dépôt international.

20.6 Invitation à corriger

a) L'invitation à corriger selon l'article 11. 2) doit préciser quelle condition figurant à l'article 11. 1) n'a pas, de l'avis de l'office récepteur, été remplie.

b) L'office récepteur adresse à bref délai l'invitation au déposant et fixe un délai, raisonnable en l'espèce, pour le dépôt de la correction. Ce délai ne doit pas être inférieur à dix jours, ni supérieur à un mois, à compter de la date de l'invitation. Si ce délai expire après l'expiration d'une année à compter de la date du dépôt de toute demande dont la priorité est revendiquée, l'office récepteur peut porter cette circonstance à l'attention du déposant.

20.7 Constatation négative

Si l'office récepteur ne reçoit pas, dans le délai prescrit, de réponse à son invitation à corriger, ou si la correction présentée par le déposant ne remplit toujours pas les conditions figurant à l'article 11. 1):

- i) il notifie à bref délai au déposant que sa demande n'est pas et ne sera pas traitée comme une demande internationale et indique les motifs de cette décision;
- ii) il notifie au Bureau international que le numéro qu'il a apposé sur les documents ne sera pas utilisé

des Anmelders so anzugeben, daß seine Identität festgestellt werden kann, auch dann, wenn der Name falsch geschrieben, die Angabe der Vornamen nicht vollständig oder die Bezeichnung juristischer Personen abgekürzt oder unvollständig ist.

20.5 Positive Feststellung

a) Fällt die Feststellung nach Artikel 11 Absatz 1 positiv aus, so bringt das Anmeldeamt an dem hierfür vorgesehenen Platz des Antragsformulars einen Stempel mit dem Namen des Anmeldeamts und den Worten „PCT International Application“ oder „Demande internationale PCT“ an. Ist die Amtssprache des Anmeldeamts weder Englisch noch Französisch, so kann den Worten „International Application“ oder „Demande internationale“ eine Übersetzung dieser Worte in die Amtssprache des Anmeldeamts hinzugefügt werden.

b) Das Exemplar, dessen Antragsblatt auf diese Weise gestempelt ist, gilt als das Aktenexemplar der internationalen Anmeldung.

c) Das Anmeldeamt teilt dem Anmelder unverzüglich das internationale Aktenzeichen und das internationale Anmeldedatum mit.

20.6 Aufforderung zur Richtigstellung

a) Die Aufforderung zur Richtigstellung gemäß Artikel 11 Absatz 2 hat das Erfordernis des Artikels 11 Absatz 1 zu nennen, das nach Ansicht des Anmeldeamts nicht erfüllt ist.

b) Das Anmeldeamt hat die Aufforderung unverzüglich an den Anmelder abzusenden und eine den Umständen angemessene Frist zur Richtigstellung festzusetzen. Die Frist soll nicht weniger als zehn Tage und nicht mehr als einen Monat seit dem Tage der Aufforderung betragen. Läuft die Frist nach dem Ablauf eines Jahres seit dem Anmeldedatum einer Anmeldung ab, deren Priorität beansprucht wird, so hat das Anmeldeamt den Anmelder auf diesen Umstand aufmerksam zu machen.

20.7 Negative Feststellung

Erhält das Anmeldeamt innerhalb der vorgeschriebenen Frist keine Antwort auf seine Aufforderung zur Richtigstellung oder genügt die Richtigstellung des Anmelders den Anforderungen des Artikels 11 Absatz 1 noch nicht, so hat das Anmeldeamt

- i) den Anmelder unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen, daß seine Anmeldung keine internationale Anmeldung ist und als solche nicht behandelt wird, und hat die Gründe hierfür anzugeben,
- ii) das Internationale Büro davon in Kenntnis zu setzen, daß das auf den Schriftstücken der Anmeldung

an international application number,

- (iii) keep the papers constituting the purported international application and any correspondence relating thereto as provided in Rule 93.1, and
- (iv) send a copy of the said papers to the International Bureau where, pursuant to a request by the applicant under Article 25 (1), the International Bureau needs such a copy and specially asks for it.

20.8 Error by the Receiving Office

If the receiving Office later discovers, or on the basis of the applicant's reply realizes, that it has erred in issuing an invitation to correct since the requirements provided for under Article 11 (1) were fulfilled when the papers were received, it shall proceed as provided in Rule 20.5.

20.9 Certified Copy for the Applicant

Against payment of a fee, the receiving Office shall furnish to the applicant, on request, certified copies of the international application as filed and of any corrections thereto.

Rule 21

Preparation of Copies

21.1 Responsibility of the Receiving Office

(a) Where the international application is required to be filed in one copy, the receiving Office shall be responsible for preparing the home copy and the search copy required under Article 12 (1).

(b) Where the international application is required to be filed in two copies, the receiving Office shall be responsible for preparing the home copy.

(c) If the international application is filed in less than the number of copies required under Rule 11.1 (b), the receiving Office shall be responsible for the prompt preparation of the number of copies required, and shall have the right to fix a fee for performing that task and to collect such fee from the applicant.

Rule 22

Transmittal of the Record Copy

22.1 Procedure

(a) If the determination under Article 11 (1) is positive, and unless prescriptions concerning national security prevent the international applica-

en tant que numéro de demande internationale;

- iii) il conserve les documents constituant la prétendue demande internationale et toute correspondance y relative conformément à la règle 93.1;
- iv) il adresse une copie desdits documents au Bureau international si, en raison d'une requête du déposant selon l'article 25. 1), ce Bureau a besoin d'une telle copie et en demande expressément une.

20.8 Erreur de l'office récepteur

Si, ultérieurement, l'office récepteur découvre, ou constate sur la base de la réponse du déposant, qu'il a commis une erreur en adressant une invitation à corriger, puisque les conditions figurant à l'article 11. 1) étaient remplies lors de la réception des documents, il procède de la manière prévue à la règle 20.5.

20.9 Copie certifiée conforme pour le déposant

Contre paiement d'une taxe, l'office récepteur fournit au déposant, sur demande, des copies certifiées conformes de la demande internationale, telle qu'elle a été déposée, ainsi que de toutes corrections y relatives.

Règle 21

Préparation de copies

21.1 Responsabilité de l'office récepteur

a) Lorsqu'il est exigé que la demande internationale soit déposée en un seul exemplaire, l'office récepteur a la responsabilité de la préparation de sa propre copie et de la copie de recherche requises selon l'article 12. 1).

b) Lorsqu'il est exigé que la demande internationale soit déposée en deux exemplaires, l'office récepteur a la responsabilité de la préparation de sa propre copie.

c) Si la demande internationale est déposée en un nombre d'exemplaires inférieur à celui prévu à la règle 11.1 b), l'office récepteur a la responsabilité de la prompte préparation du nombre requis de copies; il a le droit de fixer une taxe pour l'exécution de cette tâche et de percevoir cette taxe du déposant.

Règle 22

Transmission de l'exemplaire original

22.1 Procédure

a) Si la constatation prévue à l'article 11. 1) est positive et si les prescriptions relatives à la défense nationale n'empêchent pas la demande in-

angebrachte Aktenzeichen nicht als internationales Aktenzeichen verwendet wird,

- iii) die Unterlagen der vorgeblichen internationalen Anmeldung und die dazugehörige Korrespondenz gemäß Regel 93.1 aufzubewahren und
- iv) eine Abschrift der genannten Schriftstücke dem Internationalen Büro zu übermitteln, wenn dieses bei der Bearbeitung eines Antrags des Anmelders gemäß Artikel 25 Absatz 1 eine solche Abschrift benötigt und sie anfordert.

20.8 Fehler des Anmeldeamts

Stellt das Anmeldeamt später fest oder bemerkt es auf Grund der Antwort des Anmelders, daß es diesen irrtümlich zur Richtigstellung aufgefordert hat, weil die Erfordernisse des Artikels 11 Absatz 1 beim Eingang der Schriftstücke erfüllt waren, so verfährt es nach Regel 20.5.

20.9 Beglaubigte Abschriften für den Anmelder

Auf Antrag des Anmelders stellt das Anmeldeamt diesem gegen Zahlung einer Gebühr beglaubigte Abschriften der internationalen Anmeldung in ihrer ursprünglichen Form sowie der an ihr vorgenommenen Änderungen zur Verfügung.

Regel 21

Herstellung von Exemplaren

21.1 Aufgabe des Anmeldeamts

a) Ist die internationale Anmeldung in einem Exemplar einzureichen, so ist das Anmeldeamt für die Herstellung des Anmeldeamtsexemplars und des Recherchenexemplars nach Artikel 12 Absatz 1 verantwortlich.

b) Ist die internationale Anmeldung in zwei Stücken einzureichen, so ist das Anmeldeamt für die Herstellung des Anmeldeamtsexemplars verantwortlich.

c) Ist die internationale Anmeldung in geringerer Stückzahl eingereicht worden als nach der Regel 11.1 Absatz b vorgeschrieben, so ist das Anmeldeamt für die sofortige Herstellung der erforderlichen Zahl von Exemplaren verantwortlich und hat das Recht, für diese Aufgabe eine Gebühr festzusetzen und diese vom Anmelder einzuheben.

Regel 22

Übermittlung des Aktenexemplars

22.1 Verfahren

a) Ist die Feststellung nach Artikel 11 Absatz 1 positiv und stehen Vorschriften über die nationale Sicherheit der Behandlung der An-

tion from being treated as such, the receiving Office shall transmit the record copy to the International Bureau. Such transmittal shall be effected promptly after receipt of the international application or, if a check to preserve national security must be performed, as soon as the necessary clearance has been obtained. In any case, the receiving Office shall transmit the record copy in time for it to reach the International Bureau by the expiration of the 13th month from the priority date. If the transmittal is effected by mail, the receiving Office shall mail the record copy not later than 5 days prior to the expiration of the 13th month from the priority date.

(b) If the applicant is not in possession of the notification of receipt sent by the International Bureau under Rule 24.2 (a) by the expiration of 13 months and 10 days from the priority date, he shall have the right to ask the receiving Office to give him the record copy or, should the receiving Office allege that it has transmitted the record copy to the International Bureau, a certified copy based on the home copy.

(c) The applicant may transmit the copy he has received under paragraph (b) to the International Bureau. Unless the record copy transmitted by the receiving Office has been received by the International Bureau before the receipt by that Bureau of the copy transmitted by the applicant, the latter copy shall be considered the record copy.

22.2 Alternative Procedure

(a) Notwithstanding the provisions of Rule 22.1, any receiving Office may provide that the record copy of any international application filed with it shall be transmitted, at the option of the applicant, by the receiving Office or through the applicant. The receiving Office shall inform the International Bureau of the existence of any such provision.

(b) The applicant shall exercise the option through a written notice, which he shall file together with the international application. If he fails to exercise the said option, the applicant shall be considered to have opted for transmittal by the receiving Office.

(c) Where the applicant opts for transmittal by the receiving Office, the procedure shall be the same as that provided for in Rule 22.1.

(d) Where the applicant opts for transmittal through him, he shall indicate in the notice referred to in paragraph (b) whether he wishes to collect the record copy at the receiving

international d'être traitée comme telle, l'office récepteur transmet l'exemplaire original au Bureau international. Une telle transmission doit se faire à bref délai après réception de la demande internationale ou, si un contrôle doit être effectué du point de vue de la défense nationale, dès que l'autorisation nécessaire a été obtenue. En tout cas, l'office récepteur doit transmettre l'exemplaire original suffisamment à temps pour qu'il parvienne au Bureau international à l'expiration du treizième mois à compter de la date de priorité. Si la transmission se fait par voie postale, l'office récepteur doit procéder à l'expédition de l'exemplaire original cinq jours au plus tard avant l'expiration du treizième mois à compter de la date de priorité.

b) Si le déposant n'est pas en possession, à l'expiration de treize mois et dix jours à compter de la date de priorité, de la notification de réception adressée par le Bureau international selon la règle 24.2 a), il a le droit de demander à l'office récepteur qu'il lui remette l'exemplaire original ou une copie certifiée conforme de l'exemplaire en question établie sur la base de la copie pour l'office récepteur si celui-ci prétend avoir déjà transmis l'exemplaire original au Bureau international.

c) Le déposant peut transmettre au Bureau international la copie qu'il a reçue conformément à l'alinéa b). Si l'exemplaire original transmis par l'office récepteur n'a pas été reçu par le Bureau international avant la réception, par ce Bureau, de la copie transmise par le déposant, cette dernière est considérée comme constituant l'exemplaire original.

22.2 Procédure alternative

a) Nonobstant les dispositions de la règle 22.1, tout office récepteur peut prévoir que l'exemplaire original de toute demande internationale déposée auprès de lui est transmis, au choix du déposant, par l'office récepteur ou par le déposant. L'office récepteur informe le Bureau international de l'existence d'une telle disposition.

b) Le déposant exerce son choix par le moyen d'une notice écrite qu'il dépose avec la demande internationale. S'il n'exerce pas ce choix, il est considéré comme ayant choisi la transmission par l'office récepteur.

c) Lorsque le déposant choisit la transmission par l'office récepteur, la procédure est la même que celle qui est prévue à la règle 22.1.

d) Lorsque le déposant choisit de procéder lui-même à la transmission, il indique dans la notice mentionnée à l'alinéa b) s'il désire retirer l'exemplaire original auprès de l'office ré-

meldung als internationaler Anmeldung nicht entgegen, so übersendet das Anmeldeamt das Aktenexemplar an das Internationale Büro. Die Übersendung wird unverzüglich nach dem Eingang der internationalen Anmeldung oder, falls eine Überprüfung zum Schutz der nationalen Sicherheit erforderlich ist, sobald diese Prüfung erfolgreich abgeschlossen worden ist, vorgenommen. In jedem Fall sendet das Anmeldeamt das Aktenexemplar so rechtzeitig ab, daß es beim Internationalen Büro mit dem Ablauf des 13. Monats seit dem Prioritätsdatum eingeht. Wird durch die Post übermittelt, so darf das Anmeldeamt das Aktenexemplar nicht später als fünf Tage vor dem Ablauf des 13. Monats ab Prioritätsdatum absenden.

b) Ist der Anmelder nach 13 Monaten und zehn Tagen ab Prioritätsdatum noch nicht im Besitz der ihm gemäß Regel 24.2 Absatz a vom Internationalen Büro übersandten Empfangsbestätigung, so hat er das Recht, vom Anmeldeamt die Aushändigung des Aktenexemplars oder, wenn das Anmeldeamt behauptet, es habe das Aktenexemplar bereits an das Internationale Büro abgesandt, eine beglaubigte Abschrift des Anmeldeamts-exemplars zu verlangen.

c) Der Anmelder kann die Abschrift, die er gemäß Absatz b erhalten hat, dem Internationalen Büro übermitteln. Ist das vom Anmeldeamt übermittelte Aktenexemplar nicht vor der vom Anmelder übermittelten Abschrift beim Internationalen Büro eingegangen, so gilt die letztere als das Aktenexemplar.

22.2 Alternativverfahren

a) Unbeschadet der Regel 22.1 kann jedes Anmeldeamt bestimmen, daß das Aktenexemplar einer bei ihm eingereichten internationalen Anmeldung nach Wahl des Anmelders durch das Anmeldeamt oder durch den Anmelder übermittelt wird. Das Anmeldeamt unterrichtet das Internationale Büro von dem Bestehen einer solchen Bestimmung.

b) Der Anmelder übt das Wahlrecht durch eine schriftliche Erklärung aus, die er zusammen mit der internationalen Anmeldung einreicht. Übt er sein Wahlrecht nicht aus, so gilt die Übermittlung durch das Anmeldeamt als vom Anmelder gewählt.

c) Wählt der Anmelder die Übermittlung durch das Anmeldeamt, so ist das Verfahren das gleiche wie nach Regel 22.1.

d) Wählt der Anmelder die eigenhändige Übermittlung, so gibt er in der in Absatz b genannten Erklärung an, ob er das Aktenexemplar beim Anmeldeamt selbst abholen möchte

Office or wishes the receiving Office to mail the record copy to him. If the applicant expresses the wish to collect the record copy, the receiving Office shall hold that copy at the disposal of the applicant as soon as the clearance referred to in Rule 22.1 (a) has been obtained and, in any case including the case where a check for such clearance must be performed, not later than 10 days before the expiration of 13 months from the priority date. If, by the expiration of the time limit for receipt of the record copy by the International Bureau, the applicant has not collected that copy, the receiving Office shall notify the International Bureau accordingly. If the applicant expresses the wish that the receiving Office mail the record copy to him or fails to express the wish to collect the record copy, the receiving Office shall mail that copy to the applicant as soon as the clearance referred to in Rule 22.1 (a) has been obtained and, in any case, including the case where a check for such clearance must be performed, not later than 15 days before the expiration of 13 months from the priority date.

(e) Where the receiving Office does not hold the record copy at the disposal of the applicant by the date fixed in paragraph (d), or where, after having asked for the record copy to be mailed to him, the applicant has not received that copy at least 10 days before the expiration of 13 months from the priority date, the applicant may transmit a copy of his international application to the International Bureau. This copy ("provisional record copy") shall be replaced by the record copy or, if the record copy has been lost, by a substitute record copy certified by the receiving Office on the basis of the home copy, as soon as practicable and, in any case, before the expiration of 14 months from the priority date.

22.3 Time Limit under Article 12 (3)

(a) The time limit referred to in Article 12 (3) shall be:

- (i) where the procedure under Rule 22.1 or Rule 22.2 (c) applies, 14 months from the priority date;
- (ii) where the procedure under Rule 22.2 (d) applies, 13 months from the priority date, except that, where a provisional record copy is filed under Rule 22.2 (e), it shall be 13 months from the priority date for the filing of the provi-

cepteur ou s'il désire que ce dernier lui envoie ledit exemplaire original par voie postale. Si le déposant choisit de retirer l'exemplaire original, l'office récepteur tient cet exemplaire à sa disposition dès que l'autorisation mentionnée à la règle 22.1 a) a été obtenue et, dans tous les cas, y compris le cas où un contrôle en vue de cette autorisation doit être effectué, dix jours au plus tard avant l'expiration du treizième mois à compter de la date de priorité. Si le délai de réception de l'exemplaire original par le Bureau international expire sans que le déposant ait retiré cet exemplaire, l'office récepteur le notifie au Bureau international. Si le déposant désire que l'office récepteur lui envoie l'exemplaire original par voie postale ou s'il n'exprime pas le désir de retirer ledit exemplaire original, l'office récepteur lui envoie cet exemplaire par voie postale dès que l'autorisation mentionnée à la règle 22.1 a) a été obtenue et, dans tous les cas, y compris le cas où un contrôle en vue de cette autorisation doit être effectué, quinze jours au plus tard avant l'expiration du treizième mois à compter de la date de priorité.

e) Lorsque l'office récepteur ne tient pas l'exemplaire original à la disposition du déposant à la date indiquée à l'alinéa d) ou lorsque le déposant, ayant demandé que l'exemplaire original lui soit adressé par voie postale, ne l'a pas reçu dix jours au moins avant l'expiration du treizième mois à compter de la date de priorité, le déposant peut transmettre une copie de sa demande internationale au Bureau international. Cette copie («exemplaire original provisoire») est remplacée par l'exemplaire original ou, si ce dernier est perdu, par une copie de l'exemplaire original établie sur la base de la copie pour l'office récepteur et certifiée conforme par cet office, dès que cela est possible et, en tout cas, avant l'expiration du quatorzième mois à compter de la date de priorité.

22.3 Délai prévu à l'article 12. 3)

a) Le délai prévu à l'article 12. 3) est:

- i) en cas d'application de la procédure prévue aux règles 22.1 ou 22.2 c), de quatorze mois à compter de la date de priorité;
- ii) en cas d'application de la procédure prévue à la règle 22.2 d), de treize mois à compter de la date de priorité, étant toutefois entendu que, en cas de dépôt d'un exemplaire original provisoire selon la règle 22.2 e), ce délai est de treize

oder ob er wünscht, daß das Anmeldeamt ihm das Aktenexemplar durch die Post zuschickt. Äußert der Anmelder den Wunsch, das Aktenexemplar abzuholen, so wird es vom Anmeldeamt zur Verfügung des Anmelders gehalten, sobald die in Regel 22.1 Absatz a) genannte Sicherheitsüberprüfung für die Anmeldung erfolgreich abgeschlossen ist, in jedem Fall aber, und zwar auch dann, wenn eine derartige Überprüfung durchgeführt werden muß, nicht später als zehn Tage vor dem Ablauf von 13 Monaten ab Prioritätsdatum. Hat der Anmelder bei Ablauf der Frist für den Eingang des Aktenexemplars beim Internationalen Büro das Exemplar nicht abgeholt, so unterrichtet das Anmeldeamt das Internationale Büro entsprechend. Äußert der Anmelder den Wunsch, daß das Anmeldeamt ihm das Aktenexemplar zuschickt oder äußert er nicht den Wunsch, es abzuholen, so übersendet das Anmeldeamt das Aktenexemplar dem Anmelder, sobald die in Regel 22.1 Absatz a) genannte Sicherheitsüberprüfung für die Anmeldung erfolgreich abgeschlossen worden ist, in jedem Fall aber, und zwar auch dann, wenn eine derartige Überprüfung durchgeführt werden muß, nicht später als 15 Tage vor dem Ablauf von 13 Monaten ab Prioritätsdatum.

e) Hält das Anmeldeamt das Aktenexemplar nicht in dem im Absatz d) festgesetzten Zeitpunkt zur Verfügung des Anmelders oder hat der Anmelder, der um eine Übersendung des Aktenexemplars gebeten hatte, es nicht spätestens zehn Tage vor dem Ablauf von 13 Monaten ab Prioritätsdatum erhalten, so kann der Anmelder eine Abschrift seiner internationalen Anmeldung dem Internationalen Büro übersenden. Diese Abschrift („vorläufiges Aktenexemplar“) wird durch das Aktenexemplar oder, wenn dieses verloren gegangen ist, durch ein vom Anmeldeamt auf der Grundlage des Anmeldeamtsexemplars beglaubigtes Ersatzaktenexemplar so bald als möglich, in jedem Fall aber vor dem Ablauf von 14 Monaten seit dem Prioritätsdatum ersetzt.

22.3 Frist gemäß Artikel 12 Absatz 3

a) Die in Artikel 12 Absatz 3 genannte Frist beträgt

- i) für das Verfahren nach Regel 22.1 oder 22.2 Absatz c) 14 Monate ab Prioritätsdatum,
- ii) für das Verfahren nach Regel 22.2 Absatz d) 13 Monate ab Prioritätsdatum; wird ein vorläufiges Aktenexemplar nach Regel 22.2 Absatz e) eingereicht, so beträgt die Frist 13 Monate ab Prioritätsdatum

sional record copy, and 14 months from the priority date for the filing of the record copy.

(b) Article 48 (1) and Rule 82 shall not apply to the transmittal of the record copy. Article 48 (2) remains applicable.

22.4 Statistics Concerning Non-Compliance with Rules 22.1 and 22.2

The number of instances in which, according to the knowledge of the International Bureau, any receiving Office has not complied with the requirements of Rules 22.1 and/or 22.2 shall be indicated, once a year, in the Gazette.

22.5 Documents Filed with the International Application

For the purposes of the present Rule, the term "record copy" shall include also any document filed with the international application referred to in Rule 3.3 (a) (ii). If any document referred to in Rule 3.3 (a) (ii) which is indicated in the check list as accompanying the international application is not, in fact, filed at the latest by the time the record copy leaves the receiving Office, that Office shall so note on the check list and the said indication shall be considered as if it had not been made.

Rule 23

Tansmittal of the Search Copy

23.1 Procedure

(a) The search copy shall be transmitted by the receiving Office to the International Searching Authority at the latest on the same day as the record copy is transmitted to the International Bureau or, under Rule 22.2 (d), to the applicant.

(b) If the International Bureau has not received, within 10 days from the receipt of the record copy, information from the International Searching Authority that that Authority is in possession of the search copy, the International Bureau shall promptly transmit a copy of the international application to the International Searching Authority. Unless the International Searching Authority has erred in alleging that it was not in possession of the search copy by the expiration of the 13th month from the priority date, the cost of making a copy for that Authority shall be reimbursed by the receiving Office to the International Bureau.

mois à compter de la date de priorité pour le dépôt de l'exemplaire original provisoire et de quatorze mois à compter de la date de priorité pour le dépôt de l'exemplaire original.

b) L'article 48. 1) et la règle 82 ne s'appliquent pas à la transmission de l'exemplaire original. Les dispositions de l'article 48. 2) demeurent applicables.

22.4 Statistiques relatives à l'inobservation des règles 22.1 et 22.2

Le nombre des cas dans lesquels, à la connaissance du Bureau international, un office récepteur ne s'est pas conformé aux exigences des règles 22.1 et 22.2 est indiqué, une fois par an, dans la gazette.

22.5 Documents déposés avec la demande internationale

Aux fins de la présente règle, l'expression «exemplaire original» s'applique également à tout document déposé avec la demande internationale et visé la règle 3.3 a) ii). Si l'un des documents visés à la règle 3.3 a) ii) qui, selon le bordereau, devrait accompagner la demande internationale n'est pas déposé au plus tard au moment où l'exemplaire original est transmis au Bureau international par l'office récepteur, ce dernier le note sur le bordereau, qui est considéré ne pas faire mention dudit document.

Règle 23

Transmission de la copie de recherche

23.1 Procédure

a) La copie de recherche est transmise par l'office récepteur à l'administration chargée de la recherche internationale au plus tard le jour où l'exemplaire original est transmis au Bureau international ou, conformément à la règle 22.2 d), au déposant.

b) Si le Bureau international n'a pas reçu de l'administration chargée de la recherche internationale, dans les dix jours suivant la réception de l'exemplaire original, l'information que cette administration est en possession de la copie de recherche, il transmet à bref délai une copie de la demande internationale à cette administration. Si cette administration ne s'est pas trompée en affirmant qu'elle n'était pas en possession de la copie de recherche à l'expiration du treizième mois à compter de la date de priorité, le coût de l'établissement d'une copie pour cette administration est remboursé par l'office récepteur au Bureau international.

für die Einreichung des vorläufigen Aktenexemplars und 14 Monate ab Prioritätsdatum für die Einreichung des Aktenexemplars.

b) Artikel 48 Absatz 1 und Regel 82 sind nicht auf die Übermittlung des Aktenexemplars anzuwenden. Artikel 48 Absatz 2 bleibt anwendbar.

22.4 Statistik über Verstöße gegen Regeln 22.1 und 22.2

Die Zahl der Fälle, in denen ein Anmeldeamt nach Kenntnis des Internationalen Büros gegen die Regeln 22.1 und 22.2 verstoßen hat, werden jährlich im Blatt angegeben.

22.5 Mit der internationalen Anmeldung eingereichte Unterlagen

In dieser Regel umfaßt der Begriff „Aktenexemplar“ jede zusammen mit der internationalen Anmeldung eingereichte in Regel 3.3 Absatz a) Ziffer ii) genannte Unterlage. Ist eine in Regel 3.3 Absatz a) Ziffer ii) genannte Unterlage in der Kontrollliste als mit der internationalen Anmeldung eingereicht angegeben, tatsächlich aber bis zum Zeitpunkt der Absendung des Aktenexemplars durch das Anmeldeamt nicht eingegangen, so vermerkt das Anmeldeamt dies in der Kontrollliste und die genannte Angabe gilt als nicht geschrieben.

Regel 23

Übermittlung des Recherchenexemplars

23.1 Verfahren

a) Das Recherchenexemplar wird der Internationalen Recherchenbehörde durch das Anmeldeamt spätestens am gleichen Tag übermittelt, an dem das Aktenexemplar dem Internationalen Büro oder nach Regel 22.2 Absatz d) dem Anmelder übermittelt worden ist.

b) Hat das Internationale Büro binnen zehn Tagen nach dem Eingang des Aktenexemplars keine Benachrichtigung von der Internationalen Recherchenbehörde erhalten, daß sie im Besitz des Recherchenexemplars ist, so übermittelt das Internationale Büro der Internationalen Recherchenbehörde unverzüglich eine Abschrift der internationalen Anmeldung. Hat sich die Internationale Recherchenbehörde bei der Behauptung nicht geirrt, daß sie beim Ablauf des 13. Monats ab Prioritätsdatum nicht im Besitz des Recherchenexemplars war, so werden die Kosten der Anfertigung einer Abschrift für diese Behörde dem Internationalen Büro vom Anmeldeamt erstattet.

(c) The number of instances in which, according to the knowledge of the International Bureau, any receiving Office has not complied with the requirement of Rule 23.1 (a) shall be indicated, once a year, in the Gazette.

c) Le nombre des cas dans lesquels, à la connaissance du Bureau international, un office récepteur ne s'est pas conformé à l'exigence de la règle 23.1 a) est indiqué, une fois par an, dans la gazette.

c) Die Zahl der Fälle, in denen ein Anmeldeamt nach Kenntnis des Internationalen Büros gegen die Regel 23.1 Absatz a verstoßen hat, werden jährlich im Blatt angegeben.

Rule 24

Receipt of the Record Copy by the International Bureau

24.1 Recording of Date of Receipt of the Record Copy

The International Bureau shall, upon receipt of the record copy, mark on the request sheet the date of receipt and on all sheets of the international application the stamp of the International Bureau.

24.2 Notification of Receipt of the Record Copy

(a) Subject to the provisions of paragraph (b), the International Bureau shall promptly notify the applicant, the receiving Office, the International Searching Authority, and all designated Offices, of the fact and the date of receipt of the record copy. The notification shall identify the international application by its number, the international filing date, the name of the applicant, and the name of the receiving Office, and shall indicate the filing date of any earlier application whose priority is claimed. The notification sent to the applicant shall also contain the list of the designated Offices which have been notified under this paragraph, and shall, in respect of each designated Office, indicate any applicable time limit under Article 22 (3).

(b) If the record copy is received after the expiration of the time limit fixed in Rule 22.3, the International Bureau shall promptly notify the applicant, the receiving Office, and the International Searching Authority, accordingly.

Règle 24

Réception de l'exemplaire original par le Bureau international

24.1 Inscription de la date de réception de l'exemplaire original

A la réception de l'exemplaire original, le Bureau international appose la date de réception sur la requête et son timbre sur chaque feuille de la demande internationale.

24.2 Notification de la réception de l'exemplaire original

a) Sous réserve de l'alinéa b), le Bureau international notifie à bref délai au déposant, à l'office récepteur, à l'administration chargée de la recherche internationale et à tous les offices désignés, la réception de l'exemplaire original et la date de cette réception. La notification doit identifier la demande internationale par son numéro, par la date du dépôt international, par le nom du déposant et par le nom de l'office récepteur et doit indiquer la date du dépôt de toute demande antérieure dont la priorité est revendiquée. La notification adressée au déposant doit également contenir la liste des offices désignés auxquels a été adressée la notification visée au présent alinéa et doit indiquer, pour chaque office désigné, tout délai applicable selon l'article 22. 3).

b) Si le Bureau international reçoit l'exemplaire original après l'expiration du délai fixé à la règle 22.3, il le notifie à bref délai au déposant, à l'office récepteur et à l'administration chargée de la recherche internationale.

Regel 24

Eingang des Aktenexemplars beim Internationalen Büro

24.1 Anbringen des Eingangsdatums des Aktenexemplars

Das Internationale Büro bringt bei Eingang des Aktenexemplars auf dem Blatt, das den Antrag enthält, das Datum des Eingangs an und versieht alle Blätter der internationalen Anmeldung mit dem Stempel des Internationalen Büros.

24.2 Benachrichtigung über den Eingang des Aktenexemplars

a) Vorbehaltlich des Absatzes b benachrichtigt das Internationale Büro den Anmelder, das Anmeldeamt, die Internationale Recherchenbehörde und alle Bestimmungsämter unverzüglich über den Eingang des Aktenexemplars und das Datum des Eingangs. Die Benachrichtigung muß die internationale Anmeldung mit ihrem Aktenzeichen, dem internationalen Anmeldedatum, dem Namen des Anmelders und des Anmeldeamts angeben; außerdem ist das Anmeldedatum einer früheren Anmeldung anzugeben, deren Priorität in Anspruch genommen wird. Die Benachrichtigung des Anmelders hat das Verzeichnis der nach diesem Absatz benachrichtigten Bestimmungsämter zu enthalten und die für jedes Bestimmungsamt nach Artikel 22 Absatz 3 maßgebliche Frist anzugeben.

b) Geht das Aktenexemplar nach Ablauf der in Regel 22.3 festgesetzten Frist beim Internationalen Büro ein, so benachrichtigt dieses den Anmelder, das Anmeldeamt und die Internationale Recherchenbehörde unverzüglich hiervon.

Rule 25

Receipt of the Search Copy by the International Searching Authority

25.1 Notification of Receipt of the Search Copy

The International Searching Authority shall promptly notify the International Bureau, the applicant, and—unless the International Searching Authority is the same as the receiving Office—the receiving Office, of the fact and the date of receipt of the search copy.

Règle 25

Réception de la copie de recherche par l'administration chargée de la recherche internationale

25.1 Notification de la réception de la copie de recherche

L'administration chargée de la recherche internationale notifie à bref délai au Bureau international, au déposant et — sauf si cette administration est l'office récepteur — à l'office récepteur la réception de la copie de recherche et la date de cette réception.

Regel 25

Eingang des Recherchenexemplars bei der Internationalen Recherchenbehörde

25.1 Benachrichtigung über den Eingang des Recherchenexemplars

Die Internationale Recherchenbehörde benachrichtigt unverzüglich das Internationale Büro, den Anmelder und — falls die Internationale Recherchenbehörde nicht mit dem Anmeldeamt identisch ist — das Anmeldeamt über den Eingang des Recherchenexemplars und das Datum des Eingangs.

Rule 26

Checking and Correcting Certain Elements of the International Application

26.1 Time Limit for Check

(a) The receiving Office shall issue the invitation to correct provided for in Article 14 (1) (b) as soon as possible, preferably within 1 month from the receipt of the international application.

(b) If the receiving Office issues an invitation to correct the defect referred to in Article 14 (1) (a) (iii) or (iv) (missing title or missing abstract), it shall notify the International Searching Authority accordingly.

26.2 Time Limit for Correction

The time limit referred to in Article 14 (1) (b) shall be reasonable under the circumstances of the particular case and shall be fixed in each case by the receiving Office. It shall not be less than 1 month and normally not more than 2 months from the date of the invitation to correct.

26.3 Checking of Physical Requirements under Article 14 (1) (a) (v)

The physical requirements referred to in Rule 11 shall be checked to the extent that compliance therewith is necessary for the purpose of reasonably uniform international publication.

26.4 Procedure

(a) Any correction offered to the receiving Office may be stated in a letter addressed to that Office if the correction is of such a nature that it can be transferred from the letter to the record copy without adversely affecting the clarity and the direct reproducibility of the sheet on to which the correction is to be transferred; otherwise, the applicant shall be required to submit a replacement sheet embodying the correction and the letter accompanying the replacement sheet shall draw attention to the differences between the replaced sheet and the replacement sheet.

(b) The receiving Office shall mark on each replacement sheet the international application number, the date on which it was received, and the stamp identifying the Office. It shall keep in its files a copy of the letter containing the correction or, when the correction is contained in a replacement sheet, the replaced sheet,

Règle 26

Contrôle et correction de certains éléments de la demande internationale

26.1 Délai pour le contrôle

a) L'office récepteur adresse l'invitation à corriger, prévue à l'article 14. 1) b), dès que possible et de préférence dans un délai d'un mois à compter de la réception de la demande internationale.

b) Si l'office récepteur adresse une invitation à corriger l'irrégularité visée à l'article 14. 1) a) iii) ou iv) (titre manquant ou abrégé manquant), il le notifie à l'administration chargée de la recherche internationale.

26.2 Délai pour la correction

Le délai prévu à l'article 14. 1) b) doit être raisonnable, compte tenu des circonstances du cas d'espèce, et est fixé, dans chaque cas, par l'office récepteur. Il est d'un mois au moins et, normalement, de deux mois au plus à compter de la date de l'invitation à corriger.

26.3 Contrôle des conditions matérielles au sens de l'article 14. 1) a) v)

Les conditions matérielles mentionnées à la règle 11 sont contrôlées dans la mesure où elles doivent être remplies aux fins d'une publication internationale raisonnablement uniforme.

26.4 Procédure

a) Toute correction soumise à l'office récepteur peut figurer dans une lettre adressée à cet office si elle est de nature à pouvoir être reportée sur l'exemplaire original sans porter atteinte à la clarté et à la possibilité de reproduction directe de la feuille sur laquelle la correction doit être reportée. Si tel n'est pas le cas, le déposant doit soumettre une feuille de remplacement comprenant la correction; la lettre d'accompagnement devra attirer l'attention sur les différences entre la feuille remplacée et la feuille de remplacement.

b) L'office récepteur appose sur chaque feuille de remplacement son timbre, le numéro de la demande internationale et la date de réception de ladite feuille. Il garde dans ses dossiers une copie de la lettre contenant la correction ou, lorsque cette dernière figure sur une feuille de remplacement, la feuille remplacée, une

Regel 26

Prüfung und Berichtigung bestimmter Bestandteile der internationalen Anmeldung

26.1 Frist für die Prüfung

a) Die Aufforderung zur Beseitigung von Mängeln nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe b erläßt das Anmeldeamt so bald wie möglich, vorzugsweise innerhalb eines Monats nach Eingang der internationalen Anmeldung.

b) Versendet das Anmeldeamt eine Aufforderung, Mängel der in Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer iii oder iv genannten Art (fehlende Bezeichnung oder Zusammenfassung) zu beheben, so benachrichtigt es die Internationale Recherchenbehörde hiervon.

26.2 Frist für die Mängelbeseitigung

Die in Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe b erwähnte Frist hat den Umständen des Einzelfalls angemessen zu sein und ist in jedem Fall durch das Anmeldeamt festzusetzen. Sie darf nicht eher als einen Monat und soll normalerweise nicht später als zwei Monate nach dem Zeitpunkt der Aufforderung zur Mängelbeseitigung ablaufen.

26.3 Prüfung der Formerfordernisse nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer v

Die in Regel 11 genannten Formerfordernisse werden geprüft, soweit ihre Erfüllung für eine im wesentlichen einheitliche internationale Veröffentlichung erforderlich ist.

26.4 Verfahren

a) Eine dem Anmeldeamt unterbreitete Berichtigung kann in einem an das Amt gerichteten Schreiben niedergelegt werden, wenn sie so beschaffen ist, daß sie von dem Schreiben in das Aktenexemplar übertragen werden kann, ohne die Übersichtlichkeit oder Vervielfältigungsfähigkeit des Blattes zu beeinträchtigen, auf das die Berichtigung zu übertragen ist; in anderen Fällen wird der Anmelder aufgefordert, Ersatzblätter einzureichen, die die Berichtigung enthalten, und das Begleitschreiben hat auf die Unterschiede zwischen den auszutauschenden Blättern und den Ersatzblättern hinzuweisen.

b) Das Anmeldeamt vermerkt auf jedem Ersatzblatt das internationale Aktenzeichen und das Eingangsdatum und bringt das Dienstsiegel des Amtes an. Es bewahrt in seinen Akten ein Exemplar des die Berichtigung enthaltenden Schreibens oder, wenn die Berichtigung durch ein Ersatzblatt vorgenommen wurde, das ausge-

the letter accompanying the replacement sheet, and a copy of the replacement sheet.

(c) The receiving Office shall promptly transmit the letter and any replacement sheet to the International Bureau. The International Bureau shall transfer to the record copy the corrections requested in a letter, together with the indication of the date of its receipt by the receiving Office, and shall insert any replacement sheet in the record copy. The letter and any replaced sheet shall be kept in the files of the International Bureau.

(d) The receiving Office shall promptly transmit a copy of the letter and any replacement sheet to the International Searching Authority.

copie de la feuille de remplacement et la lettre d'accompagnement.

c) L'office récepteur transmet à bref délai la lettre de correction et toute feuille de remplacement au Bureau international. Le Bureau international reporte dans l'exemplaire original les corrections demandées par lettre, avec l'indication de la date de réception de cette dernière par l'office récepteur, et y insère toute feuille de remplacement. La lettre de correction et toute feuille remplacée sont conservées dans les dossiers du Bureau international.

d) L'office récepteur transmet à bref délai à l'administration chargée de la recherche internationale une copie de la lettre de correction et de chaque feuille de remplacement.

tauschte Blatt, das das Ersatzblatt begleitende Schreiben und ein Exemplar des Ersatzblatts auf.

c) Das Anmeldeamt leitet das Schreiben und gegebenenfalls die Ersatzblätter unverzüglich dem Internationalen Büro zu. Das Internationale Büro überträgt die brieflich beantragten Berichtigungen zusammen mit der Angabe des Zeitpunkts des Eingangs beim Anmeldeamt in das Aktenexemplar und fügt die Ersatzblätter in das Aktenexemplar ein. Das Schreiben und die ausgetauschten Blätter verbleiben in den Akten des Internationalen Büros.

d) Das Anmeldeamt übersendet der Internationalen Recherchenbehörde unverzüglich Abschriften des Schreibens und der Ersatzblätter.

26.5 Correction of Certain Elements

(a) The receiving Office shall decide whether the applicant has submitted the correction within the prescribed time limit. If the correction has been submitted within the prescribed time limit, the receiving Office shall decide whether the international application so corrected is or is not to be considered withdrawn.

(b) The receiving Office shall mark on the papers containing the correction the date on which it received such papers.

26.5 Correction de certains éléments

a) L'office récepteur décide si le déposant a présenté la correction dans le délai prescrit. Si la correction a été présentée dans le délai prescrit, il décide si la demande internationale ainsi corrigée doit ou non être considérée comme retirée.

b) L'office récepteur appose sur les documents contenant la correction la date de leur réception.

26.5 Berichtigung von bestimmten Teilen

a) Das Anmeldeamt entscheidet, ob die Berichtigung innerhalb der vorgeschriebenen Zeit unterbreitet worden ist. Ist das der Fall, so entscheidet das Anmeldeamt, ob die so berichtigte internationale Anmeldung als zurückgenommen gelten soll oder nicht.

b) Das Anmeldeamt vermerkt auf den die Berichtigung enthaltenden Unterlagen das Datum ihres Eingangs.

26.6 Missing Drawings

(a) If, as provided in Article 14 (2), the international application refers to drawings which in fact are not included in that application, the receiving Office shall so indicate in the said application.

(b) The date on which the applicant receives the notification provided for in Article 14 (2) shall have no effect on the time limit fixed under Rule 20.2 (a) (iii).

26.6 Dessins manquants

a) Si, conformément à l'article 14. 2), la demande internationale se réfère à des dessins qui ne sont pas effectivement compris dans la demande, l'office récepteur indique ce fait dans la dite demande.

b) La date de réception, par le déposant, de la notification prévue à l'article 14. 2) n'a pas d'effet sur le délai fixé à la règle 20.2 a) iii).

26.6 Fehlende Zeichnungen

a) Bezieht sich die internationale Anmeldung wie in Artikel 14 Absatz 2 vorgesehen auf Zeichnungen, die der Anmeldung tatsächlich nicht beigelegt sind, so vermerkt das Anmeldeamt dies in der Anmeldung.

b) Der Zeitpunkt, in dem der Anmelder die Benachrichtigung nach Artikel 14 Absatz 2 erhält, hat auf die gemäß Regel 20.2 Absatz a Ziffer iii festgesetzte Frist keine Wirkung.

Rule 27

Lack of Payment of Fees

27.1 Fees

(a) For the purposes of Article 14 (3) (a), "fees prescribed under Article 3 (4) (iv)" means: the transmittal fee (Rule 14), the basic fee part of the international fee [Rule 15. 1 (i)], and the search fee (Rule 16).

(b) For the purposes of Article 14 (3) (a) and (b), "the fee prescribed under Article 4 (2)" means the designation fee part of the international fee [Rule 15.1 (ii)].

Règle 27

Défaut de paiement de taxes

27.1 Taxes

a) Aux fins de l'article 14. 3) a), on entend par «taxes prescrites par l'article 3. 4) iv)» la taxe de transmission (règle 14), la partie de la taxe internationale constituant la taxe de base [règle 15.1 i)] et la taxe de recherche (règle 16).

b) Aux fins de l'article 14. 3) a) et b), on entend par «taxe prescrite par l'article 4. 2)» la partie de la taxe internationale constituant la taxe de désignation [règle 15.1 ii)].

Regel 27

Unterlassene Gebührenzahlung

27.1 Gebühren

a) Die in Artikel 14 Absatz 3 Buchstabe a genannten „nach Artikel 3 Absatz 4 Ziffer iv vorgeschriebenen Gebühren“ sind: die Übermittlungsgebühr (Regel 14), die Grundgebühr als Teil der internationalen Gebühr (Regel 15.1 Ziffer i) und die Recherchegebühr (Regel 16).

b) Die in Artikel 14 Absatz 3 Buchstaben a und b genannte „nach Artikel 4 Absatz 2 vorgeschriebene Gebühr“ ist die Bestimmungsgebühr als Teil der internationalen Gebühr (Regel 15.1 Ziffer ii).

Rule 28

Defects Noted by the International Bureau or the International Searching Authority

28.1 Note on Certain Defects

(a) If, in the opinion of the International Bureau or of the International Searching Authority, the international application contains any of the defects referred to in Article 14 (1) (a) (i), (ii), or (v), the International Bureau or the International Searching Authority, respectively, shall bring such defects to the attention of the receiving Office.

(b) The receiving Office shall, unless it disagrees with the said opinion, proceed as provided in Article 14 (1) (b) and Rule 26.

Rule 29

International Applications or Designations Considered Withdrawn under Article 14 (1), (3) or (4)

29.1 Finding by Receiving Office

(a) If the receiving Office declares, under Article 14 (1) (b) and Rule 26.5 (failure to correct certain defects), or under Article 14 (3) (a) [failure to pay the prescribed fees under Rule 27.1 (a)], or under Article 14 (4) [later finding of non-compliance with the requirements listed in items (i) to (iii) of Article 11 (1)], that the international application is considered withdrawn:

- (i) the receiving Office shall transmit the record copy (unless already transmitted), and any correction offered by the applicant, to the International Bureau;
- (ii) the receiving Office shall promptly notify both the applicant and the International Bureau of the said declaration, and the International Bureau shall in turn notify the interested designated Offices;
- (iii) the receiving Office shall not transmit the search copy as provided in Rule 23, or, if such copy has already been transmitted, it shall notify the International Searching Authority of the said declaration;
- (iv) the International Bureau shall not be required to notify the applicant of the receipt of the record copy.

(b) If the receiving Office declares under Article 14 (3) (b) [failure to pay the prescribed designation fee under Rule 27.1 (b)] that the designation of

Règle 28

Irrégularités relevées par le Bureau international ou par l'administration chargée de la recherche internationale

28.1 Note relative à certaines irrégularités

a) Si le Bureau international ou l'administration chargée de la recherche internationale est d'avis que la demande internationale ne répond pas à l'une des prescriptions de l'article 14. 1) a) i), ii) ou v), ce Bureau ou cette administration, selon le cas, en informe l'office récepteur.

b) L'office récepteur, sauf s'il ne partage pas cet avis, procède de la manière prévue à l'article 14. 1) b) et à la règle 26.

Règle 29

Demandes internationales ou désignations considérées comme retirées au sens de l'article 14. 1), 3) ou 4)

29.1 Constatations de l'office récepteur

a) Si l'office récepteur déclare, selon l'article 14. 1) b) et la règle 26.5 (défaut de correction de certaines irrégularités), ou conformément à l'article 14. 3) a) [défaut de paiement des taxes prescrites par la règle 27.1 a)], ou encore conformément à l'article 14. 4) (constatation ultérieure que les conditions énumérées aux points i) à iii) de l'article 11. 1) ne sont pas remplies), que la demande internationale est considérée comme retirée:

- i) il transmet au Bureau international l'exemplaire original (si cela n'a pas déjà été fait) et toute correction présentée par le déposant;
- ii) il notifie à bref délai cette déclaration au déposant et au Bureau international, et ce dernier la notifie aux offices désignés intéressés;
- iii) il ne transmet pas la copie de recherche de la manière prescrite à la règle 23 ou, si une telle copie a déjà été transmise, il notifie cette déclaration à l'administration chargée de la recherche internationale;
- iv) le Bureau international n'a pas l'obligation de notifier au déposant la réception de l'exemplaire original.

b) Si l'office récepteur déclare, selon l'article 14. 3) b) [défaut de paiement de la taxe de désignation prescrite par la règle 27.1 b)], que la dési-

Regel 28

Mängel, die durch das Internationale Büro oder die Internationale Recherchenbehörde festgestellt werden

28.1 Mitteilung über bestimmte Mängel

a) Weist die internationale Anmeldung nach Ansicht des Internationalen Büros oder der Internationalen Recherchenbehörde einen der in Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a Ziffern i, ii oder v genannten Mängel auf, so macht das Internationale Büro oder die Internationale Recherchenbehörde das Anmeldeamt auf die Mängel aufmerksam.

b) Das Anmeldeamt verfährt, außer wenn es mit der Auffassung nicht übereinstimmt, nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe b und Regel 26.

Regel 29

Internationale Anmeldungen oder Bestimmungen, die nach Artikel 14 Absätze 1, 3 oder 4 als zurückgenommen gelten

29.1 Feststellung durch das Anmeldeamt

a) Erklärt das Anmeldeamt, daß die Anmeldung nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe b und Regel 26.5 (Nichtbeurteilung bestimmter Mängel), nach Artikel 14 Absatz 3 Buchstabe a (Versäumnis der Zahlung der nach Regel 27.1 Absatz a vorgeschriebenen Gebühren) oder nach Artikel 14 Absatz 4 (nachträgliche Feststellung der Nichterfüllung der Erfordernisse nach Artikel 11 Absatz 1 Ziffern i bis iii) als zurückgenommen gilt:

- i) so übersendet das Anmeldeamt das Aktenexemplar (soweit dies nicht bereits geschehen ist) sowie jede vom Anmelder vorgeschlagene Berichtigung an das Internationale Büro;
- ii) so setzt das Anmeldeamt sowohl den Anmelder als auch das Internationale Büro von dieser Erklärung in Kenntnis; dieses wiederum benachrichtigt die interessierten Bestimmungsämter;
- iii) so unterläßt das Anmeldeamt entweder die Übermittlung des Recherchenexemplars gemäß Regel 23 oder, wenn es dieses bereits übersandt hat, unterrichtet die Internationale Recherchenbehörde über die Erklärung;
- iv) so ist das Internationale Büro nicht verpflichtet, den Anmelder von dem Empfang des Aktenexemplars zu benachrichtigen.

b) Erklärt das Anmeldeamt nach Artikel 14 Absatz 3 Buchstabe b, daß die Bestimmung eines Staates als zurückgenommen gilt (Unterlassung der

any given State is considered withdrawn, the receiving Office shall promptly notify both the applicant and the International Bureau of the said declaration. The International Bureau shall in turn notify the interested national Office.

29.2 Finding by Designated Office

Where the effect of the international application ceases in any designated State by virtue of Article 24 (1) (iii), or where such effect is maintained in any designated State by virtue of Article 24 (2), the competent designated Office shall promptly notify the International Bureau accordingly.

29.3 Calling Certain Facts to the Attention of the Receiving Office

If the International Bureau or the International Searching Authority considers that the receiving Office should make a finding under Article 14 (4), it shall call the relevant facts to the attention of the receiving Office.

29.4 Notification of Intent to Make Declaration under Article 14 (4)

Before the receiving Office issues any declaration under Article 14 (4), it shall notify the applicant of its intent to issue such declaration and the reasons therefor. The applicant may, if he disagrees with the tentative finding of the receiving Office, submit arguments to that effect within 1 month from the notification.

Rule 30

Time Limit under Article 14 (4)

30.1 Time Limit

The time limit referred to in Article 14 (4) shall be 6 months from the international filing date.

Rule 31

Copies Required under Article 13

31.1 Request for Copies

(a) Requests under Article 13 (1) may relate to all, some kinds of, or individual international applications in which the national Office making the request is designated. Requests for all or some kinds of such international applications must be renewed for each year by means of a notification addressed by that Office before November 30 of the preceding year to the International Bureau.

(b) Requests under Article 13 (2) (b) shall be subject to the payment of a

gnation d'un État donné est considérée comme retirée, l'office récepteur le notifie à bref délai au déposant et au Bureau international. Ce dernier le notifie à son tour à l'office national intéressé.

29.2 Constatation de l'office récepteur

Lorsque les effets de la demande internationale cessent dans un État désigné en raison de l'article 24. 1) iii) ou y subsistent en raison de l'article 24. 2), l'office désigné compétent le notifie à bref délai au Bureau international.

29.3 Indication de certains faits à l'office récepteur

Lorsque le Bureau international ou l'administration chargée de la recherche internationale estime que l'office récepteur devrait faire une constatation au sens de l'article 14. 4), il indique à ce dernier les faits pertinents.

29.4 Notification de l'intention de faire une déclaration selon l'article 14. 4)

Avant de faire une déclaration selon l'article 14. 4), l'office récepteur notifie au déposant son intention et ses motifs. Le déposant peut, s'il n'est pas d'accord avec la constatation provisoire de l'office récepteur, présenter ses observations dans un délai d'un mois à compter de la notification.

Règle 30

Délai selon l'article 14. 4)

30.1 Délai

Le délai mentionné à l'article 14. 4) est de six mois à compter de la date du dépôt international.

Règle 31

Copies visées à l'article 13

31.1 Demande de copies

a) Les demandes de copies selon l'article 13. 1) peuvent viser toutes les demandes internationales, certains types de demandes internationales, ou des demandes internationales déterminées, qui désignent l'office national qui présente cette demande de copies. De telles demandes de copies doivent être renouvelées pour chaque année par notification adressée avant le 30 novembre de l'année précédente au Bureau international par ledit office.

b) Les demandes de remise de copies selon l'article 13. 2) b) sont sujet-

Zahlung einer Bestimmungsgebühr nach Regel 27.1 Absatz b), so unterrichtet das Anmeldeamt unverzüglich den Anmelder und das Internationale Büro hiervon. Das Internationale Büro unterrichtet daraufhin das interessierte nationale Amt.

29.2 Feststellung durch das Bestimmungsamt

Endet die Wirkung der internationalen Anmeldung in einem Bestimmungsstaat nach Artikel 24 Absatz 1 Ziffer iii) oder wird diese Wirkung in einem Bestimmungsstaat nach Artikel 24 Absatz 2 aufrechterhalten, so unterrichtet das zuständige Bestimmungsamt unverzüglich das Internationale Büro hiervon.

29.3 Hinweis des Anmeldeamts auf bestimmte Tatsachen

Ist das Internationale Büro oder die Internationale Recherchenbehörde der Ansicht, daß das Anmeldeamt eine Feststellung nach Artikel 14 Absatz 4 treffen sollte, so macht das Büro oder die Behörde das Anmeldeamt auf die einschlägigen Tatsachen aufmerksam.

29.4 Mitteilung der Absicht, eine Erklärung nach Artikel 14 Absatz 4 abzugeben

Bevor das Anmeldeamt eine Erklärung nach Artikel 14 Absatz 4 abgibt, unterrichtet es den Anmelder von seiner Absicht, eine solche Erklärung abzugeben, und von den Gründen hierfür. Der Anmelder kann, wenn er die vorläufige Feststellung des Anmeldeamts für unrichtig hält, innerhalb eines Monats nach der Unterrichtung Gegenvorstellungen erheben.

Regel 30

Frist gemäß Artikel 14 Absatz 4

30.1 Frist

Die in Artikel 14 Absatz 4 genannte Frist beträgt sechs Monate seit dem internationalen Anmeldedatum.

Regel 31

Nach Artikel 13 erforderliche Exemplare

31.1 Anforderung der Exemplare

a) Jede Anforderung nach Artikel 13 Absatz 1 kann sich auf alle oder einzelne internationale Anmeldungen oder bestimmte Arten hiervon beziehen, in denen das anfordernde nationale Amt als Bestimmungsamt benannt ist. Anforderungen internationaler Anmeldungen oder bestimmter Arten hiervon müssen jährlich durch eine Note, die bis zum 30. November des vorausgehenden Jahres an das Internationale Büro zu richten ist, erneuert werden.

b) Für Anträge nach Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe b) ist eine Gebühr

fee covering the cost of preparing and mailing the copy.

31.2 Preparation of Copies

The preparation of copies required under Article 13 shall be the responsibility of the International Bureau.

Rule 32

Withdrawal of the International Application or of Designations

32.1 Withdrawals

(a) The applicant may withdraw the international application prior to the expiration of 20 months from the priority date except as to any designated State in which national processing or examination has already started. He may withdraw the designation of any designated State prior to the date on which processing or examination may start in that State.

(b) Withdrawal of the designation of all designated States shall be treated as withdrawal of the international application.

(c) Withdrawal shall be effected by a signed notice from the applicant to the International Bureau or, if the record copy has not yet been sent to the International Bureau, to the receiving Office. In the case of Rule 4.8 (b), the notice shall require the signature of all the applicants.

(d) Where the record copy has already been sent to the International Bureau, the fact of withdrawal, together with the date of receipt of the notice effecting withdrawal, shall be recorded by the International Bureau and promptly notified by it to the receiving Office, the applicant, the designated Offices affected by the withdrawal, and, where the withdrawal concerns the international application and where the international search report or the declaration referred to in Article 17 (2) (a) has not yet issued, the International Searching Authority.

Rule 33

Relevant Prior Art for the International Search

33.1 Relevant Prior Art for the International Search

(a) For the purposes of Article 15 (2), relevant prior art shall consist of everything which has been made available to the public anywhere in the world by means of written disclosure (including drawings and other illustrations) and which is capable of being of assistance in determining that the claimed invention is or is

tes au paiement d'une taxe couvrant les frais de préparation et d'expédition des copies.

31.2 Préparation de copies

Le Bureau international est responsable de la préparation des copies visées à l'article 13.

Règle 32

Retrait de la demande internationale ou de désignations

32.1 Retraits

a) Le déposant peut retirer la demande internationale avant l'expiration d'un délai de vingt mois à compter de la date de priorité, sauf pour tout État désigné où le traitement ou l'examen national a déjà commencé. Il peut retirer la désignation de tout État désigné avant la date à laquelle le traitement ou l'examen peut commencer dans cet État.

b) Le retrait de la désignation de tous les États désignés est traité comme un retrait de la demande internationale.

c) Le retrait doit être effectué par le moyen d'une notice signée, adressée par le déposant au Bureau international, ou à l'office récepteur si l'exemplaire original n'a pas encore été adressé audit Bureau. Dans le cas de la règle 4.8 b), la notice de retrait doit être signée par tous les déposants.

d) Lorsque l'exemplaire original a déjà été adressé au Bureau international, le retrait et la date de réception de ce retrait sont enregistrés par le Bureau international, qui les notifie à bref délai à l'office récepteur, au déposant et aux offices désignés affectés par le retrait; si la demande internationale est retirée et si le rapport de recherche internationale ou la déclaration mentionnée à l'article 17. 2) a) n'a pas encore été établi, la notification est également faite à l'administration chargée de la recherche internationale.

Règle 33

État de la technique pertinent aux fins de la recherche internationale

33.1 État de la technique pertinent aux fins de la recherche internationale

a) Aux fins de l'article 15. 2), l'état de la technique pertinent comprend tout ce qui a été rendu accessible au public en tous lieux du monde par une divulgation écrite (y compris des dessins et autres illustrations) et qui est susceptible d'aider à déterminer si l'invention dont la protection est demandée est nouvelle ou non et si elle

zu entrichten, die die Kosten der Vorbereitung und der Versendung des Exemplars deckt.

31.2 Herstellung der Exemplare

Die Herstellung der nach Artikel 13 erforderlichen Exemplare ist Aufgabe des Internationalen Büros.

Regel 32

Zurücknahme der internationalen Anmeldung oder von Bestimmungen

32.1 Zurücknahme

a) Der Anmelder kann die internationale Anmeldung vor Ablauf von 20 Monaten ab Prioritätsdatum zurücknehmen, jedoch nicht mit Wirkung für einen Bestimmungsstaat, in dem die nationale Bearbeitung oder Prüfung der Anmeldung bereits aufgenommen worden ist. Er kann die Bestimmung eines Bestimmungsstaats vor dem Zeitpunkt zurücknehmen, zu dem die Bearbeitung oder Prüfung der Anmeldung in diesem Staat aufgenommen werden darf.

b) Die Zurücknahme der Bestimmung aller Bestimmungsstaaten gilt als Zurücknahme der internationalen Anmeldung.

c) Die Zurücknahme erfolgt durch eine vom Anmelder unterzeichnete Erklärung, die an das Internationale Büro oder, wenn das Aktenexemplar noch nicht an das Internationale Büro versandt worden ist, an das Anmeldeamt zu richten ist. Im Falle der Regel 4.8 Absatz b hat die Erklärung die Unterschrift aller Anmelder zu tragen.

d) Ist das Aktenexemplar bereits an das Internationale Büro versandt worden, so registriert dieses die Zurücknahme und das Eingangsdatum der Zurücknahmeerklärung und setzt hiervon unverzüglich das Anmeldeamt, den Anmelder, die betroffenen Bestimmungsbüros sowie, wenn die Zurücknahme die gesamte internationale Anmeldung betrifft und der Recherchenbericht oder die Erklärung nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a noch nicht herausgegeben worden sind, auch die Internationale Recherchenbehörde in Kenntnis.

Regel 33

Einschlägiger Stand der Technik für die internationale Recherche

33.1 Einschlägiger Stand der Technik für die internationale Recherche

a) Für die Zwecke des Artikels 15 Absatz 2 ist unter dem einschlägigen Stand der Technik alles zu verstehen, was der Öffentlichkeit irgendwo in der Welt mittels schriftlicher Offenbarung (unter Einschluß von Zeichnungen und anderen Darstellungen) zugänglich gemacht worden ist und was für die Feststellung bedeutsam

not new and that it does or does not involve an inventive step (i.e., that it is or is not obvious), provided that the making available to the public occurred prior to the international filing date.

(b) When any written disclosure refers to an oral disclosure, use, exhibition, or other means whereby the contents of the written disclosure were made available to the public, and such making available to the public occurred on a date prior to the international filing date, the international search report shall separately mention that fact and the date on which it occurred if the making available to the public of the written disclosure occurred on a date posterior to the international filing date.

(c) Any published application or any patent whose publication date is later but whose filing date, or, where applicable, claimed priority date, is earlier than the international filing date of the international application searched, and which would constitute relevant prior art for the purposes of Article 15 (2) had it been published prior to the international filing date, shall be specially mentioned in the international search report.

33.2 Fields to be Covered by the International Search

(a) The international search shall cover all those technical fields, and shall be carried out on the basis of all those search files, which may contain material pertinent to the invention.

(b) Consequently, not only shall the art in which the invention is classifiable be searched but also analogous arts regardless of where classified.

(c) The question what arts are, in any given case, to be regarded as analogous shall be considered in the light of what appears to be the necessary essential function or use of the invention and not only the specific functions expressly indicated in the international application.

(d) The international search shall embrace all subject matter that is generally recognized as equivalent to the subject matter of the claimed invention for all or certain of its

implicque ou non une activité inventive (c'est-à-dire si elle est évidente ou non), à condition que la mise à la disposition du public ait eu lieu avant la date du dépôt international.

b) Lorsqu'une divulgation écrite se réfère à une divulgation orale, à un usage, à une exposition, ou à tous autres moyens par lesquels le contenu de la divulgation écrite a été rendu accessible au public, et lorsque cette mise à la disposition du public a eu lieu à une date antérieure à celle du dépôt international, le rapport de recherche internationale mentionne séparément ce fait et la date à laquelle il a eu lieu, si la mise à la disposition du public de la divulgation écrite a eu lieu à une date postérieure à celle du dépôt international.

c) Toute demande publiée ainsi que tout brevet dont la date de publication est postérieure, mais dont la date de dépôt — ou, le cas échéant, la date de la priorité revendiquée — est antérieure à la date du dépôt international de la demande internationale faisant l'objet de la recherche, et qui feraient partie de l'état de la technique pertinent aux fins de l'article 15. 2) s'ils avaient été publiés avant la date du dépôt international, sont spécialement mentionnés dans le rapport de recherche internationale.

33.2 Domaines que la recherche internationale doit couvrir

a) La recherche internationale doit couvrir tous les domaines techniques qui peuvent contenir des éléments pertinents vis-à-vis de l'objet de l'invention et doit être effectuée dans toutes les classes de la documentation qui peuvent contenir de tels éléments.

b) Par conséquent, la recherche ne doit pas porter seulement sur le domaine de la technique dans lequel l'invention peut être classée mais également sur des domaines analogues, sans tenir compte de leur classement.

c) La détermination des domaines de la technique qui doivent, dans un cas donné, être considérés comme analogues, doit être étudiée à la lumière de ce qui semble constituer la fonction ou l'utilisation nécessaires essentielles de l'invention, et non pas en tenant seulement compte des fonctions spécifiques expressément indiquées dans la demande internationale.

d) La recherche internationale doit embrasser tous les éléments que l'on considère généralement comme équivalant aux éléments de l'invention dont la protection est demandée pour

ist, ob die beanspruchte Erfindung neu oder nicht neu ist und ob sie auf einer erfinderischen Leistung beruht oder nicht (d.h., ob sie offensichtlich ist oder nicht), vorausgesetzt, daß der Zeitpunkt, zu dem es der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde, vor dem internationalen Anmeldedatum liegt.

b) Bezieht sich eine schriftliche Offenbarung auf eine mündliche Offenbarung, eine Benutzung, eine Ausstellung oder andere Maßnahmen, durch die der Inhalt der schriftlichen Offenbarung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist, und lag der Zeitpunkt, zu dem sie zugänglich gemacht wurde, vor dem internationalen Anmeldedatum, so werden im internationalen Recherchenbericht diese Tatsache und der Zeitpunkt der Zugänglichmachung gesondert erwähnt, sofern die schriftliche Offenbarung der Öffentlichkeit erst nach dem Anmeldedatum zugänglich wurde.

c) Veröffentlichte Anmeldungen oder Patente, deren Veröffentlichungsdatum später, deren Anmeldedatum oder — gegebenenfalls — deren beanspruchtes Prioritätsdatum aber früher liegen als das internationale Anmeldedatum der recherchierten internationalen Anmeldung und die für die Zwecke des Artikels 15 Absatz 2 zum einschlägigen Stand der Technik gehören würden, wenn sie vor dem internationalen Anmeldedatum veröffentlicht worden wären, werden in dem internationalen Recherchenbericht besonders erwähnt.

33.2 Bei der internationalen Recherche zu berücksichtigende Sachgebiete

a) Die internationale Recherche bezieht alle technischen Sachgebiete ein und wird auf der Basis des Prüfstoffs durchgeführt, der die Erfindung betreffendes Material enthalten könnte.

b) Folglich sollen nicht nur technische Gebiete in die Recherche einbezogen werden, in welche die Erfindung eingruppiert werden kann, sondern auch gleichartige technische Gebiete ohne Rücksicht auf die Klassifikation.

c) Die Frage, welche technischen Gebiete im Einzelfall als gleichartig zu berücksichtigen sind, wird aus dem Gesichtswinkel beurteilt, was augenscheinlich die notwendige wesentliche Funktion oder Verwendung der Erfindung ist, und nicht nur im Lichte der Einzelfunktionen, die in der internationalen Anmeldung ausdrücklich aufgeführt sind.

d) Die internationale Recherche hat alle Gegenstände einzuschließen, welche allgemein als äquivalent zum Gegenstand der beanspruchten Erfindung für alle oder bestimmte ihrer

features, even though, in its specifics, the invention as described in the international application is different.

33.3 Orientation of the International Search

(a) International search shall be made on the basis of the claims, with due regard to the description and the drawings (if any) and with particular emphasis on the inventive concept towards which the claims are directed.

(b) In so far as possible and reasonable, the international search shall cover the entire subject matter to which the claims are directed or to which they might reasonably be expected to be directed after they have been amended.

Rule 34

Minimum Documentation

34.1 Definition

(a) The definitions contained in Article 2 (i) and (ii) shall not apply for the purposes of this Rule.

(b) The documentation referred to in Article 15 (4) ("minimum documentation") shall consist of:

- i) the "national patent documents" as specified in paragraph (c),
- ii) the published international (PCT) applications, the published regional applications for patents and inventors' certificates, and the published regional patents and inventors' certificates,
- iii) such other published items of non-patent literature as the International Searching Authorities shall agree upon and which shall be published in a list by the International Bureau when agreed upon for the first time and whenever changed.

(c) Subject to paragraphs (d) and (e), the "national patent documents" shall be the following:

- i) the patents issued in and after 1920 by France, the former Reichspatentamt of Germany, Japan, the Soviet Union, Switzerland (in French and German languages only), the United Kingdom, and the United States of America,
- ii) the patents issued by the Federal Republic of Germany,
- iii) the patent applications, if any, published in and after 1920 in the countries referred to in items (i) and (ii),
- iv) the inventors' certificates issued by the Soviet Union,

toutes ou certaines de ses caractéristiques, même si, dans ses détails, l'invention telle que décrite dans la demande internationale est différente.

33.3 Orientation de la recherche internationale

a) La recherche internationale s'effectue sur la base des revendications, en tenant dûment compte de la description et des dessins (s'il y en a) et en insistant plus particulièrement sur le concept inventif qu'impliquent les revendications.

b) Dans toute la mesure où cela est possible et raisonnable, la recherche internationale doit couvrir la totalité des éléments qu'impliquent les revendications ou dont on peut raisonnablement s'attendre qu'ils y seront impliqués une fois lesdites revendications modifiées.

Règle 34

Documentation minimale

34.1 Définition

a) Les définitions figurant à l'article 2. i) et ii) ne s'appliquent pas aux fins de la présente règle.

b) La documentation mentionnée à l'article 15. 4) («documentation minimale») consiste en:

- i) les «documents nationaux de brevets» définis à l'alinéa c);
- ii) les demandes internationales (PCT) publiées, les demandes régionales publiées de brevets et de certificats d'auteur d'invention ainsi que les brevets et certificats d'auteur d'invention régionaux publiés;
- iii) tous autres éléments, constituant la littérature autre que celle des brevets, convenus entre les administrations chargées de la recherche internationale et dont la liste est publiée par le Bureau international après le premier accord à leur sujet et après chaque modification.

c) Sous réserve des alinéas d) et e), sont considérés comme «documents nationaux de brevets»:

- i) les brevets délivrés à partir de 1920 par l'ancien Reichspatentamt allemand, les États-Unis d'Amérique, la France, le Japon, le Royaume-Uni, la Suisse (en langues allemande et française seulement) et l'Union soviétique;
- ii) les brevets délivrés par la République fédérale d'Allemagne;
- iii) les demandes de brevets, s'il y en a, publiées à partir de 1920 dans les pays mentionnés aux points i) et ii);
- iv) les certificats d'auteur d'invention délivrés par l'Union soviétique;

Merkmale angesehen werden, selbst wenn die in der internationalen Anmeldung beschriebene Erfindung in ihren Einzelheiten unterschiedlich ist.

33.3 Ausrichtung der internationalen Recherche

a) Die internationale Recherche wird auf der Grundlage der Ansprüche unter angemessener Berücksichtigung der Beschreibung und der Zeichnungen (soweit vorhanden) durchgeführt und berücksichtigt besonders die erfinderische Idee, auf die die Ansprüche gerichtet sind.

b) Soweit es möglich und sinnvoll ist, hat die internationale Recherche den gesamten Gegenstand zu erfassen, auf den die Ansprüche gerichtet sind, oder auf den sie, wie vernünftigerweise erwartet werden kann, nach einer Anspruchsänderung gerichtet werden könnten.

Regel 34

Mindestprüfstoff

34.1 Begriffsbestimmung

a) Die Begriffsbestimmungen in den Artikeln 2 Ziffern i und ii sind auf diese Regel nicht anzuwenden.

b) Der in Artikel 15 Absatz 4 erwähnte Prüfstoff („Mindestprüfstoff“) setzt sich zusammen aus:

- i) den in Absatz c näher bezeichneten „nationalen Patentschriften“,
- ii) den veröffentlichten internationalen (PCT) Anmeldungen, den veröffentlichten regionalen Patent- und Erfinderscheinanmeldungen und den veröffentlichten regionalen Patenten und Erfinderscheinen,
- iii) anderen, nicht zur Patentliteratur gehörenden Veröffentlichungen, auf die die Recherchenbehörden sich einigen und die in einer Aufstellung vom Internationalen Büro bekanntgegeben werden, sobald sie erstmalig festgelegt sind und so oft sie geändert werden.

c) Vorbehaltlich der Absätze d und e sind als „nationale Patentschriften“ anzusehen:

- i) die im Jahre oder nach dem Jahre 1920 von dem früheren Reichspatentamt Deutschlands, von Frankreich, von Japan, von der Schweiz (nur in deutscher und französischer Sprache), von der Sowjetunion, von dem Vereinigten Königreich und von den Vereinigten Staaten von Amerika erteilten Patente,
- ii) die von der Bundesrepublik Deutschland erteilten Patente,
- iii) die im Jahre oder nach dem Jahre 1920 in den in Ziffern i und ii genannten Ländern veröffentlichten Patentanmeldungen,
- iv) die von der Sowjetunion erteilten Erfinderscheine,

- (v) the utility certificates issued by, and the published applications for utility certificates of, France,
- (vi) such patents issued by, and such patent applications published in, any other country after 1920 as are in the English, French, or German language and in which no priority is claimed, provided that the national Office of the interested country sorts out these documents and places them at the disposal of each International Searching Authority.
- (d) Where an application is republished once (for example, an Offenlegungsschrift as an Auslegeschrift) or more than once, no International Searching Authority shall be obliged to keep all versions in its documentation; consequently, each such Authority shall be entitled not to keep more than one version. Furthermore, where an application is granted and is issued in the form of a patent or a utility certificate (France), no International Searching Authority shall be obliged to keep both the application and the patent or utility certificate (France) in its documentation; consequently, each such Authority shall be entitled to keep either the application only or the patent or utility certificate (France) only.
- (e) Any International Searching Authority whose official language, or one of whose official languages, is not Japanese or Russian is entitled not to include in its documentation those patent documents of Japan and the Soviet Union, respectively, for which no abstracts in the English language are generally available. English abstracts becoming generally available after the date of entry into force of these Regulations shall require the inclusion of the patent documents to which the abstracts refer no later than 6 months after such abstracts become generally available. In case of the interruption of abstracting services in English in technical fields in which English abstracts were formerly generally available, the Assembly shall take appropriate measures to provide for the prompt restoration of such services in the said fields.
- v) les certificats d'utilité délivrés par la France ainsi que les demandes publiées de tels certificats;
- vi) les brevets délivrés après 1920 par tout autre pays, s'ils sont rédigés en allemand, en anglais ou en français et s'ils ne contiennent aucune revendication de priorité, ainsi que les demandes de tels brevets publiées après 1920, à condition que l'office national du pays en cause trie ces brevets et ces demandes et les mette à la disposition de chaque administration chargée de la recherche internationale.
- d) Lorsqu'une demande est publiée à nouveau (par exemple, publication d'une Offenlegungsschrift en tant qu'Auslegeschrift) une ou plusieurs fois, aucune administration chargée de la recherche internationale n'a l'obligation d'en conserver toutes les versions dans sa documentation; par conséquent, chaque administration chargée de la recherche internationale est autorisée à n'en conserver qu'une version. Par ailleurs, lorsqu'une demande est acceptée et aboutit à la délivrance d'un brevet ou d'un certificat d'utilité (France), aucune administration chargée de la recherche internationale n'a l'obligation de conserver dans sa documentation à la fois la demande et le brevet ou le certificat d'utilité (France); par conséquent, chaque administration chargée de la recherche internationale est autorisée à garder dans ses dossiers soit la demande, soit le brevet ou le certificat d'utilité (France).
- e) Chaque administration chargée de la recherche internationale dont la langue officielle ou l'une des langues officielles n'est pas le japonais ou le russe est autorisée à ne pas faire figurer dans sa documentation les éléments de la documentation de brevets du Japon et de l'Union soviétique, respectivement, pour lesquels des abrégés anglais ne sont pas généralement disponibles. Si des abrégés anglais deviennent généralement disponibles après la date d'entrée en vigueur du présent règlement d'exécution, les éléments que ces abrégés concernent seront insérés dans la documentation dans les six mois suivant la date à laquelle ces abrégés deviennent généralement disponibles. En cas d'interruption de services d'abrégés anglais dans les domaines techniques où des abrégés anglais étaient généralement disponibles, l'Assemblée prend les mesures appropriées en vue de rétablir promptement de tels services dans ces domaines techniques.
- v) die von Frankreich erteilten Gebrauchszertifikate und veröffentlichten Anmeldungen für solche Zertifikate,
- vi) die von anderen Ländern nach 1920 erteilten Patente und dort veröffentlichten Patentanmeldungen in deutscher, englischer und französischer Sprache, für die keine Priorität in Anspruch genommen wird, vorausgesetzt, daß das nationale Amt des interessierten Staates diese Unterlagen aussondert und jeder Internationalen Recherchenbehörde zur Verfügung stellt.
- d) Wird eine Anmeldung einmal oder mehrfach neu veröffentlicht (zum Beispiel eine Offenlegungsschrift als Auslegeschrift), so ist keine Internationale Recherchenbehörde verpflichtet, alle Fassungen in ihren Prüfstoff aufzunehmen; folglich braucht jede Recherchenbehörde nur eine dieser Fassungen aufzubewahren. Außerdem ist in den Fällen, in denen eine Anmeldung in Form eines Patents oder eines Gebrauchszertifikats (Frankreich) erteilt und herausgegeben wird, keine Internationale Recherchenbehörde verpflichtet, sowohl die Anmeldung als auch das Patent oder das Gebrauchszertifikat (Frankreich) in seinen Prüfstoff aufzunehmen; jede Behörde braucht nur entweder die Anmeldung oder das Patent oder das Gebrauchszertifikat (Frankreich) aufzubewahren.
- e) Ist die Amtssprache einer Internationalen Recherchenbehörde nicht Japanisch oder Russisch oder ist keine der mehreren Amtssprachen einer solchen Behörde Japanisch oder Russisch, so braucht die Behörde Patentschriften Japans und der Sowjetunion nicht in ihren Prüfstoff aufzunehmen, soweit von diesen Schriften keine Zusammenfassungen in englischer Sprache allgemein verfügbar sind. Werden englische Zusammenfassungen nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Ausführungsordnung verfügbar, so sind die Patentschriften, auf die sich diese Zusammenfassungen beziehen, bis zum Ablauf von sechs Monaten, nachdem die Zusammenfassungen allgemein verfügbar geworden sind, in den Prüfstoff einzubeziehen. Werden englische Zusammenfassungen in englischer Sprache auf Gebieten, auf denen früher englische Zusammenfassungen allgemein verfügbar waren, nicht mehr erstellt, so hat die Versammlung zweckdienliche Maßnahmen zu ergreifen, um für die unverzügliche Wiederherstellung der Zusammenfassungsdienste zu sorgen.

(f) For the purposes of this Rule, applications which have only been laid open for public inspection are not considered published applications.

f) Aux fins de la présente règle, les demandes qui ont seulement été mises à la disposition du public pour inspection ne sont pas considérées comme des demandes publiées.

f) Im Sinne dieser Regel gelten Anmeldungen, die lediglich zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegt worden sind, nicht als veröffentlichte Anmeldungen.

Rule 35

The Competent International Searching Authority

35.1 When Only One International Searching Authority is Competent

Each receiving Office shall, in accordance with the terms of the applicable agreement referred to in Article 16 (3) (b), inform the International Bureau which International Searching Authority is competent for the searching of the international applications filed with it, and the International Bureau shall promptly publish such information.

35.2 When Several International Searching Authorities are Competent

(a) Any receiving Office may, in accordance with the terms of the applicable agreement referred to in Article 16 (3) (b), specify several International Searching Authorities:

- (i) by declaring all of them competent for any international application filed with it, and leaving the choice to the applicant, or
- (ii) by declaring one or more competent for certain kinds of international applications filed with it, and declaring one or more others competent for other kinds of international applications filed with it, provided that, for those kinds of international applications for which several International Searching Authorities are declared to be competent, the choice shall be left to the applicant.

(b) Any receiving Office availing itself of the faculty provided in paragraph (a) shall promptly inform the International Bureau, and the International Bureau shall promptly publish such information.

Règle 35

Administration compétente chargée de la recherche internationale

35.1 Lorsqu'une seule administration chargée de la recherche internationale est compétente

Chaque office récepteur indique au Bureau international, conformément aux termes de l'accord applicable mentionné à l'article 16. 3) b), quelle est l'administration chargée de la recherche internationale qui est compétente pour procéder à la recherche à l'égard des demandes internationales déposées auprès dudit office; le Bureau international publie cette information à bref délai.

35.2 Lorsque plusieurs administrations chargées de la recherche internationale sont compétentes

a) Tout office récepteur peut, conformément aux termes de l'accord applicable mentionné à l'article 16. 3) b), désigner plusieurs administrations chargées de la recherche internationale:

- i) en déclarant toutes ces administrations compétentes pour toute demande internationale déposée auprès de lui et en laissant le choix entre ces administrations au déposant, ou
- ii) en déclarant une ou plusieurs de ces administrations compétentes pour certains types de demandes internationales déposées auprès de lui et en déclarant une ou plusieurs autres administrations compétentes pour d'autres types de demandes internationales déposées auprès de lui, étant entendu que, pour les types de demandes internationales pour lesquelles plusieurs administrations chargées de la recherche internationale sont déclarées compétentes, le choix appartiendra au déposant.

b) Tout office récepteur faisant usage de la faculté indiquée à l'alinéa a) en informe à bref délai le Bureau international et ce dernier publie cette information à bref délai.

Regel 35

Zuständige Internationale Recherchenbehörde

35.1 Zuständigkeit nur einer Recherchenbehörde

Jedes Anmeldeamt setzt das Internationale Büro in Übereinstimmung mit der anwendbaren, in Artikel 16 Absatz 3 Buchstabe b erwähnten Vereinbarung davon in Kenntnis, welche Internationale Recherchenbehörde für die Durchführung von Recherchen für die bei ihm eingereichten internationalen Anmeldungen zuständig ist; das Internationale Büro macht diese Mitteilung unverzüglich bekannt.

35.2 Zuständigkeit mehrerer Internationaler Recherchenbehörden

a) Jedes Anmeldeamt kann in Übereinstimmung mit der anwendbaren, in Artikel 16 Absatz 3 Buchstabe b erwähnten Vereinbarung mehrere Internationale Recherchenbehörden bestimmen:

- i) durch eine Erklärung, daß jede Internationale Recherchenbehörde für jede bei ihm eingereichte internationale Anmeldung zuständig ist und die Wahl dem Anmelder überlassen bleibt, oder
- ii) durch eine Erklärung, daß eine oder mehrere Internationale Recherchenbehörden für bestimmte Arten und eine oder mehrere andere Internationale Recherchenbehörden für andere Arten von bei ihm eingereichten internationalen Anmeldungen zuständig sind, vorausgesetzt, daß für die Arten von Anmeldungen, für welche mehrere Internationale Recherchenbehörden als zuständig erklärt werden, die Wahl dem Anmelder überlassen bleibt.

b) Jedes Anmeldeamt, das von der Möglichkeit nach Absatz a Gebrauch macht, teilt dies unverzüglich dem Internationalen Büro mit, und das Internationale Büro macht diese Mitteilung unverzüglich bekannt.

Rule 36

Minimum Requirements for International Searching Authorities

36.1 Definition of Minimum Requirements

The minimum requirements referred to in Article 16 (3) (c) shall be the following:

Règle 36

Exigences minimales pour les administrations chargées de la recherche internationale

36.1 Définition des exigences minimales

Les exigences minimales mentionnées à l'article 16. 3) c) sont les suivantes:

Regel 36

Mindestanforderungen an die Internationale Recherchenbehörde

36.1 Aufzählung der Mindestanforderungen

Die Mindestanforderungen, auf die sich Artikel 16 Absatz 3 Buchstabe c bezieht, sind folgende:

- (i) the national Office or intergovernmental organization must have at least 100 full-time employees with sufficient technical qualifications to carry out searches;
 - (ii) that Office or organization must have in its possession at least the minimum documentation referred to in Rule 34, properly arranged for search purposes;
 - (iii) that Office or organization must have a staff which is capable of searching the required technical fields and which has the language facilities to understand at least those languages in which the minimum documentation referred to in Rule 34 is written or is translated.
- i) l'office national ou l'organisation intergouvernementale doit avoir au moins cent employés à plein temps possédant des qualifications techniques suffisantes pour procéder aux recherches;
 - ii) cet office ou cette organisation doit avoir en sa possession au moins la documentation minimale de la règle 34 disposée d'une manière adéquate aux fins de la recherche;
 - iii) cet office ou cette organisation doit disposer d'un personnel capable de procéder à la recherche dans les domaines techniques sur lesquels la recherche doit porter et possédant les connaissances linguistiques nécessaires à la compréhension au moins des langues dans lesquelles la documentation minimale de la règle 34 est rédigée ou traduite.
- i) das nationale Amt oder die zwischenstaatliche Organisation muß wenigstens 100 hauptamtliche Beschäftigte mit ausreichender technischer Qualifikation zur Durchführung von Recherchen haben;
 - ii) das Amt oder die Organisation muß mindestens den in Regel 34 erwähnten Mindestprüfstoff in einer für Recherchenzwecke geordneten Form besitzen;
 - iii) das Amt oder die Organisation muß über einen Stab von Mitarbeitern verfügen, der Recherchen auf den erforderlichen technischen Gebieten durchführen kann und ausreichende Sprachkenntnisse besitzt, um wenigstens die Sprachen zu verstehen, in denen der Mindestprüfstoff nach Regel 34 abgefaßt oder in die er übersetzt ist.

Rule 37

Missing or Defective Title

37.1 Lack of Title

If the international application does not contain a title and the receiving Office has notified the International Searching Authority that it has invited the applicant to correct such defect, the International Searching Authority shall proceed with the international search unless and until it receives notification that the said application is considered withdrawn.

37.2 Establishment of Title

If the international application does not contain a title and the International Searching Authority has not received a notification from the receiving Office to the effect that the applicant has been invited to furnish a title, or if the said Authority finds that the title does not comply with Rule 4.3, it shall itself establish a title.

Rule 38

Missing Abstract

38.1 Lack of Abstract

If the international application does not contain an abstract and the receiving Office has notified the International Searching Authority that it has invited the applicant to correct such defect, the International Searching Authority shall proceed with the international search unless and until it receives notification that the said application is considered withdrawn.

Règle 37

Titre manquant ou défectueux

37.1 Titre manquant

Lorsque la demande internationale ne contient pas de titre et que l'office récepteur a notifié à l'administration chargée de la recherche internationale que le déposant a été invité à réparer cette omission, cette administration procède à la recherche internationale, à moins qu'elle ne reçoive notification que ladite demande internationale doit être considérée comme retirée.

37.2 Etablissement du titre

Lorsque la demande internationale ne contient pas de titre et que l'administration chargée de la recherche internationale n'a pas reçu de l'office récepteur une notification l'avisant que le déposant a été invité à fournir un titre, ou si ladite administration constate que le titre n'est pas conforme aux dispositions de la règle 4.3, cette administration établit elle-même un titre.

Règle 38

Abrégé manquant ou défectueux

38.1 Abrégé manquant

Lorsque la demande internationale ne contient pas d'abrégé et que l'office récepteur a notifié à l'administration chargée de la recherche internationale qu'il a invité le déposant à réparer cette omission, cette administration procède à la recherche internationale, à moins qu'elle ne reçoive notification que la demande internationale doit être considérée comme retirée.

Regel 37

Fehlende oder mangelhafte Bezeichnung

37.1 Fehlen der Bezeichnung

Enthält die internationale Anmeldung keine Bezeichnung und hat das Anmeldeamt die Internationale Recherchenbehörde davon in Kenntnis gesetzt, daß es den Anmelder aufgefordert hat, den Mangel zu beseitigen, so setzt die Internationale Recherchenbehörde die internationale Recherche fort, bis sie gegebenenfalls davon benachrichtigt wird, daß die Anmeldung als zurückgenommen gilt.

37.2 Festsetzung der Bezeichnung

Enthält die internationale Anmeldung keine Bezeichnung und hat die Internationale Recherchenbehörde noch keine Benachrichtigung des Anmeldeamts erhalten, daß der Anmelder zur Vorlage einer Bezeichnung aufgefordert worden ist, oder ist die genannte Behörde der Auffassung, daß die Bezeichnung gegen Regel 4.3 verstößt, so setzt sie selbst eine Bezeichnung fest.

Regel 38

Fehlende oder mangelhafte Zusammenfassung

38.1 Fehlende Zusammenfassung

Enthält die internationale Anmeldung keine Zusammenfassung und hat das Anmeldeamt die Internationale Recherchenbehörde davon in Kenntnis gesetzt, daß es den Anmelder aufgefordert hat, den Mangel zu beseitigen, so setzt die Internationale Recherchenbehörde die internationale Recherche fort, bis sie gegebenenfalls davon benachrichtigt wird, daß die Anmeldung als zurückgenommen gilt.

38.2 Establishment of Abstract

(a) If the international application does not contain an abstract and the International Searching Authority has not received a notification from the receiving Office to the effect that the applicant has been invited to furnish an abstract, or if the said Authority finds that the abstract does not comply with Rule 8, it shall itself establish an abstract (in the language in which the international application is published). In the latter case, it shall invite the applicant to comment on the abstract established by it within 1 month from the date of the invitation.

(b) The definitive contents of the abstract shall be determined by the International Searching Authority.

Rule 39

Subject Matter under Article 17 (2) (a) (i)

39.1 Definition

No International Searching Authority shall be required to search an international application if, and to the extent to which, its subject matter is any of the following:

- (i) scientific and mathematical theories,
- (ii) plant or animal varieties or essentially biological processes for the production of plants and animals, other than microbiological processes and the products of such processes,
- (iii) schemes, rules or methods of doing business, performing purely mental acts or playing games,
- (iv) methods for treatment of the human or animal body by surgery or therapy, as well as diagnostic methods,
- (v) mere presentations of information,
- (vi) computer programs to the extent that the International Searching Authority is not equipped to search prior art concerning such programs.

Rule 40

Lack of Unity of Invention (International Search)

40.1 Invitation to Pay

The invitation to pay additional fees provided for in Article 17 (3) (a) shall

38.2 Établissement de l'abrégé

a) Lorsque la demande internationale ne contient pas d'abrégé et que l'administration chargée de la recherche internationale n'a pas reçu de l'office récepteur une notification l'avisant que le déposant a été invité à fournir un abrégé, ou si ladite administration constate que l'abrégé n'est pas conforme aux dispositions de la règle 8, elle établit elle-même un abrégé (dans la langue de publication de la demande internationale). Dans ce dernier cas, elle invite le déposant à présenter ses commentaires au sujet de l'abrégé qu'elle a établi dans un délai d'un mois à compter de la date de cette invitation.

b) Le contenu définitif de l'abrégé est déterminé par l'administration chargée de la recherche internationale.

Règle 39

Objet selon l'article 17. 2) a) i)

39.1 Définition

Aucune administration chargée de la recherche internationale n'a l'obligation de procéder à la recherche à l'égard d'une demande internationale dont l'objet, et dans la mesure où l'objet, est l'un des suivants:

- i) théories scientifiques et mathématiques;
- ii) variété végétales, races animales, procédés essentiellement biologiques d'obtention de végétaux ou d'animaux, autres que procédés microbiologiques et produits obtenus par ces procédés;
- iii) plans, principes ou méthodes en vue de faire des affaires, de réaliser des actions purement intellectuelles ou de jouer;
- iv) méthodes de traitement du corps humain ou animal par la chirurgie ou la thérapie, ainsi que méthodes de diagnostic;
- v) simples présentations d'informations;
- vi) programmes d'ordinateurs dans la mesure où l'administration chargée de la recherche internationale n'est pas outillée pour procéder à la recherche de l'état de la technique au sujet de tels programmes.

Règle 40

Absence d'unité de l'invention (recherche internationale)

40.1 Invitation à payer

L'invitation à payer prévue à l'article 17. 3) a) indique le montant des

38.2 Festsetzung der Zusammenfassung

a) Enthält die internationale Anmeldung keine Zusammenfassung und hat die Internationale Recherchenbehörde noch keine Benachrichtigung des Anmeldeamts erhalten, daß der Anmelder zur Vorlage einer Zusammenfassung aufgefordert worden ist, oder ist die genannte Behörde der Auffassung, daß die Zusammenfassung gegen Regel 8 verstößt, so setzt sie selbst eine Zusammenfassung (in der Sprache, in der die internationale Anmeldung veröffentlicht wird) fest. Im letztgenannten Fall fordert sie den Anmelder auf, zu der festgesetzten Zusammenfassung innerhalb eines Monats vom Zeitpunkt der Aufforderung an Stellung zu nehmen.

b) Der endgültige Inhalt der Zusammenfassung wird durch die Internationale Recherchenbehörde festgelegt.

Regel 39

Anmeldungsgegenstand nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer i

39.1 Begriffsbestimmung

Die Internationale Recherchenbehörde ist nicht verpflichtet, eine internationale Recherche für eine internationale Anmeldung durchzuführen, wenn und soweit der Anmeldungsgegenstand folgende Gebiete betrifft:

- i) wissenschaftliche und mathematische Theorien,
- ii) Pflanzensorten oder Tierarten sowie im wesentlichen biologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen und Tieren mit Ausnahme mikrobiologischer Verfahren und der mit Hilfe dieser Verfahren gewonnenen Erzeugnisse,
- iii) Pläne, Regeln und Verfahren für eine geschäftliche Tätigkeit, für rein gedankliche Tätigkeiten oder für Spiele,
- iv) Verfahren zur chirurgischen oder therapeutischen Behandlung des menschlichen oder tierischen Körpers sowie Diagnostizierverfahren,
- v) bloße Wiedergabe von Informationen,
- vi) Programme von Datenverarbeitungsanlagen insoweit, als die Internationale Recherchenbehörde nicht dafür ausgerüstet ist, für solche Programme eine Recherche über den Stand der Technik durchzuführen.

Regel 40

Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung (Internationale Recherche)

40.1 Aufforderung zur Zahlung

In der Aufforderung, gemäß Artikel 17 Absatz 3 Buchstabe a zusätz-

specify the reasons for which the international application is not considered as complying with the requirement of unity of invention and shall indicate the amount to be paid.

40.2 Additional Fees

(a) The amount of the additional fee due for searching under Article 17 (3) (a) shall be determined by the competent International Searching Authority.

(b) The additional fee due for searching under Article 17 (3) (a) shall be payable direct to the International Searching Authority.

(c) Any applicant may pay the additional fee under protest, that is, accompanied by a reasoned statement to the effect that the international application complies with the requirement of unity of invention or that the amount of the required additional fee is excessive. Such protest shall be examined by a three-member board or other special instance of the International Searching Authority or any competent higher authority, which, to the extent that it finds the protest justified, shall order the total or partial reimbursement to the applicant of the additional fee. On the request of the applicant, the text of both the protest and the decision thereon shall be notified to the designated Offices together with the international search report. The applicant shall submit any translation thereof with the furnishing of the translation of the international application required under Article 22.

(d) The three-member board, special instance or competent higher authority, referred to in paragraph (c), shall not comprise any person who made the decision which is the subject of the protest.

40.3 Time Limit

The time limit provided for in Article 17 (3) (a) shall be fixed, in each case, according to the circumstances of the case, by the International Searching Authority; it shall not be shorter than 15 or 30 days, respectively, depending on whether the applicant's address is in the same country as or in a different country from that in which the International Searching Authority is located, and it shall not be longer than 45 days, from the date of the invitation.

taxes additionnelles à payer et précise les raisons pour lesquelles il est considéré que la demande internationale ne satisfait pas à l'exigence applicable d'unité de l'invention.

40.2 Taxes additionnelles

a) Le montant des taxes additionnelles pour la recherche, prévues à l'article 17. 3) a), est fixé par l'administration compétente chargée de la recherche internationale.

b) Les taxes additionnelles pour la recherche, prévues à l'article 17. 3) a), doivent être payées directement à l'administration chargée de la recherche internationale.

c) Tout déposant peut payer les taxes additionnelles sous réserve, c'est-à-dire en y joignant une déclaration motivée tendant à démontrer que la demande internationale remplit la condition d'unité de l'invention ou que le montant des taxes additionnelles demandées est excessif. Un comité de trois membres — ou toute autre instance spéciale — de l'administration chargée de la recherche internationale, ou toute autorité supérieure compétente, examine la réserve et, dans la mesure où il estime que la réserve est justifiée, ordonne le remboursement, total ou partiel, des taxes additionnelles au déposant. Sur requête du déposant, le texte de sa réserve et celui de la décision sont notifiés aux offices désignés, avec le rapport de recherche internationale. Le déposant doit remettre la traduction de sa réserve avec celle de la demande internationale exigée à l'article 22.

d) Le comité de trois membres, l'instance spéciale ou l'autorité supérieure mentionné à l'alinéa c) ne doit pas comprendre le fonctionnaire qui a pris la décision qui fait l'objet de la réserve.

40.3 Délai

Le délai prévu à l'article 17. 3) a) est fixé, dans chaque cas et compte tenu des circonstances du cas d'espèce, par l'administration chargée de la recherche internationale; il ne peut être inférieur à quinze ou trente jours, respectivement, selon que le déposant est domicilié ou non dans le pays de l'administration chargée de la recherche internationale, ni supérieur à quarante-cinq jours à compter de la date de l'invitation.

liche Gebühren zu zahlen, sind die Gründe für die Feststellung anzugeben, daß die internationale Anmeldung dem Erfordernis der Einheitlichkeit der Erfindung nicht entspricht; außerdem ist der zu zahlende Betrag zu nennen.

40.2 Zusätzliche Gebühr

a) Die Höhe der zusätzlichen Recherchegebühr nach Artikel 17 Absatz 3 Buchstabe a wird durch die zuständige Internationale Recherchenbehörde festgesetzt.

b) Die zusätzliche Recherchegebühr nach Artikel 17 Absatz 3 Buchstabe a ist unmittelbar an die Internationale Recherchenbehörde zu zahlen.

c) Der Anmelder kann die zusätzliche Gebühr unter Widerspruch zahlen; dem Widerspruch ist eine Begründung des Inhalts beizufügen, daß die internationale Anmeldung das Erfordernis der Einheitlichkeit der Erfindung erfülle oder daß der Betrag der geforderten zusätzlichen Gebühr überhöht sei. Der Widerspruch wird von einem Ausschuß aus drei Mitgliedern oder von einer anderen besonderen Instanz der Internationalen Recherchenbehörde oder von einer zuständigen höheren Stelle geprüft; kommt die Instanz zu dem Ergebnis, daß der Widerspruch begründet ist, ordnet sie die völlige oder teilweise Rückzahlung der zusätzlichen Gebühr an den Anmelder an. Auf Antrag des Anmelders wird der Wortlaut des Widerspruchs und der Entscheidung hierüber den Bestimmungsbüro zusammen mit dem internationalen Recherchenbericht mitgeteilt. Gleichzeitig mit der Übermittlung der Übersetzung der internationalen Anmeldung gemäß Artikel 22 hat der Anmelder eine Übersetzung des Wortlauts des Widerspruchs und der Entscheidung hierüber einzureichen.

d) Personen, die an der Entscheidung, die Gegenstand des Widerspruchs ist, mitgewirkt haben, dürfen nicht Mitglied des in Absatz c genannten Ausschusses aus drei Mitgliedern, der anderen besonderen Instanz oder der zuständigen höheren Stelle sein.

40.3 Frist

Die in Artikel 17 Absatz 3 Buchstabe a vorgesehene Frist wird in jedem Einzelfall entsprechend den Umständen dieses Falles durch die Internationale Recherchenbehörde festgesetzt; sie darf nicht kürzer als 15 Tage oder gegebenenfalls 30 Tage vom Zeitpunkt der Aufforderung an sein, je nachdem der Anmelder seine Anschrift im Sitzstaat der Internationalen Recherchenbehörde oder in einem anderen Staat hat; sie soll 45 Tage nicht übersteigen.

Rule 41

The International-Type Search

41.1 Obligation to Use Results; Refund of Fee

If reference has been made in the request, in the form provided for in Rule 4.11, to an international-type search carried out under the conditions set out in Article 15 (5), the International Searching Authority shall, to the extent possible, use the results of the said search in establishing the international search report on the international application. The International Searching Authority shall refund the search fee, to the extent and under the conditions provided for in the agreement under Article 16 (3) (b), if the international search report could wholly or partly be based on the results of the international-type search.

Rule 42

Time Limit for International Search

42.1 Time Limit for International Search

All agreements concluded with International Searching Authorities shall provide for the same time limit for establishing the international search report or the declaration referred to in Article 17 (2) (a). This time limit shall not exceed 3 months from the receipt of the search copy by the International Searching Authority, or 9 months from the priority date, whichever time limit expires later. For a transitional period of 3 years from the entry into force of the Treaty, time limits for the agreement with any International Searching Authority may be individually negotiated, provided that such time limits shall not extend by more than 2 months the time limits referred to in the preceding sentence and in any case shall not go beyond the expiration of the 18th month after the priority date.

Rule 43

The International Search Report

43.1 Identifications

The international search report shall identify the International Searching Authority which established it by indicating the name of such Authority, and the international application by indicating the international application number, the name of the applicant, the name of the receiving Office, and the international filing date.

Règle 41

Recherche de type international

41.1 Obligation d'utiliser les résultats; remboursement de la taxe

Si, dans la requête, il a été fait référence, dans la forme prévue à la règle 4.11, à une recherche de type international effectuée dans les conditions figurant à l'article 15.5), l'administration chargée de la recherche internationale utilise, dans la mesure du possible, les résultats de cette recherche pour l'établissement du rapport de recherche internationale relatif à la demande internationale. Cette administration rembourse la taxe de recherche, dans la mesure et aux conditions prévues dans l'accord visé à l'article 16.3) b), si le rapport de recherche internationale peut se baser, en tout ou en partie, sur les résultats de la recherche de type international.

Règle 42

Délai pour la recherche internationale

42.1 Délai pour la recherche internationale

Tous les accords conclus avec les administrations chargées de la recherche internationale doivent prévoir le même délai pour l'établissement du rapport de recherche internationale ou de la déclaration mentionnée à l'article 17.2) a). Ce délai ne doit pas excéder celle des deux périodes suivantes qui expirera en dernier lieu: trois mois à compter de la réception de la copie de recherche par l'administration chargée de la recherche internationale, ou neuf mois à compter de la date de priorité. Pendant une période transitoire de trois ans à compter de l'entrée en vigueur du traité, les délais qui figurent dans les accords conclus avec les administrations chargées de la recherche internationale peuvent être négociés individuellement, mais ne peuvent toutefois pas excéder de plus de deux mois ceux qui sont visés à la phrase qui précède et ne peuvent en tout cas pas aller au-delà du dix-huitième mois suivant la date de priorité.

Règle 43

Rapport de recherche internationale

43.1 Identifications

Le rapport de recherche internationale identifie d'une part l'administration chargée de la recherche internationale qui l'a établi en indiquant le nom de cette administration, et d'autre part la demande internationale par le numéro de cette demande, le nom du déposant, le nom de l'office récepteur et la date du dépôt international.

Regel 41

Recherche internationaler Art

41.1 Verpflichtung zur Verwertung der Ergebnisse; Gebührenerstattung

Wird im Antrag in der Form der Regel 4.11 auf eine unter den Bedingungen des Artikels 15 Absatz 5 durchgeführte Recherche internationaler Art Bezug genommen, so muß die Internationale Recherchenbehörde soweit wie möglich die Ergebnisse der genannten Recherche bei der Erstellung des internationalen Recherchenberichts für die internationale Anmeldung verwerten. Die Internationale Recherchenbehörde erstattet die Recherchegebühr im Umfang und unter den Bedingungen der Vereinbarung nach Artikel 16 Absatz 3 Buchstabe b zurück, sofern der internationale Recherchenbericht ganz oder teilweise auf die Ergebnisse der Recherche internationaler Art gestützt werden konnte.

Regel 42

Frist für die internationale Recherche

42.1 Frist für die internationale Recherche

Alle Vereinbarungen mit den Internationalen Recherchenbehörden müssen die gleichen Fristen für die Erstellung des internationalen Recherchenberichts oder der in Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a genannten Erklärung vorsehen. Diese Frist darf drei Monate nach dem Eingang des Recherchenexemplars bei der Recherchenbehörde oder neun Monate seit dem Prioritätsdatum, je nachdem welche Frist später abläuft, nicht überschreiten. Für eine Übergangszeit von drei Jahren vom Inkrafttreten des Vertrags an können in der Vereinbarung mit einer Internationalen Recherchenbehörde Fristen im einzelnen vereinbart werden, jedoch dürfen solche Fristen die vorstehend genannten Fristen nicht um mehr als zwei Monate überschreiten und nicht später als 18 Monate ab Prioritätsdatum ablaufen.

Regel 43

Der internationale Recherchenbericht

43.1 Angaben

Im internationalen Recherchenbericht ist die Internationale Recherchenbehörde anzugeben, die diesen Bericht erstellt hat, und zwar durch Angabe des Namens dieser Behörde; die internationale Anmeldung ist durch Angabe des internationalen Aktenzeichens, den Namen des Anmelders und des Anmeldeamts sowie das internationale Anmeldungsdatum zu bezeichnen.

43.2 Dates

The international search report shall be dated and shall indicate the date on which the international search was actually completed. It shall also indicate the filing date of any earlier application whose priority is claimed.

43.3 Classification

(a) The international search report shall contain the classification of the subject matter at least according to the International Patent Classification.

(b) Such classification shall be effected by the International Searching Authority.

43.4 Language

Every international search report and any declaration made under Article 17 (2) (a) shall be in the language in which the international application to which it relates is published.

43.5 Citations

(a) The international search report shall contain the citations of the documents considered to be relevant.

(b) The method of identifying any cited document shall be regulated by the Administrative Instructions.

(c) Citations of particular relevance shall be specially indicated.

(d) Citations which are not relevant to all the claims shall be cited in relation to the claim or claims to which they are relevant.

(e) If only certain passages of the cited document are relevant or particularly relevant, they shall be identified, for example, by indicating the page, the column, or the lines, where the passage appears.

43.6 Fields Searched

(a) The international search report shall list the classification identification of the fields searched. If that identification is effected on the basis of a classification other than the International Patent Classification, the International Searching Authority shall publish the classification used.

(b) If the international search extended to patents, inventors' certificates, utility certificates, utility models, patents or certificates of addition, inventors' certificates of addition, utility certificates of addition, or published applications for any of

43.2 Dates

Le rapport de recherche internationale est daté et indique la date à laquelle la recherche internationale a été effectivement achevée. Il doit également indiquer la date du dépôt de toute demande antérieure dont la priorité est revendiquée.

43.3 Classification

a) Le rapport de recherche internationale indique la classe dans laquelle entre l'invention, au minimum selon la Classification internationale des brevets.

b) Ce classement est effectué par l'administration chargée de la recherche internationale.

43.4 Langue

Tout rapport de recherche internationale et toute déclaration faite selon l'article 17.2) a) sont établis dans la langue de publication de la demande internationale à laquelle ils se rapportent.

43.5 Citations

a) Le rapport de recherche internationale cite les documents considérés comme pertinents.

b) La méthode d'identification de chaque document cité est fixée dans les instructions administratives.

c) Les citations particulièrement pertinentes sont indiquées spécialement.

d) Si des citations ne sont pas pertinentes à l'égard de toutes les revendications, elles sont indiquées en relation avec celle ou celles des revendications qu'elles concernent.

e) Si certains passages seulement du document cité sont pertinents ou particulièrement pertinents, ces passages sont identifiés — par exemple en indiquant la page, la colonne ou les lignes où figure le passage considéré.

43.6 Domaines sur lesquels la recherche a porté

a) Le rapport de recherche internationale contient l'identification par symboles de classification des domaines sur lesquels la recherche a porté. Si cette identification est effectuée sur la base d'une classification autre que la Classification internationale des brevets, l'administration chargée de la recherche internationale publie la classification utilisée.

b) Si la recherche internationale a porté sur des brevets, des certificats d'auteur d'invention, des certificats d'utilité, des modèles d'utilité, des brevets ou certificats d'addition, des certificats d'auteur d'invention additionnels, des certificats d'utilité addi-

43.2 Daten

Der internationale Recherchenbericht muß datiert werden und den Zeitpunkt angeben, an dem die internationale Recherche tatsächlich abgeschlossen worden ist. Außerdem ist das Anmeldedatum einer früheren Anmeldung anzugeben, deren Priorität in Anspruch genommen wird.

43.3 Klassifikation

a) Der internationale Recherchenbericht muß die Klassifikationsangabe des Gegenstands mindestens nach der Internationalen Patentklassifikation enthalten.

b) Diese Klassifikation ist durch die Internationale Recherchenbehörde vorzunehmen.

43.4 Sprache

Jeder internationale Recherchenbericht und jede Erklärung nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a sind in der Sprache zu erstellen, in der die zugehörige internationale Anmeldung bekanntgemacht wird.

43.5 Angabe der Veröffentlichungen

a) Im internationalen Recherchenbericht sind alle Veröffentlichungen anzugeben, die als bedeutsam anzusehen sind.

b) Die Art und Weise der Kennzeichnung der Veröffentlichungen wird in den Verwaltungsrichtlinien geregelt.

c) Veröffentlichungen von besonderer Bedeutung sind hervorzuheben.

d) Veröffentlichungen, die sich nicht auf alle Ansprüche beziehen, sind im Zusammenhang mit dem Anspruch oder den Ansprüchen, auf die sie sich beziehen, anzugeben.

e) Kommen nur bestimmte Teile der angegebenen Veröffentlichung in Betracht oder kommen bestimmte Teile dieser Veröffentlichung besonders in Betracht, so werden diese näher, z. B. durch Angabe der Seite, der Spalte oder der Zeilen, wo sich diese befinden, gekennzeichnet.

43.6 In die internationale Recherche einbezogene Sachgebiete

a) Im internationalen Recherchenbericht ist die Klassifikationsbezeichnung der in die internationale Recherche einbezogenen Sachgebiete aufzuführen. Falls eine solche Angabe nicht auf der Internationalen Patentklassifikation beruht, gibt die Internationale Recherchenbehörde die benutzte Klassifikation an.

b) Hat sich die internationale Recherche auf Patente, Erfinderscheine, Gebrauchszertifikate, Gebrauchsmuster, Zusatzpatente oder -zertifikate, Zusatzerfinderscheine, Zusatzgebrauchszertifikate oder veröffentlichte Anmeldungen einer dieser

those kinds of protection, of States, periods, or languages, not included in the minimum documentation as defined in Rule 34, the international search report shall, when practicable, identify the kinds of documents, the States, the periods, and the languages to which, it extended. For the purposes of this paragraph, Article 2 (ii) shall not apply.

43.7 Remarks Concerning Unity of Invention

If the applicant paid additional fees for the international search, the international search report shall so indicate. Furthermore, where the international search was made on the main invention only [Article 17 (3) (a)], the international search report shall indicate what parts of the international application were and what parts were not searched.

43.8 Signature

The international search report shall be signed by an authorized officer of the International Searching Authority.

43.9 No Other Matter

The international search report shall contain no matter other than that enumerated in Rules 33.1 (b) and (c), 43.1, 2, 3, 5, 6, 7 and 8, and 44.2 (a) and (b), and the indication referred to in Article 17 (2) (b). In particular, it shall contain no expressions of opinion, reasoning, arguments, or explanations.

43.10 Form

The physical requirements as to the form of the international search report shall be prescribed by the Administrative Instructions.

tionnels ou des demandes publiées pour l'un des titres de protection qui précèdent, relatifs à des États, des époques ou des langues qui ne sont pas compris dans la documentation minimale telle que définie dans la règle 34, le rapport de recherche internationale identifie, lorsque cela est possible, les types de documents, les États, les époques et les langues sur lesquels elle a porté. Aux fins du présent alinéa, l'article 2.ii) ne s'applique pas.

43.7 Remarques concernant l'unité de l'invention

Si le déposant a payé des taxes additionnelles pour la recherche internationale, le rapport de recherche internationale en fait mention. En outre, lorsque la recherche internationale a été faite sur l'invention principale seulement [article 17.3 a)], le rapport de recherche internationale précise les parties de la demande internationale sur lesquelles la recherche a porté.

43.8 Signature

Le rapport de recherche internationale est signé par un fonctionnaire autorisé de l'administration chargée de la recherche internationale.

43.9 Limitation du contenu

Le rapport de recherche internationale ne contient pas d'autres éléments que ceux qui sont énumérés aux règles 33.1 b) et c), 43.1, 2, 3, 5, 6, 7 et 8 et 44.2 a) et b), ou l'indication mentionnée à l'article 17.2 b). En particulier, il ne contient aucune manifestation d'opinion, ni raisonnement, argument, ou explication.

43.10 Forme

Les conditions matérielles de forme du rapport de recherche internationale sont fixées dans les instructions administratives.

Schutzrechtsarten aus anderen Staaten, aus anderen Zeiträumen oder in anderen Sprachen erstreckt, als sie in dem Mindestprüfstoff nach Regel 34 aufgeführt sind, so werden im internationalen Recherchenbericht, falls durchführbar, die Art der Unterlagen, die Staaten, die Zeiträume und die Sprachen, auf die der Bericht erstreckt worden ist, angegeben. Auf diesen Absatz ist Artikel 2 Ziffer ii) nicht anzuwenden.

43.7 Bemerkungen hinsichtlich der Einheitlichkeit der Erfindung

Sind vom Anmelder zusätzliche Gebühren für die internationale Recherche gezahlt worden, so ist dies im internationalen Recherchenbericht anzugeben. Außerdem hat der internationale Recherchenbericht im Falle, daß die internationale Recherche ausschließlich für die Haupterfindung (Artikel 17 Absatz 3 Buchstabe a) durchgeführt worden ist, anzugeben, für welche Teile der internationalen Anmeldung eine internationale Recherche durchgeführt worden ist und für welche nicht.

43.8 Unterschrift

Der internationale Recherchenbericht wird durch einen bevollmächtigten Beamten der Internationalen Recherchenbehörde unterzeichnet.

43.9 Verbot der Erwähnung anderer Gegenstände

Der internationale Recherchenbericht darf keine anderen Gegenstände als die in den Regeln 33.1 Absätze b und c, 43.1, 2, 3, 5, 6, 7, 8 und 44.2 Absätze a und b und den Hinweis nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe b enthalten. Er darf insbesondere keine Meinungsäußerungen, Begründungen, Argumente oder Erläuterungen enthalten.

43.10 Form

Die Formerfordernisse für den internationalen Recherchenbericht werden durch die Verwaltungsrichtlinien festgelegt.

Rule 44

Transmittal of the International Search Report, Etc.

44.1 Copies of Report or Declaration

The International Searching Authority shall, on the same day, transmit one copy of the international search report or the declaration referred to in Article 17 (2) (a) to the International Bureau and one copy to the applicant.

44.2 Title or Abstract

(a) Subject to paragraphs (b) and (c), the international search report

Règle 44

Transmission du rapport de recherche internationale, etc.

44.1 Copies du rapport ou de la déclaration

L'administration chargée de la recherche internationale transmet, le même jour, au Bureau international et au déposant une copie du rapport de recherche internationale ou de la déclaration visée à l'article 17.2) a).

44.2 Titre ou abrégé

a) Sous réserve des alinéas b) et c), ou bien le rapport de recherche inter-

Regel 44

Übermittlung des internationalen Recherchenberichts und ähnliches

44.1 Ausfertigungen des Berichts oder der Erklärung

Die Internationale Recherchenbehörde übermittelt am gleichen Tage je eine Ausfertigung des internationalen Recherchenberichts oder der Erklärung nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a dem Internationalen Büro und dem Anmelder.

44.2 Bezeichnung oder Zusammenfassung

a) Vorbehaltlich der Absätze b und c hat der internationale Recher-

shall either state that the International Searching Authority approves the title and the abstract as submitted by the applicant or be accompanied by the text of the title and/or abstract as established by the International Searching Authority under Rules 37 and 38

(b) If, at the time the international search is completed, the time limit allowed for the applicant to comment on any suggestion of the International Searching Authority in respect of the abstract has not expired, the international search report shall indicate that it is incomplete as far as the abstract is concerned.

(c) As soon as the time limit referred to in paragraph (b) has expired the International Searching Authority shall notify the abstract approved or established by it to the International Bureau and to the applicant.

44.3 Copies of Cited Documents

(a) The request referred to in Article 20 (3) may be presented any time during 7 years from the international filing date of the international application to which the international search report relates.

(b) The International Searching Authority may require that the party (applicant or designated Office) presenting the request pay to it the cost of preparing and mailing the copies. The level of the cost of preparing copies shall be provided for in the agreements referred to in Article 16 (3) (b) between the International Searching Authorities and the International Bureau.

(c) Any International Searching Authority not wishing to send copies direct to any designated Office shall send a copy to the International Bureau and the International Bureau shall then proceed as provided in paragraphs (a) and (b).

(d) Any International Searching Authority may perform the obligations referred to in (a) to (c) through another agency responsible to it.

nationale indique que l'administration chargée de la recherche internationale approuve le titre et l'abrégé soumis par le déposant, ou bien il est accompagné du titre et de l'abrégé que cette dernière a établis selon les règles 37 et 38.

b) Si, lorsque la recherche internationale est achevée, le délai accordé au déposant pour commenter toute suggestion, relative à l'abrégé, de l'administration chargée de la recherche internationale n'est pas expiré, le rapport de recherche internationale indique qu'il est incomplet pour ce qui concerne l'abrégé.

c) Dès l'expiration du délai visé à l'alinéa b), l'administration chargée de la recherche internationale notifie au Bureau international et au déposant l'abrégé approuvé ou établi par elle.

44.3 Copies de documents cités

a) La requête visée à l'article 20.3) peut être formée en tout temps pendant sept années à compter de la date du dépôt international de la demande internationale à laquelle le rapport de recherche internationale a trait.

b) L'administration chargée de la recherche internationale peut exiger du déposant ou de l'office désigné qui lui a adressé la requête le paiement du coût de la préparation et de l'expédition des copies. Le montant de ce coût sera établi dans les accords visés à l'article 16.3) b), conclus entre les administrations chargées de la recherche internationale et le Bureau international.

c) Toute administration chargée de la recherche internationale qui ne désire pas adresser les copies directement à un office désigné envoie une copie au Bureau international, qui procédera conformément aux alinéas a) et b).

d) Toute administration chargée de la recherche internationale peut confier la tâche visée aux alinéas a) à c) à un autre organisme qui sera responsable devant elle.

chenbericht entweder festzustellen, daß die Internationale Recherchenbehörde die Bezeichnung und die Zusammenfassung, wie sie der Anmelder gefaßt hatte, für zutreffend hält, oder den Wortlaut der Bezeichnung und der Zusammenfassung anzugeben, wie er durch die Internationale Recherchenbehörde nach den Regeln 37 und 38 erstellt worden ist.

b) Ist zum Zeitpunkt der Beendigung der internationalen Recherche die dem Anmelder gewährte Frist zur Stellungnahme auf Vorschläge der Internationalen Recherchenbehörde für die Zusammenfassung noch nicht abgelaufen, so wird im internationalen Recherchenbericht darauf hingewiesen, daß er im Hinblick auf die Zusammenfassung noch unvollständig ist.

c) Nach Ablauf der Frist nach Absatz b teilt die Internationale Recherchenbehörde die von ihr gebilligte oder festgesetzte Zusammenfassung dem Internationalen Büro und dem Anmelder mit.

44.3 Vervielfältigungen angeführter Unterlagen

a) Der Antrag nach Artikel 20 Absatz 3 kann jederzeit innerhalb von sieben Jahren vom internationalen Anmeldedatum der internationalen Anmeldung, auf die sich der internationale Recherchenbericht bezieht, an gestellt werden.

b) Die Internationale Recherchenbehörde kann verlangen, daß der Antragsteller (Anmelder oder Bestimmungsamt) die Kosten der Herstellung und Versendung der Vervielfältigungen erstattet. Die Höhe der Herstellungskosten wird in den in Artikel 16 Absatz 3 Buchstabe b genannten Vereinbarungen zwischen den Internationalen Recherchenbehörden und dem Internationalen Büro festgesetzt.

c) Jede Internationale Recherchenbehörde, die die Vervielfältigungen nicht unmittelbar einem Bestimmungsamt übersenden will, übermittelt ein Exemplar an das Internationale Büro, und das Internationale Büro verfährt nach den Absätzen a und b.

d) Jede Internationale Recherchenbehörde kann den Verpflichtungen nach den Absätzen a bis c durch eine andere ihr verantwortliche Stelle nachkommen.

Rule 45

Translation of the International Search Report

45.1 Languages

International search reports and declarations referred to in Article 17 (2) (a) shall, when not in English, be translated into English.

Règle 45

Traduction du rapport de recherche internationale

45.1 Langues

Les rapports de recherche internationale et les déclarations visées à l'article 17.2) a) qui ne sont pas établis en anglais sont traduits en cette langue.

Regel 45

Übersetzung des internationalen Recherchenberichts

45.1 Sprachen

Internationale Recherchenberichte und Erklärungen nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a sind, wenn sie nicht in englischer Sprache abgefaßt sind, in die englische Sprache zu übersetzen.

Rule 46

Amendment of Claims Before the International Bureau

46.1 Time Limit

The time limit referred to in Article 19 shall be 2 months from the date of transmittal of the international search report to the International Bureau and to the applicant by the International Searching Authority or, when such transmittal takes place before the expiration of 14 months from the priority date, 3 months from the date of such transmittal.

46.2 Dating of Amendments

The date of receipt of any amendment shall be recorded by the International Bureau and shall be indicated by it in any publication or copy issued by it.

46.3 Language of Amendments

If the international application has been filed in a language other than the language in which it is published by the International Bureau, any amendment made under Article 19 shall be both in the language in which the international application has been filed and in that in which it is published.

46.4 Statement

(a) The statement referred to in Article 19(1) shall be in the language in which the international application is published and shall not exceed 500 words if in the English language or if translated into that language.

(b) The statement shall contain no comments on the international search report or the relevance of the citations contained in that report. The statement may refer to a citation contained in the international search report only in order to indicate that a specific amendment of the claims is intended to avoid the document cited.

46.5 Form of Amendments

(a) The applicant shall be required to submit a replacement sheet for every sheet of the claims which, on account of an amendment or amendments under Article 19, differs from the sheet originally filed. The letter accompanying the replacement sheets shall draw attention to the differences between the replaced sheets and the replacement sheets. To the extent that any amendment results in the cancellation of an entire sheet, that amendment shall be communicated in a letter.

Règle 46

Modification des revendications auprès du Bureau international

46.1 Délai

Le délai mentionné à l'article 19 est de deux mois à compter de la date de transmission du rapport de recherche internationale au Bureau international et au déposant par l'administration chargée de la recherche internationale; lorsque cette transmission est effectuée avant l'expiration du quatorzième mois à compter de la date de priorité, ce délai est de trois mois à compter de la date de transmission.

46.2 Date des modifications

La date de réception de toute modification est enregistrée par le Bureau international et indiquée par ce dernier dans toute publication ou copie qu'il établit.

46.3 Langue des modifications

Si la demande internationale a été déposée dans une langue autre que celle de sa publication par le Bureau international, toute modification selon l'article 19 doit être effectuée dans la langue du dépôt et dans la langue de la publication.

46.4 Déclaration

a) La déclaration mentionnée à l'article 19.1) doit être établie dans la langue de publication de la demande internationale et ne doit pas excéder cinq cents mots si elle est établie ou traduite en anglais.

b) La déclaration ne doit contenir aucun commentaire relatif au rapport de recherche internationale ou à la pertinence des citations que ce dernier contient. La déclaration ne peut se référer à une citation contenue dans le rapport de recherche internationale qu'afin d'indiquer qu'une modification déterminée des revendications a pour objet d'écarter le document cité.

46.5 Forme des modifications

a) Le déposant doit soumettre une feuille de remplacement pour chaque feuille de revendications qui, en raison de modifications effectuées conformément à l'article 19, diffère de la feuille primitivement déposée. La lettre d'accompagnement des feuilles de remplacement doit attirer l'attention sur les différences existant entre les feuilles remplacées et les feuilles de remplacement. Dans la mesure où une modification entraîne la suppression d'une feuille entière, la modification doit être communiquée par lettre.

Regel 46

Anderung von Ansprüchen vor dem Internationalen Büro

46.1 Frist

Die Frist nach Artikel 19 beträgt zwei Monate und beginnt mit der Übermittlung des internationalen Recherchenberichts durch die Internationale Recherchenbehörde an das Internationale Büro und an den Anmelder oder drei Monate nach der Übermittlung, falls diese vor dem Ablauf von 14 Monaten ab Prioritätsdatum erfolgt.

46.2 Datierung von Änderungen

Das Datum des Eingangs einer Änderung wird vom Internationalen Büro aktenkundig gemacht und von ihm in jeder Veröffentlichung und jeder von ihm hergestellten Abschrift angegeben.

46.3 Sprache der Änderungen

Ist die internationale Anmeldung in einer anderen Sprache eingereicht worden als in derjenigen, in der sie vom Internationalen Büro veröffentlicht wird, so ist jede gemäß Artikel 19 vorgenommene Änderung sowohl in der Sprache, in der die internationale Anmeldung eingereicht worden ist, als auch in der Sprache, in der sie veröffentlicht worden ist, einzureichen.

46.4 Erklärung

a) Die in Artikel 19 Absatz 1 genannte Erklärung muß in der Sprache abgegeben werden, in der die internationale Anmeldung veröffentlicht wird und darf, falls in englischer Sprache abgegeben oder in die englische Sprache übersetzt, nicht mehr als 500 Wörter enthalten.

b) Die Erklärung darf keinen Kommentar über den internationalen Recherchenbericht und über die Bedeutung der in dem Bericht angeführten Veröffentlichungen enthalten. Die Erklärung darf sich auf eine in dem Bericht angeführte Veröffentlichung nur beziehen, um anzugeben, daß eine bestimmte Änderung der Ansprüche wegen der angeführten Veröffentlichung vorgenommen worden ist.

46.5 Form der Änderungen

a) Der Anmelder ist aufzufordern, für jedes Blatt der Ansprüche, das wegen einer oder mehrerer Änderungen nach Artikel 19 von dem ursprünglich eingereichten Blatt abweicht, ein Ersatzblatt einzureichen. Das Begleitschreiben soll auf die Unterschiede zwischen den Ersatzblättern und den ausgetauschten Blättern hinweisen. Führt die Änderung zum Fortfall eines ganzen Blattes, so ist sie in einem Schreiben mitzuteilen.

(b) The International Bureau shall mark on each replacement sheet the international application number, the date on which it was received, and the stamp identifying the International Bureau. It shall keep in its files any replaced sheet, the letter accompanying the replacement sheet or sheets, and any letter referred to in the last sentence of paragraph (a).

(c) The International Bureau shall insert any replacement sheet in the record copy and, in the case referred to in the last sentence of paragraph (a), shall indicate the cancellations in the record copy.

b) Le Bureau international appose sur chaque feuille de remplacement son timbre, le numéro de la demande internationale et la date de réception de ladite feuille. Il garde dans ses dossiers chaque feuille remplacée, la lettre d'accompagnement de la feuille ou des feuilles de remplacement et toute lettre visée à la dernière phrase de l'alinéa a).

c) Le Bureau international insère dans l'exemplaire original chaque feuille de remplacement et, dans le cas visé à la dernière phrase de l'alinéa a), indique les suppressions dans l'exemplaire original.

b) Das Internationale Büro vermerkt auf jedem Ersatzblatt das internationale Aktenzeichen und das Eingangsdatum und bringt das Dienstsiegel des Büros an. Es bewahrt in seinen Akten jedes ausgetauschte Blatt, das Begleitschreiben und jedes in Absatz a letzter Satz genannte Schreiben auf.

c) Das Internationale Büro fügt jedes Ersatzblatt in das Aktenexemplar ein und vermerkt in dem in Absatz a letzter Satz genannten Fall den Fortfall eines Blattes in dem Aktenexemplar.

Rule 47

Communication to Designated Offices

47.1 Procedure

(a) The communication provided for in Article 20 shall be effected by the International Bureau.

(b) Such communication shall be effected promptly after the International Bureau has received amendments from the applicant, or a declaration that the applicant does not wish to make amendments before the International Bureau, or, in any case, when the time limit provided for in Rule 46.1 has expired. Where, under Article 17 (2) (a), the International Searching Authority has made a declaration that no international search report will be established, the communication provided for in Article 20 shall be effected, unless the international application is withdrawn, within 1 month from the date on which the International Bureau has been notified of the said declaration by the International Searching Authority; such communication shall be accompanied by an indication of the date of the notification sent to the applicant under Article 17 (2) (a).

(c) The International Bureau shall send a notice to the applicant indicating the designated Offices to which the communication has been effected and the date of such communication. Such notice shall be sent on the same day as the communication.

(d) Each designated Office shall, when it so requires, receive the international search reports and the declarations referred to in Article 17 (2) (a) also in the translation referred to in Rule 45.1.

(e) Where any designated Office has waived the requirement provided under Article 20, the copies of the documents which otherwise would have been sent to that Office shall,

Règle 47

Communication aux offices désignés

47.1 Procédure

a) La communication prévue à l'article 20 est effectuée par le Bureau international.

b) Cette communication est effectuée à bref délai après que le Bureau international a reçu du déposant des modifications ou la déclaration qu'il ne désire pas présenter de modifications au Bureau international, et au plus tard à l'expiration du délai prévue à la règle 46.1. Lorsque, conformément à l'article 17.2) a), l'administration chargée de la recherche internationale a déclaré qu'un rapport de recherche internationale ne sera pas établi, la communication prévue à l'article 20 est effectuée, sauf retrait de la demande internationale, dans un délai d'un mois à compter de la réception par le Bureau international de la notification relative à cette déclaration; cette communication doit comporter la date de la notification adressée au déposant conformément à l'article 17.2) a).

c) Le Bureau international adresse au déposant une notice indiquant les offices désignés auxquels la communication a été effectuée. Cette notice est envoyée le même jour que la communication.

d) Chaque office désigné reçoit, sur sa demande, les rapports de recherche internationale et les déclarations visées à l'article 17.2) a) également dans leur traduction selon la règle 45.1.

e) Si un office désigné a renoncé à l'exigence de l'article 20, les copies de documents qui devraient normalement lui être adressées sont, sur requête dudit office ou du déposant, adressées

Regel 47

Übermittlung an die Bestimmungsämter

47.1 Verfahren

a) Die Übermittlung nach Artikel 20 wird vom Internationalen Büro durchgeführt.

b) Die Übermittlung erfolgt unverzüglich, nachdem das Internationale Büro vom Anmelder die geänderten Ansprüche oder eine Erklärung erhalten hat, daß er keine Änderungen der Ansprüche vor dem Internationalen Büro vorzunehmen wünsche, oder in jedem Fall, wenn die nach Regel 46.1 gesetzte Frist abgelaufen ist. Hat die Internationale Recherchenbehörde nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a eine Erklärung abgegeben, daß ein internationaler Recherchenbericht nicht erstellt wird, so wird die Übermittlung nach Artikel 20 durchgeführt, sofern die Anmeldung nicht innerhalb eines Monats seit dem Zeitpunkt zurückgezogen wird, an dem das Internationale Büro durch die Internationale Recherchenbehörde von der Erklärung unterrichtet worden ist; dieser Unterrichtung ist eine Angabe über den Zeitpunkt der Benachrichtigung des Anmelders nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a beizufügen.

c) Das Internationale Büro läßt dem Anmelder eine Erklärung zugehen, aus der hervorgeht, an welche Bestimmungsämter und zu welchem Zeitpunkt die Übermittlung erfolgt ist. Diese Erklärung wird am gleichen Tag abgesandt, an dem die Übermittlung erfolgt.

d) Jedes Bestimmungsamt erhält auf Anforderung die internationalen Recherchenberichte und die in Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a genannten Erklärungen zusätzlich auch in der Übersetzung nach Regel 45.1.

e) Hat ein Bestimmungsstaat auf das in Artikel 20 vorgesehene Erfordernis verzichtet, so werden die Ausfertigungen der Unterlagen, die andernfalls diesem Amt übermittelt

at the request of that Office or the applicant, be sent to the applicant at the time of the notice referred to in paragraph (c).

47.2 Copies

(a) The copies required for communication shall be prepared by the International Bureau.

(b) They shall be on sheets of A 4 size.

47.3 Languages

The international application communicated under Article 20 shall be in the language in which it is published provided that if that language is different from the language in which it was filed it shall, on the request of the designated Office, be communicated in either or both of these languages.

à ce dernier en même temps que la notice visée à l'alinéa c).

47.2 Copies

a) Les copies requises pour les communications sont préparées par le Bureau international.

b) Ces copies sont de format A 4.

47.3 Langues

La demande internationale communiquée selon l'article 20 doit l'être dans sa langue de publication; si cette langue n'est pas celle dans laquelle la demande a été déposée, cette dernière sera, sur requête de l'office désigné, communiquée dans l'une ou l'autre de ces langues, ou dans les deux.

worben wären, dem Anmelder auf seinen Antrag oder auf Antrag dieses Amtes gleichzeitig mit der in Absatz c genannten Erklärung übersandt.

47.2 Ausfertigungen

a) Die für die Übermittlung notwendigen Ausfertigungen werden vom Internationalen Büro hergestellt.

b) Sie sind auf Blättern in A 4-Format herzustellen.

47.3 Sprachen

Die nach Artikel 20 übermittelte internationale Anmeldung muß in der Sprache abgefaßt sein, in der sie veröffentlicht wird; ist sie in einer anderen Sprache veröffentlicht worden als der, in der sie eingereicht worden ist, so muß sie, wenn das Bestimmungsamt es so verlangt, in einer dieser beiden oder in beiden Sprachen übermittelt werden.

Rule 48

International Publication

48.1 Form

(a) The international application shall be published in the form of a pamphlet.

(b) The particulars regarding the form of the pamphlet and the method of reproduction shall be governed by the Administrative Instructions.

48.2 Contents

(a) The pamphlet shall contain:

- (i) a standardized front page,
- (ii) the description,
- (iii) the claims,
- (iv) the drawings, if any,
- (v) subject to paragraph (g), the international search report or the declaration under Article 17 (2) a),
- (vi) any statement filed under Article 19 (1), unless the International Bureau finds that the statement does not comply with the provisions of Rule 46.4.

(b) Subject to paragraph (c), the front page shall include:

- (i) data taken from the request sheet and such other data as are prescribed by the Administrative Instructions,
- (ii) a figure or figures where the international application contains drawings,
- (iii) the abstract; if the abstract is both in English and in another language, the English text shall appear first.

(c) Where a declaration under Article 17 (2) (a) has issued, the front

Règle 48

Publication internationale

48.1 Forme

a) La demande internationale est publiée sous forme de brochure.

b) Les détails relatifs à la forme de la brochure et à son mode de reproduction sont fixés dans les instructions administratives.

48.2 Contenu

a) La brochure contient:

- i) une page normalisée de couverture;
- ii) la description;
- iii) les revendications;
- iv) les dessins, s'il y en a;
- v) sous réserve de l'alinéa g), le rapport de recherche internationale ou la déclaration mentionnée à l'article 17. 2) a);
- vi) toute déclaration déposée selon l'article 19. 1), sauf si le Bureau international considère que la déclaration n'est pas conforme aux dispositions de la règle 46.4.

b) Sous réserve de l'alinéa c), la page de couverture comprend:

- i) des indications reprises de la requête et toutes autres indications déterminées par les instructions administratives;
- ii) une ou plusieurs figures lorsque la demande internationale comporte des dessins;
- iii) l'abrégé; si l'abrégé est établi en anglais et dans une autre langue, le texte anglais doit apparaître en premier.

c) Lorsqu'une déclaration selon l'article 17. 2) a) a été faite, la page de

Regel 48

Internationale Veröffentlichung

48.1 Form

a) Die internationale Anmeldung wird in Form einer Schrift veröffentlicht.

b) Die Einzelheiten hinsichtlich der Form der Schriften und des Vervielfältigungsverfahrens werden in den Verwaltungsrichtlinien festgelegt.

48.2 Inhalt

a) Die Schrift enthält:

- i) einen normierten Kopfbogen,
- ii) die Beschreibung,
- iii) die Ansprüche,
- iv) die Zeichnungen falls vorhanden,
- v) vorbehaltlich des Absatzes g den internationalen Recherchenbericht oder die Erklärung nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a,
- vi) jede Erklärung nach Artikel 19 Absatz 1, sofern das Internationale Büro nicht zu dem Ergebnis gelangt, daß die Erklärung die Erfordernisse der Regel 46.4 nicht erfüllt.

b) Der Kopfbogen enthält vorbehaltlich des Absatzes c:

- i) dem Antrag entnommene und alle anderen in den Verwaltungsrichtlinien vorgeschriebenen Angaben,
- ii) eine oder mehrere Abbildungen, wenn die internationale Anmeldung Zeichnungen enthält,
- iii) die Zusammenfassung; ist die Zusammenfassung in Englisch und in einer anderen Sprache abgefaßt, so erscheint die englische Fassung an erster Stelle.

c) Ist eine Erklärung nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a abgegeben wor-

page shall conspicuously refer to that fact and need include neither a drawing nor an abstract.

(d) The figure or figures referred to in paragraph (b) (ii) shall be selected as provided in Rule 8.2. Reproduction of such figure or figures on the front page may be in a reduced form.

(e) If there is not enough room on the front page for the totality of the abstract referred to in paragraph (b) (iii), the said abstract shall appear on the back of the front page. The same shall apply to the translation of the abstract when such translation is required to be published under Rule 48.3 (c).

(f) If the claims have been amended under Article 19, the publication shall contain either the full text of the claims both as filed and as amended or the full text of the claims as filed and specify the amendments. Any statement referred to in Article 19 (1) shall be included as well, unless the International Bureau finds that the statement does not comply with the provisions of Rule 46.4. The date of receipt of the amended claims by the International Bureau shall be indicated.

(g) If, at the time when publication is due, the international search report is not yet available [for example, because of publication on the request of the applicant as provided in Articles 21 (2) (b) and 64 (3) (c) (i)], the pamphlet shall contain, in place of the international search report, an indication to the effect that that report was not available and that either the pamphlet (then also including the international search report) will be republished or the international search report (when it becomes available) will be separately published.

(h) If, at the time when publication is due, the time limit for amending the claims under Article 19 has not expired, the pamphlet shall refer to that fact and indicate that, should the claims be amended under Article 19, then, promptly after such amendments, either the pamphlet (containing the claims as amended) will be republished or a statement reflecting all the amendments will be published. In the latter case, at least the front page and the claims shall be republished and, if a statement under Article 19 (1) has been filed, that statement shall be published as well, unless the International Bureau finds that the state-

couverture le spécifie et ne comporte ni dessin ni abrégé.

d) La ou les figures mentionnées à l'alinéa b) ii) sont choisies de la manière prévue à la règle 8.2. La reproduction de cette figure ou de ces figures sur la page de couverture peut être une reproduction en format réduit.

e) Si l'abrégé mentionné à l'alinéa b) iii) ne peut tenir sur la page de couverture, il doit être inséré au verso de cette page. Il en va de même pour la traduction de l'abrégé, lorsqu'il y a lieu d'en publier une conformément à la règle 48.3 c).

f) Si les revendications ont été modifiées conformément à l'article 19, la publication contient soit le texte intégral des revendications telles que déposées et telles que modifiées soit le texte intégral des revendications, telles que déposées, avec l'indication des modifications. Toute déclaration visée à l'article 19.1) est également incluse, à moins que le Bureau international n'estime que la déclaration n'est pas conforme aux dispositions de la règle 46.4. La date de réception par le Bureau international des revendications modifiées doit être indiquée.

g) Si, à la date prévue pour la publication, le rapport de recherche internationale n'est pas encore disponible [par exemple pour motif de publication sur demande du déposant selon les articles 21.2) b) et 64.3) c) i)], la brochure contient, à la place du rapport de recherche internationale, l'indication que ce rapport n'est pas encore disponible et que la brochure (comprenant alors le rapport de recherche internationale) sera publiée à nouveau ou que le rapport de recherche internationale (lorsqu'il sera disponible) sera publié séparément.

h) Si, à la date prévue pour la publication, le délai de modification des revendications prévu à l'article 19 n'est pas expiré, la brochure indique ce fait et précise que, si les revendications devaient être modifiées selon l'article 19, il y aurait, à bref délai après ces modifications, soit une nouvelle publication de la brochure (avec les revendications telles que modifiées), soit la publication d'une déclaration indiquant toutes les modifications. Dans ce dernier cas, il y aura une nouvelle publication d'au moins la page de couverture et des revendications et, en cas de dépôt d'une déclaration selon l'article 19.1), publi-

den, so hat die Vorderseite der Schrift deutlich darauf hinzuweisen und braucht weder Zeichnungen noch die Zusammenfassung zu enthalten.

d) Die Abbildung oder Abbildungen, die in Absatz b Ziffer ii erwähnt sind, sind gemäß Regel 8.2 auszuwählen. Ihre Wiedergabe auf dem Kopfbogen kann in verkleinerter Form erfolgen.

e) Ist auf dem Kopfbogen für die Gesamtheit der in Absatz b Ziffer iii erwähnten Zusammenfassung nicht ausreichend Raum vorhanden, so ist die Zusammenfassung auf der Rückseite des Kopfbogens wiederzugeben. Dies gilt auch für die Übersetzung der Zusammenfassung, wenn die Veröffentlichung der Übersetzung nach Regel 48.3 Absatz c erforderlich ist.

f) Sind die Ansprüche nach Artikel 19 geändert worden, muß die Veröffentlichung entweder den vollen Wortlaut der ursprünglichen und der geänderten Ansprüche oder den vollen Wortlaut der ursprünglichen Ansprüche und die Änderungen wiedergeben. Ebenso ist eine Erklärung nach Artikel 19 Absatz 1 zu veröffentlichen, sofern das Internationale Büro nicht zu dem Ergebnis kommt, daß die Erklärung die Bestimmungen der Regel 46.4 nicht erfüllt. Das Datum des Eingangs der geänderten Ansprüche beim Internationalen Büro wird angegeben.

g) Liegt zu dem Zeitpunkt, an dem die Bekanntmachung vorgesehen ist, der internationale Recherchenbericht noch nicht vor (etwa wegen einer auf Grund eines Antrags des Anmelders nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b und Artikel 64 Absatz 3 Buchstabe c Ziffer i vorgenommenen Veröffentlichung), so enthält die Schrift an Stelle des internationalen Recherchenberichts einen Hinweis darauf, daß dieser Bericht noch nicht vorgelegen hat und entweder die Schrift (einschließlich des internationalen Recherchenberichts) erneut veröffentlicht wird oder daß der internationale Recherchenbericht (sobald er vorliegt) für sich veröffentlicht wird.

h) Ist zu dem Zeitpunkt, zu dem die Veröffentlichung ansteht, die Frist zur Änderung der Ansprüche gemäß Artikel 19 noch nicht abgelaufen, so wird in der Schrift auf diese Tatsache hingewiesen und angegeben, daß, falls die Ansprüche gemäß Artikel 19 geändert werden, entweder unverzüglich nach der Änderung die Schrift (mit den geänderten Ansprüchen) erneut veröffentlicht wird oder eine alle Änderungen enthaltende Erklärung veröffentlicht wird. Im zuletzt genannten Fall sind zumindest die Vorderseite und die Ansprüche neu zu veröffentlichen; ferner ist eine gegebenenfalls nach Artikel 19 Absatz 1 ab-

ment does not comply with the provisions of Rule 46.4.

(i) The Administrative Instructions shall determine the cases in which the various alternatives referred to in paragraphs (g) and (h) shall apply. Such determination shall depend on the volume and complexity of the amendments and/or the volume of the international application and the cost factors.

48.3 Language

(a) If the international application is filed in English, French, German, Japanese, or Russian, that application shall be published in the language in which it was filed.

(b) If the international application is filed in a language other than English, French, German, Japanese, or Russian, that application shall be published in English translation. The translation shall be prepared under the responsibility of the International Searching Authority, which shall be obliged to have it ready in time to permit the communication under Article 20 by the prescribed date, or, if the international publication is due at an earlier date than the said communication, to permit international publication by the prescribed date. Notwithstanding Rule 16.1 (a), the International Searching Authority may charge a fee for the translation to the applicant. The International Searching Authority shall give the applicant an opportunity to comment on the draft translation. The International Searching Authority shall fix a time limit reasonable under the circumstances of the case for such comments. If there is no time to take the comments of the applicant into account before the translation is communicated or if there is a difference of opinion between the applicant and the said Authority as to the correct translation, the applicant may send a copy of his comments, or what remains of them, to the International Bureau and each designated Office to which the translation was communicated. The International Bureau shall publish the essence of the comments together with the translation of the International Searching Authority or subsequently to the publication of such translation.

(c) If the international application is published in a language other than English, the international search report, or the declaration referred to in

cation de cette déclaration, à moins que le Bureau international n'estime que la déclaration n'est pas conforme aux dispositions de la règle 46.4.

i) Les instructions administratives déterminent les cas où les diverses variantes mentionnées aux alinéas g) et h) seront appliquées. Cette détermination dépend du volume et de la complexité des modifications et du volume de la demande internationale ainsi que des frais y relatifs.

48.3 Langues

a) Si la demande internationale est déposée en allemand, en anglais, en français, en japonais ou en russe, elle est publiée dans la langue dans laquelle elle a été déposée.

b) Si la demande internationale est déposée dans une langue autre que l'allemand, l'anglais, le français, le japonais ou le russe, elle est publiée en traduction anglaise. La traduction est préparée sous la responsabilité de l'administration chargée de la recherche internationale, qui doit la tenir prête suffisamment à temps pour que la communication prévue à l'article 20 ou, si la publication internationale doit être effectuée à une date antérieure à ladite communication, pour que la publication internationale puisse être effectuée à la date prévue. Nonobstant les dispositions de la règle 16.1 a), l'administration chargée de la recherche internationale peut percevoir une taxe du déposant pour la traduction. L'administration chargée de la recherche internationale doit donner au déposant la possibilité de commenter le projet de traduction. Cette administration doit fixer un délai, raisonnable en l'espèce, pour ce commentaire. Si le temps manque pour prendre en considération le commentaire avant la communication de la traduction ou si le déposant et ladite administration sont en désaccord au sujet de la traduction correcte, le déposant peut adresser une copie de son commentaire ou de ce qu'il en reste au Bureau international et à chacun des offices désignés auxquels la traduction a été adressée. Le Bureau international publie l'essentiel du commentaire avec la traduction de l'administration chargée de la recherche internationale ou après la publication de cette traduction.

c) Si la demande internationale est publiée dans une langue autre que l'anglais, le rapport de recherche internationale, ou la déclaration visée à

gegebene Erklärung zu veröffentlichen, sofern das Internationale Büro nicht zu dem Ergebnis kommt, daß die Erklärung die Vorschriften der Regel 46.4 nicht einhält.

i) Die Verwaltungsrichtlinien bestimmen die Fälle, in denen die in den Absätzen g und h genannten verschiedenen Alternativen Anwendung finden. Die Bestimmung richtet sich nach dem Umfang und der Schwierigkeit der Änderungen sowie nach dem Umfang der Anmeldung und nach Kostengesichtspunkten.

48.3 Sprache

a) Ist die internationale Anmeldung in deutscher, englischer, französischer, japanischer oder russischer Sprache eingereicht worden, so wird sie in der Sprache veröffentlicht, in der sie eingereicht worden ist.

b) Ist die internationale Anmeldung in einer anderen als in deutscher, englischer, französischer, japanischer oder russischer Sprache eingereicht worden, so wird sie in englischer Übersetzung veröffentlicht. Die Übersetzung wird unter der Verantwortung der Internationalen Recherchenbehörde angefertigt, die verpflichtet ist, sie so rechtzeitig zu fertigen, daß die Übermittlung nach Artikel 20 zum vorgeschriebenen Zeitpunkt erfolgen kann, oder, wenn die internationale Veröffentlichung zu einem früheren Zeitpunkt als der genannten Übermittlung vorzunehmen ist, daß die internationale Veröffentlichung zu dem vorgeschriebenen Zeitpunkt erfolgen kann. Unbeschadet der Regel 16.1 Absatz a) kann die Internationale Recherchenbehörde von dem Anmelder eine Gebühr für die Übersetzung verlangen. Die Internationale Recherchenbehörde gibt dem Anmelder Gelegenheit, sich zu dem Entwurf der Übersetzung zu äußern. Sie setzt dem Anmelder für diese Äußerungen eine den Umständen nach angemessene Frist. Können die Äußerungen aus Zeitgründen nicht berücksichtigt werden, bevor die Übersetzung versandt wird oder besteht eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Anmelder und der Behörde über die Richtigkeit der Übersetzung, so kann der Anmelder eine Abschrift seiner Äußerungen oder des nicht berücksichtigten Teils derselben dem Internationalen Büro und jedem Bestimmungsamt, dem die Übersetzung übermittelt wurde, zusenden. Das Internationale Büro veröffentlicht den wesentlichen Inhalt der Äußerungen mit der von der Internationalen Recherchenbehörde angefertigten Übersetzung oder nach der Veröffentlichung der Übersetzung.

c) Wird die internationale Anmeldung in einer anderen Sprache als der englischen veröffentlicht, so werden der internationale Recherchenbericht

Article 17 (2) (a), and the abstract shall be published both in that language and in English. The translations shall be prepared under the responsibility of the International Bureau.

l'article 17.2) a), et l'abrégé sont publiés dans cette autre langue et en anglais. Les traductions sont préparées sous la responsabilité du Bureau international.

oder die Erklärung nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a und die Zusammenfassung sowohl in dieser als auch in englischer Sprache veröffentlicht. Die Übersetzung wird unter der Verantwortung des Internationalen Büros angefertigt.

48.4 Earlier Publication on the Applicant's Request

(a) Where the applicant asks for publication under Articles 21 (2) (b) and 64 (3) (c) (i) and the international search report, or the declaration referred to in Article 17 (2) (a), is not yet available for publication together with the international application, the International Bureau shall collect a special publication fee whose amount shall be fixed in the Administrative Instructions.

(b) Publication under Articles 21 (2) (b) and 64 (3) (c) (i) shall be effected by the International Bureau promptly after the applicant has asked for it and, where a special fee is due under paragraph (a), after receipt of such fee.

48.4 Publication anticipée à la demande du déposant

a) Lorsque le déposant demande la publication selon les articles 21.2) b) et 64.3) c) i) lorsque le rapport de recherche internationale ou la déclaration visée à l'article 17.2) a) n'est pas encore disponible pour la publication avec la demande internationale, le Bureau international perçoit une taxe spéciale de publication, dont le montant est fixé dans les instructions administratives.

b) La publication selon les articles 21.2) b) et 64.3) c) i) est effectuée par le Bureau international à bref délai après que le déposant a demandé cette publication et, lorsqu'une taxe spéciale est due selon l'alinéa a), après réception de cette taxe.

48.4 Vorzeitige Veröffentlichung auf Antrag des Anmelders

a) Beantragt der Anmelder Veröffentlichung nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b und Artikel 64 Absatz 3 Buchstabe c Ziffer i und stehen der internationale Recherchenbericht oder die Erklärung nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a noch nicht für die Veröffentlichung zusammen mit der internationalen Anmeldung zur Verfügung, so erhebt das Internationale Büro eine besondere Veröffentlichungsgebühr, deren Höhe durch die Verwaltungsrichtlinien festgelegt wird.

b) Eine Veröffentlichung nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b und Artikel 64 Absatz 3 Buchstabe c Ziffer i wird vom Internationalen Büro unverzüglich durchgeführt, sobald der Anmelder sie beantragt hat und, falls eine Gebühr nach Absatz a gezahlt werden muß, sobald er diese Gebühr gezahlt hat.

48.5 Notification of National Publication

Where the publication of the international application by the International Bureau is governed by Article 64 (3) (c) (ii), the national Office concerned shall, promptly after effecting the national publication referred to in the said provision, notify the International Bureau of the fact of such national publication.

48.5 Notification de la publication nationale

Lorsque la publication de la demande internationale par le Bureau international est régie par l'article 64.3) c) ii), l'office national, à bref délai après avoir effectué la publication nationale mentionnée dans cette disposition, le notifie au Bureau international.

48.5 Unterrichtung über die nationale Veröffentlichung

Richtet sich die Veröffentlichung der internationalen Anmeldung durch das Internationale Büro nach Artikel 64 Absatz 3 Buchstabe c Ziffer ii), so hat das betreffende nationale Amt das Internationale Büro unverzüglich nach Vornahme der in jener Vorschrift genannten nationalen Veröffentlichung über die Tatsache der Veröffentlichung zu unterrichten.

48.6 Announcing of Certain Facts

(a) If any notification under Rule 29.1 (a) (ii) reaches the International Bureau at a time later than that at which it was able to prevent the international publication of the international application, the International Bureau shall promptly publish a notice in the Gazette reproducing the essence of such notification.

(b) The essence of any notification under Rule 29.2 or 51.4 shall be published in the Gazette and, if the notification reaches the International Bureau before preparations for the publication of the pamphlet have been completed, also in the pamphlet.

(c) If the international application is withdrawn after its international publication, this fact shall be published in the Gazette.

48.6 Publication de certains faits

a) Si une notification selon la règle 29.1 a) ii) parvient au Bureau international à une date où ce dernier ne peut plus suspendre la publication internationale de la demande internationale, le Bureau international publie à bref délai dans la gazette une notice reproduisant l'essentiel de la notification.

b) L'essentiel d'une notification selon les règles 29.2 ou 51.4 est publié dans la gazette; si la notification parvient au Bureau international avant l'achèvement des préparatifs de publication de la brochure, l'essentiel de la notification est également publié dans la brochure.

c) Si la demande internationale est retirée après sa publication internationale, ce fait est publié dans la gazette.

48.6 Bekanntmachung bestimmter Tatsachen

a) Erreicht eine Mitteilung nach Regel 29.1 Absatz a Ziffer ii) das Internationale Büro so spät, daß die internationale Veröffentlichung der internationalen Anmeldung nicht mehr verhindert werden kann, so veröffentlicht das Internationale Büro im Blatt unverzüglich einen Hinweis, der den wesentlichen Inhalt der Mitteilung wiedergibt.

b) Der wesentliche Inhalt der Mitteilung nach Regel 29.2 oder nach Regel 51.4 wird im Blatt veröffentlicht; wenn die Mitteilung beim Internationalen Büro so zeitig eingeht, daß die Vorbereitungen für die Herausgabe der Schrift noch nicht abgeschlossen sind, wird sie auch in der Schrift wiedergegeben.

c) Eine Zurücknahme der internationalen Anmeldung nach ihrer internationalen Veröffentlichung wird im Blatt bekanntgegeben.

Rule 49

Languages of Translations and Amounts of Fees under Article 22 (1) and (2)

49.1 Notification

(a) Any Contracting State requiring the furnishing of a translation or the payment of a national fee, or both, under Article 22, shall notify the International Bureau of:

- (i) the languages from which and the language into which it requires translation,
- (ii) the amount of the national fee.

(b) Any notification received by the International Bureau under paragraph (a) shall be promptly published by the International Bureau in the Gazette.

(c) If the requirements under paragraph (a) change later, such changes shall be notified by the Contracting State to the International Bureau and that Bureau shall promptly publish the notification in the Gazette. If the change means that translation is required into a language which, before the change, was not required, such change shall be effective only with respect to international applications filed later than 2 months after the publication of the notification in the Gazette. Otherwise, the effective date of any change shall be determined by the Contracting State.

49.2 Languages

The language into which translation may be required must be an official language of the designated Office. If there are several of such languages, no translation may be required if the international application is in one of them. If there are several official languages and a translation must be furnished, the applicant may choose any of those languages. Notwithstanding the foregoing provisions of this paragraph, if there are several official languages but the national law prescribes the use of one such language for foreigners, a translation into that language may be required.

49.3 Statements under Article 19

For the purposes of Article 22 and the present Rule, any statement made under Article 19(1) shall be considered part of the international application.

Rule 50

Faculty under Article 22 (3)

50.1 Exercise of Faculty

(a) Any Contracting State allowing a time limit expiring later than the

Règle 49

Langues des traductions et montants des taxes selon l'article 22.1) et 2)

49.1 Notification

a) Tout État contractant exigeant la remise d'une traduction ou le paiement d'une taxe nationale, ou les deux, selon l'article 22, doit notifier au Bureau international:

- i) les langues pour lesquelles il exige une traduction et la langue de cette dernière;
- ii) le montant de la taxe nationale.

b) Toute notification reçue par le Bureau international selon l'alinéa a) est publiée à bref délai par ce Bureau dans la gazette.

c) Si les exigences visées à l'alinéa a) sont ultérieurement modifiées, ces modifications doivent être notifiées par l'État contractant au Bureau international, qui publie à bref délai la notification dans la gazette. Si cette modification a pour effet qu'une traduction est exigée dans une langue qui n'était pas prévue auparavant, ce changement n'a d'effet qu'à l'égard des demandes internationales déposées plus de deux mois après la publication de la notification dans la gazette. Sinon, la date d'application de tout changement est déterminée par l'État contractant.

49.2 Langues

La langue dans laquelle une traduction peut être exigée doit être une langue officielle de l'office désigné. S'il y a plusieurs langues officielles, aucune traduction ne peut être exigée si la demande internationale est rédigée dans l'une de ces langues. S'il y a plusieurs langues officielles et si une traduction doit être fournie, le déposant peut choisir l'une quelconque de ces langues. Nonobstant les dispositions du présent alinéa qui précèdent, si l'y a plusieurs langues officielles mais si la législation nationale prescrit l'utilisation de l'une de ces langues par les étrangers, une traduction dans cette langue peut être exigée.

49.3 Déclaration selon l'article 19

Aux fins de l'article 22 et de la présente règle, toute déclaration faite selon l'article 19.1) est considérée comme faisant partie de la demande internationale.

Règle 50

Faculté selon l'article 22.3)

50.1 Exercice de la faculté

a) Tout État contractant accordant des délais expirant après ceux qui

Regel 49

Sprachen von Übersetzungen und Höhe der Gebühren gemäß Artikel 22 Absätze 1 und 2

49.1 Mitteilung

a) Jeder Vertragsstaat, der die Vorlage einer Übersetzung oder die Zahlung einer nationalen Gebühr oder beides nach Artikel 22 verlangt, unterrichtet das Internationale Büro über

- i) die Sprachen, aus denen, und die Sprache, in die Übersetzung verlangt wird,
- ii) die Höhe der nationalen Gebühr.

b) Das Internationale Büro veröffentlicht jede ihm nach Absatz a) zugegangene Mitteilung unverzüglich im Blatt.

c) Ändern sich die Anforderungen nach Absatz a) später, so teilt der Vertragsstaat diese Änderungen dem Internationalen Büro mit, das die Mitteilung unverzüglich im Blatt veröffentlicht. Hat die Änderung zum Inhalt, daß eine Übersetzung in eine vor der Änderung nicht geforderte Sprache erforderlich wird, so wird die Änderung nur für solche internationale Anmeldungen wirksam, die später als zwei Monate nach der Veröffentlichung der Mitteilung im Blatt eingereicht worden sind. Für die übrigen Fälle bestimmt der Vertragsstaat den Zeitpunkt, in dem die Änderung wirksam wird.

49.2 Sprachen

Die Sprache, in die eine Übersetzung verlangt wird, muß eine Amtssprache des Bestimmungsamts sein. Ämter mit mehreren Amtssprachen können keine Übersetzung verlangen, wenn die internationale Anmeldung in einer dieser Amtssprachen verfaßt ist. Ist einem Amt mit mehreren Amtssprachen eine Übersetzung zu übermitteln, so kann der Anmelder eine dieser Sprachen auswählen. Unbeschadet der Bestimmungen dieses Absatzes kann, wenn mehrere offizielle Sprachen bestehen, aber das nationale Recht eine dieser Sprachen für Ausländer vorschreibt, eine Übersetzung in diese Sprache verlangt werden.

49.3 Erklärung nach Artikel 19

Für die Anwendung des Artikels 22 und dieser Regel wird jede Erklärung nach Artikel 19 Absatz 1 als Teil der internationalen Anmeldung angesehen.

Regel 50

Befugnis nach Artikel 22 Absatz 3

50.1 Ausübung der Befugnis

a) Jeder Vertragsstaat, der eine Frist bestimmt, die später als die in

time limits provided for in Article 22 (1) or (2) shall notify the International Bureau of the time limits so fixed.

(b) Any notification received by the International Bureau under paragraph (a) shall be promptly published by the International Bureau in the Gazette.

(c) Notifications concerning the shortening of the previously fixed time limit shall be effective in relation to international applications filed after the expiration of 3 months computed from the date on which the notification was published by the International Bureau.

(d) Notifications concerning the lengthening of the previously fixed time limit shall become effective upon publication by the International Bureau in the Gazette in respect of international applications pending at the time or filed after the date of such publication, or, if the Contracting State effecting the notification fixes some later date, as from the latter date.

sont prévus à l'article 22.1) ou 2) doit notifier au Bureau international les délais ainsi fixés.

b) Toute notification reçue par le Bureau international selon l'alinéa a) est publiée à bref délai dans la gazette.

c) Les notifications relatives à la réduction d'un délai précédemment fixé ont effet pour les demandes internationales qui sont déposées plus de trois mois après la date de publication de la notification.

d) Les notifications relatives à la prolongation d'un délai précédemment fixé ont effet dès leur publication dans la gazette pour les demandes internationales pendantes à la date de cette publication ou déposées après cette date ou, si l'État contractant procédant à la notification fixe une date ultérieure, à cette date ultérieure.

Artikel 22 Absatz 1 oder 2 festgesetzte Frist abläuft, teilt dem Internationalen Büro diese Frist mit.

b) Das Internationale Büro veröffentlicht jede ihm nach Absatz a) zugegangene Mitteilung unverzüglich im Blatt.

c) Mitteilungen, die eine Verkürzung der vorher festgesetzten Frist betreffen, werden für internationale Anmeldungen wirksam, die nach dem Ablauf einer Frist von drei Monaten eingereicht werden; die Frist von drei Monaten beginnt mit dem Zeitpunkt der Bekanntmachung der Mitteilung durch das Internationale Büro.

d) Mitteilungen, die eine Verlängerung der vorher festgesetzten Frist betreffen, werden mit der Bekanntmachung durch das Internationale Büro im Blatt für die internationalen Anmeldungen wirksam, die zu diesem Zeitpunkt anhängig sind oder nach dem Zeitpunkt einer solchen Bekanntmachung eingereicht werden; setzt der Vertragsstaat, der die Mitteilung abgibt, einen späteren Zeitpunkt fest, so ist dieser Zeitpunkt maßgebend.

Rule 51

Review by Designated Offices

51.1 Time Limit for Presenting the Request to Send Copies

The time limit referred to in Article 25 (1) (c) shall be 2 months computed from the date of the notification sent to the applicant under Rules 20.7 (i), 24.2 (b), 29.1 (a) (ii), or 29.1 (b).

51.2 Copy of the Notice

Where the applicant, after having received a negative determination under Article 11 (1), requests the International Bureau, under Article 25 (1), to send copies of the file of the purported international application to any of the named Offices he has attempted to designate, he shall attach to his request a copy of the notice referred to in Rule 20.7 (i).

51.3 Time Limit for Paying National Fee and Furnishing Translation

The time limit referred to in Article 25 (2) (a) shall expire at the same time as the time limit prescribed in Rule 51.1.

51.4 Notification to the International Bureau

Where, under Article 25 (2), the competent designated Office decides that the refusal, declaration or finding

Règle 51

Revision par des offices désignés

51.1 Délai pour présenter la requête d'envoi de copies

Le délai visé à l'article 25.1) c) est de deux mois à compter de la date de la notification adressée au déposant conformément aux règles 20.7 i), 24.2 b), 29.1 a) ii) ou 29.1 b).

51.2 Copie de la notification

Lorsque le déposant, après réception d'une notification de constatation négative selon l'article 11.1), demande au Bureau international, conformément à l'article 25.1), d'adresser des copies du dossier de la prétendue demande internationale à un office indiqué par lui qui était désigné dans cette dernière, il doit joindre à cette demande copie de la notification visée à la règle 20.7 i).

51.3 Délai pour payer la taxe nationale et pour remettre une traduction

Le délai visé à l'article 25.2) a) expire en même temps que le délai fixé à la règle 51.1.

51.4 Notification au Bureau international

Lorsque, conformément à l'article 25.2), l'office désigné compétent décide que le refus, la déclaration ou la

Regel 51

Nachprüfung durch die Bestimmungsamter

51.1 Frist zur Stellung des Antrags auf Übersendung von Ausfertigungen

Die in Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe c genannte Frist beträgt zwei Monate und beginnt mit dem Zeitpunkt der Mitteilung an den Anmelder nach den Regeln 20.7 Ziffer i, 24.2 Absatz b, 29.1 Absatz a Ziffer ii oder 29.1 Absatz b.

51.2 Abschrift der Mitteilung

Beantragt der Anmelder, der eine negative Feststellung nach Artikel 11 Absatz 1 erhalten hat, beim Internationalen Büro nach Artikel 25 Absatz 1 Abschriften aus den Akten der vorgelassen internationalen Anmeldung einem der Ämter zuzuschicken, die er versucht hat, als Bestimmungsamter zu benennen, so hat er mit dem Antrag eine Abschrift der Nachricht nach Regel 20.7 Ziffer i zu übersenden.

51.3 Frist zur Zahlung der nationalen Gebühr und zur Vorlegung einer Übersetzung

Die Frist nach Artikel 25 Absatz 2 Buchstabe a läuft zum gleichen Zeitpunkt wie die in Regel 51.1 vorgeschriebene Frist ab.

51.4 Mitteilung an das Internationale Büro

Entscheidet das zuständige Bestimmungsamter nach Artikel 25 Absatz 2, daß die in Artikel 25 Absatz 1 er-

referred to in Article 25 (1) was not justified, it shall promptly notify the International Bureau that it will treat the international application as if the error or omission referred to in Article 25 (2) had not occurred.

Rule 52

Amendment of the Claims, the Description, and the Drawings, Before Designated Offices

52.1 Time Limit

(a) In any designated State in which processing or examination starts without special request, the applicant shall, if he so wishes, exercise the right under Article 28 within one month from the fulfillment of the requirements under Article 22, provided that, if the communication under Rule 47.1 has not been effected by the expiration of the time limit applicable under Article 22, he shall exercise the said right not later than 4 months after such expiration date. In either case, the applicant may exercise the said right at any other time if so permitted by the national law of the said State.

(b) In any designated State in which the national law provides that examination starts only on special request, the time limit within or the time at which the applicant may exercise the right under Article 28 shall be the same as that provided by the national law for the filing of amendments in the case of the examination, on special request, of national applications, provided that such time limit shall not expire prior to, or such time shall not come before, the expiration of the time limit applicable under paragraph (a).

constatation visé à l'article 25.1) n'était pas justifié, il notifie à bref délai au Bureau international qu'il traitera la demande internationale comme s'il n'y avait pas eu l'erreur ou l'omission visée à l'article 25.2).

Règle 52

Modification des revendications, de la description et des dessins auprès des offices désignés

52.1 Délai

a) Dans tout État désigné où le traitement ou l'examen de la demande internationale commence sans requête spéciale, le déposant doit, s'il désire exercer le droit accordé par l'article 28, le faire dans un délai d'un mois à compter de l'accomplissement des actes visés à l'article 22; toutefois, si la communication visée à la règle 47.1 n'a pas été effectuée à l'expiration du délai applicable selon l'article 22, il doit exercer ce droit au plus tard quatre mois après la date de cette expiration. Dans les deux cas, le déposant peut exercer ce droit à toute date ultérieure si la législation nationale de cet État le permet.

b) Dans tout État désigné dont la législation nationale prévoit que l'examen ne commence que sur requête spéciale, le délai pendant lequel ou le moment auquel le déposant peut exercer le droit accordé par l'article 28 est le même que celui qui est prévu par la législation nationale pour le dépôt de modifications en cas d'examen, sur requête spéciale, de demandes nationales, pour autant que ce délai n'expire pas avant l'expiration du délai applicable selon l'alinéa a) ou que ce moment n'arrive pas avant l'expiration du même délai.

wähnte Zurückweisung, Erklärung oder Feststellung nicht gerechtfertigt war, so hat es dem Internationalen Büro unverzüglich mitzuteilen, daß es die internationale Anmeldung so behandelt, als wenn die in Artikel 25 Absatz 2 genannte versehentliche Maßnahme oder Unterlassung nicht vorgekommen wäre.

Regel 52

Änderung der Ansprüche, der Beschreibung und der Zeichnungen vor den Bestimmungsämtern

52.1 Frist

a) In einem Bestimmungsstaat, in dem die Bearbeitung oder die Prüfung ohne besonderen Antrag beginnt, kann der Anmelder das Recht aus Artikel 28 innerhalb eines Monats, nachdem die Erfordernisse nach Artikel 22 erfüllt sind, ausüben; ist die Übermittlung nach Regel 47.1 bei Ablauf der nach Artikel 22 anwendbaren Frist noch nicht erfolgt, so darf er das Recht nicht später als vier Monate nach Ablauf der Frist ausüben. In jedem Fall kann der Anmelder das Recht zu einem anderen Zeitpunkt ausüben, wenn das nationale Recht des Staates dies zuläßt.

b) In einem Bestimmungsstaat, in dem die Prüfung nach dem nationalen Recht nur auf besonderen Antrag beginnt, kann das in Artikel 28 vorgesehene Recht innerhalb der gleichen Frist oder zu dem gleichen Zeitpunkt ausgeübt werden, die oder den das nationale Recht für die Einreichung von Änderungen im Fall einer auf besonderen Antrag durchgeführten Prüfung einer nationalen Anmeldung vorschreibt, vorausgesetzt, daß diese Frist nicht vor Ablauf der nach Absatz a maßgeblichen Frist abläuft oder der Zeitpunkt nicht vor dem Ablauf dieser Frist liegt.

Part C

Rules Concerning Chapter II of the Treaty

Rule 53

The Demand

53.1 Form

(a) The demand shall be made on a printed form.

(b) Copies of printed forms shall be furnished free of charge by the receiving Offices to the applicants.

(c) The particulars of the forms shall be prescribed by the Administrative Instructions.

Partie C

Règles relatives au chapitre II du traité

Règle 53

Demande d'examen préliminaire international

53.1 Forme

a) La demande d'examen préliminaire international doit être établie sur un formulaire imprimé.

b) Des exemplaires du formulaire imprimé sont délivrés gratuitement aux déposants par les offices récepteurs.

c) Les détails relatifs au formulaire imprimé sont prescrits dans les instructions administratives.

Teil C

Regeln zu Kapitel II des Vertrags

Regel 53

Der Antrag

53.1 Formblatt

a) Der Antrag muß auf einem vorgegedruckten Formblatt gestellt werden.

b) Vordrucke werden von dem Anmeldeämtern den Anmeldern kostenlos zur Verfügung gestellt.

c) Die Ausgestaltung des Formblatts im einzelnen wird durch die Verwaltungsrichtlinien vorgeschrieben.

(d) The demand shall be submitted in two identical copies.

53.2 Contents

(a) The demand shall contain:

- (i) a petition,
- (ii) indications concerning the applicant and the agent if there is an agent,
- (iii) indications concerning the international application to which it relates,
- (iv) election of States.

(b) The demand shall be signed.

53.3 The Petition

The petition shall be to the following effect and shall preferably be worded as follows: "Demand under Article 31 of the Patent Cooperation Treaty: The undersigned requests that the international application specified below be the subject of international preliminary examination according to the Patent Cooperation Treaty."

53.4 The Applicant

As to the indications concerning the applicant, Rules 4.4 and 4.16 shall apply, and Rule 4.5 shall apply mutatis mutandis.

53.5 The Agent

If an agent is designated, Rules 4.4, 4.7, and 4.16 shall apply, and Rule 4.8 shall apply mutatis mutandis.

53.6 Identification of the International Application

The international application shall be identified by the name of the receiving Office with which the international application was filed, the name and address of the applicant, the title of the invention, and, where the international filing date and the international application number are known to the applicant, that date and that number.

53.7 Election of States

The demand shall name, among the designated States, at least one Contracting State bound by Chapter II of the Treaty as elected State.

53.8 Signature

The demand shall be signed by the applicant.

d) La demande d'examen préliminaire international doit être présentée en deux exemplaires identiques.

53.2 Contenu

a) La demande d'examen préliminaire international doit comporter:

- i) une pétition;
- ii) des indications concernant le déposant et, le cas échéant, le mandataire;
- iii) des indications concernant la demande internationale à laquelle elle a trait;
- iv) l'élection d'États.

b) La demande d'examen préliminaire international doit être signée.

53.3 Pétition

La pétition doit tendre à l'effet qui suit et être rédigée de préférence comme suit: «Demande d'examen préliminaire international selon l'article 31 du Traité de coopération en matière de brevets — Le soussigné requiert que la demande internationale spécifiée ci-après fasse l'objet d'un examen préliminaire international conformément au Traité de coopération en matière de brevets.»

53.4 Déposant

Pour ce qui concerne les indications relatives au déposant, les règles 4.4 et 4.16 s'appliquent et la règle 4.5 s'applique mutatis mutandis.

53.5 Mandataire

S'il y a constitution de mandataire, les règles 4.4, 4.7 et 4.16 s'appliquent et la règle 4.8 s'applique mutatis mutandis.

53.6 Identification de la demande internationale

La demande internationale doit être identifiée par le nom de l'office récepteur auprès duquel elle a été déposée, par le nom et l'adresse du déposant, par le titre de l'invention et, lorsque le déposant les connaît, par la date du dépôt international et par le numéro de la demande internationale.

53.7 Election d'États

Dans la demande d'examen préliminaire international, au moins un État contractant lié par le chapitre II du traité doit, parmi les États désignés, être mentionné en tant qu'État élu.

53.8 Signature

La demande d'examen préliminaire international doit être signée par le déposant.

d) Der Antrag ist in zwei übereinstimmenden Exemplaren einzureichen.

53.2 Inhalt

a) Der Antrag muß enthalten:

- i) ein Gesuch,
- ii) Angaben über den Anmelder und den Anwalt, falls ein solcher vorhanden ist,
- iii) Angaben betreffend die internationale Anmeldung, auf die er sich bezieht,
- iv) die Benennung von Staaten als ausgewählte Staaten.

b) Der Antrag muß unterzeichnet sein.

53.3 Gesuch

Das Gesuch soll sinngemäß folgendes zum Ausdruck bringen und ist etwa wie folgt zu fassen: „Antrag nach Artikel 31 des Vertrags über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens: Der Unterzeichnete beantragt, daß für die unten näher bezeichnete internationale Anmeldung die internationale vorläufige Prüfung nach dem Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens durchgeführt wird.“

53.4 Anmelder

Für die Angaben über den Anmelder sind die Regeln 4.4 und 4.16 anzuwenden; Regel 4.5 ist entsprechend anzuwenden.

53.5 Anwalt

Falls ein Anwalt bestellt ist, sind die Regeln 4.4, 4.7 und 4.16 anzuwenden, Regel 4.8 ist entsprechend anzuwenden.

53.6 Kennzeichnung der internationalen Anmeldung

Die internationale Anmeldung soll durch den Namen des Anmeldeamts gekennzeichnet werden, bei dem sie eingereicht wurde, sowie durch den Namen und die Anschrift des Anmelders, durch die Bezeichnung der Erfindung und, wo das internationale Anmeldedatum und das internationale Aktenzeichen dem Anmelder bekannt sind, durch dieses Datum und dieses Aktenzeichen.

53.7 Benennung von Staaten als ausgewählte Staaten

In dem Antrag ist wenigstens ein Bestimmungsstaat, für den Kapitel II dieses Vertrags verbindlich ist, als ausgewählter Staat zu benennen.

53.8 Unterschrift

Der Antrag muß durch den Anmelder unterzeichnet sein.

Rule 54 The Applicant Entitled to Make a Demand	Règle 54 Déposant autorisé à présenter une demande d'examen préliminaire international	Regel 54 Zur Antragstellung berechtigter Anmelder
54.1 Residence and Nationality	54.1 Domicile et nationalité	54.1 Sitz, Wohnsitz und Staatsangehörigkeit
The residence or nationality of the applicant shall, for the purposes of Article 31 (2), be determined according to Rules 18.1 and 18.2.	Le domicile et la nationalité du déposant sont, aux fins de l'article 31. 2), déterminés conformément aux règles 18.1 et 18.2.	Für die Anwendung des Artikels 31 Absatz 2 bestimmen sich der Sitz, der Wohnsitz und die Staatsangehörigkeit des Anmelders nach den Regeln 18.1 und 18.2.
54.2 Several Applicants: Same for All Elected States	54.2 Plusieurs déposants: les mêmes pour tous les États élus	54.2 Mehrere Anmelder: gleiche Anmelder für alle ausgewählten Staaten
If all the applicants are applicants for the purposes of all elected States, the right to make a demand under Article 31 (2) shall exist if at least one of them is	S'il y a plusieurs déposants et s'ils sont tous déposants pour tous les États élus, le droit de présenter une demande d'examen préliminaire international selon l'article 31. 2) existe si l'un au moins d'entre eux est:	Sind alle Anmelder Anmelder für jeden ausgewählten Staat, so hängt die Berechtigung zur Stellung eines Antrags nach Artikel 31 davon ab, ob wenigstens einer der Anmelder
(i) a resident or national of a Contracting State bound by Chapter II and the international application has been filed as provided in Article 31 (2) (a), or (ii) a person entitled to make a demand under Article 31 (2) (b) and the international application has been filed as provided in the decision of the Assembly.	i) domicilié dans un État contractant lié par le chapitre II ou est le national d'un tel État, et si la demande internationale a été déposée conformément à l'article 31. 2) a); ou ii) une personne autorisée à déposer une demande d'examen préliminaire international selon l'article 31. 2) b), et si la demande internationale a été déposée conformément à la décision de l'Assemblée.	i) seinen Sitz oder Wohnsitz in einem Vertragsstaat hat, für den Kapitel II des Vertrags verbindlich geworden ist, oder Staatsangehöriger eines solchen Staates ist und ob die internationale Anmeldung gemäß Artikel 31 Absatz 2 Buchstabe a eingereicht ist, oder ii) berechtigt ist, einen Antrag nach Artikel 31 Absatz 2 Buchstabe b zu stellen, und die internationale Anmeldung entsprechend dem Beschluß der Versammlung eingereicht worden ist.
54.3 Several Applicants: Different for Different Elected States	54.3 Plusieurs déposants: différents pour différents États élus	54.3 Mehrere Anmelder: verschiedene Anmelder für verschiedene Staaten
(a) For the purposes of different elected States, different applicants may be indicated, provided that, in respect of each elected State, at least one of the applicants indicated for the purposes of that State is	a) Différents déposants peuvent être indiqués pour différents États élus si, pour chaque État élu, l'un au moins des déposants indiqués pour cet État est:	a) Für mehrere ausgewählte Staaten können jeweils verschiedene Anmelder angegeben werden, wenn in bezug auf jeden ausgewählten Staat zumindest einer der für diesen Staat angegebenen Anmelder
(i) a resident or national of a Contracting State bound by Chapter II and the international application has been filed as provided in Article 31 (2) (a), or (ii) a person entitled to make a demand under Article 31 (2) (b) and the international application has been filed as provided in the decision of the Assembly.	i) domicilié dans un État contractant lié par le chapitre II, ou est le national d'un tel État, et si la demande internationale a été déposée conformément à l'article 31. 2) a); ou ii) une personne autorisée à déposer une demande d'examen préliminaire international selon l'article 31. 2) b), et si la demande internationale a été déposée conformément à la décision de l'Assemblée.	i) seinen Sitz oder Wohnsitz in einem Vertragsstaat hat, für den Kapitel II des Vertrags verbindlich geworden ist, oder Staatsangehöriger eines solchen Staates ist, und wenn die internationale Anmeldung gemäß Artikel 31 Absatz 2 Buchstabe a eingereicht ist, ii) berechtigt ist, einen Antrag nach Artikel 31 Absatz 2 Buchstabe b zu stellen, und die internationale Anmeldung entsprechend dem Beschluß der Versammlung eingereicht worden ist.
(b) If the requirement under paragraph (a) is not fulfilled in respect of any elected State, the election of that State shall be considered not to have been made.	b) Si la condition figurant à l'alinéa a) n'est pas remplie à l'égard d'un État élu, l'élection de cet État est considérée comme n'ayant pas été faite.	b) Sind die Erfordernisse nach Absatz a in bezug auf einen ausgewählten Staat nicht erfüllt, so gilt die Auswahl dieses Staates als nicht erfolgt.
54.4 Change in the Person or Name of the Applicant	54.4 Changement quant à la personne ou au nom du déposant	54.4 Änderungen in der Person oder im Namen des Anmelders
Any change in the person or name of the applicant shall, on the request of the applicant or the receiving Office, be recorded by the International	Tout changement quant à la personne ou au nom du déposant est, sur requête du déposant ou de l'office récepteur, enregistré par le Bureau in-	Jede Änderung in der Person oder im Namen des Anmelders ist auf Antrag des Anmelders oder des Anmeldeamts vom Internationalen Büro

Bureau, which shall notify the interested International Preliminary Examining Authority and the elected Offices accordingly.

international, qui le notifie à l'administration intéressée chargée de l'examen préliminaire international et aux offices élus.

in den Akten zu vermerken; das Internationale Büro unterrichtet die interessierte mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde und die ausgewählten Ämter.

Rule 55

Languages (International Preliminary Examination)

55.1 The Demand

The demand shall be in the language of the international application or, when a translation is required under Rule 55.2, in the language of that translation.

55.2 The International Application

(a) If the competent International Preliminary Examining Authority is not part of the same national Office or intergovernmental organization as the competent International Searching Authority, and if the international application is in a language other than the language, or one of the languages, specified in the agreement concluded between the International Bureau and the International Preliminary Examining Authority competent for the international preliminary examination, the latter may require that the applicant submit a translation of that application.

(b) The translation shall be submitted not later than the later of the following two dates:

- (i) the date on which the time limit under Rule 46.1 expires,
- (ii) the date on which the demand is submitted.

(c) The translation shall contain a statement that, to the best of the applicant's knowledge, it is complete and faithful. This statement shall be signed by the applicant.

(d) If the provisions of paragraphs (b) and (c) are not complied with, the International Preliminary Examining Authority shall invite the applicant to comply with them within 1 month from the date of the invitation. If the applicant fails to do so, the demand shall be considered as if it had not been submitted and the International Preliminary Examining Authority shall notify the applicant and the International Bureau accordingly.

Règle 55

Langues (examen préliminaire international)

55.1 Demande d'examen préliminaire international

La demande d'examen préliminaire international doit être présentée dans la langue de la demande internationale ou, lorsqu'une traduction est exigée dans une autre langue selon la règle 55.2, dans cette langue.

55.2 Demande internationale

a) Si l'administration compétente chargée de l'examen préliminaire international ne fait pas partie de l'office national ou de l'organisation intergouvernementale auquel appartient l'administration compétente chargée de la recherche internationale, et si la demande internationale est déposée dans une langue autre que la langue ou l'une des langues mentionnées dans l'accord conclu entre le Bureau international et l'administration chargée de l'examen préliminaire international qui est compétente pour procéder à l'examen préliminaire international, cette dernière peut exiger que le déposant lui soumette une traduction de la demande internationale.

b) La traduction doit être fournie au plus tard à la plus tardive des deux dates suivantes:

- i) date d'expiration du délai selon règle 46.1;
- ii) date de présentation de la demande d'examen préliminaire international.

c) La traduction doit contenir une déclaration du déposant certifiant qu'à sa connaissance, elle est complète et fidèle. Cette déclaration doit être signée par le déposant.

d) S'il n'est pas donné suite aux dispositions des alinéas b) et c), l'administration chargée de l'examen préliminaire international invite le déposant à y donner suite dans un délai d'un mois à compter de la date de l'invitation. Si le déposant n'y donne pas suite, la demande d'examen préliminaire international est considérée comme n'ayant pas été présentée; l'administration chargée de l'examen préliminaire international notifie ce fait au déposant et au Bureau international.

Regel 55

Sprachen (internationale vorläufige Prüfung)

55.1 Antrag

Der Antrag ist in der Sprache der internationalen Anmeldung oder, wenn eine Übersetzung nach Regel 55.2 erforderlich ist, in der Sprache dieser Übersetzung zu stellen.

55.2 Internationale Anmeldung

a) Sind die zuständige mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde und die zuständige Internationale Recherchenbehörde nicht Abteilungen des gleichen nationalen Amtes oder der gleichen zwischenstaatlichen Organisation und ist die internationale Anmeldung nicht in der Sprache oder in einer der Sprachen eingereicht worden, die in der zwischen dem Internationalen Büro und der zuständigen mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde geschlossenen Vereinbarung bestimmt worden ist oder sind, so kann die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde verlangen, daß der Anmelder eine Übersetzung dieser Anmeldung einreicht.

b) Die Übersetzung darf nicht später als zu dem späteren der folgenden zwei Zeitpunkte eingereicht werden:

- i) dem Zeitpunkt, an dem die Frist nach Regel 46.1 abläuft,
- ii) dem Zeitpunkt, an welchem der Antrag gestellt worden ist.

c) Der Übersetzung ist eine Erklärung beizufügen, daß sie nach bestem Wissen des Anmelders vollständig und gewissenhaft ausgeführt wurde. Diese Erklärung ist durch den Anmelder zu unterzeichnen.

d) Werden die Anforderungen der Absätze b und c nicht erfüllt, so fordert die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde den Anmelder auf, den Anforderungen innerhalb eines Monats vom Tage der Aufforderung an zu entsprechen. Kommt der Anmelder dieser Aufforderung nicht nach, so gilt der Antrag als nicht gestellt; die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde unterrichtet den Anmelder und das Internationale Büro hiervon.

Rule 56

Later Elections

56.1 Elections Submitted Later Than the Demand

The election of States not named in the demand shall be effected by a notice signed and submitted by the applicant, and shall identify the international application and the demand.

56.2 Identification of the International Application

The international application shall be identified as provided in Rule 53.6.

56.3 Identification of the Demand

The demand shall be identified by the date on which it was submitted and by the name of the International Preliminary Examining Authority to which it was submitted.

56.4 Form of Later Elections

The later election shall preferably be made on a printed form furnished free of charge to applicants. If it is not made on such a form, it shall preferably be worded as follows: "In relation to the international application filed with ... on ... under No. ... by ... (applicant) (and the demand for international preliminary examination submitted on ... to ...), the undersigned elects the following additional State(s) under Article 31 of the Patent Cooperation Treaty: ..."

56.5 Language of Later Elections

The later election shall be in the language of the demand.

Rule 57

The Handling Fee

57.1 Requirement to Pay

Each demand for international preliminary examination shall be subject to the payment of a fee for the benefit of the International Bureau ("handling fee").

57.2 Amount

(a) The amount of the handling fee shall be US \$14.00 or 60 Swiss francs augmented by as many times the same amount as the number of lan-

Règle 56

Elections ultérieures

56.1 Elections présentées après la demande d'examen préliminaire international

L'élection d'États non mentionnés dans la demande d'examen préliminaire international doit être effectuée par le déposant au moyen d'une notice signée identifiant la demande internationale et la demande d'examen préliminaire international.

56.2 Identification de la demande internationale

La demande internationale doit être identifiée de la manière prévue à la règle 53.6.

56.3 Identification de la demande d'examen préliminaire international

La demande d'examen préliminaire international doit être identifiée par la date à laquelle elle a été présentée et par le nom de l'administration chargée de l'examen préliminaire international à laquelle elle a été présentée.

56.4 Forme des élections ultérieures

L'élection ultérieure doit, de préférence, figurer sur un formulaire imprimé remis gratuitement aux déposants. Si elle ne figure pas sur un tel formulaire, elle doit de préférence être rédigée comme suit: «En relation avec la demande internationale déposée auprès de ... le ... sous N° ... par ... (déposant) (et en relation avec la demande d'examen préliminaire international présentée le ... à ...), le soussigné élit l'État (les États) additionnel(s) suivant(s) au sens de l'article 31 du Traité de coopération en matière de brevets: ...».

56.5 Langue de l'élection ultérieure

L'élection ultérieure doit se faire dans la langue de la demande d'examen préliminaire international.

Règle 57

Taxe de traitement

57.1 Obligation de payer

Toute demande d'examen préliminaire international est soumise au paiement d'une taxe au profit du Bureau international («taxe de traitement»).

57.2 Montant

a) Le montant de la taxe de traitement est de 14 dollars des États-Unis ou 60 francs suisses, augmentés d'autant de fois ce montant qu'il y a de

Regel 56

Nachträgliche Auswahlerklärung

56.1 Nach Stellung des Antrags mitgeteilte Benennung

Die Benennung von Staaten als ausgewählte Staaten, die nicht bereits im Antrag benannt sind, hat durch eine vom Anmelder unterzeichnete und eingereichte Erklärung zu erfolgen, in der die internationale Anmeldung und der Antrag anzugeben sind.

56.2 Angabe der internationalen Anmeldung

Die internationale Anmeldung ist entsprechend Regel 53.6 zu bezeichnen.

56.3 Angabe des Antrags

Der Antrag ist durch das Datum zu bezeichnen, an dem er eingereicht wurde, sowie durch den Namen der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde, bei der er eingereicht wurde.

56.4 Form der nachträglichen Auswahlerklärung

Die nachträgliche Auswahlerklärung soll vorzugsweise auf einem vorgedruckten Formblatt erfolgen, das den Anmeldern unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. Ist sie nicht auf einem solchen Formblatt erfolgt, so soll sie vorzugsweise folgendermaßen gefaßt sein: „Unter Bezugnahme auf die internationale Anmeldung, eingereicht bei (Amt) am (Datum) unter Aktenzeichen ... durch (Anmelder) [und auf den Antrag auf internationale vorläufige Prüfung, eingereicht am (Datum) bei (Amt)] wählt der Unterzeichnete folgenden zusätzlichen Staat (Staaten) nach Artikel 31 des Vertrags über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens aus: ...“.

56.5 Sprache der nachträglichen Auswahlerklärung

Die nachträgliche Auswahlerklärung hat in der Sprache des Antrags zu erfolgen.

Regel 57

Bearbeitungsgebühr

57.1 Gebührenpflicht

Für jeden Antrag auf internationale vorläufige Prüfung ist eine Gebühr zugunsten des Internationalen Büros („Bearbeitungsgebühr“) zu zahlen.

57.2 Betrag

a) Die Bearbeitungsgebühr beträgt 14 US-Dollar oder 60 Schweizer Franken; sie erhöht sich um jeweils den gleichen Betrag für jede Sprache, in

guages into which the international preliminary examination report must, in application of Article 36 (2), be translated by the International Bureau.

(b) Where, because of a later election or elections, the international preliminary examination report must, in application of Article 36 (2), be translated by the International Bureau into one or more additional languages, a supplement to the handling fee shall be payable and shall amount to US \$14.00 or 60 Swiss francs for each additional language.

57.3 Mode and Time of Payment

(a) Subject to paragraph (b), the handling fee shall be collected by the International Preliminary Examining Authority to which the demand is submitted and shall be due at the time the demand is submitted.

(b) Any supplement to the handling fee under Rule 57.2 (b) shall be collected by the International Bureau and shall be due at the time the later election is submitted.

(c) The handling fee shall be payable in the currency prescribed by the International Preliminary Examining Authority to which the demand is submitted, it being understood that, when transferred by that Authority to the International Bureau, it shall be freely convertible into Swiss currency.

(d) Any supplement to the handling fee shall be payable in Swiss currency.

57.4 Failure to Pay (Handling Fee)

(a) Where the handling fee is not paid as required by Rules 57.2 (a) and 57.3 (a) and (c), the International Preliminary Examining Authority shall invite the applicant to pay the fee within 1 month from the date of the invitation.

(b) If the applicant complies with the invitation within the prescribed time limit, the demand shall be considered as if it had been received on the date on which the International Preliminary Examining Authority receives the fee, unless, under Rule 60.1 (b), a later date is applicable.

(c) If the applicant does not comply with the invitation within the prescribed time limit, the demand shall be considered as if it had not been submitted.

langues dans lesquelles le rapport d'examen préliminaire international doit, en application de l'article 36. 2), être traduit par le Bureau international.

b) Lorsque, en raison d'une élection ultérieure ou d'élections ultérieures, le rapport d'examen préliminaire international doit, en application de l'article 36. 2), être traduit par le Bureau international en une ou plusieurs langues additionnelles, un supplément à la taxe de traitement, d'un montant de 14 dollars des États-Unis ou 60 francs suisses par langue additionnelle, doit être payé.

57.3 Mode et date de paiement

a) Sous réserve de l'alinéa b), la taxe de traitement est perçue par l'administration chargée de l'examen préliminaire international à laquelle la demande d'examen préliminaire international est présentée et est due à la date de présentation de cette demande.

b) Tout supplément à la taxe de traitement selon la règle 57.2 b) est perçu par le Bureau international et est dû à la date de présentation de l'élection ultérieure.

c) La taxe de traitement doit être payée dans la monnaie prescrite par l'administration chargée de l'examen préliminaire international à laquelle la demande d'examen préliminaire international est présentée, étant entendu que, lors de son transfert par cette administration au Bureau international, elle doit être librement convertible en monnaie suisse.

d) Tout supplément à la taxe de traitement doit être payé en monnaie suisse.

57.4 Défaut de paiement (taxe de traitement)

a) Lorsque la taxe de traitement n'est pas payée conformément aux règles 57.2 a) et 57.3 a) et c), l'administration chargée de l'examen préliminaire international invite le déposant à payer la taxe dans un délai d'un mois à compter de la date de cette invitation.

b) Si le déposant donne suite à cette invitation dans le délai prescrit, la demande d'examen préliminaire international est considérée avoir été reçue à la date de réception de la taxe par l'administration chargée de l'examen préliminaire international, sauf si une date ultérieure est applicable selon la règle 60.1 b).

c) Si le déposant ne donne pas suite à l'invitation dans le délai prescrit, la demande d'examen préliminaire international est considérée comme n'ayant pas été présentée.

die der internationale vorläufige Prüfungsbericht vom Internationalen Büro gemäß Artikel 36 Absatz 2 übersetzt werden muß.

b) Muß der internationale vorläufige Prüfungsbericht wegen nachträglicher Auswählerklärungen vom Internationalen Büro gemäß Artikel 36 Absatz 2 in eine oder mehrere zusätzliche Sprachen übersetzt werden, ist eine zusätzliche Bearbeitungsgebühr in Höhe von 14 US-Dollar oder 60 Schweizer Franken für jede Sprache zu zahlen.

57.3 Art und Zeitdauer der Zahlung

a) Die Bearbeitungsgebühr wird vorbehaltlich des Absatzes b durch die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde eingezogen, bei der der Antrag gestellt wurde, und ist zu dem Zeitpunkt der Einreichung der Antragstellung fällig.

b) Die zusätzliche Bearbeitungsgebühr nach Regel 57.2 Absatz b wird vom Internationalen Büro eingezogen und ist zu dem Zeitpunkt der nachträglichen Auswählerklärung fällig.

c) Die Bearbeitungsgebühr ist in der Währung zu zahlen, die von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde, bei der der Antrag gestellt wurde, vorgeschrieben wird, wobei vorausgesetzt wird, daß der Betrag bei Überweisung durch diese Behörde an das Internationale Büro frei in Schweizer Währung umwechselbar ist.

d) Jede zusätzliche Bearbeitungsgebühr ist in Schweizer Währung zu zahlen.

57.4 Zahlungsver säumnis (Bearbeitungsgebühr)

a) Wird die Bearbeitungsgebühr nicht entsprechend den Regeln 57.2 Absatz a und 57.3 Absätze a und c bezahlt, so hat die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde den Anmelder zur Zahlung innerhalb eines Monats aufzufordern, wobei die Frist vom Datum der Aufforderung an berechnet wird.

b) Kommt der Anmelder der Aufforderung innerhalb der vorgeschriebenen Frist nach, so gilt der Antrag als an dem Datum eingegangen, an dem die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde die Gebühr erhalten hat, es sei denn, daß nach Regel 60.1 Absatz b ein späterer Zeitpunkt zugrunde zu legen ist.

c) Kommt der Anmelder der Aufforderung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist nach, so gilt der Antrag als nicht gestellt.

57.5 Failure to Pay (Supplement to the Handling Fee)

(a) Where the supplement to the handling fee is not paid as required by Rules 57.2 (b) and 57.3 (b) and (d), the International Bureau shall invite the applicant to pay the supplement within 1 month from the invitation.

(b) If the applicant complies with the invitation within the prescribed time limit, the later election shall be considered as if it had been received on the date on which the International Bureau receives the supplement, unless, under Rule 60.2 (b), a later date is applicable.

(c) If the applicant does not comply with the invitation within the prescribed time limit, the later election shall be considered as if it had not been submitted.

57.6 Refund

In no case shall the handling fee, including any supplement thereto, be refunded.

Rule 58

The Preliminary Examination Fee

58.1 Right to Ask for a Fee

(a) Each International Preliminary Examining Authority may require that the applicant pay a fee ("preliminary examination fee") for its own benefit for carrying out the international preliminary examination and for performing all other tasks entrusted to International Preliminary Examining Authorities under the Treaty and these Regulations.

(b) The amount and the due date of the preliminary examination fee, if any, shall be fixed by the International Preliminary Examining Authority, provided that the said due date shall not be earlier than the due date of the handling fee.

(c) The preliminary examination fee shall be payable directly to the International Preliminary Examining Authority. Where that Authority is a national Office, it shall be payable in the currency prescribed by that Office, and where the Authority is an intergovernmental organization, it shall be payable in the currency of the State in which the intergovernmental organization is located or in any other currency which is freely convertible into the currency of the said State.

57.5 Défaut de paiement (supplément à la taxe de traitement)

a) Lorsque le supplément à la taxe de traitement n'est pas payé conformément aux règles 57.2 b) et 57.3 b) et d), le Bureau international invite le déposant à payer le supplément dans un délai d'un mois à compter de la date de cette invitation.

b) Si le déposant donne suite à cette invitation dans le délai prescrit, l'élection ultérieure est considérée avoir été reçue à la date de réception du supplément par le Bureau international, sauf si une date ultérieure est applicable selon la règle 60.2 b).

c) Si le déposant ne donne pas suite à l'invitation dans le délai prescrit, l'élection ultérieure est considérée comme n'ayant pas été faite.

57.6 Remboursement

La taxe de traitement et tout supplément à cette taxe ne sont remboursés en aucun cas.

Règle 58

Taxe d'examen préliminaire

58.1 Droit de demander une taxe

a) Chaque administration chargée de l'examen préliminaire international peut exiger du déposant le paiement, à son profit, d'une taxe («taxe d'examen préliminaire») pour l'exécution de l'examen préliminaire international et pour l'accomplissement de toutes les autres tâches confiées aux administrations chargées de l'examen préliminaire international par le traité et par le présent règlement d'exécution.

b) Le montant de la taxe d'examen préliminaire et la date à laquelle elle est due sont fixés, s'il y a lieu, par l'administration chargée de l'examen préliminaire international; cette date ne sera pas antérieure à celle à laquelle la taxe de traitement est due.

c) La taxe d'examen préliminaire doit être payée directement à l'administration chargée de l'examen préliminaire international. Lorsque cette administration est un office national, la taxe doit être payée dans la monnaie prescrite par cet office; lorsque cette administration est une organisation intergouvernementale, elle doit être payée dans la monnaie de l'État où ladite organisation a son siège ou dans toute autre monnaie librement convertible en la monnaie de cet État.

57.5 Zahlungsversäumnis (zusätzliche Bearbeitungsgebühr)

a) Wird die zusätzliche Bearbeitungsgebühr gemäß den Regeln 57.2 Absatz b und 57.3 Absätze b und d nicht entsprechend dieser Regel bezahlt, so hat das Internationale Büro den Anmelder zur Zahlung innerhalb eines Monats aufzufordern, wobei die Frist vom Datum der Aufforderung an berechnet wird.

b) Kommt der Anmelder der Aufforderung innerhalb der vorgeschriebenen Frist nach, so gilt die nachträgliche Auswahrklärung als an dem Datum eingegangen, an dem das Internationale Büro die zusätzliche Bearbeitungsgebühr erhalten hat, es sei denn, daß nach Regel 60.2 Absatz b ein späterer Zeitpunkt zugrunde zu legen ist.

c) Kommt der Anmelder der Aufforderung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist nach, so gilt die nachträgliche Auswahrklärung als nicht abgegeben.

57.6 Rückzahlung

In keinem Fall wird die Bearbeitungsgebühr oder eine zusätzliche Bearbeitungsgebühr zurückgezahlt.

Regel 58

Gebühr für die vorläufige Prüfung

58.1 Recht, eine Gebühr zu verlangen

a) Jede mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde kann verlangen, daß der Anmelder zu ihren Gunsten eine Gebühr für die Durchführung der internationalen vorläufigen Prüfung und für die Durchführung aller anderen der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörden durch den Vertrag und diese Ausführungsordnung übertragenen Aufgaben zahlt („Gebühr für die vorläufige Prüfung“).

b) Betrag und Fälligkeit der Gebühr für die vorläufige Prüfung, sofern eine solche Gebühr erhoben wird, werden von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde festgesetzt, jedoch darf das Fälligkeitsdatum nicht früher liegen als das Fälligkeitsdatum für die Bearbeitungsgebühr.

c) Die Gebühr für die vorläufige Prüfung ist unmittelbar an die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde zu entrichten. Ist diese Behörde ein nationales Amt, so ist die Gebühr in der von dem Amt vorgeschriebenen Währung zu zahlen; ist die Behörde eine zwischenstaatliche Organisation, so ist sie in der Währung des Sitzstaats zu zahlen oder in einer anderen Währung, die in die Währung des Sitzstaats frei umwechselbar ist.

Rule 59

The Competent International Preliminary Examining Authority

59.1 Demands under Article 31 (2) (a)

For demands made under Article 31 (2) (a), each Contracting State bound by the provisions of Chapter II shall, in accordance with the terms of the applicable agreement referred to in Article 32 (2) and (3), inform the International Bureau which International Preliminary Examining Authority is or which International Preliminary Examining Authorities are competent for the international preliminary examination of international applications filed with its national Office, or, in the case provided for in Rule 19.1 (b), with the national Office of another State or an intergovernmental organization acting for the former Office, and the International Bureau shall promptly publish such information. Where several International Preliminary Examining Authorities are competent, the provisions of Rule 35.2 shall apply mutatis mutandis.

59.2 Demands under Article 31 (2) (b)

As to demands made under Article 31 (2) (b), the Assembly, in specifying the International Preliminary Examining Authority competent for international applications filed with a national Office which is an International Preliminary Examining Authority, shall give preference to that Authority; if the national Office is not an International Preliminary Examining Authority, the Assembly shall give preference to the International Preliminary Examining Authority recommended by that Office.

Rule 60

Certain Defects in the Demand or Elections

60.1 Defects in the Demand

(a) If the demand does not comply with the requirements specified in Rules 53 and 55, the International Preliminary Examining Authority shall invite the applicant to correct the defects within 1 month from the date of the invitation.

(b) If the applicant complies with the invitation within the prescribed

Règle 59

Administration compétente chargée de l'examen préliminaire international

59.1 Demandes d'examen préliminaire international visées à l'article 31.2) a)

En ce qui concerne les demandes d'examen préliminaire international visées à l'article 31.2) a), chaque État contractant lié par les dispositions du chapitre II fait connaître au Bureau international, conformément aux dispositions de l'accord applicable mentionné à l'article 32.2) et 3), la ou les administrations chargées de l'examen préliminaire international compétentes pour procéder à l'examen préliminaire international des demandes internationales déposées auprès de son office national ou, dans le cas visé à la règle 19.1 b), auprès de l'office national d'un autre État ou de l'organisation intergouvernementale agissant pour son propre office national; le Bureau international publie cette information à bref délai. Si plusieurs administrations chargées de l'examen préliminaire international sont compétentes, la règle 35.2 s'applique mutatis mutandis.

59.2 Demandes d'examen préliminaire international visées à l'article 31.2) b)

En ce qui concerne les demandes d'examen préliminaire international visées à l'article 31.2) b), l'Assemblée, en spécifiant l'administration chargée de l'examen préliminaire international compétente pour les demandes internationales déposées auprès d'un office national qui est lui-même une administration chargée de l'examen préliminaire international, doit donner la préférence à cette administration; si l'office national n'est pas une administration chargée de l'examen préliminaire international, l'Assemblée donne la préférence à l'administration recommandée par cet office.

Règle 60

Irrégularités dans la demande d'examen préliminaire international ou dans les élections

60.1 Irrégularités dans la demande d'examen préliminaire international

a) Si la demande d'examen préliminaire international ne remplit pas les conditions spécifiées aux règles 53 et 55, l'administration chargée de l'examen préliminaire international invite le déposant à corriger les irrégularités dans un délai d'un mois à compter de la date de cette invitation.

b) Si le déposant donne suite à l'invitation dans le délai prescrit, la de-

Regel 59

Zuständige mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde

59.1 Anträge nach Artikel 31 Absatz 2 Buchstabe a

Für Anträge nach Artikel 31 Absatz 2 Buchstabe a teilt jeder Vertragsstaat, für den Kapitel II verbindlich ist, in Übereinstimmung mit der anwendbaren Vereinbarung nach Artikel 32 Absätze 2 und 3 dem Internationalen Büro mit, welche mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde zuständig ist oder welche der genannten Behörden zuständig sind, die internationale vorläufige Prüfung der internationalen Anmeldungen vorzunehmen, die bei seinem nationalen Amt oder, im Fall der Regel 19.1 Absatz b, bei dem nationalen Amt eines anderen Staates oder einer für das erstgenannte Amt handelnden zwischenstaatlichen Organisation eingereicht werden; das Internationale Büro macht diese Mitteilung unverzüglich bekannt. Sind mehrere mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörden zuständig, so ist Regel 35.2 entsprechend anzuwenden.

59.2 Anträge nach Artikel 31 Absatz 2 Buchstabe b

Bestimmt die Versammlung für internationale Anmeldungen die bei einem nationalen Amt, das gleichzeitig eine mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde ist, eingereicht worden sind, die für Anträge nach Artikel 31 Absatz 2 Buchstabe b zuständige mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde, so hat sie diesem Amt den Vorzug zu geben; ist das nationale Amt nicht eine mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde, so hat sie der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde den Vorzug zu geben, die dieses Amt empfiehlt.

Regel 60

Bestimmte Mängel des Antrags oder der Auswählerklärung

60.1 Mängel des Antrags

a) Entspricht der Antrag nicht den Regeln 53 und 55, so fordert die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde den Anmelder auf, diese Mängel innerhalb eines Monats vom Datum der Aufforderung an zu beheben.

b) Kommt der Anmelder der Aufforderung innerhalb der vorge-

time limit, the demand shall be considered as if it had been received on the date on which the International Preliminary Examining Authority receives the correction, or, when the handling fee is received under Rule 57.4 (b) at a later date, on that date.

(c) If the applicant does not comply with the invitation within the prescribed time limit, the demand shall be considered as if it had not been submitted.

(d) If the defect is noticed by the International Bureau, it shall bring the defect to the attention of the International Preliminary Examining Authority, which shall then proceed as provided in paragraphs (a) to (c).

60.2 Defects in Later Elections

(a) If the later election does not comply with the requirements of Rule 56, the International Bureau shall invite the applicant to correct the defects within 1 month from the date of the invitation.

(b) If the applicant complies with the invitation within the prescribed time limit, the later election shall be considered as if it had been received on the date on which the International Bureau receives the correction, or, where the supplement to the handling fee is received under Rule 57.5 (b) at a later date, on that date.

(c) If the applicant does not comply with the invitation within the prescribed time limit, the later election shall be considered as if it had not been submitted.

60.3 Attempted Elections

If the applicant has attempted to elect a State which is not a designated State or which is not bound by Chapter II, the attempted election shall be considered not to have been made, and the International Bureau shall notify the applicant accordingly.

mande d'examen préliminaire international est considérée comme ayant été reçue à la date de réception de la correction par l'administration chargée de l'examen préliminaire international ou, lorsque la taxe de traitement est reçue conformément à la règle 57.4 b) à une date ultérieure, à cette date.

c) Si le déposant ne donne pas suite à l'invitation dans le délai prescrit, la demande d'examen préliminaire international est considérée comme n'ayant pas été présentée.

d) Si l'irrégularité est constatée par le Bureau international, ce dernier attire l'attention de l'administration chargée de l'examen préliminaire international sur cette irrégularité; cette administration procède alors de la manière prévue aux alinéas a) à c).

60.2 Irrégularités dans des élections ultérieures

a) Si l'élection ultérieure ne remplit pas les conditions spécifiées à la règle 56, le Bureau international invite le déposant à corriger les irrégularités dans un délai d'un mois à compter de la date de cette invitation.

b) Si le déposant donne suite à l'invitation dans le délai prescrit, l'élection ultérieure est considérée comme ayant été reçue à la date de réception par le Bureau international de la correction ou, lorsque le supplément à la taxe de traitement est reçu conformément à la règle 57.5 b) à une date ultérieure, à cette date.

c) Si le déposant ne donne pas suite à l'invitation dans le délai prescrit, l'élection ultérieure est considérée comme n'ayant pas été présentée.

60.3 Tentatives d'élections

Si le déposant a élu un État qui n'est pas un État désigné ou un État qui n'est pas lié par le chapitre II, l'élection est considérée comme n'ayant pas été faite, et le Bureau international le notifie au déposant.

schriebenen Frist nach, so gilt der Antrag als zu dem Zeitpunkt eingegangen, an welchem die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde die Berichtigung erhalten hat, oder, wenn die Bearbeitungsgebühr gemäß Regel 57.4 Absatz b) zu einem späteren Zeitpunkt eingezahlt wird, als zu diesem Zeitpunkt eingegangen.

c) Kommt der Anmelder der Aufforderung innerhalb der gesetzten Frist nicht nach, so wird der Antrag als nicht eingereicht betrachtet.

d) Wird der Mangel durch das Internationale Büro festgestellt, so macht dieses die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde darauf aufmerksam, die sodann nach den Absätzen a bis c vefährt.

60.2 Mängel bei nachträglicher Auswahlerklärung

a) Entspricht die nachträgliche Auswahlerklärung nicht der Regel 56, so fordert das Internationale Büro den Anmelder auf, diese Mängel innerhalb eines Monats vom Datum der Aufforderung an zu beheben.

b) Kommt der Anmelder der Aufforderung innerhalb der vorgeschriebenen Frist nach, so gilt die nachträgliche Auswahlerklärung als zu dem Zeitpunkt eingegangen, an dem das Internationale Büro die Berichtigung erhalten hat oder, wenn die zusätzliche Bearbeitungsgebühr gemäß Regel 57.5 Absatz b) zu einem späteren Zeitpunkt eingegangen ist, als zu diesem Zeitpunkt eingegangen.

c) Kommt der Anmelder der Aufforderung innerhalb der gesetzten Frist nicht nach, so wird die nachträgliche Auswahlerklärung als nicht eingereicht betrachtet.

60.3 Ungeeignete Auswahlerklärung

Falls der Anmelder versucht hat, einen Staat als ausgewählten Staat zu benennen, der kein Bestimmungsstaat ist oder für den Kapitel II nicht verbindlich geworden ist, so gilt die versuchte Auswahlerklärung als nicht abgegeben; das Internationale Büro benachrichtigt den Anmelder entsprechend.

Rule 61

Notification of the Demand and Elections

61.1 Notifications to the International Bureau, the Applicant, and the International Preliminary Examining Authority

(a) The International Preliminary Examining Authority shall indicate on both copies of the demand the date of

Règle 61

Notification de la demande d'examen préliminaire international et des élections

61.1 Notifications au Bureau international, au déposant et à l'administration chargée de l'examen préliminaire international

a) L'administration chargée de l'examen préliminaire international indique, sur les deux exemplaires de la

Regel 61

Mitteilung über den Antrag und die Auswahlerklärung

61.1 Mitteilungen an das Internationale Büro, den Anmelder und die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde

a) Die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde vermerkt auf beiden Exemplaren des

receipt or, where applicable, the date referred to in Rule 60.1 (b). The International Preliminary Examining Authority shall promptly send the original copy to the International Bureau. It shall keep the other copy in its files.

(b) The International Preliminary Examining Authority shall promptly inform the applicant in writing of the date of receipt of the demand. Where the demand has been considered under Rules 57.4 (c) or 60.1 (c) as if it had not been submitted, the International Preliminary Examining Authority shall notify the applicant accordingly.

(c) The International Bureau shall promptly notify the International Preliminary Examining Authority and the applicant of the receipt, and the date of receipt, of any later election. That date shall be the actual date of receipt by the International Bureau or, where applicable, the date referred to in Rule 60.2 (b). Where the later election has been considered under Rules 57.5 (c) or 60.2 (c) as if it had not been submitted, the International Bureau shall notify the applicant accordingly.

61.2 Notifications to the Elected Offices

(a) The notification provided for in Article 31 (7) shall be effected by the International Bureau.

(b) The notification shall indicate the number and filing date of the international application, the name of the applicant, the name of the receiving Office, the filing date of the application whose priority is claimed (where priority is claimed), the date of receipt by the International Preliminary Examining Authority of the demand, and—in the case of later elections—the date of receipt by the International Bureau of the later election.

(c) The notification shall be sent to the elected Office promptly after the expiration of the 18th month from the priority date, or, if the international preliminary examination report is communicated earlier, then, at the same time as the communication of that report. Elections effected after such notification shall be notified promptly after they have been effected.

demande d'examen préliminaire international, la date de réception ou, si la règle 60.1 b) est applicable, la date mentionnée dans cette disposition. Elle adresse à bref délai l'exemplaire original au Bureau international. Elle conserve l'autre exemplaire dans ses dossiers.

b) L'administration chargée de l'examen préliminaire international informe par écrit, à bref délai, le déposant de la date de réception de la demande d'examen préliminaire international. Lorsque cette demande est considérée, conformément aux règles 57.4 c) ou 60.1 c), n'avoir pas été présentée, cette administration le notifie au déposant.

c) Le Bureau international notifie à bref délai à l'administration chargée de l'examen préliminaire international et au déposant la réception de toute election ultérieure et sa date. Cette date doit être la date effective de réception par le Bureau international ou, si la règle 60.2 b) est applicable, la date mentionnée dans cette disposition. Lorsque l'élection ultérieure est considérée, conformément aux règles 57.5 c) ou 60.2 c), n'avoir pas été présentée, le Bureau international le notifie au déposant.

61.2 Notifications aux offices élus

a) La notification prévue à l'article 31. 7) est effectuée par le Bureau international.

b) Cette notification doit indiquer le numéro et la date du dépôt de la demande internationale, le nom du déposant, le nom de l'office récepteur, la date du dépôt de la demande dont la priorité est revendiquée (lorsqu'il y a revendication de priorité), la date de réception de la demande d'examen préliminaire international par l'administration chargée de l'examen préliminaire international, et — en cas d'élection ultérieure — la date de réception de l'élection ultérieure par le Bureau international.

c) La notification doit être adressée à l'office élu à bref délai après l'expiration du dix-huitième mois à compter de la date de priorité ou, si le rapport d'examen préliminaire international est communiqué plus tôt, lors de la communication de ce rapport. Les élections effectuées après une telle notification sont notifiées à bref délai après leur présentation.

Antrags das tatsächliche Eingangsdatum oder, wo dies in Betracht kommt, den in Regel 60.1 Absatz b erwähnten Zeitpunkt. Die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde sendet dem Internationalen Büro unverzüglich das Original zu. Sie behält das andere Exemplar in ihren Akten.

b) Die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde unterrichtet den Anmelder unverzüglich und schriftlich über das Eingangsdatum des Antrags. Gilt der Antrag nach den Regeln 57.4 Absatz c oder 60.1 Absatz c als nicht eingereicht, so unterrichtet die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde den Anmelder entsprechend.

c) Das Internationale Büro unterrichtet die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde und den Anmelder unverzüglich über den Eingang und das Eingangsdatum einer nachträglichen Auswählerklärung. Das Datum muß das tatsächliche Eingangsdatum beim Internationalen Büro oder, wo dies in Betracht kommt, der in Regel 60.2 Absatz b erwähnte Zeitpunkt sein. Gilt die nachträgliche Auswählerklärung nach den Regeln 57.5 Absatz c oder 60.2 Absatz c als nicht eingereicht, so unterrichtet das Internationale Büro den Anmelder entsprechend.

61.2 Benachrichtigung der ausgewählten Ämter

a) Die in Artikel 31 Absatz 7 vorgesehene Benachrichtigung wird durch das Internationale Büro vorgenommen.

b) In der Benachrichtigung wird das Aktenzeichen und das Anmeldungsdatum der internationalen Anmeldung angegeben, sowie der Name des Anmelders, die Bezeichnung des Anmeldeamts, das Anmeldedatum der Anmeldung, deren Priorität beansprucht wird (wenn eine Priorität beansprucht wird), das Eingangsdatum des Antrags bei der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde und — im Falle einer nachträglichen Auswählerklärung — das Eingangsdatum der nachträglichen Auswählerklärung beim Internationalen Büro.

c) Die Mitteilung wird dem ausgewählten Amt unverzüglich nach dem Ablauf von 18 Monaten ab Prioritätsdatum übermittelt oder, falls der internationale vorläufige Prüfungsbericht früher übermittelt wird, gleichzeitig mit der Übermittlung dieses Berichts. Auswählerklärungen, die nach dieser Mitteilung abgegeben werden, sind unmittelbar nach ihrer Abgabe mitzuteilen.

61.3 Information for the Applicant

The International Bureau shall inform the applicant in writing that it has effected the notification referred to in Rule 61.2. At the same time, it shall indicate to him, in respect of each elected State, any applicable time limit under Article 39 (1) (b).

61.3 Information du déposant

Le Bureau international informe le déposant par écrit qu'il a effectué la notification visée à la règle 61.2. Il lui indique en même temps tout délai fixé par chaque État élu conformément à l'article 39. 1) b).

61.3 Unterrichtung des Anmelders

Das Internationale Büro setzt den Anmelder schriftlich davon in Kenntnis, daß es die Mitteilungen nach Regel 61.2 vorgenommen hat. Gleichzeitig weist es den Anmelder im Hinblick auf jeden ausgewählten Staat auf die maßgeblichen Fristen im Sinne des Artikels 39 Absatz 1 Buchstabe b hin.

Rule 62

Copy for the International Preliminary Examining Authority

62.1 The International Application

(a) Where the competent International Preliminary Examining Authority is part of the same national Office or intergovernmental organization as the competent International Searching Authority, the same file shall serve the purposes of international search and international preliminary examination.

(b) Where the competent International Searching Authority is not part of the same national Office or intergovernmental organization as the competent International Preliminary Examining Authority, the International Bureau shall, promptly upon receipt of the international search report or, if the demand was received after the international search report, promptly upon receipt of the demand, send a copy of the international application and the international search report to the said Preliminary Examining Authority. In cases where, instead of the international search report, a declaration under Article 17 (2) (a) has issued, references in the preceding sentence to the international search report shall be considered references to the said declaration.

62.2 Amendments

(a) Any amendment filed under Article 19 shall be promptly transmitted by the International Bureau to the International Preliminary Examining Authority. If, at the time of filing such amendments, a demand for international preliminary examination has already been submitted, the applicant shall, at the same time as he files the amendments with the International Bureau, also file a copy of such amendments with the International Preliminary Examining Authority.

(b) If the time limit for filing amendments under Article 19 (see

Règle 62

Copie pour l'administration chargée de l'examen préliminaire international

62.1 Demande internationale

a) Si l'administration compétente chargée de l'examen préliminaire international fait partie de l'office national ou de l'organisation intergouvernementale auquel appartient l'administration compétente chargée de la recherche internationale, le même dossier sert aux fins de la recherche internationale et de l'examen préliminaire international.

b) Si l'administration compétente chargée de la recherche internationale ne fait pas partie de l'office national ou de l'organisation intergouvernementale auquel appartient l'administration compétente chargée de l'examen préliminaire international, le Bureau international, à bref délai après réception du rapport de recherche internationale ou, si la demande d'examen préliminaire international a été reçue après ce rapport, à bref délai après réception de la demande d'examen préliminaire international, adresse une copie de la demande internationale et du rapport de recherche internationale à l'administration chargée de l'examen préliminaire international. Lorsqu'une déclaration selon l'article 17. 2) a) est établie au lieu du rapport de recherche internationale, les références au rapport de recherche internationale figurant dans la phrase qui précède doivent être considérées comme des références à une telle déclaration.

62.2 Modifications

a) Toute modification déposée selon l'article 19 est transmise à bref délai par le Bureau international à l'administration chargée de l'examen préliminaire international. Si, au moment du dépôt de telles modifications, une demande d'examen préliminaire international a déjà été présentée, le déposant doit, lors du dépôt des modifications auprès du Bureau international, déposer également une copie de ces modifications auprès de l'administration chargée de l'examen préliminaire international.

b) Si le délai prévu pour le dépôt des modifications selon l'article 19

Regel 62

Abschrift für die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde

62.1 Die internationale Anmeldung

a) Sind die zuständige mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde und die zuständige Internationale Recherchenbehörde Abteilungen des gleichen nationalen Amtes oder der gleichen zwischenstaatlichen Organisation, so wird die gleiche Akte für die Zwecke der internationalen Recherche und der internationalen vorläufigen Prüfung verwendet.

b) Sind die zuständige Internationale Recherchenbehörde und die zuständige mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde nicht Abteilungen des gleichen nationalen Amtes oder der gleichen zwischenstaatlichen Organisation, so übermittelt das Internationale Büro der genannten Prüfungsbehörde unverzüglich nach Erhalt des internationalen Recherchenberichts oder, falls der Antrag nach dem Recherchenbericht eingegangen ist, unverzüglich nach Eingang des Antrags eine Abschrift der internationalen Anmeldung und des internationalen Recherchenberichts. Ist an Stelle des internationalen Recherchenberichts eine Erklärung nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a abgegeben worden, so gelten die Bezugnahmen des vorstehenden Satzes auf den internationalen Recherchenbericht als Bezugnahmen auf diese Erklärung.

62.2 Änderungen

a) Jede Änderung nach Artikel 19 leitet das Internationale Büro unverzüglich an die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde weiter. Ist im Zeitpunkt der Einreichung derartiger Änderungen bereits ein Antrag auf internationale vorläufige Prüfung gestellt worden, so hat der Anmelder im Zeitpunkt der Einreichung der Änderung bei dem Internationalen Büro eine Ausfertigung der Änderungen bei der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde einzureichen.

b) Ist die Frist zur Einreichung von Änderungen nach Artikel 19 (siehe

Rule 46.1) has expired without the applicant's having filed amendments under that Article, or if the applicant has declared that he does not wish to make amendments under that Article, the International Bureau shall notify the International Preliminary Examining Authority accordingly.

(voir règle 46.1) est expiré et si le déposant n'a pas déposé de modifications en vertu de cet article, ou s'il a déclaré qu'il ne désirait pas déposer de modifications en vertu de ce même article, le Bureau international le notifie à l'administration chargée de l'examen préliminaire international.

Regel 46.1) abgelaufen, ohne daß der Anmelder Änderungen nach diesem Artikel vorgenommen hat, oder hat der Anmelder erklärt, daß er keine Änderungen nach diesem Artikel vornehmen will, so unterrichtet das Internationale Büro die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde entsprechend.

Rule 63

Minimum Requirements for International Preliminary Examining Authorities

63.1 Definition of Minimum Requirements

The minimum requirements referred to in Article 32 (3) shall be the following:

- (i) the national Office or intergovernmental organization must have at least 100 full-time employees with sufficient technical qualifications to carry out examinations;
- (ii) that Office or organization must have at its ready disposal at least the minimum documentation referred to in Rule 34, properly arranged for examination purposes;
- (iii) that Office or organization must have a staff which is capable of examining in the required technical fields and which has the language facilities to understand at least those languages in which the minimum documentation referred to in Rule 34 is written or is translated.

Règle 63

Exigences minimales pour les administrations chargées de l'examen préliminaire international

63.1 Définition des exigences minimales

Les exigences minimales mentionnées à l'article 32. 3) sont les suivantes:

- i) l'office national ou l'organisation intergouvernementale doit avoir au moins cent employés à plein temps possédant des qualifications techniques suffisantes pour procéder aux examens;
- ii) cet office ou cette organisation doit avoir en sa possession au moins la documentation minimale de la règle 34 disposée d'une manière adéquate aux fins de l'examen;
- iii) cet office ou cette organisation doit disposer d'un personnel capable de procéder à l'examen dans les domaines techniques sur lesquels l'examen doit porter et possédant les connaissances linguistiques nécessaires à la compréhension au moins des langues dans lesquelles la documentation minimale de la règle 34 est rédigée ou traduite.

Regel 63

Mindestanfordernisse für die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörden

63.1 Aufzählung der Mindestanfordernisse

Die Mindestanfordernisse nach Artikel 32 Absatz 3 sind folgende:

- i) das nationale Amt oder die zwischenstaatliche Organisation müssen mindestens 100 hauptamtliche Beschäftigte mit ausreichender technischer Qualifikation zur Durchführung der Prüfungen haben;
- ii) das Amt oder die Organisation müssen mindestens den in Regel 34 erwähnten Mindestprüfstoff in einer für Prüfzwecke geordneten Form besitzen;
- iii) das Amt oder die Organisation müssen über einen Mitarbeiterstab verfügen, der Prüfungen auf den erforderlichen technischen Gebieten durchführen kann und über ausreichende Sprachkenntnisse verfügt, um wenigstens die Sprachen zu verstehen, in denen der Mindestprüfstoff nach Regel 34 abgefaßt oder in die er übersetzt ist.

Rule 64

Prior Art for International Preliminary Examination

64.1 Prior Art

(a) For the purposes of Article 33 (2) and (3), everything made available to the public anywhere in the world by means of written disclosure (including drawings and other illustrations) shall be considered prior art provided that such making available occurred prior to the relevant date.

(b) For the purposes of paragraph (a), the relevant date will be:

- (i) subject to item (ii), the international filing date of the international application under international preliminary examination;
- (ii) where the international application under international preliminary examination validly claims

Règle 64

État de la technique aux fins de l'examen préliminaire international

64.1 État de la technique

a) Aux fins de l'article 33. 2) et 3), est considéré comme faisant partie de l'état de la technique tout ce qui a été rendu accessible au public en tous lieux du monde par une divulgation écrite (y compris des dessins et autres illustrations), pour autant que cette mise à la disposition du public ait eu lieu avant la date pertinente.

b) Aux fins de l'alinéa a) la date pertinente est:

- i) sous réserve du sous-alinéa ii), la date du dépôt international de la demande internationale faisant l'objet de l'examen préliminaire international;
- ii) lorsque la demande internationale faisant l'objet de l'examen préliminaire international revendique va-

Regel 64

Stand der Technik für die internationale vorläufige Prüfung

64.1 Stand der Technik

a) Für die Anwendung des Artikels 33 Absätze 2 und 3 wird alles, was der Öffentlichkeit irgendwo in der Welt durch schriftliche Offenbarung (unter Einschluß von Zeichnungen und anderen Darstellungen) vor dem maßgeblichen Zeitpunkt zugänglich war, zum Stand der Technik gerechnet.

b) Für die Anwendung des Absatzes a ist maßgeblicher Zeitpunkt:

- i) vorbehaltlich der Ziffer ii) das internationale Anmeldedatum der vorläufig zu prüfenden internationalen Anmeldung;
- ii) wenn die vorläufig zu prüfende internationale Anmeldung zu Recht die Priorität einer früheren

the priority of an earlier application, the filing date of such earlier application.

64.2 Non-Written Disclosures

In cases where the making available to the public occurred by means of an oral disclosure, use, exhibition or other non-written means ("non-written disclosure") before the relevant date as defined in Rule 64.1 (b) and the date of such non-written disclosure is indicated in a written disclosure which has been made available to the public after the relevant date, the non-written disclosure shall not be considered part of the prior art for the purposes of Article 33 (2) and (3). Nevertheless, the international preliminary examination report shall call attention to such non-written disclosure in the manner provided for in Rule 70.9.

64.3 Certain Published Documents

In cases where any application or any patent which would constitute prior art for the purposes of Article 33 (2) and (3) had it been published prior to the relevant date referred to in Rule 64.1 was published, as such, after the relevant date but was filed earlier than the relevant date or claimed the priority of an earlier application which had been filed prior to the relevant date, such published application or patent shall not be considered part of the prior art for the purposes of Article 33 (2) and (3). Nevertheless, the international preliminary examination report shall call attention to such application or patent in the manner provided for in Rule 70.10.

Rule 65

Inventive Step or Non-Obviousness

65.1 Approach to Prior Art

For the purposes of Article 33 (3), the international preliminary examination shall take into consideration the relation of any particular claim to the prior art as a whole. It shall take into consideration the claim's relation not only to individual documents or parts thereof taken separately but also its relation to combinations of such documents or parts of documents, where such combinations are obvious to a person skilled in the art.

lablement la priorité d'une demande antérieure, la date du dépôt de cette demande antérieure.

64.2 Divulgations non écrites

Dans les cas où la mise à la disposition du public a eu lieu par le moyen d'une divulgation orale, d'une utilisation ou d'une exposition, ou par d'autres moyens non écrits («divulgation non écrite») avant la date pertinente telle que définie à la règle 64.1 b), et où la date de cette divulgation non écrite est indiquée dans une divulgation écrite qui a été rendue accessible au public après la date pertinente, la divulgation non écrite n'est pas considérée comme faisant partie de l'état de la technique aux fins de l'article 33. 2) et 3). Toutefois, le rapport d'examen préliminaire international doit mentionner une telle divulgation non écrite de la manière prévue à la règle 70.9.

64.3 Certains documents publiés

Lorsqu'une demande ou un brevet, qui ferait partie de l'état de la technique aux fins de l'article 33. 2) et 3) s'il avait été publié avant la date pertinente mentionnée à la règle 64.1, a été publié, en tant que tel, après la date pertinente mais a été déposé avant la date pertinente ou revendiqué la priorité d'une demande antérieure déposée avant la date pertinente, cette demande publiée ou ce brevet publié n'est pas considéré comme faisant partie de l'état de la technique aux fins de l'article 33. 2) et 3). Toutefois, le rapport d'examen préliminaire international doit mentionner une telle demande ou un tel brevet de la manière prévue à la règle 70.10.

Règle 65

Activité inventive ou non-évidence

65.1 Relation avec l'état de la technique

Aux fins de l'article 33.3), l'examen préliminaire international doit prendre en considération la relation existant entre une revendication déterminée et l'état de la technique dans son ensemble. Il doit prendre en considération non seulement la relation existant entre la revendication et les documents individuels ou les parties de ces documents considérées individuellement, mais également la relation existant entre la revendication et les combinaisons de tels documents ou parties de documents, lorsque de telles combinaisons sont évidentes pour un homme du métier.

Anmeldung beansprucht, das Anmeldedatum der früheren Anmeldung.

64.2 Nicht-schriftliche Offenbarungen

In Fällen, in denen der Öffentlichkeit vor dem nach Regel 64.1 Absatz b maßgeblichen Zeitpunkt Kenntnisse durch mündliche Offenbarung, Benutzung, Ausstellung oder auf anderen nicht-schriftlichen Wegen zugänglich gemacht worden sind („nicht-schriftliche Offenbarung“) und das Datum der nicht-schriftlichen Offenbarung in einer schriftlichen Offenbarung enthalten ist, die der Öffentlichkeit nach diesem Zeitpunkt zugänglich gemacht worden ist, wird die nicht-schriftliche Offenbarung nicht zum Stand der Technik nach Artikel 33 Absätze 2 und 3 gerechnet. Ungeachtet dessen wird im internationalen vorläufigen Prüfungsbericht auf solche nicht-schriftliche Offenbarungen gemäß Regel 70.9 hingewiesen.

64.3 Bestimmte veröffentlichte Unterlagen

Wären Anmeldungen oder Patente nach Artikel 33 Absätze 2 und 3 zum Stand der Technik zu rechnen, wenn sie vor dem in Regel 64.1 genannten maßgeblichen Zeitpunkt veröffentlicht worden wären, sind sie jedoch als solche erst nach diesem Zeitpunkt veröffentlicht, aber vor diesem Zeitpunkt eingereicht worden, oder beanspruchen sie zu Recht die Priorität einer vor diesem Zeitpunkt eingereichten früheren Anmeldung, so werden diese veröffentlichten Anmeldungen oder Patente nicht in den Stand der Technik für die Zwecke des Artikels 33 Absätze 2 und 3 einbezogen. Ungeachtet dessen wird im internationalen vorläufigen Prüfungsbericht auf derartige Anmeldungen oder Patente gemäß Regel 70.10 aufmerksam gemacht.

Regel 65

Berufen auf erfinderischer Tätigkeit oder Nichtoffensichtlichkeit

65.1 Bewertung des Standes der Technik

Für Artikel 33 Absatz 3 wird in der internationalen vorläufigen Prüfung das Verhältnis eines bestimmten Anspruchs zum Stand der Technik in seiner Gesamtheit in Betracht gezogen. Dabei wird nicht nur das Verhältnis des Anspruchs nur zu den einzelnen Unterlagen oder Teilen derselben berücksichtigt, sondern auch das Verhältnis zu Kombinationen von solchen Unterlagen oder Teilen derselben, wenn solche Kombinationen für einen Fachmann offensichtlich sind.

65.2 Relevant Date

For the purposes of Article 33 (3), the relevant date for the consideration of inventive step (non-obviousness) is the date prescribed in Rule 64.1.

65.2 Date pertinente

Aux fins de l'article 33. 3), la date pertinente pour l'appréciation de l'activité inventive (non-évidence) est la date prescrite à la règle 64.1.

65.2 Maßgeblicher Zeitpunkt

Für die Anwendung von Artikel 33 Absatz 3 ist maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung des Beruhens auf erfinderischer Tätigkeit (der Nichtoffensichtlichkeit) der in Regel 64.1 vorgeschriebene Zeitpunkt.

Rule 66

Procedure Before the International Preliminary Examining Authority

66.1 Basis of the International Preliminary Examination

Before the international preliminary examination starts, the applicant may make amendments according to Article 34 (2) (b) and the international preliminary examination shall initially be directed to the claims, the description, and the drawings, as contained in the international application at the time the international preliminary examination starts.

66.2 First Written Opinion of the International Preliminary Examining Authority

(a) If the International Preliminary Examining Authority

- (i) considers that the international application has any of the defects described in Article 34 (4),
- (ii) considers that the international preliminary examination report should be negative in respect of any of the claims because the invention claimed therein does not appear to be novel, does not appear to involve an inventive step (does not appear to be non-obvious), or does not appear to be industrially applicable,
- (iii) notices that there is some defect in the form or contents of the international application under the Treaty or these Regulations,
- (iv) considers that any amendment goes beyond the disclosure in the international application as filed, or
- (v) wishes to accompany the international preliminary examination report by observations on the clarity of the claims, the description, and the drawings, or the question whether the claims are fully supported by the description,

the said Authority shall notify the applicant accordingly in writing.

Règle 66

Procédure au sein de l'administration chargée de l'examen préliminaire international

66.1 Base de l'examen préliminaire international

Le déposant peut effectuer des modifications conformément à l'article 34.2 b) avant le commencement de l'examen préliminaire international; cet examen porte initialement sur les revendications, la description et les dessins tels qu'ils sont contenus dans la demande internationale au moment où il commence.

66.2 Première opinion écrite de l'administration chargée de l'examen préliminaire international

a) Si l'administration chargée de l'examen préliminaire international:

- i) considère que la demande internationale tombe sous le coup de l'article 34. 4),
- ii) considère que le rapport d'examen préliminaire international devrait être négatif à l'égard de l'une quelconque des revendications pour le motif que l'invention qui en fait l'objet ne semble pas être nouvelle, ne semble pas impliquer une activité inventive (ne semble pas être non évidente), ou ne semble pas être susceptible d'application industrielle,
- iii) constate que la demande internationale est incorrecte quant à sa forme ou à son contenu, selon le traité ou le présent règlement d'exécution,
- iv) considère qu'une modification va au-delà de l'exposé de l'invention figurant dans la demande internationale telle qu'elle a été déposée, ou
- v) désire joindre au rapport d'examen préliminaire international des observations relatives à la clarté des revendications, de la description ou des dessins, ou à la question de savoir si les revendications se basent entièrement sur la description,

ladite administration le notifie par écrit au déposant.

Regel 66

Verfahren vor der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde

66.1 Grundlagen der internationalen vorläufigen Prüfung

Vor dem Beginn der internationalen vorläufigen Prüfung kann der Anmelder Änderungen nach Artikel 34 Absatz 2 Buchstabe b vornehmen; die internationale vorläufige Prüfung ist anfänglich auf die Ansprüche, die Beschreibung und die Zeichnungen zu richten, wie sie in der internationalen Anmeldung zur Zeit des Beginns der internationalen vorläufigen Prüfung enthalten sind.

66.2 Erster schriftlicher Bescheid der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde

a) Wenn die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde

- i) der Auffassung ist, daß die internationale Anmeldung einen der in Artikel 34 Absatz 4 beschriebenen Mängel enthält,
- ii) der Auffassung ist, daß der internationale vorläufige Prüfungsbericht zu einem Anspruch negativ sein sollte, da die darin beanspruchte Erfindung nicht neu, nicht auf erfinderischer Tätigkeit beruhend (nicht nichtoffensichtlich zu sein scheint) oder nicht gewerblich anwendbar zu sein scheint,
- iii) feststellt, daß die internationale Anmeldung nach Form oder Inhalt im Sinne des Vertrags oder dieser Ausführungsordnung mangelhaft ist,
- iv) der Auffassung ist, daß eine Änderung über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung, wie sie eingereicht wurde, hinausgeht, oder
- v) dem internationalen vorläufigen Prüfungsbericht hinsichtlich der Klarheit der Patentansprüche, der Beschreibung oder der Zeichnungen oder hinsichtlich der Frage, ob die Ansprüche in vollem Umfang durch die Beschreibung gestützt werden, Bemerkungen beizufügen wünscht,

so teilt die Behörde dies dem Anmelder schriftlich mit.

(b) The notification shall fully state the reasons for the opinion of the International Preliminary Examining Authority.

(c) The notification shall invite the applicant to submit a written reply together, where appropriate, with amendments or corrections.

(d) The notification shall fix a time limit for the reply. The time limit shall be reasonable under the circumstances. It shall normally be 2 months after the date of notification. In no case shall it be shorter than 1 month after the said date. It shall be at least 2 months after the said date where the international search report is transmitted at the same time as the notification. In no case shall it be more than 3 months after the said date.

b) Dans la notification, l'administration chargée de l'examen préliminaire international expose en détail les motifs de son opinion.

c) La notification doit inviter le déposant à présenter une réponse écrite accompagnée, le cas échéant, de modifications ou de corrections.

d) La notification doit fixer un délai de réponse. Ce délai doit être raisonnable, compte tenu des circonstances. Il doit être normalement de deux mois à compter de la date de la notification. Il ne doit en aucun cas être inférieur à un mois à compter de cette date. Il doit être d'au moins deux mois à compter de cette date lorsque le rapport de recherche internationale est transmis en même temps que la notification. Il ne doit en aucun cas être supérieur à trois mois à compter de ladite date.

b) Die Auffassung der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde ist in dem Bescheid eingehend zu begründen.

c) In dem Bescheid ist der Anmelder aufzufordern, eine schriftliche Stellungnahme, und, wo dies angebracht ist, Änderungen oder Berichtigungen einzureichen.

d) In dem Bescheid ist eine Frist für diese Stellungnahme anzugeben. Die Frist muß im Hinblick auf die Umstände angemessen sein. Sie soll normalerweise zwei Monate betragen und beginnt mit dem Zeitpunkt der Benachrichtigung. In keinem Fall darf sie kürzer als ein Monat sein. Sie beträgt wenigstens zwei Monate, wenn der internationale Recherchenbericht gleichzeitig mit der Mitteilung zugesandt wird. In keinem Fall darf sie länger als drei Monate sein.

66.3 Formal Response to the International Preliminary Examining Authority

(a) The applicant may respond to the invitation referred to in Rule 66.2 (c) of the International Preliminary Examining Authority by making amendments or corrections or—if he disagrees with the opinion of that Authority—by submitting arguments, as the case may be, or do both.

(b) Any response shall be submitted directly to the International Preliminary Examining Authority.

66.3 Réponse formelle à l'administration chargée de l'examen préliminaire international

a) Le déposant peut répondre à l'invitation, mentionnée à la règle 66.2 c), de l'administration chargée de l'examen préliminaire international par le moyen de modifications ou de corrections ou — s'il n'est pas d'accord avec l'opinion de cette administration — en présentant des arguments, selon le cas, ou par ces deux moyens.

b) Toute réponse doit être présentée directement à l'administration chargée de l'examen préliminaire international.

66.3 Förmliche Stellungnahme gegenüber der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde

a) Der Anmelder kann auf die Aufforderung der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde nach Regel 66.2 Absatz c) je nach Lage des Einzelfalls entweder durch Änderungen oder Berichtigungen oder — falls er der Auffassung der Behörde nicht zustimmt — durch eine Gegenäußerung oder sowohl in der einen als auch in der anderen Weise antworten.

b) Jede Antwort ist unmittelbar an die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde zu richten.

66.4 Additional Opportunity for Amendment or Correction

(a) If the International Preliminary Examining Authority wishes to issue one or more additional written opinions, it may do so, and Rules 66.2 and 66.3 shall apply.

(b) On the request of the applicant, the International Preliminary Examining Authority may give him one or more additional opportunities to submit amendments or corrections.

66.4 Possibilité additionnelle de modifier ou de corriger

a) L'administration chargée de l'examen préliminaire international peut émettre un ou plusieurs avis écrits additionnels; les règles 66.2 et 66.3 s'appliquent.

b) Sur requête du déposant, l'administration chargée de l'examen préliminaire international peut lui donner une ou plusieurs possibilités additionnelles de présenter des modifications ou des corrections.

66.4 Zusätzliche Möglichkeit zur Änderung oder Berichtigung

a) Die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde kann nach ihrem Ermessen einen oder mehrere zusätzliche schriftliche Bescheide abgeben; hierauf sind die Regeln 66.2 und 66.3 anzuwenden.

b) Auf Antrag des Anmelders kann die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde ihm eine oder mehrere zusätzliche Möglichkeiten zur Änderung oder Berichtigung geben.

66.5 Amendment

Any change, other than the rectification of obvious errors of transcription, in the claims, the description, or the drawings, including cancellation of claims, omission of passages in the description, or omission of certain drawings, shall be considered an amendment.

66.5 Modifications

Tout changement — autre qu'une rectification d'erreurs évidentes de transcription — apporté aux revendications, à la description ou aux dessins, y compris toute suppression de revendications, de passages de la description ou de dessins, est considéré comme une modification.

66.5 Änderungen

Neufassungen der Ansprüche, der Beschreibung und der Zeichnungen einschließlich einer Streichung von Ansprüchen oder eines Ausscheidens von Teilen der Beschreibung oder von einzelnen Zeichnungen sind, abgesehen von den Fällen der Richtigstellung von offensichtlichen Übertragungsfehlern, als Änderungen anzusehen.

66.6 Informal Communications with the Applicant

The International Preliminary Examining Authority may, at any time, communicate informally, over the telephone, in writing, or through personal interviews, with the applicant. The said Authority shall, at its discretion, decide whether it wishes to grant more than one personal interview if so requested by the applicant, or whether it wishes to reply to any informal written communication from the applicant.

66.7 Priority Document

(a) If the International Preliminary Examining Authority needs a copy of the application whose priority is claimed in the international application, the International Bureau shall, on request, promptly furnish such copy, provided that, where the request is made before the International Bureau has received the priority document under Rule 17.1 (a), the applicant shall furnish such copy to the International Bureau and directly to the International Preliminary Examining Authority.

(b) If the application whose priority is claimed is in a language other than the language or one of the languages of the International Preliminary Examining Authority, the applicant shall furnish, on invitation, a translation in the said language or one of the said languages.

(c) The copy to be furnished by the applicant under paragraph (a) and the translation referred to in paragraph (b) shall be furnished not later than by the expiration of 2 months from the date of the request or invitation. If they are not furnished within that time limit, the international preliminary examination report shall be established as if the priority had not been claimed.

66.8 Form of Corrections and Amendments

(a) The applicant shall be required to submit a replacement sheet for every sheet of the international application which, on account of a correction or amendment, differs from the sheet originally filed. The letter accompanying the replacement sheets shall draw attention to the differences between the replaced sheets and the replacement sheets. To the extent that any amendment results in the cancellation of an entire sheet, that amendment shall be communicated in a letter.

(b) The International Preliminary Examining Authority shall mark on

66.6 Communications officielles avec le déposant

L'administration chargée de l'examen préliminaire international peut, en tout temps, communiquer officiellement avec le déposant par téléphone, par écrit ou par le moyen d'entrevues. Elle décide à sa discrétion si elle désire accorder plus d'une entrevue lorsque le déposant le demande, ou si elle désire répondre à une communication écrite officielle du déposant.

66.7 Document de priorité

a) Si une copie de la demande dont la priorité est revendiquée dans la demande internationale est nécessaire à l'administration chargée de l'examen préliminaire international, le Bureau international la lui communique à bref délai, sur requête; lorsque la requête est présentée avant que le Bureau international n'ait reçu le document de priorité selon la règle 17.1 a), le déposant doit remettre ladite copie au Bureau international et, directement, à l'administration chargée de l'examen préliminaire international.

b) Si la demande dont la priorité est revendiquée est rédigée dans une langue autre que la ou les langues de l'administration chargée de l'examen préliminaire international, le déposant communique à cette administration, s'il y est invité, une traduction dans ladite langue ou dans l'une desdites langues.

c) La copie que le déposant doit remettre selon l'alinéa a) et la traduction visée à l'alinéa b) doivent être communiquées au plus tard à l'expiration d'un délai de deux mois à compter de la date de la requête ou de l'invitation. Si elles ne sont pas communiquées dans ce délai, le rapport d'examen préliminaire international est établi comme si la priorité n'avait pas été revendiquée.

66.8 Forme des corrections et des modifications

a) Le déposant doit soumettre une feuille de remplacement pour chaque feuille de la demande internationale qui, en raison d'une modification ou d'une correction, diffère de la feuille primitivement déposée. La lettre d'accompagnement des feuilles de remplacement doit attirer l'attention sur les différences existant entre les feuilles remplacées et les feuilles de remplacement. Dans la mesure où une modification entraîne la suppression d'une feuille entière, la modification doit être communiquée par lettre.

b) L'administration chargée de l'examen préliminaire international appose

66.6 Formlose Erörterungen mit dem Anmelder

Die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde kann jederzeit formlos telefonisch, schriftlich oder in einer Anhörung mit dem Anmelder in Verbindung treten. Die Behörde hat nach eigenem Ermessen zu entscheiden, ob sie mehr als eine Anhörung gewähren soll, falls dies vom Anmelder beantragt wird, oder ob sie auf formlose schriftliche Mitteilungen des Anmelders antworten will.

66.7 Prioritätsunterlagen

a) Falls die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde eine Abschrift der Anmeldung benötigt, deren Priorität für die internationale Anmeldung beansprucht wird, hat das Internationale Büro eine solche Abschrift auf Aufforderung unverzüglich zur Verfügung zu stellen; wird die Abschrift angefordert, bevor die Prioritätsunterlagen nach Regel 17.1 Absatz a beim Internationalen Büro eingegangen sind, so hat der Anmelder eine solche Abschrift dem Internationalen Büro und unmittelbar der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde einzureichen.

b) Ist die Anmeldung, deren Priorität beansprucht wird, in einer anderen Sprache als der Sprache oder einer der Sprachen der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde abgefaßt, so hat der Anmelder auf Aufforderung eine Übersetzung in diese Sprache oder eine dieser Sprachen einzureichen.

c) Die vom Anmelder nach Absatz a einzureichende Abschrift und die Übersetzung nach Absatz b dürfen nicht später als mit Ablauf von zwei Monaten seit dem Datum der Aufforderung eingereicht werden. Werden sie nicht innerhalb dieser Frist eingereicht, so wird der internationale vorläufige Prüfungsbericht so erstellt, als wenn die Priorität nicht beansprucht worden wäre.

66.8 Form der Berichtigungen und Änderungen

a) Der Anmelder ist aufzufordern, für jedes Blatt der internationalen Anmeldung, das als Folge einer Berichtigung oder Änderung von dem ursprünglich eingereichten Blatt abweicht, ein Ersatzblatt einzureichen. Das Begleitschreiben soll auf die Unterschiede zwischen den Ersatzblättern und den ausgetauschten Blättern hinweisen. Führt die Änderung zum Fortfall eines ganzen Blattes, so ist sie mit einem Schreiben mitzuteilen.

b) Die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde

each replacement sheet the international application number, the date on which it was received, and the stamp identifying the said Authority. It shall keep in its files any replaced sheet, the letter accompanying the replacement sheet or sheets, and any letter referred to in the last sentence of paragraph (a).

sur chaque feuille de remplacement son timbre, le numéro de la demande internationale et la date de réception de ladite feuille. Elle garde dans ses dossiers chaque feuille remplacée, la lettre d'accompagnement de la feuille ou des feuilles de remplacement et toute lettre visée à la dernière phrase de l'alinéa a).

vermerkt auf jedem Ersatzblatt das internationale Aktenzeichen und das Eingangsdatum und bringt das Dienst-siegel der Behörde an. Sie bewahrt in ihren Akten jedes ausgetauschte Blatt, das Begleitschreiben und jedes in Absatz a letzter Satz genannte Schreiben auf.

Rule 67

Subject Matter under Article 34 (4) (a) (i)

67.1 Definition

No International Preliminary Examining Authority shall be required to carry out an international preliminary examination on an international application if, and to the extent to which, its subject matter is any of the following:

- (i) scientific and mathematical theories,
- (ii) plant or animal varieties or essentially biological processes for the production of plants and animals, other than microbiological processes and the products of such processes,
- (iii) schemes, rules or methods of doing business, performing purely mental acts or playing games,
- (iv) methods for treatment of the human or animal body by surgery or therapy, as well as diagnostic methods,
- (v) mere presentations of information,
- (vi) computer programs to the extent that the International Preliminary Examining Authority is not equipped to carry out an international preliminary examination concerning such programs.

Règle 67

Objet selon l'article 34.4) a) i)

67.1 Définition

Aucune administration chargée de l'examen préliminaire international n'a l'obligation de procéder à l'examen préliminaire international à l'égard d'une demande internationale dont l'objet, et dans la mesure où l'objet, est l'un des suivants:

- i) théories scientifiques et mathématiques;
- ii) variétés végétales, races animales, procédés essentiellement biologiques d'obtention de végétaux ou d'animaux, autres que procédés microbiologiques et produits obtenus par ces procédés;
- iii) plans, principes ou méthodes en vue de faire des affaires, de réaliser des actions purement intellectuelles ou de jouer;
- iv) méthodes de traitement du corps humain ou animal par la chirurgie ou la thérapie, ainsi que méthodes de diagnostic;
- v) simples présentations d'informations;
- vi) programmes d'ordinateurs dans la mesure où l'administration chargée de l'examen préliminaire international n'est pas outillée pour procéder à un examen préliminaire international au sujet de tels programmes.

Regel 67

Anmeldungsgegenstand nach Artikel 34 Absatz 4 Buchstabe a Ziffer i

67.1 Begriffsbestimmung

Die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde ist nicht verpflichtet, eine internationale vorläufige Prüfung über eine internationale Anmeldung durchzuführen, wenn und soweit der Anmeldungsgegenstand folgende Gebiete betrifft:

- i) wissenschaftliche und mathematische Theorien,
- ii) Pflanzensorten oder Tierarten sowie im wesentlichen biologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen und Tieren mit Ausnahme mikrobiologischer Verfahren und der mit Hilfe dieser Verfahren gewonnenen Erzeugnisse,
- iii) Pläne, Regeln und Verfahren für eine geschäftliche Tätigkeit, für rein gedankliche Tätigkeiten oder für Spiele,
- iv) Verfahren zur chirurgischen oder therapeutischen Behandlung des menschlichen oder tierischen Körpers sowie Diagnostizierverfahren,
- v) bloße Wiedergabe von Informationen,
- vi) Programme von Datenverarbeitungsanlagen insoweit, als die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde nicht dafür ausgerüstet ist, für solche Programme eine internationale vorläufige Prüfung durchzuführen.

Rule 68

Lack of Unity of Invention (International Preliminary Examination)

68.1 No Invitation to Restrict or Pay

Where the International Preliminary Examining Authority finds that the requirement of unity of invention is not complied with and chooses not to invite the applicant to restrict the claims or to pay additional fees, it shall establish the international preliminary examination report, subject to Article 34 (4) (b), in respect of the entire international application, but shall indicate, in the said report, that, in its opinion, the requirement of unity of invention is not fulfilled and

Règle 68

Absence d'unité de l'invention (examen préliminaire international)

68.1 Pas d'invitation à limiter ou à payer

Si l'administration chargée de l'examen préliminaire international estime qu'il n'est pas satisfait à l'exigence d'unité de l'invention et décide de ne pas inviter le déposant à limiter les revendications ou à payer des taxes additionnelles, elle établit le rapport d'examen préliminaire international, sous réserve de l'article 34.4) b), pour la demande internationale entière, mais elle indique dans ce rapport que, selon son opinion, il n'est pas satisfait à l'exigence d'unité de l'invention et

Regel 68

Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung (internationale vorläufige Prüfung)

68.1 Keine Aufforderung zur Einschränkung oder Zahlung

Stellt die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde fest, daß das Erfordernis der Einheitlichkeit der Erfindung nicht erfüllt ist, und entschließt sie sich, den Anmelder nicht zur Einschränkung der Ansprüche oder zur Zahlung zusätzlicher Gebühren aufzufordern, so erstellt sie den internationalen vorläufigen Prüfungsbericht — vorbehaltlich des Artikels 34 Absatz 4 Buchstabe b — für die gesamte internationale Anmeldung, weist jedoch in die-

shall specify the reasons for which the international application is not considered as complying with the requirement of unity of invention.

68.2 Invitation to Restrict or Pay

Where the International Preliminary Examining Authority finds that the requirement of unity of invention is not complied with and chooses to invite the applicant, at his option, to restrict the claims or to pay additional fees, it shall specify at least one possibility of restriction which, in the opinion of the International Preliminary Examining Authority, would be in compliance with the applicable requirement, and shall specify the amount of the additional fees and the reasons for which the international application is not considered as complying with the requirement of unity of invention. It shall, at the same time, fix a time limit, with regard to the circumstances of the case, for complying with the invitation; such time limit shall not be shorter than 1 month, and it shall not be longer than 2 months, from the date of the invitation.

68.3 Additional Fees

(a) The amount of the additional fee due for international preliminary examination under Article 34 (3) (a) shall be determined by the competent International Preliminary Examining Authority.

(b) The additional fee due for international preliminary examination under Article 34 (3) (a) shall be payable direct to the International Preliminary Examining Authority.

(c) Any applicant may pay the additional fee under protest, that is, accompanied by a reasoned statement to the effect that the international application complies with the requirement of unity of invention or that the amount of the required additional fee is excessive. Such protest shall be examined by a three-member board or other special instance of the International Preliminary Examining Authority, or any competent higher authority, which, to the extent that it finds the protest justified, shall order the total or partial reimbursement to the applicant of the additional fee. On the request of the applicant, the text of both the protest and the decision thereon shall be notified to the elect-

elle spécifie les motifs pour lesquels elle considère que cette exigence n'est pas satisfaite.

68.2 Invitation à limiter ou à payer

Si l'administration chargée de l'examen préliminaire international estime qu'il n'est pas satisfait à l'exigence d'unité de l'invention et décide d'inviter le déposant, au choix de ce dernier, à limiter les revendications ou à payer des taxes additionnelles, elle indique au moins une possibilité de limitation qui, à son avis, satisfait à cette exigence; elle précise le montant des taxes additionnelles et spécifie les motifs pour lesquels elle considère que l'exigence d'unité de l'invention n'est pas satisfaite. Elle fixe en même temps un délai, qui tient compte des circonstances du cas d'espèce, pour donner suite à l'invitation; ce délai ne peut être inférieur à un mois ni supérieur à deux mois à compter de la date de l'invitation.

68.3 Taxes additionnelles

a) Le montant des taxes additionnelles pour l'examen préliminaire international, prévues à l'article 34. 3) a), est fixé par l'administration compétente chargée de l'examen préliminaire international.

b) Les taxes additionnelles pour l'examen préliminaire international, prévues à l'article 34. 3) a), doivent être payées directement à l'administration chargée de l'examen préliminaire international.

c) Tout déposant peut payer les taxes additionnelles sous réserve, c'est-à-dire en y joignant une déclaration motivée tendant à démontrer que la demande internationale remplit la condition d'unité de l'invention ou que le montant des taxes additionnelles demandées est excessif. Un comité de trois membres — ou toute autre instance spéciale — de l'administration chargée de l'examen préliminaire international, ou toute autorité supérieure compétente, examine la réserve et, dans la mesure où il estime que la réserve est justifiée, ordonne le remboursement, total ou partiel, des taxes additionnelles au déposant. Sur requête du déposant, le texte de sa réserve et celui de la décision sont an-

sem Bericht darauf hin, daß nach ihrer Auffassung das Erfordernis der Einheitlichkeit der Erfindung nicht erfüllt ist, und gibt in knapper Form die Gründe an, aus denen die internationale Anmeldung nach ihrer Auffassung dem Erfordernis der Einheitlichkeit der Erfindung nicht genügt.

68.2 Aufforderung zur Einschränkung oder Zahlung

Stellt die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde fest, daß das Erfordernis der Einheitlichkeit der Erfindung nicht erfüllt ist, und entschließt sie sich, den Anmelder nach seiner Wahl entweder zur Einschränkung der Ansprüche oder zur Zahlung zusätzlicher Gebühren aufzufordern, so gibt sie mindestens eine Möglichkeit zur Einschränkung an, die nach ihrer Auffassung den maßgeblichen Anforderungen entspricht; sie gibt weiter die Höhe der zusätzlichen Gebühren und die Gründe an, aus denen nach ihrer Auffassung die internationale Anmeldung dem Erfordernis der Einheitlichkeit der Erfindung nicht genügt. Gleichzeitig setzt die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde eine den Umständen des Einzelfalls angemessene Frist fest, während welcher der Aufforderung nachzukommen ist; diese Frist darf nicht kürzer sein als ein Monat und nicht länger als zwei Monate und beginnt mit dem Zeitpunkt der Aufforderung zu laufen.

68.3 Zusätzliche Gebühren

a) Die Höhe der zusätzlichen Gebühr für die internationale vorläufige Prüfung nach Artikel 34 Absatz 3 Buchstabe a wird durch die zuständige mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde bestimmt.

b) Die zusätzliche Gebühr, die nach Artikel 34 Absatz 3 für die internationale vorläufige Prüfung zu entrichten ist, ist unmittelbar an die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde zu zahlen.

c) Der Anmelder kann die zusätzliche Gebühr unter Widerspruch zahlen; dem Widerspruch ist eine Begründung des Inhalts beizufügen, daß die internationale Anmeldung das Erfordernis der Einheitlichkeit der Erfindung erfülle oder daß der Betrag der geforderten zusätzlichen Gebühr überhöht sei. Der Widerspruch wird von einem Ausschuß aus drei Mitgliedern oder von einer anderen besonderen Instanz der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde oder von einer zuständigen höheren Stelle geprüft; kommt die Instanz zu dem Ergebnis, daß der Widerspruch begründet ist, ordnet sie die völlige oder teilweise Rückzahlung der zusätzlichen Gebühr an den Anmelder

ed Offices as an annex to the international preliminary examination report.

(d) The three-member board, special instance or competent higher authority, referred to in paragraph (c), shall not comprise any person who made the decision which is the subject of the protest.

68.4 Procedure in the Case of Insufficient Restriction of the Claims

If the applicant restricts the claims but not sufficiently to comply with the requirement of unity of invention, the International Preliminary Examining Authority shall proceed as provided in Article 34 (3) (c).

68.5 Main Invention

In case of doubt which invention is the main invention for the purposes of Article 34 (3) (c), the invention first mentioned in the claims shall be considered the main invention.

Rule 69

Time limit for International Preliminary Examination

69.1 Time Limit for International Preliminary Examination

(a) All agreements concluded with International Preliminary Examining Authorities shall provide for the same time limit for the establishment of the international preliminary examination report. This time limit shall not exceed:

- (i) 6 months after the start of the international preliminary examination,
- (ii) in cases where the International Preliminary Examining Authority issues an invitation to restrict the claims or pay additional fees [Article 34 (3)], 8 months after the start of the international preliminary examination.

(b) International preliminary examination shall start upon receipt, by the International Preliminary Examining Authority:

- (i) under Rule 62.2 (a), of the claims as amended under Article 19, or
- (ii) under Rule 62.2 (b), of a notice from the International Bureau

nexés au rapport d'examen préliminaire international et notifiés aux offices élus.

d) Le Comité de trois membres, l'instance spéciale ou l'autorité supérieure mentionnée à l'alinéa c) ne doit pas comprendre le fonctionnaire qui a pris la décision faisant l'objet de la réserve.

68.4 Procédure en cas de limitation insuffisante des revendications

Si le déposant limite les revendications d'une manière qui ne suffit pas pour satisfaire à l'exigence d'unité de l'invention, l'administration chargée de l'examen préliminaire international procède conformément à l'article 34. 3) c).

68.5 Invention principale

En cas de doute sur la question de savoir quelle est l'invention principale aux fins de l'article 34. 3) c), l'invention mentionnée en premier lieu dans les revendications est considérée comme l'invention principale.

Règle 69

Délai pour l'examen préliminaire international

69.1 Délai pour l'examen préliminaire international

a) Tous les accords conclus avec des administrations chargées de l'examen préliminaire international doivent prévoir le même délai pour l'établissement du rapport d'examen préliminaire international. Ce délai ne doit pas excéder:

- i) six mois à partir du début de l'examen préliminaire international;
- ii) huit mois à partir du début de l'examen préliminaire international lorsque l'administration chargée de l'examen préliminaire international a adressé une invitation à limiter les revendications ou à payer des taxes additionnelles [article 34. 3)].

b) L'examen préliminaire international débute dès réception par l'administration chargée de l'examen préliminaire international:

- i) des revendications telles que modifiées selon l'article 19, transmisses en application de la règle 62.2 a); ou
- ii) d'une notification du Bureau international en application de la règle

an. Auf Antrag des Anmelders wird der Wortlaut des Widerspruchs und der Entscheidung hierüber den ausgewählten Ämtern als Anhang zum internationalen vorläufigen Prüfungsbericht mitgeteilt.

d) Personen, die an der Entscheidung, die Gegenstand des Widerspruchs ist, mitgewirkt haben, dürfen nicht Mitglied des in Absatz c) genannten Ausschusses aus drei Mitgliedern, der anderen besonderen Instanz oder der zuständigen höheren Stelle sein.

68.4 Verfahren im Fall der nicht ausreichenden Einschränkung der Ansprüche

Schränkt der Anmelder die Ansprüche ein, ohne in ausreichendem Maße dem Erfordernis der Einheitlichkeit der Erfindung zu entsprechen, so verfährt die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde nach Artikel 34 Absatz 3 Buchstabe c.

68.5 Haupterfindung

Bestehen Zweifel darüber, welche Erfindung die Haupterfindung im Sinne des Artikels 34 Absatz 3 Buchstabe c ist, so ist die in den Ansprüchen zuerst genannte Erfindung als Haupterfindung anzusehen.

Regel 69

Frist für die internationale vorläufige Prüfung

69.1 Frist für die internationale vorläufige Prüfung

a) Alle Vereinbarungen, welche mit den mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörden geschlossen worden sind, haben die gleichen Fristen für die Erstellung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts vorzusehen. Diese Frist darf nicht überschreiten:

- i) sechs Monate nach dem Beginn der internationalen vorläufigen Prüfung,
- ii) acht Monate nach dem Beginn der internationalen vorläufigen Prüfung in Fällen, in denen die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde eine Aufforderung zur Einschränkung der Ansprüche oder zur Zahlung zusätzlicher Gebühren (Artikel 34 Absatz 3) erläßt.

b) Die internationale vorläufige Prüfung wird durch die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde nach Eingang folgender Unterlagen aufgenommen:

- i) der gemäß Artikel 19 geänderten Ansprüche nach Regel 62.2 Absatz a, oder
- ii) der Mitteilung durch das Internationale Büro nach Regel 62.2 Ab-

that no amendments under Article 19 have been filed within the prescribed time limit or that the applicant has declared that he does not wish to make such amendments, or

(iii) of a notice, after the international search report is in the possession of the International Preliminary Examining Authority, from the applicant expressing the wish that the international preliminary examination should start and be directed to the claims as specified in such notice, or

(iv) of a notice of the declaration by the International Searching Authority that no international search report will be established [Article 17 (2) (a)].

(c) If the competent International Preliminary Examining Authority is part of the same national Office or intergovernmental organization as the competent International Searching Authority, the international preliminary examination may, if the International Preliminary Examining Authority so wishes, start at the same time as the international search. In such a case, the international preliminary examination report shall be established, notwithstanding the provisions of paragraph (a), no later than 6 months after the expiration of the time limit allowed under Article 19 for amending the claims.

62.2 b) indiquant qu'aucune modification selon l'article 19 n'a été déposée dans le délai prescrit ou que le déposant a déclaré qu'il ne désirait pas déposer de telles modifications; ou

iii) d'une notification, quand le rapport de recherche internationale est en la possession de l'administration chargée de l'examen préliminaire international, du déposant exprimant le vœu que l'examen préliminaire international débute et porte sur les revendications telles que spécifiées dans cette notification; ou

iv) d'une notification de la déclaration de l'administration chargée de la recherche internationale qu'un rapport de recherche internationale ne sera pas établi [article 17.2) a)].

c) Si l'administration compétente chargée de l'examen préliminaire international fait partie de l'office national ou de l'organisation intergouvernementale auquel appartient l'administration compétente chargée de la recherche internationale, cette administration peut entreprendre l'examen préliminaire international en même temps que la recherche internationale. Dans ce cas, le rapport d'examen préliminaire international doit être établi, nonobstant l'alinéa a), au plus tard six mois après l'expiration du délai accordé, selon l'article 19, pour la modification des revendications.

satz b, daß keine Änderungen gemäß Artikel 19 innerhalb der vorgeschriebenen Frist eingereicht wurden oder daß der Anmelder erklärt hat, daß er keine solchen Änderungen vornehmen will, oder

iii) einer Mitteilung des Anmelders — nachdem die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde im Besitz des internationalen Recherchenberichts ist —, daß er den Beginn der internationalen vorläufigen Prüfung wünscht und daß diese auf die in dieser Mitteilung bezeichneten Ansprüche gerichtet werden soll, oder

iv) einer Mitteilung der Erklärung der Internationalen Recherchenbehörde, daß ein internationaler Recherchenbericht nicht erstellt wird (Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a).

c) Sind die zuständige mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde und die zuständige Internationale Recherchenbehörde Abteilungen des gleichen nationalen Amtes oder der gleichen zwischenstaatlichen Organisation, so kann die internationale vorläufige Prüfung, falls die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde dies wünscht, zu derselben Zeit beginnen wie die internationale Recherche. In einem solchen Fall wird der internationale vorläufige Prüfungsbericht unbeschadet Absatz a nicht später als sechs Monate nach dem Ablauf der Frist nach Artikel 19 für die Änderung von Ansprüchen erstellt.

Rule 70

The International Preliminary Examination Report

70.1 Definition

For the purposes of this Rule, "report" shall mean international preliminary examination report.

70.2 Basis of the Report

(a) If the claims have been amended, the report shall issue on the claims as amended.

(b) If, pursuant to Rule 66.7 (c), the report is established as if the priority had not been claimed, the report shall so indicate.

(c) If the International Preliminary Examining Authority considers that any amendment goes beyond the disclosure in the international application as filed, the report shall be established as if such amendment had not been made, and the report shall so indicate. It shall also indicate the reasons why it considers that the

Règle 70

Rapport d'examen préliminaire international

70.1 Définition

Au sens de la présente règle, il faut entendre par «rapport» le rapport d'examen préliminaire international.

70.2 Base du rapport

a) Si les revendications ont été modifiées, le rapport est établi sur la base des revendications telles que modifiées.

b) Si, conformément à la règle 66.7 c), le rapport est établi comme si la priorité n'avait pas été revendiquée, le rapport doit le préciser.

c) Si l'administration chargée de l'examen préliminaire international considère qu'une modification va au-delà de l'exposé de l'invention figurant dans la demande internationale telle qu'elle a été déposée, le rapport est établi comme si cette modification n'avait pas été faite, et le rapport l'indique. Il indique également les raisons

Regel 70

Der internationale vorläufige Prüfungsbericht

70.1 Begriffsbestimmung

„Bericht“ im Sinne dieser Regel bezeichnet den internationalen vorläufigen Prüfungsbericht.

70.2 Grundlage für den Bericht

a) Sind die Ansprüche geändert worden, so wird der Bericht auf der Grundlage der geänderten Ansprüche erstellt.

b) Ist der Bericht entsprechend Regel 66.7 Absatz c so erstellt worden, als wenn keine Priorität beansprucht worden wäre, so wird hierauf im Bericht hingewiesen.

c) Ist die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde der Auffassung, daß eine Änderung über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung, wie sie eingereicht worden ist, hinausgeht, so wird der Bericht ohne Berücksichtigung der Änderung erstellt und hierauf im Bericht hingewiesen. Die Be-

amendment goes beyond the said disclosure.

70.3 Identifications

The report shall identify the International Preliminary Examining Authority which established it by indicating the name of such Authority, and the international application, by indicating the international application number, the name of the applicant, the name of the receiving Office, and the international filing date.

70.4 Dates

The report shall indicate:

- (i) the date on which the demand was submitted, and
- (ii) the date of the report; that date shall be the date on which the report is completed.

70.5 Classification

(a) The report shall repeat the classification given under Rule 43.3 if the International Preliminary Examining Authority agrees with such classification.

(b) Otherwise, the International Preliminary Examining Authority shall indicate in the report the classification, at least according to the International Patent Classification, which it considers correct.

70.6 Statement under Article 35 (2)

(a) The statement referred to in Article 35 (2) shall consist of the words "YES" or "NO", or their equivalent in the language of the report, or some appropriate sign provided for in the Administrative Instructions, and shall be accompanied by the citations, explanations and observations, if any, referred to in the last sentence of Article 35 (2).

(b) If any of the three criteria referred to in Article 35 (2) (that is, novelty, inventive step [non-obviousness], industrial applicability) is not satisfied, the statement shall be negative. If, in such a case, any of the criteria, taken separately, is satisfied, the report shall specify the criterion or criteria so satisfied.

70.7 Citations under Article 35 (2)

(a) The report shall cite the documents considered to be relevant for

pour lesquelles ladite administration considère que la modification va au-delà dudit exposé.

70.3 Identifications

Le rapport identifie d'une part l'administration chargée de l'examen préliminaire international qui l'a établi, en indiquant le nom de cette administration, et d'autre part la demande internationale par le numéro de cette demande, le nom du déposant, le nom de l'office récepteur et la date du dépôt international.

70.4 Dates

Le rapport indique:

- i) la date à laquelle la demande d'examen préliminaire international a été présentée;
- ii) la date du rapport; cette date est celle de l'achèvement du rapport.

70.5 Classification

a) Le rapport répète le classement indiqué selon la règle 43.3 si l'administration chargée de l'examen préliminaire international maintient ce classement.

b) Sinon, l'administration chargée de l'examen préliminaire international indique le classement qu'elle considère comme correct, au minimum selon la Classification internationale des brevets.

70.6 Déclaration selon l'article 35. 2)

a) La déclaration mentionnée à l'article 35. 2) consiste en «OUI» ou «NON», ou l'équivalent de ces mots dans la langue du rapport, ou un signe approprié spécifié dans les instructions administratives, et est, le cas échéant, accompagnée des citations, explications et observations mentionnées à la dernière phrase de l'article 35. 2).

b) S'il n'est pas satisfait à l'un quelconque des trois critères mentionnés à l'article 35. 2) (à savoir la nouveauté, l'activité inventive (non-évidence) et l'application industrielle), la déclaration est négative. Si, dans un tel cas, il est satisfait à l'un ou à deux de ces critères pris séparément, le rapport précise celui ou ceux auxquels il est ainsi satisfait.

70.7 Citations selon l'article 35. 2)

a) Le rapport cite les documents considérés comme pertinents pour

hörde gibt außerdem die Gründe an, aus denen nach ihrer Auffassung die Änderung über den Offenbarungsgehalt hinausgeht.

70.3 Angaben

In dem Bericht wird die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde, die den Bericht erstellt hat, mit ihrer amtlichen Bezeichnung angegeben; ferner wird die internationale Anmeldung durch Angabe des internationalen Aktenzeichens, des Namens des Anmelders, der Bezeichnung des Anmeldeamts und des internationalen Anmeldedatums gekennzeichnet.

70.4 Daten

In dem Bericht werden angegeben:

- i) das Datum der Einreichung des Antrags und
- ii) das Datum des Berichts; dieses Datum ist das Datum, an welchem der Bericht fertiggestellt worden ist.

70.5 Klassifikation

a) In dem Bericht ist die nach Regel 43.3 angegebene Klassifikation zu wiederholen, falls die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde mit der Klassifizierung einverstanden ist.

b) Andernfalls gibt die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde im Bericht die Klassifikation an, die von ihr als richtig angesehen wird, wobei sie zumindest die Internationale Patentklassifikation zugrunde legt.

70.6 Feststellung nach Artikel 35 Absatz 2

a) Die Feststellung nach Artikel 35 Absatz 2 besteht aus den Wörtern „JA“ oder „NEIN“ oder den entsprechenden Wörtern in der im Bericht angewendeten Sprache oder aus geeigneten, in den Verwaltungsrichtlinien vorgesehenen Symbolen und soll gegebenenfalls die Angaben, Erklärungen und Bemerkungen nach Artikel 35 Absatz 2 letzter Satz enthalten.

b) Ist eines der drei Merkmale nach Artikel 35 Absatz 2 (nämlich Neuheit, Beruhen auf erfinderischer Tätigkeit (Nichtoffensichtlichkeit), gewerbliche Anwendbarkeit) nicht in ausreichendem Maße gegeben, so ist die Feststellung negativ. Wird in einem solchen Fall einem der Merkmale, für sich allein genommen, genügt, so sollen in dem Bericht das Merkmal oder die Merkmale angegeben werden, denen genügt wird.

70.7 Angabe der Unterlagen nach Artikel 35 Absatz 2

a) In dem Bericht sind die Unterlagen anzugeben, die als wesentliche

supporting the statements made under Article 35 (2).

(b) The provisions of Rule 43.5 (b) and (e) shall apply also to the report.

70.8 Explanations under Article 35 (2)

The Administrative Instructions shall contain guidelines for cases in which the explanations referred to in Article 35 (2) should or should not be given and the form of such explanations. Such guidelines shall be based on the following principles:

- (i) explanations shall be given whenever the statement in relation to any claim is negative;
- (ii) explanations shall be given whenever the statement is positive unless the reason for citing any document is easy to imagine on the basis of consultation of the cited document;
- (iii) generally, explanations shall be given if the case provided for in the last sentence of Rule 70.6 (b) obtains.

70.9 Non-Written Disclosures

Any non-written disclosure referred to in the report by virtue of Rule 64.2 shall be mentioned by indicating its kind, the date on which the written disclosure referring to the non-written disclosure was made available to the public, and the date on which the non-written disclosure occurred in public.

70.10 Certain Published Documents

Any published application or any patent referred to in the report by virtue of Rule 64.3 shall be mentioned as such and shall be accompanied by an indication of its date of publication, of its filing date, and its claimed priority date (if any). In respect of the priority date of any such document, the report may indicate that, in the opinion of the International Preliminary Examining Authority, such date has not been validly claimed.

70.11 Mention of Amendments or Correction of Certain Defects

If, before the International Preliminary Examining Authority, amendments or corrections have been made, this fact shall be indicated in the report.

étayer les déclarations faites selon l'article 35. 2).

b) Les dispositions de la règle 43.5 b) et e) s'appliquent également au rapport.

70.8 Explications selon l'article 35. 2)

Les instructions administratives contiennent des principes directeurs pour les cas où les explications mentionnées à l'article 35. 2) devraient ou ne devraient pas être données, ainsi que pour la forme de ces explications. Ces principes directeurs doivent se baser sur les principes suivants:

- i) des explications doivent être données chaque fois que la déclaration est négative à l'égard d'une revendication quelconque;
- ii) des explications doivent être données chaque fois que la déclaration est positive, sauf si les raisons qui ont conduit à citer un document quelconque sont faciles à imaginer sur la base de la consultation du document cité;
- iii) en règle générale, des explications doivent être données dans le cas prévu à la dernière phrase de la règle 70.6 b).

70.9 Divulgations non écrites

Toute divulgation non écrite visée dans le rapport en raison de la règle 64.2 est mentionnée par l'indication de son genre, par la date à laquelle la divulgation écrite qui se réfère à la divulgation non écrite a été rendue accessible au public et par la date à laquelle cette dernière a été faite publiquement.

70.10 Certains documents publiés

Toute demande publiée et tout brevet visés dans le rapport en raison de la règle 64.3 sont mentionnés en tant que tels; le rapport indique leur date de publication, leur date de dépôt et leur date de priorité revendiquée (le cas échéant). A l'égard de la date de priorité d'un tel document, le rapport peut indiquer que l'administration chargée de l'examen préliminaire international estime que cette date n'a pas été valablement revendiquée.

70.11 Mention de modifications ou de correction de certaines irrégularités

Il est indiqué dans le rapport si des modifications ou des corrections ont été faites auprès de l'administration chargée de l'examen préliminaire international.

Grundlage für die Feststellungen nach Artikel 35 Absatz 2 angesehen werden.

b) Regel 43.5 Absätze b und e findet auch auf den Bericht Anwendung.

70.8 Erläuterung nach Artikel 35 Absatz 2

Die Verwaltungsrichtlinien werden Leitsätze darüber enthalten, in welchen Fällen die nach Artikel 35 Absatz 2 vorgesehenen Erläuterungen abgegeben oder nicht abgegeben werden und wie sie zu fassen sind. Diese Leitsätze werden sich auf die nachfolgenden Grundsätze stützen:

- i) eine Erläuterung wird abgegeben, wenn die Feststellung im Hinblick auf irgendeinen Anspruch negativ ist;
- ii) eine Erläuterung wird abgegeben, wenn die Feststellung positiv ist, sofern der Grund für die Angabe der Unterlagen nicht ohne weiteres durch eine Einsichtnahme in die angegebenen Unterlagen zu erkennen ist;
- iii) im allgemeinen wird eine Erläuterung dann abgegeben, wenn der im letzten Satz der Regel 70.6 Absatz b vorgesehene Fall gegeben ist.

70.9 Nicht-schriftliche Offenbarungen

Nicht-schriftliche Offenbarungen, die im Bericht auf Grund der Regel 64.2 erwähnt sind, werden durch Angabe ihrer Art, durch Angabe des Datums, an welchem die schriftliche Offenbarung, die sich auf die nicht-schriftliche Offenbarung bezieht, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde und des Datums, an welchem die nicht-schriftliche Offenbarung der Öffentlichkeit bekannt wurde, gekennzeichnet.

70.10 Bestimmte veröffentlichte Unterlagen

Veröffentlichte Anmeldungen oder Patente, auf die sich der Bericht gemäß Regel 64.3 bezieht, sind als solche unter Angabe ihres Veröffentlichungsdatums und ihres Anmeldedatums oder ihres etwa beanspruchten Prioritätsdatums zu erwähnen. Der Bericht kann in bezug auf jedes in den genannten Unterlagen beanspruchte Prioritätsdatum angeben, daß nach Meinung der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde das Prioritätsdatum nicht zu Recht beansprucht worden ist.

70.11 Erwähnung von Änderungen und Berichtigungen bestimmter Mängel

Sind vor der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde Änderungen oder Berichtigungen vorgenommen worden, so wird hierauf im Bericht hingewiesen.

70.12 Mention of Certain Defects

If the International Preliminary Examining Authority considers that, at the time it prepares the report:

- (i) the international application contains any of the defects referred to in Rule 66.2 (a) (iii), it shall include this opinion and the reasons therefor in the report;
- (ii) the international application calls for any of the observations referred to in Rule 66.2 (a) (v), it may include this opinion in the report and, if it does, it shall also indicate in the report the reasons for such opinion.

70.13 Remarks Concerning Unity of Invention

If the applicant paid additional fees for the international preliminary examination, or if the international application or the international preliminary examination was restricted under Article 34 (3), the report shall so indicate. Furthermore, where the international preliminary examination was carried out on restricted claims [Article 34 (3) (a)], or on the main invention only [Article 34 (3) (c)], the report shall indicate what parts of the international application were and what parts were not the subject of international preliminary examination.

70.14 Signature

The report shall be signed by an authorized officer of the International Preliminary Examining Authority.

70.15 Form

The physical requirements as to the form of the report shall be prescribed by the Administrative Instructions.

70.16 Attachment of Corrections and Amendments

If the claims, the description, or the drawings, were amended or any part of the international application was corrected before the International Preliminary Examining Authority, each replacement sheet marked as provided in Rule 66.8 (b) shall be attached to the report as an annex thereto. Replacement sheets superseded by later replacement sheets shall not be attached. If the amendment is communicated in a letter, a copy of such letter shall also be annexed to the report.

70.12 Mention de certaines irrégularités

Si l'administration chargée de l'examen préliminaire international estime qu'au moment où elle prépare le rapport:

- i) la demande internationale tombe sous le coup de la règle 66.2 a) iii), elle l'indique dans le rapport en motivant son opinion;
- ii) la demande internationale appelle l'une des observations mentionnées à la règle 66.2 a) v), elle peut l'indiquer dans le rapport et, si elle le fait, elle motive son opinion.

70.13 Remarques concernant l'unité de l'invention

Le rapport indique si le déposant a payé des taxes additionnelles pour l'examen préliminaire international, ou si la demande internationale ou l'examen préliminaire international a été limité selon l'article 34. 3). En outre, lorsque l'examen préliminaire international a été effectué sur la base de revendications limitées [article 34. 3) a)] ou de l'invention principale seulement [article 34. 3) c)], le rapport précise les parties de la demande internationale sur lesquelles l'examen préliminaire international a porté.

70.14 Signature

Le rapport est signé par un fonctionnaire autorisé de l'administration chargée de l'examen préliminaire international.

70.15 Forme

Les conditions matérielles de forme du rapport sont fixées dans les instructions administratives.

70.16 Modifications et corrections annexées

Si les revendications, la description ou les dessins ont été modifiés ou si une partie de la demande internationale a été corrigée auprès de l'administration chargée de l'examen préliminaire international, chaque feuille de remplacement sur laquelle ont été apposées les indications mentionnées à la règle 66.8 b) est annexée au rapport. Les feuilles de remplacement auxquelles d'autres feuilles de remplacement ont été substituées ultérieurement ne sont pas annexées. Si la modification est présentée sous forme de lettre, une copie de cette lettre est également annexée au rapport.

70.12 Erwähnung bestimmter Mängel

Ist die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde der Auffassung, daß zur Zeit der Erstellung des Berichts

- i) die internationale Anmeldung Mängel der in Regel 66.2 Absatz a Ziffer iii genannten Art aufweist, so wird im Bericht auf diese Auffassung und die Begründung hierfür hingewiesen;
- ii) die internationale Anmeldung zu den in Regel 66.2 Absatz a Ziffer v genannten Bemerkungen Anlaß gibt, kann sie im Bericht auch auf diese Auffassung hinweisen; tut sie das, so hat sie ihre Auffassung zu begründen.

70.13 Bemerkungen in Bezug auf die Einheitlichkeit der Erfindung

Hat der Anmelder zusätzliche Gebühren für die internationale vorläufige Prüfung bezahlt oder ist die internationale Anmeldung oder die internationale vorläufige Prüfung nach Artikel 34 Absatz 3 beschränkt worden, so hat der Bericht dies anzugeben. Außerdem hat der Bericht, wenn die internationale vorläufige Prüfung nur für eingeschränkte Ansprüche (Artikel 34 Absatz 3 Buchstabe a) oder nur für die Haupterfindung (Artikel 34 Absatz 3 Buchstabe c) durchgeführt worden ist, anzugeben, welche Teile der internationalen Anmeldung geprüft worden sind und welche nicht.

70.14 Unterschrift

Der Bericht wird durch einen bevollmächtigten Beamten der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde unterzeichnet.

70.15 Form

Die äußere Form des Berichts wird durch die Verwaltungsrichtlinien vorgeschrieben.

70.16 Beifügung von Berichtigungen und Änderungen

Sind Ansprüche, Beschreibung oder Zeichnungen geändert oder ist ein Teil der internationalen Anmeldung vor der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde berichtigt worden, so ist jedes Ersatzblatt, gekennzeichnet wie in Regel 66.8 Absatz b vorgesehen, dem Bericht als Anlage beizufügen. Ersatzblätter, die infolge später eingereichter Ersatzblätter überholt sind, werden nicht beigelegt. Ist die Änderung in Form eines Briefes eingereicht worden, so ist dem Bericht auch eine Kopie dieses Briefes als Anlage beizufügen.

70.17 Languages of the Report and the Annexes

(a) The report shall be in the language in which the international application to which it relates is published.

(b) Any annex shall be both in the language in which the international application to which it relates was filed and also, if it is different, in the language in which the international application to which it relates is published.

Rule 71

Transmittal of the International Preliminary Examination Report

71.1 Recipients

The International Preliminary Examining Authority shall, on the same day, transmit one copy of the international preliminary examination report and its annexes, if any, to the International Bureau, and one copy to the applicant.

71.2 Copies of Cited Documents

(a) The request under Article 36 (4) may be presented any time during 7 years from the international filing date of the international application to which the report relates.

(b) The International Preliminary Examining Authority may require that the party (applicant or elected Office) presenting the request pay to it the cost of preparing and mailing the copies. The level of the cost of preparing copies shall be provided for in the agreements referred to in Article 32 (2) between the International Preliminary Examining Authorities and the International Bureau.

(c) Any International Preliminary Examining Authority not wishing to send copies direct to any elected Office shall send a copy to the International Bureau and the International Bureau shall then proceed as provided in paragraphs (a) and (b).

(d) Any International Preliminary Examining Authority may perform the obligations referred to in (a) to (c) through another agency responsible to it.

Rule 72

Translation of the International Preliminary Examination Report

72.1 Languages

(a) Any elected State may require that the international preliminary examination report, established in any language other than the official language, or one of the official languages, of its national Office, be

70.17 Langue du rapport et des annexes

a) Le rapport est établi dans la langue de publication de la demande internationale qu'il concerne.

b) Toute annexe doit être établie dans la langue de la demande internationale qu'elle concerne, telle que cette demande a été déposée, ou dans la langue de publication de cette demande s'il s'agit d'une autre langue.

Règle 71

Transmission du rapport d'examen préliminaire international

71.1 Destinataire

L'administration chargée de l'examen préliminaire international transmet, le même jour, au Bureau international et au déposant une copie du rapport d'examen préliminaire international et, le cas échéant, de ses annexes.

71.2 Copies de documents cités

a) La requête visée à l'article 36. 4) peut être formée en tout temps pendant sept années à compter de la date du dépôt international de la demande internationale à laquelle le rapport international a trait.

b) L'administration chargée de l'examen préliminaire international peut exiger du déposant ou de l'office élu qui lui a adressé la requête le paiement du coût de la préparation et de l'expédition des copies. Le montant de ce coût sera établi dans les accords visés à l'article 32. 2), conclus entre les administrations chargées de l'examen préliminaire international et le Bureau international.

c) Toute administration chargée de l'examen préliminaire international qui ne désire pas adresser les copies directement à un office élu envoie une copie au Bureau international, qui procédera conformément aux alinéas a) et b).

d) Toute administration chargée de l'examen préliminaire international peut confier la tâche visée aux alinéas a) à c) à un autre organisme qui sera responsable devant elle.

Règle 72

Traduction du rapport d'examen préliminaire international

72.1 Langues

a) Tout État élu peut exiger que le rapport d'examen préliminaire international établi dans une langue autre que la langue officielle ou l'une des langues officielles de son office national, soit traduit en allemand, en an-

70.17 Sprache des Berichts und der Anlagen

a) Der Bericht wird in der Sprache abgefaßt, in der die internationale Anmeldung, auf die er sich bezieht, veröffentlicht worden ist.

b) Eine Anlage ist in der Sprache zu erstellen, in der die internationale Anmeldung, auf die sie sich bezieht, eingereicht worden ist, sowie in der Sprache, in der die betreffende Anmeldung veröffentlicht worden ist.

Regel 71

Übersendung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts

71.1 Empfänger

Je eine Ausfertigung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts und seiner etwa vorhandenen Anlagen übersendet die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde am gleichen Tag dem Internationalen Büro und dem Anmelder.

71.2 Abschriften angegebener Unterlagen

a) Der Antrag nach Artikel 36 Absatz 4 kann jederzeit innerhalb von sieben Jahren, gerechnet vom internationalen Anmeldungsdatum der internationalen Anmeldung, auf die sich der Bericht bezieht, gestellt werden.

b) Die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde kann verlangen, daß der Antragsteller (Anmelder oder ausgewähltes Amt) die Kosten der Herstellung und Versendung der Abschriften erstattet. Die Höhe der Herstellungskosten wird in den in Artikel 32 Absatz 2 genannten Vereinbarungen zwischen den mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörden und dem Internationalen Büro festgesetzt.

c) Jede mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde, die die Abschriften nicht unmittelbar einem ausgewählten Amt übersenden will, übermittelt ein Exemplar an das Internationale Büro, und das Internationale Büro verfährt nach den Absätzen a und b.

d) Jede mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde kann den Verpflichtungen nach den Absätzen a bis c durch eine andere ihr verantwortliche Stelle nachkommen.

Regel 72

Übersetzung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts

72.1 Sprachen

a) Jeder ausgewählte Staat kann verlangen, daß der internationale vorläufige Prüfungsbericht, der in einer anderen als der Amtssprache oder einer der Amtssprachen des betreffenden nationalen Amtes erstellt ist, in

translated into English, French, German, Japanese, Russian, or Spanish.

(b) Any such requirement shall be notified to the International Bureau, which shall promptly publish it in the Gazette.

72.2 Copies of Translations for the Applicant

The International Bureau shall transmit a copy of each translation of the international preliminary examination report to the applicant at the same time as it communicates such translation to the interested elected Office or Offices.

72.3 Observations on the Translation

The applicant may make written observations on what, in his opinion, are errors of translation in the translation of the international preliminary examination report and shall send a copy of any such observations to each of the interested elected Offices and a copy to the International Bureau.

Rule 73

Communication of the International Preliminary Examination Report

73.1 Preparation of Copies

The International Bureau shall prepare the copies of the documents to be communicated under Article 36 (3) (a).

73.2 Time Limit for Communication

The communication provided for in Article 36 (3) (a) shall be effected as promptly as possible.

Rule 74

Translations of Annexes of the International Preliminary Examination Report and Transmittal Thereof

74.1 Time Limit

Any replacement sheet referred to in Rule 70.16, or any amendment referred to in the last sentence of that Rule which was filed prior to the furnishing of the translation of the international application required under Article 39, or, where the furnishing of such translation is governed by Article 64 (2) (a) (i), which was filed prior to the furnishing of the translation of the international application required under Article 22, shall be translated and transmitted together with the furnishing under Article 39 or, where applicable, under Article 22, or, if filed less than 1 month before such furnishing or if filed after such furnishing, 1 month after it has been filed.

glais, en espagnol, en français, en japonais ou en russe.

b) Une telle exigence doit être notifiée au Bureau international, qui la publie à bref délai dans la gazette.

72.2 Copies de traductions pour le déposant

Le Bureau international transmet au déposant une copie de chaque traduction du rapport d'examen préliminaire international en même temps qu'il communique cette traduction à l'office ou aux offices élus intéressés.

72.3 Observations relatives à la traduction

Le déposant peut faire des observations écrites au sujet des erreurs de traduction qui sont contenues à son avis dans la traduction du rapport d'examen préliminaire international; il doit adresser une copie de ces observations à chacun des offices élus intéressés et au Bureau international.

Règle 73

Communication du rapport d'examen préliminaire international

73.1 Préparation de copies

Le Bureau international prépare les copies des documents qui doivent être communiqués selon l'article 36. 3) a).

73.2 Délai de communication

La communication prévue à l'article 36. 3) a) doit être effectuée aussi rapidement que possible.

Règle 74

Traduction et transmission des annexes au rapport d'examen préliminaire international

74.1 Délai

Toute feuille de remplacement visée à la règle 70.16 et toute modification visée à la dernière phrase de ladite règle, déposées avant la remise de la traduction de la demande internationale exigée selon l'article 39 ou selon l'article 22 lorsque cette remise est réglementée par l'article 64. 2) a) i), doivent être traduites et transmises en même temps que la remise mentionnée à l'article 39 ou, le cas échéant, à l'article 22; si elles sont déposées moins d'un mois avant cette remise ou si elles le sont après cette dernière, elles doivent être traduites et transmises un mois après leur dépôt.

die deutsche, englische, französische, japanische, russische oder spanische Sprache übersetzt wird.

b) Jedes Erfordernis dieser Art ist dem Internationalen Büro mitzuteilen, das die Mitteilung unverzüglich im Blatt veröffentlicht.

72.2 Abschriften von Übersetzungen für den Anmelder

Das Internationale Büro übermittelt dem Anmelder eine Abschrift von jeder Übersetzung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts zum gleichen Zeitpunkt, in dem es eine solche Übersetzung den interessierten ausgewählten Ämtern übermittelt.

72.3 Stellungnahme zu der Übersetzung

Der Anmelder kann schriftlich zu den nach seiner Ansicht fehlerhaften Teilen der Übersetzung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts Stellung nehmen; er hat eine Abschrift dieser Stellungnahme jedem interessierten ausgewählten Amt sowie dem Internationalen Büro zu übermitteln.

Regel 73

Übermittlung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts

73.1 Anfertigung der Exemplare

Das Internationale Büro fertigt die Exemplare der nach Artikel 36 Absatz 3 Buchstabe a zu übermittelnden Unterlagen an.

73.2 Frist für die Übermittlung

Die Übermittlung nach Artikel 36 Absatz 3 Buchstabe a hat so schnell wie möglich zu erfolgen.

Regel 74

Übersetzung der Anlagen des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts und ihre Übermittlung

74.1 Frist

Die in Regel 70.16 genannten Ersatzblätter und die im letzten Satz der Regel genannten Änderungen, die vor der Zuleitung der nach Artikel 39 erforderlichen Übersetzung der internationalen Anmeldung, oder, wenn für die Zuleitung der Übersetzung Artikel 64 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer i maßgeblich ist, vor der Zuleitung der nach Artikel 22 erforderlichen Übersetzung der internationalen Anmeldung vorgelegt werden, sind zu übersetzen und gleichzeitig mit der Zuleitung der Übersetzung nach Artikel 39 oder — falls anwendbar — nach Artikel 22 zu übermitteln; werden sie früher als einen Monat vor der Zuleitung der Übersetzung oder nach deren Zuleitung vorgelegt, müssen sie innerhalb eines Monats nach ihrer Vorlage übersetzt und übermittelt werden.

Rule 75

Withdrawal of the Demand, or of Elections

75.1 Withdrawals

(a) Withdrawal of the demand or all the elections may be effected prior to the expiration of 25 months from the priority date except as to any elected State in which national processing or examination has already started. Withdrawal of the election of any elected State may be effected prior to the date on which examination and processing may start in that State.

(b) Withdrawal shall be effected by a signed notice from the applicant to the International Bureau. In the case of Rule 4.8 (b), the notice shall require the signature of all the applicants.

75.2 Notification of Elected Offices

(a) The fact that the demand or all elections have been withdrawn shall be promptly notified by the International Bureau to the national Offices of all States which, up to the time of the withdrawal, were elected States and had been informed of their election.

(b) The fact that any election has been withdrawn and the date of receipt of the withdrawal shall be promptly notified by the International Bureau to the elected Office concerned, except where it has not yet been informed that it had been elected.

75.3 Notification of the International Preliminary Examining Authority

The fact that the demand or all elections have been withdrawn shall be promptly notified by the International Bureau to the International Preliminary Examining Authority if, at the time of the withdrawal, the latter had been informed of the existence of the demand.

75.4 Faculty under Article 37 (4) (b)

(a) Any Contracting State wishing to take advantage of the faculty provided for in Article 37 (4) (b) shall notify the International Bureau in writing.

(b) The notification under paragraph (a) shall be promptly published by the International Bureau in the Gazette, and shall have effect in respect of international applications filed more than 1 month after the publication date of the relevant issue of the Gazette.

Règle 75

Retrait de la demande d'examen préliminaire international ou d'élections

75.1 Retraits

a) Le retrait de la demande d'examen préliminaire international ou de toutes les élections peut être effectué avant l'expiration d'un délai de vingt-cinq mois à compter de la date de priorité, sauf pour tout État élu où le traitement national ou l'examen national a déjà commencé. Le retrait de l'élection d'un État élu peut se faire avant la date où le traitement et l'examen peuvent commencer dans cet État.

b) Le retrait doit être effectué par le moyen d'une notice signée, adressée par le déposant au Bureau international. Dans le cas de la règle 4.8 b), la notice de retrait doit être signée de tous les déposants.

75.2 Notification aux offices élus

a) Le retrait de la demande d'examen préliminaire international ou de toutes les élections est notifié à bref délai par le Bureau international aux offices nationaux de tous les États qui, jusqu'au moment du retrait, étaient des États élus et avaient été avisés de leur élection.

b) Le retrait d'une élection et sa date de réception sont notifiés à bref délai par le Bureau international à l'office élu intéressé, sauf s'il n'a pas encore été avisé de son élection.

75.3 Notification à l'administration chargée de l'examen préliminaire international

Le retrait de la demande d'examen préliminaire international ou de toutes les élections est notifié à bref délai par le Bureau international à l'administration chargée de l'examen préliminaire international si cette dernière, au moment du retrait, était informée de la demande d'examen préliminaire international.

75.4 Faculté selon l'article 37. 4) b)

a) Tout État contractant désirant invoquer le bénéfice de la faculté prévue à l'article 37. 4) b) doit le notifier par écrit au Bureau international.

b) La notification visée à l'alinéa a) est publiée à bref délai par le Bureau international dans la gazette et a effet à l'égard des demandes internationales déposées plus d'un mois après la date de cette publication.

Regel 75

Zurücknahme des Antrags oder der Auswählerklärungen

75.1 Zurücknahme

a) Der Antrag oder alle Auswählerklärungen können vor Ablauf von 25 Monaten ab Prioritätsdatum zurückgenommen werden, jedoch nicht mit Wirkung für einen ausgewählten Staat, in dem die nationale Bearbeitung oder Prüfung bereits aufgenommen worden ist. Die Zurücknahme der Auswählerklärung eines einzelnen ausgewählten Staates kann vor dem Zeitpunkt erfolgen, zu dem die Prüfung und Bearbeitung in diesem Staat beginnen darf.

b) Die Zurücknahme erfolgt durch eine vom Anmelder unterzeichnete Erklärung gegenüber dem Internationalen Büro. Im Fall der Regel 4.8 Absatz b ist die Erklärung von allen Anmeldern zu unterzeichnen.

75.2 Benachrichtigung der ausgewählten Ämter

a) Die Zurücknahme des Antrags oder aller Auswählerklärungen wird durch das Internationale Büro den nationalen Ämtern aller Staaten unverzüglich mitgeteilt, die zum Zeitpunkt der Zurücknahme ausgewählte Staaten und über ihre Auswahl unterrichtet waren.

b) Die Zurücknahme einer Auswählerklärung sowie das Datum des Eingangs der Zurücknahmeerklärung werden durch das Internationale Büro dem betreffenden ausgewählten Amt unverzüglich mitgeteilt, es sei denn, daß es noch nicht von seiner Auswahl in Kenntnis gesetzt worden war.

75.3 Benachrichtigung der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde

Die Zurücknahme des Antrags und sämtlicher Auswählerklärungen wird durch das Internationale Büro der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde unverzüglich mitgeteilt, falls diese zum Zeitpunkt der Zurücknahme von dem Antrag bereits unterrichtet war.

75.4 Befugnis nach Artikel 37 Absatz 4 Buchstabe b

a) Jeder Vertragsstaat, der die Befugnis nach Artikel 37 Absatz 4 Buchstabe b in Anspruch nehmen will, setzt das Internationale Büro hiervon schriftlich in Kenntnis.

b) Die Mitteilung nach Absatz a wird unverzüglich durch das Internationale Büro im Blatt bekanntgemacht und wird im Hinblick auf die internationalen Anmeldungen wirksam, die später als einen Monat nach dem Veröffentlichungsdatum der entsprechenden Ausgabe des Blattes eingereicht werden.

Rule 76

Languages of Translations and Amounts of Fees under Article 39 (1); Translation of Priority Document

76.1 Notification

(a) Any Contracting State requiring the furnishing of a translation or the payment of a national fee, or both, under Article 39 (1), shall notify the International Bureau of:

- (i) the languages from which and the language into which it requires translation,
- (ii) the amount of the national fee.

(b) Any notification received by the International Bureau under paragraph (a) shall be published by the International Bureau in the Gazette.

(c) If the requirements under paragraph (a) change later, such changes shall be notified by the Contracting State to the International Bureau and that Bureau shall promptly publish the notification in the Gazette. If the change means that translation is required into a language which, before the change, was not required, such change shall be effective only with respect to a demand submitted later than 2 months after the publication of the notification in the Gazette. Otherwise, the effective date of any change shall be determined by the Contracting State.

76.2 Languages

The language into which translation may be required must be an official language of the elected Office. If there are several of such languages, no translation may be required if the international application is in one of them. If there are several official languages and a translation must be furnished, the applicant may choose any of those languages. Notwithstanding the foregoing provisions of this paragraph, if there are several official languages but the national law prescribes the use of one such language for foreigners, a translation into that language may be required.

76.3 Statements under Article 19

For the purposes of Article 39 and the present Rule, any statement made under Article 19 (1) shall be considered as part of the international application.

76.4 Time Limit for Translation of Priority Document

The applicant shall not be required to furnish to any elected Office a certified translation of the priority document before the expiration of the applicable time limit under Article 39.

Règle 76

Langues des traductions et montants des taxes selon l'article 39. 1); traduction du document de priorité

76.1 Notification

a) Tout État contractant exigeant la remise d'une traduction ou le paiement d'une taxe nationale, ou les deux, selon l'article 39. 1), doit notifier au Bureau international:

- i) les langues pour lesquelles il exige une traduction et la langue de cette dernière;
- ii) le montant de la taxe nationale.

b) Toute notification reçue par le Bureau international selon l'alinéa a) est publiée par ce Bureau dans la gazette.

c) Si les exigences visées à l'alinéa a) sont ultérieurement modifiées, ces modifications doivent être notifiées par l'État contractant au Bureau international, qui publie à bref délai la notification dans la gazette. Si cette modification a pour effet qu'une traduction est exigée dans une langue qui n'était pas prévue auparavant, ce changement n'a effet qu'à l'égard des demandes d'examen préliminaire international présentées plus de deux mois après la publication de la notification dans la gazette. Sinon, la date d'application de tout changement est déterminée par l'État contractant.

76.2 Langues

La langue dans laquelle une traduction peut être exigée doit être une langue officielle de l'office élu. S'il y a plusieurs langues officielles, aucune traduction ne peut être exigée si la demande internationale est rédigée dans l'une de ces langues. S'il y a plusieurs langues officielles et si une traduction doit être fournie, le déposant peut choisir l'une quelconque de ces langues. Nonobstant les dispositions qui précèdent du présent alinéa, s'il y a plusieurs langues officielles mais si la législation nationale prescrit l'utilisation de l'une de ces langues par les étrangers, une traduction dans cette langue peut être exigée.

76.3 Déclarations selon l'article 19

Aux fins de l'article 39 et de la présente règle, toute déclaration faite selon l'article 19. 1) est considérée comme faisant partie de la demande internationale.

76.4 Délai pour la traduction du document de priorité

Le déposant n'a pas l'obligation de remettre à un office élu une traduction certifiée conforme du document de priorité avant l'expiration du délai applicable selon l'article 39.

Regel 76

Sprache der Übersetzungen und Beträge der Gebühren nach Artikel 39 Absatz 1; Übersetzung von Prioritätsunterlagen

76.1 Unterrichtung

a) Jeder Vertragsstaat, der gemäß Artikel 39 Absatz 1 die Übersetzung oder die Zahlung einer nationalen Gebühr oder beides verlangt, unterrichtet das Internationale Büro über

- i) die Sprachen, aus denen und in die die Übersetzungen verlangt werden,
- ii) die Höhe der nationalen Gebühr.

b) Das Internationale Büro veröffentlicht jede ihm nach Absatz a) zugegangene Mitteilung im Blatt.

c) Ändern sich die Erfordernisse nach Absatz a) später, so hat der Vertragsstaat dies dem Internationalen Büro mitzuteilen, das die Mitteilung unverzüglich im Blatt veröffentlicht. Hat die Änderung zur Folge, daß nunmehr die Übersetzung in eine bisher nicht erforderliche Sprache erforderlich ist, so wird die Änderung nur für solche Anträge wirksam, die später als zwei Monate nach der Bekanntmachung der Mitteilung im Blatt eingereicht werden. Für die übrigen Fälle bestimmt der Vertragsstaat den Zeitpunkt, in dem die Änderung wirksam wird.

76.2 Sprachen

Die Sprache, in die eine Übersetzung verlangt wird, muß eine Amtssprache des ausgewählten Amtes sein. Ämter mit mehreren Amtssprachen können keine Übersetzung verlangen, wenn die internationale Anmeldung in einer dieser Amtssprachen abgefaßt ist. Ist einem Amt mit mehreren Amtssprachen eine Übersetzung zu übermitteln, so kann der Anmelder eine dieser Sprachen auswählen. Unbeschadet der vorstehenden Vorschriften dieses Absatzes kann, falls mehrere Amtssprachen bestehen, das nationale Recht aber für Ausländer eine dieser Sprachen vorschreibt, eine Übersetzung in diese Sprache verlangt werden.

76.3 Erklärung nach Artikel 19

Im Sinne des Artikels 39 und dieser Regel gilt jede Erklärung nach Artikel 19 Absatz 1 als Teil der internationalen Anmeldung.

76.4 Frist für die Übersetzung von Prioritätsunterlagen

Der Anmelder darf nicht aufgefordert werden, vor Ablauf der nach Artikel 39 anwendbaren Frist eine beglaubigte Übersetzung von Prioritätsunterlagen einem ausgewählten Amt zu übermitteln.

Rule 77

Faculty under Article 39 (1) (b)

77.1 Exercise of Faculty

(a) Any Contracting State allowing a time limit expiring later than the time limit provided for in Article 39 (1) (a) shall notify the International Bureau of the time limit so fixed.

(b) Any notification received by the International Bureau under paragraph (a) shall be promptly published by the International Bureau in the Gazette.

(c) Notifications concerning the shortening of the previously fixed time limit shall be effective in relation to demands submitted after the expiration of 3 months computed from the date on which the notification was published by the International Bureau.

(d) Notifications concerning the lengthening of the previously fixed time limit shall become effective upon publication by the International Bureau in the Gazette in respect of demands pending at the time or submitted after the date of such publication, or, if the Contracting State effecting the notification fixes some later date, as from the latter date.

Rule 78

Amendment of the Claims, the Description, and the Drawings, Before Elected Offices

78.1 Time Limit Where Election is Effected Prior to Expiration of 19 Months From Priority Date

(a) Where the election of any Contracting State is effected prior to the expiration of the 19th month from the priority date, the applicant shall, if he so wishes, exercise the right under Article 41 after the transmittal of the international preliminary examination report under Article 36 (1) has been effected and before the time limit applicable under Article 39 expires, provided that, if the said transmittal has not taken place by the expiration of the time limit applicable under Article 39, he shall exercise the said right not later than on such expiration date. In either case, the applicant may exercise the said right at any other time if so permitted by the national law of the said State.

(b) In any elected State in which the national law provides that examination starts only on special request, the national law may provide that the time limit within or the time at which the applicant may exercise the right under Article 41 shall, where the

Règle 77

Faculté selon l'article 39. 1) b)

77.1 Exercice de la faculté

a) Tout État contractant accordant un délai expirant après celui qui est prévu à l'article 39. 1) a) doit notifier au Bureau international le délai ainsi fixé.

b) Toute notification reçue par le Bureau international selon l'alinéa a) est publiée à bref délai dans la gazette.

c) Les notifications relatives à la réduction d'un délai précédemment fixé ont effet pour les demandes d'examen préliminaire international qui sont présentées plus de trois mois après la date de publication de la notification.

d) Les notifications relatives à la prolongation d'un délai précédemment fixé ont effet dès leur publication dans la gazette pour les demandes d'examen préliminaire international pendantes à la date de cette publication ou présentées après cette date ou, si l'État contractant procédant à la notification fixe une date ultérieure, à cette date ultérieure.

Règle 78

Modification des revendications, de la description et des dessins auprès des offices élus

78.1 Délai lorsque l'élection a lieu avant l'expiration d'une période de dix-neuf mois à compter de la date de priorité

a) Lorsque l'élection d'un État contractant a lieu avant l'expiration d'une période de dix-neuf mois à compter de la date de priorité, le déposant qui désire exercer le droit accordé par l'article 41 doit le faire après la transmission du rapport d'examen préliminaire international selon l'article 36. 1) et avant l'expiration du délai applicable selon l'article 39; si ladite transmission n'a pas été effectuée à l'expiration du délai applicable selon l'article 39, le déposant doit exercer ce droit au plus tard à la date de cette expiration. Dans les deux cas, il peut exercer ce droit à toute date ultérieure si la législation nationale de l'État en cause le permet.

b) Dans tout État élu dont la législation nationale prévoit que l'examen ne commence que sur requête spéciale, la législation nationale peut prévoir que le délai pendant lequel ou le moment auquel le déposant peut exercer le droit accordé par l'article 41 est,

Regel 77

Befugnis nach Artikel 39 Absatz 1 Buchstabe b

77.1 Ausübung der Befugnis

a) Jeder Vertragsstaat, der eine Frist festsetzt, die später als die Frist nach Artikel 39 Absatz 1 Buchstabe a abläuft, hat das Internationale Büro hiervon zu unterrichten.

b) Das Internationale Büro veröffentlicht jede ihm nach Absatz a zugegangene Mitteilung unverzüglich im Blatt.

c) Mitteilungen über die Verkürzung einer früher festgesetzten Frist werden für Anträge wirksam, die später als drei Monate nach der Bekanntmachung der Mitteilung durch das Internationale Büro eingereicht werden.

d) Mitteilungen über die Verlängerung einer früher festgesetzten Frist werden mit der Bekanntmachung durch das Internationale Büro im Blatt für Anträge wirksam, die zu diesem Zeitpunkt anhängig sind oder nach dieser Bekanntmachung eingereicht werden; setzt der Vertragsstaat, der die Mitteilung vornimmt, einen späteren Zeitpunkt fest, so ist dieser Zeitpunkt maßgeblich.

Regel 78

Änderung der Ansprüche, der Beschreibung und der Zeichnungen vor den ausgewählten Ämtern

78.1 Frist, wenn die Auswahrklärung vor Ablauf von 19 Monaten ab Prioritätsdatum abgegeben worden ist

a) Wird die Auswahrklärung für einen Vertragsstaat vor Ablauf von 19 Monaten nach dem Prioritätsdatum abgegeben, so kann der Anmelder das Recht aus Artikel 41 nach dem Zeitpunkt der Übermittlung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts gemäß Artikel 36 Absatz 1 und vor dem Ablauf der nach Artikel 39 maßgeblichen Frist ausüben; ist die Übermittlung beim Ablauf der nach Artikel 39 maßgeblichen Frist noch nicht erfolgt, so kann er das genannte Recht bis zum Ablauf dieser Frist ausüben. In jedem Fall kann der Anmelder das Recht zu einem anderen Zeitpunkt ausüben, wenn das nationale Recht des Staates dies zuläßt.

b) Das nationale Recht jedes ausgewählten Staates, das die Prüfung von Patentanmeldungen von einem besonderen Antrag abhängig macht, kann bestimmen, daß die Frist für die Ausübung des Rechts nach Artikel 41, sofern die Auswahrklärung für diesen

election of any Contracting State is effected prior to the expiration of the 19th month from the priority date, be the same as that provided by the national law for the filing of amendments in the case of the examination, on special request, of national applications, provided that such time limit shall not expire prior to, or such time shall not come before, the expiration of the time limit applicable under Article 39.

78.2 Time Limit Where Election is Effected After Expiration of 19 Months From Priority Date

Where the election of any Contracting State has been effected after the expiration of the 19th month from the priority date and the applicant wishes to make amendments under Article 41, the time limit for making amendments under Article 28 shall apply.

78.3 Utility Models

The provisions of Rules 6.5 and 13.5 shall apply, mutatis mutandis, before elected Offices. If the election was made before the expiration of the 19th month from the priority date, the reference to the time limit applicable under Article 22 is replaced by a reference to the time limit applicable under Article 39.

lorsque l'élection d'un État contractant est effectuée avant l'expiration d'une période de dix-neuf mois à compter de la date de priorité, le même que celui qui est prévu par la législation nationale pour le dépôt de modifications en cas d'examen, sur requête spéciale, de demandes nationales, pour autant que ce délai n'expire pas avant l'expiration du délai applicable selon l'article 39 ou que ce moment n'arrive pas avant l'expiration du même délai.

78.2 Délai lorsque l'élection a lieu après l'expiration d'une période de dix-neuf mois à compter de la date de priorité

Lorsque l'élection d'un État contractant a lieu après l'expiration d'une période de dix-neuf mois à compter de la date de priorité et lorsque le déposant désire effectuer des modifications selon l'article 41, le délai pour ces modifications est celui qui est applicable selon l'article 28.

78.3 Modèles d'utilité

Les dispositions des règles 6.5 et 13.5 s'appliquent, mutatis mutandis, également au sein des offices élus. Si l'élection a été faite avant l'expiration d'une période de dix-neuf mois à compter de la date de priorité, la référence au délai applicable selon l'article 22 est remplacée par une référence au délai applicable selon l'article 39.

Staat vor Ablauf von 19 Monaten nach dem Prioritätsdatum abgegeben worden ist, die gleiche oder der Zeitpunkt für die Ausübung dieses Rechts in dem genannten Fall der gleiche ist wie die nach dem nationalen Recht geltende Frist oder der Zeitpunkt zur Einreichung von Änderungen im Falle einer auf besonderen Antrag aufgenommenen Prüfung einer nationalen Anmeldung; diese Frist darf jedoch nicht vor dem Ablauf der nach Artikel 39 maßgeblichen Frist ablaufen und der Zeitpunkt nicht vor dem Ablauf der nach Artikel 39 maßgeblichen Frist liegen.

78.2 Frist, wenn die Auswählerklärung nach Ablauf von 19 Monaten ab Prioritätsdatum abgegeben worden ist

Wird die Auswählerklärung für einen Vertragsstaat nach Ablauf von 19 Monaten nach dem Prioritätsdatum abgegeben und wünscht der Anmelder, Änderungen nach Artikel 41 vorzunehmen, so gilt für die Vornahme von Änderungen die Frist nach Artikel 28.

78.3 Gebrauchsmuster

Die Regeln 6.5 und 13.5 sind vor den ausgewählten Ämtern entsprechend anzuwenden. Wird die Auswählerklärung vor Ablauf von 19 Monaten nach dem Prioritätsdatum abgegeben, so wird die Bezugnahme auf die nach Artikel 22 anwendbare Frist durch eine Bezugnahme auf die Frist nach Artikel 39 ersetzt.

Part D Rules Concerning Chapter III of the Treaty

Rule 79 Calendar

79.1 Expressing Dates

Applicants, national Offices, receiving Offices, International Searching and Preliminary Examining Authorities, and the International Bureau, shall, for the purposes of the Treaty and the Regulations, express any date in terms of the Christian era and the Gregorian calendar, or, if they use other eras and calendars, they shall also express any date in terms of the Christian era and the Gregorian calendar.

Rule 80 Computation of Time Limits

80.1 Periods Expressed in Years

When a period is expressed as one year or a certain number of years,

Partie D Règles relatives au chapitre III du traité

Règle 79 Calendrier

79.1 Expression des dates

Les déposants, les offices nationaux, les offices récepteurs, les administrations chargées de la recherche internationale et de l'examen préliminaire international et le Bureau international doivent exprimer, aux fins du traité et du présent règlement d'exécution, toute date selon l'ère chrétienne et le calendrier grégorien; s'ils utilisent d'autres ères ou d'autres calendriers, ils expriment toute date également selon l'ère chrétienne et le calendrier grégorien.

Règle 80 Calcul des délais

80.1 Délais exprimés en années

Lorsqu'un délai est exprimé en une ou plusieurs années, il part du jour

Teil D Regeln zu Kapitel III des Vertrags

Regel 79 Zeitrechnung

79.1 Angabe von Daten

Anmelder, nationale Ämter, Anmeldeämter, Internationale Recherchenbehörden oder mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörden und das Internationale Büro haben im Zusammenhang mit diesem Vertrag und der Ausführungsordnung jedes Datum nach christlicher Zeitrechnung und nach dem Gregorianischen Kalender oder, falls sie eine andere Zeitrechnung und einen anderen Kalender verwenden, zusätzlich jedes Datum nach der genannten Zeitrechnung und nach dem genannten Kalender anzugeben.

Regel 80 Berechnung der Fristen

80.1 In Jahren bestimmte Fristen

Ist als Frist ein Jahr oder eine Anzahl von Jahren bestimmt, so wird bei

computation shall start on the day following the day on which the relevant event occurred, and the period shall expire in the relevant subsequent year in the month having the same name and on the day having the same number as the month and the day on which the said event occurred provided that if the relevant subsequent month has no day with the same number the period shall expire on the last day of that month.

80.2 Periods Expressed in Months

When a period is expressed as one month or a certain number of months, computation shall start on the day following the day on which the relevant event occurred, and the period shall expire in the relevant subsequent month on the day which has the same number as the day on which the said event occurred, provided that if the relevant subsequent month has no day with the same number the period shall expire on the last day of that month.

80.3 Periods Expressed in Days

When a period is expressed as a certain number of days, computation shall start on the day following the day on which the relevant event occurred, and the period shall expire on the day on which the last day of the count has been reached.

80.4 Local Dates

(a) The date which is taken into consideration as the starting date of the computation of any period shall be the date which prevails in the locality at the time when the relevant event occurred.

(b) The date on which any period expires shall be the date which prevails in the locality in which the required document must be filed or the required fee must be paid.

80.5 Expiration on a Non-Working Day

If the expiration of any period during which any document or fee must reach a national Office or intergovernmental organization falls on a day on which such Office or organization is not open to the public for the purposes of the transaction of official business, or on which ordinary mail is not delivered in the locality in which such Office or organization is situated, the period shall expire on the next subsequent day on which neither of the said two circumstances exists.

80.6 Date of Documents

Where a period starts on the day of the date of a document or letter

suiuant celui où l'événement considéré a eu lieu et expire, dans l'année ultérieure à prendre en considération, le mois portant le même nom et le jour ayant le même quantième que le mois et le jour où ledit événement a eu lieu; toutefois, si le mois ultérieur à prendre en considération n'a pas de jour ayant le même quantième, le délai considéré expire le dernier jour de ce mois.

80.2 Délais exprimés en mois

Lorsqu'un délai est exprimé en un ou plusieurs mois, il part du jour suivant celui où l'événement considéré a eu lieu et expire, dans le mois ultérieur à prendre en considération, le jour ayant le même quantième que le jour où ledit événement a eu lieu; toutefois, si le mois ultérieur à prendre en considération n'a pas de jour ayant le même quantième, le délai considéré expire le dernier jour de ce mois.

80.3 Délais exprimés en jours

Lorsqu'un délai est exprimé en un certain nombre de jours, il part du jour suivant celui où l'événement considéré a eu lieu et expire le jour où l'on atteint le dernier jour du compte.

80.4 Dates locales

a) La date à prendre en considération en tant que point de départ pour le calcul d'un délai est la date qui était utilisée dans la localité au moment où l'événement considéré a eu lieu.

b) La date d'expiration d'un délai est la date qui est utilisée dans la localité où le document exigé doit être déposé ou la taxe exigée doit être payée.

80.5 Expiration un jour chômé

Si un délai quelconque pendant lequel un document ou une taxe doit parvenir à un office national ou à une organisation intergouvernementale expire un jour où cet office ou cette organisation n'est pas ouvert au public pour traiter d'affaires officielles, ou bien un jour où le courrier ordinaire n'est pas délivré dans la localité où cet office ou cette organisation est situé, le délai prend fin le premier jour suivant auquel aucune de ces deux circonstances n'existe plus.

80.6 Date de documents

Lorsqu'un délai court à compter de la date d'un document ou d'une lettre

der Berechnung der Frist mit dem Tag begonnen, der dem Tag folgt, in den das maßgebliche Ereignis fällt; die Frist endet in dem maßgeblichen folgenden Jahr in dem Monat und an dem Tag, die durch ihre Benennung oder Zahl dem Monat und Tag entsprechen, in den das maßgebliche Ereignis fällt; fehlt in dem betreffenden Monat der für den Ablauf der Frist maßgebliche Tag, so endet die Frist mit dem Ablauf des letzten Tages dieses Monats.

80.2 In Monaten bestimmte Fristen

Ist als Frist ein Monat oder eine Anzahl von Monaten bestimmt, so wird bei der Berechnung der Frist mit dem Tag begonnen, der dem Tag folgt, in den das maßgebliche Ereignis fällt; die Frist endet in dem maßgeblichen folgenden Monat an dem Tag, der durch seine Zahl dem Tag entspricht, in den das maßgebliche Ereignis fällt; fehlt in dem betreffenden Monat der für den Ablauf der Frist maßgebliche Tag, so endet die Frist mit dem Ablauf des letzten Tages dieses Monats.

80.3 In Tagen bestimmte Fristen

Ist als Frist eine Anzahl von Tagen bestimmt, wird bei der Berechnung der Frist mit dem Tag begonnen, der dem Tag folgt, in den das maßgebliche Ereignis fällt; die Frist endet am letzten Tag der in Betracht kommenden Anzahl von Tagen.

80.4 Örtliche Daten

a) Das Datum, das als das Anfangsdatum für die Berechnung einer Frist in Betracht kommt, ist das Datum, welches zur Zeit des Eintritts des maßgeblichen Ereignisses an diesem Ort galt.

b) Das Datum, an dem eine Frist abläuft, ist das Datum, das an dem Ort gilt, an dem das angeforderte Schriftstück eingereicht oder die verlangte Gebühr eingezahlt werden muß.

80.5 Ablauf an einem anderen Tag als einem Werktag

Endet eine Frist, innerhalb welcher bei einem nationalen Amt oder einer zwischenstaatlichen Organisation ein Schriftstück eingehen oder eine Gebühr eingezahlt werden muß, an einem Tag, an dem dieses Amt oder diese Organisation für den Publikumsverkehr geschlossen ist oder an dem gewöhnliche Postsendungen am Ort des Sitzes dieses Amtes oder dieser Organisation nicht zugestellt werden, so läuft die Frist an dem nächstfolgenden Tag ab, an welchem die genannten Umstände nicht mehr bestehen.

80.6 Datum von Schriftstücken

Beginnt eine Frist am Tag des Datums eines Schriftstücks oder eines

emanating from a national Office or intergovernmental organization, any interested party may prove that the said document or letter was mailed on a day later than the date it bears, in which case the date of actual mailing shall, for the purposes of computing the period, be considered to be the date on which the period starts.

80.7 End of Working Day

(a) A period expiring on a given day shall expire at the moment the national Office or intergovernmental organization with which the document must be filed or to which the fee must be paid closes for business on that day.

(b) Any Office or organization may depart from the provisions of paragraph (a) up to midnight on the relevant day.

(c) The International Bureau shall be open for business until 6 p. m.

d'un office national ou d'une organisation intergouvernementale, toute partie intéressée peut prouver que ledit document ou ladite lettre a été posté postérieurement à cette date, auquel cas c'est la date à laquelle cette pièce a été effectivement postée qui est prise en considération aux fins du calcul du délai, en tant que date constituant le point de départ de ce délai.

80.7 Fin d'un jour ouvrable

a) Tout délai expirant un jour déterminé expire à l'heure où l'office national ou l'organisation intergouvernementale auprès de qui le document doit être déposé ou à qui la taxe doit être payée ferme ses guichets ce jour-là.

b) Tout office ou toute organisation peut déroger aux dispositions de l'alinéa a) en prolongeant le délai jusqu'à minuit le jour considéré.

c) Le Bureau international est ouvert au public jusqu'à 18 heures.

Schreibens eines nationalen Amtes oder einer zwischenstaatlichen Organisation und kann ein Beteiligter nachweisen, daß dieses Schriftstück oder das Schreiben an einem späteren Tag als deren Datum abgesandt worden ist, so ist das Datum der tatsächlichen Absendung für die Berechnung der Frist als maßgebend anzusehen.

80.7 Ende eines Werktags

a) Eine an einem bestimmten Tag ablaufende Frist endet zu dem Zeitpunkt, zu dem das nationale Amt oder die zwischenstaatliche Organisation, bei welchen das Schriftstück eingereicht oder die Gebühr eingezahlt werden muß, für den Publikumsverkehr geschlossen wird.

b) Jedes Amt und jede Organisation kann von den Bestimmungen des Absatzes a) abweichen, sofern die Frist nicht später als zu Mitternacht des betreffenden Tages endet.

c) Das Internationale Büro ist für den Publikumsverkehr bis 18.00 Uhr geöffnet.

Rule 81

Modification of Time Limits Fixed in the Treaty

81.1 Proposal

(a) Any Contracting State or the Director General may propose a modification under Article 47 (2).

(b) Proposals made by a Contracting State shall be presented to the Director General.

81.2 Decision by the Assembly

(a) When the proposal is made to the Assembly, its text shall be sent by the Director General to all Contracting States at least 2 months in advance of that session of the Assembly whose agenda includes the proposal.

(b) During the discussion of the proposal in the Assembly, the proposal may be amended or consequential amendments proposed.

(c) The proposal shall be considered adopted if none of the Contracting States present at the time of voting votes against the proposal.

81.3 Voting by Correspondence

(a) When voting by correspondence is chosen, the proposal shall be included in a written communication from the Director General to the Contracting States, inviting them to express their vote in writing.

(b) The invitation shall fix the time limit within which the reply containing the vote expressed in writing must reach the International Bureau.

Règle 81

Modification des délais fixés par le traité

81.1 Propositions

a) Tout État contractant ou le Directeur général peuvent proposer des modifications des délais selon l'article 47. 2).

b) Les propositions émanant d'un État contractant doivent être présentées au Directeur général.

81.2 Décision par l'Assemblée

a) Lorsque la proposition est présentée à l'Assemblée, son texte est adressé par le Directeur général à tous les États contractants deux mois au moins avant la session de l'Assemblée dont l'ordre du jour comprend cette proposition.

b) Lorsque la proposition est discutée dans l'Assemblée, elle peut être amendée ou des amendements qui en découlent peuvent être proposés.

c) La proposition est considérée comme adoptée si aucun des États contractants présents lors du vote ne vote contre elle.

81.3 Vote par correspondance

a) Lorsque la procédure du vote par correspondance est choisie, la proposition fait l'objet d'une communication écrite adressée par le Directeur général aux États contractants, invitant ces derniers à exprimer leur vote par écrit.

b) L'invitation fixe le délai dans lequel les réponses contenant les votes exprimés par écrit doivent parvenir au Bureau international. Ce délai est

Regel 81

Änderung von im Vertrag festgesetzten Fristen

81.1 Änderungsvorschlag

a) Jeder Vertragsstaat oder der Generaldirektor können Änderungen nach Artikel 47 Absatz 2 vorschlagen.

b) Die Änderungsvorschläge eines Vertragsstaats werden an den Generaldirektor gerichtet.

81.2 Entscheidung der Versammlung

a) Ist der Versammlung ein Vorschlag vorgelegt worden, so teilt der Generaldirektor den Wortlaut allen Vertragsstaaten mindestens zwei Monate vor der Sitzung der Versammlung mit, in deren Tagesordnung der Vorschlag aufgenommen worden ist.

b) Während der Behandlung des Vorschlags in der Versammlung kann dieser geändert oder können Folgeänderungen vorgeschlagen werden.

c) Der Vorschlag gilt als angenommen, falls keiner der Vertragsstaaten, die bei der Abstimmung vertreten sind, gegen diesen Vorschlag stimmt.

81.3 Schriftliche Abstimmung

a) Wird der Weg der schriftlichen Abstimmung gewählt, so wird der Vorschlag in einer schriftlichen Mitteilung des Generaldirektors den Vertragsstaaten mit der Aufforderung vorgelegt, ihre Stimme schriftlich abzugeben.

b) Mit der Aufforderung wird eine Frist festgesetzt, innerhalb welcher eine Antwort mit der schriftlichen Stimmabgabe beim Internationalen

That time limit shall not be less than 3 months from the date of the invitation.

(c) Replies must be either positive or negative. Proposals for amendments or mere observations shall not be regarded as votes.

(d) The proposal shall be considered adopted if none of the Contracting States opposes the amendment and if at least one-half of the Contracting States express either approval or indifference or abstention.

de trois mois au moins à compter de la date de l'invitation.

c) Les réponses doivent être affirmatives ou négatives. Les propositions de modification et les simples observations ne sont pas considérées comme des votes.

d) La proposition est considérée comme adoptée si aucun État contractant ne s'oppose à la modification et si la moitié au moins desdits États expriment soit leur approbation, soit leur indifférence, soit leur abstention.

Büro eingehen muß. Diese Frist darf nicht weniger als drei Monate, gerechnet vom Datum der Aufforderung an, betragen.

c) Antworten müssen positiv oder negativ sein. Änderungsvorschläge oder bloße Feststellungen gelten nicht als Stimmabgabe.

d) Der Vorschlag gilt als angenommen, wenn keiner der Vertragsstaaten die Änderung ablehnt und wenn wenigstens die Hälfte der Vertragsstaaten ihre Zustimmung, ihr mangelndes Interesse oder ihre Stimmenthaltung erklärt haben.

Rule 82

Irregularities in the Mail Service

82.1 Delay or Loss in Mail

(a) Subject to the provisions of Rule 22.3, any interested party may offer evidence that he has mailed the document or letter 5 days prior to the expiration of the time limit. Except in cases where surface mail normally arrives at its destination within 2 days of mailing, or where no airmail service is available, such evidence may be offered only if the mailing was by airmail. In any case, evidence may be offered only if the mailing was by mail registered by the postal authorities.

(b) If such mailing is proven to the satisfaction of the national Office or intergovernmental organization which is the addressee, delay in arrival shall be excused, or, if the document or letter is lost in the mail, substitution for it of a new copy shall be permitted, provided that the interested party proves to the satisfaction of the said Office or organization that the document or letter offered in substitution is identical with the document or letter lost.

(c) In the cases provided for in paragraph (b), evidence of mailing within the prescribed time limit, and, where the document or letter was lost, the substitute document or letter as well, shall be submitted within 1 month after the date on which the interested party noticed—or with due diligence should have noticed—the delay or the loss, and in no case later than 6 months after the expiration of the time limit applicable in the given case.

Règle 82

Irrégularités dans le service postal

82.1 Retards ou perte du courrier

a) Sous réserve des dispositions de la règle 22.3, toute partie intéressée peut faire la preuve qu'elle a posté le document ou la lettre cinq jours avant l'expiration du délai. Sauf lorsque le courrier par voie terrestre ou maritime arrive normalement à destination dans les deux jours suivant sa remise à la poste, ou lorsqu'il n'y a pas de courrier par voie aérienne, une telle preuve ne peut être faite que si l'expédition a été faite par voie aérienne. Dans tous les cas, on ne peut faire ladite preuve que si l'expédition a eu lieu sous pli recommandé.

b) Si la preuve est faite à la satisfaction de l'office national ou de l'organisation intergouvernementale destinataire que l'expédition a eu lieu comme il est indiqué ci-dessus, le retard à l'arrivée est excusé ou, si le document ou la lettre a été perdu, son remplacement par un nouvel exemplaire est autorisé, à condition que la partie intéressée fasse la preuve, à la satisfaction dudit office ou de ladite organisation, que le document ou la lettre remis en remplacement est identique au document perdu ou à la lettre perdue.

c) Dans les cas visés à l'alinéa b), la preuve relative à l'expédition postale dans le délai prescrit et, en cas de perte du document ou de la lettre, la preuve relative au document ou à la lettre à remettre en remplacement, doivent être présentées dans un délai d'un mois à compter de la date à laquelle la partie intéressée a constaté — ou aurait dû constater si elle avait été diligente — le retard ou la perte, et en aucun cas plus de six mois après l'expiration du délai applicable en l'espèce.

Regel 82

Störung im Postdienst

82.1 Verzögerung oder Verlust bei der Postzustellung

a) Vorbehaltlich der Regel 22.3 kann jeder Beteiligte den Beweis anbieten, daß er ein Schriftstück oder ein Schreiben fünf Tage vor Ablauf der Frist bei der Post aufgegeben hat. Dieser Beweis kann nur angeboten werden, wenn die Beförderung durch Luftpost erfolgte, wobei Fälle ausgenommen sind, in denen die normale Post in der Regel innerhalb von zwei Tagen Beförderungszeit am Bestimmungsort eintrifft oder kein Luftpostdienst besteht. In jedem Fall kann der Beweis nur angeboten werden, wenn die Aufgabe zur Post eingeschrieben erfolgte.

b) Ist eine solche Aufgabe zur Post dem nationalen Amt oder der zwischenstaatlichen Organisation, an das oder an die die Sendung gerichtet ist, nachgewiesen worden, so ist die Verzögerung der Zustellung als entschuldigt anzusehen; falls das Schriftstück oder das Schreiben auf dem Postweg verloren gegangen ist, wird dessen Ersatz durch Abschriften gestattet, vorausgesetzt, daß der Beteiligte dem Amt oder der Organisation in ausreichendem Maße nachweist, daß das Schriftstück oder Schreiben, das als Ersatz vorgesehen ist, mit dem verlorenen Schriftstück oder Schreiben übereinstimmt.

c) In den in Absatz b) vorgesehenen Fällen hat der Nachweis, daß die Aufgabe zur Post innerhalb der vorgeschriebenen Frist erfolgt war, und im Falle des Verlusts des Schriftstücks oder des Schreibens die Vorlage des Ersatzschriftstücks oder des Ersatzschreibens innerhalb eines Monats nach dem Zeitpunkt zu erfolgen, an dem der Beteiligte die Verzögerung oder den Verlust festgestellt hat — oder bei Anwendung gehöriger Sorgfalt festgestellt hätte —, und in keinem Fall später als sechs Monate nach dem Ablauf der jeweils geltenden Frist.

82.2 Interruption in the Mail Service

(a) Subject to the provisions of Rule 22.3, any interested party may offer evidence that on any of the 10 days preceding the day of expiration of the time limit the postal service was interrupted on account of war, revolution, civil disorder, strike, natural calamity, or other like reason, in the locality where the interested party resides or has his place of business or is staying.

(b) If such circumstances are proven to the satisfaction of the national Office or intergovernmental organization which is the addressee, delay in arrival shall be excused, provided that the interested party proves to the satisfaction of the said Office or organization that he effected the mailing within 5 days after the mail service was resumed. The provisions of Rule 82.1 (c) shall apply mutatis mutandis.

Rule 83

Right to Practice Before International Authorities

83.1 Proof of Right

The International Bureau, the competent International Searching Authority, and the competent International Preliminary Examining Authority, may require the production of proof of the right to practice referred to in Article 49.

83.2 Information

(a) The national Office or the intergovernmental organization which the interested person is alleged to have a right to practice before shall, upon request, inform the International Bureau, the competent International Searching Authority, or the competent International Preliminary Examining Authority, whether such person has the right to practice before it.

(b) Such information shall be binding upon the International Bureau, the International Searching Authority, or the International Preliminary Examining Authority, as the case may be.

Part E

Rules Concerning Chapter V of the Treaty

Rule 84

Expenses of Delegations

84.1 Expenses Borne by Governments

The expenses of each Delegation participating in any organ established

82.2 Interruption du service postal

a) Sous réserve des dispositions de la règle 22.3, toute partie intéressée peut faire la preuve que, lors de l'un quelconque des dix jours qui ont précédé la date d'expiration du délai, le service postal a été interrompu en raison de guerre, de révolution, de désordre civil, de grève, de calamité naturelle ou d'autres raisons semblables, dans la localité où la partie intéressée a son domicile, son siège ou sa résidence.

b) Si la preuve est faite à la satisfaction de l'office national ou de l'organisation intergouvernementale destinataire que de telles circonstances ont existé, le retard à l'arrivée est excusé, à condition que la partie intéressée prouve à la satisfaction dudit office ou de ladite organisation qu'elle a procédé à l'expédition postale dans les cinq jours suivant la reprise du service postal. Les dispositions de la règle 82.1 c) s'appliquent mutatis mutandis.

Règle 83

Droit d'exercer auprès d'administrations internationales

83.1 Preuve du droit

Le Bureau international, l'administration compétente chargée de la recherche internationale et l'administration compétente chargée de l'examen préliminaire international peuvent exiger la preuve du droit d'exercer visé à l'article 49.

83.2 Information

a) L'office national ou l'organisation intergouvernementale auprès duquel ou de laquelle il est prétendu que la personne intéressée a le droit d'exercer doit, sur requête, faire savoir au Bureau international, à l'administration compétente chargée de la recherche internationale ou à l'administration compétente chargée de l'examen préliminaire international, si cette personne a le droit d'exercer auprès d'elle.

b) Une telle information lie le Bureau international, l'administration chargée de la recherche internationale ou l'administration chargée de l'examen préliminaire international, selon le cas.

Partie E

Règles relatives au chapitre V du traité

Règle 84

Dépenses des délégations

84.1 Dépenses supportées par les gouvernements

Les dépenses de chaque délégation participant à tout organe institué par

82.2 Unterbrechung des Postdienstes

a) Vorbehaltlich der Regel 22.3 kann jeder Beteiligte den Beweis anbieten, daß an einem der letzten zehn Tage vor Ablauf der Frist der Postdienst an seinem Sitz, Wohnsitz, dem Ort der Geschäftstätigkeit oder dem gewöhnlichen Aufenthaltsort als Folge eines Krieges, einer Revolution, einer Störung der öffentlichen Ordnung, eines Streiks, einer Naturkatastrophe oder ähnlicher Ursachen unterbrochen war.

b) Sind solche Umstände dem nationalen Amt oder der zwischenstaatlichen Organisation, an das oder an die die Sendung gerichtet ist, nachgewiesen worden, so wird die Verzögerung der Zustellung als entschuldigt angesehen, vorausgesetzt, daß der Beteiligte dem Amt oder der Organisation nachweist, daß er den Versand innerhalb von fünf Tagen nach der Wiederherstellung des Postdienstes vorgenommen hat. Regel 82.1 Absatz c ist entsprechend anzuwenden.

Regel 83

Das Recht zum Auftreten vor internationalen Behörden

83.1 Nachweis des Rechts

Das Internationale Büro, die zuständige Internationale Recherchenbehörde und die zuständige mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde können den Nachweis des Rechts zum Auftreten nach Artikel 49 verlangen.

83.2 Mitteilung

a) Das nationale Amt oder die zwischenstaatliche Organisation, vor denen die betreffende Person ein Recht zum Auftreten zu haben behauptet, haben auf Antrag das Internationale Büro, die zuständige Internationale Recherchenbehörde oder die zuständige mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde darüber zu unterrichten, ob diese Person das Recht zum Auftreten besitzt.

b) Eine derartige Mitteilung ist für das Internationale Büro, die Internationale Recherchenbehörde oder die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde bindend.

Teil E

Regeln zu Kapitel V des Vertrags

Regel 84

Kosten der Delegationen

84.1 Kostentragung durch Regierungen

Die Kosten einer Delegation, die an der Sitzung eines durch diesen Ver-

by or under the Treaty shall be borne by the Government which has pointed it.

le traité ou en vertu de celui-ci sont supportées par le gouvernement qui l'a désignée.

trag oder in dessen Anwendung gebildeten Organs teilnimmt, werden von der Regierung getragen, die die Delegation ernannt hat.

Rule 85

Absence of Quorum in the Assembly

85.1 Voting by Correspondence

In the case provided for in Article 53 (5) (b), the International Bureau shall communicate the decisions of the Assembly (other than those concerning the Assembly's own procedure) to the Contracting States which were not represented and shall invite them to express in writing their vote or abstention within a period of 3 months from the date of the communication. If, at the expiration of that period, the number of Contracting States having thus expressed their vote or abstention attains the number of Contracting States which was lacking for attaining the quorum in the session itself, such decisions shall take effect provided that at the same time the required majority still obtains.

Règle 85

Quorum non atteint à l'Assemblée

85.1 Vote par correspondance

Dans le cas prévu à l'article 53. 5) b), le Bureau international communique les décisions de l'Assemblée (autres que celles qui concernent la procédure de l'Assemblée) aux États contractants qui n'étaient pas représentés, en les invitant à exprimer par écrit, dans un délai de trois mois à compter de la date de ladite communication, leur vote ou leur abstention. Si, à l'expiration de ce délai, le nombre des États contractants ayant ainsi exprimé leur vote ou leur abstention atteint le nombre d'États contractants qui faisait défaut pour que le quorum fût atteint lors de la session, lesdites décisions deviennent exécutoires, pourvu qu'en même temps la majorité nécessaire reste acquise.

Regel 85

Fehlen des Quorums in der Versammlung

85.1 Schriftliche Abstimmung

In dem in Artikel 53 Absatz 5 Buchstabe b vorgesehenen Fall übermittelt das Internationale Büro die Beschlüsse der Versammlung (sofern sie nicht das Verfahren der Versammlung selbst betreffen) den Vertragsstaaten, die nicht vertreten waren, und fordert diese auf, ihre Stimme innerhalb einer Frist von drei Monaten, vom Datum der Mitteilung an gerechnet, schriftlich abzugeben oder Stimmenthaltung mitzuteilen. Erreicht bei Ablauf dieser Frist die Anzahl von Vertragsstaaten, die auf diese Weise ihre Stimme abgegeben oder Stimmenthaltung mitgeteilt haben, die Anzahl von Vertragsstaaten, die zur Erreichung des Quorums während der Sitzung selbst fehlten, so werden die Beschlüsse wirksam, vorausgesetzt, daß zur gleichen Zeit die erforderliche Mehrheit erreicht bleibt.

Rule 86

The Gazette

86.1 Contents

The Gazette referred to in Article 55 (4) shall contain:

- (i) for each published international application, data specified by the Administrative Instructions taken from the front page of the pamphlet published under Rule 48, drawing (if any) appearing on the said front page, and the abstract,
- (ii) the schedule of all fees payable to the receiving Offices, the International Bureau, and the International Searching and Preliminary Examining Authorities,
- (iii) notices the publication of which is required under the Treaty or these Regulations,
- (iv) information, if and to the extent furnished to the International Bureau by the designated or elected Offices, on the question whether the requirements provided for in Articles 22 or 39 have been complied with in respect of the international applications designating or electing the Office concerned,

Règle 86

Gazette

86.1 Contenu

La gazette mentionnée à l'article 55. 4) contient:

- i) pour chaque demande internationale publiée, les indications fixées par les instructions administratives reprises de la page de couverture de la brochure publiée conformément à la règle 48, le dessin (s'il y en a) figurant sur ladite page de couverture et l'abrégé;
- ii) le tableau des taxes payables aux offices récepteurs, au Bureau international, aux administrations chargées de la recherche internationale et aux administrations chargées de l'examen préliminaire international;
- iii) les notifications dont la publication est exigée par le traité ou le présent règlement d'exécution;
- iv) toutes informations fournies au Bureau international par les offices désignés ou élus, relatives à la question de savoir si les actes mentionnés aux articles 22 ou 39 ont été accomplis à l'égard des demandes internationales désignant ou élisant l'office intéressé;

Regel 86

Blatt

86.1 Inhalt

Das in Artikel 55 Absatz 4 erwähnte Blatt enthält:

- i) für jede bekanntgemachte internationale Anmeldung diejenigen dem Kopfbogen der nach Regel 48 veröffentlichten Schrift entnommenen Angaben, die durch die Verwaltungsrichtlinien festgesetzt werden, die auf diesem Kopfbogen wiedergegebene Zeichnung (falls vorhanden) und die Zusammenfassung,
- ii) die Liste aller Gebühren, die an die Anmeldeämter, das Internationale Büro, die Internationale Recherchenbehörde und die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde gezahlt werden müssen,
- iii) Hinweise, deren Veröffentlichung nach dem Vertrag oder nach dieser Ausführungsordnung vorgeschrieben ist,
- iv) wenn und soweit Bestimmungsämter und ausgewählte Ämter sie dem Internationalen Büro übermitteln, Informationen darüber, ob die Erfordernisse der Artikel 22 oder 39 in bezug auf internationale Anmeldungen erfüllt worden sind, für welche die betreffenden Ämter bestimmt oder ausgewählt sind,

(v) any other useful information prescribed by the Administrative Instructions, provided access to such information is not prohibited under the Treaty or these Regulations.

86.2 Languages

(a) The Gazette shall be published in an English-language edition and a French-language edition. It shall also be published in editions in any other language, provided the cost of publication is assured through sales or subventions.

(b) The Assembly may order the publication of the Gazette in languages other than those referred to in paragraph (a).

86.3 Frequency

The Gazette shall be published once a week.

86.4 Sale

The subscription and other sale prices of the Gazette shall be fixed in the Administrative Instructions.

86.5 Title

The title of the Gazette shall be "Gazette of International Patent Applications", and "Gazette des Demandes internationales de brevets", respectively.

86.6 Further Details

Further details concerning the Gazette may be provided for in the Administrative Instructions.

v) toutes autres informations utiles prévues par les instructions administratives, pour autant que l'accès à de telles informations ne soit pas interdit selon le traité ou le présent règlement d'exécution.

86.2 Langues

a) La gazette est publiée en éditions française et anglaise. Des éditions en sont également publiées en toute autre langue, si le coût de la publication est assuré par les ventes ou des subventions.

b) L'Assemblée peut ordonner la publication de la gazette en des langues autres que celles qui sont mentionnées à l'alinéa a).

86.3 Périodicité

La gazette est publiée une fois par semaine.

86.4 Vente

Les prix de l'abonnement et des autres ventes de la gazette sont fixés dans les instructions administratives.

86.5 Titre

Le titre de la gazette est «Gazette des demandes internationales de brevets» et «Gazette of International Patent Applications», respectivement.

86.6 Autres détails

D'autres détails relatifs à la gazette peuvent être spécifiés dans les instructions administratives.

v) jede andere zweckdienliche Mitteilung, welche durch die Verwaltungsrichtlinien vorgeschrieben ist, falls solche Mitteilungen nach dem Vertrag oder dieser Ausführungsordnung nicht unzulässig sind.

86.2 Sprachen

a) Das Blatt erscheint in einer englischsprachigen und einer französischsprachigen Ausgabe. Es erscheint auch in anderen Sprachen, vorausgesetzt, daß die Kosten der Ausgabe durch Verkauf oder Subventionen gedeckt sind.

b) Die Versammlung kann eine Ausgabe des Blattes in anderen als in den nach Absatz a erwähnten Sprachen anordnen.

86.3 Erscheinsfolge

Das Blatt erscheint wöchentlich einmal.

86.4 Verkauf

Der Abonnementspreis und andere Verkaufspreise des Blattes werden in den Verwaltungsrichtlinien festgesetzt.

86.5 Titel

Der Titel des Blattes lautet: „Gazette of International Patent Applications“ und „Gazette des Demandes internationales de Brevets“ entsprechend der jeweiligen Ausgabe.

86.6 Weitere Einzelheiten

Weitere das Blatt betreffende Einzelheiten können in den Verwaltungsrichtlinien vorgeschrieben werden.

Rule 87

Copies of Publications

87.1 International Searching and Preliminary Examining Authorities

Any International Searching or Preliminary Examining Authority shall have the right to receive, free of charge, two copies of every published international application, of the Gazette, and of any other publication of general interest published by the International Bureau in connection with the Treaty or these Regulations.

87.2 National Offices

(a) Any national Office shall have the right to receive, free of charge, one copy of every published international application, of the Gazette, and of any other publication of general interest published by the International Bureau in connection with the Treaty or these Regulations.

(b) The publications referred to in paragraph (a) shall be sent on special

Règle 87

Exemplaires de publications

87.1 Administrations chargées de la recherche internationale et de l'examen préliminaire international

Toute administration chargée de la recherche internationale ou de l'examen préliminaire international a le droit de recevoir gratuitement deux exemplaires de chaque demande internationale publiée, de la gazette et de toute autre publication d'intérêt général publiée par le Bureau international en relation avec le traité ou le présent règlement d'exécution.

87.2 Offices nationaux

a) Tout office national a le droit de recevoir gratuitement un exemplaire de chaque demande internationale publiée, de la gazette et de toute autre publication d'intérêt général publiée par le Bureau international en relation avec le traité ou le présent règlement d'exécution.

b) Les publications mentionnées à l'alinéa a) sont adressées sur requête

Regel 87

Exemplare von Veröffentlichungen

87.1 Internationale Recherchenbehörden und mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörden

Internationale Recherchenbehörden und mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörden haben das Recht, zwei kostenlose Exemplare jeder veröffentlichten internationalen Anmeldung, des Blattes und jeder anderen Veröffentlichung von allgemeinem Interesse, die das Internationale Büro nach dem Vertrag oder dieser Ausführungsordnung veröffentlicht hat, zu verlangen.

87.2 Nationale Ämter

a) Jedes nationale Amt hat das Recht, ein Exemplar jeder veröffentlichten internationalen Anmeldung, des Blattes und jeder anderen vom Internationalen Büro in Verbindung mit dem Vertrag und dieser Ausführungsordnung herausgegebenen anderen Veröffentlichung von allgemeinem Interesse kostenlos zu erhalten.

b) Die Veröffentlichungen nach Absatz a werden auf besondere Anforderung

request, which shall be made, in respect of each year, by November 30 of the preceding year. If any publication is available in more than one language, the request shall specify the language in which it is desired.

spéciale présentée, pour chaque année, avant le 30 novembre de l'année précédente. Si une publication est disponible en plusieurs langues, ladite requête précise la langue dans laquelle la publication est demandée.

runge versandt, die für jedes Jahr bis zum 30. November des Vorjahrs eingereicht werden muß. Ist eine Veröffentlichung in mehr als einer Sprache verfügbar, so ist in der Anforderung die Sprache anzugeben, in der die Veröffentlichung gewünscht wird.

Rule 88

Amendment of the Regulations

88.1 Requirement of Unanimity

Amendment of the following provisions of these Regulations shall require that no State having the right to vote in the Assembly vote against the proposed amendment:

- (i) Rule 14.1 (Transmittal Fee),
- (ii) Rule 22.2 (Transmittal of the Record Copy; Alternative Procedure),
- (iii) Rule 22.3 [Time Limit Under Article 12 (3)],
- (iv) Rule 33 (Relevant Prior Art for International Search),
- (v) Rule 64 (Prior Art for International Preliminary Examination),
- (vi) Rule 81 (Modification of Time Limits Fixed in the Treaty),
- (vii) the present paragraph (i. e., Rule 88.1).

88.2 Requirement of Unanimity During a Transitional Period

During the first 5 years after the entry into force of the Treaty, amendment of the following provisions of these Regulations shall require that no State having the right to vote in the Assembly vote against the proposed amendment:

- (i) Rule 5 (The Description),
- (ii) Rule 6 (The Claims),
- (iii) the present paragraph (i. e., Rule 88.2).

88.3 Requirement of Absence of Opposition by Certain States

Amendment of the following provisions of these Regulations shall require that no State referred to in Article 58 (3) (a) (ii) and having the right to vote in the Assembly vote against the proposed amendment:

- (i) Rule 34 (Minimum Documentation),
- (ii) Rule 39 [Subject Matter Under Article 17 (2) (a) (i)],
- (iii) Rule 67 [Subject Matter Under Article 34 (4) (a) (i)],
- (iv) the present paragraph (i. e., Rule 88.3).

Règle 88

Modification du règlement d'exécution

88.1 Exigence de l'unanimité

La modification des dispositions ci-après du présent règlement d'exécution exige qu'aucun État ayant le droit de vote au sein de l'Assemblée ne vote contre la modification proposée:

- i) règle 14.1 (taxe de transmission);
- ii) règle 22.2 (transmission de l'exemplaire original; procédure alternative);
- iii) règle 22.3 (délai prévu à l'article 12. 3);
- iv) règle 33 (état de la technique pertinent aux fins de la recherche internationale);
- v) règle 64 (état de la technique aux fins de l'examen préliminaire international);
- vi) règle 81 (modification des délais fixés par le traité);
- vii) le présent alinéa (règle 88.1).

88.2 Exigence de l'unanimité durant une période transitoire

Durant les cinq premières années suivant l'entrée en vigueur du traité, la modification des dispositions suivantes du présent règlement d'exécution exige qu'aucun État visé à l'article 58. 3) a) ii) et ayant le droit de vote au sein de l'Assemblée ne vote contre la modification proposée:

- i) règle 5 (description);
- ii) règle 6 (revendications);
- iii) le présent alinéa (règle 88.2).

88.3 Exigence d'absence d'opposition de certains États

La modification des dispositions suivantes du présent règlement d'exécution exige qu'aucun État visé à l'article 58. 3) a) ii) et ayant le droit de vote au sein de l'Assemblée ne vote contre la modification proposée:

- i) règle 34 (documentation minimum);
- ii) règle 39 (objet selon l'article 17. 2) a) i);
- iii) règle 67 [objet selon l'article 34. 4) a) i)];
- iv) le présent alinéa (règle 88.3).

Regel 88

Änderung der Ausführungsordnung

88.1 Erfordernis der Einstimmigkeit

Eine Änderung der folgenden Bestimmungen dieser Ausführungsordnung setzt voraus, daß kein Staat, der in der Versammlung Stimmrecht hat, gegen die vorgeschlagene Änderung stimmt:

- i) Regel 14.1 (Übermittlungsgebühr),
- ii) Regel 22.2 (Übermittlung des Aktenexemplars, Alternativverfahren),
- iii) Regel 22.3 (Frist gemäß Artikel 12 Absatz 3),
- iv) Regel 33 (Einschlägiger Stand der Technik für die internationale Recherche),
- v) Regel 64 (Stand der Technik für die internationale vorläufige Prüfung),
- vi) Regel 81 (Änderung von im Vertrag festgesetzten Fristen),
- vii) dieser Absatz (d. h. Regel 88.1).

88.2 Erfordernis der Einstimmigkeit während einer Übergangszeit

Während der ersten fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des Vertrags setzt die Änderung der folgenden Bestimmungen dieser Ausführungsordnung voraus, daß kein Staat, der in der Versammlung das Stimmrecht hat, gegen die vorgeschlagene Änderung stimmt:

- i) Regel 5 (Die Beschreibung),
- ii) Regel 6 (Die Ansprüche),
- iii) dieser Absatz (d. h. Regel 88.2).

88.3 Erfordernis, daß bestimmte Staaten nicht widersprechen

Eine Änderung der folgenden Bestimmungen dieser Ausführungsordnung setzt voraus, daß keiner der in Artikel 58 Absatz 3 Buchstabe a Ziffer ii genannten Staaten, die in der Versammlung Stimmrecht haben, gegen die vorgeschlagene Änderung stimmt:

- i) Regel 34 (Mindestprüfstoff),
- ii) Regel 39 (Anmeldungsgegenstand nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer i),
- iii) Regel 67 (Anmeldungsgegenstand nach Artikel 34 Absatz 4 Buchstabe a Ziffer i),
- iv) dieser Absatz (d. h. Regel 88.3).

88.4 Procedure

Any proposal for amending a provision referred to in Rules 88.1, 88.2 or 88.3, shall, if the proposal is to be decided upon in the Assembly, be communicated to all Contracting States at least 2 months prior to the opening of that session of the Assembly which is called upon to make a decision on the proposal.

88.4 Procédure

Toute proposition de modification d'une des dispositions mentionnées aux règles 88.1, 88.2 ou 88.3 doit, s'il appartient à l'Assemblée de se prononcer à son sujet, être communiquée à tous les États contractants deux mois au moins avant l'ouverture de la session de l'Assemblée qui doit prendre une décision au sujet de ladite proposition.

88.4 Verfahren

Jeder Vorschlag zur Änderung einer der in Regel 88.1, 88.2 oder 88.3 genannten Bestimmungen, über den die Versammlung entscheiden soll, ist allen Vertragsstaaten mindestens zwei Monate vor der Eröffnung der Tagung der Versammlung mitzuteilen, welche einen Beschluß über den Vorschlag fassen soll.

Rule 89

Administrative Instructions

89.1 Scope

(a) The Administrative Instructions shall contain provisions:

- (i) concerning matters in respect of which these Regulations expressly refer to such Instructions,
- (ii) concerning any details in respect of the application of these Regulations.

(b) The Administrative Instructions shall not be in conflict with the provisions of the Treaty, these Regulations, or any agreement concluded by the International Bureau with an International Searching Authority, or an International Preliminary Examining Authority.

89.2 Source

(a) The Administrative Instructions shall be drawn up and promulgated by the Director General after consultation with the receiving Offices and the International Searching and Preliminary Examining Authorities.

(b) They may be modified by the Director General after consultation with the Offices or Authorities which have a direct interest in the proposed modification.

(c) The Assembly may invite the Director General to modify the Administrative Instructions, and the Director General shall proceed accordingly.

89.3 Publication and Entry Into Force

(a) The Administrative Instructions and any modification thereof shall be published in the Gazette.

(b) Each publication shall specify the date on which the published provisions come into effect. The dates may be different for different provisions, provided that no provision may be declared effective prior to its publication in the Gazette.

Règle 89

Instructions administratives

89.1 Objet

a) Les instructions administratives contiennent des dispositions concernant:

- i) les questions à l'égard desquelles le présent règlement d'exécution renvoie expressément auxdites instructions;
- ii) tous détails relatifs à l'application du présent règlement d'exécution.

b) Les instructions administratives ne peuvent être en contradiction avec le traité, le présent règlement d'exécution ou tout accord conclu par le Bureau international avec une administration chargée de la recherche internationale ou une administration chargée de l'examen préliminaire international.

89.2 Source

a) Les instructions administratives sont rédigées et promulguées par le Directeur général, après consultation des offices récepteurs, des administrations chargées de la recherche internationale et des administrations chargées de l'examen préliminaire international.

b) Elles peuvent être modifiées par le Directeur général après consultation des offices ou administrations directement intéressées.

c) L'Assemblée peut inviter le Directeur général à modifier les instructions administratives et le Directeur général agit en conséquence.

89.3 Publication et entrée en vigueur

a) Les instructions administratives et toute modification qui leur est apportée sont publiées dans la gazette.

b) Chaque publication précise la date à laquelle les dispositions publiées entrent en vigueur. Les dates peuvent être différentes pour des dispositions différentes, étant entendu qu'aucune disposition ne peut entrer en vigueur avant sa publication dans la gazette.

Regel 89

Verwaltungsrichtlinien

89.1 Umfang

a) Die Verwaltungsrichtlinien werden Vorschriften enthalten,

- i) die Angelegenheiten betreffen, hinsichtlich derer diese Ausführungsordnung ausdrücklich auf diese Richtlinien Bezug nimmt,
- ii) die Einzelheiten für die Anwendung dieser Ausführungsordnung betreffen.

b) Die Verwaltungsrichtlinien dürfen nicht zu den Bestimmungen des Vertrags, dieser Ausführungsordnung oder irgendeiner Vereinbarung, die zwischen dem Internationalen Büro und einer Internationalen Recherchenbehörde oder einer mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde geschlossen worden ist, im Widerspruch stehen.

89.2 Entstehung

a) Die Verwaltungsrichtlinien sind vom Generaldirektor nach Anhörung der Anmeldeämter, der Internationalen Recherchenbehörden und der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörden auszuarbeiten und zu erlassen.

b) Sie können durch den Generaldirektor nach Anhörung der Ämter oder Behörden, die ein unmittelbares Interesse an der vorgesehenen Änderung haben, geändert werden.

c) Die Versammlung kann den Generaldirektor auffordern, die Verwaltungsrichtlinien zu ändern; der Generaldirektor muß der Aufforderung Folge leisten.

89.3 Erlass und Inkrafttreten

a) Die Verwaltungsrichtlinien und ihre Änderungen werden im Blatt bekanntgemacht.

b) In jeder Bekanntmachung wird der Zeitpunkt angegeben, an dem die bekanntgemachten Vorschriften in Kraft treten. Die Zeitpunkte können für verschiedene Vorschriften unterschiedlich sein, jedoch kann keine Vorschrift vor ihrer Bekanntmachung im Blatt in Kraft treten.

Part F
Rules Concerning
Several Chapters of the Treaty

Rule 90
Representation

90.1 Definitions

For the purposes of Rule 90.2 and Rule 90.3:

- (i) "agent" means any of the persons referred to in Article 49;
- (ii) "common representative" means the applicant referred to in Rule 4.8.

90.2 Effects

(a) Any act by or in relation to an agent shall have the effect of an act by or in relation to the applicant or applicants having appointed the agent.

(b) Any act by or in relation to a common representative or his agent shall have the effect of an act by or in relation to all the applicants.

(c) If there are several agents appointed by the same applicant or applicants, any act by or in relation to any of the several agents shall have the effect of an act by or in relation to the said applicant or applicants.

(c) The effects described in paragraphs (a), (b), and (c), shall apply to the processing of the international application before the receiving Office, the International Bureau, the International Searching Authority, and the International Preliminary Examining Authority.

90.3 Appointment

(a) Appointment of any agent or of any common representative within the meaning of Rule 4.8 (a), if the said agent or common representative is not designated in the request signed by all applicants, shall be effected in a separate signed power of attorney (i. e., a document appointing an agent or a common representative).

(b) The power of attorney may be submitted to the receiving Office or the International Bureau. Whichever of the two is the recipient of the power of attorney submitted shall im-

Partie F
Règles
relatives à plusieurs
chapitres du traité

Règle 90
Représentation

90.1 Définitions

Aux fins des règles 90.2 et 90.3:

- i) on entend par «mandataire» l'une quelconque des personnes mentionnées à l'article 49;
- ii) on entend par «représentant commun» le déposant visé à la règle 4.8.

90.2 Effets

a) Tout acte effectué par un mandataire ou à son intention a les effets d'un acte effectué par les déposants ayant nommé le mandataire ou à leur intention.

b) Tout acte effectué par un représentant commun ou son mandataire ou à leur intention a les effets d'un acte effectué par tous les déposants ou à leur intention.

c) Si plusieurs mandataires sont nommés par le même déposant ou par les mêmes déposants, tout acte effectué par l'un quelconque de ces divers mandataires ou à son intention a les effets d'un acte effectué par ledit ou lesdits déposants ou à leur intention.

d) Les alinéas a), b) et c) ont effet pour le traitement de la demande internationale par l'office récepteur, le Bureau international, l'administration chargée de la recherche internationale et l'administration chargée de l'examen préliminaire international.

90.3 Nomination

a) La nomination d'un mandataire ou d'un représentant commun au sens de la règle 4.8 a), si ledit mandataire ou représentant commun n'est pas nommé dans la requête signée par tous les déposants, doit être effectuée dans un pouvoir (c'est-à-dire un document désignant un mandataire ou un représentant commun) distinct et signé.

b) Le pouvoir peut être déposé auprès de l'office récepteur ou du Bureau international. Celui des deux auprès duquel le pouvoir est déposé le notifie à bref délai à l'autre ainsi qu'à

Teil F
Regeln
zu mehreren Kapiteln
des Vertrags

Regel 90
Vertretung

90.1 Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung der Regeln 90.2 und 90.3 bedeutet:

- i) „Anwalt“ eine der in Artikel 49 erwähnten Personen,
- ii) „gemeinsamer Vertreter“ den Anmelder, auf den sich Regel 4.8 bezieht.

90.2 Wirkungen

a) Jede Handlung, die durch einen oder gegenüber einem Anwalt vorgenommen wird, hat die gleiche Wirkung, als wenn sie durch den oder die Anmelder oder gegenüber dem Anmelder oder den Anmeldern vorgenommen worden wäre, die den Anwalt bestellt haben.

b) Jede Handlung, die durch einen oder gegenüber einem gemeinsamen Vertreter oder dessen Anwalt vorgenommen wird, hat die gleiche Wirkung, als wenn sie durch alle Anmelder oder gegenüber allen Anmeldern vorgenommen worden wäre.

c) Sind mehrere Anwälte von dem gleichen Anmelder oder den gleichen Anmeldern bestellt worden, so hat jede Handlung, die durch einen oder gegenüber einem der mehreren Anwälte vorgenommen wird, die gleiche Wirkung, als wenn sie durch den oder die Anmelder oder gegenüber dem Anmelder oder den Anmeldern vorgenommen worden wäre.

d) Die in den Absätzen a, b und c beschriebenen Wirkungen gelten für das die internationale Anmeldung betreffende Verfahren vor dem Anmeldeamt, dem Internationalen Büro, der Internationalen Recherchenbehörde und der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde.

90.3 Vertreterbestellung

a) Die Bestellung eines Anwalts oder eines gemeinsamen Vertreters im Sinne der Regel 4.8 Absatz a erfolgt, falls dieser Anwalt oder gemeinsame Vertreter nicht in dem durch alle Anmelder unterzeichneten Antrag bezeichnet ist, durch eine gesonderte unterzeichnete Vollmacht (d. h. ein Schriftstück, in dem ein Anwalt oder gemeinsamer Vertreter bestellt wird).

b) Die Vollmacht kann dem Anmeldeamt oder dem Internationalen Büro vorgelegt werden. Die die Vollmacht entgegennehmende Behörde setzt unverzüglich die andere Behörde

mediately notify the other and the interested International Searching Authority and the interested International Preliminary Examining Authority.

(c) If the separate power of attorney is not signed as provided in paragraph (a), or if the required separate power of attorney is missing, or if the indication of the name or address of the appointed person does not comply with Rule 4.4, the power of attorney shall be considered non-existent unless the defect is corrected.

90.4 Revocation

(a) Any appointment may be revoked by the persons who have made the appointment or their successors in title.

(b) Rule 90.3 shall apply, mutatis mutandis, to the document containing the revocation.

Rule 91

Obvious Errors of Transcription

91.1 Rectification

(a) Subject to paragraph (b) to (g), obvious errors of transcription in the international application or other papers submitted by the applicant may be rectified.

(b) Errors which are due to the fact that something other than what was obviously intended was written in the international application or other paper shall be regarded as obvious errors of transcription. The rectification itself shall be obvious in the sense that anyone would immediately realize that nothing else could have been intended than what is offered as rectification.

(c) Omissions of entire elements or sheets of the international application, even if clearly resulting from inattention, at the stage, for example, of copying or assembling sheets, shall not be rectifiable.

(d) Rectification may be made on the request of the applicant. The authority having discovered what appears to be an obvious error of transcription may invite the applicant to present a request for rectification as provided in paragraphs (e) to (g).

(e) No rectification shall be made except with the express authorization:

- (i) of the receiving Office if the error is in the request,
- (ii) of the International Searching Authority if the error is in any part of the international applica-

l'administration intéressée chargée de la recherche internationale et à l'administration intéressée chargée de l'examen préliminaire international.

c) Si le pouvoir distinct n'est pas signé comme prévu à l'alinéa a), ou si le pouvoir distinct exigé manque, ou encore si l'indication du nom ou de l'adresse de la personne nommée n'est pas conforme à la règle 4.4, le pouvoir est considéré comme inexistant sauf si l'irrégularité est corrigée.

90.4 Révocation

a) Toute nomination peut être révoquée par les personnes qui ont procédé à la nomination ou par leurs ayants cause.

b) La règle 90.3 s'applique, mutatis mutandis, au document contenant la révocation.

Règle 91

Erreurs évidentes de transcription

91.1 Rectification

a) Sous réserve des alinéas b) à g), les erreurs évidentes de transcription, dans la demande internationale ou dans d'autres documents présentés par le déposant, peuvent être rectifiées.

b) Les erreurs qui sont dues au fait que, dans la demande internationale ou dans les autres documents, était écrit quelque chose d'autre que ce qui, de toute évidence, était voulu, sont considérées comme des erreurs évidentes de transcription. La rectification elle-même doit être évidente en ce sens que n'importe qui devrait constater immédiatement que rien d'autre que le texte proposé en tant que rectification n'aurait pu être voulu.

c) Des omissions d'éléments entiers ou de feuilles entières de la demande internationale, même si elles résultent clairement d'une inattention, au stade, par exemple, de la copie ou de l'assemblage des feuilles, ne sont pas rectifiables.

d) Des rectifications peuvent être faites sur requête du déposant. L'administration ayant découvert ce qui semble constituer une erreur évidente de transcription peut inviter le déposant à présenter une requête en rectification, dans les conditions prévues aux alinéas e) à g).

e) Toute rectification exige l'autorisation expresse:

- i) de l'office récepteur si l'erreur se trouve dans la requête;
- ii) de l'administration chargée de la recherche internationale si l'erreur figure dans une partie de la

sowie die in Betracht kommende Internationale Recherchenbehörde und mit der internationalen verläufigen Prüfung beauftragte Behörde in Kenntnis.

c) Ist eine gesonderte Vollmacht nicht entsprechend Absatz a) unterzeichnet, fehlt eine erforderliche gesonderte Vollmacht oder entsprechen die Angaben des Namens oder der Anschrift des Bevollmächtigten nicht der Regel 4.4, so gilt die Vollmacht bis zur Behebung des Mangels als unwirksam.

90.4 Zurücknahme einer Vertreterbestellung

a) Die Bestellung kann durch die Personen oder ihre Rechtsnachfolger, die die Bestellung vorgenommen haben, widerrufen werden.

b) Regel 90.3 ist auf das Schriftstück, das einen Widerruf enthält, entsprechend anzuwenden.

Regel 91

Offensichtliche Schreibfehler

91.1 Berichtigung

a) Vorbehaltlich der Absätze b bis g können in der internationalen Anmeldung und in anderen vom Anmelder eingereichten Schriftstücken enthaltene offensichtliche Schreibfehler berichtigt werden.

b) Fehler, die darauf zurückzuführen sind, daß etwas anderes als das, was offensichtlich beabsichtigt war, in der internationalen Anmeldung oder anderen Unterlagen zum Ausdruck gebracht worden ist, gelten als offensichtliche Schreibfehler. Die Berichtigung selbst muß in einer Weise offensichtlich sein, daß jedermann sofort erkennen kann, daß nichts anderes beabsichtigt sein konnte als das, was als Berichtigung vorgeschlagen wird.

c) Fehlen ganze Bestandteile oder Seiten der internationalen Anmeldung, so ist eine Berichtigung auch dann nicht zulässig, wenn das Fehlen eindeutig auf eine Unachtsamkeit etwa bei der Vervielfältigung oder beim Einordnen von Blättern zurückzuführen ist.

d) Die Berichtigung kann auf Antrag des Anmelders erfolgen. Die Behörde, die einen offensichtlichen Schreibfehler festgestellt hat, kann den Anmelder auffordern, einen Antrag auf Berichtigung zu stellen, wie in den Absätzen e bis g vorgesehen.

e) Eine Berichtigung bedarf der ausdrücklichen Zustimmung

- i) des Anmeldeamts, wenn der Fehler im Antrag enthalten ist,
- ii) der Internationalen Recherchenbehörde, wenn der Fehler in einem anderen Teil der internatio-

tion other than the request or in any paper submitted to that Authority,

(iii) of the International Preliminary Examining Authority if the error is in any part of the international application other than the request or in any paper submitted to that Authority, and

(iv) of the International Bureau if the error is in any paper, other than the international application or amendments or corrections to that application, submitted to the International Bureau.

(f) The date of the authorization shall be recorded in the files of the international application.

(g) The authorization for rectification referred to in paragraph (e) may be given until the following events occur:

(i) in the case of authorization given by the receiving Office and the International Bureau, the communication of the international application under Article 20;

(ii) in the case of authorization given by the International Searching Authority, the establishment of the international search report or the making of a declaration under Article 17 (2) (a);

(iii) in the case of authorization given by the International Preliminary Examining Authority, the establishment of the International preliminary examination report.

(h) Any authority, other than the International Bureau, which authorizes any rectification shall promptly inform the International Bureau of such rectification.

demande internationale autre que la requête ou dans un autre document soumis à cette administration;

iii) de l'administration chargée de l'examen préliminaire international si l'erreur figure dans une partie de la demande autre que la requête ou dans un autre document soumis à cette administration;

iv) du Bureau international si l'erreur figure dans un document quelconque, autre que la demande internationale ou des modifications ou corrections à cette demande, soumis au Bureau international.

f) La date de l'autorisation est inscrite dans le dossier de la demande internationale.

g) L'autorisation de rectifier, prévue à l'alinéa e), peut être donnée jusqu'aux termes suivants:

i) si l'autorisation est donnée par l'office récepteur et le Bureau international, jusqu'à la communication de la demande internationale conformément à l'article 20;

ii) si l'autorisation est donnée par l'administration chargée de la recherche internationale, jusqu'à l'établissement du rapport de recherche internationale ou de la déclaration visée à l'article 17. 2) a);

iii) si l'autorisation est donnée par l'administration chargée de l'examen préliminaire international, jusqu'à l'établissement du rapport d'examen préliminaire international.

h) Toute administration autre que le Bureau international qui autorise une rectification doit la communiquer à bref délai au Bureau international.

nalen Anmeldung als dem Antrag oder in einem Schriftstück enthalten ist, das bei dieser Behörde eingereicht worden ist,

iii) der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde, wenn der Fehler in einem anderen Teil der internationalen Anmeldung als dem Antrag oder in einem Schriftstück enthalten ist, das bei dieser Behörde eingereicht worden ist, und

iv) des Internationalen Büros, wenn der Fehler in einem anderen bei dieser Behörde eingereichten Schriftstück als der internationalen Anmeldung oder einer bei ihr eingereichten Änderung oder Berichtigung der Anmeldung enthalten ist.

f) Das Datum dieser Zustimmung wird in den Akten der internationalen Anmeldung vermerkt.

g) Die Zustimmung zur Berichtigung nach Absatz e kann bis zum Eintritt folgender Ereignisse gegeben werden:

i) im Falle der Zustimmung durch das Anmeldeamt und das Internationale Büro bis zur Übermittlung der internationalen Anmeldung nach Artikel 20;

ii) im Falle der Zustimmung durch die Internationale Recherchenbehörde bis zur Erstellung des internationalen Recherchenberichts oder der Abgabe der Erklärung nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a;

iii) im Falle der Zustimmung durch die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde bis zur Erstellung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts.

h) Jede Behörde — abgesehen vom Internationalen Büro — unterrichtet das Internationale Büro unverzüglich von einer durch sie genehmigten Berichtigung.

Rule 92

Correspondence

92.1 Need for Letter and for Signature

(a) Any paper submitted by the applicant in the course of the international procedure provided for in the Treaty and these Regulations, other than the international application itself, shall, if not itself in the form of a letter, be accompanied by a letter identifying the international application to which it relates. The letter shall be signed by the applicant.

Règle 92

Correspondance

92.1 Lettre d'accompagnement et signature

a) Tout document, autre que la demande internationale elle-même, soumis par le déposant au cours de la procédure internationale prévue dans le traité et le présent règlement d'exécution, doit — s'il ne constitue pas une lettre — être accompagné d'une lettre identifiant la demande internationale qu'il concerne. La lettre doit être signée du déposant.

Regel 92

Schriftverkehr

92.1 Erfordernis von Begleitschreiben und von Unterschriften

a) Jedem vom Anmelder im Verlauf des internationalen Verfahrens gemäß dem Vertrag und dieser Ausführungsordnung übermittelten Schriftstück, ausgenommen die internationale Anmeldung selbst, ist, wenn es nicht selbst die Form eines Schreibens hat, ein Begleitschreiben beizufügen, in dem die internationale Anmeldung zu bezeichnen ist, auf die sich das Schriftstück bezieht. Das Begleitschreiben ist vom Anmelder zu unterzeichnen.

(b) If the requirements provided for in paragraph (a) are not complied with, the paper shall be considered not to have been submitted.

92.2 Languages

(a) Subject to the provisions of paragraphs (b) and (c), any letter or document submitted by the applicant to the International Searching Authority or the International Preliminary Examining Authority shall be in the same language as the international application to which it relates.

(b) Any letter from the applicant to the International Searching Authority or the International Preliminary Examining Authority may be in a language other than that of the International application, provided the said Authority authorizes the use of such language.

(c) When a translation is required under Rule 55.2, the International Preliminary Examining Authority may require that any letter from the applicant to the said Authority be in the language of that translation.

(d) Any letter from the applicant to the International Bureau shall be in English or French.

(e) Any letter or notification from the International Bureau to the applicant or to any national Office shall be in English or French.

92.3 Mailings by National Offices and Intergovernmental Organizations

Any document or letter emanating from or transmitted by a national Office or an intergovernmental organization and constituting an event from the date of which any time limit under the Treaty or these Regulations commences to run shall be sent by registered air mail, provided that surface mail may be used instead of air mail in cases where surface mail normally arrives at its destination within 2 days from mailing or where air mail service is not available.

Rule 93

Keeping of Records and Files

93.1 The Receiving Office

Each receiving Office shall keep the records relating to each international application or purported international application, including the home copy, for at least 10 years from the international filing date or, where

b) Si les conditions figurant à l'alinéa a) ne sont pas remplies, le document est considéré comme n'ayant pas été soumis.

92.2 Langues

a) Sous réserve des alinéas b) et c), toute lettre ou tout document soumis par le déposant à l'administration chargée de la recherche internationale ou à l'administration chargée de l'examen préliminaire international doit être rédigé dans la même langue que la demande internationale qu'il concerne.

b) Toute lettre du déposant à l'administration chargée de la recherche internationale ou à l'administration chargée de l'examen préliminaire international peut être rédigée dans une langue autre que celle de la demande internationale si ladite administration autorise l'usage de cette langue.

c) Lorsqu'une traduction est exigée selon la règle 55.2, l'administration chargée de l'examen préliminaire international peut exiger que toute lettre adressée à elle par le déposant soit rédigée dans la langue de cette traduction.

d) Toute lettre du déposant au Bureau international doit être rédigée en français ou en anglais.

e) Toute lettre ou notification du Bureau international au déposant ou à tout office national doit être rédigée en français ou en anglais.

92.3 Expéditions postales effectuées par les offices nationaux et les organisations intergouvernementales

Tout document ou lettre émanant d'un office national ou d'une organisation intergouvernementale ou transmis par eux et constituant un événement à partir duquel court un délai en vertu du traité ou du présent règlement d'exécution doit être expédié par courrier aérien recommandé; le courrier par voie terrestre ou maritime peut être utilisé à la place du courrier aérien, soit lorsque le premier arrive normalement à destination dans les deux jours suivant l'expédition, soit lorsqu'il n'y a pas de courrier aérien.

Règle 93

Dossiers et registres

93.1 Office récepteur

Chaque office récepteur conserve les dossiers et registres relatifs à chaque demande internationale ou prétendue demande internationale, y compris la copie pour l'office récepteur, pendant dix années au moins à

b) Sind die Erfordernisse des Absatzes a nicht erfüllt, so gilt das Schriftstück als nicht eingereicht.

92.2 Sprachen

a) Vorbehaltlich der Absätze b und c ist jedes vom Anmelder der Internationalen Recherchenbehörde oder der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde übersandte oder bei diesen Behörden eingereichte Schreiben oder Schriftstück in der Sprache der zugehörigen internationalen Anmeldung abzufassen.

b) Jedes Schreiben des Anmelders an die Internationale Recherchenbehörde oder die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde kann in einer anderen Sprache als der Sprache der internationalen Anmeldung abgefaßt sein, wenn diese Behörde den Gebrauch der anderen Sprache zugelassen hat.

c) Ist nach Regel 55.2 eine Übersetzung erforderlich, so kann die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde verlangen, daß jedes Schreiben des Anmelders an diese Behörde in der Sprache dieser Übersetzung abgefaßt ist.

d) Jedes Schreiben des Anmelders an das Internationale Büro wird in englischer oder französischer Sprache abgefaßt.

e) Jedes Schreiben oder jede Mitteilung des Internationalen Büros an den Anmelder oder an ein nationales Amt wird in englischer oder französischer Sprache abgefaßt.

92.3 Postversand durch nationale Ämter oder zwischenstaatliche Organisationen

Jedes Schriftstück oder Schreiben, das von einem nationalen Amt oder einer zwischenstaatlichen Organisation abgesandt oder übermittelt wird und ein Ereignis darstellt, das den Lauf einer in dem Vertrag oder dieser Ausführungsordnung vorgesehenen Frist in Gang setzt, ist als eingeschriebene Luftpostsendung aufzugeben; eine Aufgabe durch Normalpost an Stelle von Luftpost erfolgt, wenn Normalpost regelmäßig zwei Tage nach der Aufgabe beim Empfänger eingeht oder wenn ein Luftpostdienst nicht zur Verfügung steht.

Regel 93

Aufbewahrung von Vorgängen und Akten

93.1 Das Anmeldeamt

Jedes Anmeldeamt bewahrt die Vorgänge über jede internationale Anmeldung oder vorgebliche internationale Anmeldung, einschließlich des Anmeldeamtsexemplars für eine Zeitdauer von mindestens zehn Jah-

no international filing date is accorded, from the date of receipt.

93.2 The International Bureau

(a) The International Bureau shall keep the file, including the record copy, of any international application for at least 30 years from the date of receipt of the record copy.

(b) The basic records of the International Bureau shall be kept indefinitely.

93.3 The International Searching and Preliminary Examining Authorities

Each International Searching Authority and each International Preliminary Examining Authority shall keep the file of each international application receives for at least 10 years from the international filing date.

93.4 Reproductions

For the purposes of this Rule, records, copies and files shall also mean photographic reproductions of records, copies, and files, whatever may be the form of such reproductions (microfilms or other).

Rule 94

Furnishing of Copies by the International Bureau and the International Preliminary Examining Authority

94.1 Obligation to Furnish

At the request of the applicant or any person authorized by the applicant, the International Bureau and the International Preliminary Examining Authority shall furnish, subject to reimbursement of the cost of the service, copies of any document contained in the file of the applicant's international application or purported international application.

Rule 95

Availability of Translations

95.1 Furnishing of Copies of Translations

(a) At the request of the International Bureau, any designated or elected Office shall provide it with a copy of the translation of the international application furnished by the applicant to that Office.

(b) The International Bureau may, upon request and subject to reimbursement of the cost, furnish to any person copies of the translations received under paragraph (a).

compter de la date du dépôt international ou, lorsqu'une date de dépôt international n'est pas accordée, à compter de la date de réception.

93.2 Bureau international

a) Le Bureau international conserve le dossier, comprenant l'exemplaire original, de toute demande internationale pendant trente années au moins à compter de la date de réception de l'exemplaire original.

b) Les dossiers et registres de base du Bureau international sont conservés indéfiniment.

93.3 Administrations chargées de la recherche internationale et administrations chargées de l'examen préliminaire international

Chaque administration chargée de la recherche internationale et chaque administration chargée de l'examen préliminaire international conserve le dossier de chaque demande internationale pendant dix années au moins à compter de la date du dépôt international.

93.4 Reproductions

Aux fins de la présente règle, les dossiers, copies et registres comprennent également les reproductions photographiques des dossiers, copies et registres, quelle que soit la forme de ces reproductions (microfilms ou autres).

Règle 94

Délivrance de copies par le Bureau international et par l'administration chargée de l'examen préliminaire international

94.1 Obligation de délivrance

A la requête du déposant ou de toute personne autorisée par le déposant, le Bureau international et l'administration chargée de l'examen préliminaire international délivrent, contre remboursement du coût du service, des copies de tout document contenu dans le dossier de la demande internationale ou de la prétendue demande internationale du déposant.

Règle 95

Obtention de copies de traductions

95.1 Obtention de copies de traductions

a) Sur requête du Bureau international, tout office désigné ou élu lui délivre une copie de la traduction de la demande internationale communiquée audit office par le déposant.

b) Le Bureau international peut, sur requête et contre remboursement du coût, délivrer à toute personne des copies des traductions reçues conformément à l'alinéa a).

ren nach dem internationalen Anmeldedatum oder nach dem Eingangsdatum, wenn kein internationales Anmeldedatum zuerkannt worden ist, auf.

93.2 Das Internationale Büro

a) Das Internationale Büro bewahrt die Akten über jede internationale Anmeldung, einschließlich des Aktenexemplars, für eine Zeitdauer von mindestens 30 Jahren nach Eingang des Aktenexemplars auf.

b) Die wesentlichen Vorgänge des Internationalen Büros werden für eine unbeschränkte Zeitdauer aufbewahrt.

93.3 Die Internationalen Recherchenbehörden und die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörden

Jede Internationale Recherchenbehörde und jede mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde bewahrt die Akten über jede ihr übermittelte internationale Anmeldung für eine Zeitdauer von mindestens zehn Jahren nach dem internationalen Anmeldedatum auf.

93.4 Vervielfältigungen

Im Rahmen dieser Regel sind unter Vorgängen, Exemplaren und Akten auch fotografische Vervielfältigungen jeder Art (durch Mikrofilm oder sonstwie) von Vorgängen, Exemplaren und Akten zu verstehen.

Regel 94

Erteilung von Abschriften durch das Internationale Büro und die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde

94.1 Verpflichtung zur Erteilung

Auf Antrag des Anmelders oder einer von ihm bevollmächtigten Person erteilen das Internationale Büro und die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde gegen Erstattung der entstehenden Auslagen Abschriften eines jeden Schriftstücks, das sich in den Akten der internationalen Anmeldung oder vorgeblichen internationalen Anmeldung des Anmelders befindet.

Regel 95

Vorlage von Übersetzungen

95.1 Übersetzungsdoppel

a) Jedes Bestimmungsamt oder ausgewählte Amt übersendet dem Internationalen Büro auf dessen Antrag eine Vervielfältigung der bei ihm vom Anmelder eingereichten Übersetzung der internationalen Anmeldung.

b) Auf Antrag und gegen Kostenersatz übersendet das Internationale Büro Vervielfältigungen der nach Absatz a) erhaltenen Übersetzungen an jedermann.

**Übereinkommen
über die Erteilung europäischer Patente
(Europäisches Patentübereinkommen)**

**Convention
On the Grant of European Patents
(European Patent Convention)**

**Convention
sur la délivrance de brevets européens
(Convention sur le brevet européen)**

Gliederung	Contents	Sommaire
PRAAMBEL	PREAMBLE	PREMIÈRE PARTIE
ERSTER TEIL ALLGEMEINE UND INSTITUTIONELLE VORSCHRIFTEN	PART I GENERAL AND INSTITUTIONAL PROVISIONS	PRÉAMBULE DISPOSITIONS GÉNÉRALES ET INSTITUTIONNELLES
Kapitel I Allgemeine Vorschriften	Chapter I General provisions	Chapitre I Dispositions générales
Art. 1 Europäisches Recht für die Erteilung von Patenten	Art. 1 European law for the grant of patents	Art. 1 Droit européen de délivrance de brevets
Art. 2 Europäisches Patent	Art. 2 European patent	Art. 2 Brevet européen
Art. 3 Territoriale Wirkung	Art. 3 Territorial effect	Art. 3 Portée territoriale
Art. 4 Europäische Patentorganisation	Art. 4 European Patent Organisation	Art. 4 Organisation européenne des brevets
Kapitel II Die Europäische Patentorganisation	Chapter II The European Patent Organisation	Chapitre II L'Organisation européenne des brevets
Art. 5 Rechtsstellung	Art. 5 Legal status	Art. 5 Statut juridique
Art. 6 Sitz	Art. 6 Seat	Art. 6 Siège
Art. 7 Dienststellen des Europäischen Patentamts	Art. 7 Sub-offices of the European Patent Office	Art. 7 Agences de l'Office européen des brevets
Art. 8 Vorrechte und Immunitäten	Art. 8 Privileges and immunities	Art. 8 Privilèges et immunités
Art. 9 Haftung	Art. 9 Liability	Art. 9 Responsabilité

Kapitel III Das Europäische Patentamt		Chapter III The European Patent Office		Chapitre III L'Office européen des brevets	
	Art. 10		Art. 10		Art. 10
Leitung		Direction		Direction	
	Art. 11		Art. 11		Art. 11
Ernennung hoher Beamter		Appointment of senior employees		Nomination du personnel supérieur	
	Art. 12		Art. 12		Art. 12
Amtspflichten		Duties of office		Devoirs de la fonction	
	Art. 13		Art. 13		Art. 13
Streitsachen zwischen der Organisation und den Bediensteten des Europäischen Patentamts		Disputes between the Organisation and the employees of the European Patent Office		Litiges entre l'Organisation et les agents de l'Office européen des brevets	
	Art. 14		Art. 14		Art. 14
Sprachen des Europäischen Patentamts		Languages of the European Patent Office		Langues de l'Office européen des brevets	
	Art. 15		Art. 15		Art. 15
Organe im Verfahren		The departments charged with the procedure		Instances chargées des procédures	
	Art. 16		Art. 16		Art. 16
Eingangsstelle		Receiving Section		Section de dépôt	
	Art. 17		Art. 17		Art. 17
Recherchenabteilungen		Search Divisions		Divisions de la recherche	
	Art. 18		Art. 18		Art. 18
Prüfungsabteilungen		Examining Divisions		Divisions d'examen	
	Art. 19		Art. 19		Art. 19
Einspruchsabteilungen		Opposition Divisions		Divisions d'opposition	
	Art. 20		Art. 20		Art. 20
Rechtsabteilung		Legal Division		Division juridique	
	Art. 21		Art. 21		Art. 21
Beschwerdekammern		Boards of Appeal		Chambres de recours	
	Art. 22		Art. 22		Art. 22
Große Beschwerdekammer		Enlarged Board of Appeal		Grande Chambre de recours	
	Art. 23		Art. 23		Art. 23
Unabhängigkeit der Mitglieder der Kammern		Independence of the members of the Boards		Indépendance des membres des chambres	
	Art. 24		Art. 24		Art. 24
Ausschließung und Ablehnung		Exclusion and objection		Récusation	
	Art. 25		Art. 25		Art. 25
Technische Gutachten		Technical opinion		Avis technique	
Kapitel IV Der Verwaltungsrat		Chapter IV The Administrative Council		Chapitre IV Le Conseil d'administration	
	Art. 26		Art. 26		Art. 26
Zusammensetzung		Membership		Composition	
	Art. 27		Art. 27		Art. 27
Vorsitz		Chairmanship		Présidence	
	Art. 28		Art. 28		Art. 28
Präsidium		Board		Bureau	

Tagungen	Art. 29	Meetings	Art. 29	Sessions	Art. 29
	Art. 30		Art. 30		Art. 30
Teilnahme von Beobachtern		Attendance of observers		Participation d'observateurs	
	Art. 31		Art. 31		Art. 31
Sprachen des Verwaltungsrats		Languages of the Administrative Council		Langues du Conseil d'administration	
	Art. 32		Art. 32		Art. 32
Personal, Räumlichkeiten und Ausstattung		Staff, premises and equipment		Personnel, locaux et matériel	
	Art. 33		Art. 33		Art. 33
Befugnisse des Verwaltungsrats in bestimmten Fällen		Competence of the Administrative Council in certain cases		Compétence du Conseil d'administration dans certains cas	
	Art. 34		Art. 34		Art. 34
Stimmrecht		Voting rights		Droit de vote	
	Art. 35		Art. 35		Art. 35
Abstimmungen		Voting rules		Votes	
	Art. 36		Art. 36		Art. 36
Stimmenwägung		Weighting of votes		Pondération des voix	
Kapitel V		Chapter V		Chapitre V	
Finanzvorschriften		Financial provisions		Dispositions financières	
	Art. 37		Art. 37		Art. 37
Deckung der Ausgaben		Cover for expenditure		Couverture des dépenses	
	Art. 38		Art. 38		Art. 38
Eigene Mittel der Organisation		The Organisations own resources		Ressources propres de l'Organisation	
	Art. 39		Art. 39		Art. 39
Zahlungen der Vertragsstaaten auf Grund der für die Aufrechterhaltung der europäischen Patente erhobenen Gebühren		Payments by the Contracting States in respect of renewal fees for European patents		Versements des États contractants au titre des taxes de maintien en vigueur des brevets européens	
	Art. 40		Art. 40		Art. 40
Bemessung der Gebühren und Anteile — besondere Finanzbeiträge		Level of fees and payments — Special financial contributions		Niveau des taxes et des versements — Contributions financières exceptionnelles	
	Art. 41		Art. 41		Art. 41
Vorschüsse		Advances		Avances	
	Art. 42		Art. 42		Art. 42
Haushaltsplan		Budget		Budget	
	Art. 43		Art. 43		Art. 43
Bewilligung der Ausgaben		Authorisation for expenditure		Autorisations de dépenses	
	Art. 44		Art. 44		Art. 44
Mittel für unvorhergesehene Ausgaben		Appropriations for unforeseeable expenditure		Crédits pour dépenses imprévisibles	
	Art. 45		Art. 45		Art. 45
Haushaltsjahr		Accounting period		Exercice budgétaire	
	Art. 46		Art. 46		Art. 46
Entwurf und Feststellung des Haushaltsplans		Preparation and adoption of the budget		Préparation et adoption du budget	
	Art. 47		Art. 47		Art. 47
Vorläufige Haushaltsführung		Provisional budget		Budget provisoire	
	Art. 48		Art. 48		Art. 48
Ausführung des Haushaltsplans		Budget implementation		Exécution du budget	

Art. 49	Art. 49	Art. 49
Rechnungsprüfung	Auditing of accounts	Vérification des comptes
Art. 50	Art. 50	Art. 50
Finanzordnung	Financial Regulations	Règlement financier
Art. 51	Art. 51	Art. 51
Gebührenordnung	Rules relating to Fees	Règlement relatif aux taxes
ZWEITER TEIL	PART II	DEUXIÈME PARTIE
MATERIELLES PATENTRECHT	SUBSTANTIVE PATENT LAW	DROIT DES BREVETS
Kapitel I	Chapter I	Chapitre I
Patentierbarkeit	Patentability	Brevetabilité
Art. 52	Art. 52	Art. 52
Patentfähige Erfindungen	Patentable inventions	Inventions brevetables
Art. 53	Art. 53	Art. 53
Ausnahmen von der Patentierbarkeit	Exceptions to patentability	Exceptions à la brevetabilité
Art. 54	Art. 54	Art. 54
Neuheit	Novelty	Nouveauté
Art. 55	Art. 55	Art. 55
Unschädliche Offenbarungen	Non-prejudicial disclosures	Divulgations non opposables
Art. 56	Art. 56	Art. 56
Erfinderische Tätigkeit	Inventive step	Activité inventive
Art. 57	Art. 57	Art. 57
Gewerbliche Anwendbarkeit	Industrial application	Application industrielle
Kapitel II	Chapter II	Chapitre II
Zur Einreichung und Erlangung des europäischen Patents berechnete Personen — Erfindernennung	Persons entitled to apply for and obtain European patents — Mention of the inventor	Personnes habilitées à demander et à obtenir un brevet européen — Designation de l'inventeur
Art. 58	Art. 58	Art. 58
Recht zur Anmeldung europäischer Patente	Entitlement to file a European patent application	Habilitation à déposer une demande de brevet européen
Art. 59	Art. 59	Art. 59
Mehrere Anmelder	Multiple applicants	Pluralité de demandeurs
Art. 60	Art. 60	Art. 60
Recht auf das europäische Patent	Right to a European patent	Droit au brevet européen
Art. 61	Art. 61	Art. 61
Anmeldung europäischer Patente durch Nichtberechnete	European patent applications by persons not having the right to a European patent	Demande de brevet européen par une personne non habilitée
Art. 62	Art. 62	Art. 62
Anspruch auf Erfindernennung	Right of the inventor to be mentioned	Droit de l'inventeur à être désigné
Kapitel III	Chapter III	Chapitre III
Wirkungen des europäischen Patents und der europäischen Patentanmeldung	Effects of the European patent and the European patent application	Effets du brevet européen et de la demande de brevet européen
Art. 63	Art. 63	Art. 63
Laufzeit des europäischen Patents	Term of the European patent	Durée du brevet européen

Art. 64	Art. 64	Art. 64
Rechte aus dem europäischen Patent	Rights conferred by a European patent	Droits conférés par le brevet européen
Art. 65	Art. 65	Art. 65
Übersetzung der europäischen Patentschrift	Translation of the specification of the European patent	Traduction du fascicule du brevet européen
Art. 66	Art. 66	Art. 66
Wirkung der europäischen Patentanmeldung als nationale Hinterlegung	Equivalence of European filing with national filing	Valeur de dépôt national du dépôt européen
Art. 67	Art. 67	Art. 67
Rechte aus der europäischen Patentanmeldung nach Veröffentlichung	Rights conferred by a European patent application after publication	Droits conférés par la demande de brevet européen après sa publication
Art. 68	Art. 68	Art. 68
Wirkung des Widerrufs des europäischen Patents	Effect of revocation of the European patent	Effets de la révocation du brevet européen
Art. 69	Art. 69	Art. 69
Schutzbereich	Extent of protection	Étendue de la protection
Art. 70	Art. 70	Art. 70
Verbindliche Fassung einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents	Authentic text of a European patent application or European patent	Texte de la demande de brevet européen ou du brevet européen faisant foi

Kapitel IV	Chapter IV	Chapitre IV
Die europäische Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens	The European patent application as an object of property	De la demande de brevet européen comme objet de propriété
Art. 71	Art. 71	Art. 71
Übertragung und Bestellung von Rechten	Transfer and constitution of rights	Transfert et constitution de droits
Art. 72	Art. 72	Art. 72
Rechtsgeschäftliche Übertragung	Assignment	Cession
Art. 73	Art. 73	Art. 73
Vertragliche Lizenzen	Contractual licensing	Licence contractuelle
Art. 74	Art. 74	Art. 74
Anwendbares Recht	Law applicable	Droit applicable

DRITTER TEIL
DIE EUROPÄISCHE
PATENTANMELDUNG

PART III
APPLICATION
FOR EUROPEAN PATENTS

TROISIÈME PARTIE
LA DEMANDE DE BREVET
EUROPÉEN

Kapitel I	Chapter I	Chapitre I
Einreichung und Erfordernisse der europäischen Patentanmeldung	Filing and requirements of the European patent application	Dépôt de la demande de brevet européen et conditions auxquelles elle doit satisfaire
Art. 75	Art. 75	Art. 75
Einreichung der europäischen Patentanmeldung	Filing of the European patent application	Dépôt de la demande de brevet européen
Art. 76	Art. 76	Art. 76
Europäische Teilanmeldung	European divisional applications	Demandes divisionnaires européennes
Art. 77	Art. 77	Art. 77
Übermittlung europäischer Patentanmeldungen	Forwarding of European patent applications	Transmission des demandes de brevet européen

Art. 78	Art. 78	Art. 78
Erfordernisse der europäischen Patentanmeldung	Requirements of the European patent application	Conditions auxquelles doit satisfaire la demande de brevet européen
Art. 79	Art. 79	Art. 79
Benennung von Vertragsstaaten	Designation of Contracting States	Désignation des États contractants
Art. 80	Art. 80	Art. 80
Anmeldetag	Date of filing	Date de dépôt
Art. 81	Art. 81	Art. 81
Erfindernennung	Designation of the inventor	Désignation de l'inventeur
Art. 82	Art. 82	Art. 82
Einheitlichkeit der Erfindung	Unity of invention	Unité d'invention
Art. 83	Art. 83	Art. 83
Offenbarung der Erfindung	Disclosure of the invention	Exposé de l'invention
Art. 84	Art. 84	Art. 84
Patentansprüche	The claims	Revendications
Art. 85	Art. 85	Art. 85
Zusammenfassung	The abstract	Abrégé
Art. 86	Art. 86	Art. 86
Jahresgebühren für die europäische Patentanmeldung	Renewal fees for European patent applications	Taxes annuelles pour la demande de brevet européen

Kapitel II	Chapter II	Chapitre II
Priorität	Priority	Priorité
Art. 87	Art. 87	Art. 87
Prioritätsrecht	Priority right	Droit de priorité
Art. 88	Art. 88	Art. 88
Inanspruchnahme der Priorität	Claiming priority	Revendication de priorité
Art. 89	Art. 89	Art. 89
Wirkung des Prioritätsrechts	Effect of priority right	Effet du droit de priorité

VIERTER TIEL **ERTEILUNGSVERFAHREN**

PART IV **PROCEDURE UP TO GRANT**

QUATRIÈME PARTIE **PROCÉDURE JUSQU'À LA DELIVRANCE**

Art. 90	Art. 90	Art. 90
Eingangsprüfung	Examination on filing	Examen lors du dépôt
Art. 91	Art. 91	Art. 91
Formalprüfung	Examination as to formal requirements	Examen de la demande de brevet européen quant à certaines irrégularités
Art. 92	Art. 92	Art. 92
Erstellung des europäischen Recherchenberichts	The drawing up of the European search report	Établissement du rapport de recherche européenne
Art. 93	Art. 93	Art. 93
Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung	Publication of a European patent application	Publication de la demande de brevet européen
Art. 94	Art. 94	Art. 94
Prüfungsantrag	Request for examination	Requête en examen

Art. 95	Art. 95	Art. 95
Verlängerung der Frist zur Stellung des Prüfungsantrags	Extension of the period within which requests for examination may be filed	Prorogation du délai de présentation de la requête en examen
Art. 96	Art. 96	Art. 96
Prüfung der europäischen Patentanmeldung	Examination of the European patent application	Examen de la demande de brevet européen
Art. 97	Art. 97	Art. 97
Zurückweisung oder Erteilung	Refusal or grant	Rejet de la demande ou délivrance du brevet
Art. 98	Art. 98	Art. 98
Veröffentlichung der europäischen Patentschrift	Publication of a specification of the European patent	Publication du fascicule du brevet européen

FUNFTER TEIL EINSPRUCHSVERFAHREN

PART V OPPOSITION PROCEDURE

CINQUIÈME PARTIE PROCÉDURE D'OPPOSITION

Art. 99	Art. 99	Art. 99
Einspruch	Opposition	Opposition
Art. 100	Art. 100	Art. 100
Einspruchsgründe	Grounds for opposition	Motifs d'opposition
Art. 101	Art. 101	Art. 101
Prüfung des Einspruchs	Examination of the opposition	Examen de l'opposition
Art. 102	Art. 102	Art. 102
Widerruf oder Aufrechterhaltung des europäischen Patents	Revocation or maintenance of the European patent	Révocation ou maintien du brevet européen
Art. 103	Art. 103	Art. 103
Veröffentlichung einer neuen europäischen Patentschrift	Publication of a new specification of the European patent	Publication d'un nouveau fascicule du brevet européen
Art. 104	Art. 104	Art. 104
Kosten	Costs	Frais
Art. 105	Art. 105	Art. 105
Beitritt des vermeintlichen Patentverletzers	Intervention of the assumed infringer	Intervention du contrefacteur présumé

SECHSTER TEIL BESCHWERDEVERFAHREN

PART VI APPEALS PROCEDURE

SIXIÈME PARTIE PROCÉDURE DE RECOURS

Art. 106	Art. 106	Art. 106
Beschwerdefähige Entscheidungen	Decisions subject to appeal	Décisions susceptibles de recours
Art. 107	Art. 107	Art. 107
Beschwerdeberechtigte und Verfahrensbeteiligte	Persons entitled to appeal and to be parties to appeal proceedings	Personnes admises à former le recours et à être parties à la procédure
Art. 108	Art. 108	Art. 108
Frist und Form	Time limit and form of appeal	Délai et forme
Art. 109	Art. 109	Art. 109
Abhilfe	Interlocutory revision	Révision préjudicielle
Art. 110	Art. 110	Art. 110
Prüfung der Beschwerde	Examination of appeals	Examen du recours
Art. 111	Art. 111	Art. 111
Entscheidung über die Beschwerde	Decision in respect of appeals	Décision sur le recours
Art. 112	Art. 112	Art. 112
Entscheidung oder Stellungnahme der Großen Beschwerdekammer	Decision or opinion of the Enlarged Board of Appeal	Décisions ou avis de la Grande Chambre de recours

SIEBENTER TEIL
GEMEINSAME VORSCHRIFTEN

PART VII
COMMON PROVISIONS

SEPTIÈME PARTIE
DISPOSITIONS COMMUNES

Kapitel I
Allgemeine Vorschriften
für das Verfahren

Chapter I
Common provisions
governing procedure

Chapitre I
Dispositions générales de procédure

Art. 113	Art. 113	Art. 113
Rechtliches Gehör	Basis of decisions	Fondement des décisions
Art. 114	Art. 114	Art. 114
Ermittlung von Amts wegen	Examination by the European Patent Office of its own motion	Examen d'office
Art. 115	Art. 115	Art. 115
Einwendungen Dritter	Observations by third parties	Observations des tiers
Art. 116	Art. 116	Art. 116
Mündliche Verhandlung	Oral proceedings	Procédure orale
Art. 117	Art. 117	Art. 117
Beweisaufnahme	Taking of evidence	Instruction
Art. 118	Art. 118	Art. 118
Einheit der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents	Unity of the European patent application or European patent	Unicité de la demande ou du brevet européen
Art. 119	Art. 119	Art. 119
Zustellung	Notification	Signification
Art. 120	Art. 120	Art. 120
Fristen	Time limits	Délais
Art. 121	Art. 121	Art. 121
Weiterbehandlung der europäischen Patentanmeldung	Further processing of the European patent application	Poursuite de la procédure de la demande de brevet européen
Art. 122	Art. 122	Art. 122
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	Restitutio in integrum	Restitutio in integrum
Art. 123	Art. 123	Art. 123
Änderungen	Amendments	Modifications
Art. 124	Art. 124	Art. 124
Angaben über nationale Patentanmeldungen	Information concerning national patent applications	Indications relatives aux demandes de brevet national
Art. 125	Art. 125	Art. 125
Heranziehung allgemeiner Grundsätze	Reference to general principles	Référence aux principes généraux
Art. 126	Art. 126	Art. 126
Beendigung von Zahlungsverpflichtungen	Termination of financial obligations	Fin des obligations financières

Kapitel II
Unterrichtung der Öffentlichkeit
und Behörden

Chapter II
Information to the public
or official authorities

Chapitre II
Information du public
et des instances officielles

Art. 127	Art. 127	Art. 127
Europäisches Patentregister	Register of European Patents	Registre européen des brevets
Art. 128	Art. 128	Art. 128
Akteneinsicht	Inspection of files	Inspection publique

Art. 129 Regelmäßig erscheinende Veröffentlichungen	Art. 129 Periodical publications	Art. 129 Publications périodiques
Art. 130 Gegenseitige Unterrichtung	Art. 130 Exchanges of information	Art. 130 Échange d'informations
Art. 131 Amts- und Rechtshilfe	Art. 131 Administrative and legal cooperation	Art. 131 Coopération administrative et judiciaire
Art. 132 Austausch von Veröffentlichungen	Art. 132 Exchange of publications	Art. 132 Échange de publications
Kapitel III Vertretung	Chapter III Representation	Chapitre III Représentation
Art. 133 Allgemeine Grundsätze der Vertretung	Art. 133 General principles of representation	Art. 133 Principes généraux relatifs à la représentation
Art. 134 Zugelassene Vertreter	Art. 134 Professional representatives	Art. 134 Mandataires agréés
ACHTER TEIL AUSWIRKUNGEN AUF DAS NATIONALE RECHT	PART VIII IMPACT ON NATIONAL LAW	HUITIÈME PARTIE INCIDENCES SUR LE DROIT NATIONAL
Kapitel I Umwandlung in eine nationale Patentanmeldung	Chapter I Conversion into a national patent application	Chapitre I Transformation en demande de brevet national
Art. 135 Umwandlungsantrag	Art. 135 Request for the application of national procedure	Art. 135 Demande d'engagement de la procédure nationale
Art. 136 Einreichung und Übermittlung des Antrags	Art. 136 Submission and transmission of the request	Art. 136 Présentation et transmission de la requête
Art. 137 Formvorschriften für die Umwandlung	Art. 137 Formal requirements for conversion	Art. 137 Conditions de forme de la transformation
Kapitel II Nichtigkeit und ältere Rechte	Chapter II Revocation and prior rights	Chapitre II Nullité et droits antérieurs
Art. 138 Nichtigkeitsgründe	Art. 138 Grounds for revocation	Art. 138 Causes de nullité
Art. 139 Ältere Rechte und Rechte mit gleichem Anmelde- oder Prioritätstag	Art. 139 Rights of earlier date or the same date	Art. 139 Droits antérieurs et droits ayant pris naissance à la même date
Kapitel III Sonstige Auswirkungen	Chapter III Miscellaneous effects	Chapitre III Autres incidences sur le droit national
Art. 140 Nationale Gebrauchsmuster und Gebrauchszertifikate	Art. 140 National utility models and utility certificates	Art. 140 Modèles d'utilité et certificats d'utilité nationaux
Art. 141 Jahresgebühren für das europäische Patent	Art. 141 Renewal fees for European patents	Art. 141 Taxes annuelles pour le brevet européen

NEUNTER TEIL
BESONDERE ÜBEREINKOMMEN

Art. 142
Einheitliche Patente
Art. 143
Besondere Organe des Europäischen Patentamts
Art. 144
Vertretung vor den besonderen Organen
Art. 145
Engerer Ausschuß des Verwaltungsrats
Art. 146
Deckung der Kosten für die Durchführung besonderer Aufgaben
Art. 147
Zahlungen auf Grund der für die Aufrechterhaltung des einheitlichen Patents erhobenen Gebühren
Art. 148
Die europäische Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens
Art. 149
Gemeinsame Benennung

PART IX
SPECIAL AGREEMENTS

Art. 142
Unitary patents
Art. 143
Special departments of the European Patent Office
Art. 144
Representation before special departments
Art. 145
Select committee of the Administrative Council
Art. 146
Cover for expenditure for carrying out special tasks
Art. 147
Payments in respect of renewal fees for unitary patents
Art. 148
The European patent application as an object of property
Art. 149
Joint designation

NEUVIÈME PARTIE
ACCORDS PARTICULIERS

Art. 142
Brevet unitaire
Art. 143
Instances spéciales de l'Office européen des brevets
Art. 144
Représentation devant les instances spéciales
Art. 145
Comité restreint du Conseil d'administration
Art. 146
Couverture des dépenses pour les tâches spéciales
Art. 147
Versements au titre des taxes de maintien en vigueur du brevet unitaire
Art. 148
De la demande de brevet européen comme objet de propriété
Art. 149
Désignation conjointe

ZEHNTER TEIL
INTERNATIONALE ANMELDUNG
NACH DEM VERTRAG ÜBER DIE
INTERNATIONALE ZUSAMMEN-
ARBEIT AUF DEM GEBIET DES
PATENTWESENS

Art. 150
Anwendung des Vertrags über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens
Art. 151
Das Europäische Patentamt als Anmeldeamt
Art. 152
Einreichung und Weiterleitung der internationalen Anmeldung
Art. 153
Das Europäische Patentamt als Bestimmungsamt
Art. 154
Das Europäische Patentamt als Internationale Recherchenbehörde
Art. 155
Das Europäische Patentamt als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde

PART X
INTERNATIONAL APPLICATION
PURSUANT TO THE PATENT
COOPERATION TREATY

Art. 150
Application of the Patent Cooperation Treaty
Art. 151
The European Patent Office as a receiving Office
Art. 152
Filing and transmittal of the international application
Art. 153
The European Patent Office as a designated Office
Art. 154
The European Patent Office as an International Searching Authority
Art. 155
The European Patent Office as an International Preliminary Examining Authority

DIXIÈME PARTIE
DEMANDE INTERNATIONALE AU
SENS DU TRAITÉ DE COOPÉRA-
TION EN MATIÈRE DE BREVETS

Art. 150
Application du Traité de Coopération en matière de brevets
Art. 151
L'Office européen des brevets, Office récepteur
Art. 152
Dépôt et transmission de la demande internationale
Art. 153
L'Office européen des brevets, Office désigné
Art. 154
L'Office européen des brevets, administration chargée de la recherche internationale
Art. 155
L'Office européen des brevets, administration chargée de l'examen préliminaire international

Art. 156	Art. 156	Art. 156
Das Europäische Patentamt als aus- gewähltes Amt	The European Patent Office as an elected Office	L'Office européen des brevets, Office élu
Art. 157	Art. 157	Art. 157
Internationaler Recherchenbericht	International search report	Rapport de recherche internationale
Art. 158	Art. 158	Art. 158
Veröffentlichung der internationalen Anmeldung und ihre Übermittlung an das Europäische Patentamt	Publication of the international ap- plication and its supply to the Euro- pean Patent Office	Publication de la demande internatio- nale et communication à l'Office eu- ropéen des brevets
ELFTER TEIL	PART XI	ONZIÈME PARTIE
ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN	TRANSITIONAL PROVISIONS	DISPOSITIONS TRANSITOIRES
Art. 159	Art. 159	Art. 159
Verwaltungsrat während einer Über- gangszeit	Administrative Council during a transitional period	Conseil d'administration pendant une période transitoire
Art. 160	Art. 160	Art. 160
Ernennung von Bediensteten während einer Übergangszeit	Appointment of employees during a transitional period	Nominations d'agents durant une pé- riode transitoire
Art. 161	Art. 161	Art. 161
Erstes Haushaltsjahr	First accounting period	Premier exercice budgétaire
Art. 162	Art. 162	Art. 162
Stufenweise Ausdehnung des Tätig- keitsbereichs des Europäischen Pa- tentamts	Progressive expansion of the field of activity of the European Patent Office	Extension progressive du champ d'ac- tivité de l'Office européen des brevets
Art. 163	Art. 163	Art. 163
Zugelassene Vertreter während einer Übergangszeit	Professional representatives during a transitional period	Mandataires agréés pendant une pé- riode transitoire
ZWÖLFTER TEIL	PART XII	DOUZIÈME PARTIE
SCHLUSSBESTIMMUNGEN	FINAL PROVISIONS	DISPOSITIONS FINALES
Art. 164	Art. 164	Art. 164
Ausführungsordnung und Protokolle	Implementing Regulations and Proto- cols	Règlement d'exécution et protocoles
Art. 165	Art. 165	Art. 165
Unterzeichnung — Ratifikation	Signature — Ratification	Signature — Ratification
Art. 166	Art. 166	Art. 166
Beitritt	Accession	Adhésion
Art. 167	Art. 167	Art. 167
Vorbehalte	Reservations	Réserves
Art. 168	Art. 168	Art. 168
Räumlicher Anwendungsbereich	Territorial field of application	Champ d'application territorial
Art. 169	Art. 169	Art. 169
Inkrafttreten	Entry into force	Entrée en vigueur
Art. 170	Art. 170	Art. 170
Aufnahmebeitrag	Initial contribution	Cotisation initiale
Art. 171	Art. 171	Art. 171
Geltungsdauer des Übereinkommens	Duration of the Convention	Durée de la convention
Art. 172	Art. 172	Art. 172
Revision	Revision	Révision

Art. 173	Art. 173	Art. 173
Streitigkeiten zwischen Vertragsstaaten	Disputes between Contracting States	Différends entre États contractants
Art. 174	Art. 174	Art. 174
Kündigung	Denunciation	Dénonciation
Art. 175	Art. 175	Art. 175
Aufrechterhaltung wohlerworbener Rechte	Preservation of acquired rights	Réserve des droits acquis
Art. 176	Art. 176	Art. 176
Finanzielle Rechte und Pflichten eines ausgeschiedenen Vertragsstaats	Financial rights and obligations of a former Contracting State	Droits et obligations en matière financière d'un État contractant ayant cessé d'être partie à la convention
Art. 177	Art. 177	Art. 177
Sprachen des Übereinkommens	Languages of the Convention	Langues de la convention
Art. 178	Art. 178	Art. 178
Übermittlungen und Notifikationen	Transmission and notifications	Transmissions et notifications

Präambel

DIE VERTRAGSSTAATEN —

IN DEM BESTREBEN, die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten auf dem Gebiet des Schutzes der Erfindungen zu verstärken,

IN DEM BESTREBEN, einen solchen Schutz in diesen Staaten durch ein einheitliches Patenterteilungsverfahren und durch die Schaffung bestimmter einheitlicher Vorschriften für die nach diesem Verfahren erteilten Patente zu erreichen,

IN DEM BESTREBEN, zu diesen Zwecken ein Übereinkommen zu schließen, durch das eine Europäische Patentorganisation geschaffen wird und das ein Sonderabkommen im Sinn des Artikels 19 der am 20. März 1883 in Paris unterzeichneten und zuletzt am 14. Juli 1967 revidierten Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums und einen regionalen Patenvertrag im Sinn des Artikels 45 Absatz 1 des Vertrags über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens vom 19. Juni 1970 darstellt —

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Erster Teil Allgemeine und institutionelle Vorschriften

Kapitel I Allgemeine Vorschriften

Artikel 1

Europäisches Recht für die Erteilung von Patenten

Durch dieses Übereinkommen wird ein den Vertragsstaaten gemeinsames Recht für die Erteilung von Erfindungspatenten geschaffen.

Artikel 2 Europäisches Patent

(1) Die nach diesem Übereinkommen erteilten Patente werden als europäische Patente bezeichnet.

(2) Das europäische Patent hat in jedem Vertragsstaat, für den es erteilt worden ist, dieselbe Wirkung und unterliegt denselben Vorschriften wie ein in diesem Staat erteiltes nationales Patent, soweit sich aus diesem Übereinkommen nichts anderes ergibt.

Preamble

THE CONTRACTING STATES,

DESIRING to strengthen cooperation between the States of Europe in respect of the protection of inventions,

DESIRING that such protection may be obtained in those States by a single procedure for the grant of patents, and by the establishment of certain standard rules governing patents so granted,

DESIRING, for this purpose, to conclude a Convention which establishes a European Patent Organisation and which constitutes a special agreement within the meaning of Article 19 of the Convention for the Protection of Industrial Property, signed in Paris on 20 March 1883 and last revised on 14 July 1967, and a regional patent treaty within the meaning of Article 45, paragraph 1, of the Patent Cooperation Treaty of 19 June 1970,

HAVE AGREED on the following provisions:

Part I General and institutional provisions

Chapter I General provisions

Article 1

European law for the grant of patents

A system of law, common to the Contracting States, for the grant of patents for invention is hereby established.

Article 2 European patent

(1) Patents granted by virtue of this Convention shall be called European patents.

(2) The European patent shall, in each of the Contracting States for which it is granted, have the effect of and be subject to the same conditions as a national patent granted by that State, unless otherwise provided in this Convention.

Préambule

LES ÉTATS CONTRACTANTS,

DÉSIREUX de renforcer la coopération entre les États européens dans le domaine de la protection des inventions,

DÉSIREUX qu'une telle protection puisse être obtenue dans ces États par une procédure unique de délivrance de brevets et par l'établissement de certaines règles uniformes régissant les brevets ainsi délivrés,

DÉSIREUX, à ces fins, de conclure une convention qui institue une Organisation européenne des brevets et constitue un arrangement particulier au sens de l'article 19 de la Convention pour la protection de la propriété industrielle signée à Paris le 20 mars 1883 et révisée en dernier lieu le 14 juillet 1967 et un traité de brevet régional au sens de l'article 45, paragraphe 1, du Traité de Coopération en matière de brevets du 19 juin 1970,

SONT CONVENUS des dispositions suivantes:

Première Partie Dispositions générales et institutionnelles

Chapitre I Dispositions générales

Article premier

Droit européen de délivrance de brevets

Il est institué par la présente convention un droit commun aux États contractants en matière de délivrance de brevets d'invention.

Article 2 Brevet européen

(1) Les brevets délivrés en vertu de la présente convention sont dénommés brevets européens.

(2) Dans chacun des États contractants pour lesquels il est délivré, le brevet européen a les mêmes effets et est soumis au même régime qu'un brevet national délivré dans cet État, pour autant que la présente convention n'en dispose pas autrement.

Artikel 3

Territoriale Wirkung

Die Erteilung des europäischen Patents kann für einen, mehrere oder alle Vertragsstaaten beantragt werden.

Article 3

Territorial effect

The grant of a European patent may be requested for one or more of the Contracting States.

Article 3

Portée territoriale

La délivrance d'un brevet européen peut être demandée pour tous les États contractants, pour plusieurs ou pour l'un d'entre eux seulement.

Artikel 4

Europäische Patentorganisation

(1) Durch dieses Übereinkommen wird eine Europäische Patentorganisation gegründet, die nachstehend Organisation genannt wird. Sie ist mit verwaltungsmäßiger und finanzieller Selbständigkeit ausgestattet.

(2) Die Organe der Organisation sind:

- a) das Europäische Patentamt;
- b) der Verwaltungsrat.

(3) Die Organisation hat die Aufgabe, die europäischen Patente zu erteilen. Diese Aufgabe wird vom Europäischen Patentamt durchgeführt, dessen Tätigkeit vom Verwaltungsrat überwacht wird.

Article 4

European Patent Organisation

(1) A European Patent Organisation, hereinafter referred to as the Organisation, is established by this Convention. It shall have administrative and financial autonomy.

(2) The organs of the Organisation shall be:

- (a) a European Patent Office;
- (b) an Administrative Council.

(3) The task of the Organisation shall be to grant European patents. This shall be carried out by the European Patent Office supervised by the Administrative Council.

Article 4

Organisation européenne des brevets

(1) Il est institué par la présente convention une Organisation européenne des brevets, ci-après dénommée l'Organisation. Elle est dotée de l'autonomie administrative et financière.

(2) Les organes de l'Organisation sont:

- a) l'Office européen des brevets;
- b) le Conseil d'administration.

(3) L'Organisation a pour tâche de délivrer les brevets européens. Cette tâche est exécutée par l'Office européen des brevets sous le contrôle du Conseil d'administration.

Kapitel II

Die Europäische Patentorganisation

Chapter II

The European Patent Organisation

Chapitre II

L'Organisation européenne des brevets

Artikel 5

Rechtsstellung

(1) Die Organisation besitzt Rechtspersönlichkeit.

(2) Die Organisation besitzt in jedem Vertragsstaat die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die juristischen Personen nach dessen Rechtsvorschriften zuerkannt ist; sie kann insbesondere bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern sowie vor Gericht stehen.

(3) Der Präsident des Europäischen Patentamts vertritt die Organisation.

Article 5

Legal status

(1) The Organisation shall have legal personality.

(2) In each of the Contracting States, the Organisation shall enjoy the most extensive legal capacity accorded to legal persons under the national law of that State; it may in particular acquire or dispose of movable and immovable property and may be a party to legal proceedings.

(3) The President of the European Patent Office shall represent the Organisation.

Article 5

Statut juridique

(1) L'Organisation a la personnalité juridique.

(2) Dans chacun des États contractants, l'Organisation possède la capacité juridique la plus large reconnue aux personnes morales par la législation nationale; elle peut notamment acquérir ou aliéner des biens immobiliers et mobiliers et ester en justice.

(3) Le Président de l'Office européen des brevets représente l'Organisation.

Artikel 6

Sitz

(1) Die Organisation hat ihren Sitz in München.

(2) Das Europäische Patentamt wird in München errichtet. Es hat eine Zweigstelle in Den Haag.

Article 6

Seat

(1) The Organisation shall have its seat at Munich.

(2) The European Patent Office shall be set up at Munich. It shall have a branch at The Hague.

Article 6

Siège

(1) L'Organisation a son siège à Munich.

(2) L'Office européen des brevets est situé à Munich. Il a un département à La Haye.

Artikel 7

Dienststellen des Europäischen Patentamts

In den Vertragsstaaten und bei zwischenstaatlichen Organisationen auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes können, soweit erforderlich und vorbehaltlich der Zustimmung des betreffenden Vertragsstaats oder der

Article 7

Sub-offices of the European Patent Office

By decision of the Administrative Council, sub-offices of the European Patent Office may be created if need be, for the purpose of information and liaison, in the Contracting States and with inter-governmental organisations

Article 7

Agences de l'Office européen des brevets

Par décision du Conseil d'administration, des agences de l'Office européen des brevets peuvent être créées, en tant que de besoin, dans un but d'information ou de liaison, dans les États contractants ou auprès d'orga-

betreffenden Organisation, durch Beschluß des Verwaltungsrats Dienststellen des Europäischen Patentamts zu Informations- oder Verbindungszwecken geschaffen werden.

Artikel 8

Vorrechte und Immunitäten

Die Organisation, die Mitglieder des Verwaltungsrats, die Bediensteten des Europäischen Patentamts und die sonstigen Personen, die in dem diesem Übereinkommen beigefügten Protokoll über Vorrechte und Immunitäten bezeichnet sind und an der Arbeit der Organisation teilnehmen, genießen in den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten die zur Durchführung ihrer Aufgaben erforderlichen Vorrechte und Immunitäten nach Maßgabe dieses Protokolls.

Artikel 9

Haftung

(1) Die vertragliche Haftung der Organisation bestimmt sich nach dem Recht, das auf den betreffenden Vertrag anzuwenden ist.

(2) Die außervertragliche Haftung der Organisation für Schäden, die durch sie oder die Bediensteten des Europäischen Patentamts in Ausübung ihrer Amtstätigkeit verursacht worden sind, bestimmt sich nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht. Ist der Schaden durch die Zweigstelle in Den Haag oder eine Dienststelle oder durch Bedienstete, die einer dieser Stellen angehören, verursacht worden, so ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden, in dem sich die betreffende Stelle befindet.

(3) Die persönliche Haftung der Bediensteten des Europäischen Patentamts gegenüber der Organisation bestimmt sich nach den Vorschriften ihres Statuts oder der für sie geltenden Beschäftigungsbedingungen.

(4) Für die Regelung der Streitigkeiten nach den Absätzen 1 und 2 sind folgende Gerichte zuständig:

- a) bei einer Streitigkeit nach Absatz 1 das zuständige Gericht der Bundesrepublik Deutschland, sofern in dem von den Parteien geschlossenen Vertrag nicht ein Gericht eines anderen Staats bestimmt worden ist;
- b) bei einer Streitigkeit nach Absatz 2, je nach Lage des Falls, entweder das in der Bundesrepublik Deutschland zuständige Gericht oder das zuständige Gericht des Staats, in dem sich die Zweigstelle oder die Dienststelle befindet.

in the field of industrial property, subject to the approval of the Contracting State or organisation concerned.

Article 8

Privileges and immunities

The Protocol on Privileges and Immunities annexed to this Convention shall define the conditions under which the Organisation, the members of the Administrative Council, the employees of the European Patent Office and such other persons specified in that Protocol as take part in the work of the Organisation, shall enjoy, in the territory of each Contracting State, the privileges and immunities necessary for the performance of their duties.

Article 9

Liability

(1) The contractual liability of the Organisation shall be governed by the law applicable to the relevant contract.

(2) The non-contractual liability of the Organisation in respect of any damage caused by it or by the employees of the European Patent Office in the performance of their duties shall be governed by the provisions of the law of the Federal Republic of Germany. Where the damage is caused by the branch at The Hague or a sub-office or employees attached thereto, the provisions of the law of the Contracting State in which such branch or sub-office is located shall apply.

(3) The personal liability of the employees of the European Patent Office towards the Organisation shall be laid down in their Service Regulations or conditions of employment.

(4) The courts with jurisdiction to settle disputes under paragraphs 1 and 2 shall be:

- a) for disputes under paragraph 1, the courts of competent jurisdiction in the Federal Republic of Germany, unless the contract concluded between the parties designates the courts of another State;
- b) for disputes under paragraph 2, either the courts of competent jurisdiction in the Federal Republic of Germany, or the courts of competent jurisdiction in the State in which the branch or sub-office is located.

nisations intergouvernementales compétentes en matière de propriété industrielle, sous réserve du consentement de l'État contractant ou de l'organisation intéressée.

Article 8

Privilèges et immunités

Le protocole sur les privilèges et immunités annexé à la présente convention définit les conditions dans lesquelles l'Organisation, les membres du Conseil d'administration, les agents de l'Office européen des brevets et toutes autres personnes mentionnées dans ce protocole qui participent aux activités de l'Organisation, jouissent, sur le territoire des États contractants, des privilèges et immunités nécessaires à l'accomplissement de leur mission.

Article 9

Responsabilité

(1) La responsabilité contractuelle de l'Organisation est régie par la loi applicable au contrat en cause.

(2) La responsabilité non contractuelle de l'Organisation en ce qui concerne les dommages causés par elle et par les agents de l'Office européen des brevets dans l'exercice de leurs fonctions est réglementée conformément aux dispositions de la loi en vigueur en République fédérale d'Allemagne. Si les dommages ont été causés par le département de La Haye ou par une agence, ou par des agents relevant du département ou de cette agence, la loi applicable est celle de l'État contractant dans lequel le département ou l'agence est situé.

(3) La responsabilité personnelle des agents de l'Office européen des brevets envers l'Organisation est réglée dans les dispositions fixant leur statut ou le régime qui leur est applicable.

(4) Les juridictions compétentes pour régler les litiges visés aux paragraphes 1 et 2 sont:

- a) en ce qui concerne les litiges visés au paragraphe 1, les juridictions compétentes de la République fédérale d'Allemagne, à défaut de la désignation de la juridiction d'un autre État dans le contrat conclu entre les parties;
- b) en ce qui concerne les litiges visés au paragraphe 2, selon le cas, soit les juridictions compétentes de la République fédérale d'Allemagne, soit les juridictions compétentes de l'État dans lequel le département ou l'agence est situé.

Kapitel III
Das Europäische Patentamt

Artikel 10

Leitung

(1) Die Leitung des Europäischen Patentamts obliegt dem Präsidenten, der dem Verwaltungsrat gegenüber für die Tätigkeit des Amts verantwortlich ist.

(2) Zu diesem Zweck hat der Präsident insbesondere folgende Aufgaben und Befugnisse:

- a) Er trifft alle für die Tätigkeit des Europäischen Patentamts zweckmäßigen Maßnahmen, einschließlich des Erlasses interner Verwaltungsvorschriften und der Veröffentlichung von Mitteilungen an die Öffentlichkeit;
- b) er bestimmt, soweit in diesem Übereinkommen hierüber nichts vorgesehen ist, welche Handlungen beim Europäischen Patentamt in München und welche Handlungen bei seiner Zweigstelle in Den Haag vorzunehmen sind;
- c) er kann dem Verwaltungsrat Vorschläge für eine Änderung dieses Übereinkommens sowie Entwürfe für allgemeine Durchführungsbestimmungen und Beschlüsse vorlegen, die zur Zuständigkeit des Verwaltungsrats gehören;
- d) er bereitet den Haushaltsplan und etwaige Berichtigungs- und Nachtragshaushaltspläne vor und führt sie aus;
- e) er legt dem Verwaltungsrat jedes Jahr einen Tätigkeitsbericht vor;
- f) er übt das Weisungsrecht und die Aufsicht über das Personal aus;
- g) vorbehaltlich Artikel 11 ernennt er die Bediensteten und entscheidet über ihre Beförderung;
- h) er übt die Disziplinargewalt über die nicht in Artikel 11 genannten Bediensteten aus und kann dem Verwaltungsrat Disziplinarmaßnahmen gegenüber den in Artikel 11 Absätze 2 und 3 genannten Bediensteten vorschlagen;
- i) er kann seine Aufgaben und Befugnisse übertragen.

(3) Der Präsident wird von mehreren Vizepräsidenten unterstützt. Ist der Präsident abwesend oder verhindert, so wird er nach dem vom Verwaltungsrat festgelegten Verfahren von einem der Vizepräsidenten vertreten.

Chapter III
The European Patent Office

Article 10

Direction

(1) The European Patent Office shall be directed by the President who shall be responsible for its activities to the Administrative Council.

(2) To this end, the President shall have in particular the following functions and powers:

- (a) he shall take all necessary steps, including the adoption of internal administrative instructions and the publication of guidance for the public, to ensure the functioning of the European Patent Office;
- (b) in so far as this Convention contains no provisions in this respect, he shall prescribe which transactions are to be carried out at the European Patent Office at Munich and its branch at The Hague respectively;
- (c) he may place before the Administrative Council any proposal for amending this Convention and any proposal for general regulations or decisions which come within the competence of the Administrative Council;
- (d) he shall prepare and implement the budget and any amending or supplementary budget;
- (e) he shall submit a management report to the Administrative Council each year;
- (f) he shall exercise supervisory authority over the personnel;
- (g) subject to the provisions of Article 11, he shall appoint and promote the employees;
- (h) he shall exercise disciplinary authority over the employees other than those referred to in Article 11, and may propose disciplinary action to the Administrative Council with regard to employees referred to in Article 11, paragraphs 2 and 3;
- (i) he may delegate his functions and powers.

(3) The President shall be assisted by a number of Vice-Presidents. If the President is absent or indisposed, one of the Vice-Presidents shall take his place in accordance with the procedure laid down by the Administrative Council.

Chapitre III
L'Office européen des brevets

Article 10

Direction

(1) La direction de l'Office européen des brevets est assurée par le Président, qui est responsable de l'activité de l'Office devant le Conseil d'administration.

(2) A cet effet, le Président a notamment les compétences ci-après:

- a) il prend toutes mesures utiles, notamment l'adoption d'instructions administratives internes et la publication d'indications pour le public, en vue d'assurer le fonctionnement de l'Office européen des brevets;
- b) il détermine, dans la mesure où la présente convention ne comporte aucune disposition à cet égard, les formalités qui doivent être accomplies respectivement auprès de l'Office européen des brevets à Munich ou de son département à La Haye;
- c) il peut soumettre au Conseil d'administration tout projet de modification de la présente convention, ainsi que tout projet de réglementation générale ou de décision qui relève de la compétence du Conseil d'administration;
- d) il prépare et exécute le budget ainsi que tout budget modificatif ou additionnel;
- e) il soumet annuellement au Conseil d'administration un rapport d'activité;
- f) il exerce l'autorité hiérarchique sur le personnel;
- g) sous réserve des dispositions de l'article 11, il nomme les agents et statue sur leur avancement;
- h) il exerce le pouvoir disciplinaire sur les agents autres que ceux visés à l'article 11 et peut proposer au Conseil d'administration des sanctions disciplinaires à l'encontre des agents visés à l'article 11, paragraphes 2 et 3;
- i) il peut déléguer ses pouvoirs.

(3) Le Président est assisté de plusieurs Vice-Présidents. En cas d'absence ou d'empêchement du Président, un des Vice-Présidents assume ses fonctions suivant la procédure fixée par le Conseil d'administration.

Artikel 11

Ernennung hoher Beamter

(1) Der Präsident des Europäischen Patentamts wird vom Verwaltungsrat ernannt.

(2) Die Vizepräsidenten werden nach Anhörung des Präsidenten vom Verwaltungsrat ernannt.

(3) Die Mitglieder der Beschwerdekammern und der Großen Beschwerdekammer einschließlich der Vorsitzenden werden auf Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Patentamts vom Verwaltungsrat ernannt. Sie können vom Verwaltungsrat nach Anhörung des Präsidenten des Europäischen Patentamts wiederernannt werden.

(4) Der Verwaltungsrat übt die Disziplinargewalt über die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Bediensteten aus.

Artikel 12

Amtspflichten

Die Bediensteten des Europäischen Patentamts sind verpflichtet, auch nach Beendigung ihrer Amtstätigkeit Kenntnisse, die ihrem Wesen nach unter das Berufsgeheimnis fallen, weder preiszugeben noch zu verwenden.

Artikel 13

Streitsachen zwischen der Organisation und den Bediensteten des Europäischen Patentamts

(1) Die Bediensteten oder ehemaligen Bediensteten des Europäischen Patentamts oder ihre Rechtsnachfolger haben das Recht, in Streitsachen zwischen ihnen und der Europäischen Patentorganisation das Verwaltungsgericht der Internationalen Arbeitsorganisation nach der Satzung dieses Gerichts und innerhalb der Grenzen und nach Maßgabe der Bedingungen anzurufen, die im Statut der Beamten oder in der Versorgungsordnung festgelegt sind oder sich aus den Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten ergeben.

(2) Eine Beschwerde ist nur zulässig, wenn der Betreffende alle Beschwerdemöglichkeiten ausgeschöpft hat, die ihm das Statut der Beamten, die Versorgungsordnung oder die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten eröffnen.

Artikel 14

Sprachen des Europäischen Patentamts

(1) Die Amtssprachen des Europäischen Patentamts sind Deutsch, Eng-

Article 11

Appointment of senior employees

(1) The President of the European Patent Office shall be appointed by decision of the Administrative Council.

(2) The Vice-Presidents shall be appointed by decision of the Administrative Council after the President has been consulted.

(3) The members, including the Chairmen, of the Boards of Appeal and of the Enlarged Board of Appeal shall be appointed by decision of the Administrative Council, taken on a proposal from the President of the European Patent Office. They may be re-appointed by decision of the Administrative Council after the President of the European Patent Office has been consulted.

(4) The Administrative Council shall exercise disciplinary authority over the employees referred to in paragraphs 1 to 3.

Article 12

Duties of office

The employees of the European Patent Office shall be bound, even after the termination of their employment, neither to disclose nor to make use of information which by its nature is a professional secret.

Article 13

Disputes between the Organisation and the employees of the European Patent Office

(1) Employees and former employees of the European Patent Office or their successors in title may apply to the Administrative Tribunal of the International Labour Organisation in the case of disputes with the European Patent Organisation in accordance with the Statute of the Tribunal and within the limits and subject to the conditions laid down in the Service Regulations for permanent employees or the Pension Scheme Regulations or arising from the conditions of employment of other employees.

(2) An appeal shall only be admissible if the person concerned has exhausted such other means of appeal as are available to him under the Service Regulations, the Pension Scheme Regulations or the conditions of employment, as the case may be.

Article 14

Languages of the European Patent Office

(1) The official languages of the European Patent Office shall be

Article 11

Nomination du personnel supérieur

(1) Le Président de l'Office européen des brevets est nommé par décision du Conseil d'administration.

(2) Les Vice-Présidents sont nommés par décision du Conseil d'administration, le Président entendu.

(3) Les membres des chambres de recours et de la Grande Chambre de recours, y compris leurs présidents, sont nommés par décision du Conseil d'administration, prise sur proposition du Président de l'Office européen des brevets. Ils peuvent être reconduits dans leurs fonctions par le Conseil d'administration, le Président de l'Office européen des brevets entendu.

(4) Le Conseil d'administration exerce le pouvoir disciplinaire sur les agents visés aux paragraphes 1 à 3 du présent article.

Article 12

Devoirs de la fonction

Les agents de l'Office européen des brevets sont tenus, même après la cessation de leurs fonctions, de ne pas divulguer ni utiliser les informations qui, par leur nature, sont couvertes par le secret professionnel.

Article 13

Litiges entre l'Organisation et les agents de l'Office européen des brevets

(1) Un agent ou un ancien agent de l'Office européen des brevets, ou leurs ayants droit, peuvent recourir au Tribunal administratif de l'Organisation internationale du travail pour les litiges qui les opposent à l'Organisation européenne des brevets, conformément au statut dudit Tribunal et dans les limites et conditions déterminées par le statut des fonctionnaires, par le règlement des pensions ou résultant du régime applicable aux autres agents.

(2) Un recours n'est recevable que si l'intéressé a épuisé tous les moyens de recours qui lui sont ouverts par le statut des fonctionnaires, par le règlement des pensions ou par le régime applicable aux autres agents, selon le cas.

Article 14

Langues de l'Office européen des brevets

(1) Les langues officielles de l'Office européen des brevets sont l'allemand,

lisch und Französisch. Europäische Patentanmeldungen sind in einer dieser Sprachen einzureichen.

(2) Natürliche oder juristische Personen mit Wohnsitz oder Sitz im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats, in dem eine andere Sprache als Deutsch, Englisch oder Französisch Amtssprache ist, und die Angehörigen dieses Staats mit Wohnsitz im Ausland können europäische Patentanmeldungen in einer Amtssprache dieses Staats einreichen. Sie müssen jedoch eine Übersetzung in einer der Amtssprachen des Europäischen Patentamts innerhalb einer in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Frist einreichen; diese Übersetzung kann während des gesamten Verfahrens vor dem Europäischen Patentamt mit der Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung in Übereinstimmung gebracht werden.

(3) Die Amtssprache des Europäischen Patentamts, in der die europäische Patentanmeldung eingereicht oder in die sie im Fall des Absatzes 2 übersetzt worden ist, ist in allen Verfahren vor dem Europäischen Patentamt, die diese Anmeldung oder das darauf erteilte Patent betreffen, als Verfahrenssprache zu verwenden, soweit in der Ausführungsordnung nichts anderes bestimmt ist.

(4) Die in Absatz 2 genannten Personen können auch fristgebundene Schriftstücke in einer Amtssprache des betreffenden Vertragsstaats einreichen. Sie müssen jedoch innerhalb einer in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Frist eine Übersetzung in der Verfahrenssprache einreichen; in den in der Ausführungsordnung vorgesehenen Fällen können sie auch eine Übersetzung in einer anderen Amtssprache des Europäischen Patentamts einreichen.

(5) Wird ein Schriftstück, das nicht zu den Unterlagen der europäischen Patentanmeldung gehört, nicht in der in diesem Übereinkommen vorgeschriebenen Sprache eingereicht oder wird eine Übersetzung, die in diesem Übereinkommen vorgeschrieben ist, nicht rechtzeitig eingereicht, so gilt das Schriftstück als nicht eingegangen.

(6) Die europäischen Patentanmeldungen werden in der Verfahrenssprache veröffentlicht.

(7) Die europäischen Patentschriften werden in der Verfahrenssprache veröffentlicht; sie enthalten eine Übersetzung der Patentansprüche in den beiden anderen Amtssprachen des Europäischen Patentamts.

(8) In den drei Amtssprachen des Europäischen Patentamts werden veröffentlicht:

English, French and German. European patent applications must be filed in one of these languages.

(2) However, natural or legal persons having their residence or principal place of business within the territory of a Contracting State having a language other than English, French or German as an official language, and nationals of that State who are resident abroad, may file European patent applications in an official language of that State. Nevertheless, a translation in one of the official languages of the European Patent Office must be filed within the time limit prescribed in the Implementing Regulations; throughout the proceedings before the European Patent Office, such translation may be brought into conformity with the original text of the application.

(3) The official language of the European Patent Office in which the European patent application is filed or, in the case referred to in paragraph 2, that of the translation, shall be used as the language of the proceedings in all proceedings before the European Patent Office concerning the application or the resulting patent, unless otherwise provided in the Implementing Regulations.

(4) The persons referred to in paragraph 2 may also file documents which have to be filed within a time limit in an official language of the Contracting State concerned. They must however file a translation in the language of the proceedings within the time limit prescribed in the Implementing Regulations; in the cases provided for in the Implementing Regulations, they may file a translation in a different official language of the European Patent Office.

(5) If any document, other than those making up the European patent application, is not filed in the language prescribed by this Convention, or if any translation required by virtue of this Convention is not filed in due time, the document shall be deemed not to have been received.

(6) European patent applications shall be published in the language of the proceedings.

(7) The specifications of European patents shall be published in the language of the proceedings; they shall include a translation of the claims in the two other official languages of the European Patent Office.

(8) There shall be published in the three official languages of the European Patent Office:

l'anglais et le français. Les demandes de brevet européen sont déposées dans une de ces langues.

(2) Néanmoins, les personnes physiques et morales ayant leur domicile ou leur siège sur le territoire d'un État contractant ayant une langue autre que l'allemand, l'anglais ou le français comme langue officielle, et les nationaux de cet État ayant leur domicile à l'étranger peuvent déposer des demandes de brevet européen dans une langue officielle de cet État. Toutefois, une traduction dans une des langues officielles de l'Office européen des brevets doit être produite dans le délai prévu par le règlement d'exécution; pendant toute la durée de la procédure devant l'Office européen des brevets, cette traduction peut être rendue conforme au texte original de la demande.

(3) La langue officielle de l'Office européen des brevets dans laquelle la demande de brevet européen a été déposée ou celle dans laquelle cette demande a été traduite, dans le cas visé au paragraphe 2, doit être utilisée, sauf s'il en est disposé autrement par le règlement d'exécution, dans toutes les procédures devant l'Office européen des brevets relatives à cette demande ou au brevet délivré à la suite de cette demande.

(4) Les personnes visées au paragraphe 2 peuvent également déposer, dans une langue officielle de l'État contractant en question, des pièces devant être produites dans un délai déterminé. Toutefois, elles sont tenues de produire une traduction dans la langue de la procédure dans le délai prescrit par le règlement d'exécution; elles peuvent également déposer une traduction dans une autre langue officielle de l'Office européen des brevets.

(5) Si une pièce qui n'est pas comprise dans les pièces de la demande de brevet européen n'est pas produite dans la langue prescrite par la présente convention ou si une traduction requise en application de la présente convention n'est pas produite dans les délais, la pièce est réputée n'avoir pas été reçue.

(6) Les demandes de brevet européen sont publiées dans la langue de la procédure.

(7) Les fascicules de brevet européen sont publiés dans la langue de la procédure; ils comportent une traduction des revendications dans les deux autres langues officielles de l'Office européen des brevets.

(8) Sont publiés dans les trois langues officielles de l'Office européen des brevets:

- a) das Europäische Patentblatt;
- b) das Amtsblatt des Europäischen Patentamts.

(9) Die Eintragungen in das europäische Patentregister werden in den drei Amtssprachen des Europäischen Patentamts vorgenommen. In Zweifelsfällen ist die Eintragung in der Verfahrenssprache maßgebend.

Artikel 15

Organe im Verfahren

Im Europäischen Patentamt werden für die Durchführung der in diesem Übereinkommen vorgeschriebenen Verfahren gebildet:

- a) eine Eingangsstelle;
- b) Recherchenabteilungen;
- c) Prüfungsabteilungen;
- d) Einspruchsabteilungen;
- e) eine Rechtsabteilung;
- f) Beschwerdekammern;
- g) eine Große Beschwerdekammer.

Artikel 16

Eingangsstelle

Die Eingangsstelle gehört zur Zweigstelle in Den Haag. Sie ist für die Eingangs- und Formalprüfung europäischer Patentanmeldungen bis zu dem Zeitpunkt zuständig, zu dem Prüfungsantrag gestellt worden ist oder der Anmelder nach Artikel 96 Absatz 1 erklärt hat, daß er die Anmeldung aufrechterhält. Außerdem obliegt ihr die Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldungen und europäischen Recherchenberichte.

Artikel 17

Recherchenabteilungen

Die Recherchenabteilungen gehören zur Zweigstelle in Den Haag. Sie sind für die Erstellung europäischer Recherchenberichte zuständig.

Artikel 18

Prüfungsabteilungen

(1) Die Prüfungsabteilungen sind für die Prüfung europäischer Patentanmeldungen von dem Zeitpunkt an zuständig, von dem an die Eingangsstelle nicht mehr zuständig ist.

(2) Eine Prüfungsabteilung setzt sich aus drei technisch vorgebildeten Prüfern zusammen. Bis zum Erlaß der Entscheidung über die europäische Patentanmeldung wird jedoch in der Regel ein Prüfer der Prüfungsabteilung mit der Bearbeitung der Anmeldung beauftragt. Die mündliche Verhandlung findet vor der Prüfungsab-

- (a) the European Patent Bulletin;
- (b) the Official Journal of the European Patent Office.

(9) Entries in the Register of European Patents shall be made in the three official languages of the European Patent Office. In cases of doubt, the entry in the language of the proceedings shall be authentic.

Article 15

The departments charged with the procedure

For implementing the procedures laid down in this Convention, there shall be set up within the European Patent Office:

- (a) a Receiving Section;
- (b) Search Divisions;
- (c) Examining Divisions;
- (d) Opposition Divisions;
- (e) a Legal Division;
- (f) Boards of Appeal;
- (g) an Enlarged Board of Appeal.

Article 16

Receiving Section

The Receiving Section shall be in the branch at The Hague. It shall be responsible for the examination on filing and the examination as to formal requirements of each European patent application up to the time when a request for examination has been made or the applicant has indicated under Article 96, paragraph 1, that he desires to proceed further with his application. It shall also be responsible for the publication of the European patent application and of the European search report.

Article 17

Search Divisions

The Search Divisions shall be in the branch at The Hague. They shall be responsible for drawing up European search reports.

Article 18

Examining Divisions

(1) An Examining Division shall be responsible for the examination of each European patent application from the time when the Receiving Section ceases to be responsible.

(2) An Examining Division shall consist of three technical examiners. Nevertheless, the examination prior to a final decision shall, as a general rule, be entrusted to one member of the Division. Oral proceedings shall be before the Examining Division itself. If the Examining Division considers that the nature of the decision

- a) le Bulletin européen des brevets;
- b) le Journal officiel de l'Office européen des brevets.

(9) Les inscriptions au Registre européen des brevets sont effectuées dans les trois langues officielles de l'Office européen des brevets. En cas de doute, l'inscription dans la langue de la procédure fait foi.

Article 15

Instances chargées des procédures

Pour l'application des procédures prescrites par la présente convention, il est institué à l'Office européen des brevets:

- a) une section de dépôt;
- b) des divisions de la recherche;
- c) des divisions d'examen;
- d) des divisions d'opposition;
- e) une division juridique;
- f) des chambres de recours;
- g) une Grande Chambre de recours.

Article 16

Section de dépôt

La section de dépôt fait partie du département de La Haye. Elle est compétente pour examiner la demande de brevet européen lors du dépôt et quant à certaines irrégularités jusqu'à la présentation de la requête en examen ou jusqu'à ce que le demandeur ait déclaré, conformément à l'article 96, paragraphe 1, qu'il maintient sa demande. Elle est en outre chargée de publier la demande de brevet européen et le rapport de recherche européenne.

Article 17

Divisions de la recherche

Les divisions de la recherche font partie du département de La Haye. Elles sont compétentes pour établir les rapports de recherche européenne.

Article 18

Divisions d'examen

(1) Les divisions d'examen sont compétentes pour examiner les demandes de brevet européen à compter du moment où cesse la compétence de la section de dépôt.

(2) Une division d'examen se compose de trois examinateurs techniques. Toutefois, l'instruction de la demande est, en règle générale, confiée à l'un des examinateurs de la division. La procédure orale est de la compétence de la division d'examen elle-même. Si elle estime que la nature de la décision l'exige, la division

teilung selbst statt. Hält es die Prüfungsabteilung nach Art der Entscheidung für erforderlich, so wird sie durch einen rechtskundigen Prüfer ergänzt. Im Fall der Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden der Prüfungsabteilung den Ausschlag.

Artikel 19

Einspruchsabteilungen

(1) Die Einspruchsabteilungen sind für die Prüfung von Einsprüchen gegen europäische Patente zuständig.

(2) Eine Einspruchsabteilung setzt sich aus drei technisch vorgebildeten Prüfern zusammen, von denen mindestens zwei in dem Verfahren zur Erteilung des europäischen Patents, gegen das sich der Einspruch richtet, nicht mitgewirkt haben dürfen. Ein Prüfer, der in dem Verfahren zur Erteilung des europäischen Patents mitgewirkt hat, kann nicht den Vorsitz führen. Bis zum Erlass der Entscheidung über den Einspruch kann die Einspruchsabteilung eines ihrer Mitglieder mit der Bearbeitung des Einspruchs beauftragen. Die mündliche Verhandlung findet vor der Einspruchsabteilung selbst statt. Hält es die Einspruchsabteilung nach Art der Entscheidung für erforderlich, so wird sie durch einen rechtskundigen Prüfer ergänzt, der in dem Verfahren zur Erteilung des Patents nicht mitgewirkt haben darf. Im Fall der Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden der Einspruchsabteilung den Ausschlag.

Artikel 20

Rechtsabteilung

(1) Die Rechtsabteilung ist zuständig für Entscheidungen über Eintragungen und Löschungen von Angaben im europäischen Patentregister sowie für Entscheidungen über Eintragungen und Löschungen in der Liste der zugelassenen Vertreter.

(2) Entscheidungen der Rechtsabteilung werden von einem rechtskundigen Mitglied getroffen.

Artikel 21

Beschwerdekammern

(1) Die Beschwerdekammern sind für die Prüfung von Beschwerden gegen Entscheidungen der Eingangsstelle, der Prüfungsabteilungen, der Einspruchsabteilungen und der Rechtsabteilung zuständig.

(2) Bei Beschwerden gegen die Entscheidung der Eingangsstelle und der Rechtsabteilung setzt sich eine Beschwerdekammer aus drei rechtskundigen Mitgliedern zusammen.

so requires, it shall be enlarged by the addition of a legally qualified examiner. In the event of parity of votes, the vote of the Chairman of the Division shall be decisive.

Article 19

Opposition Divisions

(1) An Opposition Division shall be responsible for the examination of oppositions against any European patent.

(2) An Opposition Division shall consist of three technical examiners, at least two of whom shall not have taken part in the proceedings for grant of the patent to which the opposition relates. An examiner who has taken part in the proceedings for the grant of the European patent shall not be the Chairman. Prior to the taking of a final decision on the opposition, the Opposition Division may entrust the examination of the opposition to one of its members. Oral proceedings shall be before the Opposition Division itself. If the Opposition Division considers that the nature of the decision so requires, it shall be enlarged by the addition of a legally qualified examiner who shall not have taken part in the proceedings for grant of the patent. In the event of parity of votes, the vote of the Chairman of the Division shall be decisive.

Article 20

Legal Division

(1) The Legal Division shall be responsible for decisions in respect of entries in the Register of European Patents and in respect of registration on, and deletion from, the list of professional representatives.

(2) Decisions of the Legal Division shall be taken by one legally qualified member.

Article 21

Boards of Appeal

(1) The Boards of Appeal shall be responsible for the examination of appeals from the decisions of the Receiving Section, Examining Divisions, Opposition Divisions and of the Legal Division.

(2) For appeals from a decision of the Receiving Section or the Legal Division, a Board of Appeal shall consist of three legally qualified members.

d'examen est complétée par un examinateur juriste. En cas de partage des voix, la voix du président de la division d'examen est prépondérante.

Article 19

Divisions d'opposition

(1) Les divisions d'opposition sont compétentes pour examiner les oppositions aux brevets européens.

(2) Une division d'opposition se compose de trois examinateurs techniques, dont deux au moins ne doivent pas avoir participé à la procédure de délivrance du brevet qui est l'objet de l'opposition. Un examinateur qui a participé à la procédure de délivrance du brevet européen ne peut assumer la présidence. La division d'opposition peut confier à l'un de ses membres l'instruction de l'opposition. La procédure orale est de la compétence de la division d'opposition elle-même. Si elle estime que la nature de la décision l'exige, la division d'opposition est complétée par un examinateur juriste qui ne doit pas avoir participé à la procédure de délivrance du brevet. En cas de partage des voix, la voix du président de la division d'opposition est prépondérante.

Article 20

Division juridique

(1) La division juridique est compétente pour toute décision relative, d'une part, aux mentions à porter sur le Registre européen des brevets, d'autre part, à l'inscription sur la liste des mandataires agréés et à leur radiation de celle-ci.

(2) Les décisions de la division juridique sont prises par un membre juriste.

Article 21

Chambre de recours

(1) Les chambres de recours sont compétentes pour examiner les recours formés contre les décisions de la section de dépôt, des divisions d'examen, des divisions d'opposition et de la division juridique.

(2) Dans le cas d'un recours formé contre une décision de la section de dépôt ou de la division juridique, la chambre de recours se compose de trois membres juristes.

(3) Bei Beschwerden gegen die Entscheidung einer Prüfungsabteilung setzt sich eine Beschwerdekammer zusammen aus:

- a) zwei technisch vorgebildeten Mitgliedern und einem rechtskundigen Mitglied, wenn die Entscheidung die Zurückweisung einer europäischen Patentanmeldung oder die Erteilung eines europäischen Patents betrifft und von einer aus weniger als vier Mitgliedern bestehenden Prüfungsabteilung gefaßt worden ist;
- b) drei technisch vorgebildeten Mitgliedern und zwei rechtskundigen Mitgliedern, wenn die Entscheidung von einer aus vier Mitgliedern bestehenden Prüfungsabteilung gefaßt worden ist oder die Beschwerdekammer der Meinung ist, daß es die Art der Beschwerde erfordert;
- c) drei rechtskundigen Mitgliedern in allen anderen Fällen.

(4) Bei Beschwerden gegen die Entscheidung einer Einspruchsabteilung setzt sich eine Beschwerdekammer zusammen aus:

- a) zwei technisch vorgebildeten Mitgliedern und einem rechtskundigen Mitglied, wenn die Entscheidung von einer aus drei Mitgliedern bestehenden Einspruchsabteilung gefaßt worden ist;
- b) drei technisch vorgebildeten Mitgliedern und zwei rechtskundigen Mitgliedern, wenn die Entscheidung von einer aus vier Mitgliedern bestehenden Einspruchsabteilung gefaßt worden ist oder die Beschwerdekammer der Meinung ist, daß es die Art der Beschwerde erfordert.

Artikel 22

Große Beschwerdekammer

(1) Die Große Beschwerdekammer ist zuständig für:

- a) Entscheidungen über Rechtsfragen, die ihr von den Beschwerdekammern vorgelegt werden;
- b) die Abgabe von Stellungnahmen zu Rechtsfragen, die ihr vom Präsidenten des Europäischen Patentamts nach Artikel 112 vorgelegt werden.

(2) Die Große Beschwerdekammer beschließt in der Besetzung von fünf rechtskundigen Mitgliedern und zwei technisch vorgebildeten Mitgliedern. Ein rechtskundiges Mitglied führt den Vorsitz.

Artikel 23

Unabhängigkeit der Mitglieder der Kammern

(1) Die Mitglieder der Großen Beschwerdekammer und der Beschwer-

(3) For appeals from a decision of an Examining Division, a Board of Appeal shall consist of:

- a) two technically qualified members and one legally qualified member, when the decision concerns the refusal of a European patent application or the grant of a European patent and was taken by an Examining Division consisting of less than four members;
- b) three technically qualified members and two legally qualified members, when the decision was taken by an Examining Division consisting of four members or when the Board of Appeal considers that the nature of the appeal so requires;
- c) three legally qualified members in all other cases.

(4) For appeals from a decision of an Opposition Division, a Board of Appeal shall consist of:

- a) two technically qualified members and one legally qualified member, when the decision was taken by an Opposition Division consisting of three members;
- b) three technically qualified members and two legally qualified members, when the decision was taken by an Opposition Division consisting of four members or when the Board of Appeal considers that the nature of the appeal so requires.

Article 22

Enlarged Board of Appeal

(1) The Enlarged Board of Appeal shall be responsible for:

- a) deciding points of law referred to it by Boards of Appeal;
- b) giving opinions on points of law referred to it by the President of the European Patent Office under the conditions laid down in Article 112.

(2) For giving decisions or opinions, the Enlarged Board of Appeal shall consist of five legally qualified members and two technically qualified members. One of the legally qualified members shall be the Chairman.

Article 23

Independence of the members of the Boards

(1) The members of the Enlarged Board of Appeal and of the Boards of

(3) Dans le cas d'un recours formé contre une décision d'une division d'examen, la chambre de recours se compose de:

- a) deux membres techniciens et un membre juriste lorsque la décision est relative au rejet d'une demande de brevet européen ou à la délivrance d'un brevet européen et qu'elle a été prise par une division d'examen composée de moins de quatre membres;
- b) trois membres techniciens et deux membres juristes lorsque la décision a été prise par une division d'examen composée de quatre membres ou si la chambre de recours estime que la nature du recours l'exige;
- c) trois membres juristes dans les autres cas.

(4) Dans le cas d'un recours formé contre une décision d'une division d'opposition, la chambre de recours se compose de:

- a) deux membres techniciens et un membre juriste lorsque la décision a été prise par une division d'opposition composée de trois membres;
- b) trois membres techniciens et deux membres juristes lorsque la décision a été prise par une division d'opposition composée de quatre membres ou si la chambre de recours estime que la nature du recours l'exige.

Article 22

Grande Chambre de recours

(1) La Grande Chambre de recours est compétente pour:

- a) statuer sur les questions de droit qui lui sont soumises par les chambres de recours;
- b) donner des avis sur les questions de droit qui lui sont soumises par le Président de l'Office européen des brevets dans les conditions prévues à l'article 112.

(2) Pour statuer ou donner des avis, la Grande Chambre de recours se compose de cinq membres juristes et de deux membres techniciens. La présidence est assurée par l'un des membres juristes.

Article 23

Indépendance des membres des chambres

(1) Les membres de la Grande Chambre de recours et des chambres de

dekammern werden für einen Zeitraum von fünf Jahren ernannt und können während dieses Zeitraums ihrer Funktion nicht enthoben werden, es sei denn, daß schwerwiegende Gründe vorliegen und der Verwaltungsrat auf Vorschlag der Großen Beschwerdekammer einen entsprechenden Beschluß faßt.

(2) Die Mitglieder der Kammern dürfen nicht der Eingangsstelle, den Prüfungsabteilungen, den Einspruchsabteilungen oder der Rechtsabteilung angehören.

(3) Die Mitglieder der Kammern sind für ihre Entscheidungen an Weisungen nicht gebunden und nur diesem Übereinkommen unterworfen.

(4) Die Verfahrensordnungen der Beschwerdekammern und der Großen Beschwerdekammer werden nach Maßgabe der Ausführungsordnung erlassen. Sie bedürfen der Genehmigung des Verwaltungsrats.

Artikel 24

Ausschließung und Ablehnung

(1) Die Mitglieder der Beschwerdekammern und der Großen Beschwerdekammer dürfen nicht an der Erledigung einer Sache mitwirken, an der sie ein persönliches Interesse haben, in der sie vorher als Vertreter eines Beteiligten tätig gewesen sind oder an deren abschließender Entscheidung in der Vorinstanz sie mitgewirkt haben.

(2) Glaubt ein Mitglied einer Beschwerdekammer oder der Großen Beschwerdekammer aus einem der in Absatz 1 genannten Gründe oder aus einem sonstigen Grund an einem Verfahren nicht mitwirken zu können, so teilt es dies der Kammer mit.

(3) Die Mitglieder der Beschwerdekammern oder der Großen Beschwerdekammer können von jedem Beteiligten aus einem der in Absatz 1 genannten Gründe oder wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden. Die Ablehnung ist nicht zulässig, wenn der Beteiligte im Verfahren Anträge gestellt oder Stellungnahmen abgegeben hat, obwohl er bereits den Ablehnungsgrund kannte. Die Ablehnung kann nicht mit der Staatsangehörigkeit der Mitglieder begründet werden.

(4) Die Beschwerdekammern und die Große Beschwerdekammer entscheiden in den Fällen der Absätze 2 und 3 ohne Mitwirkung des betroffenen Mitglieds. Bei dieser Entscheidung wird das abgelehnte Mitglied durch seinen Vertreter ersetzt.

Appeal shall be appointed for a term of five years and may not be removed from office during this term, except if there are serious grounds for such removal and if the Administrative Council, on a proposal from the Enlarged Board of Appeal, takes a decision to this effect.

(2) The members of the Boards may not be members of the Receiving Section, Examining Divisions, Opposition Divisions or of the Legal Division.

(3) In their decisions the members of the Boards shall not be bound by any instructions and shall comply only with the provisions of this Convention.

(4) The Rules of Procedure of the Boards of Appeal and the Enlarged Board of Appeal shall be adopted in accordance with the provisions of the Implementing Regulations. They shall be subject to the approval of the Administrative Council.

Article 24

Exclusion and objection

(1) Members of the Boards of Appeal or of the Enlarged Board of Appeal may not take part in any appeal if they have any personal interest therein, if they have previously been involved as representatives of one of the parties, or if they participated in the decision under appeal.

(2) If, for one of the reasons mentioned in paragraph 1, or for any other reason, a member of a Board of Appeal or of the Enlarged Board of Appeal considers that he should not take part in any appeal, he shall inform the Board accordingly.

(3) Members of a Board of Appeal or of the Enlarged Board of Appeal may be objected to by any party for one of the reasons mentioned in paragraph 1, or if suspected of partiality. An objection shall not be admissible if, while being aware of a reason for objection, the party has taken a procedural step. No objection may be based upon the nationality of members.

(4) The Boards of Appeal and the Enlarged Board of Appeal shall decide as to the action to be taken in the cases specified in paragraphs 2 and 3 without the participation of the member concerned. For the purposes of taking this decision the member objected to shall be replaced by his alternate.

recours sont nommés pour une période de cinq ans et ne peuvent être relevés de leurs fonctions pendant cette période, sauf pour motifs graves et si le Conseil d'administration, sur proposition de la Grande Chambre de recours, prend une décision à cet effet.

(2) Les membres de chambres ne peuvent être membres de la section de dépôt, des divisions d'examen, des divisions d'opposition ou de la division juridique.

(3) Dans leurs décisions, les membres des chambres ne sont liés par aucune instruction et ne doivent se conformer qu'aux seules dispositions de la présente convention.

(4) Les règlements de procédure des chambres de recours et de la Grande Chambre de recours sont arrêtés conformément aux dispositions du règlement d'exécution. Ils sont soumis à l'approbation du Conseil d'administration.

Article 24

Récusation

(1) Les membres d'une chambre de recours et de la Grande Chambre de recours ne peuvent participer au règlement d'une affaire s'ils y possèdent un intérêt personnel, s'ils y sont antérieurement intervenus en qualité de représentants de l'une des parties ou s'ils ont pris part à la décision qui fait l'objet du recours.

(2) Si, pour l'une des raisons mentionnées au paragraphe 1 ou pour tout autre motif, un membre d'une chambre de recours ou de la Grande Chambre de recours estime ne pas pouvoir participer au règlement d'une affaire, il en avertit la chambre.

(3) Les membres d'une chambre de recours ou de la Grande Chambre de recours peuvent être récusés par toute partie pour l'une des raisons mentionnées au paragraphe 1 ou s'ils peuvent être soupçonnés de partialité. La récusation n'est pas recevable lorsque la partie en cause a fait des actes de procédure, bien qu'elle ait déjà eu connaissance du motif de récusation. Aucune récusation ne peut être fondée sur la nationalité des membres.

(4) Les chambres de recours et la Grande Chambre de recours statuent, dans les cas visés aux paragraphes 2 et 3, sans la participation du membre intéressé. Pour prendre cette décision, le membre récusé est remplacé, au sein de la chambre, par son suppléant.

Artikel 25

Technische Gutachten

Auf Ersuchen des mit einer Verletzungs- oder Nichtigkeitsklage befaßten zuständigen nationalen Gerichts ist das Europäische Patentamt verpflichtet, gegen eine angemessene Gebühr ein technisches Gutachten über das europäische Patent zu erstatten, das Gegenstand des Rechtsstreits ist. Für die Erstattung der Gutachten sind die Prüfungsabteilungen zuständig.

Article 25

Technical opinion

At the request of the competent national court trying an infringement or revocation action, the European Patent Office shall be obliged, against payment of an appropriate fee, to give a technical opinion concerning the European patent which is the subject of the action. The Examining Divisions shall be responsible for the issue of such opinions.

Article 25

Avis technique

A la requête du tribunal national compétent saisi de l'action en contrefaçon ou en nullité, l'Office européen des brevets est tenu de fournir, contre paiement d'une redevance appropriée, un avis technique sur le brevet européen en cause. Les divisions d'examen sont compétentes pour la délivrance de ces avis.

Kapitel IV

Der Verwaltungsrat

Artikel 26

Zusammensetzung

(1) Der Verwaltungsrat besteht aus den Vertretern der Vertragsstaaten und deren Stellvertretern. Jeder Vertragsstaat ist berechtigt, einen Vertreter und einen Stellvertreter für den Verwaltungsrat zu bestellen.

(2) Die Mitglieder des Verwaltungsrats können nach Maßgabe der Geschäftsordnung des Verwaltungsrats Berater oder Sachverständige hinzuziehen.

Chapter IV

The Administrative Council

Article 26

Membership

(1) The Administrative Council shall be composed of the Representatives and the alternate Representatives of the Contracting States. Each Contracting State shall be entitled to appoint one Representative and one alternate Representative to the Administrative Council.

(2) The members of the Administrative Council may, subject to the provisions of its Rules of Procedure, be assisted by advisers or experts.

Chapitre IV

Le Conseil d'administration

Article 26

Composition

(1) Le Conseil d'administration se compose des représentants des États contractants et de leurs suppléants. Chaque État contractant a le droit de désigner un représentant au Conseil d'administration et un suppléant.

(2) Les membres du Conseil d'administration peuvent se faire assister de conseillers ou d'experts, dans les limites prévues par son règlement intérieur.

Artikel 27

Vorsitz

(1) Der Verwaltungsrat wählt aus den Vertretern der Vertragsstaaten und deren Stellvertretern einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten. Der Vizepräsident tritt im Fall der Verhinderung des Präsidenten von Amts wegen an dessen Stelle.

(2) Die Amtszeit des Präsidenten und des Vizepräsidenten beträgt drei Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

Article 27

Chairmanship

(1) The Administrative Council shall elect a Chairman and a Deputy Chairman from among the Representatives and alternate Representatives of the Contracting States. The Deputy Chairman shall ex officio replace the Chairman in the event of his being prevented from attending to his duties.

(2) The duration of the terms of office of the Chairman and the Deputy Chairman shall be three years. The terms of office shall be renewable.

Article 27

Présidence

(1) Le Conseil d'administration élit parmi les représentants des États contractants de leurs suppléants un Président et un Vice-Président. Le Vice-Président remplace de droit le Président en cas d'empêchement.

(2) La durée du mandat du Président et du Vice-Président est de trois ans. Ce mandat est renouvelable.

Artikel 28

Präsidium

(1) Beträgt die Zahl der Vertragsstaaten mindestens acht, so kann der Verwaltungsrat ein aus fünf seiner Mitglieder bestehendes Präsidium bilden.

(2) Der Präsident und der Vizepräsident des Verwaltungsrats sind von Amts wegen Mitglieder des Präsidiums; die drei übrigen Mitglieder werden vom Verwaltungsrat gewählt.

(3) Die Amtszeit der vom Verwaltungsrat gewählten Präsidiumsmitglieder beträgt drei Jahre. Die Wiederwahl dieser Mitglieder ist nicht zulässig.

Article 28

Board

(1) When there are at least eight Contracting States, the Administrative Council may set up a Board composed of five of its members.

(2) The Chairman and the Deputy Chairman of the Administrative Council shall be members of the Board ex officio; the other three members shall be elected by the Administrative Council.

(3) The term of office of the members elected by the Administrative Council shall be three years. This term of office shall not be renewable.

Article 28

Bureau

(1) Le Conseil d'administration peut instituer un Bureau composé de cinq de ses membres, dès lors que le nombre des États contractants est de huit au minimum.

(2) Le Président et le Vice-Président du Conseil d'administration sont de droit membres du Bureau; les trois autres membres sont élus par le Conseil d'administration.

(3) La durée du mandat des membres élus par le Conseil d'administration est de trois ans. Ce mandat n'est pas renouvelable.

(4) Das Präsidium nimmt die Aufgaben wahr, die ihm der Verwaltungsrat nach Maßgabe der Geschäftsordnung zuweist.

Artikel 29

Tagungen

(1) Der Verwaltungsrat wird von seinem Präsidenten einberufen.

(2) Der Präsident des Europäischen Patentamts nimmt an den Beratungen teil.

(3) Der Verwaltungsrat hält jährlich eine ordentliche Tagung ab; außerdem tritt er auf Veranlassung seines Präsidenten oder auf Antrag eines Drittels der Vertragsstaaten zusammen.

(4) Der Verwaltungsrat berät auf Grund einer Tagesordnung nach Maßgabe seiner Geschäftsordnung.

(5) Jede Frage, die auf Antrag eines Vertragsstaats nach Maßgabe der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung gesetzt werden soll, wird in die vorläufige Tagesordnung aufgenommen.

Artikel 30

Teilnahme von Beobachtern

(1) Die Weltorganisation für geistiges Eigentum ist auf den Tagungen des Verwaltungsrats nach Maßgabe eines Abkommens vertreten, das die Europäische Patentorganisation mit der Weltorganisation für geistiges Eigentum schließt.

(2) Andere zwischenstaatliche Organisationen, die mit der Durchführung internationaler patentrechtlicher Verfahren beauftragt sind und mit denen die Organisation ein Abkommen geschlossen hat, sind, wenn dieses Abkommen entsprechende Vorschriften enthält, nach Maßgabe dieser Vorschriften auf den Tagungen des Verwaltungsrats vertreten.

(3) Alle anderen zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen internationalen Organisationen, die eine die Organisation betreffende Tätigkeit ausüben, können vom Verwaltungsrat eingeladen werden, sich auf seinen Tagungen bei der Erörterung von Fragen, die von gemeinsamem Interesse sind, vertreten zu lassen.

Artikel 31

Sprachen des Verwaltungsrats

(1) Der Verwaltungsrat bedient sich bei seinen Beratungen der deutschen, englischen und französischen Sprache.

(4) The Board shall perform the duties given to it by the Administrative Council in accordance with the Rules of Procedure.

Article 29

Meetings

(1) Meetings of the Administrative Council shall be convened by its Chairman.

(2) The President of the European Patent Office shall take part in the deliberations of the Administrative Council.

(3) The Administrative Council shall hold an ordinary meeting once each year. In addition, it shall meet on the initiative of its Chairman or at the request of one-third of the Contracting States.

(4) The deliberations of the Administrative Council shall be based on an agenda, and shall be held in accordance with its Rules of Procedure.

(5) The provisional agenda shall contain any question whose inclusion is requested by any Contracting State in accordance with the Rules of Procedure.

Article 30

Attendance of observers

(1) The World Intellectual Property Organization shall be represented at the meetings of the Administrative Council, in accordance with the provisions of an agreement to be concluded between the European Patent Organisation and the World Intellectual Property Organization.

(2) Any other inter-governmental organisation charged with the implementation of international procedures in the field of patents with which the Organisation has concluded an agreement shall be represented at the meetings of the Administrative Council, in accordance with any provisions contained in such agreement.

(3) Any other inter-governmental and international non-governmental organisations exercising an activity of interest to the Organisation may be invited by the Administrative Council to arrange to be represented at its meetings during any discussion of matters of mutual interest.

Article 31

Languages of the Administrative Council

(1) The languages in use in the deliberations of the Administrative Council shall be English, French and German.

(4) Le Bureau assume l'exécution des tâches que le Conseil d'administration lui confie dans le cadre du règlement intérieur.

Article 29

Sessions

(1) Le Conseil d'administration se réunit sur convocation de son Président.

(2) Le Président de l'Office européen des brevets prend part aux délibérations.

(3) Le Conseil d'administration tient une session ordinaire une fois par an; en outre, il se réunit à l'initiative de son Président ou à la demande du tiers des États contractants.

(4) Le Conseil d'administration délibère sur un ordre du jour déterminé, conformément à son règlement intérieur.

(5) Toute question dont l'inscription est demandée par un État contractant dans les conditions prévues par le règlement intérieur est inscrite à l'ordre du jour provisoire.

Article 30

Participation d'observateurs

(1) L'Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle est représentée aux sessions du Conseil d'administration, conformément aux dispositions d'un accord à conclure entre l'Organisation européenne des brevets et l'Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle.

(2) D'autres organisations intergouvernementales, qui sont chargées de la mise en œuvre de procédures internationales dans le domaine des brevets avec lesquelles l'Organisation a conclu un accord, sont représentées aux sessions du Conseil d'administration, conformément aux dispositions figurant éventuellement à cet effet dans ledit accord.

(3) Toute autre organisation intergouvernementale ou internationale non gouvernementale exerçant une activité intéressant l'Organisation peut être invitée par le Conseil d'administration à se faire représenter à ses sessions lors de toute discussion de questions d'intérêt commun.

Article 31

Langues du Conseil d'administration

(1) Les langues utilisées dans les délibérations du Conseil d'administration sont l'allemand, l'anglais et le français.

(2) Die dem Verwaltungsrat unterbreiteten Dokumente und die Protokolle über seine Beratungen werden in den drei in Absatz 1 genannten Sprachen erstellt.

Artikel 32

Personal, Räumlichkeiten und Ausstattung

Das Europäische Patentamt stellt dem Verwaltungsrat sowie den vom Verwaltungsrat eingesetzten Ausschüssen das Personal, die Räumlichkeiten und die Ausstattung zur Verfügung, die sie zur Durchführung ihrer Aufgaben benötigen.

Artikel 33

Befugnisse des Verwaltungsrats in bestimmten Fällen

(1) Der Verwaltungsrat ist befugt, folgende Vorschriften zu ändern:

a) die Dauer der in diesem Übereinkommen festgesetzten Fristen; dies gilt für die in Artikel 94 genannte Frist nur unter den in Artikel 95 festgelegten Voraussetzungen;

b) die Ausführungsordnung.

(2) Der Verwaltungsrat ist befugt, in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen folgende Vorschriften zu erlassen und zu ändern:

a) die Finanzordnung;

b) das Statut der Beamten und die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten des Europäischen Patentamts, ihre Besoldung sowie die Art der zusätzlichen Vergütung und die Verfahrensrichtlinien für deren Gewährung;

c) die Versorgungsordnung und Erhöhungen der Versorgungsbezüge entsprechend einer Erhöhung der Dienstbezüge;

d) die Gebührenordnung;

e) seine Geschäftsordnung.

(3) Der Verwaltungsrat ist befugt zu beschließen, daß abweichend von Artikel 18 Absatz 2 die Prüfungsabteilungen für bestimmte Gruppen von Fällen aus einem technisch vorgebildeten Prüfer bestehen, wenn die Erfahrung dies rechtfertigt. Dieser Beschluß kann rückgängig gemacht werden.

(4) Der Verwaltungsrat ist befugt, den Präsidenten des Europäischen Patentamts zu ermächtigen, Verhandlungen über den Abschluß von Abkom-

(2) Documents submitted to the Administrative Council, and the minutes of its deliberations, shall be drawn up in the three languages mentioned in paragraph 1.

Article 32

Staff, premises and equipment

The European Patent Office shall place at the disposal of the Administrative Council and any body established by it such staff, premises and equipment as may be necessary for the performance of their duties.

Article 33

Competence of the Administrative Council in certain cases

(1) The Administrative Council shall be competent to amend the following provisions of this Convention:

(a) the time limits laid down in this Convention; this shall apply to the time limit laid down in Article 94 only in the conditions laid down in Article 95;

(b) the Implementing Regulations.

(2) The Administrative Council shall be competent, in conformity with this Convention, to adopt or amend the following provisions:

(a) the Financial Regulations;

(b) the Service Regulations for permanent employees and the conditions of employment of other employees of the European Patent Office, the salary scales of the said permanent and other employees, and also the nature, and rules for the grant, of any supplementary benefits;

(c) the Pension Scheme Regulations and any appropriate increases in existing pensions to correspond to increases in salaries;

(d) the Rules relating to Fees;

(e) its Rules of Procedure.

(3) Notwithstanding Article 18, paragraph 2, the Administrative Council shall be competent to decide, in the light of experience, that in certain categories of cases Examining Divisions shall consist of one technical examiner. Such decision may be rescinded.

(4) The Administrative Council shall be competent to authorise the President of the European Patent Office to negotiate and, with its approval, to

(2) Les documents soumis au Conseil d'administration et les procès-verbaux de ses délibérations sont établis dans les trois langues visées au paragraphe 1.

Article 32

Personnel, locaux et matériel

L'Office européen des brevets met à la disposition du Conseil d'administration et des comités que celui-ci a institués le personnel, les locaux et les moyens matériels nécessaires à l'accomplissement de leur mission.

Article 33

Compétence du Conseil d'administration dans certains cas

(1) Le Conseil d'administration a compétence pour modifier les dispositions de la présente convention énumérées ci-après:

a) les articles de la présente convention dans la mesure où ils fixent la durée d'un délai, cette disposition n'étant applicable au délai visé à l'article 94 que s'il est satisfait aux conditions prévues à l'article 95;

b) les dispositions du règlement d'exécution.

(2) Le Conseil d'administration a compétence, conformément aux termes de la présente convention, pour arrêter et modifier:

a) le règlement financier;

b) le statut des fonctionnaires et le régime applicable aux autres agents de l'Office européen des brevets, le barème de leurs rémunérations ainsi que la nature et les règles d'octroi des avantages accessoires;

c) le règlement des pensions et toute augmentation des pensions existantes correspondant aux relèvements des traitements;

d) le règlement relatif aux taxes;

e) son règlement intérieur.

(3) Nonobstant les dispositions de l'article 18, paragraphe 2, le Conseil d'administration a compétence pour décider, si l'expérience le justifie, que, dans certaines catégories de cas, les divisions d'examen se composent d'un seul examinateur technicien. Cette décision peut être rapportée.

(4) Le Conseil d'administration a compétence pour autoriser le Président de l'Office européen des brevets à négocier et, sous réserve de son

men mit Staaten oder zwischenstaatlichen Organisationen sowie mit Dokumentationszentren, die auf Grund von Vereinbarungen mit solchen Organisationen errichtet worden sind, zu führen und diese Abkommen mit Genehmigung des Verwaltungsrats für die Europäische Patentorganisation zu schließen.

Artikel 34

Stimmrecht

(1) Stimmberechtigt im Verwaltungsrat sind nur die Vertragsstaaten.

(2) Jeder Vertragsstaat verfügt über eine Stimme, soweit nicht Artikel 36 anzuwenden ist.

Artikel 35

Abstimmungen

(1) Der Verwaltungsrat faßt seine Beschlüsse vorbehaltlich Absatz 2 mit der einfachen Mehrheit der vertretenen Vertragsstaaten, die eine Stimme abgeben.

(2) Dreiviertelmehrheit der vertretenen Vertragsstaaten, die eine Stimme abgeben, ist für die Beschlüsse erforderlich, zu denen der Verwaltungsrat nach den Artikeln 7, 11 Absatz 1, 33, 39 Absatz 1, 40 Absätze 2 und 4, 46, 87, 95, 134, 151 Absatz 3, 154 Absatz 2, 155 Absatz 2, 156, 157 Absätze 2 bis 4, 160 Absatz 1 Satz 2, 162, 163, 166, 167 und 172 befugt ist.

(3) Stimmenthaltung gilt nicht als Stimmabgabe.

Artikel 36

Stimmenwägung

(1) Jeder Vertragsstaat kann für die Annahme und Änderung der Gebührenordnung sowie, falls dadurch die finanzielle Belastung der Vertragsstaaten vergrößert wird, für die Feststellung des Haushaltsplans und eines Berichtigungs- oder Nachtragshaushaltsplans der Organisation nach einer ersten Abstimmung, in der jeder Vertragsstaat über eine Stimme verfügt, unabhängig vom Ausgang der Abstimmung verlangen, daß unverzüglich eine zweite Abstimmung vorgenommen wird, in der die Stimmen nach Absatz 2 gewogen werden. Diese zweite Abstimmung ist für den Beschluß maßgebend.

(2) Die Zahl der Stimmen, über die jeder Vertragsstaat in der neuen Abstimmung verfügt, errechnet sich wie folgt:

a) Die sich für jeden Vertragsstaat ergebende Prozentzahl des in Arti-

conclude agreements on behalf of the European Patent Organisation with States, with inter-governmental organisations and with documentation centres set up by virtue of agreements with such organisation.

Article 34

Voting rights

(1) The right to vote in the Administrative Council shall be restricted to the Contracting States.

(2) Each Contracting State shall have one vote, subject to the application of the provisions of Article 36.

Article 35

Voting rules

(1) The Administrative Council shall take its decisions other than those referred to in paragraph 2 by a simple majority of the Contracting States represented and voting.

(2) A majority of three-quarters of the votes of the Contracting States represented and voting shall be required for the decisions which the Administrative Council is empowered to take under Article 7, Article 11, paragraph 1, Article 33, Article 39, paragraph 1, Article 40, paragraphs 2 and 4, Article 46, Article 87, Article 95, Article 134, Article 151, paragraph 3, Article 154, paragraph 2, Article 155, paragraph 2, Article 156, Article 157, paragraphs 2 to 4, Article 160, paragraph 1, second sentence, Article 162, Article 163, Article 166, Article 167 and Article 172.

(3) Abstentions shall not be considered as votes.

Article 36

Weighting of votes

(1) In respect of the adoption or amendment of the Rules relating to Fees and, if the financial contribution to be made by the Contracting States would thereby be increased, the adoption of the budget of the Organisation and of any amending or supplementary budget, any Contracting State may require, following a first ballot in which each Contracting State shall have one vote, and whatever the result of this ballot, that a second ballot be taken immediately, in which votes shall be given to the States in accordance with paragraph 2. The decision shall be determined by the result of this second ballot.

(2) The number of votes that each Contracting State shall have in the second ballot shall be calculated as follows:

(a) the percentage obtained for each Contracting State in respect of the

approbation, à conclure, au nom de l'Organisation européenne des brevets, des accords avec des États ou des organisations intergouvernementales ainsi qu'avec des centres de documentation créés en vertu d'accords conclus avec ces organisations.

Article 34

Droit de vote

(1) Les États contractants ont seuls droit de vote au Conseil d'administration.

(2) Chaque État contractant dispose d'une voix, sous réserve de l'application des dispositions de l'article 36.

Articles 35

Votes

(1) Sous réserve des dispositions du paragraphe 2, le Conseil d'administration prend ses décisions à la majorité simple des États contractants représentés et votants.

(2) Requièrent la majorité des trois-quarts des États contractants représentés et votants, les décisions que le Conseil d'administration est compétent pour prendre en vertu des articles 7, 11 paragraphe 1, 33, 39 paragraphe 1, 40 paragraphes 2 et 4, 46, 87, 95, 134, 151 paragraphe 3, 154 paragraphe 2, 155 paragraphe 2, 156, 157 paragraphes 2 à 4, 160 paragraphe 1 deuxième phrase, 162, 163, 166, 167 et 172.

(3) L'abstention n'est pas considérée comme un vote.

Article 36

Pondération des voix

(1) Pour l'adoption et la modification du règlement relatif aux taxes ainsi que, si la charge financière des États contractants s'en trouve accrue, pour l'adoption du budget de l'Organisation et des budgets modificatifs ou additionnels, tout État contractant peut exiger, après un premier scrutin dans lequel chaque État contractant dispose d'une voix et quel que soit le résultat de ce scrutin, qu'il soit procédé immédiatement à un second scrutin dans lequel les voix sont pondérées conformément aux dispositions du paragraphe 2. La décision résulte de ce second scrutin.

(2) Le nombre de voix dont chaque État contractant dispose dans le nouveau scrutin se calcule comme suit:

a) le nombre correspondant au pourcentage qui résulte pour chaque

kel 40 Absätze 3 und 4 vorgesehenen Aufbringungsschlüssels für die besonderen Finanzbeiträge wird mit der Zahl der Vertragsstaaten multipliziert und durch fünf dividiert.

- b) Die so errechnete Stimmenzahl wird auf eine ganze Zahl aufgerundet.
- c) Dieser Stimmenzahl werden fünf weitere Stimmen hinzugezählt.
- d) Die Zahl der Stimmen eines Vertragsstaats beträgt jedoch höchstens 30.

Kapitel V

Finanzvorschriften

Artikel 37

Deckung der Ausgaben

Die Ausgaben der Organisation werden gedeckt:

- a) durch eigene Mittel der Organisation;
- b) durch Zahlungen der Vertragsstaaten auf Grund der für die Aufrechterhaltung der europäischen Patente in diesen Staaten erhobenen Gebühren;
- c) erforderlichenfalls durch besondere Finanzbeiträge der Vertragsstaaten;
- d) gegebenenfalls durch die in Artikel 146 vorgesehenen Einnahmen.

Artikel 38

Eigene Mittel der Organisation

Eigene Mittel der Organisation sind das Aufkommen an Gebühren, die in diesem Übereinkommen vorgesehen sind, sowie alle sonstigen Einnahmen.

Artikel 39

Zahlungen der Vertragsstaaten auf Grund der für die Aufrechterhaltung der europäischen Patente erhobenen Gebühren

(1) Jeder Vertragsstaat zahlt an die Organisation für jedes in diesem Staat aufrechterhaltene europäische Patent einen Betrag in Höhe eines vom Verwaltungsrat festzusetzenden Anteils an der Jahresgebühr, der 75 % nicht übersteigen darf und für alle Vertragsstaaten gleich ist. Liegt der Betrag unter einem vom Verwaltungsrat festgesetzten einheitlichen Mindestbetrag, so hat der betreffende Vertragsstaat der Organisation diesen Mindestbetrag zu zahlen.

(2) Jeder Vertragsstaat teilt der Organisation alle Angaben mit, die der

scale for the special financial contributions, pursuant to Article 40, paragraphs 3 and 4, shall be multiplied by the number of Contracting States and divided by five;

- (b) the number of votes thus given shall be rounded upwards to the next higher whole number;
- (c) five additional votes shall be added to this number;
- (d) nevertheless no Contracting State shall have more than 30 votes.

Chapter V

Financial provisions

Article 37

Cover for expenditure

The expenditure of the Organisation shall be covered:

- (a) by the Organisation's own resources;
- (b) by payments made by the Contracting States in respect of renewal fees for European patents levied in these States;
- (c) where necessary, by special financial contributions made by the Contracting States;
- (d) where appropriate, by the revenue provided for in Article 146.

Article 38

The Organisation's own resources

The Organisation's own resources shall be the yield from the fees laid down in this Convention, and also all receipts, whatever their nature.

Article 39

Payments by the Contracting States in respect of renewal fees for European patents

(1) Each Contracting State shall pay to the Organisation in respect of each renewal fee received for a European patent in that State an amount equal to a proportion of that fee, to be fixed by the Administrative Council; the proportion shall not exceed 75 per cent and shall be the same for all Contracting States. However, if the said proportion corresponds to an amount which is less than a uniform minimum amount fixed by the Administrative Council, the Contracting State shall pay that minimum to the Organisation.

(2) Each Contracting States shall communicate to the Organisation such

État contractant de la clé de répartition des contributions financières exceptionnelles prévue à l'article 40, paragraphes 3 et 4, est multiplié par le nombre d'États contractants et divisé par cinq;

- b) le nombre de voix ainsi calculé est arrondi au nombre entier supérieur;
- c) à ce nombre de voix s'ajoutent cinq voix supplémentaires;
- d) toutefois, aucun État contractant ne peut disposer de plus de trente voix.

Chapitre V

Dispositions financières

Article 37

Couverture des dépenses

Les dépenses de l'Organisation sont couvertes:

- a) par les ressources propres de l'Organisation;
- b) par les versements des États contractants au titre des taxes de maintien en vigueur des brevets européens perçues dans ces États;
- c) éventuellement, par des contributions financières exceptionnelles des États contractants; et
- d) le cas échéant, par les recettes prévues à l'article 146.

Article 38

Ressources propres de l'Organisation

Les ressources propres de l'Organisation sont constituées par le produit des taxes prévues dans la présente convention ainsi que par les autres recettes de toute nature.

Article 39

Versements des États contractants au titre des taxes de maintien en vigueur des brevets européens

(1) Chaque État contractant verse à l'Organisation au titre de chaque taxe perçue pour le maintien en vigueur d'un brevet européen dans cet État, une somme dont le montant correspond à un pourcentage de cette taxe, à fixer par le Conseil d'administration, qui ne peut excéder 75 % et est uniforme pour tous les États contractants. Si ledit pourcentage correspond à un montant inférieur au minimum uniforme fixé par le Conseil d'administration, l'État contractant verse ce minimum à l'Organisation.

(2) Chaque État contractant communique à l'Organisation tous les élé-

Verwaltungsrat für die Feststellung der Höhe dieser Zahlungen für notwendig erachtet.

(3) Die Fälligkeit der Zahlungen wird vom Verwaltungsrat festgelegt.

(4) Sind die genannten Zahlungen nicht fristgerecht in voller Höhe geleistet worden, so hat der Vertragsstaat den ausstehenden Betrag vom Fälligkeitstag an zu verzinsen.

Artikel 40

Bemessung der Gebühren und Anteile — besondere Finanzbeiträge

(1) Die Höhe der Gebühren nach Artikel 38 und der Anteil nach Artikel 39 sind so zu bemessen, daß die Einnahmen hieraus den Ausgleich des Haushalts der Organisation gewährleisten.

(2) Ist die Organisation jedoch nicht in der Lage, den Haushaltsplan nach Maßgabe des Absatzes 1 auszugleichen, so zahlen die Vertragsstaaten der Organisation besondere Finanzbeiträge, deren Höhe der Verwaltungsrat für das betreffende Haushaltsjahr festsetzt.

(3) Die besonderen Finanzbeiträge werden für jeden Vertragsstaat auf der Grundlage der Anzahl der Patentanmeldungen des vorletzten Jahrs vor dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens nach folgendem Aufbringungsschlüssel festgelegt:

- a) zur Hälfte im Verhältnis der Zahl der in dem jeweiligen Vertragsstaat eingereichten Patentanmeldungen;
- b) zur Hälfte im Verhältnis der zweithöchsten Zahl von Patentanmeldungen, die von natürlichen oder juristischen Personen mit Wohnsitz oder Sitz in dem jeweiligen Vertragsstaat in den anderen Vertragsstaaten eingereicht worden sind.

Die Beträge, die von den Staaten zu tragen sind, in denen mehr als 25 000 Patentanmeldungen eingereicht worden sind, werden jedoch zusammengefaßt und erneut im Verhältnis der Gesamtzahl der in diesen Staaten eingereichten Patentanmeldungen aufgeteilt.

(4) Kann für einen Vertragsstaat ein Beteiligungssatz nicht nach Absatz 3 ermittelt werden, so legt ihn der Verwaltungsrat im Einvernehmen mit diesem Staat fest.

information as the Administrative Council considers to be necessary to determine the amount of its payments.

(3) The due dates for these payments shall be determined by the Administrative Council.

(4) If a payment is not remitted fully by the due date, the Contracting State shall pay interest from the due date on the amount remaining unpaid.

Article 40

Level of fees and payments — Special financial contributions

(1) The amounts of the fees referred to under Article 38 and the proportion referred to under Article 39 shall be fixed at such a level as to ensure that the revenue in respect thereof is sufficient for the budget of the Organisation to be balanced.

(2) However, if the Organisation is unable to balance its budget under the conditions laid down in paragraph 1, the Contracting States shall remit to the Organisation special financial contributions, the amount of which shall be determined by the Administrative Council for the accounting period in question.

(3) These special financial contributions shall be determined in respect of any Contracting State on the basis of the number of patent applications filed in the last year but one prior to that of entry into force of this Convention, and calculated in the following manner:

- (a) one half in proportion to the number of patent applications filed in that Contracting State;
- (b) one half in proportion to the second highest number of patent applications filed in the other Contracting States by natural or legal persons having their residence or principal place of business in that Contracting State.

However, the amounts to be contributed by States in which the number of patent applications filed exceeds 25,000 shall then be taken as a whole and a new scale drawn up determined in proportion to the total number of patent applications filed in these States.

(4) Where, in respect of any Contracting State, its scale position cannot be established in accordance with paragraph 3, the Administrative Council shall, with the consent of that State, decide its scale position.

ments jugés nécessaires par le Conseil d'administration pour déterminer le montant de ces versements.

(3) La date à laquelle les versements doivent être effectués est fixée par le Conseil d'administration.

(4) Si un versement n'est pas intégralement effectué à la date fixée, l'État contractant est redevable, à compter de cette date, d'un intérêt sur le montant impayé.

Article 40

Niveau des taxes et des versements — Contributions financières exceptionnelles

(1) Le montant des taxes et le pourcentage, visés respectivement aux articles 38 et 39, doivent être déterminés de manière que les recettes correspondantes permettent d'assurer l'équilibre du budget de l'Organisation.

(2) Toutefois, lorsque l'Organisation se trouve dans l'impossibilité de réaliser l'équilibre du budget dans les conditions prévues au paragraphe 1, les États contractants versent à l'Organisation des contributions financières exceptionnelles, dont le montant est fixé par le Conseil d'administration pour l'exercice budgétaire considéré.

(3) Les contributions financières exceptionnelles sont déterminées pour chacun des États contractants par référence au nombre des demandes de brevet déposées au cours de l'avant-dernière année précédant celle de l'entrée en vigueur de la présente convention et selon la clé de répartition ci-après:

- a) pour moitié, proportionnellement au nombre des demandes de brevet déposées dans l'État contractant concerné;
- b) pour moitié, proportionnellement au nombre des demandes de brevet déposées par les personnes physiques et morales ayant leur domicile ou leur siège sur le territoire de cet État dans celui des autres États contractants placé en seconde position, dans l'ordre décroissant des dépôts effectués par lesdites personnes dans les autres États contractants.

Toutefois, les sommes mises à la charge des États dans lesquels le nombre des demandes de brevet déposées est supérieur à 25.000 sont reprises globalement et réparties à nouveau proportionnellement au nombre total des demandes de brevet déposées dans ces mêmes États.

(4) Lorsque le montant de la contribution d'un État contractant ne peut être déterminé dans les conditions visées au paragraphe 3, le Conseil d'administration fixe ce montant en accord avec l'État intéressé.

(5) Artikel 39 Absätze 3 und 4 ist auf die besonderen Finanzbeiträge entsprechend anzuwenden.

(6) Die besonderen Finanzbeiträge werden mit Zinsen zu einem Satz zurückgezahlt, der für alle Vertragsstaaten einheitlich ist. Die Rückzahlungen erfolgen, soweit zu diesem Zweck Mittel im Haushaltsplan bereitgestellt werden können; der bereitgestellte Betrag wird nach dem in den Absätzen 3 und 4 vorgesehenen Aufbringungsschlüssel auf die Vertragsstaaten verteilt.

(7) Die in einem bestimmten Haushaltsjahr gezahlten besonderen Finanzbeiträge müssen in vollem Umfang zurückgezahlt sein, bevor in einem späteren Haushaltsjahr gezahlte besondere Finanzbeiträge ganz oder teilweise zurückgezahlt werden.

Artikel 41

Vorschüsse

(1) Die Vertragsstaaten gewähren der Organisation auf Antrag des Präsidenten des Europäischen Patentamts Vorschüsse auf ihre Zahlungen und Beiträge in der vom Verwaltungsrat festgesetzten Höhe. Diese Vorschüsse werden auf die Vertragsstaaten im Verhältnis der Beträge, die von diesen Staaten für das betreffende Haushaltsjahr zu zahlen sind, aufgeteilt.

(2) Artikel 39 Absätze 3 und 4 ist auf die Vorschüsse entsprechend anzuwenden.

Artikel 42

Haushaltsplan

(1) Alle Einnahmen und Ausgaben der Organisation werden für jedes Haushaltsjahr veranschlagt und in den Haushaltsplan eingesetzt. Falls erforderlich können Berichtigungs- und Nachtragshaushaltspläne festgestellt werden.

(2) Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.

(3) Der Haushaltsplan wird in der Rechnungseinheit aufgestellt, die in der Finanzordnung bestimmt wird.

Artikel 43

Bewilligung der Ausgaben

(1) Die in den Haushaltsplan eingesetzten Ausgaben werden für ein Haushaltsjahr bewilligt, soweit die Finanzordnung nichts anderes bestimmt.

(2) Nach Maßgabe der Finanzordnung dürfen Mittel, die bis zum Ende eines Haushaltsjahrs nicht verbraucht

(5) Article 39, paragraphs 3 and 4, shall apply mutatis mutandis to the special financial contributions.

(6) The special financial contributions shall be repaid together with interest at a rate which shall be the same for all Contracting States. Repayments shall be made in so far as it is possible to provide for this purpose in the budget; the amount thus provided shall be distributed among the Contracting States in accordance with the scale mentioned in paragraphs 3 and 4 above.

(7) The special financial contributions remitted in any accounting period shall be wholly repaid before any such contributions or parts thereof remitted in any subsequent accounting period are repaid.

Article 41

Advances

(1) At the request of the President of the European Patent Office, the Contracting States shall make advances to the Organisation, on account of their payments and contributions, within the limit of the amount fixed by the Administrative Council. Such advances shall be apportioned in proportion to the amounts due by the Contracting States for the accounting period in question.

(2) Article 39, paragraphs 3 and 4, shall apply mutatis mutandis to the advances.

Article 42

Budget

(1) Income and expenditure of the Organisation shall form the subject of estimates in respect of each accounting period and shall be shown in the budget. If necessary, there may be amending or supplementary budgets.

(2) The budget shall be balanced as between income and expenditure.

(3) The budget shall be drawn up in the unit of account fixed in the Financial Regulations.

Article 43

Authorisation for expenditure

(1) The expenditure entered in the budget shall be authorised for the duration of one accounting period, unless any provisions to the contrary are contained in the Financial Regulations.

(2) Subject to the conditions to be laid down in the Financial Regulations, any appropriations, other than those

(5) Les dispositions de l'article 39, paragraphes 3 et 4, sont applicables aux contributions financières exceptionnelles.

(6) Les contributions financières exceptionnelles sont remboursées avec un intérêt dont le taux est uniforme pour tous les États contractants. Les remboursements interviennent dans la mesure où il est possible de prévoir des crédits à cet effet dans le budget et le montant ainsi prévu sera réparti entre les États contractants en fonction de la clé de répartition mentionnée aux paragraphes 3 et 4 du présent article.

(7) Les contributions financières exceptionnelles versées au cours d'un exercice déterminé sont intégralement remboursées avant qu'il ne soit procédé au remboursement total ou partiel de toute contribution exceptionnelle versée au cours d'un exercice ultérieur.

Article 41

Avances

(1) Sur demande du Président de l'Office européen des brevets, les États contractants consentent à l'Organisation des avances de trésorerie, à valoir sur leurs versements et contributions, dans la limite du montant fixé par le Conseil d'administration. Ces avances sont réparties au prorata des sommes dues par les États contractants pour l'exercice considéré.

(2) Les dispositions de l'article 39, paragraphes 3 et 4, sont applicables aux avances.

Article 42

Budget

(1) Toutes les recettes et dépenses de l'Organisation doivent faire l'objet de prévisions pour chaque exercice budgétaire et être inscrites au budget. En tant que de besoin, des budgets modificatifs ou additionnels peuvent être établis.

(2) Le budget doit être équilibré en recettes et en dépenses.

(3) Le budget est établi dans l'unité de compte fixée par le règlement financier.

Article 43

Autorisations de dépenses

(1) Les dépenses inscrites au budget sont autorisées pour la durée de l'exercice budgétaire, sauf dispositions contraires du règlement financier.

(2) Dans les conditions qui seront déterminées par le règlement financier, les crédits qui ne sont pas utili-

worden sind, lediglich auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden; eine Übertragung von Mitteln, die für personelle Ausgaben vorgesehen sind, ist nicht zulässig.

(3) Die vorgesehenen Mittel werden nach Kapiteln gegliedert, in denen die Ausgaben nach Art oder Bestimmung zusammengefaßt sind; soweit erforderlich werden die Kapitel nach der Finanzordnung unterteilt.

Artikel 44

Mittel für unvorhergesehene Ausgaben

(1) Im Haushaltsplan der Organisation können Mittel für unvorhergesehene Ausgaben veranschlagt werden.

(2) Die Verwendung dieser Mittel durch die Organisation setzt die vorherige Zustimmung des Verwaltungsrats voraus.

Artikel 45

Haushaltsjahr

Das Haushaltsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.

Artikel 46

Entwurf und Feststellung des Haushaltsplans

(1) Der Präsident des Europäischen Patentamts legt dem Verwaltungsrat den Entwurf des Haushaltsplans bis zu dem in der Finanzordnung vorgeschriebenen Zeitpunkt vor.

(2) Der Haushaltsplan sowie Berichtigungs- und Nachtragshaushaltspläne werden vom Verwaltungsrat festgestellt.

Artikel 47

Vorläufige Haushaltsführung

(1) Ist zu Beginn eines Haushaltsjahrs der Haushaltsplan vom Verwaltungsrat noch nicht festgestellt, so können nach der Finanzordnung für jedes Kapitel oder jede sonstige Untergliederung monatliche Ausgaben bis zur Höhe eines Zwölftels der im Haushaltsplan für das vorausgegangene Haushaltsjahr bereitgestellten Mittel vorgenommen werden; der Präsident des Europäischen Patentamts darf jedoch höchstens über ein Zwölftel der Mittel verfügen, die in dem Entwurf des Haushaltsplans vorgesehen sind.

(2) Der Verwaltungsrat kann unter Beachtung der sonstigen Vorschriften des Absatzes 1 Ausgaben genehmigen, die über dieses Zwölftel hinausgehen.

(3) Die in Artikel 37 Buchstabe b genannten Zahlungen werden einst-

relating to staff costs, which are unexpended at the end of the accounting period may be carried forward, but not beyond the end of the following accounting period.

(3) Appropriations shall be set out under different headings according to type and purpose of the expenditure and subdivided, as far as necessary, in accordance with the Financial Regulations.

Article 44

Appropriations for unforeseeable expenditure

(1) The budget of the Organisation may contain appropriations for unforeseeable expenditure.

(2) The employment of these appropriations by the Organisation shall be subject to the prior approval of the Administrative Council.

Article 45

Accounting period

The accounting period shall commence on 1 January and end on 31 December.

Article 46

Preparation and adoption of the budget

(1) The President of the European Patent Office shall lay the draft budget before the Administrative Council not later than the date prescribed in the Financial Regulations.

(2) The budget and any amending or supplementary budget shall be adopted by the Administrative Council.

Article 47

Provisional budget

(1) If, at the beginning of the accounting period, the budget has not been adopted by the Administrative Council, expenditures may be effected on a monthly basis per heading or other division of the budget, according to the provisions of the Financial Regulations, up to one-twelfth of the budget appropriations for the preceding accounting period, provided that the appropriations thus made available to the President of the European Patent Office shall not exceed one-twelfth of those provided for in the draft budget.

(2) The Administrative Council may, subject to the observance of the other provisions laid down in paragraph 1, authorise expenditure in excess of one-twelfth of the appropriations.

(3) The payments referred to in Article 37, sub-paragraph (b), shall

sés à la fin de l'exercice budgétaire, à l'exception de ceux relatifs aux dépenses de personnel, peuvent faire l'objet d'un report qui sera limité au seul exercice suivant.

(3) Les crédits sont spécialisés par chapitre groupant les dépenses selon leur nature ou leur destination et subdivisés, en tant que de besoin, conformément au règlement financier.

Article 44

Crédits pour dépenses imprévisibles

(1) Des crédits pour dépenses imprévisibles peuvent être inscrits au budget de l'Organisation.

(2) L'utilisation de ces crédits par l'Organisation est subordonnée à l'autorisation préalable du Conseil d'administration.

Article 45

Exercice budgétaire

L'exercice budgétaire commence le 1^{er} janvier et s'achève le 31 décembre.

Article 46

Préparation et adoption du budget

(1) Le Président de l'Office européen des brevets saisit le Conseil d'administration du projet de budget, au plus tard à la date fixée par le règlement financier.

(2) Le budget, ainsi que tout budget modificatif ou additionnel, sont arrêtés par le Conseil d'administration.

Article 47

Budget provisoire

(1) Si, au début d'un exercice budgétaire, le budget n'a pas encore été arrêté par le Conseil d'administration, les dépenses pourront être effectuées mensuellement par chapitre ou par une autre division, d'après les dispositions du règlement financier, dans la limite du douzième des crédits ouverts au budget de l'exercice précédent, sans que cette mesure puisse avoir pour effet de mettre à la disposition du Président de l'Office européen des brevets des crédits supérieurs au douzième de ceux prévus dans le projet du budget.

(2) Le Conseil d'administration peut, sous réserve que les autres conditions fixées au paragraphe premier soient respectées, autoriser les dépenses excédant le douzième.

(3) A titre provisionnel, les versements visés à l'article 37, lettre b)

weilen weiter nach Maßgabe der Bedingungen geleistet, die nach Artikel 39 für das vorausgegangene Haushaltsjahr festgelegt worden sind.

(4) Jeden Monat zahlen die Vertragsstaaten einstweilen nach dem in Artikel 40 Absätze 3 und 4 festgelegten Aufbringungsschlüssel besondere Finanzbeiträge, sofern dies notwendig ist, um die Durchführung der Absätze 1 und 2 zu gewährleisten. Artikel 39 Absatz 4 ist auf diese Beiträge entsprechend anzuwenden.

Artikel 48

Ausführung des Haushaltsplans

(1) Im Rahmen der zugewiesenen Mittel führt der Präsident des Europäischen Patentamts den Haushaltsplan sowie Berichtigungs- und Nachtragshaushaltspläne in eigener Verantwortung aus.

(2) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann im Rahmen des Haushaltsplans nach Maßgabe der Finanzordnung Mittel von Kapitel zu Kapitel oder von Untergliederung zu Untergliederung übertragen.

Artikel 49

Rechnungsprüfung

(1) Die Rechnung über alle Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsplans sowie eine Übersicht über das Vermögen und die Schulden der Organisation werden von Rechnungsprüfern geprüft, die volle Gewähr für ihre Unabhängigkeit bieten müssen und vom Verwaltungsrat für einen Zeitraum von fünf Jahren bestellt werden; die Bestellung kann verlängert oder erneuert werden.

(2) Durch die Prüfung, die anhand der Rechnungsunterlagen und erforderlichenfalls an Ort und Stelle erfolgt, wird die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Einnahmen und Ausgaben sowie die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung festgestellt. Nach Abschluß eines jeden Haushaltsjahrs erstatten die Rechnungsprüfer einen Bericht.

(3) Der Präsident des Europäischen Patentamts legt dem Verwaltungsrat jährlich die Rechnungen des abgelaufenen Haushaltsjahrs für die Rechnungsvorgänge des Haushaltsplans und die Übersicht über das Vermögen und die Schulden zusammen mit dem Bericht der Rechnungsprüfer vor.

(4) Der Verwaltungsrat genehmigt die Jahresrechnung sowie den Bericht der Rechnungsprüfer und erteilt dem Präsidenten des Europäischen Patentamts Entlastung hinsichtlich der Ausführung des Haushaltsplans.

continue to be made, on a provisional basis, under the conditions determined under Article 39 for the year preceding that to which the draft budget relates.

(4) The Contracting States shall pay each month, on a provisional basis and in accordance with the scale referred to in Article 40, paragraphs 3 and 4, any special financial contributions necessary to ensure implementation of paragraphs 1 and 2 above. Article 39, paragraph 4, shall apply mutatis mutandis to these contributions.

Article 48

Budget implementation

(1) The President of the European Patent Office shall implement the budget and any amending or supplementary budget on his own responsibility and within the limits of the allocated appropriations.

(2) Within the budget, the President of the European Patent Office may, subject to the limits and conditions laid down in the Financial Regulations, transfer funds as between the various headings or sub-headings.

Article 49

Auditing of accounts

(1) The income and expenditure account and a balance sheet of the Organisation shall be examined by auditors whose independence is beyond doubt, appointed by the Administrative Council for a period of five years, which shall be renewable or extensible.

(2) The audit, which shall be based on vouchers and shall take place, if necessary, in situ, shall ascertain that all income has been received and all expenditure effected in a lawful and proper manner and that the financial management is sound. The auditors shall draw up a report after the end of each accounting period.

(3) The President of the European Patent Office shall annually submit to the Administrative Council the accounts of the preceding accounting period in respect of the budget and the balance sheet showing the assets and liabilities of the Organisation together with the report of the auditors.

(4) The Administrative Council shall approve the annual accounts together with the report of the auditors and shall give the President of the European Patent Office a discharge in respect of the implementation of the budget.

continueront à être effectués dans les conditions fixées par l'article 39 pour l'exercice précédant celui auquel se rapporte le projet de budget.

(4) Les États contractants versent chaque mois, à titre provisionnel et conformément à la clé de répartition mentionnée à l'article 40, paragraphes 3 et 4, toutes contributions financières spéciales nécessaires en vue d'assurer l'application des paragraphes 1 et 2 du présent article. L'article 39, paragraphe 4 est applicable à ces contributions.

Article 48

Exécution du budget

(1) Le Président de l'Office européen des brevets exécute le budget ainsi que les budgets modificatifs ou additionnels, sous sa propre responsabilité et dans la limite des crédits alloués.

(2) A l'intérieur du budget, le Président de l'Office européen des brevets peut procéder, dans les limites et conditions fixées par le règlement financier, à des virements de crédits, soit de chapitre à chapitre, soit de subdivision à subdivision.

Article 49

Vérification des comptes

(1) Les comptes de la totalité des recettes et dépenses du budget, ainsi que le bilan de l'Organisation sont examinés par des commissaires aux comptes offrant toutes les garanties d'indépendance, nommés par le Conseil d'administration pour une période de cinq ans qui peut être prolongée ou renouvelée.

(2) La vérification, qui a lieu sur pièces, et au besoin sur place, a pour objet de constater la légalité et la régularité des recettes et dépenses et de s'assurer de la bonne gestion financière. Les commissaires établissent un rapport après la clôture de chaque exercice.

(3) Le Président de l'Office européen des brevets soumet chaque année au Conseil d'administration les comptes de l'exercice écoulé afférents aux opérations du budget, ainsi que le bilan de l'actif et du passif de l'Organisation, accompagnés du rapport des commissaires aux comptes.

(4) Le Conseil d'administration approuve le bilan annuel ainsi que le rapport des commissaires aux comptes et donne décharge au Président de l'Office européen des brevets pour l'exécution du budget.

Artikel 50

Finanordnung

Die Finanzordnung bestimmt insbesondere:

- a) die Art und Weise der Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie der Rechnungslegung und Rechnungsprüfung;
- b) die Art und Weise sowie das Verfahren, nach denen die in Artikel 37 vorgesehenen Zahlungen und Beiträge sowie die in Artikel 41 vorgesehenen Vorschüsse von den Vertragsstaaten der Organisation zur Verfügung zu stellen sind;
- c) die Vorschriften über die Verantwortung der Anweisungsbefugten und der Rechnungsführer sowie die entsprechenden Kontrollmaßnahmen;
- d) die Sätze der in den Artikeln 39, 40 und 47 vorgesehenen Zinsen;
- e) die Art und Weise der Berechnung der nach Artikel 146 zu leistenden Beiträge;
- f) Zusammensetzung und Aufgaben eines Haushalts- und Finanzausschusses, der vom Verwaltungsrat eingesetzt werden soll.

Artikel 51

Gebührenordnung

Die Gebührenordnung bestimmt insbesondere die Höhe der Gebühren und die Art und Weise, wie sie zu entrichten sind.

Zweiter Teil

Materielles Patentrecht

Kapitel I

Patentierbarkeit

Artikel 52

Patentfähige Erfindungen

(1) Europäische Patente werden für Erfindungen erteilt, die neu sind, auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhen und gewerblich anwendbar sind.

(2) Als Erfindungen im Sinn des Absatzes 1 werden insbesondere nicht angesehen:

- a) Entdeckungen sowie wissenschaftliche Theorien und mathematische Methoden;
- b) ästhetische Formschöpfungen;
- c) Pläne, Regeln und Verfahren für gedankliche Tätigkeiten, für Spiele

Article 50

Financial Regulations

The Financial Regulations shall in particular establish:

- (a) the procedure relating to the establishment and implementation of the budget and for the rendering and auditing of accounts;
- (b) the method and procedure whereby the payments and contributions provided for in Article 37 and the advances provided for in Article 41 are to be made available to the Organisation by the Contracting States;
- (c) the rules concerning the responsibilities of accounting and paying officers and the arrangements for their supervision;
- (d) the rates of interest provided for in Articles 39, 40 and 47;
- (e) the method of calculating the contributions payable by virtue of Article 146;
- (f) the composition of and duties to be assigned to a Budget and Finance Committee which should be set up by the Administrative Council.

Article 51

Rules relating to Fees

The Rules relating to Fees shall determine in particular the amounts of the fees and the ways in which they are to be paid.

Part II

Substantive Patent Law

Chapter I

Patentability

Article 52

Patentable inventions

(1) European patents shall be granted for any inventions which are susceptible of industrial application, which are new and which involve an inventive step.

(2) The following in particular shall not be regarded as inventions within the meaning of paragraph 1:

- (a) discoveries, scientific theories and mathematical methods;
- (b) aesthetic creations;
- (c) schemes, rules and methods for performing mental acts, playing

Article 50

Règlement financier

Le règlement financier détermine notamment:

- a) les modalités relatives à l'établissement et à l'exécution du budget ainsi qu'à la reddition et à la vérification des comptes;
- b) les modalités et la procédure selon lesquelles les versements et contributions prévus à l'article 37, ainsi que les avances prévues à l'article 41, doivent être mis à la disposition de l'Organisation par les États contractants;
- c) les règles et l'organisation du contrôle et la responsabilité des ordonnateurs et comptables;
- d) les taux d'intérêt prévus aux articles 39, 40 et 47;
- e) les modalités de calcul des contributions à verser au titre de l'article 146;
- f) la composition et les tâches d'une commission du budget et des finances qui devrait être instituée par le Conseil d'administration.

Article 51

Règlement relatif aux taxes

Le règlement relatif aux taxes fixe notamment le montant des taxes et leur mode de perception.

Deuxième Partie

Droit des brevets

Chapitre I

Brevetabilité

Article 52

Inventions brevetables

(1) Les brevets européens sont délivrés pour les inventions nouvelles impliquant une activité inventive et susceptibles d'application industrielle.

(2) Ne sont pas considérés comme des inventions au sens du paragraphe 1 notamment:

- a) les découvertes ainsi que les théories scientifiques et les méthodes mathématiques;
- b) les créations esthétiques;
- c) les plans, principes et méthodes dans l'exercice d'activités intellec-

oder für geschäftliche Tätigkeiten sowie Programme für Datenverarbeitungsanlagen;

d) die Wiedergabe von Informationen.

(3) Absatz 2 steht der Patentfähigkeit der in dieser Vorschrift genannten Gegenstände oder Tätigkeiten nur insoweit entgegen, als sich die europäische Patentanmeldung oder das europäische Patent auf die genannten Gegenstände oder Tätigkeiten als solche bezieht.

(4) Verfahren zur chirurgischen oder therapeutischen Behandlung des menschlichen oder tierischen Körpers und Diagnostizierverfahren, die am menschlichen oder tierischen Körper vorgenommen werden, gelten nicht als gewerblich anwendbare Erfindungen im Sinn des Absatzes 1. Dies gilt nicht für Erzeugnisse, insbesondere Stoffe oder Stoffgemische, zur Anwendung in einem der vorstehend genannten Verfahren.

Artikel 53

Ausnahmen von der Patentierbarkeit

Europäische Patente werden nicht erteilt für:

- a) Erfindungen, deren Veröffentlichung oder Verwertung gegen die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten verstoßen würde; ein solcher Verstoß kann nicht allein aus der Tatsache hergeleitet werden, daß die Verwertung der Erfindung in allen oder einem Teil der Vertragsstaaten durch Gesetz oder Verwaltungsvorschrift verboten ist;
- b) Pflanzensorten oder Tierarten sowie für im wesentlichen biologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen oder Tieren; diese Vorschrift ist auf mikrobiologische Verfahren und auf die mit Hilfe dieser Verfahren gewonnenen Erzeugnisse nicht anzuwenden.

Artikel 54

Neuheit

(1) Eine Erfindung gilt als neu, wenn sie nicht zum Stand der Technik gehört.

(2) Den Stand der Technik bildet alles, was vor dem Anmeldetag der europäischen Patentanmeldung der Öffentlichkeit durch schriftliche oder mündliche Beschreibung, durch Benutzung oder in sonstiger Weise zugänglich gemacht worden ist.

(3) Als Stand der Technik gilt auch der Inhalt der europäischen Patentanmeldungen in der ursprünglich eingereichten Fassung, deren Anmeldetag vor dem in Absatz 2 genannten Tag liegt und die erst an oder nach

games or doing business, and programs for computers;

(d) presentations of information.

(3) The provisions of paragraph 2 shall exclude patentability of the subject-matter or activities referred to in that provision only to the extent to which a European patent application or European patent relates to such subject-matter or activities as such.

(4) Methods for treatment of the human or animal body by surgery or therapy and diagnostic methods practised on the human or animal body shall not be regarded as inventions which are susceptible of industrial application within the meaning of paragraph 1. This provision shall not apply to products, in particular substances or compositions, for use in any of these methods.

Article 53

Exceptions to patentability

European patents shall not be granted in respect of:

- (a) inventions the publication or exploitation of which would be contrary to "ordre public" or morality, provided that the exploitation shall not be deemed to be so contrary merely because it is prohibited by law or regulation in some or all of the Contracting States;
- (b) plant or animal varieties or essentially biological processes for the production of plants or animals; this provision does not apply to microbiological processes or the products thereof.

Article 54

Novelty

(1) An invention shall be considered to be new if it does not form part of the state of the art.

(2) The state of the art shall be held to comprise everything made available to the public by means of a written or oral description, by use, or in any other way, before the date of filing of the European patent application.

(3) Additionally, the content of European patent applications as filed, of which the dates of filing are prior to the date referred to in paragraph 2 and which were published under Article 93 on or after that date, shall be

tuelles, en matière de jeu ou dans le domaine des activités économiques, ainsi que les programmes d'ordinateurs;

d) les présentations d'informations.

(3) Les dispositions du paragraphe 2 n'excluent la brevetabilité des éléments énumérés auxdites dispositions que dans la mesure où la demande de brevet européen ou le brevet européen ne concerne que l'un de ces éléments, considéré en tant que tel.

(4) Ne sont pas considérées comme des inventions susceptibles d'application industrielle au sens du paragraphe 1, les méthodes de traitement chirurgical ou thérapeutique du corps humain ou animal et les méthodes de diagnostic appliquées au corps humain ou animal. Cette disposition ne s'applique pas aux produits, notamment aux substances ou compositions, pour la mise en œuvre d'une de ces méthodes.

Article 53

Exceptions à la brevetabilité

Les brevets européens ne sont pas délivrés pour:

- a) les inventions dont la publication ou la mise en œuvre serait contraire à l'ordre public ou aux bonnes mœurs, la mise en œuvre d'une invention ne pouvant être considérée comme telle du seul fait qu'elle est interdite, dans tous les États contractants ou dans l'un ou plusieurs d'entre eux, par une disposition légale ou réglementaire;
- b) les variétés végétales ou les races animales ainsi que les procédés essentiellement biologique d'obtention de végétaux ou d'animaux, cette disposition ne s'appliquant pas aux procédés microbiologiques et aux produits obtenus par ces procédés.

Article 54

Nouveauté

(1) Une invention est considérée comme nouvelle si elle n'est pas comprise dans l'état de la technique.

(2) L'état de la technique est constitué par tout ce qui a été rendu accessible au public avant la date de dépôt de la demande de brevet européen par une description écrite ou orale, un usage ou tout autre moyen.

(3) Est également considéré comme compris dans l'état de la technique le contenu de demandes de brevet européen telles qu'elles ont été déposées, qui ont une date de dépôt antérieure à celle mentionnée au para-

diesem Tag nach Artikel 93 veröffentlicht worden sind.

(4) Absatz 3 ist nur insoweit anzuwenden, als ein für die spätere europäische Patentanmeldung benannter Vertragsstaat auch für die veröffentlichte frühere Anmeldung benannt worden ist.

(5) Gehören Stoffe oder Stoffgemische zum Stand der Technik, so wird ihre Patentfähigkeit durch die Absätze 1 bis 4 nicht ausgeschlossen, sofern sie zur Anwendung in einem der in Artikel 52 Absatz 4 genannten Verfahren bestimmt sind und ihre Anwendung zu einem dieser Verfahren nicht zum Stand der Technik gehört.

Artikel 55

Unschädliche Offenbarungen

(1) Für die Anwendung des Artikels 54 bleibt eine Offenbarung der Erfindung außer Betracht, wenn sie nicht früher als sechs Monate vor Einreichung der europäischen Patentanmeldung erfolgt ist und unmittelbar oder mittelbar zurückgeht:

- a) auf einen offensichtlichen Mißbrauch zum Nachteil des Anmelders oder seines Rechtsvorgängers oder
- b) auf die Tatsache, daß der Anmelder oder sein Rechtsvorgänger die Erfindung auf amtlichen oder amtlich anerkannten Ausstellungen im Sinn des am 22. November 1928 in Paris unterzeichneten und zuletzt am 30. November 1972 revidierten Übereinkommens über internationale Ausstellungen zur Schau gestellt hat.

(2) Im Fall des Absatzes 1 Buchstabe b ist Absatz 1 nur anzuwenden, wenn der Anmelder bei Einreichung der europäischen Patentanmeldung angibt, daß die Erfindung tatsächlich zur Schau gestellt worden ist, und innerhalb der Frist und unter den Bedingungen, die in der Ausführungsordnung vorgeschrieben sind, eine entsprechende Bescheinigung einreicht.

Artikel 56

Erfinderische Tätigkeit

Eine Erfindung gilt als auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhend, wenn sie sich für den Fachmann nicht in naheliegender Weise aus dem Stand der Technik ergibt. Gehören zum Stand der Technik auch Unterlagen im Sinn des Artikels 54 Absatz 3, so werden diese bei der Beurteilung der erfinderischen Tätigkeit nicht in Betracht gezogen.

considered as comprised in the state of the art.

(4) Paragraph 3 shall be applied only in so far as a Contracting State designated in respect of the later application, was also designated in respect of the earlier application as published.

(5) The provisions of paragraphs 1 to 4 shall not exclude the patentability of any substance or composition, comprised in the state of the art, for use in a method referred to in Article 52, paragraph 4, provided that its use for any method referred to in that paragraph is not comprised in the state of the art.

Article 55

Non-prejudicial disclosures

(1) For the application of Article 54 a disclosure of the invention shall not be taken into consideration if it occurred no earlier than six months preceding the filing of the European patent application and if it was due to, or in consequence of:

- a) an evident abuse in relation to the applicant or his legal predecessor, or
- b) the fact that the applicant or his legal predecessor has displayed the invention at an official, or officially recognised, international exhibition falling within the terms of the Convention on international exhibitions signed at Paris on 22 November 1928 and last revised on 30 November 1972.

(2) In the case of paragraph 1 (b), paragraph 1 shall apply only if the applicant states, when filing the European patent application, that the invention has been so displayed and files a supporting certificate within the period and under the conditions laid down in the Implementing Regulations.

Article 56

Inventive step

An invention shall be considered as involving an inventive step if, having regard to the state of the art, it is not obvious to a person skilled in the art. If the state of the art also includes documents within the meaning of Article 54, paragraph 3, these documents are not to be considered in deciding whether there has been an inventive step.

graphe 2 et qui n'ont été publiées, en vertu de l'article 93, qu'à cette date ou qu'à une date postérieure.

(4) Le paragraphe 3 n'est applicable que dans la mesure où un État contractant désigné dans la demande ultérieure l'était également dans la demande antérieure publiée.

(5) Les dispositions des paragraphes 1 à 4 n'excluent pas la brevetabilité, pour la mise en œuvre d'une des méthodes visées à l'article 52, paragraphe 4, d'une substance ou composition exposée dans l'état de la technique, à condition que son utilisation pour toute méthode visée audit paragraphe ne soit pas contenue dans l'état de la technique.

Article 55

Divulgations non opposables

(1) Pour l'application de l'article 54, une divulgation de l'invention n'est pas prise en considération si elle n'est pas intervenue plus tôt que six mois avant le dépôt de la demande de brevet européen et si elle résulte directement ou indirectement:

- a) d'un abus évident à l'égard du demandeur ou de son prédécesseur en droit ou
- b) du fait que le demandeur ou son prédécesseur en droit a exposé l'invention dans des expositions officielles ou officiellement reconnues au sens de la Convention concernant les expositions internationales, signée à Paris le 22 novembre 1928 et révisée en dernier lieu le 30 novembre 1972.

(2) Dans le cas visé sous la lettre b) du paragraphe 1, ce dernier n'est applicable que si le demandeur déclare, lors du dépôt de la demande, que l'invention a été réellement exposée et produit une attestation à l'appui de sa déclaration dans le délai et dans les conditions prévus par le règlement d'exécution.

Article 56

Activité inventive

Une invention est considérée comme impliquant une activité inventive si, pour un homme du métier, elle ne découle pas d'une manière évidente de l'état de la technique. Si l'état de la technique comprend des documents visés à l'article 54, paragraphe 3, ils ne sont pas pris en considération pour l'appréciation de l'activité inventive.

Artikel 57

Gewerbliche Anwendbarkeit

Eine Erfindung gilt als gewerblich anwendbar, wenn ihr Gegenstand auf irgendeinem gewerblichen Gebiet einschließlich der Landwirtschaft hergestellt oder benutzt werden kann.

Article 57

Industrial application

An invention shall be considered as susceptible of industrial application if it can be made or used in any kind of industry, including agriculture.

Article 57

Application industrielle

Une invention est considérée comme susceptible d'application industrielle si son objet peut être fabriqué ou utilisé dans tout genre d'industrie, y compris l'agriculture.

Kapitel II

Zur Einreichung und Erlangung des Europäischen Patents berechtigte Personen — Erfindernennung

Chapter II

Persons entitled to apply for and obtain European patents — Mention of the inventor

Chapitre II

Personnes habilitées à demander et à obtenir un brevet européen — Designation de l'inventeur

Artikel 58

Recht zur Anmeldung europäischer Patente

Jede natürliche oder juristische Person und jede einer juristischen Person nach dem für sie maßgebenden Recht gleichgestellte Gesellschaft kann die Erteilung eines europäischen Patents beantragen.

Article 58

Entitlement to file a European patent application

A European patent application may be filed by any natural or legal person, or any body equivalent to a legal person by virtue of the law governing it.

Article 58

Habilitation à déposer une demande de brevet européen

Toute personne physique ou morale et toute société, assimilée à une personne morale en vertu du droit dont elle relève, peut demander un brevet européen.

Artikel 59

Mehrere Anmelder

Die europäische Patentanmeldung kann auch von gemeinsamen Anmeldern oder von mehreren Anmeldern, die verschiedene Vertragsstaaten benennen, eingereicht werden.

Article 59

Multiple applicants

A European patent application may also be filed either by joint applicants or by two or more applicants designating different Contracting States.

Article 59

Pluralité de demandeurs

Une demande de brevet européen peut être également déposée soit par des codemandeurs, soit par plusieurs demandeurs qui désignent des États contractants différents.

Artikel 60

Recht auf das europäische Patent

(1) Das Recht auf das europäische Patent steht dem Erfinder oder seinem Rechtsnachfolger zu. Ist der Erfinder ein Arbeitnehmer, so bestimmt sich das Recht auf das europäische Patent nach dem Recht des Staats, in dem der Arbeitnehmer überwiegend beschäftigt ist; ist nicht festzustellen, in welchem Staat der Arbeitnehmer überwiegend beschäftigt ist, so ist das Recht des Staats anzuwenden, in dem der Arbeitgeber den Betrieb unterhält, dem der Arbeitnehmer angehört.

Article 60

Right to a European patent

(1) The right to a European patent shall belong to the inventor or his successor in title. If the inventor is an employee the right to the European patent shall be determined in accordance with the law of the State in which the employee is mainly employed; if the State in which the employee is mainly employed cannot be determined, the law to be applied shall be that of the State in which the employer has his place of business to which the employee is attached.

Article 60

Droit au brevet européen

(1) Le droit au brevet européen appartient à l'inventeur ou à son ayant cause. Si l'inventeur est un employé, le droit au brevet européen est défini selon le droit de l'État sur le territoire duquel l'employé exerce son activité principale; si l'État sur le territoire duquel s'exerce l'activité principale ne peut être déterminé, le droit applicable est celui de l'État sur le territoire duquel se trouve l'établissement de l'employeur auquel l'employé est attaché.

(2) Haben mehrere eine Erfindung unabhängig voneinander gemacht, so steht das Recht auf das europäische Patent demjenigen zu, dessen europäische Patentanmeldung den früheren Anmeldetag hat; dies gilt jedoch nur, wenn diese frühere Anmeldung nach Artikel 93 veröffentlicht worden ist und nur mit Wirkung für die in der veröffentlichten früheren Anmeldung benannten Vertragsstaaten.

(2) If two or more persons have made an invention independently of each other, the right to the European patent shall belong to the person whose European patent application has the earliest date of filing; however, this provision shall apply only if this first application has been published under Article 93 and shall only have effect in respect of the Contracting States designated in that application as published.

(2) Si plusieurs personnes ont réalisé l'invention indépendamment l'une de l'autre, le droit au brevet européen appartient à celle qui a déposé la demande de brevet dont la date de dépôt est la plus ancienne; toutefois, cette disposition n'est applicable que si la première demande a été publiée en vertu de l'article 93 et elle n'a d'effet que dans les États contractants désignés dans cette première demande telle qu'elle a été publiée.

(3) Im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt gilt der Anmelder als berechtigt, das Recht auf das europäische Patent geltend zu machen.

(3) For the purposes of proceedings before the European Patent Office, the applicant shall be deemed to be entitled to exercise the right to the European patent.

(3) Dans la procédure devant l'Office européen des brevets, le demandeur est réputé habilité à exercer le droit au brevet européen.

Artikel 61

Anmeldung europäischer Patente durch Nichtberechtigte

(1) Wird durch rechtskräftige Entscheidung der Anspruch auf Erteilung eines europäischen Patents einer in Artikel 60 Absatz 1 genannten Person, die nicht der Anmelder ist, zugesprochen, so kann diese Person, sofern das europäische Patent noch nicht erteilt worden ist, innerhalb von drei Monaten nach Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung in Bezug auf die in der europäischen Patentanmeldung benannten Vertragsstaaten, in denen die Entscheidung ergangen oder anerkannt worden ist oder auf Grund des diesem Übereinkommen beigefügten Anerkennungsprotokolls anzuerkennen ist,

- a) die europäische Patentanmeldung an Stelle des Anmelders als eigene Anmeldung weiterverfolgen,
- b) eine neue europäische Patentanmeldung für dieselbe Erfindung einreichen oder
- c) beantragen, daß die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen wird.

(2) Auf eine nach Absatz 1 eingereichte neue europäische Patentanmeldung ist Artikel 76 Absatz 1 entsprechend anzuwenden.

(3) Das Verfahren zur Durchführung des Absatzes 1, die besonderen Erfordernisse für eine nach Absatz 1 eingereichte neue europäische Patentanmeldung und die Frist zur Zahlung der Anmeldegebühr, der Recherchengebühr und der Benennungsgebühren für die neue Anmeldung sind in der Ausführungsordnung vorgeschrieben.

Artikel 62

Anspruch auf Erfindernennung

Der Erfinder hat gegenüber dem Anmelder oder Inhaber des europäischen Patents das Recht, vor dem Europäischen Patentamt als Erfinder genannt zu werden.

Kapitel III

Wirkungen des europäischen Patents und der europäischen Patentanmeldung

Artikel 63

Laufzeit des europäischen Patents

(1) Die Laufzeit des europäischen Patents beträgt zwanzig Jahre, gerechnet vom Anmeldetag an.

(2) Absatz 1 läßt das Recht eines Vertragsstaats unberührt, die Laufzeit

Article 61

European patent applications by persons not having the right to a European patent

(1) If by a final decision it is adjudged that a person referred to in Article 60, paragraph 1, other than the applicant, is entitled to the grant of a European patent, that person may, within a period of three months after the decision has become final, provided that the European patent has not yet been granted, in respect of those Contracting States designated in the European patent application in which the decision has been taken or recognised, or has to be recognised on the basis of the Protocol on Recognition annexed to this Convention:

- (a) prosecute the application as his own application in place of the applicant,
- (b) file a new European patent application in respect of the same invention, or
- (c) request that the application be refused.

(2) The provisions of Article 76, paragraph 1, shall apply mutatis mutandis to a new application filed under paragraph 1.

(3) The procedure to be followed in carrying out the provisions of paragraph 1, the special conditions applying to a new application filed under paragraph 1 and the time limit for paying the filing, search and designation fees on it are laid down in the Implementing Regulations.

Article 62

Right of the inventor to be mentioned

The inventor shall have the right, vis-à-vis the applicant for or proprietor of a European patent, to be mentioned as such before the European Patent Office.

Chapter III

Effects of the European patent and the European patent application

Article 63

Term of the European patent

(1) The term of the European patent shall be 20 years as from the date of filing of the application.

(2) Nothing in the preceding paragraph shall limit the right of a Con-

Article 61

Demande de brevet européen par une personne non habilitée

(1) Si une décision passée en force de chose jugée a reconnu le droit à l'obtention du brevet européen à une personne visée à l'article 60, paragraphe 1, autre que le demandeur, et à condition que le brevet européen n'ait pas encore été délivré, cette personne peut, dans un délai de trois mois après que la décision est passée en force de chose jugée, et en ce qui concerne les États contractants désignés dans la demande de brevet européen dans lesquels la décision a été rendue ou reconnue, ou doit être reconnue en vertu du protocole sur la reconnaissance, annexé à la présente convention:

- a) poursuivre, aux lieu et place du demandeur, la procédure relative à la demande, en prenant cette demande à son compte,
- b) déposer une nouvelle demande de brevet européen pour la même invention, ou
- c) demander le rejet de la demande.

(2) Les dispositions de l'article 76, paragraphe 1, sont applicables à toute nouvelle demande déposée en vertu des dispositions du paragraphe 1.

(3) Les procédures destinées à assurer l'application du paragraphe 1, les dispositions particulières applicables à la nouvelle demande de brevet européen déposée en application du paragraphe 1, ainsi que le délai pour le paiement des taxes de dépôt, de recherche et de désignation exigibles au titre de cette demande sont fixés par le règlement d'exécution.

Article 62

Droit de l'inventeur à être désigné

L'inventeur a le droit, à l'égard du titulaire de la demande de brevet européen ou du brevet européen, d'être désigné en tant que tel auprès de l'Office européen des brevets.

Chapitre III

Effets du brevet européen et de la demande de brevet européen

Article 63

Durée du brevet européen

(1) La durée du brevet européen est de vingt années à compter de la date de dépôt de la demande.

(2) Le paragraphe 1 ne saurait limiter le droit d'un État contractant de

eines europäischen Patents im Kriegsfall oder in einer vergleichbaren Krisenlage dieses Staats zu den gleichen Bedingungen zu verlängern, die für die Laufzeit der nationalen Patente dieses Staats gelten.

Artikel 64

Rechte aus dem europäischen Patent

(1) Das europäische Patent gewährt seinem Inhaber von dem Tag der Bekanntmachung des Hinweises auf seine Erteilung an in jedem Vertragsstaat, für den es erteilt ist, vorbehaltlich Absatz 2 dieselben Rechte, die ihm ein in diesem Staat erteiltes nationales Patent gewähren würde.

(2) Ist Gegenstand des europäischen Patents ein Verfahren, so erstreckt sich der Schutz auch auf die durch das Verfahren unmittelbar hergestellten Erzeugnisse.

(3) Eine Verletzung des europäischen Patents wird nach nationalem Recht behandelt.

Artikel 65

Übersetzung der europäischen Patentschrift

(1) Jeder Vertragsstaat kann für den Fall, daß die Fassung, in der das Europäische Patentamt für diesen Staat ein europäisches Patent zu erteilen oder in geänderter Fassung aufrechtzuerhalten beabsichtigt, nicht in einer seiner Amtssprachen vorliegt, vorschreiben, daß der Anmelder oder Patentinhaber bei der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eine Übersetzung der Fassung nach seiner Wahl in einer der Amtssprachen dieses Staats oder, soweit der betreffende Staat die Verwendung einer bestimmten Amtssprache vorgeschrieben hat, in dieser Amtssprache einzureichen hat. Die Frist für die Einreichung der Übersetzung beträgt drei Monate nach Beginn der in Artikel 97 Absatz 2 Buchstabe b oder gegebenenfalls in Artikel 102 Absatz 3 Buchstabe b genannten Frist, sofern nicht der betreffende Staat eine längere Frist vorschreibt.

(2) Jeder Vertragsstaat, der eine Vorschrift nach Absatz 1 erlassen hat, kann vorschreiben, daß der Anmelder oder Patentinhaber innerhalb einer von diesem Staat bestimmten Frist die Kosten für eine Veröffentlichung der Übersetzung ganz oder teilweise zu entrichten hat.

(3) Jeder Vertragsstaat kann vorschreiben, daß im Fall der Nichtbeachtung einer auf Grund der Absätze 1 und 2 erlassenen Vorschrift die Wirkungen des europäischen Patents in diesem Staat als von Anfang an nicht eingetreten gelten.

tracting State to extend the term of a European patent under the same conditions as those applying to its national patents, in order to take into account a state of war or similar emergency conditions affecting that State.

Article 64

Rights conferred by a European patent

(1) A European patent shall, subject to the provisions of paragraph 2, confer on its proprietor from the date of publication of the mention of its grant, in each Contracting State in respect of which it is granted, the same rights as would be conferred by a national patent granted in that State.

(2) If the subject-matter of the European patent is a process, the protection conferred by the patent shall extend to the products directly obtained by such process.

(3) Any infringement of a European patent shall be dealt with by national law.

Article 65

Translation of the specification of the European patent

(1) Any Contracting State may prescribe that if the text, in which the European Patent Office intends to grant a European patent or maintain a European patent as amended for that State, is not drawn up in one of its official languages, the applicant for or proprietor of the patent shall supply to its central industrial property office a translation of this text in one of its official languages at his option or, where that State has prescribed the use of one specific official language, in that language. The period for supplying the translation shall be three months after the start of the time limit referred to in Article 97, paragraph 2 (b), or Article 102, paragraph 3 (b), unless the State concerned prescribes a longer period.

(2) Any Contracting State which has adopted provisions pursuant to paragraph 1 may prescribe that the applicant for or proprietor of the patent must pay all or part of the costs of publication of such translation within a period laid down by that State.

(3) Any Contracting State may prescribe that in the event of failure to observe the provisions adopted in accordance with paragraphs 1 and 2, the European patent shall be deemed to be void ab initio in that State.

prolonger la durée d'un brevet européen aux mêmes conditions que celles de ses brevets nationaux, pour tenir compte d'un état de guerre ou d'un état de crise comparable affectant ledit État.

Article 64

Droits conférés par le brevet européen

(1) Sous réserve du paragraphe 2, le brevet européen confère à son titulaire, à compter du jour de la publication de la mention de sa délivrance et dans chacun des États contractants pour lesquels il a été délivré, les mêmes droits que lui conférerait un brevet national délivré dans cet État.

(2) Si l'objet du brevet européen porte sur un procédé, les droits conférés par ce brevet s'étendent aux produits obtenus directement par ce procédé.

(3) Toute contrefaçon du brevet européen est appréciée conformément aux dispositions de la législation nationale.

Article 65

Traduction du fascicule du brevet européen

(1) Tout État contractant peut prescrire, lorsque le texte dans lequel l'Office européen des brevets envisage de délivrer un brevet européen pour cet État ou de maintenir pour ledit État un brevet européen sous sa forme modifiée n'est pas rédigé dans une des langues officielles de l'État considéré, que le demandeur ou le titulaire du brevet doit fournir au service central de la propriété industrielle une traduction de ce texte dans l'une de ces langues officielles, à son choix, ou, dans la mesure où l'État en question a imposé l'utilisation d'une langue officielle déterminée, dans cette dernière langue. La traduction doit être produite dans un délai de trois mois commençant à courir du point de départ, soit du délai visé à l'article 97, paragraphe 2, lettre b), soit, le cas échéant, du délai visé à l'article 102, paragraphe 3, lettre b), à moins que l'État considéré n'accorde un délai plus long.

(2) Tout État contractant qui a adopté des dispositions en vertu du paragraphe 1 peut prescrire que le demandeur ou le titulaire du brevet acquitte, dans un délai fixé par cet État, tout ou partie des frais de publication de la traduction.

(3) Tout État contractant peut prescrire que, si les dispositions adoptées en vertu des paragraphes 1 et 2 ne sont pas observées, le brevet européen est, dès l'origine, réputé sans effet dans cet État.

Artikel 66

Wirkung der europäischen Patentanmeldung als nationale Hinterlegung

Eine europäische Patentanmeldung, deren Anmeldetag feststeht, hat in den benannten Vertragsstaaten die Wirkung einer vorschriftsmäßigen nationalen Hinterlegung, gegebenenfalls mit der für die europäische Patentanmeldung in Anspruch genommenen Priorität.

Artikel 67

Rechte aus der europäischen Patentanmeldung nach Veröffentlichung

(1) Die Europäische Patentanmeldung gewährt dem Anmelder vom Tag ihrer Veröffentlichung nach Artikel 93 an in den in der Veröffentlichung angegebenen benannten Vertragsstaaten einstweilen den Schutz nach Artikel 64.

(2) Jeder Vertragsstaat kann vorsehen, daß die europäische Patentanmeldung nicht den Schutz nach Artikel 64 gewährt. Der Schutz, der mit der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung verbunden ist, darf jedoch nicht geringer sein als der Schutz, der sich auf Grund des Rechts des betreffenden Staats aus der zwingend vorgeschriebenen Veröffentlichung der ungeprüften nationalen Patentanmeldungen ergibt. Zumindest hat jeder Vertragsstaat vorzusehen, daß der Anmelder für die Zeit von der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung an von demjenigen, der die Erfindung in diesem Vertragsstaat unter Voraussetzungen benutzt hat, die nach dem nationalen Recht im Fall der Verletzung eines nationalen Patents sein Verschulden begründen würden, eine den Umständen nach angemessene Entschädigung verlangen kann.

(3) Jeder Vertragsstaat kann für den Fall, daß eine seiner Amtssprachen nicht die Verfahrenssprache ist, vorsehen, daß der einstweilige Schutz nach den Absätzen 1 und 2 erst von dem Tag an eintritt, an dem eine Übersetzung der Patentansprüche nach Wahl des Anmelders in einer der Amtssprachen dieses Staats oder, soweit der betreffende Staat die Verwendung einer bestimmten Amtssprache vorgeschrieben hat, in dieser Amtssprache

- a) der Öffentlichkeit unter den nach nationalem Recht vorgesehenen Voraussetzungen zugänglich gemacht worden ist oder
- b) demjenigen übermittelt worden ist, der die Erfindung in diesem Vertragsstaat benutzt.

(4) Die in den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Wirkungen der euro-

Article 66

Equivalence of European filing with national filing

A European patent application which has been accorded a date of filing shall, in the designated Contracting States, be equivalent to a regular national filing, where appropriate with the priority claimed for the European patent application.

Article 67

Rights conferred by a European patent application after publication

(1) A European patent application shall, from the date of its publication under Article 93, provisionally confer upon the applicant such protection as is conferred by Article 64, in the Contracting States designated in the application as published.

(2) Any Contracting State may prescribe that a European patent application shall not confer such protection as is conferred by Article 64. However, the protection attached to the publication of the European patent application may not be less than that which the laws of the State concerned attach to the compulsory publication of unexamined national patent applications. In any event, every State shall ensure at least that, from the date of publication of a European patent application, the applicant can claim compensation reasonable in the circumstances from any person who has used the invention in the said State in circumstances where that person would be liable under national law for infringement of a national patent.

(3) Any Contracting State which does not have as an official language the language of the proceedings, may prescribe that provisional protection in accordance with paragraphs 1 and 2 above shall not be effective until such time as a translation of the claims in one of its official languages at the option of the applicant or, where that State has prescribed the use of one specific official language, in that language:

- (a) has been made available to the public in the manner prescribed by national law, or
- (b) has been communicated to the person using the invention in the said State.

(4) The European patent application shall be deemed never to have had

Article 66

Valeur de dépôt national du dépôt européen

La demande de brevet européen à laquelle une date de dépôt a été accordée a, dans les États contractants désignés, la valeur d'un dépôt national régulier, compte tenu, le cas échéant, du droit de priorité invoqué à l'appui de la demande de brevet européen.

Article 67

Droits conférés par la demande de brevet européen après sa publication

(1) A compter de sa publication en vertu de l'article 93, la demande de brevet européen assure provisoirement au demandeur, dans les États contractants désignés dans la demande de brevet telle que publiée, la protection prévue à l'article 64.

(2) Chaque État contractant peut prévoir que la demande de brevet européen n'assure pas la protection prévue à l'article 64. Toutefois, la protection attachée à la publication de la demande de brevet européen ne peut être inférieure à celle que la législation de l'État considéré attache à la publication obligatoire des demandes de brevet national non examinées. En tout état de cause, chaque État contractant doit, pour le moins, prévoir qu'à partir de la publication de la demande de brevet européen, le demandeur peut exiger une indemnité raisonnable, fixée suivant les circonstances, de toute personne ayant exploité, dans cet État contractant, l'invention qui fait l'objet de la demande de brevet européen, dans des conditions qui, selon le droit national, mettraient en jeu sa responsabilité s'il s'agissait d'une contrefaçon d'un brevet national.

(3) Chaque État contractant qui n'a pas comme langue officielle la langue de la procédure peut prévoir que la protection provisoire visée aux paragraphes 1 et 2 n'est assurée qu'à partir de la date à laquelle une traduction des revendications, soit dans l'une des langues officielles de cet État, au choix du demandeur, soit, dans la mesure où l'État en question a imposé l'utilisation d'une langue officielle déterminée, dans cette dernière langue:

- a) a été rendue accessible au public, dans les conditions prévues par sa législation nationale, ou
- b) a été remise à la personne exploitant, dans celui-ci, l'invention qui fait l'objet de la demande de brevet européen.

(4) Les effets de la demande de brevet européen prévus aux paragraphes

päischen Patentanmeldung gelten als von Anfang an nicht eingetreten, wenn die europäische Patentanmeldung zurückgenommen worden ist, als zurückgenommen gilt oder rechtskräftig zurückgewiesen worden ist. Das gleiche gilt für die Wirkungen der europäischen Patentanmeldung in einem Vertragsstaat, dessen Benennung zurückgenommen worden ist oder als zurückgenommen gilt.

Artikel 68

Wirkung des Widerrufs des europäischen Patents

Die in den Artikeln 64 und 67 vorgesehenen Wirkungen der europäischen Patentanmeldung und des darauf erteilten europäischen Patents gelten in dem Umfang, in dem das Patent im Einspruchsverfahren widerrufen ist, als von Anfang an nicht eingetreten.

Artikel 69

Schutzbereich

(1) Der Schutzbereich des europäischen Patents und der europäischen Patentanmeldung wird durch den Inhalt der Patentansprüche bestimmt. Die Beschreibung und die Zeichnungen sind jedoch zur Auslegung der Patentansprüche heranziehen.

(2) Für den Zeitraum bis zur Erteilung des europäischen Patents wird der Schutzbereich der europäischen Patentanmeldung durch die zuletzt eingereichten Patentansprüche, die in der Veröffentlichung nach Artikel 93 enthalten sind, bestimmt. Jedoch bestimmt das europäische Patent in seiner erteilten oder im Einspruchsverfahren geänderten Fassung rückwirkend den Schutzbereich der Anmeldung, soweit dieser Schutzbereich nicht erweitert wird.

Artikel 70

Verbindliche Fassung einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents

(1) Der Wortlaut einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents in der Verfahrenssprache stellt in Verfahren vor dem Europäischen Patentamt sowie in jedem Vertragsstaat die verbindliche Fassung dar.

(2) Im Fall des Artikels 14 Absatz 2 ist jedoch in Verfahren vor dem Europäischen Patentamt der ursprüngliche Text für die Feststellung maßgebend, ob der Gegenstand der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents nicht über den Inhalt der Anmeldung in der eingereichten Fassung hinausgeht.

the effects set out in paragraphs 1 and 2 above when it has been withdrawn, deemed to be withdrawn or finally refused. The same shall apply in respect of the effects of the European patent application in a Contracting State the designation of which is withdrawn or deemed to be withdrawn.

Article 68

Effect of revocation of the European patent

The European patent application and the resulting patent shall be deemed not to have had, as from the outset, the effects specified in Articles 64 and 67, to the extent that the patent has been revoked in opposition proceedings.

Article 69

Extent of protection

(1) The extent of the protection conferred by a European patent or a European patent application shall be determined by the terms of the claims. Nevertheless, the description and drawings shall be used to interpret the claims.

(2) For the period up to grant of the European patent, the extent of the protection conferred by the European patent application shall be determined by the latest filed claims contained in the publication under Article 93. However, the European patent as granted or as amended in opposition proceedings shall determine retroactively the protection conferred by the European patent application, in so far as such protection is not thereby extended.

Article 70

Authentic text of a European patent application or European patent

(1) The text of a European patent application or a European patent in the language of the proceedings shall be the authentic text in any proceedings before the European Patent Office and in any Contracting State.

(2) However, in the case referred to in Article 14, paragraph 2, the original text shall, in proceedings before the European Patent Office, constitute the basis for determining whether the subject-matter of the application or patent extends beyond the content of the application as filed.

1 et 2 sont réputés nuls et nonavenus lorsque la demande de brevet européen a été retirée, ou est réputée retirée ou a été rejetée en vertu d'une décision passée en force de chose jugée. Il en est de même des effets de la demande de brevet européen dans un État contractant dont la désignation a été retirée ou est réputée retirée.

Article 68

Effets de la révocation du brevet européen

La demande de brevet européen ainsi que le brevet européen auquel elle a donné lieu sont réputés n'avoir pas eu dès l'origine, totalement ou partiellement, les effets prévus aux articles 64 et 66, selon que le brevet a été révoqué en tout ou en partie au cours d'une procédure d'opposition.

Article 69

Etendue de la protection

(1) L'étendue de la protection conférée par le brevet européen ou par la demande de brevet européen est déterminée par la teneur des revendications. Toutefois, la description et les dessins servent à interpréter les revendications.

(2) Pour la période allant jusqu'à la délivrance du brevet européen, l'étendue de la protection conférée par la demande de brevet européen est déterminée par les revendications déposées en dernier lieu contenues dans la publication prévue à l'article 93. Toutefois, le brevet européen tel que délivré ou modifié au cours de la procédure d'opposition détermine rétroactivement cette protection pour autant que celle-ci n'est pas étendue.

Article 70

Texte de la demande de brevet européen ou du brevet européen faisant foi

(1) Le texte de la demande de brevet européen ou du brevet européen rédigé dans la langue de la procédure est le texte qui fait foi dans toutes les procédures devant l'Office européen des brevets et dans tous les États contractants.

(2) Toutefois, dans le cas visé à l'article 14, paragraphe 2, le texte initialement déposé est pris en considération pour déterminer, dans les procédures devant l'Office européen des brevets, si l'objet de la demande de brevet européen ou du brevet européen n'a pas été étendu au-delà du contenu de la demande telle qu'elle a été déposée.

(3) Jeder Vertragsstaat kann vorsehen, daß in seinem Staat eine im Übereinkommen vorgeschriebene Übersetzung in einer seiner Amtssprachen für den Fall maßgebend ist, daß der Schutzbereich der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents in der Sprache der Übersetzung enger ist als der Schutzbereich in der Verfahrenssprache; dies gilt nicht für Nichtigkeitsverfahren.

(4) Jeder Vertragsstaat, der eine Vorschrift nach Absatz 3 erläßt

a) muß dem Anmelder oder Patentinhaber gestatten, eine berichtigte Übersetzung der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents einzureichen. Die berichtigte Übersetzung hat erst dann rechtliche Wirkung, wenn die von dem Vertragsstaat in entsprechender Anwendung der Artikel 65 Absatz 2 und Artikel 67 Absatz 3 aufgestellten Voraussetzungen erfüllt sind;

b) kann vorsehen, daß derjenige, der in diesem Staat in gutem Glauben eine Erfindung in Benutzung genommen oder wirkliche und ernsthafte Veranstaltungen zur Benutzung einer Erfindung getroffen hat, deren Benutzung keine Verletzung der Anmeldung oder des Patents in der Fassung der ursprünglichen Übersetzung darstellen würde, nach Eintritt der rechtlichen Wirkung der berichtigten Übersetzung die Benutzung in seinem Betrieb oder für die Bedürfnisse seines Betriebs unentgeltlich fortsetzen darf.

(3) Any Contracting State may provide that a translation, as provided for in this Convention, in an official language of that State, shall in that State be regarded as authentic, except for revocation proceedings, in the event of the application or patent in the language of the translation conferring protection which is narrower than that conferred by it in the language of the proceedings.

(4) Any Contracting State which adopts a provision under paragraph 3:

(a) must allow the applicant for or proprietor of the patent to file a corrected translation of the European patent application or European patent. Such corrected translation shall not have any legal effect until any conditions established by the Contracting State under Article 65, paragraph 2, and Article 67, paragraph 3, have been complied with *mutatis mutandis*;

(b) may prescribe that any person who, in that State, in good faith is using or has made effective and serious preparations for using an invention the use of which would not constitute infringement of the application or patent in the original translation may, after the corrected translation takes effect, continue such use in the course of his business or for the needs thereof without payment.

(3) Tout État contractant peut prévoir qu'une traduction dans une langue officielle de cet État, ainsi qu'en dispose la présente convention, est considérée dans ledit État comme étant le texte qui fait foi, hormis les cas d'actions en nullité, si la demande de brevet européen ou le brevet européen dans la langue de la traduction confère une protection moins étendue que celle conférée par ladite demande ou par ledit brevet dans la langue de la procédure.

(4) Tout État contractant qui arrête une disposition en application du paragraphe 3,

a) doit permettre au demandeur ou au titulaire du brevet européen de produire une traduction révisée de la demande ou du brevet. Cette traduction révisée n'a pas d'effet juridique aussi longtemps que les conditions fixées par l'État contractant en application de l'article 65, paragraphe 2 et de l'article 67, paragraphe 3, n'ont pas été remplies;

b) peut prévoir que celui qui, dans cet État, a de bonne foi, commencé à exploiter une invention ou a fait des préparatifs effectifs et sérieux à cette fin, sans que cette exploitation constitue une contrefaçon de la demande ou du brevet dans le texte de la traduction initiale, peut, dès que la traduction révisée a pris effet, poursuivre à titre gratuit son exploitation dans son entreprise ou pour les besoins de celle-ci.

Kapitel IV

Die europäische Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens

Artikel 71

Übertragung und Bestellung von Rechten

Die europäische Patentanmeldung kann für einen oder mehrere der benannten Vertragsstaaten übertragen werden oder Gegenstand von Rechten sein.

Artikel 72

Rechtsgeschäftliche Übertragung

Die rechtsgeschäftliche Übertragung der europäischen Patentanmeldung muß schriftlich erfolgen und bedarf der Unterschrift der Vertragsparteien.

Artikel 73

Vertragliche Lizenzen

Eine europäische Patentanmeldung kann ganz oder teilweise Gegenstand

Chapter IV

The European patent application as an object of property

Article 71

Transfer and constitution of rights

A European patent application may be transferred or give rise to rights for one or more of the designated Contracting States.

Article 72

Assignment

An assignment of a European patent application shall be made in writing and shall require the signature of the parties to the contract.

Article 73

Contractual licensing

A European patent application may be licensed in whole or in part for the

Chapitre IV

De la demande de brevet européen comme objet de propriété

Article 71

Transfert et constitution de droits

La demande de brevet européen peut être transférée ou donner lieu à la constitution de droits pour un ou plusieurs des États contractants désignés.

Article 72

Cession

La cession de la demande de brevet européen doit être faite par écrit et requiert la signature des parties au contrat.

Article 73

Licence contractuelle

Une demande de brevet européen peut faire, en sa totalité ou en partie,

von Lizenzen für alle oder einen Teil der Hoheitsgebiete der benannten Vertragsstaaten sein.

whole or part of the territories of the designated Contracting States.

l'objet de licences pour tout ou partie des territoires des États contractants désignés.

Artikel 74

Anwendbares Recht

Soweit in diesem Übereinkommen nichts anderes bestimmt ist, unterliegt die europäische Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens in jedem benannten Vertragsstaat und mit Wirkung für diesen Staat dem Recht, das in diesem Staat für nationale Patentanmeldungen gilt.

Article 74

Law applicable

Unless otherwise specified in this Convention, the European patent application as an object of property shall, in each designated Contracting State and with effect for such State, be subject to the law applicable in that State to national patent applications.

Article 74

Droit applicable

Sauf dispositions contraires de la présente convention, la demande de brevet européen comme objet de propriété est soumise, dans chaque État contractant désigné et avec effet dans cet État, à la législation applicable dans ledit État aux demandes de brevet national.

Dritter Teil

Die Europäische Patentanmeldung

Part III

Application for European Patents

Troisième Partie

La demande de Brevet Européen

Kapitel I

Einreichung und Erfordernisse der europäischen Patentanmeldung

Chapter I

Filing and requirements of the European patent application

Chapitre I

Dépôt de la demande de brevet européen et conditions auxquelles elle doit satisfaire

Artikel 75

Einreichung der europäischen Patentanmeldung

(1) Die europäische Patentanmeldung kann eingereicht werden:

- a) beim Europäischen Patentamt in München oder seiner Zweigstelle in Den Haag oder
- b) bei der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz oder bei anderen zuständigen Behörden eines Vertragsstaats, wenn das Recht dieses Staats es gestattet. Eine in dieser Weise eingereichte Anmeldung hat dieselbe Wirkung, wie wenn sie an demselben Tag beim Europäischen Patentamt eingereicht worden wäre.

(2) Absatz 1 steht der Anwendung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften nicht entgegen, die in einem Vertragsstaat

- a) für Erfindungen gelten, die wegen ihres Gegenstands nicht ohne vorherige Zustimmung der zuständigen Behörden dieses Staats ins Ausland übermittelt werden dürfen, oder
- b) bestimmen, daß Patentanmeldungen zuerst bei einer nationalen Behörde eingereicht werden müssen, oder die die unmittelbare Einreichung bei einer anderen Behörde von einer vorherigen Zustimmung abhängig machen.

(3) Ein Vertragsstaat darf weder vorschreiben noch zulassen, daß europäische Teilanmeldungen bei einer in Absatz 1 Buchstabe b genannten Behörde eingereicht werden.

Article 75

Filing of the European patent application

(1) A European patent application may be filed:

- (a) at the European Patent Office at Munich or its branch at The Hague, or
- (b) if the law of a Contracting State so permits, at the central industrial property office or other competent authority of that State. An application filed in this way shall have the same effect as if it had been filed on the same date at the European Patent Office.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not preclude the application of legislative or regulatory provisions which, in any Contracting State:

- (a) govern inventions which, owing to the nature of their subject-matter may not be communicated abroad without the prior authorisation of the competent authorities of that State, or
- (b) prescribe that each application is to be filed initially with a national authority or make direct filing with another authority subject to prior authorisation.

(3) No Contracting State may provide for or allow the filing of European divisional applications with an authority referred to in paragraph 1 (b).

Article 75

Dépôt de la demande de brevet européen

(1) La demande de brevet européen peut être déposée:

- a) soit auprès de l'Office européen des brevets à Munich ou de son département à La Haye;
- b) soit, si la législation d'un État contractant le permet, auprès du service central de la propriété industrielle ou des autres services compétents de cet État. Une demande ainsi déposée a les mêmes effets que si elle avait été déposée à la même date à l'Office européen des brevets.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 ne peuvent faire obstacle à l'application des dispositions législatives ou réglementaires qui, dans un État contractant:

- a) régissent les inventions qui ne peuvent, en raison de leur objet, être communiquées à l'étranger sans autorisation préalable des autorités compétentes de l'État en cause, ou
- b) prescrivent que toute demande de brevet doit être initialement déposée auprès d'une autorité nationale, ou soumettent à une autorisation préalable le dépôt direct auprès d'une autre autorité.

(3) Aucun État contractant ne peut prévoir ni autoriser le dépôt d'une demande divisionnaire de brevet européen auprès d'une autorité visée au paragraphe 1, lettre b).

Artikel 76

Europäische Teilanmeldung

(1) Eine europäische Teilanmeldung ist unmittelbar beim Europäischen Patentamt in München oder seiner Zweigstelle in Den Haag einzureichen. Sie kann nur für einen Gegenstand eingereicht werden, der nicht über den Inhalt der früheren Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgeht; soweit diesem Erfordernis entsprochen wird, gilt die Teilanmeldung als an dem Anmeldetag der früheren Anmeldung eingereicht und genießt deren Prioritätsrecht.

(2) In der europäischen Teilanmeldung dürfen nur Vertragsstaaten benannt werden, die in der früheren Anmeldung benannt worden sind.

(3) Das Verfahren zur Durchführung des Absatzes 1, die besonderen Erfordernisse der europäischen Teilanmeldung und die Frist zur Zahlung der Anmeldegebühr, der Recherchengebühr und der Benennungsgebühren sind in der Ausführungsordnung vorgeschrieben.

Artikel 77

Übermittlung europäischer Patentanmeldungen

(1) Die Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines Vertragsstaats hat die bei ihr oder bei anderen zuständigen Behörden dieses Staats eingereichten europäischen Patentanmeldungen innerhalb der kürzesten Frist, die mit der Anwendung der nationalen Vorschriften über die Geheimhaltung von Erfindungen im Interesse des Staats vereinbar ist, an das Europäische Patentamt weiterzuleiten.

(2) Die Vertragsstaaten ergreifen alle geeigneten Maßnahmen, damit die europäischen Patentanmeldungen, deren Gegenstand offensichtlich im Sinn der in Absatz 1 genannten Vorschriften nicht geheimhaltungsbedürftig ist, innerhalb von sechs Wochen nach Einreichung der Anmeldung an das Europäische Patentamt weitergeleitet werden.

(3) Europäische Patentanmeldungen, bei denen näher geprüft werden muß, ob sie geheimhaltungsbedürftig sind, sind so rechtzeitig weiterzuleiten, daß sie innerhalb von vier Monaten nach Einreichung der Anmeldung oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, innerhalb von vierzehn Monaten nach dem Prioritätstag beim Europäischen Patentamt eingehen.

(4) Eine europäische Patentanmeldung, deren Gegenstand unter Ge-

Article 76

European divisional applications

(1) A European divisional application must be filed directly with the European Patent Office at Munich or its branch at The Hague. It may be filed only in respect of subject-matter which does not extend beyond the content of the earlier application as filed; in so far as this provision is complied with, the divisional application shall be deemed to have been filed on the date of filing of the earlier application and shall have the benefit of any right to priority.

(2) The European divisional application shall not designate Contracting States which were not designated in the earlier application.

(3) The procedure to be followed in carrying out the provisions of paragraph 1, the special conditions to be complied with by a divisional application and the time limit for paying the filing, search and designation fees are laid down in the Implementing Regulations.

Article 77

Forwarding of European patent applications

(1) The central industrial property office of a Contracting State shall be obliged to forward to the European Patent Office, in the shortest time compatible with the application of national law concerning the secrecy of inventions in the interests of the State, any European patent applications which have been filed with that office or with other competent authorities in that State.

(2) The Contracting States shall take all appropriate steps to ensure that European patent applications, the subject of which is obviously not liable to secrecy by virtue of the law referred to in paragraph 1, shall be forwarded to the European Patent Office within six weeks after filing.

(3) European patent applications which require further examination as to their liability to secrecy shall be forwarded in such manner as to reach the European Patent Office within four months after filing, or, where priority has been claimed, fourteen months after the date of priority.

(4) A European patent application, the subject of which has been made

Article 76

Demandes divisionnaires européennes

(1) Une demande divisionnaire de brevet européen doit être déposée directement auprès de l'Office européen des brevets à Munich ou de son département à La Haye. Elle ne peut être déposée que pour des éléments qui ne s'étendent pas au delà du contenu de la demande initiale telle qu'elle a été déposée; dans la mesure où il est satisfait à cette exigence, la demande divisionnaire est considérée comme déposée à la date de dépôt de la demande initiale et bénéficie du droit de priorité.

(2) Une demande divisionnaire de brevet européen ne peut désigner d'autres États contractants que ceux qui étaient désignés dans la demande initiale.

(3) La procédure destinée à assurer l'application du paragraphe 1, les conditions particulières auxquelles doit satisfaire une demande divisionnaire ainsi que le délai pour le paiement des taxes de dépôt, de recherche et de désignation sont fixés par le règlement d'exécution.

Article 77

Transmission des demandes de brevet européen

(1) Le service central de la propriété industrielle de l'État contractant est tenu de transmettre à l'Office européen des brevets, dans le plus court délai compatible avec l'application de la législation nationale relative à la mise au secret des inventions dans l'intérêt de l'État, les demandes de brevet européen déposées auprès de lui ou auprès des autres services compétents de cet État.

(2) Les États contractants prennent toutes mesures utiles pour que les demandes de brevet européen dont l'objet n'est manifestement pas susceptible d'être mis au secret en vertu de la législation visée au paragraphe 1, soient transmises à l'Office européen des brevets dans un délai de six semaines après leur dépôt.

(3) Les demandes de brevet européen pour lesquelles il convient d'examiner si les inventions exigent une mise au secret doivent être transmises suffisamment tôt pour qu'elles parviennent à l'Office européen des brevets dans un délai de quatre mois, à compter du dépôt ou, lorsqu'une priorité a été revendiquée, de quatorze mois, à compter de la date de priorité.

(4) Une demande de brevet européen dont l'objet a été mis au secret

heimschutz gestellt worden ist, wird nicht an das Europäische Patentamt weitergeleitet.

(5) Europäische Patentanmeldungen, die nicht bis zum Ablauf des vierzehnten Monats nach Einreichung der Anmeldung oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, nach dem Prioritätstag dem Europäischen Patentamt zugehen, gelten als zurückgenommen. Die Anmeldegebühr, die Recherchegebühr und die Benennungsgebühren werden zurückgezahlt.

Artikel 78

Erfordernisse der europäischen Patentanmeldung

(1) Die europäische Patentanmeldung muß enthalten:

- a) einen Antrag auf Erteilung eines europäischen Patents;
- b) eine Beschreibung der Erfindung;
- c) einen oder mehrere Patentansprüche;
- d) die Zeichnungen, auf die sich die Beschreibung oder die Patentansprüche beziehen;
- e) eine Zusammenfassung.

(2) Für die europäische Patentanmeldung sind die Anmeldegebühr und die Recherchegebühr innerhalb eines Monats nach Einreichung der Anmeldung zu entrichten.

(3) Die europäische Patentanmeldung muß den Erfordernissen genügen, die in der Ausführungsordnung vorgeschrieben sind.

Artikel 79

Benennung von Vertragsstaaten

(1) Im Antrag auf Erteilung eines europäischen Patents sind der Vertragsstaat oder die Vertragsstaaten, in denen für die Erfindung Schutz begehrt wird, zu benennen.

(2) Für die Benennung eines Vertragsstaats ist die Benennungsgebühr zu entrichten. Die Benennungsgebühren sind innerhalb von zwölf Monaten nach Einreichung der europäischen Patentanmeldung oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, nach dem Prioritätstag zu entrichten; im letztgenannten Fall kann die Zahlung noch bis zum Ablauf der in Artikel 78 Absatz 2 genannten Frist erfolgen, wenn diese Frist später abläuft.

(3) Die Benennung eines Vertragsstaats kann bis zur Erteilung des europäischen Patents zurückgenommen werden. Die Zurücknahme der Benennung aller Vertragsstaaten gilt als

secret, shall not be forwarded to the European Patent Office.

(5) European patent applications which do not reach the European Patent Office before the end of the fourteenth month after filing or, if priority has been claimed, after the date of priority, shall be deemed to be withdrawn. The filing, search and designation fees shall be refunded.

Article 78

Requirements of the European patent application

(1) A European patent application shall contain:

- (a) a request for the grant of a European patent;
- (b) a description of the invention;
- (c) one or more claims;
- (d) any drawings referred to in the description or the claims;
- (e) an abstract.

(2) A European patent application shall be subject to the payment of the filing fee and the search fee within one month after the filing of the application.

(3) A European patent application must satisfy the conditions laid down in the Implementing Regulations.

Article 79

Designation of Contracting States

(1) The request for the grant of a European patent shall contain the designation of the Contracting State or States in which protection for the invention is desired.

(2) The designation of a Contracting State shall be subject to the payment of the designation fee. The designation fees shall be paid within twelve months after filing the European patent application or, if priority has been claimed, after the date of priority; in the latter case, payment may still be made up to the expiry of the period specified in Article 78, paragraph 2, if that period expires later.

(3) The designation of a Contracting State may be withdrawn at any time up to the grant of the European patent. Withdrawal of the designation of all the Contracting States shall be

n'est pas transmise à l'Office européen des brevets.

(5) Les demandes de brevet européen qui ne parviennent pas à l'Office européen des brevets dans un délai de quatorze mois à compter du dépôt ou, si une priorité a été revendiquée, à compter de la date de priorité, sont réputées retirées. Les taxes de dépôt, de recherche et de désignation sont restituées.

Article 78

Conditions auxquelles doit satisfaire la demande de brevet européen

(1) La demande de brevet européen doit contenir:

- a) une requête en délivrance d'un brevet européen;
- b) une description de l'invention;
- c) une ou plusieurs revendications;
- d) les dessins auxquels se réfèrent la description ou les revendications;
- e) un abrégé.

(2) La demande de brevet européen donne lieu au paiement de la taxe de dépôt et de la taxe de recherche; ces taxes doivent être acquittées au plus tard un mois après le dépôt de la demande.

(3) La demande de brevet européen doit satisfaire aux conditions prévues par le règlement d'exécution.

Article 79

Désignation des États contractants

(1) L'État contractant ou les États contractants dans lequel ou dans lesquels il est demandé que l'invention soit protégée doivent être désignés dans la requête en délivrance du brevet européen.

(2) La désignation d'un État contractant donne lieu au paiement d'une taxe de désignation. La taxe de désignation est acquittée dans un délai de douze mois à compter du dépôt de la demande de brevet européen ou, si une priorité a été revendiquée, à compter de la date de priorité; dans ce second cas, le paiement peut encore être effectué jusqu'à l'expiration du délai prévu à l'article 78, paragraphe 2, si celui-ci expire après le délai de douze mois à compter de la date de priorité.

(3) La désignation d'un État contractant peut être retirée jusqu'à la délivrance du brevet européen. Le retrait de la désignation de tous les États contractants est réputé être un

Zurücknahme der europäischen Patentanmeldung. Die Benennungsgebühren werden nicht zurückgezahlt.

deemed to be a withdrawal of the European patent application. Designation fees shall not be refunded.

retrait de la demande de brevet européen. Les taxes de désignation ne sont pas restituées.

Artikel 80

Anmeldetag

Der Anmeldetag einer europäischen Patentanmeldung ist der Tag, an dem die vom Anmelder eingereichten Unterlagen enthalten:

- a) einen Hinweis, daß ein europäisches Patent beantragt wird;
- b) die Benennung mindestens eines Vertragsstaats;
- c) Angaben, die es erlauben, die Identität des Anmelders festzustellen;
- d) in einer der in Artikel 14 Absätze 1 und 2 vorgesehenen Sprachen eine Beschreibung und einen oder mehrere Patentansprüche, selbst wenn die Beschreibung und die Patentansprüche nicht den übrigen Vorschriften dieses Übereinkommens entsprechen.

Article 80

Date of filing

The date of filing of a European patent application shall be the date on which documents filed by the applicant contain:

- a) an indication that a European patent is sought;
- b) the designation of at least one Contracting State;
- c) information identifying the applicant;
- d) a description and one or more claims in one of the languages referred to in Article 14, paragraphs 1 and 2, even though the description and the claims do not comply with the other requirements of this Convention.

Article 80

Date de dépôt

La date de dépôt de la demande de brevet européen est celle à laquelle le demandeur a produit des documents qui contiennent:

- a) une indication selon laquelle un brevet européen est demandé;
- b) la désignation d'au moins un État contractant;
- c) les indications qui permettent d'identifier le demandeur;
- d) une description et une ou plusieurs revendications dans une des langues visées à l'article 14, paragraphes 1 et 2, même si la description et les revendications ne sont pas conformes aux autres exigences de la présente convention.

Artikel 81

Erfindernennung

In der europäischen Patentanmeldung ist der Erfinder zu nennen. Ist der Anmelder nicht oder nicht allein der Erfinder, so hat die Erfindernennung eine Erklärung darüber zu enthalten, wie der Anmelder das Recht auf das europäische Patent erlangt hat.

Article 81

Designation of the inventor

The European patent application shall designate the inventor. If the applicant is not the inventor or is not the sole inventor, the designation shall contain a statement indicating the origin of the right to the European patent.

Article 81

Désignation de l'inventeur

La demande de brevet européen doit comprendre la désignation de l'inventeur. Si le demandeur n'est pas l'inventeur ou l'unique inventeur, cette désignation doit comporter une déclaration indiquant l'origine de l'acquisition du droit au brevet.

Artikel 82

Einheitlichkeit der Erfindung

Die europäische Patentanmeldung darf nur eine einzige Erfindung enthalten oder eine Gruppe von Erfindungen, die untereinander in der Weise verbunden sind, daß sie eine einzige allgemeine erfinderische Idee verwirklichen.

Article 82

Unity of invention

The European patent application shall relate to one invention only or to a group of inventions so linked as to form a single general inventive concept.

Article 82

Unité d'invention

La demande de brevet européen ne peut concerner qu'une invention ou une pluralité d'inventions liées entre elles de telle sorte qu'elles ne forment qu'un seul concept inventif général.

Artikel 83

Offenbarung der Erfindung

Die Erfindung ist in der europäischen Patentanmeldung so deutlich und vollständig zu offenbaren, daß ein Fachmann sie ausführen kann.

Article 83

Disclosure of the invention

The European patent application must disclose the invention in a manner sufficiently clear and complete for it to be carried out by a person skilled in the art.

Article 83

Exposé de l'invention

L'invention doit être exposée dans la demande de brevet européen de façon suffisamment claire et complète pour qu'un homme du métier puisse l'exécuter.

Artikel 84

Patentansprüche

Die Patentansprüche müssen den Gegenstand angeben, für den Schutz begehrt wird. Sie müssen deutlich, knapp gefaßt und von der Beschreibung gestützt sein.

Article 84

The claims

The claims shall define the matter for which protection is sought. They shall be clear and concise and be supported by the description.

Article 84

Revendications

Les revendications définissent l'objet de la protection demandée. Elles doivent être claires et concises et se fonder sur la description.

Artikel 85

Zusammenfassung

Die Zusammenfassung dient ausschließlich der technischen Informa-

Article 85

The abstract

The abstract shall merely serve for use as technical information; it may

Article 85

Abrégé

L'abrégé sert exclusivement à des fins d'information technique; il ne

tion; sie kann nicht für andere Zwecke, insbesondere nicht für die Bestimmung des Umfangs des begehrten Schutzes und für die Anwendung des Artikels 54 Absatz 3, herangezogen werden.

Artikel 86

Jahresgebühren für die europäische Patentanmeldung

(1) Für die europäische Patentanmeldung sind nach Maßgabe der Ausführungsordnung Jahresgebühren an das Europäische Patentamt zu entrichten. Sie werden für das dritte und jedes weitere Jahr, gerechnet vom Anmeldetag an, geschuldet.

(2) Erfolgt die Zahlung einer Jahresgebühr nicht bis zum Fälligkeitstag, so kann die Jahresgebühr noch innerhalb von sechs Monaten nach Fälligkeit wirksam entrichtet werden, sofern gleichzeitig die Zuschlagsgebühr entrichtet wird.

(3) Werden die Jahresgebühr und gegebenenfalls die Zuschlagsgebühr nicht rechtzeitig entrichtet, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen. Das Europäische Patentamt ist allein befugt, hierüber zu entscheiden.

(4) Die Verpflichtung zur Zahlung von Jahresgebühren endet mit der Zahlung der Jahresgebühr, die für das Jahr fällig ist, in dem der Hinweis auf die Erteilung des europäischen Patents bekanntgemacht wird.

not be taken into account for any other purpose, in particular not for the purpose of interpreting the scope of the protection sought nor for the purpose of applying Article 54, paragraph 3.

Article 86

Renewal fees for European patent applications

(1) Renewal fees shall be paid to the European Patent Office in accordance with the Implementing Regulations in respect of European patent applications. These fees shall be due in respect of the third year and each subsequent year, calculated from the date of filing of the application.

(2) When a renewal fee has not been paid on or before the due date, the fee may be validly paid within six months of the said date, provided that the additional fee is paid at the same time.

(3) If the renewal fee and any additional fee have not been paid in due time the European patent application shall be deemed to be withdrawn. The European Patent Office alone shall be competent to decide this.

(4) The obligation to pay renewal fees shall terminate with the payment of the renewal fee due in respect of the year in which the mention of the grant of the European patent is published.

peut être pris en considération pour aucune autre fin, notamment pour apprécier l'étendue de la protection demandée et pour l'application de l'article 54, paragraphe 3.

Article 86

Taxes annuelles pour la demande de brevet européen

(1) Des taxes annuelles doivent, conformément aux dispositions du règlement d'exécution, être payées à l'Office européen des brevets pour les demandes de brevet européen. Ces taxes sont dues pour la troisième année, calculée du jour anniversaire du dépôt de la demande, et pour chacune des années suivantes.

(2) Lorsque le paiement d'une taxe annuelle n'a pas été effectué à l'échéance, cette taxe peut encore être valablement acquittée dans un délai de six mois à compter de l'échéance, sous réserve du paiement simultané d'une surtaxe.

(3) Si la taxe annuelle, et, le cas échéant, la surtaxe n'a pas été acquittée dans les délais, la demande de brevet européen est réputée retirée. Seul, l'Office européen des brevets est habilité à prendre cette décision.

(4) Aucune taxe annuelle n'est plus exigible après le paiement de celle qui doit être acquittée au titre de l'année au cours de laquelle est publiée la mention de la délivrance du brevet européen.

Kapitel II

Priorität

Artikel 87

Prioritätsrecht

(1) Jedermann, der in einem oder mit Wirkung für einen Vertragsstaat der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums eine Anmeldung für ein Patent, ein Gebrauchsmuster, ein Gebrauchszertifikat oder einen Erfinderschein vorschriftsmäßig eingereicht hat, oder sein Rechtsnachfolger genießt für die Anmeldung derselben Erfindung zum europäischen Patent während einer Frist von zwölf Monaten nach der Einreichung der ersten Anmeldung ein Prioritätsrecht.

(2) Als prioritätsbegründend wird jede Anmeldung anerkannt, der nach dem nationalen Recht des Staats, in dem die Anmeldung eingereicht worden ist, oder nach zwei- oder mehrseitigen Verträgen unter Einschuß dieses Übereinkommens die Bedeutung einer vorschriftsmäßigen nationalen Anmeldung zukommt.

Chapter II

Priority

Article 87

Priority right

(1) A person who has duly filed in or for any State party to the Paris Convention for the Protection of Industrial Property, an application for a patent or for the registration of a utility model or for a utility certificate or for an inventor's certificate, or his successors in title, shall enjoy, to the purpose of filing a European patent application in respect of the same invention, a right of priority during a period of twelve months from the date of filing of the first application.

(2) Every filing that is equivalent to a regular national filing under the national law of the State where it was made or under bilateral or multilateral agreements, including this Convention, shall be recognised as giving rise to a right of priority.

Chapitre II

Priorité

Article 87

Droit de priorité

(1) Celui qui a régulièrement déposé, dans ou pour l'un des États partie à la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle, une demande de brevet d'invention, de modèle d'utilité, de certificat d'utilité ou de certificat d'inventeur, ou son ayant cause, jouit, pour effectuer le dépôt d'une demande de brevet européen pour la même invention, d'un droit de priorité pendant un délai de douze mois après le dépôt de la première demande.

(2) Est reconnu comme donnant naissance au droit de priorité, tout dépôt ayant la valeur d'un dépôt national régulier en vertu de la législation nationale de l'État dans lequel il a été effectué ou d'accords bilatéraux ou multilatéraux, y compris la présente convention.

(3) Unter vorschriftsmäßiger nationaler Anmeldung ist jede Anmeldung zu verstehen, die zur Festlegung des Tags ausreicht, an dem die Anmeldung eingereicht worden ist, wobei das spätere Schicksal der Anmeldung ohne Bedeutung ist.

(4) Als erste Anmeldung, von deren Einreichung an die Prioritätsfrist läuft, wird auch eine jüngere Anmeldung angesehen, die denselben Gegenstand betrifft wie eine erste ältere in demselben oder für denselben Staat eingereichte Anmeldung, sofern diese ältere Anmeldung bis zur Einreichung der jüngeren Anmeldung zurückgenommen, fallengelassen oder zurückgewiesen worden ist, und zwar bevor sie öffentlich ausgelegt worden ist und ohne daß Rechte bestehen geblieben sind; ebensowenig darf diese ältere Anmeldung schon Grundlage für die Inanspruchnahme des Prioritätsrechts gewesen sein. Die ältere Anmeldung kann in diesem Fall nicht mehr als Grundlage für die Inanspruchnahme des Prioritätsrechts dienen.

(5) Ist die erste Anmeldung in einem nicht zu den Vertragsstaaten der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums gehörenden Staat eingereicht worden, so sind die Absätze 1 bis 4 nur insoweit anzuwenden, als dieser Staat nach einer Bekanntmachung des Verwaltungsrats aufgrund einer ersten Anmeldung beim Europäischen Patentamt und aufgrund einer ersten Anmeldung in jedem oder für jeden Vertragsstaat gemäß zwei- oder mehrseitigen Verträgen ein Prioritätsrecht gewährt, und zwar unter Voraussetzungen und mit Wirkungen, die denen der Pariser Verbandsübereinkunft vergleichbar sind.

Artikel 88

Inanspruchnahme der Priorität

(1) Der Anmelder, der die Priorität einer früheren Anmeldung in Anspruch nehmen will, hat eine Prioritätserklärung, eine Abschrift der früheren Anmeldung und, wenn die Sprache der früheren Anmeldung nicht eine Amtssprache des Europäischen Patentamts ist, eine Übersetzung der früheren Anmeldung in einer der Amtssprachen einzureichen. Das Verfahren zur Durchführung dieser Vorschrift ist in der Ausführungsordnung vorgeschrieben.

(2) Für eine europäische Patentanmeldung können mehrere Prioritäten in Anspruch genommen werden, selbst wenn sie aus verschiedenen Staaten stammen. Für einen Patentanspruch können mehrere Prioritäten in Anspruch genommen werden. Werden mehrere Prioritäten in Anspruch ge-

(3) By a regular national filing is meant any filing that is sufficient to establish the date on which the application was filed, whatever may be the outcome of the application.

(4) A subsequent application for the same subject-matter as a previous first application and filed in or in respect of the same State shall be considered as the first application for the purposes of determining priority, provided that, at the date of filing the subsequent application, the previous application has been withdrawn, abandoned or refused, without being open to public inspection and without leaving any rights outstanding, and has not served as a basis for claiming a right of priority. The previous application may not thereafter serve as a basis for claiming a right of priority.

(5) If the first filing has been made in a State which is not a party to the Paris Convention for the Protection of Industrial property, paragraphs 1 to 4 shall apply only in so far as that State, according to a notification published by the Administrative Council, and by virtue of bilateral or multilateral agreements, grants on the basis of a first filing made at the European Patent Office as well as on the basis of a first filing made in or for any Contracting State and subject to conditions equivalent to those laid down in the Paris Convention, a right of priority having equivalent effect.

Article 88

Claiming priority

(1) An applicant for a European patent desiring to take advantage of the priority of a previous application shall file a declaration of priority, a copy of the previous application and, if the language of the matter is not one of the official languages of the European Patent Office, a translation of it in one of such official languages. The procedure to be followed in carrying out these provisions is laid down in the Implementing Regulations.

(2) Multiple priorities may be claimed in respect of a European patent application, notwithstanding the fact that they originated in different countries. Where appropriate, multiple priorities may be claimed for any one claim. Where multiple priorities are claimed, time limits which run from

(3) Par dépôt national régulier, on doit entendre tout dépôt qui suffit à établir la date à laquelle la demande a été déposée, quel que soit le sort ultérieur de cette demande.

(4) Est considérée comme première demande, dont la date de dépôt est le point de départ du délai de priorité, une demande ultérieure ayant le même objet qu'une première demande antérieure, déposée dans ou pour le même État, à la condition que cette demande antérieure, à la date de dépôt de la demande ultérieure, ait été retirée, abandonnée ou refusée, sans avoir été soumise à l'inspection publique et sans laisser subsister de droits, et qu'elle n'ait pas encore servi de base pour la revendication du droit de priorité. La demande antérieure ne peut plus alors servir de base pour la revendication du droit de priorité.

(5) Si le premier dépôt a été effectué dans un État qui n'est pas partie à la Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle, les dispositions des paragraphes 1 à 4 ne s'appliquent que dans la mesure où, suivant une communication publique du Conseil d'administration, cet État accorde, en vertu d'accords bilatéraux ou multilatéraux, sur la base d'un premier dépôt effectué auprès de l'Office européen des brevets, ainsi que sur la base d'un premier dépôt effectué dans ou pour tout État contractant, un droit de priorité soumis à des conditions et ayant des effets équivalents à ceux prévus par la Convention de Paris.

Article 88

Revendication de priorité

(1) Le demandeur d'un brevet européen qui veut se prévaloir de la priorité d'un dépôt antérieur est tenu de produire une déclaration de priorité, une copie de la demande antérieure accompagnée de sa traduction dans une des langues officielles de l'Office européen des brevets si la langue de la demande antérieure n'est pas une des langues officielles de l'Office. La procédure pour l'application de ces dispositions est prescrite par le règlement d'exécution.

(2) Des priorités multiples peuvent être revendiquées pour une demande de brevet européen même si elles proviennent d'États différents. Le cas échéant, des priorités multiples peuvent être revendiquées pour une même revendication. Si des priorités multiples sont revendiquées, les délais

nommen, so beginnen Fristen, die vom Prioritätstag an laufen, vom frühesten Prioritätstag an zu laufen.

(3) Werden eine oder mehrere Prioritäten für die europäische Patentanmeldung in Anspruch genommen, so umfaßt das Prioritätsrecht nur die Merkmale der europäischen Patentanmeldung, die in der Anmeldung oder den Anmeldungen enthalten sind, deren Priorität in Anspruch genommen worden ist.

(4) Sind bestimmte Merkmale der Erfindung, für die die Priorität in Anspruch genommen wird, nicht in den in der früheren Anmeldung aufgestellten Patentansprüchen enthalten, so reicht es für die Gewährung der Priorität aus, daß die Gesamtheit der Anmeldungsunterlagen der früheren Anmeldung diese Merkmale deutlich offenbart.

Artikel 89

Wirkung des Prioritätsrechts

Das Prioritätsrecht hat die Wirkung, daß der Prioritätstag als Tag der europäischen Patentanmeldung für die Anwendung des Artikels 54 Absätze 2 und 3 sowie des Artikels 60 Absatz 2 gilt.

Vierter Teil Erteilungsverfahren

Artikel 90

Eingangsprüfung

- (1) Die Eingangsstelle prüft, ob
- a) die europäische Patentanmeldung den Erfordernissen für die Zuerkennung eines Anmeldetags genügt;
 - b) die Anmeldegebühr und die Recherchegebühr rechtzeitig entrichtet worden sind;
 - c) im Fall des Artikels 14 Absatz 2 die Übersetzung der europäischen Patentanmeldung in der Verfahrenssprache rechtzeitig eingereicht worden ist.
- (2) Kann ein Anmeldetag nicht zuerkannt werden, so gibt die Eingangsstelle dem Anmelder nach Maßgabe der Ausführungsordnung Gelegenheit, die festgestellten Mängel zu beseitigen. Werden die Mängel nicht rechtzeitig beseitigt, so wird die Anmeldung nicht als europäische Patentanmeldung behandelt.
- (3) Sind die Anmeldegebühr und die Recherchegebühr nicht rechtzeitig entrichtet worden oder ist im Fall des Artikels 14 Absatz 2 die Übersetzung der europäischen Patentanmeldung in

the date of priority shall run from the earliest date of priority.

(3) If one or more priorities are claimed in respect of a European patent application, the right of priority shall cover only those elements of the European patent application which are included in the application or applications whose priority is claimed.

(4) If certain elements of the invention for which priority is claimed do not appear among the claims formulated in the previous application, priority may nonetheless be granted, provided that the documents of the previous application as a whole specifically disclose such elements.

Article 89

Effect of priority right

The right of priority shall have the effect that the date of priority shall count as the date of filing of the European patent application for the purposes of Article 54, paragraphs 2 and 3, and Article 60, paragraph 2.

Part IV Procedure up to grant

Article 90

Examination on filing

- (1) The Receiving Section shall examine whether:
- a) the European patent application satisfies the requirements for the accordance of a date of filing;
 - b) the filing fee and the search fee have been paid in due time;
 - c) in the case provided for in Article 14, paragraph 2, the translation of the European patent application in the language of the proceedings has been filed in due time.
- (2) If a date of filing cannot be accorded, the Receiving Section shall give the applicant an opportunity to correct the deficiencies in accordance with the Implementing Regulations. If the deficiencies are not remedied in due time, the application shall not be dealt with as a European patent application.
- (3) If the filing fee and the search fee have not been paid in due time or, in the case provided for in Article 14, paragraph 2, the translation of the application in the language of the pro-

qui ont pour point de départ la date de priorité sont calculés à compter de la date de la priorité la plus ancienne.

(3) Lorsqu'une ou plusieurs priorités sont revendiquées pour la demande de brevet européen, le droit de priorité ne couvre que les éléments de la demande de brevet européen qui sont contenus dans la demande ou dans les demandes dont la priorité est revendiquée.

(4) Si certains éléments de l'invention pour lesquels la priorité est revendiquée ne figurent pas parmi les revendications formulées dans la demande antérieure, il suffit, pour que la priorité puisse être accordée, que l'ensemble des pièces de la demande antérieure révèle d'une façon précise lesdits éléments.

Article 89

Effet du droit de priorité

Par l'effet du droit de priorité, la date de priorité est considérée comme celle du dépôt de la demande de brevet européen pour l'application de l'article 54, paragraphes 2 et 3, et de l'article 60, paragraphe 2.

Quatrième Partie Procédure jusqu'à la délivrance

Article 90

Examen lors du dépôt

- (1) La section de dépôt examine
- a) si la demande de brevet européen remplit les conditions pour qu'il lui soit accordé une date de dépôt;
 - b) si les taxes de dépôt et de recherche ont été acquittées dans les délais et
 - c) si, dans le cas prévu à l'article 14, paragraphe 2, la traduction de la demande de brevet européen dans la langue de la procédure a été produite dans les délais.
- (2) Si une date de dépôt ne peut être accordée, la section de dépôt invite le demandeur à remédier, dans les conditions prévues par le règlement d'exécution, aux irrégularités constatées. S'il n'est pas remédié en temps utile à ces irrégularités, la demande n'est pas traitée en tant que demande de brevet européen.
- (3) Si les taxes de dépôt et de recherche n'ont pas été acquittées dans les délais ou si, dans le cas visé à l'article 14, paragraphe 2, la traduction de la demande dans la langue de la pro-

der Verfahrenssprache nicht rechtzeitig eingereicht worden, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

Artikel 91 **Formalprüfung**

(1) Steht der Anmeldetag einer europäischen Patentanmeldung fest und gilt die Anmeldung nicht nach Artikel 90 Absatz 3 als zurückgenommen, so prüft die Eingangsstelle, ob

- a) den Erfordernissen des Artikels 133 Absatz 2 entsprochen worden ist;
- b) die Anmeldung den Erfordernissen genügt, die zur Durchführung dieser Vorschrift in der Ausführungsordnung vorgeschrieben sind;
- c) die Zusammenfassung eingereicht worden ist;
- d) der Antrag auf Erteilung eines europäischen Patents hinsichtlich seines Inhalts den zwingenden Vorschriften genügt, die in der Ausführungsordnung vorgeschrieben sind, und ob gegebenenfalls den Vorschriften dieses Übereinkommens über die Inanspruchnahme der Priorität entsprochen worden ist;
- e) die Benennungsgebühren entrichtet worden sind;
- f) die Erfindernennung nach Artikel 81 erfolgt ist;
- g) die in Artikel 78 Absatz 1 Buchstabe d genannten Zeichnungen am Anmeldetag eingereicht worden sind.

(2) Stellt die Eingangsstelle behebbare Mängel fest, so gibt sie dem Anmelder nach Maßgabe der Ausführungsordnung Gelegenheit, diese Mängel zu beseitigen.

(3) Werden die in den Fällen des Absatzes 1 Buchstaben a bis d festgestellten Mängel nicht nach Maßgabe der Ausführungsordnung beseitigt, so wird die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen; betreffen die in Absatz 1 Buchstabe d genannten Vorschriften den Prioritätsanspruch, so erlischt der Prioritätsanspruch für die Anmeldung.

(4) Wird im Fall des Absatzes 1 Buchstabe e die Benennungsgebühr für einen Vertragsstaat nicht rechtzeitig entrichtet, so gilt die Benennung dieses Staats als zurückgenommen.

ceedings has not been filed in due time, the application shall be deemed to be withdrawn.

Article 91 **Examination** **as to formal requirements**

(1) If a European patent application has been accorded a date of filing, and is not deemed to be withdrawn by virtue of Article 90, paragraph 3, the Receiving Section shall examine whether:

- (a) the requirements of Article 133, paragraph 2, have been satisfied;
- (b) the application meets the physical requirements laid down in the Implementing Regulations for the implementation of this provision;
- (c) the abstract has been filed;
- (d) the request for the grant of a European patent satisfies the mandatory provisions of the Implementing Regulations concerning its content and, where appropriate, whether the requirements of this Convention concerning the claim to priority have been satisfied;
- (e) the designation fees have been paid;
- (f) the designation of the inventor has been made in accordance with Article 81;
- (g) the drawings referred to in Article 78, paragraph 1 (d), were filed on the date of filing of the application.

(2) Where the Receiving Section notes that there are deficiencies which may be corrected, it shall give the applicant an opportunity to correct them in accordance with the Implementing Regulations.

(3) If any deficiencies noted in the examination under paragraph 1 (a) to (d) are not corrected in accordance with the Implementing Regulations, the application shall be refused; where the provisions referred to in paragraph 1 (d) concern the right of priority, this right shall be lost for the application.

(4) Where, in the case referred to in paragraph 1 (e), the designation fee has not been paid in due time in respect of any designated State, the designation of that State shall be deemed to be withdrawn.

cédure n'a pas été produite dans les délais, la demande de brevet européen est réputée retirée.

Article 91 **Examen de la demande de brevet** **européen quant à certaines** **irrégularités**

(1) Si une date de dépôt a été accordée à une demande de brevet européen, et si la demande n'est pas réputée retirée en vertu de l'article 90, paragraphe 3, la section de dépôt examine:

- a) s'il est satisfait aux exigences de l'article 133, paragraphe 2;
- b) si la demande satisfait aux conditions de forme prévues par le règlement d'exécution pour l'application de la présente disposition;
- c) si l'abrégé a été déposé;
- d) si la requête en délivrance du brevet européen satisfait, en ce qui concerne son contenu, aux dispositions impératives du règlement d'exécution et, le cas échéant, s'il est satisfait aux exigences de la présente convention concernant la revendication de priorité;
- e) si les taxes de désignation ont été acquittées;
- f) si la désignation de l'inventeur a été faite conformément à l'article 81;
- g) si les dessins auxquels fait référence l'article 78, paragraphe 1, lettre d) ont été déposés à la date de dépôt de la demande.

(2) Lorsque la section de dépôt constate l'existence d'irrégularités auxquelles il peut être remédié, elle donne au demandeur, conformément aux dispositions du règlement d'exécution, la faculté de remédier à ces irrégularités.

(3) Lorsqu'il n'est pas remédié, conformément aux dispositions du règlement d'exécution, aux irrégularités constatées lors de l'examen effectué au titre du paragraphe 1, lettres a) à d), la demande de brevet européen est rejetée; lorsque les dispositions auxquelles il est fait référence au paragraphe 1, lettre d) concernent le droit de priorité, leur inobservation entraîne la perte de ce droit pour la demande.

(4) Si, dans le cas visé au paragraphe 1, lettre e), la taxe de désignation afférente à un État désigné n'a pas été acquittée dans les délais, cette désignation est réputée retirée.

(5) Wird im Fall des Absatzes 1 Buchstabe f die Erfindernennung nicht nach Maßgabe der Ausführungsordnung vorbehaltlich der darin vorgesehenen Ausnahmen innerhalb von sechzehn Monaten nach dem Anmeldetag oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, nach dem Prioritätstag nachgeholt, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

(6) Werden im Fall des Absatzes 1 Buchstabe g die Zeichnungen nicht am Anmeldetag eingereicht und wird der Mangel nicht nach Maßgabe der Ausführungsordnung beseitigt, so tritt nach der vom Anmelder aufgrund der Ausführungsordnung getroffenen Wahl die Rechtsfolge ein, daß entweder der Anmeldetag neu auf den Tag der Einreichung der Zeichnungen festgesetzt wird oder die Bezugnahmen auf die Zeichnungen in der Anmeldung als gestrichen gelten.

Artikel 92

Erstellung des europäischen Recherchenberichts

(1) Steht der Anmeldetag einer europäischen Patentanmeldung fest und gilt die Anmeldung nicht nach Artikel 90 Absatz 3 als zurückgenommen, so erstellt die Recherchenabteilung den europäischen Recherchenbericht auf der Grundlage der Patentansprüche unter angemessener Berücksichtigung der Beschreibung und der vorhandenen Zeichnungen in der in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Form.

(2) Der europäische Recherchenbericht wird unmittelbar nach seiner Erstellung dem Anmelder zusammen mit den Abschriften aller angeführten Schriftstücke übersandt.

Artikel 93

Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung

(1) Die europäische Patentanmeldung wird unverzüglich nach Ablauf von achtzehn Monaten nach dem Anmeldetag oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, nach dem Prioritätstag veröffentlicht. Sie kann jedoch auf Antrag des Anmelders vor Ablauf dieser Frist veröffentlicht werden. Wird die Entscheidung, durch die das europäische Patent erteilt worden ist, vor Ablauf dieser Frist wirksam, so wird die Anmeldung gleichzeitig mit der europäischen Patentschrift veröffentlicht.

(2) Die Veröffentlichung enthält die Beschreibung, die Patentansprüche und gegebenenfalls die Zeichnungen jeweils in der ursprünglich eingereichten Fassung sowie als Anlage

(5) Where, in the case referred to in paragraph 1 (f), the omission of the designation of the inventor is not, in accordance with the Implementing Regulations and subject to the exceptions laid down therein, corrected within 16 months after the date of filing of the European patent application or, if priority is claimed, after the date of priority, the application shall be deemed to be withdrawn.

(6) Where, in the case referred to in paragraph 1 (g), the drawings were not filed on the date of filing of the application and no steps have been taken to correct the deficiency in accordance with the Implementing Regulations, either the application shall be re-dated to the date of filing of the drawings or any reference to the drawings in the application shall be deemed to be deleted, according to the choice exercised by the applicant in accordance with the Implementing Regulations.

Article 92

The drawing up of the European search report

(1) If a European patent application has been accorded a date of filing and is not deemed to be withdrawn by virtue of Article 90, paragraph 3, the Search Division shall draw up the European search report on the basis of the claims, with due regard to the description and any drawings, in the form prescribed in the Implementing Regulations.

(2) Immediately after it has been drawn up, the European search report shall be transmitted to the applicant together with copies of any cited documents.

Article 93

Publication of a European patent application

(1) A European patent application shall be published as soon as possible after the expiry of a period of eighteen months from the date of filing or, if priority has been claimed, as from the date of priority. Nevertheless, at the request of the applicant the application may be published before the expiry of the period referred to above. It shall be published simultaneously with the publication of the specification of the European patent when the grant of the patent has become effective before the expiry of the period referred to above.

(2) The publication shall contain the description, the claims and any drawings as filed and, in an annex, the European search report and the abstract, in so far as the latter are available

(5) Lorsque, dans le cas visé au paragraphe 1, lettre f), il n'a pas été remédié au défaut de désignation de l'inventeur conformément aux dispositions du règlement d'exécution et sous réserve des exceptions prévues par celui-ci, dans un délai de seize mois à compter de la date de dépôt de la demande de brevet européen, ou si une priorité est revendiquée, à compter de la date de priorité, la demande de brevet est réputée retirée.

(6) Si, dans le cas visé au paragraphe 1, lettre g), les dessins n'ont pas été déposés à la date de dépôt de la demande et si des mesures n'ont pas été prises dans les conditions prévues par le règlement d'exécution en vue de pallier cette situation, la date de dépôt de la demande sera celle à laquelle les dessins ont été déposés ou les références aux dessins dans la demande seront réputées supprimées, au choix du demandeur, dans les conditions prévues par le règlement d'exécution.

Article 92

Etablissement du rapport de recherche européenne

(1) Si une date de dépôt a été accordée à une demande de brevet européen, et si la demande n'est pas réputée retirée en vertu de l'article 90, paragraphe 3, la division de la recherche établit le rapport de recherche européenne dans la forme prescrite par le règlement d'exécution, sur la base des revendications, en tenant dûment compte de la description et, le cas échéant, des dessins existants.

(2) Dès qu'il est établi, le rapport de recherche européenne est notifié au demandeur; il est accompagné de copies de tous les documents cités.

Article 93

Publication de la demande de brevet européen

(1) Toute demande de brevet européen est publiée dès que possible après l'expiration d'un délai de dix-huit mois à compter de la date de dépôt ou, si une priorité a été revendiquée, à compter de la date de cette priorité. Toutefois, elle peut être publiée avant le terme de ce délai sur requête du demandeur. Cette publication et celle du fascicule du brevet européen sont effectuées simultanément lorsque la décision relative à la délivrance du brevet européen a pris effet avant l'expiration dudit délai.

(2) Cette publication comporte la description, les revendications et, le cas échéant, les dessins, tels que ces documents ont été déposés, ainsi que, en annexe, le rapport de recherche

den europäischen Recherchenbericht und die Zusammenfassung, sofern diese vor Abschluß der technischen Vorbereitungen für die Veröffentlichung vorliegen. Sind der europäische Recherchenbericht und die Zusammenfassung nicht mit der Anmeldung veröffentlicht worden, so werden sie gesondert veröffentlicht.

Artikel 94

Prüfungsantrag

(1) Das Europäische Patentamt prüft auf schriftlichen Antrag, ob die europäische Patentanmeldung und die Erfindung, die sie zum Gegenstand hat, den Erfordernissen dieses Übereinkommens genügen.

(2) Der Prüfungsantrag kann vom Anmelder bis zum Ablauf von sechs Monaten nach dem Tag gestellt werden, an dem im Europäischen Patentblatt auf die Veröffentlichung des europäischen Recherchenberichts hingewiesen worden ist. Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die Prüfungsgebühr entrichtet worden ist. Der Antrag kann nicht zurückgenommen werden.

(3) Wird bis zum Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist ein Prüfungsantrag nicht gestellt, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

Artikel 95

Verlängerung der Frist zur Stellung des Prüfungsantrags

(1) Der Verwaltungsrat kann die Frist zur Stellung des Prüfungsantrags verlängern, wenn feststeht, daß die europäischen Patentanmeldungen nicht in angemessener Zeit geprüft werden können.

(2) Verlängert der Verwaltungsrat die Frist, so kann er beschließen, daß auch ein Dritter die Prüfung beantragen kann. In diesem Fall legt der Verwaltungsrat in der Ausführungsordnung die Vorschriften zur Durchführung dieses Beschlusses fest.

(3) Ein Beschluß des Verwaltungsrats, die Frist zu verlängern, ist nur auf die europäischen Patentanmeldungen anzuwenden, die nach der Veröffentlichung dieses Beschlusses im Amtsblatt des Europäischen Patentamts eingereicht werden.

(4) Verlängert der Verwaltungsrat die Frist, so hat er Maßnahmen zu treffen, um die ursprüngliche Frist so schnell wie möglich wiederherzustellen.

Artikel 96

Prüfung der europäischen Patentanmeldung

(1) Hat der Anmelder den Prüfungsantrag gestellt, bevor ihm der euro-

before the termination of the technical preparations for publication. If the European search report and the abstract have not been published at the same time as the application, they shall be published separately.

Article 94

Request for examination

(1) The European Patent Office shall examine, on written request, whether a European patent application and the invention to which it relates meet the requirements of this Convention.

(2) A request for examination may be filed by the applicant up to the end of six months after the date on which the European Patent Bulletin mentions the publication of the European search report. The request shall not be deemed to be filed until after the examination fee has been paid. The request may not be withdrawn.

(3) If no request for examination has been filed by the end of the period referred to in paragraph 2, the application shall be deemed to be withdrawn.

Article 95

Extension of the period within which requests for examination may be filed

(1) The Administrative Council may extend the period within which requests for examination may be filed if it is established that European patent applications cannot be examined in due time.

(2) If the Administrative Council extends the period, it may decide that third parties will be entitled to make requests for examination. In such cases, it shall determine the appropriate rules in the Implementing Regulations.

(3) Any decision of the Administrative Council to extend the period shall apply only in respect of applications filed after the publication of such decision in the Official Journal of the European Patent Office.

(4) If the Administrative Council extends the period, it must lay down measures with a view to restoring the original period as soon as possible.

Article 96

Examination of the European patent application

(1) If the applicant for a European patent has filed the request for exam-

européenne et l'abrégé, pour autant que ces derniers documents soient disponibles avant la fin des préparatifs techniques entrepris en vue de la publication. Si le rapport de recherche européenne et l'abrégé n'ont pas été publiés à la même date que la demande, ils font l'objet d'une publication séparée.

Article 94

Requête en examen

(1) Sur requête écrite, l'Office européen des brevets examine si la demande de brevet européen et l'invention qui en fait l'objet satisfont aux conditions prévues par la présente convention.

(2) La requête en examen peut être formulée par le demandeur jusqu'à l'expiration d'un délai de six mois à compter de la date à laquelle le Bulletin européen des brevets a mentionné la publication du rapport de recherche européenne. La requête n'est considérée comme formulée qu'après le paiement de la taxe d'examen et ne peut être retirée.

(3) Lorsque la requête n'est pas formulée avant l'expiration du délai visé au paragraphe 2, la demande de brevet européen est réputée retirée.

Article 95

Prorogation du délai de présentation de la requête en examen

(1) Le Conseil d'administration peut proroger le délai de présentation de la requête en examen s'il est établi que les demandes de brevet européen ne peuvent être instruites en temps utile.

(2) Si le Conseil d'administration proroge le délai, il peut décider que les tiers seront habilités à présenter la requête en examen. En pareil cas, il arrête dans le règlement d'exécution les dispositions appropriées.

(3) Toute décision du Conseil d'administration relative à la prorogation du délai n'affecte que les demandes de brevet européen déposées après la publication de cette décision au Journal officiel de l'Office européen des brevets.

(4) Si le Conseil d'administration proroge le délai, il est tenu de prendre des mesures afin de rétablir aussi rapidement que possible le délai initial.

Article 96

Examen de la demande de brevet européen

(1) Si le demandeur d'un brevet européen a présenté la requête en exa-

päische Recherchenbericht zugegangen ist, so fordert ihn das Europäische Patentamt nach Übersendung des Berichts auf, innerhalb einer zu bestimmenden Frist zu erklären, ob er die europäische Patentanmeldung aufrechterhält.

(2) Ergibt die Prüfung, daß die europäische Patentanmeldung oder die Erfindung, die sie zum Gegenstand hat, den Erfordernissen dieses Übereinkommens nicht genügt, so fordert die Prüfungsabteilung den Anmelder nach Maßgabe der Ausführungsordnung so oft wie erforderlich auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist eine Stellungnahme einzureichen.

(3) Unterläßt es der Anmelder, auf eine Aufforderung nach Absatz 1 oder 2 rechtzeitig zu antworten, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

Artikel 97

Zurückweisung oder Erteilung

(1) Ist die Prüfungsabteilung der Auffassung, daß die europäische Patentanmeldung oder die Erfindung, die sie zum Gegenstand hat, den Erfordernissen dieses Übereinkommens nicht genügt, so weist sie die europäische Patentanmeldung zurück, sofern in diesem Übereinkommen nicht eine andere Rechtsfolge vorgeschrieben ist.

(2) Ist die Prüfungsabteilung der Auffassung, daß die europäische Patentanmeldung und die Erfindung, die sie zum Gegenstand hat, den Erfordernissen dieses Übereinkommens genügen, so beschließt sie die Erteilung des europäischen Patents für die benannten Vertragsstaaten, vorausgesetzt, daß

- a) gemäß der Ausführungsordnung feststeht, daß der Anmelder mit der Fassung, in der die Prüfungsabteilung das europäische Patent zu erteilen beabsichtigt, einverstanden ist,
- b) die Erteilungsgebühr und die Druckkostengebühr innerhalb der in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Frist entrichtet und
- c) die bereits fälligen Jahresgebühren und Zuschlagsgebühren entrichtet worden sind.

(3) Werden die Erteilungsgebühr und die Druckkostengebühr nicht rechtzeitig entrichtet, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

(4) Die Entscheidung über die Erteilung des europäischen Patents wird erst an dem Tag wirksam, an dem

ination before the European search report has been transmitted to him, the European Patent Office shall invite him after the transmission of the report to indicate, within a period to be determined, whether he desires to proceed further with the European patent application.

(2) If the examination of a European patent application reveals that the application or the invention to which it relates does not meet the requirements of this Convention, the Examining Division shall invite the applicant, in accordance with the Implementing Regulations and as often as necessary, to file his observations within a period to be fixed by the Examining Division.

(3) If the applicant fails to reply in due time to any invitation under paragraph 1 or paragraph 2, the application shall be deemed to be withdrawn.

Article 97

Refusal or grant

(1) The Examining Division shall refuse a European patent application if it is of the opinion that such application or the invention to which it relates does not meet the requirements of this Convention, except where a different sanction is provided for by this Convention.

(2) If the Examining Division is of the opinion that the application and the invention to which it relates meet the requirements of this Convention, it shall decide to grant the European patent for the designated Contracting States provided that:

- (a) it is established, in accordance with the provisions of the Implementing Regulations, that the applicant approves the text in which the Examining Division intends to grant the patent;
- (b) the fees for grant and printing are paid within the time limit prescribed in the Implementing Regulations;
- (c) the renewal fees and any additional fees already due have been paid.

(3) If the fees for grant and printing are not paid in due time, the application shall be deemed to be withdrawn.

(4) The decision to grant a European patent shall not take effect until the date on which the European Pat-

men avant que le rapport de recherche européenne ne lui ait été notifié, il est, après la notification du rapport, invité par l'Office européen des brevets à déclarer, dans le délai que celui-ci lui impartit, s'il maintient sa demande.

(2) S'il résulte de l'examen que la demande de brevet européen et l'invention qui en fait l'objet ne satisfont pas aux conditions prévues par la présente convention, la division d'examen invite le demandeur, dans les conditions prévues par le règlement d'exécution et aussi souvent qu'il est nécessaire, à présenter ses observations dans le délai qu'elle lui impartit.

(3) Si, dans le délai qui lui a été imparti, le demandeur ne défère pas aux invitations qui lui ont été adressées en vertu des paragraphes 1 ou 2, la demande est réputée retirée.

Article 97

Rejet de la demande ou délivrance du brevet

(1) La division d'examen rejette la demande de brevet européen si elle estime que cette demande ou l'invention qui en fait l'objet ne satisfait pas aux conditions prévues par la présente convention, à moins que des sanctions différentes du rejet ne soient prévues par la convention.

(2) Lorsque la division d'examen estime que la demande de brevet européen et l'invention qui en fait l'objet satisfont aux conditions prévues par la présente convention, elle décide de délivrer le brevet européen pour les États désignés si,

- a) dans les conditions prévues par le règlement d'exécution, il est établi que le demandeur est d'accord sur le texte dans lequel la division d'examen envisage de délivrer le brevet européen;
- b) les taxes de délivrance du brevet et d'impression du fascicule du brevet ont été acquittées dans le délai prescrit par le règlement d'exécution;
- c) les taxes annuelles et, le cas échéant, les surtaxes déjà exigibles ont été acquittées.

(3) Si les taxes de délivrance du brevet et d'impression du fascicule du brevet n'ont pas été acquittées dans les délais, la demande est réputée retirée.

(4) La décision relative à la délivrance du brevet européen ne prend effet qu'au jour de la publication au

im Europäischen Patentblatt auf die Erteilung hingewiesen worden ist. Dieser Hinweis wird frühestens drei Monate nach Beginn der in Absatz 2 Buchstabe b genannten Frist bekanntgemacht.

(5) In der Ausführungsordnung kann vorgesehen werden, daß der Anmelder eine Übersetzung der Fassung der Patentansprüche, in der die Prüfungsabteilung das europäische Patent zu erteilen beabsichtigt, in den beiden Amtssprachen des Europäischen Patentamts einzureichen hat, die nicht die Verfahrenssprache sind. In diesem Fall beträgt die in Absatz 4 vorgesehene Frist mindestens fünf Monate. Wird die Übersetzung nicht rechtzeitig eingereicht, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

Artikel 98

Veröffentlichung der europäischen Patentschrift

Das Europäische Patentamt gibt gleichzeitig mit der Bekanntmachung des Hinweises auf die Erteilung des europäischen Patents eine europäische Patentschrift heraus, in der die Beschreibung, die Patentansprüche und gegebenenfalls die Zeichnungen enthalten sind.

Fünfter Teil Einspruchsverfahren

Artikel 99

Einspruch

(1) Innerhalb von neun Monaten nach der Bekanntmachung des Hinweises auf die Erteilung des europäischen Patents kann jedermann beim Europäischen Patentamt gegen das erteilte europäische Patent Einspruch einlegen. Der Einspruch ist schriftlich einzureichen und zu begründen. Er gilt erst als eingelegt, wenn die Einspruchsgebühr entrichtet worden ist.

(2) Der Einspruch erfaßt das europäische Patent für alle Vertragsstaaten, in denen es Wirkung hat.

(3) Der Einspruch kann auch eingelegt werden, wenn für alle benannten Vertragsstaaten auf das europäische Patent verzichtet worden ist oder wenn das europäische Patent für alle diese Staaten erloschen ist.

(4) Am Einspruchsverfahren sind neben dem Patentinhaber die Einsprechenden beteiligt.

(5) Weist jemand nach, daß er in einem Vertragsstaat auf Grund einer rechtskräftigen Entscheidung anstelle des bisherigen Patentinhabers in das Patentregister dieses Staats eingetra-

ent Bulletin mentions the grant. This mention shall be published at least 3 months after the start of the time limit referred to in paragraph 2 (b).

(5) Provision may be made in the Implementing Regulations for the applicant to file a translation, in the two official languages of the European Patent Office other than the language of the proceedings, of the claims appearing in the text in which the Examining Division intends to grant the patent. In such case, the period laid down in paragraph 4 shall be at least five months. If the translation has not been filed in due time, the application shall be deemed to be withdrawn.

Article 98

Publication of a specification of the European patent

At the same time as it publishes the mention of the grant of the European patent, the European Patent Office shall publish a specification of the European patent containing the description, the claims and any drawings.

Part V Opposition procedure

Article 99

Opposition

(1) Within nine months from the publication of the mention of the grant of the European patent, any person may give notice to the European Patent Office of opposition to the European patent granted. Notice of opposition shall be filed in a written reasoned statement. It shall not be deemed to have been filed until the opposition fee has been paid.

(2) The opposition shall apply to the European patent in all the Contracting States in which that patent has effect.

(3) An opposition may be filed even if the European patent has been surrendered or has lapsed for all the designated States.

(4) Opponents shall be parties to the opposition proceedings as well as the proprietor of the patent.

(5) Where a person provides evidence that in a Contracting State, following a final decision, he has been entered in the patent register of such State instead of the previous proprie-

Bulletin européen des brevets de la mention de cette délivrance. Cette mention est publiée au plus tôt trois mois à compter du point de départ du délai visé au paragraphe 2, lettre b).

(5) Le règlement d'exécution peut prévoir que le demandeur produira une traduction des revendications figurant dans le texte dans lequel la division d'examen envisage de délivrer le brevet européen, dans les deux langues officielles de l'Office européen des brevets autres que celle de la procédure. Dans ce cas, le délai prévu au paragraphe 4 ne peut être inférieur à cinq mois. Si la traduction n'est pas produite dans les délais, la demande est réputée retirée.

Article 98

Publication du fascicule du brevet européen

L'Office européen des brevets publie simultanément la mention de la délivrance du brevet européen et le fascicule du brevet européen contenant la description, les revendications et, le cas échéant, les dessins.

Cinquième Partie Procédure d'Opposition

Article 99

Opposition

(1) Dans un délai de neuf mois à compter de la date de publication de la mention de la délivrance du brevet européen, toute personne peut faire opposition au brevet européen délivré, auprès de l'Office européen des brevets. L'opposition doit être formée par écrit et motivée. Elle n'est réputée formée qu'après paiement de la taxe d'opposition.

(2) L'opposition au brevet européen affecte ce brevet dans tous les États contractants dans lesquels il produit ses effets.

(3) L'opposition peut être formée même s'il a été renoncé au brevet européen pour tous les États désignés ou si celui-ci s'est éteint pour tous ces États.

(4) Les tiers qui ont fait opposition sont parties, avec le titulaire du brevet, à la procédure d'opposition.

(5) Si une personne apporte la preuve que, dans un État contractant, elle est inscrite au registre des brevets, en vertu d'un jugement passé en force de chose jugée, aux lieu et place du

gen ist, so tritt er auf Antrag in bezug auf diesen Staat an die Stelle des bisherigen Patentinhabers. Abweichend von Artikel 118 gelten der bisherige Patentinhaber und derjenige, der sein Recht geltend macht, nicht als gemeinsame Inhaber, es sei denn, daß beide dies verlangen.

Artikel 100 **Einspruchsgründe**

Der Einspruch kann nur darauf gestützt werden, daß

- a) der Gegenstand des europäischen Patents nach den Artikeln 52 bis 57 nicht patentfähig ist;
- b) das europäische Patent die Erfindung nicht so deutlich und vollständig offenbart, daß ein Fachmann sie ausführen kann;
- c) der Gegenstand des europäischen Patents über den Inhalt der Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung oder, wenn das Patent auf einer europäischen Teilanmeldung oder einer nach Artikel 61 eingereichten neuen europäischen Patentanmeldung beruht, über den Inhalt der früheren Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgeht.

Artikel 101 **Prüfung des Einspruchs**

(1) Ist der Einspruch zulässig, so prüft die Einspruchsabteilung, ob die in Artikel 100 genannten Einspruchsgründe der Aufrechterhaltung des europäischen Patents entgegenstehen.

(2) Bei der Prüfung des Einspruchs, die nach Maßgabe der Ausführungsordnung durchzuführen ist, fordert die Einspruchsabteilung die Beteiligten so oft wie erforderlich auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist eine Stellungnahme zu ihren Bescheiden oder zu den Schriftsätzen anderer Beteiligter einzureichen.

Artikel 102 **Widerruf oder Aufrechterhaltung des europäischen Patents**

(1) Ist die Einspruchsabteilung der Auffassung, daß die in Artikel 100 genannten Einspruchsgründe der Aufrechterhaltung des europäischen Patents entgegenstehen, so widerruft sie das Patent.

(2) Ist die Einspruchsabteilung der Auffassung, daß die in Artikel 100 genannten Einspruchsgründe der Aufrechterhaltung des europäischen Patents in unveränderter Form nicht entgegenstehen, so weist die den Einspruch zurück.

tor, such person shall, at his request, replace the previous proprietor in respect of such State. By derogation from Article 118, the previous proprietor and the person making the request shall not be deemed to be joint proprietors unless both so request.

Article 100 **Grounds for opposition**

Opposition may only be filed on the grounds that:

- (a) the subject-matter of the European patent is not patentable within the terms of Articles 52 to 57;
- (b) the European patent does not disclose the invention in a manner sufficiently clear and complete for it to be carried out by a person skilled in the art;
- (c) the subject-matter of the European patent extends beyond the content of the application as filed, or, if the patent was granted on a divisional application or on a new application filed in accordance with Article 61, beyond the content of the earlier application as filed.

Article 101 **Examination of the opposition**

(1) If the opposition is admissible, the Opposition Division shall examine whether the grounds for opposition laid down in Article 100 prejudice the maintenance of the European patent.

(2) In the examination of the opposition, which shall be conducted in accordance with the provisions of the Implementing Regulations, the Opposition Division shall invite the parties, as often as necessary, to file observations, within a period to be fixed by the Opposition Division, on communications from another party or issued by itself.

Article 102 **Revocation or maintenance of the European patent**

(1) If the Opposition Division is of the opinion that the grounds for opposition mentioned in Article 100 prejudice the maintenance of the European patent, it shall revoke the patent.

(2) If the Opposition Division is of the opinion that the grounds for opposition mentioned in Article 100 do not prejudice the maintenance of the patent unamended, it shall reject the opposition.

titulaire précédent, elle est, sur requête, substituée à ce dernier pour ledit État. Nonobstant les dispositions de l'article 118, le titulaire précédent du brevet et la personne qui fait ainsi valoir ses droits ne sont pas considérés comme copropriétaires, à moins qu'ils ne demandent tous deux à l'être.

Article 100 **Motifs d'opposition**

L'opposition ne peut être fondée que sur les motifs selon lesquels:

- a) l'objet du brevet européen n'est pas brevetable aux termes des articles 52 à 57;
- b) le brevet européen n'expose pas l'invention de façon suffisamment claire et complète pour qu'un homme du métier puisse l'exécuter;
- c) l'objet du brevet européen s'étend au-delà du contenu de la demande telle qu'elle a été déposée ou, si le brevet a été délivré sur la base d'une demande divisionnaire ou d'une nouvelle demande déposée en vertu de l'article 61, au-delà du contenu de la demande initiale telle qu'elle a été déposée.

Article 101 **Examen de l'opposition**

(1) Si l'opposition est recevable, la division d'opposition examine si les motifs d'opposition visés à l'article 100 s'opposent au maintien du brevet européen.

(2) Au cours de l'examen de l'opposition qui doit se dérouler conformément aux dispositions du règlement d'exécution, la division d'opposition invite les parties, aussi souvent qu'il est nécessaire, à présenter, dans un délai qu'elle leur impartit, leurs observations sur les notifications qu'elle leur a adressées ou sur les communications qui émanent d'autres parties.

Article 102 **Révocation ou maintien du brevet européen**

(1) Si la division d'opposition estime que les motifs d'opposition visés à l'article 100 s'opposent au maintien du brevet européen, elle révoque le brevet.

(2) Si la division d'opposition estime que les motifs d'opposition visés à l'article 100 ne s'opposent pas au maintien du brevet européen sans modification, elle rejette l'opposition.

(3) Ist die Einspruchsabteilung der Auffassung, daß unter Berücksichtigung der vom Patentinhaber im Einspruchsverfahren vorgenommenen Änderungen das europäische Patent und die Erfindung, die es zum Gegenstand hat, den Erfordernissen dieses Übereinkommens genügen, so beschließt sie die Aufrechterhaltung des Patents in dem geänderten Umfang, vorausgesetzt, daß

a) gemäß der Ausführungsordnung feststeht, daß der Patentinhaber mit der Fassung, in der die Einspruchsabteilung das Patent aufrechtzuerhalten beabsichtigt, einverstanden ist, und

b) die Druckkostengebühr für eine neue europäische Patentschrift innerhalb der in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Frist entrichtet worden ist.

(4) Wird die Druckkostengebühr für eine neue europäische Patentschrift nicht rechtzeitig entrichtet, so wird das europäische Patent widerrufen.

(5) In der Ausführungsordnung kann vorgesehen werden, daß der Patentinhaber eine Übersetzung der geänderten Patentansprüche in den beiden Amtssprachen des Europäischen Patentamts, die nicht Verfahrenssprache sind, einzureichen hat. Wird die Übersetzung nicht rechtzeitig eingereicht, so wird das europäische Patent widerrufen.

Artikel 103

Veröffentlichung einer neuen europäischen Patentschrift

Ist das europäische Patent nach Artikel 102 Absatz 3 geändert worden, so gibt das Europäische Patentamt gleichzeitig mit der Bekanntmachung des Hinweises auf die Entscheidung über den Einspruch eine neue europäische Patentschrift heraus, in der die Beschreibung, die Patentansprüche und gegebenenfalls die Zeichnungen in der geänderten Form enthalten sind.

Artikel 104

Kosten

(1) Im Einspruchsverfahren trägt jeder Beteiligte die ihm erwachsenen Kosten selbst, soweit nicht die Einspruchsabteilung oder die Beschwerdekammer, wenn und soweit dies der Billigkeit entspricht, über eine Verteilung der Kosten, die durch eine mündliche Verhandlung oder eine Beweisaufnahme verursacht worden sind, nach Maßgabe der Ausführungsordnung anders entscheidet.

(2) Die Geschäftsstelle der Einspruchsabteilung setzt auf Antrag den Betrag der Kosten fest, die auf Grund einer Entscheidung über die Vertei-

(3) If the Opposition Division is of the opinion that, taking into consideration the amendments made by the proprietor of the patent during the opposition proceedings, the patent and the invention to which it relates meet the requirements of this Convention, it shall decide to maintain the patent as amended, provided that:

(a) it is established, in accordance with the provisions of the Implementing Regulations, that the proprietor of the patent approves the text in which the Opposition Division intends to maintain the patent;

(b) the fee for the printing of a new specification of the European patent is paid within the time limit prescribed in the Implementing Regulations.

(4) If the fee for the printing of a new specification is not paid in due time, the patent shall be revoked.

(5) Provision may be made in the Implementing Regulations for the proprietor of the patent to file a translation of any amended claims in the two official languages of the European Patent Office other than the language of the proceedings. If the translation has not been filed in due time the patent shall be revoked.

Article 103

Publication of a new specification of the European patent

If a European patent is amended under Article 102, paragraph 3, the European Patent Office shall, at the same time as it publishes the mention of the opposition decision, publish a new specification of the European patent containing the description, the claims and any drawings, in the amended form.

Article 104

Costs

(1) Each party to the proceedings shall meet the costs he has incurred unless a decision of an Opposition Division or Board of Appeal, for reasons of equity, orders, in accordance with the Implementing Regulations, a different apportionment of costs incurred during taking of evidence or in oral proceedings.

(2) On request, the registry of the Opposition Division shall fix the amount of the costs to be paid under a decision apportioning them. The fix-

(3) Si la division d'opposition estime que, compte tenu des modifications apportées par le titulaire du brevet européen au cours de la procédure d'opposition, le brevet et l'invention qui en fait l'objet satisfont aux conditions de la présente convention, elle décide de maintenir le brevet tel qu'il a été modifié pour autant que:

a) conformément aux dispositions du règlement d'exécution, il est établi que le titulaire du brevet est d'accord sur le texte dans lequel la division d'opposition envisage de maintenir le brevet et que

b) la taxe d'impression d'un nouveau fascicule du brevet a été acquittée dans le délai prescrit par le règlement d'exécution.

(4) Si la taxe d'impression d'un nouveau fascicule du brevet européen n'est pas acquittée dans les délais, le brevet est révoqué.

(5) Le règlement d'exécution peut prévoir que le titulaire du brevet européen produira une traduction des revendications modifiées dans les deux langues officielles de l'Office européen des brevets autres que celle de la procédure. Si la traduction n'est pas produite dans les délais, le brevet est révoqué.

Article 103

Publication d'un nouveau fascicule du brevet européen

Lorsque le brevet européen a été modifié en vertu de l'article 102, paragraphe 3, l'Office européen des brevets publie simultanément la mention de la décision concernant l'opposition et un nouveau fascicule du brevet européen contenant, dans la forme modifiée, la description, les revendications et, le cas échéant, les dessins.

Article 104

Frais

(1) Chacune des parties à la procédure d'opposition supporte les frais qu'elle a exposés, sauf décision de la division d'opposition ou de la chambre de recours, prise conformément au règlement d'exécution, prescrivant, dans la mesure où l'équité l'exige, une répartition différente des frais occasionnés par une procédure orale ou une mesure d'instruction.

(2) Sur requête, le greffe de la division d'opposition fixe le montant des frais à rembourser en vertu d'une décision de répartition. Le montant des

lung zu erstatten sind. Gegen die Kostenfestsetzung der Geschäftsstelle ist der Antrag auf Entscheidung durch die Einspruchsabteilung innerhalb einer in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Frist zulässig.

(3) Jede unanfechtbare Entscheidung des Europäischen Patentamts über die Festsetzung der Kosten wird in jedem Vertragsstaat in bezug auf die Vollstreckung wie ein rechtskräftiges Urteil eines Zivilgerichts des Staats behandelt, in dessen Hoheitsgebiet die Vollstreckung stattfindet. Eine Überprüfung dieser Entscheidung darf sich lediglich auf ihre Echtheit beziehen.

Artikel 105

Beitritt des vermeintlichen Patentverletzers

(1) Ist gegen ein europäisches Patent Einspruch eingelegt worden, so kann jeder Dritte, der nachweist, daß gegen ihn Klage wegen Verletzung dieses Patents erhoben worden ist, nach Ablauf der Einspruchsfrist dem Einspruchsverfahren beitreten, wenn er den Beitritt innerhalb von drei Monaten nach dem Tag erklärt, an dem die Verletzungsklage erhoben worden ist. Das gleiche gilt für jeden Dritten, der nachweist, daß er nach einer Aufforderung des Patentinhabers, eine angebliche Patentverletzung zu unterlassen, gegen diesen Klage auf gerichtliche Feststellung erhoben hat, daß er das Patent nicht verletze.

(2) Der Beitritt ist schriftlich zu erklären und zu begründen. Er ist erst wirksam, wenn die Einspruchsgebühr entrichtet worden ist. Im übrigen wird der Beitritt als Einspruch behandelt, soweit in der Ausführungsordnung nichts anderes bestimmt ist.

Sechster Teil Beschwerdeverfahren

Artikel 106

Beschwerdefähige Entscheidungen

(1) Die Entscheidungen der Eingangsstelle, der Prüfungsabteilungen, der Einspruchsabteilungen und der Rechtsabteilung sind mit der Beschwerde anfechtbar. Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

(2) Beschwerde gegen die Entscheidung der Einspruchsabteilung kann auch eingelegt werden, wenn für alle benannten Vertragsstaaten auf das europäische Patent verzichtet worden ist oder wenn das europäische Patent für alle diese Staaten erloschen ist.

ing of the costs by the registry may be reviewed by a decision of the Opposition Division on a request filed within the period laid down in the Implementing Regulations.

(3) Any final decision of the European Patent Office fixing the amount of costs shall be dealt with, for the purpose of enforcement in the Contracting States, in the same way as a final decision given by a civil court of the State in the territory of which enforcement is to be carried out. Verification of such decision shall be limited to its authenticity.

Article 105

Intervention of the assumed infringer

(1) In the event of an opposition to a European patent being filed, any third party who proves that proceedings for infringement of the same patent have been instituted against him may, after the opposition period has expired, intervene in the opposition proceedings, if he gives notice of intervention within three months of the date on which the infringement proceedings were instituted. The same shall apply in respect of any third party who proves both that the proprietor of the patent has requested that he cease alleged infringement of the patent and that he has instituted proceedings for a court ruling that he is not infringing the patent.

(2) Notice of intervention shall be filed in a written reasoned statement. It shall not be deemed to have been filed until the opposition fee has been paid. Thereafter the intervention shall, subject to any exceptions laid down in the Implementing Regulations, be treated as an opposition.

Part VI Appeals procedure

Article 106

Decisions subject to appeal

(1) An appeal shall lie from decisions of the Receiving Section, Examining Divisions, Opposition Divisions and the Legal Division. It shall have suspensive effect.

(2) An appeal may be filed against the decision of the Opposition Division even if the European patent has been surrendered or has lapsed for all the designated States.

frais tels qu'ils ont été fixés par le greffe, sur une requête présentée dans le délai prescrit par le règlement d'exécution, peut être réformé par une décision de la division d'opposition.

(3) Toute décision finale de l'Office européen des brevets fixant le montant des frais est, aux fins de son exécution dans les États contractants, réputée être une décision passée en force de chose jugée rendue par une juridiction civile de l'État sur le territoire duquel cette exécution doit être poursuivie. Le contrôle d'une telle décision ne peut porter que sur son authenticité.

Article 105

Intervention du contrefacteur présumé

(1) Lorsqu'une opposition au brevet européen a été formée, tout tiers qui apporte la preuve qu'une action en contrefaçon fondée sur ce brevet a été introduite à son encontre, peut, après l'expiration du délai d'opposition, intervenir dans la procédure d'opposition à condition qu'il produise une déclaration d'intervention dans un délai de trois mois à compter de la date à laquelle l'action en contrefaçon a été introduite. Cette disposition s'applique à tout tiers qui apporte la preuve, qu'après avoir été requis par le titulaire du brevet de cesser la contrefaçon présumée de ce brevet, il a introduit à l'encontre dudit titulaire une action tendant à faire constater judiciairement qu'il n'est pas contrefacteur.

(2) La déclaration d'intervention doit être présentée par écrit et motivée. Elle ne prend effet qu'après paiement de la taxe d'opposition. Après l'accomplissement de cette formalité, l'intervention est assimilée à une opposition, sous réserve des dispositions du règlement d'exécution.

Sixième Partie Procédure de recours

Article 106

Décisions susceptibles de recours

(1) Les décisions de la section de dépôt, des divisions d'examen, des divisions d'opposition et de la division juridique sont susceptibles de recours. Le recours a un effet suspensif.

(2) Un recours peut être formé contre la décision de la division d'opposition même s'il a été renoncé au brevet européen pour tous les États désignés ou si celui-ci s'est éteint pour tous ces États.

(3) Eine Entscheidung, die ein Verfahren gegenüber einem Beteiligten nicht abschließt, ist nur zusammen mit der Endentscheidung anfechtbar, sofern nicht in der Entscheidung die gesonderte Beschwerde zugelassen ist.

(4) Die Verteilung der Kosten des Einspruchsverfahrens kann nicht einziger Gegenstand einer Beschwerde sein.

(5) Eine Entscheidung über die Festsetzung des Betrags der Kosten des Einspruchsverfahrens ist mit der Beschwerde nur anfechtbar, wenn der Betrag eine in der Gebührenordnung bestimmte Höhe übersteigt.

Artikel 107

Beschwerdeberechtigte und Verfahrensbeteiligte

Die Beschwerde steht denjenigen zu, die an dem Verfahren beteiligt waren, das zu der Entscheidung geführt hat, soweit sie durch die Entscheidung beschwert sind. Die übrigen an diesem Verfahren Beteiligten sind am Beschwerdeverfahren beteiligt.

Artikel 108

Frist und Form

Die Beschwerde ist innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung der Entscheidung schriftlich beim Europäischen Patentamt einzulegen. Die Beschwerde gilt erst als eingelegt, wenn die Beschwerdegebühr entrichtet worden ist. Innerhalb von vier Monaten nach Zustellung der Entscheidung ist die Beschwerde schriftlich zu begründen.

Artikel 109

Abhilfe

(1) Erachtet das Organ, dessen Entscheidung angefochten wird, die Beschwerde für zulässig und begründet, so hat es ihr abzuhelpen. Dies gilt nicht, wenn dem Beschwerdeführer ein anderer an dem Verfahren Beteiligter gegenübersteht.

(2) Wird der Beschwerde innerhalb eines Monats nach Eingang der Begründung nicht abgeholfen, so ist sie unverzüglich ohne sachliche Stellungnahme der Beschwerdekammer vorzulegen.

Artikel 110

Prüfung der Beschwerde

(1) Ist die Beschwerde zulässig, so prüft die Beschwerdekammer, ob die Beschwerde begründet ist.

(2) Bei der Prüfung der Beschwerde, die nach Maßgabe der Ausführungs-

(3) A decision which does not terminate proceedings as regards one of the parties can only be appealed together with the final decision, unless the decision allows separate appeal.

(4) The apportionment of costs of opposition proceedings cannot be the sole subject of an appeal.

(5) A decision fixing the amount of costs of opposition proceedings cannot be appealed unless the amount is in excess of that laid down in the Rules relating to Fees.

Article 107

Persons entitled to appeal and to be parties to appeal proceedings

Any party to proceedings adversely affected by a decision may appeal. Any other parties to the proceedings shall be parties to the appeal proceedings as of right.

Article 108

Time limit and form of appeal

Notice of appeal must be filed in writing at the European Patent Office within two months after the date of notification of the decision appealed from. The notice shall not be deemed to have been filed until after the fee for appeal has been paid. Within four months after the date of notification of the decision, a written statement setting out the grounds of appeal must be filed.

Article 109

Interlocutory revision

(1) If the department whose decision is contested considers the appeal to be admissible and well founded, it shall rectify its decision. This shall not apply where the appellant is opposed by another party to the proceedings.

(2) If the appeal is not allowed within one month after receipt of the statement of grounds, it shall be remitted to the Board of Appeal without delay, and without comment as to its merit.

Article 110

Examination of appeals

(1) If the appeal is admissible, the Board of Appeal shall examine whether the appeal is allowable.

(2) In the examination of the appeal, which shall be conducted in ac-

(3) Une décision qui ne met pas fin à une procédure à l'égard d'une des parties ne peut faire l'objet d'un recours qu'avec la décision finale, à moins que ladite décision ne prévoi un recours indépendant.

(4) Aucun recours ne peut avoir pour seul objet la répartition des frais de la procédure d'opposition.

(5) Une décision fixant le montant des frais de la procédure d'opposition ne peut faire l'objet d'un recours que si le montant est supérieur à celui fixé par le règlement relatif aux taxes.

Article 107

Personnes admises à former le recours et à être parties à la procédure

Toute partie à la procédure ayant conduit à une décision peut recourir contre cette décision pour autant qu'elle n'ait pas fait droit à ses prétentions. Les autres parties à ladite procédure sont de droit parties à la procédure de recours.

Article 108

Délai et forme

Le recours doit être formé par écrit auprès de l'Office européen des brevets dans un délai de deux mois à compter du jour de la signification de la décision. Le recours n'est considéré comme formé qu'après le paiement de la taxe de recours. Un mémoire exposant les motifs du recours doit être déposé par écrit dans un délai de quatre mois à compter de la date de la signification de la décision.

Article 109

Révision préjudicielle

(1) Si l'instance dont la décision est attaquée considère le recours comme recevable et fondé, elle doit y faire droit. Cette disposition ne s'applique pas lorsque la procédure oppose celui qui a introduit le recours à une autre partie.

(2) S'il n'est pas fait droit au recours dans un délai d'un mois après réception du mémoire exposant les motifs, le recours doit être immédiatement déféré à la chambre de recours, sans avis sur le fond.

Article 110

Examen du recours

(1) Si le recours est recevable, la chambre de recours examine s'il peut y être fait droit.

(2) Au cours de l'examen du recours qui doit se dérouler conformément

ordnung durchzuführen ist, fordert die Beschwerdekammer die Beteiligten so oft wie erforderlich auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist eine Stellungnahme zu ihren Bescheiden oder zu den Schriftsätzen anderer Beteiligter einzureichen.

(3) Unterläßt es der Anmelder, auf eine Aufforderung nach Absatz 2 rechtzeitig zu antworten, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen, es sei denn, daß die mit der Beschwerde angefochtene Entscheidung von der Rechtsabteilung erlassen worden ist.

Artikel 111

Entscheidung über die Beschwerde

(1) Nach der Prüfung, ob die Beschwerde begründet ist, entscheidet die Beschwerdekammer über die Beschwerde. Die Beschwerdekammer wird entweder im Rahmen der Zuständigkeit des Organs tätig, das die angefochtene Entscheidung erlassen hat, oder verweist die Angelegenheit zur weiteren Entscheidung an dieses Organ zurück.

(2) Verweist die Beschwerdekammer die Angelegenheit zur weiteren Entscheidung an das Organ zurück, das die angefochtene Entscheidung erlassen hat, so ist dieses Organ durch die rechtliche Beurteilung der Beschwerdekammer, die der Entscheidung zugrunde gelegt ist, gebunden, soweit der Tatbestand derselbe ist. Ist die angefochtene Entscheidung von der Eingangsstelle erlassen worden, so ist die Prüfungsabteilung ebenfalls an die rechtliche Beurteilung der Beschwerdekammer gebunden.

Artikel 112

Entscheidung oder Stellungnahme der Großen Beschwerdekammer

(1) Zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsanwendung oder wenn sich eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung stellt,

- a) befaßt die Beschwerdekammer, bei der ein Verfahren anhängig ist, von Amts wegen oder auf Antrag eines Beteiligten die Große Beschwerdekammer, wenn sie hierzu eine Entscheidung für erforderlich hält. Weist die Beschwerdekammer den Antrag zurück, so hat sie die Zurückweisung in der Endentscheidung zu begründen;
- b) kann der Präsident des Europäischen Patentamts der Großen Beschwerdekammer eine Rechtsfrage vorlegen, wenn zwei Beschwerdekammern über diese Frage voneinander abweichende Entscheidungen getroffen haben.

cordance with the provisions of the Implementing Regulations, the Board of Appeal shall invite the parties, as often as necessary, to file observations, within a period to be fixed by the Board of Appeal, on communications from another party or issued by itself.

(3) If the applicant fails to reply in due time to an invitation under paragraph 2, the European patent application shall be deemed to be withdrawn unless the decision under appeal was taken by the Legal Division.

Article 111

Decision in respect of appeals

(1) Following the examination as to the allowability of the appeal, the Board of Appeal shall decide on the appeal. The Board of Appeal may either exercise any power within the competence of the department which was responsible for the decision appealed or remit the case to that department for further prosecution.

(2) If the Board of Appeal remits the case for further prosecution to the department whose decision was appealed, that department shall be bound by the ratio decidendi of the Board of Appeal, in so far as the facts are the same. If the decision which was appealed emanated from the Receiving Section, the Examining Division shall similarly be bound by the ratio decidendi of the Board of Appeal.

Article 112

Decision or opinion of the Enlarged Board of Appeal

(1) In order to ensure uniform application of the law, or if an important point of law arises:

- (a) the Board of Appeal shall, during proceedings on a case and either of its own motion or following a request from a party to the appeal, refer any question to the Enlarged Board of Appeal if it considers that a decision is required for the above purposes. If the Board of Appeal rejects the request, it shall give the reasons in its final decision;
- (b) the President of the European Patent Office may refer a point of law to the Enlarged Board of Appeal where two Boards of Appeal have given different decisions on that question.

aux dispositions du règlement d'exécution, la chambre de recours invite les parties, aussi souvent qu'il est nécessaire, à présenter, dans un délai qu'elle leur impartit, leurs observations sur les notifications qu'elle leur a adressées ou sur les communications qui émanent d'autres parties.

(3) Si, dans le délai qui lui a été imparti, le demandeur ne défère pas à cette invitation, la demande de brevet européen est réputée retirée, à moins que la décision faisant l'objet du recours n'ait été prise par la division juridique.

Article 111

Décision sur le recours

(1) A la suite de l'examen au fond du recours, la chambre de recours statue sur le recours. Elle peut, soit exercer les compétences de l'instance qui a pris la décision attaquée, soit renvoyer l'affaire à ladite instance pour suite à donner.

(2) Si la chambre de recours renvoie l'affaire pour suite à donner à l'instance qui a pris la décision attaquée, cette instance est liée par les motifs et le dispositif de la décision de la chambre de recours pour autant que les faits de la cause soient les mêmes. Si la décision attaquée a été prise par la section de dépôt, la division d'examen est également liée par les motifs et le dispositif de la décision de la chambre de recours.

Article 112

Décisions ou avis de la Grande Chambre de recours

(1) Afin d'assurer une application uniforme du droit ou si une question de droit d'importance fondamentale se pose:

- a) la chambre de recours, soit d'office, soit à la requête de l'une des parties, saisit en cours d'instance la Grande Chambre de recours lorsqu'une décision est nécessaire à ces fins. Lorsque la chambre de recours rejette la requête, elle doit motiver son refus dans sa décision finale;
- b) le Président de l'Office européen des brevets peut soumettre une question de droit à la Grande Chambre de recours lorsque deux chambres de recours ont rendu des décisions divergentes sur cette question.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 Buchstabe a sind die am Beschwerdeverfahren Beteiligten am Verfahren vor der Großen Beschwerdekammer beteiligt.

(3) Die in Absatz 1 Buchstabe a vorgesehene Entscheidung der Großen Beschwerdekammer ist für die Entscheidung der Beschwerdekammer über die anhängige Beschwerde bindend.

(2) In the cases covered by paragraph 1 (a) the parties to the appeal proceedings shall be parties to the proceedings before the Enlarged Board of Appeal.

(3) The decision of the Enlarged Board of Appeal referred to in paragraph 1 (a) shall be binding on the Board of Appeal in respect of the appeal in question.

(2) Dans les cas visés au paragraphe 1, lettre a), les parties à la procédure de recours sont parties à la procédure devant la Grande Chambre de recours.

(3) La décision de la Grande Chambre de recours à laquelle il est fait référence au paragraphe 1, lettre a), lie la chambre de recours pour le recours en instance.

Siebenter Teil Gemeinsame Vorschriften

Kapitel I Allgemeine Vorschriften für das Verfahren

Artikel 113 Rechtliches Gehör

(1) Entscheidungen des Europäischen Patentamts dürfen nur auf Gründe gestützt werden, zu denen die Beteiligten sich äußern konnten.

(2) Bei der Prüfung der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents und bei den Entscheidungen darüber hat sich das Europäische Patentamt an die vom Anmelder oder Patentinhaber vorgelegte oder gebilligte Fassung zu halten.

Artikel 114 Ermittlung von Amts wegen

(1) In den Verfahren vor dem Europäischen Patentamt ermittelt das Europäische Patentamt den Sachverhalt von Amts wegen; es ist dabei weder auf das Vorbringen noch auf die Anträge der Beteiligten beschränkt.

(2) Das Europäische Patentamt braucht Tatsachen und Beweismittel, die von den Beteiligten verspätet vorgebracht werden, nicht zu berücksichtigen.

Artikel 115 Einwendungen Dritter

(1) Nach der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung kann jeder Dritte Einwendungen gegen die Patentierbarkeit der angemeldeten Erfindung erheben. Die Einwendungen sind schriftlich einzureichen und zu begründen. Der Dritte ist am Verfahren vor dem Europäischen Patentamt nicht beteiligt.

Part VII Common provisions

Chapter I Common provisions governing procedure

Article 113 Basis of decisions

(1) The decisions of the European Patent Office may only be based on grounds or evidence on which the parties concerned have had an opportunity to present their comments.

(2) The European Patent Office shall consider and decide upon the European patent application or the European patent only in the text submitted to it, or agreed, by the applicant for or proprietor of the patent.

Article 114 Examination by the European Patent Office of its own motion

(1) In proceedings before it, the European Patent Office shall examine the facts of its own motion; it shall not be restricted in this examination to the facts, evidence and arguments provided by the parties and the relief sought.

(2) The European Patent Office may disregard facts or evidence which are not submitted in due time by the parties concerned.

Article 115 Observations by third parties

(1) Following the publication of the European patent application, any person may present observations concerning the patentability of the invention in respect of which the application has been filed. Such observations must be filed in writing and must include a statement of the grounds on which they are based. That person shall not be a party to the proceedings before the European Patent Office.

Septième Partie Dispositions communes

Chapitre I Dispositions générales de procédure

Article 113 Fondement des décisions

(1) Les décisions de l'Office européen des brevets ne peuvent être fondées que sur des motifs au sujet desquels les parties ont pu prendre position.

(2) L'Office européen des brevets n'examine et ne prend de décision sur la demande de brevet européen ou le brevet européen que dans le texte proposé ou accepté par le demandeur ou par le titulaire du brevet.

Article 114 Examen d'office

(1) Au cours de la procédure, l'Office européen des brevets procède à l'examen d'office des faits; cet examen n'est limité ni aux moyens invoqués ni aux demandes présentées par les parties.

(2) L'Office européen des brevets peut ne pas tenir compte des faits que les parties n'ont pas invoqués ou des preuves qu'elles n'ont pas produites en temps utile.

Article 115 Observations des tiers

(1) Après la publication de la demande de brevet européen, tout tiers peut présenter des observations sur la brevetabilité de l'invention faisant l'objet de la demande. Les observations doivent être faites par écrit et dûment motivées. Les tiers n'acquiescent pas la qualité de parties à la procédure devant l'Office européen des brevets.

(2) Die Einwendungen werden dem Anmelder oder Patentinhaber mitgeteilt, der dazu Stellung nehmen kann.

Artikel 116

Mündliche Verhandlung

(1) Eine mündliche Verhandlung findet entweder auf Antrag eines Beteiligten oder, sofern das Europäische Patentamt dies für sachdienlich erachtet, von Amts wegen statt. Das Europäische Patentamt kann jedoch einen Antrag auf erneute mündliche Verhandlung vor demselben Organ ablehnen, wenn die Parteien und der dem Verfahren zugrunde liegende Sachverhalt unverändert geblieben sind.

(2) Vor der Eingangsstelle findet eine mündliche Verhandlung auf Antrag des Anmelders nur statt, wenn die Eingangsstelle dies für sachdienlich erachtet oder beabsichtigt, die europäische Patentanmeldung zurückzuweisen.

(3) Die mündliche Verhandlung vor der Eingangsstelle, den Prüfungsabteilungen und der Rechtsabteilung ist nicht öffentlich.

(4) Die mündliche Verhandlung, einschließlich der Verkündung der Entscheidung, ist vor den Beschwerdekammern und der Großen Beschwerdekammer nach Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung sowie vor der Einspruchsabteilung öffentlich, sofern das angerufene Organ nicht in Fällen anderweitig entscheidet, in denen insbesondere für eine am Verfahren beteiligte Partei die Öffentlichkeit des Verfahrens schwerwiegende und ungerechtfertigte Nachteile zur Folge haben könnte.

Artikel 117

Beweisaufnahme

(1) In den Verfahren vor einer Prüfungsabteilung, einer Einspruchsabteilung, der Rechtsabteilung oder einer Beschwerdekammer sind insbesondere folgende Beweismittel zulässig:

- a) Vernehmung der Beteiligten;
- b) Einholung von Auskünften;
- c) Vorlegung von Urkunden;
- d) Vernehmung von Zeugen;
- e) Begutachtung durch Sachverständige;
- f) Einnahme des Augenscheins;
- g) Abgabe einer schriftlichen Erklärung unter Eid.

(2) Die Prüfungsabteilung, die Einspruchsabteilung und die Beschwerdekammer können eines ihrer Mitglieder mit der Durchführung der Beweisaufnahme beauftragen.

(2) The observations referred to in paragraph 1 shall be communicated to the applicant for or proprietor of the patent who may comment on them.

Article 116

Oral proceedings

(1) Oral proceedings shall take place either at the instance of the European Patent Office if it considers this to be expedient or at the request of any party to the proceedings. However, the European Patent Office may reject a request for further oral proceedings before the same department where the parties and the subject of the proceedings are the same.

(2) Nevertheless, oral proceedings shall take place before the Receiving Section at the request of the applicant only where the Receiving Section considers this to be expedient or where it envisages refusing the European patent application.

(3) Oral proceedings before the Receiving Section, the Examining Divisions and the Legal Division shall not be public.

(4) Oral proceedings, including delivery of the decision, shall be public, as regards the Boards of Appeal and the Enlarged Board of Appeal, after publication of the European patent application, and also before the Opposition Divisions, in so far as the department before which the proceedings are taking place does not decide otherwise in cases where admission of the public could have serious and unjustified disadvantages, in particular for a party to the proceedings.

Article 117

Taking of evidence

(1) In any proceedings before an Examining Division, an Opposition Division, the Legal Division or a Board of Appeal the means of giving or obtaining evidence shall include the following:

- (a) hearing the parties;
- (b) requests for information;
- (c) the production of documents;
- (d) hearing the witnesses;
- (e) opinions by experts;
- (f) inspection;
- (g) sworn statements in writing.

(2) The Examining Division, Opposition Division or Board of Appeal may commission one of its members to examine the evidence adduced.

(2) Les observations visées au paragraphe 1 sont notifiées au demandeur ou au titulaire du brevet qui peut prendre position.

Article 116

Procédure orale

(1) Il est recouru à la procédure orale soit d'office lorsque l'Office européen des brevets le juge utile, soit sur requête d'une partie à la procédure. Toutefois, l'Office européen des brevets peut rejeter une requête tendant à recourir à nouveau à la procédure orale devant une même instance pour autant que les parties ainsi que les faits de la cause soient les mêmes.

(2) Toutefois, il n'est recouru, sur requête du demandeur, à la procédure orale devant la section de dépôt que lorsque celle-ci le juge utile ou lorsqu'elle envisage de rejeter la demande de brevet européen.

(3) La procédure orale devant la section de dépôt, les divisions d'examen et la division juridique n'est pas publique.

(4) La procédure orale, y compris le prononcé de la décision, est publique devant les chambres de recours et la Grande Chambre de recours après la publication de la demande de brevet européen ainsi que devant les divisions d'opposition, sauf décision contraire de l'instance saisie, au cas où la publicité pourrait présenter, notamment pour une partie à la procédure, des inconvénients graves et injustifiés.

Article 117

Instruction

(1) Dans toute procédure devant une division d'examen, une division d'opposition, la division juridique ou une chambre de recours, les mesures d'instruction suivantes peuvent notamment être prises:

- a) l'audition des parties;
- b) la demande de renseignements;
- c) la production de documents;
- d) l'audition de témoins;
- e) l'expertise;
- f) la descente sur les lieux;
- g) les déclarations écrites faites sous la foi du serment.

(2) La division d'examen, la division d'opposition et la chambre de recours peuvent charger un de leurs membres de procéder aux mesures d'instruction.

(3) Hält das Europäische Patentamt die mündliche Vernehmung eines Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen für erforderlich, so wird

- a) der Betroffene zu einer Vernehmung vor dem Europäischen Patentamt geladen oder
- b) das zuständige Gericht des Staats, in dem der Betroffene seinen Wohnsitz hat, nach Artikel 131 Absatz 2 ersucht, den Betroffenen zu vernehmen.

(4) Ein vor das Europäische Patentamt geladener Beteiligter, Zeuge oder Sachverständiger kann beim Europäischen Patentamt beantragen, daß er vor einem zuständigen Gericht in seinem Wohnsitzstaat vernommen wird. Nach Erhalt eines solchen Antrags oder in dem Fall, daß innerhalb der vom Europäischen Patentamt in der Ladung festgesetzten Frist keine Äußerung auf die Ladung erfolgt ist, kann das Europäische Patentamt nach Artikel 131 Absatz 2 das zuständige Gericht ersuchen, den Betroffenen zu vernehmen.

(5) Hält das Europäische Patentamt die erneute Vernehmung eines von ihm vernommenen Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen unter Eid oder in gleichermaßen verbindlicher Form für zweckmäßig, so kann es das zuständige Gericht im Wohnsitzstaat des Betroffenen hierum ersuchen.

(6) Ersucht das Europäische Patentamt das zuständige Gericht um Vernehmung, so kann es das Gericht ersuchen, die Vernehmung unter Eid oder in gleichermaßen verbindlicher Form vorzunehmen und es einem Mitglied des betreffenden Organs zu gestatten, der Vernehmung beizuwohnen und über das Gericht oder unmittelbar Fragen an die Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen zu richten.

(3) If the European Patent Office considers it necessary for a party, witness or expert to give evidence orally, it shall either:

- (a) issue a summons to the person concerned to appear before it, or
- (b) request, in accordance with the provisions of Article 131, paragraph 2, the competent court in the country of residence of the person concerned to take such evidence.

(4) A party, witness or expert who is summoned before the European Patent Office may request the latter to allow his evidence to be heard by a competent court in his country of residence. On receipt of such a request, or if there has been no reply to the summons by the expiry of a period fixed by the European Patent Office in the summons, the European Patent Office may, in accordance with the provisions of Article 131, paragraph 2, request the competent court to hear the person concerned.

(5) If a party, witness or expert gives evidence before the European Patent Office, the latter may, if it considers it advisable for the evidence to be given on oath or in an equally binding form, request the competent court in the country of residence of the person concerned to re-examine his evidence under such conditions.

(6) When the European Patent Office requests a competent court to take evidence, it may request the court to take the evidence on oath or in an equally binding form and to permit a member of the department concerned to attend the hearing and question the party, witness or expert either through the intermediary of the court or directly.

(3) Si l'Office européen des brevets estime nécessaire qu'une partie, un témoin ou un expert dépose oralement,

- a) il cite devant lui la personne concernée ou
- b) il demande, conformément aux dispositions de l'article 131, paragraphe 2, aux autorités judiciaires compétentes de l'État sur le territoire duquel réside cette personne, de recueillir sa déposition.

(4) Une partie, un témoin ou un expert cité devant l'Office européen des brevets peut lui demander l'autorisation d'être entendu par les autorités judiciaires compétentes de l'État sur le territoire duquel il réside. Après avoir reçu cette requête ou, si aucune suite n'a été donnée à la citation à l'expiration du délai imparti par l'Office européen des brevets dans cette citation, ce dernier peut, conformément aux dispositions de l'article 131, paragraphe 2, demander aux autorités judiciaires compétentes de recueillir la déposition de la personne concernée.

(5) Si une partie, un témoin ou un expert dépose devant l'Office européen des brevets, ce dernier peut, s'il estime souhaitable que la déposition soit recueillie sous la foi du serment ou sous une autre forme également contraignante, demander aux autorités judiciaires compétentes de l'État sur le territoire duquel réside la personne concernée, de l'entendre à nouveau dans ces dernières conditions.

(6) Lorsque l'Office européen des brevets demande à une autorité judiciaire compétente de recueillir une déposition, il peut lui demander de recueillir la déposition sous la foi du serment ou sous une autre forme également contraignante et d'autoriser un des membres de l'instance intéressée à assister à l'audition de la partie, du témoin ou de l'expert et à l'interroger, soit par l'entremise de ladite autorité, soit directement.

Artikel 118

Einheit der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents

Verschiedene Anmelder oder Inhaber eines europäischen Patents für verschiedene benannte Vertragsstaaten gelten im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt als gemeinsame Anmelder oder gemeinsame Patentinhaber. Die Einheit der Anmeldung oder des Patents im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt wird nicht beeinträchtigt; insbesondere ist die Fassung der Anmeldung oder des Patents für alle benannten

Article 118

Unity of the European patent application or European patent

Where the applicants for or proprietors of a European patent are not the same in respect of different designated Contracting States, they shall be regarded as joint applicants or proprietors for the purposes of proceedings before the European Patent Office. The unity of the application or patent in these proceedings shall not be affected; in particular the text of the application or patent shall be uniform for all designated Contracting

Article 118

Unité de la demande ou du brevet européen

Lorsque les demandeurs ou les titulaires d'un brevet européen ne sont pas les mêmes pour différents États contractants désignés, ils sont considérés comme codemandeurs ou comme copropriétaires aux fins de la procédure devant l'Office européen des brevets. L'unicité de la demande ou du brevet au cours de cette procédure n'en est pas affectée; en particulier, le texte de la demande ou du brevet doit être identique pour tous

Vertragsstaaten einheitlich, sofern in diesem Übereinkommen nichts anderes vorgeschrieben ist.

Artikel 119

Zustellung

Das Europäische Patentamt stellt von Amts wegen alle Entscheidungen und Ladungen sowie die Bescheide und Mitteilungen zu, durch die eine Frist in Lauf gesetzt wird oder die nach anderen Vorschriften des Übereinkommens zuzustellen sind oder für die der Präsident des Europäischen Patentamts die Zustellung vorgeschrieben hat. Die Zustellungen können, soweit dies außergewöhnliche Umstände erfordern, durch Vermittlung der Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten bewirkt werden.

Artikel 120

Fristen

In der Ausführungsordnung wird bestimmt:

- a) die Art der Berechnung der Fristen sowie die Voraussetzungen, unter denen Fristen verlängert werden können, wenn das Europäische Patentamt oder die in Artikel 75 Absatz 1 Buchstabe b genannten Behörden zur Entgegennahme von Schriftstücken nicht geöffnet sind oder Postsendungen am Sitz des Europäischen Patentamts oder der genannten Behörden nicht zugestellt werden oder die Postzustellung allgemein unterbrochen oder im Anschluß an eine solche Unterbrechung gestört ist;
- b) die Mindest- und die Höchstdauer der vom Europäischen Patentamt zu bestimmenden Fristen.

Artikel 121

Weiterbehandlung der europäischen Patentanmeldung

(1) Ist nach Versäumung einer vom Europäischen Patentamt bestimmten Frist die europäische Patentanmeldung zurückzuweisen oder zurückgewiesen worden oder gilt sie als zurückgenommen, so tritt die vorgesehene Rechtsfolge nicht ein oder wird, falls sie bereits eingetreten ist, rückgängig gemacht, wenn der Anmelder die Weiterbehandlung der Anmeldung beantragt.

(2) Der Antrag ist innerhalb von zwei Monaten nach dem Tag, an dem die Entscheidung über die Zurückweisung der europäischen Patentanmeldung oder an dem die Mitteilung, daß die Anmeldung als zurückgenommen gilt, zugestellt worden ist, schriftlich einzureichen. Die versäumte

States unless otherwise provided for in this Convention.

Article 119

Notification

The European Patent Office shall, as a matter of course, notify those concerned of decisions and summonses, and of any notice or other communication from which a time limit is reckoned, or of which those concerned must be notified under other provisions of this Convention, or of which notification has been ordered by the President of the European Patent Office. Notifications may, where exceptional circumstances so require, be given through the intermediary of the central industrial property offices of the Contracting States.

Article 120

Time limits

The Implementing Regulations shall specify:

- (a) the manner of computation of time limits and the conditions under which such time limits may be extended, either because the European Patent Office or the authorities referred to in Article 75, paragraph 1 (b), are not open to receive documents or because mail is not delivered in the localities in which the European Patent Office or such authorities are situated or because postal services are generally interrupted or subsequently dislocated;
- (b) the minima and maxima for time limits to be determined by the European Patent Office.

Article 121

Further processing of the European patent application

(1) If the European patent application is to be refused or is refused or deemed to be withdrawn following failure to reply within a time limit set by the European Patent Office, the legal consequence provided for shall not ensue or, if it has already ensued, shall be retracted if the applicant requests further processing of the application.

(2) The request shall be filed in writing within two months of the date on which either the decision to refuse the application or the communication that the application is deemed to be withdrawn was notified. The omitted act must be completed within this time limit. The request shall not be

les États désignés, à moins que la présente convention n'en dispose autrement.

Article 119

Signification

L'Office européen des brevets signifie d'office toutes les décisions et citations ainsi que les notifications qui font courir un délai ou dont la signification est prévue par d'autres dispositions de la présente convention ou prescrite par le Président de l'Office européen des brevets. Les significations peuvent être faites, lorsque des circonstances exceptionnelles l'exigent, par l'intermédiaire des services centraux de la propriété industrielle des États contractants.

Article 120

Délais

Le règlement d'exécution détermine:

- a) le mode de calcul des délais ainsi que les conditions dans lesquelles ils peuvent être prorogés, soit parce que les bureaux de l'Office européen des brevets ou des administrations visées à l'article 75, paragraphe 1, lettre b), ne sont pas ouverts pour la réception de documents, soit en raison d'un défaut de distribution du courrier dans les localités où l'Office ou ces administrations ont leur siège ou en raison d'une interruption générale du service postal ou bien de la perturbation résultant de cette interruption;
- b) la durée minimale et maximale des délais qui sont impartis par l'Office européen des brevets.

Article 121

Poursuite de la procédure de la demande de brevet européen

(1) Lorsque la demande de brevet européen doit être ou est rejetée ou est réputée retirée faute de l'observation d'un délai imparti par l'Office européen des brevets, l'effet juridique prévu ne se produit pas ou, s'il s'est produit, se trouve annulé si le demandeur requiert la poursuite de la procédure relative à la demande.

(2) La requête doit être présentée par écrit dans un délai de deux mois à compter de la date à laquelle la décision de rejet de la demande de brevet européen a été signifiée, ou à compter de la date à laquelle la notification que la demande est réputée retirée a été signifiée. L'acte non ac-

Handlung ist innerhalb dieser Frist nachzuholen. Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die Weiterbehandlungsgebühr entrichtet worden ist.

(3) Über den Antrag entscheidet das Organ, das über die versäumte Handlung zu entscheiden hat.

Artikel 122 **Wiedereinsetzung** **in den vorigen Stand**

(1) Der Anmelder oder Patentinhaber, der trotz Beachtung aller nach den gegebenen Umständen gebotenen Sorgfalt verhindert worden ist, gegenüber dem Europäischen Patentamt eine Frist einzuhalten, wird auf Antrag wieder in den vorigen Stand eingesetzt, wenn die Verhinderung nach dem Übereinkommen zur unmittelbaren Folge hat, daß die europäische Patentanmeldung oder ein Antrag zurückgewiesen wird, die Anmeldung als zurückgenommen gilt, das europäische Patent widerrufen wird oder der Verlust eines sonstigen Rechts oder eines Rechtsmittels eintritt.

(2) Der Antrag ist innerhalb von zwei Monaten nach Wegfall des Hindernisses schriftlich einzureichen. Die versäumte Handlung ist innerhalb dieser Frist nachzuholen. Der Antrag ist nur innerhalb eines Jahrs nach Ablauf der versäumten Frist zulässig. Im Fall der Nichtzahlung einer Jahresgebühr wird die in Artikel 86 Absatz 2 vorgesehene Frist in die Frist von einem Jahr eingerechnet.

(3) Der Antrag ist zu begründen, wobei die zur Begründung dienenden Tatsachen glaubhaft zu machen sind. Er gilt erst als gestellt, wenn die Wiedereinsetzungsgebühr entrichtet worden ist.

(4) Über den Antrag entscheidet das Organ, das über die versäumte Handlung zu entscheiden hat.

(5) Dieser Artikel ist nicht anzuwenden auf die Fristen des Absatzes 2 sowie der Artikel 61 Absatz 3, 76 Absatz 3, 78 Absatz 2, 79 Absatz 2, 87 Absatz 1 und 94 Absatz 2.

(6) Wer in einem benannten Vertragsstaat in gutem Glauben die Erfindung, die Gegenstand einer veröffentlichten europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents ist, in der Zeit zwischen dem Eintritt eines Rechtsverlusts nach Absatz 1 und der Bekanntmachung des Hinweises auf die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand in Benutzung genommen oder wirkliche und ernsthafte

deemed to have been filed until the fee for further processing has been paid.

(3) The department competent to decide on the omitted act shall decide on the request.

Article 122 **Restitutio in integrum**

(1) The applicant for or proprietor of a European patent who, in spite of all due care required by the circumstances having been taken, was unable to observe a time limit vis-à-vis the European Patent Office shall, upon application, have his rights re-established if the non-observance in question has the direct consequence, by virtue of this Convention, of causing the refusal of the European patent application, or of a request, or the deeming of the European patent application to have been withdrawn, or the revocation of the European patent, or the loss of any other right or means of redress.

(2) The application must be filed in writing within two months from the removal of the cause of non-compliance with the time limit. The omitted act must be completed within this period. The application shall only be admissible within the year immediately following the expiry of the unobserved time limit. In the case of non-payment of a renewal fee, the period specified in Article 86, paragraph 2, shall be deducted from the period of one year.

(3) The application must state the grounds on which it is based, and must set out the facts on which it relies. It shall not be deemed to be filed until after the fee for re-establishment of rights has been paid.

(4) The department competent to decide on the omitted act shall decide upon the application.

(5) The provisions of this Article shall not be applicable to the time limits referred to in paragraph 2 of this Article, Article 61, paragraph 3, Article 76, paragraph 3, Article 78, paragraph 2, Article 79, paragraph 2, Article 87, paragraph 1, and Article 94, paragraph 2.

(6) Any person who, in a designated Contracting State, in good faith has used or made effective and serious preparations for using an invention which is the subject of a published European patent application or a European patent in the course of the period between the loss of rights referred to in paragraph 1 and publication of the mention of re-establishment of those rights, may without

compli doit l'être dans ces délais. La requête n'est réputée présentée qu'après paiement de la taxe de poursuite de la procédure.

(3) L'instance qui est compétente pour statuer sur l'acte non accompli décide sur la requête.

Article 122 **Restitutio in integrum**

(1) Le demandeur ou le titulaire d'un brevet européen qui, bien qu'avant fait preuve de toute la vigilance nécessitée par les circonstances, n'a pas été en mesure d'observer un délai à l'égard de l'Office européen des brevets est, sur requête, rétabli dans ses droits si l'empêchement a pour conséquence directe, en vertu des dispositions de la présente convention, le rejet de la demande de brevet européen ou d'une requête, le fait que la demande de brevet européen est réputée retirée, la révocation du brevet européen, la perte de tout autre droit ou celle d'un moyen de recours.

(2) La requête doit être présentée par écrit dans un délai de deux mois à compter de la cessation de l'empêchement. L'acte non accompli doit l'être dans ce délai. La requête n'est recevable que dans un délai d'un an à compter de l'expiration du délai non observé. Dans le cas de non-paiement d'une taxe annuelle, le délai prévu à l'article 86, paragraphe 2, est déduit de la période d'une année.

(3) La requête doit être motivée et indiquer les faits et les justifications invoqués à son appui. Elle n'est réputée présentée qu'à la condition que la taxe de restitutio in integrum ait été acquittée.

(4) L'instance qui est compétente pour statuer sur l'acte non accompli décide sur la requête.

(5) Les dispositions du présent article ne sont pas applicables aux délais prévus au paragraphe 2 ainsi qu'aux articles 61, paragraphe 3, 76, paragraphe 3, 78, paragraphe 2, 79, paragraphe 2, 87, paragraphe 1 et 94, paragraphe 2.

(6) Quiconque, dans un État contractant a, de bonne foi, au cours de la période comprise entre la perte d'un droit visé au paragraphe 1 et la publication de la mention du rétablissement dudit droit, commencé à exploiter ou a fait des préparatifs effectifs et sérieux pour exploiter l'invention qui fait l'objet d'une demande de brevet européen publiée ou d'un brevet européen, peut, à titre gratuit,

Veranstaltungen zur Benutzung getroffen hat, darf die Benutzung in seinem Betrieb oder für die Bedürfnisse seines Betriebs unentgeltlich fortsetzen.

(7) Dieser Artikel läßt das Recht eines Vertragsstaats unberührt, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand in Fristen zu gewähren, die in diesem Übereinkommen vorgesehen und den Behörden dieses Staats gegenüber einzuhalten sind.

Artikel 123

Änderungen

(1) Die Voraussetzungen, unter denen eine europäische Patentanmeldung oder ein europäisches Patent im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt geändert werden kann, sind in der Ausführungsordnung geregelt. In jedem Fall ist dem Anmelder zumindest einmal Gelegenheit zu geben, von sich aus die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen zu ändern.

(2) Eine europäische Patentanmeldung und ein europäisches Patent dürfen nicht in der Weise geändert werden, daß ihr Gegenstand über den Inhalt der Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgeht.

(3) Im Einspruchsverfahren dürfen die Patentansprüche des europäischen Patents nicht in der Weise geändert werden, daß der Schutzbereich erweitert wird.

Artikel 124

Angaben über nationale Patentanmeldungen

(1) Die Prüfungsabteilung oder die Beschwerdekammer kann den Anmelder auffordern, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist die Staaten anzugeben, in denen er nationale Patentanmeldungen für die Erfindung oder einen Teil der Erfindung, die Gegenstand der europäischen Patentanmeldung ist, eingereicht hat, und die Aktenzeichen der genannten Anmeldungen mitzuteilen.

(2) Unterläßt es der Anmelder, auf eine Aufforderung nach Absatz 1 rechtzeitig zu antworten, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

Artikel 125

Heranziehung allgemeiner Grundsätze

Soweit dieses Übereinkommen Vorschriften über das Verfahren nicht enthält, berücksichtigt das Europäische Patentamt die in den Vertragsstaaten im allgemeinen anerkannten Grundsätze des Verfahrensrechts.

payment continue such use in the course of his business or for the needs thereof.

(7) Nothing in this Article shall limit the right of a Contracting State to grant restitutio in integrum in respect of time limits provided for in this Convention and to be observed vis-à-vis the authorities of such State.

Article 123

Amendments

(1) The conditions under which a European patent application or a European patent may be amended in proceedings before the European patent Office are laid down in the Implementing Regulations. In any case, an applicant shall be allowed at least one opportunity of amending the description, claims and drawings of his own volition.

(2) A European patent application or a European patent may not be amended in such a way that it contains subject-matter which extends beyond the content of the application as filed.

(3) The claims of the European patent may not be amended during opposition proceedings in such a way as to extend the protection conferred.

Article 124

Information concerning national patent applications

(1) The Examining Division or the Board of Appeal may invite the applicant to indicate, within a period to be determined by it, the States in which he has made applications for national patents for the whole or part of the invention to which the European patent application relates, and to give the reference numbers of the said applications.

(2) If the applicant fails to reply in due time to an invitation under paragraph 1, the European patent application shall be deemed to be withdrawn.

Article 125

Reference to general principles

In the absence of procedural provisions in this Convention, the European Patent Office shall take into account the principles of procedural law generally recognised in the Contracting States.

poursuivre cette exploitation dans son entreprise ou pour les besoins de son entreprise.

(7) Le présent article n'affecte pas le droit pour un État contractant d'accorder la restitutio in integrum quant aux délais prévus par la présente convention et qui doivent être observés vis-à-vis des autorités de cet État.

Article 123

Modifications

(1) Les conditions dans lesquelles une demande de brevet européen ou un brevet européen, au cours de la procédure devant l'Office européen des brevets, peut être modifié sont prévues par le règlement d'exécution. En tout état de cause, le demandeur peut, de sa propre initiative, modifier au moins une fois la description, les revendications et les dessins.

(2) Une demande de brevet européen ou un brevet européen ne peut être modifié de manière que son objet s'étende au-delà du contenu de la demande telle qu'elle a été déposée.

(3) Au cours de la procédure d'opposition, les revendications du brevet européen ne peuvent être modifiées de façon à étendre la protection.

Article 124

Indications relatives aux demandes de brevet national

(1) La division d'examen ou la chambre de recours peut inviter le demandeur à indiquer dans un délai qu'elle lui impartit, les pays dans lesquels il a déposé des demandes de brevet national pour tout ou partie de l'invention, objet de la demande de brevet européen, ainsi que le numéro desdites demandes.

(2) Si, dans le délai qui lui a été imparti, le demandeur ne défère pas à cette invitation, la demande de brevet européen est réputée retirée.

Article 125

Référence aux principes généraux

En l'absence d'une disposition de procédure dans la présente convention, l'Office européen des brevets prend en considération les principes généralement admis en la matière dans les États contractants.

Artikel 126

Beendigung von Zahlungsverpflichtungen

(1) Ansprüche der Organisation auf Zahlung von Gebühren an das Europäische Patentamt erlöschen nach vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Gebühr fällig geworden ist.

(2) Ansprüche gegen die Organisation auf Rückerstattung von Gebühren oder von Geldbeträgen, die bei der Entrichtung einer Gebühr zuviel gezahlt worden sind, durch das Europäische Patentamt erlöschen nach vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem der Anspruch entstanden ist.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 vorgesehene Frist wird im Fall des Absatzes 1 durch eine Aufforderung zur Zahlung der Gebühr und im Fall des Absatzes 2 durch eine schriftliche Geltendmachung des Anspruchs unterbrochen. Diese Frist beginnt mit der Unterbrechung erneut zu laufen und endet spätestens sechs Jahre nach Ablauf des Jahrs, in dem sie ursprünglich zu laufen begonnen hat, es sei denn, daß der Anspruch gerichtlich geltend gemacht worden ist; in diesem Fall endet die Frist frühestens ein Jahr nach der Rechtskraft der Entscheidung.

Article 126

Termination of financial obligations

(1) Rights of the Organisation to the payment of a fee to the European Patent Office shall be extinguished after four years from the end of the calendar year in which the fee fell due.

(2) Rights against the Organisation for the refunding by the European Patent Office of fees or sums of money paid in excess of a fee shall be extinguished after four years from the end of the calendar year in which the right arose.

(3) The period laid down in paragraphs 1 and 2 shall be interrupted in the case covered by paragraph 1 by a request for payment of the fee and in the case covered by paragraph 2 by a reasoned claim in writing. On interruption it shall begin again immediately and shall end at the latest six years after the end of the year in which it originally began, unless, in the meantime, judicial proceedings to enforce the right have begun; in this case the period shall end at the earliest one year after the judgment enters into force.

Article 126

Fin des obligations financières

(1) Le droit de l'Organisation d'exiger le paiement de taxes au profit de l'Office européen des brevets se prescrit par quatre ans à compter de la fin de l'année civile au cours de laquelle la taxe est devenue exigible.

(2) Les droits à l'encontre de l'Organisation en matière de remboursement de taxes ou de trop-perçu par l'Office européen des brevets lors du paiement de taxes se prescrivent par quatre ans à compter de la fin de l'année civile au cours de laquelle le droit a pris naissance.

(3) Le délai prévu aux paragraphes 1 et 2 est interrompu, dans le cas visé au paragraphe 1 par une invitation à acquitter la taxe, et dans le cas visé au paragraphe 2 par une requête écrite en vue de faire valoir le droit. Ce délai recommence à courir à compter de la date de son interruption; il expire au plus tard au terme d'une période de six ans calculée à compter de la fin de l'année civile au cours de laquelle il a commencé à courir initialement, à moins qu'une action en justice n'ait été engagée pour faire valoir le droit; en pareil cas, le délai expire au plus tôt au terme d'une période d'une année calculée à compter de la date à laquelle la décision est passée en force de chose jugée.

Kapitel II

Unterrichtung der Öffentlichkeit und Behörden

Artikel 127

Europäisches Patentregister

Das Europäische Patentamt führt ein Patentregister mit der Bezeichnung europäisches Patentregister, in dem alle Angaben vermerkt werden, deren Eintragung in diesem Übereinkommen vorgeschrieben ist. Vor der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung erfolgt keine Eintragung in das Patentregister. Jeder kann in das Patentregister Einsicht nehmen.

Chapter II

Information to the public or official authorities

Article 127

Register of European Patents

The European Patent Office shall keep a register, to be known as the Register of European Patents, which shall contain those particulars the registration of which is provided for by this Convention. No entry shall be made in the Register prior to the publication of the European patent application. The Register shall be open to public inspection.

Chapitre II

Information du public et des instances officielles

Article 127

Registre européen des brevets

L'Office européen des brevets tient un registre, dénommé Registre européen des brevets, où sont portées les indications dont l'enregistrement est prévu par la présente convention. Aucune inscription n'est portée au registre avant que la demande européenne n'ait été publiée. Le registre est ouvert à l'inspection publique.

Artikel 128

Akteneinsicht

(1) Einsicht in die Akten europäischer Patentanmeldungen, die noch nicht veröffentlicht worden sind, wird nur mit Zustimmung des Anmelders gewährt.

(2) Wer nachweist, daß der Anmelder sich ihm gegenüber auf seine europäische Patentanmeldung berufen hat, kann vor der Veröffentlichung

Article 128

Inspection of files

(1) The files relating to European patent applications, which have not yet been published, shall not be made available for inspection without the consent of the applicant.

(2) Any person who can prove that the applicant for a European patent has invoked the rights under the application against him may obtain in-

Article 128

Inspection publique

(1) Les dossiers relatifs à des demandes de brevet européen qui n'ont pas encore été publiées ne peuvent être ouverts à l'inspection publique qu'avec l'accord du demandeur.

(2) Quiconque prouve que le demandeur d'un brevet européen s'est prévalu de sa demande à son encontre peut consulter le dossier dès avant

dieser Anmeldung und ohne Zustimmung des Anmelders Akteneinsicht verlangen.

(3) Nach der Veröffentlichung einer europäischen Teilanmeldung oder einer nach Artikel 61 Absatz 1 eingereichten neuen europäischen Patentanmeldung kann jedermann Einsicht in die Akten der früheren Anmeldung ungeachtet deren Veröffentlichung und ohne Zustimmung des Anmelders verlangen.

(4) Nach der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung wird vorbehaltlich der in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Beschränkungen auf Antrag Einsicht in die Akten der europäischen Patentanmeldung und des darauf erteilten europäischen Patents gewährt.

(5) Das Europäische Patentamt kann folgende Angaben bereits vor der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung Dritten gegenüber machen oder veröffentlichen:

- a) Nummer der europäischen Patentanmeldung;
- b) Anmeldetag der europäischen Patentanmeldung und, wenn die Priorität einer früheren Anmeldung in Anspruch genommen worden ist, Tag, Staat und Aktenzeichen der früheren Anmeldung;
- c) Name des Anmelders;
- d) Bezeichnung der Erfindung;
- e) die benannten Vertragsstaaten.

Artikel 129

Regelmäßig erscheinende Veröffentlichungen

Das Europäische Patentamt gibt regelmäßig folgende Veröffentlichungen heraus:

- a) ein Europäisches Patentblatt, das die Eintragungen in das europäische Patentregister wiedergibt sowie sonstige Angaben enthält, deren Veröffentlichung in diesem Übereinkommen vorgeschrieben ist;
- b) ein Amtsblatt des Europäischen Patentamts, das allgemeine Bekanntmachungen und Mitteilungen des Präsidenten des Europäischen Patentamts sowie sonstige dieses Übereinkommen und seine Anwendung betreffende Veröffentlichungen enthält.

Artikel 130

Gegenseitige Unterrichtung

(1) Das Europäische Patentamt und vorbehaltlich der Anwendung der in Artikel 75 Absatz 2 genannten Rechts- und Verwaltungsvorschriften die Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten

inspection of the files prior to the publication of that application and without the consent of the applicant.

(3) Where a European divisional application or a new European patent application filed under Article 61, paragraph 1, is published, any person may obtain inspection of the files of the earlier application prior to the publication of that application and without the consent of the relevant applicant.

(4) Subsequent to the publication of the European patent application, the files relating to such application and the resulting European patent may be inspected on request, subject to the restrictions laid down in the Implementing Regulations.

(5) Even prior to the publication of the European patent application, the European Patent Office may communicate the following bibliographic data to third parties or publish them:

- (a) the number of the European patent application;
- (b) the date of filing of the European patent application and, where the priority of a previous application is claimed, the date, State and file number of the previous application;
- (c) the name of the applicant;
- (d) the title of the invention;
- (e) the Contracting States designated.

Article 129

Periodical publications

The European Patent Office shall periodically publish:

- (a) a European Patent Bulletin containing entries made in the Register of European Patents, as well as other particulars the publication of which is prescribed by this Convention;
- (b) an Official Journal of the European Patent Office, containing notices and information of a general character issued by the President of the European Patent Office, as well as any other information relevant to this Convention or its implementation.

Article 130

Exchanges of information

(1) The European Patent Office and, subject to the application of the legislative or regulatory provisions referred to in Article 75, paragraph 2, the central industrial property office of any Contracting State shall, on re-

la publication de cette demande et sans l'accord du demandeur.

(3) Lorsqu'une demande divisionnaire ou une nouvelle demande de brevet européen déposée en vertu des dispositions de l'article 61, paragraphe 1, est publiée, toute personne peut consulter le dossier de la demande initiale avant la publication de cette demande et sans l'accord du demandeur.

(4) Après la publication de la demande de brevet européen, les dossiers d'une telle demande et du brevet auquel elle a donné lieu peuvent, sur requête, être ouverts à l'inspection publique, sous réserve des restrictions prévues par le règlement d'exécution.

(5) L'Office européen des brevets peut, avant même la publication de la demande de brevet européen, communiquer à des tiers et publier les indications suivantes:

- a) le numéro de la demande de brevet européen;
- b) la date du dépôt de la demande de brevet européen et, si la priorité d'une demande antérieure a été revendiquée, la date, l'État et le numéro de la demande antérieure;
- c) le nom du demandeur;
- d) le titre de l'invention;
- e) la mention des États contractants désignés.

Article 129

Publications périodiques

L'Office européen des brevets publie périodiquement:

- a) un Bulletin européen des brevets contenant les inscriptions portés au Registre européen des brevets, ainsi que toutes les autres indications dont la publication est prescrite par la présente convention;
- b) un Journal officiel de l'Office européen des brevets contenant les communications et les informations d'ordre général émanant du Président de l'Office européen des brevets ainsi que toutes autres informations relatives à la présente convention et à son application.

Article 130

Echange d'informations

(1) L'Office européen des brevets et, sous réserve de l'application des dispositions législatives ou réglementaires visées à l'article 75, paragraphe 2, les services centraux de la propriété industrielle des États con-

übermitteln einander auf Ersuchen sachdienliche Angaben über die Einreichung europäischer oder nationaler Patentanmeldungen und über Verfahren, die diese Anmeldungen und die darauf erteilten Patente betreffen.

(2) Absatz 1 gilt nach Maßgabe von Arbeitsabkommen auch für die Übermittlung von Angaben zwischen dem Europäischen Patentamt und

- a) den Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Staaten, die nicht Vertragsstaaten sind,
- b) den zwischenstaatlichen Organisationen, die mit der Erteilung von Patenten beauftragt sind, und
- c) jeder anderen Organisation.

(3) Die Übermittlung von Angaben nach Absatz 1 und Absatz 2 Buchstaben a und b unterliegt nicht den Beschränkungen des Artikels 128. Der Verwaltungsrat kann beschließen, daß die Übermittlung von Angaben nach Absatz 2 Buchstabe c den genannten Beschränkungen nicht unterliegt, sofern die betreffende Organisation die übermittelten Angaben bis zur Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung vertraulich behandelt.

Artikel 131

Amts- und Rechtshilfe

(1) Das Europäische Patentamt und die Gerichte oder Behörden der Vertragsstaaten unterstützen einander auf Antrag durch die Erteilung von Auskünften oder die Gewährung von Akteneinsicht, soweit nicht Vorschriften dieses Übereinkommens oder des nationalen Rechts entgegenstehen. Gewährt das Europäische Patentamt Gerichten, Staatsanwaltschaften oder Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz Akteneinsicht, so unterliegt diese nicht den Beschränkungen des Artikels 128.

(2) Die Gerichte oder andere zuständige Behörden der Vertragsstaaten nehmen für das Europäische Patentamt auf dessen Ersuchen um Rechtshilfe Beweisaufnahmen oder andere gerichtliche Handlungen innerhalb ihrer Zuständigkeit vor.

Artikel 132

Austausch von Veröffentlichungen

(1) Das Europäische Patentamt und die Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaa-

quest, communicate to each other any useful information regarding the filing of European or national patent applications and regarding any proceedings concerning such applications and the resulting patents.

(2) The provisions of paragraph 1 shall apply to the communication of information by virtue of working agreements between the European Patent Office and:

- (a) the central industrial property office of any State which is not a party to this Convention;
- (b) any inter-governmental organisation entrusted with the task of granting patents;
- (c) any other organisation.

(3) The communications under paragraphs 1 and 2 (a) and (b) shall not be subject to the restrictions laid down in Article 128. The Administrative Council may decide that communications under paragraph 2 (c) shall not be subject to such restrictions, provided that the organisation concerned shall treat the information communicated as confidential until the European patent application has been published.

Article 131

Administrative and legal cooperation

(1) Unless otherwise provided in this Convention or in national laws, the European Patent Office and the courts or authorities of Contracting States shall on request give assistance to each other by communicating information or opening files for inspection. Where the European Patent Office lays files open to inspection by courts, Public Prosecutors' Offices or central industrial property offices, the inspection shall not be subject to the restrictions laid down in Article 128.

(2) Upon receipt of letters rogatory from the European Patent Office, the courts or other competent authorities of Contracting States shall undertake, on behalf of that Office and within the limits of their jurisdiction, any necessary enquiries or other legal measures.

Article 132

Exchange of publications

(1) The European Patent Office and the central industrial property offices of the Contracting States shall des-

tractants se communiquent, sur requête, toutes informations utiles sur le dépôt de demandes de brevets européen et nationaux ainsi que sur le déroulement des procédures relatives auxdites demandes et aux brevets à la délivrance desquels elles ont donné lieu.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 sont applicables à l'échange d'informations, en vertu d'accords de travail, entre l'Office européen des brevets, d'une part, et, d'autre part:

- a) les services centraux de la propriété industrielle d'États qui ne sont pas parties à la présente convention;
- b) toute organisation intergouvernementale chargée de la délivrance de brevets;
- c) toute autre organisation.

(3) Les communications d'informations faites conformément au paragraphe 1 et au paragraphe 2, lettres a) et b), ne sont pas soumises aux restrictions prévues à l'article 128. Le Conseil d'administration peut décider que les communications faites conformément au paragraphe 2, lettre c), ne sont pas soumises aux restrictions prévues à l'article 128, à condition que l'organisation intéressée s'engage à considérer les informations communiquées comme confidentielles jusqu'à la date de publication de la demande de brevet européen.

Article 131

Coopération administrative et judiciaire

(1) Sauf dispositions contraires de la présente convention ou des législations nationales, l'Office européen des brevets et les juridictions ou autres autorités compétentes des États contractants s'assistent mutuellement, sur demande, en se communiquant des informations ou des dossiers. Lorsque l'Office européen des brevets communique les dossiers aux juridictions, aux ministères publics ou aux services centraux de la propriété industrielle, la communication n'est pas soumise aux restrictions prévues à l'article 128.

(2) Sur commissions rogatoires émanant de l'Office européen des brevets, les juridictions ou autres autorités compétentes des États contractants procèdent pour ledit Office et dans les limites de leur compétence, aux mesures d'instruction ou autres actes juridictionnels.

Article 132

Echange de publications

(1) L'Office européen des brevets et les services centraux de la propriété industrielle des États contractants

ten übermitteln einander auf entsprechendes Ersuchen kostenlos für ihre eigenen Zwecke ein oder mehrere Exemplare ihrer Veröffentlichungen.

(2) Das Europäische Patentamt kann Vereinbarungen über den Austausch oder die Übermittlung von Veröffentlichungen treffen.

Kapitel III

Vertretung

Artikel 133

Allgemeine Grundsätze der Vertretung

(1) Vorbehaltlich Absatz 2 ist niemand verpflichtet, sich in den durch dieses Übereinkommen geschaffenen Verfahren durch einen zugelassenen Vertreter vertreten zu lassen.

(2) Natürliche oder juristische Personen, die weder Wohnsitz noch Sitz in einem Vertragsstaat haben, müssen in jedem durch dieses Übereinkommen geschaffenen Verfahren durch einen zugelassenen Vertreter vertreten sein und Handlungen mit Ausnahme der Einreichung einer europäischen Patentanmeldung durch ihn vornehmen; in der Ausführungsordnung können weitere Ausnahmen zugelassen werden.

(3) Natürliche oder juristische Personen mit Wohnsitz oder Sitz in einem Vertragsstaat können in jedem durch dieses Übereinkommen geschaffenen Verfahren durch einen ihrer Angestellten handeln, der kein zugelassener Vertreter zu sein braucht, aber einer Vollmacht nach Maßgabe der Ausführungsordnung bedarf. In der Ausführungsordnung kann vorgeschrieben werden, ob und unter welchen Voraussetzungen Angestellte einer juristischen Person für andere juristische Personen mit Sitz im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats, die mit ihr wirtschaftlich verbunden sind, handeln können.

(4) In der Ausführungsordnung können Vorschriften über die gemeinsame Vertretung mehrerer Beteiligter, die gemeinsam handeln, vorgesehen werden.

Artikel 134

Zugelassene Vertreter

(1) Die Vertretung natürlicher oder juristischer Personen in den durch dieses Übereinkommen geschaffenen Verfahren kann nur durch zugelassene Vertreter wahrgenommen werden, die in einer beim Europäischen Patentamt geführten Liste eingetragen sind.

patch to each other on request and for their own use one or more copies of their respective publications free of charge.

(2) The European Patent Office may conclude agreements relating to the exchange or supply of publications.

Chapter III

Representation

Article 133

General principles of representation

(1) Subject to the provisions of paragraph 2, no person shall be compelled to be represented by a professional representative in proceedings established by this Convention.

(2) Natural or legal persons not having either a residence or their principal place of business within the territory of one of the Contracting States must be represented by a professional representative and act through him in all proceedings established by this Convention, other than in filing the European patent application; the Implementing Regulations may permit other exceptions.

(3) Natural or legal persons having their residence or principal place of business within the territory of one of the Contracting States may be represented in proceedings established by this Convention by an employee, who need not be a professional representative but who must be authorised in accordance with the Implementing Regulations. The Implementing Regulations may provide whether and under what conditions an employee of such a legal person may also represent other legal persons which have their principal place of business within the territory of one of the Contracting States and which have economic connections with the first legal person.

(4) The Implementing Regulations may prescribe special provisions concerning the common representation of parties acting in common.

Article 134

Professional representatives

(1) Professional representation of natural or legal persons in proceedings established by this Convention **may only be undertaken by professional representatives** whose names appear on a list maintained for this purpose by the European Patent Office.

échantent sur requête, pour leurs propres besoins et gratuitement, un ou plusieurs exemplaires de leurs publications respectives.

(2) L'Office européen des brevets peut conclure des accords portant sur l'échange ou l'envoi de publications.

Chapitre III

Représentation

Article 133

Principes généraux relatifs à la représentation

(1) Sous réserve des dispositions du paragraphe 2, nul n'est tenu de se faire représenter par un mandataire agréé dans les procédures instituées par la présente convention.

(2) Les personnes physiques et morales qui n'ont ni domicile ni siège sur le territoire de l'un des États contractants doivent être représentées par un mandataire agréé, et agir par son entremise, dans toute procédure instituée par la présente convention, sauf pour le dépôt d'une demande de brevet européen; d'autres exceptions peuvent être prévues par le règlement d'exécution.

(3) Les personnes physiques et morales qui ont leur domicile ou leur siège sur le territoire de l'un des États contractants peuvent agir par l'entremise d'un employé dans toute procédure instituée par la présente convention; cet employé, qui doit disposer d'un pouvoir conformément aux dispositions du règlement d'exécution, n'est pas tenu d'être un mandataire agréé. Le règlement d'exécution peut prévoir si et dans quelles conditions l'employé d'une personne morale visée au présent paragraphe peut également agir pour d'autres personnes morales qui ont leur siège sur le territoire de l'un des États contractants et ont de liens économiques avec elle.

(4) Des dispositions particulières relatives à la représentation commune de parties agissant en commun peuvent être fixées par le règlement d'exécution.

Article 134

Mandataires agréés

(1) La représentation de personnes physiques ou morales dans les procédures instituées par la présente convention ne peut être assurée que par les mandataires agréés inscrits sur une liste tenue à cet effet par l'Office européen des brevets.

(2) In die Liste der zugelassenen Vertreter kann jede natürliche Person eingetragen werden, die folgende Voraussetzungen erfüllt:

- a) Sie muß die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzen;
- b) sie muß ihren Geschäftssitz oder Arbeitsplatz im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats haben;
- c) sie muß die europäische Eignungsprüfung bestanden haben.

(3) Die Eintragung erfolgt auf Grund eines Antrags, dem die Bescheinigungen beizufügen sind, aus denen sich die Erfüllung der in Absatz 2 genannten Voraussetzungen ergibt.

(4) Die Personen, die in der Liste der zugelassenen Vertreter eingetragen sind, sind berechtigt, in den durch dieses Übereinkommen geschaffenen Verfahren aufzutreten.

(5) Jede Person, die in der Liste der zugelassenen Vertreter eingetragen ist, ist berechtigt, zur Ausübung ihrer Tätigkeit als zugelassener Vertreter einen Geschäftssitz in jedem Vertragsstaat zu begründen, in dem die Verfahren durchgeführt werden, die durch dieses Übereinkommen unter Berücksichtigung des dem Übereinkommen beigefügten Zentralisierungsprotokolls geschaffen worden sind. Die Behörden dieses Staats können diese Berechtigung nur im Einzelfall in Anwendung der zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassenen Rechtsvorschriften entziehen. Vor einer solchen Maßnahme ist der Präsident des Europäischen Patentamts zu hören.

(6) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann in besonders gelagerten Fällen von der Voraussetzung nach Absatz 2 Buchstabe a Befreiung erteilen.

(7) Die Vertretung in den durch dieses Übereinkommen geschaffenen Verfahren kann wie von einem zugelassenen Vertreter auch von jedem Rechtsanwalt, der in einem Vertragsstaat zugelassen ist und seinen Geschäftssitz in diesem Staat hat, in dem Umfang wahrgenommen werden, in dem er in diesem Staat die Vertretung auf dem Gebiet des Patentwesens ausüben kann. Absatz 5 ist entsprechend anzuwenden.

(8) Der Verwaltungsrat kann folgende Vorschriften erlassen:

- a) über die Vorbildung und Ausbildung, die eine Person besitzen muß, um zu der europäischen Eignungsprüfung zugelassen zu werden, und die Durchführung dieser Eignungsprüfung;
- b) über die Errichtung oder Anerkennung eines Instituts, in dem die

(2) Any natural person who fulfils the following conditions may be entered on the list of professional representatives:

- (a) he must be a national of one of the Contracting States;
- (b) he must have his place of business or employment within the territory of one of the Contracting States;
- (c) he must have passed the European qualifying examination.

(3) Entry shall be effected upon request, accompanied by certificates which must indicate that the conditions laid down in paragraph 2 are fulfilled.

(4) Persons whose names appear on the list of professional representatives shall be entitled to act in all proceedings established by this Convention.

(5) For the purpose of acting as a professional representative, any person whose name appears on the list referred to in paragraph 1 shall be entitled to establish a place of business in any Contracting State in which proceedings established by this Convention may be conducted, having regard to the Protocol on Centralisation annexed to this Convention. The authorities of such State may remove that entitlement in individual cases only in application of legal provisions adopted for the purpose of protecting public security and law and order. Before such action is taken, the President of the European Patent Office shall be consulted.

(6) The President of the European Patent Office may, in special circumstances, grant exemption from the requirement of paragraph 2 (a).

(7) Professional representation in proceedings established by this Convention may also be undertaken, in the same way as by a professional representative, by any legal practitioner qualified in one of the Contracting States and having his place of business within such State, to the extent that he is entitled, within the said State, to act as a professional representative in patent matters. Paragraph 5 shall apply mutatis mutandis.

(8) The Administrative Council may adopt provisions governing:

- (a) the qualifications and training required of a person for admission to the European qualifying examination and the conduct of such examination;
- (b) the establishment or recognition of an institute constituted by the

(2) Peut être inscrite sur la liste des mandataires agréés toute personne physique qui:

- a) possède la nationalité de l'un des États contractants;
- b) a son domicile professionnel ou le lieu de son emploi sur le territoire de l'un des États contractants;
- c) a satisfait aux épreuves de l'examen européen de qualification.

(3) L'inscription est faite sur requête accompagnée d'attestations indiquant que les conditions visées au paragraphe 2 sont remplies.

(4) Les personnes qui sont inscrites sur la liste des mandataires agréés sont habilitées à agir dans toute procédure instituée par la présente convention.

(5) Aux fins d'agir en qualité de mandataire agréé, toute personne inscrite sur la liste visée au paragraphe 1 est habilitée à avoir un domicile professionnel dans un État contractant dans lequel se déroulent les procédures instituées par la présente convention, compte tenu du protocole sur la centralisation annexé à la présente convention. Les autorités de cet État ne peuvent retirer cette habilitation que dans des cas particuliers et en vertu de la législation nationale relative à l'ordre public et à la sécurité publique. Le Président de l'Office européen des brevets doit être consulté avant qu'une telle mesure soit prise.

(6) Dans des cas tenant à une situation particulière, le Président de l'Office européen des brevets peut consentir une dérogation à la disposition du paragraphe 2, lettre a).

(7) La représentation au même titre qu'un mandataire agréé dans les procédures instituées par la présente convention peut être assurée par tout avocat habilité à exercer sur le territoire de l'un des États contractants et y possédant son domicile professionnel, dans la mesure où il peut agir dans ledit État en qualité de mandataire en matière de brevets d'invention. Les dispositions du paragraphe 5 sont applicables.

(8) Le Conseil d'administration peut prendre des dispositions relatives:

- a) à la qualification et à la formation exigées pour l'admission à l'examen européen de qualification et à l'organisation des épreuves de cet examen;
- b) à la création ou à l'agrément d'un institut constitué des personnes

auf Grund der europäischen Eignungsprüfung oder nach Artikel 163 Absatz 7 zugelassenen Vertreter zusammengeschlossen sind, und

- c) über die Disziplinargewalt, die dieses Institut oder das Europäische Patentamt über diese Personen besitzt.

persons entitled to act as professional representatives by virtue of either the European qualifying examination or the provisions of Article 163, paragraph 7;

- (c) any disciplinary power to be exercised by that institute or the European Patent Office on such persons.

habilités à agir en qualité de mandataires agréés soit après avoir satisfait à un examen européen de qualification, soit en application des dispositions de l'article 163, paragraphe 7, et

- c) au pouvoir disciplinaire de l'institut ou de l'Office européen des brevets sur ces personnes.

**Achter Teil
Auswirkungen
auf das nationale Recht**

**Kapitel I
Umwandlung
in eine nationale Patentanmeldung**

**Artikel 135
Umwandlungsantrag**

(1) Die Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines benannten Vertragsstaats leitet das Verfahren zur Erteilung eines nationalen Patents nur auf Antrag des Anmelders oder Inhabers eines europäischen Patents in den folgenden Fällen ein:

- a) wenn die europäische Patentanmeldung nach Artikel 77 Absatz 5 oder Artikel 162 Absatz 4 als zurückgenommen gilt;
- b) in den sonstigen vom nationalen Recht vorgesehenen Fällen, in denen nach diesem Übereinkommen die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen worden ist oder als zurückgenommen gilt oder das europäische Patent widerrufen worden ist.

(2) Der Umwandlungsantrag muß innerhalb von drei Monaten nach dem Tag eingereicht werden, an dem die europäische Patentanmeldung zurückgenommen worden ist oder die Mitteilung, daß die Anmeldung als zurückgenommen gilt, oder die Entscheidung über die Zurückweisung der Anmeldung oder über den Widerruf des europäischen Patents zugestellt worden ist. Die in Artikel 66 vorgeschriebene Wirkung erlischt, wenn der Antrag nicht rechtzeitig eingereicht worden ist.

**Artikel 136
Einreichung und Übermittlung
des Antrags**

(1) Der Umwandlungsantrag ist beim Europäischen Patentamt zu stellen; im Antrag sind die Vertragsstaaten zu bezeichnen, in denen die Einleitung des Verfahrens zur Erteilung eines nationalen Patents gewünscht wird. Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die Umwandlungsgebühr entrichtet

**Part VIII
Impact
on National Law**

**Chapter I
Conversion
into a national patent application**

**Article 135
Request for the application
of national procedure**

(1) The central industrial property office of a designated Contracting State shall apply the procedure for the grant of a national patent only at the request of the applicant for or proprietor of a European patent, and in the following circumstances:

- (a) when the European patent application is deemed to be withdrawn pursuant to Article 77, paragraph 5, or Article 162, paragraph 4;
- (b) in such other cases as are provided for by the national law in which the European patent application is refused or withdrawn or deemed to be withdrawn, or the European patent is revoked under this Convention.

(2) The request for conversion shall be filed within three months after the European patent application has been withdrawn or after notification has been made that the application is deemed to be withdrawn, or after a decision has been notified refusing the application or revoking the European patent. The effect referred to in Article 66 shall lapse if the request is not filed in due time.

**Article 136
Submission and transmission
of the request**

(1) A request for conversion shall be filed with the European Patent Office and shall specify the Contracting States in which application of the procedure for the grant of a national patent is desired. The request shall not be deemed to be filed until the conversion fee has been paid. The

**Huitième partie
Incidences
sur le droit national**

**Chapitre I
Transformation
en demande de brevet national**

**Article 135
Demande d'engagement
de la procédure nationale**

(1) Le service central de la propriété industrielle d'un État contractant désigné ne peut engager la procédure de délivrance d'un brevet national que sur requête du demandeur ou du titulaire d'un brevet européen et dans les cas suivants:

- a) si la demande de brevet européen est réputée retirée en vertu de l'article 77, paragraphe 5 ou de l'article 162, paragraphe 4;
- b) dans les autres cas prévus par la législation nationale où, en vertu de la présente convention, la demande de brevet européen est soit rejetée, soit retirée, soit réputée retirée ou le brevet européen révoqué.

(2) La requête doit être présentée dans un délai de trois mois à compter soit du retrait de la demande de brevet, soit de la signification selon laquelle la demande est réputée retirée ou de la signification de la décision de rejet de la demande ou de révocation du brevet européen. La disposition faisant l'objet de l'article 66 cesse de produire ses effets si la requête n'est pas présentée dans ce délai.

**Article 136
Présentation et transmission
de la requête**

(1) La requête en transformation doit être présentée à l'Office européen des brevets; les États contractants dans lesquels le requérant entend que soit engagée la procédure de délivrance d'un brevet national sont mentionnés dans la requête. Cette requête n'est réputée présentée

worden ist. Das Europäische Patentamt übermittelt den Umwandlungsantrag den Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der im Antrag bezeichneten Vertragsstaaten und fügt eine Kopie der Akten der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents bei.

(2) Ist dem Anmelder die Mitteilung zugestellt worden, daß die europäische Patentanmeldung nach Artikel 77 Absatz 5 als zurückgenommen gilt, so ist der Umwandlungsantrag bei der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz zu stellen, bei der die Anmeldung eingereicht worden ist. Diese Behörde leitet vorbehaltlich der Vorschriften über die nationale Sicherheit den Antrag mit einer Kopie der europäischen Patentanmeldung unmittelbar an die Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der vom Anmelder in dem Antrag bezeichneten Vertragsstaaten weiter. Die in Artikel 66 vorgeschriebene Wirkung erlischt, wenn der Antrag nicht innerhalb von zwanzig Monaten nach dem Anmeldetag oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, nach dem Prioritätstag weitergeleitet wird.

Artikel 137

Formvorschriften für die Umwandlung

(1) Eine europäische Patentanmeldung, die nach Artikel 136 übermittelt worden ist, darf nicht solchen Formerfordernissen des nationalen Rechts unterworfen werden, die von denen abweichen, die im Übereinkommen vorgesehen sind oder über sie hinausgehen.

(2) Die Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz, der die europäische Patentanmeldung übermittelt worden ist, kann verlangen, daß der Anmelder innerhalb einer Frist, die nicht weniger als zwei Monate betragen darf,

- a) die nationale Anmeldegebühr entrichtet und
- b) eine Übersetzung der europäischen Patentanmeldung in einer der Amtssprachen des betreffenden Staats einreicht, und zwar in der ursprünglichen Fassung der Anmeldung und gegebenenfalls in der im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt geänderten Fassung, die der Anmelder dem nationalen Verfahren zugrunde zu legen wünscht.

Kapitel II

Nichtigkeit und ältere Rechte

Artikel 138

Nichtigkeitsgründe

(1) Vorbehaltlich Artikel 139 kann auf Grund des Rechts eines Vertrags-

European Patent Office shall transmit the request to the central industrial property offices of the Contracting States specified therein, accompanied by a copy of the files relating to the European patent application or the European patent.

(2) However, if the applicant is notified that the European patent application has been deemed to be withdrawn pursuant to Article 77, paragraph 5, the request shall be filed with the central industrial property office with which the application has been filed. That office shall, subject to the provisions of national security, transmit the request, together with a copy of the European patent application, directly to the central industrial property offices of the Contracting States specified by the applicant in the request. The effect referred to in Article 66 shall lapse if such transmission is not made within twenty months after the date of filing or, if a priority has been claimed, after the date of priority.

Article 137

Formal requirements for conversion

(1) A European patent application transmitted in accordance with Article 136 shall not be subjected to formal requirements of national law which are different from or additional to those provided for in this Convention.

(2) Any central industrial property office to which the application is transmitted may require that the applicant shall, within not less than two months:

- (a) pay the national application fee;
- (b) file a translation in one of the official languages of the State in question of the original text of the European patent application and, where appropriate, of the text, as amended during proceedings before the European Patent Office, which the applicant wishes to submit to the national procedure.

Chapter II

Revocation and prior rights

Article 138

Grounds for revocation

(1) Subject to the provisions of Article 139, a European patent may only

qu'après le paiement de la taxe de transformation. L'Office européen des brevets transmet la requête aux services centraux de la propriété industrielle des États qui y sont mentionnés et y joint une copie du dossier de la demande de brevet européen ou une copie du dossier du brevet européen.

(2) Toutefois, s'il a été signifié au demandeur que la demande de brevet européen est réputée retirée conformément à l'article 77, paragraphe 5, la requête doit être introduite auprès du service central national de la propriété industrielle auprès duquel ladite demande avait été déposée. Sous réserve des dispositions de la législation nationale relatives à la défense nationale, ce service transmet directement la requête à laquelle il joint une copie de la demande de brevet européen aux services centraux des États contractants mentionnés par le requérant dans sa requête. La disposition faisant l'objet de l'article 66 cesse de produire ses effets si cette transmission n'est pas effectuée dans un délai de vingt mois à compter de la date du dépôt ou, si une priorité a été revendiquée, à compter de la date de priorité.

Article 137

Conditions de forme de la transformation

(1) Une demande de brevet européen transmise conformément aux dispositions de l'article 136 ne peut, quant à sa forme, être soumise par la loi nationale à des conditions différentes de celles qui sont prévues par la présente convention ou à des conditions supplémentaires.

(2) Le service central de la propriété industrielle auquel la demande est transmise peut exiger que, dans un délai qui ne peut être inférieur à deux mois, le demandeur:

- a) acquitte la taxe nationale de dépôt;
- b) produise, dans l'une des langues officielles de l'État en cause, une traduction du texte original de la demande de brevet européen, ainsi que, le cas échéant, une traduction du texte, modifié au cours de la procédure devant l'Office européen des brevets, sur la base duquel il désire que se déroule la procédure nationale.

Chapitre II

Nullité et droits antérieurs

Article 138

Causes de nullité

(1) Sous réserve des dispositions de l'article 139, le brevet européen ne

staats das europäische Patent mit Wirkung für das Hoheitsgebiet dieses Staats nur für nichtig erklärt werden, wenn

- a) der Gegenstand des europäischen Patents nach den Artikeln 52 bis 57 nicht patentfähig ist;
- b) das europäische Patent die Erfindung nicht so deutlich und vollständig offenbart, daß ein Fachmann sie ausführen kann;
- c) der Gegenstand des europäischen Patents über den Inhalt der Anmeldung in der eingereichten Fassung oder, wenn das Patent auf einer europäischen Teilanmeldung oder einer nach Artikel 61 eingereichten neuen europäischen Patentanmeldung beruht, über den Inhalt der früheren Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgeht;
- d) der Schutzbereich des europäischen Patents erweitert worden ist;
- e) der Inhaber des europäischen Patents nicht nach Artikel 60 Absatz 1 berechtigt ist.

(2) Betreffen die Nichtigkeitsgründe nur einen Teil des europäischen Patents, so wird die Nichtigkeit durch entsprechende Beschränkung dieses Patents erklärt. Wenn es das nationale Recht zuläßt, kann die Beschränkung in Form einer Änderung der Patentansprüche, der Beschreibung oder der Zeichnungen erfolgen.

Artikel 139 **Ältere Rechte und Rechte** **mit gleichem Anmelde-** **oder Prioritätstag**

(1) In jedem benannten Vertragsstaat haben eine europäische Patentanmeldung und ein europäisches Patent gegenüber einer nationalen Patentanmeldung und einem nationalen Patent die gleiche Wirkung als älteres Recht wie eine nationale Patentanmeldung und ein nationales Patent.

(2) Eine nationale Patentanmeldung und ein nationales Patent in einem Vertragsstaat haben gegenüber einem europäischen Patent, soweit dieser Vertragsstaat benannt ist, die gleiche Wirkung als älteres Recht wie gegenüber einem nationalen Patent.

(3) Jeder Vertragsstaat kann vorschreiben, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Erfindung, die sowohl in einer europäischen Patentanmeldung oder einem europäischen Patent als auch in einer nationalen Patentanmeldung oder einem nationa-

be revoked under the law of a Contracting State, with effect for its territory, on the following grounds:

- (a) if the subject-matter of the European patent is not patentable within the terms of Articles 52 to 57;
- (b) if the European patent does not disclose the invention in a manner sufficiently clear and complete for it to be carried out by a person skilled in the art;
- (c) if the subject-matter of the European patent extends beyond the content of the application as filed or, if the patent was granted on a divisional application or on a new application filed in accordance with Article 61, beyond the content of the earlier application as filed;
- (d) if the protection conferred by the European patent has been extended;
- (e) if the proprietor of the European patent is not entitled under Article 60, paragraph 1.

(2) If the grounds for revocation only affect the European patent in part, revocation shall be pronounced in the form of a corresponding limitation of the said patent. If the national law so allows, the limitation may be effected in the form of an amendment to the claims, the description or the drawings.

Article 139 **Rights of earlier date** **or the same date**

(1) In any designated Contracting State a European patent application and a European patent shall have with regard to a national patent application and a national patent the same prior right effect as a national patent application and a national patent.

(2) A national patent application and a national patent in a Contracting State shall have with regard to a European patent in which that Contracting State is designated the same prior right effect as they have with regard to a national patent.

(3) Any Contracting State may prescribe whether and on what terms an invention disclosed in both a European patent application or patent and a national application or patent having the same date of filing or, where priority is claimed, the same date of pri-

peut être déclaré nul, en vertu de la législation d'un État contractant, avec effet sur le territoire de cet État, que:

- a) si l'objet du brevet européen n'est pas brevetable aux termes des articles 52 à 57;
- b) si le brevet européen n'expose pas l'invention de façon suffisamment claire et complète pour qu'un homme du métier puisse l'exécuter;
- c) si l'objet du brevet européen s'étend au-delà du contenu de la demande telle qu'elle a été déposée ou, lorsque le brevet a été délivré sur la base d'une demande divisionnaire ou d'une nouvelle demande déposée conformément aux dispositions de l'article 61, si l'objet du brevet s'étend au-delà du contenu de la demande initiale telle qu'elle a été déposée;
- d) si la protection conférée par le brevet européen a été étendue;
- e) si le titulaire du brevet européen n'avait pas le droit de l'obtenir aux termes de l'article 60, paragraphe 1.

(2) Si les motifs de nullité n'affectent le brevet européen qu'en partie, la nullité est prononcée sous la forme d'une limitation correspondante dudit brevet. Si la législation nationale l'admet, la limitation peut être effectuée sous la forme d'une modification des revendications, de la description ou des dessins.

Article 139 **Droits antérieurs et droits** **ayant pris naissance à la même date**

(1) Dans tout État contractant désigné, une demande de brevet européen ou un brevet européen est traité du point de vue des droits antérieurs, par rapport à une demande de brevet national ou à un brevet national, de la même manière que s'il s'agissait d'une demande de brevet national ou d'un brevet national.

(2) Une demande de brevet national ou un brevet national d'un État contractant est traité du point de vue des droits antérieurs, par rapport à un brevet européen qui désigne cet État contractant, de la même manière que si ce brevet européen était un brevet national.

(3) Tout État contractant demeure libre de décider si et dans quelles conditions peuvent être cumulées les protections assurées à une invention exposée à la fois dans une demande de brevet ou un brevet européen et dans une demande de brevet ou un brevet

len Patent mit gleichem Anmeldetag oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, mit gleichem Prioritätstag offenbart ist, gleichzeitig durch europäische und nationale Anmeldungen oder Patente geschützt werden kann.

Kapitel III

Sonstige Auswirkungen

Artikel 140

Nationale Gebrauchsmuster und Gebrauchszertifikate

Die Artikel 66, 124, 135 bis 137 und 139 sind in den Vertragsstaaten, deren Recht Gebrauchsmuster oder Gebrauchszertifikate vorsieht, auf diese Schutzrechte und deren Anmeldungen entsprechend anzuwenden.

Artikel 141

Jahresgebühren für das europäische Patent

(1) Jahresgebühren für das europäische Patent können nur für die sich an das in Artikel 86 Absatz 4 genannte Jahr anschließenden Jahre erhoben werden.

(2) Werden Jahresgebühren für das europäische Patent innerhalb von zwei Monaten nach der Bekanntmachung des Hinweises auf die Erteilung des europäischen Patents fällig, so gelten diese Jahresgebühren als wirksam entrichtet, wenn sie innerhalb der genannten Frist gezahlt werden. Eine nach nationalem Recht vorgesehene Zuschlagsgebühr wird nicht erhoben.

Neunter Teil

Besondere Übereinkommen

Artikel 142

Einheitliche Patente

(1) Eine Gruppe von Vertragsstaaten, die in einem besonderen Übereinkommen bestimmt hat, daß die für diese Staaten erteilten europäischen Patente für die Gesamtheit ihrer Hoheitsgebiete einheitlich sind, kann vorsehen, daß europäische Patente nur für alle diese Staaten gemeinsam erteilt werden können.

(2) Hat eine Gruppe von Vertragsstaaten von der Ermächtigung in Absatz 1 Gebrauch gemacht, so sind die Vorschriften dieses Teils anzuwenden.

ority, may be protected simultaneously by both applications or patents.

Chapter III

Miscellaneous effects

Article 140

National utility models and utility certificates

Article 66, Article 124, Articles 135 to 137 and Article 139 shall apply to utility models and utility certificates and to applications for utility models and utility certificates registered or deposited in the Contracting States whose laws make provision for such models or certificates.

Article 141

Renewal fees for European patents

(1) Renewal fees in respect of a European patent may only be imposed for the years which follow that referred to in Article 86, paragraph 4.

(2) Any renewal fees falling due within two months after the publication of the mention of the grant of the European patent shall be deemed to have been validly paid if they are paid within that period. Any additional fee provided for under national law shall not be charged.

Part IX

Special agreements

Article 142

Unitary patents

(1) Any group of Contracting States, which has provided by a special agreement that a European patent granted for those States has a unitary character throughout their territories, may provide that a European patent may only be granted jointly in respect of all those States.

(2) Where any group of Contracting States has availed itself of the authorisation given in paragraph 1, the provisions of this Part shall apply.

national ayant la même date de dépôt ou si une priorité est revendiquée, la même date de priorité.

Chapitre III

Autres incidences sur le droit national

Article 140

Modèles d'utilité et certificats d'utilité nationaux

Les articles 66, 124, 135 à 137 et 139 sont applicables aux modèles d'utilité ou aux certificats d'utilité ainsi qu'aux demandes correspondantes, dans les États contractants dont la législation prévoit de tels titres de protection.

Article 141

Taxes annuelles pour le brevet européen

(1) Les taxes annuelles dues au titre du brevet européen ne peuvent être perçues que pour les années suivant celle qui est visée à l'article 86, paragraphe 4.

(2) Si des taxes annuelles dues au titre du brevet européen viennent à échéance dans les deux mois à compter de la date à laquelle la mention de la délivrance du brevet a été publiée, lesdites taxes annuelles sont réputées avoir été valablement acquittées sous réserve d'être payées dans le délai mentionné. Il n'est perçu aucune surtaxe prévue au titre d'une réglementation nationale.

Neuvième partie

Accords particuliers

Article 142

Brevet unitaire

(1) Tout groupe d'États contractants qui, dans un accord particulier, a disposé que les brevets européens délivrés pour ces États auront un caractère unitaire sur l'ensemble de leurs territoires, peut prévoir que les brevets européens ne pourront être délivrés que conjointement pour tous ces États.

(2) Les dispositions de la présente partie sont applicables lorsqu'un groupe d'États contractants a fait usage de la faculté visée au paragraphe 1.

Artikel 143

Besondere Organe des Europäischen Patentamts

(1) Die Gruppe von Vertragsstaaten kann dem Europäischen Patentamt zusätzliche Aufgaben übertragen.

(2) Für die Durchführung der in Absatz 1 genannten zusätzlichen Aufgaben können im Europäischen Patentamt besondere, den Vertragsstaaten der Gruppe gemeinsame Organe gebildet werden. Die Leitung dieser besonderen Organe obliegt dem Präsidenten des Europäischen Patentamts; Artikel 10 Absätze 2 und 3 sind entsprechend anzuwenden.

Artikel 144

Vertretung vor den besonderen Organen

Die Gruppe von Vertragsstaaten kann die Vertretung vor den in Artikel 143 Absatz 2 genannten Organen besonders regeln.

Artikel 145

Engerer Ausschuß des Verwaltungsrats

(1) Die Gruppe von Vertragsstaaten kann zur Überwachung der Tätigkeit der nach Artikel 143 Absatz 2 gebildeten besonderen Organe einen engeren Ausschuß des Verwaltungsrats einsetzen, dem das Europäische Patentamt das Personal, die Räumlichkeiten und die Ausstattung zur Verfügung stellt, die er zur Durchführung seiner Aufgaben benötigt. Der Präsident des Europäischen Patentamts ist dem engeren Ausschuß des Verwaltungsrats gegenüber für die Tätigkeit der besonderen Organe verantwortlich.

(2) Die Zusammensetzung, die Zuständigkeit und die Tätigkeit des engeren Ausschusses bestimmt die Gruppe von Vertragsstaaten.

Artikel 146

Deckung der Kosten für die Durchführung besonderer Aufgaben

Sind dem Europäischen Patentamt nach Artikel 143 zusätzliche Aufgaben übertragen worden, so trägt die Gruppe von Vertragsstaaten die der Organisation bei der Durchführung dieser Aufgaben entstehenden Kosten. Sind für die Durchführung dieser Aufgaben im Europäischen Patentamt besondere Organe gebildet worden, so trägt die Gruppe die diesen Organen zurechenbaren Kosten für das Personal, die Räumlichkeiten und die

Article 143

Special departments of the European Patent Office

(1) The group of Contracting States may give additional tasks to the European Patent Office.

(2) Special departments common to the Contracting States in the group may be set up within the European Patent Office in order to carry out the additional tasks. The President of the European Patent Office shall direct such special departments; Article 10, paragraphs 2 and 3, shall apply mutatis mutandis.

Article 144

Representation before special departments

The group of Contracting States may lay down special provisions to govern representation of parties before the departments referred to in Article 143, paragraph 2.

Article 145

Select committee of the Administrative Council

(1) The group of Contracting States may set up a select committee of the Administrative Council for the purpose of supervising the activities of the special departments set up under Article 143, paragraph 2; the European Patent Office shall place at its disposal such staff, premises and equipment as may be necessary for the performance of its duties. The President of the European Patent Office shall be responsible for the activities of the special departments to the select committee of the Administrative Council.

(2) The composition, powers and functions of the select committee shall be determined by the group of Contracting States.

Article 146

Cover for expenditure for carrying out special tasks

Where additional tasks have been given to the European Patent Office under Article 143, the group of Contracting States shall bear the expenses incurred by the Organisation in carrying out these tasks. Where special departments have been set up in the European Patent Office to carry out these additional tasks, the group shall bear the expenditure on staff, premises and equipment chargeable in respect of these departments.

Article 143

Instances spéciales de l'Office européen des brevets

(1) Le groupe d'États contractants peut confier des tâches supplémentaires à l'Office européen des brevets.

(2) Il peut, pour l'exécution de ces tâches supplémentaires, être créé à l'Office européen des brevets des instances spéciales communes aux États appartenant à ce groupe. Le Président de l'Office européen des brevets assure la direction de ces instances spéciales; les dispositions de l'article 10, paragraphes 2 et 3, sont applicables.

Article 144

Représentation devant les instances spéciales

Le groupe d'États contractants peut prévoir une réglementation spéciale pour la représentation des parties devant les instances visées à l'article 143, paragraphe 2.

Article 145

Comité restreint du Conseil d'administration

(1) Le groupe d'États contractants peut instituer un Comité restreint du Conseil d'administration afin de contrôler l'activité des instances spéciales créées en vertu de l'article 143, paragraphe 2; l'Office européen des brevets met à la disposition de ce Comité le personnel, les locaux et les moyens matériels nécessaires à l'accomplissement de sa mission. Le Président de l'Office européen des brevets est responsable des activités des instances spéciales devant le Comité restreint du Conseil d'administration.

(2) La composition, les compétences et les activités du Comité restreint sont déterminées par le groupe d'États contractants.

Article 146

Couverture des dépenses pour les tâches spéciales

Pour autant qu'un groupe d'États contractants ait attribué des tâches supplémentaires à l'Office européen des brevets au sens de l'article 143, il prend à sa charge les frais qu'entraîne pour l'Organisation l'exécution de ces tâches. Si des instances spéciales ont été instituées au sein de l'Office européen des brevets pour l'exécution de ces tâches supplémentaires, le groupe d'États contractants prend à sa charge les dépenses de personnel,

Ausstattung. Artikel 39 Absätze 3 und 4, Artikel 41 und Artikel 47 sind entsprechend anzuwenden.

Article 39, paragraphs 3 and 4, Article 41 and Article 47 shall apply mutatis mutandis.

de locaux et de matériel imputables auxdites instances. Les articles 39, paragraphes 3 et 4, 41 et 47 sont applicables.

Artikel 147

Zahlungen auf Grund der für die Aufrechterhaltung des einheitlichen Patents erhobenen Gebühren

Hat die Gruppe von Vertragsstaaten für das europäische Patent einheitliche Jahresgebühren festgesetzt, so bezieht sich der Anteil nach Artikel 39 Absatz 1 auf diese einheitlichen Gebühren; der Mindestbetrag nach Artikel 39 Absatz 1 bezieht sich auf das einheitliche Patent. Artikel 39 Absätze 3 und 4 ist entsprechend anzuwenden.

Article 147

Payments in respect of renewal fees for unitary patents

If the group of Contracting States has fixed a common scale of renewal fees in respect of European patents the proportion referred to in Article 39, paragraph 1, shall be calculated on the basis of the common scale; the minimum amount referred to in Article 39, paragraph 1, shall apply to the unitary patent. Article 39, paragraphs 3 and 4, shall apply mutatis mutandis.

Article 147

Versements au titre des taxes de maintien en vigueur du brevet unitaire

Si le groupe d'États contractants a établi un barème unique pour les taxes annuelles, le pourcentage visé à l'article 39, paragraphe 1, est calculé sur ce barème unique; le minimum visé à l'article 39, paragraphe 1, est également un minimum en ce qui concerne le brevet unitaire. L'article 39, paragraphes 3 et 4, est applicable.

Artikel 148

Die europäische Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens

(1) Artikel 74 ist anzuwenden, wenn die Gruppe von Vertragsstaaten nichts anderes bestimmt hat.

(2) Die Gruppe von Vertragsstaaten kann vorschreiben, daß die europäische Patentanmeldung, soweit für sie diese Vertragsstaaten benannt sind, nur für alle diese Vertragsstaaten und nur nach den Vorschriften des besonderen Übereinkommens Gegenstand eines Rechtsübergangs sein sowie belastet oder Zwangsvollstreckungsmaßnahmen unterworfen werden kann.

Article 148

The European patent application as an object of property

(1) Article 74 shall apply unless the group of Contracting States has specified otherwise.

(2) The group of Contracting States may provide that a European patent application for which these Contracting States are designated may only be transferred, mortgaged or subjected to any legal means of execution in respect of all the Contracting States of the group and in accordance with the provisions of the special agreement.

Article 148

De la demande de brevet européen comme objet de propriété

(1) L'article 74 est applicable lorsque le groupe d'États contractants n'a pas prévu d'autres dispositions.

(2) Le groupe d'États contractants peut prescrire que la demande de brevet européen, pour autant que ces États contractants sont désignés, ne peut être transférée, faire l'objet d'un nantissement ou d'une exécution forcée que pour tous ces États contractants et conformément aux dispositions de l'accord particulier.

Artikel 149

Gemeinsame Benennung

(1) Die Gruppe von Vertragsstaaten kann vorschreiben, daß ihre Benennung nur gemeinsam erfolgen kann und daß die Benennung eines oder mehrerer der Vertragsstaaten der Gruppe als Benennung aller dieser Vertragsstaaten gilt.

(2) Ist das Europäische Patentamt nach Artikel 153 Absatz 1 Bestimmungsamt, so ist Absatz 1 anzuwenden, wenn der Anmelder in der internationalen Anmeldung mitgeteilt hat, daß er für einen oder mehrere der benannten Staaten der Gruppe ein europäisches Patent begehrt. Das gleiche gilt, wenn der Anmelder in der internationalen Anmeldung einen dieser Gruppe angehörenden Vertragsstaat benannt hat, dessen Recht vorschreibt, daß eine Bestimmung dieses Staats die Wirkung einer Anmeldung für ein europäisches Patent hat.

Article 149

Joint designation

(1) The group of Contracting States may provide that these States may only be designated jointly, and that the designation of one or some only of such States shall be deemed to constitute the designation of all the States of the group.

(2) Where the European Patent Office acts as a designated Office under Article 153, paragraph 1, paragraph 1 shall apply if the applicant has indicated in the international application that he wishes to obtain a European patent for one or more of the designated States of the group. The same shall apply if the applicant designates in the international application one of the Contracting States in the group, whose national law provides that the designation of that State shall have the effect of the application being for a European patent.

Article 149

Désignation conjointe

(1) Le groupe d'États contractants peut prescrire que la désignation des États du groupe ne peut se faire que conjointement et que la désignation d'un ou de plusieurs États dudit groupe vaut désignation de l'ensemble de ceux-ci.

(2) Lorsque l'Office européen des brevets est l'Office désigné au sens de l'article 153, paragraphe 1, le paragraphe 1 du présent article est applicable si le demandeur fait connaître dans la demande internationale qu'il entend obtenir un brevet européen pour les États du groupe qu'il a désignés ou pour l'un d'entre eux seulement. La présente disposition est également applicable lorsque le demandeur a désigné dans la demande internationale un État contractant appartenant à ce groupe, si la législation de cet État prévoit qu'une désignation dudit État a les effets d'une demande de brevet européen.

Zehnter Teil
Internationale Anmeldung
nach dem Vertrag über die
internationale Zusammenarbeit
auf dem Gebiet
des Patentwesens

Artikel 150

Anwendung des Vertrags über die
internationale Zusammenarbeit
auf dem Gebiet des Patentwesens

(1) Der Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens vom 19. Juni 1970, im folgenden Zusammenarbeitsvertrag genannt, ist nach Maßgabe dieses Teils anzuwenden.

(2) Internationale Anmeldungen nach dem Zusammenarbeitsvertrag können Gegenstand von Verfahren vor dem Europäischen Patentamt sein. In diesen Verfahren sind der Zusammenarbeitsvertrag und ergänzend dieses Übereinkommen anzuwenden. Stehen die Vorschriften dieses Übereinkommens denen des Zusammenarbeitsvertrags entgegen, so sind die Vorschriften des Zusammenarbeitsvertrags maßgebend. Insbesondere läuft die in Artikel 94 Absatz 2 dieses Übereinkommens genannte Frist zur Stellung des Prüfungsantrags für eine internationale Anmeldung nicht vor der in Artikel 22 oder 39 des Zusammenarbeitsvertrags genannten Frist ab.

(3) Eine internationale Anmeldung, für die das Europäische Patentamt als Bestimmungsamt oder ausgewähltes Amt tätig wird, gilt als europäische Patentanmeldung.

(4) Soweit in diesem Übereinkommen auf den Zusammenarbeitsvertrag Bezug genommen ist, erstreckt sich die Bezugnahme auch auf dessen Ausführungsordnung.

Artikel 151

Das Europäische Patentamt
als Anmeldeamt

(1) Das Europäische Patentamt kann Anmeldeamt im Sinn des Artikels 2 Ziffer xv des Zusammenarbeitsvertrags sein, wenn der Anmelder Staatsangehöriger eines Vertragsstaats dieses Übereinkommens ist, für den der Zusammenarbeitsvertrag in Kraft getreten ist; das gleiche gilt, wenn der Anmelder in diesem Staat seinen Wohnsitz oder Sitz hat.

(2) Das Europäische Patentamt kann auch Anmeldeamt sein, wenn der Anmelder Staatsangehöriger eines Staats ist, der nicht Vertragsstaat dieses Übereinkommens, jedoch Vertragsstaat des Zusammenarbeitsvertrags ist und der mit der Organisation eine

Part X
International application
pursuant to the
Patent Cooperation Treaty

Article 150

Application
of the Patent Cooperation Treaty

(1) The Patent Cooperation Treaty of 19 June 1970, hereinafter referred to as the Cooperation Treaty, shall be applied in accordance with the provisions of this Part.

(2) International applications filed under the Cooperation Treaty may be the subject of proceedings before the European Patent Office. In such proceedings, the provisions of that Treaty shall be applied, supplemented by the provisions of this Convention. In case of conflict, the provisions of the Cooperation Treaty shall prevail. In particular, for an international application the time limit within which a request for examination must be filed under Article 94, paragraph 2, of this Convention shall not expire before the time prescribed by Article 22 or Article 39 of the Cooperation Treaty as the case may be.

(3) An international application, for which the European Patent Office acts as designated Office or elected Office, shall be deemed to be a European patent application.

(4) Where reference is made in this Convention to the Cooperation Treaty, such reference shall include the Regulations under that Treaty.

Article 151

The European Patent Office as a
receiving Office

(1) The European Patent Office may act as a receiving Office within the meaning of Article 2 (xv) of the Cooperation Treaty if the applicant is a resident or national of a Contracting State to this Convention in respect of which the Cooperation Treaty has entered into force.

(2) The European Patent Office may also act as a receiving Office if the applicant is a resident or national of a State which is not a Contracting State to this Convention, but which is a Contracting State to the Cooperation Treaty and which has concluded an

Dixième partie
Demande internationale
au sens du Traité
de Coopération
en matière de brevets

Article 150

Application du Traité de Coopération
en matière de brevets

(1) Le Traité de Coopération en matière de brevets du 19 juin 1970, ci-après dénommé Traité de Coopération, s'applique conformément aux dispositions de la présente partie.

(2) Des demandes internationales déposées conformément au Traité de Coopération peuvent faire l'objet de procédures devant l'Office européen des brevets. Dans ces procédures, les dispositions dudit Traité et, à titre complémentaire, les dispositions de la présente convention sont applicables. Les dispositions du Traité de Coopération prévalent en cas de divergence. En particulier, pour une demande internationale, le délai dans lequel la requête en examen doit être présentée en application de l'article 94, paragraphe 2, de la présente convention ne vient pas à expiration avant le délai prescrit, selon le cas, par l'article 22 ou par l'article 39 du Traité de Coopération.

(3) Lorsque l'Office européen des brevets agit en qualité d'Office désigné ou d'Office élu pour une demande internationale, cette demande est réputée être une demande de brevet européen.

(4) Dans la mesure où il est fait référence, dans la présente convention, au Traité de Coopération, cette référence s'étend également au règlement d'exécution de ce dernier.

Article 151

L'Office européen des brevets,
Office récepteur

(1) L'Office européen des brevets peut être Office récepteur au sens de l'article 2 (xv) du Traité de Coopération, lorsque le demandeur a la nationalité d'un État partie à la présente convention à l'égard duquel le Traité de Coopération est entré en vigueur; la présente disposition est également applicable lorsque le demandeur a son domicile ou son siège dans cet État.

(2) L'Office européen des brevets peut aussi être Office récepteur lorsque le demandeur a la nationalité d'un État qui, n'étant pas partie à la présente convention, est cependant partie au Traité de Coopération et a conclu avec l'Organisation un accord aux

Vereinbarung geschlossen hat, nach der das Europäische Patentamt nach Maßgabe des Zusammenarbeitsvertrags an Stelle des nationalen Amts dieses Staats als Anmeldeamt tätig wird; das gleiche gilt, wenn der Anmelder in diesem Staat seinen Wohnsitz oder Sitz hat.

(3) Vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung des Verwaltungsrats wird das Europäische Patentamt auf Grund einer zwischen der Organisation und dem Internationalen Büro der Weltorganisation für geistiges Eigentum geschlossenen Vereinbarung auch für andere Anmelder als Anmeldeamt tätig.

Artikel 152

Einreichung und Weiterleitung der internationalen Anmeldung

(1) Wählt der Anmelder das Europäische Patentamt als Anmeldeamt für seine internationale Anmeldung, so hat er diese unmittelbar beim Europäischen Patentamt einzureichen. Artikel 75 Absatz 2 ist jedoch entsprechend anzuwenden.

(2) Die Vertragsstaaten ergreifen im Fall der Einreichung einer internationalen Anmeldung beim Europäischen Patentamt durch Vermittlung der zuständigen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die Anmeldungen so rechtzeitig an das Europäische Patentamt weitergeleitet werden, daß dieses den Übermittlungspflichten nach dem Zusammenarbeitsvertrag rechtzeitig genügen kann.

(3) Für die internationale Anmeldung ist die Übermittlungsgebühr zu zahlen, die gleichzeitig mit der Anmeldung zu entrichten ist.

Artikel 153

Das Europäische Patentamt als Bestimmungsamt

(1) Das Europäische Patentamt ist Bestimmungsamt im Sinn des Artikels 2 Ziffer xiii des Zusammenarbeitsvertrags für die in der internationalen Anmeldung benannten Vertragsstaaten dieses Übereinkommens, für die der Zusammenarbeitsvertrag in Kraft getreten ist, wenn der Anmelder in der internationalen Anmeldung dem Anmeldeamt mitgeteilt hat, daß er für diese Staaten ein europäisches Patent begehrt. Das gleiche gilt, wenn der Anmelder in der internationalen Anmeldung einen Vertragsstaat benannt hat, dessen Recht vorschreibt, daß eine Bestimmung dieses Staats die Wirkung einer Anmeldung für ein europäisches Patent hat.

agreement with the Organisation whereby the European Patent Office acts as a receiving Office, in accordance with the provisions of the Cooperation Treaty, in place of the national office of that State.

(3) Subject to the prior approval of the Administrative Council, the European Patent Office may also act as a receiving Office for any other applicant, in accordance with an agreement concluded between the Organisation and the International Bureau of the World Intellectual Property Organization.

Article 152

Filing and transmittal of the international application

(1) If the applicant chooses the European Patent Office as a receiving Office for his international application, he shall file it directly with the European Patent Office. Article 75, paragraph 2, shall nevertheless apply mutatis mutandis.

(2) In the event of an international application being filed with the European Patent Office through the intermediary of the competent central industrial property office, the Contracting State concerned shall take all necessary measures to ensure that the application is transmitted to the European Patent Office in time for the latter to be able to comply in due time with the conditions for transmittal under the Cooperation Treaty.

(3) Each international application shall be subject to the payment of the transmittal fee, which shall be payable on the filing of the application.

Article 153

The European Patent Office as a designated Office

(1) The European Patent Office shall act as a designated Office within the meaning of Article 2 (xiii) of the Cooperation Treaty for those Contracting States to this Convention in respect of which the Cooperation Treaty has entered into force and which are designated in the international application if the applicant informs the receiving Office in the international application that he wishes to obtain a European patent for these States. The same shall apply if, in the international application, the applicant designates a Contracting State of which the national law provides that designation of that State shall have the effect of the application being for a European patent.

termes duquel, conformément aux dispositions dudit traité, l'Office européen des brevets agit en qualité d'Office récepteur aux lieu et place de l'office national; la présente disposition est également applicable lorsque le demandeur a son domicile ou son siège dans cet État.

(3) Sous réserve de l'accord préalable du Conseil d'administration, l'Office européen des brevets agit aussi pour tout autre demandeur en qualité d'Office récepteur conformément à un accord conclu entre l'Organisation et le Bureau International de l'Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle.

Article 152

Dépôt et transmission de la demande internationale

(1) Si le demandeur choisit l'Office européen des brevets en qualité d'Office récepteur de sa demande internationale, il doit déposer cette dernière directement auprès de l'Office européen des brevets. Toutefois, les dispositions de l'article 75, paragraphe 2, sont applicables.

(2) Dans le cas où une demande internationale est déposée auprès de l'Office européen des brevets par l'intermédiaire du service central de la propriété industrielle compétent, les États contractants prennent toutes les mesures appropriées pour garantir que les demandes soient transmises à l'Office européen des brevets en temps utile afin que celui-ci puisse satisfaire, dans les délais prescrits, aux obligations qui lui incombent aux termes du Traité de Coopération pour la transmission des demandes internationales.

(3) Le dépôt de la demande internationale donne lieu au paiement de la taxe de transmission qui doit être versée au moment du dépôt.

Article 153

L'Office européen des brevets, Office désigné

(1) Au sens de l'article 2 (xiii) du Traité de Coopération, l'Office européen des brevets est Office désigné pour les États qui, parties à la présente convention et pour lesquels le Traité de Coopération est entré en vigueur, sont désignés dans la demande internationale, si le demandeur indique à l'Office récepteur, dans cette demande, qu'il entend obtenir pour ces États un brevet européen. La présente disposition est également applicable lorsque le demandeur a désigné, dans la demande internationale, un État contractant dont la législation prévoit qu'une désignation de cet État a les effets d'une demande de brevet européen.

(2) Für Entscheidungen, die das Europäische Patentamt als Bestimmungsort nach Artikel 25 Absatz 2 Buchstabe a des Zusammenarbeitsvertrags zu treffen hat, sind die Prüfungsabteilungen zuständig.

Artikel 154

Das Europäische Patentamt als Internationale Recherchenbehörde

(1) Vorbehaltlich einer zwischen der Organisation und dem Internationalen Büro der Weltorganisation für geistiges Eigentum geschlossenen Vereinbarung wird das Europäische Patentamt für Anmelder, die Staatsangehörige eines Vertragsstaats sind, für den der Zusammenarbeitsvertrag in Kraft getreten ist, als Internationale Recherchenbehörde im Sinn des Kapitels I des Zusammenarbeitsvertrags tätig; das gleiche gilt, wenn der Anmelder in diesem Staat seinen Wohnsitz oder Sitz hat.

(2) Vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung des Verwaltungsrats wird das Europäische Patentamt auf Grund einer zwischen der Organisation und dem Internationalen Büro der Weltorganisation für geistiges Eigentum geschlossenen Vereinbarung auch für andere Anmelder als Internationale Recherchenbehörde tätig.

(3) Für Entscheidungen über einen Widerspruch des Anmelders gegen eine vom Europäischen Patentamt nach Artikel 17 Absatz 3 Buchstabe a des Zusammenarbeitsvertrags für die internationale Recherche festgesetzte zusätzliche Gebühr sind die Beschwerdekammern zuständig.

Artikel 155

Das Europäische Patentamt als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde

(1) Vorbehaltlich einer zwischen der Organisation und dem Internationalen Büro der Weltorganisation für geistiges Eigentum geschlossenen Vereinbarung wird das Europäische Patentamt für Anmelder, die Staatsangehörige eines Vertragsstaats sind, für den Kapitel II des Zusammenarbeitsvertrags verbindlich ist, als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde im Sinn des Kapitels II des Zusammenarbeitsvertrags tätig; das gleiche gilt, wenn der Anmelder in diesem Staat seinen Wohnsitz oder Sitz hat.

(2) Vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung des Verwaltungsrats wird das Europäische Patentamt auf Grund einer zwischen der Organisation und dem Internationalen Büro der Welt-

(2) When the European Patent Office acts as a designated Office, the Examining Division shall be competent to take decisions which are required under Article 25, paragraph 2 (a), of the Cooperation Treaty.

Article 154

The European Patent Office as an International searching Authority

(1) The European Patent office shall act as an International Searching Authority within the meaning of Chapter I of the Cooperation Treaty for applicants who are residents or nationals of a Contracting State in respect of which the Cooperation Treaty has entered into force, subject to the conclusion of an agreement between the Organisation and the International Bureau of the World Intellectual Property Organization.

(2) Subject to the prior approval of the Administrative Council, the European Patent Office shall also act as an International Searching Authority for any other applicant, in accordance with an agreement concluded between the Organisation and the International Bureau of the World Intellectual Property Organization.

(3) The Boards of Appeal shall be responsible for deciding on a protest made by an applicant against an additional fee charged by the European Patent Office under the provisions of Article 17, paragraph 3 (a), of the Cooperation Treaty.

Article 155

The European Patent Office as an International Preliminary Examining Authority

(1) The European Patent Office shall act as an International Preliminary Examining Authority within the meaning of Chapter II of the Cooperation Treaty for applicants who are residents or nationals of a Contracting State bound by that Chapter, subject to the conclusion of an agreement between the Organisation and the International Bureau of the World Intellectual Property Organization.

(2) Subject to the prior approval of the Administrative Council, the European Patent Office shall also act as an International Preliminary Examining Authority for any other applicant,

(2) Lorsque l'Office européen des brevets agit en qualité d'Office désigné, les divisions d'examen sont compétentes pour prendre les décisions prévues à l'article 25, paragraphe 2, lettre a), du Traité de Coopération.

Article 154

L'Office européen des brevets, administration chargée de la recherche internationale

(1) L'Office européen des brevets agit en qualité d'administration chargée de la recherche internationale, au sens du Chapitre I du Traité de Coopération, pour les demandeurs ayant la nationalité d'un État contractant à l'égard duquel le Traité de Coopération est entré en vigueur, sous réserve de la conclusion d'un accord entre l'Organisation et le Bureau International de l'Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle; la présente disposition est applicable lorsque le demandeur a son domicile ou son siège dans cet État.

(2) Sous réserve de l'accord préalable du Conseil d'administration, l'Office européen des brevets agit aussi pour tout autre demandeur en qualité d'administration chargée de la recherche internationale, conformément à un accord conclu entre l'Organisation et le Bureau International de l'Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle.

(3) Les chambres de recours sont compétentes pour statuer sur une réserve formulée par le déposant à l'encontre de la fixation d'une taxe additionnelle par l'Office européen des brevets, en vertu de l'article 17, paragraphe 3, lettre a) du Traité de Coopération.

Article 155

L'Office européen des brevets, administration chargée de l'examen préliminaire international

(1) L'Office européen des brevets agit en qualité d'administration chargée de l'examen préliminaire international, au sens du chapitre II du Traité de Coopération, pour les demandeurs ressortissants d'un État contractant à l'égard duquel ce chapitre est entré en vigueur, sous réserve de la conclusion d'un accord entre l'Organisation et le Bureau International de l'Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle; la présente disposition est également applicable lorsque le demandeur a son domicile ou son siège dans cet État.

(2) Sous réserve de l'accord préalable du Conseil d'administration, l'Office européen des brevets agit aussi pour tout autre demandeur en qualité d'administration chargée de l'examen

organisation für geistiges Eigentum geschlossenen Vereinbarung auch für andere Anmelder als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde tätig.

(3) Für Entscheidungen über einen Widerspruch des Anmelders gegen eine vom Europäischen Patentamt nach Artikel 34 Absatz 3 Buchstabe a des Zusammenarbeitsvertrags für die internationale vorläufige Prüfung festgesetzte zusätzliche Gebühr sind die Beschwerdekammern zuständig.

Artikel 156

Das Europäische Patentamt als ausgewähltes Amt

Das Europäische Patentamt wird als ausgewähltes Amt im Sinn des Artikels 2 Ziffer xiv des Zusammenarbeitsvertrags tätig, wenn der Anmelder einen der benannten Staaten, auf die sich Artikel 153 Absatz 1 oder Artikel 149 Absatz 2 bezieht, ausgewählt hat und für diesen Staat Kapitel II dieses Vertrags verbindlich geworden ist. Vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung des Verwaltungsrats gilt dies auch dann, wenn der Anmelder in einem Staat seinen Wohnsitz oder Sitz hat oder Staatsangehöriger eines Staats ist, der nicht Mitglied des Zusammenarbeitsvertrags ist oder für den Kapitel II nicht verbindlich ist, sofern er einer Personengruppe angehört, der die Versammlung des Internationalen Verbands für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens durch einen Beschluß nach Artikel 31 Absatz 2 Buchstabe b des Zusammenarbeitsvertrags gestattet hat, einen Antrag auf internationale vorläufige Prüfung zu stellen.

Artikel 157

Internationaler Recherchenbericht

(1) Unbeschadet der nachstehenden Absätze treten der internationale Recherchenbericht nach Artikel 18 des Zusammenarbeitsvertrags oder eine Erklärung nach Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe a des Vertrags und deren Veröffentlichung nach Artikel 21 des Vertrags an die Stelle des europäischen Recherchenberichts und des Hinweises auf dessen Veröffentlichung im Europäischen Patentblatt.

(2) Vorbehaltlich der Beschlüsse des Verwaltungsrats nach Absatz 3

- a) wird zu jeder internationalen Anmeldung ein ergänzender europäischer Recherchenbericht erstellt;
- b) hat der Anmelder die Recherchengebühr zu zahlen, die gleichzeitig mit der nationalen Gebühr nach Artikel 22 Absatz 1 oder Arti-

in accordance with an agreement concluded between the Organisation and the International Bureau of the World Intellectual Property Organization.

(3) The Boards of Appeal shall be responsible for deciding on a protest made by an applicant against an additional fee charged by the European Patent Office under the provisions of Article 34, paragraph 3 (a), of the Cooperation Treaty.

Article 156

The European Patent Office as an elected Office

The European Patent Office shall act as an elected Office within the meaning of Article 2 (xiv) of the Cooperation Treaty if the applicant has elected any of the designated States referred to in Article 153, paragraph 1, or Article 149, paragraph 2, for which Chapter II of that Treaty has become binding. Subject to the prior approval of the Administrative Council, the same shall apply where the applicant is a resident or national of a State which is not a party to that Treaty or which is not bound by Chapter II of that Treaty, provided that he is one of the persons whom the Assembly of the International Patent Cooperation Union has decided to allow, pursuant to Article 31, paragraph 2 (b), of the Cooperation Treaty, to make a demand for international preliminary examination.

Article 157

International search report

(1) Without prejudice to the provisions of paragraphs 2 to 4, the international search report under Article 18 of the Cooperation Treaty or any declaration under Article 17, paragraph 2 (a), of that Treaty and their publication under Article 21 of that Treaty shall take the place of the European search report and the mention of its publication in the European Patent Bulletin.

(2) Subject to the decisions of the Administrative Council referred to in paragraph 3:

- (a) a supplementary European search report shall be drawn up in respect of all international applications;
- (b) the applicant shall pay the search fee, which shall be paid at the same time as the national fee provided for in Article 22, paragraph

préliminaire international conformément à un accord conclu entre l'Organisation et le Bureau International de l'Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle.

(3) Les chambres de recours sont compétentes pour statuer sur une réserve formulée par le déposant à l'encontre de la fixation d'une taxe additionnelle par l'Office européen des brevets, en vertu de l'article 34, paragraphe 3, lettre a), du Traité de Coopération.

Article 156

L'Office européen des brevets, Office élu

L'Office européen des brevets agit en qualité d'Office élu au sens de l'article 2 (xiv) du Traité de Coopération, si le demandeur a élu l'un des États désignés visés à l'article 153, paragraphe 1, ou à l'article 149, paragraphe 2, et à l'égard duquel le chapitre II dudit traité est entré en vigueur. Sous réserve de l'accord préalable du Conseil d'administration, la présente disposition est applicable lorsque le demandeur a la nationalité d'un État non contractant ou à l'égard duquel le chapitre II n'est pas entré en vigueur ou lorsqu'il a son domicile ou son siège dans ledit État, dans la mesure où il fait partie des personnes auxquelles l'Assemblée de l'Union de coopération internationale en matière de brevets a permis, par une décision prise conformément à l'article 31, paragraphe 2, lettre b), dudit traité, de présenter une demande d'examen préliminaire international.

Article 157

Rapport de recherche internationale

(1) Sans préjudice des dispositions des paragraphes suivants, le rapport de recherche internationale prévu à l'article 18 du Traité de Coopération ou toute déclaration faite en vertu de l'article 17, paragraphe 2, lettre a), de ce traité et leur publication en vertu de l'article 21 du même traité remplacent le rapport de recherche européenne et la mention de sa publication au Bulletin européen des brevets.

(2) Sous réserve des décisions du Conseil d'administration visées au paragraphe 3:

- a) il est procédé à l'établissement d'un rapport complémentaire de recherche européenne relatif à toute demande internationale;
- b) le demandeur est tenu d'acquitter la taxe de recherche; ce paiement et celui de la taxe nationale prévue par l'article 22, paragraphe 1

kel 39 Absatz 1 des Zusammenarbeitsvertrags zu entrichten ist. Ist die Recherchegebühr nicht rechtzeitig entrichtet worden, so gilt die Anmeldung als zurückgenommen.

(3) Der Verwaltungsrat kann beschließen, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang

a) auf einen ergänzenden europäischen Recherchenbericht verzichtet wird;

b) die Recherchegebühr herabgesetzt wird.

(4) Der Verwaltungsrat kann die nach Absatz 3 gefaßten Beschlüsse jederzeit rückgängig machen.

Artikel 158

Veröffentlichung der internationalen Anmeldung und ihre Übermittlung an das Europäische Patentamt

(1) Die Veröffentlichung einer internationalen Anmeldung nach Artikel 21 des Zusammenarbeitsvertrags, für die das Europäische Patentamt Bestimmungsamt ist, tritt vorbehaltlich Absatz 3 an die Stelle der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung und wird im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht. Eine solche Anmeldung gilt jedoch nicht als Stand der Technik nach Artikel 54 Absatz 3, wenn die in Absatz 2 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

(2) Die internationale Anmeldung ist dem Europäischen Patentamt in einer seiner Amtssprachen zuzuleiten. Der Anmelder hat die nationale Gebühr nach Artikel 22 Absatz 1 oder Artikel 39 Absatz 1 des Zusammenarbeitsvertrags an das Europäische Patentamt zu entrichten.

(3) Ist die internationale Anmeldung in einer Sprache veröffentlicht, die nicht eine der Amtssprachen des Europäischen Patentamts ist, so veröffentlicht das Europäische Patentamt die ihm nach Absatz 2 zugeleitete internationale Anmeldung. Vorbehaltlich Artikel 67 Absatz 3 tritt der einstweilige Schutz nach Artikel 67 Absätze 1 und 2 erst von dem Tag dieser Veröffentlichung an ein.

Elfter Teil

Übergangsbestimmungen

Artikel 159

Verwaltungsrat während einer Übergangszeit

(1) Die in Artikel 169 Absatz 1 genannten Staaten bestellen ihre Vertreter im Verwaltungsrat; auf Einla-

1, or Article 39, paragraph 1, of the Cooperation Treaty. If the search fee is not paid in due time the application shall be deemed to be withdrawn.

(3) The Administrative Council may decide under what conditions and to what extent:

(a) the supplementary European search report is to be dispensed with;

(b) the search fee is to be reduced.

(4) The Administrative Council may at any time rescind the decisions taken pursuant to paragraph 3.

Article 158

Publication of the international application and its supply to the European Patent Office

(1) Publication under Article 21 of the Cooperation Treaty of an international application for which the European Patent Office is a designated Office shall, subject to paragraph 3, take the place of the publication of a European patent application and shall be mentioned in the European Patent Bulletin. Such an application shall not however be considered as comprised in the state of the art in accordance with Article 54, paragraph 3, if the conditions laid down in paragraph 2 are not fulfilled.

(2) The international application shall be supplied to the European Patent Office in one of its official languages. The applicant shall pay to the European Patent Office the national fee provided for in Article 22, paragraph 1, or Article 39, paragraph 1, of the Cooperation Treaty.

(3) If the international application is published in a language other than one of the official languages of the European Patent Office, that Office shall publish the international application, supplied as specified in paragraph 2. Subject to the provisions of Article 67, paragraph 3, the provisional protection in accordance with Article 67, paragraphs 1 and 2, shall be effective from the date of that publication.

Part XI

Transitional provisions

Article 159

Administrative Council during a transitional period

(1) The States referred to in Article 169, paragraph 1, shall appoint their representatives to the Administrative

ou par l'article 39, paragraphe 1, du Traité de Coopération doivent être effectués simultanément. Si la taxe de recherche n'est pas acquittée dans les délais, la demande est réputée retirée.

(3) Le Conseil d'administration peut décider des conditions dans lesquelles et de la mesure dans laquelle:

a) il est renoncé au rapport complémentaire de recherche;

b) le montant de la taxe de recherche est réduit.

(4) A tout moment, le Conseil d'administration peut rapporter les décisions prises en vertu du paragraphe 3.

Article 158

Publication de la demande internationale et communication à l'Office européen des brevets

(1) La publication, en vertu de l'article 21 du Traité de Coopération, d'une demande internationale pour laquelle l'Office européen est Office désigné remplace, sous réserve des dispositions du paragraphe 3, la publication de la demande de brevet européen et elle est mentionnée au Bulletin européen des brevets. Toutefois, le contenu de cette demande n'est pas considéré comme compris dans l'état de la technique au sens de l'article 54, paragraphe 3 si les conditions prévues au paragraphe 2 ne sont pas remplies.

(2) La demande internationale doit être remise à l'Office européen des brevets dans l'une de ses langues officielles. Le déposant doit payer à l'Office européen des brevets la taxe nationale prévue par l'article 22, paragraphe 1 ou par l'article 39, paragraphe 1 du Traité de Coopération.

(3) Si la demande internationale est publiée dans une langue autre que l'une des langues officielles de l'Office européen des brevets, celui-ci publie la demande internationale remise dans les conditions prévues au paragraphe 2. Sous réserve des dispositions de l'article 67, paragraphe 3, la protection provisoire visée à l'article 67, paragraphes 1 et 2, n'est assurée qu'à partir de la date de cette publication.

Onzième Partie

Dispositions transitoires

Article 159

Conseil d'administration pendant une période transitoire

(1) Les États visés à l'article 169, paragraphe 1, nomment leurs représentants au Conseil d'administration;

derung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland tritt der Verwaltungsrat nicht später als zwei Monate nach Inkrafttreten des Übereinkommens zusammen, um insbesondere den Präsidenten des Europäischen Patentamts zu ernennen.

(2) Die Amtszeit des ersten nach Inkrafttreten des Übereinkommens ernannten Präsidenten des Verwaltungsrats beträgt vier Jahre.

(3) Die Amtszeit eines gewählten Mitglieds des ersten nach Inkrafttreten des Übereinkommens gebildeten Präsidiums des Verwaltungsrats beträgt fünf Jahre und die Amtszeit eines weiteren gewählten Mitglieds dieses Präsidiums vier Jahre.

Artikel 160

Ernennung von Bediensteten während einer Übergangszeit

(1) Bis zum Erlaß des Statuts der Beamten und der für die sonstigen Bediensteten des Europäischen Patentamts geltenden Beschäftigungsbedingungen stellen der Verwaltungsrat und der Präsident des Europäischen Patentamts im Rahmen ihrer Zuständigkeit das erforderliche Personal ein und schließen zu diesem Zweck befristete Verträge. Der Verwaltungsrat kann für die Einstellung des Personals allgemeine Grundsätze aufstellen.

(2) Während einer Übergangszeit, deren Ende der Verwaltungsrat bestimmt, kann der Verwaltungsrat nach Anhörung des Präsidenten des Europäischen Patentamts zu Mitgliedern der Großen Beschwerdekammer oder der Beschwerdekammern auch technisch vorgebildete oder rechtskundige Mitglieder nationaler Gerichte und Behörden der Vertragsstaaten ernennen, die ihre Tätigkeit in den nationalen Gerichten oder Behörden weiterhin ausüben können. Sie können für einen Zeitraum ernannt werden, der weniger als fünf Jahre beträgt, jedoch mindestens ein Jahr betragen muß; sie können wiederernannt werden.

Artikel 161

Erstes Haushaltsjahr

(1) Das erste Haushaltsjahr der Organisation beginnt mit dem Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens und endet am 31. Dezember desselben Jahrs. Beginnt das erste Haushaltsjahr in der zweiten Jahreshälfte, so endet es am 31. Dezember des folgenden Jahrs.

(2) Der Haushaltsplan für das erste Haushaltsjahr ist baldmöglichst nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens aufzustellen. Bis zum Eingang der in

Council; on the invitation of the Government of the Federal Republic of Germany, the Administrative Council shall meet no later than two months after the entry into force of this Convention, particularly for the purpose of appointing the President of the European Patent Office.

(2) The duration of the term of office of the first Chairman of the Administrative Council appointed after the entry into force of this Convention shall be four years.

(3) The term of office of two of the elected members of the first Board of the Administrative Council set up after the entry into force of this Convention shall be five and four years respectively.

Article 160

Appointment of employees during a transitional period

(1) Until such time as the Service Regulations for permanent employees and the conditions of employment of other employees of the European Patent Office have been adopted, the Administrative Council and the President of the European Patent Office, each within their respective powers, shall recruit the necessary employees and shall conclude short-term contracts to that effect. The Administrative Council may lay down general principles in respect of recruitment.

(2) During a transitional period, the expiry of which shall be determined by the Administrative Council, the Administrative Council, after consulting the President of the European Patent Office, may appoint as members of the Enlarged Board of Appeal or of the Boards of Appeal technically or legally qualified members of national courts and authorities of Contracting States who may continue their activities in their national courts or authorities. They may be appointed for a term of less than five years, though this shall not be less than one year, and may be reappointed.

Article 161

First accounting period

(1) The first accounting period of the Organisation shall extend from the date of entry into force of this Convention to 31 December of the same year. If that date falls within the second half of the year, the accounting period shall extend until 31 December of the following year.

(2) The budget for the first accounting period shall be drawn up as soon as possible after the entry into force of this Convention. Until contribu-

sur convocation du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, le Conseil siège au plus tard deux mois après l'entrée en vigueur de la présente convention, notamment à l'effet de nommer le Président de l'Office européen des brevets.

(2) La durée du mandat du premier Président du Conseil d'administration nommé après l'entrée en vigueur de la présente convention est de quatre ans.

(3) La durée du mandat de deux des membres élus du premier Bureau du Conseil d'administration institué après l'entrée en vigueur de la présente convention est de cinq et quatre ans respectivement.

Article 160

Nominations d'agents durant une période transitoire

(1) Jusqu'à l'adoption du statut des fonctionnaires et du régime applicable aux autres agents de l'Office européen des brevets, le Conseil d'administration et le Président de l'Office européen des brevets, chacun dans le cadre de sa compétence, recrutent le personnel nécessaire et concluent à cet effet des contrats de durée limitée. Le Conseil d'administration peut établir des principes généraux concernant le recrutement.

(2) Durant une période transitoire dont il fixe le terme, le Conseil d'administration peut, le Président de l'Office européen des brevets entendu, nommer en qualité de membres de la Grande Chambre de recours ou des chambres de recours, des techniciens ou des juristes, appartenant aux juridictions nationales ou aux services nationaux des États contractants, qui peuvent continuer à assumer leurs fonctions au sein de ces juridictions ou de ces services nationaux. Ils peuvent être nommés pour une période inférieure à cinq ans sans toutefois qu'elle soit inférieure à un an et être renouvelés dans leurs fonctions.

Article 161

Premier exercice budgétaire

(1) Le premier exercice budgétaire de l'Organisation s'étend de la date d'entrée en vigueur de la présente convention au 31 décembre suivant. Si cet exercice débute au cours du deuxième semestre, il s'étend jusqu'au 31 décembre de l'année suivante.

(2) Le budget du premier exercice est établi aussitôt que possible après l'entrée en vigueur de la présente convention. Dans l'attente du verse-

Artikel 40 vorgesehenen Beiträge der Vertragsstaaten im Rahmen des ersten Haushaltsplans zahlen die Vertragsstaaten auf Verlangen des Verwaltungsrats in der von ihm festgesetzten Höhe Vorschüsse, die auf ihre Beiträge für diesen Haushaltsplan angerechnet werden. Die Vorschüsse werden nach dem in Artikel 40 vorgesehenen Aufbringungsschlüssel festgesetzt. Artikel 39 Absätze 3 und 4 ist auf die Vorschüsse entsprechend anzuwenden.

Artikel 162

Stufenweise Ausdehnung des Tätigkeitsbereichs des Europäischen Patentamts

(1) Europäische Patentanmeldungen können von dem Tag an beim Europäischen Patentamt eingereicht werden, den der Verwaltungsrat auf Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Patentamts bestimmt.

(2) Der Verwaltungsrat kann auf Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Patentamts die Behandlung europäischer Patentanmeldungen von dem in Absatz 1 genannten Zeitpunkt an beschränken. Die Beschränkung kann sich auf bestimmte Gebiete der Technik beziehen. Jedoch sind die Anmeldungen in jedem Fall daraufhin zu prüfen, ob sie einen Anmeldetag haben.

(3) Ist ein Beschluß nach Absatz 2 ergangen, so kann der Verwaltungsrat die Behandlung europäischer Patentanmeldungen nicht mehr weiter beschränken.

(4) Kann eine europäische Patentanmeldung infolge der Beschränkung des Verfahrens nach Absatz 2 nicht weiterbehandelt werden, so teilt das Europäische Patentamt dies dem Anmelder mit und weist ihn darauf hin, daß er einen Umwandlungsantrag stellen kann. Mit dieser Mitteilung gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

Artikel 163

Zugelassene Vertreter während einer Übergangszeit

(1) Während einer Übergangszeit, deren Ende der Verwaltungsrat bestimmt, kann in Abweichung von Artikel 134 Absatz 2 in die Liste der zugelassenen Vertreter jede natürliche Person eingetragen werden, die die folgenden Voraussetzungen erfüllt:

a) Die Person muß die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzen;

tions provided for in Article 40 due in accordance with the first budget are received by the Organisation, the Contracting States shall, upon the request of and within the limit of the amount fixed by the Administrative Council, make advances which shall be deducted from their contributions in respect of that budget. The advances shall be determined in accordance with the scale referred to in Article 40. Article 39, paragraphs 3 and 4, shall apply mutatis mutandis to the advances.

Article 162

Progressive expansion of the field of activity of the European Patent Office

(1) European patent applications may be filed with the European Patent Office from the date fixed by the Administrative Council on the recommendation of the President of the European Patent Office.

(2) The Administrative Council may, on the recommendation of the President of the European Patent Office, decide that, as from the date referred to in paragraph 1, the processing of European patent applications may be restricted. Such restriction may be in respect of certain areas of technology. However, examination shall in any event be made as to whether European patent applications can be accorded a date of filing.

(3) If a decision has been taken under paragraph 2, the Administrative Council may not subsequently further restrict the processing of European patent applications.

(4) Where, as a result of the procedure being restricted under paragraph 2, a European patent application cannot be further processed, the European Patent Office shall communicate this to the applicant and shall point out that he may make a request for conversion. The European patent application shall be deemed to be withdrawn on receipt of such communication.

Article 163

Professional representatives during a transitional period

(1) During a transitional period, the expiry of which shall be determined by the Administrative Council, notwithstanding the provisions of Article 134, paragraph 2, any natural person who fulfils the following conditions may be entered on the list of professional representatives:

(a) he must be a national of a Contracting State;

ment des contributions des États contractants, prévues à l'article 40 et afférentes au premier budget, ces États font, sur requête du Conseil d'administration et dans les limites du montant qu'il fixe, des avances qui viennent en déduction de leurs contributions au titre de ce budget. Le montant de ces avances est déterminé conformément à la clé de répartition visée à l'article 40. Les dispositions de l'article 39, paragraphes 3 et 4, s'appliquent aux avances.

Article 162

Extension progressive du champ d'activité de l'Office européen des brevets

(1) Les demandes de brevet européen peuvent être présentées à l'Office européen des brevets à compter de la date fixée par le Conseil d'administration sur proposition du Président de l'Office.

(2) Le Conseil d'administration peut, sur proposition du Président de l'Office européen des brevets, décider qu'à partir de la date visée au paragraphe 1, l'instruction des demandes de brevet européen pourra être limitée. Cette limitation peut n'affecter que certains secteurs de la technique. Toutefois, les demandes de brevet européen doivent, en tout état de cause, faire l'objet d'un examen afin de déterminer si une date de dépôt peut leur être accordée.

(3) Si une décision a été prise en vertu du paragraphe 2, le Conseil d'administration ne peut ultérieurement limiter davantage l'instruction des demandes de brevet européen.

(4) Si l'instruction d'une demande de brevet européen ne peut être poursuivie en raison des limitations apportées à la procédure en vertu du paragraphe 2, l'Office européen des brevets le notifie au demandeur et lui indique qu'il peut présenter une requête en transformation. Dès réception de cette notification, la demande de brevet européen est réputée retirée.

Article 163

Mandataires agréés pendant une période transitoire

(1) Durant une période transitoire, dont le terme est fixé par le Conseil d'administration, et par dérogation à l'article 134, paragraphe 2, peut être inscrite sur la liste des mandataires agréés, toute personne physique qui:

a) possède la nationalité de l'un des États contractants;

b) sie muß ihren Geschäftssitz oder Arbeitsplatz im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats haben;

c) sie muß befugt sein, natürliche oder juristische Personen auf dem Gebiet des Patentwesens vor der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz des Vertragsstaats zu vertreten, in dem sie ihren Geschäftssitz oder Arbeitsplatz hat.

(2) Die Eintragung erfolgt auf Antrag, dem eine Bescheinigung der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz beizufügen ist, aus der sich die Erfüllung der in Absatz 1 genannten Voraussetzungen ergibt.

(3) Unterliegt in einem Vertragsstaat die in Absatz 1 Buchstabe c genannte Befugnis nicht dem Erfordernis einer besonderen beruflichen Befähigung, so muß der Antragsteller die Vertretung auf dem Gebiet des Patentwesens vor der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz dieses Staats mindestens fünf Jahre lang regelmäßig ausgeübt haben. Die Voraussetzung der Berufsausübung ist jedoch nicht erforderlich für Personen, deren berufliche Befähigung, natürliche oder juristische Personen auf dem Gebiet des Patentwesens vor der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines Vertragsstaats zu vertreten, nach den Vorschriften dieses Staats amtlich festgestellt worden ist. Aus der Bescheinigung der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz muß sich ergeben, daß der Antragsteller eine der in diesem Absatz genannten Voraussetzungen erfüllt.

(4) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann Befreiung erteilen:

a) vom Erfordernis nach Absatz 3 Satz 1, wenn der Antragsteller nachweist, daß er die erforderliche Befähigung auf andere Weise erworben hat;

b) in besonders gelagerten Fällen vom Erfordernis nach Absatz 1 Buchstabe a.

(5) Der Präsident des Europäischen Patentamts hat von dem Erfordernis des Absatzes 1 Buchstabe a Befreiung zu erteilen, wenn der Antragsteller am 5. Oktober 1973 die Voraussetzungen des Absatzes 1 Buchstaben b und c erfüllt hat.

(6) Personen, die ihren Geschäftssitz oder Arbeitsplatz in einem Staat haben, der diesem Übereinkommen weniger als ein Jahr vor Ablauf der Übergangszeit nach Absatz 1 oder nach Ablauf der Übergangszeit beitrifft, können während eines Zeitraums von einem Jahr, gerechnet vom Zeit-

(b) he must have his place of business or employment within the territory of one of the Contracting States;

(c) he must be entitled to represent natural or legal persons in patent matters before the central industrial property office of the Contracting State in which he has his place of business or employment.

(2) Entry shall be effected upon request, accompanied by a certificate, furnished by the central industrial property office, which must indicate that the conditions laid down in paragraph 1 are fulfilled.

(3) When, in any Contracting State, the entitlement referred to in paragraph 1 (c) is not conditional upon the requirement of special professional qualifications, persons applying to be entered on the list who act in patent matters before the central industrial property office of the said State must have habitually so acted for at least five years. However, persons whose professional qualification to represent natural or legal persons in patent matters before the central industrial property office of one of the Contracting States is officially recognised in accordance with the regulations laid down by such State shall not be subject to the condition of having exercised the profession. The certificate furnished by the central industrial property office must indicate that the applicant satisfies one of the conditions referred to in the present paragraph.

(4) The President of the European Patent Office may grant exemption from:

(a) the requirement of paragraph 3, first sentence, if the applicant furnishes proof that he has acquired the requisite qualification in another way;

(b) the requirement of paragraph 1 (a) in special circumstances.

(5) The President of the European Patent Office shall grant exemption from the requirement of paragraph 1 (a) if on 5 October 1973 the applicant fulfilled the requirements of paragraph 1 (b) and (c).

(6) Persons having their places of business or employment in a State which acceded to this Convention less than one year before the expiry of the transitional period referred to in paragraph 1 or after the expiry of the transitional period may, under the conditions laid down in paragraphs 1

b) a son domicile professionnel ou le lieu de son emploi sur le territoire de l'un des États contractants;

c) est habilitée à représenter en matière de brevets d'invention des personnes physiques ou morales devant le service central de la propriété industrielle de l'État contractant sur le territoire duquel cette personne exerce ou est employée.

(2) L'inscription est faite sur requête accompagnée d'une attestation fournie par le service central de la propriété industrielle indiquant que les conditions visées au paragraphe 1 sont remplies.

(3) Lorsque, dans un État contractant, l'habilitation visée au paragraphe 1 lettre c) n'est pas subordonnée à l'exigence d'une qualification professionnelle spéciale, les personnes demandant leur inscription sur la liste qui agissent en matière de brevets d'invention devant le service central de la propriété industrielle dudit État, doivent avoir exercé à titre habituel pendant cinq ans au moins. Toutefois, sont dispensées de la condition d'exercice de la profession, les personnes dont la qualification professionnelle à assurer, en matière de brevets d'invention, la représentation des personnes physiques ou morales devant le service central de la propriété industrielle d'un des États contractants, est reconnue officiellement conformément à la réglementation établie par cet État. L'attestation fournie par le service central de la propriété industrielle doit indiquer que le requérant satisfait à l'une des conditions prévues au présent paragraphe.

(4) Le Président de l'Office européen des brevets peut accorder une dérogation:

a) à l'exigence visée au paragraphe 3, première phrase, lorsque le requérant fournit la preuve qu'il a acquis la qualification requise d'une autre manière;

b) dans des cas tenant à une situation particulière, à l'exigence visée au paragraphe 1, lettre a).

(5) Le Président de l'Office européen des brevets est tenu d'accorder une dérogation à l'exigence visée au paragraphe 1, lettre a), lorsque, à la date du 5 octobre 1973, le requérant remplissait les conditions visées au paragraphe 1, lettres b) et c).

(6) Les personnes qui ont leur domicile professionnel ou le lieu de leur emploi sur le territoire d'un État qui a adhéré à la présente convention moins d'un an avant la date d'expiration de la période transitoire prévue au paragraphe 1 ou postérieurement à cette date, peuvent, dans les condi-

punkt des Wirksamwerdens des Beitritts des genannten Staats an, unter den Voraussetzungen der Absätze 1 bis 5 in die Liste der zugelassenen Vertreter eingetragen werden.

(7) Nach Ablauf der Übergangszeit bleiben unbeschadet der in Anwendung von Artikel 134 Absatz 8 Buchstabe c getroffenen Disziplinarmaßnahmen Personen, die während der Übergangszeit in die Liste der zugelassenen Vertreter eingetragen worden sind, in der Liste eingetragen oder werden auf Antrag in die Liste wieder eingetragen, sofern sie die Voraussetzungen des Absatzes 1 Buchstabe b erfüllen.

Zwölfter Teil Schlußbestimmungen

Artikel 164 Ausführungsordnung und Protokolle

(1) Die Ausführungsordnung, das Anerkennungsprotokoll, das Protokoll über Vorrechte und Immunitäten, das Zentralisierungsprotokoll sowie das Protokoll über die Auslegung des Artikels 69 sind Bestandteile des Übereinkommens.

(2) Im Fall mangelnder Übereinstimmung zwischen Vorschriften des Übereinkommens und Vorschriften der Ausführungsordnung gehen die Vorschriften des Übereinkommens vor.

Artikel 165 Unterzeichnung — Ratifikation

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Staaten, die an der Regierungskonferenz über die Einführung eines europäischen Patenterteilungsverfahrens teilgenommen haben oder die über die Abhaltung dieser Konferenz unterrichtet worden sind und denen die Möglichkeit der Teilnahme geboten worden ist, bis zum 5. April 1974 zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt.

Artikel 166 Beitritt

(1) Dieses Übereinkommen steht zum Beitritt offen:

- a) den in Artikel 165 Absatz 1 genannten Staaten;
- b) auf Einladung des Verwaltungsrats jedem anderen europäischen Staat.

to 5, during a period of one year calculated from the date of entry into force of the accession of that State, be entered on the list of professional representatives.

(7) After the expiry of the transitional period, any person whose name was entered on the list of professional representatives during that period shall, without prejudice to any disciplinary measures taken under Article 134, paragraph 8 (c), remain thereon or, on request, be restored thereto, provided that he then fulfils the requirement of paragraph 1 (b).

Part XII Final provisions

Article 164 Implementing Regulations and Protocols

(1) The Implementing Regulations, the Protocol on Recognition, the Protocol on Privileges and Immunities, the Protocol on Centralisation and the Protocol on the Interpretation of Article 69 shall be integral parts of this Convention.

(2) In the case of conflict between the provisions of this Convention and those of the Implementing Regulations, the provisions of this Convention shall prevail.

Article 165 Signature—Ratification

(1) This Convention shall be open for signature until 5 April 1974 by the States which took part in the Inter-Governmental Conference for the setting up of a European System for the Grant of Patents or were informed of the holding of that conference and offered the option of taking part therein.

(2) This Convention shall be subject to ratification; instruments of ratification shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany.

Article 166 Accession

(1) This Convention shall be open to accession by:

- (a) the States referred to in Article 165, paragraph 1;
- (b) any other European State at the invitation of the Administrative Council.

tions prévues aux paragraphes 1 à 5, durant une période d'un an à compter de la date d'effet de l'adhésion dudit État, être inscrites sur la liste des mandataires agréés.

(7) Après l'expiration de la période transitoire, et sans préjudice des mesures disciplinaires prises en application de l'article 134, paragraphe 8, lettre c), toute personne qui a été inscrite sur la liste des mandataires agréés pendant ladite période y demeure inscrite ou, sur requête, y est inscrite à nouveau, sous réserve de remplir la condition visée au paragraphe 1, lettre b).

Douzième partie Dispositions finales

Article 164 Règlement d'exécution et protocoles

(1) Le règlement d'exécution, le protocole sur la reconnaissance, le protocole sur les privilèges et immunités, le protocole sur la centralisation et le protocole interprétatif de l'article 69 font partie intégrante de la présente convention.

(2) En cas de divergence entre le texte de la présente convention et le texte du règlement d'exécution, le premier de ces textes fait foi.

Article 165 Signature — Ratification

(1) La présente convention est ouverte jusqu'au 5 avril 1974 à la signature des États qui ont participé à la Conférence intergouvernementale pour l'institution d'un système européen de délivrance de brevets ou qui ont été informés de la tenue de cette conférence et auxquels la faculté d'y participer a été offerte.

(2) La présente convention est soumise à ratification; les instruments de ratification sont déposés auprès du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

Article 166 Adhésion

(1) La présente convention est ouverte à l'adhésion:

- a) des États visés à l'article 165, paragraphe 1;
- b) de tout autre État européen sur invitation du Conseil d'administration.

(2) Jeder ehemalige Vertragsstaat, der dem Übereinkommen nach Artikel 172 Absatz 4 nicht mehr angehört, kann durch Beitritt erneut Vertragspartei des Übereinkommens werden.

(3) Die Beitrittsurkunden werden bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt.

Artikel 167 Vorbehalte

(1) Jeder Vertragsstaat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde nur die in Absatz 2 vorgesehenen Vorbehalte machen.

(2) Jeder Vertragsstaat kann sich vorbehalten zu bestimmen:

- a) daß europäische Patente übereinstimmend mit den für nationale Patente geltenden Vorschriften unwirksam sind oder für nichtig erklärt werden können, soweit sie Schutz für chemische Erzeugnisse als solche oder für Nahrungs- oder Arzneimittel als solche gewähren; ein solcher Vorbehalt berührt nicht den Schutz aus dem Patent, soweit es ein Verfahren zur Herstellung oder Verwendung eines chemischen Erzeugnisses oder ein Verfahren zur Herstellung eines Nahrungs- oder Arzneimittels betrifft;
- b) daß europäische Patente übereinstimmend mit den für nationale Patente geltenden Vorschriften unwirksam sind oder für nichtig erklärt werden können, soweit sie Schutz für landwirtschaftliche oder gartenbauliche Verfahren gewähren, auf die nicht bereits Artikel 53 Buchstabe b anzuwenden ist;
- c) daß europäische Patente übereinstimmend mit den für nationale Patente geltenden Vorschriften eine kürzere Laufzeit als zwanzig Jahre haben;
- d) daß das Anerkennungsprotokoll für ihn nicht verbindlich sein soll.

(3) Alle von einem Vertragsstaat gemachten Vorbehalte sind für einen Zeitraum von höchstens zehn Jahren vom Inkrafttreten dieses Übereinkommens an wirksam. Hat ein Vertragsstaat Vorbehalte nach Absatz 2 Buchstabe a oder b gemacht, so kann der Verwaltungsrat mit Wirkung für diesen Staat die Frist für alle oder einen Teil der gemachten Vorbehalte um höchstens fünf Jahre verlängern, wenn dieser Staat spätestens ein Jahr vor Ablauf des Zeitraums von zehn Jahren einen begründeten Antrag stellt, der es dem Verwaltungsrat erlaubt zu entscheiden, daß dieser Vertragsstaat am Ende des Zeitraums von zehn Jahren nicht in der Lage ist, den Vorbehalt zurückzunehmen.

(2) Any State which has been a party to the Convention and has ceased so to be as a result of the application of Article 172, paragraph 4, may again become a party to the Convention by acceding to it.

(3) Instruments of accession shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany.

Article 167 Reservations

(1) Each Contracting State may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratification or accession, make only the reservations specified in paragraph 2.

(2) Each Contracting State may reserve the right to provide that:

- (a) European patents, in so far as they confer protection on chemical, pharmaceutical or food products, as such, shall, in accordance with the provisions applicable to national patents, be ineffective or revocable; this reservation shall not affect protection conferred by the patent in so far as it involves a process of manufacture or use of a chemical product or a process of manufacture of a pharmaceutical or food product;
- (b) European patents, in so far as they confer protection on agricultural or horticultural processes other than those to which Article 53, sub-paragraph (b), applies, shall, in accordance with the provisions applicable to national patents, be ineffective or revocable;
- (c) European patents shall have a term shorter than twenty years, in accordance with the provisions applicable to national patents;
- (d) it shall not be bound by the Protocol on Recognition.

(3) Any reservation made by a Contracting State shall have effect for a period of not more than ten years from the entry into force of this Convention. However, where a Contracting State has made any of the reservations referred to in paragraph 2 (a) and (b), the Administrative Council may, in respect of such State, extend the period by not more than five years for all or part of any reservation made, if that State submits, at the latest one year before the end of the ten-year period, a reasoned request which satisfies the Administrative Council that the State is not in a position to dispense with that reservation by the expiry of the ten-year period.

(2) Tout État qui a été partie à la présente convention et qui a cessé de l'être en application de l'article 172, paragraphe 4, peut à nouveau devenir partie à la convention en y adhérant.

(3) Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

Article 167 Réserves

(1) Tout État contractant ne peut, lors de la signature ou du dépôt de son instrument de ratification ou d'adhésion, faire que les seules réserves prévues au paragraphe 2.

(2) Tout État contractant peut se réserver la faculté de prévoir:

- a) que les brevets européens, dans la mesure où ils confèrent la protection à des produits chimiques, pharmaceutiques ou alimentaires en tant que tels, sont sans effet ou peuvent être annulés conformément aux dispositions en vigueur pour les brevets nationaux; cette réserve n'affecte pas la protection conférée par le brevet dans la mesure où il concerne soit un procédé de fabrication ou d'utilisation d'un produit chimique, soit un procédé de fabrication d'un produit pharmaceutique ou alimentaire;
- b) que les brevets européens, dans la mesure où ils concernent les procédés agricoles ou horticoles autres que ceux auxquels s'applique l'article 53, lettre b), sont sans effet ou peuvent être annulés conformément aux dispositions en vigueur pour les brevets nationaux;
- c) que les brevets européens ont une durée inférieure à vingt ans, conformément aux dispositions en vigueur pour les brevets nationaux;
- d) qu'il n'est pas lié par le protocole sur la reconnaissance.

(3) Toute réserve faite par un État contractant produit ses effets pendant une période de dix ans au maximum à compter de l'entrée en vigueur de la présente convention. Toutefois, lorsqu'un État contractant a fait des réserves visées au paragraphe 2, lettres a) et b), le Conseil d'administration peut, en ce qui concerne ledit État, étendre cette période de cinq ans au plus, pour tout ou partie des réserves faites, à condition que cet État présente, au plus tard un an avant l'expiration de la période de dix ans, une demande motivée permettant au Conseil d'administration de décider que cet État n'est pas en mesure de renoncer à ladite réserve à l'expiration de la période de dix ans.

(4) Jeder Vertragsstaat, der einen Vorbehalt gemacht hat, nimmt ihn zurück, sobald es die Umstände gestatten. Die Zurücknahme des Vorbehalts erfolgt durch eine an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gerichtete Notifikation und wird einen Monat nach dem Tag des Eingangs der Notifikation wirksam.

(5) Ein nach Absatz 2 Buchstabe a, b oder c gemachter Vorbehalt erstreckt sich auf die europäischen Patente, die auf Grund von europäischen Patentanmeldungen erteilt worden sind, die während der Wirksamkeit des Vorbehalts eingereicht worden sind. Der Vorbehalt bleibt während der gesamten Geltungsdauer dieser Patente wirksam.

(6) Jeder Vorbehalt wird mit Ablauf des in Absatz 3 Satz 1 erwähnten Zeitraums und, falls der Zeitraum verlängert worden ist, mit Ablauf des verlängerten Zeitraums unwirksam; Absätze 4 und 5 bleiben unberührt.

Artikel 168

Räumlicher Anwendungsbereich

(1) Jeder Vertragsstaat kann in seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde oder zu jedem späteren Zeitpunkt durch eine Notifikation an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklären, daß das Übereinkommen auf alle oder einzelne Hoheitsgebiete anzuwenden ist, für deren auswärtige Beziehungen er verantwortlich ist. Die für den betreffenden Vertragsstaat erteilten europäischen Patente haben auch in den Hoheitsgebieten Wirkung, für die eine solche Erklärung wirksam ist.

(2) Ist die in Absatz 1 genannte Erklärung in der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde enthalten, so wird sie gleichzeitig mit der Ratifikation oder dem Beitritt wirksam; wird die Erklärung nach der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in einer Notifikation abgegeben, so wird diese Notifikation sechs Monate nach dem Tag ihres Eingangs bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland wirksam.

(3) Jeder Vertragsstaat kann jederzeit erklären, daß das Übereinkommen für alle oder einzelne Hoheitsgebiete, für die er nach Absatz 1 eine Notifikation vorgenommen hat, nicht mehr anzuwenden ist. Diese Erklärung wird ein Jahr nach dem Tag wirksam, an dem sie der Regierung der Bundesrepublik Deutschland notifiziert worden ist.

Artikel 169

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt in Kraft drei Monate nach Hinterlegung

(4) Any Contracting State that has made a reservation shall withdraw this reservation as soon as circumstances permit. Such withdrawal shall be made by notification addressed to the Government of the Federal Republic of Germany and shall take effect one month from the date of receipt of such notification.

(5) Any reservation made in accordance with paragraph 2 (a), (b) or (c) shall apply to European patents granted on European patent applications filed during the period in which the reservation has effect. The effect of the reservation shall continue for the term of the patent.

(6) Without prejudice to paragraphs 4 and 5, any reservation shall cease to have effect on expiry of the period referred to in paragraph 3, first sentence, or, if the period is extended, on expiry of the extended period.

Article 168

Territorial field of application

(1) Any Contracting State may declare in its instrument of ratification or accession, or may inform the Government of the Federal Republic of Germany by written notification any time thereafter, that this Convention shall be applicable to one or more of the territories for the external relations of which it is responsible. European patents granted for that Contracting State shall also have effect in the territories for which such a declaration has taken effect.

(2) If the declaration referred to in paragraph 1 is contained in the instrument of ratification or accession, it shall take effect on the same date as the ratification or accession; if the declaration is made in a notification after the deposit of the instrument of ratification or accession, such notification shall take effect six months after the date of its receipt by the Government of the Federal Republic of Germany.

(3) Any Contracting State may at any time declare that the Convention shall cease to apply to some or to all of the territories in respect of which it has given a notification pursuant to paragraph 1. Such declaration shall take effect one year after the date on which the Government of the Federal Republic of Germany received notification thereof.

Article 169

Entry into force

(1) This Convention shall enter into force three months after the deposit

(4) Tout État contractant qui a fait une réserve la retire aussitôt que les circonstances le permettent. Le retrait de la réserve est effectué par une notification adressée au gouvernement de la République fédérale d'Allemagne; ce retrait prend effet un mois après la date de la réception par ce gouvernement de ladite notification.

(5) Toute réserve faite en vertu du paragraphe 2, lettres a), b) ou c), s'étend aux brevets européens délivrés sur la base de demandes de brevet européen déposées pendant la période au cours de laquelle la réserve produit ses effets. Les effets de cette réserve subsistent pendant toute la durée de ces brevets.

(6) Sans préjudice des dispositions des paragraphes 4 et 5, toute réserve cesse de produire ses effets à l'expiration de la période visée au paragraphe 3, première phrase, ou, si cette période a été étendue, au terme de la période d'extension.

Article 168

Champ d'application territorial

(1) Tout État contractant peut déclarer, dans son instrument de ratification ou d'adhésion, ou à tout moment ultérieur, dans une notification adressée au gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, que la convention est applicable à un ou plusieurs territoires pour lesquels il assume la responsabilité des relations extérieures. Les brevets européens délivrés pour cet État ont également effet sur les territoires pour lesquels cette déclaration a pris effet.

(2) Si la déclaration visée au paragraphe 1 est incluse dans l'instrument de ratification ou d'adhésion, elle prend effet à la même date que la ratification ou l'adhésion; si la déclaration est faite dans une notification postérieure au dépôt de l'instrument de ratification ou d'adhésion, cette notification prend effet six mois après la date de sa réception par le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

(3) Tout État contractant peut à tout moment déclarer que la convention cesse d'être applicable à certains ou à l'ensemble des territoires pour lesquels il a fait une déclaration en vertu du paragraphe 1. Cette déclaration prend effet à l'expiration d'un délai d'une année à compter du jour où le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne en a reçu notification.

Article 169

Entrée en vigueur

(1) La présente convention entre en vigueur trois mois après le dépôt du

der letzten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde von sechs Staaten, in deren Hoheitsgebiet im Jahre 1970 insgesamt mindestens 180 000 Patentanmeldungen für die Gesamtheit dieser Staaten eingereicht wurden.

(2) Jede Ratifikation oder jeder Beitritt nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens wird am ersten Tag des dritten Monats nach der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde wirksam.

Artikel 170

Aufnahmebeitrag

(1) Jeder Staat, der nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens das Übereinkommen ratifiziert oder ihm beitrifft, hat der Organisation einen Aufnahmebeitrag zu zahlen, der nicht zurückgezahlt wird.

(2) Der Aufnahmebeitrag beträgt 5 % des Betrags, der sich ergibt, wenn der für den betreffenden Staat nach dem in Artikel 40 Absätze 3 und 4 vorgesehenen Aufbringungsschlüssel ermittelte Prozentsatz, der zu dem Zeitpunkt gilt, zu dem die Ratifikation oder der Beitritt wirksam wird, auf die Summe der von den übrigen Vertragsstaaten bis zum Abschluß des diesem Zeitpunkt vorangehenden Haushaltsjahrs geschuldeten besonderen Finanzbeiträge angewendet wird.

(3) Werden besondere Finanzbeiträge für das Haushaltsjahr, das dem in Absatz 2 genannten Zeitpunkt vorausgeht, nicht mehr gefordert, so ist der in Absatz 2 genannte Aufbringungsschlüssel derjenige, der auf den betreffenden Staat auf der Grundlage des letzten Jahrs, für das besondere Finanzbeiträge zu zahlen waren, anzuwenden gewesen wäre.

Artikel 171

Geltungsdauer des Übereinkommens

Dieses Übereinkommen wird auf unbegrenzte Zeit geschlossen.

Artikel 172

Revision

(1) Dieses Übereinkommen kann durch Konferenzen der Vertragsstaaten revidiert werden.

(2) Die Konferenz wird vom Verwaltungsrat vorbereitet und einberufen. Sie ist nur beschlußfähig, wenn mindestens drei Viertel der Vertragsstaaten auf ihr vertreten sind. Die revidierte Fassung des Übereinkommens bedarf zu ihrer Annahme der Dreiviertelmehrheit der auf der Konferenz vertretenen Vertragsstaaten, die eine Stimme abgeben. Stimmenthaltung gilt nicht als Stimmabgabe.

of the last instrument of ratification or accession by six States on whose territory the total number of patent applications filed in 1970 amounted to at least 180,000 for all the said States.

(2) Any ratification or accession after the entry into force of this Convention shall take effect on the first day of the third month after the deposit of the instrument of ratification or accession.

Article 170

Initial contribution

(1) Any State which ratifies or accedes to this Convention after its entry into force shall pay to the Organisation an initial contribution, which shall not be refunded.

(2) The initial contribution shall be 5 % of an amount calculated by applying the percentage obtained for the State in question, on the date on which ratification or accession takes effect, in accordance with the scale provided for in Article 40, paragraphs 3 and 4, to the sum of the special financial contributions due from the other Contracting States in respect of the accounting periods preceding the date referred to above.

(3) In the event that special financial contributions were not required in respect of the accounting period immediately preceding the date referred to in paragraph 2, the scale of contributions referred to in that paragraph shall be the scale that would have been applicable to the State concerned in respect of the last year for which financial contributions were required.

Article 171

Duration of the Convention

The present Convention shall be of unlimited duration.

Article 172

Revision

(1) This Convention may be revised by a Conference of the Contracting States.

(2) The Conference shall be prepared and convened by the Administrative Council. The Conference shall not be deemed to be validly constituted unless at least three-quarters of the Contracting States are represented at it. In order to adopt the revised text there must be a majority of three-quarters of the Contracting States represented and voting at the Conference. Abstentions shall not be considered as votes.

dernier des instruments de ratification ou d'adhésion de six États sur le territoire desquels le nombre total de demandes de brevet déposées en 1970 s'est élevé à 180 000 au moins pour l'ensemble desdits États.

(2) Toute ratification ou adhésion postérieure à l'entrée en vigueur de la présente convention prend effet le premier jour du troisième mois suivant le dépôt de l'instrument de ratification ou d'adhésion.

Article 170

Cotisation initiale

(1) Tout État qui ratifie la présente convention ou y adhère après son entrée en vigueur verse à l'Organisation une cotisation initiale qui ne sera pas remboursée.

(2) La cotisation initiale est égale à 5 % du montant qui résulte, pour un tel État, de l'application, au montant total des sommes dues par les autres États contractants au titre des exercices budgétaires antérieurs, de la clé de répartition des contributions financières exceptionnelles, prévue à l'article 40, paragraphes 3 et 4, telle qu'elle est en vigueur à la date à laquelle la ratification ou l'adhésion dudit État prend effet.

(3) Dans le cas où des contributions financières exceptionnelles n'ont pas été exigées pour l'exercice budgétaire qui précède celui où se situe la date visée au paragraphe 2, la clé de répartition à laquelle ledit paragraphe fait référence est celle qui aurait été applicable à l'État en cause pour le dernier exercice budgétaire au titre duquel des contributions financières exceptionnelles ont été appelées.

Article 171

Durée de la convention

La présente convention est conclue sans limitation de durée.

Article 172

Révision

(1) La présente convention peut être révisée par une conférence des États contractants.

(2) La conférence est préparée et convoquée par le Conseil d'administration. Elle ne délibère valablement que si les trois quarts au moins des États parties à la convention y sont représentés. Pour être adopté, le texte révisé de la convention doit être approuvé par les trois quarts des États parties représentés à la conférence et votants. L'abstention n'est pas considérée comme un vote.

(3) Die revidierte Fassung des Übereinkommens tritt nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden durch die von der Konferenz festgesetzte Anzahl von Vertragsstaaten und zu dem von der Konferenz bestimmten Zeitpunkt in Kraft.

(4) Die Staaten, die die revidierte Fassung des Übereinkommens im Zeitpunkt ihres Inkrafttretens weder ratifiziert haben noch ihr beigetreten sind, gehören von diesem Zeitpunkt dem Übereinkommen nicht mehr an.

Artikel 173

Streitigkeiten zwischen Vertragsstaaten

(1) Jede Streitigkeit zwischen Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht im Verhandlungsweg beigelegt worden ist, wird auf Ersuchen eines beteiligten Staats dem Verwaltungsrat unterbreitet, der sich bemüht, eine Einigung zwischen diesen Staaten herbeizuführen.

(2) Wird eine solche Einigung nicht innerhalb von sechs Monaten nach dem Tag erzielt, an dem der Verwaltungsrat mit der Streitigkeit befaßt worden ist, so kann jeder beteiligte Staat die Streitigkeit dem Internationalen Gerichtshof zum Erlaß einer bindenden Entscheidung unterbreiten.

Artikel 174

Kündigung

Jeder Vertragsstaat kann dieses Übereinkommen jederzeit kündigen. Die Kündigung wird der Regierung der Bundesrepublik Deutschland notifiziert. Sie wird ein Jahr nach dem Tag dieser Notifikation wirksam.

Artikel 175

Aufrechterhaltung wohlerworbener Rechte

(1) Hört ein Staat nach Artikel 172 Absatz 4 oder Artikel 174 auf, Vertragspartei dieses Übereinkommens zu sein, so berührt dies nicht die nach diesem Übereinkommen bereits erworbenen Rechte.

(2) Die europäischen Patentanmeldungen, die zu dem Zeitpunkt anhängig sind, zu dem ein benannter Staat aufhört, Vertragspartei dieses Übereinkommens zu sein, werden in bezug auf diesen Staat vom Europäischen Patentamt so weiterbehandelt, als ob das Übereinkommen in der nach diesem Zeitpunkt geltenden Fassung auf diesen Staat anzuwenden wäre.

(3) The revised text shall enter into force when it has been ratified or acceded to by the number of Contracting States specified by the Conference, and at the time specified by that Conference.

(4) Such States as have not ratified or acceded to the revised text of the Convention at the time of its entry into force shall cease to be parties to this Convention as from that time.

Article 173

Disputes between Contracting States

(1) Any dispute between Contracting States concerning the interpretation or application of the present Convention which is not settled by negotiation shall be submitted, at the request of one of the States concerned, to the Administrative Council, which shall endeavour to bring about agreement between the States concerned.

(2) If such agreement is not reached within six months from the date when the Administrative Council was seized of the dispute, any one of the States concerned may submit the dispute to the International Court of Justice for a binding decision.

Article 174

Denunciation

Any Contracting State may at any time denounce this Convention. Notification of denunciation shall be given to the Government of the Federal Republic of Germany. Denunciation shall take effect one year after the date of receipt of such notification.

Article 175

Preservation of acquired rights

(1) In the event of a State ceasing to be party to this Convention in accordance with Article 172, paragraph 4, or Article 174, rights already acquired pursuant to this Convention shall not be impaired.

(2) A European patent application which is pending when a designated State ceases to be party to the Convention shall be processed by the European Patent Office, in so far as that State is concerned, as if the Convention in force thereafter were applicable to that State.

(3) Le texte révisé de la convention entre en vigueur après le dépôt des instruments de ratification ou d'adhésion d'un nombre d'États déterminé par la conférence et à la date qu'elle a fixée.

(4) Les États qui, à la date d'entrée en vigueur de la convention révisée, ne l'ont pas ratifiée ou n'y ont pas adhéré, cessent d'être parties à la présente convention à compter de ladite date.

Article 173

Différends entre États contractants

(1) Tout différend entre États contractants, qui concerne l'interprétation ou l'application de la présente convention et n'a pas été réglé par voie de négociation, est, sur demande de l'un des États intéressés, soumis au Conseil d'administration qui s'emploie à provoquer un accord entre lesdits États.

(2) Si un tel accord n'est pas réalisé dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle le Conseil d'administration a été saisi du différend, l'un quelconque des États en cause peut porter le différend devant la Cour internationale de Justice en vue d'une décision liant les parties en cause.

Article 174

Dénonciation

Tout État contractant peut à tout moment dénoncer la présente convention. La dénonciation est notifiée au gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Elle prend effet à l'expiration du délai d'une année à compter de la date de réception de cette notification.

Article 175

Réserve des droits acquis

(1) Lorsqu'un État cesse d'être partie à la convention en vertu de l'article 172, paragraphe 4, ou de l'article 174 il n'est pas porté atteinte aux droits acquis antérieurement en vertu de la présente convention.

(2) Les demandes de brevet européen, en instance à la date à laquelle un État désigné cesse d'être partie à la convention, continuent à être instruites par l'Office européen des brevets, en ce qui concerne ledit État, comme si la convention, telle qu'elle est en vigueur après cette date, lui était applicable.

(3) Absatz 2 ist auf europäische Patente anzuwenden, für die zu dem in Absatz 2 genannten Zeitpunkt ein Einspruchsverfahren anhängig oder die Einspruchsfrist noch nicht abgelaufen ist.

(4) Das Recht eines ehemaligen Vertragsstaats, ein europäisches Patent nach der Fassung des Übereinkommens zu behandeln, die auf ihn anzuwenden war, wird durch diesen Artikel nicht berührt.

Artikel 176

Finanzielle Rechte und Pflichten eines ausgeschiedenen Vertragsstaats

(1) Jeder Staat, der nach Artikel 172 Absatz 4 oder Artikel 174 nicht mehr dem Übereinkommen angehört, erhält die von ihm nach Artikel 40 Absatz 2 geleisteten besonderen Finanzbeiträge von der Organisation erst zu dem Zeitpunkt und den Bedingungen zurück, zu denen die Organisation besondere Finanzbeiträge, die im gleichen Haushaltsjahr von anderen Staaten gezahlt worden sind, zurückzahlt.

(2) Der in Absatz 1 bezeichnete Staat hat den in Artikel 39 genannten Anteil an den Jahresgebühren für die in diesem Staat aufrechterhaltenen europäischen Patente auch in der Höhe weiterzuzahlen, die zu dem Zeitpunkt maßgebend war, zu dem er aufgehört hat, Vertragspartei zu sein.

Artikel 177

Sprachen des Übereinkommens

(1) Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in deutscher, englischer und französischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, und wird im Archiv der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt.

(2) Fassungen des Übereinkommens in anderen als den in Absatz 1 genannten Amtssprachen von Vertragsstaaten, die der Verwaltungsrat genehmigt hat, gelten als amtliche Fassungen. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der verschiedenen Fassungen sind die in Absatz 1 genannten Fassungen maßgebend.

Artikel 178

Übermittlungen und Notifikationen

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland stellt beglaubigte

(3) The provisions of paragraph 2 shall apply to European patents in respect of which, on the date mentioned in that paragraph, an opposition is pending or the opposition period has not expired.

(4) Nothing in this Article shall affect the right of any State that has ceased to be a party to this Convention to treat any European patent in accordance with the text to which it was a party.

Article 176

Financial rights and obligations of a former Contracting State

(1) Any State which has ceased to be a party to this Convention in accordance with Article 172, paragraph 4, or Article 174, shall have the special financial contributions which it has paid pursuant to Article 40, paragraph 2, refunded to it by the Organisation only at the time and under the conditions whereby the Organisation refunds special financial contributions paid by other States during the same accounting period.

(2) The State referred to in paragraph 1 shall, even after ceasing to be a party to this Convention, continue to pay the proportion pursuant to Article 39 of renewal fees in respect of European patents remaining in force in that State, at the rate current on the date on which it ceased to be a party.

Article 177

Languages of the Convention

(1) This Convention, drawn up in a single original, in the English, French and German languages, shall be deposited in the archives of the Government of the Federal Republic of Germany, the three texts being equally authentic.

(2) The texts of this Convention drawn up in official languages of Contracting States other than those referred to in paragraph 1 shall, if they have been approved by the Administrative Council, be considered as official texts. In the event of conflict on the interpretation of the various texts, the texts referred to in paragraph 1 shall be authentic.

Article 178

Transmission and notifications

(1) The Government of the Federal Republic of Germany shall draw up

(3) Les dispositions du paragraphe 2 sont applicables aux brevets européens à l'égard desquels, à la date mentionnée audit paragraphe, une opposition est en instance ou le délai d'opposition n'est pas expiré.

(4) Le présent article ne porte pas atteinte au droit d'un État qui a cessé d'être partie à la présente convention d'appliquer aux brevets européens les dispositions du texte de la convention à laquelle il était partie.

Article 176

Droits et obligations en matière financière d'un État contractant ayant cessé d'être partie à la convention

(1) Tout État qui a cessé d'être partie à la présente convention, en application de l'article 172, paragraphe 4 ou de l'article 174 n'est remboursé par l'Organisation des contributions financières exceptionnelles qu'il a versées au titre de l'article 40, paragraphe 2, qu'à la date et dans les conditions où l'Organisation rembourse les contributions financières exceptionnelles qui lui ont été versées par d'autres États au cours du même exercice budgétaire.

(2) Les sommes dont le montant correspond au pourcentage des taxes perçues pour le maintien en vigueur des brevets européens dans l'État visé au paragraphe 1, telles qu'elles sont définies à l'article 39, sont dues par cet État, alors même qu'il a cessé d'être partie à la présente convention; le montant de ces sommes est celui qui devait être versé par l'État en cause à la date à laquelle il a cessé d'être partie à la présente convention.

Article 177

Langues de la convention

(1) La présente convention est rédigée en un exemplaire en langues allemande, anglaise et française, qui est déposé aux archives du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, les trois textes faisant également foi.

(2) Les textes de la présente convention, établis dans des langues officielles des États contractants autres que celles visées au paragraphe 1 et agréés par le Conseil d'administration, sont considérés comme textes officiels. En cas de contestation sur l'interprétation des divers textes, les textes visés au paragraphe 1 font foi.

Article 178

Transmissions et notifications

(1) Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne établit des

Abschriften des Übereinkommens her und übermittelt sie den Regierungen aller anderen Staaten, die das Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland notifiziert den in Absatz 1 genannten Regierungen:

- a) jede Unterzeichnung;
- b) die Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde;
- c) Vorbehalte und Zurücknahmen von Vorbehalten nach Artikel 167;
- d) Erklärungen und Notifikationen nach Artikel 168;
- e) den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens;
- f) Kündigungen nach Artikel 174 und jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Kündigungen.

(3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland läßt dieses Übereinkommen beim Sekretariat der Vereinten Nationen registrieren.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu ernannten Bevollmächtigten nach Vorlage ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten dieses Übereinkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu München am fünften Oktober neunzehnhundertdreißundsiebzig.

certified true copies of this Convention and shall transmit them to the Governments of all signatory or acceding States.

(2) The Government of the Federal Republic of Germany shall notify to the Governments of the States referred to in paragraph 1:

- (a) any signature;
- (b) the deposit of any instrument of ratification or accession;
- (c) any reservation or withdrawal of reservation pursuant to the provisions of Article 167;
- (d) any declaration or notification received pursuant to the provisions of Article 168;
- (e) the date of entry into force of this Convention;
- (f) any denunciation received pursuant to the provisions of Article 174 and the date on which such denunciation comes into force.

(3) The Government of the Federal Republic of Germany shall register this Convention with the Secretariat of the United Nations.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries authorised thereto, having presented their Full Powers, found to be in good and due form, have signed this Convention.

DONE at Munich this fifth day of October one thousand nine hundred and seventy-three.

copies certifiées conformes de la présente convention et les transmet aux gouvernements des États signataires ou adhérents.

(2) Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne notifie aux gouvernements des États visés au paragraphe 1:

- a) les signatures;
- b) le dépôt de tout instrument de ratification ou d'adhésion;
- c) toute réserve et tout retrait de réserve en application des dispositions de l'article 167;
- d) toute déclaration ou notification reçue en application des dispositions de l'article 168;
- e) la date d'entrée en vigueur de la présente convention;
- f) toute dénonciation reçue en application des dispositions de l'article 174 et la date à laquelle la dénonciation prend effet.

(3) Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne fait enregistrer la présente convention auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires désignés à cette fin, après avoir présenté leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, ont signé la présente convention.

FAIT à Munich, le cinq octobre mil neuf-cent soixante-treize.

**Ausführungsordnung
zum Übereinkommen
über die Erteilung europäischer Patente**

**Implementing Regulations
to the Convention
on the Grant of European Patents**

**Règlement d'exécution
de la Convention
sur la délivrance de brevets européens**

Gliederung	Contents	Sommaire
ERSTER TEIL	PART I	PREMIÈRE PARTIE
AUSFÜHRUNGSVORSCHRIFTEN ZUM ERSTEN TEIL DES ÜBEREINKOMMENS	IMPLEMENTING REGULATIONS TO PART I OF THE CONVENTION	DISPOSITIONS D'APPLICATION DE LA PREMIÈRE PARTIE DE LA CONVENTION
Kapitel I	Chapter I	Chapitre I
Sprachen des Europäischen Patentamts	Languages of the European Patent Office	Langues de l'Office européen des brevets
Regel 1	Rule 1	Règle 1
Ausnahmen von den Vorschriften über die Verfahrenssprache im schriftlichen Verfahren	Derogations from the provisions con- cerning the language of the proceed- ings in written proceedings	Dérogations aux dispositions relatives à la langue de la procédure dans la procédure écrite
Regel 2	Rule 2	Règle 2
Ausnahmen von den Vorschriften über die Verfahrenssprache im münd- lichen Verfahren	Derogations from the provisions con- cerning the language of the proceed- ings in oral proceedings	Dérogations aux dispositions relatives à l'utilisation de la langue de la pro- cédure au cours de la procédure orale
Regel 3	Rule 3	Règle 3
Änderung der Verfahrenssprache	Change of language of the proceed- ings	Changement de la langue de la procé- dure
Regel 4	Rule 4	Règle 4
Sprache der europäischen Teilanmel- dung	Language of a European divisional application	Langue des demandes divisionnaires européennes
Regel 5	Rule 5	Règle 5
Beglaubigung von Übersetzungen	Certification of translations	Certification de traductions
Regel 6	Rule 6	Règle 6
Fristen und Gebührenermäßigung	Time limits and reduction of fees	Délais et réduction des taxes
Regel 7	Rule 7	Règle 7
Rechtliche Bedeutung der Überset- zung der europäischen Patentanmel- dung	Legal authenticity of the translation of the European patent application	Valeur juridique de la traduction de la demande de brevet européen
Kapitel II	Chapter II	Chapitre II
Organisation des Europäischen Patentamts	Organisation of the European Patent Office	Organisation de l'Office européen des brevets
Regel 8	Rule 8	Règle 8
Patentklassifikation	Patent classification	Classification des brevets
Regel 9	Rule 9	Règle 9
Geschäftsverteilung für die erste In- stanz	Allocation of duties to the depart- ments of the first instance	Répartition d'attributions entre les instances du premier degré

Regel 10
Geschäftsverteilung für die zweite Instanz und Bestimmung ihrer Mitglieder

Regel 11
Verfahrensordnungen für die zweite Instanz

Regel 12
Verwaltungsmäßige Gliederung des Europäischen Patentamts

Rule 10
Allocation of duties to the departments of the second instance and designation of their members

Rule 11
Rules of Procedure of the departments of the second instance

Rule 12
Administrative structure of the European Patent Office

Règle 10
Répartition d'attributions entre les instances du deuxième degré et désignation de leurs membres

Règle 11
Règlement de procédure des instances du deuxième degré

Règle 12
Structure administrative de l'Office européen des brevets

ZWEITER TEIL
AUSFÜHRUNGSVORSCHRIFTEN
ZUM ZWEITEN TEIL
DES ÜBEREINKOMMENS

PART II
IMPLEMENTING REGULATIONS
TO PART II
OF THE CONVENTION

DEUXIÈME PARTIE
DISPOSITIONS D'APPLICATION
DE LA SECONDE PARTIE
DE LA CONVENTION

Kapitel I
Verfahren
bei mangelnder Berechtigung des
Anmelders oder Patentinhabers

Chapter I
Procedure where the applicant or
proprietor is not entitled

Chapitre I
Procédures prévues lorsque le deman-
deur ou le titulaire du brevet n'est
pas une personne habilitée

Regel 13
Aussetzung des Verfahrens

Rule 13
Suspension of proceedings

Règle 13
Suspension de la procédure

Regel 14
Beschränkung der Zurücknahme der europäischen Patentanmeldung

Rule 14
Limitation of the option to withdraw the European patent application

Règle 14
Limitation de la faculté de retirer la demande de brevet européen

Regel 15
Einreichung einer neuen europäischen Patentanmeldung durch den Berechtigten

Rule 15
Filing of a new European patent application by the person entitled to apply

Règle 15
Dépôt d'une nouvelle demande de brevet européen par la personne habilitée

Regel 16
Teilweiser Rechtsübergang auf Grund einer Entscheidung

Rule 16
Partial transfer of right by virtue of a final decision

Règle 16
Transfert partiel du droit au brevet européen en vertu d'un jugement

Kapitel II
Erfindernennung

Chapter II
Mention of the inventor

Chapitre II
Mention de l'inventeur

Regel 17
Einreichung der Erfindernennung

Rule 17
Designation of the inventor

Règle 17
Désignation de l'inventeur

Regel 18
Bekanntmachung der Erfindernennung

Rule 18
Publication of the mention of the inventor

Règle 18
Publication de la désignation de l'inventeur

Regel 19
Berichtigung der Erfindernennung

Rule 19
Rectification of the designation of an inventor

Règle 19
Rectification de la désignation de l'inventeur

Kapitel III
Eintragung von Rechtsübergängen
sowie von Lizenzen
und anderen Rechten

Chapter III
Registering transfers,
licences and other rights

Chapitre III
Inscription au Registre des transferts,
licences et autres droits

Regel 20
Eintragung von Rechtsübergängen

Rule 20
Registering a transfer

Règle 20
Inscription des transferts

Regel 21
Eintragung von Lizenzen und anderen Rechten

Rule 21
Registering of licences and other rights

Règle 21
Inscription de licences et d'autres droits

Regel 22
Besondere Angaben bei der Eintragung von Lizenzen

Rule 22
Special indications for the registration of a licence

Règle 22
Indications spéciales pour l'inscription d'une licence

Kapitel IV Ausstellungsbescheinigung	Chapter IV Certification of exhibition	Chapitre IV Attestations d'exposition
Regel 23 Ausstellungsbescheinigung	Rule 23 Certificate of exhibition	Règle 23 Attestation d'exposition
DRITTER TEIL AUSFÜHRUNGSVORSCHRIFTEN ZUM DRITTEN TEIL DES ÜBEREINKOMMENS	PART III IMPLEMENTING REGULATIONS TO PART III OF THE CONVENTION	TROISIÈME PARTIE DISPOSITIONS D'APPLICATION DE LA TROISIÈME PARTIE DE LA CONVENTION
Kapitel I Einreichung der europäischen Patentanmeldung	Chapter I Filing of the European patent application	Chapitre I Dépôt de la demande de brevet européen
Regel 24 Allgemeine Vorschriften	Rule 24 General provisions	Règle 24 Dispositions générales
Regel 25 Vorschriften für europäische Teilanmeldungen	Rule 25 Provisions for European divisional applications	Règle 25 Dépôt et conditions de la demande divisionnaire européenne
Kapitel II Anmeldebestimmungen	Chapter II Provisions governing the application	Chapitre II Dispositions régissant les demandes
Regel 26 Erteilungsantrag	Rule 26 Request for grant	Règle 26 Requête en délivrance
Regel 27 Inhalt der Beschreibung	Rule 27 Content of the description	Règle 27 Contenu de la description
Regel 28 Erfordernisse europäischer Patentanmeldungen betreffend Mikroorganismen	Rule 28 Requirements of European patent applications relating to micro-organisms	Règle 28 Prescription régissant les demandes de brevet européen concernant des micro-organismes
Regel 29 Form und Inhalt der Patentansprüche	Rule 29 Form and content of claims	Règle 29 Forme et contenu des revendications
Regel 30 Patentansprüche verschiedener Kategorien	Rule 30 Claims in different categories	Règle 30 Revendications de catégories différentes
Regel 31 Gebührenpflichtige Patentansprüche	Rule 31 Claims incurring fees	Règle 31 Revendications donnant lieu au paiement de taxes
Regel 32 Form der Zeichnungen	Rule 32 Form of the drawings	Règle 32 Forme des dessins
Regel 33 Form und Inhalt der Zusammenfassung	Rule 33 Form and content of the abstract	Règle 33 Forme et contenu de l'abrégé
Regel 34 Unzulässige Angaben	Rule 34 Prohibited matter	Règle 34 Éléments prohibés
Regel 35 Allgemeine Bestimmungen über die Form der Anmeldungsunterlagen	Rule 35 General provisions governing the presentation of the application documents	Règle 35 Dispositions générales relatives à la présentation de pièces de la demande
Regel 36 Unterlagen nach Einreichung der europäischen Patentanmeldung	Rule 36 Documents filed subsequently	Règle 36 Documents produits ultérieurement

Kapitel III Jahresgebühren	Chapter III Renewal fees	Chapitre III Taxes annuelles
Regel 37 Fälligkeit	Rule 37 Payment of renewal fees	Règle 37 Païement des taxes annuelles
Kapitel IV Priorität	Chapter IV Priority	Chapitre IV Priorité
Regel 38 Prioritätserklärung und Prioritätsunterlagen	Rule 38 Declaration of priority and priority documents	Règle 38 Déclaration de priorité et documents de priorité
VIERTER TEIL AUSFÜHRUNGSVORSCHRIFTEN ZUM VIERTEN TEIL DES ÜBEREINKOMMENS	PART IV IMPLEMENTING REGULATIONS TO PART IV OF THE CONVENTION	QUATRIÈME PARTIE DISPOSITIONS D'APPLICATION DE LA QUATRIÈME PARTIE DE LA CONVENTION
Kapitel I Prüfung durch die Eingangsstelle	Chapter I Examination by the Receiving Section	Chapitre I Examen par la section de dépôt
Regel 39 Mitteilung auf Grund der Eingangsprüfung	Rule 39 Communication following the examination on filing	Règle 39 Notifications faisant suite à l'examen lors du dépôt
Regel 40 Prüfung bestimmter Formerfordernisse	Rule 40 Examination for certain physical requirements	Règle 40 Examen de certaines conditions de forme
Regel 41 Beseitigung von Mängeln in den Anmeldungsunterlagen	Rule 41 Rectification of deficiencies in the application documents	Règle 41 Correction d'irrégularités dans les pièces de la demande
Regel 42 Nachholung der Erfindernennung	Rule 42 Subsequent identification of the inventor	Règle 42 Désignation ultérieure de l'inventeur
Regel 43 Verspätet oder nicht eingereichte Zeichnungen	Rule 43 Late-filed or missing drawings	Règle 43 Dessins omis ou déposés tardivement
Kapitel II Europäischer Recherchenbericht	Chapter II European search report	Chapitre II Rapport de recherche européenne
Regel 44 Inhalt des europäischen Recherchenberichts	Rule 44 Content of the European search report	Règle 44 Contenu du rapport de recherche européenne
Regel 45 Unvollständige Recherche	Rule 45 Incomplete search	Règle 45 Recherche incomplète
Regel 46 Europäischer Recherchenbericht bei mangelnder Einheitlichkeit	Rule 46 European search report where the invention lacks unity	Règle 46 Rapport de recherche européenne en cas d'absence d'unité d'invention
Regel 47 Endgültiger Inhalt der Zusammenfassung	Rule 47 Definitive content of the abstract	Règle 47 Contenu définitif de l'abrégé
Kapitel III Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung	Chapter III Publication of the European patent application	Chapitre III Publication de la demande de brevet européen
Regel 48 Technische Vorbereitungen für die Veröffentlichung	Rule 48 Technical preparations for publication	Règle 48 Préparatifs techniques en vue de la publication

Regel 49	Rule 49	Règle 49
Form der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldungen und europäischen Recherchenberichte	Form of the publication of European patent applications and European search reports	Forme de la publication des demandes de brevet européen et des rapports de recherche européenne
Regel 50	Rule 50	Règle 50
Mitteilung über die Veröffentlichung	Information about publication	Renseignements concernant la publication
Kapitel IV	Chapter IV	Chapitre IV
Prüfung durch die Prüfungsabteilung	Examination by the Examining Division	Examen par la division d'examen
Regel 51	Rule 51	Règle 51
Prüfungsverfahren	Examination procedure	Procédure d'examen
Regel 52	Rule 52	Règle 52
Erteilung des europäischen Patents an verschiedene Anmelder	Grant of the European patent to different applicants	Délivrance du brevet européen à plusieurs demandeurs
Kapitel V	Chapter V	Chapitre V
Europäische Patentschrift	The European patent specification	Fascicule du brevet européen
Regel 53	Rule 53	Règle 53
Form der europäischen Patentschrift	Form of the specification of the European patent	Forme du fascicule du brevet européen
Regel 54	Rule 54	Règle 54
Urkunde über das europäische Patent	Certificate for a European patent	Certificat de brevet européen
FÜNFTER TEIL	PART V	CINQUIÈME PARTIE
AUSFÜHRUNGSVORSCHRIFTEN ZUM FÜNFTEN TEIL DES ÜBEREINKOMMENS	IMPLEMENTING REGULATIONS TO PART V OF THE CONVENTION	DISPOSITIONS D'APPLICATION DE LA CINQUIÈME PARTIE DE LA CONVENTION
Regel 55	Rule 55	Règle 55
Inhalt der Einspruchsschrift	Content of the notice of opposition	Contenu de l'acte d'opposition
Regel 56	Rule 56	Règle 56
Verwerfung des Einspruchs als unzulässig	Rejection of the notice of opposition as inadmissible	Rejet de l'opposition pour irrecevabilité
Regel 57	Rule 57	Règle 57
Vorbereitung der Einspruchsprüfung	Preparation of the examination of the opposition	Mesures préparatoires à l'examen de l'opposition
Regel 58	Rule 58	Règle 58
Prüfung des Einspruchs	Examination of opposition	Examen de l'opposition
Regel 59	Rule 59	Règle 59
Anforderung von Unterlagen	Requests for documents	Demande de documents
Regel 60	Rule 60	Règle 60
Fortsetzung des Einspruchsverfahrens von Amts wegen	Continuation of the opposition proceedings by the European Patent Office of its own motion	Poursuite d'office de la procédure d'opposition
Regel 61	Rule 61	Règle 61
Rechtsübergang des europäischen Patents	Transfer of the European patent	Transfert du brevet européen
Regel 62	Rule 62	Règle 62
Form der neuen europäischen Patentschrift im Einspruchsverfahren	Form of the new specification of the European patent in opposition proceedings	Forme du nouveau fascicule du brevet européen dans la procédure d'opposition
Regel 63	Rule 63	Règle 63
Kosten	Costs	Frais

SECHSTER TEIL AUSFÜHRUNGSVORSCHRIFTEN ZUM SECHSTEN TEIL DES ÜBEREINKOMMENS	PART VI IMPLEMENTING REGULATIONS TO PART VI OF THE CONVENTION	SIXIÈME PARTIE DISPOSITIONS D'APPLICATION DE LA SIXIÈME PARTIE DE LA CONVENTION
Regel 64 Inhalt der Beschwerdeschrift	Rule 64 Content of the notice of appeal	Règle 64 Contenu de l'acte de recours
Regel 65 Verwerfung der Beschwerde als unzulässig	Rule 65 Rejection of the appeal as inadmissible	Règle 65 Rejet du recours pour irrecevabilité
Regel 66 Prüfung der Beschwerde	Rule 66 Examination of appeals	Règle 66 Examen du recours
Regel 67 Rückzahlung der Beschwerdegebühr	Rule 67 Reimbursement of appeal fees	Règle 67 Remboursement de la taxe de recours
SIEBENTER TEIL AUSFÜHRUNGSVORSCHRIFTEN ZUM SIEBENTEN TEIL DES ÜBEREINKOMMENS	PART VII IMPLEMENTING REGULATIONS TO PART VII OF THE CONVENTION	SEPTIÈME PARTIE DISPOSITIONS D'APPLICATION DE LA SEPTIÈME PARTIE DE LA CONVENTION
Kapitel I Entscheidungen, Bescheide und Mitteilungen des Europäischen Patentamts	Chapter I Decisions and communications of the European Patent Office	Chapitre I Décisions et notifications de l'Office européen des brevets
Regel 68 Form der Entscheidungen	Rule 68 Form of decisions	Règle 68 Forme des décisions
Regel 69 Feststellung eines Rechtsverlusts	Rule 69 Noting of loss of rights	Règle 69 Constatation de la perte d'un droit
Regel 70 Form der Bescheide und Mitteilungen	Rule 70 Form of communications from the European Patent Office	Règle 70 Forme des notifications de l'Office européen des brevets
Kapitel II Mündliche Verhandlung und Beweisaufnahme	Chapter II Oral proceedings and taking of evidence	Chapitre II Procédure orale et instruction
Regel 71 Ladung zur mündlichen Verhandlung	Rule 71 Summons to oral proceedings	Règle 71 Citation à une procédure orale
Regel 72 Beweisaufnahme durch das Europäische Patentamt	Rule 72 Taking of evidence by the European Patent Office	Règle 72 Instruction par l'Office européen des brevets
Regel 73 Beauftragung von Sachverständigen	Rule 73 Commissioning of experts	Règle 73 Commission d'experts
Regel 74 Kosten der Beweisaufnahme	Rule 74 Costs of taking of evidence	Règle 74 Frais de l'instruction
Regel 75 Beweissicherung	Rule 75 Conservation of evidence	Règle 75 Conservation de la preuve
Regel 76 Niederschrift über mündliche Verhandlungen und Beweisaufnahmen	Rule 76 Minutes of oral proceedings and of taking of evidence	Règle 76 Procès-verbal des procédures orales et des instructions

Kapitel III Zustellungen	Chapter III Notifications	Chapitre III Significations
Regel 77 Allgemeine Vorschriften über Zustellungen	Rule 77 General provisions on notifications	Règle 77 Dispositions générales sur les significations
Regel 78 Zustellung durch die Post	Rule 78 Notification by post	Règle 78 Signification par la poste
Regel 79 Zustellung durch unmittelbare Übergabe	Rule 79 Notification by delivery by hand	Règle 79 Signification par remise directe
Regel 80 Öffentliche Zustellung	Rule 80 Public notification	Règle 80 Signification publique
Regel 81 Zustellung an Vertreter	Rule 81 Notification to representatives	Règle 81 Signification au mandataire ou au représentant
Regel 82 Heilung von Zustellungsmängeln	Rule 82 Irregularities in the notification	Règle 82 Vices de la signification
Kapitel IV Fristen	Chapter IV Time limits	Chapitre IV Délais
Regel 83 Berechnung der Fristen	Rule 83 Calculation of time limits	Règle 83 Calcul des délais
Regel 84 Dauer der Fristen	Rule 84 Duration of time limits	Règle 84 Durée des délais
Regel 85 Verlängerung von Fristen	Rule 85 Extension of time limits	Règle 85 Prorogation des délais
Kapitel V Änderungen und Berichtigungen	Chapter V Amendments and corrections	Chapitre V Modifications et corrections
Regel 86 Änderung der europäischen Patentanmeldung	Rule 86 Amendment of the European patent application	Règle 86 Modification de la demande de brevet européen
Regel 87 Unterschiedliche Patentansprüche, Beschreibungen und Zeichnungen für verschiedene Staaten	Rule 87 Different claims, description and drawings for different States	Règle 87 Revendications, description et dessins différents pour des Etats différents
Regel 88 Berichtigung von Mängeln in den beim Europäischen Patentamt eingereichten Unterlagen	Rule 88 Correction of errors in documents filed with the European Patent Office	Règle 88 Correction d'erreurs dans les pièces soumises à l'Office européen des brevets
Regel 89 Berichtigung von Fehlern in Entscheidungen	Rule 89 Correction of errors in decisions	Règle 89 Rectification d'erreurs dans les décisions
Kapitel VI Unterbrechung des Verfahrens	Chapter VI Interruption of proceedings	Chapitre VI Interruption de la procédure
Regel 90 Unterbrechung des Verfahrens	Rule 90 Interruption of proceedings	Règle 90 Interruption de la procédure

Kapitel VII Verzicht auf Beitreibung	Chapter VII Waiving of enforced recovery procedures	Chapitre VII Renonciation au recouvrement par contrainte
Regel 91 Verzicht auf Beitreibung	Rule 91 Waiving of enforced recovery procedures	Règle 91 Renonciation au recouvrement par contrainte
Kapitel VII Unterrichtung der Öffentlichkeit	Chapter VIII Information to the public	Chapitre VIII Information du public
Regel 92 Eintragungen in das europäische Patentregister	Rule 92 Entries in the Register of European Patents	Règle 92 Inscriptions au Registre européen des brevets
Regel 93 Von der Einsicht ausgeschlossene Akteile	Rule 93 Parts of the file not for inspection	Règle 93 Pièces du dossier exclues de l'inspection publique
Regel 94 Durchführung der Akteneinsicht	Rule 94 Procedures for the inspection of files	Règle 94 Modalités de l'inspection publique
Regel 95 Auskunft aus den Akten	Rule 95 Communication of information contained in the files	Règle 95 Communication d'informations contenues dans les dossiers
Regel 96 Weitere Veröffentlichungen des Europäischen Patentamts	Rule 96 Additional publications by the European Patent Office	Règle 96 Autres publications de l'Office européen des brevets
Kapitel IX Rechts- und Amtshilfe	Chapter IX Legal and administrative cooperation	Chapitre IX Assistance judiciaire et administrative
Regel 97 Verkehr des Europäischen Patentamts mit Behörden der Vertragsstaaten	Rule 97 Communications between the European Patent Office and the authorities of the Contracting States	Règle 97 Communications entre l'Office européen des brevets et les administrations des Etats contractants
Regel 98 Akteneinsicht durch Gerichte und Behörden der Vertragsstaaten oder durch deren Vermittlung	Rule 98 Inspection of files by or via courts or authorities of the Contracting States	Règle 98 Communication de dossiers aux tribunaux et administrations des Etats contractants ou par leur intermédiaire
Regel 99 Verfahren bei Rechtshilfeersuchen	Rule 99 Procedure for letters rogatory	Règle 99 Procédure des commissions rogatoires
Kapitel X Vertretung	Chapter X Representation	Chapitre X Représentation
Regel 100 Bestellung eines gemeinsamen Vertreters	Rule 100 Appointment of a common representative	Règle 100 Désignation d'un représentant commun
Regel 101 Vollmacht	Rule 101 Authorisations	Règle 101 Pouvoir
Regel 102 Änderungen in der Liste der Vertreter	Rule 102 Amendment of the list of professional representatives	Règle 102 Modification de la liste des mandataires agréés

ACHTER TEIL AUSFÜHRUNGSVORSCHRIFTEN ZUM ACHTEN, ZEHNTEN UND ELFTEN TEIL DES ÜBEREINKOMMENS	PART VIII IMPLEMENTING REGULATIONS TO PART VIII, X AND XI OF THE CONVENTION	HUITIÈME PARTIE DISPOSITIONS D'APPLICATION DES HUITIÈME, DIXIÈME ET ONZIÈME PARTIES DE LA CONVENTION
Regel 103 Unterrichtung der Öffentlichkeit bei Umwandlungen	Rule 103 Information to the public in the event of conversion	Règle 103 Information du public en cas de trans- formation
Regel 104 Weiterleitung der internationalen An- meldung an das Europäische Patent- amt	Rule 104 Transmittal of the international appli- cation to the European Patent Office	Règle 104 Transmission de la demande interna- tionale à l'Office européen des bre- vets
Regel 105 Beschränkungen der Prüfung	Rule 105 Restrictions affecting examination	Règle 105 Limitations apportées à l'examen
Regel 106 Änderungen in der Liste der Vertreter während der Übergangszeit	Rule 106 Amendment of the list of professional representatives during a transitional period	Règle 106 Modification de la liste des manda- taires agréés pendant la période tran- sitoire

Erster Teil
Ausführungsvorschriften
zum ersten Teil
des Übereinkommens

Kapitel I
Sprachen
des Europäischen Patentamts

Regel 1

Ausnahmen von den Vorschriften
über die Verfahrenssprache
im schriftlichen Verfahren

(1) Einsprechende und die einem Einspruchsverfahren beitreten den Dritten können Schriftstücke in jeder Amtssprache des Europäischen Patentamts einreichen. Ist der Einsprechende oder der einem Einspruchsverfahren beitretende Dritte eine Person im Sinn des Artikels 14 Absatz 2, so kann er die Übersetzung eines fristgebundenen Schriftstücks in jeder Amtssprache des Europäischen Patentamts einreichen.

(2) Schriftstücke, die als Beweismittel vor dem Europäischen Patentamt verwendet werden sollen, insbesondere Veröffentlichungen, können in jeder Sprache eingereicht werden. Das Europäische Patentamt kann jedoch verlangen, daß innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist, die nicht kürzer als ein Monat sein darf, eine Übersetzung in einer seiner Amtssprachen eingereicht wird.

Regel 2
Ausnahmen von den Vorschriften
über die Verfahrenssprache
im mündlichen Verfahren

(1) Jeder an einem mündlichen Verfahren vor dem Europäischen Patentamt Beteiligte kann sich anstelle der Verfahrenssprache einer anderen Amtssprache des Europäischen Patentamts bedienen, sofern er dies entweder dem Europäischen Patentamt spätestens zwei Wochen vor dem angesetzten Termin mitgeteilt hat oder selbst für die Übersetzung in die Verfahrenssprache sorgt. Jeder Beteiligte kann sich auch einer Amtssprache eines der Vertragsstaaten bedienen, sofern er selbst für die Übersetzung in die Verfahrenssprache sorgt. Von den Vorschriften dieses Absatzes kann das Europäische Patentamt Ausnahmen zulassen.

(2) Die Bediensteten des Europäischen Patentamts können sich im mündlichen Verfahren anstelle der

Part I
Implementing regulations
to part I
of the Convention

Chapter I
Languages
of the European Patent Office

Rule 1

Derogations from the provisions
concerning the language of the
proceedings in written proceedings

(1) Opponents and third parties intervening in opposition proceedings may file documents in any of the official languages of the European Patent Office. If the opponent or third party intervening in the opposition proceedings is a person referred to in Article 14, paragraph 2, he may file the translation of a document which has to be filed within a time limit in any of the official languages of the European Patent Office.

(2) Documents to be used for purposes of evidence before the European Patent Office, and particularly publications, may be filed in any language. The European Patent Office may, however, require that a translation be filed, within a given time limit of not less than one month, in one of its official languages.

Rule 2
Derogations from the provisions
concerning the language of the
proceedings in oral proceedings

(1) Any party to oral proceedings before the European Patent Office may, in lieu of the language of the proceedings, use one of the other official languages of the European Patent Office, on condition either that such party gives notice to the European Patent Office at least two weeks before the date laid down for such oral proceedings or makes provision for interpreting into the language of the proceedings. Any party may likewise use one of the official languages of the Contracting States, on condition that he makes provision for interpretation into the language of the proceedings. The European Patent Office may permit derogations from the provisions of this paragraph.

(2) In the course of oral proceedings, the employees of the European Patent Office may, in lieu of the

Première partie
Dispositions d'application
de la première partie
de la Convention

Chapitre I
Langues de l'Office européen
des brevets

Règle 1

Dérogations aux dispositions relatives
à la langue de la procédure
dans la procédure écrite

(1) Les personnes faisant opposition et les tiers intervenant dans une procédure d'opposition peuvent produire les documents dans l'une des langues officielles de l'Office européen des brevets. Si la personne faisant opposition ou le tiers intervenant dans une procédure d'opposition est l'une des personnes visées à l'article 14, paragraphe 2, elle peut produire la traduction d'un document devant être présenté dans un délai déterminé dans l'une des langues officielles de l'Office européen des brevets.

(2) Les documents utilisés comme moyens de preuve devant l'Office européen des brevets, notamment les publications, peuvent être produits en toute langue. Toutefois, l'Office européen des brevets peut exiger que, dans un délai qu'il impartit et qui ne doit pas être inférieur à un mois, une traduction soit produite dans l'une de ses langues officielles.

Règle 2
Dérogation aux dispositions relatives
à l'utilisation de la langue de la
procédure au cours de la procédure
orale

(1) Toute partie à une procédure orale devant l'Office européen des brevets peut, aux lieu et place de la langue de la procédure, utiliser l'une des autres langues officielles de cet Office, à condition soit d'en aviser ledit Office deux semaines au moins avant la date fixée pour l'audience, soit d'assurer l'interprétation dans la langue de la procédure. Toute partie peut également utiliser l'une des langues officielles de l'un des États contractants à condition d'assurer l'interprétation dans la langue de la procédure. L'Office européen des brevets peut autoriser des dérogations aux dispositions du présent paragraphe.

(2) Au cours de la procédure orale, les agents de l'Office européen des brevets peuvent utiliser l'une des au-

Verfahrenssprache einer anderen Amtssprache des Europäischen Patentamts bedienen.

(3) In der Beweisaufnahme können sich die zu vernehmenden Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen, die sich in einer der Amtssprachen des Europäischen Patentamts oder der Vertragsstaaten nicht hinlänglich ausdrücken können, einer anderen Sprache bedienen. Ist die Beweisaufnahme auf Antrag eines Beteiligten angeordnet worden, so werden die zu vernehmenden Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen mit Erklärungen, die sie in anderen Sprachen als den Amtssprachen des Europäischen Patentamts abgeben, nur gehört, sofern der antragstellende Beteiligte selbst für die Übersetzung in die Verfahrenssprache sorgt; das Europäische Patentamt kann jedoch die Übersetzung in eine seiner anderen Amtssprachen zulassen.

(4) Mit Einverständnis aller Beteiligten und des Europäischen Patentamts kann in einem mündlichen Verfahren jede Sprache verwendet werden.

(5) Das Europäische Patentamt übernimmt, soweit erforderlich, auf seine Kosten die Übersetzung in die Verfahrenssprache und gegebenenfalls in seine anderen Amtssprachen, sofern ein Beteiligter nicht selbst für die Übersetzung zu sorgen hat.

(6) Erklärungen der Bediensteten des Europäischen Patentamts, der Beteiligten, Zeugen und Sachverständigen in einem mündlichen Verfahren, die in einer Amtssprache des Europäischen Patentamts abgegeben werden, werden in dieser Sprache in die Niederschrift aufgenommen. Erklärungen in einer anderen Sprache werden in der Amtssprache aufgenommen, in die sie übersetzt worden sind. Änderungen des Textes der Beschreibung und der Patentansprüche der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents werden in der Verfahrenssprache in die Niederschrift aufgenommen.

Regel 3

Änderung der Verfahrenssprache

(1) Auf Antrag des Anmelders oder Patentinhabers kann das Europäische Patentamt nach Anhörung der übrigen Beteiligten statt der bisherigen Verfahrenssprache eine seiner anderen Amtssprachen als neue Verfahrenssprache zulassen.

language of the proceedings, use one of the other official languages of the European Patent Office.

(3) In the case of taking of evidence, any party to be heard, witness or expert who is unable to express himself adequately in one of the official languages of the European Patent Office or the Contracting States may use another language. Should the taking of evidence be decided upon following a request by a party to the proceedings, parties to be heard, witnesses or experts who express themselves in languages other than the official languages of the European Patent Office may be heard only if the party who made the request makes provision for interpretation into the language of the proceedings; the European Patent Office may, however, authorise interpretation into one of its other official languages.

(4) If the parties and the European Patent Office agree, any language may be used in oral proceedings.

(5) The European Patent Office shall, if necessary, make provision at its own expense for interpretation into the language of the proceedings, or, where appropriate, into its other official languages, unless this interpretation is the responsibility of one of the parties to the proceedings.

(6) Statements by employees of the European Patent Office, by parties to the proceedings and by witnesses and experts, made in one of the official languages of the European Patent Office during oral proceedings shall be entered in the minutes in the language employed. Statements made in any other language shall be entered in the official language into which they are translated. Amendments to the text of the description or claims of a European patent application or European patent shall be entered in the minutes in the language of the proceedings.

Rule 3

Change of language of the proceedings

(1) On the request of the applicant for or proprietor of a patent, and following consultation of the other parties to the proceedings, the European Patent Office may allow the language of the proceedings to be replaced by one of its other official languages as the new language of the proceedings.

tres langues officielles de cet Office aux lieux et places de la langue de la procédure.

(3) Au cours de la procédure d'instruction, toute partie à l'audition de laquelle il doit être procédé, les témoins ou experts appelés à participer à la procédure, qui ne possèdent pas une maîtrise suffisante de l'une des langues officielles de l'Office européen des brevets ou de l'un des États contractants, peuvent utiliser une autre langue. Si l'instruction est décidée sur requête d'une partie à la procédure, les parties, témoins ou experts appelés à participer à cette instruction, qui s'expriment dans des langues autres que les langues officielles de l'Office européen des brevets, ne peuvent être entendus que si la partie ayant formulé la requête assure l'interprétation dans la langue de la procédure; l'Office européen des brevets peut toutefois autoriser l'interprétation dans l'une de ses autres langues officielles.

(4) Sous réserve de l'accord des parties et de l'Office européen des brevets, toute langue peut être utilisée dans la procédure orale.

(5) L'Office européen des brevets assure à ses frais, en tant que de besoin, l'interprétation dans la langue de la procédure, ou, le cas échéant, dans l'une de ses autres langues officielles, à moins que cette interprétation ne doive être assurée par l'une des parties à la procédure.

(6) Les interventions des agents de l'Office européen des brevets, des parties à la procédure, des témoins et experts, faites au cours d'une procédure orale dans l'une des langues officielles de cet Office, sont consignées au procès-verbal dans la langue utilisée. Les interventions faites dans une autre langue sont consignées dans la langue officielle dans laquelle elles sont traduites. Les modifications du texte de la description ou des revendications de la demande de brevet européen ou du brevet européen sont consignées au procès-verbal dans la langue de la procédure.

Règle 3

Changement de la langue de la procédure

(1) A la requête du demandeur ou du titulaire d'un brevet et après consultation des autres parties à la procédure, l'Office européen des brevets peut autoriser la substitution à la langue de la procédure de l'une de ses autres langues officielles en tant que nouvelle langue de la procédure.

(2) Änderungen der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents müssen in der ursprünglichen Verfahrenssprache eingereicht werden.

Regel 4

Sprache der europäischen Teilanmeldung

Eine europäische Teilanmeldung oder, im Fall des Artikels 14 Absatz 2, ihre Übersetzung müssen in der ursprünglichen Verfahrenssprache der früheren europäischen Patentanmeldung eingereicht werden.

Regel 5

Beglaubigung von Übersetzungen

Ist die Übersetzung eines Schriftstücks einzureichen, so kann das Europäische Patentamt innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist die Einreichung einer Beglaubigung darüber verlangen, daß die Übersetzung mit dem Urtext übereinstimmt. Wird die Beglaubigung nicht rechtzeitig eingereicht, so gilt das Schriftstück als nicht eingegangen, sofern im Übereinkommen nichts anderes bestimmt ist.

Regel 6

Fristen und Gebührenermäßigung

(1) Die in Artikel 14 Absatz 2 vorgeschriebene Übersetzung ist innerhalb von drei Monaten nach Einreichung der europäischen Patentanmeldung einzureichen, jedoch nicht später als dreizehn Monate nach dem Prioritätstag.

(2) Die in Artikel 14 Absatz 4 vorgeschriebene Übersetzung ist innerhalb eines Monats nach Einreichung des Schriftstücks einzureichen. Ist das Schriftstück ein Einspruch oder eine Beschwerde, so verlängert sich die genannte Frist gegebenenfalls bis zum Ablauf der Einspruchs- oder Beschwerdefrist.

(3) Macht ein Anmelder, Patentinhaber oder Einsprechender von den durch Artikel 14 Absätze 2 und 4 eröffneten Möglichkeiten Gebrauch, so werden dementsprechend die Anmeldegebühr, die Prüfungsgebühr, die Einspruchsgebühr und die Beschwerdegebühr ermäßigt. Die Ermäßigung wird in der Gebührenordnung in Höhe eines Prozentsatzes der Gebühren festgelegt.

Regel 7

Rechtliche Bedeutung der Übersetzung der europäischen Patentanmeldung

Das Europäische Patentamt kann, soweit nicht der Gegenbeweis erbracht wird, für die Bestimmung, ob der Gegenstand der europäischen Pa-

(2) Amendments to a European patent application or European patent must be filed in the initial language of the proceedings.

Rule 4

Language of a European divisional application

European divisional applications or, in the case referred to in Article 14, paragraph 2, the translations thereof, must be filed in the initial language of the proceedings for the earlier European patent application.

Rule 5

Certification of translations

When a translation of any document must be filed, the European Patent Office may require the filing of a certificate that the translation corresponds to the original text within a period to be determined by it. Failure to file the certificate in due time shall lead to the document being deemed not to have been received unless the Convention provides otherwise.

Rule 6

Time limits and reduction of fees

(1) The translation referred to in Article 14, paragraph 2, must be filed within three months after the filing of the European patent application, but no later than thirteen months after the date of priority.

(2) The translation referred to in Article 14, paragraph 4, must be filed within one month of the filing of the document. Where the document is a notice of opposition or an appeal, this period shall be extended where appropriate to the end of the opposition period or appeal period.

(3) A reduction in the filing fee, examination fee, opposition fee or appeal fee shall be allowed an applicant, proprietor or opponent, as the case may be, who avails himself of the options provided in Article 14, paragraphs 2 and 4. The reduction shall be fixed in the Rules relating to Fees at a percentage of the total of the fees.

Rule 7

Legal authenticity of the translation of the European patent application

Saving proof to the contrary, the European Patent Office may, for the purposes of determining whether the subject-matter of the European patent

(2) Les modifications de la demande de brevet européen ou du brevet européen doivent être déposées dans la langue initiale de la procédure.

Règle 4

Langue des demandes divisionnaires européennes

Toute demande divisionnaire européenne ou, dans le cas visé à l'article 14, paragraphe 2, sa traduction, doit être déposée dans la langue initiale de la procédure de la demande antérieure de brevet européen.

Règle 5

Certification de traductions

Si la traduction d'un document doit être produite, l'Office européen des brevets peut exiger, dans un délai qu'il impartit, la production d'une attestation, certifiant que la traduction est une traduction correcte du texte original. Si l'attestation n'est pas produite dans les délais, le document est réputé n'avoir pas été reçu, sauf dispositions contraires de la convention.

Règle 6

Délais et réduction des taxes

(1) La traduction visée à l'article 14, paragraphe 2, doit être produite dans un délai de trois mois à compter du dépôt de la demande de brevet européen, et, en tout état de cause, avant l'expiration d'un délai de treize mois à compter de la date de priorité.

(2) La traduction visée à l'article 14, paragraphe 4, doit être produite dans un délai d'un mois à compter du dépôt de la pièce; si cette dernière est un acte d'opposition ou un recours, le délai est prorogé, s'il y a lieu, jusqu'au terme du délai d'opposition ou de recours.

(3) Une réduction du montant des taxes de dépôt, d'examen, d'opposition ou de recours est accordée, selon le cas, au demandeur, au titulaire ou à l'opposant qui use des facultés ouvertes par les dispositions de l'article 14, paragraphes 2 et 4. Cette réduction est fixée, à un pourcentage du montant des dites taxes, dans le règlement relatif aux taxes.

Règle 7

Valeur juridique de la traduction de la demande de brevet européen

Sauf preuve contraire, l'Office européen des brevets peut, pour déterminer si l'objet de la demande de brevet européen ou du brevet euro-

tentanmeldung oder des europäischen Patents nicht über den Inhalt der Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgeht, davon ausgehen, daß die in Artikel 14 Absatz 2 genannte Übersetzung mit dem ursprünglichen Text der Anmeldung übereinstimmt.

Kapitel II

Organisation des Europäischen Patentamts

Regel 8

Patentklassifikation

(1) Das Europäische Patentamt benutzt

- a) bis zum Inkrafttreten des Straßburger Abkommens über die Internationale Patentklassifikation vom 24. März 1971 die Patentklassifikation, die in Artikel 1 der Europäischen Übereinkunft über die Internationale Patentklassifikation vom 19. Dezember 1954 vorgesehen ist;
- b) nach Inkrafttreten des genannten Straßburger Abkommens die in Artikel 1 dieses Abkommens vorgesehene Patentklassifikation.

(2) Die Klassifikation nach Absatz 1 wird nachstehend als Internationale Klassifikation bezeichnet.

Regel 9

Geschäftsverteilung für die erste Instanz

(1) Der Präsident des Europäischen Patentamts bestimmt die Zahl der Recherchenabteilungen, der Prüfungsabteilungen und der Einspruchsabteilungen. Er verteilt die Geschäfte auf diese Abteilungen in Anwendung der Internationalen Klassifikation und entscheidet gegebenenfalls über die Klassifikation einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents nach Maßgabe der Internationalen Klassifikation.

(2) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann der Eingangsstelle, den Recherchenabteilungen, den Prüfungsabteilungen, den Einspruchsabteilungen und der Rechtsabteilung über die Zuständigkeit hinaus, die ihnen durch das Übereinkommen zugewiesen ist, weitere Aufgaben übertragen.

(3) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann mit der Wahrnehmung einzelner den Prüfungsabteilungen oder Einspruchsabteilungen obliegender Geschäfte, die technisch oder rechtlich keine Schwierigkeiten bereiten, auch Bedienstete betrauen, die keine technisch vorgebildeten oder rechtskundigen Prüfer sind.

application or European patent extends beyond the content of the European patent application as filed, assume that the translation referred to in Article 14, paragraph 2, is in conformity with the original text of the application.

Chapter II

Organisation of the European Patent Office

Rule 8

Patent classification

(1) The European Patent Office shall use:

- (a) the classification referred to in Article 1 of the European Convention on the International Classification of Patents for Invention of 19 December 1954 until the entry into force of the Strasbourg Agreement concerning the International Patent Classification of 24 March 1971;
- (b) the classification referred to in Article 1 of the afore-mentioned Strasbourg Agreement, after the entry into force of that Agreement.

(2) The classification referred to in paragraph 1 is hereinafter referred to as the international classification.

Rule 9

Allocation of duties to the departments of the first instance

(1) The President of the European Patent Office shall determine the number of Search Divisions, Examining Divisions and Opposition Divisions. He shall allocate duties to these departments by reference to the international classification and shall decide where necessary on the classification of a European patent application or a European patent in accordance with that classification.

(2) In addition to the responsibilities vested in them under the Convention, the President of the European Patent Office may allocate further duties to the Receiving Section, Search Divisions, Examining Divisions, Opposition Divisions and the Legal Division.

(3) The President of the European Patent Office may entrust to employees who are not technically or legally qualified examiners the execution of individual duties falling to the Examining Divisions or Opposition Divisions and involving no technical or legal difficulties.

péen ne s'étend pas au-delà du contenu de la demande telle qu'elle a été déposée, présumer que la traduction visée à l'article 14, paragraphe 2 est une traduction exacte du texte original de la demande.

Chapitre II

Organisation de l'Office européen des brevets

Règle 8

Classification des brevets

(1) L'Office européen des brevets utilise:

- a) jusqu'à l'entrée en vigueur de l'Arrangement de Strasbourg du 24 mars 1971, concernant la classification internationale des brevets, la classification prévue à l'article premier de la Convention européenne du 19 décembre 1954 sur la classification internationale des brevets d'invention,
- b) après l'entrée en vigueur dudit Arrangement, la classification prévue à l'article premier de celui-ci.

(2) La classification visée au paragraphe 1 est ci-après dénommée classification internationale.

Règle 9

Répartition d'attributions entre les instances du premier degré

(1) Le président de l'Office européen des brevets fixe le nombre des divisions de la recherche, des divisions d'examen et des divisions d'opposition. Il répartit les attributions entre ces instances par référence à la classification internationale et décide, le cas échéant, du classement d'une demande de brevet européen ou d'un brevet européen selon cette classification.

(2) Outre les compétences qui leur sont dévolues par la convention, le Président de l'Office européen des brevets peut confier d'autres attributions à la section de dépôt, aux divisions de la recherche, aux divisions d'examen, aux divisions d'opposition et à la division juridique.

(3) Le Président de l'Office européen des brevets peut confier certaines tâches incombant normalement aux divisions d'examen ou aux divisions d'opposition et ne présentant aucune difficulté technique ou juridique particulière, à des agents qui ne sont pas des examinateurs qualifiés sur le plan technique ou juridique.

(4) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann bestimmen, daß nur eine der Geschäftsstellen der Einspruchsabteilungen für die Kostenfestsetzung nach Artikel 104 Absatz 2 zuständig ist.

Regel 10

Geschäftsverteilung für die zweite Instanz und Bestimmung ihrer Mitglieder

(1) Vor Beginn eines jeden Geschäftsjahrs werden die Geschäfte auf die Beschwerdekammern verteilt und die ständigen Mitglieder der einzelnen Beschwerdekammern und der Großen Beschwerdekammer sowie ihre Vertreter bestimmt. Jedes Mitglied einer Beschwerdekammer kann zum Mitglied mehrerer Beschwerdekammern bestimmt werden. Falls erforderlich, können diese Anordnungen im Laufe des Geschäftsjahrs geändert werden.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Anordnungen trifft das Präsidium, das sich zusammensetzt aus dem Präsidenten des Europäischen Patentamts als Vorsitzendem, dem für die Beschwerdekammern zuständigen Vizepräsidenten, den Vorsitzenden der Beschwerdekammern und drei weiteren Mitgliedern der Beschwerdekammern, die von der Gesamtheit der Mitglieder der Beschwerdekammern für die Dauer des Geschäftsjahrs gewählt werden. Zur Beschlußfähigkeit des Präsidiums ist die Anwesenheit von mindestens fünf Mitgliedern erforderlich, unter denen sich der Präsident oder ein Vizepräsident des Europäischen Patentamts und die Vorsitzenden von zwei Beschwerdekammern befinden müssen. Das Präsidium entscheidet mit Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(3) Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen mehreren Beschwerdekammern über ihre Zuständigkeit entscheidet das Präsidium.

(4) Der Verwaltungsrat kann den Beschwerdekammern Aufgaben nach Artikel 134 Absatz 8 Buchstabe c übertragen.

Regel 11

Verfahrensordnungen für die zweite Instanz

Das in Regel 10 Absatz 2 genannte Präsidium erläßt die Verfahrensordnung der Beschwerdekammern. Die Große Beschwerdekammer erläßt ihre Verfahrensordnung selbst.

(4) The President of the European Patent Office may grant exclusive responsibilities to one of the registries of the Opposition Divisions for fixing the amount of costs as provided for in Article 104, paragraph 2.

Rule 10

Allocation of duties to the departments of the second instance and designation of their members

(1) Duties shall be allocated to the Boards of Appeal and the regular and alternate members of the various Boards of Appeal and the Enlarged Board of Appeal shall be designated before the beginning of each working year. Any member of a Board of Appeal may be designated as a member of more than one Board of Appeal. These measures may, where necessary, be amended during the course of the working year in question.

(2) The measures referred to in paragraph 1 shall be taken by an authority consisting of the President of the European Patent Office, who shall act as Chairman, the Vice-President responsible for appeals, the Chairmen of the Boards of Appeal and three other members of the Boards of Appeal, elected by the full membership of these Boards for the working year in question. This authority may only take a decision if at least five of its members are present; these must include the President or a Vice-President of the European Patent Office and the Chairmen of two Boards of Appeal. Decisions shall be taken by a majority vote; in the event of parity of votes, the vote of the Chairman shall be decisive.

(3) The authority referred to in paragraph 2 shall decide on conflicts regarding the allocation of duties between two or more Boards of Appeal.

(4) The Administrative Council may allocate duties under Article 134, paragraph 8 (c), to the Boards of Appeal.

Rule 11

Rules of Procedure of the departments of the second instance

The authority referred to in Rule 10, paragraph 2, shall adopt the Rules of Procedure of the Boards of Appeal. The Enlarged Board of Appeal shall adopt its own Rules of Procedure.

(4) Le Président de l'Office européen des brevets peut attribuer une compétence exclusive à l'un des greffes des divisions d'opposition pour la fixation du montant des frais de procédure prévue à l'article 104, paragraphe 2.

Règle 10

Répartition d'attributions entre les instances du deuxième degré et désignation de leurs membres

(1) Avant le début de chaque année d'activité, il est procédé à la répartition des attributions entre les chambres de recours ainsi qu'à la désignation des membres titulaires et suppléants de chacune de ces chambres et de la Grande Chambre de recours. Tout membre d'une chambre de recours peut être désigné pour plusieurs chambres de recours. Ces mesures peuvent être modifiées, en tant que de besoin, au cours de l'année d'activité considérée.

(2) Les mesures visées au paragraphe 1 sont prises par une instance composée du Président de l'Office européen des brevets, président, du Vice-Président chargé des instances de recours, des présidents des chambres de recours et de trois autres membres des chambres de recours élus par l'ensemble des membres de ces chambres pour l'année d'activité considérée. Cette instance ne peut valablement délibérer que si cinq au moins de ses membres sont présents, parmi lesquels doivent figurer le Président ou un Vice-Président de l'Office européen des brevets et deux présidents des chambres de recours. Les décisions sont prises à la majorité des voix; en cas de partage des voix, la voix du président est prépondérante.

(3) L'instance prévue au paragraphe 2 décide sur les conflits d'attribution entre plusieurs chambres de recours.

(4) Le Conseil d'administration peut confier aux chambres de recours des compétences en vertu de l'article 134, paragraphe 8, lettre c).

Règle 11

Règlement de procédure des instances du deuxième degré

L'instance prévue à la règle 10, paragraphe 2, arrête le règlement de procédure des chambres de recours. La Grande Chambre de recours arrête elle-même son règlement de procédure.

Regel 12

Verwaltungsmäßige Gliederung des Europäischen Patentamts

(1) Die Prüfungsabteilungen und Einspruchsabteilungen werden verwaltungsmäßig zu Direktionen zusammengefaßt, deren Zahl vom Präsidenten des Europäischen Patentamts bestimmt wird.

(2) Die Direktionen, die Rechtsabteilung, die Beschwerdekammern und die Große Beschwerdekammer sowie die Dienststellen für die innere Verwaltung des Europäischen Patentamts werden verwaltungsmäßig zu Generaldirektionen zusammengefaßt. Die Eingangsstelle und die Recherchenabteilungen werden verwaltungsmäßig zu einer Generaldirektion zusammengefaßt.

(3) Jede Generaldirektion wird von einem Vizepräsidenten geleitet. Der Verwaltungsrat entscheidet nach Anhörung des Präsidenten des Europäischen Patentamts über die Zuweisung der Vizepräsidenten an die Generaldirektionen.

Rule 12

Administrative structure of the European Patent Office

(1) The Examining Divisions and the Opposition Divisions shall be grouped together administratively so as to form Directorates, the number of which shall be laid down by the President of the European Patent Office.

(2) The Directorates, the Legal Division, the Boards of Appeal and the Enlarged Board of Appeal, and the administrative services of the European Patent Office shall be grouped together administratively so as to form Directorates-General. The Receiving Section and the Search Divisions shall be grouped together administratively so as to form a Directorate-General.

(3) Each Directorate-General shall be directed by a Vice-President. The appointment of a Vice-President to a Directorate-General shall be decided upon by the Administrative Council, after the President of the European Patent Office has been consulted.

Règle 12

Structure administrative de l'Office européen des brevets

(1) Les divisions d'examen et les divisions d'opposition sont groupées sur le plan administratif en directions dont le nombre est fixé par le Président de l'Office européen des brevets.

(2) Les directions, la division juridique, les chambres de recours et la Grande Chambre de recours, ainsi que les services administratifs de l'Office européen des brevets, sont groupés sur le plan administratif en directions générales. La section de dépôt et les divisions de la recherche sont groupées sur le plan administratif en une direction générale.

(3) Chaque direction générale est dirigée par un Vice-Président. La nomination d'un Vice-Président à la tête d'une direction générale est décidée par le Conseil d'administration, le Président de l'Office européen des brevets entendu.

Zweiter Teil

Ausführungsvorschriften zum zweiten Teil des Übereinkommens

Part II

Implementing regulations to part II of the Convention

Deuxième partie

Dispositions d'application de la seconde partie de la Convention

Kapitel I

Verfahren bei mangelnder Berechtigung des Anmelders oder Patentinhabers

Chapter I

Procedure where the applicant or proprietor is not entitled

Chapitre I

Procédures prévues lorsque le demandeur ou le titulaire du brevet n'est pas une personne habilitée

Regel 13

Aussetzung des Verfahrens

(1) Weist ein Dritter dem Europäischen Patentamt nach, daß er ein Verfahren gegen den Anmelder eingeleitet hat, in dem der Anspruch auf Erteilung des europäischen Patents ihm zugesprochen werden soll, so setzt das Europäische Patentamt das Erteilungsverfahren aus, es sei denn, daß der Dritte der Fortsetzung des Verfahrens zustimmt. Diese Zustimmung ist dem Europäischen Patentamt schriftlich zu erklären; sie ist unwiderruflich. Das Erteilungsverfahren kann jedoch nicht vor der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung ausgesetzt werden.

(2) Wird dem Europäischen Patentamt nachgewiesen, daß in dem Verfahren zur Geltendmachung des Anspruchs auf Erteilung des europäischen Patents eine rechtskräftige Entscheidung ergangen ist, so teilt das Europäische Patentamt dem Anmelder und gegebenenfalls den Be-

Rule 13

Suspension of proceedings

(1) If a third party provides proof to the European Patent Office that he has opened proceedings against the applicant for the purpose of seeking a judgment that he is entitled to the grant of the European patent, the European Patent Office shall stay the proceedings for grant unless the third party consents to the continuation of such proceedings. Such consent must be communicated in writing to the European Patent Office; it shall be irrevocable. However, proceedings for grant may not be stayed before the publication of the European patent application.

(2) Where proof is provided to the European Patent Office that a decision which has become final has been given in the proceedings concerning entitlement to the grant of the European patent, the European Patent Office shall communicate to the applicant and any other party that the

Règle 13

Suspension de la procédure

(1) Si un tiers apporte à l'Office européen des brevets la preuve qu'il a introduit une procédure contre le demandeur à l'effet d'établir que le droit à l'obtention du brevet européen lui appartient, l'Office suspend la procédure de délivrance, à moins que ce tiers ne consente à la poursuite de cette procédure. Ce consentement doit être déclaré par écrit à l'Office européen des brevets; il est irrévocable. La suspension de la procédure ne peut toutefois intervenir avant la publication de la demande de brevet européen.

(2) Si la preuve est apportée à l'Office européen des brevets qu'une décision passée en force de chose jugée est intervenue dans la procédure en revendication du droit à l'obtention du brevet européen, l'Office européen des brevets notifie au demandeur ou, selon le cas, aux autres parties inté-

teiligten mit, daß das Erteilungsverfahren von einem in der Mitteilung genannten Tag an fortgesetzt wird, es sei denn, daß nach Artikel 61 Absatz 1 Buchstabe b eine neue europäische Patentanmeldung für alle benannten Vertragsstaaten eingereicht worden ist. Ist die Entscheidung zugunsten des Dritten ergangen, so darf das Verfahren erst nach Ablauf von drei Monaten nach Eintritt der Rechtskraft dieser Entscheidung fortgesetzt werden, es sei denn, daß der Dritte die Fortsetzung des Erteilungsverfahrens beantragt.

(3) Mit der Entscheidung über die Aussetzung des Verfahrens oder später kann das Europäische Patentamt einen Zeitpunkt festsetzen, zu dem es beabsichtigt, das vor ihm anhängige Verfahren ohne Rücksicht auf den Stand des in Absatz 1 genannten, gegen den Anmelder eingeleiteten Verfahrens fortzusetzen. Der Zeitpunkt ist dem Dritten, dem Anmelder und gegebenenfalls den Beteiligten mitzuteilen. Wird bis zu diesem Zeitpunkt nicht nachgewiesen, daß eine rechtskräftige Entscheidung ergangen ist, so kann das Europäische Patentamt das Verfahren fortsetzen.

(4) Weist ein Dritter dem Europäischen Patentamt während eines Einspruchsverfahrens oder während der Einspruchsfrist nach, daß er gegen den Inhaber des europäischen Patents ein Verfahren eingeleitet hat, in dem das europäische Patent ihm zugesprochen werden soll, so setzt das Europäische Patentamt das Einspruchsverfahren aus, es sei denn, daß der Dritte der Fortsetzung des Verfahrens zustimmt. Diese Zustimmung ist dem Europäischen Patentamt schriftlich zu erklären; sie ist unwiderruflich. Die Aussetzung darf jedoch erst angeordnet werden, wenn die Einspruchsabteilung den Einspruch für zulässig hält. Die Absätze 2 und 3 sind entsprechend anzuwenden.

(5) Die am Tag der Aussetzung laufenden Fristen mit Ausnahme der Fristen zur Zahlung der Jahresgebühren werden durch die Aussetzung gehemmt. An dem Tag der Fortsetzung des Verfahrens beginnt der noch nicht verstrichene Teil einer Frist zu laufen; die nach Fortsetzung des Verfahrens verbleibende Frist beträgt jedoch mindestens zwei Monate.

Regel 14

Beschränkung der Zurücknahme der europäischen Patentanmeldung

Von dem Tag an, an dem ein Dritter dem Europäischen Patentamt nachweist, daß er ein Verfahren zur Geltendmachung des Anspruchs auf

proceedings for grant shall be resumed as from the date stated in the communication unless a new European patent application pursuant to Article 61, paragraph 1 (b), has been filed for all the designated Contracting States. If the decision is in favour of the third party, the proceedings may only be resumed after a period of three months of that decision becoming final unless the third party requests the resumption of the proceedings for grant.

(3) When giving a decision on the suspension of proceedings or thereafter the European Patent Office may set a date on which it intends to continue the proceedings pending before it regardless of the stage reached in the proceedings referred to in paragraph 1 opened against the applicant. The date is to be communicated to the third party, the applicant and any other party. If no proof has been provided by that date that a decision which has become final has been given, the European Patent Office may continue proceedings.

(4) If a third party provides proof to the European Patent Office during opposition proceedings or during the opposition period that he has opened proceedings against the proprietor of the European patent for the purpose of seeking a judgment that he is entitled to the European patent, the European Patent Office shall stay the opposition proceedings unless the third party consents to the continuation of such proceedings. Such consent must be communicated in writing to the European Patent Office; it shall be irrevocable. However, the suspension of the proceedings may not be ordered until the Opposition Division has deemed the opposition admissible. Paragraphs 2 and 3 shall apply mutatis mutandis.

(5) The time limits in force at the date of suspension other than time limits for payment of renewal fees shall be interrupted by such suspension. The time which has not yet elapsed shall begin to run as from the date on which proceedings are resumed; however, the time still to run after the resumption of the proceedings shall not be less than two months.

Rule 14

Limitation of the option to withdraw the European patent application

As from the time when a third party proves to the European Patent Office that he has initiated proceedings concerning entitlement and up to the

ressées que la procédure de délivrance est reprise à compter de la date fixée par la notification, à moins que, conformément à l'article 61, paragraphe 1, lettre b), une nouvelle demande de brevet européen n'ait été déposée pour l'ensemble des États contractants désignés. Si la décision est prononcée en faveur du tiers, la procédure ne peut être reprise qu'après l'expiration d'un délai de trois mois après que la décision est passée en force de chose jugée, à moins que le tiers n'ait demandé la poursuite de la procédure de délivrance.

(3) L'Office européen des brevets peut, simultanément ou à une date ultérieure, prendre la décision de suspendre la procédure et fixer la date à laquelle il envisage de reprendre la procédure en instance devant lui, sans tenir compte de l'état de la procédure engagée contre le demandeur visée au paragraphe 1. Cette date doit être notifiée au tiers ainsi qu'au demandeur et, le cas échéant, aux autres parties intéressées. Si, avant cette date, la preuve n'est pas apportée qu'une décision passée en force de chose jugée est intervenue, l'Office européen des brevets peut reprendre la procédure.

(4) Si, lors d'une procédure d'opposition ou au cours du délai d'opposition, un tiers apporte à l'Office européen des brevets la preuve qu'il a introduit une procédure contre le titulaire du brevet européen à l'effet d'établir que le droit au brevet européen lui appartient, l'Office suspend la procédure d'opposition, à moins que ce tiers ne consente à la poursuite de la procédure. Ce consentement doit être déclaré par écrit à l'Office européen des brevets; il est irrévocable. Toutefois, la suspension ne doit être décidée que lorsque la division d'opposition considère l'opposition recevable. Les paragraphes 2 et 3 sont applicables.

(5) La suspension de la procédure entraîne celle des délais qui courent à l'exception de ceux qui s'appliquent au paiement des taxes annuelles. La partie du délai non encore expirée commence à courir à la date de la reprise de la procédure; toutefois, le délai restant à courir après la reprise de la procédure ne peut être inférieur à deux mois.

Règle 14

Limitation de la faculté de retirer la demande de brevet européen

A compter du jour où un tiers apporte la preuve à l'Office européen des brevets qu'il a introduit une procédure portant sur le droit à l'obten-

Erteilung des europäischen Patents eingeleitet hat, bis zu dem Tag, an dem das Europäische Patentamt das Erteilungsverfahren fortsetzt, darf weder die europäische Patentanmeldung noch die Benennung eines Vertragsstaats zurückgenommen werden.

Regel 15

Einreichung einer neuen europäischen Patentanmeldung durch den Berechtigten

(1) Reicht die Person, der durch rechtskräftige Entscheidung der Anspruch auf Erteilung des europäischen Patents zugesprochen worden ist, nach Artikel 61 Absatz 1 Buchstabe b eine neue europäische Patentanmeldung ein, so gilt die frühere europäische Patentanmeldung für die in ihr benannten Vertragsstaaten, in denen die Entscheidung ergangen oder anerkannt worden ist, mit dem Tag der Einreichung der neuen europäischen Patentanmeldung als zurückgenommen.

(2) Für die neue europäische Patentanmeldung sind innerhalb eines Monats nach ihrer Einreichung die Anmeldegebühr, die Recherchegebühr und die Benennungsgebühren zu entrichten. Die Zahlung der Benennungsgebühren kann noch bis zum Ablauf der für die frühere europäische Patentanmeldung nach Artikel 79 Absatz 2 maßgebenden Frist erfolgen, wenn diese Frist nach der in Satz 1 genannten Frist abläuft.

(3) Die in Artikel 77 Absätze 3 und 5 vorgeschriebenen Fristen für die Weiterleitung europäischer Patentanmeldungen betragen für die neue europäische Patentanmeldung vier Monate nach Einreichung dieser Anmeldung.

Regel 16

Teilweiser Rechtsübergang aufgrund einer Entscheidung

(1) Ergibt sich aus einer rechtskräftigen Entscheidung, daß einem Dritten der Anspruch auf Erteilung eines europäischen Patents nur für einen Teil des in der europäischen Patentanmeldung offenbarten Gegenstands zugesprochen worden ist, so sind für diesen Teil Artikel 61 und Regel 15 entsprechend anzuwenden.

(2) Erforderlichenfalls hat die frühere europäische Patentanmeldung für die benannten Vertragsstaaten, in denen die Entscheidung ergangen oder anerkannt worden ist, und für die übrigen benannten Vertragsstaaten unterschiedliche Patentansprüche, Beschreibungen und Zeichnungen zu enthalten.

(3) Ist ein Dritter nach Artikel 99 Absatz 5 in bezug auf einen oder

date on which the European Patent Office resumes the proceedings for grant, neither the European patent application nor the designation of any Contracting State may be withdrawn.

Rule 15

Filing of a new European patent application by the person entitled to apply

(1) Where the person adjudged by a final decision to be entitled to the grant of the European patent files a new European patent application pursuant to Article 61, paragraph 1 (b), the original European patent application shall be deemed to be withdrawn on the date of filing of the new application for the Contracting States designated therein in which the decision has been taken or recognised.

(2) The filing fee, search fee and designation fees must be paid in respect of the new European patent application within one month after the filing thereof. Payment of the designation fees may still be made up to the expiry of the period specified for the original European patent application in Article 79, paragraph 2, if that period expires after the period referred to in the first sentence.

(3) The time limits for forwarding European patent applications provided for in Article 77, paragraphs 3 and 5, shall, for the new European patent application, be four months as from the actual filing date of that application.

Rule 16

Partial transfer of right by virtue of a final decision

(1) If by a final decision it is adjudged that a third party is entitled to the grant of a European patent in respect of only part of the matter disclosed in the European patent application, Article 61 and Rule 15 shall apply mutatis mutandis to such part.

(2) Where appropriate, the original European patent application shall contain, for the designated Contracting States in which the decision was taken or recognised, claims, a description and drawings which are different from those for the other designated Contracting States.

(3) Where a third party has, in accordance with Article 99, para-

tion du brevet, et jusqu'au jour où l'Office européen des brevets reprend la procédure de délivrance, ni la demande de brevet européen ni la désignation de tout Etat contractant ne peuvent être retirées.

Règle 15

Dépôt d'une nouvelle demande de brevet européen par la personne habilitée

(1) Si la personne à laquelle a été reconnu le droit à l'obtention du brevet européen en vertu d'une décision passée en force de chose jugée dépose une nouvelle demande de brevet européen, en application de l'article 61, paragraphe 1, lettre b), la demande de brevet européen initiale est réputée retirée à compter du dépôt de la nouvelle demande, en ce qui concerne les Etats contractants désignés pour lesquels la décision a été rendue ou reconnue.

(2) Les taxes de dépôt, de recherche et de désignation doivent être acquittées pour la nouvelle demande de brevet européen dans le délai d'un mois à compter de son dépôt. Le paiement des taxes de désignation peut toutefois être effectué jusqu'à l'expiration du délai prescrit à l'article 79, paragraphe 2, pour la demande de brevet européen initiale, si ce dernier délai expire après celui dont il est fait mention dans la première phrase du présent paragraphe.

(3) Les délais pour la transmission des demandes de brevet européen prescrits à l'article 77, paragraphes 3 et 5, sont de quatre mois à compter de la date de dépôt effective de la nouvelle demande.

Règle 16

Transfert partiel du droit au brevet européen en vertu d'un jugement

(1) Si une décision passée en force de chose jugée a reconnu le droit à l'obtention du brevet européen à un tiers pour une partie seulement de l'objet de la demande de brevet européen, l'article 61 ainsi que la règle 15 sont applicables en ce qui concerne la partie en cause.

(2) S'il y a lieu, la demande de brevet européen initiale comporte, pour les Etats contractants désignés dans lesquels le jugement a été rendu ou est reconnu, des revendications, une description et des dessins différents de ceux que la demande comporte pour d'autres Etats contractants désignés.

(3) Si un tiers a été substitué, en vertu de l'article 99, paragraphe 5 au

mehrere Vertragsstaaten an die Stelle des bisherigen Patentinhabers getreten, so kann das im Einspruchsverfahren aufrechterhaltene europäische Patent für diesen Staat oder diese Staaten unterschiedliche Patentansprüche, Beschreibungen und Zeichnungen enthalten.

Kapitel II

Erfindernennung

Regel 17

Einreichung der Erfindernennung

(1) Die Erfindernennung hat in dem Antrag auf Erteilung eines europäischen Patents zu erfolgen. Ist jedoch der Anmelder nicht oder nicht allein der Erfinder, so ist die Erfindernennung in einem gesonderten Schriftstück einzureichen; sie muß den Namen, die Vornamen und die vollständige Anschrift des Erfinders, die in Artikel 81 genannte Erklärung und die Unterschrift des Anmelders oder Vertreters enthalten.

(2) Die Richtigkeit der Erfindernennung wird vom Europäischen Patentamt nicht geprüft.

(3) Ist der Anmelder nicht oder nicht allein der Erfinder, so stellt das Europäische Patentamt dem Erfinder eine Kopie der Erfindernennung zusammen mit den in Artikel 128 Absatz 5 vorgesehenen Angaben zu.

(4) Der Anmelder und der Erfinder können aus der Unterlassung der Mitteilung nach Absatz 3 und aus in ihr enthaltenen Fehlern keine Ansprüche herleiten.

Regel 18

Bekanntmachung der Erfindernennung

(1) Die als Erfinder genannte Person wird auf der veröffentlichten europäischen Patentanmeldung und auf der europäischen Patentschrift als Erfinder vermerkt. Ist dies nicht mehr möglich, so wird auf Antrag des Anmelders oder Patentinhabers die als Erfinder genannte Person auf den noch nicht ausgegebenen Stücken der veröffentlichten europäischen Patentanmeldung oder europäischen Patentschrift vermerkt.

(2) Reicht ein Dritter beim Europäischen Patentamt eine rechtskräftige Entscheidung ein, aus der hervorgeht, daß der Anmelder oder Patentinhaber verpflichtet ist, ihn als Erfinder zu nennen, so ist Absatz 1 entsprechend anzuwenden. Jedoch kann im Fall des Absatzes 1 Satz 2 auch der Dritte be-

graph 5, replaced the previous proprietor for one or some of the designated Contracting States, the patent as maintained in opposition proceedings may contain for these States claims, a description and drawings which are different from those for the other designated Contracting States.

Chapter II

Mention of the inventor

Rule 17

Designation of the inventor

(1) The designation of the inventor shall be filed in the request for the grant of a European patent. However, if the applicant is not the inventor or is not the sole inventor, the designation shall be filed in a separate document; the designation must state the family name, given names and full address of the inventor and the statement referred to in Article 81 and shall bear the signature of the applicant or his representative.

(2) The European Patent Office shall not verify the accuracy of the designation of the inventor.

(3) If the applicant is not the inventor or is not the sole inventor, the European Patent Office shall notify to the inventor a copy of the document designating the inventor together with the data mentioned in Article 128, paragraph 5.

(4) The applicant and the inventor may invoke neither the omission of the notification under paragraph 3 nor any errors contained therein.

Rule 18

Publication of the mention of the inventor

(1) The person designated as the inventor shall be mentioned as such in the published European patent application and the European patent specification. If this is no longer possible, the person designated as the inventor shall, if the applicant for or proprietor of the patent so requests, be mentioned as such in the copies of the published European patent application or the European patent specification not yet distributed.

(2) In the event of a third party filing with the European Patent Office a final decision whereby the applicant for or proprietor of a patent is required to designate him as the inventor, the provisions of paragraph 1 shall apply. However, in the case referred to in paragraph 1, second

titulaire précédent pour un ou plusieurs États contractants désignés, le brevet européen maintenu dans la procédure d'opposition peut contenir pour ces États contractants des revendications, une description et des dessins différents de ceux que le brevet comporte pour d'autres États contractants désignés.

Chapitre II

Mention de l'inventeur

Règle 17

Désignation de l'inventeur

(1) La désignation de l'inventeur doit être effectuée dans la requête en délivrance du brevet européen. Toutefois, si le demandeur n'est pas l'inventeur ou l'unique inventeur, cette désignation doit être effectuée dans un document produit séparément; elle doit comporter les nom, prénoms et adresse complète de l'inventeur, la déclaration mentionnée à l'article 81 et la signature du demandeur ou celle de son mandataire.

(2) L'Office européen des brevets ne contrôle pas l'exactitude de la désignation de l'inventeur.

(3) Si le demandeur n'est pas l'inventeur ou l'unique inventeur, l'Office européen des brevets adresse à l'inventeur une copie de la désignation de l'inventeur accompagnée des indications prévues à l'article 128, paragraphe 5.

(4) Le demandeur ou l'inventeur ne peuvent se prévaloir ni de l'omission de la notification visée au paragraphe 3 ni des erreurs dont elle pourrait être entachée.

Règle 18

Publication de la désignation de l'inventeur

(1) La personne désignée comme inventeur est mentionnée en cette qualité dans les publications de la demande de brevet européen et dans les fascicules du brevet européen. S'il ne peut être ainsi procédé, la personne désignée comme inventeur doit, si le demandeur ou le titulaire du brevet le requiert, être mentionnée en tant que telle dans les exemplaires des publications de la demande de brevet européen ou des fascicules du brevet européen non encore diffusés.

(2) Lorsqu'un tiers produit à l'Office européen des brevets une décision passée en force de chose jugée en vertu de laquelle le demandeur ou le titulaire du brevet est tenu de le désigner comme inventeur, les dispositions du paragraphe 1 sont applicables. Toutefois, dans le cas visé au

antragen, auf den noch nicht ausgegebenen Stücken der veröffentlichten europäischen Patentanmeldung oder der Patentschrift vermerkt zu werden.

(3) Verzichtet der vom Anmelder oder Patentinhaber genannte Erfinder dem Europäischen Patentamt gegenüber schriftlich auf seine Nennung als Erfinder, so unterbleiben die in Absatz 1 vorgesehenen Maßnahmen.

Regel 19

Berichtigung der Erfindernennung

(1) Eine unrichtige Erfindernennung kann nur auf Antrag berichtigt werden; mit dem Antrag ist die Zustimmungserklärung des zu Unrecht als Erfinder Genannten, und, wenn der Antrag nicht vom Anmelder oder Patentinhaber eingereicht wird, dessen Zustimmungserklärung einzureichen. Regel 17 ist entsprechend anzuwenden.

(2) Ist eine unrichtige Erfindernennung im europäischen Patentregister vermerkt oder im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht, so wird diese Eintragung oder diese Bekanntmachung berichtigt. Die unrichtige Erfindernennung wird auf den noch nicht ausgegebenen Stücken der veröffentlichten europäischen Patentanmeldung oder der Patentschrift berichtigt.

(3) Absatz 2 ist auf den Widerruf einer unrichtigen Erfindernennung entsprechend anzuwenden.

Kapitel III

Eintragung von Rechtsübergängen sowie von Lizenzen und anderen Rechten

Regel 20

Eintragung von Rechtsübergängen

(1) Jeder Rechtsübergang der europäischen Patentanmeldung wird auf Antrag eines Beteiligten in das europäische Patentregister eingetragen, wenn das Original oder eine beglaubigte Abschrift des Übertragungsvertrags oder der öffentlichen Urkunden, aus denen sich der Rechtsübergang ergibt, oder zur Feststellung des Rechtsübergangs ausreichende Auszüge aus dem Vertrag oder den Urkunden eingereicht werden. Ein Stück dieser Unterlagen wird vom Europäischen Patentamt aufbewahrt.

(2) Der Eintragungsantrag gilt erst als gestellt, wenn eine Verwaltungsgebühr entrichtet worden ist. Er kann nur zurückgewiesen werden, wenn

sentence, the third party may also ask to be mentioned in the copies of the published European patent application or the European patent specification not yet distributed.

(3) The measures provided for in paragraph 1 shall not be applicable where the inventor designated by the applicant for or proprietor of the patent addresses to the European Office a written renunciation of his title as inventor.

Rule 19

Rectification of the designation of an inventor

(1) An incorrect designation of an inventor may not be rectified save upon request, accompanied by the consent of the wrongly designated person and, in the event of such request not being filed by the applicant for or proprietor of the European patent, by the consent of that party. The provisions of Rule 17 shall apply mutatis mutandis.

(2) In the event of an incorrect mention of the inventor having been entered in the Register of European Patents or published in the European Patent Bulletin such entry or publication shall be corrected. The mention of an incorrect designation of the inventor shall be corrected in all copies of the published European patent application or European patent specification not yet distributed.

(3) Paragraph 2 shall apply mutatis mutandis to the cancellation of an incorrect designation of the inventor.

Chapter III

Registering transfers, licences and other rights

Rule 20

Registering a transfer

(1) Any transfer of a European patent application shall be recorded in the Register of European Patents at the request of an interested party on production either of the original or of a certified copy of the instrument of transfer, or of official documents verifying the transfer, or of such extracts from such instrument or documents as suffice to establish the transfer. The European Patent Office shall retain a copy of these papers.

(2) The request shall not be deemed to have been filed until such time as an administrative fee has been paid. It may be rejected only in the event

paragraphe 1, deuxième phrase, le tiers peut également demander à être mentionné dans les exemplaires des publications de la demande de brevet européen ou des fascicules du brevet européen non encore diffusés.

(3) Les mesures prévues au paragraphe 1 ne sont pas applicables lorsque l'inventeur désigné par le demandeur ou le titulaire du brevet adresse à l'Office européen des brevets une renonciation écrite à sa désignation en cette qualité.

Règle 19

Rectification de la désignation de l'inventeur

(1) Une désignation erronée de l'inventeur ne peut être rectifiée que sur requête accompagnée du consentement de la personne désignée à tort, et, si la requête n'est pas présentée par le demandeur ou le titulaire du brevet européen, du consentement de l'un ou de l'autre. Les dispositions de la règle 17 sont applicables.

(2) Si une désignation erronée de l'inventeur a été inscrite au Registre européen des brevets ou publiée au Bulletin européen des brevets, cette inscription ou publication est rectifiée. La mention de la désignation erronée de l'inventeur est rectifiée dans les exemplaires des publications de la demande de brevet européen ou des fascicules du brevet européen non encore diffusés.

(3) Les dispositions du paragraphe 2 sont applicables à l'annulation d'une désignation erronée de l'inventeur.

Chapitre III

Inscription au Registre des transferts, licences et autres droits

Règle 20

Inscription des transferts

(1) Tout transfert de la demande de brevet européen est inscrit au Registre européen des brevets à la requête de toute partie intéressée sur présentation, soit de l'original ou d'une copie certifiée conforme de l'acte de transfert ou des documents officiels établissant le transfert, soit d'extraits de cet acte ou de ces documents, pour autant qu'ils permettent de constater le transfert. L'Office européen des brevets doit disposer d'un exemplaire de ces pièces.

(2) La requête n'est réputée présentée qu'après le paiement d'une taxe d'administration. Elle ne peut être rejetée que si les conditions prescrites

die in Absatz 1 und gegebenenfalls in Artikel 72 vorgeschriebenen Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

(3) Jeder Rechtsübergang wird dem Europäischen Patentamt gegenüber erst nach Erhalt der in Absatz 1 genannten Unterlagen und nur in dem Umfang wirksam, in dem er sich aus diesen Unterlagen ergibt.

Regel 21

Eintragung von Lizenzen und anderen Rechten

(1) Regel 20 Absätze 1 und 2 ist auf die Eintragung der Erteilung oder des Übergangs einer Lizenz sowie auf die Eintragung der Begründung oder des Übergangs eines dinglichen Rechts an einer europäischen Patentanmeldung und auf die Eintragung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen in eine solche Anmeldung entsprechend anzuwenden.

(2) Die in Absatz 1 genannten Eintragungen werden auf Antrag gelöscht; der Antrag gilt erst als gestellt, wenn eine Verwaltungsgebühr entrichtet worden ist. Dem Antrag sind Urkunden, aus denen sich ergibt, daß das Recht nicht mehr besteht, oder eine Erklärung des Rechteinhabers darüber beizufügen, daß er in die Löschung der Eintragung einwilligt; der Antrag darf nur zurückgewiesen werden, wenn diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

Regel 22

Besondere Angaben bei der Eintragung von Lizenzen

(1) Eine Lizenz an einer europäischen Patentanmeldung wird im europäischen Patentregister als ausschließliche Lizenz bezeichnet, wenn der Anmelder und der Lizenznehmer dies beantragen.

(2) Eine Lizenz an einer europäischen Patentanmeldung wird im europäischen Patentregister als Unterlizenz bezeichnet, wenn sie von einem Lizenznehmer erteilt wird, dessen Lizenz im europäischen Patentregister eingetragen ist.

Kapitel IV

Ausstellungsbescheinigung

Regel 23

Ausstellungsbescheinigung

Der Anmelder muß innerhalb von vier Monaten nach Einreichung der europäischen Patentanmeldung die in Artikel 55 Absatz 2 genannte Bescheinigung einreichen, die während der Ausstellung von der Stelle erteilt wird, die für den Schutz des gewerblichen Eigentums auf dieser Ausstel-

of failure to comply with the conditions laid down in paragraph 1 and, where appropriate, in Article 72.

(3) No transfer shall have effect vis-à-vis the European Patent Office until after receipt of the papers referred to in paragraph 1; it shall only become effective to the extent to which it is verified by these.

Rule 21

Registering of licences and other rights

(1) Rule 20, paragraphs 1 and 2, shall apply mutatis mutandis to the registration of the grant or transfer of a licence, the establishment or transfer of a right in rem in respect of a European patent application and any legal means of execution of such an application.

(2) The registration referred to in paragraph 1 shall be cancelled upon request, which shall not be deemed to have been filed until an administrative fee has been paid. Such request shall be supported either by documents establishing that the right has lapsed, or by a declaration whereby the proprietor of the right consents to the cancellation of the registration; it may be rejected only if these conditions are not fulfilled.

Rule 22

Special indications for the registration of a licence

(1) A licence in respect of a European patent application shall be recorded in the Register of European Patents as an exclusive licence if the applicant and the licensee so require.

(2) A licence in respect of a European patent application shall be recorded in the Register of European Patents as a sub-licence where it is granted by a licensee whose licence is recorded in the said Register.

Chapter IV

Certification of exhibition

Rule 23

Certificate of exhibition

The applicant must, within four months of the filing of the European patent application, file the certificate referred to in Article 55, paragraph 2, issued at the exhibition by the authority responsible for the protection of industrial property at that exhibition, and stating that the inven-

au paragraphe 1 et, le cas échéant, à l'article 72 ne sont pas remplies.

(3) Un transfert n'a d'effet à l'égard de l'Office européen des brevets qu'après réception des pièces visées au paragraphe 1, et dans les limites qui résultent de celles-ci.

Règle 21

Inscription de licences et d'autres droits

(1) Les dispositions de la règle 20, paragraphes 1 et 2 sont applicables à l'inscription de la concession ou du transfert d'une licence ainsi qu'à l'inscription de la constitution ou du transfert d'un droit réel sur une demande de brevet européen et de l'exécution forcée sur une telle demande.

(2) Les inscriptions visées au paragraphe 1 sont radiées sur requête; elle n'est réputée déposée qu'après paiement d'une taxe d'administration. La requête doit être accompagnée, soit des documents établissant que le droit s'est éteint, soit d'une déclaration par laquelle le titulaire du droit consent à la radiation de l'inscription; elle ne peut être rejetée que si ces conditions ne sont pas remplies.

Règle 22

Indications spéciales pour l'inscription d'une licence

(1) Une licence d'une demande de brevet européen est inscrite au Registre européen des brevets en tant que licence exclusive si le demandeur et le licencié le requièrent.

(2) Une licence d'une demande de brevet européen est inscrite au Registre européen des brevets en tant que sous-licence, lorsqu'elle est concédée par le titulaire d'une licence inscrite audit registre.

Chapitre IV

Attestations d'exposition

Règle 23

Attestation d'exposition

Le demandeur doit, dans un délai de quatre mois à compter du dépôt de la demande de brevet européen, produire l'attestation visée à l'article 55, paragraphe 2, délivrée au cours de l'exposition par l'autorité chargée d'assurer la protection de la propriété industrielle dans cette ex-

lung zuständig ist, und in der bestätigt wird, daß die Erfindung dort tatsächlich ausgestellt worden ist. In dieser Bescheinigung ist ferner der Tag der Eröffnung der Ausstellung und, wenn die erstmalige Offenbarung der Erfindung nicht mit dem Eröffnungstag der Ausstellung zusammenfällt, der Tag der erstmaligen Offenbarung anzugeben. Der Bescheinigung muß eine Darstellung der Erfindung beigefügt sein, die mit einem Beglaubigungsvermerk der vorstehend genannten Stelle versehen ist.

Dritter Teil

Ausführungsvorschriften zum dritten Teil des Übereinkommens

Kapitel I

Einreichung der europäischen Patentanmeldung

Regel 24

Allgemeine Vorschriften

(1) Europäische Patentanmeldungen können unmittelbar oder durch die Post eingereicht werden.

(2) Die Behörde, bei der die europäische Patentanmeldung eingereicht wird, vermerkt auf den Unterlagen der Anmeldung den Tag des Eingangs dieser Unterlagen. Sie erteilt dem Anmelder unverzüglich eine Empfangsbescheinigung, die zumindest die Nummer der Anmeldung, die Art und Zahl der Unterlagen und den Tag ihres Eingangs enthält.

(3) Wird die europäische Patentanmeldung bei einer in Artikel 75 Absatz 1 Buchstabe b genannten Behörde eingereicht, so unterrichtet diese Behörde das Europäische Patentamt unverzüglich vom Eingang der Unterlagen der Anmeldung. Sie teilt dem Europäischen Patentamt die Art und den Tag des Eingangs dieser Unterlagen, die Nummer der Anmeldung und gegebenenfalls den Prioritätstag mit.

(4) Hat das Europäische Patentamt eine europäische Patentanmeldung durch Vermittlung einer Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines Vertragsstaats erhalten, so teilt es dies dem Anmelder unter Angabe des Tages ihres Eingangs beim Europäischen Patentamt mit.

Regel 25

Vorschriften für europäische Teilanmeldungen

(1) Eine europäische Teilanmeldung kann eingereicht werden:

a) jederzeit, nachdem die frühere europäische Patentanmeldung dem

tion was in fact exhibited there. This certificate shall also state the opening date of the exhibition and, where the first disclosure of the invention did not coincide with the opening date of the exhibition, the date of the first disclosure. This certificate must be accompanied by an identification of the invention, duly authenticated by the abovementioned authority.

Part III

Implementing regulations to part III of the Convention

Chapter I

Filing of the European patent application

Rule 24

General provisions

(1) European patent applications may be filed either directly or by post.

(2) The authority with which the European patent application is filed shall mark the documents making up the application with the date of their receipt. It shall issue without delay a receipt to the applicant which shall include at least the application number, the nature and number of the documents and the date of their receipt.

(3) If the European patent application is filed with an authority mentioned in Article 75, paragraph 1 (b), it shall without delay inform the European Patent Office of receipt of the documents making up the application. It shall inform the European Patent Office of the nature and date of receipt of the documents, the application number and any priority date claimed.

(4) When the European Patent Office has received a European patent application which has been forwarded by a central industrial property office of a Contracting State, it shall inform the applicant accordingly, indicating the date of its receipt at the European Patent Office.

Rule 25

Provisions for European divisional applications

(1) A European divisional application may be filed:

(a) at any time after the date of receipt of the earlier European

position et constatant que l'invention y a été réellement exposée. Cette attestation doit, en outre, mentionner la date d'ouverture de l'exposition et, le cas échéant, celle de la première divulgation de l'invention si ces deux dates ne coïncident pas. L'attestation doit être accompagnée des pièces permettant d'identifier l'invention, revêtues d'une mention d'authenticité par l'autorité susvisée.

Troisième partie

Disposition d'application de la troisième partie de la convention

Chapitre I

Dépôt de la demande de brevet européen

Règle 24

Dispositions générales

(1) Le dépôt des demandes de brevet européen peut être effectué directement ou par la voie postale.

(2) L'administration auprès de laquelle la demande de brevet européen est déposée appose la date de leur réception sur les pièces de cette demande. Elle délivre sans délai au demandeur un récépissé indiquant au moins le numéro de la demande, la nature et le nombre des pièces ainsi que la date de leur réception.

(3) Si l'administration auprès de laquelle la demande de brevet européen est déposée est celle visée à l'article 75, paragraphe 1, lettre b), elle informe sans délai l'Office européen des brevets de la réception des pièces de la demande. Elle indique à l'Office européen des brevets la nature de ces pièces, le jour de leur réception, le numéro donné à la demande et, le cas échéant, la date de priorité.

(4) Lorsque l'Office européen des brevets a reçu une demande de brevet européen par l'intermédiaire du service central de la propriété industrielle d'un État contractant, il en informe le demandeur en lui indiquant la date à laquelle il a reçu la demande.

Règle 25

Dépôt et conditions de la demande divisionnaire européenne

(1) Une demande divisionnaire européenne peut être déposée:

a) à tout moment après la date de réception par l'Office européen des

Europäischen Patentamt zugegangen ist; nach Erhalt des ersten Bescheids der Prüfungsabteilung jedoch nur, wenn die Teilanmeldung innerhalb der in diesem Bescheid festgesetzten Frist eingereicht wird oder wenn nach Ablauf dieser Frist die Prüfungsabteilung die Einreichung einer Teilanmeldung für sachdienlich hält;

- b) innerhalb von zwei Monaten nach der auf Aufforderung durch die Prüfungsabteilung erfolgten Beschränkung der früheren europäischen Patentanmeldung, wenn diese nicht Artikel 82 entspricht.

(2) Die Beschreibung und die Zeichnungen der früheren europäischen Patentanmeldung und einer europäischen Teilanmeldung sollen sich nach Möglichkeit nur auf den Gegenstand beziehen, für den in der betreffenden Anmeldung Schutz begehrt wird. Ist es erforderlich, in einer Anmeldung einen Gegenstand zu beschreiben, für den in einer anderen Anmeldung Schutz begehrt wird, so ist auf diese zu verweisen.

(3) Die Anmeldegebühr, die Recherchegebühr und die Benennungsgebühren sind für jede europäische Teilanmeldung innerhalb eines Monats nach ihrer Einreichung zu entrichten. Die Zahlung der Benennungsgebühren kann noch bis zum Ablauf der für die frühere europäische Patentanmeldung nach Artikel 79 Absatz 2 maßgebenden Frist erfolgen, wenn diese Frist nach der in Satz 1 genannten Frist abläuft.

patent application by the European Patent Office, provided that after receipt of the first communication from the Examining Division, the divisional application is filed within the period prescribed in that communication or that after that period the Examining Division considers the filing of a divisional application to be justified;

- (b) within two months following the limitation at the invitation of the Examining Division of the earlier European patent application if the latter did not meet the requirements of Article 82.

(2) Where possible, the description and drawings of the earlier European patent application or any European divisional application shall relate only to the matter for which protection is sought by that application. However, when it is necessary for an application to describe the matter for which protection is sought by another application, it shall include a cross-reference to that other application.

(3) The filing fee, search fee and designation fees must be paid in respect of each European divisional application within one month after the filing thereof. Payment of the designation fees may still be made up to the expiry of the period specified for the earlier European patent application in Article 79, paragraph 2, if that period expires after the period referred to in the first sentence.

brevets de la demande initiale de brevet européen, sous réserve qu'après réception de la première notification de la division d'examen, la demande divisionnaire soit déposée dans le délai imparti dans la notification ou, après ce délai, que la division d'examen estime justifié le dépôt d'une demande divisionnaire;

- b) dans les deux mois à compter de la limitation de la demande initiale de brevet européen effectuée à la requête de la division d'examen, lorsque cette demande ne satisfait pas aux exigences de l'article 82.

(2) La description et les dessins, soit de la demande initiale de brevet européen, soit de toute demande divisionnaire de brevet européen, ne doivent, en principe, se référer qu'aux éléments pour lesquels une protection est recherchée dans cette demande. Toutefois, s'il est nécessaire de décrire dans une demande les éléments pour lesquels une protection est recherchée dans une autre demande, référence doit être faite à cette autre demande.

(3) Les taxes de dépôt, de recherche et de désignation doivent être acquittées pour toute demande divisionnaire européenne dans le délai d'un mois à compter de son dépôt. Le paiement des taxes de désignation peut toutefois être effectué jusqu'à l'expiration du délai prescrit à l'article 79, paragraphe 2, pour la demande initiale de brevet européen, si ce dernier délai expire après celui dont il est fait mention dans la première phrase du présent paragraphe.

Kapitel II Anmeldebestimmungen

Regel 26 Erteilungsantrag

(1) Der Antrag auf Erteilung eines europäischen Patents ist schriftlich auf einem vom Europäischen Patentamt vorgeschriebenen Formblatt einzureichen. Vordruckte Formblätter werden von den in Artikel 75 Absatz 1 genannten Behörden gebührenfrei zur Verfügung gestellt.

(2) Der Antrag muß enthalten:

- a) ein Ersuchen auf Erteilung eines europäischen Patents;
b) die Bezeichnung der Erfindung, die eine kurz und genau gefaßte technische Bezeichnung der Erfindung wiedergibt und keine Phantasiebezeichnung enthalten darf. Enthält die europäische Patentanmeldung Patentansprüche verschiedener

Chapter II Provisions governing the application

Rule 26 Request for grant

(1) The request for the grant of a European patent shall be filed on a form drawn up by the European Patent Office. Printed forms shall be made available to applicants free of charge by the authorities referred to in Article 75, paragraph 1.

(2) The request shall contain:

- (a) a petition for the grant of a European patent;
(b) the title of the invention, which shall clearly and concisely state the technical designation of the invention and shall exclude all fancy names. If the European patent application contains claims in different categories (product,

Chapitre II Dispositions régissant les demandes

Règle 26 Requête en délivrance

(1) La requête en délivrance d'un brevet européen doit être présentée sur une formule établie par l'Office européen des brevets. Des formules imprimées sont mises gratuitement à la disposition des déposants par les administrations visées à l'article 75, paragraphe 1.

(2) La requête doit contenir:

- a) une pétition en vue de la délivrance d'un brevet européen;
b) le titre de l'invention, qui doit faire apparaître de manière claire et concise la désignation technique de l'invention et ne comporter aucune dénomination de fantaisie. Si la demande de brevet européen comporte des revendica-

Kategorien (Erzeugnis, Verfahren, Vorrichtung, Verwendung), so muß dies aus der Bezeichnung ersichtlich sein;

process, apparatus, use), this must be evident from the title;

tions de différentes catégories (produit, procédé, dispositif ou utilisation), cela doit ressortir clairement du titre;

c) den Namen, die Anschrift, die Staatsangehörigkeit und den Staat des Wohnsitzes oder Sitzes des Anmelders. Bei natürlichen Personen sind Familienname und Vorname anzugeben, wobei der Familienname vor dem Vornamen zu stehen hat. Bei juristischen Personen und juristischen Personen gemäß dem für sie maßgebenden Recht gleichgestellten Gesellschaften ist die amtliche Bezeichnung anzugeben. Anschriften sind in der Weise anzugeben, daß die üblichen Anforderungen für eine schnelle Postzustellung an die angegebene Anschrift erfüllt sind. Sie müssen in jedem Fall alle maßgeblichen Verwaltungseinheiten, gegebenenfalls bis zur Hausnummer einschließlich enthalten. Gegebenenfalls sollen Telegramm- und Telexanschriften und Telefonnummern angegeben werden;

(c) the name, address and nationality of the applicant and the State in which his residence or principal place of business is located. Names of natural persons shall be indicated by the person's family name and given name(s), the family name being indicated before the given name(s). Names of legal entities, as well as companies considered to be legal entities by reason of the legislation to which they are subject, shall be indicated by their official designations. Addresses shall be indicated in such a way as to satisfy the customary requirements for prompt postal delivery at the indicated address. They shall in any case comprise all the relevant administrative units, including the house number, if any. It is recommended that the telegraphic and teletype address and the telephone number be indicated;

c) l'indication du nom, de l'adresse, de la nationalité, de l'État du domicile ou du siège du demandeur. Les personnes physiques doivent être désignées par leurs noms et prénoms, les noms précédant les prénoms. Les personnes morales et les sociétés assimilées aux personnes morales en vertu de la législation qui les régit doivent figurer sous leur désignation officielle. Les adresses doivent être indiquées selon les exigences usuelles en vue d'une distribution postale rapide à l'adresse indiquée. Elles doivent en tout état de cause comporter toutes les indications administratives pertinentes, y compris, le cas échéant, le numéro de la maison. L'adresse télégraphique et de téletype ainsi que le numéro de téléphone doivent être indiqués en principe, le cas échéant;

d) falls ein Vertreter bestellt ist, seinen Namen und seine Geschäftsanschrift nach Maßgabe von Buchstabe c;

(d) if the applicant has appointed a representative, his name and the address of his place of business under the conditions contained in sub-paragraph (c);

d) l'indication, dans les conditions prévues sous c), du nom et de l'adresse professionnelle du mandataire du demandeur, s'il en a été constitué un;

e) gegebenenfalls eine Erklärung, daß es sich um eine europäische Teilanmeldung handelt, und die Nummer der früheren europäischen Patentanmeldung;

(e) where appropriate, indication that the application constitutes a European divisional application and the number of the earlier European patent application;

e) le cas échéant, l'indication que la demande constitue une demande divisionnaire européenne et le numéro de la demande initiale de brevet européen;

f) im Fall des Artikels 61 Absatz 1 Buchstabe b die Nummer der früheren europäischen Patentanmeldung;

(f) in cases covered by Article 61, paragraph 1 (b), the number of the original European patent application;

f) dans le cas prévu à l'article 61, paragraphe 1, lettre b), le numéro de la demande initiale de brevet européen;

g) falls die Priorität einer früheren Anmeldung in Anspruch genommen wird, eine entsprechende Erklärung, in der der Tag dieser Anmeldung und der Staat angegeben sind, in dem oder für den sie eingereicht worden ist;

(g) where applicable, a declaration claiming the priority of an earlier application and indicating the date on which and the country in or for which the earlier application was filed;

g) si la priorité d'une demande antérieure est revendiquée, une déclaration à cet effet qui mentionne la date de cette demande et l'État dans lequel ou pour lequel elle a été déposée;

h) die Benennung des Vertragsstaats oder der Vertragsstaaten, in denen für die Erfindung Schutz begehrt wird;

(h) designation of the Contracting State or States in which protection of the invention is desired;

h) la désignation de l'État contractant ou des États contractants dans lesquels la protection de l'invention est demandée;

i) die Unterschrift des Anmelders oder Vertreters;

(i) the signature of the applicant or his representative;

i) la signature du demandeur ou celle de son mandataire;

j) eine Liste über die dem Antrag beigefügten Anlagen. In dieser Liste ist die Blattzahl der Beschreibung, der Patentansprüche, der Zeichnungen und der Zusammenfassung anzugeben, die mit dem Antrag eingereicht werden;

(j) a list of the documents accompanying the request. This list shall also indicate the number of sheets of the description, claims, drawings and abstract filed with the request;

j) la liste des pièces jointes à la requête. Cette liste indique également le nombre des feuilles de la description, des revendications, des dessins et de l'abrégé qui doivent être joints à la requête;

k) die Erfindernennung, wenn der Anmelder der Erfinder ist.

(k) the designation of the inventor where the applicant is the inventor.

k) la désignation de l'inventeur, si celui-ci est le demandeur.

(3) Im Fall mehrerer Anmelder soll der Antrag die Bezeichnung eines An-

(3) If there is more than one applicant, the request shall preferably

(3) En cas de pluralité de demandeurs, la requête doit contenir la dé-

melders oder Vertreter als gemeinsamer Vertreter enthalten.

contain the appointment of one applicant or representative as common representative.

signation d'un demandeur ou d'un mandataire comme représentant commun.

Regel 27

Inhalt der Beschreibung

- (1) In der Beschreibung
- a) ist am Anfang die im Antrag auf Erteilung eines europäischen Patents genannte Bezeichnung der Erfindung anzugeben;
 - b) ist das technische Gebiet, auf das sich die Erfindung bezieht, anzugeben;
 - c) ist der bisherige Stand der Technik anzugeben, soweit er nach der Kenntnis des Anmelders für das Verständnis der Erfindung, die Erstellung des europäischen Recherchenberichts und die Prüfung als nützlich angesehen werden kann; es sollen auch die Fundstellen angegeben werden, aus denen sich dieser Stand der Technik ergibt;
 - d) ist die Erfindung, wie sie in den Patentansprüchen gekennzeichnet ist, so darzustellen, daß danach die technische Aufgabe, auch wenn sie nicht ausdrücklich als solche genannt ist, und deren Lösung verstanden werden können; außerdem sind gegebenenfalls vorteilhafte Wirkungen der Erfindung unter Bezugnahme auf den bisherigen Stand der Technik anzugeben;
 - e) sind die Abbildungen der Zeichnungen, falls solche vorhanden sind, kurz zu beschreiben;
 - f) ist wenigstens ein Weg zur Ausführung der beanspruchten Erfindung im einzelnen anzugeben; dies soll, wo es angebracht ist, durch Beispiele und gegebenenfalls unter Bezugnahme auf Zeichnungen geschehen;
 - g) ist, wenn es sich aus der Beschreibung oder der Art der Erfindung nicht offensichtlich ergibt, ausdrücklich anzugeben, in welcher Weise der Gegenstand der Erfindung gewerblich anwendbar ist.

(2) Die Beschreibung ist in der in Absatz 1 angegebenen Art und Weise sowie Reihenfolge einzureichen, sofern nicht wegen der Art der Erfindung eine abweichende Form oder Reihenfolge zu einem besseren Verständnis oder zu einer knapperen Darstellung führen würde.

Regel 28

Erfordernisse europäischer Patentanmeldungen betreffend Mikroorganismen

- (1) Bezieht sich eine Erfindung auf ein mikrobiologisches Verfahren oder auf ein mit Hilfe dieses Verfahrens gewonnenes Erzeugnis und wird hier-

Rule 27

Content of the description

- (1) The description shall:
- (a) first state the title of the invention as appearing in the request for the grant of a European patent;
 - (b) specify the technical field to which the invention relates;
 - (c) indicate the background art which, as far as known to the applicant, can be regarded as useful for understanding the invention, for drawing up the European search report and for the examination, and, preferably, cite the documents reflecting such art;
 - (d) disclose the invention, as claimed, in such terms that the technical problem (even if not expressly stated as such) and its solution can be understood, and state any advantageous effects of the invention with reference to the background art;
 - (e) briefly describe the figures in the drawings, if any;
 - (f) describe in detail at least one way of carrying out the invention claimed using examples where appropriate and referring to the drawings, if any;
 - (g) indicate explicitly, when it is not obvious from the description or nature of the invention, the way in which the invention is capable of exploitation in industry.

(2) The description shall be presented in the manner and order specified in paragraph 1, unless, because of the nature of the invention, a different manner or a different order would afford a better understanding and a more economic presentation.

Rule 28

Requirements of European patent applications relating to micro-organisms

- (1) If an invention concerns a microbiological process or the product thereof and involves the use of a micro-organism which is not available

Règle 27

Contenu de la description

- (1) La description doit:
- a) indiquer en premier lieu le titre de l'invention tel qu'il figure dans la requête en délivrance du brevet européen;
 - b) préciser le domaine technique auquel se rapporte l'invention;
 - c) indiquer l'état de la technique antérieure qui, dans la mesure où le demandeur le connaît, peut être considéré comme utile pour l'intelligence de l'invention, pour l'établissement du rapport de recherche européenne et pour l'examen; les documents servant à refléter l'état de la technique antérieure doivent être cités de préférence;
 - d) exposer l'invention, telle qu'elle est caractérisée dans les revendications, en des termes permettant la compréhension du problème technique, même s'il n'est pas expressément désigné comme tel, et celle de la solution de ce problème; indiquer en outre, le cas échéant, les avantages apportés par l'invention par rapport à l'état de la technique antérieure;
 - e) décrire brièvement les figures des dessins s'il en existe;
 - f) indiquer en détail au moins un mode de réalisation de l'invention dont la protection est demandée, qui, en principe, doit comporter des exemples, s'il y a lieu, et des références aux dessins, s'il en existe;
 - g) expliciter, dans le cas où elle ne résulte pas à l'évidence de la description ou de la nature de l'invention, la manière dont celle-ci est susceptible d'application industrielle.

(2) La description doit être présentée de la manière et suivant l'ordre indiqués au paragraphe 1, à moins qu'en raison de la nature de l'invention une manière ou un ordre différent ne permette une meilleure intelligence et une présentation plus concise.

Règle 28

Prescriptions régissant les demandes de brevet européen concernant des micro-organismes

- (1) Lorsqu'une invention concernant un procédé micro-biologique ou un produit obtenu par un tel procédé, comporte l'utilisation d'un micro-orga-

bei ein Mikroorganismus verwendet, der der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist, so gilt die Erfindung in der europäischen Patentanmeldung und in dem europäischen Patent nur dann als so deutlich und vollständig offenbart, daß ein Fachmann sie ausführen kann, wenn

- a) eine Kultur des Mikroorganismus spätestens am Anmeldetag bei einer Sammelstelle für Kulturen hinterlegt worden ist,
- b) die Anmeldung in ihrer ursprünglich eingereichten Fassung die dem Anmelder zur Verfügung stehenden maßgeblichen Angaben über die Merkmale des Mikroorganismus enthält und
- c) die Sammelstelle, der Tag der Hinterlegung der Kultur und das Aktenzeichen der Hinterlegung in der Anmeldung angegeben sind.

(2) Die in Absatz 1 Buchstabe c genannten Angaben können innerhalb von zwei Monaten nach Einreichung der Anmeldung nachgereicht werden. Die Mitteilung dieser Angaben gilt vorbehaltlos und unwiderruflich als Zustimmung des Anmelders, daß die von ihm hinterlegte Kultur nach Maßgabe dieser Regel der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

(3) Vom Tag der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung an ist die hinterlegte Kultur jedermann auf Antrag zugänglich. Der Antrag ist an die Sammelstelle zu richten und gilt erst dann als gestellt, wenn er enthält:

- a) den Namen und die Anschrift des Antragstellers,
- b) die Verpflichtung des Antragstellers gegenüber dem Anmelder oder Patentinhaber, die Kultur anderen Personen nicht zugänglich zu machen, und,
- c) sofern der Antrag vor Bekanntmachung des Hinweises auf die Erteilung des europäischen Patents gestellt worden ist, die Verpflichtung des Antragstellers gegenüber dem Anmelder, die Kultur lediglich zu Versuchszwecken zu verwenden.

(4) Eine Kopie des Antrags wird dem Anmelder oder Patentinhaber mitgeteilt.

(5) Die in Absatz 3 Buchstabe b vorgesehene Verpflichtung endet, wenn die Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen wird oder als zurückgenommen gilt oder das europäische Patent in allen benannten Vertragsstaaten erloschen ist.

to the public, the European patent application and the resulting European patent shall only be regarded as disclosing the invention in a manner sufficiently clear and complete for it to be carried out by a person skilled in the art if:

- (a) a culture of the micro-organism has been deposited in a culture collection not later than the date of filing of the application;
- (b) the application as filed gives such relevant information as is available to the applicant on the characteristics of the micro-organism;
- (c) the culture collection, the date when the culture was deposited and the file number of the deposit are given in the application.

(2) The information referred to in paragraph 1 (c) may be submitted within a period of two months after the filing of the application. The communication of this information shall be considered as constituting the unreserved and irrevocable consent of the applicant to the culture deposited being made available to the public in accordance with this Rule.

(3) The culture deposited shall be available to any person upon request from the date of publication of the application. The request shall be addressed to the culture collection and shall be deemed to have been made only if it contains:

- (a) the name and address of the person making the request;
- (b) an undertaking vis-à-vis the applicant or proprietor not to make the culture available to any other person;
- (c) where the request is made before the date of publication of the mention of the grant of the patent, an undertaking vis-à-vis the applicant to use the culture for experimental purposes only.

(4) A copy of the request shall be communicated to the applicant or proprietor.

(5) The undertaking provided for in paragraph 3 (b) shall cease if the application is refused or withdrawn or is deemed to be withdrawn or, if a patent is granted, on the expiry of the patent in the designated State in which it last expires.

nisme auquel le public n'a pas accès, la demande de brevet européen et le brevet européen ne sont considérés comme exposant l'invention de façon suffisamment claire et complète pour qu'un homme du métier puisse l'exécuter que si:

- a) une culture du micro-organisme a été déposée auprès d'un organisme détenant une collection de cultures, au plus tard à la date du dépôt de la demande;
- b) la demande telle que déposée contient les informations pertinentes dont dispose le demandeur sur les caractéristiques du micro-organisme et
- c) la demande comporte l'indication de l'organisme détenant la collection de cultures ainsi que la date et le numéro de dépôt de la culture.

(2) Les indications visées au paragraphe 1, lettre c), peuvent être communiquées dans un délai de deux mois à compter du dépôt de la demande de brevet européen. Du fait de la communication de ces indications, le demandeur est considéré comme s'engageant à consentir, sans réserve et de manière irrévocable, à mettre la culture déposée à la disposition du public, conformément aux dispositions de la présente règle.

(3) A compter du jour de la publication de la demande de brevet européen, la culture est accessible à toute personne qui en fait la requête. Cette requête est adressée à l'organisme qui détient la collection de cultures et n'est réputée formée que si elle contient:

- a) le nom et l'adresse du requérant,
- b) l'engagement du requérant à l'égard du demandeur ou du titulaire du brevet de ne pas communiquer la culture à des tiers et,
- c) dans le cas où la requête est formulée avant la date de la mention de la délivrance du brevet, l'engagement à l'égard du demandeur de n'utiliser la culture qu'à des fins expérimentales.

(4) Une copie de la requête est communiquée au demandeur ou au titulaire du brevet.

(5) L'engagement visé au paragraphe 3, lettre b) cesse d'avoir effet si la demande de brevet européen est refusée, retirée ou réputée avoir été retirée ou, si le brevet a été délivré, à la date à laquelle il s'éteint en dernier lieu dans les États désignés.

(6) Die in Absatz 3 Buchstabe c vorgesehene Verpflichtung endet, wenn die Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen wird oder als zurückgenommen gilt oder am Tag der Bekanntmachung des Hinweises auf die Erteilung des europäischen Patents.

(7) Die in Absatz 3 Buchstabe c vorgesehene Verpflichtung besteht nicht, soweit der Antragsteller die Kultur als Inhaber einer Zwangslizenz verwendet. Unter Zwangslizenzen sind auch Amtslizenzen und Rechte zur Benutzung einer patentierten Erfindung im öffentlichen Interesse zu verstehen.

(8) Der Präsident des Europäischen Patentamts veröffentlicht im Amtsblatt des Europäischen Patentamts die Sammelstellen, die für die Anwendung dieser Regel anerkannt werden, und schließt mit ihnen Abkommen, insbesondere über die Hinterlegung, Aufbewahrung und Zugänglichmachung der Kulturen.

(6) The undertaking provided for in paragraph 3 (c) shall cease if the application is refused or withdrawn or is deemed to be withdrawn or, if a patent is granted, on the date of publication of the mention of the grant of the patent.

(7) The undertaking under paragraph 3 (c) is not applicable in so far as the person making the request is using the culture under a compulsory licence. The term "compulsory licence" shall be construed as including ex officio licences and the right to use patented inventions in the public interest.

(8) The President of the European Patent Office shall publish in the Official Journal of the European Patent Office the culture collections which will be recognised for the purpose of this Rule and shall conclude agreements with them, in particular in respect of the deposit, storage and availability of cultures.

(6) L'engagement visé au paragraphe 3, lettre c) cesse d'avoir effet si la demande de brevet européen est refusée, retirée ou est réputée avoir été retirée ou, si le brevet a été délivré, à la date de la mention de la délivrance du brevet.

(7) La disposition visée au paragraphe 3, lettre c) n'est pas applicable dans la mesure où le requérant utilise la culture pour une exploitation résultant d'une licence obligatoire. L'expression «licence obligatoire» est entendue comme couvrant les licences d'office et tout droit d'utilisation dans l'intérêt public d'une invention brevetée.

(8) Le Président de l'Office européen des brevets fait publier au Journal officiel de l'Office européen des brevets la liste des organismes détenant les collections de cultures qui sont habilités aux fins de la présente règle et conclut avec eux des accords, notamment en ce qui concerne le dépôt, la conservation des cultures et leur mise à la disposition du public.

Regel 29

Form und Inhalt der Patentansprüche

(1) Der Gegenstand des Schutzbezugs ist in den Patentansprüchen durch Angabe der technischen Merkmale der Erfindung anzugeben. Wo es zweckdienlich ist, haben die Patentansprüche zu enthalten:

- a) die Bezeichnung des Gegenstands der Erfindung und die technischen Merkmale, die zur Festlegung des beanspruchten Gegenstands der Erfindung notwendig sind, jedoch in Verbindung miteinander zum Stand der Technik gehören;
- b) einen kennzeichnenden Teil, der durch die Worte „dadurch gekennzeichnet“ oder „gekennzeichnet durch“ eingeleitet wird und die technischen Merkmale bezeichnet, für die in Verbindung mit den unter Buchstabe a angegebenen Merkmalen Schutz begehrt wird.

(2) Vorbehaltlich Artikel 82 können in einer europäischen Patentanmeldung zwei oder mehr unabhängige Patentansprüche der gleichen Kategorie (Erzeugnis, Verfahren, Vorrichtung oder Verwendung) enthalten sein, sofern es mit Rücksicht auf den Gegenstand der Anmeldung nicht zweckmäßig ist, diesen in einem einzigen Anspruch wiederzugeben.

(3) Zu jedem Patentanspruch, der die wesentlichen Merkmale der Erfindung wiedergibt, können ein oder mehrere Patentansprüche aufgestellt werden, die sich auf besondere Ausführungsarten dieser Erfindung beziehen.

Rule 29

Form and content of claims

(1) The claims shall define the matter for which protection is sought in terms of the technical features of the invention. Wherever appropriate, claims shall contain:

- a) a statement indicating the designation of the subject-matter of the invention and those technical features which are necessary for the definition of the claimed subject-matter but which, in combination, are part of the prior art;
- b) a characterising portion—preceded by the expression "characterised in that" or "characterised by"—stating the technical features which, in combination with the features stated in sub-paragraph (a), it is desired to protect.

(2) Subject to Article 82, a European patent application may contain two or more independent claims in the same category (product, process, apparatus or use) where it is not appropriate, having regard to the subject-matter of the application, to cover this subject-matter by a single claim.

(3) Any claim stating the essential features of an invention may be followed by one or more claims concerning particular embodiments of that invention.

Règle 29

Forme et contenu des revendications

(1) Les revendications doivent définir, en indiquant les caractéristiques techniques de l'invention, l'objet de la demande pour lequel la protection est recherchée. Si le cas d'espèce le justifie, les revendications doivent contenir:

- a) un préambule mentionnant la désignation de l'objet de l'invention et les caractéristiques techniques qui sont nécessaires à la définition des éléments revendiqués mais qui, combinées entre elles, font partie de l'état de la technique;
- b) une partie caractérisante précédée des expressions «caractérisé en» ou «caractérisé par» et exposant les caractéristiques techniques qui, en liaison avec les caractéristiques indiquées sous a), sont celles pour lesquelles la protection est recherchée.

(2) Sous réserve des dispositions de l'article 82, une demande de brevet européen peut contenir plusieurs revendications indépendantes de la même catégorie (produit, procédé, dispositif ou utilisation) si l'objet de la demande ne peut être couvert de façon appropriée par une seule revendication.

(3) Toute revendication énonçant les caractéristiques essentielles de l'invention peut être suivie d'une ou de plusieurs revendications concernant des modes particuliers de réalisation de cette invention.

(4) Jeder Patentanspruch, der alle Merkmale eines anderen Patentanspruchs enthält (abhängiger Patentanspruch), hat, wenn möglich in seiner Einleitung, eine Bezugnahme auf den anderen Patentanspruch zu enthalten und nachfolgend die zusätzlichen Merkmale anzugeben, für die Schutz begehrt wird. Ein abhängiger Patentanspruch ist auch zulässig, wenn der Patentanspruch, auf den er sich unmittelbar bezieht, selbst ein abhängiger Patentanspruch ist. Alle abhängigen Patentansprüche, die sich auf einen oder mehrere vorangehende Patentansprüche beziehen, sind soweit wie möglich und auf die zweckmäßigste Weise zusammenzufassen.

(5) Die Anzahl der Patentansprüche hat sich bei Berücksichtigung der Art der beanspruchten Erfindung in vertretbaren Grenzen zu halten. Mehrere Patentansprüche sind fortlaufend mit arabischen Zahlen zu numerieren.

(6) Die Patentansprüche dürfen sich, wenn dies nicht unbedingt erforderlich ist, im Hinblick auf die technischen Merkmale der Erfindung nicht auf Bezugnahmen auf die Beschreibung oder die Zeichnungen stützen. Sie dürfen sich insbesondere nicht auf Hinweise stützen wie: „wie beschrieben in Teil ... der Beschreibung“ oder „wie in Abbildung ... der Zeichnung dargestellt“.

(7) Sind der europäischen Patentanmeldung Zeichnungen beigelegt, so sollen die in den Patentansprüchen genannten technischen Merkmale mit Bezugszeichen, die auf diese Merkmale hinweisen, versehen werden, wenn dies das Verständnis des Patentanspruchs erleichtert; die Bezugszeichen sind in Klammern zu setzen. Die Bezugszeichen dürfen nicht zu einer einschränkenden Auslegung des Patentanspruchs herangezogen werden.

Regel 30

Patentansprüche verschiedener Kategorien

Artikel 82 ist so auszulegen, daß in einer europäischen Patentanmeldung insbesondere enthalten sein können:

- a) neben einem unabhängigen Patentanspruch für ein Erzeugnis ein unabhängiger Patentanspruch für ein besonders angepaßtes Verfahren zu dessen Herstellung und ein unabhängiger Patentanspruch für eine Verwendung des Erzeugnisses oder
- b) neben einem unabhängigen Patentanspruch für ein Verfahren ein unabhängiger Patentanspruch für

(4) Any claim which includes all the features of any other claim (dependent claim) shall contain, if possible at the beginning, a reference to the other claim and then state the additional features which it is desired to protect. A dependent claim shall also be admissible where the claim it directly refers to is itself a dependent claim. All dependent claims referring back to a single previous claim, and all dependent claims referring back to several previous claims, shall be grouped together to the extent and in the most appropriate way possible.

(5) The number of the claims shall be reasonable in consideration of the nature of the invention claimed. If there are several claims, they shall be numbered consecutively in arabic numerals.

(6) Claims shall not, except where absolutely necessary, rely, in respect of the technical features of the invention, on references to the description or drawings. In particular, they shall not rely on such references as: "as described in part ... of the description", or "as illustrated in figure ... of the drawings".

(7) If the European patent application contains drawings, the technical features mentioned in the claims shall preferably, if the intelligibility of the claim can thereby be increased, be followed by reference signs relating to these features and placed between parentheses. These reference signs shall not be construed as limiting the claim.

Rule 30

Claims in different categories

Article 82 shall be construed as permitting in particular that one and the same European patent application may include:

- (a) in addition to an independent claim for a product, an independent claim for a process specially adapted for the manufacture of the product, and an independent claim for a use of the product; or
- (b) in addition to an independent claim for a process, an independent claim for an apparatus or

(4) Toute revendication qui contient toutes les caractéristiques d'une autre revendication (revendication dépendante) doit comporter, si possible dans le préambule, une référence à cette autre revendication et préciser les caractéristiques additionnelles pour lesquelles la protection est recherchée. Une revendication dépendante est également autorisée lorsque la revendication à laquelle elle se réfère directement est elle-même une revendication dépendante. Toutes les revendications dépendantes qui se réfèrent à une revendication antérieure unique ou à plusieurs revendications antérieures doivent, dans toute la mesure du possible, être groupées de la façon la plus appropriée.

(5) Le nombre des revendications doit être raisonnable, compte tenu de la nature de l'invention dont la protection est recherchée. S'il existe plusieurs revendications, elles doivent être numérotées de façon continue en chiffres arabes.

(6) Les revendications ne doivent pas, sauf en cas d'absolue nécessité, se fonder, pour ce qui concerne les caractéristiques techniques de l'invention, sur des références à la description ou aux dessins; en particulier, elles ne doivent pas se fonder sur des références telles que: «... comme décrit dans la partie ... de la description» ou «comme illustré dans la figure ... des dessins».

(7) Si la demande de brevet européen contient des dessins, les caractéristiques techniques mentionnées dans les revendications doivent, en principe, si la compréhension de la revendication s'en trouve facilitée, être suivies de signes de référence à ces caractéristiques, mis entre parenthèses. Les signes de référence ne sauraient être interprétés comme une limitation de la revendication.

Règle 30

Revendications de catégories différentes

L'article 82 doit être entendu comme permettant notamment d'inclure dans une même demande de brevet européen:

- a) outre une revendication indépendante pour un produit, une revendication indépendante pour un procédé conçu spécialement pour la fabrication de ce produit, et une revendication indépendante pour une utilisation de ce produit, ou
- b) outre une revendication indépendante pour un procédé, une revendication indépendante pour un dis-

eine Vorrichtung oder ein Mittel, die zur Ausführung des Verfahrens besonders entwickelt wurden, oder

- c) neben einem unabhängigen Patentanspruch für ein Erzeugnis ein unabhängiger Patentanspruch für ein besonders angepaßtes Verfahren zu dessen Herstellung und ein unabhängiger Patentanspruch für eine Vorrichtung oder ein Mittel, die zur Ausführung des Verfahrens besonders entwickelt wurden.

means specifically designed for carrying out the process; or

- (c) in addition to an independent claim for a product, an independent claim for a process specially adapted for the manufacture of the product, and an independent claim for an apparatus or means specifically designed for carrying out the process.

positif ou moyen spécialement conçu pour la mise en œuvre de ce procédé, ou

- c) outre une revendication indépendante pour un produit, une revendication indépendante pour un procédé conçu spécialement pour la fabrication de ce produit et une revendication indépendante pour un dispositif ou moyen spécialement conçu pour la mise en œuvre de ce procédé.

Regel 31

Gebührenpflichtige Patentansprüche

(1) Enthält eine europäische Patentanmeldung bei der Einreichung mehr als zehn Patentansprüche, so ist für jeden weiteren Patentanspruch eine Anspruchsgebühr zu entrichten. Die Anspruchsgebühren sind bis zum Ablauf eines Monats nach Einreichung der Anmeldung zu entrichten.

(2) Absatz 1 ist entsprechend anzuwenden, wenn die europäische Patentanmeldung zum Zeitpunkt der Mitteilung der Prüfungsabteilung nach Regel 51 Absatz 4 mehr gebührenpflichtige Patentansprüche als bei ihrer Einreichung oder erst zu diesem Zeitpunkt mehr als zehn Patentansprüche enthält. Anspruchsgebühren, die zum Zeitpunkt dieser Mitteilung fällig werden, sind innerhalb der in der genannten Vorschrift vorgeschriebenen Frist zu entrichten.

(3) Wird die Anspruchsgebühr für einen Patentanspruch nicht rechtzeitig entrichtet, so gilt dies als Verzicht auf diesen Patentanspruch. Eine fällig gewordene Anspruchsgebühr, die entrichtet worden ist, wird nicht zurückgezahlt.

Rule 31

Claims incurring fees

(1) Any European patent application comprising more than ten claims at the time of filing shall, in respect of each claim over and above that number, incur payment of a claims fee. The claims fee shall be payable within one month after the filing of the application.

(2) Paragraph 1 shall apply mutatis mutandis where the European patent application comprises more claims incurring fees at the date of the communication of the Examining Division made in accordance with Rule 51, paragraph 4, than at the time of filing, or where it comprises more than ten claims at that date only. The claims fee incurred at the date of that communication shall be payable within the period laid down in that provision.

(3) If the claims fee for any claim is not paid in due time, the claim concerned shall be deemed to be abandoned. No claims fee duly paid shall be refunded.

Règle 31

Revendications donnant lieu au paiement de taxes

(1) Si une demande de brevet européen comporte plus de dix revendications lorsqu'elle est déposée, une taxe de revendication doit être acquittée pour toute revendication en sus de la dixième. Les taxes de revendication doivent être acquittées au plus tard à l'expiration d'un délai d'un mois à compter du dépôt de la demande.

(2) Les dispositions du premier paragraphe sont applicables dans le cas où, à la date de la notification de la division d'examen prévue à la règle 51, paragraphe 4, la demande de brevet européen, soit comporte un nombre de revendications donnant lieu au paiement de taxes supérieur au nombre de revendications qu'elle comportait lors de son dépôt, soit comporte pour la première fois à ladite date un nombre de revendications excédant dix. Les taxes de revendication exigibles à la date de cette notification sont acquittées dans le délai prescrit par la disposition précitée.

(3) En cas de défaut de paiement dans les délais de la taxe de revendication afférente à une revendication, le demandeur est réputé avoir abandonné cette revendication. Toute taxe de revendication exigible et acquittée n'est pas remboursée.

Regel 32

Form der Zeichnungen

(1) Auf Blättern, die Zeichnungen enthalten, darf die benutzte Fläche 26,2 cm mal 17 cm nicht überschreiten. Die Blätter dürfen keine Umrahmungen um die benutzbare oder benutzte Fläche aufweisen. Die Mindest-ränder sind folgende:

Oberer Rand:	2,5 cm
Linker Seitenrand:	2,5 cm
Rechter Seitenrand:	1,5 cm
Unterer Rand:	1 cm

(2) Die Zeichnungen sind wie folgt auszuführen:

- a) Die Zeichnungen sind in widerstandsfähigen, schwarzen oder

Rule 32

Form of the drawings

(1) On sheets containing drawings, the usable surface area shall not exceed 26.2 cm × 17 cm. These sheets shall not contain frames round the usable or used surface. The minimum margins shall be as follows:

top	2.5 cm
left side	2.5 cm
right side	1.5 cm
bottom	1 cm

(2) Drawings shall be executed as follows:

- (a) Drawings shall be executed in durable, black or blue, sufficiently

Règle 32

Forme des dessins

(1) La surface utile des feuilles contenant les dessins ne doit pas excéder 26,2 cm × 17 cm. Il ne doit pas être laissé de cadre autour de la surface utile de ces feuilles ou autour de leur surface utilisée. Les marges minimales sont les suivantes:

marge du haut:	2,5 cm
marge de gauche:	2,5 cm
marge de droite:	1,5 cm
marge du bas:	1 cm

(2) Les dessins sont exécutés comme suit:

- a) Les dessins doivent être exécutés en lignes et traits durables, noirs

- blauen, ausreichend festen und dunklen, in sich gleichmäßig starken und klaren Linien oder Strichen ohne Farben oder Tönungen auszuführen.
- b) Querschnitte sind durch Schraffierungen kenntlich zu machen, die die Erkennbarkeit der Bezugszeichen und Führungslinien nicht beeinträchtigen dürfen.
- c) Der Maßstab der Zeichnungen und die Klarheit der zeichnerischen Ausführung müssen gewährleisten, daß eine fotografische Wiedergabe auch bei Verkleinerungen auf zwei Drittel alle Einzelheiten noch ohne Schwierigkeiten erkennen läßt. Wird der Maßstab in Ausnahmefällen auf der Zeichnung angegeben, so ist er zeichnerisch darzustellen.
- d) Alle Zahlen, Buchstaben und Bezugszeichen in den Zeichnungen müssen einfach und eindeutig sein. Klammern, Kreise oder Anführungszeichen dürfen bei Zahlen und Buchstaben nicht verwendet werden.
- e) Alle Linien in den Zeichnungen sollen mit Zeichengeräten gezogen werden.
- f) Jeder Teil der Abbildung muß im richtigen Verhältnis zu jedem anderen Teil der Abbildung stehen, sofern nicht die Verwendung eines anderen Verhältnisses für die Klarheit der Abbildung unerlässlich ist.
- g) Die Ziffern und Buchstaben müssen mindestens 0,32 cm hoch sein. Für die Beschriftung der Zeichnungen sind lateinische und, soweit üblich, griechische Buchstaben zu verwenden.
- h) Ein Zeichnungsblatt kann mehrere Abbildungen enthalten. Sollen Abbildungen auf zwei oder mehr Blättern nur eine einzige vollständige Abbildung darstellen, so sind die Abbildungen auf den einzelnen Blättern so anzuordnen, daß die vollständige Abbildung zusammengesetzt werden kann, ohne daß ein Teil der Abbildungen auf den einzelnen Blättern verdeckt wird. Die einzelnen Abbildungen sind auf einem Blatt oder auf mehreren Blättern ohne Platzverschwendung anzuordnen, eindeutig voneinander getrennt und vorzugsweise in Hochformat. Sie sind durch arabische Zahlen fortlaufend und unabhängig von den Zeichnungsblättern zu numerieren.
- i) Bezugszeichen dürfen in den Zeichnungen nur insoweit verwendet werden, als sie in der Beschreibung und in den Patentan-
- dense and dark, uniformly thick and well-defined, lines and strokes without colourings.
- (b) Cross-sections shall be indicated by hatching which should not impede the clear reading of the reference signs and leading lines.
- (c) The scale of the drawings and the distinctness of their graphical execution shall be such that a photographic reproduction with a linear reduction in size to two-thirds would enable all details to be distinguished without difficulty. If, as an exception, the scale is given on a drawing, it shall be represented graphically.
- (d) All numbers, letters, and reference signs, appearing on the drawings, shall be simple and clear. Brackets, circles or inverted commas shall not be used in association with numbers and letters.
- (e) All lines in the drawings shall, ordinarily, be drawn with the aid of drafting instruments.
- (f) Elements of the same figure shall be in proportion to each other, unless a difference in proportion is indispensable for the clarity of the figure.
- (g) The height of the numbers and letters shall not be less than 0.32 cm. For the lettering of drawings, the Latin and, where customary, the Greek alphabets shall be used.
- (h) The same sheet of drawings may contain several figures. Where figures drawn on two or more sheets are intended to form one whole figure, the figures on the several sheets shall be so arranged that the whole figure can be assembled without concealing any part of the partial figures. The different figures shall be arranged without wasting space, preferably in an upright position, clearly separated from one another. The different figures shall be numbered consecutively in arabic numerals, independently of the numbering of the sheets.
- (i) Reference signs not mentioned in the description and claims shall not appear in the drawings, and vice versa. The same features,
- ou bleus, suffisamment denses et foncés, uniformément épais et bien délimités, sans couleurs ni lavis.
- b) Les coupes sont indiquées par des hachures qui ne doivent pas nuire à une lecture facile des signes de référence et des lignes directrices.
- c) L'échelle des dessins et la clarté de leur exécution graphique doivent être telles qu'une reproduction photographique effectuée avec réduction linéaire aux deux tiers permette d'en distinguer sans peine tous les détails. Si, par exception, l'échelle figure sur un dessin, elle doit être représentée graphiquement.
- d) Tous les chiffres, lettres et signes de référence figurant dans les dessins doivent être simples et clairs. L'utilisation de parenthèses, cercles ou guillemets, en combinaison avec des chiffres et des lettres, n'est pas autorisée.
- e) Toutes les lignes des dessins doivent en principe être tracées à l'aide d'instruments de dessin technique.
- f) Les éléments d'une même figure doivent être en proportion les uns des autres à moins qu'une différence de proportion ne soit indispensable pour la clarté de la figure.
- g) La hauteur des chiffres et lettres ne doit pas être inférieure à 0,32 cm. L'alphabet latin et, si telle est la pratique usuelle, l'alphabet grec, doivent être utilisés lorsque des lettres figurent sur les dessins.
- h) Une même feuille de dessin peut contenir plusieurs figures. Lorsque de figures dessinées sur plusieurs feuilles sont destinées à constituer une figure d'ensemble, elles doivent être présentées de sorte que la figure d'ensemble puisse être composée sans que soit cachée aucune partie des figures qui se trouvent sur les différentes feuilles. Les différentes figures doivent être disposées, de préférence verticalement, sur une ou plusieurs feuilles, chacune étant clairement séparée des autres mais sans place perdue; elles doivent être numérotées consécutivement en chiffres arabes, indépendamment de la numérotation des feuilles.
- i) Des signes de référence ne peuvent être utilisés pour les dessins que s'ils figurent dans la description et dans les revendications et vice-

sprüchen aufgeführt sind; das gleiche gilt für den umgekehrten Fall. Gleiche mit Bezugszeichen gekennzeichnete Teile müssen in der ganzen Anmeldung die gleichen Zeichen erhalten.

- j) Die Zeichnungen dürfen keine Erläuterungen enthalten; ausgenommen sind kurze unentbehrliche Angaben wie „Wasser“, „Dampf“, „Offen“, „Zu“, „Schnitt nach A—B“ sowie in elektrischen Schaltplänen und Blockschaltbildern oder Flußdiagrammen kurze Stichworte, die für das Verständnis unentbehrlich sind. Diese Erläuterungen sind so anzubringen, daß sie im Fall der Übersetzung überklebt werden können, ohne daß die Linien der Zeichnungen verdeckt werden.

(3) Flußdiagramme und Diagramme gelten als Zeichnungen.

when denoted by reference signs, shall, throughout the application, be denoted by the same signs.

- (j) The drawings shall not contain text matter, except, when absolutely indispensable, a single word or words such as "water", "steam", "open", "closed", "section on AB", and, in the case of electric circuits and block schematic or flow sheet diagrams, a few short catchwords indispensable for understanding. Any such words shall be placed in such a way that, if required, they can be replaced by their translations without interfering with any lines of the drawings.

(3) Flow sheets and diagrams are considered drawings.

versa. Les signes de référence des mêmes éléments doivent être identiques dans toute la demande.

- j) Les dessins ne doivent pas contenir de texte, à l'exception de courtes indications indispensables telles que «eau», «vapeur», «ouvert», «fermé», «coupe suivant AB» et, dans le cas de schémas de circuits électriques, de diagrammes d'installation schématiques et de diagrammes schématisant les étapes d'un processus, à l'exception de mots clés indispensables à leur intelligence. Ces mots doivent être placés de manière telle que leur traduction éventuelle puisse leur être substituée sans que soit cachée aucune ligne des dessins.

(3) Les schémas d'étapes de processus et les diagrammes sont considérés comme des dessins.

Regel 33 **Form und Inhalt** **der Zusammenfassung**

(1) Die Zusammenfassung muß die Bezeichnung der Erfindung enthalten.

(2) Die Zusammenfassung muß eine Kurzfassung der in der Beschreibung, den Patentansprüchen und Zeichnungen enthaltenen Offenbarung enthalten; die Kurzfassung soll das technische Gebiet der Erfindung angeben und so gefaßt sein, daß sie ein klares Verständnis des technischen Problems, des entscheidenden Punkts der Lösung der Erfindung und der hauptsächlichsten Verwendungsmöglichkeiten ermöglicht. In der Zusammenfassung ist gegebenenfalls die chemische Formel anzugeben, die unter den in der europäischen Patentanmeldung enthaltenen Formeln die Erfindung am besten kennzeichnet. Sie darf keine Behauptungen über angebliche Vorzüge oder den angeblichen Wert der Erfindung oder über deren theoretische Anwendungsmöglichkeiten enthalten.

(3) Die Zusammenfassung soll aus nicht mehr als 150 Worten bestehen.

(4) Enthält die europäische Patentanmeldung Zeichnungen, so hat der Anmelder diejenige Abbildung oder in Ausnahmefällen diejenigen Abbildungen anzugeben, die er zur Veröffentlichung mit der Zusammenfassung vorschlägt. Das Europäische Patentamt kann eine oder mehrere andere Abbildungen veröffentlichen, wenn es der Auffassung ist, daß diese die Erfindung besser kennzeichnen. Hinter jedem wesentlichen Merkmal, das in der Zusammenfassung erwähnt und durch die Zeichnung veranschaulicht ist, hat in Klammern ein Bezugszeichen zu stehen.

Rule 33 **Form and content of the abstract**

(1) The abstract shall indicate the title of the invention.

(2) The abstract shall contain a concise summary of the disclosure as contained in the description, the claims and any drawings; the summary shall indicate the technical field to which the invention pertains and shall be drafted in a way which allows the clear understanding of the technical problem, the gist of the solution of that problem through the invention and the principal use or uses of the invention. The abstract shall, where applicable, contain the chemical formula which, among those contained in the application, best characterises the invention. It shall not contain statements on the alleged merits or value of the invention or on its speculative application.

(3) The abstract shall preferably not contain more than one hundred and fifty words.

(4) If the European patent application contains drawings, the applicant shall indicate the figure or, exceptionally, the figures of the drawings which he suggests should accompany the abstract when the abstract is published. The European Patent Office may decide to publish one or more other figures if it considers that they better characterise the invention. Each main feature mentioned in the abstract and illustrated by a drawing shall be followed by a reference sign, placed between parentheses.

Règle 33 **Forme et contenu de l'abrégé**

(1) L'abrégé doit mentionner le titre de l'invention.

(2) L'abrégé doit comprendre un résumé concis de ce qui est exposé dans la description, les revendications et les dessins; le résumé doit indiquer le domaine technique auquel appartient l'invention et doit être rédigé de manière à permettre une claire compréhension du problème technique, de l'essence de la solution de ce problème par le moyen de l'invention et de l'usage principal ou des usages principaux de l'invention. L'abrégé comporte, le cas échéant, la formule chimique qui, parmi celles qui figurent dans la demande de brevet, caractérise le mieux l'invention. Il ne doit pas contenir de déclarations relatives aux mérites ou à la valeur allégués de l'invention ou à ses applications supputées.

(3) L'abrégé ne peut, de préférence, comporter plus de cent cinquante mots.

(4) Si la demande de brevet européen comporte des dessins, le demandeur doit indiquer la figure du dessin ou, exceptionnellement, les figures des dessins qu'il propose de faire publier avec l'abrégé. L'Office européen des brevets peut décider de publier une autre figure ou plusieurs autres figures s'il estime qu'elle caractérise ou qu'elles caractérisent mieux l'invention. Chacune des caractéristiques principales mentionnées dans l'abrégé et illustrées par le dessin doit être suivie d'un signe de référence entre parenthèses.

(5) Die Zusammenfassung ist so zu formulieren, daß sie eine wirksame Handhabe zur Sichtung des jeweiligen technischen Gebiets gibt und insbesondere eine Beurteilung der Frage ermöglicht, ob es notwendig ist, die europäische Patentanmeldung selbst einzusehen.

Regel 34

Unzulässige Angaben

(1) Die europäische Patentanmeldung darf nicht enthalten:

- a) Angaben oder Zeichnungen, die gegen die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten verstoßen;
- b) herabsetzende Äußerungen über Erzeugnisse oder Verfahren Dritter oder den Wert oder die Gültigkeit von Anmeldungen oder Patenten Dritter. Reine Vergleiche mit dem Stand der Technik allein gelten nicht als herabsetzend;
- c) Angaben, die den Umständen nach offensichtlich belanglos oder unnötig sind.

(2) Enthält eine europäische Patentanmeldung Angaben oder Zeichnungen im Sinn des Absatzes 1 Buchstabe a, so schließt das Europäische Patentamt diese Angaben bei der Veröffentlichung aus und gibt dabei die Stelle der Auslassung sowie die Zahl der ausgelassenen Wörter und Zeichnungen an.

(3) Enthält eine europäische Patentanmeldung Äußerungen im Sinn des Absatzes 1 Buchstabe b, so kann das Europäische Patentamt diese Angaben bei der Veröffentlichung der Anmeldung ausschließen. Dabei gibt es die Stelle der Auslassung und die Zahl der ausgelassenen Wörter an und stellt auf Antrag eine Abschrift der ausgelassenen Stellen zur Verfügung.

Regel 35

Allgemeine Bestimmungen über die Form der Anmeldungsunterlagen

(1) Die in Artikel 14 Absatz 2 genannten Übersetzungen gelten als Unterlagen der europäischen Patentanmeldung.

(2) Die Unterlagen der europäischen Patentanmeldung sind in drei Stücken einzureichen. Dies gilt nicht für den Antrag auf Erteilung eines europäischen Patents und für die nach Artikel 14 Absatz 2 Satz 1 eingereichten Unterlagen.

(3) Die Unterlagen der europäischen Patentanmeldung sind in einer Form einzureichen, die gewährleistet, daß eine unmittelbare Vervielfältigung durch Fotografie, elektrostatisches

(5) The abstract shall be so drafted that it constitutes an efficient instrument for purposes of searching in the particular technical field particularly by making it possible to assess whether there is a need for consulting the European patent application itself.

Rule 34

Prohibited matter

(1) The European patent application shall not contain:

- (a) statements or other matter contrary to "ordre public" or morality;
- (b) statements disparaging the products or processes of any particular person other than the applicant, or the merits or validity of applications or patents of any such person. Mere comparisons with the prior art shall not be considered disparaging per se;
- (c) any statement or other matter obviously irrelevant or unnecessary under the circumstances.

(2) If a European patent application contains prohibited matter within the meaning of paragraph 1 (a), the European Patent Office shall omit it when publishing the application, indicating the place and number of words or drawings omitted.

(3) If a European patent application contains statements within the meaning of paragraph 1 (b), the European Patent Office may omit them when publishing the application. It shall indicate the place and number of words omitted, and shall furnish, upon request, a copy of the passages omitted.

Rule 35

General provisions governing the presentation of the application documents

(1) Translations mentioned in Article 14, paragraph 2, shall be considered to be included in the term "documents making up the European patent application".

(2) The documents making up the European patent application shall be filed in three copies. This shall not apply to the request for the grant of a European patent nor to those documents filed under Article 14, paragraph 2, first sentence.

(3) The documents making up the European patent application shall be so presented as to admit of direct reproduction by photography, electrostatic processes, photo offset and

(5) L'abrégé doit être rédigé de façon à constituer un instrument efficace de sélection dans le domaine technique en cause, notamment en permettant d'apprécier s'il y a lieu de consulter la demande de brevet elle-même.

Règle 34

Éléments prohibés

(1) La demande de brevet européen ne doit pas contenir:

- a) des éléments ou dessins contraires à l'ordre public ou aux bonnes mœurs;
- b) des déclarations dénigrantes concernant des produits ou procédés de tiers ou le mérite ou la validité de demandes de brevet ou de brevets de tiers. De simples comparaisons avec l'état de la technique ne sont pas considérées comme dénigrantes en elles-mêmes;
- c) des éléments manifestement étrangers au sujet ou superflus.

(2) Lorsqu'une demande de brevet européen contient des éléments et dessins visés au paragraphe 1, lettre a), l'Office européen des brevets les omet lors de la publication en indiquant la place et le nombre des mots et des dessins omis.

(3) Lorsqu'une demande de brevet européen contient des déclarations visées au paragraphe 1, lettre b), l'Office européen des brevets peut les omettre lors de la publication de la demande. Dans ce cas, il indique la place et le nombre des mots omis, et fournit, sur demande, une copie des passages ayant fait l'objet de l'omission.

Règle 35

Dispositions générales relatives à la présentation de pièces de la demande

(1) Les traductions visées à l'article 14, paragraphe 2, sont considérées comme des pièces de la demande.

(2) Les pièces de la demande de brevet européen doivent être produites en trois exemplaires. Cette disposition n'est pas applicable à la requête en délivrance du brevet européen ni aux pièces déposées conformément à l'article 14, paragraphe 2, première phrase.

(3) Les pièces de la demande de brevet européen doivent être présentées de manière à permettre leur reproduction directe par le moyen de la photographie, de procédés électri-

Verfahren, Foto-Offsetdruck und Mikroverfilmung in einer unbeschränkten Stückzahl vorgenommen werden kann. Die Blätter müssen glatt und knitterfrei sein. Sie dürfen nicht gefaltet sein und sind einseitig zu beschriften.

(4) Die Unterlagen der europäischen Patentanmeldung sind auf biegsamem, festem, weißem, glattem, mattem und widerstandsfähigem Papier im Format A 4 (29,7 cm mal 21 cm) einzureichen. Vorbehaltlich Regel 32 Absatz 2 Buchstabe h ist jedes Blatt in der Weise zu verwenden, daß die kurzen Seiten oben und unten erscheinen (Hochformat).

(5) Jeder Bestandteil der europäischen Patentanmeldung (Antrag, Beschreibung, Patentansprüche, Zeichnungen und Zusammenfassung) muß auf einem neuen Blatt beginnen. Alle Blätter müssen so miteinander verbunden sein, daß sie leicht gewendet sowie leicht entfernt und wieder miteinander verbunden werden können.

(6) Vorbehaltlich Regel 32 Absatz 1 sind auf den Blättern als Mindestränder folgende Flächen unbeschriftet zu lassen:

Oberer Rand des ersten Blatts mit Ausnahme des Antragsblatts: 8 cm

Oberer Rand der anderen Blätter:

2 cm

Linker Seitenrand: 2,5 cm

Rechter Seitenrand: 2 cm

Unterer Rand: 2 cm

Die Empfohlenen Höchstmaße für die vorstehenden Ränder sind folgende:

Oberer Rand des ersten Blatts mit Ausnahme des Antragsblatts: 9 cm

Oberer Rand der anderen Blätter: 4 cm

Linker Seitenrand: 4 cm

Rechter Seitenrand: 3 cm

Unterer Rand: 3 cm

(7) Die Ränder der Blätter müssen bei der Einreichung der europäischen Patentanmeldung vollständig unbenutzt sein.

(8) Alle Blätter der europäischen Patentanmeldung sind fortlaufend mit arabischen Zahlen zu numerieren. Die Blattzahlen sind oben in der Mitte, aber nicht auf dem oberen Rand anzubringen.

(9) Auf jedem Blatt der Beschreibung und der Patentansprüche soll jede fünfte Zeile numeriert sein. Die Zahlen sind an der linken Seite, rechts vom Rand anzubringen.

micro-filming, in an unlimited number of copies. All sheets shall be free from cracks, creases and folds. Only one side of the sheet shall be used.

(4) The documents making up the European patent application shall be on A 4 paper (29.7 cm × 21 cm) which shall be pliable, strong, white, smooth, matt and durable. Subject to the provisions of Rule 32, paragraph 2 (h), each sheet shall be used with its short sides at the top and bottom (upright position).

(5) Each of the documents making up the European patent application (request, description, claims, drawings and abstract) shall commence on a new sheet. The sheets shall be connected in such a way that they can easily be turned over, separated and joined together again.

(6) Subject to Rule 32, paragraph 1, the minimum margins shall be as follows:

top of first sheet, except that of the request: 8 cm

top of other sheets: 2 cm

left side: 2.5 cm

right side: 2 cm

bottom: 2 cm

The recommended maximum for the margins quoted above is as follows:

top of first sheet, except that of the request: 9 cm

top of other sheets: 4 cm

left side: 4 cm

right side: 3 cm

bottom: 3 cm

(7) The margins of the documents making up the European patent application, when submitted, must be completely blank.

(8) All the sheets contained in the European patent application shall be numbered in consecutive arabic numerals. These shall be placed at the top of the sheet, in the middle, but not in the top margin.

(9) The lines of each sheet of the description and of the claims shall preferably be numbered in sets of five, the numbers appearing on the left side, to the right of the margin.

ques, de l'offset et du microfilm en un nombre illimité d'exemplaires. Les feuilles ne doivent pas être déchirées, froissées ou pliées. Un seul côté des feuilles doit être utilisé.

(4) Les pièces de la demande de brevet européen doivent être remises sur papier souple, fort, blanc, lisse, mat et durable, de format A 4 (29,7 cm × 21 cm). Sous réserve de la règle 32, paragraphe 2, lettre h), chaque feuille doit être utilisée de façon à ce que les petits côtés se trouvent en haut et en bas (sens vertical).

(5) Le début de chaque pièce de la demande de brevet européen (requête, description, revendications, dessins, abrégé) doit figurer sur une nouvelle feuille. Toutes les feuilles doivent être réunies de façon à pouvoir être facilement feuilletées et aisément séparées et réunies à nouveau.

(6) Sous réserve de la règle 32, paragraphe 1, les marges minimales doivent être les suivantes:

marge du haut de la première feuille à l'exception de celle de la requête: 8 cm

marge du haut des autres feuilles: 2 cm

marge de gauche: 2,5 cm

marge de droite: 2 cm

marge du bas: 2 cm

Le maximum recommandé des marges citées ci-dessus est le suivant:

marge du haut de la première feuille à l'exception de la feuille de la requête: 9 cm

marge du haut des autres feuilles: 4 cm

marge de gauche: 4 cm

marge de droite: 3 cm

marge du bas: 3 cm

(7) Les marges des feuilles doivent être totalement vierges lors du dépôt de la demande de brevet européen.

(8) Toutes les feuilles de la demande de brevet européen doivent être numérotées consécutivement en chiffres arabes. Les numéros des feuilles doivent être inscrits en haut des feuilles au milieu, mais non dans la marge du haut.

(9) Les lignes de chaque feuille de la description et des revendications doivent en principe être numérotées de cinq en cinq, les numéros étant portés sur le côté gauche, à droite de la marge.

(10) Der Antrag auf Erteilung eines europäischen Patents, die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zusammenfassung müssen mit Maschine geschrieben oder gedruckt sein. Nur graphische Symbole und Schriftzeichen, chemische oder mathematische Formeln können, falls notwendig, handgeschrieben oder gezeichnet sein. Der Zeilenabstand hat 1 1/2 zeilig zu sein. Alle Texte müssen in Buchstaben, deren Großbuchstaben eine Mindesthöhe von 0,21 cm besitzen, und mit dunkler unauslöschlicher Farbe geschrieben sein.

(11) Der Antrag auf Erteilung eines europäischen Patents, die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zusammenfassung dürfen keine Zeichnungen enthalten. Die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zusammenfassung können chemische oder mathematische Formeln enthalten. Die Beschreibung und die Zusammenfassung können Tabellen enthalten. Ein Patentanspruch darf dies nur dann, wenn sein Gegenstand die Verwendung von Tabellen wünschenswert erscheinen läßt.

(12) Gewichts- und Maßeinheiten sind nach dem metrischen System oder, falls den Angaben ein anderes System zugrunde liegt, auch nach dem metrischen System anzugeben. Temperaturen sind in Grad Celsius oder, falls den Angaben ein anderes System zugrunde liegt, auch in Grad Celsius anzugeben. Die Dichte ist in metrischen Einheiten anzugeben. Für die übrigen physikalischen Einheiten sind die in der internationalen Praxis anerkannten Einheiten, für mathematische Formeln die allgemein üblichen Schreibweisen und für chemische Formeln die allgemein üblichen Symbole, Atomgewichte und Molekularformeln zu verwenden. Grundsätzlich sind nur solche technischen Bezeichnungen, Zeichen und Symbole zu verwenden, die auf dem Fachgebiet allgemein anerkannt sind.

(13) Terminologie und Zeichen sind in der gesamten europäischen Patentanmeldung einheitlich zu verwenden.

(14) Jedes Blatt muß weitgehend frei von Radierstellen und frei von Änderungen, Überschreibungen und Zwischenbeschriftungen sein. Von diesem Erfordernis kann abgesehen werden, wenn der verbindliche Text dadurch nicht in Frage gestellt wird und die Voraussetzungen für eine gute Vervielfältigung nicht gefährdet sind.

Regel 36

Unterlagen nach Einreichung der europäischen Patentanmeldung

(1) Die Regeln 27, 29 und 32 bis 35 sind auf Schriftstücke, die die Unterlagen der europäischen Patentanmeldung ersetzen, anzuwenden.

(10) The request for the grant of a European patent, the description, the claims and the abstract shall be typed or printed. Only graphic symbols and characters and chemical or mathematical formulae may, if necessary, be written by hand or drawn. The typing shall be 1 1/2 spaced. All text matter shall be in characters, the capital letters of which are not less than 0.21 cm high, and shall be in a dark, indelible colour.

(11) The request for the grant of a European patent, the description, the claims and the abstract shall not contain drawings. The description, the claims and the abstract may contain chemical or mathematical formulae. The description and the abstract may contain tables. The claims may contain tables only if their subject-matter makes the use of tables desirable.

(12) Units of weights and measures shall be expressed in terms of the metric system. If a different system is used they shall also be expressed in terms of the metric system. Temperatures shall be expressed in degrees Celsius. If a different system is used they shall also be expressed in degrees Celsius. Densities shall be expressed in metric units. For the other physical values, the units recognised in international practice shall be used, for mathematical formulae the symbols in general use, and for chemical formulae the symbols, atomic weights and molecular formulae in general use shall be employed. In general, use should be made of technical terms, signs and symbols generally accepted in the field in question.

(13) The terminology and the signs shall be consistent throughout the European patent application.

(14) Each sheet shall be reasonably free from erasures and shall be free from alterations, overwritings and interlineations. Non-compliance with this rule may be authorised if the authenticity of the content is not in question and the requirements for good reproduction are not in jeopardy.

Rule 36

Documents filed subsequently

(1) The provisions of Rules 27, 29 and 32 to 35 shall apply to documents replacing documents making up the European patent application.

(10) La requête en délivrance du brevet européen, la description, les revendications et l'abrégé doivent être dactylographiés ou imprimés. Seuls les symboles et caractères graphiques, les formules chimiques ou mathématiques peuvent être manuscrits ou dessinés, en cas de nécessité. Pour les textes dactylographiés, l'interligne doit être de 1 1/2. Tous les textes doivent être écrits en caractères dont les majuscules ont au moins 0,21 cm de haut, dans une couleur noire et indélébile.

(11) La requête en délivrance du brevet européen, la description, les revendications et l'abrégé ne doivent pas comporter de dessins. La description, les revendications et l'abrégé peuvent comporter des formules chimiques ou mathématiques. La description et l'abrégé peuvent comporter des tableaux. Les revendications ne peuvent comporter des tableaux que si l'objet desdites revendications en fait apparaître l'intérêt.

(12) Les unités de poids et de mesure doivent être exprimées selon le système métrique; si un autre système est utilisé, elles doivent être exprimées également selon le système métrique. Les températures doivent être exprimées en degrés centigrades; si un autre système est utilisé, elles doivent être exprimées également en degrés centigrades. Les densités sont exprimées en unités métriques. Doivent être utilisées, pour les autres indications physiques, les unités de la pratique internationale, pour les formules mathématiques, les symboles généralement en usage et pour les formules chimiques, les symboles, poids atomiques et formules moléculaires généralement en usage. En règle générale, seuls les termes, signes et symboles techniques généralement acceptés dans le domaine considéré doivent être utilisés.

(13) La terminologie et les signes de la demande de brevet européen doivent être uniformes.

(14) Aucune feuille ne doit être gommée plus qu'il n'est raisonnable ni comporter de corrections, de surcharges ni d'interlinéations. Des dérogations à cette règle peuvent être autorisées si l'authenticité du contenu n'est pas en cause et si elles ne nuisent pas aux conditions nécessaires à une bonne reproduction.

Règle 36

Documents produits ultérieurement

(1) Les dispositions des règles 27, 29 et 32 à 35 s'appliquent aux documents remplaçant des pièces de la demande de brevet européen.

(2) Alle anderen als die in Absatz 1 genannten Schriftstücke sollen mit Maschine geschrieben oder gedruckt sein. Auf jedem Blatt ist links ein etwa 2,5 cm breiter Rand freizulassen.

(3) Die nach Einreichung der europäischen Patentanmeldung einzureichenden Schriftstücke sind zu unterzeichnen, soweit es sich nicht um Anlagen handelt. Ist ein Schriftstück nicht unterzeichnet worden, so fordert das Europäische Patentamt den Beteiligten auf, das Schriftstück innerhalb einer vom Europäischen Patentamt zu bestimmenden Frist zu unterzeichnen. Wird das Schriftstück rechtzeitig unterzeichnet, so behält es den ursprünglichen Tag des Eingangs; andernfalls gilt das Schriftstück als nicht eingegangen.

(4) Schriftstücke, die anderen Personen mitzuteilen sind oder die mehrere europäische Patentanmeldungen oder europäische Patente betreffen, sind in der entsprechenden Stückzahl einzureichen. Kommt ein Beteiligter dieser Verpflichtung trotz Aufforderung des Europäischen Patentamts nicht nach, so werden die fehlenden Stücke auf Kosten des Beteiligten angefertigt.

(5) Nach Einreichung der europäischen Patentanmeldung können Schriftstücke abweichend von den Absätzen 2 bis 4 beim Europäischen Patentamt auch telegraphisch oder fernschriftlich eingereicht werden. Innerhalb von zwei Wochen nach Eingang des Telegramms oder Fernschreibens ist jedoch ein Schriftstück nachzureichen, das den Inhalt des Telegramms oder Fernschreibens wiedergibt und dieser Ausführungsordnung entspricht. Wird dieses Schriftstück nicht rechtzeitig eingereicht, so gilt das Telegramm oder das Fernschreiben als nicht eingegangen.

(2) All documents other than those referred to in paragraph 1 shall normally be typewritten or printed. There must be a margin of about 2.5 cm on the left-hand side of each page.

(3) All documents, with the exception of annexed documents, filed after filing of the European patent application must be signed. If a document has not been signed, the European Patent Office shall invite the party concerned to do so within a time limit to be laid down by that Office. If signed in due time, the document shall retain its original date of receipt; otherwise it shall be deemed not to have been received.

(4) Such documents as must be communicated to other persons or as relate to two or more European patent applications or European patents, must be filed in a sufficient number of copies. If the party concerned does not comply with this obligation in spite of a request by the European Patent Office, the missing copies shall be provided at the expense of the party concerned.

(5) Documents filed after filing of the European patent application may, by way of exception to the provisions of paragraphs 2 to 4, be sent to the European Patent Office by telegram or telex. However, a document reproducing the contents of such telegram or telex and complying with the requirements of these Implementing Regulations must be filed within two weeks as from the receipt of such telegram or telex. If this document is not filed in due time, the telegram or telex shall be deemed not to have been received.

(2) Tous documents autres que ceux visés au paragraphe 1, doivent, en principe, être dactylographiés ou imprimés. Une marge d'environ 2,5 cm doit être réservée sur le côté gauche de la feuille.

(3) A l'exclusion des pièces annexes, les documents postérieurs au dépôt de la demande de brevet européen doivent être signés. Si un document n'est pas signé, l'Office européen des brevets invite l'intéressé, dans un délai qu'il lui impartit, à remédier à cette irrégularité. Si le document est signé dans les délais, il garde le bénéfice de sa date. Dans le cas contraire, le document est réputé n'avoir pas été reçu.

(4) Les documents qui doivent être communiqués à d'autres personnes, ou qui concernent plusieurs demandes de brevet européen ou plusieurs brevets européens, doivent être produits en un nombre suffisant d'exemplaires. Les exemplaires manquants sont établis aux frais de l'intéressé, si celui-ci ne se conforme pas à cette obligation malgré l'injonction de l'Office européen des brevets.

(5) Les documents postérieurs au dépôt de la demande de brevet européen peuvent, par dérogation aux dispositions des paragraphes 2 à 4, être adressés par télégramme ou télex. Toutefois, un document reproduisant le contenu du télégramme ou du télex et répondant aux prescriptions du présent règlement doit être produit dans un délai de deux semaines à compter de la réception dudit télégramme ou télex. Si ce document n'est pas produit dans les délais, le télégramme ou le télex est réputé non reçu.

Kapitel III

Jahresgebühren

Regel 37

Fälligkeit

(1) Die Jahresgebühren für die europäische Patentanmeldung sind jeweils für das kommende Jahr am letzten Tag des Monats fällig, der durch seine Benennung dem Monat entspricht, in den der Anmeldetag für diese Anmeldung fällt. Die Jahresgebühr kann frühestens ein Jahr vor ihrer Fälligkeit wirksam entrichtet werden. Eine Jahresgebühr ist in Höhe des Satzes zu entrichten, der am Tag ihrer Fälligkeit gilt.

(2) Wird für eine Jahresgebühr, die innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten einer Gebührenerhöhung

Chapter III

Renewal fees

Rule 37

Payment of renewal fees

(1) Renewal fees for the European patent application in respect of the coming year shall be due on the last day of the month containing the anniversary of the date of filing of the European patent application. Renewal fees may not be validly paid more than one year before they fall due. Renewal fees shall be paid in accordance with the rate in force on the day on which they fall due.

(2) Any renewal fee falling due within three months after the entry into force of an increase in fees and

Chapitre III

Taxes annuelles

Règle 37

Paiement des taxes annuelles

(1) Le paiement pour une demande de brevet européen des taxes annuelles au titre de l'année à venir vient à échéance le dernier jour du mois de la date anniversaire du dépôt de la demande de brevet européen. La taxe annuelle ne peut être valablement acquittée plus d'une année avant son échéance. La taxe annuelle est payée au taux en vigueur au jour de l'échéance.

(2) Lorsque, s'agissant d'une taxe annuelle qui vient à échéance dans un délai de trois mois après l'entrée

fällig wird, nur der vor der Erhöhung maßgebende Betrag rechtzeitig gezahlt, so gilt die Jahresgebühr als wirksam entrichtet, sofern der fehlende Betrag innerhalb von sechs Monaten nach Fälligkeit der Jahresgebühr gezahlt wird. Eine Zuschlagsgebühr wird nicht erhoben.

(3) Die für eine europäische Teilanmeldung nach Artikel 86 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 76 Absatz 2 fälligen Jahresgebühren sind innerhalb von vier Monaten nach ihrer Einreichung zu entrichten. Absatz 2 und Artikel 86 Absätze 2 und 3 sind anzuwenden.

(4) Für eine nach Artikel 61 Absatz 1 Buchstabe b eingereichte neue europäische Patentanmeldung sind Jahresgebühren für das Jahr, in dem diese Anmeldung eingereicht worden ist, und für vorhergehende Jahre nicht zu entrichten.

paid on or before the due date but only to the amount valid before the increase entered into force shall be deemed to have been validly paid, provided that the deficit is made good within six months of the due date. Payment of an additional fee shall not be required.

(3) Renewal fees for a European divisional application already due pursuant to Article 86, paragraph 1, in combination with Article 76, paragraph 2, must be paid within four months of the filing of such application. Paragraph 2 and Article 86, paragraphs 2 and 3, shall apply.

(4) Renewal fees shall not be payable for a new European patent application filed pursuant to Article 61, paragraph 1 (b), in respect of the year in which it was actually filed and any preceding year.

en vigueur d'une décision de relèvement des taxes, le montant exigible avant ce relèvement a été payé à l'échéance, la taxe annuelle est réputée avoir été valablement acquittée, sous réserve que la différence soit payée dans un délai de six mois à compter de l'échéance. Il n'est perçu aucune surtaxe.

(3) La taxe annuelle qui serait exigible en vertu des articles 86, paragraphe 1, et 76, paragraphe 2, pour une demande divisionnaire de brevet européen, doit être acquittée dans les quatre mois du dépôt de cette demande. Le paragraphe 2 et l'article 86, paragraphes 2 et 3, sont applicables.

(4) La taxe annuelle pour une nouvelle demande de brevet européen déposée en application de l'article 61, paragraphe 1, lettre b), n'est pas exigible au titre de l'année au cours de laquelle cette demande a été déposée et de toute année antérieure.

Kapitel IV

Priorität

Regel 38

Prioritätserklärung und Prioritätsunterlagen

(1) Die in Artikel 88 Absatz 1 genannte Prioritätserklärung besteht aus einer Erklärung über den Tag der früheren Anmeldung und den Staat, in dem oder für den sie eingereicht worden ist, sowie aus der Angabe des Aktenzeichens.

(2) Die Erklärung über den Tag und den Staat der früheren Anmeldung ist bei Einreichung der europäischen Patentanmeldung anzugeben; das Aktenzeichen ist vor Ablauf des sechzehnten Monats nach dem Prioritätstag zu nennen.

(3) Die für die Inanspruchnahme der Priorität erforderliche Abschrift der früheren Anmeldung ist vor Ablauf des sechzehnten Monats nach dem Prioritätstag einzureichen. Die Abschrift muß von der Behörde, bei der die frühere Anmeldung eingereicht worden ist, als mit der früheren Anmeldung übereinstimmend bescheinigt sein; der Abschrift ist eine Bescheinigung dieser Behörde über den Tag der Einreichung der früheren Anmeldung beizufügen.

(4) Ist eine Übersetzung der früheren Anmeldung in einer der Amtssprachen des Europäischen Patentamts erforderlich, so muß die Übersetzung innerhalb von zwanzig Monaten nach dem Prioritätstag eingereicht werden.

Chapter IV

Priority

Rule 38

Declaration of priority and priority documents

(1) The declaration of priority referred to in Article 88, paragraph 1, shall state the date of the previous filing and the State in or for which it was made and shall indicate the file number.

(2) The date and State of the previous filing must be stated on filing the European patent application; the file number shall be indicated before the end of the sixteenth month after the date of priority.

(3) The copy of the previous application required for claiming priority shall be filed before the end of the sixteenth month after the date of priority. The copy must be certified as an exact copy of the previous application by the authority which received the previous application and shall be accompanied by a certificate issued by that authority stating the date of filing of the previous application.

(4) Where a translation of the previous application into one of the official languages of the European Patent Office is required, the translation must be filed within twenty months after the date of priority.

Chapitre IV

Priorité

Règle 38

Déclaration de priorité et documents de priorité

(1) La déclaration de priorité visée à l'article 88, paragraphe 1 indique la date du dépôt antérieur, l'État dans lequel ou pour lequel celui-ci a été effectué et le numéro de ce dépôt.

(2) La date et l'État du dépôt antérieur doivent être indiqués lors du dépôt de la demande de brevet européen; le numéro de dépôt doit être indiqué avant l'expiration du seizième mois suivant la date de priorité.

(3) La copie de la demande antérieure requise lorsqu'une priorité est revendiquée est produite avant l'expiration du seizième mois suivant la date de priorité. La copie doit être certifiée conforme par l'administration qui a reçu la demande antérieure et doit être accompagnée d'une attestation de cette administration indiquant la date de dépôt de la demande antérieure.

(4) Si une traduction de la demande antérieure dans l'une des langues officielles de l'Office européen des brevets est requise, cette traduction doit être produite dans un délai de vingt mois à compter de la date de priorité.

(5) Die Angaben der Prioritätserklärung sind in der veröffentlichten europäischen Patentanmeldung und auf der europäischen Patentschrift zu vermerken.

(5) The particulars stated in the declaration of priority shall appear in the published European patent application and also on the European patent specification.

(5) Les indications contenues dans la déclaration de priorité sont mentionnées dans la demande de brevet européen publiée et sont portées sur le fascicule du brevet européen.

Vierter Teil
Ausführungsvorschriften
zum vierten Teil
des Übereinkommens

Part IV
Implementing regulations
to part IV
of the Convention

Quatrième partie
Dispositions d'application
de la quatrième partie
de la Convention

Kapitel I
Prüfung durch die Eingangsstelle

Chapter I
Examination
by the Receiving Section

Chapitre I
Examen par la section de dépôt

Regel 39
Mitteilung
aufgrund der Eingangsprüfung

Genügt die europäische Patentanmeldung nicht den Erfordernissen des Artikels 80, so teilt die Eingangsstelle die festgestellten Mängel dem Anmelder mit und weist ihn darauf hin, daß die Anmeldung nicht als europäische Patentanmeldung behandelt wird, wenn er die festgestellten Mängel nicht innerhalb eines Monats beseitigt. Beseitigt der Anmelder rechtzeitig die festgestellten Mängel, so teilt ihm die Eingangsstelle den Anmelde-tag mit.

Rule 39
Communication following
the examination on filing

If the European patent application fails to meet the requirements laid down in Article 80, the Receiving Section shall communicate the disclosed deficiencies to the applicant and inform him that the application will not be dealt with as a European patent application unless he remedies the disclosed deficiencies within one month. If he does so, he shall be informed of the date of filing.

Règle 39
Notifications faisant suite à l'examen
lors du dépôt

Si la demande de brevet européen ne satisfait pas aux exigences de l'article 80, la section de dépôt notifie au demandeur les irrégularités constatées et l'informe que s'il n'y remédie pas dans un délai d'un mois, la demande ne sera pas traitée en tant que demande de brevet européen. Si le demandeur remédie dans le délai aux irrégularités constatées, la section de dépôt lui notifie la date de dépôt.

Regel 40
Prüfung bestimmter Formerfordernisse

Die Formerfordernisse, denen eine europäische Patentanmeldung nach Artikel 91 Absatz 1 Buchstabe b genügen muß, sind die in Regel 32 Absätze 1 und 2, Regel 35 Absätze 2 bis 11 und 14 sowie in Regel 36 Absätze 2 und 4 vorgeschriebenen Erfordernisse.

Rule 40
Examination for certain physical
requirements

The physical requirements which the European patent application must satisfy pursuant to Article 91, paragraph 1 (b), shall be those prescribed in Rule 32, paragraphs 1 and 2, Rule 35, paragraphs 2 to 11 and 14, and Rule 36, paragraphs 2 and 4.

Règle 40
Examen de certaines conditions
de forme

Les conditions de forme auxquelles doit satisfaire toute demande de brevet européen, en vertu de l'article 91, paragraphe 1, lettre b), sont celles prévues à la règle 32, paragraphes 1 et 2, à la règle 35, paragraphes 2 à 11 et 14, et à la règle 36, paragraphes 2 et 4.

Regel 41
Beseitigung von Mängeln
in den Anmeldungsunterlagen

(1) Werden aufgrund der in Artikel 91 Absatz 1 Buchstaben a bis d und g vorgeschriebenen Prüfung Mängel der europäischen Patentanmeldung festgestellt, so teilt die Eingangsstelle dies dem Anmelder mit und fordert ihn auf, die Mängel innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist zu beseitigen. Die Beschreibung, die Patentsprüche und die Zeichnungen können nur insoweit geändert werden, als es erforderlich ist, um die festgestellten Mängel gemäß den Bemerkungen der Eingangsstelle zu beseitigen.

(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der Anmelder, der eine Priorität in Anspruch nimmt, bei Einreichung der europäischen Patentanmeldung den Tag oder Staat der früheren Anmeldung nicht angegeben hat.

Rule 41
Rectification of deficiencies
in the application documents

(1) If the examination provided for in Article 91, paragraph 1 (a) to (d) and (g), reveals deficiencies in the European patent application, the Receiving Section shall inform the applicant accordingly and invite him to remedy the deficiencies within such period as it shall specify. The description, claims and drawings may be amended only to an extent sufficient to remedy the disclosed deficiencies in accordance with the observations of the Receiving Section.

(2) Paragraph 1 shall not apply where the applicant, while claiming priority, has omitted to indicate on filing the European patent application the date or State of first filing.

Règle 41
Correction d'irrégularités dans les
pièces de la demande

(1) Si l'examen prévu à l'article 91, paragraphe 1, lettres a) à d) et g) fait apparaître des irrégularités dans la demande de brevet européen, la section de dépôt le signale au demandeur et l'invite à remédier à ces irrégularités dans le délai qu'elle lui impartit. La description, les revendications et les dessins ne peuvent être modifiés que dans la mesure nécessaire pour remédier aux irrégularités constatées et conformément aux observations de la section de dépôt.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 ne sont pas applicables si le demandeur qui revendique la priorité a omis d'indiquer lors du dépôt de la demande de brevet européen la date ou le pays du premier dépôt.

(3) Absatz 1 ist auch nicht anzuwenden, wenn die Prüfung ergeben hat, daß der bei Einreichung der europäischen Patentanmeldung genannte erste Anmeldetag um mehr als ein Jahr vor dem Anmeldetag der europäischen Patentanmeldung liegt. In diesem Fall teilt die Eingangsstelle dem Anmelder mit, daß kein Prioritätsanspruch besteht, wenn der Anmelder nicht innerhalb eines Monats einen berechtigten Prioritätstag angibt, der in das Jahr fällt, das vor dem Anmeldetag der europäischen Patentanmeldung liegt.

Regel 42

Nachholung der Erfindernennung

(1) Ergibt die in Artikel 91 Absatz 1 Buchstabe f vorgeschriebene Prüfung, daß die Erfindernennung nicht nach Regel 17 erfolgt ist, so teilt die Eingangsstelle dem Anmelder mit, daß die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen gilt, wenn der Mangel nicht innerhalb der in Artikel 91 Absatz 5 vorgeschriebenen Frist beseitigt wird.

(2) Handelt es sich um eine europäische Teilanmeldung oder um eine nach Artikel 61 Absatz 1 Buchstabe b eingereichte neue europäische Patentanmeldung, so endet die Frist für die Erfindernennung nicht vor Ablauf von zwei Monaten nach der in Absatz 1 genannten Mitteilung; auf diese Frist wird in der Mitteilung hingewiesen.

Regel 43

Verspätet oder nicht eingereichte Zeichnungen

(1) Ergibt die in Artikel 91 Absatz 1 Buchstabe g vorgeschriebene Prüfung, daß die Zeichnungen nach dem Anmeldetag eingereicht worden sind, so teilt die Eingangsstelle dem Anmelder mit, daß die Zeichnungen und die Bezugnahmen auf die Zeichnungen in der europäischen Patentanmeldung als gestrichen gelten, wenn der Anmelder nicht innerhalb eines Monats beantragt, den Anmeldetag neu auf den Tag der Einreichung der Zeichnungen festzusetzen.

(2) Ergibt die in Absatz 1 genannte Prüfung, daß die Zeichnungen nicht eingereicht worden sind, so fordert die Eingangsstelle den Anmelder auf, die Zeichnungen innerhalb eines Monats einzureichen, und teilt dem Anmelder mit, daß der Anmeldetag neu auf den Tag der Einreichung der Zeichnungen festgesetzt wird oder, wenn die Zeichnungen nicht rechtzeitig eingereicht werden, die Bezugnahmen auf die Zeichnungen in der europäischen Patentanmeldung als gestrichen gelten.

(3) Paragraph 1 shall not apply where the examination reveals that the date of the first filing given on filing the European patent application precedes the date of filing of the European patent application by more than one year. In this event the Receiving Section shall inform the applicant that there will be no right of priority for the application unless, within one month, the applicant indicates a corrected date, lying within the year preceding the date of filing of the European patent application.

Rule 42

Subsequent identification of the inventor

(1) If the examination provided for in Article 91, paragraph 1 (f), reveals that the inventor has not been identified in accordance with the provisions of Rule 17, the Receiving Section shall inform the applicant that the European patent application shall be deemed to be withdrawn unless this deficiency is corrected within the period prescribed by Article 91, paragraph 5.

(2) In the case of a European divisional application or a new European patent application filed pursuant to Article 61, paragraph 1 (b), the time limit for identifying the inventor may in no case expire before two months after the communication referred to in paragraph 1, which shall state the time limit.

Rule 43

Late-filed or missing drawings

(1) If the examination provided for in Article 91, paragraph 1 (g), reveals that the drawings were filed later than the date of filing of the European patent application, the Receiving Section shall inform the applicant that the drawings and the references to the drawings in the European patent application shall be deemed to be deleted unless the applicant requests within a period of one month that the application be re-dated to the date on which the drawings were filed.

(2) If the examination reveals that the drawings were not filed, the Receiving Section shall invite him to file them within one month and inform him that the application will be re-dated to the date on which they are filed, or, if they are not filed in due time, any reference to them in the application shall be deemed to be deleted.

(3) Les dispositions du paragraphe 1 ne sont pas davantage applicables si l'examen fait apparaître que la date du premier dépôt indiquée lors du dépôt de la demande de brevet européen est antérieure de plus d'un an à la date de dépôt de la demande de brevet européen. Dans un tel cas, la section de dépôt signale au demandeur qu'il n'existe pas de droit de priorité à moins que, dans un délai d'un mois il n'indique une date rectifiée qui se situe au cours de l'année précédant la date de dépôt de la demande de brevet européen.

Règle 42

Désignation ultérieure de l'inventeur

(1) S'il résulte de l'examen prescrit à l'article 91, paragraphe 1, lettre f) que la désignation de l'inventeur n'a pas été effectuée conformément à la règle 17, la section de dépôt notifie au demandeur que s'il n'a pas été remédié à cette irrégularité dans les délais prévus à l'article 91, paragraphe 5, la demande de brevet européen est réputée retirée.

(2) Dans le cas d'une demande divisionnaire européenne ou dans celui d'une nouvelle demande de brevet européen au sens de l'article 61, paragraphe 1, lettre b), le délai pendant lequel l'inventeur peut encore être désigné ne peut en aucun cas être inférieur à deux mois à compter de la notification visée au paragraphe 1, qui doit mentionner la date d'expiration de ce délai.

Règle 43

Dessins omis ou déposés tardivement

(1) S'il résulte de l'examen prescrit à l'article 91, paragraphe 1, lettre g), que les dessins ont été déposés postérieurement à la date de dépôt de la demande de brevet européen, la section de dépôt notifie au demandeur que les dessins et les références aux dessins figurant dans la demande de brevet européen sont réputés supprimés à moins que le demandeur ne présente, dans un délai d'un mois, une requête aux fins d'obtenir une demande dont la date sera la date à laquelle les dessins ont été déposés.

(2) S'il résulte de l'examen que les dessins n'ont pas été déposés, la section de dépôt invite le demandeur à les déposer dans un délai d'un mois et l'informe que la date de la demande sera celle à laquelle les dessins auront été déposés ou que, si les dessins ne sont pas déposés dans le délai, les références aux dessins figurant dans la demande seront réputées supprimées.

(3) Jeder neu festgesetzte Anmeldetag wird dem Anmelder mitgeteilt.

(3) The applicant shall be informed of any new date of filing of the application.

(3) Toute nouvelle date de dépôt de la demande est notifiée au demandeur.

Kapitel II

Europäischer Recherchenbericht

Regel 44

Inhalt

des europäischen Recherchenberichts

(1) Im europäischen Recherchenbericht werden die dem Europäischen Patentamt zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts zur Verfügung stehenden Schriftstücke genannt, die zur Beurteilung der Neuheit der europäischen Patentanmeldung zugrundeliegenden Erfindung und der erfindnerischen Tätigkeit, auf der die Erfindung beruht, in Betracht gezogen werden können.

(2) Die Schriftstücke werden im Zusammenhang mit den Patentansprüchen aufgeführt, auf die sie sich beziehen. Soweit erforderlich werden die maßgeblichen Teile jedes Schriftstücks näher gekennzeichnet (beispielsweise durch Angabe der Seite, der Spalte und der Zeilen oder der Abbildungen).

(3) Im europäischen Recherchenbericht ist zu unterscheiden zwischen Schriftstücken, die vor dem beanspruchten Prioritätstag, zwischen dem Prioritätstag und dem Anmeldetag und an oder nach dem Anmeldetag veröffentlicht worden sind.

(4) Schriftstücke, die sich auf eine vor dem Anmeldetag der europäischen Patentanmeldung der Öffentlichkeit zugänglich gemachte mündliche Beschreibung, Benutzung oder sonstige Offenbarung beziehen, werden in dem europäischen Recherchenbericht unter Angabe des Tags einer etwaigen Veröffentlichung des Schriftstücks und einer nichtschriftlichen Offenbarung genannt.

(5) Der europäische Recherchenbericht wird in der Verfahrenssprache abgefaßt.

(6) Auf dem europäischen Recherchenbericht ist die Klassifikation des Gegenstands der europäischen Patentanmeldung nach der Internationalen Klassifikation anzugeben.

Regel 45

Unvollständige Recherche

Ist die Recherchenabteilung der Auffassung, daß die europäische Patentanmeldung den Vorschriften dieses Übereinkommens so wenig entspricht, daß es nicht möglich ist, auf der Grundlage aller oder einiger Patentansprüche sinnvolle Ermittlungen über den Stand der Technik durchzuführen, so stellt sie entweder in einer

Chapter II

European search report

Rule 44

Content of the European search report

(1) The European search report shall mention those documents, available to the European Patent Office at the time of drawing up the report, which may be taken into consideration in deciding whether the invention to which the European patent application relates is new and involves an inventive step.

(2) Each citation shall be referred to the claims to which it relates. If necessary, the relevant parts of the documents cited shall be identified (for example, by indicating the page, column and lines or the diagrams).

(3) The European search report shall distinguish between cited documents published before the date of priority claimed, between such date of priority and the date of filing, and on or after the date of filing.

(4) Any document which refers to an oral disclosure, a use or any other means of disclosure which took place prior to the date of filing of the European patent application shall be mentioned in the European search report, together with an indication of the date of publication, if any, of the document and the date of the non-written disclosure.

(5) The European search report shall be drawn up in the language of the proceedings.

(6) The European search report shall contain the classification of the subject-matter of the European patent application in accordance with the international classification.

Rule 45

Incomplete search

If the Search Division considers that the European patent application does not comply with the provisions of the Convention to such an extent that it is not possible to carry out a meaningful search into the state of the art on the basis of all or some of the claims, it shall either declare that search is not possible or shall, so

Chapitre II

Rapport de recherche européenne

Règle 44

Contenu du rapport de recherche européenne

(1) Le rapport de recherche européenne cite les documents dont dispose l'Office européen des brevets à la date d'établissement du rapport, qui peuvent être pris en considération pour apprécier la nouveauté de l'invention, objet de la demande de brevet européen, et l'activité inventive.

(2) Chaque citation est faite en relation avec les revendications qu'elle concerne. Si nécessaire, les parties pertinentes du document cité sont identifiées (par exemple en indiquant la page, la colonne et les lignes ou les figures).

(3) Le rapport de recherche européenne doit distinguer entre les documents cités qui ont été publiés avant la date de priorité, entre la date de priorité et la date de dépôt et à la date de dépôt et postérieurement.

(4) Tout document se référant à une divulgation orale, à un usage ou à toute autre divulgation ayant eu lieu antérieurement à la date de dépôt de la demande de brevet européen, est cité dans le rapport de recherche européenne en précisant la date de publication du document, si elle existe, et celle de la divulgation non écrite.

(5) Le rapport de recherche européenne est rédigé dans la langue de la procédure.

(6) Le rapport de recherche européenne mentionne le classement de la demande de brevet européen selon la classification internationale.

Règle 45

Recherche incomplète

Si la division de la recherche estime que la demande de brevet européen n'est pas conforme aux dispositions de la convention, au point qu'une recherche significative sur l'état de la technique ne peut être effectuée au regard de tout ou partie des revendications, elle déclare qu'une telle recherche est impossible ou elle établit,

Erklärung fest, daß Ermittlungen nicht möglich sind, oder erstellt, soweit dies durchführbar ist, für einen Teil der Anmeldung einen europäischen Recherchenbericht. Diese Erklärung und dieser Bericht gelten für das weitere Verfahren als europäischer Recherchenbericht.

Regel 46

Europäischer Recherchenbericht bei mangelnder Einheitlichkeit

(1) Entspricht die europäische Patentanmeldung nach Auffassung der Recherchenabteilung nicht den Anforderungen an die Einheitlichkeit der Erfindung, so erstellt sie den europäischen Recherchenbericht für die Teile der Anmeldung, die sich auf die zuerst in den Patentansprüchen erwähnte Erfindung oder Gruppe von Erfindungen im Sinn des Artikels 82 beziehen. Sie teilt dem Anmelder mit, daß für die übrigen in der Anmeldung enthaltenen Erfindungen europäische Recherchenberichte nur erstellt werden, wenn hierfür innerhalb einer von der Recherchenabteilung zu bestimmenden Frist, die nicht kürzer als zwei Wochen sein und sechs Wochen nicht übersteigen darf, die Recherchegebühren für diese Berichte entrichtet werden. Die Recherchenabteilung erstellt für die Teile der Anmeldung europäische Recherchenberichte, die sich auf die Erfindung beziehen, für die die genannten Gebühren entrichtet worden sind.

(2) Eine nach Absatz 1 gezahlte Recherchegebühr wird zurückgezahlt, wenn der Anmelder im Verlauf der Prüfung der europäischen Patentanmeldung durch die Prüfungsabteilung einen Erstattungsantrag stellt und die Prüfungsabteilung feststellt, daß die in Absatz 1 genannte Mitteilung nicht gerechtfertigt war.

Regel 47

Endgültiger Inhalt der Zusammenfassung

(1) Gleichzeitig mit der Erstellung des europäischen Recherchenberichts bestimmt die Recherchenabteilung den endgültigen Inhalt der Zusammenfassung.

(2) Der endgültige Inhalt der Zusammenfassung wird dem Anmelder zusammen mit dem europäischen Recherchenbericht übersandt.

Kapitel III

Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung

Regel 48

Technische Vorbereitungen für die Veröffentlichung

(1) Der Präsident des Europäischen Patentamts bestimmt, wann die tech-

far as is practicable, draw up a partial European search report. The declaration and the partial report referred to shall be considered, for the purposes of subsequent proceedings, as the European search report.

Rule 46

European search report where the invention lacks unity

(1) If the Search Division considers that the European patent application does not comply with the requirement of unity of invention, it shall draw up the European search report on those parts of the European patent application which relate to the invention, or the group of inventions within the meaning of Article 82, first mentioned in the claims. It shall inform the applicant that if European search reports are to be drawn up in respect of the other inventions, the necessary search fees for obtaining such reports must be paid within a period to be fixed by the Search Division and which may not be shorter than two weeks and may not exceed six weeks. The Search Division shall draw up European search reports for those parts of the European patent application which relate to inventions in respect of which the fees referred to were paid.

(2) Any fee which has been paid under paragraph 1 shall be refunded if, during the examination of the European patent application by the Examining Division, the applicant requests a refund and the Examining Division finds that the communication referred to in the said paragraph was not justified.

Rule 47

Definitive content of the abstract

(1) At the same time as drawing up the European search report, the Search Division shall determine the definitive content of the abstract.

(2) The definitive content of the abstract shall be transmitted to the applicant together with the European search report.

Chapter III

Publication of the European patent application

Rule 48

Technical preparations for publication

(1) The President of the European Patent Office shall determine when

dans la mesure du possible, un rapport partiel de recherche européenne. La déclaration et le rapport partiel sont considérés, aux fins de la procédure ultérieure, comme le rapport de recherche européenne.

Règle 46

Rapport de recherche européenne en cas d'absence d'unité d'invention

(1) Si la division de la recherche estime que la demande de brevet européen ne satisfait pas à l'exigence concernant l'unité d'invention, elle établit le rapport de recherche européenne pour les parties de la demande de brevet européen qui se rapportent à l'invention ou à la pluralité d'inventions au sens de l'article 82, mentionnée en premier lieu dans les revendications. Elle notifie au demandeur que des rapports de recherche européenne ne peuvent être établis pour les autres inventions que si les taxes exigibles sont acquittées dans un délai qu'elle lui impartit et qui ne peut être inférieur à deux semaines ni supérieur à six semaines. La division de la recherche établit des rapports de recherche européenne pour les parties de la demande de brevet européen qui se rapportent aux inventions pour lesquelles les taxes exigibles ont été acquittées.

(2) Toute taxe acquittée en vertu du paragraphe 1 est remboursée si, au cours de l'examen de la demande de brevet européen par la division d'examen, le demandeur le requiert et si la division d'examen constate que la communication visée audit paragraphe n'était pas justifiée.

Règle 47

Contenu définitif de l'abrégé

(1) La division de la recherche établit le rapport de recherche européenne et arrête simultanément le contenu définitif de l'abrégé.

(2) Le contenu définitif de l'abrégé est notifié au demandeur avec le rapport de recherche européenne.

Chapitre III

Publication de la demande de brevet européen

Règle 48

Préparatifs techniques en vue de la publication

(1) Le Président de l'Office européen des brevets détermine quand les pré-

nischen Vorbereitungen für die Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung als abgeschlossen gelten.

(2) Die europäische Patentanmeldung wird nicht veröffentlicht, wenn sie vor Abschluß der technischen Vorbereitungen für die Veröffentlichung rechtskräftig zurückgewiesen oder zurückgenommen worden ist oder als zurückgenommen gilt.

Regel 49

Form der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldungen und europäischen Recherchenberichte

(1) Der Präsident des Europäischen Patentamts bestimmt, in welcher Form die europäischen Patentanmeldungen veröffentlicht werden und welche Angaben sie enthalten. Das gleiche gilt, wenn der europäische Recherchenbericht und die Zusammenfassung gesondert veröffentlicht werden. Der Präsident des Europäischen Patentamts kann für die Veröffentlichung der Zusammenfassung besondere Vorschriften erlassen.

(2) In der veröffentlichten europäischen Patentanmeldung werden die benannten Vertragsstaaten angegeben.

(3) Sind vor Abschluß der technischen Vorbereitungen für die Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung die Patentansprüche nach Regel 86 Absatz 2 geändert worden, so werden in der Veröffentlichung außer den ursprünglichen Patentansprüchen auch die neuen oder geänderten Patentansprüche aufgeführt.

Regel 50

Mitteilung über die Veröffentlichung

(1) Das Europäische Patentamt hat dem Anmelder den Tag mitzuteilen, an dem im Europäischen Patentblatt auf die Veröffentlichung des europäischen Recherchenberichts hingewiesen worden ist, und ihn in dieser Mitteilung auf Artikel 94 Absätze 2 und 3 hinzuweisen, dessen Wortlaut beizufügen ist.

(2) Der Anmelder kann aus der Unterlassung der Mitteilung nach Absatz 1 keine Ansprüche herleiten. Ist in der Mitteilung ein späterer Tag der Veröffentlichung angegeben, so ist für die Frist zur Stellung des Prüfungsantrags der spätere Tag als der Tag des Hinweises auf die Veröffentlichung maßgebend, wenn der Fehler nicht ohne weiteres erkennbar war.

the technical preparations for publication of the European patent application are to be deemed to have been completed.

(2) The European patent application shall not be published if it has been finally refused or withdrawn or deemed to be withdrawn before the termination of the technical preparations for publication.

Rule 49

Form of the publication of European patent applications and European search reports

(1) The President of the European Patent Office shall prescribe the form of the publication of the European patent application and the data which are to be included. The same shall apply where the European search report and the abstract are published separately. The President of the European Patent Office may lay down special conditions for the publication of the abstract.

(2) The designated Contracting States shall be specified in the published European patent application.

(3) If, before the termination of the technical preparations for publication of the European patent application, the claims have been amended pursuant to Rule 86, paragraph 2, the new or amended claims shall be included in the publication in addition to the original claims.

Rule 50

Information about publication

(1) The European Patent Office shall communicate to the applicant the date on which the European Patent Bulletin mentions the publication of the European search report and shall draw his attention in this communication to the provisions of Article 94, paragraphs 2 and 3, the text of which shall be attached.

(2) The applicant may not invoke the omission of the communication provided for in paragraph 1. If a later date than the date of the mention of the publication is specified in the communication, the later date shall be the decisive date as regards the time limit for filing the request for examination unless the error is apparent.

paratifs techniques entrepris en vue de la publication de la demande de brevet européen sont réputés achevés.

(2) La demande de brevet européen n'est pas publiée lorsque la demande a été rejetée définitivement ou a été retirée ou est réputée retirée avant la fin des préparatifs techniques entrepris en vue de la publication.

Règle 49

Forme de la publication des demandes de brevet européen et des rapports de recherche européenne

(1) Le Président de l'Office européen des brevets détermine la forme de la publication des demandes de brevet européen ainsi que les indications qui doivent y figurer. Les mêmes dispositions sont applicables lorsque le rapport de recherche européenne et l'abrégé sont publiés séparément. Le Président de l'Office européen des brevets peut déterminer des modalités particulières de publication de l'abrégé.

(2) Les États contractants désignés doivent figurer dans la demande de brevet européen publiée.

(3) Si, avant la fin des préparatifs techniques entrepris en vue de la publication de la demande de brevet européen, les revendications ont été modifiées conformément à la règle 86, paragraphe 2, les revendications nouvelles ou modifiées figurent dans la publication à côté des revendications initiales.

Règle 50

Renseignements concernant la publication

(1) L'Office européen des brevets est tenu de notifier au demandeur la date à laquelle le Bulletin européen des brevets a mentionné la publication du rapport de recherche européenne et d'appeler, dans cette notification, son attention sur les dispositions de l'article 94, paragraphes 2 et 3, dont le texte est annexé.

(2) Le demandeur ne peut se prévaloir de l'omission de la notification visée au paragraphe 1. Si la notification indique par erreur une date postérieure à celle de la mention de la publication, la date postérieure est considérée comme déterminante pour le délai de présentation de la requête en examen, à moins que l'erreur ne soit évidente.

Kapitel IV
Prüfung
durch die Prüfungsabteilung

Regel 51
Prüfungsverfahren

(1) In dem Bescheid nach Artikel 96 Absatz 1 stellt das Europäische Patentamt dem Anmelder anheim, zu dem europäischen Recherchenbericht Stellung zu nehmen und gegebenenfalls die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen zu ändern.

(2) In den Bescheiden nach Artikel 96 Absatz 2 fordert die Prüfungsabteilung den Anmelder gegebenenfalls auf, die festgestellten Mängel zu beseitigen und soweit erforderlich die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen in geänderter Form einzureichen.

(3) Die Bescheide nach Artikel 96 Absatz 2 sind zu begründen; dabei sollen alle Gründe zusammengefaßt werden, die der Erteilung des europäischen Patents entgegenstehen.

(4) Bevor die Prüfungsabteilung die Erteilung des europäischen Patents beschließt, teilt sie dem Anmelder mit, in welcher Fassung sie das europäische Patent zu erteilen beabsichtigt, und fordert ihn auf, innerhalb von drei Monaten die Erteilungsgebühr und die Druckkostengebühr zu entrichten sowie eine Übersetzung der Patentansprüche in den beiden Amtssprachen des Europäischen Patentamts einzureichen, die nicht die Verfahrenssprache sind. Teilt der Anmelder innerhalb dieser Frist mit, daß er mit der Erteilung des europäischen Patents in der vorgesehenen Fassung nicht einverstanden ist, so gilt die Mitteilung der Prüfungsabteilung als nicht erfolgt; die Prüfung wird fortgesetzt.

(5) In der Mitteilung der Prüfungsabteilung nach Absatz 4 werden die benannten Vertragsstaaten angegeben, die eine Übersetzung nach Artikel 65 Absatz 1 verlangen.

(6) In der Entscheidung, durch die das europäische Patent erteilt wird, ist die der Patenterteilung zugrundeliegende Fassung der europäischen Patentanmeldung anzugeben.

Regel 52
Erteilung des europäischen Patents
an verschiedene Anmelder

Sind als Anmelder für verschiedene Vertragsstaaten verschiedene Personen in das europäische Patentregister eingetragen, so erteilt die Prüfungsabteilung das europäische Patent den

Chapter IV
Examination
by the Examining Division

Rule 51
Examination procedure

(1) In the invitation pursuant to Article 96, paragraph 1, the European Patent Office shall invite the applicant, if he wishes, to comment on the European search report and to amend, where appropriate, the description, claims and drawings.

(2) In any invitation pursuant to Article 96, paragraph 2, the Examining Division shall, where appropriate, invite the applicant to correct the disclosed deficiencies and, where necessary, to file the description, claims and drawings in an amended form.

(3) Any communication pursuant to Article 96, paragraph 2, shall contain a reasoned statement covering, where appropriate, all the grounds against the grant of the European patent.

(4) Before the Examining Division decides to grant the European patent, it shall inform the applicant of the text in which it intends to grant it, and shall request him to pay within three months the fees for grant and printing and to file a translation of the claims in the two official languages of the European Patent Office other than the language of the proceedings. If the applicant has communicated his disapproval of the patent being granted on the basis of this text within that period, the communication of the Examining Division shall be deemed not to have been made, and the examination shall be resumed.

(5) The communication of the Examining Division under paragraph 4 shall indicate the designated Contracting States which require a translation pursuant to Article 65, paragraph 1.

(6) The decision to grant the European patent shall state which text of the European patent application forms the basis for the grant of the European patent.

Rule 52
Grant of the European patent
to different applicants

Where different persons are entered in the Register of European Patents as applicants in respect of different Contracting States, the Examining Division shall grant the European patent

Chapitre IV
Examen
par la division d'examen

Règle 51
Procédure d'examen

(1) L'Office européen des brevets, dans la notification adressée au demandeur en vertu de l'article 96, paragraphe 1, l'invite, si tel est son désir, à prendre position au sujet du rapport de recherche européenne et à modifier, s'il y a lieu, la description, les revendications et les dessins.

(2) Dans toute notification adressée au demandeur en application de l'article 96, paragraphe 2, la division d'examen l'invite, s'il a lieu, à remédier aux irrégularités constatées et, en tant que de besoin, à déposer une description, des revendications et des dessins modifiés.

(3) Toute notification faite en vertu de l'article 96, paragraphe 2, doit être motivée et indiquer, s'il y a lieu, l'ensemble des motifs qui s'opposent à la délivrance du brevet européen.

(4) Avant de prendre la décision de délivrer le brevet européen, la division d'examen notifie au demandeur le texte dans lequel elle envisage de délivrer le brevet européen et l'invite à acquitter dans un délai de trois mois les taxes de délivrance et d'impression et à produire une traduction des revendications dans les deux langues officielles de l'Office européen des brevets autres que celle de la procédure. Si, dans ledit délai, le demandeur a marqué son désaccord sur la délivrance du brevet européen dans ce texte, la notification de la division d'examen est réputée n'avoir pas été faite et l'examen est repris.

(5) La notification de la division d'examen à laquelle fait référence le paragraphe 4 doit indiquer les États contractants désignés qui exigent une traduction en application des dispositions de l'article 65, paragraphe 1.

(6) La décision de délivrance du brevet européen indique celui des textes de la demande de brevet européen qui a donné lieu à la délivrance du brevet européen.

Règle 52
Délivrance du brevet européen
à plusieurs demandeurs

Si des personnes différentes sont inscrites au Registre européen des brevets en tant que titulaires de la demande de brevet dans différents États contractants, la division d'exa-

verschiedenen Anmeldern jeweils für die sie betreffenden Vertragsstaaten.

for each Contracting States to the applicant or applicants registered in respect of that State.

men délivre le brevet européen, pour chacun desdits États contractants, à celui des demandeurs qui figure ou à ceux des demandeurs qui figurent au registre comme titulaires des droits pour cet État.

Kapitel V

Europäische Patentschrift

Regel 53

Form der europäischen Patentschrift

Regel 49 Absätze 1 und 2 ist auf die europäische Patentschrift entsprechend anzuwenden. Außerdem wird in der Patentschrift die Frist angegeben, innerhalb deren Einspruch gegen das europäische Patent eingelegt werden kann.

Regel 54

Urkunde über das europäische Patent

(1) Sobald die europäische Patentschrift herausgegeben worden ist, stellt das Europäische Patentamt dem Patentinhaber die Urkunde über das europäische Patent aus, der als Anlage die Patentschrift beigelegt ist. In dieser Urkunde wird bescheinigt, daß das Patent für die in der Patentschrift beschriebene Erfindung der in der Urkunde genannten Person für die in der Patentschrift bezeichneten Vertragsstaaten erteilt worden ist.

(2) Der Patentinhaber kann verlangen, daß ihm gegen Entrichtung einer Verwaltungsgebühr Ausfertigungen der Urkunde über das europäische Patent ausgestellt werden.

Fünfter Teil

Ausführungsvorschriften zum Fünften Teil des Übereinkommens

Regel 55

Inhalt der Einspruchsschrift

Die Einspruchsschrift muß enthalten:

- a) den Namen, die Anschrift und den Staat des Wohnsitzes oder Sitzes des Einsprechenden nach Maßgabe der Regel 26 Absatz 2 Buchstabe c;
- b) die Nummer des europäischen Patents, gegen das der Einspruch eingelegt wird, sowie die Bezeichnung des Inhabers dieses Patents und der Erfindung;
- c) eine Erklärung darüber, in welchem Umfang gegen das europäische Patent Einspruch eingelegt

Chapter V

The European patent specification

Rule 53

Form of the specification of the European patent

Rule 49, paragraphs 1 and 2, shall apply mutatis mutandis to the specification of the European patent. The specification shall also contain an indication of the time limit for opposing the European patent.

Rule 54

Certificate for a European patent

(1) As soon as the specification of the European patent has been published the European Patent Office shall issue to the proprietor of the patent a certificate for a European patent, to which the specification shall be annexed. The certificate shall certify that the patent has been granted, in respect of the invention described in the patent specification, to the person named in the certificate, for the Contracting States designated in the specification.

(2) The proprietor of the patent may request that duplicate copies of the European patent certificate be supplied to him upon payment of an administrative fee.

Part V

Implementing Regulations to Part V of the Convention

Rule 55

Content of the notice of opposition

The notice of opposition shall contain:

- (a) the name and address of the opponent and the State in which his residence or principal place of business is located, in accordance with the provisions of Rule 26, paragraph 2 (c);
- (b) the number of the European patent against which opposition is filed, and the name of the proprietor and title of the invention;
- (c) a statement of the extent to which the European patent is opposed and of the grounds on which the

Chapitre V

Fascicule du brevet européen

Règle 53

Forme du fascicule du brevet européen

Les dispositions de la règle 49, paragraphes 1 et 2, s'appliquent au fascicule du brevet européen. Le fascicule mentionne également le délai pendant lequel le brevet européen délivré peut faire l'objet d'une opposition.

Règle 54

Certificat de brevet européen

(1) Dès que le fascicule du brevet européen a été publié, l'Office européen des brevets délivre au titulaire du brevet un certificat de brevet européen auquel est annexé le fascicule. Le certificat de brevet européen atteste que le brevet accordé pour l'invention décrite dans le fascicule a été délivré pour les États contractants désignés dans celui-ci, à la personne pour laquelle le certificat a été délivré.

(2) Le titulaire du brevet européen peut demander la délivrance de duplicata du certificat de brevet européen en acquittant une taxe d'administration.

Cinquième partie

Dispositions d'application de la cinquième partie de la Convention

Règle 55

Contenu de l'acte d'opposition

L'acte d'opposition doit comporter:

- a) l'indication du nom, de l'adresse et de l'État du domicile ou du siège de l'opposant, dans les conditions prévues à la règle 26, paragraphe 2, lettre c);
- b) le numéro du brevet européen contre lequel l'opposition est formée, ainsi que la désignation de son titulaire et le titre de l'invention;
- c) une déclaration précisant la mesure dans laquelle le brevet européen est mis en cause par l'opposi-

und auf welche Einspruchsgründe der Einspruch gestützt wird, sowie die Angabe der zur Begründung vorgebrachten Tatsachen und Beweismittel;

- d) falls ein Vertreter des Einsprechenden bestellt ist, seinen Namen und seine Geschäftsanschrift nach Maßgabe der Regel 26 Absatz 2 Buchstabe c.

Regel 56

Verwerfung des Einspruchs als unzulässig

(1) Stellt die Einspruchsabteilung fest, daß der Einspruch Artikel 99 Absatz 1 sowie Regel 1 Absatz 1 und Regel 55 Buchstabe c nicht entspricht oder daß das europäische Patent, gegen das der Einspruch eingelegt wird, nicht hinreichend bezeichnet ist, so verwirft sie den Einspruch als unzulässig, sofern die Mängel nicht bis zum Ablauf der Einspruchsfrist beseitigt worden sind.

(2) Stellt die Einspruchsabteilung fest, daß der Einspruch anderen als den in Absatz 1 bezeichneten Vorschriften der Regel 55 nicht entspricht, so teilt sie dies dem Antragsteller mit und fordert ihn auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist die festgestellten Mängel zu beseitigen. Werden die Mängel nicht rechtzeitig beseitigt, so verwirft die Einspruchsabteilung den Einspruch als unzulässig.

(3) Jede Entscheidung, durch die ein Einspruch als unzulässig verworfen wird, wird dem Patentinhaber mit einer Abschrift des Einspruchs mitgeteilt.

Regel 57

Vorbereitung der Einspruchsprüfung

(1) Ist der Einspruch zulässig, so teilt die Einspruchsabteilung dem Patentinhaber den Einspruch mit und fordert ihn auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist eine Stellungnahme und gegebenenfalls Änderungen der Beschreibung, der Patentansprüche und der Zeichnungen einzureichen.

(2) Sind mehrere Einsprüche eingelegt worden, so teilt die Einspruchsabteilung gleichzeitig mit der Mitteilung nach Absatz 1 die Einsprüche den übrigen Einsprechenden mit.

(3) Die Einspruchsabteilung teilt die Stellungnahme des Patentinhabers und gegebenenfalls die Änderungen den übrigen Beteiligten mit und fordert sie auf, wenn sie dies für sachdienlich erachtet, sich innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist hierzu zu äußern.

opposition is based as well as an indication of the facts, evidence and arguments presented in support of these grounds;

- (d) if the opponent has appointed a representative, his name and the address of his place of business, in accordance with the provisions of Rule 26, paragraph 2 (c).

Rule 56

Rejection of the notice of opposition as inadmissible

(1) If the Opposition Division notes that the notice of opposition does not comply with the provisions of Article 99, paragraph 1, Rule 1, paragraph 1, and Rule 55, sub-paragraph (c), or does not provide sufficient identification of the patent against which opposition has been filed, it shall reject the notice of opposition as inadmissible unless these deficiencies have been remedied before expiry of the opposition period.

(2) If the Opposition Division notes that the notice of opposition does not comply with the provisions of Rule 55 other than those mentioned in paragraph 1, it shall communicate this to the opponent and shall invite him to remedy the deficiencies noted within such period as it may specify. If the notice of opposition is not corrected in good time, the Opposition Division shall reject it as inadmissible.

(3) Any decision to reject a notice of opposition as inadmissible shall be communicated to the proprietor of the patent, together with a copy of the notice.

Rule 57

Preparation of the examination of the opposition

(1) If the opposition is admissible, the Opposition Division shall communicate the opposition to the proprietor of the patent and shall invite him to file his observations and to file amendments, where appropriate, to the description, claims and drawings within a period to be fixed by the Opposition Division.

(2) If several notices of opposition have been filed, the Opposition Division shall communicate them to the other opponents at the same time as the communication provided for under paragraph 1.

(3) The observations and any amendments filed by the proprietor of the patent shall be communicated to the other parties concerned who shall be invited by the Opposition Division, if it considers it expedient, to reply within a period to be fixed by the Opposition Division.

tion, les motifs sur lesquels l'opposition se fonde ainsi que les faits et justifications invoqués à l'appui de ces motifs;

- d) l'indication du nom et de l'adresse professionnelle du mandataire de l'opposant, s'il en a été constitué un, dans les conditions prévues à la règle 26, paragraphe 2, lettre c).

Règle 56

Rejet de l'opposition pour irrecevabilité

(1) Si la division d'opposition constate que l'opposition n'est pas conforme aux dispositions de l'article 99, paragraphe 1, de la règle 1, paragraphe 1 et de la règle 55, lettre c), ou ne désigne pas le brevet en cause de manière suffisante, elle rejette ladite opposition comme irrecevable, à moins qu'il n'ait été remédié à ces irrégularités avant l'expiration du délai d'opposition.

(2) Si la division d'opposition constate que l'opposition n'est pas conforme aux dispositions de la règle 55 autres que celles prévues au paragraphe 1, elle le notifie à l'opposant et l'invite à remédier aux irrégularités constatées, dans un délai qu'elle lui impartit. Si l'acte d'opposition n'est pas régularisé dans les délais, la division d'opposition rejette l'opposition comme irrecevable.

(3) Toute décision par laquelle une opposition est rejetée pour irrecevabilité est notifiée, avec une copie de l'acte d'opposition, au titulaire du brevet.

Règle 57

Mesures préparatoires à l'examen de l'opposition

(1) Si l'opposition est recevable, la division d'opposition notifie au titulaire du brevet l'opposition formée et l'invite, dans un délai qu'elle lui impartit, à présenter ses observations et à soumettre, s'il y a lieu, des modifications à la description, aux revendications et aux dessins.

(2) Si plusieurs oppositions ont été formées, ces oppositions sont notifiées en même temps que la notification visée au paragraphe 1 par la division d'opposition aux différents opposants.

(3) Les observations du titulaire du brevet ainsi que toutes modifications qu'il a soumises sont notifiées aux autres parties intéressées par la division d'opposition qui invite les parties, si elle le juge opportun, à répliquer dans un délai qu'elle leur impartit.

(4) Im Fall eines Antrags auf Beirtritt zum Einspruchsverfahren kann die Einspruchsabteilung von der Anwendung der Absätze 1 bis 3 absehen.

Regel 58

Prüfung des Einspruchs

(1) Alle Bescheide nach Artikel 101 Absatz 2 und alle hierzu eingehenden Stellungnahmen werden den Beteiligten übersandt.

(2) In den Bescheiden, die nach Artikel 101 Absatz 2 an den Patentinhaber ergehen, wird dieser gegebenenfalls aufgefordert, soweit erforderlich die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen in geänderter Form einzureichen.

(3) Die Bescheide, die nach Artikel 101 Absatz 2 an den Patentinhaber ergehen, sind soweit erforderlich zu begründen; dabei sollen alle Gründe zusammengefaßt werden, die der Aufrechterhaltung des europäischen Patents entgegenstehen.

(4) Bevor die Einspruchsabteilung die Aufrechterhaltung des europäischen Patents in geändertem Umfang beschließt, teilt sie den Beteiligten mit, in welchem Umfang sie das Patent aufrechtzuerhalten beabsichtigt, und fordert sie auf, innerhalb eines Monats Stellung zu nehmen, wenn sie mit der Fassung, in der das Patent aufrechterhalten werden soll, nicht einverstanden sind.

(5) Ist ein Beteiligter mit der von der Einspruchsabteilung mitgeteilten Fassung nicht einverstanden, so kann das Einspruchsverfahren fortgesetzt werden; anderenfalls fordert die Einspruchsabteilung den Patentinhaber nach Ablauf der in Absatz 4 genannten Frist auf, innerhalb von drei Monaten die Druckkostengebühr für eine neue europäische Patentschrift zu entrichten und eine Übersetzung der geänderten Patentansprüche in den beiden Amtssprachen des Europäischen Patentamts einzureichen, die nicht die Verfahrenssprache sind.

(6) In der Mitteilung der Einspruchsabteilung nach Absatz 5 werden die benannten Vertragsstaaten angegeben, die eine Übersetzung nach Artikel 65 Absatz 1 verlangen.

(7) In der Entscheidung, durch die das europäische Patent in geändertem Umfang aufrechterhalten wird, ist die der Aufrechterhaltung zugrundeliegende Fassung des europäischen Patents anzugeben.

Regel 59

Anforderung von Unterlagen

Werden im Einspruchsverfahren von einem Beteiligten Unterlagen ge-

(4) In the case of a notice of intervention in opposition proceedings the Opposition Division may dispense with the application of paragraphs 1 to 3.

Rule 58

Examination of opposition

(1) All communications issued pursuant to Article 101, paragraph 2, and all replies thereto shall be communicated to all parties.

(2) In any communication to the proprietor of the European patent pursuant to Article 101, paragraph 2, he shall, where appropriate, be invited to file, where necessary, the description, claims and drawings in amended form.

(3) Where necessary, any communication to the proprietor of the European patent pursuant to Article 101, paragraph 2, shall contain a reasoned statement. Where appropriate, this statement shall cover all the grounds against the maintenance of the European patent.

(4) Before the Opposition Division decides on the maintenance of the European patent in the amended form, it shall inform the parties that it intends to maintain the patent as amended and shall invite them to state their observations within a period of one month if they disapprove of the text in which it is intended to maintain the patent.

(5) If disapproval of the text communicated by the Opposition Division is expressed, examination of the opposition may be continued; otherwise, the Opposition Division shall, on expiry of the period referred to in paragraph 4, request the proprietor of the patent to pay, within three months, the fee for the printing of a new specification of the European patent and to file a translation of any amended claims in the two official languages of the European Patent Office other than the language of the proceedings.

(6) The communication of the Opposition Division under paragraph 5 shall indicate the designated Contracting States which require a translation pursuant to Article 65, paragraph 1.

(7) The decision to maintain the European patent as amended shall state which text of the European patent forms the basis for the maintenance thereof.

Rule 59

Requests for documents

If, during opposition proceedings, a party refers to documents which

(4) En cas de demande d'intervention dans la procédure d'opposition, la division d'opposition peut s'abstenir d'appliquer les dispositions des paragraphes 1, 2 et 3.

Règle 58

Examen de l'opposition

(1) Toute notification faite en vertu de l'article 101, paragraphe 2, ainsi que toute réponse sont notifiées à toutes les parties.

(2) Dans toute notification faite au titulaire du brevet européen en application de l'article 101, paragraphe 2, celui-ci est invité, s'il y a lieu, à déposer, en tant que de besoin, une description, des revendications et des dessins modifiés.

(3) En tant que de besoin, toute notification faite au titulaire du brevet européen en application de l'article 101, paragraphe 2, est motivée. S'il y a lieu, la notification indique l'ensemble des motifs qui s'opposent au maintien du brevet européen.

(4) Avant de prendre la décision de maintenir le brevet européen dans sa forme modifiée, la division d'opposition notifie aux parties qu'elle envisage le maintien du brevet ainsi modifié et les invite à présenter leurs observations dans le délai d'un mois si elles ne sont pas d'accord sur le texte dans lequel elle a l'intention de maintenir le brevet.

(5) En cas de désaccord sur le texte notifié par la division d'opposition, l'examen de l'opposition peut être poursuivi; dans le cas contraire, la division d'opposition, à l'expiration du délai visé au paragraphe 4, invite le titulaire du brevet européen à acquitter dans un délai de trois mois la taxe d'impression d'un nouveau fascicule du brevet européen et à produire une traduction des revendications modifiées dans les deux langues officielles autres que celle de la procédure.

(6) La notification de la division d'opposition à laquelle fait référence le paragraphe 5 doit indiquer les États contractants désignés qui exigent une traduction en application des dispositions de l'article 65, paragraphe 1.

(7) La décision de maintenir le brevet européen dans sa forme modifiée indique celui des textes du brevet européen sur la base duquel le brevet a été maintenu.

Règle 59

Demande de documents

Si, au cours de la procédure d'opposition, une partie fait mention de do-

nannt, die im Europäischen Patentamt nicht vorhanden sind, so kann das Europäische Patentamt die Nachreichung der Unterlagen innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist verlangen. Werden die Unterlagen nicht rechtzeitig eingereicht, so braucht das Europäische Patentamt das darauf gestützte Vorbringen nicht zu berücksichtigen.

Regel 60

Fortsetzung des Einspruchsverfahrens von Amts wegen

(1) Hat der Patentinhaber für alle benannten Vertragsstaaten auf das europäische Patent verzichtet oder ist das europäische Patent für alle diese Staaten erloschen, so kann das Einspruchsverfahren auf Antrag des Einsprechenden fortgesetzt werden; der Antrag ist innerhalb von zwei Monaten nach dem Tag zu stellen, an dem ihm das Europäische Patentamt den Verzicht oder das Erlöschen mitgeteilt hat.

(2) Stirbt ein Einsprechender oder verliert er seine Geschäftsfähigkeit, so kann das Einspruchsverfahren auch ohne die Beteiligung seiner Erben oder gesetzlichen Vertreter von Amts wegen fortgesetzt werden. Das Verfahren kann auch fortgesetzt werden, wenn der Einspruch zurückgenommen wird.

Regel 61

Rechtsübergang des europäischen Patents

Regel 20 ist auf einen Rechtsübergang des europäischen Patents während der Einspruchsfrist oder der Dauer des Einspruchsverfahrens entsprechend anzuwenden.

Regel 62

Form der neuen europäischen Patentschrift im Einspruchsverfahren

Regel 49 Absätze 1 und 2 ist auf die neue europäische Patentschrift entsprechend anzuwenden.

Regel 63

Kosten

(1) Die Kostenverteilung wird in der Entscheidung über den Einspruch angeordnet. Es können nur die Kosten berücksichtigt werden, die zur zweckentsprechenden Wahrung der Rechte notwendig waren. Zu den Kosten gehört die Vergütung für die Vertreter der Beteiligten.

(2) Dem Antrag auf Kostenfestsetzung sind eine Kostenberechnung und die Belege beizufügen. Der Antrag ist erst zulässig, wenn die Entscheidung,

are not available in the European Patent Office, the European Patent Office may require that those documents be filed within such period as it may specify. If such documents are not filed in good time, the European Patent Office may decide not to take into account any evidence based on them.

Rule 60

Continuation of the opposition proceedings by the European Patent Office of its own motion

(1) If the European patent has been surrendered or has lapsed for all the designated States, the opposition proceedings may be continued at the request of the opponent filed within two months as from a notification by the European Patent Office of the surrender or lapse.

(2) In the event of the death or legal incapacity of an opponent, the opposition proceedings may be continued by the European Patent Office of its own motion, even without the participation of the heirs or legal representatives. The same shall apply when the opposition is withdrawn.

Rule 61

Transfer of the European patent

Rule 20 shall apply mutatis mutandis to any transfer of the European patent made during the opposition period or during opposition proceedings.

Rule 62

Form of the new specification of the European patent in opposition proceedings

Rule 49, paragraphs 1 and 2, shall apply mutatis mutandis to the new specification of the European patent.

Rule 63

Costs

(1) Apportionment of costs shall be dealt with in the decision on the opposition. Such apportionment shall only take into consideration the expenses necessary to assure proper protection of the rights involved. The costs shall include the remuneration of the representatives of the parties.

(2) A bill of costs, with supporting evidence, shall be attached to the request for the fixing of costs. The request shall only be admissible if the

cuments qui ne sont pas en la possession de l'Office européen des brevets, celui-ci peut exiger que ces documents lui soient fournis dans un délai qu'il impartit. Si les documents ne sont pas fournis dans les délais, l'Office européen des brevets peut ne pas tenir compte des arguments à l'appui desquels ils sont invoqués.

Règle 60

Poursuite d'office de la procédure d'opposition

(1) Si le titulaire a renoncé au brevet européen pour tous les États désignés ou si celui-ci s'est éteint pour tous ces États, la procédure d'opposition peut être poursuivie sur requête de l'opposant; cette requête doit être présentée dans un délai de deux mois à compter de la signification faite à l'opposant par l'Office européen des brevets de la renonciation ou de l'extinction.

(2) Si un opposant décède ou devient incapable, la procédure d'opposition peut être poursuivie d'office, même sans la participation de ses héritiers ou représentants légaux. Il en va de même en cas de retrait de l'opposition.

Règle 61

Transfert du brevet européen

Les dispositions de la règle 20 sont applicables au transfert du brevet européen pendant le délai d'opposition ou pendant la procédure d'opposition.

Règle 62

Forme du nouveau fascicule du brevet européen dans la procédure d'opposition

Les dispositions de la règle 49, paragraphes 1 et 2, s'appliquent au nouveau fascicule du brevet européen.

Règle 63

Frais

(1) La répartition des frais est prescrite dans la décision rendue sur l'opposition. La répartition ne peut prendre en considération que les dépenses nécessaires pour assurer une défense adéquate des droits en cause. Les frais incluent la rémunération des représentants des parties.

(2) Le décompte des frais et les pièces justificatives doivent être annexés à la requête de fixation des frais. Celle-ci n'est recevable que si

für die die Kostenfestsetzung beantragt wird, rechtskräftig ist. Zur Festsetzung der Kosten genügt es, daß sie glaubhaft gemacht werden.

(3) Der Antrag auf Entscheidung der Einspruchsabteilung über die Kostenfestsetzung der Geschäftsstelle ist innerhalb eines Monats nach Zustellung der Kostenfestsetzung schriftlich beim Europäischen Patentamt einzureichen und zu begründen. Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die Kostenfestsetzungsgebühr entrichtet worden ist.

(4) Die Einspruchsabteilung entscheidet über den in Absatz 3 genannten Antrag ohne mündliche Verhandlung.

decision in respect of which the fixing of costs is required has become final. Costs may be fixed once their credibility is established.

(3) The request for a decision by the Opposition Division on the awarding of costs by the registry, stating the reasons on which it is based, must be filed in writing to the European Patent Office within one month after the date of notification of the awarding of costs. It shall not be deemed to be filed until the fee for the awarding of costs has been paid.

(4) The Opposition Division shall take a decision on the request referred to in paragraph 3 without oral proceedings.

la décision pour laquelle est requise la fixation des frais est passée en force de chose jugée. Pour la fixation des frais, il suffit que leur présomption soit établie.

(3) La requête motivée en vue d'une décision de la division d'opposition sur la fixation des frais par le greffe doit être présentée par écrit à l'Office européen des brevets, dans le délai d'un mois après la signification de la fixation des frais. Elle n'est réputée présentée qu'après paiement de la taxe de fixation des frais.

(4) La division d'opposition statue sur la requête visée au paragraphe 3 sans procédure orale.

Sechster Teil

Ausführungsvorschriften zum Sechsten Teil des Übereinkommens

Regel 64

Inhalt der Beschwerdeschrift

Die Beschwerdeschrift muß enthalten:

- a) den Namen und die Anschrift des Beschwerdeführers nach Maßgabe der Regel 26 Absatz 2 Buchstabe c;
- b) einen Antrag, der die angefochtene Entscheidung und den Umfang anzugeben hat, in dem ihre Änderung oder Aufhebung begehrt wird.

Regel 65

Verwerfung der Beschwerde als unzulässig

(1) Entspricht die Beschwerde nicht den Artikeln 106 bis 108 sowie Regel 1 Absatz 1 und Regel 64 Buchstabe b, so verwirft die Beschwerdekammer sie als unzulässig, sofern die Mängel nicht bis zum Ablauf der nach Artikel 108 maßgebenden Fristen beseitigt worden sind.

(2) Stellt die Beschwerdekammer fest, daß die Beschwerde der Regel 64 Buchstabe a nicht entspricht, so teilt sie dies dem Beschwerdeführer mit und fordert ihn auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist die festgestellten Mängel zu beseitigen. Werden die Mängel nicht rechtzeitig beseitigt, so verwirft die Beschwerdekammer die Beschwerde als unzulässig.

Regel 66

Prüfung der Beschwerde

(1) Die Vorschriften für das Verfahren vor der Stelle, die die mit der Beschwerde angefochtene Entscheidung

Part VI

Implementing Regulations to Part VI of the Convention

Rule 64

Content of the notice of appeal

The notice of appeal shall contain:

- a) the name and address of the appellant in accordance with the provisions of Rule 26, paragraph 2 (c);
- b) a statement identifying the decision which is impugned and the extent to which amendment or cancellation of the decision is requested.

Rule 65

Rejection of the appeal as inadmissible

(1) If the appeal does not comply with Articles 106 to 108 and with Rule 1, paragraph 1, and Rule 64, sub-paragraph (b), the Board of Appeal shall reject it as inadmissible, unless each deficiency has been remedied before the relevant time limit laid down in Article 108 has expired.

(2) If the Board of Appeal notes that the appeal does not comply with the provisions of Rule 64, sub-paragraph (a), it shall communicate this to the appellant and shall invite him to remedy the deficiencies noted within such period as it may specify. If the appeal is not corrected in good time, the Board of Appeal shall reject it as inadmissible.

Rule 66

Examination of appeals

(1) Unless otherwise provided, the provisions relating to proceedings before the department which has

Sixième partie

Dispositions d'application de la sixième partie de la Convention

Règle 64

Contenu de l'acte de recours

L'acte de recours doit comporter:

- a) le nom et l'adresse du requérant, dans les conditions prévues à la règle 26, paragraphe 2, lettre c);
- b) une requête identifiant la décision attaquée et indiquant la mesure dans laquelle sa modification ou sa révocation est demandée.

Règle 65

Rejet du recours pour irrecevabilité

(1) Si le recours n'est pas conforme aux exigences des articles 106 à 108 et à celles de la règle 1, paragraphe 1 et de la règle 64, lettre b), la chambre de recours le rejette comme irrecevable, à moins qu'il n'ait été remédié aux irrégularités avant l'expiration, selon le cas, de l'un ou l'autre des délais fixés à l'article 108.

(2) Si la chambre de recours constate que le recours n'est pas conforme aux dispositions de la règle 64, lettre a), elle le notifie au requérant et l'invite à remédier aux irrégularités constatées dans un délai qu'elle lui impartit. Si le recours n'est pas régularisé dans les délais, la chambre de recours le rejette comme irrecevable.

Règle 66

Examen du recours

(1) A moins qu'il n'en soit disposé autrement, les dispositions relatives à la procédure devant l'instance qui

erlassen hat, sind im Beschwerdeverfahren entsprechend anzuwenden, soweit nichts anderes bestimmt ist.

(2) Die Entscheidung ist vom Vorsitzenden der Beschwerdekammer und von dem dafür zuständigen Bediensteten der Geschäftsstelle der Beschwerdekammer zu unterschreiben. Die Entscheidung enthält:

- a) die Feststellung, daß sie von der Beschwerdekammer erlassen ist;
- b) den Tag, an dem die Entscheidung erlassen worden ist;
- c) die Namen des Vorsitzenden und der übrigen Mitglieder der Beschwerdekammer, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben;
- d) die Bezeichnung der Beteiligten und ihrer Vertreter;
- e) die Anträge der Beteiligten;
- f) eine kurze Darstellung des Sachverhalts;
- g) die Entscheidungsgründe;
- h) die Formel der Entscheidung, gegebenenfalls einschließlich der Entscheidung über die Kosten.

Regel 67

Rückzahlung der Beschwerdegebühr

Die Rückzahlung der Beschwerdegebühr wird angeordnet, wenn der Beschwerde abgeholfen oder ihr durch die Beschwerdekammer stattgegeben wird und die Rückzahlung wegen eines wesentlichen Verfahrensmangels der Billigkeit entspricht. Die Rückzahlung wird, falls der Beschwerde abgeholfen wird, von dem Organ, dessen Entscheidung angefochten wurde, und in den übrigen Fällen von der Beschwerdekammer angeordnet.

Siebenter Teil

Ausführungsvorschriften zum Siebenten Teil des Übereinkommens

Kapitel I

Entscheidungen, Bescheide und Mitteilungen des Europäischen Patentamts

Regel 68

Form der Entscheidungen

(1) Findet eine mündliche Verhandlung vor dem Europäischen Patentamt statt, so können die Entscheidungen verkündet werden. Später sind die Entscheidungen schriftlich abzufassen und den Beteiligten zuzustellen.

(2) Die Entscheidungen des Europäischen Patentamts, die mit der Beschwerde angefochten werden kön-

made the decision from which the appeal is brought shall be applicable to appeal proceedings mutatis mutandis.

(2) The written decision shall be signed by the Chairman of the Board of Appeal and by the competent employee of the registry of the Board of Appeal. The decision shall contain:

- a) a statement that it is delivered by the Board of Appeal;
- b) the date when the decision was taken;
- c) the names of the Chairman and of the other members of the Board of Appeal taking part;
- d) the names of the parties and their representatives;
- e) a statement of the issues to be decided;
- f) a summary of the facts;
- g) the reasons;
- h) the order of the Board of Appeal, including, where appropriate, a decision on costs.

Rule 67

Reimbursement of appeal fees

The reimbursement of appeal fees shall be ordered in the event of interlocutory revision or where the Board of Appeal deems an appeal to be allowable, if such reimbursement is equitable by reason of a substantial procedural violation. In the event of interlocutory revision, reimbursement shall be ordered by the department whose decision has been impugned and, in other cases, by the Board of Appeal.

Part VII

Implementing Regulations to Part VII of the Convention

Chapter I

Decisions and communications of the European Patent Office

Rule 68

Form of decisions

(1) Where oral proceedings are held before the European Patent Office, the decision may be given orally. Subsequently the decision in writing shall be notified to the parties.

(2) Decisions of the European Patent Office which are open to appeal shall be reasoned and shall be accompan-

a rendu la décision faisant l'objet du recours, sont applicables à la procédure de recours.

(2) La décision est signée par le président de la chambre de recours et par l'agent du greffe de ladite chambre habilité à cet effet. La décision contient:

- a) l'indication qu'elle a été rendue par la chambre de recours;
- b) la date à laquelle elle a été rendue;
- c) les noms du président et des autres membres de la chambre de recours qui y ont pris part;
- d) la désignation des parties et de leurs représentants;
- e) les conclusions des parties;
- f) l'exposé sommaire des faits;
- g) les motifs;
- h) le dispositif, y compris, le cas échéant, la décision relative aux frais de procédure.

Règle 67

Remboursement de la taxe de recours

Le remboursement de la taxe de recours est ordonné en cas de révision préjudicielle ou lorsqu'il est fait droit au recours par la chambre de recours, si le remboursement est équitable en raison d'un vice substantiel de procédure. Le remboursement est ordonné, en cas de révision préjudicielle, par l'instance dont la décision a été attaquée et, dans les autres cas, par la chambre de recours.

Septième partie

Dispositions d'application de la septième partie de la Convention

Chapitre I

Décisions et notifications de l'Office européen des brevets

Règle 68

Forme des décisions

(1) Les décisions prises dans le cadre d'une procédure orale devant l'Office européen des brevets peuvent être prononcées à l'audience. Elles sont ensuite formulées par écrit et signifiées aux parties.

(2) Les décisions de l'Office européen des brevets contre lesquelles un recours est ouvert doivent être mo-

nen, sind zu begründen und mit einer schriftlichen Belehrung darüber zu versehen, daß gegen die Entscheidung die Beschwerde statthaft ist. In der Belehrung sind die Beteiligten auch auf die Artikel 106 bis 108 aufmerksam zu machen, deren Wortlaut beizufügen ist. Die Beteiligten können aus der Unterlassung der Rechtsmittelbelehrung keine Ansprüche herleiten.

Regel 69

Feststellung eines Rechtsverlusts

(1) Stellt das Europäische Patentamt fest, daß ein Rechtsverlust auf Grund des Übereinkommens eingetreten ist, ohne daß eine Entscheidung über die Zurückweisung der europäischen Patentanmeldung oder über die Erteilung, den Widerruf oder die Aufrechterhaltung des europäischen Patents oder über die Beweisaufnahme ergangen ist, so teilt es dies dem Betroffenen nach Artikel 119 mit.

(2) Ist der Betroffene der Auffassung, daß die Feststellung des Europäischen Patentamts nicht zutrifft, so kann er innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung der Mitteilung nach Absatz 1 eine Entscheidung des Europäischen Patentamts beantragen. Eine solche Entscheidung wird nur getroffen, wenn das Europäische Patentamt die Auffassung des Antragstellers nicht teilt; andernfalls unterrichtet das Europäische Patentamt den Antragsteller.

Regel 70

Form der Bescheide und Mitteilungen

Bescheide und Mitteilungen des Europäischen Patentamts sind mit der Unterschrift und der Namenswiedergabe des zuständigen Bediensteten zu versehen. Statt der Unterschrift und der Namenswiedergabe kann ein vorgedrucktes oder aufgestempeltes Dienstsiegel des Europäischen Patentamts angebracht werden.

Kapitel II

Mündliche Verhandlung und Beweisaufnahme

Regel 71

Ladung zur mündlichen Verhandlung

(1) Zur mündlichen Verhandlung nach Artikel 116 werden die Beteiligten unter Hinweis auf Absatz 2 geladen. Die Ladungsfrist beträgt mindestens einen Monat, sofern die Beteiligten nicht mit einer kürzeren Frist einverstanden sind.

ied by a written communication of the possibility of appeal. The communication shall also draw the attention of the parties to the provisions laid down in Articles 106 to 108, the text of which shall be attached. The parties may not invoke the omission of the communication.

Rule 69

Noting of loss of rights

(1) If the European Patent Office notes that the loss of any right results from the Convention, without any decision concerning the refusal of the European patent application or the grant, revocation or maintenance of the European patent, or the taking of evidence, it shall communicate this to the person concerned in accordance with the provisions of Article 119.

(2) If the person concerned considers that the finding of the European Patent Office is inaccurate, he may, within two months after notification of the communication referred to in paragraph 1, apply for a decision on the matter by the European Patent Office. Such decision shall be given only if the European Patent Office does not share the opinion of the person requesting it; otherwise the European Patent Office shall inform the person requesting the decision.

Rule 70

Form of communications from the European Patent Office

Any communication from the European Patent Office is to be signed by and to state the name of the competent employee. Instead of the signature and statement of name a printed or stamped seal of the European Patent Office may be used.

Chapter II

Oral proceedings and taking of evidence

Rule 71

Summons to oral proceedings

(1) The parties shall be summoned to oral proceedings provided for in Article 116 and their attention shall be drawn to paragraph 2 of this Rule. At least one month's notice of the summons shall be given unless the parties agree to a shorter period.

tivées et être accompagnées d'un avertissement selon lequel la décision en cause peut faire l'objet d'un recours. L'avertissement appelle également l'attention des parties sur les dispositions des articles 106 à 108 dont le texte est annexé. Les parties ne peuvent se prévaloir de l'omission de cet avertissement.

Règle 69

Constatation de la perte d'un droit

(1) Si l'Office européen des brevets constate que la perte d'un droit, quel qu'il soit, découle de la convention sans qu'une décision de rejet de la demande de brevet européen, qu'une décision de délivrance, de révocation ou de maintien du brevet européen ou qu'une décision concernant une mesure d'instruction ait été prise, il le notifie à la personne intéressée, conformément aux dispositions de l'article 119.

(2) Si la personne intéressée estime que les conclusions de l'Office européen des brevets ne sont pas fondées, elle peut, dans un délai de deux mois à compter de la notification visée au paragraphe 1, requérir une décision en l'espèce de l'Office européen des brevets. Une telle décision n'est prise que dans le cas où l'Office européen des brevets ne partage pas le point de vue du requérant; dans le cas contraire, l'Office européen des brevets en avise le requérant.

Règle 70

Forme des notifications de l'Office européen des brevets

Toute notification de l'Office européen des brevets doit être revêtue de la signature et de l'indication du nom de l'agent responsable. L'apposition d'un timbre ou du sceau officiel de l'Office européen des brevets peut tenir lieu de la signature et de l'indication du nom de l'agent.

Chapitre II

Procédure orale et instruction

Règle 71

Citation à une procédure orale

(1) La citation des parties à une procédure orale conformément à l'article 116 fait mention de la disposition figurant au paragraphe 2 de la présente règle. Elle comporte un délai minimum d'un mois à moins que les parties ne conviennent d'un délai plus bref.

(2) Ist ein zu einer mündlichen Verhandlung ordnungsgemäß geladener Beteiligter vor dem Europäischen Patentamt nicht erschienen, so kann das Verfahren ohne ihn fortgesetzt werden.

Regel 72
Beweisaufnahme
durch das Europäische Patentamt

(1) Hält das Europäische Patentamt die Vernehmung von Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen oder eine Augenscheinseinnahme für erforderlich, so erläßt es eine entsprechende Entscheidung, in der das betreffende Beweismittel, die rechtserheblichen Tatsachen sowie Tag, Uhrzeit und Ort angegeben werden. Hat ein Beteiligter die Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen beantragt, so wird in der Entscheidung des Europäischen Patentamts die Frist festgesetzt, in der der antragstellende Beteiligte dem Europäischen Patentamt Name und Anschrift der Zeugen und Sachverständigen mitteilen muß, die er vernehmen zu lassen wünscht.

(2) Die Frist zur Ladung von Beteiligten, Zeugen und Sachverständigen zur Beweisaufnahme beträgt mindestens einen Monat, sofern diese nicht mit einer kürzeren Frist einverstanden sind. Die Ladung muß enthalten:

- a) einen Auszug aus der in Absatz 1 genannten Entscheidung, aus der insbesondere Tag, Uhrzeit und Ort der angeordneten Beweisaufnahme sowie die Tatsachen hervorgehen, über die die Beteiligten, Zeugen und Sachverständigen vernommen werden sollen;
- b) die Namen der am Verfahren Beteiligten sowie die Ansprüche, die den Zeugen und Sachverständigen nach Regel 74 Absätze 2 bis 4 zustehen;
- c) einen Hinweis darauf, daß der Beteiligte, Zeuge oder Sachverständige seine Vernehmung durch das zuständige Gericht seines Wohnsitzstaats verlangen kann, sowie eine Aufforderung, dem Europäischen Patentamt innerhalb einer von diesem festgesetzten Frist mitzuteilen, ob er bereit ist, vor dem Europäischen Patentamt zu erscheinen.

(3) Beteiligte, Zeugen und Sachverständige werden vor ihrer Vernehmung darauf hingewiesen, daß das Europäische Patentamt das zuständige Gericht in ihrem Wohnsitzstaat um Wiederholung der Vernehmung unter Eid oder in gleichermaßen verbindlicher Form ersuchen kann.

(2) If a party who has been duly summoned to oral proceedings before the European Patent Office does not appear as summoned, the proceedings may continue without him.

Rule 72
Taking of evidence
by the European Patent Office

(1) Where the European Patent Office considers it necessary to hear the oral evidence of parties, witnesses or experts or to carry out an inspection, it shall make a decision to this end, setting out the investigation which it intends to carry out, relevant facts to be proved and the date, time and place of the investigation. If oral evidence of witnesses and experts is requested by a party, the decision of the European Patent Office shall determine the period of time within which the party filing the request must make known to the European Patent Office the names and addresses of the witnesses and experts whom it wishes to be heard.

(2) At least one month's notice of a summons issued to a party, witness or expert to give evidence shall be given unless they agree to a shorter period. The summons shall contain:

- a) an extract from the decision mentioned in paragraph 1, indicating in particular the date, time and place of the investigation ordered and stating the facts regarding which parties, witnesses and experts are to be heard;
- b) the names of the parties to the proceedings and particulars of the rights which the witnesses or experts may invoke under the provisions of Rule 74, paragraphs 2 to 4;
- c) an indication that the party, witness or expert may request to be heard by the competent court of his country of residence and a requirement that he inform the European Patent Office within a time limit to be fixed by the Office whether he is prepared to appear before it.

(3) Before a party, witness or expert may be heard, he shall be informed that the European Patent Office may request the competent court in the country of residence of the person concerned to re-examine his evidence on oath or in an equally binding form.

(2) Si une partie régulièrement citée devant l'Office européen des brevets à une procédure orale n'a pas comparu, la procédure peut être poursuivie en son absence.

Règle 72
Instruction par l'Office européen

(1) Lorsque l'Office européen des brevets estime nécessaire d'entendre des parties, des témoins ou des experts ou de procéder à la descente sur les lieux, il rend à cet effet une décision qui énonce la mesure d'instruction envisagée, les faits pertinents à prouver, le jour, l'heure et le lieu où il sera procédé à ladite mesure d'instruction. Si l'audition de témoins ou d'experts a été demandée par une partie, la décision de l'Office européen des brevets fixe le délai dans lequel la partie requérante doit déclarer à cet Office les noms et adresses des témoins et experts qu'elle désire faire entendre.

(2) La citation des parties, des témoins ou des experts doit comporter un délai minimum d'un mois, à moins que les intéressés ne conviennent d'un délai plus bref. La citation doit contenir:

- a) un extrait de la décision mentionnée au paragraphe 1, précisant notamment le jour, l'heure et le lieu où il sera procédé à la mesure d'instruction ordonnée ainsi que les faits sur lesquels les parties, témoins et experts seront entendus;
- b) la désignation des parties à la procédure et l'indication des droits auxquels les témoins et experts peuvent prétendre en vertu des dispositions de la règle 74, paragraphes 2 à 4;
- c) une indication selon laquelle toute partie, tout témoin ou tout expert peut demander à être entendu par les autorités judiciaires compétentes de l'État sur le territoire duquel il réside et une invitation à faire savoir à l'Office européen des brevets, dans le délai qui lui a été imparti par cet Office, s'il est disposé à comparaître devant ledit Office.

(3) Avant que la partie, le témoin ou l'expert ne soit entendu, il est averti que l'Office européen des brevets peut demander aux autorités judiciaires compétentes de l'État sur le territoire duquel il réside de l'entendre à nouveau sous la foi du serment ou sous une autre forme également contraignante.

(4) Die Beteiligten können an der Beweisaufnahme teilnehmen und sachdienliche Fragen an die vernommenen Beteiligten, Zeugen und Sachverständigen richten.

(4) The parties may attend an investigation and may put relevant questions to the testifying parties, witnesses and experts.

(4) Les parties peuvent assister à l'instruction et poser toute question pertinente aux parties, témoins et experts entendus.

Regel 73

Beauftragung von Sachverständigen

(1) Das Europäische Patentamt entscheidet, in welcher Form das Gutachten des von ihm beauftragten Sachverständigen zu erstatten ist.

(2) Der Auftrag an den Sachverständigen muß enthalten:

- a) die genaue Umschreibung des Auftrags;
- b) die Frist für die Erstattung des Gutachtens;
- c) die Bezeichnung der am Verfahren Beteiligten;
- d) einen Hinweis auf die Rechte, die ihm nach Regel 74 Absätze 2 bis 4 zustehen.

(3) Die Beteiligten erhalten eine Abschrift des schriftlichen Gutachtens.

(4) Die Beteiligten können den Sachverständigen ablehnen. Über die Ablehnung entscheidet das Organ des Europäischen Patentamts, das für die Beauftragung des Sachverständigen zuständig ist.

Rule 73

Commissioning of experts

(1) The European Patent Office shall decide in what form the report made by an expert whom it appoints shall be submitted.

(2) The terms of reference of the expert shall include:

- (a) a precise description of his task;
- (b) the time limit laid down for the submission of the expert report;
- (c) the names of the parties to the proceedings;
- (d) particulars of the rights which he may invoke under the provisions of Rule 74, paragraphs 2 to 4.

(3) A copy of any written report shall be submitted to the parties.

(4) The parties may object to an expert. The department of the European Patent Office concerned shall decide on the objection.

Règle 73

Commission d'experts

(1) L'Office européen des brevets décide de la forme dans laquelle sont soumis les rapports des experts qu'il désigne.

(2) Le mandat de l'expert doit contenir:

- a) une description précise de sa mission;
- b) le délai qui lui est imparti pour la présentation du rapport d'expertise;
- c) la désignation des parties à la procédure;
- d) l'indication des droits auxquels il peut prétendre en vertu des dispositions de la règle 74, paragraphes 2 à 4.

(3) Une copie du rapport écrit est remise aux parties.

(4) Les parties peuvent faire valoir des moyens de récusation à l'égard des experts. L'instance concernée de l'Office européen des brevets statue sur la récusation.

Regel 74

Kosten der Beweisaufnahme

(1) Das Europäische Patentamt kann die Beweisaufnahme davon abhängig machen, daß der Beteiligte, der sie beantragt hat, beim Europäischen Patentamt einen Vorschuß hinterlegt, dessen Höhe im Wege einer Schätzung der voraussichtlichen Kosten bestimmt wird.

(2) Zeugen und Sachverständige, die vom Europäischen Patentamt geladen worden sind und vor diesem erscheinen, haben Anspruch auf Erstattung angemessener Reise- und Aufenthaltskosten. Es kann ihnen ein Vorschuß auf diese Kosten gewährt werden. Satz 1 ist auch auf Zeugen und Sachverständige anzuwenden, die ohne Ladung vor dem Europäischen Patentamt erscheinen und als Zeugen oder Sachverständige vernommen werden.

(3) Zeugen, denen nach Absatz 2 ein Erstattungsanspruch zusteht, haben Anspruch auf eine angemessene Entschädigung für Verdienstausschlag; Sachverständige haben Anspruch auf Vergütung ihrer Tätigkeit. Diese Entschädigung oder Vergütung wird den Zeugen und Sachverständigen gezahlt, nachdem sie ihrer Pflicht oder ihrem Auftrag genügt haben.

Rule 74

Costs of taking of evidence

(1) The taking of evidence by the European Patent Office may be made conditional upon deposit with it, by the party who requested the evidence to be taken, of a sum the amount of which shall be fixed by reference to an estimate of the costs.

(2) Witnesses and experts who are summoned by and appear before the European Patent Office shall be entitled to appropriate reimbursement of expenses for travel and subsistence. An advance for these expenses may be granted to them. The first sentence shall apply to witnesses and experts who appear before the European Patent Office without being summoned by it and are heard as witnesses or experts.

(3) Witnesses entitled to reimbursement under paragraph 2 shall also be entitled to appropriate compensation for loss of earnings, and experts to fees for their work. These payments shall be made to the witnesses and experts after they have fulfilled their duties or tasks.

Règle 74

Frais de l'instruction

(1) L'Office européen des brevets peut subordonner l'exécution de l'instruction au dépôt auprès dudit Office par la partie qui a demandé cette instruction, d'une provision dont il fixe le montant par référence à une estimation des frais.

(2) Les témoins et les experts qui ont été cités par l'Office européen des brevets et comparaissent devant lui ont droit à un remboursement adéquat de leurs frais de déplacement et de séjour. Une avance peut leur être accordée sur ces frais. La première phrase du présent paragraphe est applicable aux témoins et aux experts qui comparaissent devant l'Office européen des brevets sans qu'il les ait cités et sont entendus comme tels.

(3) Les témoins qui ont droit à un remboursement en application du paragraphe 2 ont en outre droit à une indemnité adéquate pour manque à gagner; les experts ont droit à des honoraires pour la rémunération de leurs travaux. Ces indemnités ou honoraires sont payés aux témoins ou experts après l'accomplissement de leurs devoirs ou de leur mission.

(4) Der Verwaltungsrat legt die Einzelheiten der Anwendung der Absätze 2 und 3 fest. Das Europäische Patentamt zahlt die nach den Absätzen 2 und 3 fälligen Beträge aus.

Regel 75

Beweissicherung

(1) Das Europäische Patentamt kann auf Antrag zur Sicherung eines Beweises unverzüglich eine Beweisaufnahme über Tatsachen vornehmen, die für eine Entscheidung von Bedeutung sein können, die das Europäische Patentamt hinsichtlich einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents wahrscheinlich zu treffen hat, wenn zu besorgen ist, daß die Beweisaufnahme zu einem späteren Zeitpunkt erschwert oder unmöglich sein wird. Der Zeitpunkt der Beweisaufnahme ist dem Anmelder oder Patentinhaber so rechtzeitig mitzuteilen, daß er daran teilnehmen kann. Er kann sachdienliche Fragen stellen.

(2) Der Antrag muß enthalten:

- a) den Namen, die Anschrift und den Staat des Wohnsitzes oder Sitzes des Antragstellers nach Maßgabe der Regel 26 Absatz 2 Buchstabe c;
- b) eine ausreichende Bezeichnung der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents;
- c) die Bezeichnung der Tatsachen, über die Beweis erhoben werden soll;
- d) die Bezeichnung der Beweismittel;
- e) die Darlegung und die Glaubhaftmachung des Grunds, der die Besorgnis rechtfertigt, daß die Beweisaufnahme zu einem späteren Zeitpunkt erschwert oder unmöglich sein wird.

(3) Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die Beweissicherungsgebühr entrichtet worden ist.

(4) Für die Entscheidung über den Antrag und für eine daraufhin erfolgende Beweisaufnahme ist das Organ des Europäischen Patentamts zuständig, das die Entscheidung zu treffen hätte, für die die zu beweisenden Tatsachen von Bedeutung sein können. Die Vorschriften des Übereinkommens über die Beweisaufnahme in den Verfahren vor dem Europäischen Patentamt sind entsprechend anzuwenden.

(4) The Administrative Council shall lay down the details governing the implementation of the provisions of paragraphs 2 and 3. Payment of amounts due pursuant to these paragraphs shall be made by the European Patent Office.

Rule 75

Conservation of evidence

(1) On request, the European Patent Office may, without delay, hear oral evidence or conduct inspections, with a view to conserving evidence of facts liable to affect a decision which it may be called upon to take with regard to an existing European patent application or a European patent, where there is reason to fear that it might subsequently become more difficult or even impossible to take evidence. The date on which the measures are to be taken shall be communicated to the applicant for or proprietor of the patent in sufficient time to allow him to attend. He may ask relevant questions.

(2) The request shall contain:

- (a) the name and address of the person filing the request and the State in which his residence or principal place of business is located, in accordance with the provisions of Rule 26, paragraph 2 (c);
- (b) sufficient identification of the European patent application or European patent in question;
- (c) the designation of the facts in respect of which evidence is to be taken;
- (d) particulars of the way in which evidence is to be taken;
- (e) a statement establishing a *prima facie* case for fearing that it might subsequently become more difficult or impossible to take evidence.

(3) The request shall not be deemed to have been filed until the fee for conservation of evidence has been paid.

(4) The decision on the request and any resulting taking of evidence shall be incumbent upon the department of the European Patent Office required to take the decision liable to be affected by the facts to be established. The provisions of the Convention with regard to the taking of evidence in proceedings before the European Patent Office shall be applicable.

(4) Le Conseil d'administration détermine les modalités d'application des dispositions des paragraphes 2 et 3. Le paiement des sommes dues en vertu desdits paragraphes est effectué par l'Office européen des brevets.

Règle 75

Conservation de la preuve

(1) L'Office européen des brevets peut, sur requête, procéder sans délai à une mesure d'instruction, en vue de conserver la preuve de faits qui peuvent affecter une décision qu'il sera vraisemblablement appelé à prendre au sujet d'une demande de brevet européen ou d'un brevet européen, lorsqu'il y a lieu d'appréhender que l'instruction ne devienne ultérieurement plus difficile ou même impossible. La date de la mesure d'instruction doit être notifiée au demandeur ou au titulaire du brevet en temps utile pour lui permettre de participer à l'instruction. Il peut poser toutes questions pertinentes.

(2) La requête doit contenir:

- a) l'indication du nom, de l'adresse et de l'État du domicile ou du siège du requérant, dans les conditions prévues à la règle 26, paragraphe 2, lettre c);
- b) des indications suffisantes pour permettre l'identification de la demande de brevet européen ou du brevet européen en cause;
- c) l'indication des faits qui nécessitent la mesure d'instruction;
- d) l'indication de la mesure d'instruction;
- e) un exposé du motif justifiant la présomption selon laquelle l'instruction pourra être ultérieurement plus difficile ou même impossible.

(3) La requête n'est réputée présentée qu'après paiement de la taxe de conservation de la preuve.

(4) La décision sur la requête ainsi que toute mesure d'instruction sont prises par l'instance de l'Office européen des brevets qui aurait été appelée à prendre la décision pouvant être affectée par les faits dont la preuve doit être apportée. Les dispositions de la convention relatives à l'instruction dans les procédures devant l'Office européen des brevets sont applicables.

Regel 76

Niederschrift über mündliche Verhandlungen und Beweisaufnahmen

(1) Über eine mündliche Verhandlung oder Beweisaufnahme wird eine Niederschrift aufgenommen, die den wesentlichen Gang der mündlichen Verhandlung oder Beweisaufnahme, die rechtserheblichen Erklärungen der Beteiligten und die Aussagen der Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen sowie das Ergebnis eines Augenscheins enthalten soll.

(2) Die Niederschrift über die Aussage eines Zeugen, Sachverständigen oder Beteiligten wird diesem vorgelesen oder zur Durchsicht vorgelegt. In der Niederschrift wird vermerkt, daß dies geschehen und die Niederschrift von der Person genehmigt ist, die ausgesagt hat. Wird die Niederschrift nicht genehmigt, so werden die Einwendungen vermerkt.

(3) Die Niederschrift wird von dem Bediensteten, der die Niederschrift aufnimmt, und von dem Bediensteten, der die mündliche Verhandlung oder Beweisaufnahme leitet, unterzeichnet.

(4) Die Beteiligten erhalten eine Abschrift der Niederschrift.

Rule 76

Minutes of oral proceedings and of taking of evidence

(1) Minutes of oral proceedings and of the taking of evidence shall be drawn up containing the essentials of the oral proceedings or of the taking of evidence, the relevant statements made by the parties, the testimony of the parties, witnesses or experts and the result of any inspection.

(2) The minutes of the testimony of a witness, expert or party shall be read out or submitted to him so that he may examine them. It shall be noted in the minutes that this formality has been carried out and that the person who gave the testimony approved the minutes. If his approval is not given, his objections shall be noted.

(3) The minutes shall be signed by the employee who drew them up and by the employee who conducted the oral proceedings or taking of evidence.

(4) The parties shall be provided with a copy of the minutes.

Règle 76

Procès-verbal des procédures orales et des instructions

(1) Les procédures orales et les instructions donnent lieu à l'établissement d'un procès-verbal contenant l'essentiel de la procédure orale ou de l'instruction, les déclarations pertinentes des parties et les dépositions des parties, des témoins ou des experts ainsi que le résultat de la descente sur les lieux.

(2) Le procès-verbal de la déposition d'un témoin, d'un expert ou d'une partie lui est lu ou lui est soumis pour qu'il en prenne connaissance. Mention est portée au procès-verbal que cette formalité a été accomplie et que le procès-verbal a été approuvé par l'auteur de la déposition. Lorsque le procès-verbal n'est pas approuvé, les objections formulées sont mentionnées.

(3) Le procès-verbal est signé par l'agent qui l'a établi et par l'agent qui a dirigé la procédure orale ou l'instruction.

(4) Une copie du procès-verbal est remise aux parties.

Kapitel III Zustellungen

Regel 77

Allgemeine Vorschriften über Zustellungen

(1) In den Verfahren vor dem Europäischen Patentamt ist Gegenstand einer Zustellung entweder das Original des zuzustellenden Schriftstücks oder eine vom Europäischen Patentamt beglaubigte Abschrift dieses Schriftstücks. Jedoch bedürfen Abschriften von Schriftstücken, die von Beteiligten eingereicht werden, keiner Beglaubigung durch das Europäische Patentamt.

(2) Die unmittelbare Zustellung wird bewirkt:

- a) durch die Post;
- b) durch Übergabe im Europäischen Patentamt;
- c) durch öffentliche Bekanntmachung.

(3) Die Zustellung durch Vermittlung der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines Vertragsstaats erfolgt nach den Vorschriften, die von dieser Behörde in nationalen Verfahren anzuwenden sind.

Chapter III Notifications

Rule 77

General provisions on notifications

(1) In proceedings before the European Patent Office, any notification shall be of the original of the document to be notified or of a copy thereof certified by the European Patent Office. Certification shall not, however, be required in respect of copies or documents emanating from the parties themselves.

(2) Direct notification shall be made:

- (a) by post;
- (b) by delivery on the premises of the European Patent Office; or
- (c) by public notification.

(3) Notification through the central industrial property office of a Contracting State shall be made in accordance with the provisions applicable to the said office in national proceedings.

Chapitre III Significations

Règle 77

Dispositions générales sur les significations

(1) Les significations prévues dans les procédures devant l'Office européen des brevets portent soit sur l'original de la pièce à signifier, soit sur une copie de cette pièce certifiée conforme par l'Office européen des brevets. Toutefois, la certification n'est pas requise pour les copies de pièces produites par les parties elles-mêmes.

(2) La signification directe est faite, soit:

- a) par la poste;
- b) par remise dans les locaux de l'Office européen des brevets;
- c) par publication.

(3) La signification par l'intermédiaire du service central de la propriété industrielle d'un État contractant est faite conformément aux dispositions applicables audit service dans les procédures nationales.

Regel 78

Zustellung durch die Post

(1) Entscheidungen, durch die eine Beschwerdefrist in Lauf gesetzt wird, Ladungen und andere vom Präsidenten des Europäischen Patentamts bestimmte Schriftstücke werden durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt. Alle anderen Zustellungen durch die Post, mit Ausnahme der in Absatz 2 genannten, erfolgen mittels eingeschriebenen Briefs.

(2) Zustellungen an Empfänger, die weder Wohnsitz noch Sitz im Gebiet eines Vertragsstaats haben und einen Vertreter nach Artikel 133 Absatz 2 nicht bestellt haben, werden dadurch bewirkt, daß das zuzustellende Schriftstück als gewöhnlicher Brief unter der dem Europäischen Patentamt bekannten letzten Anschrift des Empfängers zur Post gegeben wird. Die Zustellung wird mit der Aufgabe zur Post als bewirkt angesehen, selbst wenn der Brief als unbestellbar zurückkommt.

(3) Bei der Zustellung mittels eingeschriebenen Briefs mit oder ohne Rückschein gilt dieser mit dem zehnten Tag nach der Abgabe zur Post als zugestellt, es sei denn, daß das zuzustellende Schriftstück nicht oder an einem späteren Tag zugegangen ist; im Zweifel hat das Europäische Patentamt den Zugang des Schriftstücks und gegebenenfalls den Tag des Zugangs nachzuweisen.

(4) Die Zustellung mittels eingeschriebenen Briefs mit oder ohne Rückschein gilt auch dann als bewirkt, wenn die Annahme des Briefs verweigert wird.

(5) Soweit die Zustellung durch die Post durch die Absätze 1 bis 4 nicht geregelt ist, ist das Recht des Staats anzuwenden, in dessen Hoheitsgebiet die Zustellung erfolgt.

Regel 79

Zustellung durch unmittelbare Übergabe

Die Zustellung kann in den Dienstgebäuden des Europäischen Patentamts durch unmittelbare Übergabe des Schriftstücks an den Empfänger bewirkt werden, der dabei den Empfang zu bescheinigen hat. Die Zustellung gilt auch dann als bewirkt, wenn der Empfänger die Annahme des Schriftstücks oder die Bescheinigung des Empfangs verweigert.

Rule 78

Notification by post

(1) Decisions incurring a time limit for appeal, summonses and other documents as decided on by the President of the European Patent Office shall be notified by registered letter with advice of delivery. All other notifications by post, except those referred to in paragraph 2, shall be by registered letter.

(2) Notifications in respect of addressees not having either a residence or their principal places of business within the territory of one of the Contracting States and who have not appointed a representative in accordance with Article 133, paragraph 2, shall be effected by posting the document to be notified as an ordinary letter bearing the last address of the addressee known to the European Patent Office. Notification shall be deemed to have been made when despatch has taken place, even if the letter is returned to the sender owing to the impossibility of delivering it to the addressee.

(3) Where notification is effected by registered letter, whether or not with advice of delivery, this shall be deemed to be delivered to the addressee on the tenth day following its posting, unless the letter has failed to reach the addressee or has reached him at a later date; in the event of any dispute, it shall be incumbent on the European Patent Office to establish that the letter has reached its destination or to establish the date on which the letter was delivered to the addressee, as the case may be.

(4) Notification by registered letter, whether or not with advice of delivery, shall be deemed to have been effected even if acceptance of the letter has been refused.

(5) To the extent that notification by post is not covered by the provisions of this Rule, the law of the State on the territory of which the notification is made shall apply.

Rule 79

Notification by delivery by hand

Notification may be effected on the premises of the European Patent Office by delivery by hand of the document to the addressee, who shall on delivery acknowledge its receipt. Notification shall be deemed to have taken place even if the addressee refuses to accept the document or to acknowledge receipt thereof.

Règles 78

Signification par la poste

(1) Les décisions qui font courir un délai de recours, les citations et toutes autres pièces pour lesquelles le Président de l'Office européen des brevets prescrit qu'il sera fait usage de ce mode de signification sont signifiées par lettre recommandée avec demande d'avis de réception. Les autres significations par la poste, à l'exception de celles visées au paragraphe 2, sont faites par lettre recommandée.

(2) Les significations dont les destinataires n'ont ni domicile ni siège sur le territoire d'un État contractant et n'ont pas désigné un mandataire conformément à l'article 133, paragraphe 2, sont faites par remise à la poste de la pièce à signifier, sous forme de lettre ordinaire portant la dernière adresse du destinataire connue de l'Office européen des brevets. La signification est réputée faite dès lors que la remise à la poste a eu lieu, même si la lettre est renvoyée à l'expéditeur faute d'avoir pu être délivrée à son destinataire.

(3) Lorsque la signification est faite par lettre recommandée avec ou sans demande d'avis de réception, celle-ci est réputée remise à son destinataire le dixième jour après la remise à la poste, à moins que la pièce à signifier ne lui soit pas parvenue ou ne lui soit parvenue qu'à une date ultérieure; en cas de contestation, il incombe à l'Office européen des brevets d'établir que la lettre est parvenue à destination ou d'établir, le cas échéant, la date de sa remise au destinataire.

(4) La signification par lettre recommandée avec ou sans demande d'avis de réception est réputée faite même si la lettre a été refusée.

(5) Pour autant que la signification par la poste n'est pas entièrement régie par les dispositions de la présente règle, le droit applicable en matière de signification par la poste est celui de l'État sur le territoire duquel la signification est faite.

Règle 79

Signification par remise directe

La signification peut être effectuée dans les locaux de l'Office européen des brevets par remise directe de la pièce à signifier au destinataire qui en accuse réception. La signification est réputée faite même si le destinataire refuse d'accepter la pièce à signifier ou d'en accuser réception.

Regel 80

Öffentliche Zustellung

(1) Kann der Aufenthaltsort des Empfängers nicht festgestellt werden, so wird durch öffentliche Bekanntmachung zugestellt.

(2) Der Präsident des Europäischen Patentamts bestimmt, in welcher Weise die öffentliche Bekanntmachung erfolgt und wann die Frist von einem Monat zu laufen beginnt, nach deren Ablauf das Schriftstück als zugestellt gilt.

Regel 81

Zustellung an Vertreter

(1) Ist ein Vertreter bestellt worden, so werden die Zustellungen an den Vertreter gerichtet.

(2) Sind mehrere Vertreter für einen Beteiligten bestellt, so genügt die Zustellung an einen von ihnen.

(3) Haben mehrere Beteiligte einen gemeinsamen Vertreter, so genügt die Zustellung nur eines Schriftstücks an den gemeinsamen Vertreter.

Regel 82

Heilung von Zustellungsmängeln

Kann das Europäische Patentamt die formgerechte Zustellung eines Schriftstücks nicht nachweisen oder ist das Schriftstück unter Verletzung von Zustellungsvorschriften zugegangen, so gilt das Schriftstück als an dem Tag zugestellt, den das Europäische Patentamt als Tag des Zugangs nachweist.

Kapitel IV

Fristen

Regel 83

Berechnung der Fristen

(1) Die Fristen werden nach vollen Tagen, Wochen, Monaten oder Jahren berechnet.

(2) Bei der Fristberechnung wird mit dem Tag begonnen, der auf den Tag folgt, an dem das Ereignis eingetreten ist, auf Grund dessen der Fristbeginn festgelegt wird; dieses Ereignis kann eine Handlung oder der Ablauf einer früheren Frist sein. Besteht die Handlung in einer Zustellung, so ist das maßgebliche Ereignis der Zugang des zugestellten Schriftstücks, sofern nichts anderes bestimmt ist.

(3) Ist als Frist ein Jahr oder eine Anzahl von Jahren bestimmt, so endet die Frist in dem maßgeblichen folgenden Jahr in dem Monat und an dem Tag, die durch ihre Benennung oder Zahl dem Monat und Tag entspre-

Rule 80

Public notification

(1) If the address of the addressee cannot be established, notification shall be effected by public notice.

(2) The President of the European Patent Office shall determine how the public notice is to be given and the beginning of the period of one month on the expiry of which the document shall be deemed to have been notified.

Rule 81

Notification to representatives

(1) If a representative has been appointed, notifications shall be addressed to him.

(2) If several such representatives have been appointed for a single interested party, notification to any one of them shall be sufficient.

(3) If several interested parties have a common representative, notification of a single document to the common representative shall be sufficient.

Rule 82

Irregularities in the notification

Where a document has reached the addressee, if the European Patent Office is unable to prove that it has been duly notified, or if provisions relating to its notification have not been observed, the document shall be deemed to have been notified on the date established by the European Patent Office as the date of receipt.

Chapter IV

Time limits

Rule 83

Calculation of time limits

(1) Periods shall be laid down in terms of full years, months, weeks or days.

(2) Computation shall start on the day following the day on which the relevant event occurred, the event being either a procedural step or the expiry of another period. Where the procedural step is a notification, the event considered shall be the receipt of the document notified, unless otherwise provided.

(3) When a period is expressed as one year or a certain number of years, it shall expire in the relevant subsequent year in the month having the same name and on the day having the same number as the month and the

Règle 80

Signification publique

(1) S'il n'est pas possible de connaître l'adresse du destinataire, la signification est faite sous forme de publication.

(2) Le Président de l'Office européen des brevets détermine les modalités de la publication ainsi que le point de départ du délai d'un mois à l'expiration duquel le document est réputé signifié.

Règle 81

Signification au mandataire ou au représentant

(1) Si un mandataire a été désigné, les significations lui sont faites.

(2) Si plusieurs mandataires ont été désignés pour une seule partie, il suffit que la signification soit faite à l'un d'entre eux.

(3) Si plusieurs parties ont un représentant commun, il suffit que la signification d'une pièce en un seul exemplaire soit faite au représentant commun.

Règle 82

Vices de la signification

Si, une pièce étant parvenue à son destinataire, l'Office européen des brevets n'est pas en mesure de prouver qu'elle a été régulièrement signifiée, ou si les dispositions relatives à la signification n'ont pas été observées, la pièce est réputée signifiée à la date à laquelle l'Office européen des brevets prouve qu'elle a été reçue.

Chapitre IV

Délais

Règle 83

Calcul des délais

(1) Les délais sont fixés en années, mois, semaines ou jours entiers.

(2) Le délai part du jour suivant celui où a eu lieu l'événement par référence auquel son point de départ est fixé, cet événement pouvant être soit un acte, soit l'expiration d'un délai antérieur. Sauf dispositions contraires, lorsque l'acte est une signification, l'événement considéré est la réception de la pièce signifiée.

(3) Lorsqu'un délai est exprimé en une ou plusieurs années, il expire, dans l'année ultérieure à prendre en considération, le mois portant le même nom et le jour ayant le même quantième que le mois et le jour où

chen, an denen das Ereignis eingetreten ist; hat der betreffende nachfolgende Monat keinen Tag mit der entsprechenden Zahl, so läuft die Frist am letzten Tag dieses Monats ab.

(4) Ist als Frist ein Monat oder eine Anzahl von Monaten bestimmt, so endet die Frist in dem maßgeblichen folgenden Monat an dem Tag, der durch seine Zahl dem Tag entspricht, an dem das Ereignis eingetreten ist; hat der betreffende nachfolgende Monat keinen Tag mit der entsprechenden Zahl, so läuft die Frist am letzten Tag dieses Monats ab.

(5) Ist als Frist eine Woche oder eine Anzahl von Wochen bestimmt, so endet die Frist in der maßgeblichen Woche an dem Tag, der durch seine Benennung dem Tag entspricht, an dem das Ereignis eingetreten ist.

Regel 84

Dauer der Fristen

Ist im Übereinkommen oder in dieser Ausführungsordnung eine Frist vorgesehen, die vom Europäischen Patentamt zu bestimmen ist, so darf diese Frist auf nicht weniger als zwei Monate und auf nicht mehr als vier Monate sowie, wenn besondere Umstände vorliegen, auf nicht mehr als sechs Monate festgesetzt werden. In besonders gelagerten Fällen kann die Frist vor Ablauf auf Antrag verlängert werden.

Regel 85

Verlängerung von Fristen

(1) Läuft eine Frist an einem Tag ab, an dem das Europäische Patentamt zur Entgegennahme von Schriftstücken nicht geöffnet ist oder an dem gewöhnliche Postsendungen aus anderen als den in Absatz 2 genannten Gründen am Sitz des Europäischen Patentamts nicht zugestellt werden, so erstreckt sich die Frist auf den nächstfolgenden Tag, an dem das Europäische Patentamt zur Entgegennahme von Schriftstücken geöffnet ist und an dem gewöhnliche Postsendungen zugestellt werden.

(2) Läuft eine Frist an einem Tag ab, an dem die Postzustellung in einem Vertragsstaat oder zwischen einem Vertragsstaat und dem Europäischen Patentamt allgemein unterbrochen oder im Anschluß an eine solche Unterbrechung gestört ist, so erstreckt sich die Frist für Beteiligte, die in diesem Staat ihren Wohnsitz oder Sitz haben oder einen Vertreter mit Geschäftssitz in diesem Staat bestellt haben, auf den ersten Tag nach Beendigung der Unterbrechung oder Störung. Ist der betreffende Staat der Sitzstaat des Europäischen Patentamts, so gilt diese Vorschrift für alle Beteiligten. Die Dauer der Unterbre-

day on which the said event occurred, provided that if the relevant subsequent month has no day with the same number the period shall expire on the last day of that month.

(4) When a period is expressed as one month or a certain number of months, it shall expire in the relevant subsequent month on the day which has the same number as the day on which the said event occurred, provided that if the relevant subsequent month has no day with the same number the period shall expire on the last day of that month.

(5) When a period is expressed as one week or a certain number of weeks, it shall expire in the relevant subsequent week on the day having the same name as the day on which the said event occurred.

Rule 84

Duration of time limits

Where the Convention or these Implementing Regulations specify a period to be determined by the European Patent Office, such period shall be not less than two months nor more than four months; in certain special circumstances it may be up to six months. In certain special cases, the period may be extended upon request, presented before the expiry of such period.

Rule 85

Extension of time limits

(1) If a time limit expires on a day on which the European Patent Office is not open for receipt of documents or on which, for reasons other than those referred to in paragraph 2, ordinary mail is not delivered in the locality in which the European Patent Office is located, the time limit shall extend until the first day thereafter on which the European Patent Office is open for receipt of documents and on which ordinary mail is delivered.

(2) If a time limit expires on a day on which there is a general interruption or subsequent dislocation in the delivery of mail in a Contracting State or between a Contracting State and the European Patent Office, the time limit shall extend to the first day following the end of the period of interruption or dislocation for parties resident in the State concerned or who have appointed representatives with a place of business in that State. In the case where the State concerned is the State in which the European Patent Office is located, this provision shall apply to all parties. The duration of the abovementioned period shall

ledit événement a eu lieu; toutefois, si le mois ultérieur à prendre en considération n'a pas de jour ayant le même quantième, le délai considéré expire le dernier jour de ce mois.

(4) Lorsqu'un délai est exprimé en un ou plusieurs mois, il expire, dans le mois ultérieur à prendre en considération, le jour ayant le même quantième que le jour où ledit événement a eu lieu; toutefois, si le mois ultérieur à prendre en considération n'a pas de jour ayant le même quantième, le délai considéré expire le dernier jour de ce mois.

(5) Lorsqu'un délai est exprimé en une ou plusieurs semaines, il expire, dans la semaine à prendre en considération, le jour portant le même nom que celui où ledit événement a eu lieu.

Règles 84

Durée des délais

Lorsque la convention ou le présent règlement d'exécution prévoit un délai qui doit être imparti par l'Office européen des brevets, ce délai ne peut ni être inférieur à deux mois ni supérieur à quatre mois; dans des circonstances particulières, il peut être porté jusqu'à six mois. Dans certains cas d'espèce, le délai peut être prorogé sur requête présentée avant son expiration.

Règle 85

Prorogation des délais

(1) Si un délai expire soit un jour où l'Office européen des brevets n'est pas ouvert pour recevoir le dépôt des pièces, soit un jour où le courrier normal n'est pas distribué dans la localité où cet Office est situé, pour des raisons autres que celles indiquées au paragraphe 2, le délai est prorogé jusqu'au premier jour suivant celui où l'Office européen des brevets est ouvert pour recevoir ce dépôt et où le courrier normal est distribué.

(2) Si un délai expire soit un jour où se produit une interruption générale de la distribution du courrier, soit un jour de perturbation résultant de cette interruption dans un État contractant ou entre un État contractant et l'Office européen des brevets, le délai est prorogé jusqu'au premier jour suivant la fin de cette période d'interruption ou de perturbation pour les parties qui ont leur domicile ou leur siège dans cet État ou qui ont désigné des mandataires ayant leur domicile professionnel dans ledit État. Au cas où l'État concerné est l'État où l'Office européen des brevets a son siège, la présente disposi-

chung oder Störung der Postzustellung wird in einer Mitteilung des Präsidenten des Europäischen Patentamts bekanntgegeben.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind auf Fristen, die im Übereinkommen vorgesehen sind, in Fällen entsprechend anzuwenden, in denen Handlungen bei der zuständigen Behörde im Sinn des Artikels 75 Absatz 1 Buchstabe b vorzunehmen sind.

be as stated by the President of the European Patent Office.

(3) Paragraphs 1 and 2 shall apply mutatis mutandis to the time limits provided for in the Convention in the case of transactions to be carried out with the competent authority within the meaning of Article 75, paragraph 1 (b).

tion est applicable à toutes les parties. La durée de cette période est indiquée par le Président de l'Office européen des brevets.

(3) Les paragraphes 1 et 2 s'appliquent aux délais prévus par la convention lorsqu'il s'agit d'actes à accomplir auprès de l'administration visée à l'article 75, paragraphe 1, lettre b).

Kapitel V

Änderungen und Berichtigungen

Regel 86

Änderung der europäischen Patentanmeldung

(1) Vor Erhalt des europäischen Recherchenberichts darf der Anmelder die Beschreibung, die Patentansprüche oder die Zeichnungen der europäischen Patentanmeldung nicht ändern, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist.

(2) Nach Erhalt des europäischen Recherchenberichts und vor Erhalt des ersten Bescheids der Prüfungsabteilung kann der Anmelder von sich aus die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen ändern.

(3) Nach Erhalt des ersten Bescheids der Prüfungsabteilung kann der Anmelder von sich aus die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen einmal ändern, sofern die Änderung gleichzeitig mit der Erwiderung auf den Bescheid eingereicht wird. Weitere Änderungen können nur mit Zustimmung der Prüfungsabteilung vorgenommen werden.

Regel 87

Unterschiedliche Patentansprüche, Beschreibungen und Zeichnungen für verschiedene Staaten

Stellt das Europäische Patentamt fest, daß für einen oder mehrere der benannten Vertragsstaaten der Inhalt einer früheren europäischen Patentanmeldung nach Artikel 54 Absätze 3 und 4 zum Stand der Technik gehört, so kann die europäische Patentanmeldung oder das europäische Patent für diesen Staat oder diese Staaten unterschiedliche Patentansprüche und, wenn es das Europäische Patentamt für erforderlich hält, unterschiedliche Beschreibungen und Zeichnungen enthalten.

Chapter V

Amendments and corrections

Rule 86

Amendment of the European patent application

(1) Before receiving the European search report the applicant may not amend the description, claims or drawings of a European patent application except where otherwise provided.

(2) After receiving the European search report and before receipt of the first communication from the Examining Division, the applicant may, of his own volition, amend the description, claims and drawings.

(3) After receipt of the first communication from the Examining Division the applicant may, of his own volition, amend once the description, claims and drawings provided that the amendment is filed at the same time as the reply to the communication. No further amendment may be made without the consent of the Examining Division.

Rule 87

Different claims, description and drawings for different States

If the European Patent Office notes that, in respect of one or some of the designated Contracting States, the content of an earlier European patent application forms part of the state of the art pursuant to Article 54, paragraphs 3 and 4, the European patent application or European patent may contain for such State or States claims and, if the European Patent Office considers it necessary, a description and drawings which are different from those for the other designated Contracting States.

Chapitre V

Modifications et corrections

Règle 86

Modification de la demande de brevet européen

(1) A moins qu'il n'en soit disposé autrement, le demandeur ne peut modifier la description, les revendications ou les dessins d'une demande de brevet européen avant d'avoir reçu le rapport de recherche européenne.

(2) Après avoir reçu le rapport de recherche européenne et avant d'avoir reçu la première notification de la division d'examen, le demandeur peut, de sa propre initiative, modifier la description, les revendications et les dessins.

(3) Après avoir reçu la première notification de la division d'examen, le demandeur peut, de sa propre initiative, modifier une seule fois la description, les revendications et les dessins à la condition que la modification et la réponse à la notification soient concomitantes. Toutes autres modifications ultérieures sont subordonnées à l'autorisation de la division d'examen.

Règle 87

Revendications, description et dessins différents pour des États différents

Si l'Office européen des brevets constate que, en ce qui concerne un ou plusieurs des États contractants désignés, le contenu d'une demande de brevet européen antérieure est compris dans l'état de la technique en vertu des dispositions de l'article 54, paragraphes 3 et 4, la demande de brevet européen ou le brevet européen peut comporter des revendications qui diffèrent, accompagnées, si l'Office européen des brevets l'estime nécessaire, d'une description et de dessins qui diffèrent également, selon qu'il s'agit de l'État ou des États en cause ou d'autres États contractants désignés.

Regel 88

Berichtigung von Mängeln in den beim Europäischen Patentamt eingereichten Unterlagen

Sprachliche Fehler, Schreibfehler und Unrichtigkeiten in den beim Europäischen Patentamt eingereichten Unterlagen können auf Antrag berichtigt werden. Betrifft jedoch der Antrag auf Berichtigung die Beschreibung, die Patentansprüche oder die Zeichnungen, so muß die Berichtigung derart offensichtlich sein, daß sofort erkennbar ist, daß nichts anderes beabsichtigt sein konnte als das, was als Berichtigung vorgeschlagen wird.

Regel 89

Berichtigung von Fehlern in Entscheidungen

In Entscheidungen des Europäischen Patentamts können nur sprachliche Fehler, Schreibfehler und offensichtbare Unrichtigkeiten berichtigt werden.

Kapitel VI

Unterbrechung des Verfahrens

Regel 90

Unterbrechung des Verfahrens

(1) Das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt wird unterbrochen:

- a) im Fall des Todes oder der fehlenden Geschäftsfähigkeit des Anmelders oder Patentinhabers oder der Person, die nach dem Heimatrecht des Anmelders oder Patentinhabers zu dessen Vertretung berechtigt ist. Solange die genannten Ereignisse die Vertretungsbefugnis eines nach Artikel 134 bestellten Vertreters nicht berühren, tritt eine Unterbrechung des Verfahrens jedoch nur auf Antrag dieses Vertreters ein;
- b) wenn der Anmelder oder Patentinhaber auf Grund eines gegen sein Vermögen gerichteten Verfahrens aus rechtlichen Gründen verhindert ist, das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt fortzusetzen;
- c) im Fall des Todes oder der fehlenden Geschäftsfähigkeit eines Vertreters des Anmelders oder Patentinhabers.

(2) Wird dem Europäischen Patentamt bekannt, wer in den Fällen des Absatzes 1 Buchstaben a und b die Berechtigung erlangt hat, das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt fortzusetzen, so teilt es dieser Person und gegebenenfalls den übrigen Betei-

Rule 88

Correction of errors in documents filed with the European Patent Office

Linguistic errors, errors of transcription and mistakes in any document filed with the European Patent Office may be corrected on request. However, if the request for such correction concerns a description, claims or drawings, the correction must be obvious in the sense that it is immediately evident that nothing else would have been intended than what is offered as the correction.

Rule 89

Correction of errors in decisions

In decisions of the European Patent Office, only linguistic errors, errors of transcription and obvious mistakes may be corrected.

Chapter VI

Interruption of proceedings

Rule 90

Interruption of proceedings

(1) Proceedings before the European Patent Office shall be interrupted:

- a) in the event of the death or legal incapacity of the applicant for or proprietor of a European patent or of the person authorised by national law to act on his behalf. To the extent that the above events do not affect the authorisation of a representative appointed under Article 134, proceedings shall be interrupted only on application by such representative;
- b) in the event of the applicant for or proprietor of a European patent, as a result of some action taken against his property, being prevented by legal reasons from continuing the proceedings before the European Patent Office;
- c) in the event of the death or legal incapacity of the representative of the applicant for or proprietor of a European patent.

(2) When, in the cases referred to in paragraph 1 (a) and (b), the European Patent Office has been informed of the identity of the person authorised to continue the proceedings before the European Patent Office, the European Patent Office shall communicate to

Règle 88

Correction d'erreurs dans les pièces soumises à l'Office européen des brevets

Les fautes d'expression ou de transcription et les erreurs contenues dans toute pièce soumise à l'Office européen des brevets peuvent être rectifiées sur requête. Toutefois, si la requête en rectification porte sur la description, les revendications ou les dessins, la rectification doit s'imposer à l'évidence, en ce sens qu'il apparaît immédiatement qu'aucun texte autre que celui résultant de la rectification n'a pu être envisagé par le demandeur.

Règle 89

Rectification d'erreurs dans les décisions

Dans les décisions de l'Office européen des brevets, seules les fautes d'expression, de transcription et les erreurs manifestes peuvent être rectifiées.

Chapitre VI

Interruption de la procédure

Règle 90

Interruption de la procédure

(1) La procédure devant l'Office européen des brevets est interrompue:

- a) en cas de décès ou d'incapacité, soit du demandeur ou du titulaire du brevet européen, soit de la personne qui est habilitée, en vertu du droit national du demandeur ou du titulaire du brevet européen, à représenter l'un ou l'autre. Toutefois, si ces événements n'affectent pas le pouvoir du mandataire désigné en application de l'article 134, la procédure n'est interrompue qu'à la demande du mandataire;
- b) si le demandeur ou le titulaire du brevet européen se trouve dans l'impossibilité juridique de poursuivre la procédure devant l'Office européens des brevets à raison d'une action engagée contre ses biens;
- c) en cas de décès ou d'incapacité du mandataire du demandeur ou du titulaire du brevet européen.

(2) Si l'Office européen des brevets a connaissance de l'identité de la personne habilitée à poursuivre devant lui la procédure dans les cas visés au paragraphe 1, sous les lettres a) et b), il adresse à cette personne et, le cas échéant, à tout tiers participant,

ligten mit, daß das Verfahren nach Ablauf einer von ihm zu bestimmten Frist wieder aufgenommen wird.

(3) Im Fall des Absatzes 1 Buchstabe c wird das Verfahren wieder aufgenommen, wenn dem Europäischen Patentamt die Bestellung eines neuen Vertreters des Anmelders angezeigt wird oder das Europäische Patentamt die Anzeige über die Bestellung eines neuen Vertreters des Patentinhabers den übrigen Beteiligten zugestellt hat. Hat das Europäische Patentamt drei Monate nach dem Beginn der Unterbrechung des Verfahrens noch keine Anzeige über die Bestellung eines neuen Vertreters erhalten, so teilt es dem Anmelder oder Patentinhaber mit:

- a) im Fall des Artikels 133 Absatz 2, daß die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen gilt oder das europäische Patent widerrufen wird, wenn die Anzeige nicht innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung dieser Mitteilung erfolgt, oder,
- b) wenn der Fall des Artikels 133 Absatz 2 nicht vorliegt, daß das Verfahren vom Tag der Zustellung dieser Mitteilung an mit dem Anmelder oder Patentinhaber wieder aufgenommen wird.

(4) Die am Tag der Unterbrechung für den Anmelder oder Patentinhaber laufenden Fristen, mit Ausnahme der Frist zur Stellung des Prüfungsantrags und der Frist für die Entrichtung der Jahresgebühren, beginnen an dem Tag von neuem zu laufen, an dem das Verfahren wieder aufgenommen wird. Liegt dieser Tag später als zwei Monate vor Ablauf der Frist zur Stellung des Prüfungsantrags, so kann ein Prüfungsantrag noch bis zum Ablauf von zwei Monaten nach diesem Tag gestellt werden.

such person and to any interested third party that the proceedings shall be resumed as from a date to be fixed by the European Patent Office.

(3) In the case referred to in paragraph 1 (c), the proceedings shall be resumed when the European Patent Office has been informed of the appointment of a new representative of the applicant or when the European Patent Office has notified to the other parties the communication of the appointment of a new representative of the proprietor of the patent. If, three months after the beginning of the interruption of the proceedings, the European Patent Office has not been informed of the appointment of a new representative, it shall communicate to the applicant for or proprietor of the patent:

- (a) where Article 133, paragraph 2, is applicable, that the European patent application will be deemed to be withdrawn or the European patent will be revoked if the information is not submitted within two months after this communication is notified, or
- (b) where Article 133, paragraph 2, is not applicable, that the proceedings will be resumed with the applicant for or proprietor of the patent as from the date on which this communication is notified.

(4) The time limits, other than the time limit for making a request for examination and the time limit for paying the renewal fees, in force as regards the applicant for or proprietor of the patent at the date of interruption of the proceedings, shall begin again as from the day on which the proceedings are resumed. If such date is less than two months before the end of the period within which the request for examination must be filed, such a request may be filed up to the end of two months after such date.

une notification dans laquelle il est indiqué que la procédure sera reprise à l'expiration du délai qu'il a imparti.

(3) Dans le cas visé au paragraphe 1, sous la lettre c), la procédure est reprise lorsque l'Office européen des brevets est avisé de la constitution d'un nouveau mandataire du demandeur ou lorsque cet Office a signifié aux tiers participants l'avis relatif à la constitution d'un nouveau mandataire du titulaire du brevet européen. Si, dans un délai de trois mois à compter du début de l'interruption de la procédure, l'Office européen des brevets n'a pas reçu d'avis relatif à la constitution d'un nouveau mandataire, il adresse au demandeur ou au titulaire du brevet européen une notification dans laquelle il est indiqué que:

- a) dans le cas visé à l'article 133, paragraphe 2, la demande de brevet européen est réputée retirée ou le brevet européen est révoqué, si l'avis n'est pas produit dans les deux mois suivant la signification de cette notification, ou que
- b) dans les cas autres que celui visé à l'article 133, paragraphe 2, la procédure est reprise avec le demandeur ou avec le titulaire du brevet européen à compter du jour de la signification de cette notification.

(4) Les délais en cours à l'égard du demandeur ou du titulaire du brevet européen à la date d'interruption de la procédure, à l'exception du délai de présentation de la requête en examen et du délai de paiement des taxes annuelles, recommencent à courir dans leur intégralité à compter du jour de la reprise de la procédure. Si ce jour se situe dans les deux mois qui précèdent l'expiration du délai prévu pour la présentation de la requête en examen, cette requête peut encore être présentée jusqu'à l'expiration d'un délai de deux mois à compter dudit jour.

Kapitel VII

Verzicht auf Beitreibung

Regel 91

Verzicht auf Beitreibung

Der Präsident des Europäischen Patentamts kann davon absehen, geschuldete Geldbeträge beizutreiben, wenn der beizutreibende Betrag geringfügig oder die Beitreibung zu ungewiß ist.

Chapter VII

Waiving of enforced recovery procedures

Rule 91

Waiving of enforced recovery procedures

The President of the European Patent Office may waive action for the enforced recovery of any sum due if the sum to be recovered is minimal or if such recovery is too uncertain.

Chapitre VII

Renonciation au recouvrement par contrainte

Règle 91

Renonciation au recouvrement par contrainte

Le Président de l'Office européen des brevets peut renoncer à procéder au recouvrement par contrainte de toute somme due si celle-ci est minime ou si le recouvrement est trop aléatoire.

Kapitel VIII
Unterrichtung der Öffentlichkeit

Regel 92

**Eintragungen in das
europäische Patentregister**

- (1) Im europäischen Patentregister müssen folgende Angaben eingetragen werden:
- a) Nummer der europäischen Patentanmeldung;
 - b) Anmeldetag der europäischen Patentanmeldung;
 - c) Bezeichnung der Erfindung;
 - d) Symbole der Klassifikation der europäischen Patentanmeldung;
 - e) die benannten Vertragsstaaten;
 - f) Name, Vornamen, Anschrift, Wohnsitz oder Sitz des Anmelders oder Patentinhabers;
 - g) Name, Vornamen und Anschrift des vom Anmelder oder Patentinhaber genannten Erfinders, sofern er nicht nach Regel 18 Absatz 3 auf seine Nennung verzichtet hat;
 - h) Name, Vornamen und Geschäftsanschrift des in Artikel 134 bezeichneten Vertreters des Anmelders oder Patentinhabers;
 - i) Prioritätsangaben (Tag, Staat und Aktenzeichen der früheren Anmeldung);
 - j) im Fall der Teilung der europäischen Patentanmeldung die Nummern der europäischen Teilanmeldungen;
 - k) bei europäischen Teilanmeldungen und bei den nach Artikel 61 Absatz 1 Buchstabe b eingereichten neuen europäischen Patentanmeldungen die unter den Buchstaben a, b und i vorgesehenen Angaben für die frühere europäische Patentanmeldung;
 - l) Tag der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung und gegebenenfalls Tag der gesonderten Veröffentlichung des europäischen Recherchenberichts;
 - m) Tag der Stellung eines Prüfungsantrags;
 - n) Tag, an dem die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen worden ist oder als zurückgenommen gilt;
 - o) Tag der Bekanntmachung des Hinweises auf die Erteilung des europäischen Patents;
 - p) Tag des Erlöschens des europäischen Patents in einem Vertragsstaat während der Einspruchsfrist

Chapter VIII
Information to the public

Rule 92

**Entries in the Register
of European Patents**

- (1) The Register of European Patents shall contain the following entries:
- (a) number of the European patent application;
 - (b) date of filing of the European patent application;
 - (c) title of the invention;
 - (d) classification code given to the European patent application;
 - (e) the Contracting States designated;
 - (f) family name, given names, address and residence or principal place of business of the applicant for or proprietor of the European patent;
 - (g) family name, given names and address of the inventor designated by the applicant for or proprietor of the patent unless he has renounced his title as inventor under Rule 18, paragraph 3;
 - (h) family name, given names and address of the place of business of the representative of the applicant for or proprietor of the patent referred to in Article 134;
 - (i) priority data (date, State and file number of the previous application);
 - (j) in the event of a division of the European patent application, the numbers of the European divisional applications;
 - (k) in the case of European divisional applications and a new European patent application under Article 61, paragraph 1 (b), the information referred to under sub-paragraphs (a), (b) and (i) with regard to the earlier European patent application;
 - (l) date of publication of the European patent application and where appropriate date of the separate publication of the European search report;
 - (m) date of filing of the request for examination;
 - (n) date on which the European patent application is refused, withdrawn or deemed to be withdrawn;
 - (o) date of publication of the mention of the grant of the European patent;
 - (p) date of lapse of the European patent in a Contracting State during the opposition period and,

Chapitre VIII
Information du public

Règle 92

**Inscriptions au Registre européen
des brevets**

- (1) Les mentions suivantes sont inscrites au Registre européen des brevets:
- a) le numéro de la demande de brevet européen;
 - b) la date de dépôt de la demande de brevet européen;
 - c) le titre de l'invention;
 - d) le symbole de la classification attribué à la demande de brevet européen;
 - e) la mention des États contractants désignés;
 - f) les nom, prénoms, adresse et domicile ou siège du demandeur ou du titulaire du brevet européen;
 - g) les nom, prénoms et adresse de l'inventeur désigné par le demandeur ou par le titulaire du brevet européen, pour autant que l'inventeur n'ait pas renoncé à être désigné en tant que tel, ainsi que le prévoit la règle 18, paragraphe 3;
 - h) les nom, prénoms et adresse professionnelle du mandataire du demandeur ou du titulaire du brevet européen, visé à l'article 134;
 - i) les indications relatives à la priorité (date, État et numéro de dépôt de la demande antérieure);
 - j) dans le cas de division de la demande de brevet européen, les numéros des demandes divisionnaires européennes;
 - k) lorsqu'il s'agit soit de demandes divisionnaires européennes, soit de nouvelles demandes de brevet européen dans le cas visé à l'article 61, paragraphe 1, lettre b), les indications mentionnées sous les lettres a), b) et i) du présent paragraphe pour ce qui est de la demande de brevet européen initiale;
 - l) la date de la publication de la demande de brevet européen et, le cas échéant, la date de la publication du rapport de recherche européenne;
 - m) la date de la présentation de la requête en examen;
 - n) la date à laquelle la demande de brevet européen est rejetée, retirée ou réputée retirée;
 - o) la date de la publication de la mention de la délivrance du brevet européen;
 - p) la date de la déchéance du brevet européen dans un État contractant pendant le délai d'opposition et, le

und gegebenenfalls bis zur rechtskräftigen Entscheidung über den Einspruch;	where appropriate, pending a final decision on opposition;	cas échéant, pendant la période ayant pour terme la date à laquelle la décision relative à l'opposition est passée en force de chose jugée;
q) Tag der Einlegung des Einspruchs;	(q) date of filing opposition;	q) la date du dépôt de l'acte d'opposition;
r) Tag und Art der Entscheidung über den Einspruch;	(r) date and purport of the decision on opposition;	r) la date et le sens de la décision relative à l'opposition;
s) Tag der Aussetzung und der Fortsetzung des Verfahrens im Fall der Regel 13;	(s) dates of suspension and resumption of proceedings in the cases referred to in Rule 13;	s) les dates de la suspension et de la reprise de la procédure dans les cas visés à la règle 13;
t) Tag der Unterbrechung und Wiederaufnahme des Verfahrens im Fall der Regel 90;	(t) dates of interruption and resumption of proceedings in the case referred to in Rule 90;	t) les dates de l'interruption et de la reprise de la procédure dans le cas visé à la règle 90;
u) Tag der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, sofern eine Eintragung nach den Buchstaben n oder r erfolgt ist;	(u) date of re-establishment of rights, provided that an entry has been made in accordance with sub-paragraph (n) or sub-paragraph (r);	u) la date du rétablissement dans un droit, pour autant qu'une mention a été inscrite ainsi qu'il est prévu sous les lettres n) ou r) du présent paragraphe;
v) die Einreichung eines Antrags nach Artikel 135 beim Europäischen Patentamt;	(v) the filing of a request to the European Patent Office pursuant to Article 135;	v) la présentation d'une requête à l'Office européen des brevets, en application de l'article 135;
w) Rechte an der europäischen Patentanmeldung oder am europäischen Patent und Rechte an diesen Rechten, soweit ihre Eintragung in Anwendung dieser Ausführungsordnung vorgenommen wird.	(w) rights and transfer of such rights over a European patent application or European patent where these are recorded pursuant to these Implementing Regulations.	w) la constitution de droits sur la demande de brevet européen ou sur le brevet européen et le transfert de ces droits pour autant que l'inscription de ces mentions est effectuée en application des dispositions du présent règlement d'exécution.
(2) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann bestimmen, daß in das europäische Patentregister andere als die in Absatz 1 vorgesehenen Angaben eingetragen werden.	(2) The President of the European Patent Office may decide that entries other than those referred to in paragraph 1 shall be made in the Register of European Patents.	(2) Le Président de l'Office européen des brevets peut prescrire que des mentions autres que celles prévues au paragraphe 1 seront inscrites au Registre européen des brevets.
(3) Auf Antrag werden Auszüge aus dem europäischen Patentregister nach Entrichtung einer Verwaltungsgebühr erteilt.	(3) Extracts from the Register of European Patents shall be delivered on request on payment of an administrative fee.	(3) Des extraits du Registre européen des brevets sont délivrés sur requête après paiement d'une taxe d'administration.

Regel 93	Rule 93	Règle 93
Von der Einsicht ausgeschlossene Akteile	Parts of the file not for inspection	Pièces du dossier exclues de l'inspection publique
Von der Akteneinsicht sind nach Artikel 128 Absatz 4 folgende Akteile ausgeschlossen:	The parts of the file which shall be excluded from inspection pursuant to Article 128, paragraph 4, shall be:	En vertu des dispositions de l'article 128, paragraphe 4, les pièces du dossier exclues de l'inspection publique sont:
a) Vorgänge über die Frage der Ausschließung oder Ablehnung von Mitgliedern der Beschwerdekammern oder der Großen Beschwerdekammer;	(a) the documents relating to the exclusion of or objections to members of the Boards of Appeal or of the Enlarged Board of Appeal;	a) les pièces concernant l'exclusion ou la récusation de membres des chambres de recours ou de la Grande Chambre de recours;
b) Entwürfe zu Entscheidungen und Bescheiden sowie sonstige Schriftstücke, die der Vorbereitung von Entscheidungen und Bescheiden dienen und den Beteiligten nicht mitgeteilt werden;	(b) draft decisions and opinions, and all other documents, used for the preparation of decisions and opinions, which are not communicated to the parties;	b) les projets de décisions et d'avis, ainsi que toutes autres pièces qui servent à la préparation de décisions et d'avis et ne sont pas communiquées aux parties;
c) die Erfindernennung, wenn der Erfinder nach Regel 18 Absatz 3 auf seine Nennung verzichtet hat;	(c) the designation of the inventor if he has renounced his title as inventor under Rule 18, paragraph 3;	c) les pièces concernant la désignation de l'inventeur s'il a renoncé à être désigné en tant que tel, en vertu de la règle 18, paragraphe 3;
d) andere Schriftstücke, die vom Präsidenten des Europäischen Patentamts von der Einsicht ausgeschlossen werden, weil die Einsicht in diese Schriftstücke nicht dem Zweck	(d) any other document excluded from inspection by the President of the European Patent Office on the ground that such inspection would not serve the purpose of inform-	d) toute autre pièce exclue de l'inspection publique par le Président de l'Office européen des brevets au motif que sa consultation ne répondrait pas aux fins d'informa-

dient, die Öffentlichkeit über die europäische Patentanmeldung oder das darauf erteilte europäische Patent zu unterrichten.

ing the public about the European patent application or the resulting patent.

tion du public en ce qui concerne la demande de brevet européen ou le brevet européen auquel elle a donné lieu.

Regel 94

Durchführung der Akteneinsicht

(1) Die Einsicht in die Akten europäischer Patentanmeldungen und europäischer Patente wird in das Original oder in eine Kopie gewährt. Für die Akteneinsicht ist eine Verwaltungsgebühr zu entrichten.

(2) Die Akteneinsicht wird in den Dienstgebäuden des Europäischen Patentamts gewährt. Auf Antrag wird die Einsicht in eine Kopie der Akten europäischer Patentanmeldungen und europäischer Patente auch in den Dienstgebäuden der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz des Vertragsstaats gewährt, in dessen Hoheitsgebiet der Antragsteller seinen Wohnsitz oder Sitz hat.

(3) Auf Antrag wird die Akteneinsicht durch Erteilung von Kopien gewährt. Diese Kopien sind gebührenpflichtig.

(4) Auf Antrag stellt das Europäische Patentamt beglaubigte Kopien der europäischen Patentanmeldung gegen Entrichtung einer Verwaltungsgebühr aus.

Rule 94

Procedures for the inspection of files

(1) Inspection of the files of European patent applications and of European patents shall be of the original documents or of copies thereof. It shall be subject to the payment of an administrative fee.

(2) The inspection shall take place on the premises of the European Patent Office. However, on request, inspection of copies of the files shall take place on the premises of the central industrial property office of the Contracting State on whose territory the person making the request has his residence or principal place of business.

(3) On request, inspection of the files shall be effected by means of issuing copies of file documents. Such copies shall incur fees.

(4) The European Patent Office shall issue on request certified copies of the European patent application upon payment of an administrative fee.

Règle 94

Modalités de l'inspection publique

(1) L'inspection publique des dossiers de demandes de brevet européen et de brevets européens porte soit sur les pièces originales, soit sur des copies de ces pièces. Elle est subordonnée au paiement d'une taxe d'administration.

(2) L'inspection publique a lieu dans les locaux de l'Office européen des brevets. Toutefois, sur requête, l'inspection publique de copies des dossiers a lieu dans les locaux du service central de la propriété industrielle de l'État contractant sur le territoire duquel le requérant a son domicile ou son siège.

(3) Il est procédé, sur requête, à l'inspection publique, en délivrant des copies des pièces des dossiers. Une taxe doit être acquittée pour l'obtention de ces copies.

(4) Sur requête, l'Office européen des brevets délivre des copies certifiées conformes de la demande de brevet européen moyennant le paiement d'une taxe d'administration.

Regel 95

Auskunft aus den Akten

Das Europäische Patentamt kann vorbehaltlich der in Artikel 128 Absätze 1 bis 4 und Regel 93 vorgesehenen Beschränkungen auf Antrag und gegen Entrichtung einer Verwaltungsgebühr Auskünfte aus den Akten europäischer Patentanmeldungen oder europäischer Patente erteilen. Das Europäische Patentamt kann jedoch verlangen, daß von der Möglichkeit der Akteneinsicht Gebrauch gemacht wird, wenn dies im Hinblick auf den Umfang der zu erteilenden Auskünfte zweckmäßig erscheint.

Rule 95

Communication of information contained in the files

Subject to the restrictions provided for in Article 128, paragraphs 1 to 4, and in Rule 93, the European Patent Office may, upon request, communicate information concerning any file of a European patent application or European patent subject to the payment of an administrative fee. However, the European Patent Office may require the exercise of the option to obtain inspection of the file itself should it deem this to be appropriate in view of the quantity of information to be supplied.

Règle 95

Communication d'informations contenues dans les dossiers

Sous réserve des restrictions prévues à l'article 128, paragraphes 1 à 4 et à la règle 93, l'Office européen des brevets peut, sur requête, communiquer des informations contenues dans les dossiers de demandes de brevet européen ou de brevets européens moyennant le paiement d'une taxe d'administration. Toutefois, l'Office européen des brevets peut exiger qu'il soit fait usage de la possibilité du recours à l'inspection publique du dossier, s'il l'estime opportun en raison de la quantité des informations à fournir.

Regel 96

Weitere Veröffentlichungen des Europäischen Patentamts

(1) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann bestimmen, daß und in welcher Form die in Artikel 128 Absatz 5 vorgesehenen Angaben Dritten mitgeteilt oder veröffentlicht werden.

(2) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann bestimmen, daß und

Rule 96

Additional publications by the European Patent Office

(1) The President of the European Patent Office may provide that, and in what form, the data referred to in Article 128, paragraph 5, shall be communicated to third parties or published.

(2) The President of the European Patent Office may provide for the

Règle 96

Autres publications de l'Office européen des brevets

(1) Le Président de l'Office européen des brevets peut prescrire la communication à des tiers ou la publication des indications visées à l'article 128, paragraphe 5, ainsi que la forme sous laquelle cette communication ou cette publication est faite.

(2) Le Président de l'Office européen des brevets peut prescrire la

in welcher Form neue oder geänderte Patentansprüche, die nach dem in Regel 49 Absatz 3 genannten Zeitpunkt eingegangen sind, veröffentlicht werden und daß ein Hinweis auf Einzelheiten solcher Ansprüche im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht wird.

Kapitel IX

Rechts- und Amtshilfe

Regel 97

Verkehr des Europäischen Patentamts mit Behörden der Vertragsstaaten

(1) Bei Mitteilungen, die sich aus der Anwendung des Übereinkommens ergeben, verkehren das Europäische Patentamt und die Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten unmittelbar miteinander. Das Europäische Patentamt und die Gerichte sowie die übrigen Behörden der Vertragsstaaten können miteinander durch Vermittlung der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz verkehren.

(2) Die Kosten, die durch die in Absatz 1 genannten Mitteilungen entstehen, sind von der Behörde zu tragen, die die Mitteilungen gemacht hat; diese Mitteilungen sind gebührenfrei.

Regel 98

Akteneinsicht durch Gerichte und Behörden der Vertragsstaaten oder durch deren Vermittlung

(1) Die Einsicht in die Akten einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents durch Gerichte und Behörden der Vertragsstaaten wird in das Original oder in eine Kopie gewährt; Regel 94 ist nicht anzuwenden.

(2) Gerichte und Staatsanwaltschaften der Vertragsstaaten können in Verfahren, die bei ihnen anhängig sind, Dritten Einsicht in die vom Europäischen Patentamt übermittelten Akten oder Kopien der Akten gewähren. Die Akteneinsicht wird nach Maßgabe des Artikels 128 gewährt; die Verwaltungsgebühr für die Akteneinsicht wird nicht erhoben.

(3) Das Europäische Patentamt weist die Gerichte und Staatsanwaltschaften der Vertragsstaaten bei der Übermittlung der Akten oder Kopien der Akten auf die Beschränkungen in, denen die Gewährung der Ein-

publication of new or amended claims received after the time mentioned in Rule 49, paragraph 3, the form of such publication and the entry in the European Patent Bulletin of particulars concerning such claims.

Chapter IX

Legal and administrative cooperation

Rule 97

Communications between the European Patent Office and the authorities of the Contracting States

(1) Communications between the European Patent Office and the central industrial property offices of the Contracting States which arise out of the application of the Convention shall be effected directly between these authorities. Communications between the European Patent Office and the courts or other authorities of the Contracting States may be effected through the intermediary of the above central industrial property offices.

(2) Expenditure in respect of communications under paragraph 1 shall be chargeable to the authority making the communications, which shall be exempt from fees.

Rule 98

Inspection of files by or via courts or authorities of the Contracting States

(1) Inspection of the files of European patent applications or of European patents by courts or authorities of the Contracting States shall be of the original documents or of copies thereof; Rule 94 shall not apply.

(2) Courts or Public Prosecutors' Offices of the Contracting States may, in the course of their proceedings, communicate to third parties files or copies thereof transmitted to them by the European Patent Office. Such communications shall be effected in accordance with the conditions laid down in Article 128; they shall not incur the payment of the administrative fee.

(3) The European Patent Office shall, at the time of transmission of the files or copies thereof to the courts or Public Prosecutors' Offices of the Contracting States, indicate such restrictions as may, under Arti-

publication de revendications nouvelles ou modifiées, qui ont été déposées après l'expiration du délai visé à la règle 49, paragraphe 3, et la forme de cette publication, ainsi que la publication au Bulletin européen des brevets d'un avis concernant certains points particuliers de telles revendications.

Chapitre IX

Assistance judiciaire et administrative

Règle 97

Communication entre l'Office européen des brevets et les administrations des États contractants

(1) L'Office européen des brevets et les services centraux de la propriété industrielle des États contractants correspondent directement lorsque les communications qu'ils échangent découlent de l'application des dispositions de la convention. L'Office européen des brevets et les juridictions ou les autres administrations des États contractants peuvent correspondre par l'intermédiaire des services centraux de la propriété industrielle des États contractants.

(2) Les frais résultant de toute communication au titre du paragraphe 1 sont à la charge de l'administration qui a fait la communication; ces communications ne donnent lieu à la perception d'aucune taxe.

Règle 98

Communication de dossiers aux tribunaux et administrations des États contractants ou par leur intermédiaire

(1) La communication des dossiers de demandes de brevet européen ou de brevets européens aux tribunaux et administrations des États contractants porte soit sur les pièces originales, soit sur des copies de ces pièces; la règle 94 n'est pas applicable.

(2) Les juridictions et ministères publics des États contractants peuvent, au cours de procédures en instance devant eux, communiquer à des tiers les dossiers ou copies de dossiers qui leur sont transmis par l'Office européen des brevets. Ces communications sont faites dans les conditions prévues à l'article 128; il n'est pas perçu de taxe d'administration.

(3) L'Office européen des brevets signale aux juridictions et ministères publics des États contractants, lorsqu'il leur transmet les dossiers ou copies de ces dossiers, les restrictions auxquelles est soumise, en application

sicht in die Akten einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents an Dritte nach Artikel 128 Absätze 1 und 4 unterworfen ist.

Regel 99

Verfahren bei Rechtshilfeersuchen

(1) Jeder Vertragsstaat bestimmt eine zentrale Behörde, die vom Europäischen Patentamt ausgehende Rechtshilfeersuchen entgegenzunehmen und dem zuständigen Gericht oder der zuständigen Behörde zur Erledigung zuzuleiten hat.

(2) Das Europäische Patentamt faßt Rechtshilfeersuchen in der Sprache des zuständigen Gerichts oder der zuständigen Behörde ab oder fügt den Rechtshilfeersuchen eine Übersetzung in dieser Sprache bei.

(3) Vorbehaltlich der Absätze 5 und 6 hat das zuständige Gericht oder die zuständige Behörde bei der Erledigung eines Ersuchens in den Formen zu verfahren, die ihr Recht vorsieht. Sie hat insbesondere geeignete Zwangsmittel nach Maßgabe ihrer Rechtsvorschriften anzuwenden.

(4) Ist das ersuchte Gericht oder die ersuchte Behörde nicht zuständig, so ist das Rechtshilfeersuchen von Amts wegen unverzüglich an die in Absatz 1 genannte zentrale Behörde zurückzusenden. Die zentrale Behörde übermittelt das Rechtshilfeersuchen, wenn ein anderes Gericht oder eine andere Behörde in diesem Staat zuständig ist, diesem Gericht oder dieser Behörde, oder, wenn kein Gericht oder keine Behörde in diesem Staat zuständig ist, dem Europäischen Patentamt.

(5) Das Europäische Patentamt ist von Zeit und Ort der durchzuführenden Beweisaufnahme oder der anderen vorzunehmenden gerichtlichen Handlungen zu benachrichtigen und unterrichtet seinerseits die betreffenden Beteiligten, Zeugen und Sachverständigen.

(6) Auf Ersuchen des Europäischen Patentamts gestattet das zuständige Gericht oder die zuständige Behörde die Teilnahme von Mitgliedern des betreffenden Organs und erlaubt diesen, an vernommene Personen über das Gericht oder die Behörde oder unmittelbar Fragen zu richten.

(7) Für die Erledigung von Rechtshilfeersuchen dürfen Gebühren und Auslagen irgendwelcher Art nicht erhoben werden. Der ersuchte Staat ist jedoch berechtigt, von der Organisation die Erstattung der an Sachverständige und an Dolmetscher gezahlten Entschädigung sowie der Auslagen zu verlangen, die durch das Verfahren nach Absatz 6 entstanden sind.

cle 128, paragraphs 1 and 4, be applicable to the communication to third parties of files concerning a European patent application or a European patent.

Rule 99

Procedure for letters rogatory

(1) Each Contracting State shall designate a central authority which will undertake to receive letters rogatory issued by the European Patent Office and to transmit them to the authority competent to execute them.

(2) The European Patent Office shall draw up letters rogatory in the language of the competent authority or shall attach to such letters rogatory a translation into the language of that authority.

(3) Subject to the provisions of paragraphs 5 and 6, the competent authority shall apply its own law as to the procedures to be followed in executing such requests. In particular, it shall apply appropriate measures of compulsion in accordance with its own law.

(4) If the authority to which the letters rogatory are transmitted is not competent to execute them, the letters rogatory shall be sent forthwith to the central authority referred to in paragraph 1. That authority shall transmit the letters rogatory either to the competent authority in that State, or to the European Patent Office where no authority is competent in that State.

(5) The European Patent Office shall be informed of the time when, and the place where, the enquiry or other legal measure is to take place and shall inform the parties, witnesses and experts concerned.

(6) If so requested by the European Patent Office, the competent authority shall permit the attendance of members of the department concerned and allow them to question any person giving evidence either directly or through the competent authority.

(7) The execution of letters rogatory shall not give rise to any reimbursement of fees or costs of any nature. Nevertheless, the State in which letters rogatory are executed has the right to require the Organisation to reimburse any fees paid to experts and interpreters and the costs incurred by the procedure of paragraph 6.

de l'article 128, paragraphes 1 et 4, la communication à des tiers du dossier d'une demande de brevet européen ou d'un brevet européen.

Règle 99

Procédure des commissions rogatoires

(1) Chaque État contractant désigne une autorité centrale qui assume la charge de recevoir les commissions rogatoires émanant de l'Office européen des brevets et de les transmettre à l'autorité compétente aux fins d'exécution.

(2) L'Office européen des brevets rédige les commissions rogatoires dans la langue de l'autorité compétente ou joint à ces commissions une traduction dans la langue de ladite autorité.

(3) Sans préjudice des dispositions des paragraphes 5 et 6, l'autorité compétente applique les lois de son pays en ce qui concerne la procédure à suivre pour l'exécution desdites commissions rogatoires. Elle applique notamment les moyens de contrainte appropriés conformément aux lois de son pays.

(4) En cas d'incompétence de l'autorité requise, les commissions rogatoires sont transmises d'office et sans retard à l'autorité centrale prévue au paragraphe 1. Celle-ci transmet les commissions rogatoires, selon le cas, à une autre autorité compétente de cet État, ou à l'Office européen des brevets si aucune autorité n'est compétente dans ledit État.

(5) L'Office européen des brevets est informé de la date et du lieu où il sera procédé à l'instruction ou à toute autre mesure judiciaire, et il en informe les parties, témoins et experts intéressés.

(6) A la demande de l'Office européen des brevets, l'autorité compétente autorise les membres de l'organisme intéressé à assister à l'exécution et à interroger toute personne faisant une déposition soit directement, soit par l'intermédiaire de ladite autorité.

(7) L'exécution de commissions rogatoires ne peut donner lieu au remboursement de taxes ou de frais de quelque nature que ce soit. Toutefois, l'État dans lequel les commissions rogatoires sont exécutées a le droit d'exiger de l'Organisation le remboursement des indemnités payées aux experts et aux interprètes et des frais résultant de l'application de la procédure prévue au paragraphe 6.

(8) Haben nach dem von dem zuständigen Gericht oder der zuständigen Behörde angewendeten Recht die Beteiligten selbst für die Aufnahme der Beweise zu sorgen und ist das Gericht oder die Behörde zur Erledigung des Rechtshilfeersuchens außerstande, so kann das Gericht oder die Behörde mit Einverständnis des Europäischen Patentamts eine geeignete Person mit der Erledigung beauftragen. Bei der Einholung des Einverständnisses des Europäischen Patentamts gibt das zuständige Gericht oder die zuständige Behörde die ungefähre Höhe der Kosten an, die durch dieses Verfahren entstehen. Durch das Einverständnis des Europäischen Patentamts wird die Organisation verpflichtet, die entstehenden Kosten zu erstatten; ohne ein solches Einverständnis ist die Organisation zur Zahlung der Kosten nicht verpflichtet.

(8) If the law applied by the competent authority obliges the parties to secure evidence and the authority is not able itself to execute the letters rogatory, that authority may, with the consent of the European Patent Office, appoint a suitable person to do so. When seeking the consent of the European Patent Office, the competent authority shall indicate the approximate costs which would result from this procedure. If the European Patent Office gives its consent, the Organisation shall reimburse any costs incurred; without such consent, the Organisation shall not be liable for such costs.

(8) Si la loi appliquée par l'autorité compétente laisse aux parties le soin de réunir les preuves, et si ladite autorité n'est pas en mesure d'exécuter elle-même les commissions rogatoires, elle peut, avec le consentement de l'Office européen des brevets, en charger une personne habilitée à cet effet. En demandant le consentement de l'Office européen des brevets, l'autorité compétente indique le montant approximatif des frais qui résulteraient de cette intervention. Le consentement de l'Office européen des brevets implique pour l'Organisation l'obligation de rembourser ces frais; s'il n'a pas donné son consentement, l'Organisation n'est pas redevable de ces frais.

Kapitel X Vertretung

Regel 100

Bestellung eines gemeinsamen Vertreters

(1) Wird eine europäische Patentanmeldung von mehreren Personen eingereicht und ist im Antrag auf Erteilung eines europäischen Patents kein gemeinsamer Vertreter bezeichnet, so gilt der Anmelder, der im Antrag als erster genannt ist, als gemeinsamer Vertreter. Ist einer der Anmelder jedoch verpflichtet, einen zugelassenen Vertreter zu bestellen, so gilt dieser Vertreter als gemeinsamer Vertreter, sofern nicht der im Antrag als erster genannte Anmelder einen zugelassenen Vertreter bestellt hat. Entsprechendes gilt für gemeinsame Patentinhaber und mehrere Personen, die gemeinsam einen Einspruch oder einen Antrag auf Beitritt einreichen.

(2) Erfolgt im Laufe des Verfahrens ein Rechtsübergang auf mehrere Personen und haben diese Personen keinen gemeinsamen Vertreter bezeichnet, so ist Absatz 1 entsprechend anzuwenden. Ist eine entsprechende Anwendung nicht möglich, so fordert das Europäische Patentamt die genannten Personen auf, innerhalb von zwei Monaten einen gemeinsamen Vertreter zu bestellen. Wird dieser Aufforderung nicht entsprochen, so bestimmt das Europäische Patentamt den gemeinsamen Vertreter.

Regel 101 Vollmacht

(1) Die Vertreter vor dem Europäischen Patentamt haben eine unter-

Chapter X Representation

Rule 100

Appointment of a common representative

(1) If there is more than one applicant and the request for the grant of a European patent does not name a common representative, the applicant first named in the request shall be considered to be the common representative. However, if one of the applicants is obliged to appoint a professional representative this representative shall be considered to be the common representative unless the first named applicant has appointed a professional representative. The same shall apply mutatis mutandis to third parties acting in common in filing notice of opposition or intervention and to joint proprietors of a European patent.

(2) If, during the course of proceedings, transfer is made to more than one person, and such persons have not appointed a common representative, paragraph 1 shall apply. If such application is not possible, the European Patent Office shall require such persons to appoint a common representative within two months. If this request is not complied with, the European Patent Office shall appoint the common representative.

Rule 101 Authorisations

(1) Representatives acting before the European Patent Office must file

Chapitre X Représentation

Règle 100

Désignation d'un représentant commun

(1) Si une demande est déposée par plusieurs personnes et si la requête en délivrance du brevet européen ne désigne pas de représentant commun, le demandeur cité en premier lieu dans la requête est réputé être le représentant commun. Toutefois, si un des demandeurs est soumis à l'obligation de désigner un mandataire agréé, ce mandataire est considéré comme le représentant commun, à moins que le demandeur cité en premier lieu n'ait lui-même désigné un mandataire agréé. Ces dispositions sont applicables à des tiers intervenant conjointement pour former une opposition ou une requête en intervention ainsi qu'à des cotitulaires d'un brevet européen.

(2) Si, au cours de la procédure, un transfert de droits intervient au profit de plusieurs personnes et si ces personnes n'ont pas désigné de représentant commun, le paragraphe 1 est applicable. Si son application est impossible, l'Office européen des brevets invite les ayants droit à désigner ce représentant commun dans un délai de deux mois. S'il n'est pas déféré à cette invitation, l'Office européen des brevets désigne lui-même le représentant commun.

Règle 101 Pouvoir

(1) Les représentants devant l'Office européen des brevets déposent auprès

zeichnete Vollmacht zu den Akten einzureichen. Die Vollmacht kann sich auf eine oder mehrere europäische Patentanmeldungen oder ein oder mehrere europäische Patente erstrecken und ist in der entsprechenden Stückzahl einzureichen.

(2) Die Beteiligten können allgemeine Vollmachten einreichen, die einen Vertreter zur Vertretung in allen ihren Patentangelegenheiten bevollmächtigen. Die allgemeine Vollmacht braucht nur in einem Stück eingereicht zu werden.

(3) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann Form und Inhalt

a) einer Vollmacht, die die Vertretung von Personen im Sinn des Artikels 133 Absatz 2 betrifft, und

b) einer allgemeinen Vollmacht bestimmen und im Amtsblatt des Europäischen Patentamts bekanntmachen.

(4) Wird dem Europäischen Patentamt die Bestellung eines Vertreters mitgeteilt, so ist die Vollmacht für diesen Vertreter innerhalb von zwei Monaten nach dieser Mitteilung einzureichen. Wird die Vollmacht nicht rechtzeitig eingereicht, so gelten die Handlungen des Vertreters mit Ausnahme der Einreichung einer europäischen Patentanmeldung als nicht erfolgt.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind auf Schriftstücke über den Widerruf von Vollmachten entsprechend anzuwenden.

(6) Der Vertreter, dessen Vertretungsmacht erloschen ist, wird weiter als Vertreter angesehen, bis das Erlöschen der Vertretungsmacht dem Europäischen Patentamt angezeigt worden ist.

(7) Sofern die Vollmacht nichts anderes bestimmt, erlischt sie gegenüber dem Europäischen Patentamt nicht mit dem Tod des Vollmachtgebers.

(8) Hat ein Beteiligter die Vertretung mehreren Bevollmächtigten übertragen, so sind diese ungeachtet einer abweichenden Bestimmung in der Vollmacht berechtigt, sowohl gemeinschaftlich als auch einzeln zu handeln.

Regel 102

Änderungen in der Liste der Vertreter

(1) Die Eintragung des zugelassenen Vertreters wird auf dessen Antrag in der Liste der zugelassenen Vertreter gelöscht.

with it a signed authorisation for insertion on the files. The authorisation may cover one European patent application or European patent or several of them and shall be filed in the corresponding number of copies.

(2) A general authorisation enabling a representative to act in respect of all the patent transactions of the party making the authorisation may be filed. A single copy shall be sufficient.

(3) The President of the European Patent Office may determine and publish in the Official Journal of the European Patent Office the form and content of:

(a) an authorisation in so far as it relates to the representation of persons as defined in Article 133, paragraph 2;

(b) a general authorisation.

(4) Where the appointment of a representative is communicated to the European Patent Office, the necessary authorisation shall be filed within two months after such communication. If such authorisation is not filed in due time, any procedural steps other than the filing of the European patent application taken by the representative shall be deemed not to have been taken.

(5) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall apply mutatis mutandis to a document withdrawing an authorisation.

(6) Any representative who has ceased to be authorised shall continue to be regarded as the representative until the termination of his authorisation has been communicated to the European Patent Office.

(7) Subject to any provisions to the contrary contained therein, an authorisation shall not terminate vis-à-vis the European Patent Office upon the death of the person who gave it.

(8) If several representatives are appointed by the same party, they may, notwithstanding any provisions to the contrary in their authorisations, act either jointly or singly.

Rule 102

Amendment of the list of professional representatives

(1) The entry of the professional representative shall be deleted from the list of professional representatives at his request.

de cet Office un pouvoir signé qui doit être versé au dossier. Le pouvoir est donné soit pour une ou plusieurs demandes de brevet européen, soit pour un ou plusieurs brevets. Si le pouvoir est donné pour plusieurs demandes de brevets, ou pour plusieurs brevets, il doit en être fourni un nombre correspondant d'exemplaires.

(2) Toute personne peut donner un pouvoir général autorisant un mandataire à la représenter pour toutes les affaires de brevet la concernant. Ce pouvoir peut n'être déposé qu'en un exemplaire.

(3) Le Président de l'Office européen des brevets peut prescrire, par un avis publié au Journal officiel de l'Office européen des brevets, la forme et le contenu:

a) du pouvoir, dans la mesure où il est déposé pour représenter une des personnes visées à l'article 133, paragraphe 2, et

b) du pouvoir général.

(4) Lorsque l'Office européen des brevets est avisé de la constitution d'un mandataire, le pouvoir de ce mandataire doit être déposé auprès de l'Office dans un délai de deux mois à compter de cet avis. Si le pouvoir n'est pas déposé dans le délai, les actes accomplis par le mandataire, à l'exception du dépôt d'une demande de brevet européen, sont réputés nonavenus.

(5) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 sont applicables à la révocation du pouvoir.

(6) Tout représentant qui a cessé d'être mandaté continue à être considéré comme l'étant, aussi longtemps que la cessation du mandat n'a pas été notifiée à l'Office européen des brevets.

(7) Sauf disposition contraire du pouvoir, celui-ci ne prend pas fin, à l'égard de l'Office européen des brevets, au décès du mandant.

(8) Si une personne désigne plusieurs mandataires, ceux-ci, nonobstant toute disposition contraire du pouvoir, peuvent agir soit en commun, soit séparément.

Règle 102

Modification de la liste des mandataires agréés

(1) Sur sa requête, tout mandataire agréé est radié de la liste des mandataires agréés.

(2) Nach Ablauf der in Artikel 163 Absatz 1 genannten Übergangszeit wird die Eintragung des zugelassenen Vertreters von Amts wegen nur gelöscht:

- a) im Fall des Todes oder der fehlenden Geschäftsfähigkeit des zugelassenen Vertreters;
- b) im Fall, daß der zugelassene Vertreter nicht mehr die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt, sofern der Präsident des Europäischen Patentamts eine Befreiung nach Artikel 134 Absatz 6 nicht erteilt hat;
- c) im Fall, daß der zugelassene Vertreter seinen Geschäftssitz oder Arbeitsplatz nicht mehr in einem Vertragsstaat hat.

(3) Eine Person, deren Eintragung gelöscht worden ist, wird auf Antrag in die Liste der zugelassenen Vertreter wieder eingetragen, wenn die Voraussetzungen für die Löschung entfallen sind.

(2) After the expiry of the transitional period provided for in Article 163, paragraph 1, the entry of any professional representative may be deleted automatically in the following cases only:

- (a) in the event of the death or legal incapacity of the professional representative;
- (b) in the event of the professional representative no longer being a national of one of the Contracting States and not having been granted exemption by the President of the European Patent Office in accordance with Article 134, paragraph 6;
- (c) in the event of the professional representative no longer having his place of business or employment within the territory of one of the Contracting States.

(3) A person whose entry has been deleted shall, upon request, be re-entered in the list of professional representatives if the conditions for deletion no longer exist.

(2) Après l'expiration de la période transitoire prévue à l'article 163, paragraphe 1, tout mandataire agréé ne peut être radié d'office que:

- a) en cas de décès ou d'incapacité;
- b) s'il ne possède plus la nationalité d'un État contractant, à moins que le Président de l'Office européen des brevets n'ait accordé une dérogation en vertu de l'article 134, paragraphe 6;
- c) s'il n'a plus son domicile professionnel ou le lieu de son emploi sur le territoire de l'un des États contractants.

(3) Sur sa requête, toute personne radiée fait l'objet d'une nouvelle inscription sur la liste des mandataires agréés si les motifs qui ont conduit à sa radiation n'existent plus.

Achter Teil

Ausführungsvorschriften zum Achten, Zehnten und Elften Teil des Übereinkommens

Regel 103

Unterrichtung der Öffentlichkeit bei Umwandlungen

(1) Die Unterlagen, die dem Umwandlungsantrag nach Artikel 136 beizufügen sind, sind der Öffentlichkeit von der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz unter den gleichen Voraussetzungen und im gleichen Umfang wie die Unterlagen eines nationalen Verfahrens zugänglich zu machen.

(2) Auf den Patentschriften der nationalen Patente, die aus der Umwandlung einer europäischen Patentanmeldung hervorgehen, ist diese Anmeldung anzugeben.

Regel 104

Weiterleitung der internationalen Anmeldung an das Europäische Patentamt

Wird eine internationale Anmeldung bei einer Behörde eines Vertragsstaats zur Weiterleitung an das Europäische Patentamt als Anmeldeamt eingereicht, so hat der Vertragsstaat dafür zu sorgen, daß die Anmeldung beim Europäischen Patentamt spätestens zwei Wochen vor Ablauf des dreizehnten Monats nach ihrer

Part VIII

Implementing Regulations to Parts VIII, X and XI of the Convention

Rule 103

Information to the public in the event of conversion

(1) The documents which, in accordance with Article 136, accompany the request for conversion shall be communicated to the public by the central industrial property office under the same conditions and to the same extent as documents relating to national proceedings.

(2) The printed specifications of the national patent resulting from the conversion of a European patent application must mention that application.

Rule 104

Transmittal of the international application to the European Patent Office

If an international application is filed with an authority of a Contracting State for transmittal to the European Patent Office as the receiving Office, the Contracting State must ensure that the application reaches the European Patent Office not later than two weeks before the end of the thirteenth month after filing or, if

Huitième partie

Dispositions d'application des huitième, dixième et onzième parties de la Convention

Règle 103

Information du public en cas de transformation

(1) Les pièces jointes à la requête en transformation, en application de l'article 136, sont mises à la disposition du public par le service central national de la propriété industrielle dans les mêmes conditions et dans les mêmes limites que les pièces relatives à la procédure nationale.

(2) Le fascicule du brevet national résultant de la transformation d'une demande de brevet européen doit faire mention de cette demande.

Règle 104

Transmission de la demande internationale à l'Office européen des brevets

Si une demande internationale est déposée auprès de l'administration d'un État contractant en vue de sa transmission à l'Office européen des brevets agissant en qualité d'Office récepteur, l'État contractant doit prendre les dispositions utiles pour que la demande parvienne à l'Office européen des brevets au plus tard

Einreichung oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen wird, nach dem Prioritätstag eingeht.

priority is claimed, the date of priority.

deux semaines avant l'expiration du treizième mois suivant son dépôt ou, si une priorité est revendiquée, suivant la date de priorité.

Regel 105

Beschränkungen der Prüfung

(1) Die Beschränkungen der Prüfung der europäischen Patentanmeldungen nach Artikel 162 und die Aufhebung dieser Beschränkungen werden im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.

(2) Die Gebiete der Technik, auf denen europäische Patentanmeldungen behandelt werden, werden in Anwendung der Internationalen Klassifikation festgelegt.

Rule 105

Restrictions affecting examination

(1) Restrictions affecting the examination of European patent applications, applied pursuant to Article 162, and the removal of such restrictions shall be entered in the European Patent Bulletin.

(2) The areas of technology in respect of which European patent applications are to be processed shall be determined by reference to the international classification.

Règle 105

Limitations apportées à l'examen

(1) Les limitations apportées à l'examen des demandes de brevet européen en vertu de l'article 162, ainsi que la levée de ces limitations, sont mentionnées au Bulletin européen des brevets.

(2) Les domaines de la technique pour lesquels des demandes de brevet européen sont traitées sont fixés par référence à la classification internationale.

Regel 106

Änderungen in der Liste der Vertreter während der Übergangszeit

(1) Während der in Artikel 163 Absatz 1 genannten Übergangszeit nimmt die Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eine nach Artikel 163 Absatz 2 erteilte Bescheinigung zurück:

- a) in den in Regel 102 Absatz 2 genannten Fällen;
- b) wenn andere, nach dem nationalen Recht des betreffenden Vertragsstaats vorgesehene Voraussetzungen für die Erteilung der Bescheinigung nicht mehr erfüllt sind.

(2) Die Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz teilt die Rücknahme der Bescheinigung dem Europäischen Patentamt mit. Das Europäische Patentamt löscht daraufhin von Amts wegen die Eintragung des Vertreters in der Liste der zugelassenen Vertreter, es sei denn, daß Artikel 163 Absatz 4 Buchstabe b oder Absatz 5 angewendet wird.

(3) Regel 102 Absatz 1 ist anzuwenden.

(4) Eine Person, deren Eintragung gelöscht worden ist, wird auf ihren Antrag in die Liste der zugelassenen Vertreter wieder eingetragen, wenn sie eine Bescheinigung der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz einreicht, aus der hervorgeht, daß die Gründe, die zur Rücknahme der in Absatz 1 genannten Bescheinigung geführt haben, entfallen sind.

Rule 106

Amendment of the list of professional representatives during a transitional period

(1) During the transitional period provided for in Article 163, paragraph 1, the central industrial property office shall withdraw a certificate furnished in accordance with Article 163, paragraph 2:

- (a) in the cases referred to in Rule 102, paragraph 2;
- (b) if any other requirements of the national law of the Contracting State concerned in respect of the grant of the certificate are no longer fulfilled.

(2) The central industrial property office shall inform the European Patent Office of the withdrawal of the certificate. The European Patent Office shall thereupon automatically delete the entry of the professional representative from the list of professional representatives, except where Article 163, paragraph 4 (b) or paragraph 5 is applied.

(3) The provision of Rule 102, paragraph 1, shall apply mutatis mutandis.

(4) A person whose entry has been deleted shall, on request, be re-entered in the list of professional representatives if he supplies a certificate furnished by the central industrial property office stating that the conditions for the withdrawal of the certificate under paragraph 1 no longer exist.

Règle 106

Modification de la liste des mandataires agréés pendant la période transitoire

(1) Durant la période transitoire visée à l'article 163, paragraphe 1, le service central de la propriété industrielle procède au retrait de l'attestation fournie en application du paragraphe 2 dudit article:

- a) dans les cas visés à la règle 102, paragraphe 2;
- b) dans le cas où d'autres conditions requises pour la délivrance de l'attestation en vertu de la législation nationale de l'État contractant en cause ne sont plus remplies.

(2) Le service central de la propriété industrielle notifie le retrait de l'attestation à l'Office européen des brevets. Celui-ci procède alors à la radiation d'office, sauf en cas d'application des dispositions de l'article 163, paragraphes 4, lettre b) et 5.

(3) La disposition de la règle 102, paragraphe 1, est applicable.

(4) Toute personne radiée fait l'objet, sur sa requête, d'une nouvelle inscription sur la liste des mandataires agréés si elle produit une attestation du service central de la propriété industrielle indiquant que les motifs qui ont conduit au retrait de l'attestation visée au paragraphe 1 n'existent plus.

**Protokoll
über die gerichtliche Zuständigkeit
und die Anerkennung von Entscheidungen
über den Anspruch auf Erteilung eines europäischen Patents
(Anerkennungsprotokoll)**

**Protocol
on Jurisdiction and the Recognition of Decisions
in Respect of the Right to the Grant of a European Patent
(Protocol on Recognition)**

**Protocole
sur la compétence judiciaire
et la reconnaissance de décisions
portant sur le droit à l'obtention du brevet européen
(Protocole sur la reconnaissance)**

**Abschnitt I
Zuständigkeit**

Artikel 1

(1) Für Klagen gegen den Anmelder, mit denen der Anspruch auf Erteilung eines europäischen Patents für einen oder mehrere der in der europäischen Patentanmeldung benannten Vertragsstaaten geltend gemacht wird, bestimmt sich die Zuständigkeit der Gerichte der Vertragsstaaten nach den Artikeln 2 bis 6.

(2) Den Gerichten im Sinn dieses Protokolls sind Behörden gleichgestellt, die nach dem nationalen Recht eines Vertragsstaats für die Entscheidung über die in Absatz 1 genannten Klagen zuständig sind. Die Vertragsstaaten teilen dem Europäischen Patentamt die Behörden mit, denen eine solche Zuständigkeit zugewiesen ist; das Europäische Patentamt unterrichtet die übrigen Vertragsstaaten hiervon.

(3) Als Vertragsstaaten im Sinn dieses Protokolls sind nur die Vertragsstaaten zu verstehen, die die Anwendung dieses Protokolls nach Artikel 167 des Übereinkommens nicht ausgeschlossen haben.

Artikel 2

Der Anmelder, der seinen Wohnsitz oder Sitz in einem Vertragsstaat hat, ist vorbehaltlich der Artikel 4 und 5 vor den Gerichten dieses Vertragsstaats zu verklagen.

**Section I
Jurisdiction**

Article 1

(1) The courts of the Contracting States shall, in accordance with Articles 2 to 6, have jurisdiction to decide claims, against the applicant, to the right to the grant of a European patent in respect of one or more of the Contracting States designated in the European patent application.

(2) For the purposes of this Protocol, the term "courts" shall include authorities which, under the national law of a Contracting State, have jurisdiction to decide the claims referred to in paragraph 1. Any Contracting State shall notify the European Patent Office of the identity of any authority on which such a jurisdiction is conferred, and the European Patent Office shall inform the other Contracting States accordingly.

(3) For the purposes of this Protocol, the term "Contracting State" refers to a Contracting State which has not excluded application of this Protocol pursuant to Article 167 of the Convention.

Article 2

Subject to Articles 4 and 5, if an applicant for a European patent has his residence or principal place of business within one of the Contracting States, proceedings shall be brought against him in the courts of that Contracting State.

**Section I
Compétence**

Article premier

(1) Pour les actions intentées contre le titulaire d'une demande de brevet européen visant à faire valoir le droit à l'obtention du brevet européen pour un ou plusieurs des États contractants désignés dans la demande de brevet européen, la compétence des tribunaux des États contractants est déterminée conformément aux articles 2 à 6.

(2) Sont assimilées aux tribunaux, au sens du présent protocole, les autorités qui, selon la loi nationale d'un État contractant, sont compétentes pour statuer sur les actions visées au paragraphe 1. Les États contractants donnent connaissance à l'Office européen des brevets des autorités auxquelles est conférée une telle compétence; l'Office européen des brevets en avise les autres États contractants.

(3) Au sens du présent protocole, on entend par États contractants ceux des États parties à la convention qui n'ont pas exclu l'application de ce protocole en vertu de l'article 167 de la convention.

Article 2

Sous réserve des articles 4 et 5, le titulaire d'une demande de brevet européen ayant son domicile ou son siège dans l'un des États contractants est attrait devant les juridictions dudit État contractant.

Artikel 3

Wenn der Anmelder seinen Wohnsitz oder Sitz außerhalb der Vertragsstaaten hat und die Person, die den Anspruch auf Erteilung des europäischen Patents geltend macht, ihren Wohnsitz oder Sitz in einem Vertragsstaat hat, sind vorbehaltlich der Artikel 4 und 5 die Gerichte des letztgenannten Staats ausschließlich zuständig.

Artikel 4

Ist der Gegenstand der europäischen Patentanmeldung eine Erfindung eines Arbeitnehmers, so sind vorbehaltlich Artikel 5 für einen Rechtsstreit zwischen dem Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber ausschließlich die Gerichte des Vertragsstaats zuständig, nach dessen Recht sich das Recht auf das europäische Patent gemäß Artikel 60 Absatz 1 Satz 2 des Übereinkommens bestimmt.

Artikel 5

(1) Haben die an einem Rechtsstreit über den Anspruch auf Erteilung eines europäischen Patents beteiligten Parteien durch eine schriftliche oder durch eine mündliche, schriftlich bestätigte Vereinbarung bestimmt, daß ein Gericht oder die Gerichte eines bestimmten Vertragsstaats über diesen Rechtsstreit entscheiden sollen, so sind dieses Gericht oder die Gerichte dieses Staats ausschließlich zuständig.

(2) Handelt es sich bei den Parteien um einen Arbeitnehmer und seinen Arbeitgeber, so ist Absatz 1 jedoch nur anzuwenden, soweit das für den Arbeitsvertrag maßgebliche nationale Recht eine solche Vereinbarung zuläßt.

Artikel 6

In den nicht in den Artikeln 2 bis 4 und in Artikel 5 Absatz 1 geregelten Fällen sind die Gerichte der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich zuständig.

Artikel 7

Die Gerichte der Vertragsstaaten, die mit Klagen nach Artikel 1 befaßt werden, prüfen ihre Zuständigkeit nach den Artikeln 2 bis 6 von Amts wegen.

Artikel 8

(1) Werden bei Gerichten verschiedener Vertragsstaaten Klagen wegen desselben Anspruchs zwischen denselben Parteien anhängig gemacht, so hat sich das später angerufene Gericht von Amts wegen zugunsten des zuvor angerufenen Gerichts für unzuständig zu erklären.

Article 3

Subject to Articles 4 and 5, if an applicant for a European patent has his residence or principal place of business outside the Contracting States, and if the party claiming the right to the grant of the European patent has his residence or principal place of business within one of the Contracting States, the courts of the latter State shall have exclusive jurisdiction.

Article 4

Subject to Article 5, if the subject-matter of a European patent application is the invention of an employee, the courts of the Contracting State, if any, whose law determines the right to the European patent pursuant to Article 60, paragraph 1, second sentence, of the Convention, shall have exclusive jurisdiction over proceedings between the employee and the employer.

Article 5

(1) If the parties to a dispute concerning the right to the grant of a European patent have concluded an agreement, either in writing or verbally with written confirmation, to the effect that a court or the courts of a particular Contracting State shall decide on such a dispute, the court or courts of that State shall have exclusive jurisdiction.

(2) However, if the parties are an employee and his employer, paragraph 1 shall only apply in so far as the national law governing the contract of employment allows the agreement in question.

Article 6

In cases where neither Articles 2 to 4 nor Article 5, paragraph 1, apply, the courts of the Federal Republic of Germany shall have exclusive jurisdiction.

Article 7

The courts of Contracting States before which claims referred to in Article 1 are brought shall of their own motion decide whether or not they have jurisdiction pursuant to Articles 2 to 6.

Article 8

(1) In the event of proceedings based on the same claim and between the same parties being brought before courts of different Contracting States, the court to which a later application is made shall of its own motion decline jurisdiction in favour of the court to which an earlier application was made.

Article 3

Sous réserve des articles 4 et 5, lorsque le titulaire d'une demande de brevet européen n'a ni domicile ni siège dans aucun des États contractants, et lorsque la personne qui fait valoir le droit à l'obtention du brevet européen a son domicile ou son siège dans l'un des États contractants, les juridictions de ce dernier État sont seules compétentes.

Article 4

Si l'objet de la demande de brevet européen est une invention d'un employé, sont seules compétentes pour connaître des actions opposant l'employeur et l'employé, sous réserve de l'article 5, les juridictions de l'État contractant selon le droit duquel est déterminé le droit au brevet européen conformément à l'article 60, paragraphe 1, deuxième phrase de la convention.

Article 5

(1) Si, par une convention écrite ou par une convention verbale confirmée par écrit, les parties à un différend relatif au droit à l'obtention du brevet européen ont désigné un tribunal ou les tribunaux d'un État contractant particulier pour connaître de ce différend, le tribunal ou les tribunaux de cet État sont seuls compétents.

(2) Toutefois, si les parties sont un employé et son employeur, le paragraphe 1 n'est applicable que dans la mesure où le droit national qui régit le contrat de travail autorise une telle convention.

Article 6

Pour les cas où les articles 2 à 4 et l'article 5, paragraphe 1, ne s'appliquent pas, les juridictions de la République fédérale d'Allemagne sont seules compétentes.

Article 7

Les juridictions des États contractants saisies de l'une des actions visées à l'article premier vérifient d'office si elles sont compétentes conformément aux articles 2 à 6.

Article 8

(1) Lorsque des demandes ayant le même objet et la même cause sont formées entre les mêmes parties devant des juridictions d'États contractants différents, la juridiction saisie ultérieurement doit, même d'office, se dessaisir en faveur du tribunal premier saisi.

(2) Das Gericht, das sich nach Absatz 1 für unzuständig zu erklären hätte, hat die Entscheidung bis zur rechtskräftigen Entscheidung des zuvor angerufenen Gerichts auszusetzen, wenn der Mangel der Zuständigkeit des anderen Gerichts geltend gemacht wird.

Abschnitt II

Anerkennung

Artikel 9

(1) Die in einem Vertragsstaat ergangenen rechtskräftigen Entscheidungen über den Anspruch auf Erteilung eines europäischen Patents für einzelne oder alle in der europäischen Patentanmeldung benannte Vertragsstaaten werden vorbehaltlich Artikel 11 Absatz 2 in den anderen Vertragsstaaten anerkannt, ohne daß es hierfür eines besonderen Verfahrens bedarf.

(2) Die Zuständigkeit des Gerichts, dessen Entscheidung anerkannt werden soll, und die Gesetzmäßigkeit dieser Entscheidung dürfen nicht nachgeprüft werden.

Artikel 10

Artikel 9 Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn:

- a) der Anmelder, der sich auf die Klage nicht eingelassen hat, nachweist, daß ihm das diesen Rechtsstreit einleitende Schriftstück nicht ordnungsgemäß und nicht so rechtzeitig zugestellt worden ist, daß er sich verteidigen konnte;
- b) der Anmelder nachweist, daß die Entscheidung mit einer anderen Entscheidung unvereinbar ist, die zwischen denselben Parteien in einem Vertragsstaat auf eine Klage hin ergangen ist, die früher eingereicht wurde als die Klage, die zu der anzuerkennenden Entscheidung geführt hat.

Artikel 11

(1) Im Verhältnis der Vertragsstaaten zueinander haben die Vorschriften dieses Protokolls Vorrang vor widersprechenden Vorschriften anderer Abkommen, die die gerichtliche Zuständigkeit oder die Anerkennung von Entscheidungen regeln.

(2) Dieses Protokoll steht der Anwendung von Abkommen zwischen Vertragsstaaten und einem nicht durch das Protokoll gebundenen Staat nicht entgegen.

(2) In the event of the jurisdiction of the court to which an earlier application is made being challenged, the court to which a later application is made shall stay the proceedings until the other court takes a final decision.

Section II

Recognition

Article 9

(1) Subject to the provisions of Article 11, paragraph 2, final decisions given in any Contracting State on the right to the grant of a European patent in respect of one or more of the Contracting States designated in the European patent application shall be recognised without requiring a special procedure in the other Contracting States.

(2) The jurisdiction of the court whose decision is to be recognised and the validity of such decision may not be reviewed.

Article 10

Article 9, paragraph 1, shall not be applicable where:

- (a) an applicant for a European patent who has not contested a claim proves that the document initiating the proceedings was not notified to him regularly and sufficiently early for him to defend himself; or
- (b) an applicant proves that the decision is incompatible with another decision given in a Contracting State in proceedings between the same parties which were started before those in which the decision to be recognised was given.

Article 11

(1) In relations between any Contracting States the provisions of this Protocol shall prevail over any conflicting provisions of other agreements on jurisdiction or the recognition of judgments.

(2) This Protocol shall not affect the implementation of any agreement between a Contracting State and a State which is not bound by the Protocol.

(2) La juridiction qui devrait se dessaisir en vertu du paragraphe 1 surseoit à statuer jusqu'à ce que la décision du tribunal premier saisi soit passée en force de chose jugée, si la compétence de ce dernier tribunal est contestée.

Section II

Reconnaissance

Article 9

(1) Sous réserve des dispositions de l'article 11, paragraphe 2, les décisions passées en force de chose jugée rendues dans un État contractant, en ce qui concerne le droit à l'obtention du brevet européen pour un ou plusieurs États désignés dans la demande de brevet européen sont reconnues dans les autres États contractants, sans qu'il soit nécessaire de recourir à aucune procédure.

(2) Il ne peut être procédé ni au contrôle de la compétence de la juridiction dont la décision doit être reconnue ni à la révision au fond de cette décision.

Article 10

L'article 9, paragraphe 1, n'est pas applicable lorsque:

- a) le titulaire d'une demande de brevet européen qui a été attrait devant une juridiction et n'a pas comparu établit que l'acte introductif d'instance ne lui a pas été signifié régulièrement et en temps utile pour lui permettre de se défendre, ou
- b) le titulaire d'une demande de brevet européen établit qu'une décision rendue dans un État contractant au terme d'une procédure opposant les mêmes parties et introduite antérieurement à celle qui a conduit à la décision dont la reconnaissance est demandée, est incompatible avec cette dernière décision.

Article 11

(1) Dans les rapports entre États contractants, les dispositions du présent protocole priment les dispositions contraires d'autres conventions relatives à la compétence judiciaire ou à la reconnaissance des décisions.

(2) Le présent protocole ne fait pas obstacle à l'application d'un autre accord entre un État contractant et un État qui n'est pas lié par ce protocole.

Protokoll
über die Vorrechte und Immunitäten
der europäischen Patentorganisation
(Protokoll über Vorrechte und Immunitäten)

Protocol
on Privileges and Immunities
of the European Patent Organisation
(Protocol on Privileges and Immunities)

Protocole
sur les Privilèges et Immunités
de l'Organisation européenne des brevets
(Protocole sur les privilèges et immunités)

Artikel 1

(1) Die Räumlichkeiten der Organisation sind unverletzlich.

(2) Die Behörden der Staaten, in denen die Organisation Räumlichkeiten hat, dürfen diese Räumlichkeiten nur mit Zustimmung des Präsidenten des Europäischen Patentamts betreten. Bei Feuer oder einem anderen Unglück, das sofortige Schutzmaßnahmen erfordert, wird diese Zustimmung vermutet.

(3) Die Zustellung einer Klageschrift oder sonstiger Schriftstücke, die sich auf ein gegen die Organisation gerichtetes Verfahren beziehen, in den Räumlichkeiten der Organisation stellt keinen Bruch der Unverletzlichkeit dar.

Article 1

(1) The premises of the Organisation shall be inviolable.

(2) The authorities of the States in which the Organisation has its premises shall not enter those premises, except with the consent of the President of the European Patent Office. Such consent shall be assumed in case of fire or other disaster requiring prompt protective action.

(3) Service of process at the premises of the Organisation and of any other procedural instruments relating to a cause of action against the Organisation shall not constitute breach of inviolability.

Article premier

(1) Les locaux de l'Organisation sont inviolables.

(2) Les autorités des États où l'Organisation a ses locaux ne peuvent pénétrer dans ces locaux qu'avec le consentement du Président de l'Office européen des brevets. Ce consentement est présumé acquis en cas d'incendie ou autre sinistre exigeant des mesures de protection immédiates.

(3) La remise dans les locaux de l'Organisation de tous actes de procédure nécessités par une instance en justice concernant l'Organisation ne constitue pas une infraction à l'inviolabilité.

Artikel 2

Die Archive der Organisation und alle Dokumente, die ihr gehören oder sich in ihrem Besitz befinden, sind unverletzlich.

Article 2

The archives of the Organisation and any documents belonging to or held by it shall be inviolable.

Article 2

Les archives de l'Organisation ainsi que tout document lui appartenant ou détenu par elle sont inviolables.

Artikel 3

(1) Die Organisation genießt im Rahmen ihrer amtlichen Tätigkeit Immunität von der Gerichtsbarkeit und Vollstreckung mit Ausnahme folgender Fälle:

a) soweit die Organisation im Einzelfall ausdrücklich hierauf verzichtet;

b) im Fall eines von einem Dritten angestregten Zivilverfahrens wegen Schäden auf Grund eines Unfalls, der durch ein der Organisation gehörendes oder für sie betriebenes Motorfahrzeug verur-

Article 3

(1) Within the scope of its official activities the Organisation shall have immunity from jurisdiction and execution, except

(a) to the extent that the Organisation shall have expressly waived such immunity in a particular case;

(b) in the case of a civil action brought by a third party for damage resulting from an accident caused by a motor vehicle belonging to, or operated on behalf of, the Organisation, or in respect of

Article 3

(1) Dans le cadre de ses activités officielles, l'Organisation bénéficie de l'immunité de juridiction et d'exécution sauf:

a) dans la mesure où l'Organisation aurait expressément renoncé à une telle immunité dans un cas particulier;

b) en cas d'action civile intentée par un tiers pour les dommages résultant d'un accident causé par un véhicule automoteur appartenant à l'Organisation ou circulant pour son compte ou en cas d'infraction

sacht wurde, oder im Fall eines Verstoßes gegen die Vorschriften über den Straßenverkehr, an dem dieses Fahrzeug beteiligt ist;

- c) im Fall der Vollstreckung eines nach Artikel 23 ergangenen Schiedsspruchs.

(2) Das Eigentum und die sonstigen Vermögenswerte der Organisation genießen ohne Rücksicht darauf, wo sie sich befinden, Immunität von jeder Form der Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und Zwangsverwaltung.

(3) Das Eigentum und die sonstigen Vermögenswerte der Organisation genießen ebenfalls Immunität von jedem behördlichen Zwang oder jeder Maßnahme, die einem Urteil vorausgehen, es sei denn, daß dies im Zusammenhang mit der Verhinderung und gegebenenfalls der Untersuchung von Unfällen, an denen der Organisation gehörende oder für sie betriebene Motorfahrzeuge beteiligt sind, vorübergehend notwendig ist.

(4) Unter amtlicher Tätigkeit der Organisation im Sinn dieses Protokolls sind alle Tätigkeiten zu verstehen, die für ihre im Übereinkommen vorgesehene Verwaltungsarbeit und technische Arbeit unbedingt erforderlich sind.

Artikel 4

(1) Im Rahmen ihrer amtlichen Tätigkeit sind die Organisation, ihr Vermögen und ihre Einkünfte von jeder direkten Besteuerung befreit.

(2) Sind bei größeren Einkäufen, die von der Organisation getätigt werden und die für ihre amtliche Tätigkeit erforderlich sind, Steuern oder sonstige Abgaben im Preis enthalten, so werden in jedem Fall, in dem dies möglich ist, von den Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen getroffen, um der Organisation den Betrag der Steuern oder sonstigen Abgaben dieser Art zu erlassen oder zu erstatten.

(3) Von Abgaben, die lediglich die Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsbetriebe darstellen, wird keine Befreiung gewährt.

Artikel 5

Die von der Organisation ein- oder ausgeführten Waren, die für deren amtliche Tätigkeit erforderlich sind, werden von Zöllen und sonstigen Abgaben bei der Ein- oder Ausfuhr — mit Ausnahme der Abgaben für Dienstleistungen — befreit sowie von allen Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen ausgenommen.

Artikel 6

Für Waren, die für den persönlichen Bedarf der Bediensteten des

a motor traffic offence involving such a vehicle;

- c) in respect of the enforcement of an arbitration award made under Article 23.

(2) The property and assets of the Organisation, wherever situated, shall be immune from any form of requisition, confiscation, expropriation and sequestration.

(3) The property and assets of the Organisation shall also be immune from any form of administrative or provisional judicial constraint, except in so far as may be temporarily necessary in connection with the prevention of, and investigation into, accidents involving motor vehicles belonging to or operated on behalf of the Organisation.

(4) The official activities of the Organisation shall, for the purposes of this Protocol, be such as are strictly necessary for its administrative and technical operation, as set out in the Convention.

Article 4

(1) Within the scope of its official activities the Organisation and its property and income shall be exempt from all direct taxes.

(2) Where substantial purchases for the exercise of its official activities, and in the price of which taxes or duties are included, are made by the Organisation, appropriate measures shall, whenever possible, be taken by the Contracting States to remit or reimburse to the Organisation the amount of such taxes or duties.

(3) No exemption shall be accorded in respect of duties and taxes which are no more than charges for public utility services.

Article 5

Goods imported or exported by the Organisation for the exercise of its official activities shall be exempt from duties and charges on import or export other than fees or taxes representing services rendered, and from all prohibitions and restrictions on import or export.

Article 6

No exemption shall be granted under Articles 4 and 5 in respect of

a la réglementation de la circulation automobile intéressant le véhicule précité;

- c) en cas d'exécution d'une sentence arbitrale rendue en application de l'article 23.

(2) Les propriétés et biens de l'Organisation, quel que soit le lieu où ils se trouvent, bénéficient de l'immunité à l'égard de toute forme de réquisition, confiscation, expropriation et séquestre.

(3) Les propriétés et biens de l'Organisation bénéficient également de l'immunité à l'égard de toute forme de contrainte administrative ou de mesure préalable à un jugement, sauf dans la mesure où le nécessitent temporairement la prévention des accidents mettant en cause des véhicules automoteurs appartenant à l'Organisation ou circulant pour le compte de celle-ci et les enquêtes auxquelles peuvent donner lieu lesdits accidents.

(4) Au sens du présent protocole, les activités officielles de l'Organisation sont celles qui sont strictement nécessaires à son fonctionnement administratif et technique telles qu'elles résultent de la convention.

Article 4

(1) Dans le cadre de ses activités officielles, l'Organisation, ses biens et revenus sont exonérés des impôts directs.

(2) Lorsque des achats importants sont faits par l'Organisation pour l'exercice de ses activités officielles, et dont le prix comprend des droits ou des taxes, des dispositions appropriées sont prises par les États contractants, chaque fois qu'il est possible, en vue de la remise ou du remboursement à l'Organisation du montant des droits et taxes de cette nature.

(3) Aucune exonération n'est accordée en ce qui concerne les impôts, taxes et droits qui ne constituent que la simple rémunération de services d'utilité publique.

Article 5

Les produits importés ou exportés par l'Organisation pour l'exercice de ses activités officielles sont exonérés des droits et taxes à l'importation ou à l'exportation, autres que les redevances ou impositions représentatives de services rendus, et exemptés de toutes prohibitions et restrictions à l'importation ou à l'exportation.

Article 6

Aucune exonération n'est accordée en vertu des articles 4 et 5 en ce qui

Europäischen Patentamts gekauft oder eingeführt werden, wird keine Befreiung nach den Artikeln 4 und 5 gewährt.

Artikel 7

(1) Die in den Artikeln 4 und 5 angeführten, der Organisation gehörenden Waren dürfen nur zu den Bedingungen verkauft oder veräußert werden, die von den Vertragsstaaten, welche die Befreiung gewährt haben, genehmigt sind.

(2) Der Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen den verschiedenen Dienstgebäuden der Organisation ist von Abgaben und Beschränkungen jeder Art befreit; gegebenenfalls treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen, um solche Abgaben zu erlassen oder zu erstatten oder um solche Beschränkungen aufzuheben.

Artikel 8

Der Versand von Veröffentlichungen und sonstigem Informationsmaterial durch oder an die Organisation unterliegt keinen Beschränkungen.

Artikel 9

Die Vertragsstaaten räumen der Organisation die devisarechtlichen Befreiungen ein, die zur Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit erforderlich sind.

Artikel 10

(1) Bei ihrem amtlichen Nachrichtenverkehr und bei der Übermittlung aller ihrer Schriftstücke genießt die Organisation in jedem Vertragsstaat die günstigste Behandlung, die dieser Staat einer anderen internationalen Organisation gewährt.

(2) Der amtliche Nachrichtenverkehr der Organisation, gleichviel mit welchem Nachrichtenmittel, unterliegt nicht der Zensur.

Artikel 11

Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um Einreise, Aufenthalt und Ausreise der Bediensteten des Europäischen Patentamts zu erleichtern.

Artikel 12

(1) Die Vertreter der Vertragsstaaten, deren Stellvertreter, Berater oder Sachverständige genießen während der Tagungen des Verwaltungsrats oder der Tagungen anderer vom Verwaltungsrat eingesetzter Organe sowie während der Reise zum und vom Tagungsort folgende Vorrechte und Immunitäten:

goods purchased or imported for the personal benefit of the employees of the European Patent Office.

Article 7

(1) Goods belonging to the Organisation which have been acquired or imported under Article 4 or Article 5 shall not be sold or given away except in accordance with conditions laid down by the Contracting States which have granted the exemptions.

(2) The transfer of goods and provision of services between the various buildings of the Organisation shall be exempt from charges or restrictions of any kind; where appropriate, the Contracting States shall take all the necessary measures to remit or reimburse the amount of such charges or to lift such restrictions.

Article 8

The transmission of publications and other information material by or to the Organisation shall not be restricted in any way.

Article 9

The Contracting States shall accord the Organisation the currency exemptions which are necessary for the exercise of its official activities.

Article 10

(1) With regard to its official communications and the transfer of all its documents, the Organisation shall in each Contracting State enjoy the most favourable treatment accorded by that State to any other international organisation.

(2) No censorship shall be applied to official communications of the Organisation by whatever means of communication.

Article 11

The Contracting States shall take all appropriate measures to facilitate the entry, stay and departure of the employees of the European Patent Office.

Article 12

(1) Representatives of Contracting States, alternate Representatives and their advisers or experts, if any, shall enjoy, while attending meetings of the Administrative Council and of any body established by it, and in the course of their journeys to and from the place of meeting, the following privileges and immunities:

concerne les achats ou importations de biens destinés aux besoins personnels des agents de l'Office européen des brevets.

Article 7

(1) Les biens appartenant à l'Organisation, acquis ou importés conformément à l'article 4 ou à l'article 5, ne peuvent être vendus ou cédés qu'aux conditions agréées par les États contractants qui ont accordé les exemptions.

(2) Les transferts de biens ou les prestations de services, réalisés entre les différents bâtiments de l'Organisation, ne sont soumis à aucune imposition ni restriction; le cas échéant, les États contractants prennent les mesures appropriées en vue de la remise ou du remboursement du montant de telles impositions ou en vue de la levée de telles restrictions.

Article 8

La transmission de publications et d'autres matériels d'information par l'Organisation ou à celle-ci, n'est soumise à aucune restriction.

Article 9

Les États contractants accordent à l'Organisation les dispenses en matière de réglementation des changes qui seraient nécessaires pour l'exercice de ses activités officielles.

Article 10

(1) Pour ses communications officielles et le transfert de tous ses documents, l'Organisation bénéficie, dans chaque État contractant, du traitement le plus favorable accordé à toute autre organisation internationale par cet État.

(2) Aucune censure ne peut être exercée à l'égard des communications officielles de l'Organisation, quelle que soit la voie de communication utilisée.

Article 11

Les États contractants prennent les mesures utiles pour faciliter l'entrée, le séjour et le départ des agents de l'Office européen des brevets.

Article 12

(1) Les représentants des États contractants, leurs suppléants, leurs conseillers ou experts jouissent, lors des réunions du Conseil d'administration ou de tout organe institué par ledit Conseil ainsi qu'au cours de leurs voyages à destination ou en provenance du lieu de la réunion, des privilèges et immunités suivants:

a) Immunität von Festnahme oder Haft sowie von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks, außer wenn sie auf frischer Tat ertappt werden; b) Immunität von der Gerichtsbarkeit, auch nach Beendigung ihres Auftrags, bezüglich der von ihnen in Ausübung ihres Amtes vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer schriftlichen und mündlichen Äußerungen; diese Immunität gilt jedoch nicht im Fall eines Verstoßes gegen die Vorschriften über den Straßenverkehr durch eine der genannten Personen und im Fall von Schäden, die durch ein Motorfahrzeug verursacht wurden, das einer dieser Personen gehört oder von einer solchen Person gesteuert wurde; c) Unverletzlichkeit aller ihrer amtlichen Schriftstücke und Urkunden; d) das Recht, Verschlüsselungen zu verwenden sowie Urkunden oder sonstige Schriftstücke durch Sonderkurier oder in versiegelten Behältern zu empfangen; e) Befreiung für sich und ihre Ehegatten von allen Einreisebeschränkungen und von der Meldepflicht für Ausländer; f) die gleichen Erleichterungen hinsichtlich der Währungs- und Devisenvorschriften wie die Vertreter ausländischer Regierungen mit vorübergehendem amtlichen Auftrag.	(a) immunity from arrest or detention and from seizure of their personal luggage, except when found committing, attempting to commit, or just having committed an offence; (b) immunity from jurisdiction, even after the termination of their mission, in respect of acts, including words written and spoken, done by them in the exercise of their functions; this immunity shall not apply, however, in the case of a motor traffic offence committed by one of the persons referred to above, nor in the case of damage caused by a motor vehicle belonging to or driven by such a person; (c) inviolability for all their official papers and documents; (d) the right to use codes and to receive documents or correspondence by special courier or sealed bag; (e) exemption for themselves and their spouses from all measures restricting entry and from aliens' registration formalities; (f) the same facilities in the matter of currency and exchange control as are accorded to the representatives of foreign Governments on temporary official missions.	a) immunité d'arrestation ou de détention, ainsi que de saisie de leurs bagages personnels, sauf en cas de flagrant délit; b) immunité de juridiction, même après la fin de leur mission, pour les actes, y compris leurs écrits et leurs paroles, accomplis dans l'exercice de leurs fonctions; cette immunité ne joue cependant pas dans le cas d'une infraction à la réglementation de la circulation des véhicules automoteurs, commise par une des personnes visées ci-dessus, ou dans le cas de dommages causés par un véhicule automoteur lui appartenant ou qu'il conduit; c) inviolabilité pour tous leurs papiers et documents officiels; d) droit de faire usage de codes et de recevoir des documents ou de la correspondance par courrier spécial ou par valises scellées; e) exemption pour eux-mêmes et pour leurs conjoints de toute mesure limitant l'entrée et de toutes formalités d'enregistrement d'étrangers; f) mêmes facilités, en ce qui concerne les réglementations monétaires ou de change, que celles accordées aux représentants de gouvernements étrangers en mission officielle temporaire.

(2) Die Vorrechte und Immunitäten werden den in Absatz 1 genannten Personen nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt, sondern um ihre vollständige Unabhängigkeit bei der Ausübung ihres Amtes im Zusammenhang mit der Organisation zu gewährleisten. Ein Vertragsstaat hat deshalb die Pflicht, die Immunität in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach Auffassung dieses Staats verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Beeinträchtigung der Zwecke aufgehoben werden kann, für die sie gewährt wurde.

Artikel 13

(1) Vorbehaltlich Artikel 6 steht der Präsident des Europäischen Patentamts im Genuß der Vorrechte und Immunitäten, die Diplomaten nach dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961 eingeräumt werden.

(2) Die Immunität von der Gerichtsbarkeit gilt jedoch nicht im Fall eines Verstoßes des Präsidenten des Europäischen Patentamts gegen die Vor-

(2) Privileges and immunities are accorded to the persons referred to in paragraph 1, not for their personal advantage, but in order to ensure complete independence in the exercise of their functions in connection with the Organisation. Consequently, a Contracting State has the duty to waive the immunity in all cases where, in the opinion of that State, such immunity would impede the course of justice and where it can be waived without prejudicing the purposes for which it was accorded.

Article 13

(1) Subject to the provisions of Article 6, the President of the European Patent Office shall enjoy the privileges and immunities accorded to diplomatic agents under the Vienna Convention on Diplomatic Relations of 18 April 1961.

(2) However, immunity from jurisdiction shall not apply in the case of a motor traffic offence committed by the President of the European Patent

(2) Les privilèges et immunités sont accordés aux personnes visées au paragraphe premier, non à leur avantage personnel, mais dans le but d'assurer en toute indépendance l'exercice de leurs fonctions en rapport avec l'Organisation. Par conséquent, un État contractant a le devoir de lever l'immunité dans tous les cas où, à son avis, l'immunité entraverait l'action de la justice et où elle peut être levée sans compromettre les fins pour lesquelles elle a été accordée.

Article 13

(1) Sous réserve des dispositions de l'article 6, le Président de l'Office européen des brevets jouit des privilèges et immunités reconnus aux agents diplomatiques en vertu de la Convention de Vienne sur les relations diplomatiques du 18 avril 1961.

(2) Toutefois, l'immunité de juridiction ne joue pas dans le cas d'infraction à la réglementation en matière de circulation des véhicules automo-

schriften über den Straßenverkehr oder im Fall eines Schadens, der durch ein ihm gehörendes oder von ihm gesteuertes Motorfahrzeug verursacht wurde.

Artikel 14

Die Bediensteten des Europäischen Patentamts

- a) genießen auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienst Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in Ausübung ihres Amtes vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen; diese Immunität gilt jedoch nicht im Fall eines Verstoßes gegen die Vorschriften über den Straßenverkehr durch einen Bediensteten des Europäischen Patentamts oder eines Schadens, der durch ein ihm gehörendes oder von ihm geführtes Motorfahrzeug verursacht wurde;
- b) sind von jeder Verpflichtung zum Wehrdienst befreit;
- c) genießen Unverletzlichkeit aller ihrer amtlichen Schriftstücke und Urkunden;
- d) genießen in bezug auf Einwanderungsbeschränkungen und die Meldepflicht der Ausländer dieselbe Erleichterung, die allgemein den Mitgliedern des Personals internationaler Organisationen gewährt wird; das gleiche gilt für die in ihrem Haushalt lebenden Familienangehörigen;
- e) genießen in bezug auf Devisenvorschriften dieselben Vorrechte, die allgemein den Mitgliedern des Personals internationaler Organisationen gewährt werden;
- f) genießen im Fall einer internationalen Krise dieselben Erleichterungen bei der Rückführung in ihren Heimatstaat wie die Diplomaten; das gleiche gilt für die in ihrem Haushalt lebenden Familienangehörigen;
- g) haben das Recht, ihre Wohnungseinrichtung und ihre persönlichen Gebrauchsgegenstände bei Antritt ihres Dienstes in dem betreffenden Staat zollfrei einzuführen und bei Beendigung ihres Dienstes in diesem Staat zollfrei wieder auszuführen, vorbehaltlich der Bedingungen, welche die Regierung des Staats, in dem dieses Recht ausgeübt wird, jeweils für erforderlich hält, und mit Ausnahme der Güter, die in diesem Staat erworben wurden und dort einem Ausfuhrverbot unterliegen.

Office or damage caused by a motor vehicle belonging to or driven by him.

Article 14

The employees of the European Patent Office:

- (a) shall, even after their service has terminated, have immunity from jurisdiction in respect of acts, including words written and spoken, done in the exercise of their functions; this immunity shall not apply, however, in the case of a motor traffic offence committed by an employee of the European Patent Office, nor in the case of damage caused by a motor vehicle belonging to or driven by an employee;
- (b) shall be exempt from all obligations in respect of military service;
- (c) shall enjoy inviolability for all their official papers and documents;
- (d) shall enjoy the same facilities as regards exemption from all measures restricting immigration and governing aliens' registration as are normally accorded to staff members of international organisations, as shall members of their families forming part of their household;
- (e) shall enjoy the same privileges in respect of exchange regulations as are normally accorded to the staff members of international organisations;
- (f) shall enjoy the same facilities as to repatriation as diplomatic agents in time of international crises, as shall the members of their families forming part of their household;
- (g) shall have the right to import duty-free their furniture and personal effects at the time of first taking up their post in the State concerned and the right on the termination of their functions in that State to export free of duty their furniture and personal effects, subject to the conditions considered necessary by the Government of the State in whose territory the right is exercised and with the exception of property acquired in that State which is subject to an export prohibition therein.

teurs commise par le Président de l'Office européen des brevets ou de dommage causé par un véhicule automobile lui appartenant ou qu'il conduit.

Article 14

Les agents de l'Office européen des brevets:

- a) jouissent, même lorsqu'ils ont cessé d'exercer leurs fonctions, de l'immunité de juridiction pour les actes, y compris les paroles et écrits, accomplis dans l'exercice de leurs fonctions; cette immunité ne joue cependant pas dans le cas d'infraction à la réglementation de la circulation des véhicules automobiles, commise par un agent de l'Office, ou de dommage causé par un véhicule automobile lui appartenant ou qu'il conduit;
- b) sont exempts de toute obligation relative au service militaire;
- c) jouissent de l'inviolabilité pour tous leurs papiers et documents officiels;
- d) jouissent, avec les membres de leur famille vivant à leur foyer, des mêmes exceptions aux dispositions limitant l'immigration et réglant l'enregistrement des étrangers, que celles généralement reconnues aux membres du personnel des organisations internationales;
- e) jouissent, en ce qui concerne les réglementations de change, des mêmes privilèges que ceux généralement reconnus aux membres du personnel des organisations internationales;
- f) jouissent, en période de crise internationale, ainsi que les membres de leur famille vivant à leur foyer, des mêmes facilités de rapatriement que les agents diplomatiques;
- g) jouissent du droit d'importer en franchise de douane leur mobilier et leurs effets personnels, à l'occasion de leur première installation dans l'État intéressé, et du droit, à la cessation de leurs fonctions dans ledit État, d'exporter en franchise leur mobilier et leurs effets personnels, sous réserve des conditions jugées nécessaires par le gouvernement de l'État sur le territoire duquel le droit est exercé et à l'exception des biens acquis dans cet État qui font l'objet, dans celui-ci, d'une prohibition d'exportation.

Artikel 15

Sachverständige genießen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit für die Organisation oder bei der Ausführung von Aufträgen für diese die nachstehenden Vorrechte und Immunitäten, soweit sie für die Ausübung ihrer Tätigkeiten notwendig sind, und zwar auch während der Reisen, die in Ausübung ihrer Tätigkeit oder zur Durchführung ihres Auftrags ausgeführt werden:

- a) Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in Ausübung ihres Amtes vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen, außer im Fall eines Verstoßes gegen die Vorschriften über den Straßenverkehr durch einen Sachverständigen oder im Fall eines Schadens, der durch ein ihm gehörendes oder von ihm geführtes Motorfahrzeug verursacht wurde; die Sachverständigen genießen diese Immunität auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit bei der Organisation;
- b) Unverletzlichkeit aller ihrer amtlichen Schriftstücke und Urkunden;
- c) die zur Überweisung ihrer Bezüge erforderlichen devisarechtlichen Befreiungen.

Artikel 16

(1) Die in den Artikeln 13 und 14 genannten Personen sind für die von der Organisation gezahlten Gehälter und Bezüge nach Maßgabe der Bedingungen und Regeln, die der Verwaltungsrat innerhalb eines Jahrs nach Inkrafttreten des Übereinkommens festlegt, zugunsten der Organisation steuerpflichtig. Von diesem Zeitpunkt an sind diese Gehälter und Bezüge von der staatlichen Einkommensteuer befreit. Die Vertragsstaaten können jedoch die befreiten Gehälter und Bezüge bei der Festsetzung des auf Einkommen aus anderen Quellen zu erhebenden Steuerbetrags berücksichtigen.

(2) Absatz 1 ist auf Renten und Ruhegehälter, die von der Organisation an ehemalige Bedienstete des Europäischen Patentamts gezahlt werden, nicht anzuwenden.

Artikel 17

Der Verwaltungsrat bestimmt die Gruppen von Bediensteten, auf die Artikel 14 ganz oder teilweise und Artikel 16 anzuwenden sind, sowie die Gruppen von Sachverständigen, auf die Artikel 15 anzuwenden ist. Die Namen, Dienstbezeichnungen und Anschriften der zu diesen Gruppen

Article 15

Experts performing functions on behalf of, or carrying out missions for, the Organisation shall enjoy the following privileges and immunities, to the extent that they are necessary for the carrying out of their functions, including during journeys made in carrying out their functions and in the course of such missions:

- a) immunity from jurisdiction in respect of acts done by them in the exercise of their functions, including words written or spoken, except in the case of a motor traffic offence committed by an expert or in the case of damage caused by a motor vehicle belonging to or driven by him; experts shall continue to enjoy this immunity after they have ceased to be employed by the Organisation;
- b) inviolability for all their official papers and documents;
- c) the exchange facilities necessary for the transfer of their remuneration.

Article 16

(1) The persons referred to in Articles 13 and 14 shall be subject to a tax for the benefit of the Organisation on salaries and emoluments paid by the Organisation, subject to the conditions and rules laid down by the Administrative Council within a period of one year from the date of the entry into force of the Convention. From the date on which this tax is applied, such salaries and emoluments shall be exempt from national income tax. The Contracting States may, however, take into account the salaries and emoluments thus exempt when assessing the amount of tax to be applied to income from other sources.

(2) Paragraph 1 shall not apply to pensions and annuities paid by the Organisation to the former employees of the European Patent Office.

Article 17

The Administrative Council shall decide the categories of employees to whom the provisions of Article 14, in whole or in part, and Article 16 shall apply and the categories of experts to whom the provisions of Article 15 shall apply. The names, titles and addresses of the employees

Article 15

Les experts exerçant des fonctions pour le compte de l'Organisation ou accomplissant des missions pour celle-ci, jouissent des privilèges et immunités ci-après dans la mesure où ils leur sont nécessaires pour l'exercice de leurs fonctions, y compris durant les voyages effectués dans l'exercice de leurs fonctions ou au cours de ces missions:

- a) immunité de juridiction pour les actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions, y compris leurs paroles et écrits, sauf dans le cas d'infraction à la réglementation de la circulation des véhicules automobiles commise par un expert ou de dommage causé par un véhicule automobile lui appartenant ou qu'il conduit; les experts continueront à bénéficier de cette immunité après la cessation de leurs fonctions auprès de l'Organisation;
- b) inviolabilité pour tous leurs papiers et documents officiels;
- c) facilités de change nécessaires au transfert de leurs rémunérations.

Article 16

(1) Dans les conditions et selon les modalités que le Conseil d'administration fixe dans un délai d'un an à compter de l'entrée en vigueur de la convention, les personnes visées aux articles 13 et 14 seront soumises, au profit de l'Organisation, à un impôt sur les traitements et salaires qui leur sont versés par l'Organisation. A compter de cette date, ces traitements et salaires sont exempts de l'impôt national sur le revenu. Toutefois, les États contractants peuvent tenir compte de ces traitements et salaires pour le calcul de l'impôt payable sur les revenus provenant d'autres sources.

(2) Les dispositions du paragraphe premier ne s'appliquent pas aux pensions et retraites payées par l'Organisation aux anciens agents de l'Office européen des brevets.

Article 17

Le Conseil d'administration détermine les catégories d'agents auxquels s'appliquent les dispositions de l'article 14, en tout ou en partie, ainsi que les dispositions de l'article 16 et les catégories d'experts auxquels s'appliquent les dispositions de l'article 15. Les noms, qualités et adresses des

gehörenden Bediensteten und Sachverständigen werden den Vertragsstaaten von Zeit zu Zeit mitgeteilt.

Artikel 18

Vorbehaltlich von Abkommen, die nach Artikel 25 mit den Vertragsstaaten geschlossen werden, sind die Organisation und die Bediensteten des Europäischen Patentamts von sämtlichen Pflichtbeiträgen an staatliche Sozialversicherungsträger befreit, sofern die Organisation ein eigenes Sozialversicherungssystem errichtet.

Artikel 19

(1) Die in diesem Protokoll vorgesehenen Vorrechte und Immunitäten sind nicht dazu bestimmt, den Bediensteten des Europäischen Patentamts oder den Sachverständigen, die für die Organisation oder in deren Auftrag tätig sind, persönliche Vorteile zu verschaffen. Sie sind lediglich zu dem Zweck vorgesehen, unter allen Umständen die ungehinderte Tätigkeit der Organisation und die vollständige Unabhängigkeit der Personen, denen sie gewährt werden, zu gewährleisten.

(2) Der Präsident des Europäischen Patentamts hat die Pflicht, eine Immunität aufzuheben, wenn sie nach seiner Ansicht verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und wenn sie ohne Beeinträchtigung der Interessen der Organisation aufgehoben werden kann. Aus den gleichen Gründen kann der Verwaltungsrat eine Immunität des Präsidenten aufheben.

Artikel 20

(1) Die Organisation wird jederzeit mit den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten zusammenarbeiten, um die Rechtspflege zu erleichtern, die Einhaltung der Vorschriften über Sicherheit und Ordnung sowie über den Gesundheits- und Arbeitsschutz und ähnlicher staatlicher Rechtsvorschriften zu gewährleisten und jeden Mißbrauch der in diesem Protokoll vorgesehenen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen zu verhindern.

(2) Die Einzelheiten der in Absatz 1 genannten Zusammenarbeit können in den in Artikel 25 genannten Ergänzungsabkommen festgelegt werden.

Artikel 21

Jeder Vertragsstaat behält das Recht, alle im Interesse seiner Sicherheit notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen.

and experts included in such categories shall be communicated from time to time to the Contracting States.

Article 18

In the event of the Organisation establishing its own social security scheme, the Organisation and the employees of the European Patent Office shall be exempt from all compulsory contributions to national social security schemes, subject to the agreements made with the Contracting States in accordance with the provisions of Article 25.

Article 19

(1) The privileges and immunities provided for in this Protocol are not designed to give to employees of the European Patent Office or experts performing functions for or on behalf of the Organisation personal advantage. They are provided solely to ensure, in all circumstances, the unimpeded functioning of the Organisation and the complete independence of the persons to whom they are accorded.

(2) The President of the European Patent Office has the duty to waive immunity where he considers that such immunity prevents the normal course of justice and that it is possible to dispense with such immunity without prejudicing the interests of the Organisation. The Administrative Council may waive immunity of the President for the same reasons.

Article 20

(1) The Organisation shall cooperate at all times with the competent authorities of the Contracting States in order to facilitate the proper administration of justice, to ensure the observance of police regulations and regulations concerning public health, labour inspection or other similar national legislation, and to prevent any abuse of the privileges, immunities and facilities provided for in this Protocol.

(2) The procedure of cooperation mentioned in paragraph 1 may be laid down in the complementary agreements referred to in Article 25.

Article 21

Each Contracting State retains the right to take all precautions necessary in the interests of its security.

agents et experts compris dans ces catégories sont communiqués périodiquement aux États contractants.

Article 18

L'Organisation et les agents de l'Office européen des brevets sont exempts de toutes contributions obligatoires à des organismes nationaux de prévoyance sociale, au cas où l'Organisation établirait son propre système de prévoyance sociale, sous réserve des accords à passer avec les États contractants, conformément aux dispositions de l'article 25.

Article 19

(1) Les privilèges et immunités prévus par le présent protocole ne sont pas établis en vue d'accorder aux agents de l'Office européen des brevets ou aux experts exerçant des fonctions au profit ou pour le compte de l'Organisation des avantages personnels. Ils sont institués uniquement afin d'assurer, en toutes circonstances, le libre fonctionnement de l'Organisation et la complète indépendance des personnes auxquelles ils sont accordés.

(2) Le Président de l'Office européen des brevets a le devoir de lever l'immunité lorsqu'il estime qu'elle empêche le jeu normal de la justice et qu'il est possible d'y renoncer sans porter atteinte aux intérêts de l'Organisation. Le Conseil d'administration peut, pour les mêmes raisons, lever l'une des immunités accordées au Président.

Article 20

(1) L'Organisation coopère en tout temps avec les autorités compétentes des États contractants, en vue de faciliter une bonne administration de la justice, d'assurer l'observation des règlements de police et de ceux concernant la santé publique et l'inspection du travail, ou autres lois nationales de nature analogue, et empêcher tout abus des privilèges, immunités et facilités prévus par le présent protocole.

(2) La procédure de coopération mentionnée au paragraphe premier pourra être précisée dans les accords complémentaires visés à l'article 25.

Article 21

Chaque État contractant conserve le droit de prendre toutes les mesures nécessaires dans l'intérêt de sa sécurité.

Artikel 22

Ein Vertragsstaat ist nicht verpflichtet, die in den Artikeln 12, 13, 14 Buchstaben b, e und g sowie in Artikel 15 Buchstabe c bezeichneten Vorrechte und Immunitäten zu gewähren:

- a) seinen eigenen Staatsangehörigen;
- b) Personen, die bei Aufnahme ihrer Tätigkeit bei der Organisation ihren ständigen Wohnsitz in diesem Staat haben und nicht Bedienstete einer anderen zwischenstaatlichen Organisation sind, deren Personal in die Organisation übernommen wird.

Artikel 23

(1) Jeder Vertragsstaat kann einem internationalen Schiedsgericht jede Streitigkeit unterbreiten, die sich auf die Organisation oder einen Bediensteten oder Sachverständigen, der für die Organisation oder in deren Auftrag tätig ist, bezieht, soweit die Organisation oder die Bediensteten und Sachverständigen ein Vorrecht oder eine Immunität nach diesem Protokoll in Anspruch genommen haben und diese Immunität nicht aufgehoben worden ist.

(2) Hat ein Vertragsstaat die Absicht, eine Streitigkeit einem Schiedsgericht zu unterbreiten, so notifiziert er dies dem Präsidenten des Verwaltungsrats; dieser unterrichtet sofort jeden Vertragsstaat von der Notifikation.

(3) Das Verfahren nach Absatz 1 ist auf Streitigkeiten zwischen der Organisation und den Bediensteten oder Sachverständigen über das Statut oder die Beschäftigungsbedingungen oder, was die Bediensteten anbelangt, über die Versorgungsordnung nicht anzuwenden.

(4) Gegen den Spruch des Schiedsgerichts, der endgültig und für die Parteien bindend ist, kann ein Rechtsmittel nicht eingelegt werden. Im Fall einer Streitigkeit über Sinn und Tragweite des Schiedsspruchs obliegt es dem Schiedsgericht, den Spruch auf Antrag einer Partei auszulegen.

Artikel 24

(1) Das in Artikel 23 genannte Schiedsgericht besteht aus drei Mitgliedern; ein Schiedsrichter wird von dem Staat oder den Staaten, die Parteien des Schiedsverfahrens sind, ein weiterer vom Verwaltungsrat ernannt; diese beiden Schiedsrichter ernennen einen dritten Schiedsrichter, der als Obmann tätig wird.

(2) Die Schiedsrichter werden aus einem Verzeichnis ausgewählt, das höchstens sechs von jedem Vertrags-

Article 22

No Contracting State is obliged to extend the privileges and immunities referred to in Article 12, Article 13, Article 14, sub-paragraphs (b), (e) and (g) and Article 15, sub-paragraph (c) to:

- (a) its own nationals;
- (b) any person who at the time of taking up his functions with the Organisation has his permanent residence in that State and is not an employee of any other inter-governmental organisation whose staff is incorporated into the Organisation.

Article 23

(1) Any Contracting State may submit to an international arbitration tribunal any dispute concerning the Organisation or an employee of the European Patent Office or an expert performing functions for or on its behalf, in so far as the Organisation or the employees and experts have claimed a privilege or an immunity under this Protocol in circumstances where that immunity has not been waived.

(2) If a Contracting State intends to submit a dispute to arbitration, it shall notify the Chairman of the Administrative Council, who shall forthwith inform each Contracting State of such notification.

(3) The procedure laid down in paragraph 1 of this Article shall not apply to disputes between the Organisation and the employees or experts in respect of the Service Regulations or conditions of employment or, with regard to the employees, the Pension Scheme Regulations.

(4) No appeal shall lie against the award of the arbitration tribunal, which shall be final; it shall be binding on the parties. In case of dispute concerning the import or scope of the award, it shall be incumbent upon the arbitration tribunal to interpret it on request by either party.

Article 24

(1) The arbitration tribunal referred to in Article 23 shall consist of three members, one arbitrator nominated by the State or States party to the arbitration, one arbitrator nominated by the Administrative Council and a third arbitrator, who shall be the chairman, nominated by the said two arbitrators.

(2) The arbitrators shall be nominated from a panel comprising no more than six arbitrators appointed

Article 22

Aucun État contractant n'est tenu d'accorder les privilèges et immunités mentionnés aux articles 12, 13, 14 lettres b), e) et g), et 15 lettre c)

- a) à ses propres nationaux;
- b) aux personnes qui, lors de leur entrée en fonctions auprès de l'Organisation, ont leur résidence permanente dans cet État et ne sont pas agents d'une autre organisation intergouvernementale dont le personnel est incorporé à l'Organisation.

Article 23

(1) Chaque État contractant peut soumettre à un Tribunal d'arbitrage international tout différend mettant en cause l'Organisation, ou les agents ou experts exerçant des fonctions au profit ou pour le compte de l'Organisation, dans la mesure où celle-ci, ces agents ou experts ont revendiqué un privilège ou une immunité en vertu du présent protocole, dans les cas où il n'a pas été renoncé à cette immunité.

(2) Si un État contractant a l'intention de soumettre un différend à l'arbitrage, il le notifie au président du Conseil d'administration qui informe immédiatement chaque État contractant de cette notification.

(3) La procédure prévue au paragraphe premier n'est pas applicable aux différends entre l'Organisation et les agents ou experts au sujet du statut ou des conditions d'emploi ainsi que, pour les agents, au sujet du règlement des pensions.

(4) La sentence du Tribunal d'arbitrage est définitive et sans recours; les parties s'y conformeront. En cas de contestation sur le sens et la portée de la sentence, il appartient au Tribunal d'arbitrage de l'interpréter à la demande de toute partie.

Article 24

(1) Le Tribunal d'arbitrage prévu à l'article 23 est composé de trois membres, un arbitre nommé par l'État, ou les États, partie à l'arbitrage, un arbitre nommé par le Conseil d'administration et un troisième arbitre, qui assume la présidence, nommé par les deux premiers.

(2) Ces arbitres sont choisis sur une liste comprenant six arbitres au plus désignés par chaque État contractant

staat und sechs vom Verwaltungsrat benannte Schiedsrichter umfaßt. Dieses Verzeichnis wird so bald wie möglich nach Inkrafttreten dieses Protokolls erstellt und in der Folge je nach Bedarf geändert.

(3) Nimmt eine Partei innerhalb von drei Monaten nach der in Artikel 23 Absatz 2 genannten Notifizierung die in Absatz 1 vorgesehene Ernennung nicht vor, so wird der Schiedsrichter auf Antrag der anderen Partei vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs aus dem Kreis der in dem Verzeichnis aufgeführten Personen bestimmt. Das gleiche geschieht auf Antrag der zuerst handelnden Partei, wenn innerhalb eines Monats nach der Ernennung des zweiten Schiedsrichters die beiden ersten Schiedsrichter sich nicht über die Ernennung des dritten einigen können. Ist jedoch in diesen beiden Fällen der Präsident des Internationalen Gerichtshofs verhindert, die Wahl zu treffen, oder ist er Angehöriger eines an der Streitigkeit beteiligten Staats, so nimmt der Vizepräsident des Internationalen Gerichtshofs die erwähnten Ernennungen vor, sofern er nicht selbst Angehöriger eines an der Streitigkeit beteiligten Staats ist; im letztgenannten Fall obliegt es dem Mitglied des Internationalen Gerichtshofs, das nicht selbst Angehöriger eines an der Streitigkeit beteiligten Staats ist und das vom Präsidenten oder Vizepräsidenten ausgewählt worden ist, die Ernennungen vorzunehmen. Ein Angehöriger des antragstellenden Staats kann nicht für den Posten des Schiedsrichters gewählt werden, dessen Ernennung dem Verwaltungsrat oblag, und eine auf Vorschlag des Verwaltungsrats in das Verzeichnis aufgenommene Person kann nicht für den Posten des Schiedsrichters gewählt werden, dessen Ernennung dem antragstellenden Staat oblag. Die diesen beiden Gruppen angehörenden Personen können auch nicht zum Obmann des Schiedsgerichts gewählt werden.

(4) Das Schiedsgericht gibt sich eine Verfahrensordnung.

Artikel 25

Die Organisation kann auf Beschluß des Verwaltungsrats mit einem oder mehreren Vertragsstaaten Ergänzungsabkommen zur Durchführung dieses Protokolls in ihren Beziehungen mit diesem Staat oder diesen Staaten sowie sonstige Vereinbarungen schließen, um eine wirksame Tätigkeit der Organisation und den Schutz ihrer Interessen zu gewährleisten.

by each Contracting State and six arbitrators appointed by the Administrative Council. This panel shall be established as soon as possible after the Protocol enters into force and shall be revised each time this proves necessary.

(3) If, within three months from the date of the notification referred to in Article 23, paragraph 2, either party fails to make the nomination referred to in paragraph 1 above, the choice of the arbitrator shall, on request of the other party, be made by the President of the International Court of Justice from the persons included in the said panel. This shall also apply, when so requested by either party, if within one month from the date of appointment of the second arbitrator, the first two arbitrators are unable to agree on the nomination of the third arbitrator. However, if, in these two cases, the President of the International Court of Justice is prevented from making the choice, or if he is a national of one of the States parties to the dispute, the Vice-President of the International Court of Justice shall make the afore-mentioned appointments, provided that he himself is not a national of one of the States parties to the dispute; if such is the case, the member of the International Court of Justice who is not a national of one of the States parties to the dispute and who has been chosen by the President or Vice-President shall make the appointments. A national of the State applying for arbitration may not be chosen to fill the post of the arbitrator whose appointment devolves on the Administrative Council nor may a person included in the panel and appointed by the Administrative Council be chosen to fill the post of an arbitrator whose appointment devolves on the State which is the claimant. Nor may a person of either of these categories be chosen as chairman of the Tribunal.

(4) The arbitration tribunal shall draw up its own rules of procedure.

Article 25

The Organisation may, on a decision of the Administrative Council, conclude with one or more Contracting States complementary agreements to give effect to the provisions of this Protocol as regards such State or States, and other arrangements to ensure the efficient functioning of the Organisation and the safeguarding of its interests.

et six arbitres désignés par le Conseil d'administration. Cette liste est établie dès que possible après l'entrée en vigueur du présent protocole et, par la suite, complétée, le cas échéant, en tant que de besoin.

(3) Si, dans un délai de trois mois après la notification mentionnée à l'article 23, paragraphe 2, l'une des parties s'abstient de procéder à la nomination prévue au paragraphe premier, le choix de l'arbitre est effectué, sur la requête de l'autre partie, par le Président de la Cour Internationale de Justice parmi les personnes figurant sur ladite liste. Il en est de même, à la requête de la partie la plus diligente, lorsque, dans un délai d'un mois à compter de la nomination du deuxième arbitre, les deux premiers arbitres ne parviennent pas à s'entendre sur la nomination du troisième. Toutefois, dans ces deux cas, si le Président de la Cour Internationale de Justice est empêché d'effectuer le choix ou s'il est ressortissant de l'un des États parties au différend, le Vice-Président de la Cour Internationale procède aux nominations susvisées, à moins qu'il ne soit lui-même ressortissant de l'un des États parties au différend; dans cette dernière hypothèse il appartient au membre de la Cour Internationale, qui n'est pas lui-même ressortissant de l'un des États parties au différend et qui a été choisi par le Président ou le Vice-Président, de procéder aux nominations. Un ressortissant de l'État demandeur ne peut être choisi pour occuper le siège de l'arbitre dont la nomination incombait au Conseil d'administration, ni une personne inscrite sur la liste par désignation du Conseil d'administration choisie pour occuper le siège de l'arbitre dont la nomination incombait à l'État demandeur. Les personnes appartenant à ces deux catégories ne peuvent pas davantage être choisies pour assumer la présidence du Tribunal.

(4) Le Tribunal d'arbitrage établit ses règles de procédure.

Article 25

L'Organisation peut, sur décision du Conseil d'administration conclure, avec un ou plusieurs États contractants, des accords complémentaires en vue de l'exécution des dispositions du présent protocole, en ce qui concerne ce ou ces États, ainsi que d'autres arrangements en vue d'assurer le bon fonctionnement de l'Organisation et la sauvegarde de ses intérêts.

Protokoll
über die Zentralisierung des Europäischen Patentsystems
und seine Einführung
(Zentralisierungsprotokoll)

Protocol
on the Centralisation of the European Patent System
and on its Introduction
(Protocol on Centralisation)

Protocole
sur la centralisation et l'introduction du système européen des brevets
(Protocole sur la centralisation)

Abschnitt I

(1) (a) Bei Inkrafttreten des Übereinkommens treffen die Vertragsstaaten des Übereinkommens, die gleichzeitig Mitgliedstaaten des durch das Haager Abkommen vom 6. Juni 1947 errichteten Internationalen Patentinstituts sind, die notwendigen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß alle Aktiva und Passiva sowie das gesamte Personal des Internationalen Patentinstituts spätestens zu dem in Artikel 162 Absatz 1 des Übereinkommens vorgesehenen Zeitpunkt auf das Europäische Patentamt übertragen werden. Diese Übertragung erfolgt im Wege eines Vertrags zwischen dem Internationalen Patentinstitut und der Europäischen Patentorganisation. Die oben erwähnten Staaten und die anderen Vertragsstaaten des Übereinkommens treffen die notwendigen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß dieser Vertrag spätestens zu dem in Artikel 162 Absatz 1 des Übereinkommens vorgesehenen Zeitpunkt angewendet wird. Die Mitgliedstaaten des Internationalen Patentinstituts, die gleichzeitig Vertragsstaaten des Übereinkommens sind, verpflichten sich ferner, ihre Mitgliedschaft am Haager Abkommen zum Zeitpunkt der Anwendung des Vertrags zu beenden.

(b) Die Vertragsstaaten des Übereinkommens treffen die notwendigen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die Aktiva und Passiva sowie das gesamte Personal des Internationalen Patentinstituts in das Europäische Patentamt nach Maßgabe des unter Buchstabe a erwähnten Vertrags übernommen werden. Die Zweigstelle in Den Haag übernimmt von der Anwendung dieses Vertrags an einerseits die Aufgaben, die dem Internationalen Patentinstitut am Tag der Auflage des Übereinkommens

Section I

(1) (a) Upon entry into force of the Convention, States parties thereto which are also members of the International Patent Institute set up by the Hague Agreement of 6 June 1947 shall take all necessary steps to ensure the transfer to the European Patent Office no later than the date referred to in Article 162, paragraph 1, of the Convention of all assets and liabilities and all staff members of the International Patent Institute. Such transfer shall be effected by an agreement between the International Patent Institute and the European Patent Organisation. The above States and the other States parties to the Convention shall take all necessary steps to ensure that that agreement shall be implemented no later than the date referred to in Article 162, paragraph 1, of the Convention. Upon implementation of the agreement, those Member States of the International Patent Institute which are also parties to the Convention further undertake to terminate their participation in the Hague Agreement.

(b) The States parties to the Convention shall take all necessary steps to ensure that all the assets and liabilities and all the staff members of the International Patent Institute are taken into the European Patent Office in accordance with the agreement referred to in sub-paragraph (a). After the implementation of that agreement the tasks incumbent upon the International Patent Institute at the date on which the Convention is opened for signature, and in particular those carried out vis-à-vis its Member

Section I

(1) (a) A la date d'entrée en vigueur de la convention, les États parties à la convention qui sont également membres de l'Institut International des Brevets créé par l'Accord de La Haye du 6 juin 1947, prennent toutes les mesures nécessaires pour que le transfert à l'Office européen des brevets de tout l'actif et de tout le passif ainsi que de tout le personnel de l'Institut International des Brevets s'effectue au plus tard à la date visée à l'article 162, paragraphe 1, de la convention. Les modalités de ce transfert seront fixées par un accord entre l'Institut International des Brevets et l'Organisation européenne des brevets. Les États susvisés ainsi que les autres États parties à la convention prennent toutes les mesures nécessaires pour que cet accord soit mis en application au plus tard à la date visée à l'article 162, paragraphe 1, de la convention. A la date de cette mise en application, les États membres de l'Institut International des Brevets qui sont également parties à la convention s'engagent en outre à mettre fin à leur participation à l'Accord de La Haye.

(b) Les États parties à la convention prennent toutes les mesures nécessaires pour que, selon les termes de l'accord prévu à la lettre (a), tout l'actif et tout le passif ainsi que tout le personnel de l'Institut International des Brevets soient incorporés dans l'Office européen des brevets. Dès la mise en application de cet accord, seront accomplies par le département de La Haye, d'une part, les tâches assumées par l'Institut International des Brevets à la date de l'ouverture à la signature de la conven-

zur Unterzeichnung obliegen, insbesondere diejenigen, die es zu diesem Zeitpunkt gegenüber seinen Mitgliedstaaten wahrnimmt, wobei es unerheblich ist, ob diese Staaten Vertragsstaaten des Übereinkommens werden oder nicht, und andererseits die Aufgaben, zu deren Wahrnehmung es sich bei Inkrafttreten des Übereinkommens gegenüber Staaten verpflichtet hat, die in diesem Zeitpunkt sowohl Mitgliedstaaten des Internationalen Patentinstituts als auch Vertragsstaaten des Übereinkommens sind. Außerdem kann der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation der Zweigstelle weitere Aufgaben auf dem Gebiet der Recherche übertragen.

(c) Die obengenannten Verpflichtungen beziehen sich sinngemäß auch auf die gemäß dem Haager Abkommen geschaffene Dienststelle unter den im Abkommen zwischen dem Internationalen Patentinstitut und der Regierung des beteiligten Vertragsstaats vorgesehenen Bedingungen. Diese Regierung verpflichtet sich, mit der Europäischen Patentorganisation ein neues Abkommen, das das bereits bestehende Abkommen mit dem Internationalen Patentinstitut ablöst, zu schließen, um die Bestimmungen über die Organisation, die Tätigkeit und die Finanzierung der Dienststelle mit diesem Protokoll in Einklang zu bringen.

(2) Die Vertragsstaaten des Übereinkommens verzichten zu dem in Artikel 162 Absatz 1 des Übereinkommens genannten Zeitpunkt vorbehaltlich Abschnitt III für ihre Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz zugunsten des Europäischen Patentamts auf die Tätigkeit als Internationale Recherchenbehörde nach dem Zusammenarbeitsvertrag.

(3) (a) Zu dem in Artikel 162 Absatz 1 des Übereinkommens genannten Zeitpunkt wird in Berlin (West) zum Zweck der Durchführung von Recherchen für europäische Patentanmeldungen eine Dienststelle des Europäischen Patentamts errichtet. Diese Dienststelle untersteht der Zweigstelle in Den Haag.

(b) Der Verwaltungsrat legt die Befugnisse der Dienststelle Berlin unter Berücksichtigung allgemeiner Erwägungen und der Bedürfnisse des Europäischen Patentamts auf dem Recherchegebiet fest.

(c) Zumindest am Anfang des Zeitabschnitts nach der stufenweisen Ausdehnung des Tätigkeitsbereichs des Europäischen Patentamts muß der Umfang der dieser Dienststelle übertragenen Arbeiten eine volle Ausla-

States, whether or not they become parties to the Convention, and such tasks as it has undertaken at the time of the entry into force of the Convention to carry out vis-à-vis States which, at that date, are both members of the International Patent Institute and parties to the Convention, shall be assumed by the branch located at The Hague. In addition, the Administrative Council of the European Patent Organisation may allocate further duties in the field of searching to that branch.

(c) The above obligations shall also apply mutatis mutandis to the sub-office set up under the Hague Agreement under the conditions set out in the agreement between the International Patent Institute and the Government of the Contracting State concerned. This Government hereby undertakes to make a new agreement with the European Patent Organisation in place of the one already made with the International Patent Institute to harmonise the clauses concerning the organisation, operation and financing of the sub-office with the provisions of this Protocol.

(2) Subject to the provisions of Section III, the States parties to the Convention shall, on behalf of their central industrial property offices, renounce in favour of the European Patent Office any activities as International Searching Authorities under the Patent Cooperation Treaty as from the date referred to in Article 162, paragraph 1, of the Convention.

(3) (a) A sub-office of the European Patent Office for searching European patent applications shall be set up in Berlin (West) as from the date referred to in Article 162, paragraph 1, of the Convention. It shall operate under the direction of the branch at The Hague.

(b) The Administrative Council shall determine the duties to be allocated to the sub-office in Berlin in the light of general considerations and of the requirements of the European Patent Office with regard to searching.

(c) At least at the beginning of the period following the progressive expansion of the field of activity of the European Patent Office, the amount of work assigned to that sub-office shall be sufficient to enable

tion, en particulier celles qu'il assume à l'égard de ses États membres, qu'ils deviennent ou non parties à la convention, d'autre part, les tâches qu'il se sera engagé à assumer lors de l'entrée en vigueur de la convention à l'égard d'États qui seront à cette date à la fois membres de l'Institut International des Brevets et parties à la convention. En outre, le Conseil d'administration de l'Organisation européenne des brevets peut charger le département de La Haye d'autres tâches dans le domaine de la recherche.

(c) Les engagements visés ci-dessus, s'appliquent à l'agence créée en vertu de l'Accord de La Haye et selon les conditions fixées dans l'accord conclu entre l'Institut International des Brevets et le gouvernement de l'État contractant intéressé. Ce gouvernement s'engage à conclure avec l'Organisation européenne des brevets un nouvel accord remplaçant celui déjà conclu avec l'Institut International des Brevets pour harmoniser les clauses relatives à l'organisation, au fonctionnement et au financement de l'agence avec les dispositions du présent protocole.

(2) Sous réserve des dispositions de la section III, les États parties à la convention renoncent, pour leurs services centraux de la propriété industrielle et au profit de l'Office européen des brevets, à toute activité qu'ils seraient susceptibles d'exercer en qualité d'administration chargée de la recherche au sens du Traité de Coopération en matière de brevets, dès la date visée à l'article 162, paragraphe 1 de la convention.

(3) (a) Une agence de l'Office européen des brevets est créée à Berlin (Ouest), à compter de la date visée à l'article 162, paragraphe 1, de la convention, afin d'effectuer des recherches relatives aux demandes de brevet européen. Elle relève du département de La Haye.

(b) Le Conseil d'administration fixe la répartition des tâches de l'agence de Berlin, compte tenu de considérations générales et des besoins de l'Office européen des brevets en matière de recherche.

(c) Au moins au début de la période suivant celle de l'extension progressive du champ d'activité de l'Office européen des brevets, le volume des travaux confiés à cette agence doit permettre d'occuper pleinement

stung des im Zeitpunkt der Auflage des Übereinkommens zur Unterzeichnung bei der Dienststelle Berlin des Deutschen Patentamts beschäftigten Prüferpersonals ermöglichen.

(d) Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die zusätzlichen Kosten, die der Europäischen Patentorganisation aus der Errichtung und dem Betrieb der Dienststelle Berlin entstehen.

Abschnitt II

Die Vertragsstaaten des Übereinkommens verzichten vorbehaltlich der Abschnitte III und IV für ihre Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz zugunsten des Europäischen Patentamts auf die Tätigkeit als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde nach dem Zusammenarbeitsvertrag. Diese Verpflichtung wird nur in dem Umfang, in dem das Europäische Patentamt nach Artikel 162 Absatz 2 des Übereinkommens die Prüfung europäischer Patentanmeldungen durchführen kann, wirksam; diese Wirkung tritt zwei Jahre nach dem Zeitpunkt ein, zu dem das Europäische Patentamt nach einem Fünfjahresplan, der die Zuständigkeit des Amts stufenweise auf alle Gebiete der Technik ausdehnt und nur durch einen Beschluß des Verwaltungsrats geändert werden kann, seine Prüfungstätigkeit auf die betreffenden Gebiete der Technik ausgedehnt hat. Die Einzelheiten der Erfüllung der genannten Verpflichtung werden durch Beschluß des Verwaltungsrats festgelegt.

Abschnitt III

(1) Die Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz jedes Vertragsstaats des Übereinkommens, dessen Amtssprache nicht eine der Amtssprachen des Europäischen Patentamts ist, ist berechtigt, eine Tätigkeit als Internationale Recherchenbehörde und als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde nach dem Zusammenarbeitsvertrag auszuüben. Die Inanspruchnahme dieses Rechts setzt die Verpflichtung des betreffenden Staats voraus, diese Tätigkeit auf internationale Anmeldungen zu beschränken, die von Staatsangehörigen des betreffenden Staats, von Personen mit Wohnsitz oder Sitz im Hoheitsgebiet dieses Staats, von Staatsangehörigen eines diesem Übereinkommen angehörenden Nachbarstaats dieses Staats oder von Personen, die in einem solchen Nachbarstaat ihren Wohnsitz oder Sitz haben, eingereicht werden. Der Verwaltungsrat kann der Zentralbehörde für den

the examining staff of the Berlin Annex of the German Patent Office, as it stands at the date on which the Convention is opened for signature, to be fully employed.

(d) The Federal Republic of Germany shall bear any additional costs incurred by the European Patent Organisation in setting up and maintaining the sub-office in Berlin.

Section II

Subject to the provisions of Sections III and IV, the States parties to the Convention shall, on behalf of their central industrial property offices, renounce in favour of the European Patent Office any activities as International Preliminary Examining Authorities under the Patent Cooperation Treaty. This obligation shall apply only to the extent to which the European Patent Office may examine European patent applications in accordance with Article 162, paragraph 2, of the Convention and shall not apply until two years after the date on which the European Patent Office has begun examining activities in the areas of technology concerned, on the basis of a five-year plan which shall progressively extend the activities of the European Patent Office to all areas of technology and which may be amended only by decision of the Administrative Council. The procedures for implementing this obligation shall be determined by decision of the Administrative Council.

Section III

(1) The central industrial property office of any State party to the Convention in which the official language is not one of the official languages of the European Patent Office, shall be authorised to act as an International Searching Authority and as an International Preliminary Examining Authority under the Patent Cooperation Treaty. Such authorisation shall be subject to an undertaking by the State concerned to restrict such activities to international applications filed by nationals or residents of such State and by nationals or residents of States parties to the Convention which are adjacent to that State. The Administrative Council may decide to authorise the central industrial property office of any State party to the Convention to extend such activities to cover such international applications as may be filed by nationals or residents of any non-Contracting State having the same official language

le personnel examinateur de l'annexe de Berlin de l'Office allemand des brevets en fonction de la date d'ouverture à la signature de la convention.

(d) La République fédérale d'Allemagne supporte tous les frais supplémentaires résultant, pour l'Organisation européenne des brevets, de la création et du fonctionnement de l'agence de Berlin.

Section II

Sous réserve des dispositions des sections III et IV, les États parties à la convention renoncent, pour ce qui concerne leurs services centraux de la propriété industrielle et au profit de l'Office européen des brevets, à toute activité en qualité d'administration chargée de l'examen préliminaire international au sens du Traité de Coopération. Cette obligation ne prendra effet que dans la mesure où l'Office européen des brevets pourra entreprendre l'examen des demandes de brevet européen en vertu de l'article 162, paragraphe 2, de la convention; cet effet intervient deux années après le jour où l'Office européen a commencé son activité d'examen sur les domaines de la technique en question, d'après un plan de cinq ans, étendant progressivement la compétence de l'Office à tous les secteurs de la technique et qui ne peut être modifié que par décision du Conseil d'administration. Les modalités de mise en application de ladite obligation sont déterminées par décision du Conseil d'administration.

Section III

(1) Le service central de la propriété industrielle de tout État partie à la convention, dont la langue officielle n'est pas l'une des langues officielles de l'Office européen des brevets, est autorisé à exercer une activité en qualité d'administration chargée de la recherche et en qualité d'administration chargée de l'examen préliminaire au sens du Traité de Coopération. Cette autorisation est subordonnée à l'engagement de l'État en cause de limiter cette activité aux demandes internationales déposées par les nationaux dudit État ou par les personnes domiciliées sur son territoire ainsi que par les nationaux ou les personnes domiciliées sur le territoire d'États parties à la convention et qui sont limitrophes de cet État. Le Conseil d'administration peut décider d'autoriser le service central de la propriété industrielle d'un État partie à la convention à étendre cette activité aux demandes internationales qui sont déposées par

gewerblichen Rechtsschutz eines Vertragsstaats durch Beschluß gestatten, die genannte Tätigkeit auf solche internationale Anmeldungen auszudehnen, die von Staatsangehörigen oder von Personen mit Wohnsitz oder Sitz im Hoheitsgebiet eines Nichtvertragsstaats, der die gleiche Amtssprache wie der betreffende Vertragsstaat hat, eingereicht werden und die in dieser Sprache abgefaßt sind.

(2) Im Hinblick auf eine Harmonisierung der nach dem Zusammenarbeitsvertrag vorgesehenen Recherchentätigkeiten im Rahmen des europäischen Patenterteilungssystems wird eine Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Patentamt und den nach diesem Abschnitt zugelassenen Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz hergestellt. Diese Zusammenarbeit erfolgt auf Grund einer besonderen Vereinbarung, die sich zum Beispiel erstrecken kann auf Recherchungsverfahren und -methoden, die Anforderungen für die Einstellung und Ausbildung von Prüfern, Richtlinien für den Austausch von Recherchen und anderen Diensten zwischen den Behörden sowie andere, zur Sicherstellung der erforderlichen Kontrolle und Überwachung notwendige Maßnahmen.

Abschnitt IV

(1) (a) Um den nationalen Patentämtern der Vertragsstaaten des Übereinkommens die Anpassung an das europäische Patentsystem zu erleichtern, kann der Verwaltungsrat, wenn er es für wünschenswert hält, unter den nachstehend festgelegten Bedingungen den Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz dieser Staaten, in denen das Verfahren in einer der Amtssprachen des Europäischen Patentamts durchgeführt werden kann, die Bearbeitung der europäischen Patentanmeldungen, die in der betreffenden Sprache abgefaßt sind, übertragen, soweit nach Artikel 18 Absatz 2 des Übereinkommens in der Regel ein Prüfer der Prüfungsabteilung beauftragt wird. Diese Aufgaben sind im Rahmen des im Übereinkommen vorgesehenen Erteilungsverfahrens durchzuführen; die Entscheidung über diese Anmeldungen trifft die Prüfungsabteilung in ihrer nach Artikel 18 Absatz 2 vorgesehenen Zusammensetzung.

(b) Die nach Maßgabe des Buchstabens a übertragenen Arbeiten dürfen nicht mehr als 40 % der Gesamtzahl der eingereichten europäischen Patentanmeldungen betragen; die einem einzelnen Staat übertragenen Arbeiten dürfen nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der eingereichten europäischen Patentanmeldungen betragen. Diese Arbeiten werden für

age as the Contracting State in question and drawn up in that language.

(2) For the purpose of harmonising search activities under the Patent Cooperation Treaty within the framework of the European system for the grant of patents, cooperation shall be established between the European Patent Office and any central industrial property office authorised under this Section. Such cooperation shall be based on a special agreement which may cover e. g. search procedures and methods, qualifications required for the recruitment and training of examiners, guidelines for the exchange of search and other services between the offices as well as other measures needed to establish the required control and supervision.

Section IV

(1) (a) For the purpose of facilitating the adaptation of the national patent offices of the States parties to the Convention to the European patent system, the Administrative Council may, if it considers it desirable, and subject to the conditions set out below, entrust the central industrial property offices of such of those States in which it is possible to conduct the proceedings in one of the official languages of the European Patent Office with tasks concerning the examination of European patent applications drawn up in that language which, pursuant to Article 18, paragraph 2, of the Convention, shall, as a general rule, be entrusted to a member of the Examining Division. Such tasks shall be carried out within the framework of the proceedings for grant laid down in the Convention; decisions on such applications shall be taken by the Examining Division composed in accordance with Article 18, paragraph 2.

(b) Tasks entrusted under subparagraph (a) shall not be in respect of more than 40 % of the total number of European patent applications filed; tasks entrusted to any one State shall not be in respect of more than one-third of the total number of European patent applications filed. These tasks shall be entrusted for a period of 15 years from the opening of the

des nationaux ou des personnes ayant leur domicile ou leur siège sur le territoire d'un État non contractant ayant la même langue officielle que l'État partie en cause et qui sont rédigées dans cette langue.

(2) En vue d'harmoniser les activités de recherche au titre du Traité de Coopération dans le cadre du système européen de délivrance de brevets, il est établi une coopération entre l'Office européen des brevets et tout service central de la propriété industrielle autorisé à exercer une telle activité en vertu de la présente section. Cette coopération est fondée sur un accord spécial qui peut s'étendre, par exemple, aux procédures et méthodes de recherche, aux qualifications requises en ce qui concerne le recrutement et la formation des examinateurs, aux directives relatives aux échanges de recherche et d'autres services entre les offices, ainsi qu'aux autres mesures nécessaires au contrôle et à la surveillance.

Section IV

(1) (a) En vue de faciliter l'adaptation des offices nationaux des États parties à la convention au système du brevet européen, le Conseil d'administration peut, s'il le juge souhaitable, et dans les conditions définies ci-après, confier aux services centraux de la propriété industrielle de ces mêmes États, où l'on est en mesure de conduire la procédure dans une des langues officielles de l'Office européen des brevets, des tâches d'instruction des demandes de brevet européen rédigées dans cette même langue qui, conformément à l'article 18, paragraphe 2, de la convention, sont confiées en règle générale à l'un des examinateurs de la division d'examen. Ces travaux sont effectués dans le cadre de la procédure de délivrance prévue dans la convention; la décision relative à ces demandes est prise par la division d'examen dans sa composition prévue à l'article 18, paragraphe 2.

(b) Les travaux confiés en vertu de la lettre (a) ne porteront pas sur plus de quarante pour cent du total des demandes de brevet européen déposées; les travaux confiés à un État ne devront pas excéder un tiers du total des demandes de brevet européen déposées. Ces tâches seront confiées pour une période de quinze ans à compter de l'ouverture de l'Office eu-

einen Zeitraum übertragen, der von der Aufnahme der Tätigkeit des Europäischen Patentamts an gerechnet 15 Jahre beträgt, und werden während der letzten 5 Jahre schrittweise (um grundsätzlich 20 % jährlich) bis auf Null verringert.

(c) Auf Grund des Buchstabens b beschließt der Verwaltungsrat über die Art, den Ursprung und die Anzahl der europäischen Patentanmeldungen, mit deren Bearbeitung die Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines der genannten Vertragsstaaten beauftragt werden kann.

(d) Die vorstehenden Durchführungsbestimmungen werden in ein besonderes Abkommen aufgenommen, das zwischen der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz des betreffenden Vertragsstaats und der Europäischen Patentorganisation geschlossen wird.

(e) Ein Patentamt, mit dem ein solches besonderes Abkommen geschlossen worden ist, kann bis zum Ablauf des Zeitraums von 15 Jahren eine Tätigkeit als eine mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde nach dem Zusammenarbeitsvertrag ausüben.

(2) (a) Ist der Verwaltungsrat der Auffassung, daß dies mit dem guten Funktionieren des Europäischen Patentamts vereinbar ist, so kann er, um Schwierigkeiten abzuwenden, die für bestimmte Vertragsstaaten aus der Anwendung von Abschnitt I Nummer 2 erwachsen können, den Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz dieser Staaten die Aufgabe übertragen, Recherchen für europäische Patentanmeldungen durchzuführen, sofern deren Amtssprache eine der Amtssprachen des Europäischen Patentamts ist und diese Behörden die Voraussetzungen erfüllen, um gemäß den im Zusammenarbeitsvertrag vorgesehenen Bedingungen als internationale Recherchenbehörde ernannt zu werden.

(b) Bei diesen Arbeiten, die unter der Verantwortung des Europäischen Patentamts durchgeführt werden, hat sich die betreffende Zentralbehörde an die für die Erstellung des europäischen Recherchenberichts geltenden Richtlinien zu halten.

(c) Nummer 1 Buchstabe b Satz 2 und Buchstabe d ist entsprechend anzuwenden.

Abschnitt V

(1) Die in Abschnitt I Nummer 1 Buchstabe c genannte Dienststelle ist berechtigt, für europäische Patentanmeldungen, die von Angehörigen des Staats, in dem die Dienststelle ihren

European Patent Office and shall be reduced progressively (in principle by 20 % a year) to zero during the last 5 years of the period.

(c) The Administrative Council shall decide, while taking into account the provisions of sub-paragraph (b), upon the nature, origin and number of the European patent applications in respect of which examining tasks may be entrusted to the central industrial property office of each of the Contracting States mentioned above.

(d) The above implementing procedures shall be set out in a special agreement between the central industrial property office of the Contracting State concerned and the European Patent Organisation.

(e) An office with which such a special agreement has been concluded may act as an International Preliminary Examining Authority under the Patent Cooperation Treaty, until the expiry of the period of 15 years.

(2) (a) If the Administrative Council considers that it is compatible with the proper functioning of the European Patent Office, and in order to alleviate the difficulties which may arise for certain Contracting States from the application of Section I, paragraph 2, it may entrust searching in respect of European patent applications to the central industrial property offices of those States in which the official language is one of the official languages of the European Patent Office, provided that these offices possess the necessary qualifications for appointment as an International Searching Authority in accordance with the conditions laid down in the Patent Cooperation Treaty.

(b) In carrying out such work, undertaken under the responsibility of the European Patent Office, the central industrial property offices concerned shall adhere to the guidelines applicable to the drawing up of the European search report.

(c) The provisions of paragraph 1 (b), second sentence, and sub-paragraph (d) of this Section shall apply to this paragraph.

Section V

(1) The sub-office referred to in Section 1, paragraph 1 (c), shall be authorised to carry out searches, among the documentation which is at its disposal and which is in the official

européen des brevets et seront réduites progressivement (en principe de vingt pour cent par an) jusqu'à devenir nulles au cours des cinq dernières années de ladite période.

(c) Compte tenu de la lettre (b), le Conseil d'administration décidera de la nature, de l'origine et du nombre des demandes de brevet européen dont l'instruction pourra être confiée au service central de la propriété industrielle de l'un des États parties susvisés.

(d) Les modalités d'application ci-dessus feront l'objet d'un accord spécial entre le service central de la propriété industrielle de l'État partie en cause et l'Organisation européenne des brevets.

(e) Un office avec lequel un tel accord spécial a été conclu pourra exercer une activité en qualité d'administration chargée de l'examen préliminaire international, au sens du Traité de Coopération, jusqu'à expiration de la période de quinze ans.

(2) (a) Si le Conseil d'administration estime que cela est compatible avec le bon fonctionnement de l'Office européen des brevets et en vue de pallier les difficultés pouvant résulter pour certains États contractants de l'application de la section I, paragraphe 2, il peut confier des travaux de recherche relatifs à des demandes de brevet européen aux services centraux de la propriété industrielle de ces États dont la langue officielle est l'une des langues officielles de l'Office européen des brevets, à condition que ces services possèdent la qualification requise pour être nommés administration de recherche internationale dans les conditions prévues au Traité de Coopération.

(b) En procédant à ces travaux, effectués sous la responsabilité de l'Office européen des brevets, les services centraux concernés doivent s'en tenir aux directives applicables en matière d'établissement du rapport de recherche européenne.

(c) Les dispositions de la présente section, paragraphe 1, lettre (b), deuxième phrase, s'appliquent au présent paragraphe.

Section V

(1) L'agence visée à la section I, paragraphe 1, lettre (c), est autorisée à effectuer, pour les demandes de brevet européen déposées par les nationaux de l'État où est située cette

Sitz hat, und von Personen mit Wohnsitz oder Sitz in diesem Staat eingereicht werden, eine Recherche in der ihr zur Verfügung stehenden Dokumentation durchzuführen, soweit diese in der Amtssprache dieses Staats abgefaßt ist. Hierdurch darf jedoch weder das europäische Patenterteilungsverfahren verzögert werden, noch dürfen der Europäischen Patentorganisation zusätzliche Kosten entstehen.

(2) Die in Nummer 1 genannte Dienststelle ist berechtigt, auf Antrag und auf Kosten des Anmelders eines europäischen Patents eine Recherche für die von ihm eingereichte Patentanmeldung in der unter Nummer 1 vorgesehenen Dokumentation durchzuführen. Die Berechtigung gilt, solange die in Artikel 92 des Übereinkommens vorgesehene Recherche nicht gemäß Abschnitt VI auf diese Dokumentation ausgedehnt worden ist; doch darf dadurch das europäische Patenterteilungsverfahren nicht verzögert werden.

(3) Der Verwaltungsrat kann die in den Nummern 1 und 2 vorgesehenen Berechtigungen unter den in den genannten Nummern vorgesehenen Voraussetzungen auch auf Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten ausdehnen, die als Amtssprache keine der Amtssprachen des Europäischen Patentamts haben.

Abschnitt VI

Die in Artikel 92 des Übereinkommens vorgesehene Recherche wird grundsätzlich für alle europäischen Patentanmeldungen auf Patentschriften und veröffentlichte Patentanmeldungen sowie weitere einschlägige Dokumente von Vertragsstaaten ausgedehnt, die zu dem in Artikel 162 Absatz 1 des Übereinkommens erwähnten Zeitpunkt nicht im Prüfstoff des Europäischen Patentamts enthalten sind. Der Verwaltungsrat legt aufgrund der Ergebnisse einer Studie, die sich insbesondere mit den technischen und finanziellen Aspekten zu befassen hat, den Umfang, die näheren Bedingungen und den Zeitplan der Ausdehnung fest.

Abschnitt VII

Dieses Protokoll geht entgegenstehenden Vorschriften des Übereinkommens vor.

Abschnitt VIII

Die in diesem Protokoll vorgesehenen Beschlüsse des Verwaltungsrats werden mit Dreiviertelmehrheit getroffen (Artikel 35 Absatz 2 des Übereinkommens). Die Vorschriften über Stimmenwägung (Artikel 36 des Übereinkommens) sind anzuwenden.

language of the State in which the sub-office is located, in respect of European patent applications filed by nationals and residents of that State. This authorisation shall be on the understanding that the procedure for the grant of European patents will not be delayed and that additional costs will not be incurred for the European Patent Organisation.

(2) The sub-office referred to in paragraph 1 shall be authorised to carry out, at the option of an applicant for a European patent and at his expense, a search on his patent application among the documentation referred to in paragraph 1. This authorisation shall be effective until the search provided for in Article 92 of the Convention has been extended, in accordance with Section VI, to cover such documentation and shall be on the understanding that the procedure for the grant of European patents will not be delayed.

(3) The Administrative Council may also extend the authorisations provided for in paragraphs 1 and 2, under the conditions of those paragraphs, to the central industrial property office of a Contracting State which does not have as an official language one of the official languages of the European Patent Office.

Section VI

The search provided for in Article 92 of the Convention shall, in principle, be extended, in respect of all European patent applications, to published patents, published patent applications and other relevant documents not included in the search documentation of the European Patent Office on the date referred to in Article 162, paragraph 1, of the Convention. The extent, conditions and timing of any such extension shall be determined by the Administrative Council on the basis of a study concerning particularly the technical and financial aspects.

Section VII

The provisions of this Protocol shall prevail over any contradictory provisions of the Convention.

Section VIII

The decisions of the Administrative Council provided for in this Protocol shall require a three-quarters majority (Article 35, paragraph 2, of the Convention). The provisions governing the weighting of votes (Article 36 of the Convention) shall apply.

agence et par les personnes domiciliées sur le territoire dudit État, des recherches dans la documentation dont elle dispose dans la langue officielle de cet État. Cette autorisation ne doit toutefois pas entraîner, d'une part, un retard dans le déroulement de la procédure européenne et, d'autre part, des frais supplémentaires pour l'Organisation européenne des brevets.

(2) L'agence visée au paragraphe 1 est autorisée, si le demandeur d'un brevet européen le requiert et en supporte les frais, à effectuer une recherche portant sur sa demande de brevet dans la documentation visée au paragraphe 1. Cette autorisation prendra fin lorsque la recherche visée à l'article 92 de la convention aura été étendue afin d'y inclure cette documentation, conformément à la section VI, étant entendu qu'il n'en résultera pas un retard dans le déroulement de la procédure de délivrance des brevets européens.

(3) Le Conseil d'administration peut étendre le bénéfice des autorisations prévues aux paragraphes 1 et 2, dans les conditions prévues auxdits paragraphes, aux services centraux de la propriété industrielle des États contractants qui n'ont pas comme langue officielle l'une des langues officielles de l'Office européen des brevets.

Section VI

La recherche prévue à l'article 92 de la convention est étendue, en principe, pour toutes les demandes de brevet européen, aux brevets et aux demandes de brevet publiées ainsi qu'à d'autres documents pertinents qui ne sont pas compris dans la documentation pour la recherche de l'Office européen des brevets à la date visée à l'article 162, paragraphe 1, de la convention. L'étendue, les conditions et le plan de mise en application de telles extensions sont fixés par le Conseil d'administration sur la base d'études qui doivent porter notamment sur les aspects techniques et financiers.

Section VII

Les dispositions du présent protocole prévalent sur celles de la convention qui s'y opposeraient.

Section VIII

Les décisions du Conseil d'administration prévues dans le présent protocole sont prises à la majorité des trois quarts (article 35, paragraphe 2, de la convention). Les dispositions concernant la pondération des voix (article 36 de la convention) sont applicables.

Protokoll
über die Auslegung des Artikels 69 des Übereinkommens

Protocol
on the Interpretation of Article 69 of the Convention

Protocole
interprétatif de l'article 69 de la Convention

Artikel 69 ist nicht in der Weise auszulegen, daß unter dem Schutzbereich des europäischen Patents der Schutzbereich zu verstehen ist, der sich aus dem genauen Wortlaut der Patentansprüche ergibt, und daß die Beschreibung sowie die Zeichnungen nur zur Behebung etwaiger Unklarheiten in den Patentansprüchen anzuwenden sind. Ebenso wenig ist Artikel 69 dahingehend auszulegen, daß die Patentansprüche lediglich als Richtlinie dienen und der Schutzbereich sich auch auf das erstreckt, was sich dem Fachmann nach Prüfung der Beschreibung und der Zeichnungen als Schutzbegehren des Patentinhabers darstellt. Die Auslegung soll vielmehr zwischen diesen extremen Auffassungen liegen und einen angemessenen Schutz für den Patentinhaber mit ausreichender Rechtssicherheit für Dritte verbinden.

Article 69 should not be interpreted in the sense that the extent of the protection conferred by a European patent is to be understood as that defined by the strict, literal meaning of the wording used in the claims, the description and drawings being employed only for the purpose of resolving an ambiguity found in the claims. Neither should it be interpreted in the sense that the claims serve only as a guideline and that the actual protection conferred may extend to what, from a consideration of the description and drawings by a person skilled in the art, the patentee has contemplated. On the contrary, it is to be interpreted as defining a position between these extremes which combines a fair protection for the patentee with a reasonable degree of certainty for third parties.

L'article 69 ne doit pas être interprété comme signifiant que l'étendue de la protection conférée par le brevet européen est déterminée au sens étroit et littéral du texte des revendications et que la description et les dessins servent uniquement à dissiper les ambiguïtés que pourraient recéler les revendications. Il ne doit pas davantage être interprété comme signifiant que les revendications servent uniquement de ligne directrice et que la protection s'étend également à ce que, de l'avis d'un homme du métier ayant examiné la description et les dessins, le titulaire du brevet a entendu protéger. L'article 69 doit, par contre, être interprété comme définissant entre ces extrêmes une position qui assure à la fois une protection équitable au demandeur et un degré raisonnable de certitude aux tiers.

**Übereinkommen zur Vereinheitlichung
gewisser Begriffe des materiellen Rechts der Erfindungspatente
(Straßburger Patentübereinkommen)**

Die Arbeiten an dem Straßburger Patentübereinkommen wurden von dem Ausschuß der Patentsachverständigen des Europarats im Oktober 1955 begonnen, nachdem sich die ursprünglich geplante weitergehende Vereinheitlichung des Patentwesens innerhalb Europas wegen der zwischen den Mitgliedstaaten bestehenden Unterschiede des materiellen Patentrechts als vorerst undurchführbar erwiesen hatte. Das Übereinkommen ist unter Berücksichtigung der Arbeiten der EWG-Arbeitsgruppe „Patente“ und des gemeinsamen nordischen Patentkomitees ausgearbeitet und im November 1963 schließlich vom Ministerrat des Europarats angenommen worden.

Das Übereinkommen ist in englischer und französischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Eine offizielle deutsche Übersetzung ist von der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der Schweiz gemeinsam erarbeitet worden und soll einheitlich dem nationalen Gesetzgebungsverfahren in diesen 3 Staaten zu Grunde gelegt werden.

Das Übereinkommen ist bisher von elf Mitgliedstaaten des Europarats unterzeichnet worden: Belgien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Schweden und der Schweiz. Ratifiziert wurde das Übereinkommen bisher lediglich von Irland; jedoch sind in Frankreich sowie in den nordischen Staaten Dänemark, Norwegen und Schweden (ebenso in Finnland, das nicht dem Europarat angehört) durch den Erlaß neuer Patentgesetze bereits die innerstaatlichen Voraussetzungen für die Ratifikation geschaffen worden.

Das Übereinkommen ist als erste Stufe einer für später geplanten noch weitergehenden Harmonisierung der Patentgesetzgebungen der Mitgliedstaaten des Europarats zunächst auf eine Vereinheitlichung der wichtigsten Grundbegriffe des materiellen Patentrechts gerichtet. Seine Bestimmungen suchen dies trotz weitgehend unterschiedlicher nationaler Auslegung derselben Begriffe und ohne Gewährleistung einer einheitlichen Interpretation durch ein übergeordnetes Gericht zu erreichen. Um den Abschluß des Übereinkommens überhaupt zu ermöglichen, mußten außerdem Zugeständnisse an nationale Sonderwünsche gemacht und für einzelne Regelungen entweder Alternativlösungen vorgesehen oder Formulierungen gewählt werden, die einen gewissen Auslegungsspielraum lassen.

Das Straßburger Patentübereinkommen hat schon vor seinem Inkrafttreten eine bedeutsame Rolle bei der Vereinheitlichung des europäischen Patent-

rechts gespielt. Die Arbeiten an dem Europäischen Patentübereinkommen sind stets unter Beachtung der Vorschriften des Straßburger Übereinkommens durchgeführt worden, wobei lediglich in den Fragen, in denen das Straßburger Patentübereinkommen einen gewissen Auslegungsspielraum läßt, dieser durch eine Fortentwicklung des Patentrechts auf dem mit dem Straßburger Patentübereinkommen eingeschlagenen Weg ausgefüllt worden ist.

Die grundlegenden Bestimmungen des Straßburger Übereinkommens sind in den ersten 8 Artikeln enthalten.

In den Artikeln 1 bis 7 werden die Voraussetzungen festgelegt, die eine Erfindung erfüllen muß, damit sie Gegenstand eines rechtsgültigen Patents sein kann.

Artikel 8 betrifft den Inhalt des Patents und die Auslegung der Patentansprüche.

Im einzelnen ist zu den Artikeln folgendes zu bemerken:

Zu Artikel 1

Satz 1 enthält ein Patentierungsgebot für Erfindungen, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Diese Voraussetzungen werden im einzelnen in den Artikeln 2 bis 6 definiert. Über eine Definition des Begriffs der Erfindung selbst konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Es ist daher nicht auszuschließen, daß in den einzelnen Vertragsstaaten auch weiterhin unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen werden, was als „Erfindung“ angesehen wird, wenngleich erwartet werden kann, daß die Praxis des Europäischen Patentamts und die wechselseitige Beeinflussung der Rechtsprechung in den Staaten, für die das Übereinkommen in Kraft getreten ist, auch hier im Ergebnis zu einer Harmonisierung der nationalen Auffassungen führen wird.

Satz 2 verpflichtet die Vertragsstaaten, für Erfindungen, die den Erfordernissen des Satzes 1 nicht entsprechen, keine rechtsgültigen Patente zu erteilen oder, falls gleichwohl ein solches Patent erteilt worden ist, dafür zu sorgen, daß dieses Patent für unwirksam erklärt werden kann. Im übrigen bleibt es den Vertragsstaaten unbenommen, Patente für Erfindungen, die den Voraussetzungen des Satzes 1 entsprechen, aus Gründen, die nicht die Patentfähigkeit betreffen, ganz oder teilweise zu versagen, für nichtig zu erklären oder als nichtig zu behandeln, wie z. B. im Fall der Anmeldung durch einen Nichtberechtigten. Unvereinbar mit Satz 2 wäre jedoch die Wiedereinführung der Ausschußfrist für die Erhebung der Nichtigkeitsklage, die zuletzt in § 37 Abs. 3 des Patentgesetzes vom 5. Mai 1936

(Reichsgesetzbl. II S. 151) vorgesehen war und durch § 1 der Verordnung vom 23. Oktober 1941 (Reichsgesetzbl. II S. 372) aufgehoben wurde, da nach Ablauf dieser Ausschußfrist auch Patente, deren Gegenstand nicht den Voraussetzungen des Satzes 1 entspricht, als gültig behandelt werden müßten.

Der in Satz 3 ausgesprochene Grundsatz, daß die Nichtigkeit des Patents auf seinen Anmeldetag zurückwirkt, wird in fast allen Mitgliedstaaten des Europarats von der Rechtsprechung anerkannt, ist aber nur in Österreich gesetzlich fixiert. Unmittelbar betroffen von dieser Regelung sind allein die Niederlande, da sie der Nichtigkeitsklärung des Patents nur für die Zukunft Wirkung beimessen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 gestattet den Vertragsstaaten, in Abweichung von Artikel 1 Satz 1 zwei Patentierungsverbote aufzustellen, ohne diese zwingend vorzuschreiben. Die Aufzählung ist, wie sich aus dem Zusammenhang mit Artikel 1 Satz 1 ergibt, abschließend. Durch diese Regelung sollen die in einigen Mitgliedstaaten bestehenden weiteren Patentierungsverbote beseitigt werden, wobei Artikel 12 eine Übergangsregelung ermöglicht.

Das geltende Recht der Mitgliedstaaten des Europarats sieht außer den nach Artikel 2 zulässigen Patentierungsverboten noch vor: Stoffschutzverbote für Chemikalien, Arzneimittel und Nahrungsmittel in Luxemburg, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz, für Arzneimittel auch in Griechenland und der Türkei, Patentierungsverbote für Erzeugnisse und Herstellungsverfahren bei Arzneimitteln in Italien und bei Nahrungsmitteln in Dänemark. Der Ausschluß chemischer Erzeugnisse von der Patentierung beruht auf der Erwägung, daß der Stoffschutz der Anwendung verbesserter Herstellungsverfahren entgegenstehe und damit die erfinderische Tätigkeit auf diesem Gebiet lähme; in den Staaten, die den Stoffschutz gewähren, hat sich diese Annahme jedoch nicht bestätigt. Der Ausschluß der Arznei- und Nahrungsmittel von der Patentierung wird mit deren besonderer Bedeutung für das Volkswohl und mit der Gefahr der Irreführung des Publikums durch den Hinweis auf Patentschutz begründet. Die vorstehenden Erwägungen rechtfertigen es aber nicht, die auf den betreffenden Gebieten tätigen Erfinder schutzlos zu lassen, da den Interessen der Allgemeinheit auch auf andere Weise Rechnung getragen werden kann. Das Übereinkommen geht davon aus, daß sämtliche Vertragsstaaten Regelungen getroffen haben oder zu treffen in der Lage sind, die es ermöglichen, bei Erfindungen von chemischen Stoffen, Arznei- oder Nahrungsmitteln sowie von Verfahren zu ihrer Herstellung Zwangslizenzen zu erteilen, sofern das öffentliche Interesse eine Einschränkung des Patentschutzes erfordert, und irreführender Werbung mit Patentschutz im Rahmen der Gesetze gegen unlauteren Wettbewerb zu begegnen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat das früher bestehende Stoffschutzverbot für Chemikalien, Arzneimittel und Nahrungsmittel in § 1 Abs. 2 Nr. 2

des Patentgesetzes bereits durch Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzes zur Änderung des Patentgesetzes, des Warenzeichengesetzes und weiterer Gesetze vom 4. September 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 953) aufgehoben und damit insoweit dem Übereinkommen Rechnung getragen.

Das Übereinkommen trifft keine ausdrückliche Bestimmung über die Patentierung von Verfahren zur Heilbehandlung (einschließlich der Diagnose). In den Mitgliedstaaten des Europarats besteht bisher Übereinstimmung darüber, daß solche Verfahren nicht patentfähig sind. An dieser Rechtslage will das Übereinkommen nichts ändern. Die Vertragsstaaten sind daher nicht gehindert, das Patentierungsverbot für Heilverfahren beizubehalten und gesetzlich zu regeln, wie dies in Artikel 52 Abs. 4 des europäischen Patentübereinkommens erfolgt ist und in dem neuen § 2 b Abs. 2 des Patentgesetzes vorgesehen ist.

Buchstabe a gestattet den Vertragsstaaten lediglich, solche Erfindungen von der Patentierung auszuschließen, deren Veröffentlichung oder Verwertung gegen die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten verstoßen würde. Da der Begriff der „öffentlichen Ordnung“ in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich ausgelegt wird, erläutert ihn Halbsatz 2 dahin, daß Gesetze und Verwaltungsvorschriften, welche die Verwertung einer Erfindung verbieten, für sich allein einen solchen Verstoß noch nicht begründen, der Verstoß sich also auf die tragenden Grundsätze der Rechtsordnung beziehen muß.

Der Begriff der „guten Sitten“ läßt als unbestimmter Rechtsbegriff zwar ebenfalls einen beträchtlichen Auslegungsspielraum, der sich näherer Eingrenzung entzieht. Aus Halbsatz 2 ist dabei als Auslegungsregel zu entnehmen, daß das Patentierungsverbot so eng wie möglich zu verstehen ist und daß insbesondere nicht der einfache Gesetzesverstoß bereits als Verstoß gegen die guten Sitten gewertet werden darf.

Buchstabe b gestattet den Vertragsstaaten, Pflanzensorten und Tierarten sowie im wesentlichen biologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen oder Tieren von der Patentierung auszuschließen. Dabei bleibt offen, ob diese überhaupt Gegenstand einer patentfähigen Erfindung im Sinne von Artikel 1 Satz 1 sein können; denn das Übereinkommen vermeidet in diesem Zusammenhang den Gebrauch des Begriffs der „Erfindung“.

Die Pariser Verbandsübereinkunft läßt es nach Artikel 1 Absatz 3 zu, Pflanzen- und Tierzüchtungen als Gegenstand des „gewerblichen Eigentums“ zu betrachten, ohne über die Form dieses Schutzes näheres auszusagen und die Verbandsländer zu seiner Gewährung zu verpflichten. Das von der Bundesrepublik Deutschland durch Gesetz vom 10. Mai 1968 (Bundesgesetzbl. II S. 428) ratifizierte Internationale Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen vom 2. Dezember 1961 läßt in Artikel 2 Absatz 1 für den Schutz von Pflanzenzüchtungen die Wahl zwischen dem Patent und einem besonderen Sortenschutzrecht, wobei aber für ein und dieselbe botanische Gattung oder Art nur eine Form

des Schutzes gewährt werden darf. Mitgliedstaaten des Europarats, die ein besonderes Sortenschutzrecht oder ähnliches Recht für Pflanzenzüchtungen vorsehen (außer der Bundesrepublik Deutschland bis jetzt Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Niederlande und Schweden) müssen daher die Möglichkeit haben, den Patentschutz für Pflanzenzüchtungen für die dem Sortenschutz zugänglichen botanischen Gattungen oder Arten auszuschließen.

Darüber hinaus haben die Vertragsstaaten auch die Möglichkeit, den Patentschutz für Pflanzenzüchtungen generell auszuschließen, wie es der Praxis in einem Teil der Mitgliedstaaten des Europarats entspricht. Für Tierzüchtungen gilt entsprechendes; jedoch existiert für sie bislang kein Sonderrechtsschutz außerhalb des Patentrechts.

Das Übereinkommen bewirkt hinsichtlich der Patentierung von Pflanzen und Tierzüchtungen keine echte Rechtsvereinheitlichung, da es weiterhin den Vertragsstaaten gestattet, Pflanzen- und Tierzüchtungen überhaupt nicht oder nur im Rahmen eines Sonderrechtsschutzes zu schützen.

Buchstabe b Halbsatz 2 stellt klar, daß mikrobiologische Verfahren und deren Erzeugnisse unter das Patentierungsgebot des Artikels 1 Satz 1 fallen. Mikroorganismen, wie z. B. Bakterien, sind zwar weder als Pflanzen noch als Tiere anzusehen, fallen aber wie diese unter den Oberbegriff der „Lebewesen“ und könnten ihnen daher bei Fehlen einer besonderen Regelung patentrechtlich gleichgestellt werden. Eine solche Auslegung soll im Interesse des Patentschutzes für pharmazeutische Erzeugnisse und Verfahren ausgeschlossen werden.

Zu Artikel 3

Diese Bestimmung bezeichnet als „gewerblich anwendbar“ eine Erfindung, deren Gegenstand auf irgendeinem gewerblichen Gebiet einschließlich der Landwirtschaft hergestellt oder benutzt werden kann. Dies entspricht inhaltlich dem geltenden deutschen Recht. Diese Bestimmung ist von besonderer Bedeutung für Dänemark, Großbritannien, Irland und die Niederlande, die landwirtschaftliche Erfindungen bisher von der Patentierung ausgenommen haben. Für deren Einbeziehung in den Patentschutz gewährt Artikel 12 des Übereinkommens eine Übergangszeit von 10 Jahren.

Zu Artikel 4

Diese Bestimmung enthält eine abschließende Definition des Begriffs der Neuheit, der neben das Merkmal der Erfindungshöhe gestellt wird. Praktisch stellt sich der Begriff der Neuheit jedoch nur als ein Hilfsbegriff für die Beurteilung der Erfindungshöhe dar; denn der Stand der Technik als Inbegriff der neuheitsschädlichen Tatsachen gibt den Punkt an, von dem aus die Erfindungshöhe der technischen Lehre zu beurteilen ist. Die Erkenntnis einer Lehre zum technischen Handeln, die nicht neu im Sinne des Artikels 4 ist, kann daher auch keine Erfindungshöhe im Sinne von Artikel 5 haben.

Absatz 1 definiert die Neuheit der technischen Lehre als Voraussetzung ihrer Patentfähigkeit dahin, daß neu ist, was nicht zum „Stand der Technik“ gehört, der in Absatz 2 und 3 näher erläutert ist.

Zur Patentierbarkeit einer technischen Lehre ist demnach nicht deren absolute materielle Neuheit — in dem Sinne, daß die technische Lehre noch von niemandem zuvor erkannt oder angewandt worden ist — erforderlich. Damit schließt das Übereinkommen das Erfinderprinzip, d. h. die Erteilung des Patents ausschließlich an den ersten und wahren Erfinder, wie es in den USA gilt, aus. Das Übereinkommen schließt es ferner aus, Tatsachen, die nicht der Öffentlichkeit zugänglich im Sinne von Absatz 2 sind und auch nicht nach Absatz 3 als Stand der Technik betrachtet werden, als patenthindernd zu behandeln; dies betrifft vor allem den Nichtigkeitsgrund der geheimen Vorbenutzung der Erfindung in Großbritannien. Andererseits sind alle neuheitsschädlichen Tatsachen im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 auch bei der Beurteilung der Erfindungshöhe im Sinne des Artikels 5 zu berücksichtigen.

Absatz 2 gibt eine Legaldefinition des Begriffs des Standes der Technik dahin, daß er alle technischen Lehren umfaßt, die irgendwann vor dem für den Zeitrang der Patentanmeldung maßgeblichen Tag irgendwo auf der Welt in irgendeiner Weise der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind. Diese Definition der Neuheit wird als absoluter formeller Neuheitsbegriff bezeichnet.

Von den Mitgliedstaaten des Europarats wandten Frankreich und Italien schon bisher den absoluten Neuheitsbegriff an, während die anderen den Kreis der neuheitsschädlichen Tatsachen in einer oder mehreren Richtungen einschränken. In gegenständlicher Hinsicht lassen Belgien, Deutschland und Österreich Beschreibungen in anderer als druckschriftlicher Form unberücksichtigt, die Schweiz Beschreibungen in anderer Form als durch Schrift oder Bild. In zeitlicher Hinsicht bleiben Druckschriften in Deutschland unberücksichtigt, wenn sie älter als 100 Jahre, in Großbritannien britische Patentschriften, wenn sie älter als 50 Jahre sind. In räumlicher Hinsicht bleiben Vorgänge im Ausland in Griechenland und Großbritannien überhaupt unberücksichtigt; in den Niederlanden werden sie nur berücksichtigt, wenn sie der inländischen Fachwelt zugänglich sind. Offenkundige Vorbenutzungshandlungen im Ausland bleiben in Belgien, Deutschland, Österreich und der Schweiz unberücksichtigt.

Die Vereinheitlichung des Neuheitsbegriffs erschien nur in der Weise möglich, daß alle diese Schranken, welche die Berücksichtigung einer früheren Bekanntgabe der technischen Lehre ausschließen, beseitigt werden.

Als Formen neuheitsschädlicher Offenbarung werden die schriftliche oder mündliche Beschreibung und die Benutzung ausdrücklich genannt. Der Zusatz „oder in sonstiger Weise“ stellt klar, daß die Aufzählung beispielhaften und nicht abschließenden Charakter trägt. Diese elastische Formulierung gestattet die Einbeziehung auch aller künftigen neuen Kommunikationsmöglichkeiten.

Die Berücksichtigung auch der mündlichen Beschreibung zeigt, daß die Offenbarung der technischen Lehre nicht in irgendeiner Weise vergegenständlicht zu sein braucht. Die gesonderte Erwähnung der ausländischen Anmeldung, deren Priorität gültig beansprucht wird, ist lediglich aus klarstellenden Gründen erfolgt; sie wäre an sich nicht erforderlich, da die Mitgliedstaaten des Europarats zugleich Verbandsländer der Pariser Verbandsübereinkunft sind, deren Artikel 4 das Prioritätsrecht erschöpfend regelt.

Absatz 3 betrifft die Abgrenzung der Erfindung bei der Patentierung gegenüber prioritätsälteren zum Patent angemeldeten Erfindungen, die am Prioritätstag der jüngeren Anmeldung oder später der Öffentlichkeit zugänglich werden. Das Übereinkommen steckt, ohne eine einheitliche Regelung vorzuschreiben, nur den Rahmen ab, innerhalb dessen die Vertragsstaaten diese Abgrenzung vorzunehmen haben. Es sieht in der vorliegenden Bestimmung, die durch Artikel 5 Satz 2 und Artikel 7 ergänzt wird, eine Maximallösung vor, nämlich die Einbeziehung in den Stand der Technik und in Artikel 6 eine Minimallösung, die Identitätsprüfung.

Von den Mitgliedstaaten des Europarats hat Frankreich unter dem Patentgesetz von 1844 den Inhalt prioritätsälterer, nicht vorveröffentlichter inländischer Patente zum Stand der Technik gerechnet, während Belgien und Italien auch den Inhalt prioritätsälterer nicht vorveröffentlichter ausländischer Patente einbeziehen, soweit nicht die Pariser Verbandsübereinkunft entgegensteht, wobei Belgien durch die Erteilung eines Einführungspatents einen Ausgleich gewährt.

Das Übereinkommen gestattet den Vertragsstaaten im Rahmen der Maximallösung nur, den Inhalt prioritätsälterer inländischer Patentanmeldungen oder Patente, die an oder nach dem Prioritätstag der zu beurteilenden Erfindung veröffentlicht werden, also auch europäische Patentanmeldungen und internationale Anmeldungen nach dem Patentzusammenarbeitsvertrag, die in ihren Wirkungen inländischen Anmeldungen gleichgestellt sind, als Stand der Technik zu betrachten. Ausländische Patentanmeldungen oder Patente bleiben dagegen außer Betracht. Berücksichtigt wird jeweils die erste Veröffentlichung der prioritätsälteren technischen Lehre, ob es sich nun — wie in der Bundesrepublik Deutschland — um die Offenlegung einer ungeprüften (§ 24 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 des Patentgesetzes) oder die Bekanntmachung einer vorgeprüften Patentanmeldung (§ 30 des Patentgesetzes) handelt oder — wie in den Staaten mit Registrierungssystem — um die Veröffentlichung des erteilten Patents. Gleichgültig ist auch, ob die Patentanmeldung zu einem gültigen Patent führt bzw. das erteilte Patent gültig ist oder nicht.

Die Möglichkeit der Einbeziehung prioritätsälterer gleichzeitig oder später veröffentlichter inländischer Patentanmeldungen in den Stand der Technik ist vor allem für diejenigen Vertragsstaaten bedeutsam, die — wie bisher die Bundesrepublik Deutschland und die Niederlande — Patente erst nach Prüfung der angemeldeten Erfindung erteilen, diese

Prüfung aber nicht sofort und von Amts wegen, sondern nur auf Grund eines besonderen Antrags durchführen. Bei diesem System der verschobenen Prüfung kann nämlich die den Gegenstand einer jüngeren Anmeldung bildende Erfindung erst dann auf ihre Identität mit dem Gegenstand eines gleichzeitig oder später veröffentlichten prioritätsälteren Patents geprüft werden, wie es das Verbot der Doppelpatentierung erfordert, wenn auch die prioritätsältere Anmeldung auf ihre Patentfähigkeit geprüft ist. Der Inhaber der jüngeren Anmeldung wird damit gezwungen, als Dritter auch für die ältere Anmeldung einen Prüfungsantrag zu stellen, obwohl er an der Erteilung eines Patents für diese kein Interesse hat. Das aber widerspricht dem Zweck der verschobenen Prüfung, die Prüfungsarbeit zwecks Entlastung des Patentamts auf die kleine Zahl wirklich bedeutsamer Erfindungen zu konzentrieren. Die Einbeziehung der älteren Anmeldung in den Stand der Technik ermöglicht dagegen deren Berücksichtigung bei der Prüfung der jüngeren Anmeldung, ohne daß sie erst geprüft werden müßte.

Absatz 4 umschreibt die Fälle, in denen eine Offenbarung der Erfindung im Sinne von Absatz 2 vor ihrer Anmeldung zum Patent nicht als neuheitsschädlich anzusehen ist. Die Vorschrift ist zwingend, wie sich aus den Worten „kann nicht“ ergibt, die Aufzählung der Fälle im Hinblick auf das Patentierungsgebot des Artikels 1 Satz 1 abschließend.

Nach dem geltenden Recht macht die Bundesrepublik Deutschland von allen Mitgliedstaaten des Europarats zugunsten der Anmelder die weitestgehenden Ausnahmen vom Grundsatz der Neuheitsschädlichkeit einer vorzeitigen Offenbarung der Erfindung. Während das Gesetz betreffend den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf Ausstellungen vom 18. März 1904 (Reichsgesetzbl. S. 141) der Zurschaustellung der Erfindung durch den späteren Anmelder oder seinen Rechtsvorgänger auf einer in- oder ausländischen Ausstellung, für die der Bundesminister der Justiz durch Rechtsverordnung Ausstellungsschutz gewährt, die neuheitsschädliche Wirkung nimmt, gewährt das geltende Patentgesetz (§ 2 Satz 2) darüber hinaus Immunität gegenüber jeder auf der Erfindung des Anmelders oder seines Rechtsvorgängers beruhenden Benutzung oder Beschreibung. In sämtlichen Fällen beträgt die Frist, innerhalb derer nach der Offenbarung der Erfindung die Patentanmeldung eingereicht sein muß, 6 Monate. Einen Ausstellungsschutz, bei dem aber bezüglich der anerkannten Ausstellungen und der Frist zur Patentanmeldung Unterschiede bestehen, sehen auch Großbritannien, Irland, Italien, die Niederlande, Österreich und die Schweiz vor; ebenso gewährten ihn die früheren Gesetze Frankreichs und der nordischen Staaten. Großbritannien, Irland und Italien gewähren ferner Immunität bei wissenschaftlichen Veröffentlichungen, denen Italien darüber hinaus prioritätsbegründende Wirkungen beilegt; Frankreich, Großbritannien und Irland schützen schließlich den Erfinder und seinen Rechtsnachfolger noch gegen unbefugte Veröffentlichung der Erfindung durch einen Dritten.

Das Übereinkommen gewährt so wenig Immunität wie möglich, um die Erfinder nicht zur Sorglosig-

keit hinsichtlich der Geheimhaltung ihrer Erfindungen bis zur Anmeldung zu verleiten; da die Immunitäten bislang international nicht allgemein anerkannt sind, nimmt sich der Erfinder durch vorzeitige Offenbarung der Erfindung in vielen Staaten, die solche Offenbarung als neuheitsschädlich werten, die Möglichkeit der Nachanmeldung. Aus diesem Grunde wurde von einer generellen Ausnahme zu Gunsten eigener Vorveröffentlichung durch den Erfinder, wie sie § 2 Satz 2 des deutschen Patentgesetzes gewährt, abgesehen. Für das deutsche Recht soll von dem Vorbehalt des Artikels 12 Absatz 1 Buchstabe b zu Gunsten einer Aufrechterhaltung des Ausstellungsschutzes im bisherigen Umfang für eine Übergangszeit von 5 Jahren aus den genannten Gründen nicht Gebrauch gemacht werden. Dies um so mehr, als ein solcher Schutz für europäische Patentanmeldungen und die darauf erteilten europäischen Patente, die in den Vertragsstaaten die Wirkung nationaler Patente haben, nicht besteht, und es nicht gerechtfertigt erscheint, insoweit Patentanmeldungen im nationalen Erteilungsverfahren anders zu behandeln.

Nach Absatz 4 Buchstabe a ist die vorzeitige Offenbarung nur dann nicht neuheitsschädlich, wenn sie auf einem offensichtlichen Mißbrauch zum Nachteil des späteren Anmelders oder seines Rechtsvorgängers beruht. Der Tatbestand des offensichtlichen Mißbrauchs ist allerdings nicht schon dann erfüllt, wenn ein Dritter die Erfindung ohne wirksame Einwilligung des Erfinders oder seines Rechtsnachfolgers veröffentlicht hat. Vielmehr ist erforderlich, daß der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger alles Erforderliche zur Geheimhaltung der Erfindung getan hatte und daß der Dritte die Kenntnis von der Erfindung in einer Weise erlangt oder an die Öffentlichkeit weitergegeben hat, die eine vertragliche oder gesetzliche Pflicht gegenüber dem Erfinder oder seinem Rechtsnachfolger verletzte.

Absatz 4 Buchstabe b erklärt eine solche Offenbarung der Erfindung für nicht neuheitsschädlich, die darauf beruht, daß der spätere Anmelder oder sein Rechtsvorgänger die Erfindung auf einer amtlichen oder amtlich anerkannten Ausstellung im Sinne des Pariser Übereinkommens über internationale Ausstellungen vom 22. November 1928 (Reichsgesetzbl. 1930 II S. 727) in der Fassung vom 10. Mai 1948 (Bundesgesetzbl. 1956 II S. 2087) zur Schau gestellt hat.

Mit dieser Regelung genügt das Übereinkommen den Mindestanforderungen nach Artikel 11 der Pariser Verbandsübereinkunft. Von einem weitergehenden Ausstellungsschutz wurde abgesehen, weil dessen internationale Anerkennung nicht zu erreichen ist, wie die Beratungen der Konferenz zur Revision der Pariser Verbandsübereinkunft in Lissabon im Jahre 1958 gezeigt haben. Der Ausstellungsschutz kann danach nur noch für Ausstellungen vom Rang der Weltausstellungen gewährt werden.

Zu Artikel 5

Satz 1 definiert die erfinderische Tätigkeit als Merkmal der patentfähigen Erfindung im Sinne von Artikel 1 Satz 1. Die Bestimmung befaßt sich mit

der Frage, welchen technologischen Abstand die gefundene Lehre zum technischen Handeln von dem vorbekannten Stand der Technik im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 haben muß, um als patentfähige Erfindung angesehen werden zu können. Satz 2 bestimmt dagegen, inwieweit dieser Abstand auch gegenüber gleichzeitig oder später veröffentlichten prioritätsälteren inländischen Patentanmeldungen desselben Anmelders oder anderer Anmelder bestehen muß.

Erkenntnisse, die durch den Stand der Technik nahegelegt sind, werden in keinem Mitgliedstaat des Europarats patentiert. Nur die Bezeichnungen, die das Erfordernis des Abstandes gegenüber der vorbekannten Technik zum Ausdruck bringen, und das Maß dieses Abstandes sind verschieden. Die vereinheitlichende Wirkung des Übereinkommens besteht bei dem Merkmal der Erfindungshöhe in erster Linie darin, daß die Vertragsstaaten veranlaßt werden, das Erfordernis des Abstandes gegenüber der vorbekannten Technik unter dem gleichen rechtlichen Gesichtspunkt zu beurteilen. Die Erkenntnis, daß es sich bei den erwähnten Erfordernissen der nationalen Rechte im Grunde um ein und dasselbe Merkmal handelt, wird in den beteiligten Staaten dann allmählich dazu führen, daß auch die Anforderungen, die an diesen Abstand zu stellen sind, einander angenähert werden.

Die erfinderische Tätigkeit wird in Satz 1 dahin definiert, daß die erkannte Lehre zum technischen Handeln als auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhend gilt, wenn sie sich nicht in naheliegender Weise aus dem Stand der Technik ergibt.

Diese Definition entspricht im wesentlichen dem in der deutschen Rechtspraxis verwendeten Begriff der Erfindungshöhe. Diese Definition soll sicherstellen, daß der Allgemeinheit durch den Patentschutz nicht die Möglichkeit zu einer nicht erfinderischen Weiterentwicklung des vorbekannten Standes der Technik im Rahmen durchschnittlichen fachlichen Könnens genommen wird, und daß die Belohnung in Form des Ausschließlichkeitsrechts nur für die Offenbarung solcher technischer Lehren gewährt wird, die auf einer über das durchschnittliche Fachkönnen hinausgehenden geistigen Leistung beruhen.

Bei der Beurteilung der Erfindungshöhe ist der gesamte nach Artikel 4 Absatz 2 neuheitsschädliche Stand der Technik in Betracht zu ziehen, also auch solche Offenbarungen der technischen Lehre, die der inländischen Fachwelt praktisch nicht zugänglich oder in Vergessenheit geraten waren. Die Frage, wie die auf ihre Erfindungshöhe zu beurteilende technische Lehre mit dem Stand der Technik zu vergleichen ist, ob mit jeder einschlägigen früheren Offenbarung einzeln oder mit sämtlichen früheren Offenbarungen in ihrer Gesamtheit, ist offen gelassen worden.

Satz 2 gestattet den Vertragsstaaten, die sich für die Einbeziehung der prioritätsälteren, gleichzeitig oder später veröffentlichten inländischen Patentanmeldungen bzw. Patente in den Stand der Technik entschieden haben, bei der Beurteilung der Erfindungshöhe gegenüber diesem fiktiven Stand der Technik von der in Satz 1 getroffenen Regelung abzuwei-

chen. Da über den Umfang dieser Abweichung zwischen den Vertragsschließenden keine Einigung zu erzielen war, wurde den Vertragsstaaten die nachfolgend aufgeführten Lösungsmöglichkeiten zur Wahl gestellt:

- die Vertragsstaaten können gleichzeitig oder später veröffentlichte prioritätsältere inländische Patentanmeldungen bzw. Patente, sei es desselben Anmelders oder anderer Anmelder, in vollem Umfang in den Stand der Technik einbeziehen, von dem bei der Beurteilung des technologischen Abstandes nach Satz 1 auszugehen ist.
- Die Vertragsstaaten können die Einbeziehung gleichzeitig oder später veröffentlichter prioritätsälterer inländischer Patentanmeldungen bzw. Patente in den Stand der Technik vorsehen, jedoch Patentanmeldungen bzw. Patente desselben Anmelders, zu denen die jüngere Anmeldung in einem Zusatzverhältnis steht, bei der Beurteilung der Erfindungshöhe außer Betracht lassen. In diesem Falle brauchen Zusatzpatente gegenüber dem nicht vorveröffentlichten Hauptpatent keine Erfindungshöhe aufzuweisen.
- Die Vertragsstaaten können die gleichzeitig oder später veröffentlichten prioritätsälteren inländischen Patentanmeldungen bzw. Patente anderer Anmelder bei der Beurteilung der Erfindungshöhe berücksichtigen, ohne sie in die mosaikartige Würdigung des Standes der Technik einzubeziehen. Die angemeldete Erfindung ist dann bei der Beurteilung ihrer Erfindungshöhe jeder älteren Anmeldung bzw. jedem älteren Patent gesondert gegenüber zu stellen.
- Die Vertragsstaaten können schließlich bei der Beurteilung der Erfindungshöhe nach Satz 1 die gleichzeitig oder später veröffentlichten inländischen Patentanmeldung bzw. Patente völlig außer Betracht lassen und sie nur bei der Neuheitsprüfung in den Stand der Technik einbeziehen. Diese Lösung ist in das Europäische Patentübereinkommen (Artikel 56) übernommen und in der Neufassung von § 2 des Patentgesetzes vorgesehen.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung gibt für die Abgrenzung der Erfindung gegenüber prioritätsälteren inländischen Patentanmeldungen bzw. Patenten, die an ihrem Prioritätstag oder später veröffentlicht worden sind, eine Minimallösung für diejenigen Vertragsstaaten, die von der in Artikel 4 Absatz 3 vorgesehenen Möglichkeit der Einbeziehung in den Stand der Technik keinen Gebrauch machen wollen. Diese sind verpflichtet, wenigstens das Verbot der Doppelpatentierung vorzusehen.

Das Verbot der Doppelpatentierung beruht auf der Erwägung, daß durch die zweite Patentanmeldung für die gleiche Erfindung der Allgemeinheit keine die Technik bereichernde Lehre offenbart wird und der zweite Anmelder deshalb nicht die Belohnung durch ein Ausschließungsrecht verdient. Es soll außerdem verhindern, daß die Erfindung über die Laufzeit des älteren Patents hinaus monopolisiert

und der Wettbewerber wegen ein und derselben Handlung von mehreren Patentinhabern angegriffen werden kann. Das Verbot der Doppelpatentierung findet sich in den Patentgesetzen fast aller Mitgliedstaaten des Europarats, die ältere Anmeldungen nicht in den Stand der Technik einbeziehen, so auch in dem bisherigen § 4 Absatz 2 des Patentgesetzes.

Zu Artikel 7

Die Bestimmung trägt der Möglichkeit Rechnung, daß Vertragsstaaten durch Übereinkommen — wie durch das Europäische Patentübereinkommen — gemeinsame Einrichtungen schaffen, bei denen Patentanmeldungen eingereicht werden können und die auf Grund dieser Anmeldungen Patente, sei es ungeprüft oder geprüft, erteilen, die für das Gebiet sämtlicher beteiligter Staaten Wirkung haben. Sollen derartige supranationale Patentanmeldungen auf ihre Schutzfähigkeit geprüft werden, so sind als fiktiver Stand der Technik (Artikel 4 Absatz 3) oder bei der Identitätsprüfung (Artikel 6) entweder nur die bei dem Europäischen Patentamt eingereichten supranationalen oder auch die bei den daneben etwa fortbestehenden nationalen Patentämtern der beteiligten Staaten eingereichten nationalen Patentanmeldungen, die zwar ein früheres Prioritätsdatum haben, aber erst am Tag der Einreichung der supranationalen Anmeldung oder später veröffentlicht sind, bzw. die darauf erteilten Patente in Betracht zu ziehen. Da Artikel 4 Absatz 3 und Artikel 6 auf die Erteilung nationaler Patente zugeschnitten sind, gestattet Artikel 7, die an einem solchen supranationalen Patentabkommen beteiligten Staaten für den Zweck der supranationalen Patentanmeldungen im Rahmen von Artikel 4 Absatz 3 und Artikel 6 als einen einzigen Vertragsstaat zu fingieren. Ob bei der Prüfung der supranationalen Anmeldung nur ältere supranationale Anmeldungen bzw. Patente oder auch die älteren nationalen Anmeldungen bzw. Patente berücksichtigt werden sollen, überläßt das Übereinkommen der Entscheidung der an einem solchen Patentabkommen beteiligten Staaten.

Zu Artikel 8

Die Absätze 1 und 2 regeln die Mindestanforderungen an den Inhalt der Patentanmeldung und bilden damit eine Ergänzung zu dem europäischen Übereinkommen über Formerfordernisse bei Patentanmeldungen vom 11. Dezember 1953 (Bundesgesetzbl. 1954 II S. 1099).

Absatz 1 fordert zunächst eine Beschreibung der Erfindung, die gegebenenfalls durch Zeichnungen zu erläutern ist. In Absatz 2 wird von der Beschreibung verlangt, sie müsse die Erfindung so deutlich und vollständig darlegen, daß ein Fachmann sie danach ausführen kann. Damit wird lediglich geltendes nationales Recht der Mitgliedstaaten des Europarats zum Vertragsrecht erhoben. Die Bestimmung sagt nichts darüber, ob eine Anmeldung diesen Anforderungen von Anfang an genügen muß oder ob sie nachträglich ergänzt werden darf, und gegebenenfalls wie lange, ob bis zur Entscheidung über die Patenterteilung oder nur bis zu einem vor dieser liegenden Zeitpunkt.

Absatz 1 verpflichtet die Vertragsstaaten außerdem, das Erfordernis aufzustellen, daß die Patentanmeldung einen oder mehrere Patentansprüche enthält, die definieren, wofür Patentschutz begehrt wird. Im Hinblick darauf, daß das Übereinkommen über Formerfordernisse die Erfordernisse der Beschreibung abschließend regelt, werden in Absatz 1 die Patentansprüche als selbständiger Teil der Anmeldung und nicht als Bestandteil der Beschreibung behandelt. Die Vorschrift ist die Voraussetzung dafür, daß in Absatz 3 der Schutzzumfang des Patents an Hand der Patentansprüche bestimmt werden kann. Patentansprüche werden bislang in Belgien, Griechenland, Luxemburg und in der Türkei nicht gefordert. Das Übereinkommen bringt insoweit eine gewisse Rechtsvereinheitlichung, auch wenn es über die Gestaltung der Patentansprüche im einzelnen keine Bestimmung trifft. Das geltende deutsche Recht entspricht insoweit dem Übereinkommen (siehe § 26 Absatz 1 des Patentgesetzes).

Absatz 3 definiert den sachlichen Umfang des Schutzes, den die Erfindung auf Grund ihrer Patentierung genießt; die Bestimmung verpflichtet die Vertragsstaaten, eine entsprechende Auslegung der Patente durch die nationalen Zivil- und Strafgerichte in Patentverletzungsstreitigkeiten sicherzustellen.

Bei der Bemessung des Schutzzumfangs stehen sich die Interessen des Patentinhabers einerseits, der Allgemeinheit andererseits gegenüber. Der Patentinhaber ist bestrebt, den Schutzzumfang möglichst weit auszudehnen, um eine Umgehung des Patents auch auf Wegen, die bei der Patentanmeldung noch nicht gesehen wurden, zu verhindern; die Allgemeinheit, hier in erster Linie die Wettbewerber des Patentinhabers, wünscht in der freien Entfaltung ihrer gewerblichen Tätigkeit durch Patente möglichst wenig und nur in möglichst sicher voraussehbarer Weise beschränkt zu werden. Zwischen diesen einander widerstreitenden Interessen muß die Rechtsordnung einen Ausgleich finden.

In den Mitgliedstaaten des Europarats wird die Auslegung des Schutzzumfangs der Patente bislang unterschiedlich gehandhabt. Zur Ausbildung fester Regeln ist es nur in der Bundesrepublik Deutschland gekommen, wobei die Notwendigkeit der gleichzeitigen Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den Patentbehörden im Erteilungs- und Nichtigkeitsverfahren einerseits, den ordentlichen Zivilgerichten im Verletzungsverfahren andererseits eine Rolle spielte. Die deutsche Rechtsprechung faßt den Schutzzumfang des Patents am weitesten, geleitet von dem Bestreben, in erster Linie dem Erfinder einen angemessenen Lohn für die Offenbarung seiner Erfindung zuteil werden zu lassen. Die übrigen Staaten neigen durchweg einer engeren Auslegung des Schutzzumfangs zu, kleinere oder industriell weniger entwickelte Staaten lassen sich dabei auch von dem Gesichtspunkt leiten, daß sich bei ihnen ein hoher Prozentsatz insbesondere der wirtschaftlich bedeutsamen Patente in der Hand von Ausländern befindet.

Nach Satz 1 wird der sachliche Schutzbereich des Patents durch den Inhalt der Patentansprüche be-

stimmt. Beschreibung und etwaige Zeichnungen sind dagegen gemäß Satz 2 nur Hilfsmittel für die Ermittlung des Inhalts der Patentansprüche. Was in Satz 2 unter der Auslegung der Patentansprüche zu verstehen ist, bestimmt das Übereinkommen nicht näher, so daß insoweit die allgemeinen Grundsätze des nationalen Rechts der Vertragsstaaten Anwendung finden. Da aber zu erwarten ist, daß zumindest die Mehrheit der Mitgliedstaaten des Europäischen Patentübereinkommens im Interesse einer Rechtsvereinheitlichung ihr nationales Recht in gleicher Weise wie die Bundesrepublik Deutschland eng an den Wortlaut der entsprechenden Bestimmungen des Europäischen Patentübereinkommens anlehnen wird, so daß auch in diesen Staaten für die Frage der Auslegung der Patentansprüche das Protokoll über die Auslegung des Artikels 69 des Europäischen Patentübereinkommens zu beachten ist, wird Artikel 8 Abs. 3 im Ergebnis doch zu einer echten Rechtsvereinheitlichung führen.

Zu Artikel 9

Absatz 1 sieht in Satz 1 vor, daß das Übereinkommen von den Mitgliedstaaten des Europarats unterzeichnet werden kann.

Satz 3 regelt die Hinterlegung der Ratifikations- oder Annahmeerkunden.

Absatz 2 sieht das Inkrafttreten des Übereinkommens drei Monate nach dem Tag der Hinterlegung der achten Ratifikations- oder Annahmeerkunde für diejenigen Staaten vor, die es bis zu diesem Zeitpunkt ratifiziert oder angenommen haben. Da die damals 6 Mitgliedstaaten der EWG ohnehin eine weitergehende Vereinheitlichung des Patentrechts für ihr Gebiet beabsichtigten, schien eine größere Zahl von Ratifikationen bzw. Annahmen erforderlich, um dem Übereinkommen praktische Bedeutung zu verschaffen.

Absatz 3 regelt das Inkrafttreten für die Staaten, die das Übereinkommen später ratifizieren oder annehmen.

Zu Artikel 10

Die Bestimmung sieht in Absatz 1 vor, daß der Ministerrat des Europarats nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens jeden nicht dem Europarat angehörenden Staat, der der Pariser Verbandsübereinkunft angehört, zum Beitritt einladen kann.

Absatz 2 regelt den Beitritt solcher Staaten.

Zu Artikel 11

Die Bestimmung trägt der Tatsache Rechnung, daß einzelne Mitgliedstaaten des Europarats Hoheitsgebiete außerhalb Europas besitzen oder für solche zu handeln berechtigt sind. Danach kann jeder Vertragsstaat bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde die Hoheitsgebiete bezeichnen, auf die das Übereinkommen Anwendung finden soll (Absatz 1), oder zu diesem Zeitpunkt oder später die Anwendung auf weitere Hoheitsgebiete ausdehnen (Absatz 2) oder eine Ausdehnung nach Absatz 2 im

Wege der Kündigung zurückziehen (Absatz 3). Für die Bundesrepublik Deutschland hat die Bestimmung keine unmittelbare Bedeutung.

Zu Artikel 12

Absatz 1 gestattet den Vertragsstaaten, sich für eine Übergangszeit, die in Absatz 2 geregelt ist und mit dem Inkrafttreten des Übereinkommens für den betreffenden Vertragsstaat beginnt, die Nichtanwendung einzelner, abschließend aufgezählter Bestimmungen des Übereinkommens vorzubehalten. Die Nichtanwendung anderer als der genannten Bestimmungen oder für einen längeren als den vorgesehenen Zeitraum ist also vertragswidrig. Die Vertragsstaaten haben danach die Möglichkeit folgender Vorbehalte:

Nach Buchstabe a können die Vertragsstaaten das Patentierungsverbot für Nahrungs- und Arzneimittel als solche sowie für landwirtschaftliche und gartenbauliche Verfahren, die nicht unter Artikel 2 Buchstabe b fallen, für 10 Jahre beibehalten. Die Patentierung von **Verfahren** zur Herstellung von Nahrungs- oder Arzneimitteln kann also auch nicht für eine Übergangszeit ausgeschlossen werden.

Die Übergangszeit ist doppelt so lang bemessen worden wie im Fall des Buchstabens b, um den Staaten mit Vorprüfungssystem den Aufbau einer Prüfungsorganisation in ihren Patentbehörden für die neu in die Patentierung einzubeziehenden Sachgebiete zu ermöglichen.

Italien und die Schweiz haben einen Vorbehalt nach Buchstabe a) bei der Unterzeichnung gemacht. Für die Bundesrepublik Deutschland kommt ein derartiger Vorbehalt nicht in Betracht, da das Patentgesetz kein einschlägiges Patentierungsverbot mehr vorsieht.

Nach Buchstabe b können die Vertragsstaaten sich für fünf Jahre vorbehalten, die Offenbarung der Erfindung in den letzten 6 Monaten vor der Einrei-

chung der Patentanmeldung auch dann nicht als neuheitsschädlich zu behandeln, wenn die Offenbarung durch den Erfinder selbst und nicht durch Zurschaustellung auf einer amtlichen oder amtlich anerkannten Ausstellung im Sinn des Übereinkommens über internationale Ausstellungen vom 22. November 1928 erfolgt ist, oder wenn die Offenbarung durch einen Dritten erfolgt ist, der seine Kenntnis der Erfindung vom Erfinder herleitet, ohne daß ein offensichtlicher Mißbrauch zu dessen Nachteil begangen wurde. Damit wird die Beibehaltung eines weitergehenden Ausstellungsschutzes für eine Übergangszeit ermöglicht. Für die Bundesrepublik Deutschland soll ein solcher Vorbehalt nicht gemacht werden (vgl. oben zu Artikel 4 Absatz 4).

Absatz 3 betrifft die Rücknahme des Vorbehalts. Satz 1 verpflichtet die Vertragsstaaten, die Übergangszeit nicht voll auszunutzen, sondern den Vorbehalt zurückzunehmen, soweit es die Umstände gestatten. Von der Übergangszeit soll also nur insoweit Gebrauch gemacht werden, als es zur Umstellung des nationalen Rechts und zur Gewöhnung der beteiligten Kreise an die neue Regelung unerlässlich ist, und nicht — dies gilt insbesondere für den Vorbehalt nach Buchstabe a —, um Eigentümlichkeiten des nationalen Rechts im Interesse der davon begünstigten Wirtschaftskreise möglichst lange zu erhalten.

Satz 2 regelt die Formalitäten der Rücknahme des Vorbehalts.

Zu Artikel 13

Nach Absatz 1 soll das Übereinkommen auf unbegrenzte Zeit in Kraft bleiben.

Absatz 2 gestattet jedem Vertragsstaat die Kündigung des Übereinkommens, Absatz 3 regelt deren Wirksamwerden.

Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (Patentzusammenarbeitsvertrag)

A.

Allgemeiner Teil Inhalt und Ziele des Vertrags

I. Einleitung

Der Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (Patentzusammenarbeitsvertrag — PCT—) wurde am 19. Juni 1970 zum Abschluß einer vierwöchigen Diplomatischen Konferenz in Washington zur Unterzeichnung aufgelegt. Mit ihm soll auf weltweiter Ebene den Schwierigkeiten abgeholfen werden, die sich bei der Einreichung und Bearbeitung von Patentanmeldungen zum Schutz der gleichen Erfindung in mehreren Ländern ergeben.

Unterzeichnet haben den Vertrag insgesamt 35 Staaten, darunter sämtliche Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, Japan, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten. Ratifikations- oder Beitrittsurkunden haben bisher lediglich Kamerun, Madagaskar, Malawi, Senegal und die Zentralafrikanische Republik hinterlegt. Der Vertrag ist noch nicht in Kraft getreten.

Anlaß zur Ausarbeitung des Vertrags war die Situation auf dem Patentgebiet seit Ende des Zweiten Weltkrieges. In fast allen Ländern nimmt die Zahl der Patentanmeldungen ständig zu. Dies ist einmal auf eine Intensivierung der erfinderischen Tätigkeit als Folge der stärkeren Industrialisierung zurückzuführen. Die Hauptsache dieses Anstiegs der Zahl der Patentanmeldungen ist aber darin zu sehen, daß infolge der wachsenden internationalen Verflechtung der Märkte in steigendem Umfang Anmeldungen für die gleiche Erfindung in mehreren Ländern eingereicht werden. Ferner geraten die Patentämter, die die eingereichten Patentanmeldungen von Amts wegen auf ihre Neuheit prüfen, nicht nur durch die steigende Zahl der Anmeldungen, sondern auch durch die fortschreitende Verfeinerung und Komplizierung der Technik in Schwierigkeiten. Ein weiteres Problem stellt für diese Prüfungspatentämter das geradezu explosionsartige Anwachsen des technischen Schrifttums dar, das bei der Prüfung von Patentanmeldungen zu berücksichtigen ist. Schließlich läßt sich in den Ländern, in denen die Patentämter bisher Patente ohne Neuheitsprüfung erteilen und die Prüfung im Streitfall den Gerichten überließe, den sogenannten Registrierungs-ländern, eine wachsende Unzufriedenheit mit diesem System feststellen. Es wird in steigendem Maße erkannt, daß ein solches System zu einer starken Rechtsunsicherheit in diesem Land und als Folge hiervon zu einem Wettbewerbsnachteil der eigenen Industrie führt. Angesichts der ohnehin durch das Anwachsen der Zahl der Patentanmel-

dungen und das Ansteigen des technischen Schrifttums bestehenden Schwierigkeiten läßt sich ein Übergang von einem Registrierungssystem zu einem Prüfungssystem nur mit einem erheblichen Aufwand an personellen und sachlichen Mitteln durchführen.

Im Verhältnis der west- und mitteleuropäischen Staaten zueinander wird ein Teil dieser Probleme dadurch gelöst werden, daß ein einheitliches Patenterteilungsverfahren eingeführt werden wird. Das Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente vom 5. Oktober 1973 sieht die Einrichtung eines Europäischen Patentamts vor, das nach Wahl des Patentanmelders europäische Patente mit Wirkung für alle Mitgliedstaaten dieses Übereinkommens erteilen kann. Eine solche Zusammenfassung des gesamten Patenterteilungsverfahrens ist auf weltweiter Ebene nicht möglich. Hier sind die Unterschiede in den Wirtschafts- und Patentsystemen zu groß, um das nationale Patenterteilungsverfahren durch ein internationales System ablösen zu können. Die vollkommene Lösung der Probleme, die in Europa angestrebt wird und auch für andere regionale Bereiche durchführbar ist, wie das Beispiel des bereits seit einigen Jahren bestehenden gemeinsamen Patenterteilungsverfahrens der 13 Mitgliedstaaten der Afrikanisch-madagassischen Union zeigt, läßt sich nicht auf die weltweite Ebene übertragen. Auf der anderen Seite stellen sich auch im internationalen Bereich, also über die regionalen Staatengruppen hinaus, in denen eine Zusammenfassung des gesamten Patenterteilungsverfahrens heute schon möglich ist, die oben aufgezeigten Probleme. Insbesondere ist auch im internationalen Bereich ein ständiges Wachsen der Patentanmeldungen für ein und dieselbe Erfindung festzustellen. Die Weltorganisation für geistiges Eigentum in Genf hat es deshalb als ihre Aufgabe angesehen, ein weltweites internationales Übereinkommen auszuarbeiten, das die Anmeldung ein und derselben Erfindung zum Patent in mehreren Staaten im internationalen Bereich erleichtert. Sie mußte versuchen, dieses Ziel mit bescheideneren Mitteln zu erreichen, als sie regionalen Staatengruppierungen zur Verfügung stehen.

II. Ziele des Vertrags

Der Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens will zunächst und in erster Linie die Patentsucher wie die Patentämter, soweit dies auf weltweiter Ebene möglich ist, von der Doppelarbeit entlasten, die zur Zeit geleistet werden muß, wenn die gleiche Erfindung in mehreren Staaten zum Patent angemeldet wird. Die Kosten, die dem Patentsucher und mittelbar

der gesamten gewerblichen Wirtschaft durch diese Doppelarbeit entstehen, sind sehr hoch. Der Patentsucher muß in jedem Staat eine gesonderte Patentanmeldung in der jeweiligen Landessprache einreichen. Er muß die unterschiedlichen Anforderungen der nationalen Patentgesetze, die zum Teil erheblich voneinander abweichen, beachten. In den meisten Fällen ist es unumgänglich, schon mit der Einreichung der Patentanmeldung einen Patentanwalt oder sonstigen beruflichen Vertreter in jedem einzelnen Land zu beauftragen. Die hohen Kosten, die sich hieraus ergeben, führen vielfach dazu, daß auf Patentschutz für eine Erfindung in zahlreichen Staaten verzichtet werden muß und der Erfinder somit in einem Teil der Welt um die Früchte seiner Leistung gebracht wird. Der Situation für die Patentsucher entspricht die Doppelarbeit — oder besser gesagt — Mehrfacharbeit der Patentämter, die die gleiche Erfindung parallel zueinander unter im wesentlichen gleichen formellen und — soweit es sich um Prüfungspatentämter handelt — sachlichen Gesichtspunkten überprüfen. Solange die Zeit nicht für die Einführung eines Weltpatentsystems und die Schaffung eines Weltpatentamts reif ist, wird sich diese Doppelarbeit auf weltweiter Ebene nicht vollständig vermeiden lassen. Der Vertrag versucht jedoch, sie einzuschränken und vor allem Patentsucher und Patentämter in der kritischen Anfangsphase der Bearbeitung von Patentanmeldungen von unnötiger Parallelarbeit zu entlasten. Daneben verfolgt der Vertrag das Ziel, die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, daß in den Mitgliedstaaten möglichst sichere Patente erteilt werden, und zwar auch in Ländern, deren Ämter nicht die Möglichkeit einer umfassenden Recherche und Prüfung haben. Ein weiteres Ziel ist schließlich die Verbesserung der Information und der technischen Hilfe für die dem Vertrag angehörenden Entwicklungsländer.

Die Ersparung von Mehrfacharbeit für den Patentanmelder wird in erster Linie dadurch erreicht, daß der Vertrag ihm die Möglichkeit gibt, bei einem Amt in einer Sprache und für eine einheitliche Gebühr eine internationale Anmeldung einzureichen, die in allen Mitgliedstaaten, die der Anmelder bestimmt, die Wirkung einer nationalen Anmeldung hat, und die in ihrem Anfangsstadium mindestens während der ersten 20 Monate zentral bearbeitet wird. Erst nach diesem Anfangsstadium geht die Anmeldung in die nationale Phase über. Sie ist in diesem Stadium bereits darauf überprüft, ob sie den in dem Vertrag vorgesehenen Anforderungen an die äußere Form genügt. Außerdem ist ihr im Regelfall ein Bericht über den einschlägigen Stand der Technik, der von einer zentralen Stelle ausgearbeitet worden ist, und in vielen Fällen sogar ein vorläufiger Prüfungsbericht beigelegt. Hierdurch wird die Arbeit der Prüfungspatentämter in der nationalen Phase wenn schon nicht unnötig gemacht, so doch erheblich erleichtert.

Die Wahrscheinlichkeit, daß auf Anmeldungen, die nach dem Vertrag eingereicht werden, in größerem Maße sichere Patente erteilt werden, ergibt sich daraus, daß bereits in der internationalen Phase in jedem Fall ein internationaler Recherchenbericht

und in vielen Fällen sogar ein internationaler vorläufiger Prüfungsbericht erstellt wird. Mit der Aufgabe, diese Berichte zu erstellen, werden besondere Behörden beauftragt, die für diese Aufgabe besonders geeignet sind und deren Tätigkeit nach dem Vertrag koordiniert und, je länger der Vertrag in Kraft ist, durch die Erfahrung bei der Bearbeitung internationaler Anmeldungen ständig verbessert wird.

Die schnellere und weitere Verbreitung neuer Erfindungen wird dadurch gewährleistet, daß nach dem Vertrag eine internationale Veröffentlichung der Anmeldungen in einem internationalen Patentblatt erfolgt. Der Veröffentlichung werden jeweils eine Zusammenfassung und der internationale Recherchenbericht beigelegt. Die Öffentlichkeit wird somit nicht nur über Vorliegen und Inhalt der Patentanmeldung erstmalig in einem weltweiten Veröffentlichungsorgan unterrichtet; ihr wird die angemeldete Erfindung darüber hinaus in einer Zusammenfassung, die immer auch in englischer Sprache erfolgt, verständlich gemacht, und es wird durch den internationalen Recherchenbericht der einschlägige Stand der Technik angegeben.

Diese schnelle Verbreitung neuer Erfindungen ist von besonderem Interesse für die Entwicklungsländer. Diese sind einerseits besonders interessiert, über neue technologische Entwicklungen unterrichtet zu werden. Auf der anderen Seite verfügen sie nicht in gleichem Umfang wie die Industrieländer über Möglichkeiten, diesem Informationsbedürfnis zu genügen. Der Vertrag sieht darüber hinaus die Einrichtung von Informationsdiensten für die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer und Hilfe für Entwicklungsländer beim Aufbau eines eigenen Patentsystems auf nationaler oder regionaler Basis vor. Es ist auf diese besonderen Aspekte für die Entwicklungsländer zurückzuführen, daß die ersten Staaten, die ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunde zu dem Vertrag hinterlegt haben, Entwicklungsländer waren. Die Entwicklungsländer selbst sehen somit in dem Vertrag ein Instrument, die Vorteile des Patentsystems für ihre Entwicklungspolitik nutzbar zu machen.

III. Überblick über den Inhalt des Vertrags

Der Vertrag besteht aus zwei Stufen. Die erste Stufe umfaßt die internationale Anmeldung, die internationale Recherche und die Veröffentlichung der internationalen Anmeldung. Die zweite Stufe sieht die internationale vorläufige Prüfung vor.

Grundlage des gesamten nach dem Vertrag vorgesehenen internationalen Verfahrens ist die Einreichung einer internationalen Patentanmeldung in einer Sprache bei einem Amt, dem sogenannten Anmeldeamt. Anmeldeamt ist in der Regel das nationale Patentamt des Staates, in dem der Anmelder seinen Wohnsitz oder Sitz hat oder dessen Staatsangehörigkeit er besitzt. Anmeldeamt kann auch ein regionales Patentamt wie beispielsweise das Europäische Patentamt sein. Die Anmeldung muß in ihrer Form und in ihrem Inhalt den Vorschriften des Vertrags und seiner Ausführungsordnung genügen. Die Einhaltung dieser Formvorschriften ist

allerdings auch für alle Vertragsstaaten ausreichend. Kein Vertragsstaat kann für die Anmeldung die Beachtung weitergehender Formvorschriften verlangen.

Das Anmeldeamt überprüft die Anmeldung auf formelle Mängel. Es übersendet ein Exemplar der Anmeldung dem Internationalen Büro der Weltorganisation für geistiges Eigentum zu Zwecken der Protokollierung sowie ein weiteres Exemplar unmittelbar an die zuständige Recherchenbehörde, die ermittelt, welche Druckschriften für die Beurteilung der Neuheit und der Erfindungshöhe der Anmeldung in Betracht zu ziehen sind. Die internationale Recherchenbehörde wird von der Versammlung des PCT-Verbands, also von den Vertretern der an dem Vertrag beteiligten Staaten, eingesetzt. Es wird sich um ein erfahrenes nationales oder regionales Patentamt handeln. Bei Abschluß des Vertrags war davon ausgegangen worden, daß die nationalen Patentämter in Moskau, München, Tokio und Washington und das Internationale Patentinstitut in Den Haag mit dieser Aufgabe betraut würden. Es war als Fernziel angesehen worden, die internationale Recherche überhaupt bei dem Internationalen Patentinstitut in Den Haag zu zentralisieren. Nachdem die europäischen Staaten beschlossen haben, das Internationale Patentinstitut in das Europäische Patentamt einzugliedern und nachdem die Mehrzahl der Mitgliedstaaten des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente zugunsten des Europäischen Patentamts darauf verzichtet hat, die Funktion von Recherchenbehörden im Rahmen des Vertrags zu übernehmen, kommt als Recherchenbehörde neben den nationalen Patentämtern in Moskau, Tokio und Washington das Europäische Patentamt in Betracht. Ferner wird das schwedische Patentamt diese Funktion für Anmeldungen aus Schweden und aus angrenzenden Ländern übernehmen.

Die Recherche wird in einem internationalen Recherchenbericht niedergelegt, der im wesentlichen aus einer Liste von Entgegenhaltungen besteht. Sofern dies vom Anmelder gewünscht wird, werden auch Kopien der entgegengehaltenen Dokumente übermittelt. Der Anmelder kann sich zu diesem Zeitpunkt, in dem ihm noch keine weiteren Unkosten als die für eine einzige Anmeldung entstanden sind, entscheiden, ob er die Anmeldung aufrechterhält und ob er sie gegebenenfalls noch ändert. Sodann wird die internationale Anmeldung zusammen mit dem Recherchenbericht vom Internationalen Büro den Patentämtern aller vom Anmelder bestimmten Staaten übermittelt. Unabhängig hiervon, aber in der Regel gleichzeitig und spätestens 18 Monate nach dem Prioritätstag, wird die internationale Anmeldung vom Internationalen Büro mit dem internationalen Recherchenbericht und der Zusammenfassung veröffentlicht.

Mit der Mitteilung der internationalen Anmeldung an die vom Anmelder bestimmten Staaten und der Veröffentlichung der Anmeldung ist das internationale Verfahren der ersten Stufe abgeschlossen. Das Verfahren geht auf die nationalen Patentämter über, denen der Anmelder spätestens 20 Monate

nach dem Prioritätstag die nationalen Gebühren entrichten und eine Übersetzung der Anmeldung einreichen muß, sofern das nationale Patentrecht in dem jeweiligen Staat dies fordert. In den Ländern, die von Amts wegen jede internationale Anmeldung ohne einen besonderen Antrag auf Neuheit und Erfindungshöhe prüfen, beginnt zu diesem Zeitpunkt das Prüfungsverfahren auf der Grundlage der internationalen Anmeldung und des ihm beigefügten internationalen Recherchenberichts. In den Patentämtern, in denen die Prüfung erst auf besonderen Antrag durchgeführt wird (Deutsches Patentamt, Niederländisches Patentamt), beginnt die nationale Prüfung erst, wenn ein Prüfungsantrag eingereicht worden ist. In den Registrierungsämtern erfolgt zu diesem Zeitpunkt die Erteilung des Patents.

Der Anmelder kann bei der Benennung von Staaten, die einem regionalen Patentsystem angehören, bestimmen, daß ihm für diese Staaten nicht ein nationales Patent, sondern ein regionales Patent erteilt wird. Er kann beispielsweise beantragen, daß ihm für die Mitgliedstaaten des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente vom 5. Oktober 1973 ein europäisches Patent erteilt wird. Das Europäische Patentamt hat in einem solchen Falle im Rahmen des PCT die gleiche Stellung wie ein nationales Patentamt.

Der Vertrag enthält keine Bestimmungen für die nationale Phase, überläßt diese somit dem nationalen Recht. Es wird lediglich vorgeschrieben, daß eine nationale Behandlung der Anmeldung nicht vor dem 20. Monat nach dem Prioritätstag beginnen kann und daß der Anmelder die Möglichkeit erhalten muß, die internationale Anmeldung in jedem Staat zu ändern. Auch ist vorgeschrieben, daß kein Staat strengere formelle Anforderungen an die internationale Anmeldung im Anmeldungsstadium stellen kann. Er kann jedoch die Vorlage von Nachweisen im Erteilungsverfahren fordern.

Die zweite Stufe des internationalen Verfahrens sieht die vorläufige internationale Prüfung vor. Diese zweite Stufe ist in zweierlei Hinsicht fakultativ. Einmal können die Vertragsstaaten die zweite Stufe durch Erklärung eines Vorbehalts ausschließen. Tun sie dies nicht, so hat gleichwohl jeder Anmelder die Wahl, ob er die internationale vorläufige Prüfung durchführen lassen möchte oder nicht. In der Regel kann der Antrag auf Durchführung der vorläufigen internationalen Prüfung nur von Personen gestellt werden, die ihren Sitz oder Wohnsitz in einem Staat haben, der diese Stufe nicht durch einen Vorbehalt ausgeschlossen hat oder die Staatsangehörigkeit eines solchen Staates besitzt. Die zweite Stufe kann auch nur mit Wirkung für solche Staaten durchgeführt werden, die diese Stufe nicht durch einen Vorbehalt ausgeschlossen haben. Diese Staaten werden als ausgewählte Staaten bezeichnet.

Die zweite Stufe besteht darin, daß im Anschluß an die internationale Recherche von bestimmten internationalen Prüfungsbehörden zu jeder Anmeldung ein vorläufiger internationaler Prüfungsbericht erstellt wird. Auch für diese Aufgabe werden größere nationale Patentämter oder regionale Pa-

tentämter eingesetzt werden. Die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde untersucht, ob die angemeldete Erfindung nach den im Vertrag festgelegten Kriterien neu ist, Erfindungshöhe besitzt und gewerblich anwendbar ist. Die Ergebnisse dieser Untersuchung, die im wesentlichen der Prüfung einer Patentanmeldung durch ein nationales Patentamt entspricht, werden in einem internationalen vorläufigen Prüfungsbericht niedergelegt. Diesem internationalen vorläufigen Prüfungsbericht kommt für das anschließende nationale Verfahren allerdings nur die Bedeutung eines in keiner Weise bindenden Gutachtens zu. Gleichwohl wird der Prüfungsbericht aber doch wohl eine bedeutsame Autoritätswirkung haben und insbesondere in Ländern ohne eigenes Prüfungsverfahren maßgeblichen Einfluß auf das Erteilungsverfahren ausüben. Der Prüfungsbericht wird den Patentämtern der Staaten mitgeteilt, die der Anmelder für die zweite Stufe ausgewählt hat. Wird die zweite Stufe durchgeführt, so hat der Anmelder, falls die einzelnen Staaten dies nicht im Wege eines Vorbehalts ausschließen, die Möglichkeit, mit der Zahlung der nationalen Gebühr und der Übermittlung der Übersetzungen 25 Monate (und nicht 20 Monate wie in der ersten Stufe) nach dem Prioritätstag zu warten. Er hat also mehr Zeit zu überlegen, ob und in welchen Staaten es sich lohnt, für seine Erfindung Schutz zu begehren und das kostspielige nationale Erteilungsverfahren durchzuführen. Als Grundlage für diese Entscheidung stehen ihm zusätzlich zu dem internationalen Recherchenbericht noch der vorläufige internationale Prüfungsbericht zur Verfügung, der deshalb eine bessere Entscheidungsgrundlage bietet, weil er bereits eine Bewertung der Erfindung enthält.

Die Mitgliedstaaten des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente haben in dem Protokoll über die Zentralisierung des europäischen Patentsystems und seine Einführung (Zentralisierungsprotokoll) unter bestimmten Voraussetzungen zugunsten des Europäischen Patentamts darauf verzichtet, daß ihre nationalen Patentämter die Funktion einer Internationalen Recherchenbehörde oder einer mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde nach dem PCT übernehmen. Nicht verzichtet haben die Staaten auf die Übernahme der Funktion als internationale Anmeldeamt. Für die Funktion als Internationale Recherchenbehörde ist der Verzicht in Abschnitt I Absatz 2 des Zentralisierungsprotokolls niedergelegt. Er gilt für die Zeit nach dem Zeitpunkt, zu dem das Europäische Patentamt nach der Bestimmung des Verwaltungsrats der Europäischen Patentorganisation europäische Patentanmeldungen entgegennimmt. Ausgeschlossen von dem Verzicht sind die Patentämter der Vertragsstaaten des Übereinkommens, deren Amtssprache nicht eine der Amtssprachen des Europäischen Patentamts ist. Auf absehbare Zeit wird diese Ausnahme nur für das schwedische Patentamt von Bedeutung sein. Ein solches Amt muß sich allerdings verpflichten, die Tätigkeit auf Personen zu beschränken, die entweder in diesem Staat oder in einem Nachbarstaat ihren Sitz oder Wohnsitz haben oder die Staatsangehörigkeit eines sol-

chen Staates besitzen. Für die Funktion als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde ist der Verzicht in Abschnitt II des Zentralisierungsprotokolls enthalten. Der Verzicht wird allerdings nur in dem Umfang wirksam, in dem das Europäische Patentamt die Prüfung europäischer Patentanmeldungen durchführen kann. Von dem Verzicht sind wiederum die Patentämter der Vertragsstaaten ausgenommen, deren Amtssprache nicht eine der Amtssprachen des Europäischen Patentamts ist. Außerdem sind von dem Verzicht die nationalen Patentämter ausgenommen, die während einer Übergangszeit nach Abschnitt IV des Zentralisierungsprotokolls Prüfungsaufgaben für das Europäische Patentamt übernehmen; diese Ausnahme gilt allerdings nur für die besagte Übergangszeit.

IV. Die Sprachenregelung

1. Die internationale Anmeldung

Die internationale Anmeldung ist in einer Sprache abzufassen, in der die Internationale Recherchenbehörde die Anmeldung bearbeiten kann. Welche Internationale Recherchenbehörde für eine einzelne Anmeldung zuständig ist, bestimmt das Anmeldeamt. Die Mitgliedstaaten des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente mit Ausnahme Schwedens werden nach dem Zentralisierungsprotokoll das Europäische Patentamt mit der Aufgabe betrauen, als Internationale Recherchenbehörde tätig zu werden. Amtssprachen des Europäischen Patentamts sind Deutsch, Englisch und Französisch. Internationale Anmeldungen nach dem PCT werden somit jedenfalls in diesen Sprachen eingereicht werden können. Möglich ist auch, daß das Europäische Patentamt auch internationale Anmeldungen bearbeitet, die in einer anderen Sprache eingereicht worden sind. Dies setzt voraus, daß es sich um eine Sprache handelt, in der die Zweigstelle Den Haag des Europäischen Patentamts Recherchen durchführen kann, und daß ein Vertragsstaat des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente oder ein Drittstaat mit dem Europäischen Patentamt eine entsprechende Vereinbarung trifft. Das schwedische Patentamt wird internationale Anmeldungen in schwedischer Sprache entgegennehmen, da das eigene Patentamt als Internationale Recherchenbehörde tätig werden wird.

Beim japanischen, russischen und US-Patentamt werden internationale Anmeldungen in japanischer, russischer und englischer Sprache eingereicht werden können.

2. Die Veröffentlichung der internationalen Anmeldung

Die Veröffentlichung der internationalen Anmeldung erfolgt in englischer, französischer, deutscher, japanischer oder russischer Sprache. Ist die Anmeldung in einer anderen Sprache eingereicht worden, so wird sie unter der Verantwortung der zuständigen Internationalen Recherchenbehörde übersetzt und in englischer Sprache veröffentlicht. Wird die inter-

nationale Anmeldung in französischer, deutscher, japanischer oder russischer Sprache veröffentlicht, so werden die Zusammenfassung und der internationale Recherchenbericht in zwei Sprachen veröffentlicht, in der Sprache der internationalen Anmeldung und in englischer Sprache. Die internationale Anmeldung, die Zusammenfassung und der internationale Recherchenbericht bilden die internationale Veröffentlichung. Daneben erscheint ein Hinweis im Blatt des Internationalen Büros. Der Hinweis enthält die Angaben im Kopfbogen der internationalen Veröffentlichung und die Zusammenfassung. Das Blatt erscheint mindestens in englischer oder französischer Sprache. Daneben werden Ausgaben in den Sprachen herausgegeben, für die die Selbstkosten durch Subskriptionen oder nationale Subventionen getragen werden. Es ist anzunehmen, daß Ausgaben in deutscher, japanischer, russischer und wahrscheinlich auch in spanischer Sprache erscheinen.

3. Der internationale Recherchenbericht und der internationale vorläufige Prüfungsbericht

Beide Berichte werden in der Sprache abgefaßt, in der die internationale Anmeldung zu veröffentlichen ist. Der internationale Recherchenbericht wird, wenn er nicht bereits in englischer Sprache abgefaßt ist, unter Verantwortung des Internationalen Büros in die englische Sprache übersetzt, der internationale vorläufige Prüfungsbericht auch in bestimmte weitere Sprachen, wenn ein ausgewähltes Amt es verlangt, nämlich in die deutsche, die englische, die französische, die japanische, die russische und die spanische Sprache.

4. Übersetzungen für die nationale Phase

Die Übersetzungen der internationalen Anmeldung, die den nationalen Patentämtern nach 20 oder 25 Monaten nach dem Prioritätstag zuzuleiten sind, hat der Anmelder in eigener Verantwortung zu erstellen.

5. Übersetzungen in andere Sprachen

Das Internationale Büro kann von den nationalen Patentämtern Zweitschriften der Übersetzungen der internationalen Anmeldung verlangen, die von dem Anmelder bei diesen nationalen Ämtern eingereicht worden sind. Das Internationale Büro stellt Doppel dieser Übersetzungen jedem Dritten gegen Bezahlung zur Verfügung.

V. Gebühren

Im Verfahren nach dem Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens werden folgende Gebühren erhoben:

1. Die internationale Gebühr

Für die Entgegennahme einer internationalen Anmeldung wird zunächst die internationale Gebühr erhoben, die die Ausgaben des Internationalen Büros decken soll. An solchen Ausgaben entstehen die Kosten für die Vorbereitung der Exemplare für

die vom Anmelder bestimmten Ämter, die Kosten der Veröffentlichung und die Kosten der Übersetzung der Zusammenfassung der Anmeldung und, soweit erforderlich, des internationalen Recherchenberichts. Der Betrag der Gebühr hängt von der Zahl der vom Anmelder bestimmten Staaten ab und erhöht sich, wenn die internationale Anmeldung mehr als 30 Blätter umfaßt.

Im einzelnen besteht die internationale Gebühr aus zwei Teilen, der Grundgebühr und der Bestimmungsgebühr, die für jeden einzelnen vom Anmelder bestimmten Staat zu zahlen ist. Allerdings ermäßigt sich die Bestimmungsgebühr auf eine einzelne Gebühr für jede Gruppe von Vertragsstaaten, für die um das gleiche regionale Patent nachgesucht wird. So ist beispielsweise nur eine Bestimmungsgebühr zu zahlen, wenn der Anmelder um die Erteilung eines europäischen Patents für die Mitgliedstaaten des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente vom 5. Oktober 1973 nachsucht. Die Grundgebühr ist mit dem Eingang der internationalen Anmeldung fällig, jedoch kann das Anmeldeamt dem Anmelder einen späteren Zahlungstermin bis zu einem Monat nach Eingang der internationalen Anmeldung einräumen. Die Bestimmungsgebühr muß vor Ablauf eines Jahres seit dem Prioritätsdatum gezahlt werden.

Die Einzelheiten sind in Regel 15 der Ausführungsordnung zum Vertrag festgelegt. Dort ist auch die Höhe der Gebühren bestimmt, die jedoch schon mit Rücksicht auf die Änderungen des internationalen Währungsgefüges nach Inkrafttreten des Vertrags der Entwicklung angepaßt werden müssen.

2. Die Übermittlungsgebühr

Das Anmeldeamt kann gleichzeitig mit der Erhebung der internationalen Gebühr für seine eigenen Unkosten eine Übermittlungsgebühr erheben, deren Höhe es selbst festsetzt.

3. Die Recherchegebühr

Die Internationale Recherchenbehörde kann eine Recherchegebühr für die eigene Tätigkeit erheben. Diese internationale Recherchegebühr wird die höchste Gebühr im Verfahren sein, weil die internationale Recherche den kostspieligsten Verfahrensabschnitt darstellt. Die Höhe dieser Gebühr wird von der Internationalen Recherchenbehörde festgelegt.

4. Die Bearbeitungsgebühr

In der fakultativen zweiten Stufe des internationalen Verfahrens wird eine Bearbeitungsgebühr erhoben, die die Unkosten des Internationalen Büros decken soll. Diese Unkosten entstehen durch die Vorbereitung von Exemplaren und Übersetzungen des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts vor der Übersendung des Berichts an die nationalen Ämter. Die Höhe dieser Bearbeitungsgebühr hängt davon ab, wieviele Übersetzungen anzufertigen sind. Ein bestimmter Grundbetrag ist zu zahlen, wenn eine Übersetzung nicht erforderlich ist. Die Gebühr erhöht sich um den gleichen Betrag für jede zusätzliche Sprache.

5. Die Gebühr für die internationale vorläufige Prüfung

Jede mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde kann und wird eine Gebühr für die internationale vorläufige Prüfung erheben. Für die Höhe der von den nationalen Ämtern erhobenen nationalen Gebühren enthält der Vertrag keine Vorschrift. Er sieht weder eine Ermäßigung der nationalen Anmeldegebühr noch der nationalen Recherchegebühr oder Prüfungsgebühr vor, obwohl die Vertragsstaaten durch das vorgeschaltete internationale Verfahren eigene Aufwendungen einsparen. Es wird davon ausgegangen, daß die Vertragsstaaten jedenfalls dann, wenn sich das internationale Verfahren einspielt und größere Einsparungen an eigenen Aufwendungen entstehen, den internationalen Anmeldern Gebührenermäßigungen zukommen lassen werden.

VI. Recherchen internationaler Art

Das nationale Recht jedes Vertragsstaats kann vorsehen, daß Anmelder von der zuständigen Internationalen Recherchenbehörde auch für nationale Patentanmeldungen Recherchenberichte erhalten können, die den für internationale Anmeldungen erstellten Recherchenberichten entsprechen. Der Sinn eines solchen Verfahrens ist es, dem Anmelder auf der Grundlage einer nationalen Patentanmeldung die Beurteilung zu ermöglichen, ob es sich lohnt, noch während der einjährigen Prioritätsfrist nach der Pariser Verbandsübereinkunft eine internationale Anmeldung einzureichen.

Das nationale Recht eines jeden Vertragsstaats kann ferner vorsehen, daß jede nationale Anmeldung, die bei diesem Amt eingereicht wird, einer Recherche internationaler Art unterworfen wird. Damit entfällt jeder Anreiz, auf nationale Anmeldungen zur Vermeidung des „Filtereffekts“ des PCT auszuweichen.

In beiden Fällen muß die Internationale Recherchenbehörde soweit wie möglich die Ergebnisse der Recherche internationaler Art bei der Erstellung des Recherchenberichts für eine nachgeschaltete internationale Anmeldung berücksichtigen und in dem Umfang, wie sie eigene Einsparungen gemacht hat, die Gebühr für die spätere internationale Recherche dem Anmelder zurückerstatten.

Für das deutsche Recht ist nicht beabsichtigt, die Recherche internationaler Art vorzusehen oder zuzulassen. Hierfür besteht kein Bedürfnis, weil das Deutsche Patentamt die personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine der internationalen Recherche qualitätsgleiche eigene Recherche erfüllt und der Anmelder nach § 28 a des Patentgesetzes eine isolierte Recherche beantragen kann.

VII. Vorteile des Vertrags

1. Vorteile für den Anmelder

Für den Anmelder, der um Patentschutz in mehreren Mitgliedstaaten des Vertrags nachsucht, bietet das Verfahren erhebliche Vorteile. Statt zahlreicher An-

meldungen, bei denen unterschiedliche Vorschriften über Form und Aufbau der Anmeldung zu berücksichtigen sind, braucht er zunächst nur, d. h. jedenfalls für die ersten 20 Monate nach dem Prioritätsdatum, eine einzige Anmeldung in einer Sprache einzureichen. Er hat hierbei lediglich die internationalen Anmeldebestimmungen zu beachten und ist sicher, daß auch im späteren Verfahren vor den nationalen Ämtern keine weitergehenden Anforderungen an die Form der Anmeldung gestellt werden können.

Das internationale Anmeldedatum ist verbindlich für alle Vertragsstaaten, die der Anmelder als Bestimmungsländer für die internationale Anmeldung benannt hat. Die formale Vorprüfung wird zentral durchgeführt. Die nationalen Ämter können lediglich im späteren Verfahren die Nichtbeachtung internationaler Anmeldebestimmungen beanstanden, wenn etwa eine Beanstandung von Formverstößen durch das Anmeldeamt unterblieben ist. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß sie von dieser Möglichkeit nur in seltenen Ausnahmefällen Gebrauch machen werden. Im allgemeinen wird der Anmelder nach Abschluß der Vorprüfung durch das Anmeldeamt darauf vertrauen können, daß er sich über Fragen der Form und des Aufbaus der Anmeldung nicht mehr mit anderen Ämtern auseinanderzusetzen braucht.

Auch der erste Abschnitt des Prüfungsverfahrens, die Recherche zum Stand der Technik, ist bei einer Stelle konzentriert. Diese Stelle ist zwar nicht für alle internationalen Anmeldungen die gleiche. Die Internationalen Recherchenbehörden werden jedoch ihre Arbeit so weitgehend koordinieren, daß die von ihnen durchgeführten Recherchen das gleiche Niveau haben. Der Anmelder erhält somit durch den internationalen Recherchenbericht für alle nationalen Prüfungsverfahren, die später durchgeführt werden, eine einheitliche Grundlage. Er kann anhand des internationalen Recherchenberichts in der Regel noch zu einer Zeit, zu der ihm noch keine weiteren Kosten als die des internationalen Verfahrens entstanden sind, überprüfen, ob sich die Fortführung des Verfahrens lohnt. Wird die zweite Stufe des internationalen Verfahrens durchgeführt, so liegt den Verfahren vor den nationalen Patentämtern sogar ein vorläufiger internationaler Prüfungsbericht zugrunde, was dann einen bedeutsamen Vorteil darstellt, wenn das materielle Patentrecht in den Ländern, die diesen Prüfungsbericht erhalten, den der vorläufigen internationalen Prüfung zugrundegelegten Kriterien des Vertrags ganz oder weitgehend entspricht. Das ist jedenfalls in den Ländern der Fall, die das Europaratsübereinkommen über die Vereinheitlichung gewisser Begriffe des materiellen Rechts der Erfindungspatente vom 27. November 1963 ratifizieren werden, da die in diesem Übereinkommen festgelegten Begriffe mit den Kriterien des PCT übereinstimmen.

Von besonderem Vorteil für den Anmelder ist es, daß er Übersetzungen der Anmeldung in die Sprachen der einzelnen Staaten erst zu einem späteren Zeitpunkt einzureichen braucht. Er gewinnt hierdurch Zeit für eine sorgfältige Ausarbeitung dieser

Übersetzungen und braucht die erheblichen Kosten hierfür erst aufzuwenden, wenn er weit bessere Möglichkeiten für die Beurteilung der Chancen seiner Anmeldung hat, als dies im Anmeldezeitpunkt der Fall ist. Auch die Beauftragung ausländischer Patentanwälte, die ebenfalls mit großen Unkosten verbunden ist, braucht erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgenommen zu werden.

Ein weiterer Vorteil ist darin zu sehen, daß der erste Abschnitt des Anmeldeverfahrens mit Wirkung für alle vom Anmelder benannten Länder in der Regel vor einem dem Anmelder geographisch nahen und ihm vertrauten Patentamt und durchweg in seiner eigenen Sprache durchgeführt wird. Eine endgültige Kostensenkung tritt jedenfalls für die Anmelder ein, die sich auf Grund des internationalen Recherchenberichts oder des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts veranlaßt sehen, ihre Anmeldung nicht fortzuführen oder erheblich abzuändern. Auch für andere Anmelder werden sich die Gesamtkosten ermäßigen, da geringere außeramtliche Kosten anfallen werden. Ob auch die — allerdings weniger ins Gewicht fallenden — amtlichen Kosten eingespart werden können, wird im wesentlichen davon abhängen, wie weit die Staaten für die anschließenden nationalen Verfahren auf Gebühren verzichten oder Gebühren senken. Von entscheidender Bedeutung wird sein, inwieweit die Vertragsstaaten in der nationalen Phase eine erneute Recherche durchführen und hierfür eine Recherchegebühr verlangen. Nach dem Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente wird dem Verwaltungsrat die Möglichkeit gegeben, auf eine zusätzliche Recherche zu verzichten und die Recherchegebühr herabzusetzen (Artikel 157 Abs. 3 des Übereinkommens). Die Vertragsstaaten werden von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, sobald die Qualität der von den anderen Internationalen Recherchenbehörden erstellten Recherchenberichte dies rechtfertigt. Wenn auch in den Anfangsjahren keine Senkung der amtlichen Gebühren erfolgen sollte, so hat der Anmelder jedenfalls dadurch einen Vorteil, daß er einen wesentlichen Teil der Gesamtaufwendungen erst zu einem späteren Zeitpunkt als dem Anmeldezeitpunkt zu erbringen hat.

Diesen Vorteilen kommt allerdings keine Bedeutung zu, wenn die Erfindung nur innerhalb der Mitgliedstaaten des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente geschützt werden soll. In einem solchen Fall wird der Erfinder unmittelbar eine europäische Patentanmeldung einreichen, die ihm weitergehende Vorteile bietet. Der Weg über den PCT zum europäischen Patent lohnt sich lediglich dann, wenn um Patentschutz mindestens auch für einen Staat nachgesucht wird, der nicht Vertragsstaat des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente ist. Die Zahl dieser Fälle ist schon im Augenblick nicht unbedeutend; mit einem ständigen Ansteigen ist angesichts der immer stärkeren internationalen Verflechtung der Märkte zu rechnen. Der Vertrag wird daher seine vorteilhaften Wirkungen für den Anmelder auch neben dem europäischen Patentsystem im Laufe der Zeit in einem steigenden Umfang entfalten.

2. Vorteile für die Ämter

Der Vorteil des Vertrags für die nationalen und regionalen Patentämter ist unterschiedlich, je nachdem ob es sich um Prüfungspatentämter oder reine Registrierungspatentämter handelt.

Am größten ist der Vorteil für die Prüfungspatentämter. Er besteht darin, daß diese Ämter Anmeldungen aus dem Ausland in einem aufbereiteten Zustand erhalten und dadurch eigene Arbeit einsparen. Die auf dem internationalen Weg kommenden Anmeldungen erreichen die Prüfungspatentämter in einer einheitlichen Form, sie sind in formeller Hinsicht vorgeprüft und mit einem Recherchenbericht versehen. Der Vorteil wird um so größer sein, je länger sich das internationale Verfahren eingespielt hat. Durch diesen Vorteil wird der Nachteil, der darin liegt, daß Anmeldungen aus dem Ausland zu einem späteren Zeitpunkt als bisher bei den Patentämtern eingehen und mit ihrer Bearbeitung erst später begonnen werden kann, mehr als aufgewogen.

Für Registrierungsämter ist der Vorteil geringer. Auch sie sparen jedoch die Arbeit der formellen Überprüfung der Anmeldungen und gegebenenfalls auch die Aufwendungen für eine Veröffentlichung ein.

3. Vorteile für die Entwicklungsländer

Die meisten Entwicklungsländer verfügen nicht über Prüfungspatentämter. Patente werden daher ohne Überprüfung auf Neuheit, Erfindungshöhe und gewerbliche Anwendbarkeit erteilt. Dies ist gerade für die Entwicklungsländer ein großer Nachteil, weil in diesen Ländern die Möglichkeiten, die Rechtsbeständigkeit eines Patents zu überprüfen, wesentlich geringer sind als in industrialisierten Staaten. Gleichwohl verbieten es die hohen Kosten einer Prüfung und der Mangel an hinreichend ausgebildeten Kräften, die diese Aufgaben erledigen könnten, in den Entwicklungsländern nationale Prüfungspatentämter zu errichten. Der Vertrag gibt insoweit eine Hilfe, als internationale Anmeldungen, die Entwicklungsländer erreichen und dort zur Erteilung eines Patents führen, jedenfalls mit einem Recherchenbericht in englischer Sprache und gegebenenfalls sogar mit einem vorläufigen internationalen Prüfungsbericht versehen sind. Dadurch wird die Möglichkeit, die Rechtsbeständigkeit dieses Patents nachzuweisen oder zu überprüfen, wesentlich erhöht.

Ferner wird durch den Vertrag eine bedeutsame Starthilfe für den Fall geschaffen, daß der Entwicklungsstand eines solchen Landes die Einführung eines Prüfungssystems ermöglicht.

Darüber hinaus kommen die besonderen Bestimmungen des PCT über technische Dienste hauptsächlich und zum Teil ausschließlich den Entwicklungsländern zugute, etwa bei der Errichtung von Dokumentationszentren.

Schließlich trägt der Vertrag in seiner Gesamtheit, insbesondere durch die Veröffentlichung der internationalen Anmeldungen, zur Verbreitung des technischen Wissens bei und fördert auf diese Weise die Entwicklung der nicht industrialisierten Staaten.

4. Vorteile für die Allgemeinheit

Der Vertrag hat zur Folge, daß nahezu alle internationalen Anmeldungen nach Ablauf von 18 Monaten veröffentlicht werden. Da jedenfalls die Zusammenfassung in englischer Sprache veröffentlicht wird, trägt dies zu einer allgemeinen Verbreitung des technischen Wissens und zu einer weltweiten Unterrichtung über die Schutzrechtslage bei.

Dadurch, daß der Vertrag Doppelarbeit verhindert, in vielen Fällen zur Beschleunigung des Patenterteilungsverfahrens beiträgt, den Wert der erteilten Patente durch die zentrale Recherche und gegebenenfalls die vorläufige internationale Prüfung verbessert und zu einer weitgehend übereinstimmenden internationalen Schutzrechtslage führt, baut er zudem erhebliche Vorbehalte gegenüber dem gegenwärtigen Patentsystem ab.

VIII. Vorbehalte

Nach dem Vertrag können mehrere Vorbehalte eingelegt werden. Die Vertragsstaaten können die Anwendung des zweiten Kapitels und damit das Verfahren der zweiten Stufe ausschließen. Sie können ferner durch Erklärung eines Vorbehalts erreichen, daß für die Vorlage von Übersetzungen der Anmeldung und für deren Veröffentlichung auch bei Durchführung der vorläufigen internationalen Prüfung nicht eine Frist von 25 Monaten, sondern nur von 20 Monaten gilt. Außerdem kann ein Vertragsstaat erklären, daß er eine internationale Veröffentlichung einer internationalen Anmeldung nicht verlangt. Hierdurch wird allerdings die internationale Veröffentlichung nicht ausgeschlossen, wenn der Anmelder auch nur einen Staat benannt hat, der keinen Vorbehalt dieser Art abgegeben hat. Auch die Anwendung der Gerichtsbarkeit des internationalen Gerichtshofs nach Artikel 59 des Vertrags kann durch Vorbehalt ausgeschlossen werden. Schließlich wird es den Vertragsstaaten ermöglicht, durch Erklärung eines Vorbehalts zu erreichen, daß sie für die Bestimmung des einschlägigen Standes der Technik zwischen einem internationalen Anmeldedatum, das durch eine Hinterlegung im Ausland bewirkt wird, und dem Datum des effektiven Eingangs der Anmeldung in ihrem Staat unterscheiden können, eine Vorbehaltsmöglichkeit, die lediglich für die Vereinigten Staaten von Amerika wegen des dort geltenden Rechts von Bedeutung sein könnte.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist nicht beabsichtigt, von diesen Vorbehalten Gebrauch zu machen.

IX. Der Vertrag, die Ausführungsordnung und andere Bestimmungen

Die Bestimmungen zum Aufbau des weltweiten Systems für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens sind entweder in dem Vertrag selbst, in der Ausführungsordnung oder in Verwaltungsrichtlinien enthalten.

Der Vertrag enthält die grundlegenden Bestimmungen, insbesondere alle wesentlichen Rechte und Pflichten der Anmelder. Die Bestimmungen des Vertrages können bis auf wenige Ausnahmen nur durch Revisionskonferenzen geändert werden, deren Ergebnisse von den Vertragsstaaten zu ratifizieren sind. Zwei Gruppen von Ausnahmen sind vorgesehen. Nach Artikel 47 können alle im Vertrag festgesetzten Fristen durch einen Beschluß der Vertragsstaaten geändert werden. Der Beschluß wird in der Versammlung oder im schriftlichen Verfahren gefaßt und bedarf der Einstimmigkeit.

Ferner können nach Artikel 61 einzelne Bestimmungen, die im wesentlichen nur verwaltungsmäßige Bedeutung haben, insbesondere Bestimmungen, die sich auf das Internationale Büro und die Finanzierung des Verbands beziehen, von der Versammlung des Verbands mit drei Vierteln der abgegebenen Stimmen geändert werden. Diese Regelung hat eine Parallele in Artikel 17 der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums in ihrer am 14. Juli 1967 in Stockholm beschlossenen Fassung.

Die Ausführungsordnung zum Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens regelt die Einzelheiten, soweit sie Auswirkungen auf den Anmelder, die Vertragsstaaten und die internationalen Behörden haben können. Die Bestimmungen der Ausführungsordnung können durch die Versammlung geändert werden. Einzelne Regeln der Ausführungsordnung können nur einstimmig abgeändert werden, andere Regeln erfordern während einer Übergangszeit von 5 Jahren Einstimmigkeit; die übrigen Regeln sind mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen abänderbar. Für einzelne Regeln, die von besonderer Bedeutung für die internationalen Recherchenbehörden und für die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörden sind, ist vorgesehen, daß ihre Änderung durch das Veto eines Staates, dessen nationales Patentamt eine solche Behörde ist, verhindert werden kann. Übt eine zwischenstaatliche Organisation wie das Europäische Patentamt die Funktion einer solchen Behörde aus, so kann die Regel nicht geändert werden, wenn ein bestimmter dieser Organisation angehörender Vertragsstaat, der zu diesem Zweck von den anderen Mitgliedstaaten der Organisation ermächtigt worden ist, gegen die Änderung stimmt; ob andere dieser Organisation angehörende Vertragsstaaten dagegen stimmen, ist unerheblich, solange die für die Änderung notwendige Mehrheit erreicht ist.

Die sonstigen Detailfragen werden in den Verwaltungsrichtlinien geregelt werden. Diese Verwaltungsrichtlinien werden vom Internationalen Büro unter Beteiligung der interessierten Behörden und unter Aufsicht der Versammlung erlassen. Mit ihrer Ausarbeitung befaßt sich zur Zeit ein besonderer Interimsausschuß.

Nach Inkrafttreten des Vertrags werden Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Internationalen Büro und einzelnen Ämtern über die Durchführung der internationalen Recherche und der internationalen vorläufigen Prüfung zu schließen sein.

B.

Besonderer Teil

Die einzelnen Bestimmungen des Vertrags

Zu Artikel 1

Absatz 1 sieht die Bildung eines Verbandes vor, der sich aus den Mitgliedstaaten zusammensetzt. Mitgliedstaat ist auch ein Staat, der die Anwendung des Kapitels II (vorläufige internationale Prüfung) ausgeschlossen hat. Ähnliche Bestimmungen über die Bildung von Verbänden enthalten die Mehrzahl der Verträge auf dem Gebiet des geistigen Eigentums, die von der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) in Genf verwaltet werden.

Absatz 2 stellt sicher, daß die Rechte, die aus der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums hergeleitet werden können, durch den Vertrag nicht beeinträchtigt werden. Es handelt sich lediglich um eine vorsorgliche Klarstellung; der Vertrag enthält keine Bestimmungen, die einen Widerspruch zur Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums begründen könnten.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel enthält Definitionen der in dem Vertrag verwandten Begriffe.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über die Einreichung, die Bedeutung und den Aufbau einer internationalen Anmeldung. In Absatz 3 wird insbesondere sichergestellt, daß aus der Formulierung der Zusammenfassung, die der Anmeldung beizufügen ist, keine Schlüsse für die Bestimmung des Schutzzumfangs eines Patents hergeleitet werden können.

Hinsichtlich der Sprache, in der die internationale Anmeldung abgefaßt sein muß, der Formerfordernisse, der Anforderungen an die Einheitlichkeit der Erfindung und der Gebühren verweist Absatz 4 durch Verwendung des Begriffs „vorgeschrieben“ auf die Regeln 11 bis 14 der Ausführungsordnung.

Zu Artikel 4

Absatz 1 enthält Vorschriften über den Antrag, die durch die Regeln 3 und 4 der Ausführungsordnung ergänzt werden. Von besonderer Bedeutung ist, daß die Bestimmung der Vertragsstaaten, für die die Anmeldung gelten soll, bereits im Anmeldezeitpunkt erfolgen muß. Außerdem ist bemerkenswert, daß dort, wo die Erteilung eines regionalen Patents gewünscht wird, nicht nur dieser Wunsch angezeigt werden muß, sondern auch die Vertragsstaaten zu benennen sind, für die um die Erteilung eines regionalen Patents nachgesucht wird.

Absatz 2 verweist hinsichtlich der Gebühr für die Bestimmung eines Vertragsstaats und des Zeitpunkts für die Gebühreinzahlung auf die Ausführungsordnung, die in Regel 15 die Einzelbestimmungen enthält. Von Bedeutung ist insbesondere, daß die Be-

stimmungsgebühren erst innerhalb eines Jahres nach dem Prioritätsdatum zu zahlen sind.

Absatz 3 stellt klar, daß die Erteilung eines Patents begehrt wird, sofern der Anmelder nicht für einen einzelnen Staat eine der in Artikel 43 genannten anderen Schutzarten (z. B. ein Gebrauchsmuster) begehrt.

Absatz 4 trifft eine Regelung für den Fall der mangelnden oder unzureichenden Nennung des Erfinders.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel enthält den in den meisten nationalen Patentgesetzen enthaltenen Grundsatz, daß die Erfindung so deutlich und vollständig offenbart werden muß, daß ein Fachmann sie danach ausführen kann. Weitere Bestimmungen für die Beschreibung der Erfindung sind in den Regeln 5, 9, 10 und 11 der Ausführungsordnung enthalten.

Zu Artikel 6

Dieser Artikel ist die Grundlage für die Fassung des Anspruchs oder der Ansprüche der internationalen Patentanmeldung. Er wird ergänzt durch die Regeln 6, 9, 10 und 11 der Ausführungsordnung.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel enthält die Regelung für Zeichnungen, und zwar sowohl für Zeichnungen, die für das Verständnis der Erfindungen notwendig sind (Absatz 1), als auch für andere Zeichnungen (Absatz 2). Der Artikel wird ergänzt durch Regel 11, insbesondere 11.13 der Ausführungsordnung. Von Bedeutung sind ferner die Regeln 7.1 und 10.

Zu Artikel 8

Absatz 1, der die grundlegende Bestimmung enthält, daß für eine internationale Anmeldung die Priorität einer früheren Anmeldung in einem Mitgliedstaat der Pariser Verbandsübereinkunft in Anspruch genommen werden kann, wird durch die Regeln 4.10 und 17 der Ausführungsordnung ergänzt. Maßgeblich sind die Bestimmungen der Stockholmer Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums, und zwar auch für die Staaten, die dieser Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft noch nicht angehören.

Absatz 2 Buchstabe b stellt klar, daß die Inanspruchnahme der Priorität einer früheren Anmeldung in einem Vertragsstaat der Benennung dieses Vertragsstaats in der internationalen Anmeldung nicht entgegensteht. Jedoch richten sich Voraussetzungen und Wirkungen des Prioritätsanspruchs in diesem Staat nach dessen nationalem Recht.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel begrenzt den Kreis der Personen, die internationale Anmeldungen einreichen können. Absatz 1 enthält die grundlegende Regelung, Absatz 2 eine Ausnahme für den Sonderfall, daß die Versammlung der Vertragsstaaten auch Staatsange-

hören von oder Personen mit Sitz oder Wohnsitz in Staaten, die nicht Mitglieder des Vertrags sind, die Einreichung internationaler Anmeldungen ermöglichen will. Absatz 3 wird durch die Regeln 18.1 bis 18.5 der Ausführungsordnung ergänzt; auch die Regel 4.8 ist von Bedeutung.

Zu Artikel 10

Der Artikel schreibt zunächst vor, daß die internationale Anmeldung bei einem bestimmten Anmeldeamt einzureichen ist. Welches Anmeldeamt im einzelnen zuständig ist, wird in den Regeln 19.1 und 19.2 der Ausführungsordnung bestimmt. Die Pflichten eines Anmeldeamts können delegiert werden (Regeln 19.1 Buchstabe b und 19.3). Der Artikel überträgt ferner dem Anmeldeamt die Funktion der Überprüfung der internationalen Anmeldung unter formellen Gesichtspunkten. Zu prüfen ist in diesem Stadium insbesondere, ob die Anforderungen nach Artikel 11 Absatz 1 erfüllt sind und ob kein Mangel im Sinne des Artikels 14 Absatz 1 Buchstabe a, Absatz 2 und Absatz 3 vorliegt.

Zu Artikel 11

Absatz 1 legt fest, welche Mindestanforderungen eine Anmeldung erfüllen muß, damit ihr ein Anmeldedatum zuerkannt werden kann. Absatz 2 sieht die Möglichkeit einer Richtigstellung vor.

Die Absätze 3 und 4 bestimmen, daß einer internationalen Anmeldung, der ein internationales Anmeldedatum zuerkannt worden ist, in jeder Hinsicht die Wirkung einer vorschriftsmäßigen nationalen Anmeldung zukommt, insbesondere auch für die Inanspruchnahme der Priorität dieser Anmeldung. Das internationale Anmeldedatum wird als das tatsächliche Anmeldedatum in jedem Bestimmungsstaat fingiert [vgl. hierzu die Ausnahme in Artikel 64 (4)].

Zu Artikel 12

Dieser Artikel, der die Weiterleitung der internationalen Anmeldung an das Internationale Büro und die Internationale Recherchenbehörde regelt, wird durch die Regeln 11.1, 21, 24 und 25 der Ausführungsordnung ergänzt.

Zu Artikel 13

Absatz 1 gibt jedem Bestimmungsamt die Möglichkeit, vom Internationalen Büro eine möglichst frühzeitige Zuleitung jeder internationalen Anmeldung zu fordern. Nach Absatz 2 kann auch der Anmelder eine Zuleitung der internationalen Anmeldung an jedes Bestimmungsamt jederzeit selbst vornehmen oder über das Internationale Büro veranlassen. Ein nationales Amt kann jedoch eine solche frühzeitige Übermittlung von internationalen Anmeldungen ausschließen.

Zu Artikel 14

Dieser Artikel ist die Grundlage für die Formalprüfung durch das Anmeldeamt. Er bestimmt im einzelnen, allerdings nicht abschließend, auf welche Mängel die internationale Anmeldung zu prüfen ist,

und regelt das Verfahren und die Rechtsfolgen bei dem Vorliegen von Mängeln. Für Absatz 1 sind die Regeln 11, 26 und 28 der Ausführungsordnung, für Absatz 2 die Regeln 20.2 Buchstabe a Ziffer iii und 26.6 Buchstaben a und b, für Absatz 3 die Regeln 27.1, 14 bis 16 und für Absatz 4 die Regeln 19.1 Buchstabe a, 29.3 und 30. von Bedeutung.

Zu Artikel 15

Die Absätze 1 bis 4 bilden die Grundlage für die internationale Recherche, die obligatorisch zu jeder internationalen Patentanmeldung durchgeführt wird. Absatz 5 behandelt die Recherche internationaler Art, die von den Vertragsstaaten für eine nationale Anmeldung zugelassen oder vorgesehen werden kann (vgl. auch Abschnitt A VI dieser Denkschrift). Von Bedeutung für die Absätze 1 bis 4 sind die Regeln 33 und 34 der Ausführungsordnung; zu Absatz 5 ist auf Regel 41.1 hinzuweisen.

Zu Artikel 16

Dieser Artikel regelt die Einsetzung der Internationalen Recherchenbehörde. Bedeutsam ist, daß Absatz 2 als Fernziel von der Errichtung einer einzigen Internationalen Recherchenbehörde ausgeht, jedoch realistischerweise zunächst die Einsetzung mehrerer Behörden dieser Art ins Auge faßt. Absatz 1 erwähnt als mögliche Internationale Recherchenbehörde noch das Internationale Patentinstitut in Den Haag, das künftig einen Teil des Europäischen Patentamts bilden wird. Von Bedeutung sind für Absatz 2 die Regeln 35.1 und 35.2 der Ausführungsordnung, zu Absatz 3 Buchstabe b die Regeln 16.3, 41.1 und 44.3 Buchstabe b und zu Absatz 3 Buchstabe c die Regel 36.1.

Zu Artikel 17

Dieser Artikel regelt das Verfahren vor der Internationalen Recherchenbehörde, insbesondere für den Fall, daß diese Behörde Mängel der internationalen Anmeldung feststellt. Von Bedeutung ist, daß die Internationale Recherchenbehörde keine abschließenden Entscheidungen trifft. Dies ist deshalb nicht möglich, weil es gegen solche Entscheidungen keinen ausreichenden Rechtsschutz geben würde. Die Internationale Recherchenbehörde stellt lediglich den Sachverhalt fest und sieht im Einzelfall von einer Recherche ganz oder für einen Teil der Anmeldung ab. Es bleibt den Bestimmungsämtern der Vertragsstaaten vorbehalten, in einem solchen Fall die rechtlichen Konsequenzen zu ziehen.

Zu Artikel 18

Dieser Artikel, der sich mit dem internationalen Recherchenbericht, seiner Weiterleitung und Übersetzung befaßt, wird durch die Regeln 42 bis 45.1 der Ausführungsordnung ergänzt.

Zu Artikel 19

Der wesentliche Inhalt dieses Artikels ist die Garantie für den Anmelder, daß er nach Eingang des internationalen Recherchenberichts mindestens ein-

mal die Ansprüche der internationalen Anmeldung angesichts der Ergebnisse des Recherchens ändern kann. Die Beschreibung und die Zeichnungen kann er nicht ändern, jedoch Erklärungen hierzu abgeben.

Absatz 2 enthält die an und für sich selbstverständliche Feststellung, daß mit der Änderung nicht über den Offenbarungsgehalt der Anmeldung hinausgegangen werden kann. Allerdings hat eine solche unzulässige Erweiterung in einem Bestimmungsstaat, der solche Erweiterungen zuläßt, keine nachteiligen Folgen (Absatz 3).

Absatz 1 wird ergänzt durch Regel 46 der Ausführungsordnung. Die Veröffentlichung der Änderungen richtet sich nach Regel 48.2 Buchstabe f und Buchstabe h. Im übrigen sind die Regeln 49.3, 62.2 Buchstabe c sowie 76.3 der Ausführungsordnung von Bedeutung.

Zu Artikel 20

Dieser Artikel regelt die Übermittlung der internationalen Anmeldung und den Umfang der zu übermittelnden Dokumente. Von Bedeutung ist Regel 47 der Ausführungsordnung.

Zu Artikel 21

Dieser Artikel bestimmt den Zeitpunkt, den Umfang, die Form und die Sprache der internationalen Veröffentlichung. Absatz 6 gibt dem Internationalen Büro die Möglichkeit, bestimmte Teile von der Veröffentlichung auszunehmen. Hierauf bezieht sich Regel 9 der Ausführungsordnung.

Zu Artikel 22

Dieser Artikel bestimmt, daß der Anmelder bis zum Ablauf einer Frist von 20 Monaten seit dem Prioritätsdatum jedem Bestimmungsamt ein Exemplar der internationalen Anmeldung, soweit dies noch erforderlich ist, und eine Übersetzung der Anmeldung, wenn dies verlangt wird, zuzuleiten und die nationale Gebühr zu zahlen sowie gegebenenfalls auch die Erfindernennung nachzuholen hat. Auf diesen Artikels beziehen sich die Regeln 49 und 50 der Ausführungsordnung.

Zu Artikel 23

Dieser Artikel enthält eine grundlegende Sicherung für den Anmelder: Kein Bestimmungsamt darf die internationale Anmeldung vor Ablauf der in Artikel 22 vorgesehenen Frist von 20 Monaten nach dem Prioritätsdatum prüfen oder bearbeiten, sofern der Anmelder dies nicht ausdrücklich beantragt.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel zählt die Fälle auf, in denen die Wirkung der internationalen Anmeldung als nationale Anmeldung in jedem Bestimmungsstaat verloren geht. Allerdings kann jedes Bestimmungsamt auch in einem solchen Fall die Wirkung als nationale Anmeldung aufrechterhalten (Absatz 2). Der ge-

samte Artikel steht außerdem unter dem Vorbehalt einer gegenteiligen Entscheidung der Bestimmungsämter nach Artikel 25.

Zu Artikel 25

Dieser Artikel bestimmt, daß jede Entscheidung eines Anmeldeamts oder des Internationalen Büros, die zu einem Verlust der Wirkung der internationalen Anmeldung als nationale Anmeldung führt, auf Antrag von jedem Bestimmungsamt nachgeprüft werden kann.

Zu Artikel 26

Dieser Artikel stellt sicher, daß die Bestimmungsämter Personen, die eine internationale Anmeldung einreichen, die gleichen Möglichkeiten zur Berichtigung der Anmeldung einräumen müssen, wie sie nach dem nationalen Recht Personen, die eine nationale Anmeldung einreichen, in vergleichbaren Fällen zugestanden sind.

Zu Artikel 27

Absatz 1 enthält die für den Anmelder wichtige Garantie, daß das nationale Recht hinsichtlich der Form und des Inhalts der internationalen Anmeldung nicht die Erfüllung weitergehender Erfordernisse verlangen darf, als sie im Vertrag und in der Ausführungsordnung vorgesehen sind. Die folgenden Absätze stellen klar, daß während des weiteren Verfahrens bestimmte Nachweise gefordert werden können, und zählen die wichtigsten dieser Fälle einzeln auf. Im übrigen bleiben, wie sich aus diesem Artikel ergibt, das materielle Patentrecht und sonstige wichtige Belange der Vertragsstaaten unberührt.

Zu Artikel 28

Dieser Artikel gewährt dem Anmelder das Recht, die Ansprüche, die Beschreibungen und die Zeichnungen im Verfahren vor dem Bestimmungsamt innerhalb einer vorgeschriebenen Frist zu ändern. Die Frist ist in Regel 52.1 der Ausführungsordnung festgelegt. Auch im Rahmen dieser Änderung darf nicht über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung hinausgegangen werden (Absatz 2).

Zu Artikel 29

Dieser Artikel legt fest, daß die internationale Veröffentlichung einer internationalen Anmeldung dem Anmelder in jedem Bestimmungsstaat grundsätzlich den gleichen vorläufigen Schutz gewährt wie eine gesetzlich vorgeschriebene inländische Veröffentlichung einer ungeprüften nationalen Patentanmeldung. Dieses Recht kann nach Absatz 2 für den Fall, daß die Veröffentlichung der internationalen Anmeldung nicht in einer Amtssprache eines Bestimmungsstaats erfolgt, von der Erfüllung besonderer Voraussetzungen abhängig gemacht werden. Weitere Möglichkeiten der Einschränkung des Grundatzes durch das nationale Recht der Bestimmungsstaaten enthalten die Absätze 3 und 4.

Zu Artikel 30

Dieser Artikel sichert die Wahrung des vertraulichen Charakters einer internationalen Anmeldung bis zu im einzelnen festgelegten Zeitpunkten. In Absatz 2 Buchstabe b wird abschließend aufgezählt, welche Mitteilungen (im wesentlichen bibliographische Daten der Anmeldung) vor diesen Zeitpunkten weitergegeben werden dürfen. Besondere Bedeutung kommt auch dem Absatz 2 Buchstabe c zu, nach dem die Bestimmungsbüros nicht gehindert sind, Gerichtsbehörden Einsicht in eine internationale Anmeldung zu gestatten.

Zu Artikel 31

Absatz 1 enthält die grundlegende Regelung für das Verfahren der zweiten Stufe, wonach auf Antrag eine internationale vorläufige Prüfung der Anmeldung durchgeführt wird.

Absatz 2 bestimmt, welche Anmelder zur Stellung eines solchen Antrags berechtigt sind.

Absatz 3 legt fest, daß der Antrag auf eine internationale vorläufige Prüfung gesondert von der internationalen Anmeldung zu stellen ist, und verweist wegen seines Inhalts, der Form und der Sprache der Anmeldung auf die Ausführungsordnung.

Aus Absatz 4 ergibt sich der Kreis der Vertragsstaaten, die als künftige Empfängerstaaten eines internationalen vorläufigen Prüfungsberichts ausgewählt werden können (ausgewählte Staaten).

Die folgenden Absätze enthalten weitere Einzelbestimmungen über die Gebühren, über die für die Entgegennahme von Anträgen zuständigen Stellen und über die Unterrichtung der ausgewählten Ämter.

Zu Absatz 3 ist auf Regeln 53, 55 und 60.1 der Ausführungsordnung, zu Absatz 4 auf Regeln 53.7, 56, 60.2 und 60.3, zu Absatz 5 auf Regeln 57 und 58, zu Absatz 6 auf Regel 59 und zu Absatz 7 auf Regel 61.2 hinzuweisen.

Zu Artikel 32

Dieser Artikel, der die Einsetzung der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörden und deren Zuständigkeit behandelt, wird durch Regel 63 der Ausführungsordnung ergänzt. Diese Regel legt die Mindestanforderungen fest, die an solche Behörden zu stellen sind.

Zu Artikel 33

In Absatz 1 wird der Charakter der internationalen vorläufigen Prüfung festgelegt und insbesondere ausdrücklich bestimmt, daß es sich bei dem internationalen vorläufigen Prüfungsbericht nur um ein nicht bindendes Gutachten handelt. Im übrigen enthält der Artikel die Kriterien, nach denen die vorläufige Prüfung erfolgt, sowie in Absatz 5 eine ausdrückliche Klarstellung, daß diese Kriterien nur für die vorläufige Prüfung Bedeutung haben und keinen Vertragsstaat hindern, internationale Anmeldungen nach anderen Merkmalen zu prüfen.

Von Bedeutung sind die Regeln 64 und 65 der Ausführungsordnung, die im einzelnen regeln, welche Offenbarungen bei der Beurteilung des Standes der Technik zu berücksichtigen sind und inwieweit dieser Stand der Technik bei der Beurteilung der erfinderischen Tätigkeit zu beachten ist.

Zu Artikel 34

Dieser Artikel regelt das Verfahren der internationalen vorläufigen Prüfung. Dem Anmelder wird vor allem das Recht eingeräumt, mit der Prüfungsbehörde unmittelbar zu verkehren und in diesem Verfahrensabschnitt die Ansprüche, die Beschreibung und die Zeichnungen innerhalb der in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Frist vor Erstellung des vorläufigen internationalen Prüfungsberichts zu ändern. Außerdem wird festgelegt, daß der Anmelder im Regelfall immer dann einen schriftlichen Bescheid erhält, zu dem er sich äußern kann, wenn nach der vorläufigen Prüfung die Erfindung die für diese Prüfung maßgebenden Voraussetzungen nicht erfüllt oder die Anmeldung nach Auffassung der Prüfungsbehörde die Formvorschriften des Vertrags und seiner Ausführungsordnung nicht erfüllt. Außerdem sind die Fälle geregelt, in denen die Prüfungsbehörde bestimmte Mängel der Anmeldung feststellt.

Von Bedeutung sind die Regeln 66 bis 74 und 91 der Ausführungsordnung.

Zu Artikel 35

Dieser Artikel legt fest, welche Feststellungen der internationale vorläufige Prüfungsbericht enthalten darf. Absatz 2 verbietet Feststellungen zu der Frage, ob die beanspruchte Erfindung nach irgendeinem nationalen Recht patentfähig oder nicht patentfähig ist.

Von Bedeutung sind zu Absatz 1 die Regeln 69 und 71 der Ausführungsordnung, zu Absatz 2 die Regeln 70, insbesondere Regel 70.6, Regel 70.8 und Regel 70.12.

Zu Artikel 36

Dieser Artikel regelt das weitere Verfahren, nämlich die Übermittlung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts, seine Übersetzung durch das Internationale Büro in andere Sprachen und seine Übersendung an die ausgewählten Ämter.

Von Bedeutung sind die Regeln 71 bis 74 der Ausführungsordnung.

Zu Artikel 37

Für diesen Artikel, der die Zurücknahme des Antrags auf internationale vorläufige Prüfung oder einer Auswählerklärung und deren mögliche rechtliche Folgen behandelt, ist die Regel 75 der Ausführungsordnung von Bedeutung.

Zu Artikel 38

Dieser Artikel gewährleistet auch für die internationale vorläufige Prüfung die notwendige Vertraulichkeit.

Zu Artikel 39

Dieser Artikel entspricht dem Artikel 22 der ersten Stufe. Er bestimmt, daß die dem Anmelder obliegenden Tätigkeiten, nämlich die Zuleitung eines Exemplars der internationalen Anmeldung, soweit noch erforderlich, sowie einer Übersetzung hiervon, soweit notwendig, und die Zahlung der nationalen Gebühr erst vor dem Ablauf von 25 Monaten zu erfolgen haben. Diese Regelung kann von einzelnen Vertragsstaaten im Wege des Vorbehalts eingeschränkt werden. Die Vertragsstaaten können außerdem die Frist von 25 Monaten verlängern. Für die Bundesrepublik Deutschland soll weder von dem Vorbehalt noch von der Verlängerungsmöglichkeit Gebrauch gemacht werden.

Im Zusammenhang mit Artikel 39 sind die Regeln 76 und 77 der Ausführungsordnung von Bedeutung.

Zu Artikel 40

Dieser Artikel bestimmt, daß einer internationalen Anmeldung, die der vorläufigen internationalen Prüfung unterworfen wird, unter bestimmten Voraussetzungen nicht vor Ablauf einer Frist von 25 Monaten bearbeitet werden darf (sonst: 20 Monate, vgl. Artikel 23).

Zu Artikel 41

Dieser Artikel gibt dem Anmelder auch vor den ausgewählten Ämtern die Möglichkeit zur Änderung der Ansprüche, der Beschreibung und der Zeichnungen.

Von Bedeutung sind die Regeln 78.1 und 78.2 der Ausführungsordnung.

Zu Artikel 42

Der Artikel untersagt, von einem Anmelder, der seine Anmeldung der vorläufigen internationalen Prüfung unterwirft, nähere Informationen über den Ausgang der Prüfung der gleichen internationalen Anmeldung durch ein anderes ausgewähltes Amt zu verlangen. Der Prüfungsbericht soll ausreichen, den nationalen Vorschriften zu genügen, wonach der Anmelder Recherchen- und Prüfungsergebnisse anderer Staaten vorlegen muß (Vorteil der Konzentration auf einen Prüfungsbericht, dadurch Kostenersparnis). Der Artikel schließt nicht aus, daß ein ausgewähltes Amt unmittelbar von einem anderen ausgewählten Amt solche Informationen anfordert.

Zu Artikel 43

Der Anmelder kann, wie diese Bestimmung vorschreibt, auch die Erteilung eines anderen Schutzrechts als eines Patents auf der Grundlage einer internationalen Anmeldung verlangen.

Die näheren Einzelheiten sind in der Regel 4.12 Buchstabe a der Ausführungsordnung festgelegt.

Zu Artikel 44

Um internationale Anmelder nicht schlechter zu stellen als nationale Anmelder, ist ausdrücklich vor-

gesehen, daß auf der Grundlage einer internationalen Anmeldung auch zwei Schutzrechte beantragt werden können, wenn das nationale Recht eines Bestimmungsamts dies zuläßt. Beispielsweise ist in einzelnen Ländern nebeneinander die Erteilung eines Patents und die Erteilung eines Gebrauchsmusters für die gleiche Erfindung zugelassen.

Zu Artikel 45

Dieser Artikel ist die Grundlage für die Koordinierung des Vertrags über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens mit regionalen Patentverträgen, wie sie im Fall des Europäischen Patentübereinkommens durchgeführt ist.

Absatz 1 läßt zu, daß internationale Anmeldungen auch als Anmeldungen für die Erteilung regionaler Patente eingereicht werden können. Voraussetzung ist allerdings, daß der entsprechende regionale Patentvertrag frei zugänglich ist und allen Personen, die zur Einreichung internationaler Patentanmeldungen befugt sind, auch die Möglichkeit gibt, die Erteilung des regionalen Patents zu beantragen. Dies trifft für das Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente zu.

Absatz 2 gibt den Bestimmungsstaaten das Recht vorzusehen, daß eine Bestimmung oder Auswahl dieses Staates in einer internationalen Anmeldung als Antrag auf Erteilung eines regionalen Patents nach einem regionalen Patentvertrag anzusehen ist.

Zu Artikel 46

Dieser Artikel gibt den zuständigen Behörden jeden Vertragsstaats die Möglichkeit, den Umfang eines in diesem Staat erteilten Patents rückwirkend einzuschränken und teilweise für nichtig zu erklären, soweit dieser auf eine unrichtige Übersetzung der internationalen Anmeldung in der Ursprungssprache zurückgeht.

Zu Artikel 47

Dieser Artikel verweist in Absatz 1 für die Berechnung der in dem Vertrag festgesetzten Fristen auf die Ausführungsordnung (siehe dort Regel 80); Absatz 2 enthält die Bestimmung, daß alle Fristen, die im Vertrag vorgesehen sind, durch einen einstimmigen Beschluß der Vertragsstaaten geändert werden können, der entweder in der Versammlung oder auf schriftlichem Wege gefaßt wird. Diese flexible Fristregelung erschien notwendig, da durch den Vertrag völlig neue Verfahren eingeführt werden und erst die Praxis erweisen wird, ob die im Rahmen dieser Verfahren vorgesehenen Fristen angemessen sind. Abgesehen von der bereits erwähnten Regel 80 sind für diesen Artikel die Regeln 79 und 81 der Ausführungsordnung von Bedeutung.

Zu Artikel 48

Absatz 1 soll den Anmelder und die übrigen Beteiligten für den Fall der Unterbrechung des Postdienstes oder anderer Schwierigkeiten bei der Post-

zustellung vor einem Rechtsverlust bewahren. Die näheren Einzelheiten sind in Regel 82 der Ausführungsordnung festgelegt.

Absatz 2 soll sicherstellen, daß der Anmelder oder Beteiligte durch den Vertrag nicht schlechter gestellt wird, als er in den Vertragsstaaten nach deren nationalem Recht im Falle von Fristüberschreitungen behandelt werden würde.

Zu Artikel 49

Der Artikel regelt das Recht zum Auftreten vor den durch diesen Vertrag eingerichteten internationalen Behörden, indem er auf das Recht zum Auftreten vor dem Anmeldeamt abstellt. Einzelheiten des Verfahrens sind in Regel 83 der Ausführungsordnung vorgesehen.

Zu Artikel 50

Dieser Artikel ist auf Wunsch der Delegationen der Entwicklungsländer auf der Washingtoner Diplomatischen Konferenz von 1970 eingeführt worden. Er ermächtigt das Internationale Büro, Informations-einrichtungen zu schaffen, um insbesondere die in den Patentbehörden gesammelten technischen Informationen der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Das Internationale Büro kann diese Dienste entweder selbst betreiben oder sich hierbei einzelner oder mehrerer Recherchenbehörden bedienen. Es kann auch zur Erfüllung dieser Aufgabe andere Stellen einsetzen, mit denen es die notwendigen Vereinbarungen trifft. Die Patentinformationsdienste sollen aber nicht nur den Entwicklungsländern, sondern auch industrialisierten Ländern zur Verfügung stehen, die ebenfalls an der Einrichtung solcher Dienste interessiert sind.

Die technischen Informationen sollen den Regierungen der Vertragsstaaten zum Selbstkostenpreis zur Verfügung stehen. An Entwicklungsländer können Informationen unter Selbstkostenpreis gegeben werden, wenn der Verlust aus Gewinnen bei Dienstleistungen an Empfänger, die nicht Regierungen sind, gedeckt werden kann.

Zu Artikel 51

Durch diesen Artikel wird ein besonderer Ausschuß für technische Hilfe eingesetzt, der Maßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer bei der Entwicklung ihrer Patentsysteme in die Wege leiten und bereits eingeleitete Maßnahmen überwachen soll. Nach Unterzeichnung des Vertrags ist bereits ein Interimsausschuß eingesetzt worden, der die Arbeit des Ausschusses für technische Hilfe vorbereiten soll. Über die Einzelmaßnahmen wird die Versammlung des Verbands beschließen. Absatz 4 sieht vor, daß die Finanzierung mit Mitteln erfolgt, die einerseits die Empfängerstaaten, andererseits internationale Organisationen zur Verfügung stellen; gedacht ist hierbei insbesondere an die Vereinten Nationen und ihre mit technischer Hilfe befaßten Unterorgane und Sonderorganisationen, vor allem an das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und die Weltbank.

Zu Artikel 52

Diese Bestimmung stellt klar, daß die Patentinformationsdienste und das Programm für technische Hilfe an Entwicklungsländer Sonderprogramme darstellen, auf die die in dem Vertrag vorgesehenen Bestimmungen über die Finanzierung der internationalen Zusammenarbeit keine Anwendung finden. Die Finanzierung dieser Sonderprogramme soll, wie bereits in Artikel 51 Absatz 4 zum Ausdruck gebracht, auf anderem Wege erfolgen.

Zu Artikeln 53 bis 55 und Artikel 57

Diese Artikel enthalten die organisatorischen Bestimmungen. Der Verband für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens wird eine Versammlung und einen Exekutivausschuß haben. Die Versammlung wird abgesehen von außerordentlichen Tagungen alle drei Jahre, der Exekutivausschuß jährlich zusammentreten. Einzelne Verwaltungsaufgaben werden dem Internationalen Büro der Weltorganisation für geistiges Eigentum übertragen (vgl. hierzu auch Artikel 2 Ziffern xix und xviii des Vertrags).

Die Artikel stimmen weitgehend mit entsprechenden Bestimmungen der meisten von der WIPO verwalteten Übereinkommen auf dem Gebiet des geistigen Eigentums in ihren im Jahre 1967 in Stockholm beschlossenen Fassungen überein. Von besonderer Bedeutung ist Artikel 55 Absatz 4, der vorsieht, daß das Internationale Büro ein besonderes Blatt des Verbandes herausgibt, in dem Angaben über internationale Anmeldungen enthalten sind. Die dieses Blatt betreffenden Einzelheiten sind in Regel 86 der Ausführungsordnung festgelegt. Im übrigen sind die Regeln 84 und 85 der Ausführungsordnung für diese Artikel von Bedeutung.

Zu Artikel 56

Durch diesen Artikel wird ein Ausschuß für technische Zusammenarbeit gebildet. Dieser Ausschuß, der sich nicht nur aus Regierungsvertretern, sondern auch aus Vertretern von interessierten Organisationen zusammensetzen soll, hat die Aufgabe, die Arbeit der durch den Vertrag eingesetzten internationalen Behörden und Dienste zu koordinieren. Eine besondere Aufgabe fällt ihm bei der Vorbereitung des Fernziels des Vertrags zu, eine einzige Internationale Recherchenbehörde einzusetzen.

Die Zuständigkeit des Ausschusses für technische Zusammenarbeit beschränkt sich darauf, Ratschläge und Empfehlungen zu erteilen.

Bereits nach der Unterzeichnung des Vertrags wurde auf Empfehlung der Washingtoner Diplomatischen Konferenz von 1970 ein Interimsausschuß für technische Zusammenarbeit eingesetzt, der die Arbeit des Ausschusses vorbereiten soll.

Zu Artikel 58

Dieser Artikel bestimmt, welche Regelungen in der Ausführungsordnung zum Vertrag getroffen werden. Er sieht insbesondere vor, daß und mit welcher Mehrheit die Regeln der Ausführungsordnung durch

die Versammlung geändert werden können. Absatz 4 bestimmt, daß der Generaldirektor der WIPO unter Aufsicht der Versammlung gemäß der Ausführungsordnung außerdem Verwaltungsrichtlinien erläßt.

Von Bedeutung für diesen Artikel sind Regeln 88 und 89 der Ausführungsordnung. Regel 89 schreibt beim Erlaß der Verwaltungsrichtlinien auch eine Anhörung der Anmeldeämter, der Internationalen Recherchenbehörden und der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörden vor.

Zu Artikel 59

Dieser Artikel, der durch Vorbehalt ausgeschlossen werden kann, sieht die Einsetzung des Internationalen Gerichtshofs als Streitschlichtungsorgan vor.

Zu Artikel 60

In gleicher Weise wie in anderen Übereinkommen auf dem Gebiet des geistigen Eigentums wird bestimmt, daß der Vertrag von einer Revisionskonferenz geändert werden kann. Einzelne Bestimmungen, die sich mit der für die Beschlußfähigkeit der Versammlung erforderlichen Mindestzahl, der Bildung eines Exekutivausschusses und anderen Regelungen befassen, die im wesentlichen für die Verwaltung und die Finanzierung des Verbandes von Bedeutung sind, können auf erleichtertem Wege ohne eine Revisionskonferenz geändert werden (vgl. Artikel 61).

Zu Artikel 61

Dieser Artikel regelt die näheren Einzelheiten der in dem erleichterten Revisionsverfahren änderbaren Bestimmungen des Vertrages, die sich auf die Ver-

waltung und die Finanzierung des Verbandes beziehen und die Rechte und Pflichten von Einzelpersonen nicht berühren. Solche mit drei Vierteln der abgegebenen Stimmen der Versammlung beschlossene Änderungen binden alle Vertragsstaaten, mit Ausnahme von Änderungen, die die finanziellen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten erweitern. Diese finanziellen Verpflichtungen binden nur die Staaten, die mitgeteilt haben, daß sie die Änderung annehmen, sowie alle künftigen Mitgliedstaaten (vgl. auch Abschnitt A IX dieser Denkschrift).

Zu Artikel 62 und 66 bis 69

Diese Artikel enthalten die üblichen Schlußklauseln.

Zu Artikel 63

Dieser Artikel enthält die Vorschriften über das Inkrafttreten des Vertrages. Von Bedeutung ist, daß der Vertrag erst in Kraft tritt, wenn in hinreichendem Maße Staaten Mitglied des Vertrages geworden sind, die durch ihre Bedeutung die Anwendung des Vertrages sinnvoll erscheinen lassen.

Zu Artikel 64

Dieser Artikel zählt abschließend die Möglichkeiten auf, zu Bestimmungen des Vertrages einen Vorbehalt zu erklären. Der Inhalt der möglichen Vorbehalte ist bereits im allgemeinen Teil dieser Denkschrift (Abschnitt A VIII) dargelegt.

Zu Artikel 65

Der Artikel gibt der Versammlung des Verbandes die Möglichkeit, den Vertrag schrittweise einzuführen.

Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente (Europäisches Patentübereinkommen)

A Allgemeines

I Vorgeschichte

Der Abschluß des Europäischen Patentübereinkommens stellt einen wichtigen Schritt in der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des gewerblichen Eigentums, namentlich auf dem Gebiet des Patentrechts dar. Diese Zusammenarbeit ist im Laufe der Jahre auf vielerlei Ebenen und in verschiedenen Bereichen wirksam geworden. Sie nahm zum ersten Mal Gestalt an in der Pariser Verbandsübereinkunft von 1883 zum Schutze des gewerblichen Eigentums. Von den Grundsätzen dieser Übereinkunft sind hervorzuheben:

Das Prinzip der Inländerbehandlung — die Vertragsstaaten sind verpflichtet, den Staatsangehörigen anderer Vertragsstaaten den gleichen Schutz wie den eigenen Staatsangehörigen zu gewähren — und die Regelung des Prioritätsrechts, dessen Ausgestaltung im vorliegenden Übereinkommen unter Artikel 87 ff. näher behandelt wird.

Auf europäischer Ebene hat sich vor allem in den letzten Jahrzehnten eine sehr intensive Zusammenarbeit entwickelt. Diese führte zu dem Abschluß von drei Übereinkommen, nämlich der am 11. Dezember 1953 in Paris unterzeichneten Europäischen Übereinkunft über Formerfordernisse bei Patentanmeldungen, der am 19. Dezember 1954 in Paris unterzeichneten Europäischen Übereinkunft über die Internationale Patentklassifikation und dem am 27. November 1963 in Straßburg unterzeichneten Übereinkommen zur Vereinheitlichung gewisser Begriffe des materiellen Rechts der Erfindungspatente.

Mit der Europäischen Übereinkunft über Formerfordernisse bei Patentanmeldungen soll die äußere Form der Patentanmeldungen vereinheitlicht werden. Die Vertragsstaaten dürfen hinsichtlich der Patentanmeldungen keine anderen als die in der Übereinkunft festgelegten Anforderungen stellen.

Auf Grund der Europäischen Übereinkunft über die Internationale Patentklassifikation wird eine einheitliche Patentklassifikation geschaffen.

Mit dem Übereinkommen zur Vereinheitlichung gewisser Begriffe des materiellen Rechts der Erfindungspatente soll das materielle Patentrecht vereinheitlicht werden. Die Einzelheiten ergeben sich aus der Denkschrift zum Straßburger Patentübereinkommen.

Die bisherigen europäischen Patentrechtsübereinkommen dienen lediglich der Harmonisierung der nationalen Rechtsvorschriften und lassen im übrigen

gen die verschiedenen einzelstaatlichen Patenterteilungsverfahren unberührt. Sie bringen also kein eigentlich europäisches Recht.

Neben diesen europäischen Übereinkommen sind noch zwei weitere internationale Übereinkommen zu nennen, von denen das erste ebenfalls auf europäischer Ebene — wenn auch in viel begrenzterem Rahmen — geschlossen worden ist und das zweite weltweiten Charakter hat. Im Jahre 1947 wurde das Haager Abkommen über die Schaffung eines internationalen Patentbüros geschlossen. Dieses Amt, seither als Internationales Patentinstitut (IIB) bezeichnet, ist eine völkerrechtliche Einrichtung, deren Aufgabe es ist, Gutachten über die Neuheit von Erfindungen zu erstellen; nach dem Europäischen Patentübereinkommen wird es in die Europäische Patentorganisation einbezogen werden und nach dieser Fusion seine Aufgabe im Rahmen des vorliegenden Übereinkommens wahrnehmen.

Bei dem zweiten genannten Übereinkommen handelt es sich um den 1970 geschlossenen Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens, dem auch bei der Ausarbeitung des Europäischen Patentübereinkommens Rechnung getragen worden ist. Die Vorschriften im zehnten Teil des Europäischen Patentübereinkommens dienen der Anwendung dieses Vertrages.

Die Vorgeschichte des Europäischen Patentübereinkommens geht auf das Jahr 1960 zurück; in diesem Jahr wurde im Rahmen der EWG beschlossen, ein einheitliches Recht auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes zu schaffen. Diese Entwicklung war die logische Folge der Errichtung eines gemeinsamen Marktes, da eine z. B. durch nationale Patente bedingte Marktaufspaltung schwerlich vereinbar mit dem Begriff des Gemeinsamen Marktes ist. Aus diesem Grund wurde u. a. die Arbeitsgruppe „Patente“ eingesetzt, die 1962 den Vorentwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patentrecht veröffentlichte. Dieser Vorentwurf sah ein einheitliches Patent für den Gemeinsamen Markt vor, das durch eine völkerrechtliche Einrichtung, nämlich das Europäische Patentamt, erteilt werden sollte.

Politische Ereignisse im Jahre 1963 waren der Grund dafür, daß die Arbeiten an diesem Vorentwurf zum Stillstand kamen.

Der Vorentwurf ist jedoch danach in verschiedenen Gremien erörtert worden, u. a. im Rahmen der EFTA, wo geprüft wurde, inwieweit dieser als Grundlage für eine Regelung auf breiterer europäischer Ebene dienen könnte. Am 13. März 1969 haben die Mitgliedstaaten der EWG ein Memorandum veröffentlicht, in dem sie die Grundzüge eines europäischen Patenterteilungsverfahrens darlegten, das die EWG-Mitgliedstaaten zusammen mit anderen euro-

päischen Staaten einführen wollten. Sie äußerten den Wunsch, mit den anderen europäischen Staaten Verhandlungen über die Ausarbeitung eines entsprechenden Übereinkommens aufzunehmen. Hierzu wurden alle Staaten eingeladen, die im Rahmen der EFTA und des Europarates bereits Interesse für die auf europäischer Ebene eingeleiteten Arbeiten im Bereich des Patentrechts gezeigt hatten. Auf die Einladung hin nahmen 17 Staaten an der Regierungskonferenz vom 21. Mai 1969 teil, auf der beschlossen wurde, auf der Grundlage des Memorandums einen Übereinkommensentwurf zu erstellen. Die Arbeiten wurden in vier Arbeitsgruppen durchgeführt und schließlich auf der Diplomatischen Konferenz in München, an der 21 europäische Staaten teilgenommen haben, abgeschlossen. Den interessierten internationalen Organisationen wurde während der Arbeiten mehrfach Gelegenheit gegeben, zu den Textentwürfen Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahmen wurden eingehend gewürdigt und, soweit möglich, berücksichtigt.

II. Zweck des Übereinkommens

Nach den derzeitigen Bestimmungen muß derjenige, der für eine Erfindung in mehreren europäischen Staaten Schutz begehrt, in jedem Staat eine besondere Patentanmeldung einreichen. Zwar hat sich infolge der geschilderten Entwicklung im Laufe der Jahre in einer Reihe von Punkten eine gewisse Übereinstimmung auf dem Gebiet des Patentrechts in den verschiedenen Staaten ergeben. Dennoch sind in der Gesetzgebung, in der Rechtsprechung und in der Praxis der einzelnen Staaten immer noch mehr oder weniger große Unterschiede festzustellen. Dies hat zur Folge, daß bei der Einreichung von Patentanmeldungen für verschiedene Staaten bei jeder Anmeldung das für den betreffenden Staat geltende Recht und die dort herrschenden Auffassungen berücksichtigt werden müssen, so daß die für ein und dieselbe Erfindung in verschiedenen Staaten eingereichten Patentanmeldungen dann auch stets in einer Reihe von Punkten mehr oder weniger große Unterschiede aufweisen.

Dieses Verfahren hat auch noch folgende weitere Nachteile: In jedem Staat, in dem eine Patentanmeldung eingereicht wird, muß nämlich ein getrenntes Erteilungsverfahren durchlaufen werden. Diese einzelstaatlichen Erteilungsverfahren weichen in verschiedener Hinsicht voneinander ab. Ein wesentlicher Unterschied besteht z. B. darin, daß in einer Reihe von Staaten ein Patent bereits erteilt wird, wenn die Anmeldung bestimmten Formerfordernissen genügt, während in anderen Staaten auch die Erfindung selbst geprüft wird und ein Patent nur erteilt wird, wenn sich herausstellt, daß die Erfindung bestimmte materielle Anforderungen hinsichtlich der Patentierbarkeit erfüllt. Im übrigen bestehen auch in diesem Punkt mehr oder weniger große Unterschiede zwischen den Rechtsvorschriften der einzelnen Staaten.

Die Erteilungsverfahren in den verschiedenen Staaten laufen daher nicht immer in gleicher Weise ab, und auch die erteilten Patente weisen inhaltlich

erhebliche Unterschiede auf. Da außerdem noch in jedem Staat für das Erteilungsverfahren jeweils gesonderte Gebühren und sonstige Kosten entrichtet werden müssen, ist dieser Zustand für den Anmelder äußerst unbefriedigend. Das gleiche gilt aber auch für die Staaten selbst. Diese werden mit überflüssigen Arbeiten und Ausgaben belastet, da die Patentämter oft weitgehend die gleichen Arbeiten für dieselbe Erfindung verrichten müssen.

Das Europäische Patentübereinkommen bringt nun eine grundlegende Änderung. Mit diesem Übereinkommen wird ein für alle beteiligten europäischen Staaten einheitliches Patenterteilungsverfahren geschaffen. Es sieht die Errichtung eines Europäischen Patentamts vor, das die dort eingereichten Patentanmeldungen unter Berücksichtigung der in dem Übereinkommen festgelegten patentrechtlichen Vorschriften beurteilt. Diese Vorschriften sind das Ergebnis einer konsequenten Fortentwicklung der bisherigen europäischen Übereinkommen auf dem Gebiet des Patentrechts und stellen das zur Zeit modernste und fortschrittlichste Patentrecht dar.

Ein Erfinder, der eine Erfindung nach diesem europäischen Verfahren in einer Reihe von Staaten durch ein Patent schützen lassen will, braucht künftig nicht mehr in jedem Staat inhaltlich verschiedene Patentanmeldungen einzureichen; es genügt, wenn er eine einzige Patentanmeldung einreicht, die den im Übereinkommen festgelegten Anforderungen entspricht. Auf Grund dieser Anmeldung wird das Erteilungsverfahren beim Europäischen Patentamt durchgeführt, das die Anmeldung dahin überprüft, ob sie in formeller und materieller Hinsicht den Vorschriften des Übereinkommens genügt. Das von dem Europäischen Patentamt erteilte Patent trägt die Bezeichnung „europäisches Patent“. Es gilt in den europäischen Staaten, die der Anmelder in seiner Anmeldung benannt hat, und hat in diesen Staaten die Wirkung eines nationalen Patents. Abgesehen von wenigen Ausnahmen ist es in allen Staaten inhaltlich gleichlautend.

Da das europäische Patent die Wirkung eines nationalen Patents hat, wird der Inhalt des damit eingeräumten ausschließlichen Rechts durch das nationale Recht bestimmt; ebenso wird auch die Verletzung eines europäischen Patents und die Gültigkeit dieses Patents grundsätzlich nach nationalem Recht beurteilt. Hierzu gibt es jedoch eine Reihe von Ausnahmen. So sind z. B. die Laufzeit des europäischen Patents wie auch der Schutzbereich, den dieses Patent gewährt, im Übereinkommen geregelt. Darüber hinaus kann das Patent nur aus bestimmten im Übereinkommen festgelegten Gründen für nichtig erklärt werden.

Um insbesondere dem Wunsch der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften nach einer weitergehenden Vereinheitlichung des Patentrechts Rechnung zu tragen, läßt es das Übereinkommen zu, daß Staatengruppen die Erteilung eines für die Mitglieder dieser Gruppe einheitlichen Patents vorsehen können.

Das Übereinkommen läßt das Recht der Vertragsstaaten, nationale Patente zu erteilen, unberührt. Die an der Ausarbeitung des Übereinkommens be-

teiligten Regierungen haben jedoch während der Verhandlungen wiederholt die Erwartung zum Ausdruck gebracht, daß das nationale Patentrecht künftig immer mehr an Bedeutung verlieren wird, und daß nationale Patente schließlich möglicherweise ganz verschwinden werden. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die Vertragsstaaten sich jedoch bemühen, das nationale Patentrecht mit den grundlegenden Vorschriften des Europäischen Patentrechts zu harmonisieren.

III. Zusammenfassende Übersicht über den Inhalt des Übereinkommens

Das Übereinkommen besteht aus dem Übereinkommens-text, der durch die Ausführungsordnung und vier Protokolle ergänzt wird, die Bestandteile des Übereinkommens sind. Das Übereinkommen ist in „Teile“ gegliedert, die ihrerseits wieder in „Kapitel“ unterteilt sind.

Der **erste** Teil des Übereinkommens enthält neben einigen allgemeinen Bestimmungen die Vorschriften über die Errichtung und Organisation der „Europäischen Patentorganisation“, die aus dem Europäischen Patentamt und dem Verwaltungsrat besteht. Das Europäische Patentamt ist für die Erteilung von europäischen Patenten zuständig; es unterliegt der Aufsicht des Verwaltungsrates, der außer finanzrechtlichen Befugnissen auch gewisse Rechtsetzungsaufgaben besitzt. Die Amtssprachen des Europäischen Patentamts sind Deutsch, Englisch und Französisch.

Der **zweite** Teil enthält das für die Erteilung europäischer Patente maßgebende materielle Patentrecht. Nach Kapitel I werden europäische Patente für Erfindungen erteilt, die bestimmte Voraussetzungen hinsichtlich der Neuheit und der Erfindungshöhe erfüllen und gewerblich anwendbar sein müssen. Das Recht auf das europäische Patent steht grundsätzlich dem Erfinder oder seinem Rechtsnachfolger zu (Kapitel II). Werden für ein und dieselbe Erfindung mehrere Patentanmeldungen eingereicht, so wird das Patent demjenigen erteilt, dessen Anmeldung den älteren Zeitrang hat.

Die Wirkung des europäischen Patents und der europäischen Patentanmeldungen ist in Kapitel III geregelt. Da das europäische Patent die Wirkung eines nationalen Patents hat, ist es grundsätzlich den Bestimmungen des nationalen Rechts unterworfen, das auch grundsätzlich für die Frage der Rechte aus dem europäischen Patent maßgebend ist. Auch die Rechte aus der veröffentlichten europäischen Patentanmeldung richten sich nach den nationalen Bestimmungen, wobei allerdings ein bestimmter Minimalschutz vorgeschrieben ist.

Kapitel IV enthält schließlich Bestimmungen über die europäische Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens.

Im **dritten** Teil sind die Fragen der Einreichung und die Formerfordernisse der europäischen Patentanmeldung sowie die Voraussetzungen und Wirkungen von Prioritätsrechten geregelt.

Der **vierte** Teil befaßt sich mit dem Ablauf des Erteilungsverfahrens: Es werden zwei Phasen unterschieden. In der ersten Phase wird die europäische Patentanmeldung auf die Einhaltung der Formerfordernisse geprüft und ein Recherchenbericht erstellt, der das Tatsachenmaterial für die Beurteilung der Frage enthält, ob die Erfindung neu und erfinderisch ist. Diese Phase endet im Regelfall mit der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung und des europäischen Recherchenberichts achtzehn Monate nach Einreichung der Anmeldung oder dem beanspruchten Prioritätszeitpunkt.

Im zweiten Verfahrensabschnitt wird die Anmeldung darauf geprüft, ob sie patentfähig ist. Hierzu muß der Anmelder spätestens sechs Monate nach Bekanntgabe der Veröffentlichung des Recherchenberichts einen Prüfungsantrag stellen. Diese Phase endet mit der Entscheidung über die Erteilung des europäischen Patents.

Der **fünfte** Teil regelt das Einspruchsverfahren. Im Gegensatz zum deutschen Recht, das die Einlegung des Einspruchs nach der Bekanntmachung der Patentanmeldung vorsieht, wird das Einspruchsverfahren nach dem Übereinkommen erst nach der Erteilung des europäischen Patents, und zwar einheitlich vom Europäischen Patentamt durchgeführt (fünfter Teil des Übereinkommens).

Der **sechste** Teil regelt das Beschwerdeverfahren. Gegen alle Entscheidungen der Abteilungen des Europäischen Patentamts kann bei der Beschwerdekammer Beschwerde eingelegt werden, ausgenommen hiervon ist nur die Recherchenabteilung. Neben die Beschwerdekammern tritt eine Große Beschwerdekammer, die jedoch keine „dritte Instanz“ ist, sondern auf Antrag einer Beschwerdekammer oder des Präsidenten des Europäischen Patentamts in Grundsatzfragen zu entscheiden hat.

Der **siebente** Teil enthält eine Reihe allgemeiner Vorschriften, die für das Verfahren vor den verschiedenen Organen des Europäischen Patentamts gelten; dazu gehören die Vorschriften über die Vertretung vor dem Europäischen Patentamt. Darüber hinaus sind Vorschriften über die Unterrichtung der Öffentlichkeit und Behörden enthalten.

Der **achte** Teil besteht aus drei Kapiteln.

In Kapitel I ist festgelegt, in welchen Fällen eine europäische Patentanmeldung in eine nationale Anmeldung umgewandelt werden kann. Es handelt sich um zwei Fallgruppen: Zu der ersten Gruppe gehören die Fälle, in denen eine europäische Patentanmeldung über eine nationale Behörde eingereicht, von dieser aber nicht oder nicht rechtzeitig an das Europäische Patentamt weitergeleitet worden ist, sowie die Fälle, in denen eine Patentanmeldung während der Anlaufzeit vom Europäischen Patentamt nicht weiterbehandelt werden konnte, da sie zu einem Bereich der Technik gehört, den das Europäische Patentamt zu diesem Zeitpunkt noch nicht bearbeitet. In diesen Fällen sind die Vertragsstaaten verpflichtet, die europäische Patentanmeldung als eine nationale Patentanmeldung weiterzubehandeln. Die zweite Gruppe betrifft die Fälle, in denen die einzelnen Vertragsstaaten die Umwandlung einer euro-

päischen Patentanmeldung, die nicht zur Erteilung eines Europäischen Patents geführt hat, oder die Umwandlung eines erteilten europäischen Patents, das auf einen Einspruch hin widerrufen worden ist, zugelassen haben.

In Kapitel II werden die Gründe aufgeführt, aus denen ein bereits erteiltes europäisches Patent für nichtig erklärt werden kann. Diese Aufzählung ist erschöpfend; die Vertragsstaaten können also europäische Patente nicht aus anderen Gründen für nichtig erklären. In dem zu den Schlußbestimmungen gehörenden Artikel 167 ist jedoch vorgesehen, daß die Vertragsstaaten für einen bestimmten Zeitraum hierzu einen Vorbehalt einlegen können, soweit es um Patente für chemische Erzeugnisse oder für Nahrungs- oder Arzneimittel sowie um Patente für landwirtschaftliche oder gartenbauliche Verfahren geht. Kapitel II enthält darüber hinaus Bestimmungen, die den Konflikt zwischen einem europäischen Patent und einem nationalen Patent regeln.

In Kapitel III sind verschiedene Beschränkungen vorgesehen, welche die Vertragsstaaten bei der Erhebung von Jahresgebühren für das europäische Patent beachten müssen. Ferner bestimmt dieses Kapitel, inwieweit das Übereinkommen auf nationale Gebrauchsmuster und Gebrauchsmusterzertifikate Anwendung findet.

Der **neunte** Teil befaßt sich mit den Vorschriften, die in den Fällen anwendbar sind, in denen Staatengruppen bestimmt haben, daß europäische Patente nur für alle diese Staaten gemeinsam erteilt werden können.

Der **zehnte** Teil enthält Bestimmungen betreffend den Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens.

Der **elfte** Teil enthält eine Reihe von Übergangsbestimmungen, die u. a. die Arbeitsweisen des Verwaltungsrats und die Ernennung von Bediensteten während der Anlaufzeit des Europäischen Patentamts regeln.

Die im **zwölften** Teil enthaltenen Schlußbestimmungen sehen u. a. vor, daß die Ausführungsordnung und die verschiedenen zum Übereinkommen gehörenden Protokolle Bestandteil des Übereinkommens sind. Darüber hinaus sind die allgemein üblichen Bestimmungen über Unterzeichnung, Ratifikation, Beitritt, Inkrafttreten, Laufzeit, Kündigung und die Regelung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten enthalten.

B

Zu den Vorschriften des Übereinkommens

Zum ersten Teil

Dieser Teil enthält in Kapitel I einige allgemeine Bestimmungen und in den darauf folgenden Kapiteln sogenannte institutionelle Bestimmungen betreffend die Europäische Patentorganisation (Kapitel II) und deren Organe, nämlich das Europäische Patentamt (Kapitel III) und den Verwaltungsrat (Kapitel IV), sowie schließlich in Kapitel V Finanzvorschriften.

Zu Kapitel I

Zu Artikel 1

Dieser Artikel umschreibt den Zweck des Übereinkommens, nämlich die Schaffung eines gemeinsamen, einheitlichen Patenterteilungsverfahrens für die Vertragsstaaten.

Zu Artikel 2

Die Patente, die nach dem in Artikel 1 vorgesehenen gemeinsamen Erteilungsverfahren erteilt worden sind, werden als „europäische Patente“ bezeichnet (Absatz 1).

Absatz 2 enthält den Grundsatz, daß ein europäisches Patent in den Staaten, für die es erteilt worden ist, dieselbe Wirkung hat und denselben Vorschriften unterliegt wie ein in diesen Staaten erteiltes nationales Patent; es soll also so behandelt werden, als ob es ein nationales Patent des betreffenden Vertragsstaats wäre.

Dies gilt insbesondere für die Rechtsstellung des Patentinhabers gegenüber Dritten und die Aufrechterhaltung und Nichtigkeit des Patents. Dabei werden allerdings die nationalen Regelungen in einigen Punkten durch einheitliche Bestimmungen des Übereinkommens ersetzt oder ergänzt. Diese einheitlichen Bestimmungen betreffen die Laufzeit des Patents (Artikel 63), den Schutz des unter Anwendung eines patentierten Verfahrens unmittelbar hergestellten Erzeugnisses (Artikel 64 Abs. 2), das Einspruchsverfahren und die Wirkung des Widerrufs eines europäischen Patents im Rahmen dieses Einspruchsverfahrens (Artikel 99 ff. und Artikel 68), den Schutzbereich eines europäischen Patents (Artikel 69), die Gründe für die Erklärung der Nichtigkeit eines europäischen Patents (Artikel 138) und die Jahresgebühren für ein europäisches Patent (Artikel 141).

Zu Artikel 3

Ziel des Übereinkommens ist die Zusammenfassung des Erteilungsverfahrens für Patentanmeldungen, mit denen sonst die Erteilung nationaler Patente beantragt worden wäre. Der Anmelder soll aber wie bisher frei darüber entscheiden können, in welchen Vertragsstaaten er Rechtsschutz erhalten möchte. Artikel 3 stellt daher klar, daß der Anmelder bestimmen kann, für welche und für wieviele Staaten er die Erteilung eines europäischen Patents begehrt.

Zu Artikel 4

Die Verwirklichung eines europäischen Erteilungsverfahrens setzt die Schaffung einer geeigneten europäischen Behörde oder Organisation voraus. Aus diesem Grund wird eine neue völkerrechtliche Organisation, die Europäische Patentorganisation, geschaffen. Sie hat zwei Organe: das Europäische Patentamt und den Verwaltungsrat.

Zu Kapitel II

In diesem Kapitel werden die Einzelheiten der Europäischen Patentorganisation geregelt.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel behandelt die Rechtsstellung der Europäischen Patentorganisation im öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Sinne. Als Völkerrechtssubjekt besitzt die Organisation eigene Rechtspersönlichkeit und hat als solche die volle Rechtsstellung einer juristischen Person. Die Vertretung nach außen wird vom Präsidenten des Europäischen Patentamts wahrgenommen.

Zu Artikel 6

Die Organisation hat ihren Sitz in München. Am Sitz der Organisation wird das Europäische Patentamt errichtet. Durch das Übereinkommen wird ferner festgelegt, daß das Europäische Patentamt eine Zweigstelle in Den Haag (Absatz 2) und eine Dienststelle in Berlin hat (Abschnitt I Nr. 3 des Zentralisierungsprotokolls), die der Zweigstelle in Den Haag untersteht. Nach Abschnitt I Nr. 1 Buchstabe c wird außerdem die zur Zeit bestehende IIB-Dienststelle in Rom als Dienststelle des Europäischen Patentamts übernommen werden.

Zu Artikel 7

Über die zu Artikel 6 genannten Dienststellen hinaus können unter den in Artikel 7 genannten Voraussetzungen weitere Dienststellen des Europäischen Patentamts zu Informations- oder Verbindungszwecken geschaffen werden. Diese Bestimmung soll sicherstellen, daß das Europäische Patentamt bei Bedarf auch in anderen Vertragsstaaten oder bei zwischenstaatlichen Organisationen, wie beispielsweise bei der Weltorganisation für geistiges Eigentum in Genf, Dienststellen errichten kann.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel regelt in Verbindung mit dem Protokoll über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Patentorganisation die Frage der Vorrechte und Immunitäten der Organisation und der bei ihr tätigen Personen. Bei diesem Protokoll dienten bereits bestehende Protokolle für internationale Organisationen als Vorlage; die darin vorgesehenen Vorrechte und Immunitäten sind entsprechend den Aufgaben der Organisation, die nicht politischer, sondern technischer Art sind, begrenzt.

Zu Artikel 9

Im Interesse der Rechtssicherheit wird ausdrücklich das Recht festgelegt, das für die vertragliche und außervertragliche Haftung der Europäischen Patentorganisation maßgebend sein soll. Für die vertragliche Haftung geht das Übereinkommen einen liberalen Weg, indem es das Recht für anwendbar erklärt, das auf Grund einer vertraglichen Vereinbarung oder nach anderen Rechtsgrundsätzen auf den Vertrag anzuwenden ist (Absatz 1). Die außervertragliche Haftung bestimmt sich nach deutschem Recht bzw., sofern es sich um Handlungen bei der Zweigstelle in Den Haag oder bei Dienststellen handelt, nach dem Recht des Vertragsstaats, in dem sich die betreffende Stelle befindet (Absatz 2).

In Absatz 3 wird klargestellt, daß sich die persönliche Haftung der Bediensteten des Europäischen Patentamts gegenüber der Europäischen Patentorganisation nach den das Innenverhältnis regelnden Vorschriften bestimmt.

Absatz 4 enthält eine Zuständigkeitsregelung für Klagen, in denen vertragliche oder außervertragliche Ansprüche gegen die Europäische Patentorganisation geltend gemacht werden. Vertragliche Ansprüche sind vor den Gerichten der Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen, wenn nicht die Parteien etwas anderes vereinbart haben. Außervertragliche Ansprüche sind vor den örtlich und sachlich zuständigen Gerichten des Vertragsstaats geltend zu machen, dessen Recht für die außervertragliche Haftung maßgebend ist. Absatz 4 ist in Zusammenhang mit Artikel 3 des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten zu sehen, der gewisse Immunitäten der Europäischen Patentorganisation und ihren Bediensteten gewährt.

Zu Kapitel III

Zu Artikel 10

An der Spitze des Europäischen Patentamts steht sein Präsident, der es leitet, und dem hierzu die erforderlichen Ermächtigungen durch das Übereinkommen selbst eingeräumt werden. Diese Festlegung erschien erforderlich, um seinen Aufgaben- und Verantwortungsbereich gegenüber dem Verwaltungsrat abzugrenzen. Der Präsident wird von mehreren Vizepräsidenten unterstützt, die ihn auch vertreten.

Zu Artikel 11

Der Präsident des Europäischen Patentamts sowie die Vizepräsidenten und die Mitglieder der Beschwerdekammern und der Großen Beschwerdekammer werden vom Verwaltungsrat ernannt. Die Vizepräsidenten werden jedoch erst nach Anhörung, die Mitglieder der Beschwerdekammern und der Großen Beschwerdekammer nur auf Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Patentamts ernannt. Alle anderen Bediensteten werden vom Präsidenten des Europäischen Patentamts ernannt (Artikel 10 Abs. 2 Buchstabe g), über die er auch die Disziplinargewalt besitzt. Demgegenüber übt der Verwaltungsrat die Disziplinargewalt über die von ihm ernannten Bediensteten aus.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel legt die Amtspflichten des Personals fest, die auch nach Beendigung der Amtstätigkeit fortwirken.

Zu Artikel 13

Nach diesem Artikel können die Bediensteten oder die ehemaligen Bediensteten des Europäischen Patentamts in Streitsachen mit dem Europäischen Patentamt unter bestimmten Voraussetzungen das Verwaltungsgericht der Internationalen Arbeitsorgani-

sation anrufen. Diese Voraussetzungen richten sich nach der Satzung des Gerichtshofs sowie nach dem Personalstatut, das gemäß Artikel 33 Abs. 2 Buchstabe b vom Verwaltungsrat erlassen wird.

Zu Artikel 14

Dieser Artikel enthält die für die Arbeit des Europäischen Patentamts außerordentlich wichtigen Bestimmungen über die im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt zu verwendenden Sprachen.

Die Amtssprachen des Europäischen Patentamts sind Deutsch, Englisch und Französisch. Das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt läuft daher in diesen Sprachen ab, so daß auch Anmeldungen grundsätzlich in einer dieser Sprachen eingereicht werden müssen (Absatz 1).

Nach Absatz 2 können Personen mit Sitz oder Wohnsitz in solchen Vertragsstaaten, in denen eine andere Sprache als Deutsch, Englisch oder Französisch Amtssprache ist, ihre Anmeldung in der betreffenden anderen Sprache einreichen, sofern sie innerhalb der in Regel 6 der Ausführungsordnung festgelegten Frist eine Übersetzung in einer Amtssprache des Europäischen Patentamts nachreichen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere Artikel 70 Abs. 1 zu beachten, wonach der Wortlaut einer europäischen Patentanmeldung in der Verfahrenssprache vor dem Europäischen Patentamt sowie in jedem Vertragsstaat die verbindliche Fassung darstellt. Aus dieser Bestimmung könnten sich unbillige Härten ergeben, wenn nämlich die Patentanmeldung nicht richtig übersetzt worden ist. Aus diesem Grund ist vorgesehen, daß die Übersetzung während des gesamten Verfahrens vor dem Europäischen Patentamt mit der Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung in Übereinstimmung gebracht werden kann (Artikel 14 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2). Die nach Absatz 2 eingeräumte Befugnis steht auch allen Angehörigen der betreffenden Vertragsstaaten zu, die ihren Wohnsitz im Ausland haben.

Die Amtssprache, in der die europäische Patentanmeldung eingereicht oder in die sie zulässigerweise übersetzt worden ist, wird als Verfahrenssprache bezeichnet, d. h. als die Sprache, in der die Anmeldung während des Erteilungsverfahrens behandelt wird (Absatz 3). Die Regeln 1 und 2 der Ausführungsordnung sehen hierzu Ausnahmen vor. Nach Regel 3 der Ausführungsordnung kann das Europäische Patentamt eine Änderung der Verfahrenssprache zulassen.

Nach Absatz 4 gilt die Regelung nach Absatz 2 auch für andere fristgebundene Schriftstücke, die von den in Absatz 2 genannten Personen eingereicht werden; es muß jedoch stets eine Übersetzung in der Verfahrenssprache nachgereicht werden, sofern nicht gemäß Regel 1 der Ausführungsordnung eine andere Sprache zugelassen ist.

In Absatz 5 werden die Rechtsfolgen für den Fall geregelt, daß ein Schriftstück, das nicht zur Patentanmeldung gehört, nicht in der vorgeschriebenen Sprache eingereicht oder eine Übersetzung nicht rechtzeitig nachgereicht worden ist. Das Schriftstück gilt dann als nicht eingegangen.

Die Europäische Patentanmeldung wird nur in der Verfahrenssprache veröffentlicht (Absatz 6). Es wird jedoch auf Artikel 67 Abs. 3 verwiesen, wonach die Vertragsstaaten vorsehen können, daß die europäische Patentanmeldung erst dann einen vorläufigen Schutz gewährt, wenn eine Übersetzung der Patentansprüche aus der Verfahrenssprache in eine der Amtssprachen des betreffenden Vertragsstaats der Öffentlichkeit zugänglich gemacht oder dem jeweiligen Benutzer der Erfindung übermittelt worden ist.

Nach Absatz 7 werden auch europäische Patentschriften in der Verfahrenssprache veröffentlicht; sie enthalten jedoch je eine Übersetzung der Patentansprüche in den beiden anderen Amtssprachen des Europäischen Patentamts. Diese Übersetzungen müssen gemäß Regel 51 Abs. 4 Satz 1 vom Anmelder eingereicht werden. Darüber hinaus kann ein Vertragsstaat auf Grund von Artikel 65 eine Übersetzung der gesamten Patentschrift in einer seiner Amtssprachen verlangen.

In Absatz 8 wird bestimmt, daß das europäische Patentblatt und das Amtsblatt des Europäischen Patentamts in den drei Amtssprachen veröffentlicht werden.

In Absatz 9 wird klargestellt, daß auch die Eintragungen in das Europäische Patentregister in den drei Amtssprachen des Europäischen Patentamts vorgenommen werden, wobei in Zweifelsfällen die Eintragung in der Verfahrenssprache maßgebend sein soll.

Zu den Artikeln 15 ff.

In diesen Artikeln wird auf die verschiedenen Verfahrensorgane des Europäischen Patentamts eingegangen. Die Befugnisse und die Zusammensetzung dieser Organe werden genau beschrieben. Mit diesen Bestimmungen wird eine Ausgewogenheit zwischen einer zweckdienlichen Bearbeitung und einer größtmöglichen Rechtssicherheit für den Anmelder angestrebt. Neben die Organe der ersten Instanz, nämlich die Eingangsstelle, die Recherchenabteilung, die Prüfungsabteilung, die Rechtsabteilung und die Einspruchsabteilung treten in der zweiten Instanz die Beschwerdekammern und die Große Beschwerdekammer. Die Einspruchsabteilung nimmt allerdings eine gewisse Sonderstellung insofern ein, als sie auf Grund ihrer Besetzung (Artikel 19 Abs. 2) und der Öffentlichkeit ihrer Verhandlungen (Artikel 116 Abs. 4) mehr einem Organ der zweiten Instanz gleicht.

Ein besonderes Organ bildet die Große Beschwerdekammer (Artikel 22). Sie entscheidet über Rechtsfragen, die ihr von einer Beschwerdekammer vorgelegt werden. Ihre Entscheidungen sind in dem der Vorlage zugrunde liegenden Beschwerdeverfahren bindend. Darüber hinaus kommt der Großen Beschwerdekammer auch die Rolle eines Gutachters über Rechtsfragen zu, die an sie vom Präsidenten des Europäischen Patentamts herangetragen werden (vgl. Artikel 112 Abs. 1 Buchstabe b).

Zu den Artikeln 23 und 24

Die Beschwerdekammern und die Große Beschwerdekammer sind gerichtlichen Spruchkörpern nachgebildet. Dementsprechend sind im Übereinkommen Garantien für ihre Unabhängigkeit und Unparteilichkeit vorgesehen. Die Mitglieder der Großen Beschwerdekammer und der Beschwerdekammern werden auf Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Patentamts vom Verwaltungsrat (Artikel 11 Abs. 3) für einen Zeitraum von fünf Jahren ernannt (Artikel 23). Sie können vom Verwaltungsrat wiederernannt werden; in diesem Fall wird zwar der Präsident des Europäischen Patentamts angehört (Artikel 11 Abs. 3), der Verwaltungsrat ist jedoch an die Auffassung des Präsidenten nicht gebunden und entscheidet allein über die Wiederernennung. Darüber hinaus übt der Verwaltungsrat zwar die Disziplinargewalt über die Mitglieder dieser Kammern aus, er kann diese jedoch nur bei Vorliegen schwerwiegender Gründe auf Vorschlag der Großen Beschwerdekammer ihrer Funktion entheben (Artikel 23 Abs. 1). Die Mitglieder dürfen nicht zugleich Mitglied eines Organs der ersten Instanz sein (Artikel 23 Abs. 2). Sie sind für ihre Entscheidungen nicht an Weisungen gebunden (Artikel 23 Abs. 3). Ihre Unparteilichkeit wird durch Artikel 24 gewährleistet, wonach sie in bestimmten Fällen von der Mitwirkung in einem Verfahren kraft des Übereinkommens ausgeschlossen sind oder abgelehnt werden können. Um Verfahrensverzögerungen entgegenzuwirken, ist jedoch vorgesehen, daß eine Ablehnung nicht mehr zulässig ist, wenn der Beteiligte im Verfahren bereits Anträge gestellt oder Stellungnahmen abgegeben hat, obwohl ihm der Ablehnungsgrund bekannt war.

Zu Artikel 25

Nach Artikel 25 ist das Europäische Patentamt verpflichtet, nationalen Gerichten, die mit einer Verletzungs- oder Nichtigkeitsklage befaßt sind, auf Ersuchen technische Gutachten über europäische Patente zu erstatten. Das nationale Gericht ist nicht an die in dem Gutachten zum Ausdruck kommende Auffassung des Europäischen Patentamts gebunden.

Zu Kapitel IV

Dieses Kapitel befaßt sich mit der Funktion und den Aufgaben des Verwaltungsrats.

Seine wichtigsten Befugnisse sind:

1. die Überwachung der Tätigkeit des Europäischen Patentamts (Artikel 4 Abs. 3 und Artikel 10 Abs. 2 Buchstabe e), die Haushaltsbefugnisse (Artikel 46 Abs. 2), die Ernennung hoher Beamter beim Europäischen Patentamt einschließlich der Disziplinargewalt (Artikel 11 und 23 Abs. 1), die Schaffung von Dienststellen des Europäischen Patentamts (Artikel 7), die Ermächtigung zum Abschluß wichtiger Abkommen (Artikel 33 Abs. 4), die Beschlüsse über die Beiträge der Vertragsstaaten (Artikel 39 und 40), die Beschlüsse über Aufgaben des Europäischen Patentamts im Rahmen des Patentrechtsabkommens (Artikel 151, 154 bis 157), die Einladung an Nicht-

mitgliedstaaten zum Beitritt (Artikel 166) und die Einberufung von Revisionskonferenzen (Artikel 172);

2. Befugnisse zum Erlaß und zur Änderung von Vorschriften (Artikel 33): wie z. B. Änderung der im Übereinkommen festgesetzten Fristen, die Änderung der Ausführungsordnung und Erlaß anderer Regelungen.

Der in Artikel 33 aufgestellte Katalog ist durch Artikel 162 für die Frage der stufenweisen Ausdehnung des Tätigkeitsbereichs des Europäischen Patentamts erweitert.

Zu Artikel 26

Artikel 26 regelt die Zusammensetzung des Verwaltungsrats. Jeder Staat entsendet einen Vertreter und einen Stellvertreter in den Verwaltungsrat. Diese können Berater oder Sachverständige hinzuziehen.

Zu Artikel 27

Nach diesem Artikel wählt der Verwaltungsrat aus seiner Mitte einen Präsidenten und einen Vize-Präsidenten.

Wird die Anzahl der Mitglieder zu groß, so daß eine schnelle Beschlußfassung nicht mehr ohne weiteres möglich ist, so kann der Verwaltungsrat ein Präsidium bilden, das die Aufgaben wahrnimmt, die ihm der Verwaltungsrat zuweist (Artikel 28).

Zu Artikel 29 bis 32

Artikel 29 regelt die Einzelheiten der Einberufung und des Ablaufs der Tagungen des Verwaltungsrats.

Nach Artikel 30 können bestimmte zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen unter bestimmten Voraussetzungen an den Tagungen des Verwaltungsrats als Beobachter teilnehmen. Die Weltorganisation für geistiges Eigentum wird auf Grund eines noch zu schließenden Abkommens auf den Tagungen des Verwaltungsrats als Beobachter vertreten sein.

Entsprechend den Amtssprachen des Europäischen Patentamts bedient sich auch der Verwaltungsrat der deutschen, englischen und französischen Sprache. Die dem Verwaltungsrat unterbreiteten Dokumente sowie die Sitzungsprotokolle werden in den drei genannten Sprachen erstellt (Artikel 31). Da der Verwaltungsrat kein eigenes Personal und keine eigenen Räumlichkeiten besitzt, werden diese ihm vom Europäischen Patentamt zur Verfügung gestellt (Artikel 32).

Zu Artikel 33

Artikel 33 enthält eine Aufzählung der bereits genannten Befugnisse des Verwaltungsrats.

Zu Artikel 34 ff.

Nach Artikel 34 sind nur die Vertragsstaaten im Verwaltungsrat stimmberechtigt, wobei jeder Vertragsstaat grundsätzlich nur über eine Stimme ver-

fügt. In den Fällen der Annahme oder Änderung der Gebührenordnung sowie bei Beschlüssen über bestimmte finanzielle Regelungen können die Vertragsstaaten jedoch verlangen, daß die Stimmen der Staaten nach einem in Artikel 36 vorgesehenen Verfahren gewogen werden. Damit wird bezweckt, daß die Staaten mit einer umfangreichen Tätigkeit auf dem Gebiet des Patentwesens auch ein größeres finanzielles Mitspracherecht erhalten. Da jedoch gemäß Artikel 36 Abs. 2 Buchstabe d die Zahl der Stimmen eines Vertragsstaates höchstens dreißig betragen darf, wird die Einflußnahme der bedeutenderen Staaten wieder begrenzt, so daß der Stimmeneinfluß nur geringfügig über dem der „durchschnittlichen“ Staaten liegt.

Nach Artikel 35 Abs. 2 faßt der Verwaltungsrat seine Beschlüsse in den in der Vorschrift genannten besonderen Angelegenheiten, die von größerer Bedeutung sind, mit Dreiviertelmehrheit; alle anderen Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt (Artikel 35 Abs. 1).

Zu Kapitel V

Dieses Kapitel enthält die Finanzvorschriften.

Zu den Artikeln 37 ff.

In Artikel 37 wird erläutert, wie die Ausgaben der Organisation gedeckt werden sollen. Dies geschieht wie folgt:

- a) durch eigene Mittel (Gebühren im Zusammenhang mit der Patenterteilung),
- b) durch Zahlungen der Vertragsstaaten in Höhe eines Prozentsatzes der von ihnen für die Aufrechterhaltung der europäischen Patente in diesen Staaten erhobenen Gebühren,
- c) durch besondere Finanzbeiträge der Vertragsstaaten und schließlich
- d) durch Einnahmen aus der Durchführung von besonderen Aufgaben für eine Gruppe von Vertragsstaaten, wie etwa der Übernahme von Aufgaben im Rahmen des künftigen Gemeinschaftspatentübereinkommens (vgl. Artikel 146 und 143).

Die unter den Buchstaben a) und b) genannten Mittel bilden die normalen Einnahmequellen des Europäischen Patentamts. Durch diese Mittel sollen auf längere Sicht sämtliche Ausgaben der Organisation gedeckt werden. Dies ergibt sich aus Artikel 40 Abs. 1. Soweit dies nötig ist, was vor allem in der Anfangszeit der Fall sein wird, werden nach dem in Artikel 40 Abs. 3 vorgesehenen Schlüssel besondere Finanzbeiträge erhoben. Auf Grund dieses Schlüssels haben Staaten mit einer umfangreicheren Patenttätigkeit einen größeren Beitrag zu entrichten, wobei sowohl die Anzahl der in den betreffenden Staaten eingereichten Patentanmeldungen als auch die Anzahl der Anmeldungen, die von den betreffenden Staatsangehörigen im Ausland eingereicht werden (sogenannter Patentexport) berücksichtigt werden. Da auf Grund dieses letztgenannten Kriteriums der Beitrag einiger Staaten unverhältnismäßig hoch sein kann, wurde in Absatz 3 letzter Satz bestimmt, daß bei Staaten, bei denen jährlich mehr

als 25 000 Patentanmeldungen eingereicht werden (dies dürften die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich sein), die Beiträge, die sie infolge des Aufbringungsschlüssels zu entrichten hätten, zusammengefaßt und erneut im Verhältnis der Gesamtzahl der in diesen Staaten eingereichten Patentanmeldungen aufgeteilt werden.

Die besonderen Finanzbeiträge werden mit Zinsen zurückgezahlt, sobald die Mittel dafür vorhanden sind (Artikel 40 Abs. 6). Nach den bisher aufgestellten Berechnungen kann im zwölften Jahr nach der Eröffnung des Europäischen Patentamts mit der Rückzahlung der besonderen Finanzbeiträge begonnen und diese etwa im 26. Jahr nach der Eröffnung abgeschlossen werden.

Artikel 41 bestimmt, daß die Vertragsstaaten auf Antrag des Präsidenten des Europäischen Patentamts Vorschüsse auf ihre Zahlungen zu gewähren haben.

Die Artikel 42 bis 49 betreffen den Haushaltsplan. Dieser wird vom Präsidenten des Europäischen Patentamts aufgestellt und vom Verwaltungsrat festgestellt.

Die Artikel 50 und 51 bilden die Grundlage für den Erlass der Finanzordnung und der Gebührenordnung.

Zum zweiten Teil

Der zweite Teil enthält das im Erteilungsverfahren zu berücksichtigende materielle Patentrecht. Er regelt in Kapitel I die materiellen Voraussetzungen, denen eine Erfindung genügen muß, um für die Erteilung eines europäischen Patents in Betracht zu kommen, in Kapitel II das Recht zur Anmeldung europäischer Patente sowie das Recht auf das europäische Patent und die damit zusammenhängenden Fragen, in Kapitel III die Wirkungen der europäischen Patentanmeldungen und des europäischen Patents und in Kapitel IV schließlich die europäische Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens.

Zu Kapitel I

Dieses Kapitel befaßt sich mit den materiellen Voraussetzungen für die Patentierbarkeit. Da erwartet wird, daß alle Vertragsstaaten dieses Übereinkommens auch das Straßburger Patentübereinkommen (im folgenden auch als Straßburger Übereinkommen bezeichnet) ratifizieren werden, sind die Patentierbarkeitsvoraussetzungen an das Straßburger Übereinkommen angepaßt worden, wobei allerdings auch die Bestimmungen des Patentrechtszusammenarbeitsvertrags berücksichtigt worden sind.

Zu Artikel 52

In Absatz 1 wird bestimmt, für welche Erfindungen europäische Patente erteilt werden. Die hierfür geforderten Voraussetzungen stimmen mit Artikel 1 des Straßburger Patentübereinkommens völlig überein.

Die internationale Diskussion hat gezeigt, daß hinsichtlich einiger Gegenstände und Tätigkeiten unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, ob es sich dabei überhaupt um Erfindungen handelt. Im Interesse der Rechtssicherheit wird daher in Absatz 2 in Anlehnung an Regel 39.1 der Ausführungsordnung zum Patentrechtsübereinkommen aufgezählt, was auf keinen Fall als eine Erfindung anzusehen ist.

In Absatz 3 wird hinsichtlich des in Absatz 2 enthaltenen Negativkatalogs klargestellt, daß dieser nur soweit geht, als er sich auf die genannten Gegenstände oder Tätigkeiten als solche bezieht. So ist beispielsweise die bloße Erkenntnis naturgesetzlicher Vorgänge eine nicht patentfähige Entdeckung. Die Anwendung dieser Erkenntnis zu einem bestimmten technischen Zweck dagegen kann im Einzelfall erfinderisch sein.

Absatz 4 steht im Zusammenhang mit dem in Absatz 1 aufgestellten Erfordernis der gewerblichen Anwendbarkeit, das in Artikel 57 näher definiert ist. In Übereinstimmung mit dem Rechtszustand in der Bundesrepublik Deutschland wird in Satz 1 bestimmt, daß heilkundliche Verfahren nicht als gewerblich anwendbare Erfindungen angesehen werden können. Dabei wird in Satz 2 klargestellt, daß diese Einschränkung nicht für Erzeugnisse gilt, die in einem dieser heilkundlichen Verfahren angewendet werden sollen. Diese Erzeugnisse sind also grundsätzlich patentierbar.

Zu Artikel 53

Während in Artikel 52 Abs. 2 Gegenstände und Tätigkeiten aufgeführt sind, die nicht als Erfindungen angesehen werden, enthält Artikel 53 zwei Gruppen von Erfindungen, die an sich die Patentierbarkeitsvoraussetzungen nach Artikel 52 Abs. 1 erfüllen mögen, gleichwohl aber dem Patentschutz nicht zugänglich sind. Die erste Gruppe betrifft Erfindungen, deren Veröffentlichung oder Verwertung gegen die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten verstoßen würde, während die andere Pflanzensorten und Tierarten einschließlich der Züchtungsverfahren umfaßt. Aus diesem letztgenannten Bereich sind allerdings nichtbiologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen und Tieren sowie mikrobiologische Verfahren und die mit Hilfe dieser Verfahren gewonnenen Erzeugnisse ausgenommen, die demnach grundsätzlich patentfähig sind. Artikel 53 ist nahezu wörtlich aus Artikel 2 des Straßburger Übereinkommens übernommen.

Zu Artikel 54

Dieser Artikel enthält eine nähere Beschreibung des in Artikel 52 Abs. 1 aufgestellten Erfordernisses der Neuheit, die sich eng an Artikel 4 des Straßburger Übereinkommens anlehnt. Danach gilt als neu, was nicht zum sogenannten Stand der Technik gehört (Absatz 1). Den Stand der Technik bildet alles, was vor dem Anmeldetag der Patentanmeldung der Öffentlichkeit irgendwo in der Welt in irgendeiner Weise zugänglich gemacht worden ist (Absatz 2).

Ein besonderes Problem ergibt sich in diesem Zusammenhang aus der Tatsache, daß europäische Patentanmeldungen kurz nacheinander für denselben Gegenstand eingereicht werden können. Da die frühere Anmeldung oft erst nach dem Zeitpunkt veröffentlicht wird (vgl. Artikel 93), zu dem die spätere Anmeldung eingereicht worden ist, gehört sie an sich nicht zum Stand der Technik, so daß die spätere Anmeldung neu wäre und auf diese Weise für ein und dieselbe Erfindung zwei verschiedene Patente erteilt werden würden. Um einen solchen doppelten Schutz zu vermeiden, dehnt Absatz 3 den Stand der Technik fiktiv auch auf den Inhalt früherer europäischer Anmeldungen aus, die erst an oder nach dem Anmeldetag der jüngeren Anmeldung veröffentlicht worden sind. Absatz 3 macht damit von der Ermächtigung des Artikels 4 Abs. 3 des Straßburger Übereinkommens Gebrauch.

Da europäische Patente mit Wirkung nur für bestimmte Staaten erteilt werden, kann sich das Problem des Doppelschutzes nur für die Staaten stellen, die sowohl in der älteren als auch in der jüngeren Patentanmeldung genannt worden sind. Aus diesem Grund wird in Absatz 4 bestimmt, daß die nach Absatz 3 vorgesehene fiktive Erweiterung des Standes der Technik nur insoweit gilt, als die ältere europäische Patentanmeldung für den Staat eingereicht worden ist, der auch in der jüngeren europäischen Patentanmeldung benannt worden ist. Wird allerdings die Benennung eines Staates in der älteren europäischen Patentanmeldung nach der Veröffentlichung dieser Anmeldung zurückgenommen, so wird sie weiterhin im Verhältnis zur jüngeren europäischen Patentanmeldung als Stand der Technik berücksichtigt, obwohl für den Staat, dessen Benennung zurückgenommen worden ist, auf Grund der älteren europäischen Patentanmeldung ein europäisches Patent nicht erteilt werden kann. Der in gleicher Weise entstehende Konflikt zwischen älterem und jüngerem Recht, der im Verhältnis zwischen nationalen und europäischen Rechten entstehen kann, wird durch Artikel 139 geregelt.

Absatz 5 enthält eine Bestimmung für Stoffe und Stoffgemische, die bekannt sind und daher zum Stand der Technik gehören. Diese können gleichwohl patentierbar sein, wenn sie zur Anwendung in einem nach Artikel 52 Abs. 4 vom Patentschutz ausgeschlossenen Heilverfahren bestimmt sind und ihre Anwendung für dieses Verfahren neu ist.

Zu Artikel 55

Absatz 1 dieses Artikels betrifft Erfindungen, die zwar offenbart worden sind, dennoch aber als neu gelten sollen. Im ersten Fall geht es darum, daß die Offenbarung der Erfindung auf einen Mißbrauch zum Nachteil des Anmelders oder seines Rechtsvorgängers zurückgeht (Buchstabe a). Der zweite Fall betrifft ein Problem des sogenannten Ausstellungsschutzes (Buchstabe b). Hat der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger die Erfindung auf einer bestimmten internationalen Ausstellung zur Schau gestellt, wobei praktisch nur Ausstellungen im Range einer Weltausstellung in Frage kommen, so sind das Zurschaustellen und die darauf zurückgehenden Offenbarungen nicht neuheitsschädlich.

Die in Buchstaben a und b genannten Offenbarungen bleiben allerdings nur dann außer Betracht, wenn sie nicht früher als 6 Monate vor Einreichung der europäischen Patentanmeldung erfolgt sind. Artikel 55 entspricht dem Sinn und Zweck des Artikels 4 Abs. 4 des Straßburger Übereinkommens. Mit Rücksicht auf Artikel 54 Abs. 3 stellt er jedoch klar, daß es sich nicht — wie nach dem Wortlaut des Straßburger Übereinkommens — um eine innerhalb von 6 Monaten, sondern um eine nicht früher als 6 Monate vor der Einreichung der europäischen Patentanmeldung liegende Offenbarung handeln muß. Wenn nämlich im Falle des Buchstaben a der Dritte die widerrechtlich entnommene Erfindung zwar innerhalb von 6 Monaten vor der Anmeldung des Berechtigten zur Erteilung eines europäischen Patents eingereicht hat, diese jedoch noch nicht veröffentlicht worden ist, so würde die ältere Anmeldung des Nichtberechtigten nach dem Wortlaut des Artikels 4 Abs. 4 des Straßburger Übereinkommens in Verbindung mit Artikel 54 Abs. 3 des Europäischen Patentübereinkommens als Stand der Technik gelten, so daß die Anmeldung des Berechtigten mangels Neuheit zurückzuweisen wäre. Dieses Ergebnis würde aber gerade dem mit Artikel 4 Abs. 4 des Straßburger Übereinkommens verfolgten Schutzzweck zuwiderlaufen. Nach einhelliger Auffassung der an der Ausarbeitung des Europäischen Patentübereinkommens beteiligten Delegationen steht die hier erfolgte Klarstellung im Einklang mit dem Straßburger Übereinkommen.

In Absatz 2 wird bestimmt, daß der Anmelder sich auf die Schonfrist nach Absatz 1 nur berufen kann, wenn er schon bei Einreichung seiner Patentanmeldung die Zurschaustellung angibt und unter den in Regel 23 der Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen vorgeschriebenen Bedingungen eine Bescheinigung über die Ausstellung der Erfindung einreicht.

Zu Artikel 56

Dieser Artikel lehnt sich eng an Artikel 5 des Straßburger Übereinkommens an. Er enthält eine Definition der nach Artikel 52 Abs. 1 erforderlichen „erfinderischen Tätigkeit“. Nach Satz 1 ist das Erfordernis der erfinderischen Tätigkeit erfüllt, wenn sich die Erfindung für den Fachmann nicht in naheliegender Weise aus dem in Artikel 54 beschriebenen Stand der Technik ergibt.

Satz 2 schränkt die Berücksichtigung des fiktiven Standes der Technik nach Artikel 54 Abs. 3 ein. Der mit der Einbeziehung der älteren Rechte in den Stand der Technik verfolgte Zweck, Doppelpatentierungen zu vermeiden, wird bereits durch die Bestimmung des Artikel 54 Abs. 3 voll erreicht. Es würde die Position des Erfinders unangemessen schwächen, wenn ein zum Zeitpunkt der Einreichung der jüngeren Anmeldung der Öffentlichkeit, und damit auch dem Erfinder nicht zugängliches Wissen bei der Beurteilung der Erfindungshöhe berücksichtigt werden würde. Aus diesem Grund ist in Satz 2 bestimmt, daß Unterlagen im Sinne des Artikel 54 Abs. 3 bei Beurteilung der erfinderischen Tätigkeit nicht berücksichtigt werden dürfen.

Zu Artikel 57

Dieser Artikel ist wörtlich aus Artikel 3 des Straßburger Übereinkommens übernommen. Er enthält eine Definition der nach Artikel 52 Abs. 1 geforderten gewerblichen Anwendbarkeit.

Zu Kapitel II

Dieses Kapitel enthält Bestimmungen über die Frage des Rechts zur Einreichung europäischer Patentanmeldungen sowie des Rechts auf das europäische Patent und damit im Zusammenhang stehende Fragen, die sich für das Erteilungsverfahren ergeben.

Zu Artikel 58

In diesem Artikel wird der Grundsatz der freien Akzessibilität ausgesprochen. Das europäische Patenterteilungsverfahren steht jedermann ungeachtet seiner Staatsangehörigkeit offen.

Zu Artikel 59

Hier wird der Erfahrung Rechnung getragen, daß Erfindungen häufig mehreren Personen zustehen. In solchen Fällen soll es möglich sein, daß eine Patentanmeldung auch von gemeinsamen Anmeldern oder von mehreren Anmeldern, die jeweils verschiedene Vertragsstaaten benennen, eingereicht werden. Im Übereinkommen ist sichergestellt, daß in solchen Fällen die Einheitlichkeit der europäischen Anmeldung nicht beeinträchtigt wird (vgl. Artikel 118).

Zu Artikel 60

Artikel 60 bestimmt im einzelnen, wem das Recht auf das europäische Patent zusteht. Es ist dies grundsätzlich der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger (Absatz 1 Satz 1), sofern es sich um einen sogenannten freien Erfinder handelt. Ist dagegen die Erfindung das Werk eines Arbeitnehmers, so wird auf das nationale Recht des Staates verwiesen, in dem der Arbeitnehmer überwiegend beschäftigt ist (Absatz 1 Satz 2 Halbsatz 1). Da es insbesondere bei grenzüberschreitender Tätigkeit des Arbeitnehmers schwierig sein kann, festzustellen, wo der Arbeitnehmer überwiegend beschäftigt ist, ist in Absatz 1 Satz 2 Halbsatz 2 bestimmt, daß in diesen Fällen das nationale Recht des Staates maßgebend sein soll, in dem der Arbeitgeber seinen Betrieb unterhält, dem der Arbeitnehmer angehört. In den Fällen der sogenannten Arbeitnehmererfindungen hängt es also von dem jeweiligen anwendbaren nationalen Recht ab, ob das Recht auf das europäische Patent dem Arbeitnehmer oder dem Arbeitgeber zusteht.

Ist die gleiche Erfindung unabhängig voneinander von zwei verschiedenen Erfindern gemacht worden, so stellt sich die Frage, ob das Recht auf das europäische Patent den nach Absatz 1 Berechtigten gemeinsam oder aber nach dem Prioritätsgrundsatz dem zustehen soll, der als erster die Erfindung zum europäischen Patent angemeldet hat. In Absatz 2 ist der zweiten Alternative der Vorzug gegeben worden. Stehen sich also mehrere an sich nach Absatz 1 Berechtigte gegenüber, deren Erfindungen un-

abhängig voneinander gemacht worden sind, so steht das Recht auf das europäische Patent demjenigen zu, dessen europäische Patentanmeldung den früheren Anmeldetag hat. Allerdings soll dieser Grundsatz nur dann gelten, wenn die frühere Anmeldung nach Artikel 93 veröffentlicht worden ist (Absatz 2 Halbsatz 2). Wird sie also vor dieser Veröffentlichung zurückgenommen oder zurückgewiesen oder gilt sie als zurückgenommen, so steht das Recht auf das europäische Patent dem zweiten Anmelder zu.

Um das Europäische Patentamt nicht mit der Frage zu belasten, ob der Anmelder auch der wahre Berechtigte ist, ist in Absatz 3 bestimmt worden, daß in Verfahren vor dem Europäischen Patentamt der Anmelder als berechtigt gilt, das Recht auf das europäische Patent geltend zu machen. Absatz 3 entspricht dem im Verfahren vor dem Deutschen Patentamt zu beachtenden § 4 Abs. 1 des Patentgesetzes.

Zu Artikel 61

Für den Fall, daß die europäische Patentanmeldung von einer Person eingereicht worden ist, die gemäß Artikel 60 Abs. 1 nicht dazu berechtigt ist, stehen demjenigen, dem der Anspruch auf Erteilung des europäischen Patents durch eine rechtskräftige Entscheidung zuerkannt worden ist, innerhalb von drei Monaten nach der Rechtskraft der Entscheidung folgende drei Möglichkeiten offen: Er kann die Anmeldung als eigene Anmeldung weiterverfolgen, eine neue Patentanmeldung einreichen oder beantragen, daß die anhängige Anmeldung zurückgewiesen wird. Reicht der Berechtigte eine neue Anmeldung ein, so gilt die frühere Patentanmeldung mit dem Tag der neuen Anmeldung als zurückgenommen (Regel 15 der Ausführungsordnung).

Die neue Anmeldung darf aber keinen anderen Gegenstand als den der ursprünglichen Anmeldung betreffen. Andernfalls kann der ursprüngliche Anmeldetag nicht geltend gemacht werden. Weitere Vorschriften sind in Regel 15 enthalten. Regel 16 trifft besondere Vorkehrungen für den Fall, daß das Recht auf das europäische Patent einer anderen Person nur zum Teil zugesprochen worden ist.

Da das europäische Patent mit Wirkung für bestimmte Vertragsstaaten erteilt wird, darf das Europäische Patentamt den Übergang der Berechtigung nur für die Vertragsstaaten anerkennen, in denen die rechtskräftige Entscheidung ergangen oder auf Grund eines zwei- oder mehrseitigen Vertrags oder auf Grund des Anerkennungsprotokolls anzuerkennen ist.

Ist das gerichtliche Verfahren, in dem der Anspruch auf Erteilung des europäischen Patents geltend gemacht wird, noch anhängig, so kann der Kläger beim Europäischen Patentamt die Aussetzung des Erteilungsverfahrens beantragen. Hierfür enthält Regel 13 der Ausführungsordnung eine ausführliche Regelung. Um den Berechtigten vor schädigenden Verfügungen des Anmelders zu bewahren, ist in der Regel 14 der Ausführungsordnung ausdrücklich vorgeschrieben, daß der Anmelder während der Aussetzung des Verfahrens die Anmeldung nicht zurücknehmen kann.

Zu Artikel 62

Unabhängig von der Frage, wem das Recht auf das europäische Patent zusteht, ist das sogenannte Erfinderrecht zu beurteilen, d. h. der Anspruch des Erfinders, als solcher nach außen in Erscheinung zu treten. Nach Artikel 62 kann der Erfinder von dem Anmelder oder Inhaber des europäischen Patents verlangen, vor dem Europäischen Patentamt als Erfinder genannt zu werden. In Ergänzung hierzu schreibt Artikel 81 vor, daß in der europäischen Patentanmeldung stets der Erfinder zu nennen ist.

Zu Kapitel III

In diesem Kapitel sind die Wirkungen des europäischen Patents und der europäischen Patentanmeldung geregelt.

Zu Artikel 63

Das erteilte europäische Patent hat zwar grundsätzlich die Wirkungen eines nationalen Patents, so daß es nach seiner Erteilung den Vorschriften des nationalen Rechts unterliegt. Von diesem Grundsatz sind im Interesse einer weitergehenden Rechtsvereinheitlichung einige Ausnahmen gemacht worden. Eine der Ausnahmen betrifft die hier geregelte Laufzeit des europäischen Patents, die einheitlich in allen Vertragsstaaten vom Anmeldetag an gerechnet 20 Jahre beträgt.

Zu Artikel 64

Im Einklang mit dem Grundsatz, daß ein europäisches Patent in jedem Staat, für den es erteilt worden ist, den dort geltenden nationalen Rechtsvorschriften unterworfen ist, soll sich nach Absatz 1 der Umfang des mit der Erteilung des Patents entstandenen Rechtsschutzes nach dem nationalen Recht richten. Eine gewisse Einschränkung des nationalen Rechts findet jedoch in den Fällen statt, in denen es darum geht, das durch ein patentiertes Verfahren hergestellte Erzeugnis zu schützen. Absatz 2, der inhaltlich dem deutschen Patentgesetz entspricht (§ 6 Satz 2 des Patentgesetzes) dehnt den Verfahrensschutz auf die durch das Verfahren unmittelbar hergestellten Erzeugnisse aus. Besondere Bedeutung kommt Absatz 2 für den Patentschutz in den Staaten zu, die von dem in Artikel 167 Abs. 2 Buchstabe a) vorgesehenen Vorbehalt Gebrauch machen. Diese Staaten können während einer Übergangszeit den europäischen Patentschutz chemischen Erzeugnissen sowie Nahrungs- und Arzneimitteln vorenthalten. Dies gilt jedoch nur für den Schutz der betreffenden Erzeugnisse als solche; der Schutz des Verfahrens zwecks Herstellung des Erzeugnisses darf nicht ausgeschlossen werden.

Zu Artikel 65

Nach Absatz 1 kann jeder Staat vorschreiben, daß zu einem für diesen Staat erteilten Patent, das nicht in einer seiner Amtssprachen abgefaßt ist, innerhalb einer bestimmten Frist eine Übersetzung eingereicht wird. Absatz 2 fügt hinzu, daß der betreffende Staat vorschreiben kann, daß die Kosten für eine Veröf-

fentlichung der Übersetzung ganz oder teilweise vom Anmelder entrichtet werden. Auch für die Entrichtung der Kosten kann der Staat eine Frist festlegen.

Wenn innerhalb der festgelegten Frist keine Übersetzung eingereicht worden ist oder die Kosten für die Veröffentlichung nicht entrichtet worden sind, so gelten die Wirkungen des Patents in dem betreffenden Staat als von Anfang an nicht eingetreten (Absatz 3).

Zu Artikel 66

Eine europäische Patentanmeldung, die den Erfordernissen des Artikels 80 genügt und deren Anmeldetag folglich feststeht, hat in den benannten Staaten die Wirkung einer vorschriftsmäßigen nationalen Hinterlegung. Diese fiktive Gleichstellung ist besonders wichtig, wenn auf der Grundlage einer europäischen Anmeldung in einem anderen Staat, der der Pariser Verbandsübereinkunft beigetreten ist, eine Anmeldung eingereicht wird. Ferner ist sie von Bedeutung, wenn der Anmelder seine europäische Patentanmeldung in eine nationale Anmeldung umwandeln will (vgl. Artikel 135 bis 137).

Zu Artikel 67

Artikel 67 enthält eine Regelung bezüglich der Rechte, die sich aus einer Patentanmeldung ergeben, wenn sie gemäß Artikel 93 veröffentlicht worden ist. Die Vertragsstaaten haben in diesem Fall die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten. Sehen sie keine besonderen Bestimmungen vor, so genießt die Patentanmeldung gemäß Absatz 1 — wenn auch noch vorläufig — denselben Schutz wie das europäische Patent, d. h. den im nationalen Recht des jeweiligen Vertragsstaats für erteilte Patente vorgesehenen Schutz (vgl. Artikel 64 Abs. 1).

Nach Absatz 2 können die Staaten allerdings diesen einstweiligen Schutz anders gestalten. Sie sind dabei aber an folgende Beschränkungen gebunden: Der Schutz darf nicht geringer sein als der Schutz, der sich aus einer nach zwingender Vorschrift veröffentlichten ungeprüften nationalen Anmeldung ergibt; ferner muß der Anmelder zumindest die Möglichkeit haben, für die Zeit ab der Veröffentlichung der Anmeldung von Dritten, welche die Erfindung unter Voraussetzungen benutzt haben, die im Falle eines nationalen Patents bei einer Patentverletzung ihr Verschulden begründet hätten, eine angemessene Entschädigung zu verlangen.

Des weiteren kann jeder Staat gemäß Absatz 3 für den Fall, daß die Anmeldung nicht in einer seiner Amtssprachen abgefaßt ist, vorsehen, daß der einstweilige Schutz erst von dem Tag an eintritt, an dem der Anmelder eine Übersetzung der Patentansprüche in einer der in Absatz 3 Buchstaben a und b vorgesehenen Art und Weise vorgelegt hat und, im Fall des Buchstaben a, die Übersetzung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist.

Die vorstehend beschriebenen Wirkungen einer europäischen Patentanmeldung gelten als von Anfang an nicht eingetreten, wenn die Anmeldung zurückgewiesen wird oder in sonstiger Weise verfällt

(Absatz 4). Wird die Anmeldung nur für einen oder einige benannte Staaten zurückgenommen, so gilt die vorerwähnte Bestimmung nur für die betreffenden Staaten.

Zu Artikel 68

Diese Bestimmung sieht vor, daß alle Wirkungen der Anmeldung und des Patents in dem Umfang, in dem das Patent im Einspruchsverfahren widerrufen wird, als von Anfang an nicht eingetreten gelten.

Das Übereinkommen enthält keine Vorschrift über die Folgen der Erklärung der Nichtigkeit eines europäischen Patents; hierfür ist allein das nationale Recht maßgeblich. Für die Staaten, die das Straßburger Patentübereinkommen ratifizieren, ist jedoch Artikel 1 des Straßburger Patentübereinkommens maßgebend, wonach ein für nichtig erklärtes Patent als von Anfang an nichtig gilt.

Zu Artikel 69

Artikel 69 regelt den sogenannten Schutzbereich des europäischen Patents. Absatz 1 entspricht Artikel 8 Abs. 3 des Straßburger Übereinkommens. Der Schutzbereich wird in erster Linie durch die Patentansprüche bestimmt, wobei die Beschreibung und die Zeichnung zur Auslegung der Patentansprüche heranzuziehen sind. Um unterschiedliche Auslegungen, zu denen diese Bestimmung Anlaß geben könnte, zu vermeiden, ist in einem Protokoll über die Auslegung des Artikels 69 eine verbindliche Interpretationshilfe vorgesehen. Auf dieses Protokoll wird verwiesen.

Absatz 2 enthält eine Regelung für den Schutzbereich der veröffentlichten Anmeldung; maßgebend sind die veröffentlichten Ansprüche. Weicht das Patent in seiner erteilten oder im Einspruchsverfahren geänderte Fassung von den veröffentlichten Ansprüchen der Anmeldung ab, so bestimmt grundsätzlich diese Fassung rückwirkend den Schutzbereich der Anmeldung.

Zu Artikel 70

Artikel 14 Abs. 3 sieht vor, welche Sprache bei einer Patentanmeldung als sogenannte Verfahrenssprache gilt. Der Wortlaut einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents in dieser Verfahrenssprache, bei der es sich um eine der drei Amtssprachen des Europäischen Patentamts handeln muß, stellt nach Artikel 70 Abs. 1 die verbindliche Fassung dar.

Ist eine Anmeldung in einer Sprache, die nicht Amtssprache ist, eingereicht worden — dies ist nach Artikel 14 Abs. 2 möglich —, so ist gemäß Artikel 70 Abs. 2 in Verfahren vor dem Europäischen Patentamt nicht die Verfahrenssprache, sondern die andere Sprache für die Feststellung maßgebend, ob der Gegenstand der Anmeldung oder des Patents nicht über den Inhalt der Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgeht.

Das Übereinkommen sieht vor (so z. B. in Artikel 65 und Artikel 67 Abs. 3), daß ein Vertragsstaat eine Übersetzung der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents verlangen kann.

Macht der Vertragsstaat von dieser Möglichkeit Gebrauch, so kann er nach Artikel 70 Abs. 3 vorsehen, daß der Wortlaut der Übersetzung dann maßgebend sein soll, wenn der Schutzbereich in der Sprache der Übersetzung enger als in der Verfahrenssprache ist. Dies gilt jedoch nicht für das Nichtigkeitsverfahren, da es hier um die Frage geht, ob die Erteilung des Patents zu Recht erfolgt ist, so daß die Fassung und die Sprache maßgebend sind, in denen das Patent erteilt worden ist.

Absatz 4 schließlich sieht vor, daß ein Staat, der eine Vorschrift im Sinne von Absatz 3 erläßt, gleichzeitig die Einreichung einer berechtigten Übersetzung gestatten muß. Die rechtliche Wirkung der berechtigten Übersetzung ist in Absatz 4 Buchstabe a geregelt. Buchstabe b sieht die Möglichkeit einer Regelung zum Schutze Dritter vor, die auf der Grundlage der ursprünglich eingereichten Übersetzung die Erfindung bereits in gutem Glauben in Benutzung genommen haben, wenn diese Benutzung nach der ursprünglichen Übersetzung keine Verletzung darstellen würde.

Zu Kapitel IV

Dieses Kapitel enthält Vorschriften über die europäische Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens.

Zu den Artikeln 71 bis 74

Die europäische Patentanmeldung, die Gegenstand eines für alle Staaten gemeinsamen Erteilungsverfahrens ist, bildet in diesem Verfahren ein unteilbares Ganzes; dies gilt uneingeschränkt auch dann, wenn die Anmeldung von mehreren Personen für denselben oder für verschiedene Staaten eingereicht wird (vgl. Artikel 118). Wie bereits ausgeführt wurde, führt das Patenterteilungsverfahren zu einem europäischen Patent, das in der Sache nichts anderes als ein Bündel nationaler Patente ist. Den gleichen Bündelcharakter besitzt auch die europäische Patentanmeldung, die nur im Rahmen des Patenterteilungsverfahrens einheitlichen Rechtsvorschriften unterworfen ist und somit in dieser Hinsicht eine Einheit bildet. Es besteht jedoch kein Grund, diese verfahrensrechtliche Einheit auch in anderer Beziehung, z. B. in zivilrechtlicher Hinsicht, zu erhalten. Das bedeutet, daß die Anmeldung als Gegenstand des Vermögens als ein Bündel nationaler Rechte zu betrachten ist, für die von Staat zu Staat ein anderer Eigentümer vorhanden sein kann. In Übereinstimmung damit sieht Artikel 71 vor, daß die Anmeldung für einen oder mehrere Staaten übertragen werden oder Gegenstand von Rechten, z. B. Pfandrechten, sein kann.

Regel 20 regelt die Eintragung eines Rechtsübergangs einer Anmeldung in das Patentregister und legt die Wirkung gegenüber dem Europäischen Patentamt fest.

Da die europäische Patentanmeldung in zivilrechtlicher Hinsicht ein Bündel nationaler Rechte ist, sieht Artikel 74 vor, daß die Anmeldung als Gegenstand des Vermögens in jedem Staat dem Recht

unterliegt, das in diesem Staat für nationale Patentanmeldungen gilt.

Das Übereinkommen sieht also, abgesehen von der Form der Übertragung, die gemäß Artikel 72 schriftlich erfolgen muß und der Unterschrift der Vertragsparteien bedarf, insoweit kein einheitliches Recht vor.

Artikel 73 stellt klar, daß die Anmeldung Gegenstand von Lizenzen sein kann. Die Regeln 21 und 22 der Ausführungsordnung enthalten Vorschriften über die Eintragung von Lizenzen. Die Regel 20 der Ausführungsordnung, die sich mit dem Rechtsübergang der Patentanmeldung befaßt, findet auf die Übertragung von Lizenzen entsprechende Anwendung.

Zum dritten Teil

Zu Kapitel I

Die Artikel 75 bis 77 regeln die Einreichung einer europäischen Patentanmeldung, d. h. sie geben an, wo die Anmeldung eingereicht werden kann, und enthalten Vorschriften über einige damit zusammenhängende Fragen.

Artikel 78 enthält eine Aufzählung der Erfordernisse, denen eine europäische Patentanmeldung genügen muß, während in den Artikeln 82 bis 85 einige dieser Erfordernisse näher erläutert werden. Neben diesen Erfordernissen werden in den Artikeln 79 und 81 noch zwei weitere Voraussetzungen angeführt, die bei einer Patentanmeldung vorliegen müssen, nämlich die Benennung der Vertragsstaaten, in denen für die Erfindung Schutz begehrt wird (Artikel 79), und die Erfindernennung (Artikel 81).

In Artikel 80 wird der sogenannte Anmeldetag einer europäischen Patentanmeldung festgelegt, der für die Anwendung verschiedener Vorschriften wichtig ist.

Artikel 86 schließlich betrifft die für eine europäische Patentanmeldung zu entrichtenden Jahresgebühren.

Zu Artikel 75

Eine europäische Patentanmeldung kann gemäß Absatz 1 unmittelbar beim Europäischen Patentamt, d. h. in München oder bei der Zweigstelle in Den Haag, eingereicht werden. Eine Anmeldung kann jedoch mit gleicher Wirkung auch bei der zuständigen Behörde eines Vertragsstaats eingereicht werden, allerdings nur, wenn dies nach den Rechtsvorschriften des betreffenden Staates zulässig ist; Teilanmeldungen sind von dieser Möglichkeit ausgenommen (Absatz 3). Regel 24 enthält die erforderlichen Durchführungsbestimmungen. Absatz 2 sieht vor, daß die vorstehend erwähnten Vorschriften den in den Vertragsstaaten geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften nicht entgegenstehen, nach denen Patentanmeldungen nicht ohne weiteres anderweitig eingereicht werden dürfen. Hierbei ist insbesondere an Vorschriften zur Sicherung der Geheimhaltung von Erfindungen zu Verteidigungszwecken gedacht. Die Einhaltung dieser nationalen Vorschriften ist eine rein nationale Angelegenheit und muß

daher von den zuständigen nationalen Behörden überwacht werden; das Europäische Patentamt ist hierfür nicht zuständig. Die Vertragsstaaten können daher etwa vorschreiben, daß europäische Patentanmeldungen zur Prüfung einer möglichen Geheimhaltungsbedürftigkeit der Erfindung zunächst bei einer nationalen Behörde eingereicht werden müssen.

Absatz 3 sieht vor, daß ein Vertragsstaat weder vorschreiben noch zulassen darf, daß eine Teilanmeldung im Sinne des Artikels 76 bei der nationalen Behörde eingereicht wird, da die europäische Patentanmeldung, von der ein Teil abgespalten wurde, sich in diesem Verfahrensstadium bereits beim Europäischen Patentamt befindet.

Zu Artikel 76

Gemäß Artikel 82 darf eine europäische Patentanmeldung nur eine einzige Erfindung oder, unter bestimmten Umständen, eine Gruppe von Erfindungen enthalten. Erfüllt die Anmeldung diese Bedingung nicht, so kann der Anmelder eine sogenannte Teilanmeldung oder Teilanmeldungen für einen Teil oder Teile der ursprünglichen Anmeldung einreichen. Artikel 76 enthält hierfür folgende Regelung: Die Teilanmeldung ist unmittelbar beim Europäischen Patentamt in München oder in Den Haag einzureichen. Sie darf nur für einen Gegenstand eingereicht werden, der nicht über den Inhalt der ursprünglichen Anmeldung hinausgeht; sie gilt dann als an dem Anmeldetag der früheren Anmeldung eingereicht. Ferner darf eine Teilanmeldung nur für die in der ursprünglichen Anmeldung benannten Staaten eingereicht werden.

Regel 25 der Ausführungsordnung enthält weitere Bestimmungen über die Einreichung von Teilanmeldungen.

Zu Artikel 77

Dieser Artikel betrifft die europäischen Patentanmeldungen, die nicht unmittelbar beim Patentamt, sondern über die zuständige nationale Behörde eingereicht worden sind. Die Absätze 1 bis 3 sowie die Regel 104 enthalten eine Reihe von Vorschriften, die sicherstellen, daß die nationalen Behörden diese Anmeldungen innerhalb der kürzesten Frist an das Europäische Patentamt weiterleiten, wobei die nationalen Vorschriften über die Geheimhaltung berücksichtigt werden. Die betreffende nationale Behörde leitet diese Anmeldungen nur weiter und nimmt keinerlei weitere Handlungen vor.

Absatz 4 sieht jedoch vor, daß europäische Patentanmeldungen, die nach den nationalen Rechtsvorschriften geheimhaltungsbedürftig sind, nicht weitergeleitet werden. Alle Anmeldungen, die nicht innerhalb von vierzehn Monaten nach der Einreichung bzw. dem Prioritätstag der Anmeldung weitergeleitet worden sind, gelten nach Absatz 5 als zurückgenommen. Die Gebühren, die für diese als zurückgenommen geltenden Anmeldungen bereits entrichtet worden sind, werden zurückgezahlt. Die Artikel 135 bis 137, die die Umwandlung europäischer Anmeldungen in nationale Anmeldungen regeln, sind auf diese Anmeldungen anwendbar.

Zu Artikel 78

Dieser Artikel enthält die Erfordernisse, denen eine europäische Patentanmeldung genügen muß. Es handelt sich um die üblichen Erfordernisse: Antrag auf Erteilung eines Patents, Beschreibung, gegebenenfalls Zeichnungen, Patentansprüche und eine Zusammenfassung. Die Anmeldung muß nach Absatz 3 den formalen Erfordernissen genügen, die in der Ausführungsordnung, und zwar in den Regeln 26 bis 35 der Ausführungsordnung aufgeführt sind. Alle diese Erfordernisse schließen sich eng an entsprechende Erfordernisse des Patentrechts an. Für die europäische Anmeldung müssen eine Anmeldegebühr und eine Recherchengebühr entrichtet werden, und zwar gemäß Absatz 2 innerhalb eines Monats nach Einreichung der Anmeldung. Ergänzende Regelungen enthalten die Artikel 79 bis 81.

Zu Artikel 79

Gemäß Absatz 1 ist in der Anmeldung anzugeben, in welchem Staat oder für welchen Staat für die Erfindung Schutz begehrt wird. Später können keine anderen Staaten mehr benannt werden.

Gemäß Absatz 2 ist für jede Benennung eines Staates eine Benennungsgebühr zu entrichten; ferner ist festgelegt, innerhalb welcher Frist dies zu geschehen hat.

Nach Absatz 3 kann die Benennung eines oder mehrerer Staaten zurückgenommen werden. Die Zurücknahme der Benennung aller Vertragsstaaten gilt als Zurücknahme der Anmeldung selbst. Die Benennungsgebühren werden nicht zurückgezahlt.

Zu Artikel 80

Eine europäische Patentanmeldung braucht nicht sofort bei der Einreichung alle im Übereinkommen oder auf Grund des Übereinkommens festgelegten Erfordernisse, die im Zusammenhang mit Artikel 78 behandelt wurden, zu erfüllen. Sie muß jedoch einer Reihe von Mindestanforderungen genügen, damit ihr ein Anmeldetag zuerkannt werden und die Anmeldung vom Europäischen Patentamt als solche behandelt werden kann. Diese Mindestanforderungen sind in Artikel 80 aufgeführt. Sie lehnen sich an Artikel 11 des Patentrechts an.

Der Anmeldetag ist wichtig für die Anwendung verschiedener Artikel, so z. B. Artikel 54 Absätze 2 und 3, Artikel 60 Abs. 2, Artikel 87 Abs. 2 und Artikel 90.

Zu Artikel 81

Artikel 81 sieht vor, daß in jeder Anmeldung der Erfinder zu nennen ist. Ferner muß für den Fall, daß der Anmelder nicht oder nicht allein der Erfinder ist, eine Erklärung darüber beigefügt werden, wie der Anmelder das Recht auf das Patent erlangt hat. Die Regeln 17, 19 und 42 der Ausführungsordnung enthalten eine umfassende Regelung der dabei entstehenden Fragen.

Zu Artikel 82

Dieser Artikel beruht auf dem allgemein anerkannten Grundsatz, daß auf eine Patentanmeldung hin

nur ein Patent erteilt wird, wenn die Erfindung einheitlich ist. Nach der heutigen Auffassung ist dieses Erfordernis der Einheitlichkeit nicht nur erfüllt, wenn sich die Anmeldung auf eine einzige Erfindung bezieht, sondern auch dann, wenn es um eine Gruppe von Erfindungen geht, die, wie in Artikel 82 näher ausgeführt, auf einer einzigen allgemeinen erfinderischen Idee beruhen (siehe auch Regel 13.1 der Ausführungsordnung zum Patentrechtsabkommen). Regel 30 der Ausführungsordnung nennt einige Fälle, in denen die Einheitlichkeit in jedem Fall gegeben ist.

Zu Artikel 83

Artikel 83, der Artikel 8 Abs. 2 des Straßburger Patentrechtsabkommens und Artikel 5 des Patentrechtsabkommens entspricht, schreibt vor, daß eine Erfindung in der Anmeldung so deutlich und vollständig zu offenbaren ist, daß ein Fachmann sie ausführen kann.

Für den Fall, daß die Anmeldung einen Mikroorganismus betrifft, enthält Regel 28 der Ausführungsordnung ausführliche Vorschriften darüber, inwiefern dieses Erfordernis der deutlichen und vollständigen Offenbarung erfüllt ist. Der Anmelder muß zu diesem Zweck nicht nur bestimmte Angaben in die Anmeldung aufnehmen, sondern er muß unter anderem auch eine Kultur des betreffenden Mikroorganismus bei einer Sammelstelle für Kulturen hinterlegen, und zwar spätestens am Anmeldetag. In dieser Regel ist ferner vorgesehen, daß die hinterlegte Kultur nach der in Artikel 93 vorgesehenen Veröffentlichung der Anmeldung Dritten zugänglich ist; letzteres geschieht unter Einhaltung bestimmter Bedingungen, die den Zweck haben, die Rechte des Anmelders zu schützen. In Absatz 8 dieser Regel ist schließlich vorgesehen, daß Einzelheiten der Ausführung in einem Abkommen zwischen dem Präsidenten des Europäischen Patentamts und den verschiedenen Sammelstellen niedergelegt werden.

Zu Artikel 84

Dieser Artikel enthält Vorschriften über den Inhalt der Patentansprüche; er lehnt sich an Artikel 6 des Patentrechtsabkommens an. Die Regeln 29 bis 30 der Ausführungsordnung enthalten nähere Einzelheiten dazu. Gemäß Regel 31 der Ausführungsordnung ist eine Gebühr zu entrichten, wenn eine Anmeldung mehr als zehn Patentansprüche enthält; mit dieser Vorschrift wird bezweckt, die Zahl der Patentansprüche aus Gründen der Übersichtlichkeit möglichst niedrig zu halten. Die genannte Regel enthält nähere Vorschriften über diese Gebühr.

Zu Artikel 85

Die Zusammenfassung dient **ausschließlich** der technischen Information.

Form und Inhalt sind in Regel 33 der Ausführungsordnung näher erläutert; diese Regel lehnt sich eng an Regel 8 der Ausführungsordnung zum Patentrechtsabkommen an.

Zu Artikel 86

Für eine europäische Patentanmeldung sind mit Beginn des dritten Jahres, gerechnet vom Anmeldetag an, für jedes Jahr Jahresgebühren zu entrichten (Absatz 1). In den Absätzen 2 und 3 wird im einzelnen bestimmt, bis zu welchem Zeitpunkt die Jahresgebühren entrichtet werden können — wobei im Falle einer Zahlung nach dem Fälligkeitstag eine Zuschlagsgebühr zu entrichten ist —, daß die Anmeldung als zurückgenommen gilt, wenn die Zahlung nicht rechtzeitig erfolgt ist, und für welchen Zeitraum Jahresgebühren an das Europäische Patentamt zu entrichten sind.

Regel 37 der Ausführungsordnung enthält u. a. ergänzende Vorschriften über die Fälligkeit der Jahresgebühren und stellt fest, wann die Jahresgebühren frühestens bezahlt werden können. Die Absätze 3 und 4 dieser Regel enthalten eine Sonderregelung für besondere Kategorien von Patentanmeldungen.

Der Betrag der zu zahlenden Jahresgebühren wird in einer noch zu erlassenden Gebührenordnung (vgl. Artikel 33 Abs. 2 Buchstabe d) festgelegt werden.

Zu Kapitel II

Dieses Kapitel regelt das sogenannte Prioritätsrecht, d. h. das Recht, das unter bestimmten Voraussetzungen Personen zusteht, die vor der Einreichung einer europäischen Patentanmeldung bereits anderweitig eine Patentanmeldung für die gleiche Erfindung eingereicht haben. Die Wirkung des Prioritätsrechts besteht darin, daß der Anmeldetag fiktiv auf den Zeitpunkt der Einreichung der ersten Anmeldung zurückverlegt wird.

Zu Artikel 87

In Artikel 87 ist festgelegt, wann bei der Einreichung einer europäischen Patentanmeldung ein Prioritätsrecht geltend gemacht werden kann. Es kann geltend gemacht werden, wenn der Anmelder für dieselbe Erfindung in einem der Vertragsstaaten der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums oder mit Wirkung für einen dieser Staaten bereits eine Patentanmeldung eingereicht hat; einer Patentanmeldung gleichgestellt sind Anmeldungen für Gebrauchsmuster und einige andere Formen des Schutzrechts. Das Prioritätsrecht kann sich nur auf die erste, an anderer Stelle eingereichte Anmeldung gründen.

Die Frist, innerhalb derer der Anmelder eines europäischen Patents sein Prioritätsrecht geltend machen kann, beträgt ein Jahr. Die Absätze 1, 2, 3 und 4 enthalten weitere Vorschriften über das Prioritätsrecht; insbesondere ist darin geregelt, welchen Erfordernissen die erste Anmeldung genügen muß, damit ein Prioritätsrecht entsteht. Diese Vorschriften sind fast wörtlich aus der Pariser Verbandsübereinkunft übernommen. Gemäß Absatz 2 kann ein Prioritätsrecht auch aus einer früheren europäischen Anmeldung hergeleitet werden, dies jedoch nur insoweit, als die zweite europäische Anmeldung andere europäische Staaten betrifft.

Nach Absatz 5 soll die Regelung der Absätze 1 bis 4 auch im Verhältnis zu Staaten Anwendung finden, die nicht der Pariser Verbandsübereinkunft angehören, sofern nach einer Bekanntmachung des Verwaltungsrats die Gegenseitigkeit gewährleistet ist.

Zu Artikel 88

Absatz 1 regelt zusammen mit Regel 38 der Ausführungsordnung die Formerfordernisse, die der Anmelder erfüllen muß, um sein Prioritätsrecht geltend machen zu können. Hierbei wurden die Vorschriften des Patentrechtsvertrags übernommen. Die Absätze 2, 3 und 4 enthalten weitere Regeln über das Prioritätsrecht. So ist vorgesehen, daß mehr als eine Priorität in Anspruch genommen werden kann, selbst wenn die Prioritäten aus verschiedenen Staaten stammen. Auch dies entspricht der Pariser Verbandsübereinkunft.

Zu Artikel 89

Artikel 89 regelt die Wirkung des Prioritätsrechts und zwar in dem Sinne, daß der Tag der ersten Anmeldung, auf der das Prioritätsrecht beruht, in zweierlei Hinsicht für die Anwendung der Vorschriften des vorliegenden Übereinkommens auf die europäische Patentanmeldung entscheidend ist. Dieser Prioritätstag ist ausschlaggebend für die Feststellung des in Artikel 54 Absätze 2 und 3 beschriebenen Standes der Technik, der seinerseits wieder für die Neuheit und die Erfindungshöhe bestimmend ist. Er ist auch ausschlaggebend, wenn festgestellt werden soll, wem das Recht auf das europäische Patent zusteht, wenn für ein und dieselbe Erfindung mehr als eine Anmeldung eingereicht worden ist (vgl. Artikel 60 Abs. 2).

Zum vierten Teil

Sobald eine Patentanmeldung beim Europäischen Patentamt eingegangen ist, prüft die Eingangsstelle, ob die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind, um die Anmeldung als solche zu behandeln und das Erteilungsverfahren einzuleiten.

Bei dem Erteilungsverfahren sind zwei Phasen zu unterscheiden. In der ersten Phase wird die Anmeldung von der Eingangsstelle auf alle Formerfordernisse hin geprüft, während gleichzeitig von der Recherchenabteilung ein Recherchenbericht erstellt wird. Anschließend wird die Anmeldung mit dem Recherchenbericht veröffentlicht. Diese Veröffentlichung erfolgt entweder nach Ablauf von achtzehn Monaten nach dem Anmeldetag bzw. nach dem Prioritätstag oder auf Antrag des Anmelders bereits früher. Mit dieser Veröffentlichung ist die erste Phase abgeschlossen.

Die zweite Phase beginnt erst, wenn der Anmelder fristgemäß einen Prüfungsantrag einreicht; auf diesen Antrag hin werden die Anmeldung und die Erfindung von der Prüfungsabteilung auf alle formalen und materiellen Erfordernisse hin geprüft. Diese zweite Phase, in der der Anmelder das Recht hat, von der Prüfungsabteilung angehört zu werden, endet entweder mit der Erteilung des Patents oder

mit der Zurückweisung der Anmeldung. Die zweite Phase kann auch schon vor Veröffentlichung der Anmeldung eingeleitet werden, sofern dies vorher beantragt wird; der Anmelder kann nämlich bereits mit der Einreichung der Anmeldung selbst einen entsprechenden Antrag stellen. Die sachliche Prüfung beginnt jedoch erst, wenn der Recherchenbericht vorliegt, da vorher die Beurteilung der Fragen, ob die Erfindung neu ist und auf einer erfindnerischen Tätigkeit beruht, nicht möglich ist.

Wird ein Patent erteilt, so wird ein Hinweis auf die Erteilung im Europäischen Patentblatt veröffentlicht. Danach besteht die Möglichkeit, gegen die Erteilung des Patents Einspruch zu erheben, und zwar im Rahmen des Einspruchsverfahrens, das im fünften Teil geregelt ist.

Für alle Verfahren vor dem Europäischen Patentamt gelten im übrigen die Regeln des siebenten Teils.

In den Artikeln 90 bis 93 ist die erste, in den Artikeln 94 bis 98 die zweite Phase des Patenterteilungsverfahrens geregelt.

Zu Artikel 90

Nach Eingang einer Patentanmeldung prüft die Eingangsstelle, ob alle Voraussetzungen für eine Behandlung der Anmeldung erfüllt sind. Sie prüft zu diesem Zweck, ob die Patentanmeldung den Erfordernissen des Artikels 80 für die Zuerkennung eines Anmeldetags genügt. Ist dies nicht der Fall, so gibt sie dem Anmelder Gelegenheit, die Mängel zu beseitigen (siehe auch Regel 39 der Ausführungsordnung); unterläßt er dies, so wird die Anmeldung nicht als europäische Patentanmeldung behandelt und hat folglich auch nicht die in Artikel 66 beschriebene Wirkung. Werden die Mängel rechtzeitig beseitigt, so wird der Anmeldetag auf den Tag der Einreichung der Richtigstellung oder der Ergänzung der Unterlagen festgesetzt. Sodann prüft die Eingangsstelle, ob die Anmeldegebühr und die Recherchegebühr entrichtet worden sind, und schließlich, ob in dem betreffenden Fall die in Artikel 14 Abs. 2 vorgeschriebene Übersetzung in einer der Amtssprachen eingereicht worden ist. Sind auch diese Voraussetzungen erfüllt, so wird das Verfahren mit der Formalprüfung und der Erstellung des Recherchenberichts fortgeführt, andernfalls gilt die Anmeldung als zurückgenommen.

Zu Artikel 91

Artikel 91 zählt in Absatz 1 die Merkmale auf, deren Vorliegen von der Eingangsstelle überprüft wird. Die zur Durchführung von Buchstabe b vorgeschriebenen Formerfordernisse sind in Regel 40 der Ausführungsordnung enthalten. Buchstabe d bezieht sich auf Artikel 88 und die dazu erlassene Regel 38 der Ausführungsordnung. Eine Prüfung der materiellen Erfordernisse, insbesondere der Erfordernisse für die Patentierbarkeit, findet in diesem Stadium noch nicht statt. Gemäß Absatz 2 gibt die Eingangsstelle dem Anmelder Gelegenheit, etwaige Mängel, die die Anmeldung in diesem Punkt aufweist, zu beseitigen.

Die Sanktionen für den Fall, daß der Anmelder diese Mängel nicht beseitigt, sind in den Absätzen 3 bis 6 enthalten; sie reichen je nach dem festgestellten Mangel vom Teilverlust — z. B. Verlust des Prioritätsanspruchs — bis zum Verlust der Anmeldung selbst.

Zu Artikel 92

Artikel 92 überträgt der Recherchenabteilung die Aufgabe, unter Berücksichtigung der Regeln 44 und 45 der Ausführungsordnung den Recherchenbericht zu erstellen. Der Recherchenbericht soll die Beurteilung der Neuheit und der Erfindungshöhe ermöglichen und enthält zu diesem Zweck die Veröffentlichungen, die den in Artikel 54 bestimmten Stand der Technik bilden. Gemäß Regel 46 der Ausführungsordnung wird bei dieser Recherche auch untersucht, ob die Anmeldung dem in Artikel 82 aufgestellten Erfordernis der Einheitlichkeit der Erfindung entspricht. Für den Fall, daß sie diesem Erfordernis nicht entspricht, ist in Regel 46 der Ausführungsordnung festgelegt, auf welchen Teil der Anmeldung der Bericht vorläufig beschränkt bleibt. Der Anmelder kann jedoch durch Entrichtung zusätzlicher Gebühren erreichen, daß die Recherche auf weitere Bereiche ausgedehnt wird. Ist der Anmeldebeschluß der Recherchenabteilung über die Einheitlichkeit der Erfindung nicht einverstanden, so kann er nachträglich die Rückzahlung der zuviel gezahlten Gebühr verlangen. Über diesen Antrag entscheidet die Prüfungsabteilung durch Beschluß.

Zu Artikel 93

Artikel 93 schreibt vor, daß die Anmeldung mit den dazugehörigen Schriftstücken unverzüglich nach Ablauf von achtzehn Monaten nach dem Anmeldetag oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, nach dem Prioritätstag veröffentlicht wird, und zwar nach Möglichkeit zusammen mit dem Recherchenbericht, der sonst gesondert veröffentlicht wird. Diese Veröffentlichung hat den Zweck, Dritte so rasch wie möglich von der Anmeldung in Kenntnis zu setzen, damit sie ihre Rechnung tragen können. Ein einstweiliger Schutz auf Grund einer Anmeldung entsteht nach Artikel 67 Abs. 1 erst mit der Veröffentlichung der Anmeldung. Mit Rücksicht auf Artikel 67 ist dem Anmelder die Möglichkeit eingeräumt, die vorzeitige Veröffentlichung zu beantragen.

Der dritte Satz des ersten Absatzes enthält eine Sonderregelung für die Veröffentlichung für den Fall, daß das Patent vor Ablauf der Frist von achtzehn Monaten erteilt worden ist. Dieser Fall kann — wenn auch nur selten — eintreten, wenn der Anmelder sehr früh einen Prüfungsantrag gestellt hat und der Recherchenbericht sowie die zweite Phase bereits vor Ablauf der Frist von achtzehn Monaten abgeschlossen sind (siehe auch die Ausführungen zu Artikel 96).

Zu Artikel 94

Die zweite Phase des Erteilungsverfahrens tritt nur auf Antrag des Anmelders ein. Die sachliche Prü-

fung umfaßt alle formalen und materiellen Erfordernisse, denen die Anmeldung und die Erfindung genügen müssen. Artikel 114, der besagt, daß das Europäische Patentamt den Sachverhalt von Amts wegen ermittelt, gibt der Abteilung bei dieser Prüfung den für eine möglichst umfassende Prüfung erforderlichen Spielraum.

Der Anmelder kann den vorgenannten Prüfungsantrag bereits gleichzeitig mit der Patentanmeldung einreichen; der Antrag muß jedoch spätestens sechs Monate nach Bekanntgabe der Veröffentlichung des Neuheitsberichts gestellt werden; andernfalls gilt die Anmeldung als zurückgenommen. Diese Sechsmonatsfrist hat folgenden Zweck: Zum einen soll dem Anmelder die erforderliche Zeit geboten werden, um sich anhand des Recherchenberichts zu überlegen, ob seine Erfindung Aussicht auf ein Patent hat. Dadurch wird vermieden, daß Erteilungsverfahren durchgeführt oder fortgesetzt werden, wenn dies keinen vernünftigen Sinn hat, dies vor allem, wenn aus dem Bericht deutlich hervorgeht, daß die Erfindung den Erfordernissen der Patentierbarkeit nicht genügt. Insgesamt verfügt der Anmelder bei diesem System über eine Frist von achtzehn Monaten plus sechs Monate für die Einreichung eines Prüfungsantrags; diese Frist von zwei Jahren kann sich noch etwas verlängern, wenn sich die Erstellung des Neuheitsberichts verzögert. Andererseits wird durch die relativ kurze Frist zugunsten interessierter Dritter bewirkt, daß der Schwebezustand, während dessen nicht klar ist, ob ein Patent erteilt wird oder nicht, möglichst bald ein Ende finden kann.

Zu Artikel 95

Nach dieser Bestimmung kann der Verwaltungsrat die Frist für die Stellung des Prüfungsantrags (Artikel 94) verlängern, wenn das Europäische Patentamt nicht in der Lage sein sollte, die eingegangenen Anmeldungen innerhalb einer angemessenen Frist zu prüfen.

Verlängert der Verwaltungsrat die Frist, so kann er beschließen, daß auch Dritte einen Prüfungsantrag stellen können.

Zu Artikel 96

Diese Bestimmung regelt — ergänzt durch Regel 51 der Ausführungsordnung — den Ablauf des Prüfungsverfahrens vor der Prüfungsabteilung.

Der Prüfungsantrag muß zwar vor Ablauf der in Artikel 94 festgesetzten Frist von sechs Monaten eingereicht werden, ist jedoch sonst — wie bereits bei Artikel 94 vermerkt — nicht an eine bestimmte Frist gebunden. So kann es vorkommen, daß der Antrag bereits gestellt worden ist, bevor der Recherchenbericht vorliegt. In diesem Fall wartet die Prüfungsabteilung mit der Prüfung, bis der Bericht vorliegt.

Der erste Absatz von Artikel 96 gewährleistet sodann zusammen mit Regel 51 Abs. 1, daß sich der Anmelder, nachdem er von diesem Bericht Kenntnis erhalten hat, einen Überblick über den Inhalt des Berichts verschaffen kann; er muß auch bestätigen,

daß er das Erteilungsverfahren fortsetzen will, wobei er die betreffenden Schriftstücke erforderlichenfalls ändern kann.

Absatz 2 regelt in Verbindung mit Regel 51 Absätze 2 bis 5 das Verfahren vor der Prüfungsabteilung. Stellt die Prüfungsabteilung Mängel fest, so teilt sie dies dem Anmelder unter Angabe der Gründe mit. Dabei weist sie auf die Mängel hin, die der Anmelder beseitigen kann, beispielsweise durch formale Verbesserungen oder durch Änderung der Anmeldung. Die Prüfungsabteilung kann auch Mängel feststellen, die sich nicht beseitigen lassen. Hier ist insbesondere daran zu denken, daß der Gegenstand der Anmeldung nach Auffassung der Prüfungsabteilung nicht patentfähig ist, weil die Erfordernisse der Neuheit und der Erfindungshöhe nicht erfüllt sind oder die Erfindung nicht gewerblich anwendbar ist. Der Anmelder erhält in diesem Fall Gelegenheit, zu diesen Mängeln Stellung zu nehmen.

Unterläßt es der Anmelder, eine Aufforderung der Prüfungsabteilung nach den Absätzen 1 und 2 rechtzeitig zu beantworten, gilt die Patentanmeldung als zurückgenommen (Absatz 3).

Zu Artikel 97

Nach dieser Vorschrift trifft die Prüfungsabteilung abschließend eine Entscheidung über die Erteilung des Patents. Die Patenterteilung kann nur beschlossen werden, wenn die in Absatz 2 Buchstaben b und c aufgeführten Gebühren entrichtet worden sind und die nach Regel 51 Abs. 4 der Ausführungsordnung erforderlichen Übersetzungen vorgelegt worden sind.

Ist dies nicht rechtzeitig geschehen, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

Die Patenterteilung kann ferner nur beschlossen werden, wenn der Anmelder mit der Fassung, in der die Prüfungsabteilung das Patent zu erteilen beabsichtigt, einverstanden ist. Ist der Anmelder nicht mit der von der Prüfungsabteilung vorgeschlagenen Form einverstanden, so wird das Verfahren fortgeführt.

Absatz 4 bestimmt, daß ein Hinweis auf die Erteilung des Patents im Europäischen Patentblatt zu veröffentlichen ist. Von diesem Zeitpunkt an wird die Entscheidung über die Erteilung des Patents wirksam.

Zu Artikel 98

Diese Vorschrift steht im Zusammenhang mit den Regeln 53 und 54 der Ausführungsordnung und enthält Vorschriften über die Veröffentlichung der europäischen Patentschriften.

Zum fünften Teil

Nach Erteilung eines Patents kann jedermann gegen die Erteilung Einspruch einlegen, der auf bestimmte im Übereinkommen vorgeschriebene Gründe gestützt werden kann. Daraufhin wird das Einspruchsverfahren vor der Einspruchsabteilung eingeleitet.

Dieses Verfahren endet entweder mit der Aufrechterhaltung des Patents in geänderter oder unveränderter Form oder aber mit dem Widerruf des Patents.

Im Falle einer Aufrechterhaltung des Patents in geänderter Form wird das geänderte Patent erneut veröffentlicht.

Für das Einspruchsverfahren gelten neben dem fünften Teil auch die Vorschriften des siebenten Teils, auf die Bezug genommen wird.

Das Einspruchsverfahren ist in gewisser Hinsicht ein vor die nationalen Nichtigkeitsverfahren gezogenes einheitliches europäisches Verfahren zur Nichtigkeitsklärung des Patents, da es sich mit einem erteilten Patent befaßt.

Nach den Rechtsvorschriften einiger Länder kann bereits Einspruch erhoben werden, bevor das Patent erteilt worden ist, in anderen Systemen ist dies dagegen erst nach der Erteilung des Patents möglich. Das Europäische Übereinkommen geht den Weg des Einspruchs nach der Patenterteilung. Für diese Lösung sprach außer sonst sich aus der Sprachenfrage ergebenden Schwierigkeiten auch die Überlegung, daß verhindert werden muß, das Einspruchsverfahren dazu zu mißbrauchen, die Patenterteilung aus wenig stichhaltigen Gründen aufzuhalten und dadurch die Rechte des Anmelders zu beeinträchtigen.

Es ist möglich, daß ein europäisches Einspruchsverfahren gleichzeitig mit einem oder mehreren einzelstaatlichen Verfahren zur Erklärung der Nichtigkeit des Patents eingeleitet wird, die vor einem einzelstaatlichen Gericht laufen. In diesem Fall ist es nach dem Übereinkommen dem nationalen Recht überlassen, zu bestimmen, ob das nationale Verfahren bis zum Abschluß des europäischen Einspruchsverfahrens ausgesetzt wird.

Zu Artikel 99

Nach Absatz 1 kann innerhalb von neun Monaten nach der Bekanntmachung des Hinweises auf die Erteilung des Patents im Europäischen Patentblatt jedermann gegen Entrichtung einer Gebühr Einspruch gegen das Patent einlegen. Der Einspruch ist schriftlich einzureichen und zu begründen.

Nach Absatz 2 gilt der Einspruch für alle Staaten, für die das Patent erteilt worden ist.

Nach Absatz 3 kann auch noch Einspruch eingelegt werden, nachdem auf das Patent verzichtet worden ist, oder wenn das Patent erloschen ist. Diese Möglichkeit wurde im Hinblick auf die in Artikel 68 vorgesehene Rückwirkung des Widerrufs eines Patents eröffnet; für den vom Patentinhaber in Anspruch genommenen vermeintlichen Patentverletzer kann der ausdrückliche Widerruf des europäischen Patents damit von großer Bedeutung sein. Aus den gleichen Gründen ist in Regel 60 vorgesehen, daß der Einsprechende die Fortsetzung des Einspruchsverfahrens beantragen kann, wenn der Patentinhaber während des Einspruchsverfahrens auf das Patent verzichtet.

Nach Absatz 4 sind sowohl der Patentinhaber als auch der Einsprechende am Verfahren beteiligt.

Absatz 5 enthält eine besondere Regelung für den Fall, daß in einem der Staaten, für die das Patent gilt, auf Grund einer rechtskräftigen Entscheidung eine andere Person als Patentinhaber eingetragen ist. Tritt ein solcher teilweiser Wechsel in der Inhaberschaft ein, so werden beide Patentinhaber in dem Einspruchsverfahren abweichend von Artikel 118 grundsätzlich nicht als gemeinsame Inhaber behandelt.

Zu Artikel 100

In diesem Artikel sind die Gründe aufgeführt, auf die der Einspruch gestützt werden kann. Aus den gleichen Gründen kann nach Artikel 138 auch die Nichtigkeitsklärung vorgesehen werden; auch insoweit zeigt sich die Ähnlichkeit des Einspruchsverfahrens mit einem Nichtigkeitsverfahren.

Es versteht sich von selbst, daß Dritte die Möglichkeit haben müssen, Einspruch gegen ein Patent zu erheben, weil die Erfindung die in den Artikeln 52 bis 57 festgelegten materiellen Erfordernisse für die Patentierbarkeit nicht erfüllt. Dies ist auch als erster Grund unter Buchstabe a angeführt. Der Einsprechende kann also insbesondere geltend machen, daß der Gegenstand des Patents keine Erfindung im Sinne der genannten Artikel ist oder eine Erfindung darstellt, die nicht patentfähig ist. Ferner kann er geltend machen, daß der Gegenstand der Erfindung nicht neu ist oder keine Erfindungshöhe besitzt oder daß das Erfordernis der gewerblichen Anwendbarkeit nicht erfüllt ist.

Der zweite Grund (Buchstabe b) betrifft den Fall eines Verstoßes gegen Artikel 83, nach dem die Erfindung so deutlich und vollständig zu offenbaren ist, daß ein Fachmann sie ausführen kann.

Der dritte, unter Buchstabe c genannte Grund betrifft den Fall, daß im Verlauf des Verfahrens durch Umformulierungen oder die Einreichung von Schriftstücken die Anmeldung in einer Weise geändert worden ist, daß sie nunmehr über den Inhalt der Schriftstücke in der ursprünglichen Fassung hinausgeht.

Es ist nicht vorgesehen, daß Dritte auch noch aus anderen Gründen Einspruch erheben können. Ein Einspruch wegen Formfehler ist also nicht möglich. Mangelnde Einheitlichkeit im Sinne von Artikel 82 kann ebensowenig als Einspruchsgrund herangezogen werden, so daß in diesem Stadium auch nicht mehr eine Aufspaltung des Patents ähnlich der Aufspaltung einer Patentanmeldung (vgl. Artikel 76) möglich ist.

Zu Artikel 101 und 102

Die Einspruchsabteilung prüft zunächst unter Beachtung von Regel 56 der Ausführungsordnung, ob der Einspruch zulässig ist. Ist dies der Fall, so wird das Einspruchsverfahren unter Berücksichtigung der Regel 57 der Ausführungsordnung vorbereitet und anschließend unter Beachtung von Regel 58 der Ausführungsordnung durchgeführt. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs ist während des gesamten Einspruchsverfahrens gegenüber allen Beteiligten zu beachten.

Das Einspruchsverfahren endet mit der Zurückweisung des Einspruchs und damit der Aufrechterhaltung des Patents oder aber mit einem Widerruf des Patents. Diese Rechtsfolgen können auch nur für einen Teil des Patents ausgesprochen werden. Letzteres ist jedoch nur möglich, wenn sich der Patentinhaber mit der beabsichtigten Änderung einverstanden erklärt hat. Ist der Patentinhaber mit der Änderung nicht einverstanden, so kann das Verfahren fortgesetzt (Regel 58 der Ausführungsordnung) oder, sofern kein Einverständnis erzielt werden kann, das Patent insgesamt widerrufen werden.

Im übrigen sind auch in diesem Verfahren die allgemeinen Vorschriften der Artikel 113 ff. anzuwenden. Aus Artikel 101 Abs. 1, Artikel 102 Absätze 1 und 2 ergibt sich, daß die Einspruchsabteilung das Patent auch aus anderen als den vom Einsprechenden angeführten Gründen — sofern sie unter Artikel 100 fallen — widerrufen kann. Zu diesem Zweck ermittelt es den Sachverhalt von Amts wegen.

Zu Artikel 103

Diese Vorschrift enthält Regelungen für den Fall, daß das Patent geändert und eine neue Patentschrift herausgegeben wird. Diese Bestimmung ist Artikel 98 nachgebildet.

Zu Artikel 104

Diese Vorschrift regelt die Aufteilung der Kosten des Einspruchsverfahrens auf die Beteiligten; dabei kann im Einzelfall aus Billigkeitsgründen von dem Grundsatz, daß jeder Beteiligte die ihm erwachsenen Kosten selbst trägt, abgewichen werden. Absatz 3 enthält Vorschriften über die Vollstreckung rechtskräftig gewordener Entscheidungen über die Festsetzung der Kosten des Einspruchsverfahrens.

Zu Artikel 105

Dieser Artikel eröffnet interessierten Dritten, die in dem Artikel näher bestimmt sind, die Möglichkeit, innerhalb einer bestimmten Frist dem Einspruchsverfahren beizutreten. Im übrigen gelten grundsätzlich die Bestimmungen über den Einspruch.

Zum sechsten Teil

In diesem Teil ist das Beschwerdeverfahren geregelt. Über die Beschwerden entscheiden die „Beschwerdekammern“.

Zu Artikel 106

Absatz 1 enthält den Grundsatz, wonach alle Entscheidungen der Eingangsstelle, der Prüfungsabteilungen, der Einspruchsabteilungen und der Rechtsabteilung mit der Beschwerde anfechtbar sind. Es geht hier nicht nur um die Entscheidungen über die Erteilung von Patenten, sondern auch um Entscheidungen des Europäischen Patentamts in anderen Verfahren, wie etwa im Akteneinsichtsverfahren nach Artikel 128.

Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung. Eine angefochtene Entscheidung ist also erst dann wirksam, wenn sie im Beschwerdeverfahren bestätigt wird.

Gegen die Entscheidungen der Einspruchsabteilungen kann nach Absatz 2 auch noch Beschwerde eingelegt werden, nachdem das Patent seine Wirkung für alle Länder, für die es erteilt worden war, verloren hat; diese Regelung entspricht dem in Artikel 99 Abs. 3 enthaltenen Gedanken.

Wenn auch jede Entscheidung mit der Beschwerde anfechtbar ist, so bedeutet dies doch nicht, daß in jedem Fall sofort Beschwerde eingelegt werden kann. Letzteres ist nach Absatz 3 nur bei den in dieser Bestimmung beschriebenen sogenannten Endentscheidungen möglich. Sogenannte Zwischenentscheidungen können nur dann sofort angefochten werden, wenn dies in der Entscheidung selbst zugelassen ist; anderenfalls ist eine Zwischenentscheidung nur zusammen mit der Endentscheidung anfechtbar. Durch diese Vorschrift sollen unnötige Verzögerungen der Verfahren vermieden werden.

In den Absätzen 4 und 5 wird der Grundsatz, daß jede Entscheidung durch Beschwerde anfechtbar ist, in zwei Punkten eingeschränkt; die in einer Entscheidung im Einspruchsverfahren enthaltene Entscheidung über die **Verteilung** der Kosten ist nur zusammen mit der Entscheidung in ihrer Gesamtheit anfechtbar. Gegen die Entscheidung über die Festsetzung des Betrags der Kosten des Einspruchsverfahrens ist Beschwerde nur gegeben, wenn der Betrag eine in der Gebührenordnung bestimmte Höhe übersteigt.

Zu Artikel 107

Die Beschwerde gegen Entscheidungen steht allen zu, die an dem Verfahren, das zu der Entscheidung geführt hat, beteiligt waren. Voraussetzung ist — wie in allen Rechtssystemen —, daß der Beschwerdeführer durch die Entscheidung beschwert ist.

Beteiligte am Beschwerdeverfahren sind alle, die auch in erster Instanz beteiligt waren, auch wenn sie nicht tatsächlich am Beschwerdeverfahren teilnehmen. Dadurch wird die im Beschwerdeverfahren getroffene Entscheidung hinsichtlich der Kosten, sofern sie von der in erster Instanz getroffenen Entscheidung abweicht, für alle Beteiligten bindend.

Zu Artikel 108

In diesem Artikel wird die Frist für die Einlegung einer Beschwerde auf zwei Monate nach Zustellung der Entscheidung festgesetzt. Die Beschwerde, für die Schriftzwang besteht, gilt im übrigen erst dann als eingelegt, wenn die Beschwerdegebühr entrichtet worden ist. Da es schwierig sein kann, die Beschwerde innerhalb dieser kurzen Frist zu begründen, ist vorgesehen, daß die Beschwerdeschrift, deren Inhalt in der Regel 64 der Ausführungsordnung näher bestimmt wird, lediglich die Angaben zu enthalten hat, auf welche Entscheidung sich die Beschwerde bezieht und in welchem Umfang die betreffende Entscheidung angefochten wird. Die Beschwerde muß dann innerhalb von vier Monaten nach Zustellung der angefochtenen Entscheidung schriftlich begründet werden.

Zu Artikel 109

Das Organ, dessen Entscheidung angefochten wird, hat Gelegenheit, der Beschwerde abzuweichen. Es hat abzuweichen, wenn es die Beschwerde für zulässig und begründet erachtet; andernfalls leitet es die Beschwerde innerhalb eines Monats ohne sachliche Stellungnahme weiter an die Beschwerdekammer. Auf diese Weise wird vermieden, daß die Beschwerdekammer auch in Fällen mit der Sache befaßt wird, in denen die Beschwerde offensichtlich begründet ist. Die Abhilfe ist ausgeschlossen, wenn an dem Verfahren in erster Instanz nicht nur der Beschwerdeführer, sondern noch eine Gegenpartei beteiligt war. Dies gilt insbesondere für das Einspruchsverfahren.

Zu Artikel 110

Gemäß Absatz 1 prüft die Beschwerdekammer zunächst, ob die Beschwerde zulässig ist; zu diesem Zweck prüft sie die Beschwerdeschrift nach Maßgabe der in Regel 65 Abs. 1 der Ausführungsordnung enthaltenen Vorschriften. Mängel in der Beschwerdeschrift können nach Maßgabe der Absätze 1 und 2 dieser Regel beseitigt werden.

Ist die Beschwerde zulässig, so prüft die Beschwerdekammer, ob sie begründet ist. Gemäß Absatz 2 fordert sie dabei die Beteiligten auf, zu den Schriftsätzen der anderen Beteiligten Stellung zu nehmen. Unterläßt es der Anmelder, innerhalb der ihm gesetzten Frist Stellung zu nehmen, und betrifft die Beschwerde nicht eine Entscheidung einer Rechtsabteilung, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

Gemäß Regel 66 der Ausführungsordnung sind die Verfahrensregeln der ersten Instanz anzuwenden, soweit keine Sonderregelung für das Beschwerdeverfahren besteht.

Auch im Beschwerdeverfahren ist Artikel 114 anzuwenden; die Beschwerdekammer kann also eine in erster Instanz getroffene Entscheidung ganz aufheben, auch wenn der Beschwerdeführer sie nur teilweise angefochten hat. Eine Beschwerde gegen eine Entscheidung, mit der eine Patentanmeldung nur teilweise zurückgewiesen wurde, kann nach diesem Verfahren zu einer vollständigen Zurückweisung der Anmeldung führen.

Zu Artikel 111

Bei der Entscheidung über die Beschwerde kann die Beschwerdekammer entweder in der Sache selbst, d. h. im Rahmen der Zuständigkeit des Organs, das die Entscheidung erlassen hat, entscheiden oder die Angelegenheit zur weiteren Entscheidung an das Organ, das die Entscheidung in erster Instanz getroffen hat, zurückverweisen. Das Organ ist in diesem Fall an die rechtliche Beurteilung der Beschwerdekammer gebunden. Entscheidungen über Beschwerden gegen Entscheidungen der Eingangsstelle sind auch für die Prüfungsabteilung bindend. Dadurch wird verhindert, daß in ein und derselben Angelegenheit wegen derselben Rechtsfrage bei gleichem Sachverhalt zweimal Beschwerde eingelegt wird.

Regel 66 Abs. 2 der Ausführungsordnung enthält die formalen Vorschriften für die Entscheidungen der Beschwerdekammern, während Regel 67 der Ausführungsordnung vorschreibt, in welchen Fällen die Beschwerdegebühr zurückgezahlt wird.

Zu Artikel 112

Dieser Artikel befaßt sich mit der Großen Beschwerdekammer, die zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsanwendung eingesetzt worden ist. Die Große Beschwerdekammer ist keine dritte Instanz. Ihre Aufgabe besteht darin, Entscheidungen in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zu treffen. Eine solche Entscheidung kann von einer Beschwerdekammer beantragt werden, wenn diese es für zweckmäßig hält. Eine Beschwerdekammer kann die Große Beschwerdekammer von Amts wegen befassen, d. h. also auch dann, wenn kein Beteiligter einen entsprechenden Antrag stellt. Reicht einer der Beteiligten einen solchen Antrag ein und hält es die betreffende Beschwerdekammer nicht für angezeigt, die Große Beschwerdekammer zu befassen, so hat sie dies in ihrer Endentscheidung zu begründen. Die am Beschwerdeverfahren Beteiligten sind am Verfahren vor der Großen Beschwerdekammer beteiligt. Die Entscheidung der Großen Beschwerdekammer ist für die Beschwerdekammer bindend.

Im übrigen kann der Präsident des Europäischen Patentamts der Großen Beschwerdekammer eine Rechtsfrage vorlegen, wenn zwei Beschwerdekammern über diese Frage voneinander abweichende Entscheidungen getroffen haben. Die Große Beschwerdekammer wird dann als Gutachter tätig. Obwohl die Beschwerdekammern in diesem Fall — anders als wenn sie die Große Beschwerdekammer selbst befaßt haben — formell nicht an die Entscheidung der Großen Beschwerdekammer gebunden sind, werden sie sich in der Praxis nach der Auffassung der Großen Beschwerdekammer richten.

Zum siebenten Teil

Dieser Teil enthält im wesentlichen allgemeine Vorschriften, die in jedem Verfahren vor einem Organ des Europäischen Patentamts zu beachten sind. Wenn in der Folge bei der Behandlung der einzelnen Artikel vom Europäischen Patentamt die Rede ist, so sind darunter die jeweiligen Organe des Patentamts zu verstehen.

Zu Artikel 113

Absatz 1: Entscheidungen des Europäischen Patentamts dürfen nur auf Gründe gestützt werden, zu denen die Beteiligten sich äußern konnten.

Absatz 2: Bei der Prüfung der Patentanmeldung oder des Patents und bei den Entscheidungen darüber hat sich das Europäische Patentamt an die vom Anmelder gebilligte Fassung zu halten (vgl. hierzu u. a. Artikel 97 Abs. 2 Buchstabe a, Artikel 102, Regel 51 Abs. 4 und Regel 58 Abs. 4 der Ausführungsordnung).

Zu Artikel 114

In Absatz 1 wird bestimmt, daß die Ermittlung durch das Europäische Patentamt von Amts wegen erfolgt.

Das Patentamt braucht sich daher auch bei seinen Entscheidungen nicht auf das zu beschränken, was die Beteiligten vorbringen, sondern kann auch unter Berücksichtigung des Artikels 113 andere Unterlagen heranziehen. Gemäß Absatz 2 braucht das Europäische Patentamt die Unterlagen, die von den Beteiligten verspätet vorgelegt werden, nicht zu berücksichtigen.

Zu Artikel 115

Nach der Veröffentlichung der Patentanmeldung gemäß Artikel 93 kann jeder Dritte schriftlich begründete Einwendungen gegen die Patenterteilung erheben. Dem Anmelder wird dies mitgeteilt, und er kann dazu Stellung nehmen. Personen, die auf diese Weise Einwendungen erheben, sind am Erteilungsverfahren nicht beteiligt (vgl. hierzu Artikel 107).

Zu Artikel 116

Dieser Artikel betrifft die mündliche Verhandlung vor dem Europäischen Patentamt.

Absätze 1 und 2: Eine mündliche Verhandlung findet entweder auf Antrag eines Beteiligten oder von Amts wegen statt. Das Europäische Patentamt ist in einigen Fällen nicht verpflichtet, einem Antrag auf mündliche Verhandlung stattzugeben. Der erste Fall ist in Absatz 1 geregelt, der bestimmt, daß ein Antrag auf erneute mündliche Verhandlung vor demselben Organ abgelehnt werden kann, wenn die Parteien und der Sachverhalt unverändert geblieben sind. Die zweite Ausnahme wird in Absatz 2 geregelt. Vor der Eingangsstelle findet eine mündliche Verhandlung auch auf Antrag nur dann statt, wenn die Eingangsstelle diese für sachdienlich erachtet oder beabsichtigt, die Anmeldung zurückweisen.

Absatz 3: Die mündliche Verhandlung vor der Eingangsstelle, der Prüfungsabteilung und der Rechtsabteilung ist nicht öffentlich. Für die Verhandlung vor der Eingangsstelle ergibt sich dies schon daraus, daß in diesem Zeitpunkt die europäische Patentanmeldung noch nicht veröffentlicht ist; vor der Prüfungsabteilung und der Rechtsabteilung können Fragen zur Sprache kommen, an deren Geheimhaltung der Anmelder ein berechtigtes Interesse haben kann.

Absatz 4: Die mündliche Verhandlung vor der Einspruchsabteilung, vor der Beschwerdekammer und der Großen Beschwerdekammer ist grundsätzlich öffentlich, vor den Kammern aber nur, soweit es sich um Anmeldungen handelt, die bereits veröffentlicht worden sind. Von dem Grundsatz der Öffentlichkeit kann das betreffende Organ jedoch abweichen, wenn die Gefahr besteht, daß einer beteiligten Partei schwerwiegende und ungerechtfertigte Nachteile entstehen.

Zu Artikel 117

Diese Bestimmung behandelt die Beweisaufnahme vor dem Europäischen Patentamt.

Absatz 1 enthält eine nicht erschöpfende Aufzählung der Beweismittel, die in allen europäischen Rechtssystemen vorgesehen sind. Bei der Aufzäh-

lung der Entscheidungsorgane des Europäischen Patentamts, vor denen man sich dieser Beweismittel bedienen kann, fehlt die Eingangsstelle. Da die Aufgabe dieser Abteilung lediglich darin besteht, die eingegangenen Anmeldungen auf formale Erfordernisse hin zu prüfen, stellt sich das Problem einer Beweisaufnahme hier nicht.

In Absatz 2 wird bestimmt, daß die betreffenden Organe des Europäischen Patentamts eines ihrer Mitglieder mit der Durchführung der Beweisaufnahme beauftragen können.

Absätze 3 und 4: Wünscht das Europäische Patentamt die mündliche Vernehmung einer Person — eines Beteiligten, eines Zeugen oder eines Sachverständigen —, so kann es die betreffende Person zur Vernehmung vor dem Amt selbst laden. Der Betreffende braucht nicht zu erscheinen; wohnt er in einem der Vertragsstaaten, so kann er beantragen, daß er vor dem zuständigen Gericht in seinem Wohnsitzstaat vernommen wird. Nach Eingang eines solchen Antrags kann das Europäische Patentamt das zuständige Gericht des betreffenden Landes ersuchen, die betreffende Person zu vernehmen. Das Europäische Patentamt kann ein solches Ersuchen auch von Amts wegen stellen. Wird eine Person vor ein einzelstaatliches Gericht geladen, so ist sie nach den nationalen Rechtsvorschriften zum Erscheinen verpflichtet; dem wird in den meisten Ländern durch Androhung einer Strafe Nachdruck verliehen. Das Gericht ist auf Grund von Artikel 131 Abs. 2 zur Vernehmung im Wege der Rechtshilfe verpflichtet.

Absatz 5: Nach dem Übereinkommen ist das Europäische Patentamt nicht befugt, Personen unter Eid zu vernehmen. Daher ist in Absatz 5 vorgesehen, daß das Amt einen bereits vernommenen Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen erneut vom nationalen Gericht des betreffenden Landes unter Eid oder in gleichermaßen verbindlicher Form vernommen lassen kann.

Auch hier findet Artikel 131 Abs. 2 Anwendung (vgl. die Ausführungen zu dieser Vorschrift, insbesondere auch zu der Frage der Kosten des Rechtshilfeverfahrens).

Absatz 6: Wenn das Europäische Patentamt gemäß Absatz 3 oder 4 ein nationales Gericht ersucht, eine Person zu vernehmen, so kann es dabei beantragen, daß die betreffende Person von vornherein unter Eid oder in gleichermaßen verbindlicher Form vernommen wird. Das Patentamt kann gleichzeitig beantragen, daß einem Mitglied des betreffenden Organs gestattet wird, der Vernehmung beizuwohnen und Fragen an den Betreffenden zu richten. Letzteres gilt auch in dem in Absatz 5 vorgesehenen Fall.

Ergänzende Vorschriften über die Beweiserhebung enthalten die Regeln 72 bis 76 der Ausführungsordnung.

Regel 72 Abs. 1 bestimmt die Form und den Inhalt der Entscheidung über die Vernehmung von Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen; in Absatz 2 sind die für die Ladung geltende Frist und der Inhalt der Ladung festgelegt. Die Absätze 3 und 4 enthalten weitere Vorschriften über die Vernehmung.

Regel 73 enthält Vorschriften für den Fall, daß das Europäische Patentamt ein Gutachten eines Sachverständigen einzuholen wünscht. Das Europäische Patentamt entscheidet, in welcher Form das Gutachten zu erstatten ist. In Absatz 2 ist festgelegt, was der Auftrag an den Sachverständigen enthalten muß. Die Beteiligten können den Sachverständigen ablehnen.

Regel 74 bestimmt, daß das Europäische Patentamt die Beweisaufnahme davon abhängig machen kann, daß der Beteiligte, der sie beantragt hat, beim Europäischen Patentamt einen Vorschuß zur Deckung der Kosten hinterlegt. Die Absätze 2 und 3 enthalten Regeln für die Vergütung für Zeugen und Sachverständige; die Einzelheiten hierfür werden nach Absatz 4 durch den Verwaltungsrat festgelegt.

Regel 75 regelt das Beweissicherungsverfahren. Absatz 1 bestimmt, daß das Europäische Patentamt auf Antrag unverzüglich eine Beweisaufnahme über Tatsachen vornehmen kann, wenn dieser Beweis zu gegebener Zeit notwendig werden könnte und begründeter Anlaß zu der Befürchtung besteht, daß das Beweismittel verloren geht. Die Absätze 2 bis 4 enthalten weitere Vorschriften über die Beweissicherung.

Regel 76 enthält Vorschriften für die Niederschrift über mündliche Verhandlungen und Beweisaufnahmen.

Zu Artikel 118

Die Vorschrift bekräftigt den Grundsatz, daß die europäische Patentanmeldung und das europäische Patent eine Einheit bilden. Verschiedene Anmelder oder Inhaber des Patents für verschiedene Staaten gelten nach Artikel 118 als **gemeinsame** Anmelder oder Patentinhaber. Auf diese Weise wird verhindert, daß das Patentamt ein europäischer Patent erteilen muß, dessen Fassung von Land zu Land verschieden ist. Von diesem Grundsatz gibt es nur drei Ausnahmen. Ist auf Grund des Artikels 54 Abs. 4 der Stand der Technik nicht für alle in der Anmeldung benannten Staaten gleich, so kann der Inhalt der Patentansprüche, der Beschreibung und der Zeichnungen auf Grund der Regel 87 der Ausführungsordnung für die einzelnen Länder unterschiedlich sein. Das gleiche kann sich ergeben, wenn eine europäische Patentanmeldung auf Grund einer gerichtlichen Entscheidung nur in Bezug auf einige der in der Anmeldung benannten Staaten auf eine andere Person als den Anmelder übergegangen ist und diese Person auf Grund des Artikels 61 eine neue Anmeldung eingereicht hat (vgl. hierzu Regel 16 der Ausführungsordnung). Schließlich kann sich eine unterschiedliche Fassung des Patents in dem in Artikel 99 Abs. 5 geregelten Fall ergeben (vgl. die Ausführungen in dieser Vorschrift).

Zu Artikel 119

Das Europäische Patentamt stellt alle Entscheidungen und Ladungen sowie Schriftstücke, durch die eine Frist in Lauf gesetzt wird oder die nach dem Übereinkommen von Amts wegen zuzustellen sind, den Betreffenden zu. Die Zustellungen können, so-

weit dies außergewöhnliche Umstände erfordern, durch Vermittlung einer Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz bewirkt werden.

Regel 77 Abs. 1 der Ausführungsordnung legt fest, wann bei Zustellung von Amts wegen das Original des zuzustellenden Schriftstücks und wann eine beglaubigte Abschrift dieses Schriftstücks zu übermitteln ist. Ferner wird in dieser Regel bestimmt, auf welche Art und Weise die Zustellung zu erfolgen hat, wobei ein Unterschied gemacht wird zwischen einer Zustellung durch das Europäische Patentamt (Absatz 2) und einer Zustellung durch Vermittlung einzelstaatlicher Behörden (Absatz 3). Übernimmt das Europäische Patentamt die Zustellung von Amts wegen, so geschieht dies entweder durch die Post oder durch Übergabe im Europäischen Patentamt. Diese beiden Möglichkeiten der Zustellung sind in Regel 78 bzw. 79 der Ausführungsordnung näher ausgeführt. Ist der Aufenthaltsort des Empfängers des betreffenden Schriftstücks nicht feststellbar, so erfolgt die Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung des betreffenden Schriftstücks, wie dies in Regel 80 der Ausführungsordnung erläutert ist. Sind ein oder mehrere Vertreter bestellt worden, so werden die Zustellungen gemäß Regel 81 der Ausführungsordnung in der dort vorgesehenen Art und Weise an einen Vertreter gerichtet.

Erfolgt die Zustellung von Amts wegen durch eine nationale Behörde, so geschieht dies gemäß Regel 77 Abs. 3 der Ausführungsordnung nach den einschlägigen nationalen Rechtsvorschriften.

Zu Artikel 120

Die Vorschrift verweist wegen der Regelung der Fristen auf die Bestimmungen der Ausführungsordnung. Dabei geht es um die Berechnung der Fristen sowie die Verlängerung von Fristen für den Fall, daß das Europäische Patentamt oder die betreffenden nationalen Behörden zur Entgegennahme von Schriftstücken nicht geöffnet sind oder die Postzustellung nicht stattfindet (vgl. hierzu Regel 83 bzw. 85 der Ausführungsordnung). Auch die Festlegung der Mindest- und der Höchstdauer der Fristen, die das Europäische Patentamt nach dem Vertrag bestimmen kann, wird der Ausführungsordnung überlassen (vgl. hierzu Regel 84 der Ausführungsordnung).

Zu Artikel 121

Dieser Artikel enthält Vorschriften für den Fall, daß eine Frist, die das Europäische Patentamt nach dem Übereinkommen oder der Ausführungsordnung während des Erteilungsverfahrens bestimmt hat, versäumt worden ist.

Ein solches Versäumnis des Anmelders hat zur Folge, daß die Anmeldung vom Europäischen Patentamt zurückzuweisen ist, oder daß die Anmeldung als zurückgenommen gilt. So prüft das Europäische Patentamt etwa gemäß Artikel 91 Abs. 1 nach, ob eine beim Patentamt eingereichte Patentanmeldung den Formerfordernissen genügt. Ist dies nicht der Fall, so setzt das Patentamt dem Anmelder gemäß Regel 41 Abs. 1 eine Frist zur Beseitigung

der Mängel. Kommt der Anmelder der Aufforderung innerhalb der ihm gesetzten Frist nicht nach, so weist das Patentamt die Anmeldung gemäß Artikel 91 Abs. 3 zurück. Ein anderes Beispiel gibt Artikel 96 Abs. 2, wonach das Europäische Patentamt dem Anmelder, der einen Prüfungsantrag gestellt hat, eine Frist setzt, innerhalb derer er zu den Beanstandungen Stellung nehmen kann, die das Patentamt gegen die Anmeldung vorgebracht hat. Kommt der Anmelder dieser Aufforderung nicht nach, so gilt die Patentanmeldung als zurückgenommen. Ein drittes Beispiel gibt Artikel 124, wonach eine Patentanmeldung als zurückgenommen gilt, wenn es der Anmelder unterläßt, dem Europäischen Patentamt innerhalb der ihm vom Patentamt gesetzten Frist bestimmte Angaben zu machen.

In all diesen Fällen tritt jedoch gemäß Artikel 121 Abs. 1 die Rechtsfolge der Zurückweisung oder der Zurücknahme nicht ein oder gilt rückwirkend als nicht eingetreten, wenn der Anmelder die Weiterbehandlung der Anmeldung beantragt. Der Antrag ist jedoch nur gültig, wenn drei Bedingungen erfüllt sind. Der Antrag ist innerhalb von zwei Monaten nach dem Tag einzureichen, an dem die Entscheidung über die Zurückweisung oder an dem die Mitteilung, daß die Anmeldung als zurückgenommen gilt, zugestellt worden ist. Ferner muß der Anmelder innerhalb dieser Frist die versäumte Handlung nachholen. Schließlich muß bei der Einreichung eines solchen Antrags eine Gebühr entrichtet werden.

Die Antragstellung ist an keine weiteren Bedingungen gebunden. Der Anmelder braucht somit auch nicht anzugeben, warum er die gesetzte Frist nicht eingehalten hat. Dies bedeutet, daß dem Anmelder bei jeder vom Europäischen Patentamt gesetzten Frist gegen Entrichtung der vorgenannten Gebühr einmal eine Verlängerung eingeräumt werden kann.

Die Bestimmung gilt nicht für Fristen, die im Übereinkommen oder in der Ausführungsordnung selbst festgesetzt sind.

Über diese Möglichkeiten hinaus kennt das Übereinkommen von dem in Artikel 86 Abs. 2 geregelten Fall abgesehen weder eine Fristverlängerung noch gar eine mehrmalige Fristverlängerung, wie sie in anderen Patenterteilungssystemen zum Teil vorgesehen ist. Allerdings besteht nach dem Übereinkommen für den Anmelder und auch den Patentinhaber die Möglichkeit der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, wenn eine Frist aus bestimmten Gründen nicht eingehalten werden konnte.

Zu Artikel 122

Dieser Artikel befaßt sich mit der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Er regelt die Wiederherstellung von Rechten, die durch die Nichteinhaltung von Fristen gegenüber dem Europäischen Patentamt während des Erteilungs- oder Einspruchsverfahrens verlorengegangen sind. Diese Regelung ist nicht auf die vom Europäischen Patentamt gesetzten Fristen beschränkt, sondern umfaßt alle Fristen, die gegenüber dem Patentamt eingehalten werden müssen. Voraussetzung der Wiedereinsetzung ist, daß der

beantragende Anmelder oder Patentinhaber nachweist, daß er die fragliche Frist trotz Beachtung aller nach den gegebenen Umständen gebotenen Sorgfalt nicht einhalten konnte.

Hiermit führt das Übereinkommen einen neuen Begriff ein, der an die Stelle der in den einzelstaatlichen Rechtssystemen verwendeten Begriffe wie „excuses légitimes“, „höhere Gewalt“ usw. tritt, die sich untereinander nicht immer in allen Punkten decken. Nach der Umschreibung der hier genannten besonderen Sorgfalt reicht also das bloße Nichtverschulden des Anmelders oder Patentinhabers in der Regel nicht aus.

Die Verhinderung des Rechtsinhabers, die Frist einzuhalten, muß den Verlust eines Rechts oder eines Rechtsmittels zur unmittelbaren Folge haben (vgl. etwa die Zurückweisung der Anmeldung oder — im Einspruchsverfahren — den Widerruf des Patents oder den Verlust der Möglichkeit, Beschwerde einzulegen). Die Regelung ist auf den Anmelder und den Patentinhaber beschränkt, da Dritte, insbesondere Einsprechende, ihr Recht im Wege eines Nichtigkeitsverfahrens geltend machen können. Der Anmelder oder Patentinhaber muß sich auch das Verhalten seines Vertreters entgegenhalten lassen, so daß der Verlust von Rechten infolge des Auftretens eines Vertreters nur dann behoben werden kann, wenn dieser Vertreter die gebotene Sorgfalt hat walten lassen.

Gemäß Absatz 2 muß derjenige, der die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt, dies innerhalb von zwei Monaten nach Wegfall des Hindernisses tun, das die Nichteinhaltung der betreffenden Frist zur Folge hat. Innerhalb dieser Frist muß auch die versäumte Handlung nachgeholt werden.

Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, die gegenüber dem Anmelder oder dem Patentinhaber aus Billigkeitsgründen geboten ist, kann die Interessen Dritter beeinträchtigen, die etwa vom Verlust der betreffenden Rechte ausgegangen sind. Damit die hieraus entstehende Rechtsunsicherheit so gering wie möglich bleibt, ist der Antrag nur innerhalb eines Jahres nach Ablauf der versäumten Frist zulässig.

Absatz 3 bestimmt, daß der Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu begründen ist, wobei die zur Begründung dienenden Tatsachen glaubhaft zu machen sind. Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die Wiedereinsetzungsgebühr entrichtet worden ist. Über den Antrag entscheidet nach Absatz 4 das Organ, das über die versäumte Handlung zu entscheiden hat.

In Absatz 5 werden eine Reihe von Fristen aufgeführt, bei deren Nichteinhaltung der Artikel 122 nicht angewendet werden kann.

Absatz 6 enthält eine Regelung für die Rechte der Personen, die die betreffende Erfindung in einem Vertragsstaat, für den die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei einer Anmeldung oder einem Patent Geltung erhält, in der Zeit zwischen dem Eintritt des Rechtsverlusts und der Bekanntmachung des Hinweises auf die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand in gutem Glauben in Benutzung ge-

nommen haben. Diese dürfen die Benutzung für ihren Betrieb unentgeltlich fortsetzen. Das gleiche gilt für diejenigen, die in der genannten Zeit in gutem Glauben ernsthafte Veranstaltungen zur Benutzung der Erfindung getroffen haben.

Absatz 7 betrifft die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei einem Verlust von Rechten wegen Nichteinhaltung von Fristen, die im Übereinkommen vorgesehen sind, aber Vertragsstaaten gegenüber einzuhalten sind. Ein Beispiel hierfür bildet die Frist, welche die Vertragsstaaten gemäß Artikel 137 Abs. 2 bei der Umwandlung einer europäischen Patentanmeldung in eine oder mehrere nationale Patentanmeldungen setzen können; ein weiteres Beispiel ist die Frist nach Artikel 65 Abs. 1 Satz 2, innerhalb derer die Vertragsstaaten die Einreichung einer Übersetzung einer europäischen Patentschrift verlangen können. Den Vertragsstaaten steht es frei, Regelungen für die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Verlust von Rechten wegen Nichteinhaltung der vorgenannten Fristen zu treffen.

Zu Artikel 123

In diesem Artikel wird geregelt, inwieweit eine Europäische Patentanmeldung und ein europäisches Patent in dem Verfahren vor dem Europäischen Patentamt geändert werden können. Dieser Artikel enthält zwei wesentliche Grundsätze:

Nach Absatz 2 dürfen europäische Patentanmeldungen und europäische Patente nicht in der Weise geändert werden, daß ihr Gegenstand über den Inhalt der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgeht. Nach Absatz 3 dürfen ferner im Einspruchsverfahren die Patentansprüche nicht in der Weise geändert werden, daß der Schutzbereich erweitert wird.

Im übrigen wird in Absatz 1 dieses Artikels zur Regelung der Voraussetzungen, unter denen eine Patentanmeldung oder ein Patent geändert werden kann, auf die Ausführungsordnung verwiesen, in der dieser Fragenkomplex in den Regeln 86 und 88 behandelt wird.

Nach Regel 86 Abs. 1 darf der Anmelder vor Erhalt des Recherchenberichts keine Änderungen vornehmen. Ausgenommen hiervon sind Änderungen in formaler Hinsicht, die im Rahmen der von der Eingangsstelle vorgenommenen Formalprüfung zulässig sind (vgl. hierzu Artikel 91 Abs. 2 sowie Regel 41 der Ausführungsordnung).

Regel 86 berücksichtigt ferner Artikel 123 Abs. 1, wonach dem Anmelder in jedem Fall zumindest einmal Gelegenheit zu geben ist, die Anmeldung von sich aus zu ändern. Diese Gelegenheit wird ihm in der Zeit nach Erhalt des Recherchenberichts und vor Erhalt des ersten Bescheids der Prüfungsabteilung gegeben. Nach Erhalt des ersten Bescheids kann der Anmelder auch noch innerhalb gewisser Grenzen von sich aus Änderungen vornehmen, sofern diese Änderungen der Prüfungsabteilung gleichzeitig mit der Erwiderung auf den ersten Bescheid übermittelt werden. Danach können die Unterlagen nur noch mit Zustimmung der Prüfungsabteilung geändert werden (vgl. auch Artikel 96).

Neben der Regel 86 ist Regel 88 einschlägig, welche die Berichtigung von sprachlichen Fehlern und Schreibfehlern und von Versehen betrifft. Solche Fehler dürfen auf Antrag berichtigt werden. Änderungen in der Beschreibung, den Patentansprüchen oder den Zeichnungen sind jedoch nur innerhalb enger Grenzen zulässig, sofern es sich um die Berichtigung **offensichtlicher** Fehler oder Versehen handelt.

Zu Artikel 124

Die Prüfungsabteilung und die Beschwerdekammer können den Anmelder auffordern, innerhalb einer von ihnen zu bestimmenden Frist die Staaten anzugeben, in denen er für die Gegenstand der europäischen Patentanmeldung bildende Erfindung nationale Patentanmeldungen eingereicht hat. Antwortet der Anmelder nicht rechtzeitig auf eine solche Aufforderung, so gilt die Anmeldung als zurückgenommen.

Zu Artikel 125

Bei der Ausarbeitung des Übereinkommens ist versucht worden, das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt möglichst abschließend zu regeln. Sollte dennoch eine Lücke bestehen, so sind vom Europäischen Patentamt für das Verfahren die in den Vertragsstaaten im allgemeinen anerkannten Grundsätze zu berücksichtigen.

Zu Artikel 126

Dieser Artikel betrifft die Beendigung von Zahlungsverpflichtungen, und zwar sowohl des Europäischen Patentamts gegenüber Dritten als auch von Dritten gegenüber dem Patentamt.

Absatz 1 bestimmt, innerhalb welcher Frist Gebührenansprüche des Patentamts erlöschen. Da Ansprüche auf Gebühren entfallen, wenn das Übereinkommen deren Nichtentrichtung mit dem Verlust von Rechten verbindet, beschränkt sich die Anwendung des Absatzes auf die Fälle, in denen Gebühren für die Zusendung von Auszügen und ähnlichem zu entrichten sind (vgl. beispielsweise Regeln 94 und 95 der Ausführungsordnung).

In Absatz 2 ist die Frist festgesetzt, während der Forderungen gegen das Europäische Patentamt auf Rückzahlung von Gebühren oder von zuviel gezahlten Beträgen erhoben werden können.

Absatz 3 regelt, auf welche Art und Weise die in den Absätzen 2 und 3 festgelegten Fristen unterbrochen werden können. Mit der Unterbrechung beginnt die Frist erneut zu laufen; sie endet spätestens sechs Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem sie ursprünglich zu laufen begonnen hat. Eine Ausnahme gilt für den Fall, daß der Anspruch gerichtlich geltend gemacht worden ist; in diesem Fall endet die Frist frühestens ein Jahr nach der Rechtskraft der Entscheidung.

Zu Kapitel II

Dieses Kapitel enthält Vorschriften über die Unterrichtung der Öffentlichkeit und die gegenseitige

Unterrichtung der Behörden der Vertragsstaaten und dem Europäischen Patentamt sowie über die Zusammenarbeit dieser Behörden. Diese Unterrichtung erstreckt sich auf die europäischen Patentanmeldungen und die europäischen Patente sowie alle damit zusammenhängenden Fragen.

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit geschieht auf dreierlei Weise, nämlich durch Eintragung in ein amtliches Register (Artikel 127), durch Einsicht in die Akten (Artikel 128) und durch Herausgabe amtlicher Veröffentlichungen (Artikel 129).

Bei der Übermittlung von Informationen über Patentanmeldungen wird im allgemeinen davon ausgegangen, daß die Unterrichtung erst nach der in Artikel 93 vorgesehenen Veröffentlichung der Anmeldung erfolgen kann; bis zu diesem Zeitpunkt kann die Anmeldung nämlich noch jederzeit zurückgezogen werden, so daß deren Inhalt zunächst geheim bleiben muß und Dritten nicht bekanntgegeben werden darf. Eine Ausnahme bilden die in Artikel 128 Abs. 5 genannten Angaben, deren Bekanntgabe dem Anmelder nicht zum Nachteil gereichen kann.

Zu Artikel 127

Dieser Artikel sieht die Einrichtung eines amtlichen Registers vor, in dem alle Angaben über europäische Patentanmeldungen und europäische Patente vermerkt werden, die für Dritte von Interesse sind. Um welche Angaben es sich hierbei handelt, geht aus Regel 92 Abs. 1 der Ausführungsordnung hervor; nach Absatz 2 der letztgenannten Vorschrift kann der Präsident des Europäischen Patentamts bestimmen, daß auch andere Angaben in das Register eingetragen werden.

Entsprechend dem Zweck der Einrichtung steht das Register jedermann zur Einsicht offen; demgemäß darf die Eintragung in das Register erst mit der Veröffentlichung der Bekanntmachung erfolgen (Artikel 127 Sätze 2 und 3).

Zu Artikel 128

Absatz 1: Vor der Veröffentlichung der Patentanmeldung ist eine Einsichtnahme in die Akten der Patentanmeldung nur mit Zustimmung des Anmelders möglich. Es sind indessen zwei Ausnahmen vorgesehen, die in Absatz 2 bzw. Absatz 3 aufgeführt sind.

Absatz 2: Wenn sich der Anmelder einer anderen Person gegenüber auf seine Anmeldung beruft — dies wird vor allem der Fall sein, wenn die genannte Person die Erfindung anwendet oder anwenden will —, so kann diese Person auch ohne Zustimmung des Anmelders Akteneinsicht verlangen. Dadurch soll insbesondere demjenigen, der bereits mit der Nutzung einer Erfindung begonnen hat, die Möglichkeit gegeben werden, sich ein möglichst vollständiges Bild davon zu machen, inwieweit er mit der Nutzung der Erfindung fortfahren kann.

Absatz 3: Stützt sich eine veröffentlichte Anmeldung auf eine frühere Anmeldung, die nicht veröffentlicht worden ist, so kann man auch Einsicht in die frühere Anmeldung erhalten. Dieser Fall ergibt

sich, wenn bei einer Teilanmeldung — Artikel 76 — oder der Einreichung einer neuen Anmeldung — Artikel 61 — die frühere Anmeldung vor der Veröffentlichung zurückgezogen worden ist. Dritte müssen dann die Möglichkeit haben nachzuprüfen, ob sich die Teilanmeldung oder die neue Anmeldung auf den Inhalt der früheren Anmeldung beschränkt.

Absatz 4: Nach der Veröffentlichung einer Anmeldung gemäß Artikel 93 wird jedermann auf Antrag ohne weiteres Einsicht in die Akten gewährt. Eine Ausnahme bilden die in Regel 93 der Ausführungsordnung genannten Schriftstücke wie z. B. Entwürfe zu Entscheidungen und Bescheiden, Schriftstücke über die Frage der Ausschließung oder Ablehnung von Mitgliedern der Beschwerdekammern oder der Großen Beschwerdekammer und ganz allgemein Schriftstücke, an deren Kenntnis Dritte kein berechtigtes Interesse haben können. In den Regeln 94 und 95 der Ausführungsordnung ist festgelegt, wie die Einsichtnahme in die Akten erfolgt und wie man Angaben und Auszüge daraus erhalten kann.

Nach Absatz 5 kann das Europäische Patentamt bestimmte Angaben auch schon vor der Veröffentlichung der Anmeldung bekanntgeben.

Zu Artikel 129

Das Europäische Patentamt gibt regelmäßig zwei Veröffentlichungen heraus, nämlich das Europäische Patentblatt und das Amtsblatt des Europäischen Patentamts.

Zu Artikel 130

Gemäß Absatz 1 übermitteln das Europäische Patentamt und die Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz einander auf Ersuchen sachdienliche Angaben über die Einreichung von Patentanmeldungen sowie über die damit im Zusammenhang stehenden Verfahren. Es kann sich dabei um allgemeine Auskünfte handeln, aber auch um Auskünfte über bestimmte Patentanmeldungen oder bestimmte Patente.

Nach Absatz 2 kann das Europäische Patentamt Abkommen schließen, damit der in Absatz 1 vorgesehene Informationsaustausch auch mit den Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz von Staaten, die nicht Vertragsstaaten sind, sowie mit zwischenstaatlichen Organisationen durchgeführt werden kann. Bei der Übermittlung von Angaben auf Grund dieser Abkommen ist das Patentamt nicht an die in Artikel 128 vorgesehene Beschränkung in Bezug auf nicht veröffentlichte Anmeldungen gebunden, da die Geheimhaltung von vertraulichen Angaben durch die genannten Einrichtungen gewährleistet ist (Absatz 3).

Zu Artikel 131

Dieser Artikel behandelt die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Patentamt einerseits und den Gerichten oder Behörden der Vertragsstaaten andererseits. Auf welche Weise der Verkehr zwischen dem Europäischen Patentamt und den genannten Gerichten und Behörden vor sich geht, ist in Regel 97 der Ausführungsordnung festgelegt.

Nach Artikel 131 Abs. 1 sind das Europäische Patentamt und die Gerichte oder Behörden der Vertragsstaaten verpflichtet, einander auf Antrag Auskünfte zu erteilen oder Einsicht in die Akten zu gewähren, soweit nicht Vorschriften des nationalen Rechts oder des Übereinkommens dem entgegenstehen. Von den Vorschriften des Übereinkommens ist hier vor allem Artikel 128 relevant, wonach das Patentamt vor der Veröffentlichung der Anmeldung keine Einsicht in Akten gewähren darf; dieses Verbot gilt jedoch nicht für die Akteneinsicht durch Gerichte, Staatsanwaltschaften oder Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten (Absatz 1 Satz 2).

In Regel 98 der Ausführungsordnung ist festgelegt, wie die Akteneinsicht zu geschehen hat.

Absatz 2 behandelt die Verpflichtung der nationalen Behörden, bei der Vernehmung von Personen oder der Vornahme gerichtlicher Handlungen mitzuwirken; die Einzelheiten sind in Regel 99 der Ausführungsordnung dargelegt. Nach Absatz 7 dieser Regel dürfen für die Erledigung von Rechtshilfersuchen Gebühren und Auslagen nicht erhoben werden. Der ersuchte Staat kann jedoch von der Organisation die an Sachverständige und Dolmetscher gezahlte Entschädigung sowie die durch die Teilnahme eines Mitglieds des Europäischen Patentamts an der Beweisaufnahme entstandenen Auslagen erstattet verlangen.

Zu Artikel 132

In diesem Artikel ist festgelegt, daß das Europäische Patentamt und die Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz einander kostenlos ihre Veröffentlichungen übermitteln.

Zu Kapitel III

Dieses Kapitel betrifft die Vertretung von Personen in den verschiedenen Verfahren vor dem Europäischen Patentamt. Artikel 133 enthält die allgemeinen Grundsätze der Vertretung und regelt unter anderem, inwieweit an sich in den betreffenden Verfahren eine Vertretung geboten ist. In Artikel 134 ist geregelt, durch welche Personen die Vertretung erfolgen muß. In Verbindung damit ist in den Übergangsbestimmungen in Artikel 163 festgelegt, wer während einer bestimmten Übergangszeit als zugelassener Vertreter eingetragen werden kann. Diese Übergangsregelung trägt den Interessen derjenigen Rechnung, die bereits jetzt in den Vertragsstaaten vor der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz als Vertreter handeln können. Die Artikel 133 und 134 enthalten im wesentlichen folgende Regelung: Jedermann kann in Verfahren vor dem Europäischen Patentamt selbst handeln. Ausgenommen sind jedoch Personen, die weder Wohnsitz noch Sitz in einem Vertragsstaat haben; diese Personen müssen sich durch einen zugelassenen Vertreter vertreten lassen. Auch wenn jemand, der selbst vor dem Europäischen Patentamt handeln kann, es vorzieht, sich vertreten zu lassen, bedarf es dazu eines zugelassenen Vertreters. Personen — sowohl natürliche als auch juristische Perso-

nen — mit Wohnsitz oder Sitz in einem Vertragsstaat können allerdings auch durch einen dazu bevollmächtigten Angestellten handeln. Personen, die ihren Wohnsitz oder Sitz nicht in einem der Vertragsstaaten haben, steht diese Möglichkeit nicht offen.

Zu Artikel 133

Nach der Grundvorschrift des Absatzes 1 ist niemand verpflichtet, sich in Verfahren vor dem Europäischen Patentamt durch einen zugelassenen Vertreter vertreten zu lassen; grundsätzlich kann also jeder, der dies wünscht, selbst handeln.

Absatz 2 enthält jedoch eine Ausnahme von Absatz 1; sie betrifft Personen, die weder Wohnsitz noch Sitz in einem Vertragsstaat haben. Diese Personen können zwar selbst ohne Vermittlung eines zugelassenen Vertreters eine europäische Patentanmeldung einreichen, sind aber im übrigen verpflichtet, sich durch einen zugelassenen Vertreter vertreten zu lassen.

Absatz 3 enthält eine besondere Regelung für Personen — ungeachtet dessen, ob es sich um natürliche oder juristische Personen handelt — mit Wohnsitz oder Sitz in einem Vertragsstaat. Wenn diese Personen nicht selbst vor dem Europäischen Patentamt handeln wollen, so brauchen sie nicht die Dienste eines zugelassenen Vertreters in Anspruch zu nehmen, sofern sie sich durch einen ihrer Angestellten vertreten lassen. Von der in Absatz 3 vorbehaltenen Möglichkeit, in der Ausführungsordnung vorzuschreiben, inwieweit Angestellte einer juristischen Person für andere juristische Personen, die mit ihr wirtschaftlich verbunden sind, handeln können, ist bisher nicht Gebrauch gemacht.

Die in Absatz 4 vorgesehenen Bestimmungen für die gemeinsame Vertretung mehrerer Beteiligter, die gemeinsam handeln, sind in Regel 100 der Ausführungsordnung enthalten. In dieser Regel wird davon ausgegangen, daß mangels ausdrücklicher Bestimmung eines gemeinsamen Vertreters grundsätzlich die als erste genannte Person als gemeinsamer Vertreter gilt.

Regel 101 der Ausführungsordnung enthält eine Reihe von Vorschriften über die Vollmacht. Jeder Vertreter — also ein zugelassener Vertreter, ein Rechtsanwalt oder in den besonderen, in Artikel 133 Abs. 3 vorgesehenen Fällen ein Angestellter — muß eine unterzeichnete Vollmacht einreichen. Gemäß Absatz 1 und Absatz 2 dieser Regel kann eine Vollmacht für eine bestimmte Anmeldung, aber auch für mehrere Anmeldungen gelten; auch eine allgemeine Vollmacht ist möglich. Nach Absatz 4 der Regel braucht die Vollmacht nicht sofort eingereicht zu werden, wenn die Bestellung eines Vertreters mitgeteilt wird, sondern kann binnen zwei Monaten nachgereicht werden. Wird die Vollmacht nicht rechtzeitig eingereicht, so gelten die Handlungen des Vertreters — mit Ausnahme der Einreichung der Anmeldung — als nicht erfolgt. Die Absätze 5 bis 8 der Regel 101 enthalten Vorschriften über den Widerruf der Vollmacht, das Erlöschen der Vertretungsmacht — das grundsätzlich nicht mit

dem Tod des Vollmachtgebers eintreten soll — und für den Fall, daß mehrere Vertreter bestellt wurden, über die jedem von ihnen zustehenden Befugnisse.

Zu Artikel 134

Artikel 134 enthält Vorschriften über den „zugelassenen Vertreter“.

Absatz 1 bestimmt als Grundsatz, daß die Vertretung von Personen in einem Verfahren vor dem Patentamt nur durch zugelassene Vertreter wahrgenommen werden kann, die in einer beim Europäischen Patentamt geführten Liste eingetragen sind. Eine Ausnahme hiervon enthält Absatz 7 für die Vertretung durch bestimmte Rechtsanwälte.

Absatz 2 legt fest, wer als zugelassener Vertreter in die beim Europäischen Patentamt geführte Liste eingetragen werden kann. Die betreffenden Personen müssen folgende drei Voraussetzungen erfüllen:

- a) Sie müssen die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzen.
- b) Sie müssen ihren Geschäftssitz oder Arbeitsplatz im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats haben.
- c) Sie müssen die europäische Eignungsprüfung bestanden haben.

Von der unter Buchstabe a genannten Voraussetzung kann Befreiung erteilt werden (vgl. Absatz 6). Absatz 2 wird während einer Übergangszeit durch Artikel 163 ersetzt.

Nach Absatz 3 erfolgt die Eintragung in die Liste auf Grund eines Antrags, dem die Bescheinigungen beizufügen sind, aus denen sich die Erfüllung der unter den Buchstaben a bis c genannten Voraussetzungen ergibt.

Absatz 4 besagt, daß jedermann, der in die Liste der zugelassenen Vertreter eingetragen ist, berechtigt ist, in Verfahren vor dem Europäischen Patentamt aufzutreten.

In Absatz 5 Satz 1 ist festgelegt, daß die zugelassenen Vertreter berechtigt sind, ihre Tätigkeit in jedem Vertragsstaat auszuüben, in dem Verfahren nach diesem Übereinkommen einschließlich dem Zentralisierungsprotokoll durchgeführt werden können. Insbesondere in den Fällen, in denen ein zugelassener Vertreter wiederholt in einem solchen Vertragsstaat tätig wird, kann es sich als erforderlich erweisen, einen festen Geschäftssitz in diesem Staat zu haben. Das Übereinkommen gewährt daher jedem zugelassenen Vertreter das Recht, zur Ausübung seiner Tätigkeit in den genannten Vertragsstaaten einen Geschäftssitz zu begründen. Dem zugelassenen Vertreter steht es damit frei, als Geschäftssitz einen beliebigen Ort des jeweiligen Vertragsstaats zu wählen, nicht aber mehrere Geschäftssitze in einem Staat — wie etwa in der Form von Zweigstellen — zu begründen. Die Behörden des betreffenden Staats können die durch Satz 1 eingeräumte Befugnis nur im Einzelfall entziehen (Satz 2), und zwar nur in Anwendung der zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassenen Rechtsvorschriften. Vor einer solchen Maßnahme müssen die Behörden den Präsidenten des Europäischen Patentamts hören.

Absatz 7 sieht vor, daß auch Rechtsanwälte als Vertreter in Verfahren vor dem Europäischen Patentamt auftreten können, jedoch mit zwei Einschränkungen. Die Bestimmung gilt nur für Rechtsanwälte, die auch in einem Vertragsstaat als Vertreter auftreten können und gleichzeitig in diesem Staat ihren Geschäftssitz haben. Diese Rechtsanwälte können ferner nur in dem Umfang als Vertreter vor dem Europäischen Patentamt auftreten, in dem sie auch in dem betreffenden Staat die Vertretung auf dem Gebiet des Patentwesens ausüben können. Dabei findet Absatz 5 entsprechend Anwendung; diese Rechtsanwälte können daher ihre Tätigkeit auch in den in diesem Absatz bestimmten anderen Vertragsstaaten ausüben und dort einen Geschäftssitz begründen.

Absatz 8 ermächtigt den Verwaltungsrat, Vorschriften zu erlassen:

- a) Über die Voraussetzungen und Durchführung der Prüfung für die Zulassung als Vertreter;
- b) über die Errichtung oder Anerkennung eines Instituts, in dem die zugelassenen Vertreter zusammengeschlossen sind;
- c) über die Disziplinalgewalt, die ein Institut nach Buchstabe b oder das Europäische Patentamt über die zugelassenen Vertreter besitzt.

Das Verfahren für Änderungen in der Liste der zugelassenen Vertreter ist in Regel 102 der Ausführungsordnung festgelegt, die für die Übergangszeit durch Regel 106 der Ausführungsordnung ergänzt wird.

Die Eintragung eines zugelassenen Vertreters wird stets gelöscht, wenn der Eingetragene selbst einen entsprechenden Antrag stellt (Regel 102 Absatz 1). Von Amts wegen wird die Eintragung in folgenden drei Fällen gelöscht (Regel 102 Absatz 2):

Im Fall des Todes oder der fehlenden Geschäftsfähigkeit;

im Fall, daß der zugelassene Vertreter nicht mehr die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt, vorbehaltlich der Befreiung auf Grund von Artikel 134 Abs. 6;

im Fall, daß der zugelassene Vertreter seinen Geschäftssitz oder Arbeitsplatz nicht mehr in einem Vertragsstaat hat.

Ist die Eintragung eines zugelassenen Vertreters gelöscht worden, so kann der Betreffende erneut in die Liste eingetragen werden, wenn die Voraussetzungen für die Löschung entfallen sind (Regel 102 Absatz 3).

Zum achten Teil

Zu Kapitel I

In diesem Kapitel wird festgelegt, in welchen Fällen eine europäische Patentanmeldung für die Länder, für die sie eingereicht worden ist, in eine nationale Anmeldung umgewandelt werden kann, wie dies geschehen kann, und welche Bedingungen die betreffenden Staaten hierbei stellen können. Es handelt sich stets um Fälle, in denen die Behandlung

der europäischen Patentanmeldung vom Europäischen Patentamt ohne Erteilung des Patents abgeschlossen oder eingestellt wurde oder in denen ein bereits erteiltes europäisches Patent widerrufen worden ist.

Der Anmelder kann die Umwandlung mit Wirkung für alle benannten Staaten durch Einreichung eines einzigen Antrags einleiten. In Artikel 135 wird festgelegt, in welchen Fällen und innerhalb welcher Frist ein Umwandlungsantrag gestellt werden kann. Artikel 136 schreibt vor, bei welcher Behörde der Antrag zu stellen ist, und legt fest, daß dieser Antrag mit den dazugehörigen Akten an die verschiedenen Behörden für den gewerblichen Rechtsschutz weitergeleitet werden muß. In Artikel 137 sind die Bedingungen angegeben, die die betreffenden Staaten bei der Behandlung der Patentanmeldung stellen können.

Zu Artikel 135

Nach Absatz 1 bedarf es zur Umwandlung einer europäischen Patentanmeldung in eine nationale Anmeldung eines Antrags des Anmelders. Der Antrag kann selbstverständlich nur für die Staaten gestellt werden, die in der europäischen Patentanmeldung benannt waren. Absatz 1 nennt zwei Kategorien von Fällen, in denen die Umwandlung möglich ist. Die erste Fallgruppe betrifft die europäischen Patentanmeldungen, die nach Artikel 77 Abs. 5 als zurückgenommen gelten sowie die europäischen Anmeldungen, die — wegen einer Beschränkung des Verfahrens gemäß Artikel 162 Abs. 2 — in der Anlaufzeit vom Europäischen Patentamt nicht weiterbehandelt werden (Absatz 1 Buchstabe a). Es wäre ungerecht, dem Anmelder in diesen Fällen nicht jederzeit die Möglichkeit zu geben, seine Anmeldung im nationalen Verfahren weiter zu betreiben. Das Übereinkommen verpflichtet daher in diesen Fällen die Vertragsstaaten, diese Anmeldungen als nationale Anmeldungen weiter zu behandeln.

Die Vertragsstaaten können aber auch die Umwandlung in den Fällen zulassen, in denen die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen worden ist oder in anderen als in Buchstabe a genannten Fällen als zurückgenommen gilt oder das europäische Patent widerrufen worden ist (Absatz 1 Buchstabe b).

Die einem Vertragsstaat nach Absatz 1 auferlegte Verpflichtung, eine europäische Anmeldung auf dem Wege des nationalen Patenterteilungsverfahrens weiter zu behandeln, würde dem Anmelder ohne Artikel 66 wenig nützen. Nach Artikel 66 hat eine europäische Patentanmeldung, deren Anmeldetag feststeht, in den benannten Vertragsstaaten die Wirkung einer vorschriftsmäßigen nationalen Anmeldung mit dem gleichen Anmelde- oder Prioritätstag wie die europäische Anmeldung. Der Anmeldetag steht fest, sobald die Mindestanforderungen des Artikels 80 erfüllt sind. Dies bedeutet, daß dem Anmelder nach Erfüllung dieser Mindestanforderungen kein Nachteil daraus erwachsen kann, daß in der Zwischenzeit andere Patentanmeldungen eingereicht worden sind.

Die in Artikel 66 vorgeschriebene Wirkung erlischt jedoch, wenn die unten erläuterten Bedingungen, die in Artikel 135 Abs. 2 und in Artikel 136 in bezug auf die Einreichung und Übermittlung des Umwandlungsantrags gestellt werden, nicht erfüllt sind. Nach Absatz 2 ist der Umwandlungsantrag binnen drei Monaten einzureichen; dabei ist der Beginn dieser Frist im einzelnen bestimmt. Wird die Frist nicht eingehalten, dann erlischt die in Artikel 66 vorgesehene Wirkung (vgl. hierzu auch Artikel 136 Abs. 2 letzter Satz).

Zu Artikel 136

Absatz 1: Der Umwandlungsantrag ist — vorbehaltlich der in Absatz 2 geregelten Ausnahme — beim Europäischen Patentamt zu stellen. In dem Antrag müssen die Staaten bezeichnet werden, für welche die Umwandlung beantragt wird. Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die hierfür geschuldete Gebühr entrichtet worden ist. Das Europäische Patentamt übermittelt den betreffenden nationalen Behörden für den gewerblichen Rechtsschutz alle erforderlichen Unterlagen. Das sind der Umwandlungsantrag sowie eine Kopie der Akten der Patentanmeldung oder des Patents.

Absatz 2 betrifft den Antrag auf Umwandlung einer europäischen Patentanmeldung, die über eine nationale Behörde eingereicht worden ist und als zurückgenommen gilt, weil diese Behörde sie nicht innerhalb der hierfür in Artikel 77 Abs. 5 festgelegten Frist von 14 Monaten an das Europäische Patentamt weitergeleitet hat; in diesem Fall muß auch der Umwandlungsantrag bei der Einreichungsbehörde gestellt werden. Diese Behörde leitet den Antrag mit einer Kopie der europäischen Patentanmeldung an die übrigen Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz weiter, es sei denn, die Vorschriften über die nationale Sicherheit stehen dem entgegen. Dies bedeutet nicht, daß gegen die Weiterleitung immer Einwände bestehen, so z. B. wenn der betreffende Staat die Geheimhaltung trotz des geheimen Charakters des Gegenstands der Patentanmeldung anderweitig für ausreichend gewährleistet hält. Ist in diesem Fall die Weiterleitung nicht so rechtzeitig erfolgt, daß die Unterlagen binnen 20 Monaten nach dem Anmelde- oder Prioritätstag bei den anderen nationalen Behörden eingegangen sind, so erlischt die Wirkung des Artikels 66 (Artikel 136 Abs. 2); die Anmeldung gilt dann nicht als eine zum ursprünglichen Zeitpunkt vorschriftsmäßig eingereichte nationale Anmeldung. Diese Frist von 20 Monaten bedeutet, daß die Anmeldung den anderen nationalen Behörden spätestens binnen 6 Monaten nach Ablauf der in Artikel 77 Abs. 5 festgelegten Frist zugegangen sein muß. Es ist den Vertragsstaaten überlassen sicherzustellen, daß die Umwandlungsanträge so rechtzeitig weitergeleitet werden, daß diese Frist nicht überschritten wird.

In diesem Zusammenhang ist auf die Regel 24 Abs. 4 der Ausführungsordnung hinzuweisen, wonach das Europäische Patentamt den Anmelder eines europäischen Patents, der die Anmeldung über eine nationale Behörde eingereicht hat, über den Eingang der Anmeldung in Kenntnis setzt. Weitergehende Pflich-

ten hat das Patentamt nicht. Insbesondere braucht es den Anmelder nicht darauf aufmerksam zu machen, daß es seine Anmeldung nicht rechtzeitig erhalten hat. Lediglich aus der fehlenden Benachrichtigung kann der Anmelder daher schließen, daß seine Anmeldung noch nicht weitergeleitet worden ist.

Zu Artikel 137

Mit Absatz 1 soll gewährleistet werden, daß eine Patentanmeldung nach der Umwandlung nicht anderen Formvorschriften unterworfen werden darf als sie im Übereinkommen vorgesehen sind. Dies bedeutet insbesondere, daß einer Anmeldung, die die Mindestanforderungen des Artikels 80 erfüllt, der ursprüngliche Anmelde- oder Prioritätstag nicht abgesprochen werden darf.

Nach Absatz 2 können die nationalen Behörden bei der Umwandlung verlangen, daß die nationale Anmeldegebühr entrichtet sowie eine Übersetzung der Unterlagen in die Amtssprache ihres Landes eingebracht wird. Zur Erfüllung dieser Verpflichtung ist dem Anmelder eine Frist von mindestens zwei Monaten einzuräumen. Das Übereinkommen überläßt die Regelung der Folgen für den Fall der Nichteinhaltung dieser Vorschriften dem nationalen Gesetzgeber.

Regel 103 legt den nationalen Behörden für den gewerblichen Rechtsschutz, die eine umgewandelte Anmeldung behandeln, einige weitere Verpflichtungen auf. Sie müssen die zu einer umgewandelten Anmeldung gehörenden Unterlagen in der gleichen Weise zur Einsicht auslegen, wie dies bei nationalen Anmeldungen geschieht; geht aus einer umgewandelten europäischen Anmeldung ein nationales Patent hervor, so muß die europäische Anmeldung auf der Patentschrift angegeben werden.

Zu Kapitel II

Dieses Kapitel umfaßt zwei Artikel: Artikel 138 regelt die Nichtigkeitsklärung eines europäischen Patents, während Artikel 139 eine Regelung für Konflikte zwischen europäischen und nationalen Rechten sowie für den Fall enthält, daß wegen derselben Erfindung gleichzeitig sowohl auf europäischem als auch auf nationalem Wege Patentschutz beantragt wird.

Zu Artikel 138

Für ein europäisches Patent kann das nationale Recht der Vertragsstaaten die in diesem Artikel angegebenen Nichtigkeitsgründe vorsehen. Eine Nichtigkeitsklärung aus anderen Gründen ist nicht möglich; dies gilt jedoch vorbehaltlich Artikel 139.

Artikel 138 stellt damit eine wesentliche Abweichung von dem im allgemeinen Teil und in den Erläuterungen zu Artikel 1 dargelegten Grundsatz dar, daß das europäische Patent in den Vertragsstaaten den dort geltenden nationalen Vorschriften unterliegt. Dem liegt die Überlegung zugrunde, daß das einheitliche Patenterteilungsverfahren viel von seiner Anziehungskraft verlieren würde, wenn die

Gültigkeit eines europäischen Patents in den einzelnen Staaten aus verschiedenen Gründen in Frage gestellt werden könnte.

In Absatz 1 werden unter den Buchstaben a bis e die Gründe angeführt, aus denen in den Vertragsstaaten ein Patent für nichtig erklärt werden kann. Die unter den Buchstaben a, b und c angegebenen Gründe sind identisch mit denjenigen, auf die sich ein Einspruch stützen kann und die wortgleich in Artikel 100 angeführt sind. In den Erläuterungen zu diesem Artikel ist bereits erklärt worden, warum diese Gründe sowohl für einen Einspruch als auch für eine Nichtigkeitsklärung gelten können.

Buchstabe d nennt als Nichtigkeitsgrund die Erweiterung des Schutzbereichs eines Patents. Bei einem Einspruch kann ein Patent aufrechterhalten werden, jedoch in geänderter Form (siehe hierzu die Erläuterungen zu den Artikeln 101 und 102). Dabei kann es im Einzelfall vorkommen, daß der Schutzbereich im Widerspruch zu Artikel 123 Absätze 2 und 3 erweitert wird. Die in Absatz 1 Buchstabe d vorgesehene Regelung soll die Möglichkeit bieten, solche Irrtümer nachträglich zu berichtigen.

Buchstabe e nennt als Nichtigkeitsgrund den Umstand, daß der Inhaber eines europäischen Patents nicht nach Artikel 60 berechtigt ist. Solange das europäische Patent nicht erteilt ist, stehen nach Artikel 61 demjenigen, der auf Grund einer anerkannten richterlichen Entscheidung anspruchsberechtigt ist, verschiedene Möglichkeiten offen, um sein Recht durchzusetzen; so kann er unter anderem beantragen, daß die Patentanmeldung der nichtberechtigten Personen zurückgewiesen wird. Diese Möglichkeit ist ausgeschlossen, wenn eine richterliche Entscheidung über das Recht auf das Patent erst nach Erteilung des europäischen Patents ergeht. In Fortführung des in Artikel 61 enthaltenen Gedankens räumt Absatz 1 Buchstabe e dem tatsächlichen Anspruchsberechtigten für diesen Fall die Möglichkeit ein, die Nichtigkeitsklärung des europäischen Patents zu verlangen.

Die Aufzählung der Nichtigkeitsgründe in Absatz 1 ist, wie oben dargelegt wurde, erschöpfend. Andererseits ist den Vertragsstaaten nicht vorgeschrieben, alle hier aufgeführten Nichtigkeitsgründe zu übernehmen. Es steht ihnen vielmehr frei, unter diesen Gründen bei der Ausgestaltung des nationalen Rechts eine Auswahl zu treffen. Es ist daher möglich, daß sich die Frage der Nichtigkeit eines europäischen Patents in den einzelnen Vertragsstaaten verschieden beantworten wird.

Die Begrenzung der Gründe, aus denen ein europäisches Patent für nichtig erklärt werden kann, gewährleistet dem Patentinhaber ein großes Maß an Rechtssicherheit. Aus dieser Regelung könnten allerdings den Ländern Schwierigkeiten erwachsen, deren Recht für bestimmte Gebiete der Technik noch ein absolutes Patentierungsverbot vorsieht. Um insoweit Härten zu vermeiden, enthält Artikel 167 eine besondere Übergangsbestimmung. Sie bietet den Vertragsstaaten die Möglichkeit, während eines begrenzten Zeitraums europäische Patente auf bestimmten Gebieten der Technik für nichtig zu erklären.

Besonderer Erwähnung bedarf im übrigen die in Absatz 1 vorgenommene Verweisung auf Artikel 139. Hierdurch wird klargestellt, daß ein europäisches Patent auch für nichtig erklärt werden kann, wenn es im Widerspruch zu einem älteren nationalen Recht steht und das Recht des betreffenden Vertragsstaats für diesen Konfliktfall grundsätzlich einen Nichtigkeitsgrund bereithält.

Absatz 2: Betrifft der angeführte Nichtigkeitsgrund nur einen Teil des europäischen Patents, so wird das Patent nur für diesen Teil für nichtig erklärt, und zwar in der Form einer entsprechenden Beschränkung des Patents. Diese Beschränkung kann, wenn das nationale Recht es zuläßt, in der Form einer Änderung der Patentansprüche der Beschreibung oder der Zeichnungen erfolgen.

Zu Artikel 139

Die drei Absätze dieses Artikels haben das gemeinsame Ziel, den Doppelschutz derselben Erfindung durch ein europäisches und ein nationales Patent nach Möglichkeit zu vermeiden. In allen drei Absätzen geht es jeweils um das Zusammentreffen eines europäischen mit einem nationalen Recht. Im Falle von Absatz 1 ist das europäische das ältere Recht, im Falle von Absatz 2 ist das nationale vor dem europäischen Recht entstanden. Im Falle von Absatz 3 sind das europäische und das nationale Recht zum gleichen Zeitpunkt entstanden.

Alle drei Absätze enthalten also eine Regelung für einen Konflikt zwischen dem europäischen und dem nationalen Recht; sie finden selbstverständlich nur insofern Anwendung, als das europäische Recht für den Staat gilt, in dem für dieselbe Erfindung ein nationales Recht besteht.

Abstände 1 und 2:

Artikel 54 führt den Begriff „Stand der Technik“ im Zusammenhang mit den Aspekten der Neuheit und des erfinderischen Niveaus ein, auf die eine Erfindung, die den Gegenstand einer europäischen Anmeldung bildet, zu prüfen ist. Nach Artikel 54 Abs. 3 wird im Wege einer Fiktion in den Stand der Technik auch der Inhalt der europäischen Patentanmeldungen einbezogen, die zwar älteren Datums sind, jedoch erst an oder nach dem Anmelde- oder Prioritätstag der zu prüfenden Patentanmeldung veröffentlicht worden sind. Mit dieser Fiktion wird eine zweifache Patenterteilung vermieden; ohne diese Fiktion würde sowohl für die ältere als auch für die jüngere Anmeldung ein Patent erteilt (siehe hierzu im einzelnen die Erläuterungen zu Artikel 54). Mit den Absätzen 1 und 2 des Artikels 139 wird nunmehr eine Regelung für ähnliche Konflikte zwischen europäischen und nationalen Rechten getroffen.

Stehen sich in einem Vertragsstaat, nach dessen Vorschriften älteres Recht die Patentfähigkeit eines jüngeren Rechts ausschließt, ein europäisches und ein nationales Recht mit unterschiedlicher Priorität gegenüber, so ist grundsätzlich das prioritätsjüngere Recht nicht patentfähig. Das Bestehen eines prioritätsälteren europäischen Rechts (Patent oder Patentanmeldung) ist daher im nationalen Erteilungs-, Einspruchs- und Nichtigkeitsverfahren pa-

tenthindernd oder patentvernichtend zu berücksichtigen (Absatz 1). Um das Erteilungsverfahren vor dem Europäischen Patentamt nicht mit der Prüfung späterer nationaler Rechte zu belasten, ist dagegen in Absatz 2 vorgesehen, daß ein älteres nationales Recht erst nach der Erteilung des europäischen Patents in dem jeweiligen Vertragsstaat, also erst im Rahmen eines Nichtigkeitsverfahrens, berücksichtigt werden darf.

Absatz 3 betrifft den Fall, daß für dieselbe Erfindung sowohl eine europäische Anmeldung oder ein europäisches Patent als auch eine nationale Anmeldung oder ein nationales Patent vorliegen, und das europäische und das nationale Recht gleichen Zeitrang haben. Das Übereinkommen entscheidet sich dabei nicht für das europäische oder das nationale Recht, sondern überläßt es den Vertragsstaaten, zu bestimmen, ob und unter welchen Voraussetzungen in diesen Fällen ein doppelter Patentschutz zulässig sein soll. Auch insoweit kann sich je nach Ausgestaltung des Rechts der Vertragsstaaten ein zusätzlicher Nichtigkeitsgrund ergeben.

Zu Kapitel III

Zu Artikel 140

Dieser Artikel sieht vor, welche Bestimmungen des Übereinkommens in den Staaten, in denen Schutzrechte in Form von Gebrauchsmustern oder Gebrauchszertifikaten bestehen, entsprechend Anwendung finden sollen.

Zu Artikel 141

Dieser Artikel enthält einige Bestimmungen über die von den Vertragsstaaten für ein europäisches Patent zu erhebenden Jahresgebühren. Die Vorschrift geht davon aus, daß die Staaten befugt sind, für das europäische Patent, das für ihr Hoheitsgebiet erteilt worden ist, Jahresgebühren zu erheben. In Absatz 1 wird festgelegt, von welchem Zeitpunkt an solche nationalen Jahresgebühren erhoben werden können; Absatz 2 bestimmt, wann die ersten Jahresgebühren noch wirksam und ohne jeglichen Zuschlag entrichtet werden können.

Zum neunten Teil

In der Einleitung ist bereits erwähnt worden, daß eine Gruppe von Staaten bestimmen kann, daß die für diese Staaten erteilten europäischen Patente für die Gesamtheit ihrer Hoheitsgebiete einheitlich sind. Ein europäisches Patent hat dann nicht mehr die Wirkung eines nationalen Patents, sondern unterliegt dem Recht, das nach dem Übereinkommen in diesen Staaten anwendbar ist.

Diese Regelung ermöglicht es den Staaten der Europäischen Gemeinschaften, das bei den Arbeiten betreffend das europäische Patent von Anfang an ins Auge gefaßte Ziel zu erreichen, nämlich eine einheitliche Regelung des Patentrechts für diese Staaten und somit eine weitere Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes. Diese einheitliche Regelung für die EWG-Staaten ist allerdings nicht mehr in

einem einzigen, sondern in zwei verschiedenen, wenn auch eng miteinander verknüpften Übereinkommen enthalten, von denen das Übereinkommen über das Gemeinschaftspatent noch der abschließenden Bearbeitung bedarf.

Die Bestimmungen des neunten Teils, bei deren Erstellung die Vorarbeiten für das Übereinkommen betreffend das europäische Patent für den Gemeinsamen Markt, im folgenden „Gemeinschaftspatent-übereinkommen“ genannt, bereits weit fortgeschritten waren, sind auf dieses Gemeinschaftspatent-übereinkommen zugeschnitten. Sie sind notwendig, um den engen Zusammenhang zwischen beiden Übereinkommen sicherzustellen und um die abweichenden Bestimmungen und besonderen Vorschriften, die das letztgenannte Übereinkommen gegenüber dem Europäischen Patentübereinkommen enthält, zu ermöglichen.

Obwohl die Regelung vornehmlich im Hinblick auf das Gemeinschaftspatentübereinkommen getroffen worden ist, schließt sie nicht aus, daß andere Staatengruppen von den in diesem Teil eröffneten Möglichkeiten Gebrauch machen.

Zu Artikel 142

Die Vorschrift ermöglicht es einer Gruppe von Vertragsstaaten, die in einem besonderen Übereinkommen bestimmt hat, daß die für diese Staaten erteilten europäischen Patente einheitlich sind, daß heißt also, daß die Patente in ihren Wirkungen nicht einzelstaatlichen, sondern gemeinschaftlichen Vorschriften der Staatengruppe unterliegen, vorzusehen, daß europäische Patente für diese Staaten nur gemeinsam erteilt werden können. Darin liegt eine Einschränkung der für den Anmelder des europäischen Patents in Artikel 79 enthaltenen Möglichkeit, die Staaten auszuwählen, in denen er für die Erfindung Schutz begehrt.

Zu Artikel 143

Die Gruppe von Vertragsstaaten kann dem Europäischen Patentamt zusätzliche Aufgaben übertragen. Für die Durchführung dieser Aufgaben können im Europäischen Patentamt besondere Organe unter der Leitung des Präsidenten des Europäischen Patentamts gebildet werden. Unter diese Aufgaben fallen nach dem Entwurf eines Gemeinschaftspatent-übereinkommens die Verwaltung der Gemeinschaftspatente, die Feststellung der Nichtigkeit der Gemeinschaftspatente und die Prüfung der Beschränkung dieser Patente. Dafür sind in dem Übereinkommen eine Patentverwaltungsabteilung, eine oder mehrere Nichtigkeitsabteilungen und eine oder mehrere Nichtigkeitskammern (Beschwerdeinstanz) vorgesehen.

Zu Artikel 144

Die Vorschrift stellt es frei, die Vertretung der Parteien vor den in Artikel 143 Abs. 2 genannten Organen besonders zu regeln. In dem Entwurf eines Gemeinschaftspatentübereinkommens wird diese Möglichkeit nicht in Anspruch genommen.

Zu Artikel 145

Für die Überwachung der besonderen Organe im Europäischen Patentamt kann ein engerer Ausschuß des Verwaltungsrats eingesetzt werden. In dem Entwurf eines Gemeinschaftspatentübereinkommens sind in bezug auf den engeren Ausschuß ähnliche Bestimmungen enthalten wie im vorliegenden Übereinkommen für den Verwaltungsrat.

Zu Artikel 146 und 147

Nach Artikel 146 trägt die Gruppe von Vertragsstaaten des besonderen Übereinkommens die Kosten, die für die Durchführung der zusätzlichen Aufgaben des Europäischen Patentamts entstehen. Artikel 147 paßt die in Artikel 39 enthaltene Regelung, wonach jeder Staat einen Anteil der nationalen Gebühren für die Aufrechterhaltung der europäischen Patente zahlen muß, an die besonderen Gegebenheiten an, wenn von einer Gruppe von Vertragsstaaten für das europäische Patent einheitliche Jahresgebühren festgesetzt werden.

Zu Artikel 148

Wie zu den Artikeln 71 bis 74 dargelegt, bildet die europäische Patentanmeldung als Vermögensgegenstand grundsätzlich ein Paket nationaler Rechte. Dies entspricht der Tatsache, daß auch das europäische Patent kein einheitliches Recht ist, sondern aus einem Bündel nationaler Patente besteht. Eine andersartige Lösung für die Patentanmeldung liegt nahe, wenn eine Gruppe von Vertragsstaaten die Wirkungen des europäischen Patents einheitlich regelt und diese Regelung das Patent als Gegenstand des Vermögens umfaßt. Dem trägt Artikel 148 Rechnung, der den betreffenden Staaten ausdrücklich die Möglichkeit einräumt, daß auch die europäische Patentanmeldung als Vermögensgegenstand einer einheitlichen Regelung unterworfen wird (Absatz 2). Nur für den Fall, daß anderweitig nichts bestimmt ist, soll es nach Absatz 1 bei der allgemeinen Regelung des Artikels 74 verbleiben.

Zu Artikel 149

Die Gruppe von Vertragsstaaten kann vorschreiben, daß ihre Benennung nur gemeinsam erfolgen kann und daß die Benennung eines oder mehrerer der Vertragsstaaten als Benennung aller Staaten der Gruppe gilt.

In Absatz 2 werden die Folgen einer Regelung nach Absatz 1 für die Anwendung des Patentrechts, insbesondere im Hinblick auf Artikel 4 Abs. 1 Ziffer ii und Artikel 45 dieses Vertrages, angegeben. Dabei ist den folgenden beiden unterschiedlichen Möglichkeiten Rechnung getragen:

- a) Dem Anmelder steht es nach dem Patentrechtsvertrag frei, anzugeben, ob er ein nationales oder ein regionales (europäisches) Patent wünscht. Hat er sich für ein regionales Patent entschieden, kann er die Staaten nur gemeinsam benennen, und die Benennung eines dieser Staaten gilt als Benennung aller Vertragsstaaten;

- b) dem Anmelder steht es nach dem Patentrechtsvertrag nicht frei, zwischen einem nationalen oder einem regionalen Patent zu wählen, weil der benannte Staat nach Artikel 45 Abs. 2 des Patentrechtsvertrags vorgesehen hat, daß die Benennung als Wunsch auf ein regionales Patent angesehen wird (Ausschluß des nationalen Wegs): Hat der Anmelder den betreffenden Staat benannt — sogar mit der Angabe, daß er in diesem Staat ein nationales Patent wünscht — wird die Anmeldung als solche für die Erteilung eines regionalen (europäischen) Patents behandelt; die Benennung des Vertragsstaates gilt als Benennung aller Vertragsstaaten.

Zum zehnten Teil

Das vorliegende Übereinkommen und der Patentrechtsvertrag vom 19. Juni 1970 wurden nebeneinander ausgearbeitet. Die mit den Vorarbeiten beauftragten Regierungssachverständigen haben in jeder Phase der Vorverhandlungen und in den Diplomatischen Konferenzen von Washington und München großen Wert darauf gelegt, daß beide Abkommen in weitest möglichem Umfang miteinander vereinbar sind. Dabei war es immer erklärtes Ziel, daß der Patentanmelder die Möglichkeit haben soll, für ein und dieselbe Anmeldung die Vorteile beider Abkommen in Anspruch zu nehmen. Aus diesem Grund sind in dem Patentrechtsvertrag in erster Linie im Hinblick auf das geplante europäische Patentsystem besondere Bestimmungen über regionale Patente aufgenommen worden, die bezwecken, für die Anwendung des Patentrechtsvertrags regionale Patentsysteme den nationalen Patentsystemen gleichzustellen. Dies ist vor allem in Artikel 2 des Patentrechtsvertrags geschehen. So wird in dessen Ziffer x ausdrücklich klargestellt, daß Bezugnahmen auf das nationale Recht auch Bezugnahmen auf einen Vertrag einschließen, der die Einreichung regionaler Patentanmeldungen oder die Erteilung regionaler Patente vorsieht. In Ziffer vi ist bestimmt, daß der Begriff „nationale Patentanmeldungen“ auch Anmeldungen zur Erteilung von regionalen Patenten mit umfaßt. Ziffer xii stellt ein regionales Patentamt einem nationalen Patentamt gleich und Ziffer ix stellt klar, daß als Patent im Sinne des Vertrags auch regionale Patente zu verstehen sind.

Die grundlegende Bestimmung für das Verhältnis zwischen dem Patentrechtsvertrag, dem Europäischen Patentübereinkommen sowie dem darauf gestützten Entwurf eines Gemeinschaftspatentübereinkommens ist Artikel 45 des Patentrechtsvertrags. In Absatz 1 dieser Vorschrift wird, um jedes Mißverständnis von vornherein auszuschließen, bestimmt, daß mit einer internationalen Patentanmeldung nach dem Patentrechtsvertrag eine Anmeldung für die Erteilung eines regionalen Patents eingereicht werden kann. Dies ist allerdings von der Bedingung abhängig gemacht, daß die Vorteile des regionalen Patentvertrags jedermann offenstehen, der nach Artikel 9 des Patentrechtsvertrags eine internationale

Patentanmeldung einreichen kann. Diese Bedingung erfüllt das Europäische Patentübereinkommen im Gegensatz zu den ersten Vorentwürfen zu diesem Übereinkommen.

Von Bedeutung ist auch noch Absatz 2 dieses Artikels 45, der einem Mitgliedstaat des Patentrechtsvertrags das Recht gibt, die Bestimmung oder Auswahl dieses Staates in einen Antrag auf Erteilung eines regionalen Patents mit Wirkung für diesen Staat umzudeuten. Ein solcher Staat kann daher ausschließen, daß ein Anmelder auf dem Weg über eine internationale Anmeldung nach dem Patentrechtsvertrag ein nationales Patent dieses Staates erlangt.

Ein bedeutsames Entgegenkommen zugunsten regionaler Patentrechte ist die in den Regeln 15.1 Ziff. ii und 15.2 Buchstabe b der Ausführungsordnung zum Patentrechtsvertrag getroffene Regel, daß für die Bestimmung mehrerer Staaten zum Zwecke der Erteilung eines regionalen Patents nur eine einzige Bestimmungsgebühr verlangt wird. Darüber hinaus wurde bei allen Bestimmungen des Patentrechtsvertrags und umgekehrt bei den Bestimmungen des Europäischen Patentübereinkommens darauf Wert gelegt, daß gleiche Tatbestände möglichst auch auf gleiche Weise geregelt werden. Dies hat zum Teil zu einer identischen Fassung einzelner Bestimmungen geführt.

Die Möglichkeit, beide Vertragssysteme für dieselbe Erfindung in Anspruch zu nehmen, ist innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Patentorganisation für die Anmelder von Interesse, die für ihre Erfindung sowohl die Erteilung eines europäischen Patents als auch Patentschutz in weiteren Staaten, etwa in den USA, Japan oder der Sowjetunion wünschen. Diese Anmelder können dieses Ziel dadurch erreichen, daß sie beim Europäischen Patentamt oder einem nationalen Amt eines Mitgliedstaates der Europäischen Patentorganisation eine einzige internationale Patentanmeldung einreichen. Ebenso kann auf der anderen Seite ein Amerikaner oder ein Japaner durch eine einzige in Washington oder Tokio eingereichte internationale Patentanmeldung Schutz für seine Erfindung sowohl in außereuropäischen Ländern als auch in Europa durch ein europäisches Patent beantragen. Auch hieran besteht ein europäisches Interesse, weil eine solche Anmeldung das Europäische Patentamt erst in einem „aufbereiteten“ Zustand oder, falls sie Mängel aufweist, überhaupt nicht erreicht.

Die Bestimmungen des Europäischen Patentübereinkommens, die sich auf Anmeldungen nach dem Patentrechtsvertrag beziehen, sind im Zehnten Teil des Übereinkommens niedergelegt.

Zu Artikel 150

Dieser Artikel stellt zunächst klar, daß internationale Anmeldungen nach dem Patentrechtsvertrag Gegenstand von Verfahren vor dem Europäischen Patentamt sein können. Er bringt also zum Ausdruck, daß im Europäischen Patentübereinkommen von der Möglichkeit des Artikels 45 Abs. 1 des Patentrechtsvertrags Gebrauch gemacht wird. Mit einer internationalen Anmeldung

nach dem Patentrechtsvertrag soll auch ein Verfahren für die Erteilung europäischer Patente eingeleitet werden können.

Der Artikel bringt weiter zum Ausdruck, daß in einem solchen Fall auf die Anmeldung zunächst und mit Vorrang die Bestimmungen des Patentrechtsvertrags anwendbar sind und die Bestimmungen des Europäischen Patentübereinkommens nur ergänzende Anwendung finden. Besonders erwähnt ist, daß die Frist für die Stellung eines Prüfungsantrags nach Artikel 94 Abs. 2 des Europäischen Patentübereinkommens auf keinen Fall vor dem Ende der Frist abläuft, die in Artikel 22 oder Artikel 39 des Patentrechtsvertrags vorgesehen ist und vor deren Ablauf nationale Ämter eine internationale Anmeldung nicht bearbeiten dürfen.

Um sicherzustellen, daß, soweit dies nicht im Widerspruch zu den Bestimmungen des Patentrechtsvertrags steht, auf eine solche Anmeldung alle Bestimmungen des Europäischen Patentübereinkommens Anwendung finden, ist in Absatz 3 ausdrücklich gesagt, daß eine internationale Anmeldung, für die das Europäische Patentamt als Bestimmungsamt oder ausgewähltes Amt tätig wird, als europäische Patentanmeldung gilt. Diese Rechtsfolge ergibt sich im übrigen bereits aus Artikel 11 Abs. 3 des Patentrechtsvertrags.

In Absatz 4 ist klargestellt, daß Bezugnahmen auf den Patentrechtsvertrag auch Bezugnahmen auf dessen Ausführungsordnung umfassen.

Zu Artikel 151

Dieser Artikel befaßt sich mit der Aufgabe des Europäischen Patentamtes als Anmeldeamt.

Aus Absatz 1 ergibt sich, daß das Europäische Patentamt nur dann Anmeldeamt im Sinne des Artikels 2 Ziff. xv des Patentrechtsvertrags sein kann, wenn wenigstens für einen Vertragsstaat des Europäischen Patentübereinkommens der Patentrechtsvertrag in Kraft getreten ist. Staatsangehörige dieses Staates oder Personen, die in diesem Staat ihren Wohnsitz oder Sitz haben, können von diesem Zeitpunkt an eine internationale Patentanmeldung beim Europäischen Patentamt einreichen.

Absatz 2 eröffnet die Möglichkeit, daß ein Mitgliedstaat des Patentrechtsvertrags, der kein Mitgliedstaat des Europäischen Patentübereinkommens ist, dem Europäischen Patentamt vertraglich die Aufgabe überträgt, internationale Anmeldungen von Staatsangehörigen dieses Staates oder von Personen, die in diesem Staat ihren Sitz oder Wohnsitz haben, als Anmeldeamt entgegenzunehmen.

Die Möglichkeit zur Übertragung der Funktion des Anmeldeamts ist in Regel 19.1 Buchstabe b der Ausführungsordnung zum Patentrechtsvertrag vorgesehen. Von dieser Möglichkeit könnte beispielsweise ein Entwicklungsland Gebrauch machen, das sich selbst nicht in der Lage sieht, die Aufgaben eines Anmeldeamts zu übernehmen, seinen eigenen Staatsangehörigen oder Personen mit Sitz oder Wohnsitz in diesem Land jedoch die Mög-

lichkeit zur Einreichung internationaler Anmeldungen nach dem Patentrechtsabkommen eröffnet werden möchte.

Absatz 3 behandelt den weitergehenden Fall, daß das Europäische Patentamt auf Grund eines Vertrags mit dem Internationalen Büro der Weltorganisation für geistiges Eigentum in Genf die Funktion eines Anmeldeamts für Anmelder übernimmt, die einem Staat angehören oder in einem Staat ihren Sitz oder Wohnsitz haben, der weder dem Europäischen Patentrechtsabkommen noch dem Patentrechtsabkommen angehört. Eine solche Vereinbarung könnte auf Regel 19.1 Buchstabe c der Ausführungsordnung zum Patentrechtsabkommen gestützt werden.

Zu Artikel 152

Absatz 1 bestimmt, daß internationale Anmeldungen im Regelfall nur beim Europäischen Patentamt selbst und nicht auch bei einem nationalen Patentamt eines Vertragsstaats des Europäischen Patentrechtsabkommens als Annahmestelle für das Europäische Patentamt eingereicht werden können, wie dies in anderen Fällen nach Artikel 75 Abs. 1 Buchstabe b des Europäischen Patentrechtsabkommens zulässig ist. Diese Regel wird allerdings für den Fall durchbrochen, daß ein Vertragsstaat im Rahmen des Artikels 75 Abs. 2 des Europäischen Patentrechtsabkommens anderslautende Bestimmungen, insbesondere im Interesse der Geheimhaltung bestimmter Erfindungen, trifft.

Die Konzentrierung der Entgegennahme internationaler Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt selbst verfolgt im wesentlichen den Zweck, die Einhaltung der kurzen Frist für die Weiterleitung der Anmeldungen sicherzustellen. Für den Ausnahmefall, daß Vertragsstaaten des Europäischen Patentrechtsabkommens verlangen, daß alle oder ein Teil der internationalen Anmeldungen über ihr eigenes Patentamt eingereicht werden müssen, enthält Absatz 2 die Verpflichtung, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit die Anmeldungen so rechtzeitig an das Europäische Patentamt weitergeleitet werden, daß dieses die in dem Patentrechtsabkommen vorgesehenen kurzen Fristen beachten kann. Regel 104 der Ausführungsordnung zum Europäischen Patentrechtsabkommen konkretisiert diese Verpflichtung dahin, daß die Anmeldung beim Europäischen Patentamt selbst nicht später als 2 Wochen vor Ablauf der im Patentrechtsabkommen vorgesehenen Frist von 13 Monaten einzugehen hat.

Absatz 3 bestimmt, daß für eine internationale Anmeldung die Übermittlungsgebühr gleichzeitig mit der Anmeldung zu entrichten ist.

Zu Artikel 153

Dieser Artikel regelt die Tätigkeit des Europäischen Patentamts als Bestimmungsamt nach dem Patentrechtsabkommen.

Nach Absatz 1 kann das Europäische Patentamt als Bestimmungsamt tätig werden, wenn der Anmelder in der internationalen Patentanmeldung nach Artikel 4 Abs. 1 Ziff. ii des Patentrechtsab-

kommens einen Vertragsstaat des Europäischen Patentrechtsabkommens bestimmt und für diesen Staat die Erteilung eines europäischen Patents und nicht eines nationalen Patents beantragt hat. Voraussetzung für die Tätigkeit des Europäischen Patentamts ist selbstverständlich auch, daß für diesen Vertragsstaat der Patentrechtsabkommen bereits in Kraft getreten ist. Dagegen ist es nicht Voraussetzung, daß sich der Patentrechtsabkommen bereits für alle Mitgliedstaaten des Europäischen Patentrechtsabkommens in Kraft befindet. Gemäß Satz 2 tritt die gleiche Folge ein, wenn der Anmelder in der internationalen Anmeldung einen Vertragsstaat des Europäischen Patentrechtsabkommens benannt hat, der von der in Artikel 45 Abs. 2 des Patentrechtsabkommens eingeräumten Möglichkeit Gebrauch gemacht und vorgesehen hat, daß seine Bestimmung die Wirkung einer Anmeldung für ein europäisches Patent hat.

Absatz 2 bestimmt, daß innerhalb des Europäischen Patentamts für die in Artikel 25 Abs. 2 Buchstabe a des Patentrechtsabkommens vorgesehene Überprüfung der Entscheidungen eines anderen Anmeldeamts oder des Internationalen Büros, die Prüfungsabteilungen zuständig sind.

Zu Artikel 154

Dieser Artikel bestimmt, daß das Europäische Patentamt für Anmelder, die entweder die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzen oder in diesem Staat ihren Wohnsitz oder Sitz haben, auch als Internationale Recherchenbehörde im Sinne des Patentrechtsabkommens tätig wird. Voraussetzung ist der Abschluß einer entsprechenden Vereinbarung mit der Weltorganisation für geistiges Eigentum gemäß Artikel 16 Abs. 3 Buchstabe b des Patentrechtsabkommens. Außerdem ist erforderlich, daß der Patentrechtsabkommen für den Staat, dem der Anmelder angehört oder in dem er seinen Sitz oder Wohnsitz hat, in Kraft getreten ist.

Nach Absatz 2 kann das Europäische Patentamt auf Grund einer Vereinbarung zwischen der Europäischen Patentorganisation und der Weltorganisation für geistiges Eigentum auch für andere Anmelder als Internationale Recherchenbehörde tätig werden. (Möglichkeit der PCT-Recherchentätigkeit für Anmelder von PCT-Staaten außerhalb der Europäischen Patentorganisation oder für nach Artikel 9 Abs. 2 des Patentrechtsabkommens zugelassene Anmelder aus Drittstaaten.)

Absatz 3 ist eine notwendige Ergänzung von Artikel 17 Abs. 3 Buchstabe a des Patentrechtsabkommens. Nach dieser Bestimmung kann die Internationale Recherchenbehörde den Anmelder, der eine nicht einheitliche Anmeldung eingereicht hat, auffordern, für die Recherche zusätzliche Gebühren zu zahlen. Nach Regel 40.2 Buchstabe c der Ausführungsordnung zum Patentrechtsabkommen kann der Anmelder diese Gebühr unter Widerspruch zahlen. Es ist in dieser Bestimmung vorgesehen, daß der Widerspruch „von einem Ausschuss aus drei Mitgliedern oder von einer anderen besonderen Instanz der Internationalen Recherchen-

behörde oder von einer zuständigen höheren Stelle“ geprüft wird. Absatz 3 des Artikels 154 setzt als Stelle, die über den Widerspruch zu befinden hat, die Beschwerdekammern des Europäischen Patentamts ein.

Zu Artikel 155

Dieser Artikel bestimmt, daß das Europäische Patentamt auf Grund einer Vereinbarung zwischen der Europäischen Patentorganisation und der Weltorganisation für geistiges Eigentum auch als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde im Sinne des Kapitels II des Patentrechtsvertrags für Anmelder tätig wird, die Staatsangehörige eines Vertragsstaats sind oder in einem Vertragsstaat ihren Wohnsitz oder Sitz haben. Voraussetzung hierfür ist, daß für diesen Staat Kapitel II des Patentrechtsvertrags verbindlich ist, dieser Staat also das Kapitel II nicht durch Vorbehalt von seiner Anwendung ausgeschlossen hat.

Nach Absatz 2 kann das Europäische Patentamt in der Funktion „als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde“ auf Grund einer zwischen der Europäischen Patentorganisation und der Weltorganisation für geistiges Eigentum geschlossenen Vereinbarung auch für andere Anmelder tätig werden. Hierbei kann es sich um Anmelder aus Staaten handeln, für die Kapitel II des Patentrechtsvertrags verbindlich ist, die aber nicht der Europäischen Patentorganisation angehören. Es kann sich aber auch um Angehörige von Staaten handeln, für die Kapitel II des Patentrechtsvertrags nicht verbindlich ist, die aber ausnahmsweise zu dem Verfahren nach Kapitel II zugelassen werden. Schließlich ist der Fall möglich, daß der Staat, dem der Anmelder angehört oder in dem er seinen Sitz oder Wohnsitz hat, nicht einmal ein Mitgliedstaat des Patentrechtsvertrags ist. Für alle diese Fälle kann das Europäische Patentamt, wenn der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation dies wünscht und eine entsprechende Vereinbarung getroffen wird, als internationale vorläufige Prüfungsbehörde tätig werden.

Absatz 3 stellt eine notwendige Ergänzung zu Artikel 34 Absatz 3 Buchstabe a des Patentrechtsvertrags dar. Danach kann die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde den Anmelder, der eine nicht einheitliche internationale Anmeldung eingereicht hat, auffordern, nach seiner Wahl entweder die Ansprüche einzuschränken oder eine zusätzliche Gebühr zu zahlen. Diese Gebühr kann nach Regel 68.3 der Ausführungsordnung zum Patentrechtsvertrag unter Widerspruch gezahlt werden. Zuständige Stellen für die Entscheidung über Widersprüche dieser Art werden nach Artikel 155 Abs. 3 die Beschwerdekammern sein.

Zu Artikel 156

Dieser Artikel bestimmt, wann das Europäische Patentamt ausgewähltes Amt im Sinne des Kapitels II des Patentrechtsvertrags sein kann, also

internationale vorläufige Prüfungsberichte entgegennimmt und der weiteren Prüfung zu Grunde legt sowie die Bearbeitung der Anmeldung in der Regel nicht vor Ablauf bestimmter Fristen vornimmt (Artikel 40 des Patentrechtsvertrags, vgl. auch Artikel 39 des Patentrechtsvertrags).

Das Europäische Patentamt ist ausgewähltes Amt, wenn der Anmelder für eine internationale Anmeldung wenigstens einen Vertragsstaat des Europäischen Patentübereinkommens bestimmt und ausgewählt hat, für den Kapitel II des Patentrechtsvertrags bereits verbindlich geworden ist, der also dieses Kapitel nicht durch einen Vorbehalt von seiner Anwendung ausgeschlossen hat. Der ausdrücklichen Bestimmung eines solchen Vertragsstaates steht es gleich, wenn dieser Staat nach Artikel 149 Abs. 2 mit Rücksicht auf seine Zugehörigkeit zu einer Gruppe von Staaten als bestimmt anzusehen ist.

Nach dem Patentrechtsvertrag ist grundsätzlich weitere Voraussetzung für die Möglichkeit der Auswahl, daß der Anmelder Staatsangehöriger eines Vertragsstaates des Patentrechtsvertrags ist, der Kapitel II des Vertrags nicht durch einen Vorbehalt ausgeschlossen hat, oder daß er in einem solchen Staat seinen Wohnsitz oder Sitz hat (Artikel 31 Abs. 2 Buchstabe a des Patentrechtsvertrags). Soweit die Versammlung des PCT-Verbands darüber hinaus durch Beschluß auch anderen Personen, die zur Einrichtung einer internationalen Anmeldung befugt sind, die Auswahl gestattet, können diese Personen jedoch nicht jeden Vertragsstaat, für den Kapitel II des Patentrechtsvertrags verbindlich geworden ist, auswählen, sondern nur solche Vertragsstaaten, die sich zur Auswahl bereiterklärt haben (Artikel 31 Abs. 4 Buchstabe b des Patentrechtsvertrags). Artikel 156 Satz 2 schafft eine Grundlage dafür, daß auch das Europäische Patentamt sich bereit erklären kann, von Anmeldern ausgewählt zu werden, die nur durch einen Beschluß der PCT-Versammlung zu Kapitel II des Patentrechtsvertrags zugelassen werden. Voraussetzung hierfür ist allerdings die vorherige Zustimmung des Verwaltungsrats der Europäischen Patentorganisation.

Zu Artikel 157

Absatz 1 dieses Artikels bestimmt zunächst, daß der internationale Recherchenbericht nach Artikel 18 des Patentrechtsvertrags oder die Erklärung, daß ein internationaler Recherchenbericht nicht erstellt wird (Artikel 17 Abs. 2 Buchstabe a des Patentrechtsvertrags), und deren Veröffentlichung nach Artikel 21 Abs. 3 des Patentrechtsvertrags an die Stelle des europäischen Recherchenberichts und des Hinweises auf dessen Veröffentlichung im Europäischen Patentblatt treten. Zu jeder internationalen Anmeldung wird jedoch auf Kosten des Anmelders ein ergänzender europäischer Recherchenbericht erstellt. Der Verwaltungsrat hat allerdings nach Absatz 3 die Befugnis, auf einen ergänzenden europäischen Recherchenbericht und auf die Recherchegebühr ganz oder teilweise zu verzichten, wenn bestimmte Vor-

aussetzungen vorliegen. Er kann insbesondere bei einer Beschränkung des Umfangs des Recherchenberichts auch die Recherchegebühr herabsetzen. Es ist davon auszugehen, daß der Verwaltungsrat von der Möglichkeit Gebrauch macht, wenn es erwiesen ist, daß die von bestimmten Internationalen Recherchenbehörden erstellten internationalen Recherchenberichte den europäischen Recherchenberichten gleichwertig sind. Mit Sicherheit wird das für die internationalen Recherchenberichte zutreffen, die das Europäische Patentamt selbst als Internationale Recherchenbehörde erstellt hat. Es ist denkbar, daß auch für Fälle der vollen Gleichwertigkeit der Recherchenberichte gleichwohl ein Teil der Recherchegebühr weiter erhoben wird, um damit die Unkosten des Europäischen Patentamts zu decken, die durch die in einzelnen Fällen notwendig werdende Nachrecherche entstehen werden.

Absatz 4 bestimmt, daß der Verwaltungsrat frei ist, einen einmal ausgesprochenen Verzicht auf eine ergänzende europäische Recherche und auf die Erhebung eines Teils der Recherchegebühr rückgängig zu machen. Das Europäische Patentamt wird daher in der Lage sein, bei einer eventuell eintretenden Verschlechterung der internationalen Recherchenberichte bestimmter Internationaler Recherchenbehörden generell eine zusätzliche Recherche anzunordnen.

Zu Artikel 158

Nach diesem Artikel steht die Veröffentlichung einer internationalen Anmeldung nach Artikel 21 des Patentrechtsabkommens grundsätzlich der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung gleich, wenn für die internationale Anmeldung das Europäische Patentamt Bestimmungsamt ist. Die Veröffentlichung wird im Europäischen Patentblatt bekannt gemacht.

Nach Absatz 2 muß dem Europäischen Patentamt die internationale Anmeldung in einer seiner Amtssprachen zugeleitet werden. Diese Verpflichtung entspricht Artikel 22 Abs. 1 und gegebenenfalls Artikel 39 Abs. 1 des Patentrechtsabkommens. Zur Klarstellung ist in Absatz 2 Satz 2 ferner darauf hingewiesen worden, daß der Anmelder auch die Anmeldegebühr („nationale Gebühr“) an das Europäische Patentamt zu entrichten hat. Erst wenn der Anmelder diese Voraussetzungen erfüllt hat, wird die Anmeldung nach Artikel 54 Abs. 3 von ihrem Anmelde- oder Prioritätstag an in den Stand der Technik einbezogen (Absatz 1 Satz 2).

Die internationale Anmeldung kann in einer Sprache veröffentlicht worden sein, die nicht eine der Amtssprachen des Europäischen Patentamts ist. In diesem Fall veröffentlicht das Europäische Patentamt die Anmeldung in der Fassung, in der sie ihm nach Absatz 2 zugeleitet worden ist (Absatz 3 Satz 1). Absatz 3 Satz 2 verschiebt den Eintritt des einstweiligen Schutzes auf den Zeitpunkt, zu dem diese Veröffentlichung erfolgt ist, sofern dieser Zeitpunkt nicht nach Artikel 67 Absatz 3 noch weiter hinausgeschoben wird.

Zum elften Teil

Der elfte Teil enthält eine Anzahl von Sonderregelungen für eine bestimmte Übergangszeit nach Inkrafttreten des Übereinkommens.

Zu Artikel 159

Diese Bestimmung befaßt sich mit dem Verwaltungsrat. Eine der ersten Entscheidungen des Verwaltungsrats wird die Ernennung des Präsidenten des Europäischen Patentamts sein, der die Verantwortung für einen beträchtlichen Teil der im Übereinkommen vorgesehenen Geschäfte trägt. Deshalb wird in Artikel 159 festgesetzt, daß der Verwaltungsrat nicht später als zwei Monate nach Inkrafttreten des Übereinkommens zusammentritt, um insbesondere den Präsidenten des Europäischen Patentamts zu ernennen. Wegen des Zeitpunkts des Inkrafttretens des Übereinkommens wird auf Artikel 169 verwiesen.

Im zweiten und dritten Absatz von Artikel 159 werden die Amtszeiten für den ersten Präsidenten des Verwaltungsrats und die von zwei der ersten gewählten Mitglieder des Präsidiums des Verwaltungsrats festgesetzt, und zwar länger, als nach der Regelvorschrift. Damit soll für die Aufbauzeit der Organisation die Kontinuität der Leitung besonders gesichert werden.

Zu Artikel 160

Bis zum Erlass des Personalstatuts — das möglichst noch vor dem Inkrafttreten des Übereinkommens entworfen werden soll — werden nach Absatz 1 befristete Verträge mit dem Personal geschlossen.

Absatz 2 trägt den besonderen Problemen beim Aufbau der Beschwerdekammern und der Großen Beschwerdekammer Rechnung. Diese Kammern müssen von Anfang an bestehen. Es ist jedoch zu erwarten, daß erst im Laufe der Zeit so viele Fälle zur Behandlung vorliegen, daß die Mitglieder der Kammern voll ausgelastet werden können. Das folgt schon daraus, daß das Europäische Patentamt seine Tätigkeit stufenweise aufnehmen wird (Artikel 162). Im übrigen tritt bei den Beschwerdekammern die volle Belastung aus der Natur der Sache erst mit einer bestimmten Zeitverschiebung ein.

Während der Anlaufzeit können daher Mitglieder nationaler Gerichte und Behörden der Vertragsstaaten, die ihre Tätigkeit in den nationalen Gerichten und Behörden weiter ausüben können, zu Mitgliedern der genannten Beschwerdeinstanz ernannt werden.

Zu Artikel 161

Dieser Artikel enthält Bestimmungen für das erste Haushaltsjahr, dessen Geltungsdauer je nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Übereinkommens kürzer oder länger als ein Jahr sein soll. Die Finanzierung dieses ersten Haushaltsjahres erfolgt durch Vorschüsse, die nach dem in Artikel 40 vorgesehenen Aufbringungsschlüssel bezahlt werden.

Zu Artikel 162

Diese Vorschrift betrifft die Anlaufzeit des Europäischen Patentamts, insbesondere die Behandlung europäischer Patentanmeldungen in diesem Zeitraum.

Nach Absatz 1 bestimmt der Verwaltungsrat auf Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Patentamts, von welchem Tag an europäische Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt eingereicht werden können.

In Absatz 2 wird die Tatsache berücksichtigt, daß das Europäische Patentamt zu Beginn seiner Tätigkeit nicht über genügend Personal für eine vollständige Behandlung aller eingereichten Anmeldungen verfügen wird. Deshalb kann der Verwaltungsrat auf Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Patentamts beschließen, die Behandlung von Patentanmeldungen zu beschränken. Die Beschränkung kann sich namentlich auf bestimmte Gebiete der Technik beziehen. Die Beschränkung kann jedoch auch auf andere Weise erfolgen. Das Europäische Patentamt bleibt trotzdem verpflichtet, alle beim Patentamt eingereichten Patentanmeldungen in jedem Fall nach Artikel 80 darauf hin zu prüfen, ob sie einen Anmeldetag haben.

Nach den bisherigen Vorstellungen kann davon ausgegangen werden, daß das Europäische Patentamt von Anfang an in der Lage sein wird, für alle beim Patentamt eingereichten Anmeldungen die erste Phase des Patenterteilungsverfahrens abzuwickeln.

Nach Absatz 3 kann der Verwaltungsrat, nachdem er einen Beschluß nach Absatz 2 gefaßt hat, die Behandlung nicht noch weiter beschränken.

Absatz 4 regelt die Folgen, wenn eine Patentanmeldung auf Grund einer Beschränkung des Verfahrens nach Absatz 2 nicht weiterbehandelt werden kann. Der Anmelder ist hiervon unter Hinweis auf die Möglichkeit des Umwandlungsantrags nach Artikel 135 Abs. 1 Buchstabe a zu unterrichten. Mit dieser Mitteilung gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

Zu Artikel 163

Während einer Übergangszeit gelten abweichend von Artikel 134 Abs. 2 besondere Bestimmungen für die Eintragung in die Liste der zugelassenen Vertreter. Zwar wird auch hier verlangt, daß die Person die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzen und ihren Geschäftssitz oder Arbeitsplatz im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats haben muß (Absatz 1 Buchstabe a und b). Die in Artikel 134 Abs. 2 Buchstabe c enthaltene Voraussetzung des Bestehens der europäischen Eignungsprüfung wird jedoch fallen gelassen. Die Eintragung in die Liste der zugelassenen Vertreter wird stattdessen davon abhängig gemacht, ob die Person befugt ist, in Patentverfahren vor der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz ihres Heimatstaates als Vertreter zu handeln (Absatz 1 Buchstabe c). Soweit deutsche Vertreter von dieser Bestimmung betroffen sind, wird nicht nur Patentanwälten und Rechtsanwälten die Möglichkeit eröffnet, sich in die Liste

der zugelassenen Vertreter eintragen zu lassen, sondern auch Erlaubnisscheininhabern (vgl. § 177 der Patentanwaltsordnung) und Patentassessoren, die nach § 155 der Patentanwaltsordnung ein eingeschränktes selbständiges Vertretungsrecht im Verfahren vor dem Deutschen Patentamt besitzen. Nach dem auf der Diplomatischen Konferenz übereinstimmend erklärten Willen der beteiligten Regierungen soll auch eine solche beschränkte Vertretungsbefugnis ausreichen, um die Voraussetzungen des Absatzes 1 Buchstabe c zu erfüllen.

Dieser Grundsatz wird allerdings im Interesse der Anmelder eingeschränkt für Vertreter aus den Staaten, in denen die Vertretung vor der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz nicht an eine besondere berufliche Befähigung gebunden ist. Um auch hier eine berufliche Befähigung in etwa sicherzustellen, wird gefordert, daß diese Personen grundsätzlich nur dann in die Liste der vor dem Europäischen Patentamt zugelassenen Vertreter eingetragen werden können, wenn sie die Vertretung auf dem Gebiet des Patentwesens vor der nationalen Behörde mindestens 5 Jahre lang regelmäßig ausgeübt haben (Absatz 3 Satz 1); weist allerdings ein Vertreter nach, daß er die erforderliche berufliche Befähigung auf andere Weise erworben hat, so kann der Präsident des Europäischen Patentamts Befreiung von dem Erfordernis des Absatzes 3 Satz 1 erteilen (Absatz 4 Buchstabe a).

Die Eintragung in die Liste der zugelassenen Vertreter erfolgt nur auf Antrag. Dem Antrag ist eine Bescheinigung der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz beizufügen, aus der sich ergeben muß, daß der Antragsteller befugt ist, die Vertretung vor dieser Behörde wahrzunehmen (Absatz 2), und daß seine berufliche Befähigung nach den Vorschriften dieses Staats amtlich festgestellt worden ist oder, im Falle des Absatzes 3 Satz 1, daß die Vertreter Tätigkeit 5 Jahre lang regelmäßig ausgeübt worden ist (Absatz 3 Satz 3). Diese Bescheinigung wird in der Bundesrepublik Deutschland vom Deutschen Patentamt auf Antrag ausgestellt werden.

Nach der Eintragung in die Liste der zugelassenen Vertreter ist der Vertreter unbeschränkt zur Vertretung vor dem Europäischen Patentamt berechtigt, selbst wenn seine Vertretungsbefugnis vor dem nationalen Patentamt, wie es in der Bundesrepublik Deutschland bei Patentassessoren und Erlaubnisscheininhabern der Fall ist, eingeschränkt ist.

Artikel 163 soll den Besitzstand der bereits jetzt auf dem Gebiet des Patentwesens tätigen Vertreter wahren, deren Existenz durch das Abwandern von nationalen Anmeldungen zum Europäischen Patentamt bedroht sein würde. Zu diesem Kreis der Betroffenen zählen aber auch die Vertreter, die in einem Vertragsstaat tätig sind, jedoch nicht die Staatsangehörigkeit dieses Staates besitzen. Aus diesem Grund ist in Absatz 5 vorgesehen, daß der Präsident des Europäischen Patentamts diesen Personen Befreiung von dem Erfordernis der Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats zu gewähren hat, wenn der Antragsteller am Tage der Unterzeichnung des Europäischen Patentübereinkommens

(5. Oktober 1973) die übrigen Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt hat. Diese zeitliche Einschränkung erschien erforderlich, um zu verhindern, daß insbesondere internationale Konzerne aus Drittstaaten bis zum Ende der Übergangszeit ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Vertretung vor dem Europäischen Patentamt eigene Vertreter in die Vertragsstaaten entsenden, in denen die Ausübung der Vertreter Tätigkeit nicht an das Erfordernis der Staatsangehörigkeit geknüpft ist, um auf diese Weise auch die nach dem Ablauf der Übergangszeit erforderliche Eignungsprüfung zu umgehen.

Im übrigen kann der Präsident des Europäischen Patentamts — wie nach Artikel 134 Abs. 6 — im Einzelfall Befreiung von dem Erfordernis der Staatsangehörigkeit gewähren (Absatz 4 Buchstabe b).

Absatz 6 betrifft die Vertreter, die ihren Geschäftssitz oder Arbeitsplatz in einem Staat haben, der dem Übereinkommen entweder weniger als ein Jahr vor Ablauf der Übergangszeit oder nach Ablauf der Übergangszeit beigetreten ist. Diese Vertreter können während eines Zeitraums von einem Jahr nach dem Beitritt des Staats in die Liste der zugelassenen Vertreter eingetragen werden. Die Absätze 1 bis 5 sind auf sie anwendbar.

Absatz 7 sieht vor, daß Personen, die während der Übergangszeit in die Liste der zugelassenen Vertreter eingetragen worden sind, in der Liste eingetragen bleiben; sie brauchen daher nicht die europäische Eignungsprüfung abzulegen. Waren sie während der Übergangszeit eingetragen, so werden sie auch nach dem Ablauf der Übergangszeit in die Liste wieder eingetragen, sofern sie ihren Geschäftssitz oder Arbeitsplatz im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats haben. Beides gilt jedoch vorbehaltlich etwaiger gegen den Vertreter verhängter Disziplinarmaßnahmen.

Alle anderen Änderungen in der Liste der zugelassenen Vertreter richten sich während der Übergangszeit nach Regel 106 der Ausführungsordnung.

Abgesehen davon, daß der Vertreter selbst die Löschung in der Liste der zugelassenen Vertreter beantragen kann (Regel 106 Abs. 3), löscht das Europäische Patentamt von Amts wegen die Eintragung, wenn ihm die Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz mitteilt, daß sie die nach Artikel 163 Abs. 2 erteilte Bescheinigung zurückgenommen hat und keine der in Regel 106 Abs. 2 vorgesehenen Ausnahmen vorliegt.

Die Zentralbehörde kann die Bescheinigung nur in den Fällen zurücknehmen, die nach dem Ablauf der Übergangszeit nach Regel 102 zur Löschung von Amts wegen führen würden, sowie dann, wenn der Vertreter andere nach dem nationalen Recht vorgeschriebene Voraussetzungen für die Erteilung der Bescheinigung nicht mehr erfüllt (Regel 106 Abs. 1), wie etwa in der Bundesrepublik Deutschland beim Wegfall der Vertretungsbefugnis im Falle der Zurücknahme der Zulassung zur Patentanwaltschaft. Wie sich aus dem Wortlaut der in Regel 106 Abs. 1 Buchstabe a in bezug genommenen Regel 102 Abs. 2 Buchstabe c ergibt, darf die Bescheinigung nicht allein deshalb zurückgenommen werden, weil der

Vertreter seinen Geschäftssitz in einem anderen Vertragsstaat begründet hat. Dem zugelassenen Vertreter steht es also frei, seinen Geschäftssitz in irgendeinen Vertragsstaat zu verlegen.

Nach Regel 106 Abs. 4 werden die auf Grund von Absatz 2 dieser Regel in der Liste gelöschten Personen auf ihren Antrag wieder eingetragen, wenn nach der von ihnen vorgelegten Bescheinigung der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz die Gründe für die Rücknahme der Bescheinigung entfallen sind.

Zum zwölften Teil

Die Artikel 164 bis 178 enthalten die im internationalen Übereinkommen üblichen Bestimmungen über Ratifikation, Beitritt, Vorbehalte, Inkrafttreten, Revision und Kündigung. Sie werden nachstehend nur dann erläutert, wenn Besonderheiten vorliegen.

Zu Artikel 164

Diese Vorschrift setzt fest, daß die Ausführungsordnung, das Anerkennungsprotokoll, das Protokoll über Vorrechte und Immunitäten, das Zentralisierungsprotokoll sowie das Protokoll über die Auslegung des Artikels 69 Bestandteile des Übereinkommens sind. Sie brauchen deshalb nicht gesondert unterzeichnet und ratifiziert zu werden. Zu dem Anerkennungsprotokoll kann jedoch ein einstweiliger Vorbehalt eingelegt werden (Artikel 167 Abs. 2 Buchstabe d).

Stimmen die Vorschriften des Übereinkommens und die der Ausführungsordnung nicht überein, so sollen die Vorschriften des Übereinkommens maßgebend sein (Absatz 2).

Zu Artikel 165

Das Übereinkommen lag bis 5. April 1974 zur Unterzeichnung auf. Bis zu diesem Termin ist es von den folgenden 16 Staaten unterzeichnet worden: Belgien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Liechtenstein, Luxemburg, Monaco, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweiz, Schweden und Vereinigtes Königreich.

Zu Artikel 167

Dieser Artikel enthält die erschöpfende Liste der Vorbehalte, die Staaten bei der Unterzeichnung, der Ratifikation oder dem Beitritt machen können.

Die Vorbehalte können betreffen:

- a) den Schutz für chemische Erzeugnisse als solche oder für Arznei- oder Nahrungsmittel als solche,
- b) den Schutz für landwirtschaftliche oder gartenbauliche Verfahren,
- c) die Laufzeit des Patents,
- d) das Anerkennungsprotokoll.

Die Möglichkeit, einen Vorbehalt zu den ersten drei Punkten einzulegen, ist durch den bereits erwähnten Umstand begründet, daß das Übereinkommen nicht ausschließlich das Patenterteilungsverfahren behandelt, sondern daß es zum Teil auch bindende

Regelungen für das erteilte Patent enthält. Dazu gehören die möglichen Nichtigkeitsgründe, die in Artikel 138 erschöpfend aufgeführt sind, und die Laufzeit des Patents (Artikel 63). Da das Übereinkommen in den Artikeln 52, 53 und 57 größere Möglichkeiten für die Patenterteilung vorsieht als in einigen Staaten derzeit bestehen, und zwar insbesondere für Erzeugnisse und landwirtschaftliche oder gartenbauliche Verfahren, würde die vollständige Anwendung des Übereinkommens dazu führen, daß europäische Patente mit Wirkung in diesen Ländern einen Schutz erhalten, der für nationale Patente nicht gewährt wird und für die die nationalen Rechtsvorschriften meistens einen Nichtigkeitsgrund enthalten. Dieser Unterschied zwischen dem Schutz aus nationalen und europäischen Patenten ist nicht wünschenswert, so daß ein solcher Staat erst die nationalen Patentrechtsvorschriften ändern müßte, bevor er Vertragspartei des Übereinkommens werden könnte. Dies könnte große Widerstände und damit erhebliche Verzögerungen der Ratifikation des Übereinkommens verursachen.

Artikel 167 läßt daher zu, daß für einen begrenzten Zeitraum Vorbehalte zu diesen Punkten eingelegt werden können. Die betreffenden Staaten sind damit jedenfalls gehalten, ihre Rechtsvorschriften in Zukunft ganz an das Übereinkommen anzupassen.

Zu den Vorbehalten ist im einzelnen folgendes zu bemerken:

Bereits das Straßburger Patentübereinkommen sieht die Möglichkeit vor, für einen bestimmten Zeitraum Vorbehalte über den Schutz für Arznei- oder Nahrungsmittel und für landwirtschaftliche oder gartenbauliche Verfahren einzulegen. Im vorliegenden Übereinkommen ist auf Wunsch einiger Länder noch der Schutz von chemischen Erzeugnissen in die Vorbehaltsregelung einbezogen worden.

Der Vorbehalt unter Buchstabe a betrifft nur den Schutz von Erzeugnissen; der Schutz von Verfahren für die Herstellung oder Verwendung von chemischen Erzeugnissen oder für die Herstellung von Arznei- oder Nahrungsmitteln kann nicht ausgeschlossen werden. Im übrigen schränkt Artikel 64 Abs. 2 die Wirkung dieses Vorbehalts beträchtlich ein: ist Gegenstand des Patents ein Verfahren, so erstreckt sich der Schutz auch auf die durch das Verfahren unmittelbar hergestellten Erzeugnisse.

Der Vorbehalt unter Buchstabe d betrifft einen völlig anderen Punkt. Dieser Vorbehalt leitet sich aus der Überlegung ab, daß dem Patentrecht nicht verwandte Angelegenheiten, wie die Frage der Anerkennung von Urteilen ausländischer Richter, den Beitritt zu dem Übereinkommen nicht verzögern dürfen, so sehr auch die Anwendung des Anerkennungsprotokolls für wünschenswert gehalten wird.

Die Vorbehalte sind für einen Zeitraum von zehn Jahren vom Inkrafttreten dieses Übereinkommens an, also nicht vom Zeitpunkt der Ratifikation oder des Beitritts an, wirksam. Auf Antrag des betreffenden Staates kann der Verwaltungsrat diesen Zeitraum verlängern. Der Zeitraum, in dem die Vorbehalte Auswirkungen haben, ist jedoch länger; die Vorbehalte bleiben nämlich gemäß Absatz 5 für die

Patente, für die die Anmeldung während der Wirksamkeit des Vorbehalts eingereicht wurde, während der gesamten Patentdauer wirksam.

Zu Artikel 169

Das Übereinkommen tritt in Kraft, wenn sechs Staaten Vertragspartei geworden sind, in deren Hoheitsgebiet im Jahre 1970 insgesamt mindestens 180 000 Patentanmeldungen für die Gesamtheit dieser Staaten eingereicht wurden. Diese Bedingung ist erfüllt, wenn die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften Vertragspartei werden.

Zu Artikel 170

Die Staaten, die bereits vor dem Inkrafttreten des Übereinkommens Vertragspartei waren, müssen nach Artikel 161 Abs. 2 Vorschüsse zahlen. Die Staaten, die nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens Vertragspartei werden, müssen einen nicht rückzahlbaren Aufnahmebeitrag zahlen.

Zu Artikel 172

Dieser Artikel behandelt die Revision des Übereinkommens. Die Revision erfolgt durch eine Konferenz der Vertragsstaaten. Änderungen werden mit mindestens drei Viertel der Stimmen der anwesenden Staaten angenommen, wobei mindestens drei Viertel der Staaten auf der Konferenz vertreten sein müssen. Die revidierte Fassung des Übereinkommens tritt zu dem von der Konferenz bestimmten Zeitpunkt in Kraft, nachdem eine von der Konferenz festgesetzte Anzahl von Staaten sie ratifiziert hat oder ihr beigetreten ist. Staaten, die die revidierte Fassung des Übereinkommens bei deren Inkrafttreten nicht ratifiziert haben oder ihr nicht beigetreten sind, sind von diesem Zeitpunkt an nicht mehr Vertragsparteien des Übereinkommens (Absatz 4). Diese strenge Vorschrift, die ein Auseinanderfallen des Übereinkommens in mehrere Fassungen und die damit für die Arbeit des Europäischen Patentamts verbundenen Schwierigkeiten vermeiden soll, wird die Konferenz dazu zwingen, für das Inkrafttreten einer revidierten Fassung einen Termin zu wählen, der den beteiligten Staaten einen angemessenen Zeitraum für die Abwicklung der Ratifikationsverfahren ermöglicht.

Die Folgen des Ausscheidens eines Staates aus dem Übereinkommen sind in den Artikeln 175 und 176 geregelt.

Zu Artikel 173

Dieser Artikel enthält Bestimmungen betreffend die Regelung von Streitigkeiten zwischen Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens. In dem Artikel wird zwischen drei Phasen unterschieden: Die erste Phase bilden die Verhandlungen zwischen den fraglichen Vertragsstaaten. Führt dies nicht zur Beilegung, so erfolgt in der zweiten Phase die Vermittlung durch den Verwaltungsrat; schließlich kann jeder beteiligte Staat nach Ablauf von sechs Monaten seit Befassung des Verwaltungsrates die Streitigkeit dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag zum Erlaß einer bindenden Entscheidung unterbreiten.

Zu Artikel 174

Jeder Staat kann das Übereinkommen mit einer einjährigen Frist kündigen. Die Folgen der Kündigung werden in den Artikeln 175 und 176 geregelt.

Zu Artikel 175

Ist ein Staat nicht mehr Vertragspartei des Übereinkommens — sei es, daß er nicht Vertragspartei der revidierten Fassung geworden ist, sei es auf Grund erfolgter Kündigung —, so werden dadurch die nach diesem Übereinkommen vor diesem Zeitpunkt bereits erworbenen Rechte nicht berührt (Absatz 1).

Absatz 2 enthält eine Regelung für die Patentanmeldungen, die zu dem Zeitpunkt anhängig waren, zu dem ein Staat aufhörte, Vertragspartei des Übereinkommens zu sein. Die aus diesem Staat noch anhängigen Patentanmeldungen werden im Einklang mit der nach diesem Zeitpunkt geltenden Fassung des Übereinkommens weiterbehandelt.

Absatz 3 überträgt die Regelung des Absatzes 2 auf erteilte Patente, für die die Einspruchsfrist noch nicht abgelaufen oder ein Einspruchsverfahren anhängig ist. Einspruchsverfahren, die zu dem Zeitpunkt anhängig waren, als ein Staat aufhörte, Vertragspartei zu sein, werden unter Berücksichtigung der nach diesem Zeitpunkt geltenden Bestimmungen weiterbehandelt.

In Absatz 4 wird bestimmt, daß eine ehemalige Vertragspartei unbeschadet von Absatz 3 weiterhin das Recht hat, das Übereinkommen in der vor Beendigung seiner Mitgliedschaft geltenden Fassung auf europäische Patente anzuwenden.

Zu Artikel 176

Dieser Artikel enthält einige Ausnahmen von der allgemeinen Regel, wonach finanzielle Verpflichtungen eines Vertragsstaats mit dessen Ausscheiden enden und er zum gleichen Zeitpunkt seine Forderungen geltend machen kann. Wie bereits im Zusammenhang mit Artikel 40 ausgeführt wurde, werden die besonderen Finanzbeiträge, die die Staaten in der Anlaufzeit geleistet haben, stufenweise zurückgezahlt, wobei mit der Zurückzahlung voraussichtlich elf Jahre nach der Eröffnung des Europäischen Patentamts begonnen wird. Hört ein Staat auf, Vertragspartei zu sein, so wird nach Absatz 1 das Rückzahlungsschema dadurch nicht berührt. Absatz 2 begründet für den betreffenden Staat die Verpflichtung, den Anteil an den Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung der in diesem Land erteilten europäischen Patente weiterzuzahlen. Die Zahlung dieser Gebühren ist immer ein Bestandteil der — gegebenenfalls nachträglichen — Finanzierung der Kosten der Patenterteilung. Die Höhe der Gebühren richtet sich nach den zum Zeitpunkt des Ausscheidens maßgeblichen Bestimmungen.

Zu Artikel 177

Das Übereinkommen ist in deutscher, englischer und französischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Wie bei vielen anderen Übereinkommen über das gewerb-

liche Eigentum können amtliche Fassungen in anderen Sprachen erstellt werden; bei abweichenden Fassungen sind jedoch die Urschriften maßgebend.

C.

Zu den Protokollen des Übereinkommens

Nach Artikel 164 sind das Anerkennungsprotokoll, das Protokoll über Vorrechte und Immunitäten, das Zentralisierungsprotokoll sowie das Protokoll über die Auslegung des Artikels 69 Bestandteile des Übereinkommens.

Zum Anerkennungsprotokoll

Artikel 60 des Übereinkommens bestimmt, wem das Recht auf das europäische Patent zusteht. Wird auf Grund einer gerichtlichen Entscheidung der gemäß Artikel 60 Abs. 1 des Übereinkommens bestehende Anspruch auf Erteilung eines europäischen Patents einer anderen Person als dem Anmelder zugesprochen, so kann dies gemäß Artikel 61 für das europäische Patenterteilungsverfahren dreierlei Folgen haben: Die auf Grund der Entscheidung anspruchsberechtigte Person kann das Erteilungsverfahren im eigenen Namen fortsetzen, sie kann eine neue Anmeldung einreichen oder beantragen, daß die bereits vorliegende Anmeldung zurückgewiesen wird.

In den Erläuterungen zu Artikel 61 ist bereits dargestellt worden, daß eine Entscheidung auf Grund einer solchen Regelung nicht nur in dem Staat, in dem sie ergangen ist, sondern in allen in der Anmeldung benannten Staaten Rechtsfolgen haben kann. Dies ist jedoch ohne Einschaltung eines nationalen Gerichts eines solchen anderen Staates nur dann möglich, wenn die Entscheidung in dem betreffenden Staat anerkannt wird. Somit sind diese Rechtsfolgen auf die Staaten beschränkt, in denen die Entscheidung ergangen ist, anerkannt worden oder auf Grund des vorliegenden Anerkennungsprotokolls anzuerkennen ist.

Mit diesem Protokoll wird angestrebt, die größtmögliche Zahl von Vertragsstaaten zu verpflichten, die Entscheidungen ihrer Gerichte oder Behörden über den Anspruch auf Erteilung eines europäischen Patents gegenseitig anzuerkennen. Diese Anerkennungsverpflichtung ist in Artikel 9 festgelegt; in den vorhergehenden Artikeln dieses Protokolls sind die für die Anerkennungsverpflichtung unentbehrlichen Regeln über die gerichtliche Zuständigkeit enthalten.

Diese Regelung ist aus zwei Gründen in einem gesonderten Protokoll festgelegt worden. Zum einen erschien wünschenswert, diese Bestimmungen des internationalen Prozeßrechts in einer besonderen Regelung festzuhalten, weil sie ihrer Art nach von den Fragen des Patentrechts zu unterscheiden sind und außerdem ein im Erteilungsverfahren nicht häufig eintretendes Ereignis betreffen. Zum anderen ist es nicht völlig ausgeschlossen, daß die Anerkennungsregelung in einigen Vertragsstaaten auf Schwierigkeiten stößt. Es erscheint aber nicht wünschenswert, daß solche außerhalb des eigentlichen

Patentrechts entstehende Schwierigkeiten in einigen Staaten zu einer Verzögerung der Ratifikation des Übereinkommens selbst oder des Beitritts zum Übereinkommen führen. Deshalb ist bestimmt worden, daß bei der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ein in seiner Wirkung zeitlich befristeter Vorbehalt zum Protokoll eingelegt werden kann (Artikel 167 Abs. 2 Buchstabe d des Übereinkommens).

Die Regelung des Anerkennungsprotokolls ist mit der für einen Teil der Vertragsstaaten bereits bestehenden Anerkennungs- und Vollstreckungsregelung abgestimmt, nämlich dem zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften geschlossenen Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968 (Vollstreckungsübereinkommen).

Zu Artikel 1

Absatz 1 bestimmt, auf welche Entscheidungen sich die in dem Protokoll geregelte ausschließliche Zuständigkeitsregelung bezieht. Entsprechend der begrenzten Zielrichtung des Protokolls, Schwierigkeiten auszuräumen, die die Einheitlichkeit des Erteilungsverfahrens und die einfachere und schnellere Durchsetzbarkeit des Rechts auf das europäische Patent betreffen, ist die Regelung auf Klagen gegen den Anmelder wegen des Anspruchs auf Erteilung eines europäischen Patents beschränkt. Es sind dies die Fälle, auf die sich Artikel 61 bezieht. Hierunter fallen also nicht die Klagen, die nach Erteilung des europäischen Patents erhoben werden.

Absatz 2 dehnt die in Absatz 1 für Gerichte getroffene Regelung auf andere Stellen aus, die in einigen Staaten für die Entscheidung solcher Angelegenheiten zuständig sind, wie etwa das Britische Patentamt. Im Interesse der Rechtssicherheit wird bestimmt, daß jeder Staat, in dem eine solche Zuständigkeit besteht, das Europäische Patentamt unterrichtet.

Zu den Artikeln 2 bis 6

Diese Vorschriften enthalten die eigentliche Zuständigkeitsregelung. In erster Linie sind die Gerichte des Vertragsstaats zuständig, in dem der beklagte Anmelder seinen Wohnsitz oder Sitz hat (Artikel 2); hat der Anmelder seinen Wohnsitz oder Sitz außerhalb der Vertragsstaaten, so sind die Gerichte des Vertragsstaats zuständig, in dem der Kläger seinen Wohnsitz oder Sitz hat (Artikel 3).

Von dieser Regelung gibt es zwei Ausnahmen. Die erste Ausnahme betrifft die im gegenseitigen Einvernehmen getroffene Wahl des Gerichtsstands (Artikel 5). Haben die Parteien durch schriftliche oder schriftlich bestätigte Vereinbarung bestimmt, welchem Gericht sie ihren Rechtsstreit unterbreiten wollen, so hat die auf diese Art und Weise getroffene Wahl mit einer Einschränkung, auf die später eingegangen wird, Vorrang vor anderen Zuständigkeitsregelungen. Die zweite Ausnahme betrifft Klagen, die sich auf eine Arbeitnehmererfindung

beziehen (Artikel 4). Mit Rücksicht darauf, daß öffentliche Ordnung und Arbeitsrecht im engen Zusammenhang miteinander stehen, wird die Zuständigkeit ausschließlich den Gerichten des Vertragsstaats zuerkannt, nach dessen Recht sich gemäß Artikel 60 Abs. 1 Satz 2 das Recht auf das europäische Patent bestimmt, d. h. den Gerichten des Vertragsstaats, in dem der Arbeitnehmer überwiegend beschäftigt ist, oder — sofern dies nicht feststellbar ist — des Vertragsstaats, in dem der Arbeitgeber den Betrieb unterhält, dem der Arbeitnehmer angehört.

Die in Artikel 4 geregelte ausschließliche Zuständigkeit hat auch Vorrang vor einer von den Parteien getroffenen Vereinbarung über die Wahl des Gerichtsstands, wenn das nationale Recht, das für den Arbeitsvertrag gilt, eine solche Wahl nicht zuläßt (Artikel 5 Abs. 2).

Artikel 6 enthält insofern das Schlußstück dieser Zuständigkeitsregelung, als dort für den Fall, daß auf Grund der vorhergehenden Bestimmungen kein Gericht betimmt wird, die Gerichte der Bundesrepublik Deutschland als dem Sitzstaat der Europäischen Patentorganisation für zuständig erklärt werden.

Zu Artikel 7

Die Vorschrift sieht vor, daß die mit Klagen befaßten Gerichte ihre Zuständigkeit von Amts wegen zu prüfen haben.

Zu Artikel 8

Artikel 8 enthält Regeln für den Fall von Zuständigkeitskonflikten. Dabei wird von dem Grundsatz ausgegangen, daß das Gericht zuständig ist, das zuerst angerufen wurde. Jedes Gericht, das danach in derselben Sache aufgerufen wird, muß sich von Amts wegen für unzuständig erklären. Wird die Zuständigkeit des Gerichts, das zuerst angerufen wurde, angefochten, so hat das später angerufene Gericht seine Entscheidung über die Unzuständigkeit auszusetzen.

Zu Artikel 9

Nach dieser Vorschrift, dem Kernstück des Protokolls, wird die in einem Vertragsstaat ergangene rechtskräftige Entscheidung über den Anspruch auf Erteilung eines europäischen Patents in allen anderen Vertragsstaaten anerkannt, ohne daß er hierfür eines besonderen Verfahrens bedarf; die Nachprüfung der Zuständigkeit des betreffenden Gerichts oder der Gesetzmäßigkeit der betreffenden Entscheidung ist ausgeschlossen.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel enthält zwei Gründe, bei deren Vorliegen die Entscheidung nicht anerkannt wird. Im Fall des Buchstaben a liegt ein grober Verstoß gegen den *ordre public* vor; die Regelung des Buchstaben b entspricht dem Gedanken des Artikels 8. Danach wird die Entscheidung nicht anerkannt, wenn sie im Widerspruch mit der Entscheidung

steht, die auf Grund eines früher anhängig gemachten Rechtsstreits zwischen den Parteien und im Zusammenhang mit dem gleichen Anspruch ergangen ist.

Zu Artikel 11

Die Vorschrift regelt das Verhältnis zwischen dem Protokoll und anderen Abkommen der Vertragsstaaten über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung von Entscheidungen. In Absatz 1 wird festgestellt, daß die Bestimmungen des Protokolls Vorrang vor widersprechenden Vorschriften anderer Abkommen haben, soweit das Verhältnis der Vertragsstaaten in Betracht steht. Dies steht im Einklang mit Artikel 57 des Vollstreckungsübereinkommens. Absatz 2 bestimmt, daß das Protokoll der Anwendung von Abkommen zwischen Vertragsstaaten und einem nicht durch das Protokoll gebundenen Staat nicht entgegensteht.

Es ist möglich, daß auf Grund eines Abkommens zwischen einem Vertragsstaat und einem nicht durch das Protokoll gebundenen Staat gerichtliche Entscheidungen, auf die sich das Protokoll bezieht und die in dem letztgenannten Staat ergangen sind, in dem betreffenden Vertragsstaat anerkannt werden müssen. Derartige Entscheidungen sind keine Entscheidungen im Sinne des Artikels 9 des Protokolls; für sie ergibt sich demnach aus dem Protokoll auch keine Anerkennungsverpflichtung für die anderen Vertragsstaaten.

Zum Protokoll über die Vorrechte und Immunitäten

Zwischenstaatliche Organisationen und ihre Dienststellen würden ohne eine besondere Vereinbarung mit dem jeweiligen Staat, in dem sie sich befinden, dem nationalen Recht unterliegen. Um die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten zu vermeiden, werden solchen zwischenstaatlichen Organisationen üblicherweise bestimmte Vorrechte und Immunitäten gegenüber den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zugestanden. Dies kann in Form von Einzelvereinbarungen zwischen dem Gastland und der betreffenden Organisation erfolgen oder aber, wie im vorliegenden Fall, durch ein besonderes Protokoll zwischen allen an der Organisation beteiligten Ländern.

Durch diese Vorrechte und Immunitäten soll lediglich sichergestellt werden, daß die Tätigkeit der Organisation nicht auf Grund einzelstaatlicher Rechtsvorschriften beeinträchtigt werden kann. Das Ziel besteht also nicht darin, die Tätigkeit bei der Organisation attraktiver zu machen (Artikel 19 des Protokolls). Die Europäische Patenorganisation hat daher die Pflicht, die Vorrechte und Immunitäten aufzuheben, wenn sie verhindern würden, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und wenn die Interessen der Organisation dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Die Vorrechte und Immunitäten entsprechen inhaltlich den gegenwärtigen internationalen Gepflogenheiten.

Nach Artikel 22 des Protokolls ist das Gastland nicht dazu verpflichtet, bestimmte Vorrechte und

Immunitäten auch seinen eigenen Staatsangehörigen oder den dort ansässigen Personen einzuräumen; es bleibt ihm jedoch unbenommen, dies dennoch zu tun.

Zu den Vorrechten der Europäischen Patenorganisation gehört insbesondere das Recht, für die von ihr gezahlten Gehälter und Bezüge eine eigene Steuer zu erheben (Artikel 16 des Protokolls). Die Bediensteten werden durch die Erhebung dieser internen Steuer von der inländischen Einkommensteuer für diese Gehälter und Bezüge befreit.

Zum Zentralisierungsprotokoll

Im Zentralisierungsprotokoll sind in sechs Abschnitten folgende Fragen behandelt:

1. Übernahme des Internationalen Patentinstituts (IIB) in die Europäische Patentorganisation und Errichtung einer Dienststelle in Berlin [Abschnitt I (1) und (3)]
2. Verzicht auf Arbeiten nach dem Patentrechtsvereinbarung durch die Mitgliedstaaten [Abschnitt I (2), II, III und IV (1) (e)]
3. Vorübergehende Übertragungen der Bearbeitung von Patentanmeldungen an die Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz [Abschnitt IV (1)]
4. Vorübergehende Übertragung von Rechercharbeit an die Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz [Abschnitt IV (2)]
5. Besondere Recherchen durch die Dienststelle Rom und durch Zentralbehörden einzelner Länder
6. Allmähliche Ausdehnung der Recherche.

In Abschnitt VII ist bestimmt, daß die Vorschriften des Protokolls entgegenstehenden Vorschriften des Übereinkommens vorgehen. Abschnitt VIII schreibt vor, daß die im Protokoll vorgesehenen Beschlüsse des Verwaltungsrats mit Dreiviertelmehrheit getroffen werden.

Zu 1 : Es bestand stets Einvernehmen darüber, daß die im Rahmen des Europäischen Patentübereinkommens notwendigen Recherchen grundsätzlich vom IIB durchgeführt werden sollten, das langjährige Erfahrungen und einen ausgezeichneten Ruf auf diesem Gebiet besitzt. Dies würde zur Folge haben, daß die Aufträge des Europäischen Patentamts an das IIB den weitaus größten Teil der Arbeit des IIB ausmachen würden. Dies war der Anlaß für den Vorschlag, das IIB in die Europäische Patentorganisation einzubeziehen. Abschnitt I (1) verpflichtet die Mitgliedstaaten, die zur Verwirklichung dieses Gedankens notwendigen Maßnahmen zu treffen. Dies hat in der Weise zu erfolgen, daß die Verpflichtungen, die das IIB gegenüber seinen Mitgliedern hat, von der Europäischen Patentorganisation übernommen werden. Es ist zu erwarten, daß die Verwirklichung dieses Gedankens keine Schwierigkeiten bereiten wird, da alle Mitgliedstaaten des IIB an den Vorarbeiten für das Europäische Patentübereinkommen mitgewirkt haben. Natürlich muß das Europäische Patentamt auch gegenüber Mitgliedstaaten des IIB, die wider Erwarten nicht dem Europäischen Patentübereinkommen beitreten, den vom IIB übernommenen Verpflichtungen nachkommen.

Das IIB hat seit kurzer Zeit eine Dienststelle in Rom; das Personal dieser Dienststelle wird von der italienischen Regierung gestellt, die auch die Kosten trägt; diese Dienststelle führt Recherchen in italienischer Dokumentation durch. Auch diese Dienststelle wird in die Europäische Patentorganisation übernommen, wobei das Verhältnis zur italienischen Regierung unverändert bleibt.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist von besonderer Bedeutung die Errichtung der Dienststelle Berlin des Europäischen Patentamts. Die Bundesrepublik Deutschland ist allerdings verpflichtet, die zusätzlichen Kosten zu tragen, die der Europäischen Patentorganisation aus der Errichtung und dem Betrieb der Dienststelle Berlin entstehen.

Zu 2: Die Bemühungen um eine möglichst weitgehende Zentralisierung des Europäischen Patenterteilungsverfahrens durch die Schaffung europäischer Einrichtungen anstelle von einzelstaatlichen Einrichtungen bringen es mit sich, daß die einzelstaatlichen Stellen grundsätzlich darauf verzichten müssen, Aufgaben im Rahmen des Patentzusammenarbeitsvertrags zu übernehmen. Im Interesse einer Zentralisierung der Erstellung internationaler Recherchen sollten diese Aufgaben vom Europäischen Patentamt mit einer aus dem IIB hervorgehenden Generaldirektion Recherche und ihren Dienststellen ausgeführt werden. Hierauf beziehen sich die Abschnitte I (2) und II. Eine strenge Durchführung dieses Grundsatzes könnte jedoch für Staatsangehörige von Staaten, deren Amtssprache nicht zu den Amtssprachen der Europäischen Patentorganisation gehört, einen besonderen Nachteil mit sich bringen. Nach Abschnitt III können daher diese Staaten ihre Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz für die eigenen Staatsangehörigen oder Staatsangehörige der Nachbarländer oder, mit Zustimmung des Verwaltungsrats, für Staatsangehörige aus Drittstaaten, die internationale Anmeldungen in derselben Sprache einreichen, als Internationale Recherchenbehörde oder als mit der internationalen Prüfung beauftragte Behörde tätig werden lassen.

Zu 3: Es ist damit zu rechnen, daß durch das Europäische Patentübereinkommen die Anzahl der einzelstaatlichen Anmeldungen in den Mitgliedstaaten zwar allmählich, aber doch sehr stark zurückgehen wird. Dies wird natürlich ein zunehmendes Schrumpfen der Zentralbehörden mit sich bringen. Der Verwaltungsrat kann die dadurch hervorgerufenen Schwierigkeiten mindern, indem er während

einer Übergangszeit den Zentralbehörden, die das Patentverfahren in einer der Amtssprachen des Europäischen Patentamts durchführen können, vorbereitende Aufgaben im Rahmen der Bearbeitung der Anmeldung überträgt. Der Umfang der auf diese Weise übertragenen Arbeiten wird im Protokoll beschränkt. Darüber hinaus kann eine solche Zentralbehörde während der Übergangszeit auch Arbeiten nach dem Patentzusammenarbeitsvertrags übernehmen (Abschnitt IV Nr. 1).

Zu 4: Neben den Folgen, die das Europäische Patentübereinkommen für die Anzahl der einzelstaatlichen Anmeldungen haben wird, kann die Tätigkeit der Zentralbehörden in einigen Mitgliedstaaten, deren Amtssprache auch Amtssprache der Europäischen Patentorganisation ist, dadurch beeinflusst werden, daß die Behörden auf Arbeiten nach dem Patentzusammenarbeitsvertrag auf dem Gebiet der Recherche verzichten müssen. Auch hier kann der Verwaltungsrat die Schwierigkeiten mindern, indem er diesen Behörden während einer Übergangszeit Aufgaben auf diesem Gebiet überträgt (Abschnitt IV Absatz 2).

Zu 5: Die bereits genannte Dienststelle in Rom ist berechtigt, Recherchen in italienischer Dokumentation für europäische Patentanmeldungen von italienischen Staatsangehörigen oder Personen mit Wohnsitz oder Sitz in Italien durchzuführen, sofern dadurch das europäische Patenterteilungsverfahren nicht verzögert wird und der Organisation keine zusätzlichen Kosten entstehen. Sie kann solche Arbeiten auf Antrag auch für nicht-italienische Anmeldender durchführen. Ferner kann der Verwaltungsrat den Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz derartige Befugnisse übertragen (Abschnitt V).

Zu 6: Im Protokoll ist festgelegt, daß die Recherche grundsätzlich auf alle Patentschriften und veröffentlichte Patentanmeldungen der Vertragsstaaten sowie auf andere relevante Dokumente ausgedehnt wird; hierüber beschließt der Verwaltungsrat auf Grund einer noch auszuarbeitenden Studie.

Zum Protokoll über die Auslegung des Artikels 69 des Übereinkommens

Zweck dieses aus sich verständlichen Protokolls ist es, von vornherein eine möglichst einheitliche Auslegung des Schutzbereichs eines europäischen Patents sicherzustellen.

Stellungnahme des Bundesrates

Artikel II

Europäisches Patentrecht

1. Zu Artikel II § 3

Artikel II § 3 ist wie folgt zu fassen:

„§ 3

Einreichung von Übersetzungen im gerichtlichen Verfahren

Sind vor einem Gericht im Geltungsbereich dieses Gesetzes ein europäisches Patent oder eine europäische Patentanmeldung, die nicht in ihrer Gesamtheit in deutscher Sprache veröffentlicht worden sind, Gegenstand des Verfahrens, so ist, soweit nach § 184 des Gerichtsverfassungsgesetzes eine Übersetzung erforderlich wäre, abweichend von dieser Bestimmung von demjenigen, der Rechte im Zusammenhang mit diesem Patent oder dieser Patentanmeldung geltend macht, eine Übersetzung der Patentschrift oder der Patentanmeldung nur vorzulegen, wenn das Gericht es verlangt.“

Begründung

Klarstellung des Gewollten.

§ 184 GVG schreibt lediglich für die gerichtliche Verhandlung und Entscheidung, für Schriftsätze, Eingaben und sonstige Ausführungen von Verfahrensbeteiligten die Verwendung der deutschen Sprache vor. Nur soweit im Verfahren vorgelegte Schriftstücke, Urkunden usw. diese Voraussetzungen erfüllen, z. B. Bestandteil von Schriftsätzen usw. sind, müssen sie, um im Prozeß wirksam verwertet werden zu können, in deutscher Sprache vorgelegt werden. Im übrigen müssen jedoch im Verfahren eingereichte Schriftstücke nicht in deutscher Sprache abgefaßt oder übersetzt werden (vgl. RGZ 9, 430 hinsichtlich der Protesturkunde im Wechselprozeß; RGZ 162, 282 hinsichtlich eines Auszugs aus der Patentrolle des amerikanischen Patentamtes; ebenso Baumbach-Lauterbach ZPO 33. Aufl., Wieczorek, jeweils zu § 184 GVG).

In dem vorbezeichneten Umfang bedürfen daher schon jetzt bei dem Gericht eingereichte fremdsprachliche Schriftstücke nicht nach § 184 GVG einer Übersetzung in die deutsche Sprache, sofern nicht hierzu eine gerichtliche Aufforderung nach § 142 Abs. 3 ZPO ergangen ist; nach dieser Bestimmung kann das Gericht auch in diesen Fällen eine Übersetzung verlangen.

Die Regelung des Entwurfs will demnach zusätzlich auch die Fälle von der Einreichung einer Übersetzung freistellen, in denen deren Vorlage nach § 184 GVG an sich geboten wäre; das Gericht soll aber im Einzelfall die Vorlage einer Übersetzung verlangen können.

Da die Fassung des § 3 im Entwurf als Ergebnis einer mißverständlichen Auslegung des § 184 GVG aufgefaßt werden könnte, ist § 3 wie vorgeschlagen zu fassen.

2. Zu Artikel II § 14 und Artikel IV Nr. 12a — neu — (§ 30 c PatG)

a) Artikel II § 14 ist wie folgt zu fassen:

„§ 14

Unzulässige Anmeldung beim Europäischen Patentamt

Wer eine Patentanmeldung, die ein Staatsgeheimnis (§ 93 des Strafgesetzbuches) enthält, unmittelbar beim Europäischen Patentamt einreicht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

Begründung

Der Entwurf legt — ebenso wie § 30 c PatG — nach seinem Wortlaut den Schluß nahe, die Anmeldung gebe nur dann eine Staatsgeheimnis preis, wenn es sich dabei um eine Erfindung handle. Demgegenüber stellt Artikel II § 4 Abs. 1 Satz 1 zutreffend nicht auf die „Erfindung“, sondern auf die „Patentanmeldung“ ab. Ob Gegenstand einer Anmeldung (die zugleich ein Staatsgeheimnis enthält) eine Erfindung ist, wird nicht selten zweifelhaft sein (vgl. Artikel IV Nr. 1, § 1 PatG) und erst im Patenterteilungsverfahren entschieden werden. Gleichwohl kann eine Anmeldung auch dann, wenn ihr Gegenstand nicht als Erfindung anzusehen sein sollte, ein Staatsgeheimnis sein. Nach dem Wortlaut der Entwurfsfassung könnte der Tatbestand des § 14 schon dann verneint werden, wenn das Tatbestandsmerkmal „Erfindung“ nicht gegeben wäre. Der Anmelder könnte selbst dann nicht bestraft werden, wenn er irrtümlich davon ausgegangen wäre, daß er eine Erfindung angemeldet habe, denn der Versuch ist nach § 14 nicht strafbar.

Die vorgeschlagene Fassung läßt eine derartige Auslegung der Bestimmung nicht zu; sie stellt klar, daß der Strafrichter die Frage, ob die Anmeldung eine Erfindung enthält, nicht zu prüfen hat.

- b) In Artikel IV ist nach Nummer 12 folgende Nummer 12 a einzufügen:

„12 a. § 30 c erhält folgende Fassung:

„§ 30 c

(1) Eine Patentanmeldung, die ein Staatsgeheimnis (§ 93 des Strafgesetzbuches) enthält, darf außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes nur eingereicht werden, wenn die zuständige oberste Bundesbehörde hierzu die schriftliche Genehmigung erteilt. Die Genehmigung kann unter Auflagen erteilt werden.

(2) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. entgegen Absatz 1 Satz 1 eine Patentanmeldung einreicht oder
2. einer Auflage nach Absatz 1 Satz 2 zuwiderhandelt.“

Begründung

Wie zu Artikel II § 14.

Artikel IV

Änderung des Patentgesetzes

3. **Zu Artikel IV Nr. 3 (§ 2 PatG)**

In § 2 Abs. 4 PatG ist folgender Satz 2 einzufügen:

„Ein offensichtlicher Mißbrauch im Sinne von Satz 1 Nr. 1 liegt insbesondere vor, wenn der Dritte die Kenntnis der Erfindung in einer Weise erlangt oder an die Öffentlichkeit weitergegeben hat, die eine vertragliche oder gesetzliche Pflicht gegenüber dem Erfinder oder seinem Rechtsnachfolger verletzt.“

Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

Begründung

Die Fassung des Entwurfs übernimmt Artikel 55 Abs. 1 Buchstabe a des Europäischen Patentübereinkommens. Der dort verwendete Begriff des „offensichtlichen Mißbrauchs zum Nachteil des Anmelders oder seines Rechtsvorgängers“ wird im deutschen Patentrecht bisher nicht verwendet. Um seine Anwendung zu erleichtern, erscheint es zweckmäßig, ihn durch ein Beispiel zu verdeutlichen. Es handelt sich dabei also nur um eine Erläuterung und nicht um eine abschließende Auslegung des Begriffs.

Artikel VIII

Bekanntmachung von Änderungen

4. **Zu Artikel VIII Nr. 1**

Artikel VIII Nr. 1 ist wie folgt zu fassen:

„1. Änderungen des Europäischen Patentübereinkommens, die der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation nach Artikel 33 Abs. 1 des Europäischen Patentübereinkommens beschließt, und die Gebührenordnung, die nach Artikel 33 Abs. 2 Buchstabe d erlassen wird, sowie deren Änderung;“,

Begründung

Notwendige Anpassung an den Wortlaut des Europäischen Patentübereinkommens. Bei der Gebührenordnung und deren Änderung, die nach Artikel 33 Abs. 2 Buchstabe d des Europäischen Patentübereinkommens vom Verwaltungsrat beschlossen werden, handelt es sich nicht um „Änderungen des Europäischen Patentübereinkommens“, auf die sich der Wortlaut des Entwurfs bezieht, sondern um gesonderte Bestimmungen, die auf Grund einer im Übereinkommen enthaltenen Ermächtigung erlassen werden können.

Anlage 3

Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates

Den Vorschlägen des Bundesrates zu den Nummern 1, 2 und 4 wird zugestimmt.

Dem Vorschlag des Bundesrates zu Nummer 3 vermag sich die Bundesregierung aus folgenden Gründen nicht anzuschließen:

1. Legalinterpretationen sollten auf die wenigen Ausnahmefälle beschränkt bleiben, in denen der im Gesetz verwendete Begriff nicht hinreichend bestimmt ist und die im Interesse der Rechtssicherheit gewünschte einheitliche Anwendung des Gesetzes nur durch eine ausdrückliche Regelung sichergestellt werden kann. Eine solche Ausnahme liegt hier nach Auffassung der Bundesregierung nicht vor.

2. Die vorgeschlagene Fassung von § 2 Abs. 4 des Patentgesetzes geht ebenso wie § 55 Abs. 1 des Europäischen Patentübereinkommens auf Artikel 4 Abs. 4 des Straßburger Patentübereinkommens zurück. Das mit diesen internationalen Übereinkommen verfolgte Ziel einer Harmonisierung der nationalen Rechte untereinander und der nationalen Rechte mit dem europäischen Recht wäre geradezu gefährdet, wenn jeder nationale Gesetzgeber die in den Übereinkommen verwendeten Begriffe eigenständig interpretieren würde, anstatt auf der Grundlage eines einheitlichen Textes die erwünschte einheitliche Auslegung der Begriffe in allen Vertragsstaaten durch die Rechtsprechung zu gewährleisten.